



Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,  
Bildung und Forschung  
Generalsekretariat  
Bundeshaus Ost  
3003 Bern

11. September 2018 (RRB Nr. 855/2018)

**Änderung des Zivildienstgesetzes (Vernehmlassung)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Änderung des Zivildienstgesetzes zur Stellungnahme zugestellt. Wir danken für diese Gelegenheit und äussern uns wie folgt:

Wir haben der Weiterentwicklung der Armee (WEA) und dem vorgesehenen Sollbestand von 100 000 Armeeangehörigen zugestimmt. Wir unterstützen die Armee reform ausdrücklich und begrünnen grundsätzlich zweckmässige Massnahmen zur nachhaltigen Sicherung der Bestände der Armee, damit diese ihre sicherheitspolitisch geforderten Leistungen zu erbringen vermag. Die Armee selber kann dazu ihren Beitrag leisten, indem sie die Glaubwürdigkeit des Militärs und ihrer Kader sowie einen attraktiven Militärdienst gewährleistet. Soweit gesetzliche Massnahmen im Zivildienstbereich zur Sicherung der Armeebestände erforderlich sind, weisen wir daraufhin, dass auch der Zivildienst im bestehenden Dienstpflichtsystem zur Wehrgerechtigkeit beiträgt. Im Unterschied zur Armee ist der Zivildienst jedoch nicht auf eine bestimmte Grösse angewiesen, um seinen Auftrag zu erfüllen. Dennoch erbringen Zivildienstpflichtige wertvolle Dienstleistungen für die Gesellschaft, wo Mittel für die Erfüllung wichtiger Aufgaben der Gemeinschaft fehlen oder nicht ausreichen. Am meisten Dienstage leisten Zivildienstpflichtige im Gesundheits- und Sozialwesen, gefolgt vom Umwelt- und Naturschutz.

Vor diesem Hintergrund erachten wir insbesondere die vorgeschlagene Massnahme 1, wonach alle zum Zivildienst zugelassenen Personen mindestens 150 Zivildienstage leisten müssen, wenn sie ihre Ausbildungspflicht in der Armee nicht vollständig erfüllt haben, als geeignet, die Abgänge bereits ausgebildeter Angehöriger der Armee aus den Formationen substanziell zu verringern. Sie ist gegenüber den Zivildienstpflichtigen auch vertretbar. Bei anderen Massnahmen müsste klarer nachgewiesen werden, dass damit der Gleichwertigkeit von Militärdienst und Zivildienst bessere Nachachtung verschafft werden kann.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Bundesrat,  
die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:

Die Staatsschreiberin:

Dr. Thomas Heiniger

Dr. Kathrin Arioli



Postgasse 68  
Postfach  
3000 Bern 8  
www.rr.be.ch  
info.regierungsrat@sta.be.ch

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung  
Bundeshaus Ost  
3003 Bern

E-Mail: [rechtsdienst@zivi.admin.ch](mailto:rechtsdienst@zivi.admin.ch)

19. September 2018

RRB-Nr.: 1008/2018  
Direktion Polizei- und Militärdirektion  
Unser Zeichen 2018.POM.470  
Ihr Zeichen  
Klassifizierung Nicht klassifiziert



## **Vernehmlassung des Bundes: Änderung des Zivildienstgesetzes (ZDG). Stellungnahme des Kantons Bern**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Besten Dank für die Zustellung der Vernehmlassungsunterlagen zur geplanten Revision des Bundesgesetzes vom 6. Oktober 1995 über den zivilen Ersatzdienst (Zivildienstgesetz, ZDG). Der Regierungsrat des Kantons Bern nimmt dazu wie folgt Stellung:

### **1 Grundsätzliches**

Der Regierungsrat ist mit der Stossrichtung der vorliegenden Teilrevision einverstanden. Massnahmen, welche die Zulassungen zum Zivildienst senken, sind überfällig. Die Armee stellt die einzige sicherheitspolitische Reserve der Schweiz dar. Entsprechend sind der Armee diejenigen personellen und finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen, die sie zur Auftrags-erfüllung benötigt. Unter anderem ist dafür zu sorgen, dass die Armee unter Berücksichtigung des verfassungsmässigen Rechts zur Leistung eines zivilen Ersatzdienstes über ausreichende personelle Bestände verfügt, um ihre Truppenkörper zu alimentieren. Diese Alimentierung muss - wie in Art. 59 der Bundesverfassung vorgesehen - Vorrang haben. Es gibt keine Wahlfreiheit zwischen Militär- und Zivildienst. Die Wehrpflicht wurde im Jahr 2013 in einer Volksabstimmung mit einer klaren  $\frac{3}{4}$ -Mehrheit bestätigt. Militärdienst bringt naturgemäss und unvermeidlich Unannehmlichkeiten mit sich, die bei anderen Tätigkeiten fehlen oder nicht in dieser Konzentration vorkommen (Befehlston, Kollektiv, Kasernenunterkunft, lange Arbeitstage, Nachtübungen, Kälte, Schmutz, Gefahr, Putzen, Dienen, etc.). Im Militärdienst muss der Schweizer vieles selber machen, was im Alltag heute von anderen übernommen wird (putzen,

pflegen etc.). All dies kann einen Einsatz in einem zivilen Bereich angenehmer machen. Genau diese Motivation ist möglichst zu vermeiden. Wer bereit ist Militärdienst zu leisten, darf sich nicht benachteiligt vorkommen. Es darf auch für bereits in die Armee eingeteilte Personen, welche schon einen Teil der Dienstpflicht geleistet haben, nicht länger attraktiv sein, in den Zivildienst zu wechseln. Die Bereitschaft, Militärdienst mit allen Unannehmlichkeiten zu leisten, ist Voraussetzung für unsere Armee. Sie darf nicht durch eine de facto Wahlmöglichkeit für einen angenehmeren Dienst unterminiert werden.

Der Regierungsrat begrüsst daher die vorgeschlagenen sieben Massnahmen und die damit verbundenen Gesetzesänderungen vollumfänglich.

Der Regierungsrat bedauert es, dass der Bundesrat gemäss Kapitel 1.3.4 des erläuternden Berichts darauf verzichtete, weitere Massnahmen in die Vernehmlassungsvorlage aufzunehmen. Aus Sicht des Regierungsrates sind dadurch die Erkenntnisse aus der Revision der Zivildienstverordnung im Jahre 2011, die mittelfristig wirkungslos blieb, nicht ausreichend berücksichtigt worden. Mit dem vorliegenden Änderungsentwurf wird die Einführung langfristig wirksamer Massnahmen auf Jahre hinaus verzögert. Der Regierungsrat des Kantons Bern stellt deshalb in Kapitel 2.2 Anträge auf verschiedene weitere Massnahmen.

Der Regierungsrat ist der Ansicht, dass auch die Armee Massnahmen ergreifen muss um den Militärdienst, so weit möglich, attraktiver zu machen und dadurch die Abgänge von Armeeangehörigen in den Zivildienst zu reduzieren. Der Regierungsrat ist sich bewusst, dass diesem Vorhaben Grenzen gesetzt sind, da der Armeedienst darauf ausgerichtet ist, sich auf einen Ernst- oder Kriegsfall vorzubereiten. Es erscheint daher zentral, dass die Armee den jungen Militärdienstpflichtigen sinnvolle und interessante Module und Übungen anbietet und Leerzeiten im Dienst vermieden werden. Damit können aus Sicht des Regierungsrats die interessierten Leute zum Mitmachen motiviert werden, was die Attraktivität wiederum steigert.

## **2 Anträge**

### **2.1 Verzicht auf den Einsatz von Zivildienstleistenden zugunsten von Grossanlässen, die für den Bund von Bedeutung sind**

#### **2.1.1 Antrag**

Auf den Einsatz von Zivildienstleistenden zugunsten von Grossanlässen, die für den Bund von Bedeutung sind, ist künftig zu verzichten. Die entsprechende Möglichkeit ist auf Verordnungsstufe zu streichen.

#### **2.1.2 Begründung**

Der Regierungsrat begrüsst, dass der Einsatz von Zivildienstleistenden bei Sport- und Kulturveranstaltungen auch künftig nicht ermöglicht werden soll und dass diese Thematik nicht in die Vernehmlassungsvorlage aufgenommen worden ist. In Konsequenz ist daher auch auf die unter geltendem Recht bestehende Möglichkeit eines Einsatzes von Zivildienstleistenden zugunsten von Grossanlässen, die für den Bund von Bedeutung sind, zu verzichten. Solche Grossveranstaltungen werden bereits heute primär durch die Armee und den Zivilschutz unterstützt. An diesem Grundsatz ist festzuhalten und eine entsprechende Anpassung auf Verordnungsstufe ist vorzunehmen.

## **2.2 Umsetzung weiterer Massnahmen**

Auch nach Umsetzung der in der Vernehmlassungsvorlage vorgeschlagenen sieben Massnahmen dürfte es unbestritten sein, dass der Zivildienst, wie eingangs ausgeführt, aus der Sicht vieler Militärdienstpflichtiger zahlreiche Vorzüge gegenüber dem Militärdienst besitzt (weitgehend freie Wahl des Einsatzbetriebes; Terminierung des Dienstesatzes weitestgehend in Eigenverantwortung; Übernachten zuhause).

Deshalb beantragt der Regierungsrat des Kantons Bern die Aufnahme der folgenden weiteren Massnahmen.

### **2.2.1 Antrag**

Militärdienstpflichtige, die zu einem Assistenz- oder Aktivdienst aufgeboten sind, sollen kein Gesuch um Zulassung zum Zivildienst mehr stellen können.

#### **2.2.1.1 Begründung**

Als strategische Reserve des Bundes dient die Armee neben der Landesverteidigung auch der Unterstützung der zivilen Behörden, bei der Abwehr schwerwiegender Bedrohungen der inneren Sicherheit und bei der Bewältigung anderer ausserordentlicher Lagen z.B. der Bewältigung von Katastrophen und Notlagen. Ausgerechnet in diesen Fällen soll aber ein vollständig ausgebildeter Militärdienstpflichtiger beim Aufgebot doch noch ein Zivildienstgesuch stellen können.<sup>1</sup> Dies ist aus Sicht des Regierungsrates nicht zulässig.

### **2.2.2 Antrag**

Ein AdA mit Kader- oder Spezialausbildung hat sich für die vollständige Ableistung seiner Militärdienstpflicht zu verpflichten.

#### **2.2.2.1 Begründung**

Die Ausbildung eines einzelnen AdA kann mit grossen finanziellen und personellen Investitionen verbunden sein. Durch den Abgang eines Kadermitglieds oder eines Spezialisten in den Zivildienst werden diese Aufwendungen zunichte gemacht. Die Armee soll Modelle erarbeiten, die einen solchen AdA verpflichten, seine Militärdienstpflicht grundsätzlich vollständig abzuleisten. Optionen wie die Rückzahlung von Ausbildungsaufwendungen sind bis Ende 2019 zu prüfen.

### **2.2.3 Antrag**

Die Möglichkeit, dass Zivildienstleistende ihren Dienst im Ausland absolvieren, ist abzuschaffen.

#### **2.2.3.1 Begründung**

Die Dienstleistung im Ausland stellt eine unnötige Attraktivitätssteigerung des Zivildienstes dar. Darüber hinaus widerspricht sie dem mit den Massnahmen 5 bis 7 im vorliegenden Gesetzesentwurf beabsichtigten Versuch, dem Grundsatz der Gleichwertigkeit der Dienstleistung in Armee und Zivildienst bessere Nachachtung zu verschaffen. Ein AdA kann seine Militärdienstpflicht auch nicht im Rahmen eines Auslandeinsatzes absolvieren.

---

<sup>1</sup> Art 1 Abs 2 ZDG: "Wer die Gesamtdauer der Ausbildungsdienste vollständig absolviert hat, kann zum Zivildienst zugelassen werden, sofern ein Aufgebot zu einem Assistenz- oder Aktivdienst besteht". Art 16 Abs 2: "Militärdienstpflichtige, welche die Gesamtdauer der Ausbildungsdienste vollständig absolviert haben, können nur dann ein Gesuch um Zulassung einreichen, wenn sie zu einem Assistenz- oder Aktivdienst aufgeboten sind."

## 2.2.4 Antrag

Zur langfristigen und nachhaltigen Lösung der Bestandesprobleme in Armee, Zivilschutz und Zivildienst ist das im Bericht der Studiengruppe Dienstpflichtsystem aufgeführte Modell der "Sicherheitsdienstpflicht" vertieft zu prüfen.

### 2.2.4.1 Begründung

Die grosse Anzahl der Zulassungen zum Zivildienst wirkt sich nicht nur auf die Armee, sondern auch auf den Zivilschutz aus. So melden sich heute Personen, die früher aufgrund von Problemen in der Rekrutenschule aus dem Militärdienst ausschieden und dann schutzdiensttauglich wurden, heute oft beim Zivildienst.<sup>2</sup> Zudem führen die Massnahmen, welche die Armee zur Reduzierung von Abgängen unternimmt, zu einem Bestandesrückgang im Zivilschutz.<sup>3</sup> Diese Massnahmen sind insbesondere auf die Abgänge in den Zivildienst zurückzuführen. Die im Modell "Sicherheitsdienstpflicht" dargestellte Zusammenführung von Zivilschutz und Zivildienst und die Schaffung einer neuen Organisation (z.B. "Katastrophenschutz") dürfte das heutige System vereinfachen und Bestandesprobleme lösen.

Der Regierungsrat dankt Ihnen für die Berücksichtigung seiner Anliegen.

Freundliche Grüsse

**Im Namen des Regierungsrates**

Der Präsident



Christoph Neuhaus

Der Staatsschreiber



Christoph Auer

Verteiler

- Polizei- und Militärdirektion
- Gesundheits- und Fürsorgedirektion
- Volkswirtschaftsdirektion

<sup>2</sup> Vgl. dazu: BABS, Rekrutierung und Bestände Zivilschutz, Faktenblatt, KdA I-2018, 26.-27.3.2018.

<sup>3</sup> Massnahmen der Armee: progressive Leistungssteigerung in der Rekrutenschule, differenzierte Tauglichkeit, Anpassung der Anforderungsprofile.



---

**Justiz- und Sicherheitsdepartement**

Bahnhofstrasse 15  
Postfach 3768  
6002 Luzern  
Telefon 041 228 59 17  
Telefax 041 228 67 27  
justiz@lu.ch  
www.lu.ch

**Zustellung per Mail**

[rechtsdienst@zivi.admin.ch](mailto:rechtsdienst@zivi.admin.ch)

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF

Luzern, 18. September 2018

Protokoll-Nr.: 895

## **Änderung des Zivildienstgesetzes (ZDG)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Am 20. Juni 2018 hat das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung die Kantonsregierungen im Rahmen eines Vernehmlassungsverfahrens eingeladen, zum Entwurf einer Änderung des Zivildienstgesetzes (ZDG) Stellung zu nehmen.

Im Namen und Auftrag des Regierungsrates danken wir Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und teilen Ihnen mit, dass wir die Anliegen des Entwurfs der Änderung des ZDG unterstützen. Die Abwanderung von dienstpflchtigen Personen in den Zivildienst gefährdet die Armeebestände. Wir begrüssen deshalb die vorgeschlagenen Massnahmen um die stetig zunehmende Zahl der Zulassungen zum Zivildienst zu senken. Sollten diese jedoch nicht ausreichen, sind weitere Massnahmen entsprechend den Vorschlägen der Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz und Feuerwehr (RK MZF) in Erwägung zu ziehen (z.B. Schweizer Sicherheitspolitik als Unterrichtsfach an den Oberstufen, Zulassungsgesuch zum Zivildienst nur zwischen Rekrutierung und vor Rekrutenschule, keine Möglichkeit zum Stellen eines Zulassungsgesuchs zum Zivildienst nach einem Aufgebot zu einem Assistenz- oder Aktivdienst, Pflicht zur vollständigen Ableistung der Militärdienstpflicht für Armeeingehörige mit Kader- oder Spezialausbildung, Abschaffung der Möglichkeit zur Leistung von Zivildienst im Ausland).

Freundliche Grüsse

Paul Winiker  
Regierungsrat



## Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Eidgenössische Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF)  
Bundeshaus Ost  
3003 Bern

### **Änderung des Zivildienstgesetzes; Vernehmlassung**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 20. Juni 2018 laden Sie den Regierungsrat des Kantons Uri ein, zur Änderung des Zivildienstgesetzes (ZDG; SR 824.0) Stellung zu nehmen. Wir bedanken uns für diese Möglichkeit und äussern uns gerne wie folgt:

### **Unterstützung**

Der Kanton Uri unterstützt den vorliegenden Entwurf der Gesetzesänderung grösstenteils, weil die vorgeschlagenen Massnahmen kurzfristig dazu beitragen könnten, die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst zu senken.

### **Massnahmen im Entwurf**

1. Mindestanzahl von 150 Diensttagen: Durch diese Massnahme nimmt die Belastung des Zivildienstleistenden (Zivi) zu. Dadurch dürfte die Attraktivität des Zivildiensts zumindest teilweise abnehmen und die Abgänge ausgebildeter Angehöriger der Armee (AdA) in den Zivildienst nach Inkrafttreten des Gesetzes zurückgehen. Tatsächlich ist aber die präzise quantitative Auswirkung dieser Massnahme völlig offen. Konkret von dieser Massnahme betroffen dürften AdAs sein, welche bereits die RS sowie einen WK absolviert haben - vermutlich eine nicht sehr grosse Anzahl Personen. Schliesslich ist der Kanton Uri der Ansicht, dass der Faktor 1,5 für zu leistende

Dienstage ausreicht, um die Attraktivität des Zivildiensts zu senken. Unserer Ansicht nach braucht es in diesem Bereich kein zusätzliches Element. Aus diesen Gründen lehnen wir diese Massnahme ab.

2. **Wartefrist von zwölf Monaten:** Die Armee kann während dieser Frist individuelle Massnahmen prüfen und umsetzen. Diese Massnahmen sollen dem betroffenen AdA ermöglichen, weiterhin Militärdienst zu leisten. Damit ist jedoch ein beträchtlicher Aufwand für die Armee verbunden. Auch für diese Massnahme, kann die Auswirkung zum jetzigen Zeitpunkt nicht beurteilt werden.
3. **Faktor 1,5 für Kader:** Die bisher geltende Differenzierung des Faktors zugunsten der Kader dürfte zur Einreichung zahlreicher Zivildienstgesuche beigetragen haben. Die neue Massnahme könnte zu einer Reduktion der Abgänge von militärischen Kadern in den Zivildienst führen.
4. **Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten:** Damit könnten die Abgänge von Mediziner in den Zivildienst reduziert werden. Es ist allerdings völlig offen, ob ein Mediziner nicht doch diejenige Option wählt, bei der er Zeitpunkt und Ort seiner Dienstleistung selber bestimmen kann.

Massnahmen 5. bis 7.: Diese drei Massnahmen bezwecken die verstärkte Beachtung des Grundsatzes der Gleichwertigkeit von Militärdienst und Zivildienst. Wir unterstützen diese Massnahmen, denken aber nicht, dass sie einen grossen Einfluss haben, die Attraktivität des Zivildiensts zu senken.

#### **Empfehlung weiterer Massnahmen**

Grundsätzlich ist der Kanton Uri der Ansicht, dass es nicht nur Massnahmen zu entwickeln gilt, um die Attraktivität des Zivildiensts zu senken. Wir sind der Meinung, dass unbedingt auch Strategien zu entwickeln sind, um die Attraktivität des Militärdiensts zu steigern.

Der Kanton Uri geht nur bedingt davon aus, dass die im Entwurf vorgesehenen Massnahmen zu einer substantiellen und nachhaltigen Senkung der Zulassungen zum Zivildienst führen werden. Auch werden die Massnahmen kaum eine wesentliche Verminderung der Attraktivität des Zivildiensts bewirken. Allerdings geht es uns keineswegs darum, die verfassungsmässig garantierte Möglichkeit zum Leisten eines Ersatzdiensts aus Gewissensgründen zu unterbinden. Wir wollen auch nicht die einzelnen sicherheitspolitischen Instrumente im Sicherheitsverbund Schweiz (SVS) gegeneinander ausspielen. Der Zivildienst hat seinen berechtigten Platz in unserer Gesellschaft und bei einem Ereignis, wie im Jahr 2017 in Bristen, durfte der Kanton Uri auf wertvolle Unterstützung von Seiten Zivildienst zählen. Uns geht es darum, die Schweiz und ihre Bevölkerung vor Bedrohungen und Gefahren optimal zu schützen. Aus diesem Grund schlagen wir weitere Massnahmen vor, die im neuen ZDG sowie flankierend dazu berücksichtigt werden sollen:

1. Militärdienstpflichtige, die zu einem Assistenz- oder Aktivdienst aufgeboten sind, sollen kein Gesuch um Zulassung zum Zivildienst mehr stellen können<sup>1</sup>.

Begründung: Dem Kanton Uri ist daran gelegen, dass die Armee über ausreichende Bestände verfügt. Als strategische Reserve des Bunds dient die Armee neben der Landesverteidigung auch der Unterstützung der zivilen Behörden, bei der Abwehr schwerwiegender Bedrohungen der inneren Sicherheit und bei der Bewältigung anderer ausserordentlicher Lagen, z. B. der Bewältigung von Katastrophen und Notlagen. Ausgerechnet in diesen Fällen soll aber ein vollständig ausgebildeter Militärdienstpflichtiger beim Aufgebot doch noch ein Zivildienstgesuch stellen können<sup>2</sup>. Dies ist aus unserer Sicht nicht zulässig.

2. Ein AdA mit Kader- oder Spezialausbildung hat sich für die vollständige Ableistung seiner Militärdienstpflicht zu verpflichten<sup>3</sup>.

Begründung: Die Ausbildung eines einzelnen AdA kann mit grossen finanziellen und personellen Investitionen verbunden sein. Durch den Abgang eines Kadermitglieds oder eines Spezialisten in den Zivildienst werden diese Aufwendungen überflüssig. Die Armee soll Modelle erarbeiten, die einen solchen AdA verpflichten, seine Militärdienstpflicht grundsätzlich vollständig abzuleisten. Optionen wie die Rückzahlung von Ausbildungsaufwendungen sind bis Ende 2019 zu prüfen.

Sehr geehrter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Altdorf, 11. September 2018



Im Namen des Regierungsrats  
Der Landammann      Der Kanzleidirektor

Roger Nager

Roman Balli

<sup>1</sup> Wird bei Umsetzung der Empfehlung 2 obsolet.

<sup>2</sup> Artikel 1 Absatz 2: «Wer die Gesamtdauer der Ausbildungsdienste vollständig absolviert hat, kann zum Zivildienst zugelassen werden, sofern ein Aufgebot zu einem Assistenz- oder Aktivdienst besteht.» Artikel 16 Absatz 2: «Militärdienstpflichtige, welche die Gesamtdauer der Ausbildungsdienste vollständig absolviert haben, können nur dann ein Gesuch um Zulassung einreichen, wenn sie zu einem Assistenz- oder Aktivdienst aufgeboten sind.»

<sup>3</sup> Wird bei Umsetzung der Empfehlung 2 obsolet.

6431 Schwyz, Postfach 1260  
Vollzugsstelle für den Zivildienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

elektronisch an: [rechtsdienst@zivi.admin.ch](mailto:rechtsdienst@zivi.admin.ch)

Schwyz, 11. September 2018

### **Änderung des Zivildienstgesetzes (ZDG)**

Vernehmlassungsantwort des Kantons Schwyz

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 20. Juni 2018 lädt das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) die Kantonsregierungen ein, zur oben erwähnten Vernehmlassungsvorlage bis 11. Oktober 2018 Stellung zu nehmen.

Das Bundesgesetz über den zivilen Ersatzdienst vom 6. Oktober 1995 (ZDG, SR 824.0) soll geändert werden, um drei problematischen Phänomenen entgegenzuwirken, die zur Gefährdung der Armeebestände beitragen: Jenem der hohen und stetig zunehmenden Zahl der Zulassungen zum Zivildienst an sich, jenem der hohen Zahl von Armeeangehörigen, die nach bestandener Rekrutenschule aus Formationen der Armee zum Zivildienst abgehen und jenem des Wechsels von Fachspezialisten sowie Kadern der Armee zum Zivildienst. Die Änderung beinhaltet die Umsetzung folgender sieben Massnahmen:

1. Der Zivildienst soll mindestens 150 Diensttage dauern (ein Wechsel in den zivilen Ersatzdienst würde somit mit zunehmender Wehrdienstdauer unattraktiver; siehe Art. 8 Abs. 1 E-ZDG);
2. Wartefrist von zwölf Monaten (eine Zulassung zum Zivildienst für Armeeangehörige soll frühestens nach einem Jahr erfolgen; siehe Art. 17 Abs. 2 E-ZDG);
3. Faktor 1.5 soll auch für Unteroffiziere und Offiziere gelten (die bisherige Privilegierung für diese Gruppe soll aufgehoben werden; damit soll für alle der Zivildienst 1.5-mal so lange dauern wie die Gesamtdauer der noch nicht geleisteten Ausbildungsdienst gemäss Militärgesetzgebung; siehe Art. 8 Abs. 1 E-ZDG);
4. Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten (nicht erlaubt sind damit Einsätze, die ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern; siehe Art. 4a Bst. e E-ZDG);
5. Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit null Restdiensttagen (wer keine Restdiensttage mehr hat, soll nur dann zum zivilen Ersatzdienst zugelassen werden, wenn ein Aufgebot zu einem Assistenz- oder Aktivdienst vorliegt; siehe Art. 1 E-ZDG);

6. Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung (der Hauptteil der Dienstleistung soll – wie bei der Militärdienstpflicht – im Alter zwischen 20 und 25 Jahren erbracht werden; siehe Art. 21 Abs. 2 E-ZDG);
7. Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen (aus der RS entlassene Rekruten werden zeitnah in die nächste RS aufgeboten; im zivilen Ersatzdienst musste der lange Dienst bisher innerhalb von drei Jahren erfolgen; mit dieser Gleichstellung soll dieser Vorteil für Zivildienstleistende aufgehoben werden; siehe Art. 21 Abs. 3 E-ZDG).

Der Regierungsrat unterstützt diese Massnahmen, fordert jedoch noch weitere Verschärfungen. Sollte ein Zulassungsgesuch zum Zivildienst nur noch zwischen der Rekrutierung und der Rekrutenschule gestellt werden dürfen, erhielte die Armee bezüglich ihrer Bestände die nötige Planungssicherheit. Zudem wären damit die finanziellen und personellen Investitionen in die Ausbildung eines Angehörigen der Armee nicht vergeblich und die Ergreifung anderer Massnahmen wäre hinfällig.

Als weitere Massnahme wäre denkbar, dass sich ein Angehöriger der Armee mit Kader- oder Spezialausbildung für die vollständige Ableistung seiner Militärdienstpflicht verpflichten müsste. Die Ausbildung zum Kadermitglied bzw. Fachspezialisten muss auch aus Sicht der Armee eine lohnende Investition darstellen. Abzuschaffen wäre ferner die Möglichkeit für Zivildienstleistende, ihren Dienst im Ausland absolvieren zu können. Eine Dienstleistung im Ausland stellt eine unnötige Attraktivitätssteigerung des Zivildienstes gegenüber dem Militärdienst dar. Darüber hinaus widerspricht sie dem Grundsatz der Gleichwertigkeit der Dienstleistung in Armee und Zivildienst.

Der Regierungsrat ist überzeugt, dass ohne die Umsetzung der in Frage stehenden Massnahmen der mit der Weiterentwicklung der Armee (WEA) vorgesehene Sollbestand von 100 000 ernsthaft gefährdet ist. Die Ergreifung von Massnahmen zur nachhaltigen Sicherung der Alimentierung der Armee und damit zur Sicherstellung der sicherheitspolitisch geforderten Leistungen ist nun unabdingbar.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Namen des Regierungsrates:

Kaspar Michel, Landammann



Dr. Mathias E. Brun, Staatsschreiber

Kopie z. K. an:

- die Schwyzer Mitglieder der Bundesversammlung.



CH-6061 Sarnen, Postfach 1562, Staatskanzlei

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung  
und Forschung

Per Mail:  
rechtsdienst@zivi.admin.ch

Referenz/Aktenzeichen: OWTK.3249  
Unser Zeichen: cb

**Sarnen, 26. September 2018**

## **Stellungnahme zur Änderung des Zivildienstgesetzes**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Für die Gelegenheit der Stellungnahme zur Änderung des Zivildienstgesetzes danken wir Ihnen.

In der Bundesverfassung ist geregelt, dass jeder Bürger der Schweiz zum Militärdienst oder zivilen Ersatzdienst verpflichtet ist. Um die Schweiz und ihre Bevölkerung vor Bedrohungen und Gefahren optimal schützen zu können, ist die Armee auf eine vollständige Alimentierung (mit der WEA 100 000 AdA) angewiesen. So kann sie den verfassungsmässigen Auftrag mit den zugesprochenen Mitteln bewerkstelligen und die Kantone in ausserordentlichen Lagen unterstützen.

Wir begrüssen die geplanten sieben Massnahmen und die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes. Für eine substantielle und nachhaltige Senkung der Zulassungen zum Zivildienst gehen diese Massnahmen jedoch zu wenig weit. Ein Teil der von der Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz und Feuerwehr (RK MZF) vorgeschlagenen flankierenden Massnahmen könnten eine stärkere Senkung der Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bewirken. Jedoch lehnen wir die von der RK MZF vorgeschlagene flankierende Massnahme des Unterrichts der Schweizerischen Sicherheitspolitik auf der Oberstufe ab. Es liegt in der Hoheit der Kantone den Inhalt der Lehrpläne zu definieren.

Zudem ist auch die Armee gefordert die Rahmenbedingungen von Dienstleistung der Angehörigen der Armee mit organisatorischen Anpassungen so auszugestalten, dass die Anzahl Zivildienstgesuche abnehmen.

Wir danken Ihnen, sehr geehrter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Ausführungen.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats



Christoph Amstad  
Landammann



Nicole Frunz Wallimann  
Landschreiberin



CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

Eidg. Departement für Wirtschaft, Bildung und  
Forschung WBF  
Herr Bundesrat Johann N. Schneider-Ammann  
Bundeshaus Ost  
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02  
staatskanzlei@nw.ch  
Stans, 24. September 2018

## **Änderung des Zivildienstgesetzes**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Sie haben uns mit Schreiben vom 20. Juni 2018 zur Vernehmlassung zu einer Änderung des Zivildienstgesetzes eingeladen. Wir danken für die Möglichkeit der Mitwirkung und äussern uns zur Vorlage gerne wie folgt.

### **Vorbemerkung**

Der Kanton Nidwalden unterstützt den vorliegenden Entwurf der Gesetzesänderung nicht. Wir erachten die vorgeschlagenen Massnahmen als nicht geeignet, die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst substantiell und nachhaltig zu senken.

### **Zu den einzelnen Massnahmen**

- Mindestanzahl von 150 Diensttagen

Diese Massnahme wirkt erst bei gesuchstellenden Angehöriger der Armee (AdA) die bereits die Rekrutenschule und die ersten beiden WK absolviert haben. In Zahlen gesprochen würde diese Massnahme nur bei 1'000 von den total 6'785 Zulassungen im 2017 wirken. Dadurch dürfte die Attraktivität des Zivildienstes zumindest teilweise leicht abnehmen. Die Abgänge ausgebildeter AdA in den Zivildienst dürften nach Inkrafttreten des Gesetzes allenfalls nur leicht zurückgehen. Tatsächlich ist aber die präzise quantitative Auswirkung dieser Massnahme völlig offen.

- Wartefrist von 12 Monaten

Diese Massnahme wird aus Sicht des Kantons Nidwalden nur einen beträchtlichen Aufwand für die Armee (individuelle Massnahmen) und die Kantone (Dienstverschiebungsgesuche) bringen ohne einen nennenswerten Ertrag. Die Attraktivität des Zivildienstes wird mit dieser Massnahme nicht abnehmen.

- Faktor 1,5 für Kader

Grundsätzlich befürwortet der Kanton Nidwalden den gleichen Faktor Diensttage auch für Kader. Jedoch gibt es heute schon nur wenige Zulassungen zum Zivildienst von Kadern (2016: 83 Zulassungen von höheren Kadern). Angehörigen des Kadern dürfte es keine Rolle spielen, ob sie ein paar Tage mehr Zivildienst leisten müssen. Die neue Massnahme wird daher bei der Reduktion der Abgänge von militärischen Kadern in den Zivildienst kaum spürbar sein.

- Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten

Damit könnten die Abgänge von Mediziner in den Zivildienst reduziert werden. Es ist allerdings völlig offen, ob ein Mediziner nicht doch diejenige Option wählt, bei der er Zeitpunkt und Ort seiner Dienstleistung selber bestimmen kann.

- Massnahmen 5. bis 7.:

Diese drei Massnahmen bezwecken die verstärkte Beachtung des Grundsatzes der Gleichwertigkeit von Militärdienst und Zivildienst. Aus unserer Sicht sind sie jedoch nicht geeignet, die Attraktivität des Zivildienstes zu senken.

### **Empfehlung anderer Massnahmen**

Der Kanton Nidwalden geht nicht davon aus, dass die im Entwurf vorgesehenen Massnahmen zu einer substantiellen und nachhaltigen Senkung der Zulassungen zum Zivildienst führen. Auch werden die Massnahmen kaum eine wesentliche Verminderung der Attraktivität des Zivildienstes bewirken.

Es soll nicht die verfassungsmässig garantierte Möglichkeit zum Leisten eines Ersatzdienstes aus Gewissensgründen unterbunden werden. Ebenso wenig sollen die einzelnen sicherheitspolitischen Instrumente im Sicherheitsverbund Schweiz (SVS) gegeneinander ausgespielt werden. Vielmehr sollen die Schweiz und ihre Bevölkerung vor Bedrohungen und Gefahren optimal geschützt werden. Aus diesem Grund schlagen wir weitere Massnahmen vor, die im neuen ZDG sowie flankierend dazu berücksichtigt werden sollen.

1. Wir regen an, ein gänzlich neues Modell in Erwägung zu ziehen.

Wir schlagen vor, eine allgemeine geschlechtsneutrale Wehrpflicht einzuführen. Damit würde in der Schweiz der Pool an möglichen Dienstpflichtigen deutlich vergrössert und zusätzlich der prozentuale Frauenanteil in den einzelnen Einsatzorganisationen erhöht. Wehrdienst leisten müssten jedoch nur so viele Männer und Frauen, wie in den Organisationen nötig sind. Die restlichen Personen sollten die Möglichkeit haben, ihre Dienstpflicht mit anderen Einsätzen zugunsten der Öffentlichkeit zu leisten. Nur wer nicht persönlich Dienst leistet, bezahlt eine Wehrpflichtersatzabgabe. Als Ausgangslage für weitere Überlegungen hierzu kann das Norweger Modell dienen, welches ähnlich aufgebaut ist.

2. Der heutige Prozess<sup>1</sup> ist mit einer zeitgemässen mündlichen Motivationsabklärung nach Einreichung des Zivildienstgesuches durch professionelle Personen (allenfalls Rekrutierungszentrum) zu ergänzen. Flankierend dazu sollen an den Berufs- und Kantonsschulen Themen der Schweizer Sicherheitspolitik unterrichtet werden.

<sup>1</sup> Prozess: 1.) auf E-Zivi registrieren, 2.) Anmelden, Angaben vervollständigen und Gesuch stellen, 3.) Einführungstag besuchen, 4.) Gesuch bestätigen, 5.) Zulassung erhalten, 6.) Dienst leisten.

Mit der Abschaffung der Gewissensprüfung im Jahr 2009 ist die psychologische Hürde der persönlichen Befragung weggefallen. Gemäss Vorlage soll auch künftig Zivildienst leisten können, wer den Militärdienst mit seinem Gewissen nicht vereinbaren kann. Zur Feststellung dieser Motivation genügt das Einreichen eines ausgefüllten Formulars auf elektronischem Weg. Darüber hinaus hat der Zivildienstleistende (Zivi) als "Tatbeweis" einen Ersatzdienst zu leisten, der länger dauert als der Militärdienst. Ob es sich um eine Gewissensfrage oder nicht doch eher um die Optimierung des individuellen Lebensweges handelt, wird heute nicht nachgeprüft. Der Militärdiensttaugliche hat die faktische Wahlfreiheit zwischen Militärdienst und Zivildienst. Die im vorliegenden Gesetzesentwurf aufgeführten Massnahmen ändern an dieser Situation grundsätzlich nichts. Die Anzahl der Zulassungsgesuche zum Zivildienst belegt dessen grosse Attraktivität. Dies dürfte auch am eher geringen Kenntnisstand der jungen Schweizer Bevölkerung über die Instrumente der Schweizer Sicherheitspolitik liegen. Diese Wissenslücken sind an den Berufs- und Mittelschulen ca. 1 Jahr vor dem Orientierungstag zu füllen. Weil die Bildungshoheit auf dieser Schulstufe Sache des Kantons und Bundes ist, sollte der Bund entsprechende Empfehlungen in den zukünftigen Rahmenlehrplan zuhanden der Konferenz der Kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren (EDK) formulieren. Ferner kann der Bund entsprechende Mittel, insbesondere Fachpersonen aus dem Bereich Sicherheit für die Lektionen zur Sicherheitspolitik an den Berufs- und Mittelschulen zur Verfügung stellen.

3. Ein Zulassungsgesuch zum Zivildienst soll nur zwischen der Rekrutierung und vor der Rekrutenschule gestellt werden können.

Mit dieser Massnahme erhält die Armee bezüglich ihrer Bestände die nötige Planungssicherheit. Die beträchtlichen finanziellen und personellen Investitionen in die Ausbildung eines einzelnen AdA werden durch dessen Abgang in den Zivildienst nach der Rekrutenschule nicht mehr vergeblich gewesen sein.

Für uns ist nicht hinreichend nachvollziehbar, weshalb der Bundesrat diese (und weitere) Massnahme als "untauglich verworfen" hat.<sup>2</sup> Aus Sicht des Kantons Nidwalden sind dadurch die Erkenntnisse aus der Revision der Zivildienstverordnung im Jahre 2011, die mittelfristig wirkungslos blieb, nicht ausreichend berücksichtigt worden.

4. Falls eine Zulassung auch nach absolvierter Rekrutenschule möglich sein soll, so sollen sich AdA mit Kader- oder Spezialausbildungen für die vollständige Ableistung der Militärdienstpflicht verpflichten müssen.

Die Ausbildung eines einzelnen AdA kann mit grossen finanziellen und personellen Investitionen verbunden sein. Durch den Abgang eines Kadermitglieds oder eines Spezialisten in den Zivildienst werden diese Aufwendungen überflüssig. Die Armee sollte Modelle erarbeiten, die einen solchen AdA verpflichten, seine Militärdienstpflicht grundsätzlich vollständig abzuleisten. Dabei sind auch Optionen wie die Rückzahlung von Ausbildungsaufwendungen zu prüfen.

5. Militärdienstpflichtige, die zu einem Assistenz- oder Aktivdienst aufgeboten sind, sollen kein Gesuch um Zulassung zum Zivildienst mehr stellen können.

Als strategische Reserve des Bundes dient die Armee neben der Landesverteidigung auch der Unterstützung der zivilen Behörden, bei der Abwehr schwerwiegender Bedrohungen der inneren Sicherheit und bei der Bewältigung anderer ausserordentlicher Lagen z.B. der Bewältigung von Katastrophen und Notlagen. In diesen Fällen soll ein vollständig ausgebildeter Militärdienstpflichtiger beim Aufgebot kein Zivildienstgesuch stellen können.

6. Die Möglichkeit, dass Zivis ihren Dienst im Ausland absolvieren, ist abzuschaffen.

Die Dienstleistung im Ausland stellt eine unnötige Attraktivitätssteigerung des Zivildienstes dar. Darüber hinaus widerspricht sie dem mit den Massnahmen 5 bis 7 im vorliegenden Ge-

<sup>2</sup> Erläuternder Bericht zur Änderung des Zivildienstgesetzes vom 20. Juni 2018, S. 6.

setzesentwurf beabsichtigten Versuch, dem Grundsatz der Gleichwertigkeit der Dienstleistung in Armee und Zivildienst bessere Nachachtung zu verschaffen. Ein AdA kann seine Militärdienstpflicht auch nicht im Rahmen eines Auslandseinsatzes absolvieren.

7. Die Möglichkeit, dass Zivis ihren Dienst an Schulen leisten können, ist abzuschaffen.

Die jungen Schüler/Innen werden heute schon in den Primarschulen durch die Präsenz von dienstleistenden Zivis nachhaltig positiv vom Zivildienst beeinflusst. Das positive Bild des Zivildienstes bleibt an den Jungen hängen bis sie selber vor der Wahl zwischen Militärdienst und Zivildienst stehen.

8. Zur langfristigen und nachhaltigen Lösung der Bestandesprobleme in Armee, Zivilschutz und Zivildienst ist das im Bericht der Studiengruppe Dienstpflichtsystem aufgeführte Modell der "Sicherheitsdienstpflicht" vertieft zu prüfen.

Die grosse Anzahl der Zulassungen zum Zivildienst wirkt sich nicht nur auf die Armee, sondern auch auf den Zivilschutz aus. So melden sich heute Personen, die früher aufgrund von Problemen in der Rekrutenschule aus dem Militärdienst ausschieden und dann schutzdiensttauglich wurden, heute oft beim Zivildienst.<sup>3</sup> Zudem führen die Massnahmen, welche die Armee zur Reduzierung von Abgängen unternimmt, zu einem Bestandesrückgang im Zivilschutz.<sup>4</sup> Diese Massnahmen sind insbesondere auf die Abgänge in den Zivildienst zurückzuführen. Die im Modell "Sicherheitsdienstpflicht" dargestellte Zusammenführung von Zivilschutz und Zivildienst und die Schaffung einer neuen Organisation (z.B. "Katastrophenschutz") dürfte das heutige System vereinfachen und Bestandesprobleme lösen.

Wir danken Ihnen, wenn Sie diese Überlegungen bei Ihren weiteren Arbeiten berücksichtigen.

Freundliche Grüsse  
NAMENS DES REGIERUNGSRATES

  
Res Schmid  
Landammann



  
lic. iur. Hugo Murer  
Landschreiber

Geht an:  
- [rechtsdienst@zivi.admin.ch](mailto:rechtsdienst@zivi.admin.ch)

<sup>3</sup> Vgl. dazu: BABS, Rekrutierung und Bestände Zivilschutz, Faktenblatt, KdA I-2018, 26.-27.3.2018.

<sup>4</sup> Massnahmen der Armee: progressive Leistungssteigerung in der Rekrutenschule, differenzierte Tauglichkeit, Anpassung der Anforderungsprofile.

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung  
WBF  
3003 Bern

Glarus, 2. Oktober 2018  
Unsere Ref: 2018-135

## Vernehmlassung zur Änderung des Zivildienstgesetzes (ZDG)

Hochgeachteter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Sie gaben uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

Aufgrund der Analyse der Bestände der Armee und der Zunahme der Zulassungen zum Zivildienst schliesst der Bundesrat eine Gefährdung des mit der Weiterentwicklung der Armee (WEA) vorgesehenen Sollbestandes von 100 000 Armeeehörigen mittelfristig nicht aus. Vor diesem Hintergrund und mit Blick auf die demographische Entwicklung will er rechtzeitig Massnahmen ergreifen, um die Armeebestände zu sichern, damit die Armee die sicherheitspolitisch geforderten Leistungen erbringen kann. Mit der vorliegenden Revision des Zivildienstgesetzes soll der stetig zunehmenden Zahl der Zulassungen zum Zivildienst, der hohen Zahl von Armeeehörigen, die nach bestandener Rekrutenschule RS aus Formationen der Armee zum Zivildienst abgehen und dem Wechsel von Fachspezialistinnen und Fachspezialisten sowie Kadern der Armee zum Zivildienst entgegengewirkt werden. Wir unterstützen die Vorlage, weil die vorgeschlagenen Massnahmen dazu beitragen, die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst zu senken. Gleichzeitig wird von uns die Auffassung nicht geteilt, dass die im Entwurf vorgesehenen Massnahmen zu einer substantiellen und nachhaltigen Senkung der Zulassungen zum Zivildienst führen. Auch führen die Massnahmen zu keiner wesentlichen Verminderung der Attraktivität des Zivildienstes. Wir schlagen deshalb folgende weiteren Massnahmen vor, die im revidierten ZDG Berücksichtigung finden sollen:

- Zulassungsgesuch zum Zivildienst kann nur zwischen Rekrutierung und Rekrutenschule eingereicht werden;
- Zulassungsgesuch zum Zivildienst nicht möglich, wenn Aufgebot zu einem Assistenz- oder Aktivdienst ergangen ist;
- Angehörige der Armee mit Kader- oder Spezialausbildung haben sich für die vollständige Ableistung ihrer Militärdienstpflicht zu verpflichten<sup>1</sup>;
- Zivildienst ist in der Schweiz zu absolvieren, Auslandseinsätze sind nicht möglich;

---

<sup>1</sup> Würde bei Umsetzung der Empfehlung 1 obsolet.

- Modell der "Sicherheitsdienstpflicht" gemäss Bericht der Studiengruppe Dienstpflichtssystem ist vertieft zu prüfen.

Genehmigen Sie, hochgeachteter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse

**Für den Regierungsrat**

  
Dr. Andrea Bettiga  
Landammann

  
Hansjörg Dürst  
Ratsschreiber

E-Mail an: [rechtsdienst@zivi.admin.ch](mailto:rechtsdienst@zivi.admin.ch)

versandt am: **03. Okt. 2018**



Regierungsrat, Postfach, 6301 Zug

**Nur per E-Mail**

Eidgenössisches Departement  
für Wirtschaft, Bildung und  
Forschung WBF  
Bundeshaus Ost  
3003 Bern

Zug, 2. Oktober 2018 hs

**Vernehmlassung zur Änderung des Zivildienstgesetzes**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie die Kantonsregierungen eingeladen, zur Änderung des Zivildienstgesetzes Stellung zu nehmen. Gerne kommen wir Ihrer Einladung nach und nehmen wie folgt Stellung:

**Allgemeines zum Reformvorhaben**

Wir anerkennen den Anspruch der Armee, ihre Bestände zu sichern. Die Armee steht angesichts der demografischen Entwicklung und der Abwanderung in den Zivildienst vor personellen Herausforderungen. Wir unterstützen deshalb die grundsätzliche Absicht, die mit den angestrebten Massnahmen und der Änderung des Zivildienstgesetzes verfolgt werden soll, nämlich mehr Wehrgerechtigkeit wiederherzustellen. Neben den vorgeschlagenen Massnahmen wäre auch eine Verlängerung der Zivildienstdauer zu prüfen. Allerdings halten wir den Ansatz, den Zivildienst unattraktiver zu machen und den Zugang zu erschweren, nur für punktuell und kurzfristig wirksam. Die vorgeschlagenen sieben Massnahmen erscheinen uns insgesamt wenig geeignet, um den Armeebestand längerfristig und mit Blick in die Zukunft ausreichend zu sichern. Militärdiensttaugliche haben heute und auch künftig die faktische Wahlfreiheit zwischen Militärdienst und Zivildienst. Der Zivildienst bietet für viele Wehrpflichtige offenbar aus verschiedenen Gründen eine interessante Alternative zum Militärdienst, zumal die Dienstzeit in ein Lebensalter fällt, wo persönliche Karriereplanung und Lebensgestaltung hohe Priorität einnehmen. Die im vorliegenden Gesetzesentwurf aufgeführten Massnahmen ändern an dieser Situation grundsätzlich nichts.

**Die Armee ist gefordert**

Aus unserer Sicht müsste die Armee mit verschiedenen Massnahmen dafür sorgen, dass sie längerfristig genügend Wehrpflichtige rekrutieren und für den Dienst motivieren kann. Hier ist die Bundespolitik gefordert, die Diskussion aufzunehmen und realitätsbezogen, zukunftsorientiert und ohne Scheuklappen Modelle für die Zukunft zu prüfen. Dabei müsste unseres Erach-

tens auch eine Wehrpflicht für Frauen wie in Norwegen und in Schweden als Option miteinbezogen werden. Damit wäre die Anzahl Dienstpflichtige deutlich erhöht. Und auch monetäre Anreize könnten aus unserer Sicht geprüft werden wie beispielsweise eine Verteuerung der Wehrpflicht-Ersatzabgabe. Im Weiteren wäre zu überlegen, wie die Armee den Militärdienst im Vergleich zum Zivildienst attraktiver gestalten und besser auf die Lebensplanung und -gestaltung der Einzelnen sowie auf die Bedürfnisse von Wirtschaft und Arbeitgebenden ausrichten könnte. Die militärische Ausbildung sollte auch für Privatleben, Studium und Beruf anrechenbare Vorteile bringen können. Dienstpläne müssten mit dem Studiums- und Schulbeginn besser abgestimmt sein..

### **Mehrbelastung für Kantone und Gemeinden**

Im Kanton Zug hat sich der Zivildienst etabliert. Zivildienstleistende – vielfach gut ausgebildete und motivierte junge Männer – erbringen in der Landwirtschaft, im Landschaftsschutz, im Gesundheitswesen, in sozialen Institutionen, in Schulen und anderen Einrichtungen gute und wichtige Dienstleistungen zugunsten der Allgemeinheit. Eine Reduktion der Anzahl Zivildienstleistender hätte zur Folge, dass diese Leistungen von zusätzlichem, aus kantonalen oder kommunalen Etats finanziertem Personal erbracht werden müssten. Da Zivildienstleistende nach bundesrechtlicher Spesenregelung vergütet werden, würde der Verzicht auf deren Einsatz in einem finanziellen Mehraufwand für Kantone und Gemeinden resultieren.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit der Stellungnahme und hoffen, dass Sie unsere Stellungnahme bei der Überarbeitung des Zivildienstgesetzes entsprechend berücksichtigen werden.

Freundliche Grüsse  
Regierungsrat des Kantons Zug



Manuela Weichelt-Picard  
Frau Landammann



Renée Spillmann Siegwart  
stv. Landschreiberin

Kopie per E-Mail an:

- [rechtsdienst@zivi.admin.ch](mailto:rechtsdienst@zivi.admin.ch) (Word und PDF)
- Staatskanzlei (zur Aufschaltung der Vernehmlassung im Internet)
- Sicherheitsdirektion
- Amt für Zivilschutz und Militär
- Eidgenössische Parlamentarier des Kantons Zug



ETAT DE FRIBOURG  
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat CE  
Staatsrat SR

Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

T +41 26 305 10 40, F +41 26 305 10 48  
[www.fr.ch/ce](http://www.fr.ch/ce)

Conseil d'Etat  
Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

Département fédéral de l'économie,  
de la formation et de la recherche (DEFR)  
Monsieur Johann Schneider Ammann  
Conseiller fédéral  
Palais fédéral est  
3003 Berne

*Document PDF et Word à :*  
[rechtsdienst@zivi.admin.ch](mailto:rechtsdienst@zivi.admin.ch)

*Fribourg, le 18 septembre 2018*

## **Modification de la loi sur le service civil - Consultation**

Monsieur le Conseiller fédéral,

Nous nous référons à la consultation mentionnée en titre, laquelle a retenu toute l'attention du Conseil d'Etat du canton de Fribourg. Nous vous remercions de nous y avoir associés et, dans le délai imparti, nous nous déterminons comme suit.

### **1. D'un point de vue général**

Le Conseil d'Etat constate avec une certaine inquiétude l'évolution de l'effectif au sein du service civil qui a notamment comme conséquence une alimentation insuffisante non seulement de l'armée, mais aussi de la protection civile. Une dotation en personnes astreintes appropriée de ces deux institutions est indispensable si l'on entend garantir la sécurité du pays et leur capacité d'intervention en situation d'urgence ou de catastrophe pour aider et protéger la population. Nous soutenons, dès lors, la modification de la loi en insistant cependant sur le fait qu'il s'agit de revenir sur les principes fondamentaux caractérisant le service civil, à savoir que ce service de remplacement est accessible uniquement aux astreints qui ne peuvent concilier le service militaire avec leur conscience. La suppression, en 2009, de l'examen de conscience et l'introduction, en lieu et place, de la preuve par l'acte, a eu comme conséquence une augmentation exponentielle des demandes d'admission au service civil (2008 : 1632, 2009 : 6720). Cette modification a entraîné, de fait, un libre choix entre le service militaire et le service civil, ce qui est contraire aux principes ancrés dans la législation idoine.

### **2. En particulier**

Nous appuyant sur la description des mesures envisagées figurant dans le rapport explicatif accompagnant le projet de loi, le Conseil d'Etat tient à préciser ce qui suit :

### **2.1. Mesure 1 : Nombre minimum de 150 jours de service**

Cette mesure accroît les contraintes pour les personnes faisant le service civil (civilistes), ce qui devrait réduire, du moins partiellement, l'attrait pour le service civil. Après l'entrée en vigueur de la loi, le nombre de militaires formés qui rejoignent le service civil devrait diminuer. Dans la pratique, toutefois, il est impossible de quantifier précisément les effets de cette mesure.

### **2.2. Mesure 2 : Délai d'attente de 12 mois**

Durant ce laps de temps, l'armée a la possibilité d'examiner et de mettre en œuvre des mesures individuelles. Ces mesures devraient permettre au militaire concerné de continuer son service militaire. Il s'ensuit toutefois un important volume de travail pour l'armée et l'appréciation des effets n'est, dans ce cas-là également, pas encore connue.

### **2.3. Mesure 3 : Facteur 1,5 pour les cadres**

La différence de facteur actuellement en vigueur au bénéfice des cadres a vraisemblablement contribué au dépôt d'un grand nombre de demandes d'admission au service civil. La nouvelle mesure pourrait engendrer une réduction du nombre de départs de cadres militaires dans le service civil.

### **2.4. Interdiction, pour les médecins, de faire un service civil comme médecins**

Cette mesure devrait permettre de réduire le nombre de médecins faisant un service civil. Il est toutefois absolument impossible d'évaluer si un médecin ne choisira pas, malgré tout, l'option dans laquelle il peut déterminer lui-même le moment et le lieu de son service.

### **2.5. Mesures 5 à 7**

Ces trois mesures ont pour but de renforcer le respect du principe de l'équivalence du service militaire et du service civil. A notre avis, ces mesures ne réduiront pas pour autant l'attrait pour le service civil.

## **3. Recommandations**

Selon le Conseil d'Etat, les mesures prévues dans le projet ne déboucheront pas sur une diminution substantielle et durable des admissions au service civil et elles ne réduiront guère l'attrait pour le service civil. Il ne s'agit cependant aucunement de mettre des entraves à la possibilité de faire un service civil de substitution pour des raisons de conscience comme prévu dans la Constitution. Il s'agit, comme mentionné en introduction, d'offrir à la Suisse et à sa population une protection optimale contre les menaces et les dangers. Le Conseil d'Etat propose, dès lors, des mesures d'accompagnement à prendre en compte dans la nouvelle LSC.

### **3.1. Motivation de l'astreint**

Une clarification de la motivation du dépôt d'une demande d'admission au service civil, orale et conforme aux us actuels, doit être effectuée dans le cadre du recrutement.

Le Conseil d'Etat est d'avis que la suppression de l'examen de conscience, en 2009, a aussi supprimé l'obstacle psychologique de l'entretien personnel. Selon le projet soumis, le service civil doit, dans le futur, rester ouvert aux personnes qui ne peuvent pas faire de service militaire pour des raisons de conscience. Pour expliquer cette motivation, il suffit actuellement au requérant d'envoyer électroniquement un formulaire rempli. De plus, comme «preuve par l'acte», la durée du service civil doit être supérieure à celle du service militaire. Aujourd'hui, on ne contrôle pas s'il s'agit d'une mesure d'optimisation du parcours de vie personnel plus tôt que d'un réel conflit de conscience.

Dans les faits, la personne astreinte au service militaire a le choix entre le service militaire et le service civil. Les mesures proposées dans le projet de loi soumis ne changent fondamentalement rien à cette situation. Le nombre de demandes d'admission au service civil démontre le grand attrait pour ce dernier. Afin de sensibiliser les jeunes conscrits à cette problématique, nous proposons que celle-ci soit abordée de manière approfondie lors des journées d'information auxquels l'ensemble des jeunes conscrits (hommes) participe.

### **3.2. Demande d'admission**

Une demande d'admission au service civil ne doit pouvoir être déposée qu'à partir du recrutement et avant le début de l'école de recrues. Cette mesure fournit à l'armée la sécurité de planification nécessaire relative à ses effectifs. Ainsi, les investissements financiers et personnels importants consentis pour la formation de chaque militaire ne seront plus vains à cause de départs dans le service civil après l'école de recrues.

Nous ne comprenons pas le Conseil fédéral qui a jugé «inappropriées» de telles mesures et les a rejetées. De l'avis du canton de Fribourg, il n'est pas suffisamment tenu compte des enseignements tirés de la révision de l'Ordonnance sur le service civil en 2011, qui n'ont eu aucun effet à moyen terme. Avec le projet de modifications soumis, l'introduction de mesures ayant des effets à long terme est ajournée pour des années.

### **3.3. Convocation à un service d'assistance ou un service actif**

Selon la mesure 5 proposée, le droit constitutionnel de faire un service civil de remplacement doit cependant être maintenu pour les personnes astreintes au service militaire qui sont convoquées pour un service d'assistance ou un service actif. Le Conseil d'Etat estime que cette mesure n'est pas admissible, car il est important, en particulier dans des situations nécessitant la mise sur pied de l'armée, que celle-ci dispose d'effectifs suffisants. Comme réserve stratégique de la Confédération, l'armée fournit des prestations de soutien aux autorités civiles, en plus des tâches de défense nationale, afin de faire face à des menaces graves pesant sur la sécurité intérieure ou à d'autres situations extraordinaires comme des catastrophes ou des situations d'urgence. Elle doit, dans de telles situations, pouvoir compter sur un effectif complet de militaires formés.

### **3.4. Cadres et spécialistes**

Un militaire formé comme cadre ou titulaire d'une formation spéciale doit s'engager à remplir la totalité de ses obligations militaires. Celle-ci peut nécessiter d'importants investissements financiers et personnels. Lors du départ d'un cadre ou d'un spécialiste dans le service civil, ces investissements sont perdus. L'armée doit élaborer des modèles contraignant fondamentalement de tels militaires à accomplir l'intégralité de leurs obligations militaires. Des options, telles que le remboursement des charges de formation, devraient être examinées.

### **3.5. Accomplissement du service civil à l'étranger**

La possibilité que les civilistes fassent leur service à l'étranger doit être supprimée. Nous estimons, en effet, que le service à l'étranger constitue un accroissement inutile de l'attrait pour le service civil. De plus, cette possibilité est en contradiction avec les mesures 5 à 7 du projet de loi soumis, qui ont pour objectif d'améliorer le respect du principe d'équivalence de l'exécution des obligations dans l'armée et dans le service civil. Un militaire ne peut pas non plus accomplir ses obligations dans le cadre d'un service à l'étranger.

### 3.6. Obligation de servir dans la sécurité

Pour résoudre à long terme et durablement les problèmes d'effectifs de l'armée, de la protection civile et du service civil, le Conseil d'Etat est d'avis que le modèle «obligation de servir dans la sécurité», mentionné dans le rapport du groupe d'étude du système d'obligation de servir, doit faire l'objet d'un examen circonstancié.

Les nombreuses admissions au service civil ont des conséquences non seulement pour l'armée, mais également pour la protection civile. Ainsi, des personnes qui, par le passé, devaient quitter le service militaire en raison de problèmes à l'école de recrues et était de ce fait attribuées à la protection civile, déposent aujourd'hui fréquemment des demandes d'admission au service civil. De plus, les mesures prises par l'armée pour réduire le nombre de départs engendrent une diminution des effectifs de la protection civile. Ces mesures découlent notamment des départs vers le service civil. Le regroupement de la protection civile et du service civil présenté dans le modèle «obligation de servir dans la sécurité» et la création d'une nouvelle organisation (comme un «organe de protection en cas de catastrophe») auraient vraisemblablement pour effet de simplifier le système actuel et de résoudre les problèmes d'effectifs.

En vous remerciant de prendre en considération cette prise de position, nous vous présentons, Monsieur le Conseiller fédéral, nos plus cordiales salutations.

Au nom du Conseil d'Etat :

  
Georges Godel  
Président





Danielle Gagnaux-Morel  
Chancelière d'Etat

## **Regierungsrat**

Rathaus / Barfüssergasse 24  
4509 Solothurn  
www.so.ch

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung  
Herr Bundesrat  
Johann N. Schneider-Ammann  
Bundeshaus Ost  
3003 Bern

25. September 2018

### **Vernehmlassung zur Änderung des Zivildienstgesetzes ZDG**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns zur Stellungnahme zum Entwurf des Bundesrates über die Änderung des Zivildienstgesetzes ZDG eingeladen. Wir bedanken uns für diese Möglichkeit und erlauben uns, folgende Bemerkungen anzufügen:

#### **Unterstützung**

Der Kanton Solothurn unterstützt den vorliegenden Entwurf der Gesetzesänderung, weil die vorgeschlagenen Massnahmen kurzfristig dazu beitragen könnten, die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst zu senken.<sup>1</sup> Wir unterstützen die Bemühungen, die Schweiz und ihre Bevölkerung vor Bedrohungen und Gefahren optimal zu schützen. Dazu gehört auch, dass der Militärdienst besser mit Ausbildung und Beruf koordiniert wird.

#### **Massnahmen im Entwurf**

- 1.) Mindestanzahl von 150 Diensttagen: Durch diese Massnahme nimmt die Belastung des Zivildienstleistenden (Zivi) zu. Dadurch dürfte die Attraktivität des Zivildienstes zumindest teilweise abnehmen. Die Abgänge ausgebildeter Angehöriger der Armee (AdA) in den Zivildienst dürften nach Inkrafttreten des Gesetzes zurückgehen. Tatsächlich ist aber die präzise quantitative Auswirkung dieser Massnahme völlig offen.
- 2.) Wartefrist von 12 Monaten: Die Armee kann während dieser Frist individuelle Massnahmen prüfen und umsetzen. Diese Massnahmen sollen dem betroffenen AdA ermöglichen, weiterhin Militärdienst zu leisten. Damit ist jedoch ein beträchtlicher Aufwand für die Armee verbunden, und auch hier kann die Wirkung zum jetzigen Zeitpunkt nicht wirklich beurteilt werden.
- 3.) Faktor 1,5 für Kader: Die bisher geltende Differenzierung des Faktors zugunsten der Kader dürfte zur Einreichung zahlreicher Zivildienstgesuche beigetragen haben. Die neue Massnahme könnte zu einer Reduktion der Abgänge von militärischen Kadern in den Zivildienst führen.

---

<sup>1</sup> Kurzfristig (2020-2022): Das revidierte ZDG tritt frühestens ab Mitte 2020 in Kraft. Mit Auswirkungen ist frühestens ab diesem Zeitpunkt zu rechnen.

4.) Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten: Damit könnten die Abgänge von Mediziner in den Zivildienst reduziert werden. Es ist allerdings völlig offen, ob ein Mediziner nicht doch diejenige Option wählt, bei der er Zeitpunkt und Ort seiner Dienstleistung selber bestimmen kann.

Massnahmen 5.) bis 7.): Diese drei Massnahmen bezwecken die verstärkte Beachtung des Grundsatzes der Gleichwertigkeit von Militärdienst und Zivildienst. Aus unserer Sicht sind sie jedoch nicht geeignet, die Attraktivität des Zivildienstes zu senken.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Mit freundlichen Grüssen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.  
Roland Heim  
Landammann

sig.  
Andreas Eng  
Staatsschreiber

Regierungsrat BL, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Eidgenössisches  
Departement für Wirtschaft, Bildung  
und Forschung Bern

Per E-Mail an:

[rechtsdienst@zivi.admin.ch](mailto:rechtsdienst@zivi.admin.ch)

Liestal, 11. Oktober 2018

### **Vernehmlassung**

#### **zum Entwurf einer Änderung des Zivildienstgesetzes (Reduktion der Zulassungen zum Zivildienst)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Meinungsäusserung und können Ihnen mitteilen, dass der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft mit den vorgeschlagenen Gesetzesänderungen und Massnahmen einverstanden ist.

#### **Empfehlung zur vertieften Prüfung der Modelle „Sicherheitsdienstpflicht“ und „norwegisches Modell“**

Bekanntlich hat die Studiengruppe Dienstpflichtsystem ihren Bericht im März 2016 publiziert. Wir legen Ihnen nahe, zur langfristigen und nachhaltigen Sicherstellung der Bestände von Armee, Zivilschutz und Zivildienst die im Bericht aufgeführten Modelle „Sicherheitsdienstpflicht“ und „norwegisches Modell“ vertieft zu prüfen. Die Studiengruppe empfahl in ihrem Bericht ausdrücklich das „norwegische Modell“ zur Weiterentwicklung unseres Dienstpflichtsystems. Mit der Beteiligung bzw. Verpflichtung der Frauen verdoppelt sich der Pool, aus denen Armee, Zivilschutz, Zivildienst und allenfalls auch bestimmte Blaulichtorganisationen wie Feuerwehren und Rettungsdienste ihre Bestände decken könnten. Die Schwierigkeiten, die sich bei der Rekrutierung von Spezialisten heute immer deutlicher abzeichnen, könnten dadurch sehr wahrscheinlich behoben werden. Das „norwegische Modell“ kann nicht einfach auf die schweizerischen Verhältnisse transferiert werden. Zumindest weist es aber in die richtige Richtung und sollte im Sinne eines Lösungsansatzes auch in unserem Land weiter geprüft werden.

#### **Zusätzliche Bemerkungen**

Unser Kanton wies schon mehrfach darauf hin, dass dem basellandschaftlichen Zivilschutz die gemäss Planung nötige Zahl an Zivilschützern fehlt. Seitens des Bundes werden dem Kanton Basel-

Landschaft aktuell immer weniger zivilschutztaugliche junge Männer zugewiesen. Geplante Zivilschutzausbildungskurse mussten gestrichen werden, weil die benötigte Anzahl Zivilschutzrekruten nicht zur Verfügung stand. Wir gehen davon aus, dass dieser Mangel an jungen Zivilschutzdienstpflichtigen mindestens zum Teil auf den Umstand zurückzuführen ist, dass die Armee ihren eigenen Bedarf abdeckt, indem sie für sich junge Männer rekrutiert, die bisher zivilschutzdiensttauglich waren.

Wir empfehlen darüber hinaus aber auch, die Anstrengungen verstärkt darauf auszurichten, den Militärdienst selbst attraktiver zu gestalten und auf diese Weise verstärkte Anreize und Motivation zu schaffen für die Erfüllung der Militärdienstpflicht. Wir stellen durchaus fest, dass hierfür in der jüngeren Vergangenheit wesentliche Massnahmen getroffen wurden, sind aber der Auffassung, dass die Möglichkeiten bei weitem nicht ausgeschöpft sind. Beispielsweise könnte hier schon alleine die Gewährung echter Wochenenden (Entlassung jeweils bereits Freitagnachmittag) vieles bewirken.

Wir halten es für ausserordentlich wichtig, dass Armee, Zivilschutz und Zivildienst – aber auch die Blaulichtorganisationen wie Feuerwehren und Rettungsdienste - ihre Bestände mit der notwendigen Anzahl qualifizierter Dienstleistender alimentieren können, damit die Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufträge nicht gefährdet wird und das bewährte Milizsystem nicht nur weitergeführt, sondern auch weiterentwickelt werden kann. Es ist aus staatspolitischen Gründen absolut erforderlich, dass unser Dienstpflichtsystem diesen Bedürfnissen Rechnung trägt und die dazu erforderlichen Reformen in Richtung eines „Gesellschaftsdiensts für alle“ zügig realisiert werden.

Wir danken Ihnen nochmals für die Gelegenheit zur Meinungsäusserung und für eine wohlwollende Prüfung unserer Anliegen.

Hochachtungsvoll

Sicherheitsdirektion des Kantons Basel-Landschaft:



Isaac Reber, Regierungsrat

Kanton Schaffhausen  
Regierungsrat  
Beckenstube 7  
CH-8200 Schaffhausen  
www.sh.ch

T +41 52 632 71 11  
F +41 52 632 72 00  
staatskanzlei@ktsh.ch



Regierungsrat

---

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung  
WBF

**per E-Mail:**  
rechtsdienst@zivi.admin.ch

Schaffhausen, 25. September 2018

## **Vernehmlassung WBF betreffend Änderung des Zivildienstgesetzes; Stellungnahme**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, in vorerwähnter Angelegenheit Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für diese Gelegenheit.

Der Regierungsrat des Kantons Schaffhausen begrüsst Bestrebungen des Bundes, den Personalbestand der Armee langfristig zu sichern, damit die Armee ihre sicherheitspolitisch geforderten Leistungen zu erbringen vermag. Wir sind daher mit Massnahmen einverstanden, mit welchen die Verringerung der Anzahl Armeeangehöriger, die nach bestandener Rekrutenschule in den Zivildienst wechseln, erreicht werden kann, zumal diese im Zivildienst vorgenommenen Arbeiten auch anderweitig erfüllt werden können.

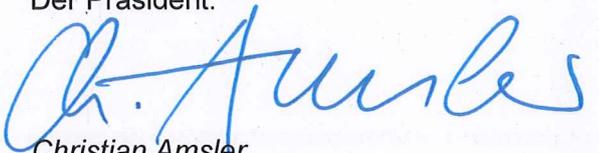
Für eine langfristige Lösung werden noch weitere Schritte ergriffen werden müssen, die zu einer Attraktivitätssteigerung der Armee – gegenüber dem Zivildienst wie auch allgemein – beitragen. Namentlich regen wir folgende flankierende Massnahme an:

- Zur langfristigen und nachhaltigen Lösung der Bestandesprobleme in Armee, Zivilschutz und Zivildienst soll das im Bericht der Studiengruppe Dienstpflichtsystem aufgeführte Modell der Zusammenführung von Zivilschutz und Zivildienst und die Schaffung einer neuen Organisation (z. B. «Katastrophenschutz») vertieft geprüft werden.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:



Christian Amsler



Der Staatsschreiber:



Dr. Stefan Bilger



Regierungsrat, 9102 Herisau

Eidg. Departement für Wirtschaft,  
Bildung und Forschung WBF  
Rechtsdienst  
3003 Bern

**Dr. iur. Roger Nobs**  
Ratschreiber  
Tel. +41 71 353 63 51  
roger.nobs@ar.ch

Herisau, 28. September 2018

**Eidg. Vernehmlassung: Revision des Zivildienstgesetzes; Stellungnahme des Regierungsrates von Appenzell Ausserrhoden**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 20. Juni 2018 wurden die Kantonsregierungen vom Eidgenössischen Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) eingeladen, zum eingangs erwähnten Entwurf Stellung zu nehmen.

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden nimmt dazu wie folgt Stellung:

Der Regierungsrat unterstützt grundsätzlich alle Massnahmen, die dazu geeignet sind, den Armeebestand zu sichern. Er ist aber der Überzeugung, dass ein möglichst attraktiver Militärdienst, d.h. unter anderem eine adäquate Ausbildung und ein effizienter Dienstbetrieb, die wirksamsten Mittel sind, um ein "Abwandern" von eigentlich Militärdienstpflichtigen in den Zivildienst als weniger attraktiv erscheinen zu lassen. Obwohl die vorgeschlagenen Massnahmen kurzfristig durchaus den gewünschten Effekt zeitigen können, ist es mehr als fraglich, ob sie langfristig Garant dafür sein können, dass die Armeebestände gesichert bleiben.

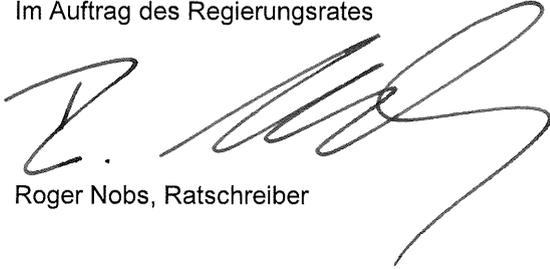
Da mit den jetzigen Vorschlägen beide Seiten – sowohl Befürwortende aller Massnahmen, die den Armeebestand sichern, wie auch Unterstützende des Zivildienstes in seiner heutigen Form – nur bedingt zufrieden sind, erachtet der Regierungsrat diese als Kompromiss zwischen den beiden Polen. Er unterstützt darum die vorgeschlagenen Massnahmen.



Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates



Roger Nobs, Ratschreiber



## Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei  
Marktgasse 2  
9050 Appenzell  
Telefon +41 71 788 93 25  
regina.doerig@rk.ai.ch  
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Eidg. Departement für Wirtschaft,  
Bildung und Forschung  
3003 Bern

Appenzell, 20. September 2018

### **Änderung des Zivildienstgesetzes Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Änderung des Zivildienstgesetzes zukommen lassen.

Die Standeskommission hat die Unterlagen geprüft und nimmt dazu wie folgt Stellung:

Der vorliegende Entwurf der Gesetzesänderung wird unterstützt, weil die vorgeschlagenen Massnahmen kurzfristig dazu beitragen können, die Anzahl an Zulassungen zum Zivildienst zu senken. Aus der Sicht der Standeskommission sind jedoch für eine substantielle und nachhaltige Senkung der Zulassungen zum Zivildienst weitere Massnahmen nötig:

1. Bei Zivildienstgesuchen ist im Rahmen der Rekrutierung eine zeitgemässe mündliche Motivationsabklärung durchzuführen.  
Begründung: Mit der Abschaffung der Gewissensprüfung im Jahr 2009 ist die psychologische Hürde der persönlichen Befragung weggefallen. Gemäss Vorlage soll auch künftig Zivildienst leisten können, wer den Militärdienst mit seinem Gewissen nicht vereinbaren kann. Zur Feststellung dieser Motivation genügt das Einreichen eines ausgefüllten Formulars auf elektronischem Weg. Darüber hinaus hat der Zivildienstleistende im Sinne eines Tatbeweises einen Ersatzdienst zu leisten, der länger dauert als der Militärdienst. Ob es sich um eine Gewissensfrage oder nicht doch eher um die Optimierung des individuellen Lebenswegs handelt, wird heute nicht nachgeprüft. Der Militärdiensttaugliche hat die faktische Wahlfreiheit zwischen Militärdienst und Zivildienst.
2. Ein Zulassungsgesuch zum Zivildienst soll nur im Zeitraum zwischen der Rekrutierung und vor der Rekrutenschule gestellt werden können.  
Begründung: Mit dieser Massnahme erhält die Armee bezüglich ihrer Bestände die nötige Planungssicherheit. Die beträchtlichen finanziellen und personellen Investitionen in die Ausbildung eines einzelnen Angehörigen der Armee werden durch dessen Abgang in den Zivildienst nach der Rekrutenschule nicht mehr vergeblich gewesen sein. Die Stellungspflichtigen werden an den Orientierungstagen über den zivilen Ersatzdienst informiert. Nach dem Tauglichkeitsentscheid an der Rekrutierung können sie bis zum Start der Rekrutenschule einen Gewissensgrund geltend machen. In der Rekrutenschule und im Wiederholungskurs kann bei Gewissenskonflikten der Psychologisch-Pädagogische Dienst, der Sanitätsdienst oder der Armeeseelsorger in Anspruch genommen werden.

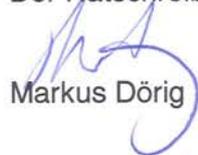
3. Militärdienstpflichtige, die zu einem Assistenz- oder Aktivdienst aufgeboten sind, sollen kein Gesuch um Zulassung zum Zivildienst mehr stellen können.  
Begründung: Die Armee muss über ausreichende Bestände verfügen. Als strategische Reserve des Bundes dient die Armee neben der Landesverteidigung auch der Unterstützung der zivilen Behörden, bei der Abwehr schwerwiegender Bedrohungen der inneren Sicherheit und bei der Bewältigung anderer ausserordentlicher Lagen. Ausgerechnet in diesen Fällen soll aber ein vollständig ausgebildeter Militärdienstpflichtiger beim Aufgebot doch noch ein Zivildienstgesuch stellen können. Dies sollte nicht zulässig sein.
4. Verzicht auf die Möglichkeit, den Zivildienst im Ausland zu absolvieren.  
Begründung: Die Dienstleistung im Ausland stellt eine unnötige Attraktivitätssteigerung des Zivildienstes dar. Darüber hinaus widerspricht sie dem mit den Massnahmen 5 bis 7 des Gesetzesentwurfs beabsichtigten Versuch, dem Grundsatz der Gleichwertigkeit der Dienstleistung in Armee und Zivildienst bessere Nachachtung zu verschaffen. Ein Armeeingehöriger kann seine Militärdienstpflicht auch nicht im Rahmen eines Auslandeinsatzes absolvieren.
5. Zur langfristigen und nachhaltigen Lösung der Bestandesprobleme in Armee, Zivilschutz und Zivildienst ist das im Bericht der Studiengruppe Dienstpflichtsystem aufgeführte Modell der "Sicherheitsdienstpflicht" vertieft zu prüfen.  
Begründung: Die grosse Anzahl der Zulassungen zum Zivildienst wirkt sich nicht nur auf die Armee, sondern auch auf den Zivilschutz aus. So melden sich heute Personen, die früher aufgrund von Problemen in der Rekrutenschule aus dem Militärdienst ausschieden und dann schutzdiensttauglich wurden, heute oft beim Zivildienst. Zudem führen die Massnahmen, welche die Armee zur Reduzierung von Abgängen unternimmt, zu einem Bestandesrückgang im Zivilschutz. Diese Massnahmen sind insbesondere auf die Abgänge in den Zivildienst zurückzuführen. Die im Modell "Sicherheitsdienstpflicht" dargestellte Zusammenführung von Zivilschutz und Zivildienst und die Schaffung einer neuen Organisation (z.B. Katastrophenschutz) dürfte das heutige System vereinfachen und Bestandesprobleme lösen.

Die Standeskommission hält es für ein zeitgemässes Dienstpflichtsystem als unabdingbar, auf der politischen Ebene eine Revision von Art. 59 BV zu thematisieren. Die Landesverteidigung und der Schutz der Bevölkerung muss mit Weitblick neu geregelt und in der Bundesverfassung verankert werden.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

**Im Auftrage von Landammann und Standeskommission**

Der Ratschreiber:

  
Markus Dörig

*Zur Kenntnis an:*

- rechtsdienst@zivi.admin.ch
- Justiz-, Polizei- und Militärdepartement Appenzell I.Rh., Marktgasse 10d, 9050 Appenzell
- Ständerat Ivo Bischofberger, Ackerweg 4, 9413 Oberegg
- Nationalrat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell



Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,  
Bildung und Forschung  
Bundeshaus Ost  
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen  
Regierungsgebäude  
9001 St.Gallen  
T +41 58 229 32 60  
F +41 58 229 38 96

St.Gallen, 9. Oktober 2018

## Änderung des Zivildienstgesetzes; Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 20. Juni 2018 laden Sie uns zur Vernehmlassung zur Änderung des Zivildienstgesetzes ein. Wir danken für diese Gelegenheit und nehmen gern wie folgt Stellung:

1. Die im Gesetzesentwurf geschilderte Ausgangslage, wonach aufgrund der Analyse der Alimentierungssituation der Armee und der Zunahme der Zulassungen beim Zivildienst eine Gefährdung des mit der Weiterentwicklung der Armee vorgesehenen Sollbestands von 100'000 Armeeangehörigen mittelfristig nicht ausgeschlossen werden kann, erscheint nachvollziehbar. Der Vorlage ist sodann zu attestieren, dass verschiedene Massnahmen geprüft und z.T. auch verworfen wurden. Allerdings scheint der Fokus zu eng auf die Abgrenzung des Militärdienstes vom Zivildienst gelegt worden zu sein. Weitergehende Überlegungen, wie sie eine Studiengruppe im Jahr 2016 dem Bundesrat zur Frage des zukünftigen Dienstpflichtsystems vorgelegt hatte, sind nicht eingeflossen. Wie die Dienstpflicht in Zukunft ausgestaltet wird, ist jedoch gesellschaftlich hoch relevant. Weshalb der Bundesrat sich vorliegend trotzdem nur eingeschränkt mit der Thematik befassen will, ist deshalb nicht nachvollziehbar.
2. Abgesehen davon, dass die Frage der zukünftigen Ausgestaltung der Dienstpflicht umfassender geklärt werden sollte, vermag der Lösungsansatz, die Attraktivität der Zivildienstleistung zu schwächen und den Zugang zum Zivildienst weiter zu erschweren, nur soweit zu überzeugen, als verhindert werden soll, dass jemand nur deshalb zivilen Ersatzdienst leistet, weil ihm oder ihr dieser Weg attraktiver erscheint. Davon ausgehend, dass die längere Dienstdauer im Zivildienst nach wie vor eine erhebliche Hürde darstellt, um sich für diesen Weg der Dienstleistung zu entscheiden, erscheinen mithin namentlich die Massnahmen 1, 3, 5, 6 und 7 zielführend, um einen Abgang von Armeeangehörigen aus rein opportunistischen Überlegungen zu verhindern, da sie diesen Aspekt im Vergleich zur heutigen Regelung verstärken.
3. Nicht zweckdienlich erscheint Massnahme 2 (Wartefrist von 12 Monate), da sie wechselwillige Armeeangehörige zwingt, während der Wartefrist weiter Militärdienst zu leisten, obwohl sie dies nicht mehr wollen. Die Motivation dieser Dienstleistenden



dürfte gering sein und kaum zu einer qualitativ befriedigenden Dienstleistung und Wehrkraft führen.

4. Abzulehnen ist Massnahme 4 (Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten). Zivildienstleistende sollen ebenso wie Militärdienstleistende ihren Einsatz in Bereichen leisten, in denen sie spezielle Befähigungen haben und Vorkenntnisse besitzen. Genauso wie die Armee soll auch der Zivildienst darauf aufbauen können, dass die Dienstleistenden ihr ziviles Know-how in ihre Tätigkeit im Rahmen ihrer Dienstleistung einbringen. Entsprechend ist es unsinnig, angehenden Mediziner, die ihre Wehrpflicht als Zivildienstleistende erfüllen möchten, den Einsatz in ihrem Fachbereich zu verbieten.
5. Nicht zu vernachlässigen ist aus Sicht des Kantons, dass mit einer Verschärfung der Zulassungsbedingungen für den Zivildienst weitreichende Folgen für die Kantone und die Gemeinden einhergehen können. Zivildienst wird oftmals in Einrichtungen für Kinder und Jugendliche, für Menschen mit Behinderung sowie für Betagte und pflegebedürftige Menschen geleistet. Dies entlastet sowohl die betreuenden Angehörigen als auch die Einrichtungen und damit auch die öffentliche Hand, die über Sozialversicherungsbeiträge und Staatsbeiträge einen erheblichen Teil dieser Kosten trägt. Aufgrund der demografischen Entwicklung ist in Zukunft mit einer Erhöhung des Bedarfs an Betreuungs- und Pflegeleistungen zu rechnen. Die vorliegenden Massnahmen des Gesetzesentwurfs werden zu einem Rückgang von Zivildiensteinsätzen in diesen Bereichen führen. Die Problematik kann jedoch kaum im Rahmen des vorliegenden Gesetzesvorhabens gelöst werden, sondern bedarf grundsätzlicher Überlegungen.

Aufgrund der vorstehenden Überlegungen wäre es aus Sicht des Kantons St.Gallen zu begrüssen, wenn die anerkanntermassen unbefriedigende Situation zum Anlass genommen würde, die Frage der zukünftigen Ausgestaltung der Dienstpflicht in einen übergeordneten gesellschaftlichen Kontext zu stellen und verschiedene Formen der Dienstpflicht vertieft abzuklären. Diese wären insbesondere auch unter dem Gesichtspunkt zu würdigen, dass eine allgemeine Dienstpflicht die Identifikation aller in der Schweiz wohnhaften Personen mit dem in der Bundesverfassung begründeten Gesellschaftsmodell erhöht und damit die Kohäsion der in der Schweiz lebenden Bevölkerung stärken wird. In diese Richtung zielende Überlegungen drängen sich angesichts der Tatsache, dass der Ausländeranteil in der Schweiz tendenziell weiter steigt, auf. Hinzu kommt die immer weiter verbreitete Haltung, in einem Servicestaat zu leben, in dem gegen eine monetäre Gegenleistung alles zu haben ist, während nicht nur die Armee, sondern das Milizsystem auf der Behördenebene insbesondere in den Gemeinden, aber auch in der Zivilgesellschaft und zunehmend Mühe hat, engagierte Mitbürgerinnen und Mitbürger zu finden, die sich in einem öffentlichen Amt, in Vereinsvorständen, Sportclubs oder Kirchen engagieren. Die Frage der zukünftigen Ausgestaltung der Dienstpflicht ist mithin eine grundsätzliche gesellschaftspolitische Frage, die für die Zukunft der Schweiz vorausschauend angegangen werden sollte.



Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Im Namen der Regierung

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'Stefan Kölliker'.

Stefan Kölliker  
Präsident

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'Canisius Braun'.

Canisius Braun  
Staatssekretär

**Zustellung auch per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:**  
[rechtsdienst@zivi.admin.ch](mailto:rechtsdienst@zivi.admin.ch)



Sitzung vom

18. September 2018

Mitgeteilt den

18. September 2018

Protokoll Nr.

729

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung

Per E-Mail an

[rechtsdienst@zivi.admin.ch](mailto:rechtsdienst@zivi.admin.ch)

## **Änderung des Zivildienstgesetzes – Vernehmlassung**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 20. Juni 2018 in erwähnter Sache und bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Mit der vorliegenden Revision des Bundesgesetzes über den zivilen Ersatzdienst (Zivildienstgesetzes, ZDG; SR 824.0) soll der stetig zunehmenden Zahl der Zulassungen zum Zivildienst, der hohen Zahl von Armeeangehörigen, die nach bestandener Rekrutenschule aus Formationen der Armee zum Zivildienst abgehen, und dem Wechsel von Fachspezialistinnen und Fachspezialisten sowie Kadern der Armee zum Zivildienst entgegengewirkt werden, zumal eine Gefährdung des Sollbestands von 100 000 Armeeangehörigen und damit eine Gefährdung der sicherheitspolitisch geforderten Leistungen der Armee mittelfristig nicht ausgeschlossen werden kann.

Die Regierung des Kantons Graubünden unterstützt die Zielsetzung des Bundesrats. Allerdings wird es mit den im Revisionsentwurf vorgeschlagenen Massnahmen nicht gelingen, die Ziele zu erreichen. Sie werden nicht zu einer substantiellen, nachhaltigen Senkung der Zulassungen zum Zivildienst führen und keine wesentliche Vermin-

derung der Attraktivität des Zivildienstes bewirken. Es wird höchstens gelingen, einen kleinen Beitrag dazu zu leisten, die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst etwas zu senken.

Aus diesem Grund werden vorliegend weitere Massnahmen vorgeschlagen. Es wird beantragt, diese in den Revisionsentwurf aufzunehmen.

- **Ein Zulassungsgesuch zum Zivildienst soll nur zwischen der Rekrutierung und vor der Rekrutenschule gestellt werden können**

Mit dieser Massnahme erhält die Armee bezüglich ihrer Bestände die nötige Planungssicherheit. Die beträchtlichen finanziellen und personellen Investitionen in die Ausbildung einer/s einzelnen Angehörigen der Armee (AdA) werden somit künftig infolge eines Abgangs in den Zivildienst nach der Rekrutenschule nicht mehr vergeblich gewesen sein.

Für den Kanton Graubünden ist schwierig nachvollziehbar, weshalb der Bundesrat solche nachhaltig wirksamen Massnahmen als untauglich verworfen hat. Dadurch sind die Erkenntnisse aus der Revision der Zivildienstverordnung im Jahre 2011, die mittelfristig wirkungslos blieb, nicht ausreichend berücksichtigt worden. Mit dem vorliegenden Änderungsentwurf wird die Einführung langfristig wirksamer Massnahmen auf Jahre hinaus verzögert.

- **Militärdienstpflichtige, die zu einem Assistenz- oder Aktivdienst aufgeboten sind, sollen kein Gesuch um Zulassung zum Zivildienst mehr stellen können**

Dem Kanton Graubünden ist daran gelegen, dass die Armee über ausreichende Bestände verfügt. Als strategische Reserve des Bundes dient die Armee neben der Landesverteidigung auch der Unterstützung der zivilen Behörden, bei der Abwehr schwerwiegender Bedrohungen der inneren Sicherheit und bei der Bewältigung anderer ausserordentlicher Lagen, wie z.B. der Bewältigung von Katastrophen und Notlagen. In solchen Fällen darf ein/e vollständig ausgebildete/r Militärdienstpflichtige/r beim Aufgebot kein Zivildienstgesuch stellen können.

- **Ein/e AdA mit Kader- oder Spezialausbildung hat sich für die vollständige Ableistung seiner Militärdienstpflicht zu verpflichten**

Die Ausbildung einer/s einzelnen AdA kann mit grossen finanziellen und personellen Investitionen verbunden sein. Durch den Abgang eines Kadermitglieds oder einer/s Spezialistin/en in den Zivildienst werden diese Aufwendungen überflüssig. Die Armee soll Modelle erarbeiten, die eine/n solche/n AdA verpflichten, ihre/seine Militärdienstpflicht grundsätzlich vollständig abzuleisten.

- **Die Möglichkeit, dass Zivildienstleistende ihren Dienst im Ausland absolvieren, ist abzuschaffen**

Die Dienstleistung im Ausland stellt eine unnötige Attraktivitätssteigerung des Zivildienstes dar. Darüber hinaus widerspricht sie dem mit den Massnahmen 5 bis 7 im vorliegenden Gesetzesentwurf beabsichtigten Versuch, dem Grundsatz der Gleichwertigkeit der Dienstleistung in Armee und Zivildienst bessere Nachachtung zu verschaffen. AdA können ihre Militärdienstpflicht nicht im Rahmen eines Auslandseinsatzes absolvieren.

- **Zur langfristigen und nachhaltigen Lösung der Bestandesprobleme in Armee, Zivilschutz und Zivildienst ist das im Bericht der Studiengruppe Dienstpflichtsystem aufgeführte Modell der "Sicherheitsdienstpflicht" vertieft zu prüfen**

Die grosse Anzahl der Zulassungen zum Zivildienst wirkt sich nicht nur auf die Armee, sondern auch auf den Zivilschutz aus. So melden sich heute Personen, die früher aufgrund von Problemen in der Rekrutenschule aus dem Militärdienst ausgeschieden und dann schutzdiensttauglich wurden, heute oft beim Zivildienst. Zudem führen die Massnahmen, welche die Armee zur Reduzierung von Abgängen unternimmt, zu einem Bestandesrückgang im Zivilschutz. Diese Massnahmen sind insbesondere auf die Abgänge in den Zivildienst zurückzuführen. Die im Modell "Sicherheitsdienstpflicht" dargestellte Zusammenführung von Zivilschutz und Zivildienst und die Schaffung einer neuen Organisation (z.B. "Katastrophenschutz") dürfte das heutige System vereinfachen und Bestandesprobleme lösen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anträge.

Freundliche Grüsse



Namens der Regierung

Der Präsident:

A handwritten signature in black ink, appearing to read "M. Cavigelli".

Dr. Mario Cavigelli

Der Kanzleidirektor:

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Daniel Spadin".

Daniel Spadin

## REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau  
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50  
regierungsrat@ag.ch  
www.ag.ch/regierungsrat

### **A-Post Plus**

Vollzugsstelle für den Zivildienst  
Zentralstelle  
Malerweg 6  
3600 Thun

26. September 2018

### **Änderung des Zivildienstgesetzes; Vernehmlassung**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 20. Juni 2018 wurden die Kantonsregierungen eingeladen, im Rahmen einer Vernehmlassung zur Revision des Bundesgesetzes über den zivilen Ersatzdienst (Zivildienstgesetz, ZDG) vom 4. Oktober 2002 (SR 824.0) Stellung zu nehmen. Der Regierungsrat des Kantons Aargau dankt Ihnen für diese Gelegenheit, die er gerne wahrnimmt.

#### **Generelle Würdigung der Vorlage**

Die sieben Massnahmen erscheinen aus Sicht des Regierungsrats des Kantons Aargau berechtigt. Ihre Stossrichtungen sind teilweise unterschiedlich. Von allgemeiner Bedeutung erscheinen die Massnahmen eins (Mindestanzahl von 150 Diensttagen), zwei (Wartefrist von zwölf Monaten) und sechs (jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung zum Zivildienst). Die anderen Massnahmen bilden Reaktionen auf spezielle Problemstellungen.

#### **Bemerkungen zu den allgemeinen Massnahmen (eins, zwei und sechs)**

Mit einem Minimum von 150 Diensttagen (Massnahme eins) wird ein Wechsel von der Armee zum Zivildienst umso unattraktiver, je später er erfolgt. Die Massnahme ist grundsätzlich positiv zu bewerten, weil die Armee damit künftig weniger ausgebildete Soldaten verlieren dürfte.

Auch die Einführung einer Wartefrist von zwölf Monaten vor einer Zulassung zum Zivildienst (Massnahme zwei) ist nach Ansicht des Regierungsrats positiv zu werten. Mit einer Verrechtlichung der Wartefrist wird diese legitimiert und es wird Transparenz geschaffen.

Eine jährliche Einsatzpflicht ab dem Kalenderjahr nach der Zulassung zum Zivildienst (Massnahme sechs) wird ebenfalls begrüsst. Damit erfolgt eine Angleichung an den Dienstleistungsrhythmus der Militärdienstleistenden.

#### **Bemerkungen zu den spezifischen Massnahmen (drei, vier, fünf und sieben)**

Die Massnahmen zur Angleichung des Faktors für den Tatbeweis der Kader (Massnahme drei) sowie das Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten (Massnahme vier), werden begrüsst, weil damit letztlich Privilegierungen für einzelne Personengruppen beseitigt werden. Insbe-

sondere darf ein Übertritt in den Zivildienst nicht dem persönlichen beruflichen Weiterkommen dienen.

Auch die Massnahme zum Ausschluss von Angehörigen der Armee ohne Restdiensttage zum Zivildienst (Massnahme fünf) ist positiv zu bewerten. Damit wird eine Umgehung der Schiesspflicht verhindert.

Die Neuterminierung des langen Einsatzes (Massnahme sieben) wird begrüsst, da damit eine potenzielle Besserstellung der Dienstleistung im Zivildienst im Vergleich zur Armee verhindert wird.

### **Weitere Anregungen**

Der Regierungsrat unterstützt die postulierten Massnahmen; gleichzeitig unterstreicht er das Bedürfnis nach einer integralen Betrachtungsweise sowie nach ergänzenden Massnahmen in anderen Sachbereichen.

So ist bei der Umsetzung der Massnahmen die wahrscheinliche Reaktion der jeweiligen Zielgruppe zu antizipieren. Die allgemeinen Massnahmen werden schwergewichtig junge Schweizer Männer in einem Alter zwischen 19 und 22 Jahren betreffen. Entsprechend der Zielgruppe sind die Eignung der Massnahmen sowie deren konkrete Umsetzung zu beurteilen.

Über den Sachbereich des ZDG hinaus sind nach Ansicht des Regierungsrats auch weitergehende Verbesserungen zu prüfen. Zu denken ist insbesondere an Massnahmen auf Seiten der Armee zur besseren Ableistung der Dienstpflicht.

- Der Betrieb der Rekrutenschulen ist bereits angepasst worden. Fortgesetzter Aufmerksamkeit bedürfen aber auch die Wiederholungskurse, die für Soldaten herausfordernd und sinnvoll sein müssen.
- Angesichts der hohen Zahl von Gesuchen zum Zivildienst, welche nach absolvierter Rekrutenschule eingereicht werden, erscheint es angezeigt, wenn nach einer Gesuchstellung Gespräche zwischen der Armee und den Gesuchstellern geführt werden könnten. Dabei sollten armee-interne Alternativen aufgezeigt werden (Dienstverschiebung, waffenloser Dienst in der Armee, Umteilung).
- Der Wechsel von Kadern in den Zivildienst betrifft vor allem die höheren Unteroffiziere und innerhalb dieser Gruppe besonders die Fouriere. Die Ursachen dazu erscheinen armee-interner Natur zu sein, da die frisch ausgebildeten Kader in der Praxis (Wiederholungskurse) oft überfordert sind und in dieser Situation zudem kaum unterstützt werden. Daher erscheinen Massnahmen angezeigt, um die Rahmenbedingungen für die betroffenen Funktionsträgerinnen und Funktionsträger zu verbessern.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats

Alex Hürzeler  
Landammann

Vincenza Trivigno  
Staatsschreiberin

Kopie

- [rechtsdienst@zivi.admin.ch](mailto:rechtsdienst@zivi.admin.ch)

Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches  
Departement für Wirtschaft, Bildung und  
Forschung  
Herr Johann N. Schneider-Ammann  
Bundesrat  
Bundeshaus Ost  
3003 Bern

Frauenfeld, 18. September 2018

779

## Änderung des Zivildienstgesetzes

### Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme zum Entwurf für eine Änderung des Bundesgesetzes über den zivilen Ersatzdienst (Zivildienstgesetz, ZDG; SR 824.0) und teilen Ihnen mit, dass wir mit der Vorlage einverstanden sind. Die in der Gesetzesänderung vorgesehene Umsetzung von sieben Massnahmen zur Senkung der Attraktivität des Zivildienstes dürfte die notwendigen Bestände der Armee zumindest kurz- und mittelfristig sicherstellen. Für eine längerfristige Lösung halten wir es indessen für angezeigt, nicht nur Massnahmen im Bereich des Zivildienstes zu ergreifen, sondern die Armee zu verpflichten, den Militärdienst attraktiver zu gestalten und damit insbesondere die Abgänge von bereits ausgebildeten Angehörigen der Armee und von anderweitig qualifizierten Personen zu reduzieren.

Mit freundlichen Grüssen

Die Präsidentin des Regierungsrates



Der Staatschreiber



numero			Bellinzona
4565	fr	1	3 ottobre 2018
Repubblica e Cantone Ticino Consiglio di Stato Piazza Governo 6 Casella postale 2170 6501 Bellinzona telefono +41 91 814 43 20 fax +41 91 814 44 35 e-mail can-sc@ti.ch			Repubblica e Cantone Ticino

## Il Consiglio di Stato

Signor  
Johann N. Schneider-Ammann  
Consigliere federale  
Capo DEFR  
Palazzo federale est  
3003 Berna

trasmessa per e-mail: [rechtsdienst@zivi.admin.ch](mailto:rechtsdienst@zivi.admin.ch)

### **Procedura di consultazione – Modifica della legge sul servizio civile**

Signor Consigliere federale,

in relazione alla summenzionata procedura di consultazione, ringraziando per l'opportunità che ci viene offerta di esprimere il nostro giudizio, formuliamo le seguenti considerazioni.

#### **1. SUL PRINCIPIO**

Lo scrivente Consiglio sostiene la modifica della legge sul servizio civile sostitutivo (LSC), in particolare:

- sosteniamo l'adeguamento della LSC in quanto le misure illustrate possono contribuire a ridurre il numero di ammissioni al servizio civile, soprattutto dopo l'assolvimento della scuola reclute;
- appoggiamo le misure proposte le quali permetteranno al Consiglio federale, e di riflesso a tutta la popolazione, di poter contare sulla riserva strategica della Confederazione al fine di garantire un supporto adeguato alle autorità civili in caso di necessità a fronte di situazioni particolari o straordinarie che possano generarsi sul nostro territorio.

#### **2. CONSIDERAZIONI GENERALI SULLE SETTE MISURE PROPOSTE**

##### **2.1 Numero minimo di 150 giorni di servizio**

Questa misura permetterà di ridurre parzialmente l'attrattività del servizio civile per tutti coloro che avranno già terminato la Scuola Reclute e stanno svolgendo i regolari servizi di formazione della truppa. L'effetto dissuasivo, che sarà difficilmente quantificabile, dovrebbe comunque diminuire la perdita di astretti al servizio militare formati garantendo quindi gli effettivi necessari ai vari corpi di truppa.

##### **2.2 Periodo d'attesa di 12 mesi**

L'obiettivo primario di questa novità non deve essere quello di procrastinare la gestione dei dossier obbligando i militi a svolgere almeno uno se non due corsi di ripetizione prima di entrare nel merito, quanto di valutare effettivamente quali risultano essere gli aspetti critici che spingono l'astretto al servizio a presentare domanda per poter svolgere il servizio civile

sostitutivo. Si auspica che i centri di reclutamento possano sviluppare le competenze per garantire una verifica delle condizioni di base in modo da poter trovare delle soluzioni che possano essere rispettose da un lato delle necessità dell'individuo e dall'altro delle esigenze dell'esercito.

### **2.3 Fattore 1,5 per sottufficiali e ufficiali**

Riteniamo che l'esercito abbia modificato sostanzialmente il suo approccio didattico e formativo durante i servizi di avanzamento. Il riconoscimento nei vari istituti universitari di crediti di formazione sono un'ulteriore dimostrazione dell'effettivo valore aggiunto che una carriera militare comporta. Come espresso nel rapporto esplicativo l'adeguamento del fattore di conversione dovrebbe quindi permettere una diminuzione delle perdite di militari con funzioni associate a maggiori competenze.

### **2.4 Divieto per i medici di prestare servizio civile come medici**

L'esecutivo cantonale crede che questa misura difficilmente sarà capace di garantire l'effettivo di specialisti nel settore sanitario. La problematica dovrà essere trattata in maniera molto più ampia soprattutto considerando le reali necessità di questa categoria professionale. Il timore è che si spingano i medici, grazie alla libertà di decidere dove e quando prestare servizio, di chiedere comunque l'ammissione al servizio civile magari in istituti sanitari dove a lato del proprio mansionario possono comunque aumentare le proprie competenze professionali.

Crediamo quindi che la misura vada rivista e che il Servizio Sanitario Coordinato si debba chinare sulla problematica in modo da rendere maggiormente attrattivo il servizio militare (per esempio riconoscimento professionale, attestazioni, preparazione agli esami, ...) in modo che i medici non debbano ricorrere a sistemi alternativi per assolvere i propri obblighi nei confronti della Confederazione. A margine di questa modifica di legge dovrà essere rivista tutto il dispositivo sanitario in modo che autorità cantonali ed Esercito possano elaborare i loro concetti per far fronte a situazioni straordinarie consci delle necessità legate al personale specialistico e le strutture che compongono l'apparato sanitario.

### **2.5 Rifiuto dell'ammissione al servizio civile per i militari che non hanno più giorni di servizio da prestare**

La misura permetterà una certa equivalenza tra servizio militare e servizio civile, ma a nostro avviso non avrà un grande impatto sul numero di richieste d'ammissione al servizio civile sostitutivo.

### **2.6 Obbligo d'impiego annuale a partire dall'ammissione**

La misura permetterà una certa equivalenza tra servizio militare e servizio civile, ma a nostro avviso non avrà un grande impatto sul numero di richieste d'ammissione al servizio civile sostitutivo.

### **2.7 Obbligo di terminare l'impiego di lunga durata entro l'anno civile successivo al passaggio in giudicato dell'ammissione per chi presenta la domanda durante la scuola reclute**

La misura permetterà una certa equivalenza tra servizio militare e servizio civile, ma a nostro avviso non avrà un grande impatto sul numero di richieste d'ammissione al servizio civile sostitutivo.

## **3. RACCOMANDAZIONI PER ULTERIORI MISURE ACCOMPAGNATORIE**

La volontà del Canton Ticino è che la Svizzera e la propria popolazione possano disporre di una protezione ottimale contro i rischi e le minacce. Per questa ragione ci permettiamo di proporre le seguenti misure accompagnatorie che dovrebbero permettere di meglio analizzare la situazione e garantire che nel rispetto della Costituzione federale coloro che depositano una domanda per poter svolgere servizio civile sostitutivo siano effettivamente coloro che non possono conciliare il servizio militare con la propria coscienza.

### 3.1 Autorità di controllo

L'applicazione di quanto descritto nel quadro legale di riferimento dovrebbe essere demandato ad un organo paritetico dedicato che possa verificare la corretta applicazione di quanto previsto per gli istituti d'impiego e rispettivamente comprovare il corretto svolgimento delle attività e le condizioni previste dal mansionario per i civilisti.

### 3.2 Civilisti e disoccupazione

Il passaggio dalla formazione al mondo del lavoro è un momento importante nella vita delle persone in cui le aspirazioni personali s'incrociano con l'effettiva possibilità di realizzare i propri progetti, lasciando margini di incertezza e il rischio di apertura di periodi di riflessione in cui non si è né allo studio né occupati in un posto di lavoro.

La procedura di consultazione, al fine di poter intervenire per tempo con un'eventuale revisione, dovrebbe integrare una valutazione sulle strategie individuali che scattano al momento di inoltrare la richiesta di effettuare servizio civile rispetto alle opportunità alternative date dall'assolvimento del servizio militare oppure dalla possibilità di lavorare presso lo stesso datore di lavoro in cui si è svolto l'apprendistato, oppure alle opportunità date ad alcuni di lavorare presso l'esercito.

Le scelte individuali fatte sulla spinta dell'incertezza riguardo al proprio futuro professionale, rischiano di portare a prediligere soluzioni che permettono di rimanere sul territorio favorendo una migliore ricerca di un posto di lavoro.

Al fine di meglio comprendere le possibili aree di intervento, sarebbe opportuno disporre per il biennio 2019-2020 dei seguenti dati:

- percentuale di astretti al servizio in disoccupazione al momento di depositare la richiesta per assolvere il servizio quale civilista rispetto a coloro che svolgono servizio militare;
- rapporto tra le assunzioni negli istituti nei quali si è svolta l'attività come civilista rispetto a coloro che intraprendono un'attività lavorativa in seno all'esercito.

L'analisi permetterà di comprendere se vi è una correlazione diretta tra civilisti e disoccupazione così come se il fenomeno resta circoscritto a livello regionale.

### 3.3 Assolvere il servizio civile all'estero

La parità di trattamento con l'esercito deve anche in questo caso essere garantita e quindi sarebbe un valido complemento alle misure 5-7. La possibilità di assolvere un servizio al di fuori del territorio nazionale sembra essere un'attrattiva supplementare non giustificata a favore del servizio civile.

## 4. CONSIDERAZIONI FINALI

Il Canton Ticino reputa necessario un approfondimento generale sulla tematica in modo che si possa trovare una soluzione al passo coi tempi capace di garantire in maniera duratura gli effettivi necessari per assicurare un concetto legato all'obbligo di servizio a favore della sicurezza che risulti condiviso, moderno e sostenibile.

Sperando che le nostre osservazioni possano essere tenute in debita considerazione, rimaniamo in attesa di conoscere l'esito della consultazione e nel contempo voglia gradire, signor Consigliere federale, l'espressione della nostra alta stima.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente:



Claudio Zali

Il Cancelliere:



Arnoldo Coduri

Copia per conoscenza a:

- Consiglio degli Stati, Commissione dell'ambiente, della pianificazione del territorio e dell'energia, 3003 Berna.

Invio interno a:

- Dipartimento delle istituzioni ([di-dir@ti.ch](mailto:di-dir@ti.ch));
- Segreteria generale del Dipartimento delle istituzioni ([di-sg@ti.ch](mailto:di-sg@ti.ch));
- Stefano Rizzi, Direttore Divisione dell'economia ([stefano.rizzi@ti.ch](mailto:stefano.rizzi@ti.ch));
- Giorgio Merlani, Medico cantonale ([giorgio.merlani@ti.ch](mailto:giorgio.merlani@ti.ch));
- Sezione del militare e della protezione della popolazione ([di-smpp@ti.ch](mailto:di-smpp@ti.ch));
- Deputazione ticinese alle Camere federali ([can-relazioniesterne@ti.ch](mailto:can-relazioniesterne@ti.ch));
- CGMPP ([Alexander.Krethlow@rkmzf.ch](mailto:Alexander.Krethlow@rkmzf.ch));
- Pubblicazione in Internet.



Département fédéral de l'économie,  
de la formation et de la recherche DEFR  
Monsieur le Conseiller fédéral  
Johann N. Schneider-Amman  
Palais fédéral est  
3003 Berne

Références SSCM/NM  
Date 29 août 2018

## Révision de la loi fédérale sur le service civil (LSC ; RS 824.0) : procédure de consultation

Monsieur le Conseiller fédéral,

L'Etat du Valais vous remercie de lui permettre de se déterminer au sujet du projet de révision de la loi fédérale sur le service civil (LSC ; RS 824.0) établi et mis en consultation par votre département et a l'honneur de vous communiquer, ci-après, sa prise de position.

### 1. Remarques générales

- 1.1 Pour se protéger de menaces venues de l'extérieur ou en cas de menaces ou risques internes, notre pays possède un instrument essentiel : l'Armée. Cette dernière a vécu diverses réformes (Armée 61, Armée 95, Réforme Armée XXI et DEVA, 2018) mais l'un des problèmes récurrents est la baisse régulière des effectifs, diminution qui persiste avec la réforme DEVA. Par conséquent, toute solution en vue de soutenir durablement le renouvellement des effectifs de l'Armée doit être soutenue.
- 1.2 La LSC a été adoptée le 6 octobre 1995 après que les citoyennes et citoyens suisses ont accepté d'introduire le service civil dans l'art. 59 Constitution fédérale relatif (17 mai 1992). Le Conseil fédéral souhaitait que celui qui ne pouvait concilier le service militaire avec sa conscience et qui était en mesure de le prouver devant une commission civile avait la possibilité d'effectuer du service civil. Il n'existait clairement aucun choix entre le service militaire et le service civil.
- 1.3 Entre-temps, sous la pression de différents milieux, la révision de la LSC de 2009 a introduit, pour l'admission au service civil, « la preuve par l'acte », soit d'accomplir une fois et demi la durée du service militaire. Cette réforme désastreuse a eu pour conséquence d'augmenter l'attractivité du service civil comme le démontrent sans ambages les chiffres officiels. La révision, en 2010, de l'ordonnance sur le service civil (OSCi, 824.01) n'a hélas pas été en mesure de diminuer l'attrait du service civil.

Mais au-delà des chiffres, c'est l'objectif et l'esprit initiaux qui ont disparu, faisant place à « un choix ». Le service civil est définitivement l'un des facteurs qui exerce une influence sur les effectifs de l'Armée au même titre que d'autres aspects (p. ex., sociétaux ou économiques).

- 1.4 L'Etat du Valais est ainsi fondamentalement favorable à la révision de la loi sur le service civil selon les lignes tracées dans le rapport explicatif du 20 juin 2018 accompagnant le projet de révision de la loi sur le service civil du Département fédéral de l'économie, de la formation et de la recherche.

## 2. Remarques particulières par mesure proposée

Les 7 mesures envisagées sont mises en œuvre dans les art. 1, 4a let. e, 8 al. 1, 11 al. 2ter, 16, 17, 17a al. 1 et 1 bis, 18, 20 2<sup>ème</sup> phrase et 21 LSC, souvent en interaction les uns avec les autres.

Les articles n'amènent pas de commentaires additionnels pour la mise en œuvre des mesures.

L'art. 83f assure un droit transitoire cohérent.

### 2.1 Mesure 1

La personne qui choisit le service civil en sélectionnant intelligemment ses affectations, en fonction de ses intérêts, de son domaine de formation ou de ses souhaits professionnels l'utilise comme du service pratique professionnel, ce au profit d'employeurs, institutions et associations (une concurrence déloyale subventionnée). L'insertion sur le marché du travail ou une source de stages rémunérés en préparation d'une future carrière n'est nullement dans l'esprit de la LSC.

Le service civil doit servir réellement l'intérêt public et non celui privé et ne doit nullement continuer à être une échappatoire au service militaire.

En outre, notamment pour ceux qui rejoignent le service civil en cours de route, l'accomplissement des obligations militaires a un coût important pour l'Armée et pour tous les contribuables du canton et du pays. Par conséquent, le durcissement de la preuve par l'acte, comme le prévoient les mesures 1 et 2,

- un service plus long que le service militaire. Il est de 150 jours minimum mais, et c'est là la grande nouveauté, qui désormais augmentera graduellement en fonction du moment du passage au service civil ;
- au moins aussi pénible pour être dissuasif mais tout en étant mesuré. Autrement il s'agit d'une incitation à simuler un conflit de conscience juste pour ne pas accomplir les obligations militaires ;

est une mesure adéquate.

### 2.2 Mesure 2

Elle permet à l'Armée de consacrer du temps, concrètement au cas par cas, afin de trouver des mesures personnalisées avec des militaires intéressés par le service civil afin d'avoir du temps pour les conforter dans l'accomplissement de leurs obligations militaires.

Elle est justifiée.

### 2.3 Mesures 3 et 4

L'Armée investit du temps dans la sélection, l'instruction et la formation continue des officiers et sous-officiers. Ces derniers sont les rouages essentiels des états-majors et des unités. Tout cadre doit assurer et assumer sa fonction et être redevable de l'investissement qui a été fait car c'est un gain pour la personne comme pour le pays. En outre, le coût de formation d'un cadre se chiffre en dizaine de milliers de francs. Cet argent est celui des contribuables Valaisans également.

Le service civil ne doit en aucun cas favoriser l'intérêt professionnel de la personne concernée et cela doit aussi s'appliquer aux médecins ; en effet, il n'y a aucune raison pour qu'ils soient soumis à un autre régime. Les militaires de tout rang doivent pouvoir compter sur la présence réglementaire de médecins militaires, ce qui est un facteur de sécurité médicale évident pour tout militaire à l'instruction et plus encore en opération.

Elles sont justifiées.

## 2.4 Mesures 5, 6 et 7

Ces mesures recherchent l'équivalence entre l'accomplissement du service civil et du service militaire par le biais de 3 tempéranes :

- l'admission au service civil advient uniquement s'il reste des jours de service militaire à accomplir (et non plus, comme le prévoit le droit actuel, admission valable même s'il n'y a plus de jours à accomplir). Le militaire demeurera ainsi astreints aux TO et mobilisables en cas de besoins ;
- une période de service, civil ou militaire, doit être accomplie chaque année, soit dans la même période de vie pour les astreints au service civile comme au service militaire (et non plus à la carte) ;
- en cas de licenciement anticipé de l'ER, le solde de jours devra être accompli dans le cadre du service civil au plus tard pendant l'année civile qui suit la décision d'admission au service civil (et non plus dans les 3 ans comme le prévoit le présent droit).

Elles sont justifiées.

## 3. **Résumé**

L'Etat du Valais soutient sans restriction toutes les modifications du projet de révision de la LSC.

Les présentes mesures de révision de la LSC devraient être un premier pas vers une solution définitive qui serait l'intégration du service civil dans celui de la protection civile ; en effet, cela permettrait une meilleure gestion tant du point de vue opérationnel qu'administratif. Il ne resterait ainsi, au niveau fédéral, que deux instruments : l'Armée et la Protection civile. Il n'est ni justifiable ni finançable, dans ces temps d'austérité, de se permettre trois systèmes différents sur le plan fédéral. Aujourd'hui, le Service civil ne peut pas être considéré comme un instrument de la politique de sécurité de notre pays ; il n'est ni équipé, ni structuré pour cela. De fait, en fusionnant cette entité avec la Protection civile, on pourrait augmenter le potentiel de cette dernière, en maintenant les effectifs souhaités. De plus, la révision actuelle de la loi sur la PCi plaide dans ce sens, en vue des nouvelles exigences prévues pour la PCi (domaines d'activité, jours de service obligatoires, etc...).

En vous remerciant de nous avoir consultés sur cet objet et vous souhaitant bonne réception de la présente, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, l'expression de notre haute considération.

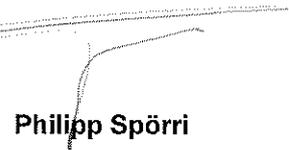
Au nom du Conseil d'Etat

La présidente

  
**Esther Waeber-Kalbermatten**



Le chancelier

  
**Philipp Spörri**

Copie à : [rechtsdienst@zivi.admin.ch](mailto:rechtsdienst@zivi.admin.ch)



# LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET  
CANTON DE NEUCHÂTEL

Département fédéral de l'économie, de la  
formation et de la recherche  
Palais fédéral Est  
3003 Berne

## **Modification de la loi fédérale sur le service civil (LSC) Prise de position sur la consultation du 20 juin 2018**

Monsieur le conseiller fédéral,

Suite à votre courrier du 20 juin 2018, nous vous remettons la prise de position de notre canton.

Au cours des dix dernières années, le nombre de militaires à quitter prématurément l'armée pour le service civil a systématiquement dépassé la valeur planifiée dans le cadre du développement de l'armée (DEVA). Dans son message du 27 février 2008 relatif au service civil et à la taxe d'exemption de l'obligation de servir, le Conseil fédéral prévoyait que le nombre annuel des admissions au service civil ne dépasserait pas 2'500. Or, dans les faits, ce nombre est passé de 1'632 (2008) à 6'785 (2017). D'autre part, sur les personnes admises au service civil, 53% des demandes concernent des militaires déjà formés ayant terminé leur école de recrues.

L'analyse de la situation relative au renouvellement de l'armée et à l'augmentation du nombre des admissions au service civil ne permet pas d'exclure à moyen terme (5 ans) que l'effectif réglementaire de 100'000 militaires prévu par le DEVA ne soit pas atteint. En conséquence, cette évolution perturbe le bon fonctionnement d'un acteur important du système de sécurité de notre pays, notamment par le fait que des connaissances et des compétences, dont la transmission a demandé un investissement important en temps et en argent, sont perdues en raison du passage au service civil.

D'une manière générale, le Canton de Neuchâtel soutient dès lors le projet de modification de loi soumis à consultation, dans le sens où les mesures proposées peuvent contribuer à garantir la capacité de l'armée à fournir les prestations requises en matière de politique de sécurité.

Les mesures proposées (en particulier un nombre minimum de 150 jours de service civil, un délai d'attente de 12 mois et l'instauration d'un facteur de 1,5 pour les cadres également) vont dans le sens d'un meilleur équilibre dans l'attractivité entre service militaire et service civil.

À notre avis toutefois, nous ne pensons pas que les mesures prévues dans le projet déboucheront sur une diminution substantielle et durable des admissions au service civil.

NE

Notre intention n'est cependant aucunement de mettre des entraves à la possibilité de faire un service civil de substitution pour des raisons de conscience, comme cela est garanti dans la Constitution fédérale. Nous n'entendons pas non plus opposer les uns aux autres les instruments de la protection de la population. Notre préoccupation est d'offrir à la Suisse et à sa population une protection optimale contre les menaces et les dangers. Pour cette raison, nous proposons ci-dessous deux mesures supplémentaires à prendre en compte dans la nouvelle LSC :

**1. La motivation d'une demande d'admission au service civil devrait être clarifiée et faire l'objet d'un examen circonstancié.**

Aujourd'hui, dans les faits, chaque personne astreinte a le choix entre le service militaire et le service civil. Les mesures proposées dans le projet de loi ne changent fondamentalement pas cette situation.

Or, les nombreuses admissions au service civil ont des conséquences non seulement pour l'armée, mais également pour la protection civile. Ainsi, des personnes qui quittaient le service militaire et devenaient aptes à la protection civile déposent aujourd'hui fréquemment des demandes d'admission au service civil. De plus, les mesures prises par l'armée pour réduire le nombre de départs induisent une diminution des effectifs de la protection civile. Le regroupement de la protection civile et du service civil présenté dans un modèle « obligation de servir dans la protection de la population » aurait vraisemblablement pour effets de simplifier le système actuel, de mieux le faire comprendre et de résoudre les problèmes d'effectifs.

**2. Une demande d'admission au service civil ne doit pouvoir être déposée qu'à partir du recrutement et avant la fin de l'école de recrues.**

Avec cette mesure, les investissements financiers et personnels importants consentis pour la formation de chaque militaire ne seront plus vains à cause des départs dans le service civil après l'école de recrues.

En effet, il est important que l'armée dispose d'effectifs suffisants. Comme réserve stratégique de la Confédération, elle fournit aussi des prestations de soutien aux autorités civiles pour faire face à des menaces graves pesant sur la sécurité intérieure ou à d'autres situations extraordinaires comme des catastrophes ou des situations d'urgence.

D'autre part, la formation d'un militaire peut nécessiter d'importants investissements financiers et personnels. Lors du départ d'un cadre ou d'un spécialiste dans le service civil par exemple, ces investissements sont perdus. En dehors des cas de conscience, une personne astreinte au service militaire et entièrement formée ne devrait ainsi pas pouvoir déposer une demande d'admission au service civil après son école de recrues.

En vous réitérant nos remerciements pour votre attention, nous vous prions de croire, Monsieur le conseiller fédéral, à l'expression de notre haute considération.

Neuchâtel, le 10 septembre 2018

Au nom du Conseil d'État :

*Le président,*  
L. KURTH

*La chancelière,*  
S. DESPLAND



Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Département fédéral de l'économie,  
de la formation et de la recherche DEFR  
à l'att. de Monsieur le Conseiller fédéral  
Johann N. Schneider-Ammann  
Palais fédéral est  
3003 Berne

Hôtel du Gouvernement  
2, rue de l'Hôpital  
CH-2800 Delémont

t +41 32 420 51 11  
f +41 32 420 72 01  
chancellerie@jura.ch

Par email : [rechtsdienst@zivi.admin.ch](mailto:rechtsdienst@zivi.admin.ch)

Delémont, le 4 septembre 2018

**Modification de la loi sur le service civil : ouverture de la procédure de consultation**

Monsieur le Conseiller fédéral,  
Madame, Monsieur,

Le Gouvernement de la République et Canton du Jura a pris connaissance du projet de modification de la loi sur le service civil et il vous remercie de l'avoir consulté.

Il est favorable aux modifications proposées qui doivent permettre de consolider les effectifs de l'armée suite à l'entrée en vigueur du DEVA. Il n'a pas de remarques particulières à formuler. Toutefois, un effort particulier doit également être mis en œuvre pour poursuivre et accroître l'attractivité de l'armée.

Le Gouvernement de la République et Canton du Jura vous présente, Monsieur le Conseiller fédéral, Madame, Monsieur, ses salutations distinguées.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA  
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA

  
David Eray  
Président



  
Gladys Winkler Docourt  
Chancelière d'État



Geht per Mail an: [rechtsdienst@zivi.admin.ch](mailto:rechtsdienst@zivi.admin.ch)

25.9.2018

### **Vernehmlassung: Änderung des Zivildienstgesetzes**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP) bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme in obgenannter Vernehmlassung.

**Die BDP lehnt die Änderung des Zivildienstgesetzes ab. Der Zivildienst in seiner heutigen Form leistet einen grossen Beitrag für Gesellschaft und Umwelt. Die vorgeschlagene Änderung stellt den Zivildienst aber grundsätzlich in Frage. Die BDP stellt sich nicht gegen eine Reform des Zivildienstgesetzes, jedoch sollte sich diese mit dem Zivildienst an sich auseinandersetzen. Es ist bedenklich, dass ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen verschlechtert werden soll. Die BDP erkennt, dass die Armeebestände allenfalls mittel- bis langfristig gefährdet sind, jedoch ist die vorgeschlagene Revision auf Kosten des Zivildienstes nicht die Lösung.**

Selbst die Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung sowie der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und demnach kein Handlungsbedarf besteht.

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Allerdings könnten die Folgen der Revision auch so aussehen: Zivildienstgesuche werden früher eingereicht als heute, mehr Dienstpflichtige lassen sich untauglich schreiben und mehr unmotivierte Soldaten verbleiben in der Armee. Es ist demnach unmöglich zu sagen, ob die geplante Verschlechterung des Zugangs zum Zivildienst wirklich den erhofften Effekt erzielen wird.

#### **Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Sie ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

#### **Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee mit abgeschlossener Grundausbildung bedeutet, dass der Zugang zum Zivildienst den Betroffenen faktisch für ein ganzes Jahr verweigert wird. Zudem ist der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung

willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von Armeeingehörigen, welche bereits mehr Diensttage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst können unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

### **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

Die bisher geltenden reduzierten tieferen Diensttage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Diensttage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen.

### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot ist nicht zielführend. Es muss darauf hingewiesen werden, dass das etablierte schweizerische Milizsystem auf dem Grundsatz basiert, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Ein möglicher Ansatzpunkt für die Armee wäre es, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren.

### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Zivildiensttage werden bereits heute sehr zuverlässig geleistet.

### **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen geht.

Abschliessend muss leider festgehalten werden, dass der Bundesrat mit der vorliegenden Revision die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft stellt, anstatt einen Ausgleich zwischen den beiden Positionen zu suchen.

Wir danken für die Prüfung und Berücksichtigung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüßen

Handwritten signature of Martin Landolt in black ink on a white background.

Martin Landolt  
Parteipräsident BDP Schweiz

Handwritten signature of Rosmarie Quadranti in black ink on a white background.

Rosmarie Quadranti  
Fraktionspräsidentin BDP Schweiz

Per E-Mail: [rechtsdienst@zivi.admin.ch](mailto:rechtsdienst@zivi.admin.ch)

Bern, 11. Oktober 2018

## **Vernehmlassung: Änderung des Zivildienstgesetzes (ZDG)**

---

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns eingeladen, zur *Änderung des Zivildienstgesetzes (ZDG)* Stellung zu nehmen. Für diese Gelegenheit zur Meinungsäusserung danken wir Ihnen bestens.

### **Allgemeine Bemerkungen**

Die CVP teilt die Sorge des Bundesrates, dass die Alimentierung der Armee nach den Planwerten der Weiterentwicklung der Armee (WEA) in Anbetracht der aktuellen Entwicklungen gefährdet sein könnte. Es ist deshalb sinnvoll, dem frühzeitig entgegenzuwirken und entsprechende Massnahmen zu ergreifen. Die CVP bezweifelt, dass mit den vorgeschlagenen Massnahmen die Ursachen der Abgänge aus dem Militärdienst angegangen werden können. Sie korrigieren unseres Erachtens aber das Anreizsystem. Überstürzte Entscheide zu einem Abgang können so unter Umständen verhindert werden. Die CVP ist aus diesen Gründen einverstanden mit den vorgeschlagenen Massnahmen.

Sollte sich herausstellen, dass die vorgeschlagenen Massnahmen nicht die gewünschte Wirkung haben werden, behält sich die CVP vor, die Wiedereinführung der Gewissensprüfung zu fordern.

### **Bestände des Zivilschutzes**

Die CVP sieht aufgrund der aktuellen Entwicklungen auch die Bestände des Zivilschutzes in Gefahr. Die Rekrutierungsquoten sind seit einigen Jahren rückläufig und es ist davon auszugehen, dass diese zumindest weiterhin tief bleiben, oder sogar noch weiter sinken werden. Die CVP fordert den Bundesrat deshalb auf, auch in diesem Bereich Massnahmen zu ergreifen.

Auch der Zivilschutz stellt einen Dienst an der Gesellschaft dar. Unseres Erachtens sollte es deshalb möglich sein, zivildienstpflichtige Personen in bestimmten Aufgabenbereichen des Zivilschutzes, beispielsweise im Sanitätsbereich, einzusetzen. So könnten die Einsatzmöglichkeiten für Zivildienstleistende sinnvoll erweitert und gleichzeitig entsprechende Personaldefizite im Zivilschutz behoben werden.

Die CVP fordert den Bundesrat auf, eine entsprechende Regelung zu prüfen.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und verbleiben mit freundlichen Grüssen

CHRISTLICHDEMOKRATISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ

Sig. Gerhard Pfister  
Präsident der CVP Schweiz

Sig. Gianna Luzio  
Generalsekretärin CVP Schweiz



Bundesrat Johann N. Schneider-Ammann  
Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Per E-mail: [rechtsdienst@zivi.admin.ch](mailto:rechtsdienst@zivi.admin.ch)

Bern, 28. September 2018

### **Stellungnahme der EVP Schweiz zur Revision des Zivildienstgesetzes**

Sehr geehrter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren

Die EVP Schweiz dankt für die Möglichkeit, zur Revision des Zivildienstgesetzes (ZDG) Stellung zu nehmen, was wir hiermit sehr gerne tun.

#### *Grundsätzliche Beurteilung*

Die EVP Schweiz hat die Möglichkeit zur Leistung eines zivilen Ersatzdienstes seit jeher begrüsst. Die steigenden Zahlen der Zivildienstleistenden zeigen deutlich auf, dass viele junge Männer (und Frauen) bereit sind, einen Dienst für die Allgemeinheit zu leisten, sei es Militär- oder Zivildienst. Die EVP erachtet es als durchaus sinnvoll, wenn sich möglichst viele junge Männer für einen zivilen Ersatzdienst entscheiden, anstatt sich dem Dienst durch eine Untauglichkeitserklärung («Blauer Weg») zu entziehen. Das Ziel, mittels der Zivildienstgesetzrevision den Zivildienst für Dienstpflichtige unattraktiver zu gestalten, lehnt die EVP daher ab. Vielmehr ist es die Aufgabe der Schweizer Armee, den Militärdienst so zu gestalten, dass die Dienstpflichtigen den Sinn und die Aufgabe des Militärs erkennen und ihre Dienstpflicht als wertvollen Beitrag für die Allgemeinheit erfahren.

Die EVP kann daher nur jenen Teilen der Revision zustimmen, die einen Missbrauch der Möglichkeit des zivilen Ersatzdienstes für den persönlichen Nutzen eindämmen. Gleichzeitig soll der Zivildienst aber weiterhin eine attraktive Möglichkeit bleiben, um einen sinnstiftenden Dienst an der Allgemeinheit zu leisten.

Zu beachten gilt, dass ein erschwerter, nachträglicher Zugang zum Zivildienst nicht einen automatischen Anstieg der Militärdienstleistenden mit sich bringt. Wer z.B. im heutigen System der Armee eine Chance geben möchte, könnte künftig bereits vorher ein Gesuch für den Zivildienst stellen bzw. den «blauen Weg» wählen. Da einige die verschärften Bedingungen akzeptieren würden, könnte die Armee somit insgesamt sogar mehr Dienstpflichtige verlieren. Anstatt die Bedingungen für den Zivildienst zu verschärfen, täte der Bundesrat somit gut daran, den Militärdienst zu reformieren und auch die Wiederholungskurse ansprechend, sinnvoll und fördernd zu gestalten.

#### *Würdigung der Massnahmen*

Massnahme 1: Diese Massnahme zielt darauf ab, dass sich Angehörige der Armee (AdA) nicht nach bereits absolvierten Wiederholungskursen (WK) für die letzten WK mittels Gesuch in den Zivildienst umteilen lassen.

Die EVP kann das Anliegen der Armee nachvollziehen, besteht aber darauf, dass eine Umteilung in den Zivildienst aus Gewissensgründen auch nachträglich eingereicht werden kann. Eine Mindestanzahl an zu leistenden Zivildiensttagen scheint gerechtfertigt. Die Mindestzahl von 150 Tagen ist jedoch zu hoch angesetzt, da somit ein sehr hoher Multiplikationsfaktor entstehen kann, der den gängigen und zulässigen Berechnungen widerspricht und den international anerkannten maximalen Faktor von zwei z.T. mehrfach überschreitet. Dies käme einer unverhältnismässigen Sanktion gleich und wäre mit dem Rechtsgleichheitsgebot nicht vereinbar. Die EVP schlägt daher eine Mindestanzahl von 100 Tagen Zivildienst vor.

Massnahme 2: Die EVP lehnt die vorgeschlagene Wartefrist von 12 Monaten komplett ab. Wenn ein Gesuch aus Gewissensgründen bewilligt wird, ist es nicht nachvollziehbar, wenn während der Wartefrist faktisch weiterhin eine Militärdienstpflicht besteht und kein Zivildiensteinsatz angetreten werden kann. Weiter begünstigt diese Wartefrist Abgänge aus Tauglichkeitsgründen («blauer Weg»), da hierfür keine Wartefristen bestehen.

Massnahme 3: Die EVP anerkennt das Anliegen, qualifiziertes Personal, das eine militärische Fach- bzw. Führungsausbildung durchlaufen hat, in der Armee zu halten bzw. in der Armee einsetzen zu können. Es kann davon ausgegangen werden, dass sich jene Personen, die sich für eine weitergehende militärische Ausbildung zur Verfügung stellen, sich der zusätzlich zu leistenden Dienstage bewusst sind. Treten nach erfolgreich durchlaufener Ausbildung dennoch Gewissensgründe auf, die einen Übertritt in den Zivildienst nach sich ziehen, ist der Faktor 1,5 bei der Berechnung der Anzahl Zivildienstage angemessen.

Massnahme 4: Die EVP lehnt diese Massnahme dezidiert ab. Es ist weder verhältnismässig noch sachlich richtig, medizinisch ausgebildetes Personal gesondert zu behandeln. Gerade für spezifische Auslandseinsätze ist es sogar sehr sinnvoll, wenn medizinisch ausgebildetes Personal Einsätze leisten kann. Solche Erfahrungen kommen wiederum auch Patientinnen und Patienten in der Schweiz zu Gute.

Massnahme 5: Diese Massnahme zielt darauf ab, missbräuchliche Gesuche zu verhindern, die lediglich dazu dienen, sich der obligatorischen Schiesspflicht zu entziehen, ohne den Tatbeweis im Rahmen von Zivildiensteinsätzen zu erbringen. Die EVP ist mit dieser Massnahme einverstanden.

Massnahme 6: Mit Massnahme 6 soll lediglich die Attraktivität des Zivildienstes gesenkt werden. Die EVP lehnt diese Massnahme vehement ab, da für Zivildiensteinsätze teilweise eine längere Planungs- und Vorbereitungszeit notwendig ist und diese durch die jährliche Einsatzpflicht erschwert wird bzw. sinnvolle Einsätze verhindern kann. Für viele Einsatzstellen, z.B. beim Bund selbst, werden eine hohe Qualifikation und deshalb auch eine Mindestdauer von mehreren Monaten verlangt. Mit einer jährlichen Einsatzpflicht hätte man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft nicht mehr genügend Dienstage zur Verfügung, um diese Mindestdauer gewährleisten zu können.

Massnahme 7: Für die Massnahme 7 gilt dasselbe wie für Massnahme 6. Die EVP lehnt die blosser Attraktivitätssenkung des Zivildienstes entschieden ab, zumal wenn diese - wie in diesem Fall - auch noch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen sowie allfällig bestehender Familienpflichten geht und die Betroffenen auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt benachteiligt.

#### *Würdigung und eigene Vorschläge*

Die EVP Schweiz bedauert die Haltung des Bundesrats, die den Zivildienst als Konkurrenz zum Militärdienst und nicht als Ergänzung zur grundsätzlichen Dienstpflicht sieht. Der Zivildienst hat sich in der Schweiz als geeignetes Instrument etabliert und wird von Dienstleistenden, Einsatzbetrieben sowie der Bevölkerung grundsätzlich positiv wahrgenommen. Eine Schwächung des Zivildienstes ist daher völlig fehl am Platz. Vielmehr soll der Zivildienst auch künftig weiterentwickelt werden. Insbesondere sollten auch in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen Einsätze geleistet werden können, ebenso wie die Unterstützung von Angehörigen betreuungsbedürftiger Personen. Defizite und fehlende Attraktivität des

Armeedienstes werden nicht behoben, indem man den Zivildienst unattraktiver gestaltet. Es gilt, endlich den Militärdienst zu reformieren und dabei auch die Wiederholungskurse sinnerfüllend und fördernd zu gestalten.

Besten Dank für die Aufnahme unserer Anregungen und Einwände in Ihre weiteren Überlegungen.

Freundliche Grüsse



Marianne Streiff-Feller  
Präsidentin EVP Schweiz



Roman Rutz  
Generalsekretär EVP Schweiz

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,  
Bildung und Forschung WBF  
3003 Bern

Bern, 26. September 2018  
VL Zivildienstgesetz / YB

Per Mail an: [rechtsdienst@zivi.admin.ch](mailto:rechtsdienst@zivi.admin.ch)

## Änderung des Zivildienstgesetzes (ZDG) Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung der oben genannten Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

FDP.Die Liberalen nimmt die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes (ZDV) an. Seit der Abschaffung der „Gewissensprüfung“ haben die Dienstpflichtigen faktisch die Wahlfreiheit zwischen dem Militärdienst und dem Zivildienst. Eine Verfassungsgrundlage für die Wahlfreiheit besteht indes nicht. Die Folge davon ist, dass die Anzahl Zivildienstgesuche seit 2009 stetig ansteigt, während die Bereitschaft, Militärdienst zu leisten, sinkt. Für die Sicherheit der Schweiz ist diese Entwicklung negativ. Die vom Bundesrat vorgeschlagenen sieben Massnahmen, um dieser Entwicklung Gegensteuer zu geben, sind aus sicherheitspolitischer Sicht deshalb zu begrüssen.

Besonders die hohe Anzahl von Übertritten nach bestandener Rekrutenschule gibt Anlass zur Sorge. Wenn ein Soldat nach bestandener Rekrutenschule die Armee verlässt, geht mit ihm das Ganze in der Ausbildung erlernte Knowhow verloren. Von einem eigentlichen Brain-Drain kann gesprochen werden, wenn Armeekader zum Zivildienst übertreten. Vor diesem Hintergrund sind die vorgeschlagenen Massnahmen, besonders die Massnahmen 1 (Mindestanzahl von 150 Diensttagen) und 3 (Faktor 1,5 auch für Unteroffiziere und Offiziere), gerechtfertigt.

Da sich die genauen Auswirkungen der Massnahmen zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht beziffern lassen, ist im Zeitraum von drei Jahren nach der Einführung der Massnahmen eine Wirkungsanalyse vorzunehmen. Erzielen die Massnahmen nicht die gewünschte Wirkung, müssen weitere Massnahmen, bis hin zur Wiedereinführung der Gewissensprüfung als *ultima ratio*, geprüft werden.

Gleichzeitig steht die Armee in der Pflicht, den jungen Männern und Frauen einen attraktiven und anspruchsvollen Einsatz zu bieten. Die Dienstleistenden sind gezielt gemäss ihren Fähigkeiten einzusetzen und zu fördern (siehe [17.3002](#)) und die bürokratischen Aufwände sind zu senken (z.B. [18.3180](#)). Abschliessend möchten wir auf die ebenfalls rückläufigen Zahlen im Zivilschutz hinweisen. Der Bundesrat ist gefordert, auch für diesen Bereich Massnahmen zu ergreifen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Argumente.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen  
Die Präsidentin

Handwritten signature of Petra Gössi in black ink.

Petra Gössi  
Nationalrätin

Der Generalsekretär

Handwritten signature of Samuel Lanz in black ink.

Samuel Lanz



T +41 31 3266607  
E isabelle.iseli@gruene.ch

Département fédéral de l'économie,  
de la formation et de la recherche  
(DEFR)  
Organe d'exécution pour le service  
civil ZIVI  
3600 Thoune

*Envoyée par e-mail*  
[rechtsdienst@zivi.admin.ch](mailto:rechtsdienst@zivi.admin.ch)

Berne, le 11 octobre 2018

## **Modification de la loi sur le service civil (LSC)**

Monsieur le Conseiller fédéral,  
Madame, Monsieur,

Nous vous remercions d'avoir sollicité la position des Verts suisses sur l'objet cité en titre.

**Pour les Verts suisses, cette révision est inacceptable car la proposition de modification de la loi sur le service civil porte atteinte au service civil en tant que façon d'accomplir son obligation de servir et le remet fondamentalement en question. Des principes importants comme l'égalité de traitement de toutes les personnes astreintes à servir ou le droit de faire valoir à tout moment un conflit de conscience seraient compromis.**

Une modification de la loi sur le service civil doit être fondée sur le bon déroulement du service civil et ne pas être motivée par la volonté de résoudre les problèmes supposés de l'armée. Politiquement, vouloir dégrader un système qui fonctionne bien et fait ses preuves au profit d'un autre est hautement contestable. Les problèmes doivent être résolus là où ils existent. Le service civil doit s'adapter aux besoins de la société, et non à ceux de l'armée.

**→ Nous nous opposons à la modification de la loi sur le service civil dans son ensemble, ainsi qu'à chacune des sept mesures prévues.**

## **Commentaires sur les mesures proposées**

### **Mesure n° 1 : minimum de 150 jours de service**

Plus les personnes astreintes à servir présentent tard leur demande d'admission au service civil, plus cette mesure les met en difficulté. Elle pénalise tous ceux qui veulent donner une chance à l'armée et sont prêts à essayer le service militaire. Si un conflit de conscience survient par la suite, ils seront pénalisés de manière disproportionnée. Le minimum de 150 jours de service rend absurde le système de la preuve par l'acte. Une personne qui présente une demande d'admission au service civil au lieu de faire son dernier cours de répétition devra multiplier par plus de sept son nombre de jours de service à réaliser. Le facteur maximal de deux, reconnu internationalement, est ainsi largement dépassé.

Lors de son avis du 24 mai 2017 sur la motion 17.3006 « Modification de la loi sur le service civil » de la CPS-N, le Conseil fédéral a fait valoir ce qui suit :

« Il est par contre difficile d'estimer quelles seraient la nature et l'ampleur des conséquences indésirables que cette mise en œuvre entraînerait et quels seraient les effets sur le nombre des admissions au service civil ou sur l'effectif de l'armée. Il faut cependant s'attendre à ce que, dans l'ensemble, les personnes astreintes au service militaire soient moins nombreuses à accomplir un service personnel. L'égalité face aux obligations militaires en serait ainsi affaiblie.

Les proportions dans lesquelles la durée du service civil serait prolongée (jusqu'à un facteur de 195) et l'inégalité de traitement subie par les civilistes revêtraient le caractère d'une sanction disproportionnée et seraient notamment incompatibles avec le principe de l'égalité de droit. »

Pour notre parti, il est évident que cette argumentation vaut également pour la mesure proposée ici consistant en l'introduction d'un minimum de 150 jours de service. Un facteur de sept représente en outre une claire inégalité de traitement et est incompatible avec le principe de l'égalité devant la loi.

### **Mesure n° 2 : délai d'attente de 12 mois**

Un délai d'attente d'un an pour l'admission au service civil des militaires incorporés dans l'armée, conformément aux art. 16 et 17, est clairement contraire au principe du conflit de conscience en vigueur (art. 1), puisque malgré la formulation manifeste du conflit de conscience, l'obligation de servir un an de plus dans l'armée est imposée. Par conséquent, la personne concernée se voit refuser l'accès au service civil pendant une année entière. En outre, le moment de la fin de la formation de base est un choix arbitraire du Conseil fédéral qui entraîne une inégalité de traitement patente des militaires incorporés qui ont déjà effectué davantage de jours de service. Un conflit de conscience vis-à-vis du service militaire et le droit au service civil qui en découle peuvent surgir indépendamment de la durée du service militaire réalisé ou de la fonction et du grade.

Par ailleurs, ce délai peut entraîner une augmentation des désengagements pour cause d'inaptitude de la part des militaires concernés (« voie bleue »), cette voie n'impliquant aucun délai. D'autre part, l'augmentation des personnes concernées par des demandes de déplacement de service pendant le délai d'attente provoquera une hausse parallèle de la charge administrative de l'armée.

### **Mesure n° 3 : facteur 1,5, y compris pour les sous-officiers et les officiers**

Nous partons du principe que les sous-officiers et officiers, en raison de leurs prédispositions supposées pour la carrière militaire et leurs plus longues périodes de service supplémentaires, doivent avoir des motifs sérieux et importants pour passer au service civil et être disposés à allonger leur période de service civil, ce qui est déjà le cas aujourd'hui. La diminution du facteur de rallongement des jours de service qui s'applique actuellement pour les sous-officiers et officiers se justifie par le nombre bien plus

élevé de jours de service qu'accomplissent ces derniers par rapport aux soldats. Cette règle a fait ses preuves au regard du faible nombre de personnes concernées. Un facteur 1,5 indépendant de la durée de service et des jours de service fournis par les sous-officiers et officiers constituerait un préjudice et une inégalité de traitement considérables pour ces derniers. Si l'accès au service civil est détérioré alors même qu'il a fait ses preuves, il faudra s'attendre à avoir des supérieurs démotivés au sein de l'armée ou à voir croître le nombre de désengagements pour cause d'inaptitude.

#### **Mesure n° 4 : interdiction aux médecins de faire le service civil en tant que médecins**

La volonté d'interdire les affectations qui requièrent d'avoir débuté ou terminé des études de médecine est arbitraire. Le système de milice éprouvé en Suisse repose sur le principe d'une utilisation efficace des capacités civiles dans l'armée, la protection civile et le service civil.

#### **Mesure n° 5 : pas d'admission de militaires n'ayant plus de jours de service à accomplir**

Fondamentalement, un désengagement du service militaire en raison d'un conflit de conscience doit être possible à tout moment, celui-ci pouvant apparaître lorsqu'une personne est par la suite astreinte au tir obligatoire. De notre point de vue, il serait bien plus sensé de réviser la procédure très complexe d'admission au service militaire sans arme. Si les personnes astreintes à servir pouvaient dès le début et sans obstacle effectuer un service militaire sans arme, le très petit nombre de cas (moins de 50 par an) concernés par cette mesure 5 n'existerait plus.

Nous estimons que les personnes admises au service civil doivent également effectuer un service civil efficace et reconnaît dans ce cas la nécessité d'intervenir sur le fond, mais refuse toute restriction du droit fondamental à l'objection de conscience, ce que représente cette mesure.

#### **Mesure n° 6 : obligation d'accomplir une période d'affectation par année dès l'admission**

Actuellement, cette exigence est déjà réglementée de manière quasiment identique dans l'article 39a de l'ordonnance sur le service civil. Nous ne voyons aucune raison à cette modification cosmétique puisque les jours de service civil sont déjà aujourd'hui accomplis de manière très fiable. L'organe d'exécution contribue, par une gestion efficace et flexible, à ce que les civilistes s'acquittent en règle générale de tous les jours de service ordonnés (2017 : 96,7 % de tous les jours de service). S'il arrive que certains civilistes n'effectuent pas tous leurs jours de service, il s'agit uniquement de cas extrêmes (maladie longue, départ à l'étranger, décès, refus total).

L'argument du Conseil fédéral que l'équivalence des services se manifeste également par leur exécution dans une même étape de la vie (généralement entre 20 et 25 ans pour la plupart) est contredit par la flexibilité introduite volontaire dans le Développement de l'armée concernant le commencement de l'ER. En outre, cette mesure entraîne des préjudices pour les établissements d'affectation puisque les nombreuses affectations courtes devant être effectuées rendent la période d'apprentissage des tâches démesurée par rapport au temps de l'affectation. Actuellement, la Confédération elle-même offre également, en tant qu'établissement d'affectation, de nombreuses affectations qui nécessitent une haute qualification et pour lesquelles une durée minimale de plusieurs mois est revendiquée. Avec l'obligation d'accomplir une affectation par année, les jours de service restants à la fin de la nécessaire formation ne sont absolument pas suffisants par rapport à la durée minimale requise.

#### **Mesure n° 7 : obligation pour les requérants ayant déposé leur demande pendant l'ER de terminer leur affectation longue au plus tard pendant l'année civile qui suit l'entrée en force de**

## **la décision d'admission**

Avec cette mesure, les personnes astreintes à servir qui sont admises au service civil alors qu'elles viennent d'une ER d'été se retrouvent en particulier dans une situation très délicate en termes de temps, puisqu'elles n'auraient qu'environ 1 an pour organiser et réaliser le service de 6 mois. Les répercussions sur la vie professionnelle ou sur la formation peuvent être lourdes, puisque ces personnes devraient accorder, en l'espace de deux années civiles, un temps considérable à l'obligation de servir. Il ne faut pas qu'une mesure visant à réduire l'attractivité du service civil se répercute finalement sur les employeurs et les instituts de formation, sans parler des obligations familiales.

## **Nous souhaitons encore relever les points suivants :**

### **Aucune nécessité d'intervenir**

Les trois rapports du Conseil fédéral sur les effets de la solution de la preuve par l'acte pour le service civil (2010, 2012, 2014) ainsi que le rapport du groupe d'étude sur l'obligation de service (2016) arrivent à la conclusion que le service civil ne compromet pas les effectifs de l'armée et que, par conséquent, il n'existe aucune nécessité de limiter l'accès au service civil. Jusqu'à aujourd'hui, aucune étude quantitative reposant sur des données transparentes ne suggère que les effectifs de l'armée sont menacés par le service civil. La prétendue nécessité d'intervenir n'est ni étayée ni fondée.

### **Inégalité de traitement entre les personnes astreintes au service**

Les mesures proposées prévoient que plus une personne astreinte a déjà accompli de jours de service, plus les conditions pour passer au service civil empirent. Cette inégalité de traitement évidente et intentionnelle des personnes astreintes au service est inacceptable. Un conflit de conscience vis-à-vis du service militaire peut apparaître à tout moment, en particulier lorsqu'une personne astreinte a eu plusieurs expériences personnelles dans l'armée. L'idée de devoir restreindre plus fortement la « preuve par l'acte » est absurde et constitue une infraction par le Conseil fédéral lui-même du pacte de l'ONU sur les droits civils et politiques.

### **Conséquences incertaines**

Le Conseil fédéral part du principe que compliquer l'accès au service civil aura un effet direct sur les effectifs de l'armée. Nous souhaitons rappeler que les personnes astreintes au service ne constituent pas une variable d'ajustement anonyme qui peut être contrôlée selon le bon vouloir des politiques et de l'administration. Il s'agit bien davantage d'individus à part entière qui statuent en fonction de droits fondamentaux dont elles disposent, de différentes informations auxquelles elles ont accès et de leurs différentes possibilités d'action. Chaque décision de déposer une demande d'admission au service civil est le résultat d'une réflexion individuelle et d'expériences personnelles. Les modifications proposées ne tiennent aucunement compte de cet aspect.

Si les restrictions pour un passage ultérieur au service civil sont accentuées, un jeune homme astreint à servir qui, selon la loi actuelle, aurait déposé une demande d'admission au service civil aura plusieurs façons de procéder dans cette nouvelle situation :

- Il accepte les nouvelles conditions et passe tout de même au service civil.
- Il anticipe le fait qu'il pourra se retrouver en difficulté à l'avenir dans le cas où il ferait face à un

conflit de conscience et dépose sa demande d'admission au service civil plus tôt.

- Il quitte l'armée par la « voie bleue » en prouvant son inaptitude à servir avec une expertise psychiatrique.
- Il reste dans l'armée, réduit sa participation au minimum et y effectue les tâches qui lui sont imposées à contrecœur jusqu'à la fin de son obligation de servir.

Il faut s'attendre à ce que toutes ces possibilités soient choisies dans différentes proportions. Les sept mesures aboutiront donc à des demandes d'admission au service civil anticipées, plus de personnes astreintes à servir déclarées inaptes ou aptes à la protection civile et plus de soldats non motivés dans l'armée. Il est très peu probable que des militaires souhaitant quitter l'armée redeviennent soudainement convaincus et enclins à servir, pour la seule raison qu'un changement de voie est rendu plus difficile. C'est particulièrement vrai également pour les sous-officiers et officiers qui sont déjà prêts à assumer des responsabilités dans l'armée et à accomplir davantage de jours, mais qui se verront encore davantage désavantager par ces restrictions.

### **Quelques considérations plus globales**

La loi sur le service civil régit le service civil. Par conséquent, nous attendons d'une modification de la LSC qu'elle traite également du service civil et mette en valeur sa contribution extrêmement efficace au système de service obligatoire et son bon fonctionnement. Il conviendrait au moins d'essayer de faire évoluer le service civil de manière constructive. En ce sens, nous rejoignons les propositions de l'association CIVIVA :

- Le service civil doit être encore plus orienté vers les situations exceptionnelles, comme les catastrophes environnementales ou les cas d'urgence humanitaire.
- Le service civil doit être flexible et permettre de nouvelles formes d'affectation, par exemple dans l'assistance des personnes nécessitant une prise en charge. Dans cette optique, le principe des affectations à temps plein doit être abandonné afin de permettre des services d'assistance plus longs et personnalisés.
- Les programmes prioritaires doivent être étendus à d'autres domaines ou être totalement supprimés.
- La formation des civilistes doit être renforcée et adaptée de manière plus spécifique aux besoins des affectations.

Nous regrettons que le Conseil fédéral se soit laissé mettre sous pression par les discours de certains politiciens spécialistes de la sécurité, qui utilisent notamment des propos discréditants et irrespectueux et qu'il soit maintenant prêt à cacher sous le tapis les problématiques propres à l'armée en adoptant des mesures allant à l'encontre d'un service civil qui est pourtant efficace, en constant développement et utile à la société. Dans le rapport explicatif pour la procédure de consultation, le Conseil fédéral s'exprime ainsi :

« Dans la mesure où le nombre des personnes accomplissant le service civil diminuera à long terme à la suite de l'entrée en vigueur de la présente révision, les établissements d'affectation seront touchés, en particulier dans les domaines d'activité où les ressources nécessaires à l'accomplissement de tâches de la communauté sont insuffisantes ou sont absentes. Il convient toutefois d'accepter cet inconvénient eu égard à l'intérêt public prépondérant que constitue la garantie des effectifs de l'armée. »

Le Conseil fédéral place les besoins de l'armée au-dessus de ceux de la société civile en prétextant la

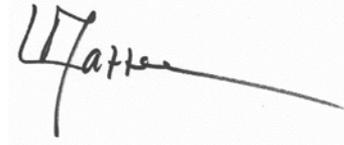
préservation des intérêts publics. Nous récusons cette interprétation et sommes convaincus que le bon fonctionnement de la société est ce qu'il y a de plus important pour la prospérité de la Suisse.

Nous vous remercions de l'accueil que vous réserverez à cette prise de position et restons à votre disposition pour toute question ou information complémentaire.

Nous vous prions de croire, Monsieur le Conseil fédéral, Madame, Monsieur, à l'expression de notre haute considération.



Regula Rytz  
Présidente



Lisa Mazzone  
Conseillère nationale – membre CPS-N

**grüne / les verts / i verdi**  
waisenhausplatz 21 . 3011 berne . suisse



Grünliberale Partei Schweiz  
Monbijoustrasse 30, 3011 Bern

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung  
Vollzugsstelle für den Zivildienst  
Zentralstelle  
3600 Thun

Per E-Mail an: [rechtsdienst@zivi.admin.ch](mailto:rechtsdienst@zivi.admin.ch)

10. Oktober 2018

Ihr Kontakt: Ahmet Kut, Geschäftsführer der Bundeshausfraktion, Tel. +41 31 311 33 03, E-Mail: [schweiz@grunliberale.ch](mailto:schweiz@grunliberale.ch)

## **Stellungnahme der Grünliberalen zur Änderung des Zivildienstgesetzes (ZDG)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Vorlage und den Erläuternden Bericht zur Änderung des Zivildienstgesetzes (ZDG) und nehmen dazu wie folgt Stellung:

### **Allgemeine Beurteilung der Vorlage**

Die Grünliberalen lehnen die Vorlage ab.

Die Grünliberalen stehen zu einer modernen, agilen und kosteneffizienten Milizarmee mit motivierten Soldatinnen und Soldaten und Offizierinnen und Offizieren. Sie teilen das Anliegen, den notwendigen personellen Bestand der Armee sicherzustellen, damit diese ihren Auftrag erfüllen kann. Der Ansatz, den Zivildienst unattraktiver zu machen, ist für die Grünliberalen jedoch der falsche Weg. Die im Vorentwurf enthaltenen Massnahmen gehen nicht auf das Hauptproblem ein – es wird nicht hinterfragt, warum so viele Dienstleistende vom Militärdienst in den Zivildienst wechseln wollen, obwohl dieser schon heute 1,5-mal so lange dauert. Es werden lediglich neue Hürden für den Wechsel vorgesehen, und der Zivildienst wird als Ganzes weniger attraktiv gemacht. Dabei wird übersehen, dass auch Zivildienstleistende wichtige Beiträge für die Gesellschaft erbringen, was zu respektieren ist. Es sollte generell darauf verzichtet werden, den Militärdienst gegen den Zivildienst auszuspielen. Vielmehr ist dafür zu sorgen, dass der Militärdienst als sinnvoll wahrgenommen und attraktiver wird. Das wäre der richtige Weg, um den personellen Bestand der Armee nachhaltig zu sichern.

Bei dieser Gelegenheit erneuern die Grünliberalen ihre Forderung nach einer allgemeinen Dienstpflicht für alle. Diese würde eine Verdoppelung des Rekrutierungspools, auch für die Armee, bedeuten (siehe 17.3194 Postulat Flach. Spezialistinnen braucht das Land. Das norwegische Modell für die Schweizer Armee sowie 15.3290 Postulat Flach. Stärkung des Milizsystems durch einen allgemeinen Bürgerdienst).

### **Bemerkungen zu den einzelnen Massnahmen**

#### Mindestanzahl von 150 Zivildiensttagen:

Gemäss Vorentwurf sollen alle zum Zivildienst zugelassenen Personen, die gemäss Faktor 1,5 weniger als 150 Zivildiensttage leisten müssen und ihre Ausbildungsdienstpflicht in der Armee nicht vollständig erfüllt haben, 150 Zivildienst leisten.

Ein Gewissenskonflikt kann jederzeit auftreten, sei es durch Erlebnisse im Militärdienst oder im Privatleben. Die Mindestanzahl von 150 Zivildiensttagen würde Dienstleistende bestrafen, die erst nach dem ersten Wiederholungskurs (WK) einen Gewissenskonflikt erleben. Das ist stossend, da sie ja bereits einen Teil Ihrer Dienstpflicht

im Militär erfüllt haben. Je später ein Gesuch bewilligt wird, desto kleiner ist auch der Dienstageverlust für das Militär. Im Extremfall steigt der Faktor, um welchen der Zivildienst länger ist als der Militärdienst, abhängig vom Zeitpunkt des Wechsels von 1,5 auf 37,5 an. Das ist nur noch absurd und völlig unverhältnismässig. Auf diese Massnahme ist daher zu verzichten, da sie Personen bestraft, die zumindest versucht haben Militärdienst zu leisten und so einen Anreiz schafft, es gar nicht erst zu versuchen. Damit vergibt sich die Armee die Chance, Zweifelnde für sich zu gewinnen.

#### Wartefrist für eingeteilte AdA von 12 Monaten:

Gemäss Vorentwurf soll für eingeteilte Angehörige der Armee (AdA) (Rekrutenschule bestanden) eine Wartefrist von 12 Monaten zwischen Gesuchseinreichung und Zulassung gelten. Bis zur Zustellung des Zulassungsentscheids soll die Pflicht bestehen, weiter Militärdienst zu leisten.

Diese Wartefrist mit WK-Pflicht ist für Menschen mit Gewissenskonflikt unmenschlich. Unmotivierte AdA, die Zivildienst leisten wollen, aber zum Militärdienst gezwungen werden, sind nicht motiviert und können den Dienstbetrieb erheblich stören. Mit dieser Massnahme ist es wahrscheinlich, dass viele AdA während der Wartefrist versuchen werden, sich „auf dem blauen Weg“, also aus medizinischen Gründen für dienstuntauglich erklären zu lassen. Diese Massnahme ist nicht zielführend und sollte daher nicht eingeführt werden.

#### Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere:

Gemäss Vorentwurf soll der Faktor 1,5 künftig auch für höhere Unteroffiziere und Offiziere (aktuell Faktor 1,1) gelten, ebenso für Spezialfälle (insb. frühere Fachoffiziere und Kader die den praktischen Dienst noch nicht geleistet haben; aktuell Faktor 1,1 bis 1,5).

Der Faktor 1,5 für die gegenüber dem Militärdienst längere Dauer des Zivildienstes ist angemessen für Zivildienstleistende, die keine Diensttage absolviert haben oder nur Mannschaftsgrade besitzen. Im Militärdienst wird oft auch abends und zum Teil an Wochenenden (Sonntagswache) gearbeitet, was für Zivildienstleistende nicht gilt. Unteroffiziere und Offiziere haben demgegenüber bereits während ihrer Ausbildung erheblich mehr Diensttage geleistet als Soldaten. Daher ist ein gleicher Faktor 1,5 ungerecht und eine zusätzliche „Strafe“. Vor allem Offiziere haben in der Regel freiwillig diesen Karriereschritt ergriffen und für den Vorschlag zum Offizier auch erheblich grössere Leistungen als ihre Kameraden erbringen müssen. Der jetzige Faktor von 1,1 sollte daher nur erhöht werden, wenn noch viele Diensttage zu leisten wären. Dieser Faktor könnte je nach Diensttage flexibel in 0,1er Schritten erhöht werden, sollte den Faktor 1,4 aber nicht überschreiten. Es könnten auch Einschränkungen für den Übertritt vorgesehen werden, z.B. nur für Zivildienst-Stellen mit Militärkontext (z.B. im Bereich von UNO-Einsätzen), in der Friedensforschung, bei der Katastrophenhilfe etc., um das Wissen und die Erfahrung der Militärkader nicht zu vergeuden.

#### Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten:

Gemäss Vorentwurf sollen Mediziner ihre Zivildiensttage nicht mehr auf Pflichtenheften für Mediziner leisten dürfen.

Eine der grossen Stärken unseres Milizsystems ist, dass berufliche und private Erfahrungen im Dienst gewinnbringend genutzt werden können wie z.B. der Einsatz von Bauarbeitern bei den Sappeuren. Das vorgeschlagene Verbot schwächt das Milizsystem und ist eine Verschwendung von Ressourcen. Zudem ist die Massnahme willkürlich auf eine Berufsgruppe ausgelegt und damit diskriminierend. Ausserdem wird damit auch kein Problem gelöst. Ein Militärarzt, der nicht mehr Militärdienst leisten will, wird sich von dieser Massnahme kaum von einem Zivildienstgesuch abbringen lassen. Er wird lediglich in einem Bereich eingesetzt, in welchem sein Nutzen gegenüber seinem Potenzial geringer sein wird. Dieses Verbot sollte daher nicht eingeführt werden.

#### Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen:

Gemäss Vorentwurf sollen AdA, die bereits alle Ausbildungsdiensttage geleistet haben, nicht zum Zivildienst zugelassen werden.

Diese Massnahme zielt auf diejenigen AdA, welche die Schiesspflicht nach der Absolvierung der Dienstage umgehen wollen. Es ist zwar richtig, das in den Fällen nicht zuzulassen, wo dies aus Bequemlichkeit geschieht. Gewissenskonflikte können aber jederzeit auftreten. Wer die Schiesspflicht aus diesem Grund nicht mehr wahrnehmen kann, soll auch die Möglichkeit haben, von dieser befreit zu werden. Die Grünliberalen weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die ausserdienstliche Schiesspflicht generell nicht mehr zeit- und bedarfsgerecht ist (siehe 12.445 Pa.IV. Fischer Roland. Aufhebung der ausserdienstlichen Schiesspflicht).

Es muss ab dem Jahr nach Zulassung jährlich ein Einsatz geleistet werden:

Gemäss Vorentwurf müssen zum Zivildienst zugelassene Personen ab dem Kalenderjahr nach Zulassung jährlich einen Einsatz leisten.

Die Flexibilität und damit die Karriere- bzw. Studienchancen werden damit über Gebühr eingeschränkt. Zudem muss sichergestellt werden, dass genügend Dienstleistungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Der Kontrollbedarf wird erhöht und damit die Gefahr, dass der administrative Aufwand grösser wird. Es muss die Möglichkeit bestehen, einen Dienst (wie im Militär) zu verschieben, z.B. wegen eines Auslandsaufenthalts. Auf diese Massnahme ist daher zu verzichten oder mindestens eine Ausnahmeregelung einzuführen.

Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr, das der Zulassung folgt, abschliessen:

Gemäss Vorentwurf soll, wer sein Gesuch aus der Rekrutenschule (RS) gestellt hat, den langen Einsatz von sechs Monaten (180 Tage) spätestens im Kalenderjahr, das der rechtskräftigen Zulassung folgt, abschliessen (heute: drei Jahre).

Wenn die Gesuchstellung während der RS erschwert oder mit nachteiligen Auflagen versehen wird, verlagert sich die Gesuchstellung auf die Zeit vor der RS. Wer z.B. sich nicht sicher ist, ob er aus Gewissensgründen Militärdienst leisten kann oder nicht, wird den sichereren Weg nehmen und das Gesuch vor der RS einreichen, anstatt aus der Erfahrung des Militärdienstes heraus einen Entscheid zu fällen. Damit werden nicht weniger Gesuche eingereicht, sondern eher mehr und das früher als bisher. Junge Berufsleute finden oft wegen der RS-Pflicht nach der Berufslehre keine feste Anstellung. Wenn nun der lange Einsatz spätestens im Kalenderjahr, das der Zulassung folgt, abgeschlossen werden muss, erschwert das die Jobsuche zusätzlich. Das ist auch wirtschaftlich nicht sinnvoll. Die Massnahme ist daher abzulehnen.

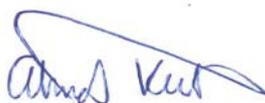
Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Prüfung unserer Anmerkungen und Vorschläge.

Bei Fragen dazu stehen Ihnen die Unterzeichnenden sowie unser zuständiges Kommissionsmitglied, Nationalrat Beat Flach, gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen



Jürg Grossen  
Parteipräsident



Ahmet Kut  
Geschäftsführer der Bundeshausfraktion



[rechtsdienst@zivi.admin.ch](mailto:rechtsdienst@zivi.admin.ch)

Bern, 11. Oktober 2018

## **Änderung des Zivildienstgesetzes**

### **Vernehmlassungsantwort der Schweizerischen Volkspartei (SVP)**

---

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir danken Ihnen für die Einladung, zur Vernehmlassung Stellung zu nehmen.

**Die SVP begrüsst eine Änderung des Zivildienstgesetzes (ZDG), weil sie endlich das grosse Problem der zu hohen Abgänge in den Zivildienst thematisiert. Die vorgesehenen Massnahmen gehen aber klar zu wenig weit und werden die drastische Fehlentwicklung nicht korrigieren. Die offensichtlich kaum je aus Gewissensgründen erfolgenden Abgänge bei den bereits ausgebildeten Soldaten und den Kaderanwärtern in den Zivildienst, sind mit wirksameren Massnahmen zu unterbinden. So wird auch der Zivildienst wieder seiner angedachten Rolle gerecht.**

Die SVP hatte vor gut zehn Jahren davor gewarnt, dass die Abschaffung der Gewissensprüfung zugunsten des blossen «Tatbeweises» den Zivildienst von seinem eigentlichen Verfassungszweck entfremden, und die Armeebestände gefährden würde. Die Befürchtungen haben sich bewahrheitet. Eine verfassungswidrige, faktische Wahlfreiheit zwischen Militär- und Zivildienst ist entstanden. Die Alimentierung des ohnehin tiefen Sollbestandes der Armee ist nicht mehr gesichert. Die damit verbundene Schwächung der Wehrgerechtigkeit ist ein Angriff auf die 2012 vom Stimmvolk kraftvoll bestätigte Militärdienstpflicht. Diese Missstände sind eine indirekte Geringschätzung für alle Armeeangehörigen, welche Jahr für Jahr ihrer Pflicht neben ihrer zivilen Ausbildung oder Arbeit zum Schutz der Menschen in der Schweiz nachkommen. Die Befürchtungen, weswegen die Einführung eines zivilen Ersatzdienstes im letzten Jahrhundert lange abgelehnt wurde, bewahrheiten sich heute nachträglich und können diese Institution bald wieder grundsätzlich in Frage stellen, wenn jetzt nicht endlich gehandelt wird.

Die Sicherung der Alimentierung des Armeebestandes, von dem der Schutz und die Sicherheit aller Menschen in diesem Land abhängt, hat für die SVP bei dieser Gesetzesänderung oberste Priorität. Sie trägt die zaghaften Schrittchen in die richtige Richtung der Gesetzesänderungen deshalb mit, erwartet jedoch weitere Korrekturen für rasch wirksame Verbesserungen.

Inzwischen hat der Zivildienst Ausmasse angenommen, die nicht nur die Landesverteidigung tangieren. Das Tätigkeitsangebot im Zivildienst konkurrenziert inzwischen sogar die freie Wirtschaft mit billigen Fachkräften. Ein weiteres

Beispiel: Begehrte, aber ausschliesslich für Zivildienstleistende ausgeschriebene Praktika im Rahmen von Studiengängen stellen eine Benachteiligung für nicht militärdienstpflichten Studentinnen dar. Dazu sind Auslandeinsätze (Projektmitarbeit Biosaatgutproduktion in Indonesien) ein Schlag ins Gesicht für jeden jungen Schweizer Soldat, der seine Pflicht zum Schutz der Menschen in unserem Land erfüllt. Zivildienst ist dort zu leisten, wo vorab in unserem Land Notlagen eintreten können, so dass die Ausbildung im Zivildienst einen Nutzen bringt, wenn die Bevölkerung darauf angewiesen ist. Wir müssen uns als Schweiz auf Ereignisse wie Naturkatastrophen, Pandemien oder Ausnahmezustände, beispielsweise wegen Terrorismus, vorbereiten.

Die Militärdienstpflicht und der zivile Ersatzdienst aus Gewissensgründen sind vom Volkswillen eingeforderte Dienste der jungen Generation an der Allgemeinheit. Für das Aufwachsen in einem sicheren, freien Land mit fairen Ausbildungs- und Berufsperspektiven ist diese Generation durchaus bereit, ihren Anteil zu leisten. Die Politik hat dieses Potential endlich wieder besser zu nutzen und nicht zwei Institutionen durch falsch gesetzte Fehlanreize gegeneinander auszuspielen. Die Bedürfnisse der Armee haben dabei den klaren Vorrang vor Begehrlichkeiten an Zivildienstleistenden, weil die Bürger in Uniform für unsere Sicherheit und den Schutz der Menschen in der Schweiz unersetzbar sind, nicht jedoch in den zivildienstlichen Ersatztätigkeiten.

Die Abgänge in den Zivildienst sind jetzt zu stoppen. Beispielsweise wäre eine Reduzierung der möglichen Zeitpunkte für die Einreichung von Zivildienstgesuchen zielführend. Ebenso, wenn Armeekader beim Übertritt in den Zivildienst die für ihre hochwertige Kaderausbildung erhaltenen Beiträge zurückerstatten müssen (Anpassung der Verordnung über die Ausbildungsgutschrift für Milizkader der Armee, Art. 3 Abs. 2 lit. c). Es ist ernsthaft zu prüfen, ob eine Zusammenlegung von Zivildienst und Zivilschutz sowohl für diese beiden Institutionen wie auch für die Armee eine befriedigendere Situation schaffen könnte.

Plakative Forderungen nach einem «attraktiveren» Militärdienst anstelle strengerer Zivildienstregelungen dienen nur der Ablenkung von den Missständen in der bisherigen Zivildienstgesetzgebung. Die Milizangehörigen haben keinen Anspruch auf grösstmögliche Annehmlichkeiten im Dienst, wohl aber darauf, diesen in einer gut geführten und ausgerüsteten Armee zu leisten. Wirklich nachhaltig kann die allgemeine Militärdienstzufriedenheit nur «top down» gefördert werden: Die Möglichkeit, Missstände offen benennen und Verbesserungsvorschläge anbringen zu können, muss in der Kopfstruktur der Armee geschaffen beziehungsweise ausgebaut werden. Und die Politik hat die Ressourcen zur Verfügung zu stellen, damit die Armee als Ganzes das klar definierte Leistungsprofil erfüllen kann.

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und grüssen Sie freundlich

## **SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI**

Der Parteipräsident

Die stv. Generalsekretärin



Albert Rösti  
Nationalrat



Silvia Bär



Vollzugsstelle für Zivildienst  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun  
[rechtsdienst@zivi.admin.ch](mailto:rechtsdienst@zivi.admin.ch)

Bern, 5. Oktober 2018

## Stellungnahme zur Änderung des Zivildienstgesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Zustellung der Vernehmlassungsunterlagen zur Änderung des Zivildienstgesetzes (ZDG). Gerne nehmen wir dazu Stellung.

Sozialdemokratische Partei  
der Schweiz

Theaterplatz 4  
Postfach · 3001 Bern

Telefon 031 329 69 69  
Telefax 031 329 69 70

[info@spschweiz.ch](mailto:info@spschweiz.ch)

[www.spschweiz.ch](http://www.spschweiz.ch)

### **Zusammenfassung**

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SP) lehnt die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes entschieden ab und wird diese – sollten Bundesrat und Parlament daran festhalten – mit allen Mitteln bekämpfen.

Der Zivildienst ist seit seiner Einführung 1996 zu einer wichtigen Institution geworden, die weit über die Leistung eines Ersatzdienstes hinausweist. Der Zivildienst vermittelt wichtige Lebenserfahrungen, erfüllt wertvolle soziale, ökologische und kulturelle Aufgaben und stärkt den Zusammenhalt in der Gesellschaft. Zudem trägt er neu auch zur Nachhaltigkeit des Sicherheitsverbundes Schweiz bei der Bewältigung grosser Notlagen bei, indem der Zivildienst übernimmt, wenn Armee und Zivilschutz überfordert sind.

Es ist ebenso unbegründet wie unannehmbar, die Zulassung zum Zivildienst mit grundrechts- und verfassungswidrigen Massnahmen zu erschweren und die Attraktivität des Zivildienstes mit einer Aufblähung der Bürokratie zu senken. Der Bundesrat hat selbst in drei Berichten festgestellt, dass die Bestände der Armee nicht gefährdet sind. Statt den Zivildienst schlecht zu machen, muss die Armee endlich ihre ungelösten Hausaufgaben anpacken, damit sie ihre Bestände im geforderten Mass langfristig alimentieren kann.

## Die Armeebestände sind nicht gefährdet

Der Bundesrat hat in den letzten Jahren in drei Berichten detailliert dargelegt, dass die Abgänge zum Zivildienst die Alimentierung der Armeebestände nicht gefährden.<sup>1</sup> Zum gleichen Schluss kam der Bericht der „Studiengruppe Dienstpflichtsystem“, den der Bundesrat am 6. Juli 2016 zur Kenntnis nahm.<sup>2</sup> Die Studiengruppe redete nicht wie der völlig verfehlte Vernehmlassungsbericht den Zivildienst schlecht. Vielmehr hob sie dessen wichtige Rolle gerade im Verbundsystem zur Gewährleistung der Sicherheit in der Schweiz hervor. So empfahl die Studiengruppe, Angehörige des Zivildienstes zum zertifizierten Pflegehelfer SRK auszubilden. Der Zivildienst wird so in Notlagen noch besser in die Lage versetzt, sicherheitsrelevante Aufgaben zu übernehmen, sobald die nur für Tage und Wochen einsatzfähige Armee und Zivilschutz eine nachhaltige Ablösung brauchen: bei Pandemien, zur Betreuung von Flüchtlingen, von Familienangehörigen oder für Aufräumarbeiten nach Natur- und zivilisatorisch bedingten Katastrophen.<sup>3</sup> Dies alles geht auf den klaren Willen des Parlaments zurück. Es hat am 25. Sept. 2015 den Zielartikel des Zivildienstgesetzes um den wichtigen Absatz 2 ergänzt: „Er leistet Beiträge im Rahmen der Aufgaben des Sicherheitsverbundes Schweiz.“<sup>4</sup>

Gestützt auf die wiederholten und umfassend dokumentierten Überprüfungen des 2009 eingeführten Zulassungssystems kamen auch die zuständigen parlamentarischen Kommissionen mehrfach zum Schluss: „Kein Handlungsbedarf im Zivildienst“ – so der einstimmige Entscheid der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerates nach Kenntnisnahme des dritten Bundesratsberichts über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst.<sup>5</sup> Das Parlament lehnte in der Folge alle Vorstösse, die das Zulassungssystem verschlechtern wollten, ab.

Umso schockierender ist die ebenso gewundene wie unbelegte Behauptung des Bundesrates im Vernehmlassungsbericht, er schliesse „mittelfristig (Zeitraum von fünf Jahren nach Umsetzung WEA) eine Gefährdung des Sollbestandes der WEA von 100 000 nicht aus, sollte die tatsächliche jährliche Alimentierungssituation von den vorgenannten Planwerten wesentlich abweichen“. Diese fragwürdige Behauptung wird ausgerechnet mit **steigenden** Zahlen der jährlich ausgebildeten Rekruten „belegt“, die im letzten verfügbaren Jahr 2016/2017 mit 18 195 über dem Planwert von 18 000 lagen und eine steigende Tendenz aufwiesen. Hinzu kommt, dass bekanntlich die Zugänge zum Zivildienst im Jahre 2018 bisher **um 8 Prozent tiefer** liegen als in der Vorjahresperiode. Auch das verschweigt der Vernehmlassungsbericht. Dass es um Ideologie und nicht um belegte Tatsachen geht, zeigt sich auch daran, dass das VBS darauf verzichtete, 2017 und 2018 die bisher alljährlich jeweils im August publizierte „Armeeauszählung“ zu erarbeiten.<sup>6</sup> Eine seriöse Datengrundlage und nachvollziehbare Erörterung des öffentlichen Interesses an all diesen Massnahmen sieht anders aus.

---

<sup>1</sup> Bericht. [Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst](#). Analyse, Handlungsbedarf, Massnahmen. Vom Bundesrat am 23. Juni 2010 gutgeheissen

Zweiter Bericht. [Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst](#). Analyse, Handlungsbedarf, Massnahmen. Vom Bundesrat am 27. Juni 2012 gutgeheissen

Dritter Bericht. [Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst](#). Analyse, Handlungsbedarf, Massnahmen. Vom Bundesrat am 25. Juni 2014 gutgeheissen

<sup>2</sup> [Bericht der Studiengruppe Dienstpflichtsystem](#). Vom Bundesrat am 6. Juli 2016 zur Kenntnis genommen.

<sup>3</sup> Verordnung über den [Bundesstab Bevölkerungsschutz](#) vom 2. März 2018 (Zivildienst neu Mitglied); Vollzugsstelle für den Zivildienst, Zivildienststeinsätze in Katastrophen und Notlagen, Rundschreiben an Bund, Kantone und Gemeinden sowie Interessierte, März 2018; Vollzugsstelle für den Zivildienst, Zivildienst im Asylwesen. Faktenblatt an die Kantone; Vollzugsstelle für den Zivildienst/Bundesamt für Bevölkerungsschutz: Zivilschutz und Zivildienst bei Notlagen im Asylwesen. Faktenblatt 25.08.2016.

<sup>4</sup> Zivildienstgesetz, [Artikel 3a](#), Absatz 2, Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 25. Sept. 2015, in Kraft seit 1. Juli 2016 ([AS 2016 1883](#); [BBI 2014 6741](#)).

<sup>5</sup> Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates, [Medienmitteilung vom 15. August 2014](#).

<sup>6</sup> VBS, Information, Mitteilung an die SP vom 3. September 2018: „Aufgrund der Weiterentwicklung der Armee wurde auf die Armeeauszählung verzichtet. Die Zahlen wären aufgrund der Armee reform im Moment nicht repräsentativ“.

Unbelegt ist auch die Anspielung im erläuternden Bericht, der Zivildienst gefährde „vor diesem Hintergrund“ und „mit Blick auf die demographische Entwicklung“ die Alimentierung der Armee. Welche Erkenntnis der „Blick auf die demographische Entwicklung“ preisgibt, wird mit keinem Wort erwähnt, geschweige erhärtete Zahlen vorgelegt. Die Anzahl der Geburten von männlichen Schweizer Babys, die voraussichtlich in 19 oder 20 Jahren stellungspflichtig werden, ist ziemlich stabil. Sie schwankt je nach Jahrgang zwischen 36 000 und 38 000 Geburten. Zudem hängt die Anzahl Stellungspflichtige wesentlich von der Einbürgerungsquote ab. Hier liegt ein riesiges Potenzial brach, leben doch in der Schweiz weit über 700 000 Personen ohne Schweizer Pass, welche im Grunde die Aufenthaltsfristen für eine Einbürgerung längst erfüllen würden.

### **Für die SP ist klar: Wer die Alimentierung der Armeebestände sicherstellen will, muss über die Armee reden und nicht über den Zivildienst**

Ob die Armeebestände ausreichend alimentiert sind, hängt schematisch von vier Fragen ab:

1. Wie gross müssen die Armeebestände sein, damit der Auftrag erfüllt werden kann?
2. Wie viele Personen werden in die Armee hineingeführt?
3. Für welche Dauer bleiben die Angehörigen der Armee eingeteilt?
4. Wie viele treten aus der Armee aus und warum?

#### **1. Wie gross müssen die Armeebestände sein, damit der Auftrag erfüllt werden kann?**

**Grotesk grosse Armee:** Ex-Armeechef André Blattmann pflegte zu prahlen, die Schweiz habe in Europa die grösste Armee. Tatsächlich umfasste die Schweizer Armee laut der letzten verfügbaren [Armeeauszählung](#) am 1. März 2016 den gewaltigen Effektivbestand von 166 519, hinzu kamen weitere 12 075 Angehörige der Armee (AdA), die aus irgendwelchen Gründen nicht in eine Formation eingeteilt sind ([Art. 3 VOA](#)). Der Gesamtbestand betrug damit 178 594 AdA. Das ist im internationalen Vergleich gigantisch. Jeder Grosskonzern, der ein so schiefes Verhältnis zwischen eingesetzten Arbeitskräften, vorhandenen Investitionsmitteln (Technologie) und tatsächlichem Output (Einsatz) hätte, müsste innert Tagen Konkurs anmelden. Dies wird nun mit der Weiterentwicklung der Armee (WEA) teilweise korrigiert, aber ungenügend, was nicht dem Zivildienst angelastet werden kann. Wir sind mitten in der Übergangsphase.

„**There is no such thing as a free lunch**“ (Milton Freedman): Weil in einer Wehrpflichtarmee der Faktor Arbeit scheinbar gratis ist (den Erwerbsersatz bezahlt eine lohnprozent-finanzierte Sozialversicherung, die offiziell nicht den Armeeausgaben zugerechnet wird), pflegt die Armee mit ihren Null-Tarif-Beschäftigten einen äusserst verschwenderischen Umgang. Dies äussert sich im Militärdienst in Leerlauf, sinnlosem Herumsitzen, grenzenloser Langeweile und der quälenden Frage vieler, ob dies die Abwesenheit von Ausbildung, Beruf und Familie wert sei. Auch dafür ist der Zivildienst nicht verantwortlich.

**Betriebskosten durch Effizienzsteigerung senken:** Die gewaltige Masse an scheinbar kostenfrei rekrutierbaren Wehrpflichtigen senkt die Effizienz und die Effektivität der Armee. Der enorme Logistik-Aufwand führt zu überhöhten Betriebskosten. Unterkunft, Verpflegung, Transport, interne Gesundheitsversorgung usw. ufern im Verhältnis zum Output – dem tatsächlich sicherheitsrelevanten Einsatz – aus: Um einen Mann in den Einsatz zu schicken, braucht es drei oder mehr Mann, die hinter ihm die erforderliche Infrastruktur aufrechterhalten. Auch bei der Bedienung der Waffensysteme äussert sich der verschwenderische Umgang mit der Arbeitskraft. Während in anderen Armeen drei Mann ein Artilleriegeschütz bedienen, sind es in der Schweiz sechs. Hier schlummert ein gewaltiges Effizienzpotenzial: weniger ist mehr.

**Die Zeiten des Infanterie-Massenheeres sind vorbei:** Militärische Schlagkraft war möglicherweise vor dem Industriezeitalter noch in direkter Abhängigkeit von der Anzahl Soldaten. Im

digitalen Zeitalter wirft ein Massenheer von Infanteristen viele Fragen auf. Namentlich in technischen Einheiten steht der Ausbildungsaufwand pro Soldat in keinem Verhältnis zur kurzen Dauer, in denen dieses rasch veraltende Wissen genutzt wird. Die kurze Dauer der Einteilung der AdA in der Armee wirft zusätzliche Fragen der Effizienz und Effektivität auf.

**Weniger Wehrpflichtige, mehr Zeitsoldaten:** Für den Bundesrat war nach den schlechten Erfahrungen mit der Armee 95 und der Armee XXI klar, dass es so nicht weitergehen kann. Er beantragte die Senkung der Armee-Sollbestände auf 80 000 AdA. Das Parlament erhöhte mit der WEA jedoch ohne vertiefte Abklärungen auf „einen Effektivbestand von höchstens 140 000 Militärdienstpflichtigen“ ([AO Art. 1](#)). Damit blähte es Parlament die aktive WEA-Armee gegenüber jener der Armee XXI um 20 000 AdA auf. Auf der Strecke blieb das politische Versprechen, mit dem Übergang zur WEA die Armee zu halbieren. Diese Aufblähung der aktiven Armee um zusätzliche 20 000 AdA ist – unausgesprochen! – Hauptursache für den Versuch, den Zugang zum Zivildienst zu erschweren. Da fehlen die Transparenz und der Nachweis des öffentlichen Interesses. Denn es widerspricht allen politischen Versprechen, die aktive Armee von 120 000 (Armee XXI) auf 140 000 (Effektivbestand WEA) aufzustocken. Darauf kann und soll verzichtet werden. Dann braucht es auch keine Massnahmen gegen den Zivildienst.

**„Höchstens“ ist kein Zielwert, sondern ein Maximalwert:** Der gesetzliche Begriff von „höchstens“ lässt zu, diesen Maximalwert zu unterschreiten. Vom Gesetzgeber her wäre ein Mobilisierungsbestand von 100 000 AdA (das wurde politisch so versprochen) ohne weiteres zulässig. Um die heute vorgesehene Bereitschaftsreserve von 40% weiterhin zu erreichen, müsste das Mengengerüst der Armee aufgrund der häufigen WK-Verschiebungen auf einen Sollbestand von 60 000 AdA ausgerichtet werden. Allein diese Massnahme würde sämtliche sogenannten Alimentierungsprobleme der Armee auf einen Schlag lösen. Die Vermutung liegt auf der Hand, dass diese Massnahme durch interne Effizienzsteigerungen ohne Einbusse bei der Einsatzfähigkeit aufgefangen werden könnte.

**Alle sollten gezählt werden – der Mobilmachungsbestand der Armee ist grösser, als die Armee behauptet:** Wer im Mai seine Rekrutenschule beendet, wird bis Ende Jahr nicht zum Armeebestand gezählt, obschon jederzeit mobilisierungsfähig. Dies gilt auch für jene, die ihre WK absolviert, aber das Ende des zehnten Jahres ihrer Militärdienstpflicht (Entlassungsjahr) noch nicht erreicht haben. Nicht mitgezählt werden zudem AdA, die "aus Bestandesgründen" noch nicht in eine Formation eingeteilt sind, sowie Durchdiener, die ihre Ausbildungspflicht erfüllt haben und sich noch während vier Jahren zur Verfügung halten. All diese viele Tausend AdA könnten jederzeit mobilisiert werden. Dennoch werden sie vom VBS statistisch nicht zum Armeebestand gezählt.<sup>7</sup> Der Armeebestand wird mit statistischen Tricks heruntergerechnet, um dann den Zivildienst schlecht reden zu können – ein zutiefst unwürdiges Spiel.

## **2. Wie viele Personen werden in die Armee hineingeführt?**

**Gleiche Rechte und Pflichten für alle – Priorität des Bedarfs vor der Masse:** Die erwähnte „Studiengruppe Dienstpflichtsystem“ hat in ihrem vom Bundesrat 2016 gutgeheissenen Bericht das „Norweger Modell“ empfohlen. Das Norweger Dienstpflicht-Modell will der männlichen Dominanz den Riegel schieben und gleichzeitig die Bedarfsorientierung stärken. Am 14. Juni 2013 fasste das norwegische Parlament den Beschluss, ab 2015 Frauen und Männer der Wehrpflicht zu unterstellen. Weil die Friedensstärke der gesamten Streitkräfte Norwegens (Heer, Luftwaffe, Flotte) auf 18 000 AdA und der Mobilmachungsbestand auf rund 83 000 AdA begrenzt ist, ermöglicht dies eine radikale Ausrichtung am Bedarf: in die Armee kommt nur, wer will und tatsächlich gebraucht wird. Die meisten „Wehrpflichtigen“ leisten nie Militärdienst. Die SP beantragte in der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates, dieses Modell vertieft zu diskutieren. Die rechtsbürgerliche Mehrheit schmetterte schon nur die Debatte ab.

---

<sup>7</sup> Priska Seiler Graf, Interpellation [17.3474](#) „Verwirrspiel um die Bestandesgrösse der Armee“.

**Differenzierte Tauglichkeit ausbauen:** Nicht jeder Wehrpflichtige muss in der Lage sein, mit schwerem Rucksack als Gebirgsgrenadier zu dienen. Zunehmend sind Spezialisten gefragt, bei denen eher das Know-how als die körperliche Kampftüchtigkeit massgebend ist. Mit dem Konzept der „differenzierten Tauglichkeit“ konnte die Armee die Tauglichkeitsquote allein von 2015 bis 2017 von 63.7% auf 68.4% steigern. Bei einem Rekrutenjahrgang von rund 36 000 Schweizer Männern macht allein diese Steigerung zusätzliche 1 700 Stellungspflichtige aus, die jedes Jahr zusätzlich für die RS ausgehoben werden. Auch auf diesem Weg können die angeblichen Alimentierungsprobleme der Armee weitgehend gelöst werden, die nun dem Zivildienst in die Schuhe geschoben werden.

**Einbürgerung erleichtern:** Gemäss den aktuellen Zahlen des Bundesamtes für Statistik erwerben gegenwärtig jedes Jahr über 7000 junge Männer zwischen 0 und 19 Jahren neu das Schweizer Bürgerrecht.<sup>8</sup> Das bedeutet, dass im langjährigen Durchschnitt zusätzlich zu den rund 32 000 männlichen Geburten mit Schweizer Nationalität Tausende von Eingebürgerten hinzuzuzählen sind, die stellungspflichtig werden. Die vom Bundesrat ins Feld geführte „demographische Entwicklung“ ist keine statische Grösse, sondern u.a. davon abhängig, ob die Schweiz einen Viertel der Wohnbevölkerung wie unmündige Hintersassen behandelt oder jene über 700 000, welche die Aufenthaltsfristen längst schon erfüllen, endlich einbürgert.

**Probleme lösen, statt jammern:** Die Schweizer Armee jammert lieber darüber, dass ihr [die Truppenköche ausgehen](#). Eine Berufslehre für Koch, Metzger usw. machen in der Schweiz immer häufiger Frauen und Personen ohne Schweizer Pass. Stellungspflichtige 19-jährige Schweizer Männer sind in diesen Berufen in der Unterzahl. Damit hat die Armee Probleme, für ihr Massenheer ausreichend Truppenköche zu rekrutieren. Ähnliche Probleme stellen sich bei anderen Berufsgattungen. So klagen Kompanie-Kommandanten darüber, sie hätten zu wenig Lastwagen-Fahrer zur Verfügung, um Mannschaft und Material zu bewegen. Es wäre freilich ziemlich grotesk, um mit solchen Beispielen die Abgänge aus der Armee in den Zivildienst zu beklagen. Statt den Zivildienst schlecht zu reden, sollte die Armee solche Probleme intern lösen. Heute ist es beispielsweise über 50-Jährigen verwehrt, Zeitsoldat zu werden. Dabei wären über 50-Jährige möglicherweise gerne bereit, als Truppenkoch oder Lastwagenfahrer in der Armee zu dienen. Die Beispiele könnten vervielfacht werden. Wie viele und welche Personen Zugang zur Armee haben und ob die Armee mit diesen ihren Bedarf decken kann, liegt in erster Linie in den Händen der Armee und nicht des Zivildienstes.

### **3. Für welche Dauer bleiben die Angehörigen der Armee eingeteilt?**

**Bundesrat senkt die Bestände durch eine künstliche Absenkung der Verweildauer:** Laut [Artikel 13 Absatz 2 Militärgesetz](#) kann der Bundesrat „zur Steuerung des Bestandes der Armee die Altersgrenzen um höchstens fünf Jahre herabsetzen“. Er hat von dieser Kompetenz Gebrauch gemacht und die Altersgrenze in [Art. 19 der Verordnung über die Militärdienstpflicht](#) um zwei Jahre von zwölf auf zehn Jahre herabgesetzt. Das leuchtet nicht ein, wenn die Armee gleichzeitig behauptet, es gebe Bestandesprobleme. Diese wären gelöst, wenn die Militärdienstpflicht – wie dies der Gesetzgeber in [Art. 13 Abs. 1 Bst. a MG](#) vorsieht – „für Angehörige der Mannschaft und für Unteroffiziere bis zum Ende des zwölften Jahres nach Abschluss der Rekrutenschule“ dauern würde. Eine Verlängerung der Militärdienstpflicht von heute zehn Jahren auf z.B. elf Jahre hätte für die Betroffenen praktisch keine Folgen. An der Anzahl der zu leistenden WK und Dienstage würde sich ja nichts ändern. In Kombination mit den anderen hier vorgeschlagenen Massnahmen könnten auch damit die so genannten Bestandesprobleme der Armee einfach und wirksam gelöst werden.

---

<sup>8</sup> Bundesamt für Statistik, Erwerb des Schweizer Bürgerrechts nach Art des Erwerbs, Geschlecht und Alter, 2017, Tabelle su-d-01.05.06.01.03. Siehe Grafik im Anhang.

#### **4. Wie viele treten aus der Armee aus und warum?**

**Attraktivität des Militärdienstes steigern, statt den Zivildienst schlecht reden.** Es ist nachvollziehbar, dass es die Armee schmerzt, wenn zu hohen Kosten fertig ausgebildete AdA nach RS und teilweise sogar nach einigen WK die Armee Richtung Zivildienst verlassen. Bloss erstaunt, weshalb die dahinter stehenden Gründe offensichtlich nie vertieft abgeklärt worden sind. Die Attraktivität des Zivildienstes besteht darin, etwas Sinnvolles zu tun. Es wird nicht wie in der Armee mehr als die Hälfte des Personals dafür eingesetzt, die eigene Infrastruktur in Gang zu halten und ineffiziente Abläufe zu bevölkern. Vielmehr stehen praktisch 99% der Zivildienstleistenden selber an der Front, im Herzen des definierten Einsatzes. Dies motiviert. Das weiss auch die Armee, sucht sie doch verzweifelt nach konkreten Einsätzen etwa bei Naturkatastrophen oder für Behindertenlager in Sarnen oder zum Schneestampfen beim Lauberhornrennen. Ist es aber erstaunlich, dass die Betroffenen nicht so genau verstehen, weshalb sie für solche Einsätze einer hoch technisierten, für den militärischen Kampf bestimmten Organisation angehören sollen? Sinnstiftende, nur vom Militär zu leistende Einsätze gäbe es auch für die Armee, etwa in der Friedensförderung. Alle, die in Swisscoy im Einsatz standen oder Swisscoy in Kosovo besucht haben, sagen: das macht Sinn. Weshalb setzt sich die Armee nicht stärker dafür ein, die vom Bundesrat seit Jahren geforderten 500 AdA dauerhaft in der internationalen Friedensförderung einzusetzen? Heute wird dieser Zielwert nur zur Hälfte erreicht und dies mit sinkender Tendenz. Statt den Zivildienst schlecht zu reden, würde die Armee besser über Attraktivitätssteigerung und die Organisation sinnerfüllter Einsätze nachdenken und dazu konkrete Massnahmen in die Wege leiten.

### **Zur Revision des Zivildienstgesetzes im Einzelnen**

#### **Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Die SP lehnt diese Massnahme ab, weil sie völkerrechtswidrig ist. Mit dieser Massnahme geht die Schweiz das Risiko ein, vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt zu werden. Denn das Menschenrecht, aus Gewissensgründen den Militärdienst zu verweigern und stattdessen einen Ersatzdienst zu leisten, darf nach ständiger Rechtsprechung keinen Strafcharakter aufweisen. Bereits der heute im Rahmen des Tatbeweises zur Anwendung gelangende Faktor 1.5 geht an der Grenze des völkerrechtlich zulässigen. 150 Mindestdienstage würden den Tatbeweis ad absurdum führen. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hätte mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten.

Dies hat auch der Bundesrat in seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion [17.3006](#) „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N so gesehen. Er machte zudem geltend, dass in diesem Fall Verweigerer umso häufiger den „blauen Weg“ wählen und gar keinen Dienst mehr leisten würden:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.“*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Entsprechend hielt der Bundesrat bereits in seinem zweiten Bericht über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst zur allfälligen Erhöhung des Faktors zur Berechnung der Dauer des Zivildienstes fest, dies „sei mit Blick auf die sicherheitspolitische Lage unnötig, belastete die Wirtschaft und die Zivis über Gebühr, könne als Strafe aufgefasst werden und setze Anreize zur Ausmusterung aus medizinischen Gründen.“ Ebenso sei es rechtlich unhaltbar, „die Dauer des Zivildienstes in Abhängigkeit von den Personalbeständen der Armee zu verlängern oder zu verkürzen“, denn „die Abhängigkeit der Dauer des Zivildienstes von den Armeebeständen verletze den Verfassungsauftrag in Artikel 59 Absatz 1 der Bundesverfassung sowie völkerrechtliche Normen“. Gegen eine solche Massnahme spreche auch, dass sie „zwar abschreckend“ wirkt, „aber alle unabhängig davon [trifft], ob sie aufgrund eines Gewissenskonflikts handeln oder nicht.“ Ferner hätte diese Massnahme „negative Auswirkungen für die Wirtschaft“: „Die noch längere Abwesenheit der Zivis von ihrem Arbeitsplatz würde Arbeitgeber und Arbeitskolleginnen und -kollegen belasten, wobei KMU besonders betroffen wären. Die Zivis müssten am Anfang ihres Berufslebens weitere Nachteile in ihrem beruflichen Fortkommen in Kauf nehmen. Die Kosten für den Erwerb ersatz pro Zivi würden steigen.“<sup>9</sup> Es ist unverständlich, weshalb der Bundesrat derart gewichtige Einwände, die er noch vor kurzem selber ins Feld führte, nun plötzlich ohne jegliche Erörterung ignoriert.

### **Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Die SP lehnt diese Massnahme ab, weil sie nicht viel mehr bringt als eine bürokratische Schikane. Hinzu kommt, dass auch bei dieser Massnahme die verfassungs- und völkerrechtliche Zulässigkeit fraglich ist. Denn eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für AdA mit abgeschlossener Grundausbildung widerspricht dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonflikts, indem trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch würde damit den Betroffenen der Zugang zum Zivildienst für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA, die bereits mehr Dienstage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Wie bereits Massnahme 1 dürfte auch die Wartefrist die Anzahl AdA erhöhen, die den „blauen Weg“ wählen und sich untauglich schreiben lassen, da dafür keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

### **Massnahme 3: Faktor 1,5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

Die SP lehnt diese Massnahme ab, weil diese den verfassungsrechtlichen Grundsatz der Rechtsgleichheit verletzt. Unteroffiziere und Offiziere haben ihre Wehrpflicht längstens erfüllt, indem sie im Vergleich zu Soldaten bereits eine sehr viel grössere Zahl Dienstage geleistet haben. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Dienstage für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung führen. Wird der Zugang zum Zivildienst für Unteroffiziere und Offiziere derart erschwert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten. Es muss der Armee durch interne Gründe gelingen, bei Unteroffizieren und Offizieren die Bereitschaft für eine militärische Karriere und entsprechend längere Dienstzeiten zu erhalten. Die geltenden reduzierten Dienstage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind gerechtfertigt und haben sich angesichts der geringen Zahl der Betroffenen bewährt.

---

<sup>9</sup> Zweiter Bericht. [Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst](#). Analyse, Handlungsbedarf, Massnahmen. Vom Bundesrat am 27. Juni 2012 gutgeheissen, Ziffer 3.1.2.

#### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Die SP lehnt diese Massnahme ab, weil sie das Problem der Armee nicht löst, ausreichend Ärzte und anderes Gesundheitspersonal zu rekrutieren. Ein solches Verbot wäre nichts anderes als eine bürokratische Schikane und letztlich willkürlich. Das Milizsystem der Schweiz beruht auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden können. Es verstösst gegen den Grundsatz der Rechtsgleichheit, Mediziner in Armee und Zivilschutz etwas zuzugestehen, das ihnen neu beim Zivildienst verweigert werden soll.

#### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Die SP lehnt diese Massnahme ab, weil gerade auch die Schiesspflicht einen Gewissensnotstand auslösen kann. Das Menschenrecht auf Verweigerung des Waffendienstes aus Gewissensgründen kennt keine Ausnahme für die nachdienstliche Schiesspflicht. Ein Verstoss gegen die Grundrechte liegt bei dieser Massnahme auch deshalb vor, weil der Gesuchsteller weiterhin zu Aktiv- und Assistenzdiensten aufgeboten werden könnte und hier ein Recht auf Verweigerung aus Gewissensgründen besteht. Es gäbe grundrechtsverträgliche Lösungen: Die Armee sollte das viel zu aufwändig ausgestaltete Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, würde auch die kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) wegfallen, auf die diese Massnahme abzielt.

#### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Die SP lehnt diese Massnahme ab, weil sie etwas reguliert, wo null zusätzlicher Handlungsbedarf besteht. Die aktuelle, beinahe identische Regelung in Artikel 39a Zivildienstverordnung ist ausreichend. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung ausreichend dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Diensttage erfüllen (2017: 96.7% aller Diensttage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Diensttage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit gegenüber der Einsatzzeit unverhältnismässig gross ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, die eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Diensttage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.

#### **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Die SP lehnt diese Massnahme ab, weil damit etwa Dienstpflichtige, die aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass kämen. Sie hätten noch etwa 1 Jahr Zeit, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Es entstünde eine grosse Ungleichheit zu jenen, die zu einem anderen Zeitpunkt im Jahresverlauf in den Zivildienst übertreten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige den Familienpflichten geht.

### Zusammenfassende rechtliche Beurteilung

Die Massnahme 1 (Mindestzahl von 150 Dienstoffagen), Massnahme 2 (Wartefrist von mindestens 12 Monaten), Massnahme 4 (Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten), Massnahme 5 (Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdienstoffagen) sowie Massnahme 7 (Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen) genügen den rechtlichen Anforderungen nicht.

- Sie verletzen den verfassungsmässigen Grundsatz der Verhältnismässigkeit (Art. 5 Abs. 2 BV)
- Sie verletzen das Rechtsgleichheitsgebot (Art. 8 BV)
- Sie verletzen das Prinzip der Gleichwertigkeit (Art. 5 Zivildienstgesetz: die Belastung einer zivildienstleistenden Person durch die ordentlichen Zivildiensteinsätze darf die Belastung eines Soldaten in seinen Ausbildungsdiensten nicht übersteigen, d.h. der Zivildienst darf nicht absichtlich beschwerlich oder unangenehm ausgestaltet werden).

Namentlich Massnahme 1, die im Extremfall einen Faktor von bis zu 37,5 zulässt, ist rechtlich unhaltbar, ebenso die gegen oben begrenzte Wartefrist von Massnahme 2. Massnahme 4 schafft offen ungleiches Recht für Mediziner und Nicht-Mediziner und verletzt damit das Diskriminierungsverbot. Bei diesen drei Massnahmen fehlt zudem der Ausweis des öffentlichen Interesses, weshalb sie als unverhältnismässig und damit verfassungswidrig einzustufen sind.

Das ungenügend ausgewiesene öffentliche Interesse und damit der Verstoss gegen den verfassungsmässigen Grundsatz der Verhältnismässigkeit betrifft zudem die Gesamtheit dieser Revision, machte doch der vom Bundesrat am 6. Juli 2016 zur Kenntnis genommene Bericht der „Studiengruppe Dienstpflichtsystem“ deutlich, dass der Zivildienst die Armeebestände durch die Zulassung zum Zivildienst nicht gefährde. Ein öffentliches Interesse an der Revision des Zivildienstgesetzes in diesem Punkt und damit die Verhältnismässigkeit der sieben vorgeschlagenen Massnahmen könnte nur geltend gemacht werden, wenn – transparent und mit substanziellem Inhalt erörtert – die von der Studiengruppe vorgetragene Argumente im Einzelnen widerlegt werden könnten. Darüber findet sich im Vernehmlassungsbericht nicht der geringste Hinweis.

Wir ersuchen Sie deshalb, geschätzte Damen und Herren, auf diese Revision des Zivildienstgesetzes zu verzichten und unsere Anliegen entsprechend zu berücksichtigen. Wir verbleiben

mit freundlichen Grüssen

Sozialdemokratische Partei der Schweiz



Christian Levrat

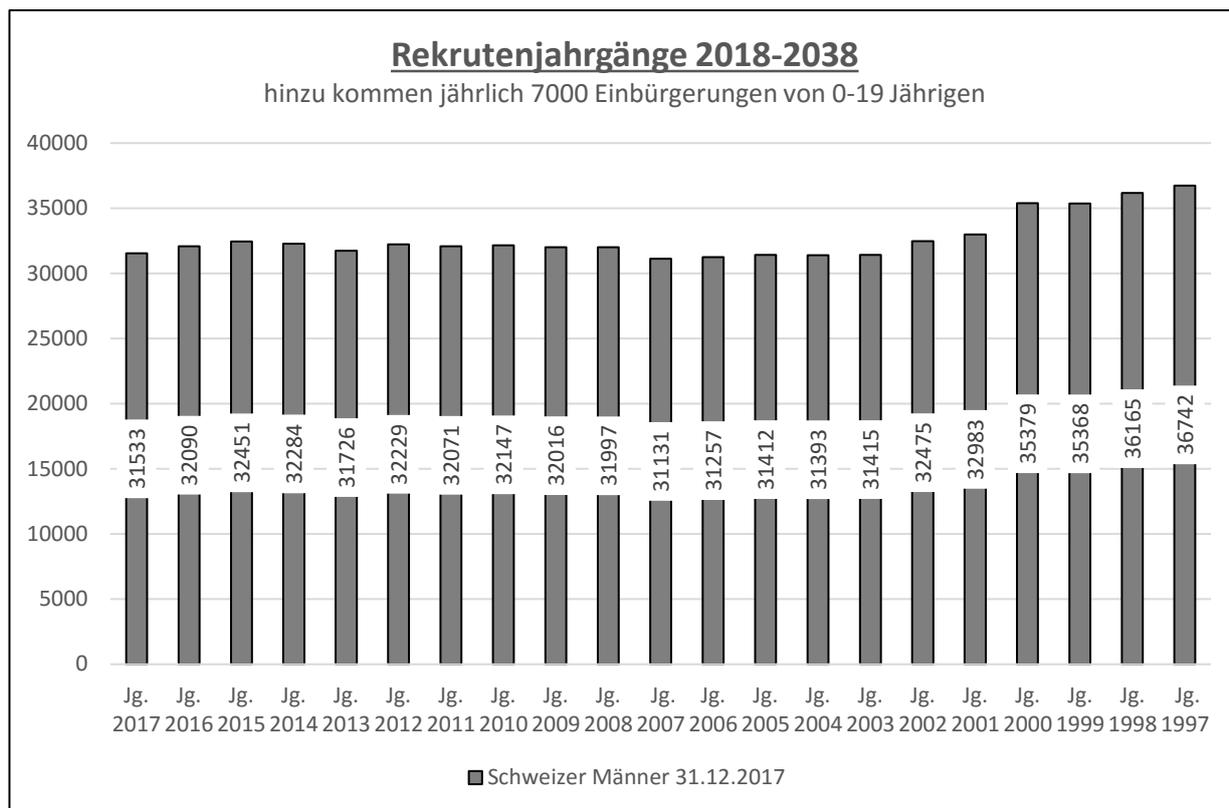
Präsident



Peter Hug

Politischer Fachsekretär

## Anhang



Quelle: Bundesamt für Statistik, Statistik der Bevölkerung und der Haushalte STATPOP / Erwerb des Schweizer Bürgerrechts nach Art des Erwerbs, Geschlecht und Alter, 2017, Tabelle su-d-01.05.06.01.03.

Erläuterung: Zum Jahrgang 2017 sind noch fast keine neu Eingebürgerten hinzugestossen. Je weiter der Jahrgang zurückliegt, desto mehr neu Eingebürgerte bevölkern die betreffende Jahrgangs-Kohorte. Über die 20 abgebildeten Jahrgänge hinweg stossen jedes Jahr über 7 000 neu eingebürgerte Männer hinzu, die sich als 19 Jährige bei der Armee stellen müssen.

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung  
Bern

Thun, 11. Oktober 2018

## **Vernehmlassung zum Entwurf einer Änderung des Zivildienstgesetzes**

**Stellungnahme der Eidgenössisch-Demokratischen Union (EDU) Schweiz**  
(eingereicht per E-Mail an [rechtsdienst@zivi.admin.ch](mailto:rechtsdienst@zivi.admin.ch))

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann

Wir bedanken uns bei Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme im Rahmen der Vernehmlassung vom 20. Juni 2018 zum Entwurf einer Änderung des Zivildienstgesetzes.

### **Zur EDU:**

Mit ihrer politischen Arbeit bemüht sich die EDU (Eidgenössisch-Demokratische Union) darum, unserem Land mit soliden und nachhaltigen Vorschlägen für die Gestaltung seiner Zukunft zu dienen. Das Ziel der EDU ist es, dass unsere Gesellschaft gut gerüstet ist für die aktuell anstehenden Herausforderungen, denen wir uns gegenübersehen. Dabei ist die EDU von der Wichtigkeit überzeugt, dass wir die Absichten Gottes für unser Land und unser Volk in die politische Planung mit einbeziehen.

### **Zur Vorlage:**

Die EDU Schweiz setzt sich in ihrem Aktionsprogramm 2015-2019 grundsätzlich für den Erhalt der allgemeinen Wehrpflicht und für eine glaubwürdige, einsatzfähige Armee für eine glaubwürdige bewaffnete Neutralität der Schweiz ein. Dazu gehört auch die Sicherung der nötigen Armeebestände.

In diesem Sinne befürwortet die EDU die vom Bundesrat vorgeschlagenen Änderungen des Zivildienstgesetzes mit den Massnahmen 1 bis 7, um opportunistische Wechsel von Armeeangehörigen zum Zivildienst einzuschränken.

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Hans Moser  
Präsident EDU Schweiz

### **Für weitere Auskünfte:**

Hans Moser, Präsident EDU Schweiz, 079 610 42 37  
Alt Grossrat Martin Friedli, GL-Mitglied, 079 848 97 96

### **EDU Schweiz**

Zentralsekretariat / Secrétariat central, Postfach 43, 3602 Thun, Tel. 033 222 36 37, Fax 033 222 37 44  
PC 30-23430-4, [www.edu-schweiz.ch](http://www.edu-schweiz.ch), [info@edu-schweiz.ch](mailto:info@edu-schweiz.ch)

**Von:** Müller Andreas <Andreas.Mueller@chgemeinden.ch>  
**Gesendet:** Dienstag, 2. Oktober 2018 14:40  
**An:** \_ZIVI-Rechtsdienst  
**Betreff:** Keine Stellungnahme: Änderung des Zivildienstgesetzes

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie dem Schweizerischen Gemeindeverband (SGV) das oben erwähnte Geschäft zur Vernehmlassung unterbreitet. Für die Gelegenheit, uns aus Sicht der rund 1600 dem SGV angeschlossenen Gemeinden äussern zu können, danken wir Ihnen.

Nach Studium der Unterlagen teilen wir Ihnen hiermit jedoch mit, dass der SGV zu dieser Vorlage keine Stellungnahme einreicht.

Vielen Dank für Ihre Kenntnisnahme.

**Schweizerischer Gemeindeverband**

Andreas Müller  
Public affairs  
Laupenstr. 35, Postfach  
3001 Bern  
Tel. 031 380 70 03  
[andreas.mueller@chgemeinden.ch](mailto:andreas.mueller@chgemeinden.ch)  
[www.chgemeinden.ch](http://www.chgemeinden.ch)



**SGV - Gemeinsam für starke Gemeinden**

Der **Schweizerische Gemeindeverband** vertritt die Anliegen der Gemeinden auf nationaler Ebene. Er setzt sich dafür ein, dass der Gestaltungsspielraum der Gemeinden nicht weiter eingeschränkt wird. Er informiert in der **«Schweizer Gemeinde»** - [hier](#) geht es zur aktuellen Ausgabe - im Internet und an Fachtagungen über kommunalpolitisch relevante Themen und gute Praxisbeispiele. Unter den Gemeinden fördert er den Austausch, mit dem Ziel, ihre Leistungsfähigkeit zu steigern.



Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,  
Bildung und Forschung WBF  
3003 Bern

Per Mail: [rechtsdienst@zivi.admin.ch](mailto:rechtsdienst@zivi.admin.ch)

Bern, 11. Oktober 2018

## **Änderung des Zivildienstgesetzes Vernehmlassung**

Sehr geehrter Herr Bundesrat,  
sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen bestens für die Gelegenheit, zur Änderung des Zivildienstgesetzes Stellung nehmen zu können. Der Schweizerische Städteverband vertritt die Städte, städtischen Gemeinden und Agglomerationen in der Schweiz und damit gut drei Viertel der Schweizer Bevölkerung.

### **Allgemeine Einschätzung**

Der Bundesrat stellt fest, dass die Zahl der vorzeitig aus dem Militärdienst ausgeschiedenen Armeeangehörigen in den letzten Jahren gestiegen ist und so der Planwert von ausgebildeten Rekruten nicht erreicht werden kann. Deshalb soll nun mit der Umsetzung von sieben Massnahmen der Zugang zum Zivildienst erschwert werden. Wir haben grosses Verständnis dafür und erachten das Ziel als wichtig, dass versucht wird, im Interesse des Erhalts genügender Armeebestände den Missbrauch der Möglichkeit einer freien Wahl zwischen Militär- und Zivildienst zu bekämpfen. Wir sind aber dennoch der Auffassung, dass von den vorgeschlagenen Massnahmen keine Behebung der unbestrittenen Schwachstellen im bestehenden Dienstpflichtsystem der Schweiz zu erwarten ist. Hierfür wäre vielmehr eine grundsätzliche Reform angezeigt.

Die Konferenz der städtischen Sicherheitsdirektorinnen und -direktoren KSSD verweist in diesem Zusammenhang auf die Diskussionen in der 2015 einberufenen «Studiengruppe Dienstpflichtsystem». Die KSSD legte damals dar, dass die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht und ein neues Modell, das offen sein sollte für ein Leisten des Dienstes in der Armee, im Zivildienst, im Zivilschutz, in der Feuerwehr und im Gesundheits- oder Sozialwesen, zu prüfen wäre. Die Arbeiten der Studiengruppe werden bei der nun vorgeschlagenen Gesetzesrevision aber kaum berücksichtigt. Die vorgeschlagenen Massnahmen sind aus Sicht der Städte keine taugliche Antwort auf die aktuellen gesellschafts- und sicherheitspolitischen Herausforderungen. Wir lehnen den vorliegenden Entwurf deshalb ab.



## **Zivildienst als Dienst an der Gemeinschaft ermöglichen**

Einer der drei Grundaufträge des Zivildienstes sind «Dienstleistungen für die Gemeinschaft». Der Zivildienst hat den gesetzlichen Zweck, Dienstleistungen im öffentlichen Interesse zu erbringen, wo Ressourcen für die Erfüllung wichtiger Aufgaben fehlen oder nicht ausreichen. Am meisten Dienstage werden gemäss Statistik des Bundes im Gesundheits- und Sozialwesen, gefolgt vom Umwelt- und Naturschutz geleistet. In diesen Bereichen werden die Dienstleistungen offensichtlich nachgefragt. Es wäre auch mit erheblich höheren volkswirtschaftlichen Kosten zu rechnen, wenn die Zivildienstleistenden dort nicht mehr zur Verfügung stünden.

Viele der Dienstleistungen, insbesondere im Sozialwesen, fallen in den Zuständigkeitsbereich der Städte und Gemeinden. Wenn nun mit den vorgeschlagenen Massnahmen die Anzahl der Zivildienstleistenden reduziert wird, so führt dies zu einem Rückgang entsprechender Einsätze zugunsten der kommunalen Ebene. Ein gut funktionierendes System wird so in Frage gestellt, ohne dass mögliche Alternativen geprüft werden.

Dank dem Einsatz von Zivildienstleistenden können heute die Städte und Gemeinden im Sozial- und weiteren Bereichen Dienstleistungen sicherstellen, welche den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern. Zivildienstleistende werden beispielsweise in der Kinder- und in der Betagtenbetreuung eingesetzt. Gerade im Bereich der Betagtenbetreuung ist damit zu rechnen, dass der Bedarf weiter zunehmen wird, da nicht für alle Dienstleistungen genügend personelle Ressourcen bereitgestellt werden können. Würde der Personalbestand des Zivildienstes nun zugunsten der Armee gesenkt, so ist umgekehrt zu bezweifeln, ob der Zivildienst seinen Grundauftrag «Dienstleistungen für die Gesellschaft» noch ausreichend erfüllen könnte.

## **Anträge**

Wir beantragen, auf die Gesetzesrevision zu verzichten und das Dienstpflichtsystem mit geeigneteren Massnahmen zu reformieren, um ausreichende Armeebestände zu sichern.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

**Schweizerischer Städteverband**

Direktorin

Renate Amstutz

Kopie Schweizerischer Gemeindeverband

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung  
Per Email: [rechtsdienst@zivi.admin.ch](mailto:rechtsdienst@zivi.admin.ch)

Bern, 8. Oktober 2018-sgv/Sc

**Vernehmlassungsantwort  
Änderung des Zivildienstgesetzes**

Sehr geehrte Damen und Herren

Als grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft vertritt der Schweizerische Gewerbeverband sgv über 230 Verbände und gegen 500 000 KMU, was einem Anteil von 99.8 Prozent aller Unternehmen in unserem Land entspricht. Im Interesse der Schweizer KMU setzt sich der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.

Der sgv befürwortet sowohl die sieben Massnahmen als auch die Änderungen des Gesetzes, welche diese Massnahmen verhältnismässig umsetzen. Es ist richtig und wichtig, der Reduktion von Armeebeständen durch Umteilungen in den Zivildienst entgegenzuwirken.

Freundliche Grüsse

**Schweizerischer Gewerbeverband sgv**



Hans-Ulrich Bigler  
Direktor, Nationalrat



Henrique Schneider  
stellvertretender Direktor

**Von:** Maeder Sabine <maeder@arbeitgeber.ch>  
**Gesendet:** Montag, 2. Juli 2018 15:34  
**An:** \_ZIVI-Rechtsdienst  
**Betreff:** Verzicht zur Stellungnahme: BR - Reduktion der Zulassungen zum Zivildienst:  
Bundesrat eröffnet Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir wurden zur Stellungnahme zum obengenannten Geschäft eingeladen. Für die uns dazu gebotene Gelegenheit danken wir Ihnen bestens.

Da diese Frage die Arbeitgeber nicht direkt betrifft, verzichten wir auf eine Eingabe.

Freundliche Grüsse  
Sabine Maeder im Auftrag von Prof. Dr. Roland A. Müller, Direktor

---

Sabine Maeder  
Assistentin  
SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND  
Hegibachstrasse 47  
Postfach  
8032 Zürich  
Tel. +41 44 421 17 17   
Fax +41 44 421 17 18   
Direktwahl: +41 44 421 17 42   
[maeder@arbeitgeber.ch](mailto:maeder@arbeitgeber.ch)  
<http://www.arbeitgeber.ch>





## Änderung des Zivildienstgesetzes

### Stellungnahme von Amnesty International Schweizer Sektion

Sehr geehrte Damen und Herren

Amnesty International dankt dem Bundesrat für die Möglichkeit, sich zur geplanten Gesetzesänderung für den Zivildienst äussern zu können. Unsere Bewegung setzt sich seit Jahrzehnten weltweit dafür ein, dass Militärdienstverweigerern und -verweigererinnen ein ziviler Ersatzdienst ermöglicht wird. Zur Ausgestaltung des Zivildienstes äussern wir uns jeweils nur zu einzelnen menschenrechtlich begründeten Fragen.

#### **Allgemeine Haltung:**

Generell haben die im Gesetzentwurf vorgeschlagenen Massnahmen eindeutig eine abschreckende Wirkung. Der Bundesrat selbst bestätigt dies, indem er in seinem Bericht festhält: «Im Zivildienstrecht geht es dabei um Massnahmen zur substantiellen Senkung der Anzahl der Zulassungen zum Zivildienst». Indem der Staat durch verschiedene Massnahmen versucht, diejenigen abzuschrecken, die gerne Zivildienst leisten möchten, greift er in ihre Meinungs- und Glaubensfreiheit ein. Amnesty International kann sich daher nur gegen dieses Projekt aussprechen.

#### **Strafender Charakter**

In zahlreichen früheren Stellungnahmen hat Amnesty International darauf hingewiesen, dass aus Sicht der Glaubens- und Gewissensfreiheit die Länge des Zivildienstes keinen Strafer Charakter aufweisen darf. Diese Haltung wird von zahlreichen internationalen Gremien geteilt, darunter das Ministerkomitee des Europarates.<sup>1</sup>

Eine Verlängerung der Zivildienstdauer auf ein Mehrfaches des Militärdienstes weist einen Aspekt von Bestrafung oder Abschreckung auf.<sup>2</sup> Die Uno-Menschenrechtskommission hat sich bereits bei Faktor 1,7 kritisch geäussert, als es um die Beurteilung einer russischen Regelung ging.<sup>3</sup>

Es ist für Amnesty International nicht nachvollziehbar, dass der Bundesrat zwar Artikel 18 und 26 des Uno-Paktes über die bürgerlichen und politischen Rechte (Diskriminierungsverbot) in seinen Erläuterungen erwähnt, es aber als „vertretbar“ erachtet, wenn eine massive Ungleichbehandlung von Militärdienstpflichtigen nach dem Absolvieren der RS vorgesehen wird. Im Vorschlag des Bundesrates kann der Zivildienst bis zur 37,5fachen Länge der noch ausstehenden Militärdiensttage anwachsen. Das ist völlig inakzeptabel.

**Weil die Verlängerung der Zivildienstdauer im Zentrum der Vorlage steht, lehnt Amnesty International die Revisionsvorlage insgesamt klar ab.**

Bern, September 2018

---

<sup>1</sup>Ministerkomitee des Europarats, Empfehlung R(87)8 vom 9. April 1987 betreffend Verweigerung des Pflichtmilitärdienstes aus Gewissensgründen.

<sup>2</sup>Dies widerspricht der Empfehlung 1518 (2001), angenommen vom Ständigen Ausschuss der Parlamentarischen Versammlung des Europarates am 23. Mai 2001, wonach der zivile Ersatzdienst „weder abschreckend sein noch Strafcharakter haben darf.“

<sup>3</sup>CCPR/CO/79/RUS: „the Committee (...) remains concerned that the Alternative Civilian Service Act, (...) appears to be punitive in nature by prescribing civil service of a length 1.7 times that of normal military service.“



# AWM

Arbeitsgemeinschaft für eine wirksame und friedenssichernde Milizarmee

Postfach 467, 8024 Zürich  
PC-Kto.: 30-3154-8

Herr Christian Richterich  
Leiter Rechtsdienst  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Malerweg 6  
3600 Thun

Zivildienst Zentralstelle
11. Sep. 2018
Eingesannt Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>

Zürich, 10. September 2018

## Vernehmlassungsantwort zur Änderung des Zivildienstgesetzes

Sehr geehrter Herr Richterich

Wir danken Ihnen für die Einladung, am Vernehmlassungsverfahren bezüglich der Änderung des Zivildienstgesetzes (ZDG) teilzunehmen.

Die „**Arbeitsgemeinschaft für eine wirksame und friedenssichernde Milizarmee**“ (AWM), gegründet 1983, ist ein Zusammenschluss von gesamtschweizerisch wirkenden, an militärpolitischen Fragestellungen interessierten Organisationen und Verbänden. Insgesamt vertritt sie rund 250'000 Milizangehörige. Die nachfolgende Stellungnahme ist der grösstmögliche Konsens ihrer verschiedenen Partnerorganisationen, wobei diese autonom sind und allenfalls getrennte Eingaben machen werden.

### Keine Wahlfreiheit

Die AWM, der zahlreiche Milizverbände angeschlossen sind, erachtet eine Anpassung des Zivildienstgesetzes als dringlich. Die **aktuelle Praxis entspricht de facto einer Wahlfreiheit** zwischen Militärdienst und Zivildienst. Dies ergibt in mehrfacher Hinsicht einen erheblichem Schaden: Einerseits für den Gedanken unserer Milizarmee, deren Angehörige sich notfalls mit ihrem Leben für die Sicherheit unseres Landes und seiner Bevölkerung einsetzen und andererseits für die Wehrgerechtigkeit. Deshalb besteht aus Sicht der AWM ein zwingender Handlungsbedarf, um die **in Art. 59 der Bundesverfassung definierte Militärdienstpflicht** nicht weiter zu untergraben. Zudem gefährdet die aktuelle Situation eine langfristig ausreichende und vollständige Alimentierung der Armee – eines der obersten Ziele der WEA. Für eine schlagkräftige Armee, die ihren Auftrag verantwortungsbewusst erfüllen will, ist eine nachhaltige Truppenalimentierung unerlässlich.

### **Verwässerter Tatbeweis**

Das gegenwärtig gültige Zivildienstgesetz geht aus Sicht der AWM viel zu weit und ist entsprechend zu korrigieren. Der echte Tatbeweis ist immer mehr abhanden gekommen. Die aktuelle Situation stellt eine **eklatante Benachteiligung der Militärdienstleistenden** dar; der Bund muss diesen Missstand schnellstmöglich beheben. Wie zahlreiche Beispiele zeigen werden heute die **Mehrzahl der Zivildienstgesuche aus persönlichem Opportunismus** eingereicht. Dies stellt einen Affront gegenüber allen Militärdienstpflichtigen dar, welche gewissenhaft und unter Inkaufnahme persönlicher Einschränkungen ihren Dienst in der Milizarmee leisten. Die Zweckentfremdung des Zivildienstes für sachfremde Tätigkeiten muss rasch beendet werden, denn der Zivildienst ist letztlich als sicherheitspolitisches Instrument definiert. Der Zivildienst muss zu seiner Grundidee zurückgeführt werden, nämlich zu einem **zivilen Ersatzdienst für Diensttaugliche, die aus (echten) Gewissensgründen keinen Militärdienst leisten können** oder wollen.

### **Falsche Ausgestaltung des Zivildienstes rückgängig machen**

Die anerkennt das gesellschaftliche Bedürfnis, dass für Diensttaugliche ein ziviler Ersatzdienst als Alternative zum Militärdienst bestehen soll. An der Institution Zivildienst soll deshalb festgehalten werden. Die AWM verurteilt jedoch die mittlerweile faktische Wahlfreiheit zwischen Militär- und Zivildienst. **Wer aus Gewissensgründen keinen Militärdienst leisten will oder kann, soll dies schlüssig darlegen müssen.** Nur wenn Gewissensgründe wirklich vorliegen, ist eine Zivildienstleistung legitim. Weiter begrüsst die AWM sämtliche Massnahmen, welche verhindern, dass Militärdienstleistende aufgrund situationsbedingter Unannehmlichkeiten wie beispielsweise Wachtdienste, Dienstwochenende und unvorteilhafte WK-Daten etc. einen Anreiz erhalten für ein Umteilungsgesuch in den Zivildienst. Gleichzeitig sind weitere wirksame Massnahmen zu treffen, die den Zivildienst im täglichen Dienstbetrieb anstrengender und weniger bequem gestalten, denn dieser stellt heute in vielerlei Hinsicht eine behaglichere und mit dem zivilen Leben besser zu vereinbarende Form von Dienstleistung als der Militärdienst dar.

### **Weitere Massnahmen sind notwendig**

**Die AWM begrüsst und unterstützt die vom Bundesrat definierten sieben Massnahmen.** Die Stossrichtung stimmt: Die Massnahmen sollen den Zivildienst weniger attraktiv machen, den **Wechsel während und nach bestandener Rekrutenschule erschweren** und gleichzeitig weitere Missstände korrigieren. In einigen Punkten wird der Zivildienst durch das neue Gesetz bezüglich der Rahmenbedingungen an diejenigen des Militärdienstes angenähert (jährliche Einsatzzpflicht, Hauptteil der Dienstleistung im Alter von 20 – 25 Jahren, Zeitpunkt des langen Einsatzes usw.). Da sich die genauen Auswirkungen der Massnahmen auf die Anzahl Zivildienstgesuche zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht beziffern lassen, muss nach der Einführung der Massnahmen eine **Wirkungsanalyse** vorgenommen werden. Sollte die Armee weiterhin vor Alimentierungsproblemen stehen, so muss der Bundesrat zusätzliche Korrekturen im Sinne einer Verschärfung vornehmen,

Neben den präsentierten sieben Massnahmen fordert die AWM weitere Einschränkungen für den Übertritt aus dem Militärdienst in den Zivildienst. Denkbar ist eine drastische **Reduzierung der möglichen Zeitpunkte für die Einreichung des Zivildienstgesuchs** (Als Beispiel: Ein solches darf nur bis zu wenigen Wochen vor Beginn der Rekrutenschule möglich sein; mit dem Eintritt in den Militärdienst ist der Entscheid definitiv). Dadurch kann der schleichende Abgang von Armeeangehörigen aus den oben genannten, nicht mit den Prinzipien des Zivildienstes

vereinbaren Gründen unterbunden werden. Trotzdem bleibt durch diese Massnahme das Prinzip des zivilen Ersatzdienstes unangetastet.

Zudem hält die AWM fest, dass zusammen mit der Anpassung des ZDG auch die Verordnung über die Ausbildungsgutschrift für Milizkader der Armee (VAK) überarbeitet werden muss. Art. 3 Abs. 2 lit. c darin regelt, dass der Anspruch mit der Einreichung eines Gesuchs um Zulassung zum Zivildienst endet. Die AWM fordert, dass diese Bestimmung dahingehend verschärft wird, damit beim **Wechsel in den Zivildienst sämtliche bereits erhaltenen Beiträge zurück-erstattet** werden müssen. Denn das Kader ist durch seine hochwertige Führungsausbildung nicht ersetzbar und muss deshalb daran gehindert werden, in den Zivildienst zu wechseln. Zudem erkennt die AWM keinen plausiblen Grund, weshalb ein Angehöriger der Schweizer Armee erst nach vollendeteter Kaderausbildung zur Einsicht gelangen sollte, dass er aus Gewissensgründen keinen Militärdienst leisten will.

### **Keine zweckfremden Einsätze**

Der Zivildienst ist als sicherheitspolitisches Instrument definiert. Es ist deshalb nicht richtig, wenn die Einsätze von Zivildienern sich immer mehr von diesem Zweck entfernen. Wie zahlreiche Beispiele belegen, werden vermehrt Dienstage für entwicklungshilfeähnliche Einsätze im Ausland geleistet. Der Einsatz an der eigenen zivilen Arbeitsstelle entspricht ebenfalls nicht dem Zweck des Zivildienstes. Abwegige Zivildiensteinsätze in Feriencamps, Brockenstuben oder dergleichen müssen sofort eingestellt werden.

### **Zusammenfassung der Stellungnahme**

- Die AWM unterstützt die Stossrichtung vorgeschlagenen Massnahmen mit dem Ziel, die Alimentierung der Armee nachhaltig zu sichern und hierfür die Attraktivität des Zivildienstes zu mindern. Jedoch müssen die Massnahmen auf ihre Wirksamkeit überprüft und gegebenenfalls verschärft werden.
- Der Wechsel in den Zivildienst soll nur noch vor Beginn der Rekrutenschule möglich sein, wobei die Gewissensprüfung anstelle des Tatbeweises wiedereingeführt werden soll. Sollten diese Massnahmen nicht umgesetzt werden, ist die Verordnung über die Ausbildungsgutschrift für Milizkader der Armee dahingehend anzupassen, dass bereits bezogene Ausbildungsbeiträge an höhere Kader vollständig zurückgezahlt werden müssen.
- Zivildiensteinsätze, die nicht im Zusammenhang mit der Sicherheit des Landes stehen, müssen unterbunden werden.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Widmer', written in a cursive style.

Andreas Widmer  
Präsident der AWM



## Consultation LSC 2018

# Position du Centre pour l'action non-violente (CENAC)

Validé par le comité du CENAC le 04.09.2018

Organisation non-violente, le CENAC a toujours défendu (déjà sous son ancien nom Centre Martin Luther King, fondé en 1968) le **droit à un Service Civil de remplacement** au service militaire.

Si le CENAC accepte la notion de "service obligatoire à la patrie" en tant qu'élément de cohésion sociale, il considère que ce service devrait pouvoir revêtir **diverses formes**, en Suisse ou à l'étranger. Son élément primordial devrait être un service civil ouvert à toute personne sur une base volontaire : hommes, femmes, suisses ou étrangers.

Il considère aussi que le **choix d'une de ces formes** devrait être une prérogative de chacune et chacun, sans pression ni déséquilibre, qualitatif ou quantitatif, au profit d'une de ces formes.

La popularité du Service Civil témoigne d'ailleurs d'un **civisme réjouissant**. Il serait dommage de l'entraver par les mesures dissuasives proposées par l'avant-projet.

Le statut actuel, avec sa "**preuve par l'acte**" (le Service Civil dure une fois et demie le temps consacré normalement au service militaire), est donc déjà le résultat d'un **compromis** entre les milieux opposés à toute alternative au service militaire et les tenants d'un libre choix entre diverses formes de service "à la patrie".

- C'est uniquement en raison de la priorité *historique* du seul service militaire, et du modelage des consciences que ce donné historique a provoqué dans la population suisse, que ce compromis nous a paru jusqu'à présent acceptable.
- Par contre, le CENAC espère et attend que l'évolution de notre société rende la preuve par l'acte inutile, et que les diverses formes de service national soient de plus en plus équivalentes en termes de durée et de conditions.



- La révision de la LSC qui nous est soumise va donc exactement en sens contraire de ce mouvement historique, et nous ne pouvons que la condamner fermement.

L'organisation de l'accès au Service Civil doit répondre exclusivement à des **considérations de droit et de justice**, et nullement à des soucis organisationnels de l'administration ou du commandement militaires.

- Concrètement, la durée plus longue du Service Civil n'a pas à devenir un instrument de dissuasion, voire une mesure punitive pour qui ne ferait pas sa demande de SC à une période qui convient à l'administration militaire ou à ses cadres.
- Un conflit de conscience peut survenir à tout moment, pour toute sorte de motifs. Aucune considération de logique militaire ou administrative n'est en droit d'en limiter l'expression.
- En outre, les difficultés de recrutement que rencontre l'armée témoignent du fort doute qu'on peut avoir sur la pertinence de sa réponse aux menaces actuelles, qui nécessitent des effectifs bien moins élevés que ce que l'armée affirme.

Pour les considérations de détail sur les 7 mesures proposées, le CENAC renvoie à la **prise de position de la CIVIVA** (fédération du Service Civil), à laquelle il se rallie pleinement et intégralement.



Centro per la Nonviolenza  
della Svizzera italiana (CNSI)  
Casella postale 1303  
6501 Bellinzona

Zivildienst Zentralstelle

10. Okt. 2018

Eingescannt Ja  Nein

Spettabile  
Dipartimento federale dell'economia, della  
formazione e della ricerca DEFR  
Organo d'esecuzione del servizio civile ZIVI  
Servizio giuridico  
Malerweg 6  
3600 Thun

Bellinzona, 6 ottobre 2018

### **Modifica della legge sul servizio civile**

Egregio signor Consigliere federale Johann Schneider-Ammann,  
Gentili signore, egregi signori,

Vi ringraziamo per averci invitato a partecipare alla procedura di consultazione in merito alla  
modifica della legge sul servizio civile.

Innanzitutto teniamo a sottolineare che il servizio civile nella sua forma attuale funziona molto  
bene ed è di grande utilità sia per la società che per la natura. Il servizio civile è efficace, ben  
organizzato, agisce concretamente e la sua utilità è riconosciuta sia in quanto sistema nel suo  
insieme sia a livello dei singoli civilisti.

A nostro modo di vedere quindi non vi è nessuna necessità di introdurre modifiche alla legge  
per limitare l'accesso al servizio civile. Il servizio civile non rappresenta una minaccia per  
l'esercito. Ciò è stato confermato a più riprese sia dai tre rapporti del Consiglio federale sugli  
effetti della soluzione della prova dell'atto nel servizio civile (2010; 2012, 2014) che dal rapporto  
del gruppo di studio sull'obbligo di servire (2016).

La presunta necessità d'agire si basa unicamente su delle affermazioni del comandante  
dell'esercito e di singoli rappresentanti attivi nella politica di sicurezza.

### **Disparità di trattamento degli astretti al servizio**

Le misure proposte prevedono che le condizioni per un'ammissione al servizio civile diventino  
sempre più dissuasive man mano che un astretto al servizio aumenta i giorni di servizio già  
prestati. Questa grossolana e intenzionale disparità di trattamento degli astretti al servizio civile  
non è accettabile. Un conflitto di coscienza con il servizio militare può apparire ad ogni  
momento ed in particolare anche quando un astretto al servizio ha acquisito una maggiore  
esperienza personale nell'esercito. Che in questo caso la "prova dell'atto" sia ulteriormente  
penalizzata è assurdo e rappresenta, come ammesso dal Consiglio federale stesso,  
un'infrazione contro il Patto dell'ONU sui diritti civili e politici.

### **Effetti discutibili**

Il Consiglio federale parte dal principio che l'accesso più complicato al servizio civile abbia un effetto diretto sugli effettivi dell'esercito. Gli astretti al servizio in Svizzera non rappresentano una massa anonima e manovrabile che può essere guidata senza reagire dalla politica e dall'amministrazione. Si tratta piuttosto di individui indipendenti che dispongono di diritti fondamentali, di molte informazioni e di diverse opzioni d'azione. Ogni decisione di inoltrare una domanda d'ammissione al servizio civile è il risultato di riflessioni individuali e di esperienze personali. Di questa situazione non si tiene per nulla conto nell'ambito delle modifiche proposte.

Molto probabilmente le sette misure proposte dal Consiglio federale avranno come conseguenze che le domande d'ammissione al servizio civile saranno inoltrate anticipatamente, che un numero maggiore di astretti al servizio si faranno dichiarare inabili e che un maggior numero di soldati demotivati rimarranno nell'esercito. È molto poco probabile che dei militari che vogliono lasciare l'esercito ritrovino improvvisamente e nuovamente la motivazione e la volontà di continuare a servirvi solo perché l'uscita è resa loro più difficile. Questo riguarda in modo particolare i sottufficiali e gli ufficiali che sono pronti ad assumere delle responsabilità nell'esercito e a prestare un numero superiore di giorni di servizio e che con queste proposte saranno ancora maggiormente penalizzati.

Per questi motivi il Centro per la nonviolenza della Svizzera italiana rigetta in blocco queste modifiche della legge sul servizio civile così come singolarmente tutte e sette le misure proposte.

### **Osservazioni alle singole misure**

#### Misura 1: Numero minimo di 150 giorni di servizio

Questa misura provoca un netto peggioramento per gli astretti al servizio man mano che ritardano l'inoltro della loro domanda d'ammissione al servizio civile. Sono puniti tutti coloro che danno una possibilità all'esercito e sono disposti a prestare il servizio militare. Se un conflitto di coscienza appare in seguito esso viene punito con un fattore sproporzionatamente elevato. Con l'introduzione di un minimo di 150 giorni di servizio la prova dell'atto può diventare un'assurdità. Colui che inoltra una domanda d'ammissione al servizio civile per non effettuare il suo ultimo corso di ripetizione dovrà prestare più di sette volte il numero di giorni di servizio che gli resterebbero ancora da fare. Il fattore massimo di due riconosciuto internazionalmente come discriminante sarà in questo modo ampiamente oltrepassato.

#### Misura 2: Periodo d'attesa di 12 mesi

Un periodo d'attesa di un anno per l'ammissione al servizio civile per i militari che hanno terminato l'istruzione di base (art. 16 e 17) contraddice chiaramente il principio in vigore del conflitto di coscienza (art. 1) poiché nonostante l'esplicita formulazione del conflitto di coscienza l'obbligo del servizio militare resta valido per un anno supplementare. Concretamente l'accesso al servizio civile viene negato alle persone interessate per un anno intero. Il momento della fine dell'istruzione di base è inoltre scelto arbitrariamente e conduce ad una chiara disparità di trattamento per i militari che hanno già prestato un numero più importante di giorni di servizio. Un conflitto di coscienza con il servizio militare e il conseguente diritto al servizio civile può apparire indipendentemente dalla durata di servizio militare già prestata o dalla funzione/grado.

Il periodo d'attesa proposto conduce in questo modo verso un possibile aumento delle partenze per motivi di inabilità dei soldati interessati ("via blu") visto che per i militi scartati non esistono periodi d'attesa. Inoltre si prospetta un aumento delle domande di rinvio del servizio delle persone interessate durante il periodo d'attesa con un conseguente aumento delle spese amministrative per l'esercito.

### Misura 3: Fattore 1.5 anche per sottufficiali e ufficiali

Il CNSI parte dal principio che i sottufficiali e gli ufficiali, per via della loro iniziale disponibilità ad intraprendere una carriera militare e una durata del servizio più lunga, abbiano delle ragioni importanti e da prendere sul serio per un passaggio al servizio civile e siano già oggi disposti ad assumere delle durate di servizio più lunghe. I giorni di servizio e i fattori ridotti paragonati ai soldati per i sottufficiali e gli ufficiali validi fino ad ora sono giustificati dal numero molto più elevato di giorni di servizio prestati e da prestare e considerando il numero ridotto delle persone interessate. Un fattore di 1.5 indipendente dal tempo di servizio e dai giorni di servizio già prestati per i sottufficiali e gli ufficiali condurrebbe verso un massiccio peggioramento e a una disparità di trattamento. Se l'accesso al servizio civile sarà reso più difficile ci si dovrà attendere ad avere dei quadri superiori demotivati nell'esercito o un aumento delle partenze per motivi di inabilità.

### Misura 4: Divieto per i medici di prestare servizio civile come medici

Il divieto perseguito per gli impieghi di servizio civile nel caso di studi di medicina iniziati o terminati è arbitrario. Il sistema svizzero di milizia in vigore si basa sul principio che sia possibile utilizzare le competenze civili nell'esercito, nella protezione civile e nel servizio civile.

### Misura 5: Rifiuto dell'ammissione al servizio civile per i militari che non hanno più giorni di servizio da prestare

Per principio un'uscita dal servizio militare per dei motivi di coscienza deve essere possibile in qualsiasi momento, in particolare visto che un conflitto di coscienza può apparire anche a causa della continuità del tiro obbligatorio. La necessità d'intervenire è nettamente più importante a livello di una revisione del dispendioso processo per l'ammissione al servizio militare senz'arma. Se gli astretti al servizio potessero dall'inizio accedere senza ostacoli al servizio militare senz'arma verrebbero a sparire anche i pochi casi (meno di 50 all'anno) che sarebbero toccati da questa misura.

### Misura 6: Obbligo d'impiego annuale a partire dall'ammissione

Questa esigenza è già attualmente regolamentata pressoché in modo identico nell'articolo 39a dell'Ordinanza sul servizio civile. Non vediamo assolutamente nessuna ragione per introdurre questa modifica visto che i giorni di servizio civile sono già oggi prestati coscienziosamente. L'Organo d'esecuzione contribuisce tramite un'applicazione pragmatica e flessibile al fatto che normalmente i civilisti prestano la totalità dei loro giorni di servizio (2017: 96.7% di tutti i giorni di servizio). Solo in casi estremi (lunga malattia, emigrazione, morte, obiezione totale) i civilisti non prestano la totalità dei giorni di servizio.

L'argomento del Consiglio federale secondo cui l'uguaglianza del servizio è da ricercare anche tramite il suo svolgimento durante la stessa fase della vita (periodo principale di regola tra i 20 e i 25 anni) è smentito dal fatto che il progetto di sviluppo futuro dell'esercito prevede di rendere flessibile il momento d'inizio della scuola reclute. Inoltre questa misura implica degli svantaggi per gli istituti d'impiego visto che dovranno essere prestati una gran quantità di corti periodi d'impiego ed il periodo di introduzione al lavoro diventerà sproporzionatamente lungo rispetto al periodo d'impiego. Addirittura la Confederazione in quanto istituto d'impiego offre anche molti posti d'impiego che necessitano un'elevata qualifica e stabiliscono durate minime di diversi mesi. Con l'obbligo d'impiego annuale e dopo aver compiuto le necessarie formazioni ci si ritroverà spesso nella situazione di non disporre di un numero sufficiente di giorni di servizio come richiesto dalle durate minime.

Misura 7: Obbligo di terminare l'impiego di lunga durata entro l'anno civile successivo al passaggio in giudicato dell'ammissione per chi presenta la domanda durante la scuola reclute

Questa misura svantaggerà in particolare gli astretti al servizio che saranno ammessi al servizio civile durante la scuola reclute estiva i quali saranno confrontati con tempi sproporzionatamente stretti poiché avranno approssimativamente un anno a disposizione per organizzare e prestare sei mesi di servizio civile. Gli effetti sulla vita lavorativa o sulla formazione possono essere importanti perché queste persone dovranno consacrare una grande quantità di tempo al servizio durante un periodo della durata di due anni civili. Non è accettabile che una misura per la riduzione dell'attrattiva del servizio civile vada a gravare sui datori di lavoro e gli istituti di formazione e ancor meno sugli obblighi famigliari.

### Conclusioni

Il Centro per la Nonviolenza della Svizzera italiana deplora il fatto che il Consiglio federale si sia fatto influenzare dall'astioso modo di discreditarne gli altri di un certo numero di persone che si occupano di politica di sicurezza e che è ora disposto a mascherare le presunte mancanze dell'esercito con misure contro un servizio civile efficiente e in continua evoluzione. Nel rapporto esplicativo relativo alla consultazione il Consiglio federale si esprime nel modo seguente:

*"Se dopo l'entrata in vigore della revisione saranno disponibili meno civilisti sul lungo periodo, a esserne interessati saranno soprattutto gli istituti d'impiego degli ambiti d'attività nei quali le risorse per lo svolgimento di compiti della società mancano o sono insufficienti. L'interesse pubblico preponderante di garantire gli effettivi dell'esercito giustifica tuttavia questo effetto".*

Esso pone in questo modo i bisogni dell'esercito al di sopra di quelli della società civile e afferma di tutelare gli interessi collettivi. Noi non condividiamo questa interpretazione e siamo convinti che una società che funzioni è la cosa più importante per assicurare il benessere della Svizzera.

In conclusione vi chiediamo di tener conto dei punti esposti nella presente presa di posizione durante l'ulteriore elaborazione del progetto di legge e restiamo volentieri a disposizione per dei chiarimenti supplementari riguardo alle nostre argomentazioni.

Cordiali saluti.

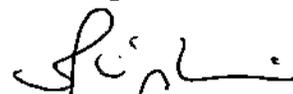
Per il Centro per la Nonviolenza della Svizzera italiana:

Il coordinatore:



Luca Buzzi

Il segretario:



Filippo Lafranchi



CH-3003 Berne, OFAS

Département fédéral de l'économie, de la formation et de la recherche DEFR

Par e-mail à :  
rechtsdienst@zivi.admin.ch

Votre courrier du du 20 juin 2018  
Notre référence: 726.1-09-01702 03.10.2018 No.: 42  
Collaborateur/trice responsable: Nom  
Bern, le 5 octobre 2018

## **Modification de la loi sur le service civil (LSC): prise de position de la CFEJ**

Madame, Monsieur,

Par la présente, la Commission fédérale pour l'enfance et la jeunesse (CFEJ) prend position sur le projet de modification du 20 juin 2018 de la loi sur le service civil.

### **Remarques générales**

La CFEJ a déjà eu l'occasion de faire valoir son attachement au libre choix entre le service militaire et le service civil. Elle a ainsi exposé largement, dans plusieurs publications, les considérations qui l'amènent à soutenir un véritable service citoyen, synonyme de légitimité pour l'obligation de servir et de renforcement de l'égalité de traitement devant la Constitution<sup>1</sup>. La nécessité de ce changement de paradigme, permettant de cesser d'opposer les différentes formes de services entre elles pour valoriser l'engagement au service de la collectivité sous toutes ses formes, repose notamment sur le constat d'une évolution du concept de sécurité nationale et de l'évolution des menaces pesant sur elle. Elle découle également de l'évolution démographique du pays, des aspirations de la jeunesse, des valeurs que l'Etat souhaite transmettre à travers le service militaire ou civil, des enjeux d'intégration que ce dernier comporte, de la notion d'égalité de traitement ou encore des impératifs qui lui sont liés en termes de formation.

---

<sup>1</sup> Voir notamment CFEJ, Le contrat citoyen - Redonner un sens au mot servir et une crédibilité au terme obligation octobre 2011, ([lien vers le rapport Le contrat citoyen](#)) et CFEJ, Le contrat citoyen – Deux ans après, où en sommes-nous ?, septembre 2013, ([lien vers le rapport Le Contrat citoyen - Deux ans après](#)). Pour une proposition similaire, cf. avenir suisse, série « Vers un service citoyen », <https://www.avenir-suisse.ch/fr/series/vers-un-service-citoyen/>.

Forte de ce constat, la CFEJ regrette vivement l'orientation générale du projet de modification de la loi sur le service civil, à savoir l'objectif de réduire substantiellement le nombre des admissions au service civil. Les mesures proposées, sur lesquelles il sera revenu ci-après, sont autant de palliatifs distillant l'impression que la personne effectuant un service civil doit être sanctionnée pour son objection de conscience, et ce bien qu'elle ait déjà démontré l'existence de cette objection par le système de la preuve par l'acte et que le fondement constitutionnel du service de remplacement interdise de donner à celui-ci un caractère punitif par les modalités d'exécution retenues<sup>2</sup>. Cette approche nie le fait que servir les intérêts de la Suisse ne passe plus forcément par l'accomplissement d'un service militaire, mais que renforcer la cohésion nationale — et donc la solidité du pays — peut également se faire en soutenant la population âgée par le biais d'une mission de service civil dans un EMS ou en effectuant par exemple ce dernier dans le domaine de l'intégration de la population étrangère résidant en Suisse.

### **Commentaire par mesure retenue**

En sus de ces remarques générales, la CFEJ se permet d'exprimer les plus fortes réserves quant à certaines mesures retenues pour atteindre l'objectif d'une diminution du nombre d'admissions au service civil.

#### **Mesure 1 : minimum de 150 jours de service**

A l'heure actuelle, la durée du service civil est une fois et demie celle du service militaire (preuve par l'acte). En acceptant cette contrainte, le civiliste démontre l'existence d'un conflit de conscience rendant impossible l'accomplissement d'un service militaire<sup>3</sup>.

La conséquence logique de l'engagement de la CFEJ pour rétablir une égalité de tous devant l'obligation de servir est son soutien à une mise à niveau des durées des deux types de service. Elle se prononce ainsi défavorablement quant à cette mesure, laquelle pourrait engendrer selon le rapport explicatif des situations dans lesquelles la durée du service civil serait 37.5 fois supérieure à celle du service militaire qui reste à accomplir, ce qui semble par ailleurs difficilement compatible avec les principes posés par la pratique internationale<sup>4</sup>.

#### **Mesure 2 : délai d'attente de 12 mois**

Cette mesure n'appelle pas de remarques particulières, si ce n'est qu'elle relativise le principe de la preuve par l'acte.

#### **Mesure 3 : facteur 1,5, y compris pour les sous-officiers et les officiers**

Pas de remarque particulière.

#### **Mesure 4 : interdiction aux médecins de faire le service civil en tant de médecins**

Il est important pour les jeunes que la période de leur vie consacrée à leur pays — que cela soit au service militaire ou dans le cadre du service civil — soit synonyme de valeur ajoutée au sein de leur cursus de formation. A l'heure où l'accès au premier emploi et au monde du travail en général, est de plus en plus compliqué pour les jeunes adultes, le service militaire ou civil se doit de s'insérer au mieux dans leur parcours (pré)professionnel et déboucher sur une certification formelle.

La CFEJ considère dès lors que cette restriction a un double effet négatif. D'une part, elle prive notre pays de compétences précieuses, tandis que d'autre part, elle empêche les médecins de gagner, dans le cadre de leur service à la communauté, une expérience bienvenue dans le monde professionnel. Se faisant, elle va bien au-delà de l'art. 4a let. d LSC qui exclut déjà actuellement les affectations servant en premier lieu les intérêts du conscrit, pour écarter purement et simplement toute affectation ayant un quelconque intérêt pour un médecin dans le cadre de sa formation, ce qui est manifestement disproportionné et discriminatoire.

<sup>2</sup> Diggelmann/Altwickler, BSK, n. 18 ad art. 59 Cst.

<sup>3</sup> Diggelmann/Altwickler, BSK, n. 15 ad art. 59 Cst.

<sup>4</sup> Cf. les références citées par Diggelmann/Altwickler BSK, n. 18 ad art. 59 Cst.

Cette mesure semble par ailleurs entrer en contradiction avec la volonté de l'armée d'obtenir la reconnaissance, par le biais de crédits ECTS, sur le plan civil de compétences développées par ses cadres durant leur formation<sup>5</sup>. On peine en effet à distinguer pourquoi les compétences acquises durant le service militaire, respectivement lors de la formation de cadres, pourraient jouir d'une reconnaissance sur le plan civil, alors que l'expérience acquise durant le service civil ne devrait en aucun cas pouvoir être valorisée par le médecin astreint dans le cadre de sa formation.

**Mesure 5 : pas d'admission de militaires n'ayant plus de jours de service à accomplir**

Pas de remarque particulière.

**Mesure 6 : obligation d'accomplir une période d'affectation par année dès l'admission**

**Mesure 7 : obligation pour les requérants ayant déposé leur demande pendant l'école de recrues de terminer leur affectation longue au plus tard pendant l'année civile qui suit l'entrée en force de la décision d'admission**

Ces mesures affaiblissent le principe voulant que la preuve par l'acte soit une démonstration suffisante de l'objection de conscience dans lequel se trouve la personne astreinte. Elles n'ont qu'une portée chicanière, laquelle va de plus à l'encontre du besoin, pour les personnes astreintes, de solutions pour mieux concilier l'accomplissement de cette obligation avec leur formation, respectivement leur emploi.

**Remarques finales**

En conclusion, la CFEJ regrette que bien que le service civil ne soit considéré par le rapport explicatif que comme l'un des facteurs exerçant une influence sur les effectifs de l'armée, aucune autre piste ne soit évoquée dans le rapport explicatif. Elle se permet en outre d'exprimer sa surprise à la lecture de la conclusion selon laquelle la proportionnalité des mesures retenues ne peut être examinée, faute de la démonstration d'un lien de causalité entre elles et la sauvegarde de l'intérêt public identifié, à savoir le renouvellement des effectifs de l'armée. Elle déplore finalement que les mesures proposées, dont l'impact reste très incertain du propre aveu du rapport explicatif, se substituent à une réflexion plus profonde sur les fondements de l'obligation de servir et sur ses modalités, afin que celle-ci conserve son sens.

En vous remerciant pour l'attention portée à notre prise de position et en restant à votre disposition pour toute question, nous vous prions d'agréer, Madame, Monsieur, nos salutations les meilleures.

**Commission fédérale pour l'enfance et la jeunesse CFEJ**



Sami Kanaan  
Président



Marion Nolde  
Co-responsable du secrétariat

---

<sup>5</sup> Cf. p.ex. <https://www.admin.ch/gov/fr/accueil/documentation/communiqués.msg-id-64468.html> et <https://www.admin.ch/gov/fr/accueil/documentation/communiqués.msg-id-67931.html>.



## Ausschuss Kirche und Gesellschaft

Marietjie Odendaal (Vorsitzende)  
Turnhallenstrasse 11 – 4460 Gelterkinden  
Tel. 061 981 14 52  
marietjie.odendaal@emk-schweiz.ch  
www.emk-kircheundgesellschaft.ch

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

St. Gallen, im Oktober 2018

## Stellungnahme des Ausschusses "Kirche und Gesellschaft" der Evangelisch-methodistischen Kirche zur Änderung des Zivildienstgesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen.

### Grundsätzliches

Die Evangelisch-methodistische Kirche (EMK) setzt sich seit vielen Jahren für die Möglichkeit eines Zivildienstes ein. Wir zitieren aus den Sozialen Grundsätzen der EMK zu "Militärdienst" [Art. 164 Die Politische Gemeinschaft (I) Militärdienst – [www.sozialegrundsätze.ch](http://www.sozialegrundsätze.ch)]:

*"Wir unterstützen den Dienst der Kirche an den Menschen, die aus Gewissensgründen jeden Krieg oder einen bestimmten Krieg ablehnen und die deswegen nicht nur jeden militärischen Dienst, sondern auch jede Art von Zusammenarbeit mit einer staatlichen Verwaltung verweigern, die einen solchen Dienst regelt. Ebenso unterstützen wir den Dienst der Kirche an allen Menschen. Dies schließt diejenigen ein, die sich bewusst dafür entscheiden, in den Streitkräften zu dienen oder Ersatzdienst zu leisten. Wenn sich jemand entschließt, in den Streitkräften zu dienen, unterstützen wir das Recht auf adäquate Behandlung erlittener Verletzungen und fordern angemessene Rahmenbedingungen für die Behandlung körperlicher und psychischer Verletzungen durch medizinische Betreuung während des Militärdienstes und danach. Wir sind uns bewusst, dass wir sowohl auf dem Weg militärischen Handelns als auch auf dem Weg der Verweigerung schuldig werden können und auf Gottes Vergebung angewiesen sind."*

Zwar arbeiten nur wenige Zivildienstleistende in der EMK oder in zur EMK zählenden selbstständigen Werken. Jedoch schätzen und beanspruchen viele Mitglieder der Kirche die Möglichkeit, anstelle eines bewaffneten Dienstes in der Armee, Zivildienst zu leisten. Als Kirche sehen wir keine Veranlassung, an der heutigen Praxis etwas zu ändern. Der Zivildienst in seiner heutigen Form funktioniert gut. Er ist wirkungsvoll, effizient und sinnvoll.

Die vorgeschlagene Änderung richtet sich gegen den geltenden Zivildienst. Statt den Militärdienst zu verbessern, soll der Zivildienst weniger attraktiv ausgestaltet werden. Schon mit dem geltenden Gesetz wird die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen geritzt, indem der Zivildienst deutlich länger als der Militärdienst dauert. Wenn trotz höherer Dienstzeit Personen den Zivildienst dem Dienst in der Armee vorziehen, liegt das nicht am Zivildienst, sondern am Militärdienst und dessen Ausgestaltung und dem ganzen militärischen Setting.

Massbeglich für uns sind die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) und der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016). Alle kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet. Eine Einschränkung des Zivildienstes sei nicht nötig. Andere erhärtete Daten liegen unseres Wissens nicht vor.

### **Zu Massnahme 1: Mindestzahl von 150 Zivildiensttagen**

Unter den beabsichtigten Massnahmen ist diejenige besonders stossend, welche die Bedingungen für den Wechsel vom Militär- in den Zivildienst umso mehr verschlechtert, je mehr Dienstage ein Angehöriger der Armee geleistet hat. Eine solche Massnahme ist nicht vereinbar mit dem UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte.

Menschen, die sich trotz ethischer Zweifel sagen: "Ich will dem Militärdienst eine Chance geben", und deren Gewissenskonflikte sich während der Dienstzeit aufgrund der gemachten Erfahrungen verschärfen, dürfen nicht für ihre grundsätzliche Dienstbereitschaft mit noch mehr Diensttagen bestraft werden. Vielmehr ist zu klären, ob nicht ein Teil dieser Abgänge in der mangelnden Sozialkompetenz von leitenden Armeeangehörigen zu suchen ist, und weniger in der mit dieser Massnahme auch suggerierten "minimalistischen Haltung" des Dienstleistenden.

Möglicherweise geht bei diesem Vorhaben der Schuss auch nach Hinten los. Es kann gut sein, dass sich aufgrund dieser Massnahme weniger "zweifelnde" Dienstpflichtige auf den Militärdienst einlassen und gleich den Zivildienst anstreben. Oder sie lassen sich aus psychologischen Gründen über den "blauen Weg" ausmustern. Oder sie verbleiben mit einer grossen Unzufriedenheit in der Armee. Wir können uns nicht vorstellen, dass solche Folgen für die Armee wirklich erstrebenswert sind.

### **zu Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Es ist aus unserer Sicht nicht zumutbar und zielführend, dass Armeeangehörige mit Abgeschlossener Grundausbildung trotz Gewissenskonflikt ein Jahr lang weiter Dienst tun müssen. Vermehrte Abgänge durch den "blauen Weg" und eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen, verbunden mit administrativem Aufwand, sind zu erwarten.

### **zu Massnahme 3: 1.5-fache Zivildienstzeit für Unteroffiziere und Offiziere**

Unteroffiziere und Offiziere wechseln nicht aus fadenscheinigen Gründen in den Zivildienst. Wer leitende Aufgaben in der Armee übernommen hat, und dann Gewissensgründe geltend macht, sollte für einen sowieso "schwierigen" Abgang aus der Armee nicht mit der 1,5-fachen Zivildienstzeit bestraft werden, und das unabhängig von schon geleisteten Diensttagen in der Armee. Da Unteroffiziere und Offiziere als leitende Armeeangehörige grossen Einfluss auf die Motivation und Fähigkeit von Untergebenen haben, sollte vermieden werden, dass diese "demotiviert" vor die Soldaten treten. Wer nicht mit Überzeugung Militärdienst tun kann, kann auch nicht mit Überzeugung und Kompetenz Armeeangehörige ausbilden und leiten. Im Gegenteil: Deren Frust wird sich auf weitere Armeeangehörige übertragen und zu weiteren Abgängen aus der Armee führen.

### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

In der Schweizer Armee werden Dienstleistende so eingeteilt, dass ihre zivil angeeigneten Fähigkeiten für die Armee fruchtbar gemacht werden. Warum soll das nicht auch im Zivildienst so sein? Dass lediglich Mediziner vom Dienst als Mediziner im Zivildienst ausgeschlossen werden sollen ist willkürlich. So leisten etwa auch viele angehende oder ausgebildete Lehrpersonen ihren Zivildienst

im pädagogischen Bereich. Diese Massnahme sollte gestrichen, und nicht etwa auf noch mehr Berufe ausgeweitet werden.

### **Massnahme 5: Keine Zulassung zum Zivildienst von Angehörigen der Armee die ihre Diensttage abgeleistet haben**

Ein Austritt aus der Armee aus Gewissensgründen muss jederzeit möglich sein. Auch nach der Dienstzeit besteht ja die Schiesspflicht weiter und kann zu Gewissenskonflikten führen.

Würde man den waffenlosen Dienst in der Armee erleichtern, würde es wohl kaum zu Zivildienstverfahren nach Erfüllung der Dienstpflicht kommen.

### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung (WK für Zivildienstleistende)**

Schon heute ist die jährliche Einsatzpflicht möglich (Art. 39a der Zivildienstverordnung).

Im Zivildienst geht es nicht, wie in der Armee, um den Erhalt von neu erlernten Fähigkeiten über die ganze Zeit der Dienstpflicht. Im Zivildienst geht es um eine hilfreiche Einbindung von Zivildienstleistenden in Einsatzbetriebe. Eine Stückelung in viele kleine Einheiten ist für den Einsatzbetrieb meist nicht hilfreich und mit unverhältnismässig hohem Administrationsaufwand verbunden. Falls die Massnahme aber darauf zielt, dass die Zivildienstpflicht auch wirklich geleistet wird, sei daran erinnert, dass die Diensterfüllung bei über 95% liegt. Diensttage nicht geleistet haben Dienstpflichtige, die krank wurden oder ausgewandert sind. Todesfälle und Totalverweigerung sind weitere Gründe gewesen, den Zivildienst nicht vollständig zu absolvieren.

### **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der Rekrutenschule müssen den langen Zivildiensteinsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Für Personen, welche die Sommer-Rekrutenschule besuchen, führt diese Massnahme dazu, dass sie innerhalb eines Jahres den sechsmonatigen Dienst organisieren und ableisten müssen. Auch stellen sich Fragen bei der beruflichen Ausbildung, weil so in zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit geleistet werden muss. Von dieser Massnahme sind zudem auch Arbeitgeber und Ausbildungseinrichtungen negativ betroffen, und natürlich auch die Familien der Zivildienstleistenden. So sollte etwa die Planbarkeit des Militärdienstes für die Ausbildung (z.B. Semesterbeginn und Prüfungszeiten an der Universität) verbessert und nicht die Planbarkeit des Zivildienstes verschlechtert werden.

### **Zivildienst und Armee nicht gegeneinander ausspielen**

Als Kirche sind wir überzeugt, dass man Zivildienst und Armee nicht gegeneinander ausspielen darf. Beide nehmen wichtige Aufgaben zugunsten der Zivilgesellschaft wahr. Ziel muss sein, beide Institutionen je aus sich heraus so zu gestalten, dass die spezifischen Aufgaben erfüllt werden können. Wird der Zivildienst in seiner Attraktivität verschlechtert, erhöht man damit noch nicht die Attraktivität der Armee. Wir befürchten, dass eine solche "systemische Manipulation" letztlich der Armee und dem Zivildienst schadet.

**Aus diesem Grund lehnt der Ausschuss "Kirche und Gesellschaft" der Evangelisch-methodistischen Kirche die Änderung des Zivildienstgesetzes ab. Keine der sieben Massnahmen findet unsere Zustimmung.**

Für den Ausschuss Kirche und Gesellschaft der Evangelisch-methodistischen Kirche



Jörg Niederer

Zürich, 27. August 2018

Eidgenössisches Departement für  
Wissenschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst

Malerweg 6  
3600 Thun

Zivildienst Zentralstelle
28. Aug. 2018
Eingesannt Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>

Zu ihrer geschätzten Kenntnisnahme

Freundliche Grüsse

Alma Kone

Präsidentin Frauen für den

Frieden Schweiz



Femmes pour la Paix  
Frauen für den Frieden  
Donne per la Pace  
Women for Peace

Zivildienst Zentralstelle
28. Aug. 2018
Eingesannt Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>

Eidgenössisches Departement für  
Wissenschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

## Vernehmlassung zum Zivildienstgesetz

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Frauen für den Frieden Schweiz lehnen die vorgesehenen Änderungen im Zivildienstgesetz ab.

### **Grundsätzliches**

Insbesondere missfällt ihnen die zunehmende Ungleichbehandlung von Militärdienst und Zivildienst. Die schon bestehende Ungleichheit wird dadurch noch massiv verstärkt, ohne dass es Gründe dafür gibt, unter dem Vorwand, den Armeebestand zu sichern.

Dieser immer wieder betonte Punkt des zu geringen Armeebestandes steht allerdings auf wackligen Füßen, denn 2018 lag der Sollbestand bei den Rekruten bereits zum zweiten Mal über dem Sollwert. Er ist auch offiziell höchstens langfristig gefährdet, die Lage ist also zugebenermassen stabil, von einer Krise kann keine Rede sein.

Die Behauptung, wonach die Erwerbsersatzordnung durch den Zivildienst unnötig belastet werde, ist ein Zirkelschluss, denn auch die Armeeangehörigen belasten ja die EO.

Es verletzt zudem die Wehrgerechtigkeit, wenn der zu leistende Einsatz im Zivildienst mit längerer Ausbildung immer mehr steigt und bei Ende fast schon abstruse Höhen annimmt.

Der Bundesrat schätzt die Bedeutung der Militärdienstleistenden viel höher ein als die der Zivildienstleistenden. Die FfdF sehen dies anders. Obwohl sie den Militärdienst nicht prinzipiell ablehnen, erbringt der Zivildienst aus ihrer Sicht Tag für Tag konkrete Leistungen, die dem Land mehrheitlich grossen Nutzen bringen, in der Alterspflege, der Naturpflege, dem Bewältigen von Katastrophenfällen und an vielen anderen Orten.

Das Militär ist hingegen für hypothetische Notfälle da und erhöht die Sicherheit der Schweiz nur bedingt.

Im Bericht heisst es dazu auf Seite 10 schlicht, wenn die Ressourcen zur Erfüllung der Aufgaben der Gesellschaft fehlen werden, sei das im öffentlichen Interesse hinzunehmen, vor allem zur Sicherung des Armeebestandes. Auch diese Aussage finden die FfdF bedenklich salopp.



Femmes pour la Paix  
Frauen für den Frieden  
Donne per la Pace  
Women for Peace

**Zu den 7 Massnahmen** (diese Punkte übernehmen FfdF von civiva)

**Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist CIVIVA auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.“*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für CIVIVA ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

**Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Dienstage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen. Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

**Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

CIVIVA geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tie-



Femmes pour la Paix  
Frauen für den Frieden  
Donne per la Pace  
Women for Peace

feren Dienstage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Dienstage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

#### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

#### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht von CIVIVA besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

CIVIVA ist der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

#### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. CIVIVA sieht absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildienstage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Dienstage erfüllen (2017: 96.7% aller Dienstage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Dienstage. Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Dienstage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.

#### **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie



Femmes pour la Paix  
Frauen für den Frieden  
Donne per la Pace  
Women for Peace

somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

### **Schlussbemerkungen**

Die FfdF zweifeln daran, ob ein erschwelter Zugang zum Zivildienst automatisch zu einer Erhöhung des Personalbestandes der Armee führen würde.

Motivierte werden bestraft, Abschleicher ins Militär belohnt. Kann das wirklich das Ziel dieser Vorlage sein?

## **Stellungnahme der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) zur Änderung des Zivildienstgesetzes**

*Basel, 09.10.2018*

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der nachfolgenden Stellungnahme wahr.

### **1. Einleitung und Allgemeines**

Die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) setzt sich seit Jahrzehnten für ein Loslösen von militärischen Strategien und für eine konsequente Friedenspolitik ein. Die allgemeine Wehrpflicht wurde von der GSoA wiederholt als veraltet und unwirtschaftlich verurteilt. Veraltet, weil die Vorstellung, die Sicherheit eines Landes könne durch eine Armee garantiert werden, nicht mehr der Realität bzw. der Gefahrenlage entspricht; und unwirtschaftlich, weil junge Männer ihre Ausbildung oder Erwerbstätigkeit unterbrechen müssen – ohne vergleichbare Gegenleistung für die Wirtschaft oder die Karriere der Dienstpflichtigen.

Die Einführung des Zivildienstes 1996 wurde massgebend von der GSoA mitgeprägt und gefördert. Das System des Zivildienstes hat sich über seinen ursprünglichen Zweck– die Dienstpflicht für jene erfüllbar zu machen, die aus politischen oder moralischen Gründen keinen Militärdienst leisten können – hinaus entwickelt und erbringt heute wirkungsvolle und wertvolle Dienstleistungen für die Gesellschaft. Die Ergänzung der allgemeinen Wehrpflicht um die Möglichkeit des zivilen Ersatzdienstes ist für die GSoA aber unabhängig vom Wert des Zivildienstes für und in der Schweizer Gesellschaft immer noch der Kerngedanke des Alternativdienstes. Das Recht jedes Bürgers, sich wirksam gegen einen unsinnigen Dienst an der Waffe wehren zu können, ist so lange zu achten und zu schützen, wie die obligatorische Wehrpflicht in der Schweiz existiert.

Trotz des 1.5mal längeren Dienstes nimmt die Zahl der Zulassungen zum Zivildienst jährlich zu. Zusätzlich zum Gewissenskonflikt, der Soldaten und Rekruten veranlasst, den Militärdienst nicht anzutreten bzw. das Militär verlassen zu wollen, spielt für viele auch die Feststellung eine Rolle, dass ihr Engagement in der Armee nicht sinnbringend ist. Sie sehen im Zivildienst eine bessere Möglichkeit, der Gesellschaft, in der sie leben, zu dienen.

Die allgemeine Sinnkrise der Armee und der fehlende politische Wille, bei den Problemen des Militärs und der obligatorischen Wehrpflicht selbst anzusetzen, manifestieren sich nun in den geplanten Änderungen des Zivildienstgesetzes (ZDG). Die GSoA lehnt diese aus folgenden Gründen vollumfänglich ab:

- Sie zielen auf eine zusätzliche Schlechterstellung der Zivildienst- gegenüber den Militärdienstleistenden ab, um den Zivildienst möglichst unattraktiv zu machen. Dies widerspricht dem Grundgedanken des zivilen Ersatzdienstes.
- Sie missachten die Probleme der Armee, und versuchen diese über den Zivildienst zu lösen. Ein gut funktionierendes System schlechter zu stellen, um die Fehler eines anderen zu kaschieren, bringt weder kurz- noch langfristige und schon gar nicht nachhaltige Lösungen mit sich.

## **2. Handlungsbedarf**

Die GSoA erkennt insofern Handlungsbedarf im Wehrpflichtsystem, als dass grundsätzliche Missstände nicht länger unbeachtet bleiben dürfen. Aus dem sicherheitspolitischen Bericht des Bundesrates von 2016 geht nicht hervor, dass die für die Schweiz relevanten Gefahren eine militärische Antwort erfordern. Eine zentrale Rolle spielt das Militär nur bei der Abwehr eines bewaffneten Angriffes<sup>1</sup> – dessen Wahrscheinlichkeit wird aber im Bericht als «gering» eingeschätzt<sup>2</sup>. In den anderen Gefahrenbereichen, namentlich der illegalen Beschaffung und Manipulation von Informationen, Terrorismus und Gewaltextremismus, Kriminalität, Versorgungsstörungen sowie Katastrophen und Notlagen, ist die Armee in der sicherheitspolitischen Strategie höchstens als unterstützende Kraft vorgesehen, bzw. für Aufgaben, die keine klassische militärische Ausrüstung oder Ausbildung bedingen. Dennoch ist die Armee sowohl im Parlament als auch in der Verwaltung unbestritten: Obwohl das Militär sicherheitspolitisch nur noch eine untergeordnete Rolle spielt, bleibt die Armee einer der grössten Ausgabeposten des Bundeshaushaltes; die Wehrpflicht scheint unantastbar zu bleiben. Parlament und Verwaltung verweigern sich einer kritischen Betrachtung des aktuellen Systems und verunmöglichen damit eine längst nötige Neuausrichtung des Verteidigungssystems (und damit der Wehrpflicht) hin zu einer tatsächlichen Prävention von Krisensituationen und damit wirkungsvollen Verteidigung der Interessen der Schweiz und ihrer Bevölkerung.

Parallel dazu besteht ein Handlungsbedarf bei der Ausgestaltung des Zivildienstes, dessen zahlreiche Dienstleistungen in diversen Bereichen nicht mehr aus der Gesellschaft wegzudenken sind. Hier braucht es praktikable Ansätze, welche die Erbringung dieser Leistung unabhängig vom Militär und der allgemeinen Dienstpflicht garantieren, ohne dabei den Arbeitsmarkt zu konkurrenzieren. Dass die Chance der Revision des Zivildienstgesetzes nicht dazu genutzt wird, den Zivildienst nachhaltig zu stärken und damit das soziale Sicherheitsgefüge der Schweiz zu sichern, ist bedauerlich.

---

<sup>1</sup> Bundesrat (2016): Die Sicherheitspolitik der Schweiz, 7852 ff.

<sup>2</sup> Bundesrat (2016): Die Sicherheitspolitik der Schweiz, 7083.

Keinen Handlungsbedarf besteht für die GSoA hingegen bei der Einschränkung der Zulassungen zum Zivildienst. Insgesamt vier Berichte<sup>3</sup> bestätigen, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet. Die drei Probleme (hohe und stetige Zunahme der Zulassungen; hohe Abgänge nach bestandener Rekrutenschule; Wechsel von FachspezialistInnen) beruhen nicht auf neuen Erkenntnissen, sondern auf einer Neuinterpretation der selben Sachlage. Für die GSoA ist offensichtlich, dass diese Neuinterpretation politisch motiviert ist und nicht auf eine sachliche, sicherheitspolitische Analyse zurückgeht. Gesetzesänderungen mit rein reaktionären Motivationen sind aus demokratiepolitischen und pragmatischen Gründen aber abzulehnen.

### **3. Sicherheitspolitischer Nutzen der Änderungen**

Die vorliegende Änderung des Zivildienstgesetzes fällt mit dem erklärten Ziel, die Zulassungen zum Zivildienst signifikant zu senken, zurück in eine Zeit, die den heutigen sicherheitspolitischen Anforderungen nicht mehr gerecht wird. Abgesehen von der mehrfach bestätigten Tatsache, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet, kann den heutigen Gefahren mehrheitlich nicht mit militärischer Logik begegnet werden. Der Bundesrat selbst bestätigt, dass ein Angriff, der militärische Antworten erfordert, äusserst unwahrscheinlich ist.<sup>4</sup> Gleichzeitig stellt er im begleitenden Bericht zur Vernehmlassung fest, dass die öffentliche Sicherheit höher zu gewichten sei als das Bereitstellen von Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft.<sup>5</sup> Diese widersprüchliche Argumentation lässt sich nur damit erklären, dass der Bundesrat nicht der Meinung von Expertinnen und Experten vertraut, sondern sich von den Interessen der stärksten Lobby beeinflussen lässt – und das ist seit Jahren die der Rüstungsindustrie und der Armee.

### **4. Erwünschte Auswirkungen der Revision des ZDG**

Der Bundesrat erhofft sich von einem schwierigeren Wechsel in den Zivildienst mehr und motiviertere Soldaten für die Armee. Tatsächlich aber ist zu vermuten, dass Dienstpflichtige anders mit der neuen rechtlichen Situation umgehen werden. Wenn sie nicht vollständig von den Zielen und Inhalten des Militärs überzeugt sind, werden sie entweder versuchen, die Armee auf dem sogenannten blauen Weg zu verlassen und sich von einem Psychiater oder einer Psychiaterin ihre Dienstuntauglichkeit bestätigen lassen, obwohl sie die Aufgaben im Zivildienst gerne und gut gemeistert hätten; oder sie bleiben in der Armee, beteiligen sich aber nur demotiviert und widerwillig; oder sie informieren sich über die Änderungen und reichen ihr Gesuch zum Wechsel in den Zivildienst so früh wie möglich ein. Egal, welche dieser drei Optionen am meisten gewählt werden wird, die Probleme in der Armee werden damit nicht gelöst. Vielmehr werden die Änderungen zu früheren Wechselgesuchen, mehr Untauglichen und weniger motivierten Soldaten führen. Die Idee, die Abgänge von der Armee über zusätzliche Hürden bei der Zulassung zum Zivildienst steuern zu können, verkennt die Tatsache, dass

---

<sup>3</sup> Namentlich die Berichte von 2010, 2012 und 2014 des Bundesrates zu den Auswirkungen der Tatbeweislösung sowie der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht.

<sup>4</sup> Bundesrat (2016): Die Sicherheitspolitik der Schweiz, 7797.

<sup>5</sup> Vgl. Erläuternder Bericht zur Änderung des Zivildienstgesetzes, S. 10.

hinter jedem Entscheid, den Wehrdienst nicht anzutreten oder nicht zu Ende zu führen, ein individueller Prozess und unterschiedliche Lebensentwürfe stehen.

Besonders kritisch muss die Situation jener Dienstpflichtigen betrachtet werden, die dienstwillig sind, sich aber nicht mit dem Militärsystem identifizieren können und deswegen zum Zivildienst wechseln wollen. Es wäre ein Verlust für die Gesellschaft, wenn diese Personen sich untauglich schreiben lassen, anstatt dass sie im Zivildienst einen sinnvollen Beitrag für die Allgemeinheit leisten.

Die GSoA merkt an, dass der Versuch, die Probleme der Armee über einen erschwerten Zugang zum Zivildienst zu lösen, illusorisch ist. Diese müssen systemintern angegangen werden.

## **5. Die einzelnen Massnahmen**

### **5.1. Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Dienstagen**

Die erste Massnahme soll dazu dienen, den Wechsel in den Zivildienst für fertig ausgebildete und erfahrene Soldaten unattraktiver zu machen. Eine Mindestanzahl von im Zivildienst zu leistenden Tagen bestraft vor allem jene, die erst nach einer gewissen Zeit im Militär einen Gewissenskonflikt anmelden müssen: Je später ein Soldat zu der Überzeugung gelangt, dass der Militärdienst nicht mit seinen moralischen oder politischen Überzeugungen vereinbar ist, desto härter wird er bestraft. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hätte mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten wie im aktuellen System. Diese Regelung würde den Tatbeweis und das Prinzip der Wehrgerechtigkeit ad absurdum führen.

Für die GSoA ist nicht nachvollziehbar, wie diese Massnahme in den Änderungskatalog aufgenommen werden konnte, nachdem die SiK-S die Motion 17.3006 mit der Begründung ablehnte, dass die Verlängerung der Dauer des Zivildienstes und die Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen «den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion» hätten und deswegen nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar sei. Aus Sicht der GSoA führt diese Massnahme dazu, dass sich noch mehr Dienstpflichtige vor Beginn oder im Laufe der RS für den Zivildienst entscheiden werden, da die Option eines späteren Wechsels praktisch wegfällt.

### **5.2. Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Muss ein Soldat nach bestandener Grundausbildung zwölf Monate warten, bis er zum Zivildienst zugelassen wird, wird er detailliert analysieren, ob der nicht bereits vor Beginn der RS den Wechsel zum Zivildienst beantragen soll. Massnahme 2 dient folglich in keiner Weise dem erklärten Ziel, mehr Dienstpflichtige in der Armee zu behalten.

Aber nicht nur aus pragmatischen Überlegungen ist die geplante Massnahme abzulehnen. Sie führt auch zu einer krassen Verletzung des Grundsatzes des Gewissensentscheidens, da der Zugang zum Zivildienst für ein ganzes Jahr verweigert wird. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes und der Position der betroffenen Personen entstehen und ist in keiner Art und Weise zeitlich eingrenzbar. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung erscheint daher willkürlich gewählt. Die ursprüngliche Idee des Zivildienstes als Ersatzdienst im Falle eines Gewissenskonfliktes wird mit einer einjährigen Wartefrist aufgehoben, wenn die betroffenen Angehörigen der Armee (AdA) während dieser Zeit weiterhin militärdienstpflichtig sind, wie es die Massnahme vorsieht. Für die GSoA wäre eine

Grundvoraussetzung dieser Massnahme deshalb, dass die Militärdienstpflicht während der einjährigen Wartefrist aufgehoben wird.

### 5.3. *Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Offiziere und Unteroffiziere*

Dass die Armee Personen, in deren Ausbildung viel Zeit und Ressourcen investiert wurde, behalten möchte, ist nachvollziehbar. Die GSoA weist aber darauf hin, dass gerade bei Offizieren und Unteroffizieren, die sich überzeugt für eine militärische Karriere entschieden haben, gewichtige Gründe für einen Wechsel in den Zivildienst zu vermuten sind. Bereits heute sind sie gewillt, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen, ein Faktor von 1.5 würde aber zu einer unverhältnismässig starken Benachteiligung der betroffenen Offiziere und Unteroffiziere führen.

### 5.4. *Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten*

Massnahme 4 fordert ein Verbot von Zivildienst-Einsätzen, die ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern. Die GSoA erachtet dies als unverständlich, da das etablierte schweizerische Milizsystem auf dem Grundsatz basiert, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effizient genutzt werden.

Besonders stossend erscheint bei dieser Massnahme aber zudem, dass gerade Person mit medizinischem Hintergrund spezifische Motivationen für eine Verweigerung von Militärdienst vorbringen können. Ihr Studium spezialisiert sie auf die Rettung von Leben, die Ausbildung an der Waffe beinhaltet das Gegenteil. Inhärenten Zweifel an der Armee muss gerade im Falle von Medizinnern stattgegeben werden.

### 5.5. *Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen*

Die GSoA betont, dass ein Wechsel in den Zivildienst jederzeit möglich sein muss. Gerade die obligatorischen jährlichen Schiessübungen und das Lagern des Gewehrs zu Hause können Grund genug sein, um Zweifel am Militärsystem zu wecken und in den Zivildienst zu wechseln. Wenn sich ein AdA um den bürokratischen Aufwand bemüht, nach dem Abdiene der Diensttage in den Zivildienst zu wechseln, so muss davon ausgegangen werden, dass er gewichtige Gründe dazu hat.

### 5.6. *Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung*

Die Erfüllungsrate der Zivildienstage lag 2017 bei 96.7%. Auch in den Vorjahren bewegte sie sich auf hohem Niveau. Einer der Gründe für die hohe Leistungsrate sieht die GSoA in der flexiblen, lebensnahen Administration der Einsätze. Diese Flexibilität auszuhöhlen wird zwar keinen Soldaten davon abhalten, in den Zivildienst zu wechseln, führt aber zu einem bürokratischen Mehraufwand für die Zivildienstvollzugsstelle und zu einer unnötigen Verkomplizierung eines – wie die geleisteten Tage zeigen – sehr gut funktionierenden Systems.

### 5.7. *Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen*

Massnahme 7 ist in einer erstaunlichen Art und Weise unpragmatisch und diskriminierend. Ist ein Zivildienstler verpflichtet, den langen Einsatz im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung

abzuschliessen, so schafft dies je nach Moment der Zulassung sehr ungleiche Zeiträume für die Dienstleistenden. Wird ein AdA aus einer Sommer-RS entlassen, hätte er noch ungefähr ein Jahr Zeit, um sechs Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Ein solcher Engpass verunmöglicht die sorgfältige Planung des Zivildiensteinsatzes. Dass die Attraktivitätsminderung des Zivildienstes Familienpflichten, die Arbeitgebenden oder die Ausbildung der Dienstpflichtigen negativ tangiert, ist inakzeptabel.

## **6. Schlussfolgerung**

Die vom Bundesrat vorgeschlagenen Massnahmen zielen darauf ab, den Zivildienst unattraktiver zu machen. Tatsächlich aber sind junge Dienstpflichtige keine steuerbaren, unreflektierten Personen, deren Ablehnung des Militärs durch höhere Hürden beim Zivildienst beeinflusst werden kann. Den Zivildienst zu Gunsten der Armee verschlechtern zu wollen, bringt weder dem Militär noch der Bevölkerung etwas. Die vorgeschlagenen Änderungen führen weder zu mehr noch zu motivierteren Soldaten.

Zurückkommend auf unsere Kritik an der Priorisierung der Armee als sicherheitspolitisches Element, hier das bereits erwähnte Zitat des Bundesrates aus dem begleitenden Bericht zur Revision des ZDG:

„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistende zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interessens der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“

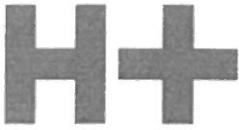
Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Gewichtung strikt ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz wichtiger als die Vorbereitung auf einen unwahrscheinlichen militärischen Ernstfall ist.

Die GSoA erkennt zwar viel Handlungsbedarf in der Ausgestaltung und Weiterentwicklung des Zivildienstes und des Wehrpflichtsystems allgemein, bedauert aber die Richtung, welche die vorliegende Revision einschlägt. Der Zivildienst hat sehr viel mehr Potential als die Armee, um auf die aktuellen Gefahren (soziale Ungleichheit, Klimawandel etc.) präventiv zu reagieren. Die Zulassungen zum Zivildienst zu verschärfen bringt keine Lösung für die Probleme der Armee, und keine Perspektiven für eine moderne, pragmatische und realitätsnahe Sicherheitspolitik.

Wir bitten Sie, sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Amann, sehr geehrte Damen und Herren, unsere Ausführungen bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten und stehen für Fragen oder Anmerkungen selbstverständlich jederzeit gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Magdalena Küng  
Vorstand Gruppe für eine Schweiz ohne Armee  
Magdalena@gsoa.ch  
079 193 90 41



DIE SPITÄLER DER SCHWEIZ  
LES HÔPITAUX DE SUISSE  
GLI OSPEDALI SVIZZERI

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
**Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI**  
Zentralstelle  
Malerweg 6  
3600 Thun

Per E-Mail: [rechtsdienst@zivi.admin.ch](mailto:rechtsdienst@zivi.admin.ch)

Ort, Datum Bern, 4. Oktober 2018  
Ansprechpartner Jürg Winkler

Direktwahl 031 335 11 34  
E-Mail [juerg.winkler@hplus.ch](mailto:juerg.winkler@hplus.ch)

## **Änderung des Bundesgesetzes über den zivilen Ersatzdienst (ZDG) Vernehmlassungsantwort**

Sehr geehrte Damen und Herren

Besten Dank für die Möglichkeit, uns zur Änderung des Bundesgesetzes über den zivilen Ersatzdienst (ZDG) Stellung zu äussern.

**H+ Die Spitäler der Schweiz** ist der nationale Spitzenverband der öffentlichen und privaten Spitäler, Kliniken und Pflegeinstitutionen. Ihm sind 226 Spitäler, Kliniken und Pflegeinstitutionen als Aktivmitglieder an 380 Standorten sowie rund 160 Verbände, Behörden, Institutionen, Firmen und Einzelpersonen als Partnerschaftsmitglieder angeschlossen. H+ repräsentiert Gesundheitsinstitutionen mit rund 200'000 Erwerbstätigen.

Unsere Antwort beruht auf einer Mitgliederumfrage bei all unseren Mitgliedern.

H+ fordert, dass an der heutigen Regelung und dem heutigen Wortlaut des ZDG festgehalten wird.

Spitälern, Kliniken und Pflegeinstitutionen haben sich, angestossen von der Armeereform XXI aus dem Jahr 2004 und den Gesetzesänderungen von 2009 und 2011, an die regelmässigen Einsätze Zivildienstleistender adaptiert. Die Zivildienstleistenden sind ein fester Bestandteil der in Logistik, Küche und Pflege & Betreuung in den Institutionen des schweizerischen Gesundheitswesens geworden und entlasten dort das gelernte und diplomierte Fachpersonal.

Über die beabsichtigte Verschärfung des Bundesgesetzes über den zivilen Ersatzdienst (ZDG) versucht der Gesetzgeber, den Mangel an Militärdienstleistenden durch eine Reduktion der Zivildienstleistenden zu kompensieren. Die Verschiebung der Dienstleistenden ginge zu Lasten derjenigen Betriebe, die seit vielen Jahren zuverlässige Abnehmer der Zivildienstleistenden sind. Die Änderung führte zu Planungsunsicherheit in diesen Institutionen. Organisationen im Gesundheitswesen sind - wie andere Unternehmen auch - auf verlässliche Rahmenbedingungen und Planungssicherheit angewiesen.

Ob die planwirtschaftliche Umverteilung tatsächlich Reformeffekte der Armee XXI korrigieren oder unmotivierte Militärdienstleistende durch Dienstzwang zurückführen wird, ist zu unsicher und aus Optik Planungssicherheit, für unsere Spitäler, Kliniken und Pflegeinstitutionen abzulehnen.

Mit der vorgeschlagenen Gesetzesänderung will der Bundesrat mit Gegensteuer seine Fehleinschätzung betreffend Anzahl der Zivildienstleistenden nach Schaffung des Tatbeweises 2009 und Abschaffung der Gewissensprüfung 2011 korrigieren. Wir befürchten in diesem Zusammenhang eine Rückkehr zur Gewissensprüfung, falls die im Entwurf vorgesehenen Massnahmen zuwenig greifen. Als Dachverband von Gesundheitsbetrieben, die in einem sozialen und liberalen Umfeld aktiv sind, würden wir einer Gewissensprüfung kritisch gegenüberstehen.

Wir fordern den Bundesrat auf, von der beabsichtigten Verschärfung der Gesetzgebung Abstand zu nehmen oder mindestens die verschärfenden Anpassungen wesentlich moderater zu gestalten. Der Bundesrat soll nach anderen Wegen suchen, den benötigten Bestand an Armeeangehörige zu sichern.

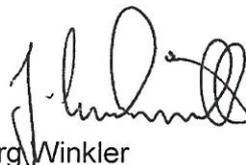
Wenn in der Schweiz der Zivildienst in den letzten Jahren trotz längerer Dienstzeit attraktiver wurde, dann ist dies nicht zuletzt den involvierten Institutionen im Gesundheitswesen zu verdanken. Die Armee könnte den gleichen Weg beschreiten und attraktivere Armeedienste anbieten, um dadurch auch entsprechend mehr motivierte Armeeangehörige zu gewinnen.

Wir danken für die Aufnahme unserer Anliegen und stehen Ihnen bei Rückfragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Anne-Geneviève Bütikofer  
Direktorin



Jürg Winkler  
Fachverantwortlicher Personal- und  
Bildungspolitik



## **STELLUNGNAHME insieme SCHWEIZ**

### **insieme – gemeinsam mit und für Menschen mit geistiger Behinderung**

**insieme** Schweiz setzt sich seit 58 Jahren für die Interessen der Menschen mit geistiger Behinderung und ihrer Angehörigen ein. **insieme** sorgt für gute Rahmenbedingungen, damit die Menschen mit geistiger Behinderung gleichberechtigt und möglichst eigenständig mitten unter uns leben, arbeiten, wohnen und sich entfalten können. **insieme** bietet Weiterbildungs-, Freizeit- und Förderangebote in allen Regionen der Schweiz an, informiert und sensibilisiert die Öffentlichkeit.

### **insieme Schweiz nimmt Stellung zur Änderung des Zivildienstgesetzes (ZDG)**

#### **Grundsätzliches**

Als Dachverband vertritt **insieme** Schweiz rund 50 **insieme**-Regionalvereine, die im ganzen Land begleitete Ferien- und Freizeitangebote für Menschen mit geistiger Behinderung anbieten. Sie sind dafür auf zahlreiche Betreuungspersonen angewiesen. Zivildienstleistende sind dabei für viele Vereine eine wichtige Unterstützung. Für die Personen, die das Angebot nutzen, ist es oft die einzige Chance, in die Ferien zu gehen. **insieme** ist es wichtig, dass auch Menschen mit schwerer oder mehrfacher Behinderung teilnehmen können, die auf einen Rollstuhl oder auf eine Eins-zu-eins-Betreuung angewiesen sind. Das ist nur mit genügend Begleitpersonen möglich. Dafür Freiwillige zu finden, ist zunehmend eine grosse Herausforderung.

Die Möglichkeit, einen Teil der nötigen Rettungsressourcen durch Zivildienstleistungen abzudecken, ist für **insieme** eine grosse Entlastung. Damit die Regionalvereine weiterhin Ferien und Freizeitkurse für Menschen mit geistiger Behinderung anbieten können, brauchen sie auch in Zukunft motivierte, einsatzfreudige und belastbare Zivis.

Darüber hinaus kommen die Leistungen des Zivildienstes in hohem Masse Menschen mit geistiger Behinderung zugute. Jeder zehnte Dienstoff wird in einer Institution für Menschen mit Behinderungen geleistet. Im letzten Jahr waren das rund 195'000 zusätzliche Betreuungstage, die die knappe Betreuungslage in den Institutionen entspannten. Der Einsatz von jungen Männern in diesen Institutionen trägt entscheidend zur Diversität ihres Personals bei.

Und nicht zuletzt: Im Einsatz erfahren die jungen Zivis ganz praktisch, was Behinderung heisst und lernen vor allem Menschen mit Behinderung persönlich kennen. Solche Begegnungen sind wichtig für eine Gesellschaft, die Menschen mit Behinderung einschliesst.

## Beurteilung der vorgeschlagenen Änderung des Zivildienstgesetzes

Der Bundesrat äussert sich im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Als zivilgesellschaftliche Organisation teilt **insieme** Schweiz diese Gewichtung nicht. Auf die Erfüllung wichtiger gesellschaftlicher Aufgaben darf nicht wegen eines angeblich gefährdeten Armeebestandes verzichtet werden. **insieme** Schweiz ist dagegen, dass der wertvolle Beitrag der Zivis zur Begleitung und Förderung von Menschen mit geistiger Behinderung reduziert werden soll.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Der Zivildienst wird herabgewertet und wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Aus Sicht von **insieme** besteht kein Handlungsbedarf, die Hürden zum Zivildienst zu erhöhen. Ein Grund, Dienstpflichtige, die sich im späteren Verlauf ihrer Dienstzeit für den Zivildienst entscheiden, zu benachteiligen, ist nicht ersichtlich.

**insieme** Schweiz lehnt deshalb diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab. **insieme** verzichtet auf detailliertere Stellungnahmen zu den einzelnen Massnahmen, weil diese als Gesamtpaket zu verstehen sind und alle dazu beitragen sollen, den Zivildienst zu schwächen.

### Weitergehende Vorschläge

Die Schweiz hat 2014 die UNO-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderungen (UNO-BRK) ratifiziert. Der Zivildienst hat grosses Potential, die Umsetzung der UNO-BRK zu unterstützen, insbesondere im Bereich der persönlichen Assistenz. Zivis können Assistenzdienste für Menschen mit Behinderungen leisten, wenn der Zivildienst flexibler wird und neue Einsatzformen ermöglicht werden. Dafür muss insbesondere der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen. Die Kompetenz zur Wahl eines persönlichen Assistenz-Zivis muss dabei vollständig bei der Person mit Behinderung bleiben.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit einer Stellungnahme und bitten Sie höflich, diese zu berücksichtigen. Für ergänzende Erläuterungen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Madeleine Flüeler, Zentralpräsidentin



Christa Schönbacher, Geschäftsführerin

**insieme** Schweiz, 22. September 2018

Per E-Mail an:

**Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF**

**rechtsdienst@zivi.admin.ch**

Bern, 20.09.2018

## **Stellungnahme von INSOS Schweiz zur Vernehmlassung: Änderung des Zivildienstgesetzes (ZDG; SR 824.0)**

Sehr geehrte Damen und Herren

Als nationaler Branchenverband vertritt INSOS Schweiz die Interessen von 800 sozialen Institutionen für Menschen mit Behinderung. Rund 60 000 Menschen finden hier Arbeit, eine Tagesstruktur sowie ein Zuhause und erhalten die Möglichkeit, eine Integrationsmassnahme oder eine berufliche Massnahme zu absolvieren. INSOS Schweiz setzt sich dafür ein, dass die sozialen Institutionen über optimale Rahmenbedingungen sowie über genügend und gut ausgebildetes Personal verfügen und die Qualitätsstandards einhalten.

INSOS Schweiz dankt für die Einladung zur Vernehmlassung und nimmt gerne Stellung zur vorgeschlagenen Änderung des Zivildienstgesetzes.

### **Der Zivildienst fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt.**

Junge Männer erhalten während ihrem Zivildienst Einblick in den Gesundheits- und Sozialbereich. Sie schnuppern in Branchen, mit denen sie in ihrem Alltag sonst wenig in Berührung kommen. Im Einsatz erfahren die Zivildienstleistenden (Zivis) ganz konkret, was Behinderung bedeuten kann oder wie z.B. eine Lernschwierigkeit direkten Einfluss auf die Gestaltung alltäglicher Abläufe haben kann.

Mit ihrem Einsatz zeigen die jungen Männer praktische Solidarität mit Menschen mit Behinderung, mit älteren oder kranken Menschen und leisten einen wichtigen persönlichen Beitrag zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Dieser Einblick vermag einige von ihnen zu motivieren, eine Ausbildung in einem Sozial- oder Gesundheitsberuf zu beginnen. Angesichts des Fachkräftebedarfs und der Schwierigkeiten, Männer für Sozial- und Gesundheitsberufe zu gewinnen, kann der Zivildienst eine Brücke zu diesen Branchen schlagen.

## **Ein Wegfall der Zivis trifft direkt die begleiteten und unterstützten Personen.**

Zwei Drittel aller Zivildiensttage werden heute im Gesundheits- und Sozialbereich geleistet. Zivis übernehmen keine Aufgaben, die in den Arbeitsbereich des regulären Personals gehören, doch sie ergänzen mit ihren Einsätzen die Arbeit des Personals. Die Arbeitsleistung der Zivis ermöglicht es, dass Aktivitäten z.B. im Freizeitbereich überhaupt stattfinden können. Bei einem Wegfall der Zivis können Institutionen solche Angebote ohne zusätzliche Ressourcen nur noch eingeschränkt durchführen.

Zivis unterstützen bei ihren Einsätzen in sozialen Institutionen Menschen mit Behinderung bei der Verrichtung alltäglicher Tätigkeiten. Da geht es ganz praktisch ums Handlangen, Assistieren, Mit-Anpacken oder Entlasten: Um die Erleichterung bei Abläufen im Bereich alltäglicher Tätigkeiten oder Freizeitaktivitäten.

Im letzten Jahr wurden für soziale Institutionen 195'000 oder 11% aller Zivildiensttage geleistet. Um einen Abbau von institutionellen Aktivitäten zu verhindern, müsste die öffentliche Hand bereit sein, die Arbeitsleistungen von Zivis durch mehr regulär angestelltes Personal zu ersetzen und dafür zusätzliche Finanzierungsquellen zu erschliessen.

Der Bundesrat hat Anfang Mai in seinem neusten Bericht zur Behindertenpolitik in Anlehnung an die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) als übergeordnetes Ziel der Behindertenpolitik die volle, autonome und gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben formuliert.

Behindertenpolitik dürfe laut Bundesrat nicht länger ausschliesslich als Teil der Sozialpolitik verstanden, sondern müsse als eine gesamtgesellschaftliche und themenübergreifende Querschnittsaufgabe verstanden werden. Für eine Gesellschaft, an welcher Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt teilhaben, brauche es das Engagement aller.

Ein Wegfall von Zivis resp. eine Verschärfung der Regelungen für Zivis wäre aus diesem Blickwinkel aber auch für unsere Branche bedauerlich und nicht zukunftsorientiert.

## **Der Zivildienst als erfolgreiches Pflichtdienst-Modell wird in Frage gestellt**

Die seit 2010 verdoppelten Zivildiensttage dürfen durchaus als Beleg dafür genommen werden, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form gut funktioniert und Zivis, sinnstiftende Tätigkeiten im Dienst der Gesellschaft oder der Umwelt anbietet.

Im Begleitschreiben zur Vernehmlassung tönt der Bundesrat an, welche Beweggründe hinter dem Vorschlag zur Änderung des Zivildienstgesetzes stehen. Den Ausführungen nach geht es darum, «drei problematischen Phänomenen entgegenzuwirken, die zur Gefährdung der Armeebestände beitragen: Jenem der hohen und stetig zunehmenden Zahl der Zulassungen an sich, jenem der hohen Zahl von Armeeangehörigen, die nach bestandener Rekrutenschule aus Formationen der Armee zum Zivildienst abgehen, und jenem des Wechsels von Fachspezialistinnen und Fachspezialisten sowie Kadern der Armee zum Zivildienst.»

Diese Vorgehensweise erstaunt. Es stellt sich die Frage, ob die eingeschlagene Strategie zur Behebung der Schwierigkeiten im Armeebestand zielführend ist. Unter Umständen sind die Gründe für die beschriebene Gefährdung der Armeebestände nicht einseitig ausserhalb der Armee zu suchen. Es könnte sich lohnen, den Blick etwas mehr nach innen zu richten.

Sicherlich ist es begrüssenswert, alle Optionen zu überprüfen, insbesondere auch die Frage, weshalb sich Dienstpflichtige zunehmend für Belange der Zivil-Gesellschaft und der Umwelt einsetzen wollen. Ob die angestrebte Änderung des Zivildienstgesetzes und die damit beabsichtigte Senkung der Quote bei den Zivis zu einer Steigerung der Militärdienstleistenden führen wird, ist zumindest fraglich.

Losgelöst von der politischen Frage, ob mehr Armeedienst oder Zivildienst zu leisten ist, wirken sich Änderungen bei den Zivildienst-Angeboten direkt auf die Vielfalt der offerierten Aktivitäten der sozialen Institutionen aus. Eine Verschärfung der Regelungen für Zivis wäre für den institutionellen Bereich deshalb problematisch.

**INSOS Schweiz lehnt aus den geschilderten Beweggründen die Änderung des Zivildienstgesetzes ab.** Die beschriebenen Detail-Massnahmen zielen im Sinne eines Gesamtpakets einseitig darauf ab, die Attraktivität des Zivildienstes zu schmälern und die Hürden für den Zugang zum Zivildienst zu erhöhen. Eine materielle Behandlung der zur Disposition stehenden Massnahmen erachten wir aus diesem Grund als nicht opportun.

INSOS Schweiz dankt im Voraus für die gebührende Berücksichtigung der vorgebrachten Überlegungen.

Freundliche Grüsse

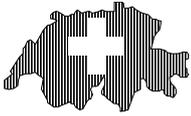


**Peter Saxenhofer**  
Geschäftsführer  
INSOS Schweiz



**Tschoff Löw**  
Bereich Politik  
INSOS Schweiz

INSOS Schweiz | 20.09.2018



**Herr  
Christian Richterich  
Leiter Rechtsdienst  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Malerweg 6  
3600 Thun**

E-Mail: [rechtsdienst@zivi.admin.ch](mailto:rechtsdienst@zivi.admin.ch)

Sissach, 11. Oktober 2018

### **Vernehmlassung zur Änderung des Zivildienstgesetzes**

Sehr geehrte Herr Richterich

Die Landeskonferenz der militärischen Dachverbände (LKMD) bedankt sich für die Möglichkeit, im Rahmen der titelerwähnten Vernehmlassung, eine Stellungnahme einreichen zu dürfen.

Die LKMD vertritt und repräsentiert aktuell 29 gesamtschweizerisch organisierte militärische Dachverbände mit rund 100 000 Mitgliedern. Es ist uns daher Anliegen und Verpflichtung zugleich, unsere Ansichten, Wünsche und Forderungen gebührend und sachbezogen einzubringen.

Unsere Überzeugung und unser Einsatz gelten einer unabhängigen, selbständigen Schweiz, mit einer eigenen Armee, eine moderne, starke, vollausgerüstete und im Volk verankerte Milizarmee.

Damit diese Akzeptanz glaubwürdig verankert werden kann, benötigt es unabdingbar eine klare Sicherstellung des Armeebestandes von 100 000 AdA, Effektivbestand 140 000 AdA, damit unsere Armee ihrem Auftrag gerecht werden kann.

Unsere Milizarmee, die allgemeine Wehrpflicht und die WEA wurden durch das Volk und die Kantone in Abstimmungen klar bestätigt.

Die Schwierigkeiten bei der Alimentierung und Sicherstellung der Truppenbestände basieren auf einem massgebenden Teil auf der heutigen faktisch gelebten Wahlfreiheit zwischen Militärdienst und Zivildienst.

All dies wurde schon öfters ein- und vorgebracht. Deshalb verzichten wir hier auf eine Wiederholung dieser hinlänglich bekannten Argumenten und Begründungen.

Mit Blick auf eine sehr wechselhafte Vergangenheit in der Sicherheitspolitik seitens des Bundesrates und des Parlamentes, können wir uns des Eindrucks aber nicht erwehren, dass statt einer stringenten Führung auf Basis der vorhandenen politischen Mittel, stets ein politischer, gutschweizerischer Kompromiss, *laissez faire*, gesucht wird, um einer Auseinandersetzung auszuweichen.

In diesem Sinne erachten wir nun die in der Gesetzesänderung vorgeschlagenen sieben Massnahmen als richtig und zielführend.

Die Massnahmen sollen primär den Wechsel in den Zivildienst während und nach bestandener Rekrutenschule erschweren und die Attraktivität senken, Verfall oder Rückerstattung von allfälligen Ausbildungsgutachten, Einschränkung der Einsatzbereiche (Ausland, Entwicklungshilfe).



Hierzu folgende Anfügungen:

- Ein Antrag auf Zivildienst soll nur bis vor Antritt der Rekrutenschule gestellt werden können.
- Dass der Zivildienst ein Ersatzdienst für den Militärdienst aus Gewissensgründen ist, gilt es gebührend Rechnung zu tragen. Persönliche, berufliche oder individuelle Bedürfnisse sind keine Parameter; Tatbeweis versus persönlichem Opportunismus.
- Alle vorgeschlagenen und insbesondere eingeführten Massnahmen sollen systematisch und periodisch auf ihre Wirksamkeit überprüft und dementsprechend Korrekturen rasch eingeleitet werden.
- Selbstverständlich gilt es auch in der Armee geeignete Massnahmen zu ergreifen, insbesondere eine gelebte fehlertolerante Kultur, Vertrauen und Freiräume in der Führung, Abbau von Schikanen, organisatorische Unzulänglichkeiten, Sturheit sowie Kollektivstrafen.

Nicht unerwähnt sei unsere klare Überzeugung, dass dringend Handlungsbedarf angezeigt ist und Massnahmen so rasch als möglich umgesetzt werden müssen.

Im Weiteren mussten wir feststellen, dass viele Betroffene, speziell in den Schul- und Gesundheitsbetrieben, nicht genügend oder sogar falsch über den Zivildienst informiert wurden. Auch kommt es im Zivildienst zu Überforderungen, speziell in der Alterspflege.

Wir danken Ihnen nochmals für die Möglichkeit unsere Haltung einbringen zu können, und stehen selbstverständlich auch weiterhin zur Verfügung.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Richterich, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Mit freundlichen Grüssen

**Landeskonferenz der  
militärischen Dachverbände**

Der Präsident

Oberst Max Rechsteiner



Vereinigung ehemaliger und eingeteilter Angehöriger der Schweizer Armee

Postfach 369, 3000 Bern 14

Herr Christian Richterich  
Leiter Rechtsdienst Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Malerweg 6  
3600 Thun Botschafter

Bern, 5. Oktober 2018

## **Vernehmlassungsantwort zur Änderung des Zivildienstgesetzes**

Sehr geehrter Herr Richterich

Wir danken Ihnen für die Einladung, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilnehmen zu dürfen.

Pro Militia ist eine Vereinigung ehemaliger und eingeteilter Angehöriger der Schweizer Armee sowie von Bürgerinnen und Bürgern, die im Sinne von Artikel 6 der Bundesverfassung zur «Bewältigung der Aufgaben in Staat und Gesellschaft» beitragen. Sie alle setzen sich ein für die Äussere und die Innere Sicherheit unseres Landes und daher für eine verfassungsmässige, bedrohungsgerechte, glaubwürdige und entsprechend finanzierte Milizarmee. Die periodische Herausgabe der gleichnamigen, dreisprachigen und unabhängigen Zeitung dient sowohl der Information der Mitglieder wie auch der Kommunikation nach aussen.

Die Weiterentwicklung der Armee (WEA), wird zurzeit umgesetzt. Bereits jetzt ist klar: Schieben Bundesrat und Parlament der faktischen Wahlfreiheit im Zivildienst nicht rasch den Riegel, wird die jüngste Armee reform an den fehlenden Bestandszahlen der Armee scheitern.

Die Mehrheit des Bundesrats hat offenbar eingesehen, dass die Zustände im Zivildienst derart unhaltbar geworden sind, dass zwingend etwas gegen die Auswüchse unternommen werden muss. Der Bundesrat will nun die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst mit der Änderung des Zivildienstgesetzes ändern. «Damit soll ein Beitrag zur nachhaltigen Sicherstellung der personellen Alimentierung der Armee geleistet werden», heisst es in einer entsprechenden Mitteilung des Bundesrats vom 15. November 2017.

Auch wenn die Absichten des Bundesrates in die richtige Richtung weisen, so kommen sie doch zu spät und gehen nicht genügend weit. Es sei hier noch einmal in aller Klarheit festgehalten: Das

Schweizer Volk stimmte 1992 einem Zivildienstgesetz unter der Bedingung zu, dass vorab eine Gewissensprüfung erfolgen müsse. Nach der Abschaffung der Gewissensprüfung durch das wohlgernekt mehrheitlich bürgerliche Parlament im Jahre 2009, besteht heute für Wehrpflichtige de facto die freie Wahl zwischen Militär- und Zivildienst. Dies ist eine klare Verletzung des Zivildienstgesetzes! Damit hat sich der Zivildienst seit seiner Einführung vor 25 Jahren zu einem wahren Pferdefuss für die Sicherheit unseres Landes entwickelt.

Ein Vorstoss von Pro Militia-Mitglied und a. Nationalrat Edy Engelberger (FDP/NW), diesen unhaltbaren Zustand wieder abzuschaffen, hatte keinen Erfolg. Engelberger hatte verlangt, dass ein Zugang zum Zivildienst nur vor der Rekrutenschule erfolgen könne. Mit dieser ebenso einfachen wie effektiven Massnahme hätte das zunehmend grössere Problem der Abschleicher wirksam bekämpft werden können. Im Jahre 2016 stammten bereits 40% der Zivildienstgesuche von Wehrmännern, die die Rekrutenschule bereits absolviert hatten und tendenziell nimmt dies weiter zu. Es ist offensichtlich, dass hier nicht mehr Gewissensgründe für den Zivildienst zu Grunde liegen, sondern gewisse Gründe wie Egoismus oder Bequemlichkeit.

**Pro Militia unterstützt die Stossrichtung vorgeschlagenen Massnahmen mit dem Ziel, die Alimentierung der Armee nachhaltig zu sichern und hierfür die Attraktivität des Zivildienstes zu mindern. Jedoch müssen die Massnahmen auf ihre Wirksamkeit überprüft und gegebenenfalls verschärft werden.**

**Der Wechsel in den Zivildienst soll nur noch vor Beginn der Rekrutenschule möglich sein, wobei die Gewissensprüfung anstelle des Tatbeweises wiedereingeführt werden soll.**

**Sollten diese Massnahmen nicht umgesetzt werden, ist die Verordnung über die Ausbildungsgutschrift für Milizkader der Armee dahingehend anzupassen, dass bereits bezogene Ausbildungsbeiträge an höhere Kader vollständig zurückgezahlt werden müssen.**

Für den Vorstand der Pro Militia



Major aD Theo Biedermann

Co-Präsident Pro Militia

Eidg. Dep. für Wirtschaft, Bildung  
und Forschung WBF  
Vollzugsstelle Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Per E-Mail an:  
rechtsdienst@zivi.admin.ch

Basel, 10. Oktober 2018  
Telefon direkt 061 317 92 22  
stella.jegher@pronatura.ch

**Vernehmlassungsverfahren:  
Änderungen des Zivildienstgesetzes (ZDG; SR 824.0)  
Stellungnahme von Pro Natura**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Johann Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Teilnahme an der o.g. Vernehmlassung danken wir Ihnen bestens und nehmen gerne die Gelegenheit wahr, kurz Stellung zu nehmen zur vorgesehenen Gesetzesänderung, von denen auch unser Verband und unser Tätigkeitsbereich betroffen sein wird.

Als älteste Naturschutzorganisation der Schweiz ist Pro Natura heute mit 23 kantonalen Sektionen in der ganzen Schweiz vertreten. Gemeinsam mit ihnen betreuen wir rund 700 Naturschutzgebiete und führen ein Dutzend Naturschutzzentren. Mit über 140'000 Mitgliedern und rund 25'000 treuen Gönnerinnen und Gönnern wissen wir uns von einer starken Basis getragen.

**Bezug von Pro Natura zur Vorlage**

Zu den Stützen unserer Arbeit gehören in der ganzen Schweiz auch Zivildienstleistende: Gegenwärtig verfügen wir in unseren Sektionen und in den Naturschutzzentren Aletsch (VS) und Champ-Pittet (VD) über 75 anerkannte Zivildienstplätze im Bereich Umwelt und Naturschutz, Landschaftspflege und Wald. Pro Jahr werden zwischen 100 und 135 Einsätze geleistet – Einsätze, die für uns von grosser Bedeutung sind, um unseren Aufgaben in der



Schutzgebietspflege, bei Landschafts- und Feldarbeiten, aber auch in der Umweltbildung nachkommen zu können.

**Den vorliegenden Änderungsvorschlag des Zivildienstgesetzes, dessen erklärtes Ziel es ist, eine substantielle Senkung der Anzahl Zulassungen zum Zivildienst zu erwirken, lehnen wir aus den nachfolgenden Gründen klar und vollumfänglich ab.**

### **Begründung unserer Ablehnung**

Die vorgeschlagene Änderung des ZDG stellt den Wert des Zivildienstes als gesellschaftlich wichtige Institution und seine künftigen Bestände grundsätzlich infrage. Sie führt ausserdem zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie der Schweizerische Zivildienstverband CIVIVA in einem Rechtsgutachten darlegt.<sup>1</sup>

Mit einer prognostizierten künftigen Gefährdung des Sollbestandes der Armee werden Massnahmen für einen drastischen Einschnitt in die Rekrutierungsbasis des Zivildienstes begründet, ohne dass nachgewiesen werden könnte, dass diese Massnahmen auch tatsächlich zu einer Verbesserung der Situation bei der Armee führen würden. Im Erläuternden Bericht selbst ist zu lesen, dass der Zivildienst höchstens *einer* der Faktoren ist, die Auswirkungen auf den Armeebestand haben<sup>2</sup>, und dass «die Auswirkungen der Änderung des ZDG auf die Armeebestände in quantitativer Hinsicht nicht genau prognostizierbar» sind<sup>3</sup>. Diese Argumentationsbasis für eine so drastische Schwächung des Zivildienstes scheint uns überaus dürftig.

Vor diesem Hintergrund wiegt für uns auch die Aussage in Abs. 3.3 des Erläuternden Berichts schwer, wonach "Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen werden". Diese Auswirkung betrifft auch Bereiche wie die unseren im Natur- und Umweltschutz. Die in einem einzigen Satz abgehandelte Feststellung, dass dies "im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen" sei (eine Wirkung, welche wie oben dargelegt rein spekulativ ist), ist für uns nicht akzeptabel. Die Interessen des Natur- und Umweltschutzes sind als denjenigen der Armee gleichwertige nationale Interessen zu betrachten. Dies umso mehr wenn man weiss, dass die frühzeitige Erkennung und rechtzeitige Bewältigung von Umweltproblemen auch für die öffentliche Sicherheit und das Zusammenleben in unserem Land in Zukunft eine wachsende Rolle spielen werden.

Zivildienstleistende sind junge Menschen, die sich um die Bedrohungen unserer Um- und Mitwelt Sorgen machen und bereit sind, mit persönlichem Einsatz etwas dagegen zu tun. Massnahmen, welche die Attraktivität des Zivildienstes weiter vermindern und Menschen davon abhalten wollen, einen Zivildiensteinsatz zu wählen, hätten deshalb nicht nur Auswirkungen auf die Einsatzbereiche und damit auch auf die Bewältigung von wichtigen Arbeiten für Natur und Umwelt. Sie hätten auch Auswirkungen auf die Möglichkeit, junge

<sup>1</sup> Vgl. Stellungnahme CIVIVA zum vorliegenden Gesetz

<sup>2</sup> Vgl. Erläuternder Bericht, Abs. 1.1.2.

<sup>3</sup> Ebenda, Abs. 3.1.3.



Menschen für die Probleme in Natur und Umwelt zu sensibilisieren und sie zu motivieren, auch über den Zivildienst hinaus, sich dafür aktiv einzusetzen.

Auf die geplanten sieben Massnahmen im Einzelnen möchten wir nicht im Detail eingehen. Im Sinne eigener Vorschläge für eine mögliche Änderung des ZDG möchten wir uns jedoch CIVIVA anschliessen und folgende Massnahmen anregen, um den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln:

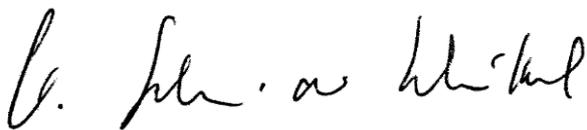
### **Eigene Vorschläge**

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.
- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

Wir hoffen, dass unsere Anmerkungen und Anregungen in die weitere Bearbeitung der Vorlage Eingang finden, und danken Ihnen nochmals für die Möglichkeit zur Mitwirkung.

Mit freundlichen Grüssen

Pro Natura



Ursula Schneider Schüttel  
Präsidentin



Dr. Urs Leugger-Eggimann  
Zentralsekretär  
i.V.: Stella Jegher  
Abteilungsleiterin Politik und Internationales





Herr Bundesrat  
Johann Schneider-Ammann  
Vorsteher des Eidg. Departementes für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Bundeshaus Ost, 3003 Bern  
rechtsdienst@zivi.admin.ch

13. August 2018

## **Änderung des Zivildienstgesetzes ZDG**

Stellungnahme zum Entwurf vom 20. Juni 2018

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 20. Juni 2018 baten Sie uns um Stellungnahme zum titelerwähnten Entwurf. Dafür danken wir Ihnen und äussern uns wie folgt:

### **Unterstützung**

Die Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz und Feuerwehr (RK MZF) unterstützt den vorliegenden Entwurf der Gesetzesänderung, weil die vorgeschlagenen Massnahmen kurzfristig dazu beitragen könnten, die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst zu senken.<sup>1</sup>

### **Massnahmen im Entwurf**

- 1.) Mindestanzahl von 150 Diensttagen: Durch diese Massnahme nimmt die Belastung des Zivildienstleistenden (Zivi) zu. Dadurch dürfte die Attraktivität des Zivildienstes zumindest teilweise abnehmen. Die Abgänge ausgebildeter Angehöriger der Armee (AdA) in den Zivildienst dürften nach Inkrafttreten des Gesetzes zurückgehen. Tatsächlich ist aber die präzise quantitative Auswirkung dieser Massnahme völlig offen.
- 2.) Wartefrist von 12 Monaten: Die Armee kann während dieser Frist individuelle Massnahmen prüfen und umsetzen. Diese Massnahmen sollen dem betroffenen AdA ermöglichen, weiterhin Militärdienst zu leisten. Damit ist jedoch ein beträchtlicher Aufwand für die Armee verbunden, und auch hier kann die Wirkung zum jetzigen Zeitpunkt nicht wirklich beurteilt werden.
- 3.) Faktor 1,5 für Kader: Die bisher geltende Differenzierung des Faktors zugunsten der Kader dürfte zur Einreichung zahlreicher Zivildienstgesuche beigetragen haben. Die neue Massnahme könnte zu einer Reduktion der Abgänge von militärischen Kadern in den Zivildienst führen.
- 4.) Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten: Damit könnten die Abgänge von Mediziner in den Zivildienst reduziert werden. Es ist allerdings völlig offen, ob ein Mediziner

---

<sup>1</sup> Kurzfristig (2020-2022): Das revidierte ZDG tritt frühestens ab Mitte 2020 in Kraft. Mit Auswirkungen ist frühestens ab diesem Zeitpunkt zu rechnen.



nicht doch diejenige Option wählt, bei der er Zeitpunkt und Ort seiner Dienstleistung selber bestimmen kann.

Massnahmen 5.) bis 7.): Diese drei Massnahmen bezwecken die verstärkte Beachtung des Grundsatzes der Gleichwertigkeit von Militärdienst und Zivildienst. Aus unserer Sicht sind sie jedoch nicht geeignet, die Attraktivität des Zivildienstes zu senken.

### **Empfehlung weiterer Massnahmen**

Die RK MZF geht nicht davon aus, dass die im Entwurf vorgesehenen Massnahmen zu einer substantiellen und nachhaltigen Senkung der Zulassungen zum Zivildienst führen. Auch werden die Massnahmen kaum eine wesentliche Verminderung der Attraktivität des Zivildienstes bewirken. Allerdings geht es der RK MZF keineswegs darum, die verfassungsmässig garantierte Möglichkeit zum Leisten eines Ersatzdienstes aus Gewissensgründen zu unterbinden. Die RK MZF will auch nicht die einzelnen sicherheitspolitischen Instrumente im Sicherheitsverbund Schweiz (SVS) gegeneinander ausspielen. Der RK MZF geht es darum, die Schweiz und ihre Bevölkerung vor Bedrohungen und Gefahren optimal zu schützen. Aus diesem Grund schlagen wir weitere Massnahmen vor, die im neuen ZDG sowie flankierend dazu berücksichtigt werden sollen.

1. Eine zeitgemässe mündliche Motivationsabklärung im Zusammenhang mit dem Zivildienstgesuch ist im Rahmen der Rekrutierung durchzuführen. Flankierend dazu sollen an den Oberstufen Themen der Schweizer Sicherheitspolitik unterrichtet werden.

*Begründung: Mit der Abschaffung der Gewissensprüfung im Jahr 2009 ist die psychologische Hürde der persönlichen Befragung weggefallen. Gemäss Vorlage soll auch künftig Zivildienst leisten können, wer den Militärdienst mit seinem Gewissen nicht vereinbaren kann. Zur Feststellung dieser Motivation genügt heute das Einreichen eines ausgefüllten Formulars auf elektronischem Weg.<sup>2</sup> Darüber hinaus hat der Zivi als "Tatbeweis" einen Ersatzdienst zu leisten, der länger dauert als der Militärdienst. Ob es sich um eine Gewissensfrage oder nicht doch eher um die Optimierung des individuellen Lebensweges handelt, wird heute nicht nachgeprüft. Der Militärdiensttaugliche hat die faktische Wahlfreiheit zwischen Militärdienst und Zivildienst. Die im vorliegenden Gesetzesentwurf aufgeführten Massnahmen ändern an dieser Situation grundsätzlich nichts. Die Anzahl der Zulassungsgesuche zum Zivildienst belegt, dessen grosse Attraktivität. Dies dürfte auch am eher geringen Kenntnisstand der jungen Schweizer Bevölkerung über die Instrumente der Schweizer Sicherheitspolitik liegen. Diese Wissenslücken sind an den Schulen zu füllen. Weil die Bildungshöhe auf dieser Schulstufe Sache der Kantone ist, sollte der Bund entsprechende Empfehlungen in den zukünftigen Lehrplänen zuhanden der Konferenz der Kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren (EDK) formulieren. Ferner kann der Bund entsprechende Mittel, insbesondere Fachpersonen aus dem Bereich Sicherheit für Lektionen zur Sicherheitspolitik, an den Oberstufen zur Verfügung stellen.*

<sup>2</sup> Prozess: 1.) auf E-Zivi registrieren, 2.) Anmelden, Angaben vervollständigen und Gesuch stellen, 3.) Einführungstag besuchen, 4.) Gesuch bestätigen, 5.) Zulassung erhalten, 6.) Dienst leisten.



2. Ein Zulassungsgesuch zum Zivildienst soll nur zwischen der Rekrutierung und vor der Rekrutenschule gestellt werden können.

*Begründung: Mit dieser Massnahme erhält die Armee bezüglich ihrer Bestände die nötige Planungssicherheit. Die beträchtlichen finanziellen und personellen Investitionen in die Ausbildung eines einzelnen AdA werden durch dessen Abgang in den Zivildienst nach der Rekrutenschule nicht mehr vergeblich gewesen sein.*

*Für uns ist schwierig nachvollziehbar, weshalb der Bundesrat solche nachhaltig wirksamen Massnahmen als "untauglich verworfen" hat.<sup>3</sup> Aus Sicht der RK MZF sind dadurch die Erkenntnisse aus der Revision der Zivildienstverordnung im Jahre 2011, die mittelfristig wirkungslos blieb, nicht ausreichend berücksichtigt worden. Mit dem vorliegenden Änderungsentwurf wird die Einführung langfristig wirksamer Massnahmen auf Jahre hinaus verzögert.*

3. Militärdienstpflichtige, die zu einem Assistenz- oder Aktivdienst aufgeboten sind, sollen kein Gesuch um Zulassung zum Zivildienst mehr stellen können.<sup>4</sup>

*Begründung: Der RK MZF ist daran gelegen, dass die Armee über ausreichende Bestände verfügt. Als strategische Reserve des Bundes dient sie neben der Landesverteidigung auch der Unterstützung der zivilen Behörden, bei der Abwehr schwerwiegender Bedrohungen der inneren Sicherheit und bei der Bewältigung anderer ausserordentlicher Lagen z. B. der Bewältigung von Katastrophen und Notlagen. Ausgerechnet in diesen Fällen soll aber ein vollständig ausgebildeter Militärdienstpflichtiger beim Aufgebot doch noch ein Zivildienstgesuch stellen können.<sup>5</sup> Dies ist aus unserer Sicht nicht zulässig.*

4. Ein AdA mit Kader- oder Spezialausbildung hat sich für die vollständige Ableistung seiner Militärdienstpflicht zu verpflichten.<sup>6</sup>

*Begründung: Die Ausbildung eines einzelnen AdA kann mit grossen finanziellen und personellen Investitionen verbunden sein. Durch den Abgang eines Kadernitglieds oder eines Spezialisten in den Zivildienst werden diese Aufwendungen überflüssig. Die Armee soll Modelle erarbeiten, die einen solchen AdA verpflichten, seine Militärdienstpflicht grundsätzlich vollständig abzuleisten. Optionen wie die Rückzahlung von Ausbildungsaufwendungen sind bis Ende 2019 zu prüfen.*

5. Die Möglichkeit, dass Zivis ihren Dienst im Ausland absolvieren, ist abzuschaffen.

*Begründung: Die Dienstleistung im Ausland stellt eine unnötige Attraktivitätssteigerung des Zivildienstes dar. Darüber hinaus widerspricht sie dem mit den Massnahmen 5 bis 7 im vorliegenden Gesetzesentwurf beabsichtigten Versuch, dem Grundsatz der Gleichwertigkeit der Dienstleistung in Armee und Zivildienst bessere Nachachtung zu verschaffen. Ein*

<sup>3</sup> Erläuternder Bericht zur Änderung des Zivildienstgesetzes vom 20. Juni 2018, S. 6.

<sup>4</sup> Wird bei Umsetzung der Empfehlung 2 obsolet.

<sup>5</sup> Art 1 Abs 2: "Wer die Gesamtdauer der Ausbildungsdienste vollständig absolviert hat, kann zum Zivildienst zugelassen werden, sofern ein Aufgebot zu einem Assistenz- oder Aktivdienst besteht". Art 16 Abs 2: " Militärdienstpflichtige, welche die Gesamtdauer der Ausbildungsdienste vollständig absolviert haben, können nur dann ein Gesuch um Zulassung einreichen, wenn sie zu einem Assistenz- oder Aktivdienst aufgeboten sind."

<sup>6</sup> Wird bei Umsetzung der Empfehlung 2 obsolet.



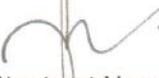
*AdA kann seine Militärdienstpflicht auch nicht im Rahmen eines Auslandseinsatzes absolvieren.*

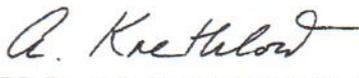
6. Zur langfristigen und nachhaltigen Lösung der Bestandesprobleme in Armee, Zivilschutz und Zivildienst ist das im Bericht der Studiengruppe Dienstpflichtsystem aufgeführte Modell der "Sicherheitsdienstpflicht" vertieft zu prüfen.

*Begründung: Die grosse Anzahl der Zulassungen zum Zivildienst wirkt sich nicht nur auf die Armee, sondern auch auf den Zivilschutz aus. So melden sich heute Personen, die früher aufgrund von Problemen in der Rekrutenschule aus dem Militärdienst ausschieden und dann schutzdiensttauglich wurden, heute oft beim Zivildienst.<sup>7</sup> Zudem führen die Massnahmen, welche die Armee zur Reduzierung von Abgängen unternimmt, zu einem Bestandesrückgang im Zivilschutz.<sup>8</sup> Diese Massnahmen sind insbesondere auf die Abgänge in den Zivildienst zurückzuführen. Die im Modell "Sicherheitsdienstpflicht" dargestellte Zusammenführung von Zivilschutz und Zivildienst und die Schaffung einer neuen Organisation (z.B. "Katastrophenschutz") dürfte das heutige System vereinfachen und Bestandesprobleme lösen.*

Mit freundlichen Grüssen

**Regierungskonferenz  
Militär, Zivilschutz und Feuerwehr**

  
Staatsrat Norman Gobbi  
Präsident RK MZF

  
PD Dr. phil. Alexander Krethlow  
Generalsekretär RK MZF

<sup>7</sup> Vgl. dazu: BABS, Rekrutierung und Bestände Zivilschutz, Faktenblatt, KdA I-2018, 26.-27.3.2018.

<sup>8</sup> Massnahmen der Armee: progressive Leistungssteigerung in der Rekrutenschule, differenzierte Tauglichkeit, Anpassung der Anforderungsprofile.

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Bundeshaus Ost  
3003 Bern

*Eingereicht per email:  
rechtsdienst@zivi.admin.ch*

Bern, 10. Oktober 2018 / LME

## **Stellungnahme der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände SAJV zur Änderung des Zivildienstgesetzes**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Scheider-Ammann,  
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV) bedankt sich für die Einladung, im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zur Änderung des Zivildienstgesetzes (ZDG) Stellung zu nehmen.

### **Einleitung und grundsätzliche Beurteilung**

Die SAJV als Dachorganisation von rund 55 Jugendorganisationen und als Sprachrohr der Jugend setzt sich gemeinsam mit ihren Mitgliedsorganisationen für Chancengerechtigkeit, Teilnahme und Unabhängigkeit von Kindern und Jugendlichen in allen Lebensbereichen ein. Ein prioritäres Anliegen ist der SAJV die gesellschaftliche Teilhabe von Kindern und Jugendlichen und damit die Stärkung der Zivilgesellschaft. Wir engagieren uns für die Stärkung der Freiwilligenarbeit und für die Schaffung adäquater Partizipationsmöglichkeiten für verschiedene Alters- und Bedarfsgruppen junger Menschen. Die SAJV vertritt demzufolge die Anliegen eines Grossteils der Menschen, die Zivildienst leisten und in Zukunft leisten möchten.

Darüber hinaus ist die SAJV Einsatzbetrieb für Zivildienstleistende. Diese unterstützen den Verband gegenwärtig im Rahmen der Jugendsession und der Aktion 72h und somit auch als Ganzes. Die in der SAJV durchgeführten Zivildiensteinsätze ermöglichen durch die gute Betreuungssituation und die abwechslungsreichen Tätigkeiten die Förderung der Zivildienstleistenden.

**Die SAJV lehnt sowohl die die Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.**



## Allgemeine Kritik der Vorlage

Die SAJV betont, dass der Zivildienst einen wichtigen Dienst an der Gesellschaft darstellt und für die Bedürfnisse einer funktionierenden Zivilgesellschaft in der Schweiz essentiell ist. Die vorgesehene Änderung des Zivildienstgesetzes würde die Arbeit der Einsatzbetriebe beeinträchtigen und die Zivilgesellschaft schwächen. Neben der Beeinträchtigung für Einsatzbetriebe möchte die SAJV insbesondere darauf hinweisen, dass junge Menschen in ihrer freien und informierten Wahl, ob sie ihre Dienstage lieber im Zivildienst ableisten möchten, nicht weiter eingeschränkt werden dürfen. Zuletzt halten wir den Versuch, die Verbindung einer Schwächung des Zivildienstes zwecks der Stärkung der Armee herzustellen, für nicht zielführend. Während sich die SAJV nicht zum Militärdienst äussern möchte, betonen wir, dass eine sinnvolle Reform des Zivildienstes an dessen eigener Verbesserung orientiert sein müsste, anstatt im Dienste des Militärs zu stehen. Es ist höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten. Dass zu einem späteren Zeitpunkt der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, stellt einen Verstoß gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Die SAJV möchte darauf hinweisen, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen, handelt. Jeder Entscheid, ein Zivildienstgesuch einzureichen, ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen nicht Rechnung getragen. Falls die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst, wie in der Gesetzesänderung vorgesehen, erhöht werden, gibt es für Dienstpflichtige verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen: Während die neuen Bedingungen unter Umständen akzeptiert werden, kann es auch dazu kommen, dass das Zivildienstgesuch früher eingereicht wird, dass statt einem Zivildienstgesuch ein Attest der Dienstuntauglichkeit beigebracht wird oder dass der Dienstpflichtige seine Dienstage unter minimalem Einsatz in der Armee beendet. Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee, die aussteigen wollen, plötzlich wieder motiviert sind, weil ihnen der Ausstieg erschwert wird.

Die SAJV bittet darum, sich bei allfälligen Änderungen des Zivildienstgesetzes auf dessen eigentlichen Gegenstand, den Zivildienst, zu konzentrieren. Diese gut funktionierende und effiziente Dienstform kann konstruktiv weiterentwickelt werden, beispielsweise im Sinne einer Flexibilisierung der Einsatzformen, einer Erweiterung der Schwerpunktprogramme auf weitere Einsatzgebiete und eines Ausbaus der Ausbildung der Zivildienstleistenden gemäss der Bedürfnisse der Einsatzbetriebe.



## Spezifische Kritik der einzelnen Massnahmen

### ***Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen***

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann später ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer beispielsweise, statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten, ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Der somit mögliche Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

### ***Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten***

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1), da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA, welche bereits mehr Dienstage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst können unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen. Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen.

### ***Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere***

Die SAJV geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden, tieferen Dienstage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Dienstage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

### ***Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten***

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welche ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem

# {SAJV} {CSAJ}

Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

## ***Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen***

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht der SAJV besteht vielmehr Handlungsbedarf darin, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Wenn Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten könnten, würden auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) übrig bleiben, welche von dieser Massnahme betroffen wären. Die SAJV ist der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

## ***Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung***

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Die SAJV sieht keine Veranlassung für die vorgesehene Vollzugsänderung, weil Zivildiensttage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade Einsatzstellen, welche eine hohe Qualifikation verlangen, geben eine Mindestdauer von mehreren Monaten vor. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Diensttage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.

## ***Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen***

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa ein Jahr Zeit hätten, um sechs Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen - geschweige denn der Familienpflichten - geht.



### Zusammenfassung und Schlussfolgerung

Die SAJV bedauert es, dass wegen angeblicher oder tatsächlicher Defizite der Armee Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst ergriffen werden sollen. Damit werden die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft gestellt. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Zivilgesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz höchst wichtig ist – insbesondere wenn man die Spezifik unseres Staatwesens betrachtet, welches im internationalen Vergleich stark auf demokratischer Beteiligung und freiwilligem Engagement beruht.

Wir danken Ihnen für die wohlwollende Berücksichtigung unserer Anliegen und stehen für Fragen jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen,

Andreas Tschöpe

Geschäftsleiter SAJV

Lea Meister

Bereichsleiterin Politik SAJV

Département fédéral de l'économie,  
de la formation et de la recherche DEFR  
M. le Conseiller fédéral Johann N. Schneider-Ammann  
Palais fédéral est  
3003 Berne

Par courriel à [rechtsdienst@zivi.admin.ch](mailto:rechtsdienst@zivi.admin.ch)

Berne, le 5 octobre 2018 /OS/jk

## **Prise de position de la Société Suisse des Officiers (SSO)**

### **Procédure de consultation sur la modification de la loi sur le service civil**

Monsieur le Conseiller fédéral,

La Suisse a besoin d'une armée, ce qui a été confirmé par le peuple et les cantons en 1989. L'obligation de servir a, elle, été confirmée lors de la votation de 2013.

Dans le cadre d'un processus de modernisation et d'adaptation aux possibilités démographiques, les effectifs de l'armée ont fondu de quelque 400'000 personnes (Armée 1995) à 100'000 en 2018.

Malgré cette diminution drastique, il est admis que cet effectif réglementaire ne puisse pas être atteint dans les cinq prochaines années. Six mois après l'introduction d'une nouvelle organisation de l'armée, on constate déjà l'épée de Damoclès qu'elle a au-dessus de la tête.

La Loi actuelle sur le service civil est la cause principale de cette menace.

Le mode d'accès au service civil est en effet fondé sur une objection de conscience aujourd'hui largement dévoyée. Pour être admis au service civil, les candidats doivent déclarer un conflit de conscience (art.1 LSC) – un euphémisme pour objection de conscience – et le démontrer au moyen de la preuve par l'acte. Alors qu'on dénombrait 96 cas d'objection de conscience en 1996, pas moins de 6'785 personnes ont été admises au service civil en 2017. À l'évidence, d'autres motivations que l'objection de conscience entrent dorénavant en ligne de compte. Celles-ci n'étant pas officiellement reconnues, les militaires dissimulent leurs motivations réelles.

Le Service civil n'a jamais été envisagé comme une alternative librement offerte aux citoyens astreints au Service militaire. Le Service civil l'étant largement devenu, il faut donc d'urgence en diminuer l'attractivité et en limiter l'accès.

Dans cette logique, **la SSO soutient le projet mis en consultation contenant sept mesures**. Il est notamment rationnel que les personnes déjà formées au sein de l'armée, aux frais des contribuables, et sur lesquelles l'armée compte, puissent être engagées conformément à leurs obligations.

Dans votre lettre d'accompagnement du 20 juin 2018, vous résumez très correctement, implicitement la situation, et explicitement les objectifs à atteindre impérativement :

« lutter contre trois phénomènes qui contribuent à mettre en danger les effectifs de l'armée : celui du nombre élevé et croissant d'admissions en soi, celui du nombre élevé de militaires qui quittent les formations de l'armée pour rejoindre le service civil, et celui du passage de spécialistes et de cadres de l'armée au service civil ».

Dans ce sens, la SSO demande de compléter le projet mis en consultation de sorte à ce que la Loi prévoie que **la demande d'accomplissement du Service civil ne puisse se faire qu'avant le début de l'École de Recrues**. Une demande ultérieure de passage au service civil ne pourrait être envisagée qu'après un examen complet des motivations, une audition formelle et elle serait soumise à une approbation par une instance à définir. Cet amendement supplémentaire à la Loi demeurerait compatible avec les principes du service civil tels qu'actuellement définis par la Constitution fédérale et la volonté du législateur.

La SSO assortit son soutien à la modification de la Loi d'un suivi systématique des effets produits par son application. La mesure du succès doit notamment être la réduction à 1,5% environ du nombre de militaires incorporés qui quittent prématurément l'armée (2,82% en 2016-2017).

A défaut, d'autres mesures plus fondamentales devront impérativement être prises, quitte, par exemple, à bousculer la façon dont est aujourd'hui organisé l'accomplissement du Service civil ou, en cas d'impossibilité pour l'armée d'accomplir les tâches qui lui sont confiées par la Constitution, à remettre en question « la preuve par l'acte ».

**L'attention est d'emblée attirée sur le fait que, si dans le cadre de la modification de la Loi discutée, il y a une grande focalisation sur la quantité des transferts du Service militaire au Service civil, la SSO souhaitera aussi discuter très prochainement des moyens pour l'armée de conserver des Ressources humaines spécialisées dans certains domaines clé.**

Enfin, la SSO rappelle que, par principe et par élémentaire sens d'équité, il ne doit y avoir aucun avantage professionnel, personnel ou lié à l'obtention d'une formation ou d'un diplôme, ou encore de confort qui puisse inciter une personne astreinte à choisir le service civil au lieu du service militaire. Le service civil n'est un règlement possible que pour les questions de conscience.

M. le président de la Société Suisse des Officiers, M. le col EMG Stefan Holenstein, reste à votre entière disposition au besoin.

Veuillez agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, l'expression de nos meilleures salutations.

**Société Suisse des Officiers**



Col EMG Stefan Holenstein  
Président



Major Patrick Mayer  
Responsable du domaine Politique de Sécurité

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,  
Bildung und Forschung WBF  
Herr Bundesrat Johann N. Schneider-Ammann  
Bundeshaus Ost  
3003 Bern

Per Mail an: [rechtsdienst@zivi.admin.ch](mailto:rechtsdienst@zivi.admin.ch)

Bern, 5. Oktober 2018 /OS/jk

## **Änderung des Zivildienstgesetzes: Stellungnahme der Schweizerischen Offiziersgesellschaft (SOG)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Die Schweiz braucht eine Armee, das wurde 1989 vom Volk und den Kantonen bestätigt. Die Verpflichtung zum Militärdienst wurde in der Abstimmung zur allgemeinen Wehrpflicht vom September 2013 bestätigt.

Im Zuge der Modernisierung und der Anpassung an die demografische Entwicklung der Bevölkerung ist der Bestand der Armee in den letzten zwanzig Jahren von rund 400'000 (Armee 95) auf noch 100'000 Mann im Jahr 2018 (Weiterentwicklung der Armee, WEA) zurückgegangen.

Trotz des drastischen Rückgangs der Bestandsstruktur scheint es offensichtlich, dass der Effektivbestand von 140'000 Mann innerhalb der nächsten fünf Jahre nicht erreicht werden kann. Diese Feststellung müssen wir bereits neun Monate nach der Einführung der neuen Armeeorganisation machen.

Die Hauptursache für die mangelhafte personelle Alimentierung sieht die SOG im geltenden Zivildienstgesetz.

Heute besteht faktische Wahlfreiheit zwischen Militärdienst und Zivildienst. Mit der Abschaffung der Gewissensprüfung schnellten die Zulassungen zum Zivildienst in die Höhe. Im Jahr 2017 waren es 6'785 Zivildienstleistende. Modifikationen der Verordnung brachten keine nachhaltigen Verbesserungen, so dass erst substanzielle Änderungen im Zivildienstgesetz Wirkung versprechen. Zum Zivildienst zugelassen wird, wer den Militärdienst nicht mit seinem Gewissen vereinbaren kann (Art. 1 ZDG). Die Abgrenzung zur an sich gesetzeswidrigen Wahlfreiheit bleibt undeutlich. Den Nachweis der Gewissensnot haben die Betroffenen faktisch nicht zu erbringen; als Ersatz dient der Tatbeweis. Die dem Art. 1 ZDG fremde faktische Wahlfreiheit schliesst der vorliegende Revisionsentwurf nicht wirksam aus.

Der Zivildienst wurde nie als frei wählbare Alternative zum Militärdienst vorgesehen. Da der Zivildienst weitgehend zu einer willkommenen Option zum Militärdienst geworden ist, ist es dringend erforderlich, die Attraktivität des Zivildienstes einzuschränken.

Grundsätzlich ist die **SOG mit den vorgeschlagenen sieben Massnahmen einverstanden**. Insbesondere ist es sinnvoll und zweckmässig, dass bereits in der Armee ausgebildete Bürgerinnen und Bürger weiterhin entsprechend ihrer Dienstpflicht eingesetzt werden.

Im Begleitschreiben zur Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens vom 20. Juni 2018 werden die Ziele der Revision korrekt und stimmig wiedergegeben:

"Bei den vorgeschlagenen Massnahmen stehen die personelle Sicherung des Armeebestands und die Verhinderung des Abganges von ausgebildetem (Fach-)Personal im Vordergrund. Sie sind auf ihre diesbezügliche Wirksamkeit zu überprüfen.»

So schlägt die SOG zusätzlich vor, den Revisionsentwurf dahingehend zu vervollständigen, als ein **Antrag auf Zivildienst generell nur vor Beginn der Rekrutenschule gestellt werden kann**. Ein späterer Antrag auf einen Wechsel in den Zivildienst wäre erst nach eingehender Prüfung der Gründe, einer formellen Anhörung und vorbehaltlich der Genehmigung durch eine noch zu definierende Stelle möglich. Diese notwendige Gesetzesänderung bliebe mit dem verfassungsmässigen Grundsatz zum Zivildienst und dem Willen des Gesetzgebers vereinbar.

**Die SOG erwartet sodann, dass die vorgeschlagenen Massnahmen systematisch und periodisch auf ihre Wirksamkeit überprüft werden.** Zielgrösse ist eine Reduktion der vorzeitigen Abgänge auf noch etwa 1,5% der Anzahl eingeteilter Wehrmänner (2,82% in den Jahren 2016-2017).

Andernfalls, sollte die Armee nicht mehr in der Lage sein, ihre verfassungsmässigen Aufträge zu erfüllen, müssten andere, grundlegendere Massnahmen ergriffen werden, auch wenn dies beispielsweise bedeuten würde, die Art und Weise der Erfüllung des Zivildienstes abzuändern oder gar den Tatbeweis in Frage zu stellen.

In diesem Zusammenhang will die SOG den Fokus nicht nur auf die quantitative Komponente der Anzahl Abgänger vom Militär- zum Zivildienst legen, sondern auch auf den wichtigen Erhalt von Spezialisten in verschiedenen Schlüsselfunktionen der Armee in naher Zukunft hinweisen.

Schliesslich erinnert die SOG daran, dass der Zivildienst ausschliesslich ein Ersatzdienst für den Militärdienst aus Gewissensgründen ist. Berufliche, persönliche, ausbildungs-technische oder rein individuelle Bedürfnisse dürfen keinerlei Rolle spielen.

Der Präsident der Schweizerischen Offiziersgesellschaft, Oberst i Gst Stefan Holenstein, steht Ihnen für weitere Informationen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

#### **Schweizerische Offiziersgesellschaft**



Oberst i Gst Stefan Holenstein  
Präsident



Major Patrick Mayer  
Ressortleiter Sicherheits- und Militärpolitik

Eidg. Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF

Bern: .....7. September 2018  
Tel. direkt: .....+41 31 370 25 72

Kontaktperson: .....Hella Hoppe  
E-Mail:.....hella.hoppe@sek-feps.ch

## **Änderung des Zivildienstgesetzes: Vernehmlassungsantwort**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit grossem Interesse hat der Rat des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes (Kirchenbund) von der oben erwähnten Vernehmlassung Kenntnis genommen und dankt Ihnen für die Gelegenheit, sich dazu zu äussern.

Der Kirchenbund setzt sich seit über vierzig Jahren mit Fragen zur Gewährleistung eines Zivildienstes auseinander. In einer ersten Phase setzte sich der Kirchenbund dafür ein, dass für Personen, die aus Gewissensgründen keinen Militärdienst leisten können, überhaupt ein ziviler Ersatzdienst (Zivildienst) eingeführt wurde.

Mit der Einrichtung des Zivildienstes Mitte der 90er Jahre sorgt sich der Kirchenbund dafür, dass der Eintritt in den Zivildienst nicht aus sachfremden Gründen erschwert wird und Personen, die aus Gewissensgründen keinen Militärdienst leisten, fair und diskriminierungsfrei behandelt werden.

### **1. Vorgeschlagene Massnahmen**

Der Bundesrat will mit seiner Revisionsvorlage verhindern, dass bereits ausgebildete Armeeangehörige aus Gewissensgründen vom Militärdienst in den Zivildienst übertreten. Armeeangehörige sollen von einem Übertritt dadurch abgehalten werden,

– dass die Dauer des noch zu leistenden Zivildienstes (im Verhältnis zur Anzahl der restlichen Dienstage im Militärdienst) drastisch erhöht wird. Wer aus Gewissensgründen um eine Zulassung zum Zivildienst ersucht, soll zu *mindestens 150 weiteren Zivildiensttagen* verpflichtet sein (die Anzahl bereits geleisteter Militärdienstage wird nicht angerechnet). Dies wirkt sich für einen Armeeangehörigen so aus, dass er bei einem Wechsel in den Zivildienst (spätestens ab dem Zeitpunkt des ersten Wiederholungskurses) mehr Dienstage leisten muss, als wenn er im Militärdienst verbliebe.

– Darüber hinaus soll für den Armeeingehörigen eine *Wartefrist von zwölf Monaten* gelten. Während dieser Zeit ist er zur Absolvierung des Militärdienstes weiterhin verpflichtet.

## **2. Verstoss gegen Willkürverbot und Gleichheitsgebot**

Der Kirchenbund lehnt die vom Bundesrat vorgeschlagenen Massnahmen ab, weil sie die Dauer des vom Bürger zu leistenden Dienstes (Militär- oder Zivildienst) willkürlich und unter Verstoss gegen das Gleichheitsgebot nach Art. 8 BV festlegen. Willkürlich ist die Massnahme deshalb, weil die Anzahl der insgesamt zu leistenden Dienstage letztlich davon abhängig gemacht wird, wann in seiner Dienstkarriere ein Dienstpflichtiger vom Militärdienst in den Zivildienst übertritt.

## **3. Begründung von Militärdienst und Ersatzdienst / Nichtdiskriminierung**

Der Bürger ist an sich in den elementaren Erscheinungen seiner Persönlichkeitsentfaltung geschützt (Art. 10 BV; Schutz der persönlichen Freiheit). Die Militärdienstpflicht schränkt den Bürger zwar in seiner persönlichen Freiheit ein. Sie lässt sich aber im Grundsatz mit dem überwiegenden öffentlichen Interesse an der Landesverteidigung rechtfertigen.

Dem öffentlichen Interesse an der Landesverteidigung kann aber wiederum das von der Glaubens- und Gewissensfreiheit geschützte Interesse des Dienstpflichtigen entgegenstehen, nicht zum Töten ausgebildet zu werden. Wenn der Dienstpflichtige aus seiner Glaubens- oder Gewissensüberzeugung heraus in einen (starken) Konflikt mit der vom Staat geforderten Militärdienstpflicht gerät, hat er einen Anspruch darauf, seine Dienstpflicht in Form eines Zivildienstes abzuleisten.

Dabei ist festzustellen, dass der Dienstleistungspflichtige keine eigentliche Wahl zwischen verschiedenen Optionen – Militärdienst oder Zivildienst – hat. Er kann sich aus Gewissensgründen gar nicht für den Militärdienst entscheiden. Die Glaubens- und Gewissensfreiheit schützt ihn in seiner Freiheit, nicht gegen sein Gewissen handeln zu müssen. Aus diesem Freiheitsrecht folgt der Anspruch, dass ein Ersatzdienst zur Verfügung gestellt werden muss.

Wer diesen Anspruch geltend macht, darf nicht diskriminiert werden. Dies bedeutet, dass der Pflichtige im Grundsatz auch nicht zu einem längeren Dienst verpflichtet werden darf, als wenn er Militärdienst leisten würde.

So ist für die UNO-Kommission für Menschenrechte eine längere Dauer des Zivildienstes nur gerechtfertigt, wenn dies in der Natur des spezifischen Dienstes liegt oder in der Ausbildung, die für das Absolvieren des besonderen Dienstes benötigt wird (und entsprechend innerhalb dieses Dienstes erst noch erworben werden muss).

Der Bundesrat verkennt also, dass Dienstpflichten im Grundsatz für alle Bürger von gleicher Dauer sein müssen.

Nach dem geltenden Zivildienstgesetz haben Zivildienstpflichtige allerdings 1,5 Mal mehr Dienstage zu leisten als sie in der Armee leisten müssten. Diese Ausnahme hat ihren Zweck allein darin, dass sie dem Tatbeweis für die Gewissensentscheidung dient (vgl. Ziff. 4).

#### **4. Längerer Zivildienst allein als Tatbeweis und Beweisthema**

Der Gesetzgeber auferlegt dem Dienstpflichtigen die Beweispflicht für seinen Gewissenskonflikt. Nur wer bereit ist, einen Zivildienst zu absolvieren, der mindestens anderthalbmal so lange wie der Militärdienst dauert, lehnt nach der Ansicht des Gesetzgebers den Militärdienst aufgrund eines Gewissenskonflikts ab.

Wenn aber für das Vorliegen eines Gewissenskonflikts letztlich auf das **formale Kriterium** abgestellt wird, ob der Dienstpflichtige auch eine längere Dienstzeit in Kauf nimmt, so gilt – wie für alle formalen Kriterien – die absolut gleiche Anwendung für die dem Beweisverfahren Unterworfenen. Mit anderen Worten: Wird auf ein formales Kriterium abgestellt, so muss dieses auch in allen Fällen gleich gehandhabt werden. Es muss für jede Person, die aus Gewissensgründen statt Militärdienst Zivildienst absolviert, das gleiche Beweismass gelten. Die Anforderungen müssen dieselben sein, auch wenn der Dienstpflichtige bereits Militärdienst geleistet hat und unabhängig von der Anzahl der geleisteten Dienstage. Die Erhöhung der Anforderung an den Tatbeweis nach Anzahl der bisher geleisteten Dienstage ist somit sachfremd und willkürlich.

Der Bundesrat verkennt aber mit der vorgeschlagenen Massnahme, dass es sich um eine Beweismassnahme handelt und Anforderungen an den Beweis für alle der Gewissensprüfung Unterworfenen absolut gleich gelten müssen.

Die Argumentation, wonach die Anforderungen an den Tatbeweis erhöht werden, verfängt nicht: Dieser Beweis wird gefordert für die innere Tatsache, ob der Dienstleistungspflichtige tatsächlich aus Gewissensgründen keinen Militärdienst leisten kann.

Fazit: Anforderungen an den Tatbeweis müssen für alle Dienstleistungspflichtigen gleich gelten.

#### **5. Unterschied zwischen Gewissensentscheidung und Beweiserhebung**

Nach der vom Bundesrat vorgeschlagenen Massnahme soll der Dienstpflichtige, der im Militärdienst bereits die Ausbildung absolviert hat, mit dem (späteren) Übertritt in den Zivildienst insgesamt mehr Dienstage leisten, als wenn er von Anfang an in den Zivildienst eingetreten wäre. Damit soll er vom Übertritt aus Gewissensgründen abgehalten werden. Die vorgeschlagene Massnahme sieht zudem vor, dass je später der Wechsel von der Armee in den Zivildienst erfolgt, desto mehr Dienstage insgesamt (Militär- und Zivildienst zusammen) geleistet werden müssen.

Damit wird aber das Institut des Tatbeweises, das – wie erwähnt – als Beweismass für die Gewissensprüfung dient, zweckentfremdet.

Die Massnahme verkennt zudem in fataler Weise das Wesen der Gewissensentscheidung. Das Wesen liegt darin, dass sich der Dienstpflichtige *an bestimmten Glaubens- oder Gewissenskategorien orientiert, die er als bindend und verpflichtend erfährt, so dass er nicht ohne ernste Gewissensnot gegen sie handeln könnte.*

Wer sich in einer ernststen Gewissensnot befindet, weil er eine staatliche Pflicht zur Leistung von Militärdienst nicht erfüllen kann, ersucht um die Zulassung zum Zivildienst – unabhängig von dessen Dauer.

Insoweit sind die vom Bundesrat vorgesehenen Massnahmen absolut untauglich, da sich der Dienstpflichtige in seinem Verhalten auch von der vorgesehenen massiven Verlängerung der Dienstdauer nicht beeinflussen lässt.

Eine andere Frage ist, woran das Vorliegen einer Gewissensentscheidung – als innere Tatsache – erkannt bzw. wie diese bewiesen wird. Die Frage des Beweises und die Festlegung der Beweisanforderung ist aber vom Gewissensentscheid selbst – der im Zeitpunkt der Beweiserhebung immer schon gefällt ist – vollkommen unabhängig. Allein in der Beweisanforderung liegt der Grund für die längere Dienstdauer des Zivildienstes darin. Die Begründung der Massnahmen macht aber keinen Unterschied zwischen der Gewissensentscheidung und der Beweisanforderung an diesen. Es ist davon auszugehen, dass dieser Unterschied zwischen der Gewissensentscheidung einerseits und dem Beweis verkannt wurde.

Entsprechend liefe es völlig an der Sache vorbei, wenn bei der Gewissenprüfung das Interesse der Militärorganisation einbezogen würde, dass ihre Bestände nicht geschmälert werden würden bzw. der Dienstpflichtige in der Armee verbliebe.

Das Interesse der Militärorganisation an vollen Beständen darf auch nicht verwechselt werden mit der Beweisanforderung, die an das Vorliegen der Gewissensgründe gestellt wird. Wie erwähnt muss in einem Rechtsstaat das Beweismass für alle der Beweisspflicht Unterworfenen absolut gleich gelten.

Nichts anderes ergibt sich auch vor dem Hintergrund der Glaubens- und Gewissensfreiheit, die dem Dienstpflichtigen gewährleistet, sich *jederzeit* auf Gewissensgründe zu berufen und aus dem Militärdienst auszuschneiden. Auch eine frühere Gewissensentscheidung, in der es dem Dienstpflichtigen (noch) mit seinem Gewissen vereinbar schien, dass er Militärdienst leistet, muss er jederzeit überprüfen dürfen.

Wer sich erst im Verlaufe des Militärdienstes gezwungen sieht, ein Gesuch auf Zulassung zum Zivildienst zu stellen darf nicht anders behandelt werden als wer das Gesuch bereits vor seiner Diensterfüllung stellt.

Auch würden innerhalb der Gruppe der Zivildienstpflichtigen jene Personen bessergestellt, die bereits vor Antritt des Militärdienstes ein Gesuch auf Zulassung zum Zivildienst gestellt haben. Die Besserstellung erfolgt ohne jeden sachlichen Grund.

## 6. Strafcharakter der vorgeschlagenen Massnahme

Die vorgeschlagenen Massnahmen des Bundesrates sind auch abzulehnen, weil sie in ihrer Wirkung als Strafe für den aus Gewissensgründen um die Zulassung zum Zivildienst Ersuchenden aufgefasst werden müssen. Wie die Strafe charakterisiert auch die vorgeschlagene Massnahme, dass sie einen präventiven Zweck hat, indem sie von einem bestimmten Verhalten abzuhalten versucht. Zudem bemisst sich die Strafe am Verhalten des Täters. Die Glaubens- und Gewissensfreiheit schützt den Dienstpflichtigen aber davor, dass für seine Gesinnung mit einer Strafe sanktioniert wird.

## 7. Fazit

Eine allenfalls zu rechtfertigende Erschwerung des Zugangs zum Zivildienst kann ihren Grund allein darin haben, dass der Dienstleistungspflichtige für seine (pazifistische) Gesinnung den Tatbeweis zu erbringen hat. Die vom Bundesrat vorgeschlagene Massnahme diskriminiert indessen die Dienstpflichtigen, die vor ihrem Übertritt in den Zivildienst bereits eine längere Dauer Militärdienst geleistet haben. Dies ist sachfremd und willkürlich.

Der Rat des Kirchenbundes bittet Sie, diesen Erwägungen die nötige Aufmerksamkeit zu schenken. Gerne steht Ihnen für weitere Auskünfte auch die Geschäftsstelle zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Hella Hoppe  
Geschäftsleiterin



**Schweizerischer Fourierverband**  
**Association Suisse des Fourriers**  
**Associazione Svizzera dei Furieri**  
**Assoziaziun da Furiers Svizzers**

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,  
Bildung und Forschung WBF  
Herr Bundesrat Johann N. Schneider-Ammann  
Bundeshaus Ost  
3003 Bern

Per Mail an: [rechtsdienst@zivi.admin.ch](mailto:rechtsdienst@zivi.admin.ch)

Basel, 7. Oktober 2018

### **Änderung des Zivildienstgesetzes: Stellungnahme des Schweizerischen Fourierverbandes**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 20. Juni 2018 hat das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF den Schweizerischen Fourierverband (nachfolgend «SFV» genannt) dazu eingeladen, Stellung zum Entwurf der Änderung des Zivildienstgesetzes zu nehmen. Für diese Möglichkeit bedanken wir uns und nehmen wie folgt Stellung.

In mehreren Abstimmungen hat sich das Volk zur Schweizer Armee bekannt. Letztes Mal im Jahr 2013, wo sich über 70 Prozent der Wählerschaft gegen die Abschaffung unserer Armee gestellt haben. Diesem demokratisch gefällten Entscheid gilt es Rechnung zu tragen und nebst den finanziellen auch die personellen Ressourcen der Armee zur Verfügung zu stellen, um den verfassungsmässigen Auftrag nach Art. 57 ff. BV erfüllen zu können. Den geplanten Effektivbestand von 140'000 Militärdienstleistenden in den nächsten fünf Jahren wird aller Voraussicht nach nicht erreicht werden können.

Der SFV erachtet das geltende Recht als faktische Wahlfreiheit zwischen Militärdienst und Zivildienst. Die abgeschaffte Gewissensprüfung ermöglichte eine markante Vereinfachung sich für den Zivildienst zu entscheiden. Mit dem vorliegenden Revisionsentwurf wird dieser Tatsache nicht ausreichend Rechnung getragen.



**Schweizerischer Fourrierverband**  
**Association Suisse des Fourriers**  
**Associazione Svizzera dei Furieri**  
**Assoziaziun da Furiers Svizzers**

Der Zivildienst wurde in den letzten Jahren sowohl aus ökonomischer Sicht (für einige im Rahmen von Art. 4 Ziff. 1 lit. a-h ZGD tätigen Institutionen) als auch aufgrund persönlicher Befindlichkeiten der Zivildienstleistenden zu einer valablen und bevorzugten Alternative zum Militärdienst. Die im Vorschlag aufgeführten sieben Punkte sind zu befürworten und insbesondere der Abgang von bereits vollständig und gut ausgebildeten Armeeangehörigen in einer Kaderfunktion in der Armee gilt es zu vermeiden.

Der SFV schlägt zudem vor, die Gewissensprüfung wieder einzuführen, so dass der Gesuchsteller den vorliegenden Gewissenskonflikt glaubhaft und nachvollziehbar zu erläutern hat um damit Art. 1 ZDG genügend Rechnung zu tragen.

Für allfällige Rückfragen und Informationen steht Ihnen der Zentralpräsident, Four Daniel Wildi, gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Four Daniel Wildi  
Zentralpräsident SFV

# SCHWEIZERISCHER FRIEDENS RAT

Gartenhofstr. 7  
8004 Zürich  
PC-Konto 80-35870-1

Tel. +41 (0)44 242 93 21  
info@friedensrat.ch  
www.friedensrat.ch

Departement WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Zürich, 10. Oktober 2018

## Vernehmlassung zur vorgeschlagenen Revision des Zivildienstgesetzes

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Einladung zur Stellungnahme zu den vorgeschlagenen Änderungen des Zivildienstgesetzes, die wir Ihnen hiermit unterbreiten.

### **Vorbemerkung**

Der Schweizerische Friedensrat wurde 1945 von jenen Kreisen und Organisationen gegründet, die sich dafür einsetzten, dass sich die Schweiz nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs aktiv am Aufbau einer internationalen Friedensordnung beteiligen sollte. Konkret waren es vier Ziele: Sofortiger Beitritt der Schweiz zu den Vereinten Nationen, Engagement der Schweiz für den Ausgleich zwischen Nord und Süd, Überführung des Waffenausfuhrverbots ins ordentliche Recht und die Schaffung eines Zivildienstes für Militärdienstverweigerer.

Zu unserem grossen Bedauern hat sich unser Einsatz für das letzte Ziel mit der Verankerung des zivilen Ersatzdienstes in der Bundesverfassung 1992 nicht erledigt. Das lag zum einen daran, dass das Zivildienstgesetz eine Gewissensprüfung beinhaltete, die nicht mit der Glaubens- und Gewissensfreiheit vereinbar ist. Sie ist erfreulicherweise 2009 abgeschafft worden. Aber noch stärker fällt ins Gewicht, dass es nach wie vor bedeutende politische Kräfte gibt, die geistig im Kalten Krieg stecken geblieben sind und sich nicht mit der Einführung des Zivildienstes abgefunden haben und diesen lieber heute als morgen wieder abschaffen würden.

Die aktuelle Vorlage ist geprägt von der Abwesenheit jeglicher Wertschätzung für den Zivildienst und von der Eiseskälte des Kalten Krieges geprägt. **Sie leistet keinen Beitrag zur Lösung irgend eines Problems und ist deshalb ersatzlos zu streichen.**

### **Überflüssige Revision**

Die Vorlage geht von einem behaupteten Bestandesproblem der Armee aus, dessen Ursache der Zivildienst sein soll. Wenn es denn tatsächlich ein solches geben sollte, so gäbe es produktive Lösungen, die zudem auf politische und gesellschaftliche Herausforderungen Antworten geben würden:

– Da ist einmal die Armeekonzeption, die als Hauptaufgabe eine autonome Verteidigung zum Ziel hat, an die nicht einmal die Armeeverantwortlichen und der Bundesrat glauben. Erst kürzlich hat eine Arbeitsgruppe zur Ratifikation des Atomwaffenverbotsvertrags dessen Unterzeichnung abgelehnt mit der Begründung, die Schweiz sei auf den Atomschutzschild der NATO angewiesen. Der Bundesrat hat sich dieser Haltung angeschlossen. Die logische Konsequenz daraus, nämlich eine massive Verkleinerung der Armee, womit sich ihre Bestandesprobleme in Luft auflösen würden, sowie einer Reduktion der Militärausgaben zieht der Bundesrat aber nicht, sondern will mit einer Strafaktion den Zivildienst beschädigen. Seit Jahren fordern wir, dass in der Armeekonzeption die Konsequenzen aus dem Beitritt der Schweiz zur UNO zu ziehen sind und diese in erster Linie auf die Mitwirkung im Rahmen der kollektiven Sicherheit auszurichten ist – dies vor allem mit der Beteiligung an Friedenstruppen. Dies könnte die Attraktivität des Militärdienstes massiv erhöhen, sowohl durch Verstärkung der Sinnhaftigkeit des Militärdienstes als Beitrag zum Weltfrieden wie auch durch die Möglichkeit von Auslandseinsätzen.

– Und selbst unter der bestehenden Armeekonzeption gäbe es kein Bestandesproblem, wenn die Schweiz endlich ihr Bürgerrechtsproblem lösen würde. Die aktuelle Regelung führt zu einer zunehmenden Ethnisierung des Bürgerrechts. Mit der Ableitung von der Herkunft wird eine zunehmende Zahl von eingeborenen AusländerInnen

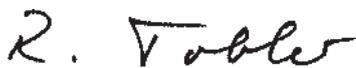
produziert, während die politische Beteiligung von Personen, die irgendwo auf der Welt leben und möglicherweise keinen Bezug zur Schweiz haben ausser eine Person in der Ahnenreihe mit Schweizer Bürgerrecht, mit vielerlei technischen und auch finanziellen Mitteln gefördert wird. Mit einem Wechsel beim Bürgerrecht zum «ius soli», oder zumindest einer Priorisierung dieses Grundsatzes, wären die Bestandesprobleme der Armee auf einen Schlag und auf unabsehbare Zeit gelöst (siehe unsere seinerzeitige Vernehmlassung zur Revision des Bürgerrechtsgesetzes vom 22.3.2010, Anlage 1).

Beim Zivildienst ist wie in der Asylpolitik eine verhängnisvolle Entwicklung zu beobachten, nämlich dass das Recht je länger je weniger einen verlässlichen Rahmen für ihre Regelung und damit den Umgang im Alltag darstellt, sondern dass stetig die Bedingungen verändert werden, so dass die dem Recht Unterstellten nicht wissen, was auf sie zukommt. Das unterminiert den Rechtsstaat als solchen. Die vorgeschlagene Revision des Zivildienstgesetzes beruht auf keiner sachlichen Notwendigkeit. Deshalb ist auf sie im Interesse des Rechtsstaats zu verzichten.

Wir verzichten deshalb auf Aussagen zu den vorgeschlagenen Änderungen. Sollten Sie trotz allem an der Revision des Zivildienstgesetzes festhalten, so verweisen wir dazu auf die Vernehmlassung des Zivildienstverbandes CIVIVA (Anlage 2).

Mit freundlichen Grüssen

**SCHWEIZERISCHER FRIEDENSRAT**



Ruedi Tobler, Präsident

Postfach 1808  
8021 Zürich  
info@friedensrat.ch  
PC 80-35870-1

Tel. 044 242 93 21  
Fax 044 241 29 26  
www.friedensrat.ch

Eidg. Justiz- und Polizeidepartement  
Frau Bundesrätin Widmer-Schlumpf  
Bundeshaus West  
CH-3003 Bern

Zürich, 22. März 2010

## Vernehmlassung zur Totalrevision des Bürgerrechtsgesetzes

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf  
Sehr geehrte Damen und Herren

wir bedanken uns für die Möglichkeit, zum Projekt einer Totalrevision des Bürgerrechtsgesetzes Stellung nehmen zu können.

Die heutige Regelung des Bürgerrechts ist unbefriedigend. Darum besteht zweifellos Handlungsbedarf. Aber die vorgeschlagene Neuregelung löst keine Probleme, sondern schafft nur neue, indem sie versucht, ein überholtes und untaugliches System zu perfektionieren. An dessen Untauglichkeit ändert sie jedoch nichts.

**Wir beantragen Ihnen deshalb, die vorliegende Revisionsvorlage zurück zu ziehen und einen mutigen Neubeginn zu einer zukunftssträchtigen Lösung zu wagen**, die wir hier kurz skizzieren. Diese Lösung haben wir übrigens bereits 2001 in der Vernehmlassung zur Revision der Einbürgerungsgesetzgebung vorgeschlagen. Mit ihrer damaligen Nichtberücksichtigung ist also bereits ein Jahrzehnt für eine zukunftstaugliche Lösung verloren gegangen.

Über 160 Jahre nach der Schaffung des Bundesstaates **ist es überfällig, die bestehende Dreistufigkeit im Bürgerrecht – Gemeinde, Kanton, Bund – endlich zu überwinden und ein einheitliches Schweizer Bürgerrecht zu schaffen**. In der heutigen Gesellschaft mit den Herausforderungen von Globalisierung, Migration und Mobilität der BürgerInnen entspricht ein Ortsbürgerrecht als Basis für die Beteiligung am politischen System in keiner Weise mehr den Realitäten der grossen Mehrheit der Bevölkerung.

Das kantonale Bürgerrecht hat schon länger keine praktische Bedeutung mehr.

Ebenso verquer ist das Festhalten an der «Abstammung» als Grundlage des Bürgerrechts: Dies schafft Ungerechtigkeiten und sprachliche wie gedankliche Monströsitäten wie «eingeborene» oder «einheimische AusländerInnen», AusländerInnen der «zweiten», «dritten» oder «vierten Generation».

**Wir schlagen deshalb erneut die Einführung einer einheitlichen schweizerischen Staatsbürgerschaft auf der Grundlage des «ius soli» vor**. Das heisst, dass das Bürgerrecht nicht mehr auf Gemeindeebene beruht, sondern vom Bund gewährleistet wird und allen Personen zusteht, die in der Schweiz geboren sind.

Die Verlagerung auf die Bundesebene bringt nicht nur eine Vereinheitlichung des Verfahrens, sondern auch eine massive Vereinfachung und damit Beschleunigung, sie beseitigt das Problem mit der Begründung von Abstimmungsentscheiden auf Gemeindeebene, und löst auch das stossende Problem von neuen Wartefristen bei Wohnortwechsel innerhalb der Schweiz.

Der Einbezug des «ius soli» in die Grundlagen der Bürgerrechtsgesetzgebung bewirkt eine massive Abnahme sowohl der Einbürgerungsverfahren wie der «statistischen AusländerInnen», erhalten dadurch doch die hiesigen Geborenen automatisch das schweizerische Bürgerrecht. Dies ist eine notwendige Korrektur, macht doch

die aktuelle Gesetzgebung ohne Not hier Geborene – also Einheimische – zu Ausländern. Dass das «ius soli» als Grundlage für die Bürgerrechtsgesetzgebung in der Praxis funktioniert, dafür gibt es genug Beispiele, so etwa Frankreich oder die USA.

□ Mit dieser Lösung wird auch ein Mangel bei der Totalrevision der Bundesverfassung behoben, nämlich die ersatzlose Streichung des Verbots von «Vorrechten der Geburt» (in Art. 4, Abs. 1 der BV von 1874). In der Botschaft des Bundesrates von 1996 wurde sie unter den Kriterien aufgeführt, «die seit 1848 an Aktualität eingebüsst haben» (Seite 142). Als ob die bestehende Bürgerrechtsgesetzgebung nicht offensichtlich zu solchen «Vorrechten», bzw. zu grundlegender Benachteiligung von hier Geborenen führen würde.

□ Das traditionelle und in der Bevölkerung zweifellos stark verankerte Ortsbürgerrecht braucht deswegen nicht abgeschafft zu werden. Im Gegenteil, entlastet von der Bürde, die Basis für die politische Mitwirkung zu bilden, könnte es zu einer neuen Blüte der Volkskultur gedeihen, indem es wirklich nur noch jenen verliehen wird, die damit einer ganz besonderen Verbundenheit mit einem Ort Ausdruck verleihen wollen. In diesem Zusammenhang schiene es uns auch akzeptabel, wenn eine Gemeinde- oder Ortsbürgerversammlung eine Person ohne Begründung nicht in ihren Kreis aufnehmen möchte.

□ Selbstverständlich braucht es auch bei diesem Paradigmenwechsel weiterhin ein Einbürgerungsverfahren. Aber auch dafür ist das mit der Totalrevision vorgeschlagene Verfahren untauglich. Es ist geprägt von einer jahrzehntelangen ausländerfeindlichen Politik, die mit jeder Revision von Ausländer- und Asylgesetzgebung diese stärker infiltriert hat und bis zum institutionalisierten grundsätzlichen Misstrauen gegenüber den AusländerInnen gewuchert ist. Diese Paranoia gilt es zu überwinden.

Das beginnt mit dem verdrehten Begriff der Integration, der mit bedingungsloser Subordination der Zugewanderten unter den herrschenden Zeitgeist gleichgesetzt wird. Als ob nicht Integration zur unabdingbaren Voraussetzung hätte, dass die herrschende Elite die Bereitschaft zur Integration an den Tag legt. Wir brauchen nicht zurückzugehen bis in die ständische Gesellschaft, die auf der hierarchischen Trennung der verschiedenen Stände, d.h. deren Nicht-Integration beruhte, um das aufzuzeigen. Es gibt durchaus auch Beispiele aus der Moderne. So konnten zur Zeit des Nationalsozialismus Jüdinnen und Juden noch so angepasst sein, eine Chance zur Integration bot ihnen das nicht. Ja, je «integrierter» und weniger misstrauisch gegenüber den Absichten der Nazis sie waren und weniger Vorsichtsmassnahmen trafen, umso grösser war die Gewissheit, dass sie in den Vernichtungslagern endeten. Auch im Apartheid-Südafrika hatten «Nicht-Weisse» keine Chance auf Integration in die weisse Gesellschaft. Und in den USA konnten die Schwarzen die Barrieren der Segregation nicht durch angepasstes Verhalten, sondern nur durch aktiven Widerstand überwinden.

Da ist als positives Gegenbeispiel an die frühen Zeiten des schweizerischen Bundesstaates zu erinnern, als noch zwei Jahre ordentlicher Wohnsitz in der Schweiz für die Einbürgerung ausreichten und diese zudem als Voraussetzung für die Integration angesehen wurde. Eine Rückbesinnung auf diese liberalen Grundwerte ist dringend notwendig. Die übrigens in einer Zeit gelebt wurden, als der Bundesstaat noch nicht gefestigt war und äussere Bedrohungen durch konservative europäische Mächte real waren, etwa durch Preussen, das Neuenburg nicht ohne weiteres der Eidgenossenschaft überlassen wollte. Da ist an die Worte zu erinnern, die Rudolf Bollinger am 2. September 1911 an den Schweizerischen Städtetag in Glarus richtete:<sup>1</sup>

«Die heiklen Herren, die keine Papierschweizer wollen, nur Kernschweizer, unternehmen es nicht, zu zeigen, wie der Verfremdung der Schweiz anders als durch entschlossene Nationalisierung der einbürgerungsreifen Ausländer zu steuern wäre. (...) Eine vorgängige Prüfung seiner schweizerischen Gesinnung sieht unser Staatsrecht nicht vor, wie denn kein Staatsrecht der Welt darauf aus ist, Pflichten und Rechte, besonders die ersteren, den Staatsbürgern erst zuzuteilen, wenn ihre seelische Verfassung, ihr Anschauungsinhalt als dem Staate genehm festgestellt worden sind. (...) Man sieht, zu welchen Absurditäten diese Forderung führen müsste, die Nationalisierung der Ausländer von der vorgängigen Feststellung schweizerischer Gesinnung abhängig zu machen.»

Offensichtlich ist in den letzten hundert Jahren allzu vieles schief gelaufen, dass heute nun genau eine solche Vorlage vorbereitet wird. Dabei gab es damals noch keinen klar strukturierten Grundrechtekatalog in der schweizerischen Bundesverfassung, waren die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die Europäische Menschenrechtskonvention und die UNO-Menschenrechtspakte noch nicht ausgedacht. Wie viel absurder ist die

<sup>1</sup> Zitiert nach Patrick Kury: *Über Fremde reden. Überfremdungsdiskurs und Ausgrenzung in der Schweiz 1900 – 1945*. Chronos Verlag, Zürich 2003, Seite 69

vorliegende Gesetzesvorlage angesichts der formellen Verpflichtung der Schweiz auf mehrere Menschenrechtsabkommen.

Die Menschenrechte müssen umgesetzt und vorgelebt werden, um ihre Wirkung entfalten zu können, sie können nicht eingetrichtert und durch ein inquisitorisches Verfahren abgefragt werden. Die Menschenrechte und die Bundesverfassung garantieren die Meinungsfreiheit, sie ist also auch gegenüber Einbürgerungswilligen zu respektieren. Auf den ersten Blick erscheint «die Respektierung der grundlegenden Prinzipien der Bundesverfassung und der universellen Werte des internationalen Menschenrechtsschutzes als einleuchtend und zumutbar. Und auch das anschliessende Beispiel ist nachvollziehbar: «Eine Verletzung kann u.a. darin liegen, dass das Gewaltmonopol des Staates oder die Gleichstellung von Mann und Frau abgelehnt wird.»<sup>2</sup>

Aber es ist mehr als fragwürdig, dies nur gegenüber Einbürgerungswilligen geltend zu machen, aber es nicht im Alltag für alle umzusetzen:

☐ Beispielsweise verlangt Art. 35, Abs. 2 der Bundesverfassung: «Wer staatliche Aufgaben wahrnimmt, ist an die Grundrechte gebunden und verpflichtet, zu ihrer Verwirklichung beizutragen.» Müssten da nicht im Sinne der «Respektierung der grundlegenden Prinzipien der Bundesverfassung» die Mitglieder der SVP-Fraktion der eidgenössischen Räte, die systematisch und konstant eine Politik der Ausgrenzung und Diskriminierung betreiben, ihres Amtes enthoben werden!

☐ Und wie vertragen sich die Annahme der «Verwahrungs-» (2004), «Unverjährbarkeits-» (2008) und «Minarettverbots»-Initiativen (2009) mit der «Respektierung der universellen Werte des internationalen Menschenrechtsschutzes»? Es wird ja wohl niemand die Mehrheit der Stimmenden ausbürgern wollen; aber warum sollen für Einbürgerungswillige Kriterien gelten, die von der Mehrheit der Schweizer BürgerInnen nicht mitgetragen werden?

☐ Erst kürzlich hat in Verletzung des «Gewaltmonopols des Staates» die SVP des Kantons Zürich Fahndungsbilder ins Internet gestellt. Darf die Partei, die sich als die staatstragende Kraft und den Ausdruck des Schweizertums versteht, ungestraft Grenzüberschreitungen zuschulden kommen lassen, die sie als Grund sehen will, anderen das Schweizer Bürgerrecht zu verweigern?

☐ Obwohl nicht nur die «Gleichstellung von Mann und Frau» in der Bundesverfassung verankert ist, sondern seit drei Jahrzehnten auch die Lohngleichheit, ist diese nach wie vor nicht umgesetzt. Das heisst doch nichts anderes, als dass die Wirtschaft faktisch das Grundrecht der Gleichstellung von Mann und Frau hintertreibt. Wenn das ein Grund für Nichteinbürgerungen sein soll, müssten dann nicht auch Wirtschaftsverbände, die nicht für die Verwirklichung der Lohngleichheit besorgt sind, verboten werden? Und hätte nicht Appenzell Innerrhoden aus der Eidgenossenschaft ausgeschlossen werden müssen, nachdem sich die männliche Mehrheit an den Landsgemeinden konstant geweigert hat, das kantonale Frauenstimmrecht einzuführen?

Es kann nicht angehen, die politischen Rechte für die Einzelnen von einer menschenrechtlichen Tauglichkeitsprüfung abhängig zu machen. Die Schweiz sollte zwar endlich eine unabhängige Menschenrechtsinstitution schaffen, aber ein «Menschenrechts-Wächterrat» (ob auf Ebene der Gemeinde, Kantone oder des Bundes) zur Kontrolle der individuellen Menschenrechtsgesinnung würde zur Perversion der Idee der Menschenrechte führen. Genau das ist aber in der Revisionsvorlage zur Bürgerrechtsrevision vorgesehen. Nach jahrzehntelangen Auseinandersetzungen hat sich endlich die Einsicht durchgesetzt, dass eine Gewissensprüfung für Militärdienstverweigerer nicht machbar ist. Es ist überfällig, auch bei Einbürgerungswilligen von einer ebenso unmöglichen Gewissensprüfung abzukommen.

Der Schweizerische Friedensrat setzt sich seit Jahrzehnten für die Respektierung der Menschenrechte und ihre Umsetzung ein – auf der Grundlage ihrer Unteilbarkeit. Die Entwicklung des Ausländer- und Asylrechts in der Schweiz orientiert sich seit längerer Zeit nicht an den Menschenrechten. Im Gegenteil, es wird versucht, die Gesetzgebung so weit wie möglich diskriminierend und menschenrechtswidrig zu gestalten, dass möglichst noch eine Verurteilung vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof vermieden werden kann – was allerdings nicht immer gelingt. Und sämtliche Konventionsausschüsse von UNO-Konventionen, die in den letzten Jahren Schweizer Berichte zur Umsetzung der Konventionsverpflichtungen beurteilen mussten, kamen jeweils zum Schluss, dass das Ausländer- und Asylrecht nicht dem Sinn und den Zielsetzungen der jeweiligen Menschenrechtskonvention entsprechen.

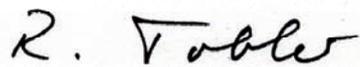
<sup>2</sup> Erläuternder Bericht, Seite 7

In diesem fragwürdigen Geist steht auch die Totalrevision des Bürgerrechtsgesetzes. Wir appellieren deshalb noch einmal an die Verantwortlichen, dieses Projekt zu beenden und einen mutigen Neubeginn mit einer auf die Verwirklichung der Menschenrechte ausgerichteten und zukunftssträchtigen Lösung zu wagen. Ein solcher Neubeginn würde nicht nur den Beitritt der Schweiz zur Europäischen Staatsangehörigkeitskonvention und zu jener zur Vermeidung von Staatenlosigkeit bei Staatennachfolge problemlos ermöglichen, sondern auch den Weg bereiten zum Beitritt der Schweiz zu den Wanderarbeiterkonventionen von UNO und Europarat.

Mit freundlichen Grüßen

SCHWEIZERISCHER FRIEDENSRAT

Ruedi Tobler, Präsident

A handwritten signature in black ink that reads "R. Tobler". The signature is written in a cursive, slightly slanted style.

## Revision Bürgerrechtsgesetz (BÜG) Vernehmlassungsverfahren

Bern, den 16.12.2009

### Fragenkatalog

**Hinweis:** Allgemeine Bemerkungen können am Ende des Fragenkatalogs angebracht werden.

Revisionsvorschlag	Ja	Nein	Begründung / Bemerkungen / Vorschläge
<p><b>Artikel 9 Formelle Voraussetzungen</b></p> <p><i><b>Niederlassungsbewilligung</b></i> Sind Sie einverstanden, dass sich nur einbürgern lassen kann, wer über eine Niederlassungsbewilligung (Bewilligung C) verfügt?</p> <p><i><b>8 Jahre Aufenthalt in der Schweiz</b></i> Sind Sie einverstanden, dass bei gleichzeitiger Erhöhung der Anforderungen an die Integration die erforderliche Aufenthaltsdauer in der Schweiz von heute 12 auf 8 Jahre herabgesetzt wird?</p>		X          X	<p>Die Idee, den Erwerb des Bürgerrechts als Abschluss einer erfolgreichen Integration zu betrachten, halten wir für verfehlt. Integrieren kann sich, wer willkommen ist und die Möglichkeit zur aktiven Beteiligung hat. Darum ist sowohl die Niederlassungsbewilligung wie eine Aufenthaltsdauer von acht Jahren als Voraussetzung eine unnötige Hürde für eine erfolgreiche Integration, die erst mit der Einbürgerung richtig beginnen kann. Eine Aufenthaltsdauer von 5 Jahren, unabhängig vom Status erscheint uns absolut zu genügen, umso mehr, als nach 1874 zwei Jahre ausreichend waren!</p>
<p><b>Artikel 10 Berechnung der Aufenthaltsdauer</b></p> <p>Sind Sie mit der Beibehaltung der Doppelzählung der Aufenthaltsdauer zwischen dem 10. und 20. Altersjahr einverstanden?</p>	X		<p>Gemäss unserem Vorschlag zur Einführung des «ius soli» verliert diese Regelung an Bedeutung, bleibt aber durchaus sinnvoll.</p>
<p><b>Artikel 11 Materielle Voraussetzungen</b></p> <p>Sind Sie mit den neuen materiellen Voraussetzungen einverstanden? <i>Hinweis: Das Beachten der schweizerischen Rechtsordnung gehört neu zum umfassenderen Begriff des "Beachtens der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" und wird im neuen Artikel 12 geregelt.</i></p>		X	<p>Wie bereits ausgeführt, ist die Einbürgerung eine wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration, darum Streichung von lit. a; lit. b ist ein schwammiger Allerweltsbegriff, der in einem Rechtstext nichts zu suchen hat, darum streichen; lit. c ist ebenfalls sehr fragwürdig und darum zu streichen; wir erinnern daran, was für seltsame «Gefährdungen der inneren Sicherheit» mit der Fichenaffäre ans Licht gekommen sind; und die «Gefährdung der äusseren Sicherheit» gäbe fragwürdigen Potentaten ein gutes Mittel in die Hand, um die Schweiz im Zusammenhang mit der Einbürgerung unliebsamer Landsleute zu erpressen.</p>

<p><b>Artikel 12 und 20 Integrationskriterien</b></p> <p><b>Artikel 12 Abs. 1</b> Sind Sie mit den aufgeführten Kriterien, die auf eine erfolgreiche Integration hinweisen, einverstanden?</p> <p><b>Öffentliche Sicherheit und Ordnung</b> Sind Sie mit diesem Kriterium, worin auch das Beachten der schweizerischen Rechtsordnung enthalten ist, einverstanden?</p> <p><b>Respektierung der grundlegenden Prinzipien der Bundesverfassung</b> Sind Sie mit diesem Kriterium einverstanden?</p> <p><b>Fähigkeit, sich in einer Landessprache zu verständigen</b> Sind Sie mit diesem Kriterium einverstanden?</p> <p><b>Wille zur Teilnahme am Wirtschaftsleben oder zum Erwerb von Bildung</b> Sind Sie mit diesem Kriterium einverstanden?</p> <p><b>Artikel 12 Abs. 2</b> <b>Personen, welche die Integrationskriterien aus psychischen oder physischen Gründen nicht erfüllen können</b> Sind Sie einverstanden, dass der Situation dieser Personen angemessen Rechnung getragen wird?</p> <p><b>Artikel 20 Erleichterte Einbürgerung</b> Sind Sie mit den neuen materiellen Eignungsvoraussetzungen der erleichterten Einbürgerung einverstanden?</p>		X	Wir beantragen die Streichung der Artikel 12 und 20, da wie wir bereits ausgeführt haben, die Integration erst wirklich nach einer Einbürgerung erfolgen kann.
<p><b>Artikel 13 Einbürgerungsverfahren</b></p> <p>Sind Sie einverstanden, dass Einbürgerungsgesuche erst nach Durchführung des kantonalen und kommunalen Verfahrens und der Zusicherung der Einbürgerung durch Kanton und Gemeinde an den Bund weitergeleitet werden können?</p>		X	Mit der von uns vorgeschlagenen Einführung eines einheitlichen schweizerischen Bürgerrechts erübrigt sich das komplizierte, mehrstufige Verfahren und wird durch ein rechtsstaatliches Verfahren des Bundes ersetzt (das schliesst einen Einbezug von Gemeinden und Kantonen nicht aus).

<p><b>Artikel 14 Kantonaler Einbürgerungsentscheid</b></p> <p>Sind Sie mit dem vorgeschlagenen Verfahrensablauf (zuerst Einbürgerungsbewilligung des Bundes, anschliessend Einbürgerungsentscheid des Kantons innert sechs Monaten) einverstanden?</p>		X	Das von uns vorgeschlagene schweizerische Bürgerrecht erübrigt einen kantonalen Entscheid.
<p><b>Artikel 18 Kantonale und kommunale Aufenthaltsdauer</b></p> <p><b><u>Variante 1</u></b> Sind Sie mit dem Inhalt dieser Bestimmung einverstanden?</p> <p><b><i>Anrechnung der Aufenthaltsdauer</i></b> Sind sie mit der Anrechnung der Aufenthaltsdauer bei Wohnsitzwechsel innerhalb bzw. ausserhalb des Kantons einverstanden?</p> <p><b><u>Variante 2</u></b> Würden Sie eine einheitliche Bundesregelung vorziehen, wonach die Kantone eine erforderliche Aufenthaltsdauer von höchstens drei Jahren festlegen können?</p> <p><b><i>Anrechnung der Aufenthaltsdauer</i></b> Sind sie mit der Anrechnung der Aufenthaltsdauer bei Wohnsitzwechsel innerhalb des Kantons einverstanden?</p>		X	Das von uns vorgeschlagene schweizerische Bürgerrecht erübrigt eine solche Bestimmung.
<p><b>Artikel 22 Irrtümlich angenommenes Schweizer Bürgerrecht</b></p> <p>Sind sie mit der neu formulierten Bestimmung einverstanden? <i>Hinweis: Die Bestimmung wurde gegenüber dem heutigen Artikel 29 BÜG vereinfacht (Aufhebung von Artikel 29 Absatz 3 und 4, die in der Praxis nahezu bedeutungslos sind und zum grossen Teil bereits durch Absatz 1 abgedeckt werden).</i></p>			Gemäss dem von uns vorgeschlagenen schweizerischen Bürgerrecht entfällt Abs. 2 sowieso. Angesichts der von uns vorgeschlagenen Aufenthaltsdauer von 5 Jahren für die Einreichung eines Einbürgerungsgesuches, scheint uns die Regelung zu kompliziert und bürokratisch, nach 5 Jahren soll das „irrtümlich praktizierte Bürgerrecht“ voraussetzungslos anerkannt werden.
<p><b>Artikel 25 Zuständigkeit und Verfahren</b></p> <p>Sind Sie mit der Schaffung einer gesetzlichen Grundlage einverstanden, die vorsehen kann, dass das Gesuch um erleichterte Einbürgerung beim Wohnkanton eingereicht wird? <i>(Hinweis: Für diesen Fall würde der bei den Kantonen und Gemeinden anfallende Mehraufwand finanziell abgegolten werden.)</i></p>		X	Das von uns vorgeschlagene schweizerische Bürgerrecht erübrigt eine solche Bestimmung.

<p><b>Artikel 26 Voraussetzungen für die Wiedereinbürgerung</b></p> <p><b>Allgemeine Voraussetzungen</b> Sind Sie mit den allgemeinen Voraussetzungen für die Wiedereinbürgerung einverstanden?</p> <p><b>Enge Verbundenheit</b> Sind Sie einverstanden, dass für die Wiedereinbürgerung neu eine erfolgreiche Integration bei Aufenthalt in der Schweiz und eine enge Verbundenheit mit der Schweiz bei Aufenthalt im Ausland verlangt wird? <i>Hinweis: Das geltende Recht verlangt bei Wohnsitz im Ausland bloss eine einfache Verbundenheit mit der Schweiz. Hingegen soll nach neuem Recht nicht eingebürgert werden, wer die Schweiz nur vom Hörensagen kennt. Die Kriterien der engen Verbundenheit werden in einer Verordnung zum Bürgerrechtsgesetz geregelt.</i></p>		X	Gemäss unseren Ausführungen zu den Kriterienlisten in den vorangegangenen Artikeln ist auch dieser Artikel zu streichen.
<p><b>Artikel 27 Nach Verwirkung und Verlust des Bürgerrechts</b></p> <p>Sind Sie einverstanden, dass es nur noch eine einzige Bestimmung für die Wiedereinbürgerung gibt (anstelle der bisherigen Artikel 21, 23 und 58 BÜG)?</p> <p><b>Einreichungsfrist</b> Sind Sie einverstanden, dass die Wiedereinbürgerung innert zehn Jahren nach Verlust des Schweizer Bürgerrechts beantragt werden muss und nach Ablauf dieser Frist nur noch möglich sein soll, wenn die gesuchstellende Person mindestens drei Jahre Aufenthalt in der Schweiz hat?</p>	X	X	Das Wiedereinbürgerungsverfahren soll möglichst unkompliziert erfolgen. Angesichts der immer vielfältiger werdenden Migrationsbiografien erscheint uns eine Zehnjahresfrist unangemessen, sie kann ersatzlos gestrichen werden. Das von uns vorgeschlagene schweizerische Bürgerrecht erübrigt die Artikel 28 und 29.
<p><b>Artikel 33 Aufenthalt</b></p> <p>Sind Sie einverstanden, dass an die Aufenthaltsdauer nur Aufenthalte mit Niederlassungsbewilligung, Aufenthaltsbewilligung oder vorläufiger Aufnahme angerechnet werden, nicht jedoch Aufenthalte mit Status als Asylsuchende?</p>		X	Die vorgeschlagene Einschränkung macht aus unserer Sicht keinen Sinn; angerechnet werden soll jeder Aufenthalt, unabhängig vom Status.

<p><b>Artikel 34 Kantonale Erhebungen</b></p> <p><b>Erhebungen</b> Sind Sie damit einverstanden, dass eine explizite gesetzliche Grundlage geschaffen wird, wonach das zuständige Bundesamt die kantonale Einbürgerungsbehörde auch mit den Erhebungen beauftragen kann, die für die Beurteilung der Voraussetzungen für die erleichterte Einbürgerung, Wiedereinbürgerung oder für die Nichtigerklärung einer Einbürgerung oder des Entzugs des Schweizer Bürgerrechts notwendig sind?</p> <p><b>Ordnungsfristen</b> Sind Sie mit der Schaffung einer gesetzlichen Grundlage, die es dem Bund erlaubt, Ordnungsfristen für die Durchführung von Erhebungen einzuführen, einverstanden? Welche Frist erscheint Ihnen angemessen?</p> <p><b>Frage zur Verfahrensdauer im Kanton und der Gemeinde</b> (<i>Hinweis: Diese Frage richtet sich an die Kantone</i>) Wie lange dauert heute die durchschnittliche Verfahrensdauer in Ihrem Kanton für eine ordentliche Einbürgerung vom Moment der Gesuchseinreichung an bis zum Entscheid: a: für das kantonale Verfahren? b: für das kommunale Verfahren?</p>		X	Das von uns vorgeschlagene schweizerische Bürgerrecht erübrigt eine solche Bestimmung.
<p><b>Artikel 35 Gebühren</b></p> <p>Sind Sie mit der Aufhebung des Gebührenerlasses für mittellose Bewerberinnen und Bewerber einverstanden?</p>		X	Das von uns vorgeschlagene schweizerische Bürgerrecht erübrigt eine solche Bestimmung. Im übrigen sind wir der Meinung, dass ein Gebührenerlass möglich bleiben soll. Der Erhalt des Schweizer Passes darf nicht vom Portemonnaie abhängig gemacht werden.
<p><b>Artikel 36 Nichtigerklärung</b></p> <p><b>Aufhebung der Zustimmung des Heimatkantons zur Nichtigerklärung</b> Sind Sie mit der Aufhebung der Zustimmung des Heimatkantons zur Nichtigerklärung einer Einbürgerung einverstanden?</p> <p><b>Wartefrist nach rechtskräftiger Nichtigerklärung einer Einbürgerung</b> Sind Sie mit der Einführung einer Wartefrist von zwei Jahren nach der rechtskräftigen Nichtigerklärung einer Einbürgerung einverstanden?</p>			Das von uns vorgeschlagene schweizerische Bürgerrecht macht einen Grossteil der Bestimmungen von Art. 36 hinfällig. Die Voraussetzungen und Modalitäten für eine Nichtigerklärung sind bei der Ausarbeitung des Verfahrens für unseren Vorschlag neu zu prüfen und sachgerecht in der Gesamtvorlage zu regeln.

<p><b>Artikel 41 Abs. 3 Vereinfachung bei der Entlassung aus mehrfachem kantonalem Bürgerrecht</b></p> <p>Sind Sie einverstanden, dass es für die Entlassung genügt, wenn ein Heimatkanton (d.h. nicht alle Heimatkantone) die Entlassungsverfügung erlässt und dies von Amtes wegen den übrigen Heimatkantonen mitgeteilt wird?</p>			<p>Das von uns vorgeschlagene schweizerische Bürgerrecht bedingt eine Überarbeitung des ganzen 2. Kapitels und erübrigt einen erheblichen Teil der im jetzigen Entwurf enthaltenen Bestimmungen.</p>
<p><b>Artikel 51 Nichtrückwirkung</b></p> <p>Sind Sie einverstanden, dass die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes eingereichten Gesuche bis zum Verfahrensabschluss (Entscheid) noch nach den Bestimmungen des bisherigen Rechts behandelt werden sollen?</p>			<p>Es scheint uns elementar, dass für die Betroffenen das günstigere Recht angewendet wird, ob nun die vorliegende Revision umgesetzt oder unser Vorschlag angenommen wird.</p>
<p><b>Artikel 52 Erleichterte Einbürgerung für das Kind eines schweizerischen Elternteils</b></p> <p>Sind Sie einverstanden, dass die bisherigen Artikel 58a und 58c für ausländische Kinder einer schweizerischen Mutter und eines schweizerischen Vaters durch eine neue, einheitliche Bestimmung ersetzt werden?</p>		x	<p>Ein Teil der Bestimmungen wird hinfällig, wenn unser Vorschläge angenommen werden. Auch wenn wir das «ius soli» zur Grundlage für das Bürgerrecht machen wollen, sollen damit nicht neue Benachteiligungen entstehen. Angesichts der immer vielfältiger werdenden Migrationsbiografien sollen Kinder von schweizerischen Elternteilen (auch ehemaligen) unkompliziert das Schweizer Bürgerrecht erhalten.</p>
<p><b>Befürworten Sie die Stossrichtung der vorliegenden Bürgerrechtsrevision?</b> (Herstellung einer weitgehenden Kohärenz mit dem neuen Ausländergesetz sowie den Änderungen des Asylgesetzes bezüglich Anforderungen an den Integrationsgrad und die Sprachkenntnisse; Verbesserung der Entscheidungsgrundlagen und damit einhergehende Sicherstellung, dass nur erfolgreich integrierte Ausländerinnen und Ausländer das Schweizer Bürgerrecht erhalten; Harmonisierung der kantonalen und kommunalen Wohnsitzfristen; Reduktion des administrativen Gesamtaufwandes durch Vereinfachung und Harmonisierung der Abläufe sowie Klärung der Rollen von Kanton und Bund im Einbürgerungsverfahren).</p>		x	<p>Wie wir im Begleitbrief ausführlich dargelegt haben, halten wir die Totalrevision des Bürgerrechtsgesetzes für eine Perfektionierung eines überholten und untauglichen Systems, weshalb wir beantragen, diese Revision zu begraben und dafür einen grundsätzlichen Paradigmenwechsel vorschlagen (Details im Begleitbrief).</p>

<p><b>Beitritt der Schweiz zur Europäischen Staatsangehörigkeitskonvention (STE 166) und zur Konvention über die Vermeidung der Staatenlosigkeit bei Staatennachfolge (STE 200)</b></p> <p><b>Beitritt</b> Sind Sie einverstanden, dass die Schweiz der Europäischen Staatsangehörigkeitskonvention sowie der Konvention über die Vermeidung der Staatenlosigkeit bei Staatennachfolge beitrifft?</p> <p><b>Verknüpfung mit der Totalrevision BÜG?</b> Sind Sie einverstanden, dass die Frage des Beitritts der Schweiz zu diesen beiden Konventionen mit der Totalrevision des Bürgerrechtsgesetzes verknüpft (und nicht separat behandelt) wird?</p>	<p>X</p>	<p>Wir befürworten den Beitritt zu beiden Konventionen schon lange, und wenn unser Vorschlag für die Neuregelung des Bürgerrechts aufgegriffen wird, drängt sich der Beitritt geradezu auf.</p>
<p><b>Zusatzbemerkungen, insbesondere zu Gesetzesartikeln, die nicht im Fragebogen aufgeführt sind.</b></p>		<p>Wie mehrfach angeführt, schlagen wir anstelle der Totalrevision des Bürgerrechtsgesetzes die Einführung eines schweizerischen Bürgerrechts auf der Grundlage des «ius soli» vor. Das haben wir im Begleitbrief ausführlich dargelegt. Wir bitten Sie, die dortigen Ausführungen auch als «Zusatzbemerkungen» zu qualifizieren und verzichten deshalb darauf, sie hier hinein zu kopieren.</p> <p>Im übrigen möchten wir den Verantwortlichen für die Weiterarbeit an der Revision ans Herz legen, den Empfehlungen von Brigitte Studer und Gérald Arlettaz Rechnung zu tragen, die sie im Rahmen des NFP 51 zur Entwicklung des Bürgerrechts in der Schweiz erarbeitet haben (Modul «Konstruktionen von Identität und Differenz»: «Die Staatsbürgerschaft zwischen Konzepten des Nationalen und Ordnung des Sozialen: Aufnahme- und Ausschlusskriterien des „Schweizer Bürgerechts“ von 1874 bis zur Gegenwart»; <a href="http://www.nfp51.ch">www.nfp51.ch</a>); wir zitieren hier namentlich drei:</p> <p>«Erstens empfiehlt es sich aus Gründen der Rechtsstaatlichkeit das Verfahren zu objektivieren, im Sinne, dass für ein Einbürgerungsgesuch klare, gesamtschweizerisch geltende Voraussetzungen verlangt werden und keine anderen Kriterien, seien sie formeller oder materieller Art, zur Anwendung kommen. Zweitens empfiehlt es sich zur Verhinderung arbiträrer Entscheidungen, das Verfahren generell zu einem Verwaltungsakt mit Begründungspflicht und klar geregelter Prozedur zu machen.</p> <p>Viertens zeigt der historische Vergleich der Schweiz mit ihren Nachbarländern, dass sie europaweit seit 1952 die restriktivsten Bedingungen kennt, insbesondere was die Wohnsitzfrist betrifft. Diese sollte wieder auf ein angemessenes Mass reduziert werden.»</p>

Zürich, Oktober 2018

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

## Stellungnahme des Schweizerischen Zivildienstverbandes CIVIVA zur Änderung des Zivildienstgesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### Einleitung und grundsätzliche Beurteilung

Der Schweizerische Zivildienstverband CIVIVA vertritt die Interessen der Zivildienstleistenden und Einsatzbetriebe. CIVIVA ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### Kein Handlungsbedarf

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten



beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

## Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoß gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

## Unklare Auswirkungen

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. CIVIVA weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Der Schweizerische Zivildienstverband CIVIVA lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

## Eigene Vorschläge

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet CIVIVA, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. CIVIVA schlägt dazu folgende Massnahmen vor:



- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.
- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

## Kommentare zu den vorgeschlagenen Massnahmen

### Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist CIVIVA auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für CIVIVA ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

### Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Dienstage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.



Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

### **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

CIVIVA geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Dienstage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Dienstage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht von CIVIVA besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

CIVIVA ist der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. CIVIVA sieht absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildienstage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Dienstage erfüllen (2017: 96.7% aller Dienstage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Dienstage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Dienstage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.



## **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

### **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

CIVIVA bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Im Namen des Verbandsvorstandes

Lisa Mazzone  
Co-Präsidentin

Samuel Steiner  
Co-Präsident





Schweizerischer Unteroffiziersverband  
Association Suisse de Sous-Officiers  
Associazione Svizzera dei Sottufficiali  
Associazion Svizra dals Sutuffiziers

Zivildienst Zentralstelle

24. Sep. 2018

Eingescannt Ja  Nein

A-Priority CH-8625 Gossau,  
P.Lombriser, Saumstrasse 11A

Herr Christian Richterich  
Leiter Rechtsdienst  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Malerweg 6  
3600 Thun

Gossau, 21. September 2018

## Vernehmlassungsantwort zur Änderung des Zivildienstgesetzes

Sehr geehrter Herr Richterich

Wir danken Ihnen für die Einladung, am Vernehmlassungsverfahren bezüglich der Änderung des Zivildienstgesetzes (ZDG) teilzunehmen.

Der „**Schweizerische Untroffiziersverband**“ (SUOV), gegründet 1858, steht für die Milizarmee und eine sichere Schweiz ein. Der SUOV vertritt Heute die Interessen von über 9'000 Unteroffizieren, welche in 120 selbständigen Regional- und Kantonal-Verbänden organisiert sind. Der SUOV ist grundsätzlich politisch neutral. Bei Armeerelevanten und Sicherheitspolitischen Themen sowie Abstimmungen und Vernehmlassungen engagiert sich der Verband jedoch sehr stark für die Interessen der Armee. In diesem Zusammenhang werden auch zusammen anderen militärischen Dachverbänden Kampagnen und Podiumsdiskussionen organisiert.

Der SUOV vertritt seit Jahrzehnten die Haltung, dass **die Schweiz auch in Zukunft ein militärisch ausreichend geschützter Raum** bleiben muss, und dass eine sichere Schweiz angemessene Mittel für ihre Sicherheitspolitik benötigt. Vor diesem Hintergrund begrüsst und unterstützt der SUOV die Absicht, dass eine Anpassung des Zivildienstgesetzes in Angriff genommen wird, um die personellen Mittel der Schweizer Armee sicherzustellen.

### Keine Wahlfreiheit

Der SUOV, erachtet eine Anpassung des Zivildienstgesetzes als dringlich. Die **aktuelle Praxis entspricht de facto einer Wahlfreiheit** zwischen Militärdienst und Zivildienst. Dies ergibt in mehrfacher Hinsicht einen erheblichem Schaden: Einerseits für den Gedanken unserer Milizarmee, deren Angehörige sich notfalls mit ihrem Leben für die Sicherheit unseres Landes und seiner Bevölkerung einsetzen und andererseits für die Wehrgerechtigkeit.

Deshalb besteht aus Sicht des SUOV ein zwingender Handlungsbedarf, um die in **Art. 59 der Bundesverfassung definierte Militärdienstpflicht** nicht weiter zu untergraben. Zudem gefährdet die aktuelle Situation eine langfristig ausreichende und vollständige Alimentierung der Armee – eines der obersten Ziele der WEA. Für eine schlagkräftige Armee, die ihren Auftrag verantwortungsbewusst erfüllen will, ist eine nachhaltige Truppenalimentierung unerlässlich.

### **Verwässerter Tatbeweis**

Das gegenwärtig gültige Zivildienstgesetz geht aus Sicht des SUOV viel zu weit und ist entsprechend zu korrigieren. Der echte Tatbeweis ist immer mehr abhanden gekommen. Die aktuelle Situation stellt eine **eklatante Benachteiligung der Militärdienstleistenden** dar; der Bund muss diesen Missstand schnellstmöglich beheben. Wie zahlreiche Beispiele zeigen werden heute die **Mehrzahl der Zivildienstgesuche aus persönlichem Opportunismus** eingereicht. Dies stellt einen Affront gegenüber allen Militärdienstpflichtigen dar, welche gewissenhaft und unter Inkaufnahme persönlicher Einschränkungen ihren Dienst in der Milizarmee leisten. Die Zweckentfremdung des Zivildienstes für sachfremde Tätigkeiten muss rasch beendet werden, denn der Zivildienst ist letztlich als sicherheitspolitisches Instrument definiert. Der Zivildienst muss zu seiner Grundidee zurückgeführt werden, nämlich zu einem **zivilen Ersatzdienst für Diensttaugliche, die aus (echten) Gewissensgründen keinen Militärdienst leisten können oder wollen**.

### **Falsche Ausgestaltung des Zivildienstes rückgängig machen**

Der SUOV anerkennt das gesellschaftliche Bedürfnis, dass für Diensttaugliche ein ziviler Ersatzdienst als Alternative zum Militärdienst bestehen soll. An der Institution Zivildienst soll deshalb festgehalten werden. Der SUOV verurteilt jedoch die mittlerweile faktische Wahlfreiheit zwischen Militär- und Zivildienst. **Wer aus Gewissensgründen keinen Militärdienst leisten will oder kann, soll dies schlüssig darlegen müssen**. Nur wenn Gewissensgründe wirklich vorliegen, ist eine Zivildienstleistung legitim. Weiter begrüsst der SUOV sämtliche Massnahmen, welche verhindern, dass Militärdienstleistende aufgrund situationsbedingter Unannehmlichkeiten wie beispielsweise Wachdienste, Dienstwochenende und unvorteilhafte WK-Daten etc. einen Anreiz erhalten für ein Umteilungsgesuch in den Zivildienst. Gleichzeitig sind weitere wirksame Massnahmen zu treffen, die den Zivildienst im täglichen Dienstbetrieb anstrengender und weniger bequem gestalten, denn dieser stellt heute in vielerlei Hinsicht eine behaglichere und mit dem zivilen Leben besser zu vereinbarende Form von Dienstleistung als der Militärdienst dar.

### **Weitere Massnahmen sind notwendig**

**Der SUOV begrüsst und unterstützt die vom Bundesrat definierten sieben Massnahmen**. Die Stossrichtung stimmt: Die Massnahmen sollen den Zivildienst weniger attraktiv machen, den **Wechsel während und nach bestandener Rekrutenschule erschweren** und gleichzeitig weitere Missstände korrigieren. In einigen Punkten wird der Zivildienst durch das neue Gesetz bezüglich der Rahmenbedingungen an diejenigen des Militärdienstes angenähert (jährliche Einsatzpflicht, Hauptteil der Dienstleistung im Alter von 20 – 25 Jahren, Zeitpunkt des langen Einsatzes usw.). Da sich die genauen Auswirkungen der Massnahmen auf die Anzahl Zivildienstgesuche zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht beziffern lassen, muss nach der Einführung der Massnahmen eine **Wirkungsanalyse** vorgenommen werden. Sollte die Armee weiterhin vor Alimentierungsproblemen stehen, so muss der Bundesrat zusätzliche Korrekturen im Sinne einer Verschärfung vornehmen,

Neben den präsentierten sieben Massnahmen fordert der SUOV weitere Einschränkungen für den Übertritt aus dem Militärdienst in den Zivildienst. Denkbar ist eine drastische **Reduzierung der möglichen Zeitpunkte für die Einreichung des Zivildienstgesuchs** (Als Beispiel: Ein solches darf nur bis zu wenigen Wochen vor Beginn der Rekrutenschule möglich sein; mit dem Eintritt in den Militärdienst ist der Entscheid definitiv). Dadurch kann der schleichende Abgang von Armeeangehörigen aus den oben genannten, nicht mit den Prinzipien des Zivildienstes vereinbaren Gründen unterbunden werden. Trotzdem bleibt durch diese Massnahme das Prinzip des zivilen Ersatzdienstes unangetastet.

Zudem hält der SUOV fest, dass zusammen mit der Anpassung des ZDG auch die Verordnung über die Ausbildungsgutschrift für Milizkader der Armee (VAK) überarbeitet werden muss. Art. 3 Abs. 2 lit. c darin regelt, dass der Anspruch mit der Einreichung eines Gesuchs um Zulassung zum Zivildienst endet. Der SUOV fordert, dass diese Bestimmung dahingehend verschärft wird, damit **beim Wechsel in den Zivildienst sämtliche bereits erhaltenen Beiträge zurückerstattet** werden müssen. Denn das Kader ist durch seine hochwertige Führungsausbildung nicht ersetzbar und muss deshalb daran gehindert werden, in den Zivildienst zu wechseln. Zudem erkennt der SUOV **keinen plausiblen Grund**, weshalb ein Angehöriger der Schweizer Armee **erst nach vollendetet Kaderausbildung** zur Einsicht gelangen sollte, dass er aus Gewissensgründen keinen Militärdienst leisten will.

### **Keine zweckfremden Einsätze**

Der Zivildienst ist als sicherheitspolitisches Instrument definiert. Es ist deshalb nicht richtig, wenn die Einsätze von Zivildienern sich immer mehr von diesem Zweck entfernen. Wie zahlreiche Beispiele belegen, werden vermehrt Dienstage für entwicklungshilfeähnliche Einsätze im Ausland geleistet. Der Einsatz an der eigenen zivilen Arbeitsstelle entspricht ebenfalls nicht dem Zweck des Zivildienstes. Abwegige Zivildiensteinsätze in Feriencamps, Brockenstuben oder dergleichen müssen sofort eingestellt werden. Zudem konkurrieren gewisse Zivildiensteinsätze das lokale Gewerbe massiv was nicht tolerierbar ist.

### **Zusammenfassung der Stellungnahme**

- Der SUOV unterstützt die Stossrichtung vorgeschlagenen Massnahmen mit dem Ziel, die Alimentierung der Armee nachhaltig zu sichern und hierfür die Attraktivität des Zivildienstes zu mindern. Jedoch müssen die Massnahmen auf ihre Wirksamkeit überprüft und gegebenenfalls verschärft werden.
- Der Wechsel in den Zivildienst soll nur noch vor Beginn der Rekrutenschule möglich sein, wobei die Gewissensprüfung anstelle des Tatbeweises wiedereingeführt werden soll. Sollten diese Massnahmen nicht umgesetzt werden, ist die Verordnung über die Ausbildungsgutschrift für Milizkader der Armee dahingehend anzupassen, dass bereits bezogene Ausbildungsbeiträge an Kader vollständig zurückgezahlt werden müssen. Das gleiche gilt für Fachausbildungen wie z.B. LKW Prüfungen etc. hier sind dieselben Kriterien für alle AdA anzuwenden, welche auch in der Privatwirtschaft Usanz sind, wenn ein Mitarbeiter vorzeitig eine Firma verlässt, welche eine Ausbildung bezahlt hat.
- Zivildiensteinsätze, die nicht im Zusammenhang mit der Sicherheit des Landes stehen, müssen unterbunden werden.

Mit freundlichen Grüssen



Peter Lombriser  
Zentralpräsident SUOV

Zurich, octobre 2018

Département fédéral de l'économie,  
de la formation et de la recherche DEFR  
Organe d'exécution pour le service civil ZIVI  
Service juridique  
Malerweg 6  
3600 Thoune

## Position de la Fédération suisse du service civil CIVIVA concernant la modification de la loi sur le service civil

Monsieur le Conseiller fédéral Schneider-Ammann,  
Mesdames, Messieurs,

Dans votre rapport du 20 juin 2018, vous nous avez invités à prendre part à la procédure de consultation sur la modification de la loi sur le service civil proposée par le Conseil fédéral. Nous vous remercions de nous offrir cette opportunité, que nous saisissons en vous faisant parvenir la présente prise de position.

### Introduction et appréciation générale

La Fédération suisse du service civil CIVIVA représente les intérêts des civilistes et des établissements d'affectation du service civil. CIVIVA est convaincue que le service civil, sous sa forme actuelle, fonctionne parfaitement et est d'une grande utilité pour la société et l'environnement. Le service civil s'avère efficace en termes d'application, d'organisation et d'action. Il a du sens globalement, mais aussi pour chaque civiliste pris séparément.

La proposition de modification de la loi sur le service civil porte atteinte au service civil en tant que façon d'accomplir son obligation de servir et le remet fondamentalement en question. Des principes importants comme l'égalité de traitement de toutes les personnes astreintes à servir ou le droit de faire valoir à tout moment un conflit de conscience seraient compromis. Cette modification conduit à un grand nombre de conflits avec les droits fondamentaux, comme le montre l'avis de droit ci-joint.

Une modification de la loi sur le service civil doit être fondée sur le bon déroulement du service civil et ne pas être motivée par la volonté de résoudre les problèmes supposés de l'armée. Politiquement, vouloir dégrader un système qui fonctionne bien et fait ses preuves au profit d'un autre est hautement contestable. Les problèmes doivent être résolus là où ils existent. Le service civil doit s'adapter aux besoins de la société et non à ceux de l'armée.

### Aucune nécessité d'intervenir

Les trois rapports du Conseil fédéral sur les effets de la solution de la preuve par l'acte pour le service civil (2010, 2012, 2014) ainsi que le rapport du groupe d'étude sur l'obligation de service (2016) arrivent à la conclusion que le service civil ne compromet pas les effectifs de l'armée et que, par conséquent, il n'existe aucune nécessité de limiter l'accès au service civil. Jusqu'à aujourd'hui, aucune



étude quantitative reposant sur des données transparentes ne suggère que les effectifs de l'armée sont menacés par le service civil. La prétendue nécessité d'intervenir n'est ni étayée ni fondée.

## Inégalité de traitement entre les personnes astreintes au service

Les mesures proposées prévoient que plus une personne astreinte a déjà accompli de jours de service, plus les conditions pour passer au service civil empirent. Cette inégalité de traitement évidente et intentionnelle des personnes astreintes au service est inacceptable. Un conflit de conscience vis-à-vis du service militaire peut apparaître à tout moment, en particulier lorsqu'une personne astreinte a eu plusieurs expériences personnelles dans l'armée. L'idée de devoir restreindre plus fortement la « preuve par l'acte » est absurde et constitue une infraction par le Conseil fédéral lui-même au pacte de l'ONU sur les droits civils et politiques.

## Conséquences incertaines

Le Conseil fédéral part du principe que compliquer l'accès au service civil aura un effet direct sur les effectifs de l'armée. CIVIVA rappelle que les personnes astreintes au service ne constituent pas une variable d'ajustement anonyme qui peut être contrôlée selon le bon vouloir des politiques et de l'administration. Il s'agit bien davantage d'individus à part entière qui statuent en fonction de droits fondamentaux dont ils disposent, de différentes informations auxquelles ils ont accès et de leurs différentes possibilités d'action. Chaque décision de déposer une demande d'admission au service civil est le résultat d'une réflexion individuelle et d'expériences personnelles. Les modifications proposées ne tiennent aucunement compte de cet aspect.

Si les restrictions pour un passage ultérieur au service civil sont accentuées, un jeune homme astreint à servir qui, selon la loi actuelle, aurait déposé une demande d'admission au service civil aura plusieurs façons de procéder dans cette nouvelle situation :

- Il accepte les nouvelles conditions et passe tout de même au service civil.
- Il anticipe le fait qu'il pourra se retrouver en difficulté à l'avenir dans le cas où il ferait face à un conflit de conscience et dépose sa demande d'admission au service civil plus tôt.
- Il quitte l'armée par la « voie bleue » en prouvant son inaptitude à servir avec une expertise psychiatrique.
- Il reste dans l'armée, réduit sa participation au minimum et y effectue les tâches qui lui sont imposées à contrecœur jusqu'à la fin de son obligation de servir.

Il faut s'attendre à ce que toutes ces possibilités soient choisies dans différentes proportions. Les sept mesures aboutiront donc à des demandes d'admission au service civil anticipées, plus de personnes astreintes à servir déclarées inaptées ou aptes à la protection civile et plus de soldats non motivés dans l'armée. Il est très peu probable que des militaires souhaitant quitter l'armée redeviennent soudainement convaincus et enclins à servir, pour la seule raison qu'un changement de voie est rendu plus difficile. C'est particulièrement vrai également pour les sous-officiers et officiers qui sont déjà prêts à assumer des responsabilités dans l'armée et à accomplir davantage de jours, mais qui se verront encore davantage désavantager par ces restrictions.

La Fondation suisse du service civil CIVIVA s'oppose pour ces raisons à la modification de la loi sur le service civil dans son ensemble, ainsi qu'aux sept mesures prises séparément.

## Quelques propositions

La loi sur le service civil régit le service civil. Par conséquent, CIVIVA s'attend à ce qu'une modification de la LSC traite également du service civil et mette en valeur sa contribution extrêmement efficace au système de service obligatoire et à son bon fonctionnement. Il conviendrait au moins



d'essayer de faire évoluer le service civil de manière constructive. CIVIVA propose pour cela les mesures suivantes :

- Le service civil doit être encore plus orienté vers les situations exceptionnelles, comme les catastrophes environnementales ou les cas d'urgence humanitaire.
- Le service civil doit être flexible et permettre de nouvelles formes d'affectation, par exemple dans l'assistance des personnes nécessitant une prise en charge. Dans cette optique, le principe des affectations à temps plein doit être abandonné afin de permettre des services d'assistance plus longs et personnalisés.
- Les programmes prioritaires doivent être étendus à d'autres domaines ou être totalement supprimés.
- La formation des civilistes doit être renforcée et adaptée de manière plus spécifique aux besoins des affectations.

## Commentaires sur les mesures proposées

### Mesure n° 1 : minimum de 150 jours de service

Plus les personnes astreintes à servir présentent tard leur demande d'admission au service civil, plus cette mesure les met en difficulté. Elle pénalise tous ceux qui veulent donner une chance à l'armée et sont prêts à essayer le service militaire. Si un conflit de conscience survient par la suite, ils seront pénalisés de manière disproportionnée. Le minimum de 150 jours de service rend absurde le système de la preuve par l'acte. Une personne qui présente une demande d'admission au service civil au lieu de faire son dernier cours de répétition devra multiplier par plus de sept son nombre de jours de service à réaliser. Le facteur maximal de deux, reconnu internationalement, est ainsi largement dépassé. Pour un examen approfondi de la situation juridique, CIVIVA fournit l'avis de droit ci-joint.

Lors de son avis du 24 mai 2017 sur la motion 17.3006 « Modification de la loi sur le service civil » de la CPS-N, le Conseil fédéral a fait valoir ce qui suit :

*« Il est par contre difficile d'estimer quelles seraient la nature et l'ampleur des conséquences indésirables que cette mise en œuvre entraînerait et quels seraient les effets sur le nombre des admissions au service civil ou sur l'effectif de l'armée. Il faut cependant s'attendre à ce que, dans l'ensemble, les personnes astreintes au service militaire soient moins nombreuses à accomplir un service personnel. L'égalité face aux obligations militaires en serait ainsi affaiblie. Les proportions dans lesquelles la durée du service civil serait prolongée (jusqu'à un facteur de 195) et l'inégalité de traitement subie par les civilistes revêtiraient le caractère d'une sanction disproportionnée et seraient notamment incompatibles avec le principe de l'égalité de droit. »*

Pour CIVIVA, il est évident que cette argumentation vaut également pour la mesure proposée ici consistant en l'introduction d'un minimum de 150 jours de service. Un facteur de sept représente en outre une claire inégalité de traitement et est incompatible avec le principe de l'égalité devant la loi

### Mesure n° 2 : délai d'attente de 12 mois

Un délai d'attente d'un an pour l'admission au service civil des militaires incorporés dans l'armée, conformément aux art. 16 et 17, est clairement contraire au principe du conflit de conscience en vigueur (art. 1), puisque malgré la formulation manifeste du conflit de conscience, l'obligation de servir un an de plus dans l'armée est imposée. Par conséquent, la personne concernée se voit refuser l'accès au service civil pendant une année entière. En outre, le moment de la fin de la formation de base est un choix arbitraire du Conseil fédéral qui entraîne une inégalité de traitement patente des militaires incorporés qui ont déjà effectué davantage de jours de service. Un conflit de conscience vis-à-vis du



service militaire et le droit au service civil qui en découle peuvent surgir indépendamment de la durée du service militaire réalisé ou de la fonction et du grade.

Par ailleurs, ce délai peut entraîner une augmentation des désengagements pour cause d'inaptitude de la part des militaires concernés (« voie bleue »), cette voie n'impliquant aucun délai. D'autre part, l'augmentation des personnes concernées par des demandes de déplacement de service pendant le délai d'attente provoquera une hausse parallèle de la charge administrative de l'armée.

### **Mesure n° 3 : facteur 1,5, y compris pour les sous-officiers et les officiers**

CIVIVA part du principe que les sous-officiers et officiers, en raison de leurs prédispositions supposées pour la carrière militaire et leurs plus longues périodes de service supplémentaires, doivent avoir des motifs sérieux et importants pour passer au service civil et être disposés à allonger leur période de service civil, ce qui est déjà le cas aujourd'hui. La diminution du facteur de rallongement des jours de service qui s'applique actuellement pour les sous-officiers et officiers se justifie par le nombre bien plus élevé de jours de service qu'accomplissent ces derniers par rapport aux soldats. Cette règle a fait ses preuves au regard du faible nombre de personnes concernées. Un facteur 1,5 indépendant de la durée de service et des jours de service fournis par les sous-officiers et officiers constituerait un préjudice et une inégalité de traitement considérables pour ces derniers. Si l'accès au service civil est détérioré alors même qu'il a fait ses preuves, il faudra s'attendre à avoir des supérieurs démotivés au sein de l'armée ou à voir croître le nombre de désengagements pour cause d'inaptitude.

### **Mesure n° 4 : interdiction aux médecins de faire le service civil en tant que médecins**

La volonté d'interdire les affectations qui requièrent d'avoir débuté ou terminé des études de médecine est arbitraire. Le système de milice éprouvé en Suisse repose sur le principe d'une utilisation efficace des capacités civiles dans l'armée, la protection civile et le service civil.

### **Mesure n° 5 : pas d'admission de militaires n'ayant plus de jours de service à accomplir**

Fondamentalement, un désengagement du service militaire en raison d'un conflit de conscience doit être possible à tout moment, celui-ci pouvant apparaître lorsqu'une personne est par la suite astreinte au tir obligatoire. Du point de vue de CIVIVA, il serait bien plus sensé de réviser la procédure très complexe d'admission au service militaire sans arme. Si les personnes astreintes à servir pouvaient dès le début et sans obstacle effectuer un service militaire sans arme, le très petit nombre de cas (moins de 50 par an) concernés par cette mesure 5 n'existerait plus.

CIVIVA estime que les personnes admises au service civil doivent également effectuer un service civil efficace et reconnaît dans ce cas la nécessité d'intervenir sur le fond, mais refuse toute restriction du droit fondamental à l'objection de conscience, ce que représente cette mesure.

### **Mesure n° 6 : obligation d'accomplir une période d'affectation par année dès l'admission**

Actuellement, cette exigence est déjà réglementée de manière quasiment identique dans l'article 39a de l'ordonnance sur le service civil. CIVIVA ne voit absolument aucune raison à cette modification cosmétique puisque les jours de service civil sont déjà aujourd'hui accomplis de manière très fiable. L'organe d'exécution contribue, par une gestion efficace et flexible, à ce que les civilistes s'acquittent en règle générale de tous les jours de service ordonnés (2017 : 96,7 % de tous les jours de service). S'il arrive que certains civilistes n'effectuent pas tous leurs jours de service, il s'agit uniquement de cas extrêmes (maladie longue, départ à l'étranger, décès, refus total).

L'argument du Conseil fédéral que l'équivalence des services se manifeste également par leur exécution dans une même étape de la vie (généralement entre 20 et 25 ans pour la plupart) est contredit par la flexibilité introduite volontaire dans le Développement de l'armée concernant le commencement de l'ER. En outre, cette mesure entraîne des préjudices pour les établissements



d'affectation puisque les nombreuses affectations courtes devant être effectuées rendent la période d'apprentissage des tâches démesurée par rapport au temps de l'affectation. Actuellement, la Confédération elle-même offre également, en tant qu'établissement d'affectation, de nombreuses affectations qui nécessitent une haute qualification et pour lesquelles une durée minimale de plusieurs mois est revendiquée. Avec l'obligation d'accomplir une affectation par année, les jours de service restants à la fin de la nécessaire formation ne sont absolument pas suffisants par rapport à la durée minimale requise.

## **Mesure n° 7 : obligation pour les requérants ayant déposé leur demande pendant l'ER de terminer leur affectation longue au plus tard pendant l'année civile qui suit l'entrée en force de la décision d'admission**

Avec cette mesure, les personnes astreintes à servir qui sont admises au service civil alors qu'elles viennent d'une ER d'été se retrouvent en particulier dans une situation très délicate en termes de temps, puisqu'elles n'auraient qu'environ 1 an pour organiser et réaliser le service de 6 mois. Les répercussions sur la vie professionnelle ou sur la formation peuvent être lourdes, puisque ces personnes devraient accorder, en l'espace de deux années civiles, un temps considérable à l'obligation de servir. Il ne faut pas qu'une mesure visant à réduire l'attractivité du service civil se répercute finalement sur les employeurs et les instituts de formation, sans parler des obligations familiales.

## **Résumé et conclusion**

CIVIVA regrette que le Conseil fédéral se soit laissé mettre sous pression par les discours de certains politiciens spécialistes de la sécurité, qui utilisent notamment des propos discréditants et irrespectueux et qu'il soit maintenant prêt à cacher sous le tapis les problématiques propres à l'armée en adoptant des mesures allant à l'encontre d'un service civil qui est pourtant efficace, en constant développement et utile à la société. Dans le rapport explicatif pour la procédure de consultation, le Conseil fédéral s'exprime ainsi :

*« Dans la mesure où le nombre des personnes accomplissant le service civil diminuera à long terme à la suite de l'entrée en vigueur de la présente révision, les établissements d'affectation seront touchés, en particulier dans les domaines d'activité où les ressources nécessaires à l'accomplissement de tâches de la communauté sont insuffisantes ou sont absentes. Il convient toutefois d'accepter cet inconvénient eu égard à l'intérêt public prépondérant que constitue la garantie des effectifs de l'armée. »*

Le Conseil fédéral place les besoins de l'armée au-dessus de ceux de la société civile en prétextant la préservation des intérêts publics. Nous récusons cette interprétation et sommes convaincus que le bon fonctionnement de la société est ce qu'il y a de plus important pour la prospérité de la Suisse.

En vous priant de tenir compte des éléments développés ci-dessus dans la suite de la réflexion sur ce projet et en restant à votre disposition pour des explications complémentaires sur notre argumentation, nous vous prions d'agréer nos salutations distinguées.

Au nom du comité de l'association

Lisa Mazzone  
Co-présidente

Samuel Steiner  
Co-président



Zürich, Oktober 2018

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

## Stellungnahme des Schweizerischen Zivildienstverbandes CIVIVA zur Änderung des Zivildienstgesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### Einleitung und grundsätzliche Beurteilung

Der Schweizerische Zivildienstverband CIVIVA vertritt die Interessen der Zivildienstleistenden und Einsatzbetriebe. CIVIVA ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### Kein Handlungsbedarf

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten



beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

## Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoß gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

## Unklare Auswirkungen

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. CIVIVA weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Der Schweizerische Zivildienstverband CIVIVA lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

## Eigene Vorschläge

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet CIVIVA, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. CIVIVA schlägt dazu folgende Massnahmen vor:



- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.
- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

## Kommentare zu den vorgeschlagenen Massnahmen

### Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist CIVIVA auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für CIVIVA ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

### Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Dienstage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.



Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

### **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

CIVIVA geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Dienstage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Dienstage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht von CIVIVA besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

CIVIVA ist der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. CIVIVA sieht absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildienstage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Dienstage erfüllen (2017: 96.7% aller Dienstage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Dienstage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Dienstage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.



## **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

### **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

CIVIVA bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Im Namen des Verbandsvorstandes

Lisa Mazzone  
Co-Präsidentin

Samuel Steiner  
Co-Präsident



Zurigo, ottobre 2018

Dipartimento federale dell'economia,  
della formazione e della ricerca DEFR  
Organo d'esecuzione del servizio civile ZIVI  
Servizio giuridico  
Malerweg 6  
3600 Thun

## **Presenza di posizione della Federazione svizzera del servizio civile CIVIVA sulla modifica della legge sul servizio civile**

Egregio signor Consigliere federale Johann Schneider-Ammann  
Gentili signore, egregi signori,

Con la vostra lettera del 20 giugno 2018 ci avete invitato a partecipare alla procedura di consultazione sulla modifica della legge sul servizio civile. Vi ringraziamo di averci concesso questa opportunità e ne approfittiamo volentieri facendovi pervenire la seguente presa di posizione:

### **Introduzione e valutazione di principio**

La Federazione svizzera del servizio civile CIVIVA rappresenta gli interessi dei civilisti e degli istituti d'impiego. CIVIVA è convinta che il servizio civile nella sua forma attuale funziona molto bene ed è di grande utilità sia per la società che per la natura. Il servizio civile è efficace, ben organizzato, agisce concretamente e la sua utilità è riconosciuta sia in quanto sistema nel suo insieme che a livello dei singoli civilisti.

Le proposte di modifica della legge sul servizio civile si scagliano contro il servizio civile in quanto forma di servire e lo mettono fondamentalmente in discussione. Dei principi importanti come la parità di trattamento di tutti gli astretti al servizio o il diritto di far valere ad ogni momento un conflitto di coscienza sono violati. Questa modifica scatena molteplici conflitti con il diritto costituzionale come menzionato nel parere legale allegato (in francese).

Una modifica della legge sul servizio civile dovrebbe occuparsi del servizio civile e non cercare di risolvere i presunti problemi dell'esercito. È politicamente assai discutibile peggiorare un sistema ben funzionante per favorirne un altro. I problemi devono essere risolti là dove sussistono. Il servizio civile deve essere adattato ai bisogni della società, non a quelli dell'esercito.

### **Nessuna necessità di agire**

Sia i tre rapporti del Consiglio federale sugli effetti della soluzione della prova dell'atto nel servizio civile (2010; 2012, 2014) che il rapporto del gruppo di studio sull'obbligo di servire (2016) arrivano alla conclusione che il servizio civile non rappresenta una minaccia per gli effettivi dell'esercito e di conseguenza non c'è nessuna necessità d'agire per limitare l'accesso al servizio civile. A tutt'oggi non esiste nessuno studio basato su dati quantitativi che fa apparire il servizio civile come una minaccia per



gli effettivi dell'esercito. La presunta necessità d'agire si basa unicamente su delle affermazioni del comandante dell'esercito e di singoli rappresentanti attivi nella politica di sicurezza.

## **Disparità di trattamento degli astretti al servizio**

Le misure proposte prevedono che le condizioni per un'ammissione al servizio civile diventino sempre più dissuasive man mano che un astretto al servizio aumenta i giorni di servizio già prestati. Questa grossolana e intenzionale disparità di trattamento degli astretti al servizio civile non è accettabile. Un conflitto di coscienza con il servizio militare può apparire ad ogni momento ed in particolare anche quando un astretto al servizio ha acquisito una maggiore esperienza personale nell'esercito. Che in questo caso la „prova dell'atto“ sia penalizzata con un ostacolo più alto è assurdo e rappresenta, come ammesso dal Consiglio federale stesso, un'infrazione contro il Patto dell'ONU sui diritti civili e politici.

## **Effetti discutibili**

Il Consiglio federale parte dal principio che l'accesso più complicato al servizio civile ha un effetto diretto sugli effettivi dell'esercito. CIVIVA fa notare che gli astretti al servizio in Svizzera non rappresentano una massa anonima e manovrabile che può essere guidata senza reagire dalla politica e dall'amministrazione. Si tratta piuttosto di individui indipendenti che dispongono di diritti fondamentali, di molte informazioni e di diverse opzioni d'azione. Ogni decisione di inoltrare una domanda d'ammissione al servizio civile è il risultato di riflessioni individuali e di esperienze personali. Di questa situazione non si tiene per nulla conto nell'ambito delle modifiche proposte.

Se gli ostacoli nel caso di un passaggio tardivo al servizio civile sono innalzati, al giovane astretto al servizio che, con la legge attuale, avrebbe inoltrato una domanda d'ammissione al servizio civile, si presentano diverse possibilità d'azione nella nuova situazione:

- Accetta le nuove condizioni e passa comunque al servizio civile.
- Anticipa l'entrata in vigore dei futuri ostacoli supplementari e inoltra anticipatamente la sua domanda d'ammissione al servizio civile.
- Lascia l'esercito facendosi scartare ottenendo un certificato psichiatrico che lo dichiara inabile al servizio.
- Resta nell'esercito, riduce la sua partecipazione al minimo e aspetta demotivato la fine dei suoi giorni di servizio.

C'è da aspettarsi che la scelta di tutte queste possibilità si ripartisca tra tutti gli astretti al servizio interessati. Le sette misure proposte dal Consiglio federale avranno come conseguenze che le domande d'ammissione al servizio civile saranno inoltrate anticipatamente, che un numero maggiore di astretti al servizio si faranno dichiarare inabili e che un maggior numero di soldati demotivati rimarranno nell'esercito. È molto poco probabile che dei militari che vogliono lasciare l'esercito ritrovino improvvisamente e nuovamente la motivazione e la volontà di continuare a servirvi solo perchè l'uscita è resa loro più difficile. Questo riguarda in modo particolare i sottufficiali e gli ufficiali che sono pronti ad assumere delle responsabilità nell'esercito ed a prestare un numero superiore di giorni di servizio e che con queste proposte saranno ancora maggiormente penalizzati.

Per questi motivi la Federazione svizzera del servizio civile CIVIVA rigetta in blocco queste modifiche della legge sul servizio civile così come individualmente tutte e sette le misure proposte.

## **Le nostre proposte**

La legge sul servizio civile (LSC) regola il servizio civile. Di conseguenza CIVIVA si aspetta che una modifica della LSC si occupi anche del servizio civile e che apprezzi quest'ultimo come un elemento ben funzionante e estremamente efficiente del sistema dell'obbligo di servire. Si dovrebbe almeno tentare



di sviluppare ulteriormente il servizio civile in modo costruttivo. CIVIVA propone quindi le seguenti misure:

- Il servizio civile deve rinforzare il suo orientamento ed essere impiegato nelle situazioni straordinarie come le catastrofi ambientali o le situazioni d'urgenze umanitarie.
- Il servizio civile deve diventare più flessibile e permettere delle nuove forme d'impiego, per esempio nell'assistenza di persone con un bisogno d'accompagnamento. Per questo motivo il principio di impiego a tempo pieno deve essere abolito in modo da permettere servizi d'assistenza più lunghi e individualizzati.
- I programmi prioritari dovrebbero essere estesi a un numero più importante di ambiti d'impiego oppure essere totalmente aboliti.
- La formazione dei civilisti deve essere estesa e adattata più specificamente ai bisogni degli impiegati.

## **Misura 1: Numero minimo di 150 giorni di servizio**

Questa misura conduce ad un massiccio peggioramento per gli astretti al servizio man mano che ritardano l'inoltro della loro domanda d'ammissione al servizio civile. Sono puniti tutti coloro che danno una possibilità all'esercito e sono disposti ad prestare il servizio militare. Se un conflitto di coscienza appare in seguito esso viene punito con un fattore sproporzionatamente elevato. Con l'introduzione di un minimo di 150 giorni di servizio la prova dell'atto può diventare un'assurdità. Colui che inoltra una domanda d'ammissione al servizio civile per non effettuare il suo ultimo corso di ripetizione dovrà prestare più di sette volte il numero di giorni di servizio che gli resterebbero ancora da fare. Il fattore massimo di due riconosciuto internazionalmente sarà in questo modo ampiamente oltrepassato. Per un'argomentazione giuridica più dettagliata CIVIVA vi rinvia al parere legale allegato (in francese).

Nella sua presa di posizione del 24 maggio 2017 sulla mozione 17.3006 „Modifica della legge sul servizio civile“ il Consiglio federale faceva valere quanto segue rivolgendosi alla Commissione della politica di sicurezza del Consiglio nazionale (CPS-N):

*„Se si desse seguito alla mozione, sarebbe difficile valutare la natura e la portata delle conseguenze indesiderabili ed è impossibile stimare quali sarebbero le conseguenze sul numero di ammissioni al servizio civile o sugli effettivi dell'esercito. Nel complesso, tuttavia, ci si può aspettare che meno persone soggette all'obbligo di prestare servizio militare svolgeranno un servizio personale. Ciò intaccherebbe la parità di trattamento per quanto concerne l'obbligo militare.*

*Le proporzioni con cui verrebbe prolungata la durata del servizio civile (fino al fattore 195) e la disparità di trattamento riservato ai civilisti si tradurrebbero in una sanzione sproporzionata e sarebbero inoltre incompatibili con il principio dell'uguaglianza giuridica.“*

Per CIVIVA è ovvio che questa argomentazione vale anche per la misura proposta di un minimo di 150 giorni di servizio nel servizio civile. Anche un fattore sette rappresenta una chiara disparità di trattamento degli astretti al servizio civile e non è compatibile con l'uguaglianza davanti la giustizia.

## **Misura 2: Periodo d'attesa di 12 mesi**

Un periodo d'attesa di un anno per l'ammissione al servizio civile per i militari che hanno terminato l'istruzione di base (art. 16 e 17) contraddice chiaramente il principio in vigore del conflitto di coscienza (art. 1) poichè nonostante l'esplicita formulazione del conflitto di coscienza l'obbligo del servizio militare resta valido per un anno supplementare. Concretamente l'accesso al servizio civile viene negato alle persone interessate per un anno intero. Il momento della fine dell'istruzione di base è inoltre scelto arbitrariamente e conduce ad una chiara disparità di trattamento per i militari che hanno già prestato un numero più importante di giorni di servizio. Un conflitto di coscienza con il servizio



militare ed il conseguente diritto al servizio civile può apparire indipendentemente dalla durata di servizio militare già prestata o dalla funzione/grado.

Il periodo d'attesa proposto conduce in questo modo verso un possibile aumento delle partenze per motivi di inabilità dei soldati interessati („via blu“) visto che per i militi scartati non esistono periodi d'attesa. Inoltre si prospetta un aumento delle domande di rinvio del servizio delle persone interessate durante il periodo d'attesa con un conseguente aumento delle spese amministrative per l'esercito.

### **Misura 3: Fattore 1.5 anche per sottufficiali e ufficiali**

CIVIVA parte dal principio che i sottufficiali e gli ufficiali, per via della loro iniziale disponibilità ad intraprendere una carriera militare e una durata del servizio più lunga, abbiano delle ragioni importanti e da prendere sul serio per un passaggio al servizio civile e siano già oggi disposti ad assumere delle durate di servizio più lunghe. I giorni di servizio ed i fattori ridotti paragonati ai soldati per i sottufficiali e gli ufficiali valido fino ad ora sono giustificati dal numero molto più elevato di giorni di servizio prestati e da prestare e considerando il numero ridotto delle persone interessate. Un fattore di 1.5 indipendente dal tempo di servizio e dai giorni di servizio già prestati per i sottufficiali e gli ufficiali condurrebbe verso un massiccio peggioramento e ad una disparità di trattamento. Se il fin'ora possibile accesso al servizio civile sarà reso più difficile ci si dovrà attendere ad avere dei quadri superiori demotivati nell'esercito o un aumento delle partenze per motivi di inabilità.

### **Misura 4: Divieto per i medici di prestare servizio civile come medici**

Il divieto perseguito per gli impieghi di servizio civile nel caso di studi di medicina iniziati o terminati è arbitrario. Il sistema svizzero di milizia in vigore si basa sul principio che sia possibile utilizzare le competenze civili nell'esercito, nella protezione civile e nel servizio civile.

### **Misura 5: Rifiuto dell'ammissione al servizio civile per i militari che non hanno più giorni di servizio da prestare**

Per principio un'uscita dal servizio militare per dei motivi di coscienza deve essere possibile in qualsiasi momento, in particolare visto che un conflitto di coscienza può apparire anche a causa della continuità del tiro obbligatorio. Dal punto di vista di CIVIVA la necessità d'intervenire è nettamente più importante a livello di una revisione del dispendioso processo per l'ammissione al servizio militare senz'arma. Se gli astretti al servizio potessero dall'inizio accedere senza ostacoli al servizio militare senz'arma verrebbero a sparire anche i pochi casi (meno di 50 all'anno) che sarebbero toccati da questa misura. Secondo CIVIVA le persone ammesse al servizio civile devono anche effettivamente prestare un servizio civile e riconosce in questo caso la necessità di principio d'intervenire.

### **Misura 6: Obbligo d'impiego annuale a partire dall'ammissione**

Questa esigenza è già attualmente regolamentata pressoché in modo identico nell'articolo 39a dell'Ordinanza sul servizio civile. CIVIVA non vede assolutamente nessuna ragione per questa modifica cosmetica dell'esecuzione visto che i giorni di servizio civile sono già oggi prestati coscienziosamente. L'Organo d'esecuzione contribuisce tramite un'applicazione pragmatica e flessibile al fatto che normalmente i civilisti prestano la totalità dei loro giorni di servizio (2017: 96.7% di tutti i giorni di servizio). Solo nei casi estremi (lunga malattia, emigrazione, morte, obiezione totale) i civilisti non prestano la totalità dei giorni di servizio.

L'argomento del Consiglio federale secondo il quale l'uguaglianza del servizio è da ricercare anche tramite il suo svolgimento durante la stessa fase della vita (periodo principale di regola tra i 20 e i 25 anni) è smentito dal fatto che il progetto di sviluppo futuro dell'esercito prevede di rendere flessibile il momento d'inizio della scuola reclute. Inoltre questa misura implica degli svantaggi per gli istituti d'impiego visto che dovranno essere prestati una gran quantità di corti periodi d'impiego ed il periodo di introduzione al lavoro diventerà sproporzionatamente lungo rispetto il periodo d'impiego.



Addirittura la Confederazione in quanto istituto d'impiego offre anche molti posti d'impiego i quali esigono un'elevata qualifica e stabiliscono delle durate minime di diversi mesi. Con l'obbligo d'impiego annuale e dopo aver compiuto le necessarie formazioni ci si ritroverà spesso nella situazione di non disporre di un numero sufficiente di giorni di servizio come richiesto dalle durate minime.

## **Misura 7: Obbligo di terminare l'impiego di lunga durata entro l'anno civile successivo al passaggio in giudicato dell'ammissione per chi presenta la domanda durante la scuola reclute**

Questa misura svantaggerà in particolare gli astretti al servizio che saranno ammessi al servizio civile durante la scuola reclute estiva i quali saranno confrontati con dei tempi sproporzionatamente stretti poichè avranno approssimativamente un anno a disposizione per organizzare e prestare sei mesi di servizio civile. Gli effetti sulla vita lavorativa o sulla formazione possono essere importanti perchè queste persone dovranno consacrare una grande quantità di tempo al servizio durante un periodo della durata di due anni civili. Non è accettabile che una misura per la riduzione dell'attrattività del servizio civile vada a gravare sui datori di lavoro e gli istituti di formazione e ancor meno sugli obblighi famigliari.

## **Riassunto e conclusioni**

CIVIVA deplora che il Consiglio federale, a causa dell'astioso modo di discreditarne gli altri di un certo numero di persone che si occupano di politica di sicurezza, si è lasciato influenzare ed è ora disposto a mascherare le presunte mancanze dell'esercito con delle misure contro un servizio civile efficiente ed in continua evoluzione. Nel rapporto esplicativo relativo alla consultazione il Consiglio federale si esprime nel modo seguente:

*„Se dopo l'entrata in vigore della revisione saranno disponibili meno civilisti sul lungo periodo, a esserne interessati saranno soprattutto gli istituti d'impiego degli ambiti d'attività nei quali le risorse per lo svolgimento di compiti della società mancano o sono insufficienti. L'interesse pubblico preponderante di garantire gli effettivi dell'esercito giustifica tuttavia questo effetto.“*

Esso pone in questo modo i bisogni dell'esercito al di sopra di quelli della società civile e afferma di tutelare gli interessi collettivi. Noi non condividiamo questa interpretazione e siamo convinti che una società che funziona è la cosa più importante per assicurare il benessere della Svizzera.

In conclusione vi chiediamo di tener conto dei punti esposti nella presente presa di posizione durante l'ulteriore elaborazione del progetto di legge e restiamo volentieri a disposizione per dei chiarimenti supplementari riguardo alle nostre argomentazioni.

Distinti saluti.

A nome del comitato della Federazione svizzera del servizio civile

Lisa Mazzone  
Co-presidente

Samuel Steiner  
Co-presidente





Permanence romande pour civilistes et militaires  
Permanence@infodroit.ch ou  
Le mardi de 12 à 14 heures au 026 925 80 66.  
Pour les urgences, 079 524 35 74, veuillez laisser un message.

Flendruz, 16 juin 2018

### Avis de droit

*A qui de droit*

#### **7 mesures du Conseil fédéral destinées à la consultation. Modifications de la loi sur le service civil. 2018**

##### En préalable

1. Le droit à l'objection de conscience est un droit fondamental internationalement reconnu.
2. Il est reconnu par les jurisprudences du Comité des droits de l'homme et de la Cour Européenne des droits de l'homme, il est présent dans la constitution suisse<sup>1</sup>.
3. Ce droit s'appuie essentiellement tant sur le refus impératif de tuer que sur le refus de résoudre les conflits par la violence.
4. Le conflit entre l'obligation constitutionnelle de servir dans l'armée d'une part et la conscience d'autre part (appelé conflit de conscience) peut se manifester sous diverses formes et à divers moments, de façons plus ou moins virulentes ou soudaines, y compris parfois par des somatisations ou des actes de rébellions. La problématique a été largement résolue par deux mesures:
  - 1) Il a été renoncé au « contrôle de conscience » en adoptant le système dit de la preuve par l'acte, soit l'acceptation, par la personne qui demande le service civil d'une durée plus longue pour ce service que celle requise pour le service militaire.Cette mesure a pour avantage (en plus d'une forte diminution de la charge administrative) d'éviter d'une part l'aggravation et la stigmatisation du conflit de conscience par son besoin de le confronter à la procédure et de libérer d'autre part la personne concernée d'une appréhension et d'une expression intellectuelle et verbalisée de ce conflit, inévitablement discriminatoire selon le niveau d'éducation, et sujette d'autre part à des biais divers, puisque le résultat de l'examen dépendait largement du degré de préparation à celui-ci plutôt que de la nature même, des sources et des raisons du conflit de conscience.
6. Il convient toutefois de noter que ce système de quotité a dès le début présenté un défaut important, au demeurant partiellement caché des civilistes eux-mêmes, dans la mesure où la durée de service civil requise par la loi (1 fois et demie – 1,5 – celle du service militaire encore à faire au moment de la demande) est dans la pratique comparativement différente de la durée du service militaire réellement effectuée par les militaires libérés lorsqu'ils atteignent la limite d'âge. En effet, ceux-ci se voient alors remettre le solde des jours de service non-effectués, alors que les civilistes se voient pénalement condamnés s'ils n'effectuent pas l'entier de leurs jours avant la même limite d'âge (limite par ailleurs par elle-même plus exigeante, puisqu'ils ont plus de jours à effectuer dans le même laps de temps). L'armée a de plus tardé à donner les chiffres permettant de mesurer cette différence des durées respectives des

---

<sup>1</sup> Constitution fédérale (Cst.) [Article 10 sur la droit à la vie](#), [art. 15 sur la liberté de conscience](#), [art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement](#).



services. Pourtant des estimations raisonnables permettaient d'évaluer le nombre de jours de service civil effectués pour les civilistes demandant le service civil pour l'entier de leur périodes de service militaires comme étant environ du double du nombre de jour effectué en moyenne par les soldats terminant leur obligation à la limite d'âge<sup>2</sup>. Actuellement, ce taux semble s'être amélioré un peu, mais la durée comparée du service civil resterait de 1.8 plus élevée que la durée des services militaires, et non pas les 1.5 que stipule la loi. Il conviendra de vérifier les effets de la nouvelle loi sur l'armée sur cette problématique, la limite d'âge n'étant plus un âge fixe (p. ex. 34 ans), mais devenant un nombre de dix années pour faire les services requis après l'école de recrue<sup>3</sup>.

7. De plus la discrimination pénale demeure, puisque contrairement au service civil, aucune mesure permettant d'assurer le rythme et le progrès de la réalisation des périodes de service militaire, mesure accompagnées dans la loi sur le service civil de mesures pénales en cas de retards, n'ont été introduites dans la nouvelle législation sur la l'armée. Ainsi, le civiliste doit accomplir certaines périodes (la première suivant l'admission et la période longue) selon des délais fixes et il ne doit pas lui rester plus d'une certaine proportion de jours à faire avant d'atteindre la limite d'âge. Passé ces délais ou si la proportion de jours restant à faire est trop forte, le civiliste est convoqué d'office pour le surplus ou la période concernée, puis il encoure une peine s'il n'effectue pas la période requise. Il n'existe, pas de système similaire ou aussi contraignant dans l'armée. Pour avoir une vision complète de cette discrimination, pénalement grave, il conviendrait encore de comparer le nombre des dispenses pour justes motifs, lesquelles au demeurant ne font que repousser le problème, dispenses accordées tant pour les civilistes que pour les militaires. Nonobstant, vu la nature différente des système de suivi et de répression des deux sortes d'obligations, puisqu'il y a des condamnations pour retard dus au système de suivi contre les civilistes et qu'il n'y en a pas pour les militaires, la discrimination pénale demeure, tout comme demeurera a priori la discrimination sur les durées.

8. 2) Il importe de souligner que le service civil peut et doit pouvoir être demandé en tout temps, c'est d'ailleurs dans la loi<sup>4</sup>.

9. Cela concerne bien sûr la possibilité de demander le service civil depuis une période de service militaire, mais porte surtout sur la nature du conflit de conscience et relève en partie aussi du droit humanitaire.

10. Ainsi, le conflit de conscience peut se développer par une réflexion autonome, mais il peut aussi surgir, progressivement ou soudainement, face à une circonstance rencontrée dans le cadre du service militaire, par exemple lors de la première prise d'arme (il y a hélas des condamnations pour refus d'ordre de personnes qui font à ce moment-là un blocage psychologique) ou en étant mis en confrontation à une arme particulièrement destructive.

11. Il convient aussi, et c'est d'une grande importance, de citer le cas de l'objection de conscience à un ordre criminel, y compris ou surtout si celui-ci viole le droit humanitaire ; objection qui doit en effet pouvoir être exprimée en tout temps et en particulier de façon immédiate au moment de la réception de l'ordre contesté, cette objection devant alors, selon les circonstances, rejeter non-seulement l'ordre contesté lui-même mais aussi l'ensemble du système qui produit ou maintient cet ordre injuste, à tout le moins si l'ordre est maintenu, car alors seul le refus personnel et complet du système permettant, à défaut de pouvoir l'empêcher, la réalisation de ce ordre illégal et des ses conséquences, de préserver la conscience, et donc l'innocence de la personne confrontée à une telle situation. L'objection de conscience à une circonstance particulière devenant alors une objection au sens usuel du terme, une objection d'ensemble au service militaire<sup>5</sup>.

<sup>2</sup> Détail du calcul : <http://www.infodroit.ch/spip.php?article44>

<sup>3</sup> Ordonnance sur les obligations militaires (OMI), 1.1.2018, [art. 19](#).

<sup>4</sup> Loi sur le service civil, [art. 16](#).

<sup>5</sup> Voir par exemple, [Jacques Verhaegen](#) : «Le refus d'obéissance aux ordres manifestement criminels », revue du CICR, vol. 84, n° 845, mars 2002.



### Analyse des mesures proposées

**Mesure 1:** 150 jours de service civil pour toutes personnes n'ayant pas terminés ses « services d'instruction » et ayant moins de 100 jours de service militaire restant.

#### Appréciation générale

12. Par « services d'instruction », il est entendu toutes les périodes de services militaires, à savoir écoles de recrues, écoles de cadres et cours de répétition<sup>6</sup>.

13. La proposition équivaudrait à « condamner », imposer à tout militaire ayant entre 1 et 100 jours de service militaire encore à faire à effectuer 150 jours de service civil.

14. La mesure incite à terminer ses obligations militaires au lieu de demander le service civil.

15. Partant du constat, hautement probable<sup>7</sup>, selon lequel les pertes en effectifs augmentent en fonction de l'âge par lassitude, perte d'intérêt ou en raison de l'augmentation des obligations professionnelles et familiales. Il conviendrait toutefois de disposer des chiffres du nombre des personnes qui quittent l'arme dans ces tranches d'âge soit pour le service civil, soit pour raisons médicales. En effet, si le problème est une question d'emploi du temps, la demande de service civil est d'autant plus contre-productive.

16. A cet aune, la mesure aura pour effet principal d'augmenter le nombre de demandes médicales et assez peu de diminuer le nombre de service civil. Quand à sa capacité à renforcer la motivation pour l'armée, elle est ici hors contexte – ce n'est pas notre problème ou celui du service civil – et elle n'est que très indirecte, la diminution de l'attrait du service civil n'augmentant pas pour autant l'attrait pour l'armée.

#### Calculs concernant la mesure proposée

17. Dans la pratique, divers types de calculs sont possibles pour déterminer les effets et les proportions de la proposition. Mes connaissances mathématiques sont limitées, donc d'autres calculs sont peut-être possibles ou éventuellement meilleurs, mais ceux-ci révèlent plusieurs des effets pervers de la proposition:

a. Le facteur multipliant le nombre de jours à faire est, avec la proposition exponentiel : La personne qui aurait 1 seul jour d'armée encore à faire se retrouverait à en faire 150 jours, soit 150 fois plus que le nombre de jour d'armée requis.

Dans le détail, un militaire à qui il resterait :

1 cours de répétition (CR), soit 19 jours (150/19), verrait le multiplicateur passer de 1.5 à 7.89

2 cours de répétition, le facteur (150/38) est encore du quadruple (3.94)

3 cours de répétition, le facteur descend à 2.63

4 cours de répétition, le facteur est de 2 (1.97)

5 cours de répétition le facteur est encore de 1.57, soit plus haut que la loi actuelle ou que le facteur attribué aux civilistes ayant encore plus de jours.

Ce n'est donc qu'avec 6 cours de répétition encore à faire, soit avec le nombre total des cours de répétition à faire par les soldats, et donc durant le premier cours de répétition que l'ajout systématique de 150 jours, rejoint le facteur général de 1.5.

*Dit autrement, à quelques jours prêts, quiconque demanderait le service civil après l'école de recrue devrait faire 150 jours de service civil au moins, quelque soit le nombre de jour d'armée restant à faire. Pourquoi ne pas le dire ?*

b. Le calcul peut aussi être fait en tenant compte des jours de service militaires et civils faits au total. Exemple pour un soldat :

Ecole de recrue de 124 jours, solde 121 jours de service en CR. Total 245<sup>(8)</sup>. Service civil complet, 245 X 1.5 = 367 jours de service civil.

Jours de service mil faits : 244 (au lieu de 245)+150=394 (proposition). Système actuel : 244 + 2 (1 x 1.5) = 246 (actuel). Différence : 148 jours à faire en plus qu'avec le système actuel et ... 27 de plus qu'en ayant demandé le service civil dès le recrutement.

<sup>6</sup> Loi sur l'armée et l'administration militaire (LAAM), [art. 41](#).

<sup>7</sup> La permanence que nous représentons confirme, à sa modeste mesure, cette tendance. Les hommes de plus de 25 ans sont relativement nombreux à vouloir mettre un terme à leurs obligations militaires et leur nombre augmente avec l'âge

<sup>8</sup> OMI, [art. 47](#).



Jours de service faits :  $238 (6 \text{ CR faits}) + 150 = 388$  jours à faire ou (système actuel)  $238 + 9 (6 \times 1.5) = 247$ . Différence : 141 jours de service civil en plus qu'avec le système actuel, mais aussi 21 jours de service (mil et civ) en plus de ce que ce même soldat aurait eu à faire s'il avait demandé le service civil dès la fin du recrutement.

En cela, le service est *punitif parce qu'il impose des jours en plus ... pour avoir accepté de faire presque tout son service militaire !!!*

Jours de service faits :  $219 (5 \text{ CR}) + 150 = 369$  ou (actuel :)  $219 + 39 (26 \times 1.5) = 258$ . Différence : 111 jours de plus que le système actuel, mais encore 2 jours de plus qu'avec un service civil demandé dès l'origine.

Jours de service faits  $200 (4 \text{ CR}) + 150 = 350$  ou actuel  $200 + 68 (45 \times 1.5) = 268$ . Différence : 82 en plus que le système actuel.

A partir d'ici le nombre total de jours faits devient inférieur à un service civil demandé d'emblée et donc les jours de service militaire faits diminuent le nombre total de jours à faire.

Jours de service faits  $181 (3 \text{ CR}) + 150 = 331$  ou  $181 + 96 (64 \times 1.5) = 277$ . Différence, 54 jours de service civil en plus, mais 90 de moins qu'avec un service civil complet.

Jours de service faits  $162 (2 \text{ CR}) + 150 = 312$  ou

Jours de service faits  $143 (1 \text{ CR}) + 150 = 293$  ou  $143 + 156 (101 \times 1.5) = 299$  Différence  $\pm 0$ .

#### Effets pour la pratique

c. Les effets du nouveau système sur les intérêts des candidats civilistes, en termes de jours à faire seraient les suivants :

1) Le facteur de 1.5 s'applique durant l'école de recrue, voir durant le 1<sup>er</sup> CR. Inchangé.

2) Tout jour d'armée fait durant cette période diminue effectivement le nombre total (armée et sc) de jours à faire, par rapport à un service civil complet. Inchangé.

3) Dès le 2<sup>ème</sup> CR et jusqu'au 4<sup>ème</sup> CR, le nouveau système augmente progressivement, par rapport à l'ancien, effet étrange, le nombre de jours total à faire, même si l'on fait ces CR, soit d'avoir à faire encore plus de service en tout parce que l'on fait de l'armée (absurde !), puis d'avoir à faire du service civil en plus, même si le nombre de jours total de service civil et militaire reste inférieur à ce que devrait faire un civiliste de la première heure mis au facteur 1.5).

Exemple : Faire un 2<sup>ème</sup> CR de 19 jours et demander le sc, ajoute en plus de ces 19 jours 17 jours de service en tout (civil et militaire) par rapport au système actuel, dans lequel le civiliste en faisant ce CR épargnerait 9 jours de service civil ( $19 - x 1.5$ ). (Nouveau :  $162 \text{ SM} + 150 \text{ SC} = 312$  Ancien  $162 + 125$  (solde de  $83 \times 1.5$ ) = 287, nouveau = J plus 25. S'il ne fait pas ce CR (ancien  $\text{SM } 143 + \text{SC } 152 (101 \times 1.5) = 295$  soit quelques jours en plus de SC pour ne pas avoir fait ce cours (295 au lieu 287), mais toujours au total 17 jours de moins qu'en faisant ce CR dans le système proposé, lequel augmente donc le nombre de jours à faire sans donner de diminution pour ceux faits.

Idem pour les 3<sup>ème</sup> et 4<sup>ème</sup> CR. Je renonce aux calculs ici, mais le nombre de jours d'armée faits sans diminuer le nombre de jours de service totaux augmentera d'autant, par rapport à quelqu'un qui demande le SC après l'ER ou le 1<sup>er</sup> CR.

4) Dès le 5<sup>ème</sup> CR, le nombre total (SC et SM) de jours à faire devient plus grand que quelqu'un qui demande le service civil dès le 1<sup>er</sup> jour.

d. En résumé, il ne sera intéressant, en terme de jours à faire (ou rentable) de demander le service qu'entre le recrutement et la fin du 1<sup>er</sup> cours de répétition. A l'inverse, toute demande faite ultérieurement augmentera, de plus en plus gravement, la charge totale du nombre de jours à faire, laquelle dépassera, si le SC est demandé durant ou après le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, le nombre de jours à faire pour quelqu'un qui demande le service civil avant l'ER.

18. Tactiquement, pour le soutien aux objecteurs, l'intérêt à demander le service civil entre le recrutement et la fin de l'école de recrue reste similaire. Par contre, plus le militaire avance dans sa carrière militaire, plus la charge de jours augmente, plus il devient difficile de demander le service civil (et plus sera grande le besoin de demander la voie bleue).

19. Cela n'aura pas pour effet de diminuer fortement le nombre de demandes de service civil, puisque les demandes seront soit pour une part reportées plus tôt dans la carrière militaire, soit transformées en demande médicales et que rares seront les personnes qui en fin de carrière militaire décideront de finir leur service plutôt que de sortir de l'armée, d'une façon ou d'une autre.



### La durée du service civil en droit

20. En droit Suisse, le facteur légal de 1.5 est le même depuis l'origine. Avec toutefois la réserve présentée ci-dessus au point 6 concernant la durée effective (et non légale) située aux environ de 1.8.

21. Le droit international, le Comité des droits de l'homme et la Cour européenne des droits de l'homme, tiennent de jurisprudence constante le fait que le service civil doit être de nature civile et non-punitif.

22. Une durée supérieure au double du service militaire à remplacer est considérée comme excessive<sup>9</sup>. Ainsi, l'attribution à toute personne ayant moins de 75 jours de service militaire à faire de 150 jours de service civil serait contraire au droit international.

23. Mais c'est dans son ensemble, ou à tout le moins dès le 2<sup>ème</sup> cours de répétition, que la mesure est discriminatoire. D'abord parce que plus, ils servent dans l'armée, plus elle pénalise les militaires qui demandent le service civil. Ensuite, parce qu'elle traite différemment des personnes dans des situations similaires, à savoir des personnes présentant une demande de service civil, demande qui est de même nature quel que soit le moment où elle est faite et pour laquelle le nombre de jours de service militaire accomplis n'a aucune incidence, sauf peut-être à renforcer le besoin de présenter une objection de conscience, ce qui reste sans influence aucune sur le droit fondamental à demander le service civil.

24. La loi sur le service civil pose comme principe que la charge du service civil devrait équivalente à celle de l'armée<sup>10</sup>. Toutefois la mesure proposée, en tous les cas dès le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, puisque la charge en jours à faire est alourdie au-delà de ce que le militaire aurait à faire en demandant le service civil avant l'école de recrue. Ainsi, non-seulement, la personne concernée effectue la plus large part de son service militaire (les 3/4), mais elle y voit ajouté une part importante de service civil (150/367) soit presque la moitié du service civil en plus, pour un total qui dépasse ce qu'elle aurait eu à faire tant à l'armée qu'avec un service civil entier. A ce titre, la mesure est non seulement dissuasive, mais discriminatoire dans la mesure où elle pénalise ceux qui ont déjà fait beaucoup d'armée (ne devraient-ils pas au contraire être pour cela remerciés ?).

25. Par ailleurs, le droit à l'objection de conscience étant un droit fondamental, toute forme de dissuasion, en entravant son libre exercice, est déjà une violation du droit.

26. Et il est finalement, à mon sens, difficile la nature punitive de la mesure, puisque ce sont ceux-là même, qui ont le plus servi dans l'armée, qui se voient le plus pénalisés.

### Résumé :

- Violation du droit international sur la durée du service civil.
- Discrimination entre les civilistes « d'origine » et ceux qui demandent le service civil au cours de leur carrière militaire (l'objection reste la même, pour les mêmes motifs et contre le même service militaire, seule change la situation militaire).
- Mesure probablement punitive.
- Mesure simple en apparence, mais particulièrement compliquée à comprendre et à calculer, entre autres pour les personnes concernées.

---

<sup>9</sup> ONU, Comité des droits de l'homme: Foin v France (Communication No. 666/1995), CCPR/C/D/666/1995, 9 November 1999, para. 10.3, entre autres jurisprudence. Voir aussi: Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 8.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>  
Il existe aussi une traduction allemande de document, p. 21 : [http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV\\_2014-3\\_KDVundAsyl.pdf](http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV_2014-3_KDVundAsyl.pdf)

Voir aussi le rapport quadriennal du Haut Commissaire aux Droits de l'Homme sur l'objection de conscience, 1.5.2017, § 22.

<http://www.undocs.org/fr/A/HRC/35/4>

<sup>10</sup> LSC 5



### **Mesure 2 :**

Délai d'attente de 12 mois entre le dépôt de la demande et l'admission, avec obligation de faire les périodes de service militaires prévues.

27. La mesure est contraire à la constitution. Celle-ci prévoit, textuellement : « un service de remplacement »<sup>11</sup>. Or un *remplacement du service* n'est en aucun cas un service de remplacement *différé* avec maintien du service à remplacer, en attente du service de remplacement.

Des délais pour la mise en œuvre, par la personne concernée comme par l'administration, du service de remplacement sont acceptable, voir le maintien des obligations en attente de la décision d'admission<sup>12</sup>, mais en aucun le droit à l'objection de conscience ne saurait-il être suspendu.

28. De plus, la proposition est largement impraticable et passablement conflictogène. Les civilistes concernés ne se gêneront pas pour demander des reports, se faire porter malade ou pour ne pas se présenter et leur motifs de conscience finissant toujours par être reconnus, ils ne seront, s'ils sont que partiellement et inégalement sanctionnés pour ces déflections. Sans parler de la charge administrative supplémentaire pour les administrations cantonales.

### Résumé

- Mesure contraire à la constitution.
- Discrimination entre les civilistes qui font une demande avant l'école de recrue, lesquels ne sont pas condamnés à des périodes militaires et ceux qui la font après l'ER, qui doivent en faire ou, vaille que vaille, les faire annuler.
- Mesure de nature à créer de nombreuses difficultés administratives tant pour les conscrits et les civilistes que pour l'administration.

### **Mesure 3 :**

29. Suppression du facteur 1.1 et passage au facteur 1.5 pour les officiers et les sous-officiers supérieurs.

30. Les personnes concernées sont relativement peu nombreuses. Elles ont néanmoins les mêmes droits. Mais surtout toutes ces personnes, qui ont été obligées de revêtir ces fonctions d'encadrement, ont déjà servi, au moment de la demande d'admission au service civil plus de jours d'armée que ne servent les civilistes qui n'en a fait aucun. Le moins gradé de ceux-ci servira un total 440 jours de services au lieu de 245<sup>13</sup>. Pour obtenir son grade, il en aura déjà fait presque autant qu'un soldat normal. Et le solde de jour à faire, qu'il soit multiplié par 1.1. ou 1.5 dépassera de toutes façons le nombre maximal de jours effectués par un civiliste ne faisant pas d'armée du tout.

31. Sachant que l'obligation de grader est imposée, même avec un facteur 1.1, la personne qui demande le service civil alors qu'elle a déjà revêtu son grade est discriminée par rapport à un civiliste qui demande le service avant de recevoir le moindre grade. Augmenté cette durée plus encore, alors que la personne gradée sert déjà plus que toute autre personne sans garde, apparaît là aussi comme punitive.

### Résumé

- En conjonction avec la discrimination décrite ci-après, violation du droit international sur la durée du service de remplacement.
- Discrimination entre les officiers et sous-officiers supérieurs d'une part et les soldats d'autre part en raison d'abord de l'obligation de grader d'abord, pour laquelle les premiers ne peuvent rien, puis du fait qu'en raison de cette obligation, ils ont déjà effectué, contre leur gré, une durée de service aussi importante que les soldats, durée sur laquelle vient ensuite s'ajouter une très longue durée de service civil supplémentaire. Dit autrement, le soldat qui demande le service civil évite non-seulement de grader, mais tous les jours de service civil supplémentaires en cas de conflit de conscience alors que l'officier, qui est en droit de développer un conflit de conscience à tout moment, en est d'autant plus pénalisé.

<sup>11</sup> [Art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement.](#)

<sup>12</sup> [LSC 17 et 17a.](#)

<sup>13</sup> [OMI 47](#)



- Mesure qui ne touche qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 4 :**

32. Interdiction faite aux médecins de faire du service civil en tant que médecins.

33. Là encore, la mesure ne concerne que très peu de personnes. Les médecins ont en moyenne au moins 26-27 ans à la fin de leur formation et ce moment-là, la plupart des périodes longues sont faites. Mais quand bien même, faut-il priver les hôpitaux de ces médecins-là ?

34. Par ailleurs, la mesure est à nouveau discriminatoire ; pourquoi les médecins et pas les géologues, les travailleurs sociaux ou les enseignants ? Là ce ne serait plus seulement certains civilistes, mais tout le service d'intérêt public qui tendrait à être victime d'une vision trop étroite des possibilités de service civil.

35. Enfin, il existe certes une disposition qui interdit certaines affectations en fonction de la personne du civiliste, en particulier si elle favorise sa formation<sup>14</sup>. Et c'est probablement, dans ce contexte que la proposition s'inspirerait. Mais à nouveau, certains militaires exercent des fonctions militaires en lien avec leur profession – et pas seulement des médecins ! – en quoi des civilistes n'auraient-ils pas le droit d'en faire autant ?

#### Résumé

- Mesure hautement discriminatoire (par professions).
- Mesure ne touchant (en l'état, que les médecins) qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 5 :**

36. Pas d'admission au service civil pour les personnes pour lesquelles il ne reste plus de jours de service, mais pour lesquelles il reste des tirs obligatoires.

37. La question est controversée depuis longtemps. Seul sont concernés les militaires en service long, qui restent incorporés ensuite pendant 4 ans<sup>15</sup>. Il conviendrait de savoir combien il y a eu de cas.

38. Pour rappel, les militaires ont la possibilité de déposer l'arme, sans motifs, s'ils ne souhaitent pas la conserver, mais cela ne les dispense pas des tirs<sup>16</sup>.

39. D'abord, il convient de rappeler que l'exécution de tirs obligatoires, dans le cadre d'un service militaire, même terminé, peuvent donner lieu à conflit de conscience, qui plus est si celui-ci peut avoir à se manifester durant une période de 4 ans.

40. En ce sens, la mesure ignore et passe complètement à côté, nie un problème qu'il y aurait pourtant lieu de résoudre.

41. A mon sens, une procédure plus simple qu'une admission au service civil devrait permettre, par exemple mais en tous les cas pour motifs de conscience légitimes, de remettre l'arme définitivement et d'être ainsi dispensé des tirs obligatoires.

#### Résumé

- Violation du droit à l'objection de conscience
- Mesure administrative inadéquate
- Mesure ne touchant qu'un nombre limité de personne

#### **Mesure 6 :**

42. Les civilistes sont tenus de faire une période de service civil par année dès l'admission.

---

<sup>14</sup> [LSC 4a](#)

<sup>15</sup> [LAAM 54a](#)

<sup>16</sup> Ordonnance concernant l'équipement personnel des militaires (OEPM), [art. 6a](#).



43. La mesure existe déjà, [art. 39a](#) de l'ordonnance sur le service civil : « La personne astreinte au service civil *effectue chaque année* des affectations de service civil d'une durée de 26 jours au moins à partir de la deuxième année civile au plus tard ».

44. Les reports étant relativement fréquents, on peut se demander si c'est ceux-ci qu'il s'agit de limiter, mais le texte de la mesure est pour le surplus inutile.

#### Résumé

- Proposition de mesure incompétente, mesure déjà prévue par la loi.

#### Mesure 7 :

45. Obligation pour les personnes en service long, d'effectuer la période longue de service civile dans l'année qui suit (et non pas dans les trois ans qui suivent) l'admission au service civil.

46. Imposer un service civil long est une vieille mesure de 2011, que le Tribunal administratif fédéral avait annulée en raison de [l'article 20 de la LSC](#) qui stipule que le SC peut être fait en une ou plusieurs périodes<sup>17</sup>.

47. Depuis toujours, nous recommandons aux militaires en service long de passer d'abord au service normal, avant de demander le service civil, entre autres afin d'éviter le surplus de jours, actuellement 55 jours de service militaire ou 82 jours de service civil en plus<sup>18</sup>. Notre recommandation ne changera pas.

48. De plus, la mesure ne prévoit cette obligation que si l'école de recrue n'est pas terminée, or l'école de recrue est considérée comme terminée si 80% de ses jours ont été accomplis<sup>19</sup>; soit pour une école usuelle de 124 jours, dès le 100<sup>ème</sup> jour d'école de recrue. Mais dans la pratique, la demande de service civil peut être faite quelques jours plutôt, puisque celle-ci prend quelques jours, voir semaines à condition pour cela que l'admission à la fin du processus de demande intervienne après le 100<sup>ème</sup> jour de service.

49. Que ce soit en passant au service normal et en attendant les 80% de son service militaire (dans des conditions « suffisantes ») – si encore au service long avec les jours en sus – il est très facile d'éviter cette mesure et peu nombreux sont ceux qui se retrouveront à devoir faire une période longue ou leur période longue de service civile dans l'année qui suit. Au demeurant si un plan de carrière avait prévu une mise en suspend de celui-ci pour le service militaire long, avec une libération en fin d'école de recrue et une affectation longue trouvée rapidement, celle-ci peut être faite dans le temps préalablement dévolu au service militaire long.

50. La mesure est aussi discriminatoire puisqu'elle traite plus durement les militaires en service long que les militaires en service normal d'une part, et alors plus durement que les civilistes n'ayant pas débuté l'école de recrue d'autre part.

#### Résumé

- Mesure facile à contourner, voire à accommoder.
- Mesure ne concernant alors plus qu'un nombre limité de personne.
- Mesure discriminatoire.

#### Considérations finales

51. Les mesures 1 et 3 violent le droit international sur la durée du service civil.

52. La mesure 2 viole la constitution sur la notion de service de remplacement et la mesure 5 viole la constitution sur le droit à un service de remplacement.

53. Les mesures 1, 3, 4 et 7 sont clairement discriminatoires et violent à un titre ou un autre l'égalité de traitement.

54. Les mesures 3, 4, 5 et 7 ne touchent que – mais gravement – un nombre limité de personnes. À ce titre, le but premier de ces mesures n'est probablement pas ou que partiellement de toucher ces personnes-là, voire de les maintenir dans l'armée mais de donner l'impression qu'il est difficile ou déconseillé, qu'il est

<sup>17</sup> <http://www.infodroit.ch/spip.php?article91>

<sup>18</sup> [OMI 111](#)

<sup>19</sup> [OMI 57](#) ou [37 ordonnance sur le service civil \(OSI\)](#) (même teneur).



même dissuadé de sortir de l'armée. Un tel but viole le droit au service civil et un service civil non-discriminatoire et non-punitif.

55. Il convient d'ajouter à ce propos que les instances et jurisprudences internationales ont reconnus sans hésiter le droit à l'objection de conscience pour les appelés, comme pour les volontaires et les professionnels. Autrement dit et pour ce qui nous occupe ici, le droit à l'objection de conscience et au service de remplacement est et reste le même, ne saurait donc subir d'aggravation dans l'exercice du droit, soit l'accès au service civil, comme dans sa réalisation, soit l'accomplissement du service civil, que la personne concernée aie commencé ou non à servir dans l'armée<sup>20</sup>.

56. Les mesures 2, 3 et 4 supposent des difficultés de mise en œuvre particulièrement importantes. La mesure 5 pourrait faire l'objet d'une simplification administrative.

57. La mesure 6 est inutile, une aberration puisqu'elle préconise quelque chose qui existe déjà.

58. L'analyse de l'ensemble de ces mesures donne l'impression forte que l'armée est très embarrassée, mal à l'aise en raison des demandes service civil issues des ses rangs.

59. Ainsi quand bien même l'ensemble de ces mesures, si elles venaient à être mise en œuvre, aurait pourrait effet d'inciter les conscrits à demander le service civil bien plus tôt, ce qui n'est pas utile à l'armée non plus, il conviendrait de combattre ces mesures pour les effets et les complications graves qu'elles imposent, en toutes sortes de circonstances, aux militaires.

60. Il convient aussi de constater que les mesures proposées font preuve d'une méconnaissance, tant du droit international que du droit constitutionnel suisse qui confine à l'impréparation, voire au mépris, tant des civilistes que des militaires.

61. Enfin, dans le cadre des réactions à ces propositions de mesures, il conviendra de rappeler certaines ou l'ensemble de nos revendications de base, à savoir une présence civile lors du recrutement afin de faciliter son impartialité, un durée raisonnable et une compensation financière garantissant au moins l'accès au minimum vital<sup>21</sup>.

Christophe Barbey,  
Juriste, permanent depuis 2006

---

<sup>20</sup> Voir les résolutions du Conseil des Droits de l'Homme, par exemple la résolution du 8 octobre 2013, art. 12 [A/RES/HRC/24/17](#) ou Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quno 2015, p. 4.

<http://www.quno.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

<sup>21</sup> Avec une APG de 62.- par jour durant l'ER ou son équivalent au service civil, ou en cas d'absence de salaire préalable au service ou de droit à son équivalent, avec 1'800.- par mois ~, le minimum vital n'est pas atteint. Le dernier rapport du haut commissaire aux droits de l'homme mentionne une trop faible rémunération comme étant de nature punitive. [A/HRC/35/4](#), § 21.



**SCI Schweiz**

Volunteering for Peace

Service Civil International Schweizer Zweig • Monbijoustrasse 32 • Postfach • 3001 Bern  
+41 (0)31 381 46 20 • info@scich.org • www.scich.org • IBAN: CH26 0900 0000 8003 3387 4

## **Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über den zivilen Ersatzdienst: Stellungnahme des SCI Schweiz**

Der Service Civil International (SCI) hat sich seit seiner Gründung nach dem ersten Weltkrieg dafür eingesetzt, dass ein ziviler, aufbauender, dem Frieden dienender Dienst den Militärdienst ersetzen und - auf lange Sicht gesehen - ihn überflüssig machen sollte. Da es klar war, dass dies eine utopische Forderung war und ist, setzte sich der SCI ebenfalls von Anfang an dafür ein, dass wenigstens ein ziviler Alternativdienst geschaffen würde für die Männer, die den Militärdienst nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren können. Dass Jahr für Jahr Menschen, die ihrem Gewissen folgen wollen, durch die als Richter und gleichzeitig Ankläger funktionierende Militärjustiz ins Gefängnis geschickt wurden, war für den SCI eine ständige Herausforderung.

Als dann die Verfassungsänderung, die einen zivilen Ersatzdienst vorsah, von den Schweizer Stimmberechtigten angenommen wurde, war ein erstes Etappenziel erreicht. Seither steht in der Bundesverfassung: *Jeder Schweizer ist verpflichtet, Militärdienst zu leisten. Das Gesetz sieht einen zivilen Ersatzdienst vor.*

Die Abschaffung der Gewissensprüfung mit verbleibendem Tatbeweis eines anderthalbmal so langen Zivildienstes, war ein weiterer wesentlicher Schritt auf dem Weg. Es braucht ein gutes Stück Idealismus und Bereitschaft, eine Leistung für die Heimat zu erbringen, damit jemand bereit war und ist, den Zivildienst zu wählen statt den einfacheren Weg der Ausmusterung. Dass heute bis zu 35% (2017) der Stellungspflichtigen aus medizinischen Gründen als untauglich frei gestellt werden, beweist, wie einfach es ist, diesen Weg einzuschlagen. Wir kennen aber junge Männer, die bei der Aushebung als "untauglich" qualifiziert wurden, weil sie erklärten, dass sie Zivildienst leisten wollten. Und statt sich damit zufrieden zu geben, legten sie Rekurs gegen diese Qualifizierung ein, um tauglich erklärt zu werden und damit die Möglichkeit zu haben, Zivildienst zu leisten. Es ist klar, dass dahinter der Wunsch stand, etwas Sinnvolles zu tun.



Qualität im Austausch

Zivildienstleistende tun in der Tat sinnvolles: Sie arbeiten dort, wo Lücken bestehen, sei es im Pflegebereich, in der Landwirtschaft, im Umweltschutz, im Gesundheitswesen und wo auch immer in den heutigen vielfältigen Einsatzgebieten. Langfristig tragen Zivildienstleistende damit sicher mehr zum Frieden bei als Soldaten im Militärdienst. Denn das Sprichwort "Si vis pacem para bellum" bezeugt eine recht kurzfristige Sicht. Logischer und langfristig richtig wäre "Si vis pacem para pacem". Und hier setzt der Zivildienstleistende ein. Seine Arbeit an den Brennpunkten der Not stärkt die Solidarität im Land, ein wichtiger Friedensfaktor.

Noch besser wäre es natürlich, wenn der Zivildienst international geöffnet würde, wenn über die bescheidenen heute im Zivildienstgesetz vorgesehenen Auslandseinsätze hinaus noch viel mehr Einsätze als Zeichen der internationalen Solidarität möglich wären, und wenn andererseits Ausländer in unsern Zivildiensten mitarbeiten könnten. Das wäre dann der nächste Schritt.

**Doch leider gehen die Änderungen, die uns zur Vernehmlassung vorgelegt werden, in die entgegengesetzte Richtung.** Sie sind, wie auch offen zugegeben wird, auf Abschreckung ausgerichtet, um die Zahl der Zivildienstleistenden zu verringern und so "den Bestand der Armee nicht zu gefährden." Dies ist ein Trugschluss, denn dann wird eben vermehrt der Weg durch Ausmusterung gewählt werden, um keinen Militärdienst leisten zu müssen. Und auf alle Fälle steht diese Abschreckung in Widerspruch zur Idee, die zum oben erwähnten Artikel unserer Bundesverfassung geführt hat, nämlich die Absicht, Häftlinge aus Gewissensgründen in unsern Gefängnissen zu vermeiden.

Statt den Zivildienst zu einer friedenssichernden Institution weiter zu entwickeln, führen die zur Vernehmlassung vorliegenden Änderungen des Zivildienstgesetzes zu einem Rückschlag. Sie versuchen, ein wohl eher imaginäres Problem zu lösen, nämlich zu stark sinkende Bestände der Armee. Sie lösen aber dieses Problem nicht, sondern schaffen ein neues: Wohl werden Vereinzelte unwillig weiter in der Armee bleiben, noch mehr Betroffene aber werden die ohnehin grosse Zahl derer vergrössern, die den Weg der Ausmusterung wählen. Und vor allem werden durch Art. 17 wieder Häftlinge aus Gewissensgründen in den Schweizer Gefängnissen sitzen, etwas, das das Schweizer Volk durch die Schaffung des zivilen Ersatzdienstes und dessen Verankerung in der Bundesverfassung vermeiden wollte.

**Da die vorgeschlagenen Änderungen dem seinerzeit in der Abstimmung ausgedrückten Volkswillen widersprechen, lehnt der SCI sie zum grössten Teil ab.** Unten stehend wird unsere Stellungnahme zu den einzelnen Vorschlägen abgegeben.

## **Art, 1**

Die vorgenommene Ergänzung ist eine sinnvolle Präzisierung für den Fall eines Aktiv- oder Assistenzdienstes.

Wir stimmen der Ergänzung zu.

## **Art. 4a, Bst.e**

Das Verbot von Einsätzen, die ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, heisst im Klartext, dass Medizinstudenten oder Ärzte keine Einsätze leisten dürfen, bei denen sie ihre spezifischen Kenntnisse einsetzen können.

Mit andern Worten: Ein Arzt darf in der Landwirtschaft arbeiten, aber nicht in einem Spital. Damit schliesst man für Einsatzgebiete wie das Gesundheitswesen (Art.4,1a), die Bewältigung von Katastrophen (Art. 4,1h), im Ausland für humanitäre Hilfe (Art. 7,3a) oder zur Bewältigung von Katastrophen und Notlagen (Art. 7,3b) bestens qualifizierte Kräfte aus.

Das ist kontraproduktiv. Wir vermuten, dass diese neue Ausschlussregelung eingeführt wurde, weil befürchtet wird, dass zu viele Medizinstudenten den Zivildienst wählen zu Gunsten einer zusätzlichen Ausbildung und damit der Armee das nötige Personal für die Sanitätsabteilungen abgeht. Dass angehende oder bereits diplomierte Ärzte Gewissensprobleme haben, wenn sie Militärdienst leisten müssen, ist nachvollziehbar, kann doch die Textstelle im hippokratischen Eid „Οὐ δώσω δὲ οὐδὲ φάρμακον οὐδενὶ αἰτηθεὶς θανάσιμον“ durchaus als allgemeines Verbot der Tötung menschlichen Lebens aufgefasst werden.

Wir lehnen die Ergänzung ab.

## **Art. 8, Abs. 1**

Diese Minimalzahl von 150 Tagen Zivildienst steht völlig quer in der Landschaft. Ein Tatbeweis von anderthalb-mal die Länge der noch nicht geleisteten Militärdienste wurde als ausreichend angesehen (und ist unseres Erachtens ohnehin zu viel und verlockt doch einige unserer Mitbürger, lieber den bequemeren „blauen“ Weg der Ausmusterung aus Gesundheitsgründen zu gehen). Nun soll also für ältere, gereifere Persönlichkeiten plötzlich ein Tatbeweis von bis zu 7facher Länge gelten!

Dies ist absurd und zeigt, worum es bei dieser Verschärfung geht: Es ist eine Abschreckung, mit der man verhindern will, dass in einem WK plötzlich gewisse Spezialisten fehlen. Dass es dabei nur um den reibungslosen WK und nicht etwa um die Verteidigungsbereitschaft der Schweiz geht, liegt auf der Hand. Denn wenn jemand, abgeschreckt von den Konsequenzen, die diese lange Abwesenheit von Beruf und Familie mit sich bringen könnte, nun widerwillig und gegen sein Gewissen in den WK einrückt und sich damit tröstet, dass es ja nur eine Übung und nicht ein Ernstfall ist, so würde er doch im Ernstfall höchst wahrscheinlich seinem Gewissen folgen. erinnern wir uns daran, dass aus diesem Grund der erste Vorstoss für die Schaffung eines zivilen Alternativdienstes vom Generalstab der Schweizer Armee während des ersten Weltkrieges ausging mit der lapidaren Begründung: „Was nützt uns ein ausgebildeter Soldat, der dann im Ernstfall doch nicht schießt?“

Wir lehnen diesen Zusatz absolut ab. Sollte er im Gesetz stehen bleiben, so werden wir ein Referendum unterstützen.

**Art. 11, Abs. 2ter**

Diese Verlängerung des Einsatzzeitraums um ein Jahr ist eine weitere, aber kleine, Schlechterstellung der Zivildienstleistenden gegenüber den Militärdienstleistenden.

Wir nehmen dies zur Kenntnis.

**Art. 16**

Dies ist eine Präzisierung im Sinne von Art. 1

Wir stimmen der Ergänzung zu.

**Art. 17, 1**

Dieser Zusatz ist eine Präzisierung, die nötig wurde im Hinblick auf die neuen Abschnitte 17,2 und 17,3

Wir nehmen dies zur Kenntnis.

**Art. 17, 2**

Diese Wartefrist von einem Jahr zwischen Gesuchseinreichung und Entscheidung, während der Militärdienst geleistet werden muss, widerspricht dem Geist des Zivildienstgesetzes. Der Zivildienst wurde geschaffen und von den Bürgerinnen und Bürgern in einer Abstimmung angenommen, weil man eine Möglichkeit schaffen wollte für Männer, die den Militärdienst nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren können. Das Schweizer Volk wollte nicht noch länger Häftlinge aus Gewissensgründen in seinen Gefängnissen sehen. Diese neue Regelung wird unweigerlich dahin führen, dass weiterhin einige (vermutlich nicht alle, aber sicher viele) den Militärdienst verweigern werden und dann wohl von der Militärjustiz ins Gefängnis geschickt werden. Genau das wollte man vermeiden. Diese Regelung widerspricht dem Willen des Schweizer Volks.

Wir lehnen diesen Zusatz absolut ab und werden nötigenfalls ein Referendum unterstützen, sofern dieser Text im Gesetz stehen bleiben wird.

**Art. 17, 3**

Auch wenn hier die Wartefrist von einem Jahr entfällt, bleibt das Problem des erzwungenen Militärdiensts für einen Verweigerer aus Gewissensgründen bestehen.

Wir lehnen diesen Zusatz absolut ab und werden nötigenfalls ein Referendum unterstützen, sofern dieser Text im Gesetz stehen bleiben wird.

**Art. 17a**

Dies ist eine völlig unnötige Präzisierung.

Wir nehmen sie zur Kenntnis.

### **Art. 18**

Diese Zusätze sind Präzisierungen.

Wir nehmen sie zur Kenntnis.

### **Art. 20, zweiter Satz**

Hier entzieht man dem Bundesrat die Kompetenz zur Regelung. Dies ist im Zusammenhang mit Art. 21 zu sehen, wo definitive Regelungen nun auf Gesetzesstufe eingeführt werden. Zu den dort fest gehaltenen Verschärfungen nehmen wir dort Stellung. Grundsätzlich sind wir überzeugt, dass eine flexiblere Lösung einem starren Schema vorzuziehen ist.

Unter diesem Vorbehalt nehmen wir die Änderung zur Kenntnis.

### **Art. 21, 2**

Diese starre Regelung kann zu Problemen führen. Hier sollte die Möglichkeit zu grösserer Flexibilität bestehen, z.B. könnte auf einen längeren Einsatz ein Jahr ohne Einsatz folgen. Dies ist bei dieser Formulierung unmöglich und kann die Vereinbarkeit von Beruf, Ausbildung, Familie und Zivildienst in schwerem Masse behindern. Sollte dieser Zusatz tatsächlich ins Gesetz aufgenommen werden, so muss eine offenere Formulierung verwendet werden. Beispielsweise: „Sie erbringt ... **im Prinzip** jährliche Zivildienstleistungen ... **Ausnahmen sind zu begründen.**“

Grundsätzlich lehnen wir diesen Zusatz ab, könnten aber mit einer verbesserten Formulierung im obigen Sinne einverstanden sein.

### **Art. 21, 3**

Diese Verschärfung ist eine reine Schikane, um Rekruten von der Gesuchstellung abzuschrecken. Sie widerspricht damit dem grundsätzlichen Anliegen der Schweizer Bürgerinnen und Bürger, als sie für die Einführung eines Zivildienstes stimmten, der auch Rekruten die Möglichkeit geben sollte, einen mit dem Gewissen nicht zu vereinbarenden Militärdienst durch einen andern Dienst an der Heimat zu ersetzen.

Wir lehnen diesen Zusatz ab.

### **Art. 83, 2**

Mit diesem Zusatz begibt man sich in die Grauzone eines rückwirkenden Gesetzestexts.

Da wir ohnehin Art. 4a, Bst. e ablehnen, lehnen wir auch diesen Zusatz ab.



VEREIN SICHERHEITSPOLITIK  
UND WEHRWISSENSCHAFT

Postfach 2407, 8021 Zürich 1

VSWW, Postfach 2407, 8021 Zürich 1

Herr Christian Richterich  
Leiter Rechtsdienst  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Malerweg 6  
3600 Thun

Zivildienst Zentralstelle	
05. Juli 2018	
Eingescannt	Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>

Zürich, im Juli 2018

#### **Vernehmlassungsantwort zur Änderung des Zivildienstgesetzes**

Sehr geehrter Herr Richterich

Wir danken Ihnen für die Einladung, am Vernehmlassungsverfahren bezüglich der Änderung des Zivildienstgesetzes (ZDG) teilzunehmen. Sehr gerne teilt der Verein Sicherheitspolitik und Wehrwissenschaft (VSWW) seine Einschätzung für oben genanntes Vorhaben. Bei Fragen oder Unklarheiten stehen der Präsident und der Geschäftsführer für weitere Auskünfte gerne zur Verfügung.

Der Verein Sicherheitspolitik und Wehrwissenschaft erachtet eine Anpassung des Zivildienstgesetzes als dringlich. Die aktuelle Praxis entspricht de facto einer Wahlfreiheit zwischen Militärdienst und Zivildienst mit erheblichem Schaden für die Schweizer Milizarmee. Deshalb besteht aus Sicht des VSWW zwingender Handlungsbedarf, um die in Art. 59 der Bundesverfassung definierte Militärdienstpflicht nicht weiter zu untergraben. Zudem gefährdet die aktuelle Situation eine langfristig ausreichende und vollständige Alimentierung der Armee – eines der obersten Ziele der WEA. Für eine schlagkräftige Armee, die ihren Auftrag verantwortungsbewusst erfüllen will, ist eine nachhaltige Truppenalimentierung unerlässlich.

Das gegenwärtig gültige Zivildienstgesetz ist aus Sicht des VSWW zu locker. Es stellt eine frappante Diskriminierung aller Militärdienstleistenden dar; der Bund hat diesen Missstand schnellstmöglich zu beheben. Zu oft werden heute Zivildienstgesuche von Diensttauglichen eingereicht, die den Zivil- dem Militärdienst aufgrund persönlicher, teils temporärer Vorteile vorziehen. Diese Praxis stellt einen Affront gegenüber allen Militärdienstpflichtigen dar, welche gewissenhaft und unter Inkaufnahme persönlicher Einschränkungen bezüglich privatem und gesellschaftlichem Leben in der Milizarmee Dienst leisten. Die Zweckentfremdung des Zivildienstes muss zwingend beendet werden, damit dieser wieder zu einem zivilen Ersatzdienst für Diensttaugliche wird, die aus Gewissensgründen keinen Militärdienst leisten können oder wollen.

### **Falsche Ausgestaltung des Zivildienstes rückgängig machen**

Der VSWW anerkennt das gesellschaftliche Bedürfnis, dass für Diensttaugliche ein ziviler Ersatzdienst als Alternative zum Militärdienst bestehen soll. An der Institution Zivildienst soll festgehalten werden. Jedoch verurteilt der Verein die de facto herrschende Wahlfreiheit zwischen Militär- und Zivildienst. Wer aus Gewissensgründen keinen Militärdienst leisten will oder kann, soll diese schlüssig darlegen müssen. Nur wenn diese vorhanden sind, ist eine Zivildienstleistung legitim. Weiter begrüsst der VSWW sämtliche Massnahmen, welche verhindern, dass Militärdienstleistende aufgrund situationsbedingter Befindlichkeiten, dazu zählen Wachtdienste, Dienstwochenenden und unvorteilhafte WK-Daten, einen Anreiz erkennen für ein Umteilungsge-such in den Zivildienst. Gleichzeitig sind weitere wirksame Massnahmen zu treffen, die den Zivildienst nachhaltig unattraktiver gestalten. Denn aktuell stellt dieser in vielerlei Hinsicht eine «bequemere» und mit dem zivilen Leben besser zu vereinbarende Form von Dienstleistung als der Militärdienst dar.

### **Die Richtung ist vorgegeben, weitere Massnahmen sind aber ebenfalls zu prüfen**

Der VSWW begrüsst und unterstützt grundsätzlich die vom Bundesrat definierten sieben Massnahmen. Die Stossrichtung stimmt: Die Massnahmen sollen den Zivildienst weniger attraktiv machen, den Wechsel während und nach bestandener Rekrutenschule erschweren und gleichzeitig weitere Missstände korrigieren. Faktisch wird der Zivildienst durch das neue Gesetz bezüglich der Rahmenbedingungen an diejenigen des Militärdienstes angenähert (jährliche Einsatzpflicht, Hauptteil der Dienstleistung im Alter von 20 – 25 Jahren, Zeitpunkt des langen Einsatzes usw.). Die genauen Auswirkungen der Massnahmen auf die Anzahl Zivildienstgesuche lassen sich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht beziffern. Deshalb ist nach der Einführung der Massnahmen eine Wirkungsanalyse vorzunehmen. Gegebenenfalls muss der Bundesrat anschliessend Korrekturen im Sinne einer Verschärfung vornehmen, sollte die Armee weiterhin vor Alimentierungsproblemen stehen.

Neben den präsentierten sieben Massnahmen fordert der VSWW weitere Einschränkungen für den Übertritt aus dem Militärdienst in den Zivildienst. Denkbar ist eine drastische Reduzierung der möglichen Zeitpunkte für die Einreichung des Zivildienstgesuchs (Als Beispiel: Ein solches darf nur bis zu wenigen Wochen vor Beginn der Rekrutenschule möglich sein; mit dem Eintritt in den Militärdienst ist der Entscheid definitiv). Dadurch kann der schleichende Abgang von Armeeangehörigen aus den oben genannten, nicht mit den Prinzipien des Zivildienstes vereinbaren Gründen unterbunden werden. Trotzdem bleibt durch diese Massnahme das Prinzip des zivilen Ersatzdienstes unangetastet. Zuletzt hält der VSWW fest, dass einhergehend mit der Anpassung des ZDG auch die Verordnung über die Ausbildungsgutschrift für Milizkader der Armee (VAK) überarbeitet werden muss. Art. 3 Abs. 2 lit. c darin regelt, dass höhere Kader beim Gesuch um Zulassung zum Zivildienst ihren Anspruch auf die Ausbildungsgutschrift verlieren. Der VSWW fordert, dass diese Bestimmung dahingehend verschärft wird, damit beim Wechsel in den Zivildienst sämtliche bereits erhaltenen Beiträge zurückerstattet werden müssen. Denn das Kader ist durch seine hochwertige Führungsausbildung nicht ersetzbar und muss deshalb daran gehindert werden, in den Zivildienst zu wechseln. Zudem erkennt der VSWW keinen plausiblen Grund, weshalb ein Angehöriger der Schweizer Armee erst nach vollendetem Kaderausbildung zur Einsicht gelangen sollte, dass er aus Gewissensgründen keinen Militärdienst leisten will.

Es braucht allerdings auch Massnahmen von Seiten Armees: Es braucht in der Armeeführung einen Kulturwandel, der die Militärkarriere für Milizler wieder attraktiver macht. Es braucht in der ganzen Hierarchie weniger Regeln, Standards und (Verhaltens-) normen und dafür mehr Freiräume und „Herausforderer“, die die Rolle des «Advocatus Diaboli» übernehmen. Diese stammen vornehmlich aus der Miliz. Dazu gehörten aber Fehlerakzeptanz und Vertrauen. Gerade Letzteres fehlt zunehmend und kann in einer Grossorganisation mit Zwangscharakter nicht einfach durch Normen ersetzt werden. Menschen eignen sich besser, um Menschen zu führen, als Regeln. Unverständlich sind des weiteren alle die Unzulänglichkeiten und Fehler, die beim Übergang vom Zivilen in den Militärdienst immer noch gehäuft vorkommen: Schikanen, Kollektivstrafen und gehäufte organisatorische Unzulänglichkeiten, die dazu führen, dass viele Junge, welche das hören, schon früh den Entschluss fassen, sich dem Militärdienst gar nicht erst zu stellen.

#### Zusammenfassung der Stellungnahme

- Der VSWW unterstützt die Stossrichtung vorgeschlagenen Massnahmen mit dem Ziel, die Alimentierung der Armees nachhaltig zu sichern und hierfür die Attraktivität des Zivildienstes zu mindern. Jedoch müssen die Massnahmen auf ihre Wirksamkeit überprüft und gegebenenfalls verschärft werden.
- Der Wechsel in den Zivildienst soll nur noch vor Beginn der Rekrutenschule möglich sein, wobei die Gewissensprüfung anstelle des Tatbeweises wiedereingeführt werden soll. Sollten diese Massnahmen nicht umgesetzt werden, ist die Verordnung über die Ausbildungsgutschrift für Milizkader der Armees dahingehend anzupassen, dass bereits bezogene Ausbildungsbeiträge an höhere Kader vollständig zurückgezahlt werden müssen.

Freundliche Grüsse

VEREIN SICHERHEITSPOLITIK  
UND WEHRWISSENSCHAFT



Dr. Günter Heuberger, Präsident

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,  
Bildung und Forschung (WBF)  
Vollzugsstelle für den Zivildienst (ZIVI)

Per E-Mail: [rechtsdienst@zivi.admin.ch](mailto:rechtsdienst@zivi.admin.ch)

Bern, 10. Oktober 2018

## **Betreff: Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes (ZDG)**

Sehr geehrte Damen und Herren

Am 20. Juni 2018 haben Sie die Vernehmlassung über den Vorentwurf zur Änderung des Zivildienstgesetzes (ZDG) eröffnet. Die Jugendsession nutzt diese Gelegenheit und lässt Ihnen nachfolgend ihre Stellungnahme zukommen.

Die Jugendsession ist die wichtigste nationale Plattform für politische Jugendpartizipation. Die erste Jugendsession fand 1991 anlässlich der Feier 700 Jahre Eidgenossenschaft statt. Seit 1993 ermöglicht sie jedes Jahr 200 Jugendlichen, erste Erfahrungen in der Politik zu sammeln und beim Parlament Forderungen einzureichen.

### **1 Geschichtlicher Überblick**

Der Zivildienst war bereits an der ersten Jugendsession im Jahr 1991 ein Diskussionsthema. Daraus entstand eine Petition aus 10 Punkten an das eidgenössische Parlament. Die wichtigsten Punkte dieser Forderung waren die freie Wahl zwischen Zivildienst und Militärdienst (mit der Einführung des Zivildienstes), die gleiche Dauer für Zivildienst und Militärdienst sowie die Möglichkeit für Frauen, freiwillig Zivildienst zu leisten, solange die Gleichberechtigung noch nicht verwirklicht ist.

1995 hat die Jugendsession die Einführung eines freiwilligen Gemeinschaftsdienstes gefordert, der den Militärdienst und den Zivildienst ersetzen sollte, den es damals noch nicht gab. Gemäss der bei der Bundesversammlung eingereichten Petition sollte dieser Dienst 15 Wochen dauern.

2011 verlangte die Jugendsession, das Angebot an Zivildienststellen in Entwicklungsländern massiv auszubauen.

2013 hat die Jugendsession in einer ersten Forderung verlangt, eine gesetzliche Grundlage zur Gleichstellung von Zivildienst und Militärdienst bezüglich Dienstdauer und Zugang zu schaffen. In einer zweiten Forderung hat die Jugendsession zudem der Studiengruppe Dienstpflichtsystem vorgeschlagen:

1. Die Möglichkeiten zu erhöhen, den Militärdienst als Durchdiener zu leisten.
2. Das Zivildienstsystem zu korrigieren, indem bis zum 27. Lebensjahr die Möglichkeit besteht, den langen Einsatz von 180 Tagen zu leisten und so den Dienst zu flexibilisieren, um Studium oder Berufstätigkeit nicht zu unterbrechen.
3. Militärdienstuntauglichen zu ermöglichen, zum Zivildienst zugelassen zu werden.

Sie finden die genannten Petitionen im Anhang.

## **2 Kommentare zu den geplanten Massnahmen**

### **2.1 Massnahme Nr. 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Die Jugendsession hat 1991 und 2013 ausdrücklich gefordert, dass der Militärdienst und der Zivildienst die gleiche Dauer haben sollen. Unabhängig vom Zeitpunkt ein Minimum von 150 Zivildiensttagen für Armeeangehörige, die wechseln, zu verlangen, könnte zu einer massiven Erhöhung der zu leistenden Dienstage führen. Dies widerspricht dem von der Jugendsession geforderten Grundsatz der Gleichbehandlung und sie lehnt diese Massnahme deshalb ab.

Zudem hat die Jugendsession 1995 einen Gemeinschaftsdienst von 15 Wochen gefordert, was kürzer als 150 Tage ist.

### **2.2 Massnahme Nr. 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Die Jugendsession hatte im Jahr 2013 unter der Petition Gleichstellung von Militär- und Zivildienst die Gleichberechtigung der beiden Dienste gefordert. Dazu wird der Zugang explizit in der Forderung erwähnt. Durch die anstehende Veränderung würde dieser nicht mehr gelten, weswegen sich die Jugendsession hier klar dagegen positioniert.

### **2.3 Massnahme Nr. 3: Faktor 1,5**

Die Jugendsession hat 1991 und 2013 ausdrücklich gefordert, dass der Militärdienst und der Zivildienst die gleiche Dauer haben sollen. Der derzeit für Zivildienstleistende geltende Faktor 1,5 widerspricht diesen Forderungen. Die Jugendsession lehnt es also ab, diese Ungleichheit auszuweiten, indem sie nun gemäss Gesetzesentwurf auch für Unteroffiziere und Offiziere gelten soll.

### **2.4 Massnahme Nr. 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Die Jugendsession hat im Jahr 1991 und 2013, im Zusammenhang mit dem Militär- und Zivildienst, die Unterstützung der Entwicklungshilfe gefordert. Dies könnte zum Beispiel eine Möglichkeit für Mediziner darstellen, in ihrem Metier tätig zu sein, ohne das Aus- und Weiterbildungsverbot zu verletzen. Zudem wird in diesem Punkt die Gleichberechtigung zwischen den verschiedenen Berufen der Zivildienstleistenden nicht wahrgenommen. Deshalb lehnen wir diese Forderung ab.

### **2.5 Massnahme Nr. 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit o Restdiensttagen**

Die Jugendsession nimmt zu dieser Massnahme nicht Stellung.

## 2.6 Massnahme Nr. 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung

Die Jugendsession hat 2013 verlangt, dass der Militärdienst flexibler gestaltet werden sollte. So sollten zum Beispiel mehr Möglichkeiten, den Militärdienst als Durchdiener absolvieren zu können, vorhanden sein, damit der Berufs- bzw. Bildungsweg nicht ständig unterbrochen werden muss. Diese Flexibilisierung sollte, nach Meinung der Jugendsession, auch für Zivildienstleistende gelten, da wir für die Gleichstellung der zwei Dienstoptionen sind. Die Massnahme, welche der Bundesrat vorschlägt, geht genau in die andere Richtung als diese Forderung, weshalb wir diese klar ablehnen.

## 2.7 Massnahme Nr. 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen

Die Jugendsession hat bereits im Jahr 1991 die Gleichberechtigung, im Jahr 2013 aber auch ein flexibleres System der beiden Dienste gefordert. Zu berücksichtigen ist zudem, dass die Einteilung des langen Zivildienstes im ersten Jahr, aus den von ihnen erwähnten unterschiedlichen Platzangeboten, nicht immer möglich ist.

## 3 Fazit

Die Jugendsession ist der Meinung, dass der Zivildienst im Vergleich zum Militärdienst bereits benachteiligt ist, und hat stets die Gleichbehandlung der beiden Formen der Dienstpflicht gefordert. Sie lehnt es also ab, die Hürden für die Wahl und Erfüllung des Zivildienstes noch weiter zu erhöhen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung der erläuterten Aspekte und stehen Ihnen bei Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Arbeitsgruppe «Vernehmlassung ZDG»:

Melanie Ammeter  
Mitglied des Forums

Sean Langenegger  
Mitglied des Forums

Florian Schweri  
Co-Präsident des Forums

Anhang: Forderungen der Jugendsession mit Bezug auf den Zivildienst



## **Anhang der Stellungnahme der Jugendsession zur Änderung des Zivildienstgesetzes vom 20. Juni 2018:**

### **Liste der Forderungen der Jugendsession in Beziehung mit dem Thema Zivildienst und/oder Dienstpflicht**

Fünf Forderungen der Jugendsession betreffen das Thema Zivildienst und/oder Dienstpflicht:

- 1991 1. Zivildienst als Alternative zum Militärdienst
- 1995 2. Die Jugend in der Schweiz von morgen
- 2011 3. Entwicklungszusammenarbeit
- 2013 4. Gleichstellung von Militär- und Zivildienst
- 5. Jugendliche im Dienste des Landes



## Zivildienst als Alternative zum Militärdienst (1991)

*Adressat: Parlament*

*Eingabeform: Petition*

*Angenommen mit 166 zu 42 Stimmen*

### Inhalt

Wir, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Jugendsession 1991 sowie die Unterzeichneten, gelangen mit folgender Eingabe an die Eidgenössischen Räte:

Wir bitten Sie, sehr geehrte Damen und Herren, folgende Begehren wohlwollend zu prüfen:

Wir wünschen:

1. Die freie Wahl zwischen einem Zivildienst und einem Militärdienst für Männer und Frauen.
2. Dieser Gemeinschaftsdienst ist für die Männer obligatorisch und für die Frauen freiwillig, solange die Gleichberechtigung noch nicht verwirklicht ist.
3. Der Zivildienst darf nicht im Rahmen eines Strafverfahrens oder nach einer Gewissensprüfung angeordnet werden.
4. Der zivile Dienst und der militärische Dienst haben die gleiche Dauer.
5. Die Verwaltungsbehörde des Zivildienstes wird nicht dem Militärdepartement EMD unterstellt. Dies, um den Dienst an der Zivilbevölkerung und die Trennung zum Militärdienst hervorzuheben.
6. Die Abrieten innerhalb des zivilen Dienstes sind ausschliesslich für soziale, ökologische, friedenspolitische Zwecke und Entwicklungszusammenarbeit bestimmt.
7. Das Gebiet des Zivildienstes ist frei wählbar.
8. Bis zur Einführung eines Zivildienstes werden sämtliche Militärdienstverweigerer sofort amnestiert und leisten nach Einführung Zivildienst unter Abzug der verbüsstes Straftage.
9. In der Expertenkommission müssen mindestens 25 Prozent der Mitglieder Jugendliche unter 25 Jahren sein.
10. Um dem Zivildienst eine friedenspolitische Komponente zu geben, müsste das Armeebudget im Verhältnis der Militärdienst- und Zivildienstleistenden auf die jeweiligen Bereiche aufgeteilt werden (je mehr Zivildienstleistende, desto weniger Militärausgaben).

DE: <http://forderungen.jugendsession.ch/de/demand/194/show>

FR: <http://forderungen.jugendsession.ch/fr/demand/194/show>

IT: <http://forderungen.jugendsession.ch/it/demand/194/show>



## Die Jugend in der Schweiz von morgen (1995)

*Adressat: Bundesversammlung*

*Eingabeform: Petition*

*Angenommen mit 159 zu 0 Stimmen*

### Inhalt

#### 1. Finanzielle Unterstützung für sozial schlechter gestellte Familien

Wir schlagen vor, dass ein Generationenvertrag in der Art der AHV auch für die Jugend geschaffen wird. Er soll sozial schlechter gestellten Familien und alleinerziehenden Eltern finanzielle Unterstützung bieten. Der Fonds setzt sich aus Erbschaftssteuern mit einem um maximal 5% erhöhten Steuersatz zusammen.

#### 2. Gemeinsame Integration der Generationen

Wir fordern einen freiwilligen Gemeinschaftsdienst für Mann und Frau, worin sowohl der bisherige Militärdienst (resp. der Zivildienst von gleicher Dauer) wie auch eine vielfältige Auswahl an sozialen Diensten beinhaltet ist. Dieser Dienst soll 15 Wochen dauern.

#### 3. Jugendparlament

Wir fordern, dass jede politische Gemeinde in Zusammenarbeit mit den Jugendlichen ein Jugendparlament stellt. Die Gründung eines solchen Jugendparlamentes soll nicht verpflichtend sein, aber wenn ein Jugendparlament gegründet wird, so soll dieses durch die Gemeinde unterstützt werden. Das Jugendparlament wird vom Stadt- oder Gemeinderat aktiv bei jugendspezifischen Fragen miteinbezogen und hat das Recht, Beschlüsse des Stadt- oder Gemeinderates auf die Bedürfnisse und Anliegen der Jugendlichen zu prüfen.

4. Wir fordern, dass in der Verfassung verankert wird, Jugendparlamente in jedem Kanton zu gründen und dass der Bundesrat die Kantone auffordert, diese mit finanziellen Mitteln zu unterstützen.

5. Wir fordern, dass die Bundesversammlung unter Berücksichtigung der Zuständigkeit der Kantone unser Gesetz so abändert, dass die Kinderkonvention ratifiziert werden kann.

6. Wir fordern, dass unsere internationalen Beziehungen ausgebaut werden.

DE: <http://forderungen.jugendsession.ch/de/demand/154/show>

FR: <http://forderungen.jugendsession.ch/fr/demand/154/show>

IT: <http://forderungen.jugendsession.ch/it/demand/154/show>



## Entwicklungszusammenarbeit (2011)

*Adressat: Bund*

*Eingabeform: Petition*

*Angenommen mit 167 zu 1 Stimmen*

### **Inhalt**

Wir fordern vom Bund die Förderung des Zivildienstes im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit:

1. Das Angebot solcher Zivildienststellen ist massiv auszubauen und von der DEZA zu koordinieren.
2. Der Einsatz ist im Durchdienermodell während 300 Tagen in einem Entwicklungsland zu leisten.

### **Begründung**

Die Bereitschaft der Schweizer Jugend, gemeinnützige Arbeit dem Militärdienst vorzuziehen, wächst stetig. Solch motivierte Jugendliche bieten grosses Potenzial für die Entwicklungshilfe. Um dieses zu nutzen, muss das Angebot an Zivildienststellen in Entwicklungsländern massiv ausgebaut werden.

Die Zivildienstleistenden könnten so ihr Wissen in verschiedenen Bereichen an die Bevölkerung weitergeben. Die Erfolge würden sofort sichtbar, die Missbrauchsgefahr würde minimiert. Dadurch würde die Schweizer Bevölkerung für die Entwicklungshilfe sensibilisiert und deren breite Akzeptanz gefördert.

DE: <http://forderungen.jugendsession.ch/de/demand/265/show>

FR: <http://forderungen.jugendsession.ch/fr/demand/265/show>

IT: <http://forderungen.jugendsession.ch/it/demand/265/show>



## Gleichstellung von Militär- und Zivildienst (2013)

*Adressat: Parlament*

*Eingabeform: Petition*

*Angenommen mit 125 zu 41 Stimmen*

### **Inhalt**

Wir fordern vom Parlament eine gesetzliche Grundlage zur Gleichstellung von Zivildienst und Militärdienst bezüglich Dienstdauer und Zugang.

### **Begründung**

Wir erachten Zivil- und Militärdienst als gleichwertige Dienste an der Gesellschaft. Daher möchten wir die Ungleichbehandlung des Zivildienstes durch die längere Dienstdauer und durch bürokratische Hindernisse aufheben. Jeder junge Schweizer soll zwischen den beiden gleichwertigen Diensten frei wählen können. So wäre es auch für Frauen leichter, einen freiwilligen Zivildienst zu leisten. Durch die verstärkte Konkurrenz zwischen Militär- und Zivildienst erwarten wir eine Qualitäts- und Attraktivitätssteigerung beim Militär.

DE: <http://forderungen.jugendsession.ch/de/demand/32/show>

FR: <http://forderungen.jugendsession.ch/fr/demand/32/show>

IT: <http://forderungen.jugendsession.ch/it/demand/32/show>



## Jugendliche im Dienste des Landes (2013)

*Adressat: –*

*Eingabeform: Statement*

*Angenommen mit 138 zu 22 Stimmen*

### **Inhalt**

Um einen linearen Bildungsgang bzw. Berufsweg ohne ständige Unterbrechungen durch die Dienstpflicht zu garantieren und allen zu ermöglichen, Dienst nach ihren individuellen Fähigkeiten zu leisten, fordern wir die sich bildende Studiengruppe Dienstpflichtsystem auf, folgende Forderungen zu berücksichtigen:

1. Erhöhung der Möglichkeiten, in den verschiedenen Truppengattungen Militärdienst als Durchdiener zu leisten
2. Korrektur des aktuellen Zivildienstsystems, indem bis zum 27. Lebensjahr die Möglichkeit besteht, den langen Einsatz von 180 Tagen zu leisten
3. Bestimmten Militärdienstuntauglichen ermöglichen, dennoch zum Zivildienst zugelassen zu werden

### **Begründung**

Wir haben festgestellt, dass es allgemein für die jungen Schweizer problematisch ist, den eigenen Bildungs-, bzw. Berufsweg mit der Dienstpflicht zu vereinbaren.

Unsere Forderungen würden vor allem mehr Personen ermöglichen, Militärdienst ohne Unterbrechung der Ausbildung oder der Berufstätigkeit zu leisten, indem die Problematik der ständigen Wiederholungskurse gelöst wäre.

Zudem würde die vorgeschlagene Änderung den Zivildienstleistenden ermöglichen, den langen Einsatz dann zu leisten, wenn es für sie am günstigsten ist und die Ausbildung oder die Berufstätigkeit nicht übermässig beeinträchtigt.

Und schliesslich möchten wir auch hervorheben, dass viele Jugendliche zwar in der Lage und auch gewillt wären, für unser Land Zivildienst zu leisten, ihnen diese Möglichkeit jedoch verwehrt ist, nur weil sie militärdienstuntauglich sind. Daher finden wir, dass die Einführung einer neuen Personenkategorie "untauglich für den Militärdienst, aber tauglich für den Zivildienst" eine gute Lösung für dieses Problem wäre.

DE: <http://forderungen.jugendsession.ch/de/demand/27/show>

FR: <http://forderungen.jugendsession.ch/fr/demand/27/show>

IT: <http://forderungen.jugendsession.ch/it/demand/27/show>

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Murten, im Oktober 2018

## **Stellungnahme des Gesundheitsnetzes des Seebezirks (GNS) des Kt. Freiburg zur Änderung des Zivildienstgesetzes**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### **Einleitung und grundsätzliche Beurteilung**

Das Gesundheitsnetz See (GNS) vertritt die Interessen der Zivildienstleistenden in seinen Einsatzbetrieben. Das GNS ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### **Kein Handlungsbedarf**

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

### **Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen**

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoss gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

### **Unklare Auswirkungen**

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Das GNS weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Das GNS lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

### **Eigene Vorschläge**

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet das GNS, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Das GNS schlägt dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss

der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.

- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

### **Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdiensttage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist das GNS auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für das GNS ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

### **Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Dienstage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

### **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

Das GNS geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Diensttage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Diensttage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht des GNS besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

Das GNS ist der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Das GNS sieht absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildiensttage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Diensttage erfüllen (2017: 96.7% aller Diensttage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Diensttage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der

jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Diensttage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.

**Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

**Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

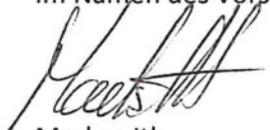
Das GNS bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

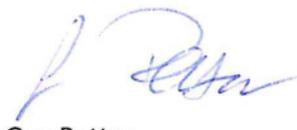
Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Im Namen des Vorstandes des GNS



Markus Ith  
Vorstandspräsident



Guy Petter  
Vizepräsident



Permanence romande pour civilistes et militaires  
Permanence@infodroit.ch ou  
Le mardi de 12 à 14 heures au 026 925 80 66.  
Pour les urgences, 079 524 35 74, veuillez laisser un message.

Flendruz, 16 juin 2018

### Avis de droit

*A qui de droit*

#### **7 mesures du Conseil fédéral destinées à la consultation. Modifications de la loi sur le service civil. 2018**

##### En préalable

1. Le droit à l'objection de conscience est un droit fondamental internationalement reconnu.
2. Il est reconnu par les jurisprudences du Comité des droits de l'homme et de la Cour Européenne des droits de l'homme, il est présent dans la constitution suisse<sup>1</sup>.
3. Ce droit s'appuie essentiellement tant sur le refus impératif de tuer que sur le refus de résoudre les conflits par la violence.
4. Le conflit entre l'obligation constitutionnelle de servir dans l'armée d'une part et la conscience d'autre part (appelé conflit de conscience) peut se manifester sous diverses formes et à divers moments, de façons plus ou moins virulentes ou soudaines, y compris parfois par des somatisations ou des actes de rébellions. La problématique a été largement résolue par deux mesures:
  - 1) Il a été renoncé au « contrôle de conscience » en adoptant le système dit de la preuve par l'acte, soit l'acceptation, par la personne qui demande le service civil d'une durée plus longue pour ce service que celle requise pour le service militaire.Cette mesure a pour avantage (en plus d'une forte diminution de la charge administrative) d'éviter d'une part l'aggravation et la stigmatisation du conflit de conscience par son besoin de le confronter à la procédure et de libérer d'autre part la personne concernée d'une appréhension et d'une expression intellectuelle et verbalisée de ce conflit, inévitablement discriminatoire selon le niveau d'éducation, et sujette d'autre part à des biais divers, puisque le résultat de l'examen dépendait largement du degré de préparation à celui-ci plutôt que de la nature même, des sources et des raisons du conflit de conscience.
6. Il convient toutefois de noter que ce système de quotité a dès le début présenté un défaut important, au demeurant partiellement caché des civilistes eux-mêmes, dans la mesure où la durée de service civil requise par la loi (1 fois et demie – 1,5 – celle du service militaire encore à faire au moment de la demande) est dans la pratique comparativement différente de la durée du service militaire réellement effectuée par les militaires libérés lorsqu'ils atteignent la limite d'âge. En effet, ceux-ci se voient alors remettre le solde des jours de service non-effectués, alors que les civilistes se voient pénalement condamnés s'ils n'effectuent pas l'entier de leurs jours avant la même limite d'âge (limite par ailleurs par elle-même plus exigeante, puisqu'ils ont plus de jours à effectuer dans le même laps de temps). L'armée a de plus tardé à donner les chiffres permettant de mesurer cette différence des durées respectives des

---

<sup>1</sup> Constitution fédérale (Cst.) [Article 10 sur la droit à la vie](#), [art. 15 sur la liberté de conscience](#), [art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement](#).



services. Pourtant des estimations raisonnables permettaient d'évaluer le nombre de jours de service civil effectués pour les civilistes demandant le service civil pour l'entier de leur périodes de service militaires comme étant environ du double du nombre de jour effectué en moyenne par les soldats terminant leur obligation à la limite d'âge<sup>2</sup>. Actuellement, ce taux semble s'être amélioré un peu, mais la durée comparée du service civil resterait de 1.8 plus élevée que la durée des services militaires, et non pas les 1.5 que stipule la loi. Il conviendra de vérifier les effets de la nouvelle loi sur l'armée sur cette problématique, la limite d'âge n'étant plus un âge fixe (p. ex. 34 ans), mais devenant un nombre de dix années pour faire les services requis après l'école de recrue<sup>3</sup>.

7. De plus la discrimination pénale demeure, puisque contrairement au service civil, aucune mesure permettant d'assurer le rythme et le progrès de la réalisation des périodes de service militaire, mesure accompagnées dans la loi sur le service civil de mesures pénales en cas de retards, n'ont été introduites dans la nouvelle législation sur la l'armée. Ainsi, le civiliste doit accomplir certaines périodes (la première suivant l'admission et la période longue) selon des délais fixes et il ne doit pas lui rester plus d'une certaine proportion de jours à faire avant d'atteindre la limite d'âge. Passé ces délais ou si la proportion de jours restant à faire est trop forte, le civiliste est convoqué d'office pour le surplus ou la période concernée, puis il encoure une peine s'il n'effectue pas la période requise. Il n'existe, pas de système similaire ou aussi contraignant dans l'armée. Pour avoir une vision complète de cette discrimination, pénalement grave, il conviendrait encore de comparer le nombre des dispenses pour justes motifs, lesquelles au demeurant ne font que repousser le problème, dispenses accordées tant pour les civilistes que pour les militaires. Nonobstant, vu la nature différente des système de suivi et de répression des deux sortes d'obligations, puisqu'il y a des condamnations pour retard dus au système de suivi contre les civilistes et qu'il n'y en a pas pour les militaires, la discrimination pénale demeure, tout comme demeurera a priori la discrimination sur les durées.

8. 2) Il importe de souligner que le service civil peut et doit pouvoir être demandé en tout temps, c'est d'ailleurs dans la loi<sup>4</sup>.

9. Cela concerne bien sûr la possibilité de demander le service civil depuis une période de service militaire, mais porte surtout sur la nature du conflit de conscience et relève en partie aussi du droit humanitaire.

10. Ainsi, le conflit de conscience peut se développer par une réflexion autonome, mais il peut aussi surgir, progressivement ou soudainement, face à une circonstance rencontrée dans le cadre du service militaire, par exemple lors de la première prise d'arme (il y a hélas des condamnations pour refus d'ordre de personnes qui font à ce moment-là un blocage psychologique) ou en étant mis en confrontation à une arme particulièrement destructive.

11. Il convient aussi, et c'est d'une grande importance, de citer le cas de l'objection de conscience à un ordre criminel, y compris ou surtout si celui-ci viole le droit humanitaire ; objection qui doit en effet pouvoir être exprimée en tout temps et en particulier de façon immédiate au moment de la réception de l'ordre contesté, cette objection devant alors, selon les circonstances, rejeter non-seulement l'ordre contesté lui-même mais aussi l'ensemble du système qui produit ou maintient cet ordre injuste, à tout le moins si l'ordre est maintenu, car alors seul le refus personnel et complet du système permettant, à défaut de pouvoir l'empêcher, la réalisation de ce ordre illégal et des ses conséquences, de préserver la conscience, et donc l'innocence de la personne confrontée à une telle situation. L'objection de conscience à une circonstance particulière devenant alors une objection au sens usuel du terme, une objection d'ensemble au service militaire<sup>5</sup>.

<sup>2</sup> Détail du calcul : <http://www.infodroit.ch/spip.php?article44>

<sup>3</sup> Ordonnance sur les obligations militaires (OMI), 1.1.2018, [art. 19](#).

<sup>4</sup> Loi sur le service civil, [art. 16](#).

<sup>5</sup> Voir par exemple, [Jacques Verhaegen](#) : «Le refus d'obéissance aux ordres manifestement criminels », revue du CICR, vol. 84, n° 845, mars 2002.



### Analyse des mesures proposées

**Mesure 1:** 150 jours de service civil pour toutes personnes n'ayant pas terminés ses « services d'instruction » et ayant moins de 100 jours de service militaire restant.

#### Appréciation générale

12. Par « services d'instruction », il est entendu toutes les périodes de services militaires, à savoir écoles de recrues, écoles de cadres et cours de répétition<sup>6</sup>.

13. La proposition équivaldrait à « condamner », imposer à tout militaire ayant entre 1 et 100 jours de service militaire encore à faire à effectuer 150 jours de service civil.

14. La mesure incite à terminer ses obligations militaires au lieu de demander le service civil.

15. Partant du constat, hautement probable<sup>7</sup>, selon lequel les pertes en effectifs augmentent en fonction de l'âge par lassitude, perte d'intérêt ou en raison de l'augmentation des obligations professionnelles et familiales. Il conviendrait toutefois de disposer des chiffres du nombre des personnes qui quittent l'arme dans ces tranches d'âge soit pour le service civil, soit pour raisons médicales. En effet, si le problème est une question d'emploi du temps, la demande de service civil est d'autant plus contre-productive.

16. A cet aulne, la mesure aura pour effet principal d'augmenter le nombre de demandes médicales et assez peu de diminuer le nombre de service civil. Quand à sa capacité à renforcer la motivation pour l'armée, elle est ici hors contexte – ce n'est pas notre problème ou celui du service civil – et elle n'est que très indirecte, la diminution de l'attrait du service civil n'augmentant pas pour autant l'attrait pour l'armée.

#### Calculs concernant la mesure proposée

17. Dans la pratique, divers types de calculs sont possibles pour déterminer les effets et les proportions de la proposition. Mes connaissances mathématiques sont limitées, donc d'autres calculs sont peut-être possibles ou éventuellement meilleurs, mais ceux-ci révèlent plusieurs des effets pervers de la proposition:

a. Le facteur multipliant le nombre de jours à faire est, avec la proposition exponentiel : La personne qui aurait 1 seul jour d'armée encore à faire se retrouverait à en faire 150 jours, soit 150 fois plus que le nombre de jour d'armée requis.

Dans le détail, un militaire à qui il resterait :

1 cours de répétition (CR), soit 19 jours (150/19), verrait le multiplicateur passer de 1.5 à 7.89

2 cours de répétition, le facteur (150/38) est encore du quadruple (3.94)

3 cours de répétition, le facteur descend à 2.63

4 cours de répétition, le facteur est de 2 (1.97)

5 cours de répétition le facteur est encore de 1.57, soit plus haut que la loi actuelle ou que le facteur attribué aux civilistes ayant encore plus de jours.

Ce n'est donc qu'avec 6 cours de répétition encore à faire, soit avec le nombre total des cours de répétition à faire par les soldats, et donc durant le premier cours de répétition que l'ajout systématique de 150 jours, rejoint le facteur général de 1.5.

*Dit autrement, à quelques jours prêts, quiconque demanderait le service civil après l'école de recrue devrait faire 150 jours de service civil au moins, quelque soit le nombre de jour d'armée restant à faire. Pourquoi ne pas le dire ?*

b. Le calcul peut aussi être fait en tenant compte des jours de service militaires et civils faits au total.

Exemple pour un soldat :

Ecole de recrue de 124 jours, solde 121 jours de service en CR. Total 245<sup>(8)</sup>. Service civil complet, 245 X 1.5 = 367 jours de service civil.

Jours de service mil faits : 244 (au lieu de 245)+150=394 (proposition). Système actuel : 244 + 2 (1 x 1.5) = 246 (actuel). Différence : 148 jours à faire en plus qu'avec le système actuel et ... 27 de plus qu'en ayant demandé le service civil dès le recrutement.

<sup>6</sup> Loi sur l'armée et l'administration militaire (LAAM), [art. 41](#).

<sup>7</sup> La permanence que nous représentons confirme, à sa modeste mesure, cette tendance. Les hommes de plus de 25 ans sont relativement nombreux à vouloir mettre un terme à leurs obligations militaires et leur nombre augmente avec l'âge

<sup>8</sup> OMI, [art. 47](#).



Jours de service faits :  $238 (6 \text{ CR faits}) + 150 = 388$  jours à faire ou (système actuel)  $238 + 9 (6 \times 1.5) = 247$ . Différence : 141 jours de service civil en plus qu'avec le système actuel, mais aussi 21 jours de service (mil et civ) en plus de ce que ce même soldat aurait eu à faire s'il avait demandé le service civil dès la fin du recrutement.

En cela, le service est *punitif parce qu'il impose des jours en plus ... pour avoir accepté de faire presque tout son service militaire !!!*

Jours de service faits :  $219 (5 \text{ CR}) + 150 = 369$  ou (actuel :)  $219 + 39 (26 \times 1.5) = 258$ . Différence : 111 jours de plus que le système actuel, mais encore 2 jours de plus qu'avec un service civil demandé dès l'origine.

Jours de service faits  $200 (4 \text{ CR}) + 150 = 350$  ou actuel  $200 + 68 (45 \times 1.5) = 268$ . Différence : 82 en plus que le système actuel.

A partir d'ici le nombre total de jours faits devient inférieur à un service civil demandé d'emblée et donc les jours de service militaire faits diminuent le nombre total de jours à faire.

Jours de service faits  $181 (3 \text{ CR}) + 150 = 331$  ou  $181 + 96 (64 \times 1.5) = 277$ . Différence, 54 jours de service civil en plus, mais 90 de moins qu'avec un service civil complet.

Jours de service faits  $162 (2 \text{ CR}) + 150 = 312$  ou

Jours de service faits  $143 (1 \text{ CR}) + 150 = 293$  ou  $143 + 156 (101 \times 1.5) = 299$  Différence  $\pm 0$ .

#### Effets pour la pratique

c. Les effets du nouveau système sur les intérêts des candidats civilistes, en termes de jours à faire seraient les suivants :

1) Le facteur de 1.5 s'applique durant l'école de recrue, voir durant le 1<sup>er</sup> CR. Inchangé.

2) Tout jour d'armée fait durant cette période diminue effectivement le nombre total (armée et sc) de jours à faire, par rapport à un service civil complet. Inchangé.

3) Dès le 2<sup>ème</sup> CR et jusqu'au 4<sup>ème</sup> CR, le nouveau système augmente progressivement, par rapport à l'ancien, effet étrange, le nombre de jours total à faire, même si l'on fait ces CR, soit d'avoir à faire encore plus de service en tout parce que l'on fait de l'armée (absurde !), puis d'avoir à faire du service civil en plus, même si le nombre de jours total de service civil et militaire reste inférieur à ce que devrait faire un civiliste de la première heure mis au facteur 1.5).

Exemple : Faire un 2<sup>ème</sup> CR de 19 jours et demander le sc, ajoute en plus de ces 19 jours 17 jours de service en tout (civil et militaire) par rapport au système actuel, dans lequel le civiliste en faisant ce CR épargnerait 9 jours de service civil ( $19 - x 1.5$ ). (Nouveau :  $162 \text{ SM} + 150 \text{ SC} = 312$  Ancien  $162 + 125$  (solde de  $83 \times 1.5) = 287$ , nouveau = J plus 25. S'il ne fait pas ce CR (ancien  $\text{SM } 143 + \text{SC } 152 (101 \times 1.5) = 295$  soit quelques jours en plus de SC pour ne pas avoir fait ce cours (295 au lieu 287), mais toujours au total 17 jours de moins qu'en faisant ce CR dans le système proposé, lequel augmente donc le nombre de jours à faire sans donner de diminution pour ceux faits.

Idem pour les 3<sup>ème</sup> et 4<sup>ème</sup> CR. Je renonce aux calculs ici, mais le nombre de jours d'armée faits sans diminuer le nombre de jours de service totaux augmentera d'autant, par rapport à quelqu'un qui demande le SC après l'ER ou le 1<sup>er</sup> CR.

4) Dès le 5<sup>ème</sup> CR, le nombre total (SC et SM) de jours à faire devient plus grand que quelqu'un qui demande le service civil dès le 1<sup>er</sup> jour.

d. En résumé, il ne sera intéressant, en terme de jours à faire (ou rentable) de demander le service qu'entre le recrutement et la fin du 1<sup>er</sup> cours de répétition. A l'inverse, toute demande faite ultérieurement augmentera, de plus en plus gravement, la charge totale du nombre de jours à faire, laquelle dépassera, si le SC est demandé durant ou après le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, le nombre de jours à faire pour quelqu'un qui demande le service civil avant l'ER.

18. Tactiquement, pour le soutien aux objecteurs, l'intérêt à demander le service civil entre le recrutement et la fin de l'école de recrue reste similaire. Par contre, plus le militaire avance dans sa carrière militaire, plus la charge de jours augmente, plus il devient difficile de demander le service civil (et plus sera grande le besoin de demander la voie bleue).

19. Cela n'aura pas pour effet de diminuer fortement le nombre de demandes de service civil, puisque les demandes seront soit pour une part reportées plus tôt dans la carrière militaire, soit transformées en demande médicales et que rares seront les personnes qui en fin de carrière militaire décideront de finir leur service plutôt que de sortir de l'armée, d'une façon ou d'une autre.



### La durée du service civil en droit

20. En droit Suisse, le facteur légal de 1.5 est le même depuis l'origine. Avec toutefois la réserve présentée ci-dessus au point 6 concernant la durée effective (et non légale) située aux environ de 1.8.

21. Le droit international, le Comité des droits de l'homme et la Cour européenne des droits de l'homme, tiennent de jurisprudence constante le fait que le service civil doit être de nature civile et non-punitif.

22. Une durée supérieure au double du service militaire à remplacer est considérée comme excessive<sup>9</sup>. Ainsi, l'attribution à toute personne ayant moins de 75 jours de service militaire à faire de 150 jours de service civil serait contraire au droit international.

23. Mais c'est dans son ensemble, ou à tout le moins dès le 2<sup>ème</sup> cours de répétition, que la mesure est discriminatoire. D'abord parce que plus, ils servent dans l'armée, plus elle pénalise les militaires qui demandent le service civil. Ensuite, parce qu'elle traite différemment des personnes dans des situations similaires, à savoir des personnes présentant une demande de service civil, demande qui est de même nature quel que soit le moment où elle est faite et pour laquelle le nombre de jours de service militaire accomplis n'a aucune incidence, sauf peut-être à renforcer le besoin de présenter une objection de conscience, ce qui reste sans influence aucune sur le droit fondamental à demander le service civil.

24. La loi sur le service civil pose comme principe que la charge du service civil devrait équivalente à celle de l'armée<sup>10</sup>. Toutefois la mesure proposée, en tous les cas dès le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, puisque la charge en jours à faire est alourdie au-delà de ce que le militaire aurait à faire en demandant le service civil avant l'école de recrue. Ainsi, non-seulement, la personne concernée effectue la plus large part de son service militaire (les 3/4), mais elle y voit ajouté une part importante de service civil (150/367) soit presque la moitié du service civil en plus, pour un total qui dépasse ce qu'elle aurait eu à faire tant à l'armée qu'avec un service civil entier. A ce titre, la mesure est non seulement dissuasive, mais discriminatoire dans la mesure où elle pénalise ceux qui ont déjà fait beaucoup d'armée (ne devraient-ils pas au contraire être pour cela remerciés ?).

25. Par ailleurs, le droit à l'objection de conscience étant un droit fondamental, toute forme de dissuasion, en entravant son libre exercice, est déjà une violation du droit.

26. Et il est finalement, à mon sens, difficile la nature punitive de la mesure, puisque ce sont ceux-là même, qui ont le plus servi dans l'armée, qui se voient le plus pénalisés.

### Résumé :

- Violation du droit international sur la durée du service civil.
- Discrimination entre les civilistes « d'origine » et ceux qui demandent le service civil au cours de leur carrière militaire (l'objection reste la même, pour les mêmes motifs et contre le même service militaire, seule change la situation militaire).
- Mesure probablement punitive.
- Mesure simple en apparence, mais particulièrement compliquée à comprendre et à calculer, entre autres pour les personnes concernées.

---

<sup>9</sup> ONU, Comité des droits de l'homme: Foin v France (Communication No. 666/1995), CCPR/C/D/666/1995, 9 November 1999, para. 10.3, entre autres jurisprudence. Voir aussi: Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 8.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>  
Il existe aussi une traduction allemande de document, p. 21 : [http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV\\_2014-3\\_KDVundAsyl.pdf](http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV_2014-3_KDVundAsyl.pdf)

Voir aussi le rapport quadriennal du Haut Commissaire aux Droits de l'Homme sur l'objection de conscience, 1.5.2017, § 22.

<http://www.undocs.org/fr/A/HRC/35/4>

<sup>10</sup> LSC 5



### **Mesure 2 :**

Délai d'attente de 12 mois entre le dépôt de la demande et l'admission, avec obligation de faire les périodes de service militaires prévues.

27. La mesure est contraire à la constitution. Celle-ci prévoit, textuellement : « un service de remplacement »<sup>11</sup>. Or un *remplacement du service* n'est en aucun cas un service de remplacement *différé* avec maintien du service à remplacer, en attente du service de remplacement.

Des délais pour la mise en œuvre, par la personne concernée comme par l'administration, du service de remplacement sont acceptable, voir le maintien des obligations en attente de la décision d'admission<sup>12</sup>, mais en aucun le droit à l'objection de conscience ne saurait-il être suspendu.

28. De plus, la proposition est largement impraticable et passablement conflictogène. Les civilistes concernés ne se gêneront pas pour demander des reports, se faire porter malade ou pour ne pas se présenter et leur motifs de conscience finissant toujours par être reconnus, ils ne seront, s'ils sont que partiellement et inégalement sanctionnés pour ces déflections. Sans parler de la charge administrative supplémentaire pour les administrations cantonales.

### Résumé

- Mesure contraire à la constitution.
- Discrimination entre les civilistes qui font une demande avant l'école de recrue, lesquels ne sont pas condamnés à des périodes militaires et ceux qui la font après l'ER, qui doivent en faire ou, vaille que vaille, les faire annuler.
- Mesure de nature à créer de nombreuses difficultés administratives tant pour les conscrits et les civilistes que pour l'administration.

### **Mesure 3 :**

29. Suppression du facteur 1.1 et passage au facteur 1.5 pour les officiers et les sous-officiers supérieurs.

30. Les personnes concernées sont relativement peu nombreuses. Elles ont néanmoins les mêmes droits. Mais surtout toutes ces personnes, qui ont été obligées de revêtir ces fonctions d'encadrement, ont déjà servi, au moment de la demande d'admission au service civil plus de jours d'armée que ne servent les civilistes qui n'en a fait aucun. Le moins gradé de ceux-ci servira un total 440 jours de services au lieu de 245<sup>13</sup>. Pour obtenir son grade, il en aura déjà fait presque autant qu'un soldat normal. Et le solde de jour à faire, qu'il soit multiplié par 1.1. ou 1.5 dépassera de toutes façons le nombre maximal de jours effectués par un civiliste ne faisant pas d'armée du tout.

31. Sachant que l'obligation de grader est imposée, même avec un facteur 1.1, la personne qui demande le service civil alors qu'elle a déjà revêtu son grade est discriminée par rapport à un civiliste qui demande le service avant de recevoir le moindre grade. Augmenté cette durée plus encore, alors que la personne gradée sert déjà plus que toute autre personne sans garde, apparaît là aussi comme punitive.

### Résumé

- En conjonction avec la discrimination décrite ci-après, violation du droit international sur la durée du service de remplacement.
- Discrimination entre les officiers et sous-officiers supérieurs d'une part et les soldats d'autre part en raison d'abord de l'obligation de grader d'abord, pour laquelle les premiers ne peuvent rien, puis du fait qu'en raison de cette obligation, ils ont déjà effectué, contre leur gré, une durée de service aussi importante que les soldats, durée sur laquelle vient ensuite s'ajouter une très longue durée de service civil supplémentaire. Dit autrement, le soldat qui demande le service civil évite non-seulement de grader, mais tous les jours de service civil supplémentaires en cas de conflit de conscience alors que l'officier, qui est en droit de développer un conflit de conscience à tout moment, en est d'autant plus pénalisé.

<sup>11</sup> [Art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement.](#)

<sup>12</sup> [LSC 17 et 17a.](#)

<sup>13</sup> [OMI 47](#)



- Mesure qui ne touche qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 4 :**

32. Interdiction faite aux médecins de faire du service civil en tant que médecins.

33. Là encore, la mesure ne concerne que très peu de personnes. Les médecins ont en moyenne au moins 26-27 ans à la fin de leur formation et ce moment-là, la plupart des périodes longues sont faites. Mais quand bien même, faut-il priver les hôpitaux de ces médecins-là ?

34. Par ailleurs, la mesure est à nouveau discriminatoire ; pourquoi les médecins et pas les géologues, les travailleurs sociaux ou les enseignants ? Là ce ne serait plus seulement certains civilistes, mais tout le service d'intérêt public qui tendrait à être victime d'une vision trop étroite des possibilités de service civil.

35. Enfin, il existe certes une disposition qui interdit certaines affectations en fonction de la personne du civiliste, en particulier si elle favorise sa formation<sup>14</sup>. Et c'est probablement, dans ce contexte que la proposition s'inspirerait. Mais à nouveau, certains militaires exercent des fonctions militaires en lien avec leur profession – et pas seulement des médecins ! – en quoi des civilistes n'auraient-ils pas le droit d'en faire autant ?

#### Résumé

- Mesure hautement discriminatoire (par professions).
- Mesure ne touchant (en l'état, que les médecins) qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 5 :**

36. Pas d'admission au service civil pour les personnes pour lesquelles il ne reste plus de jours de service, mais pour lesquelles il reste des tirs obligatoires.

37. La question est controversée depuis longtemps. Seul sont concernés les militaires en service long, qui restent incorporés ensuite pendant 4 ans<sup>15</sup>. Il conviendrait de savoir combien il y a eu de cas.

38. Pour rappel, les militaires ont la possibilité de déposer l'arme, sans motifs, s'ils ne souhaitent pas la conserver, mais cela ne les dispense pas des tirs<sup>16</sup>.

39. D'abord, il convient de rappeler que l'exécution de tirs obligatoires, dans le cadre d'un service militaire, même terminé, peuvent donner lieu à conflit de conscience, qui plus est si celui-ci peut avoir à se manifester durant une période de 4 ans.

40. En ce sens, la mesure ignore et passe complètement à côté, nie un problème qu'il y aurait pourtant lieu de résoudre.

41. A mon sens, une procédure plus simple qu'une admission au service civil devrait permettre, par exemple mais en tous les cas pour motifs de conscience légitimes, de remettre l'arme définitivement et d'être ainsi dispensé des tirs obligatoires.

#### Résumé

- Violation du droit à l'objection de conscience
- Mesure administrative inadéquate
- Mesure ne touchant qu'un nombre limité de personne

#### **Mesure 6 :**

42. Les civilistes sont tenus de faire une période de service civil par année dès l'admission.

---

<sup>14</sup> [LSC 4a](#)

<sup>15</sup> [LAAM 54a](#)

<sup>16</sup> Ordonnance concernant l'équipement personnel des militaires (OEPM), [art. 6a](#).



43. La mesure existe déjà, [art. 39a](#) de l'ordonnance sur le service civil : « La personne astreinte au service civil *effectue chaque année* des affectations de service civil d'une durée de 26 jours au moins à partir de la deuxième année civile au plus tard ».

44. Les reports étant relativement fréquents, on peut se demander si c'est ceux-ci qu'il s'agit de limiter, mais le texte de la mesure est pour le surplus inutile.

#### Résumé

- Proposition de mesure incompétente, mesure déjà prévue par la loi.

#### Mesure 7 :

45. Obligation pour les personnes en service long, d'effectuer la période longue de service civile dans l'année qui suit (et non pas dans les trois ans qui suivent) l'admission au service civil.

46. Imposer un service civil long est une vieille mesure de 2011, que le Tribunal administratif fédéral avait annulée en raison de [l'article 20 de la LSC](#) qui stipule que le SC peut être fait en une ou plusieurs périodes<sup>17</sup>.

47. Depuis toujours, nous recommandons aux militaires en service long de passer d'abord au service normal, avant de demander le service civil, entre autres afin d'éviter le surplus de jours, actuellement 55 jours de service militaire ou 82 jours de service civil en plus<sup>18</sup>. Notre recommandation ne changera pas.

48. De plus, la mesure ne prévoit cette obligation que si l'école de recrue n'est pas terminée, or l'école de recrue est considérée comme terminée si 80% de ses jours ont été accomplis<sup>19</sup>; soit pour une école usuelle de 124 jours, dès le 100<sup>ème</sup> jour d'école de recrue. Mais dans la pratique, la demande de service civil peut être faite quelques jours plutôt, puisque celle-ci prend quelques jours, voir semaines à condition pour cela que l'admission à la fin du processus de demande intervienne après le 100<sup>ème</sup> jour de service.

49. Que ce soit en passant au service normal et en attendant les 80% de son service militaire (dans des conditions « suffisantes ») – si encore au service long avec les jours en sus – il est très facile d'éviter cette mesure et peu nombreux sont ceux qui se retrouveront à devoir faire une période longue ou leur période longue de service civile dans l'année qui suit. Au demeurant si un plan de carrière avait prévu une mise en suspend de celui-ci pour le service militaire long, avec une libération en fin d'école de recrue et une affectation longue trouvée rapidement, celle-ci peut être faite dans le temps préalablement dévolu au service militaire long.

50. La mesure est aussi discriminatoire puisqu'elle traite plus durement les militaires en service long que les militaires en service normal d'une part, et alors plus durement que les civilistes n'ayant pas débuté l'école de recrue d'autre part.

#### Résumé

- Mesure facile à contourner, voire à accommoder.
- Mesure ne concernant alors plus qu'un nombre limité de personne.
- Mesure discriminatoire.

#### Considérations finales

51. Les mesures 1 et 3 violent le droit international sur la durée du service civil.

52. La mesure 2 viole la constitution sur la notion de service de remplacement et la mesure 5 viole la constitution sur le droit à un service de remplacement.

53. Les mesures 1, 3, 4 et 7 sont clairement discriminatoires et violent à un titre ou un autre l'égalité de traitement.

54. Les mesures 3, 4, 5 et 7 ne touchent que – mais gravement – un nombre limité de personnes. À ce titre, le but premier de ces mesures n'est probablement pas ou que partiellement de toucher ces personnes-là, voire de les maintenir dans l'armée mais de donner l'impression qu'il est difficile ou déconseillé, qu'il est

<sup>17</sup> <http://www.infodroit.ch/spip.php?article91>

<sup>18</sup> [OMI 111](#)

<sup>19</sup> [OMI 57](#) ou [37 ordonnance sur le service civil \(OSI\)](#) (même teneur).



même dissuadé de sortir de l'armée. Un tel but viole le droit au service civil et un service civil non-discriminatoire et non-punitif.

55. Il convient d'ajouter à ce propos que les instances et jurisprudences internationales ont reconnus sans hésiter le droit à l'objection de conscience pour les appelés, comme pour les volontaires et les professionnels. Autrement dit et pour ce qui nous occupe ici, le droit à l'objection de conscience et au service de remplacement est et reste le même, ne saurait donc subir d'aggravation dans l'exercice du droit, soit l'accès au service civil, comme dans sa réalisation, soit l'accomplissement du service civil, que la personne concernée aie commencé ou non à servir dans l'armée<sup>20</sup>.

56. Les mesures 2, 3 et 4 supposent des difficultés de mise en œuvre particulièrement importantes. La mesure 5 pourrait faire l'objet d'une simplification administrative.

57. La mesure 6 est inutile, une aberration puisqu'elle préconise quelque chose qui existe déjà.

58. L'analyse de l'ensemble de ces mesures donne l'impression forte que l'armée est très embarrassée, mal à l'aise en raison des demandes service civil issues des ses rangs.

59. Ainsi quand bien même l'ensemble de ces mesures, si elles venaient à être mise en œuvre, aurait pourrait effet d'inciter les conscrits à demander le service civil bien plus tôt, ce qui n'est pas utile à l'armée non plus, il conviendrait de combattre ces mesures pour les effets et les complications graves qu'elles imposent, en toutes sortes de circonstances, aux militaires.

60. Il convient aussi de constater que les mesures proposées font preuve d'une méconnaissance, tant du droit international que du droit constitutionnel suisse qui confine à l'impréparation, voire au mépris, tant des civilistes que des militaires.

61. Enfin, dans le cadre des réactions à ces propositions de mesures, il conviendra de rappeler certaines ou l'ensemble de nos revendications de base, à savoir une présence civile lors du recrutement afin de faciliter son impartialité, un durée raisonnable et une compensation financière garantissant au moins l'accès au minimum vital<sup>21</sup>.

Christophe Barbey,  
Juriste, permanent depuis 2006

---

<sup>20</sup> Voir les résolutions du Conseil des Droits de l'Homme, par exemple la résolution du 8 octobre 2013, art. 12 [A/RES/HRC/24/17](#) ou Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quno 2015, p. 4.

<http://www.quno.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

<sup>21</sup> Avec une APG de 62.- par jour durant l'ER ou son équivalent au service civil, ou en cas d'absence de salaire préalable au service ou de droit à son équivalent, avec 1'800.- par mois ~, le minimum vital n'est pas atteint. Le dernier rapport du haut commissaire aux droits de l'homme mentionne une trop faible rémunération comme étant de nature punitive. [A/HRC/35/4](#), § 21.

Einschreiben

Eidg. Departement für Wirtschaft, Bildung  
und Forschung

Herr Christian Richterich

Leiter Rechtsdienst, Vollzugsstelle Zivildienst

Malerweg 6

3600 Thun

Zug, den 11. Oktober 2018

**Vernehmlassungsantwort zur Änderung des Zivildienstgesetzes (ZDG)**

per email an: [rechtsdienst@zivi.admin.ch](mailto:rechtsdienst@zivi.admin.ch) (.pdf und .docx)

Sehr geehrter Herr Bundesrat,  
sehr geehrte Damen und Herren

gestützt auf das diesbezügliche Schreiben des Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF, unterzeichnet von Herrn Bundesrat J. Schneider-Ammann und basierend auf den auf dem Internet publizierten Vernehmlassungs-Unterlagen, reicht unser Verein die auf den folgenden Seiten enthaltene Stellungnahme innert Frist ein.

Wir bitten um Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüssen

Willi Vollenweider, dipl.El.Ing.ETH, Kantonsrat  
Präsident

## **1. Legitimation**

Die im Jahre 2010 gegründete «**Gruppe GIARDINO**» ist ein Verein nach Schweizerischem Recht. Der «Gruppe GIARDINO» gehören rund 1'000 Bürger und Bürgerinnen aus allen Kantonen sowie aktive und ehemalige Militär-Angehörige an, welche die zunehmende Vernachlässigung der öffentlichen Sicherheit, insbesondere im Bereich der Landesverteidigung, mit Überzeugung ablehnen. GIARDINO fordert seit Jahren einen Stopp dieses Zerfalls-Prozesses. Dies in der Erkenntnis, dass nur eine schlagkräftige, glaubwürdige Miliz-Armee die Unabhängigkeit und die Souveränität der Schweizerischen Eidgenossenschaft gewährleisten kann.

Infolge der in der Vernehmlassungs-Einladung vom 20.6.2018 korrekt erwähnten Handlungsfeldern «Gefährdung der Armee-Bestände», «verlorener (Armee-)Ausbildungs-Aufwand» sowie «Verlust von Fachspezialisten und –spezialistinnen sowie Kadern» für die Armee ist unser Verein Vernehmlassungs-legitimiert.

GIARDINO erachtet eine Korrektur des Zivildienstgesetzes als überfällig und sehr dringlich.

## **2. Ist-Zustand**

Gegeben durch ihre Departements-Unterstellung haben

- die Militärdienstleistenden mit dem Departement Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS)
- und die Zivildienstleistenden mit dem Departement Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF)

verschiedene oberste Chefs. Weil die Armee (VBS) und der Zivildienst (WBF) auf die gleichen Ressourcen der militärdiensttauglichen Rekruten zugreifen, entsteht eine Konkurrenzsituation. Diese wird verschärft durch die Tatsache, dass seit dem Wegfall der Gewissensprüfung und der Erweiterung des Einsatzspektrums für Zivildienstleistende die in **Art.5** des ZDG geforderte Gleichwertigkeit von Militärdienst und Zivildienst immer weiter auseinanderdriftet.

### **In der aktuellen Praxis besteht de facto eine Wahlfreiheit zwischen Militärdienst und Zivildienst.**

Dies war bei der Einführung des Zivildienstes nicht der Sinn und kann in der heutigen Form so auf gar keinen Fall akzeptiert und länger toleriert werden.

Diese Praxis führt zu einer Ungleichbehandlung von Bürgern und Bürgerinnen, schadet der Beziehung der jungen Leute zu unserem Land und hat negativen Einfluss im Hinblick auf die gelebte direkte Demokratie in unserem Land. Sie führt mittelfristig zur Aufhebung der allgemeinen Dienstpflicht.

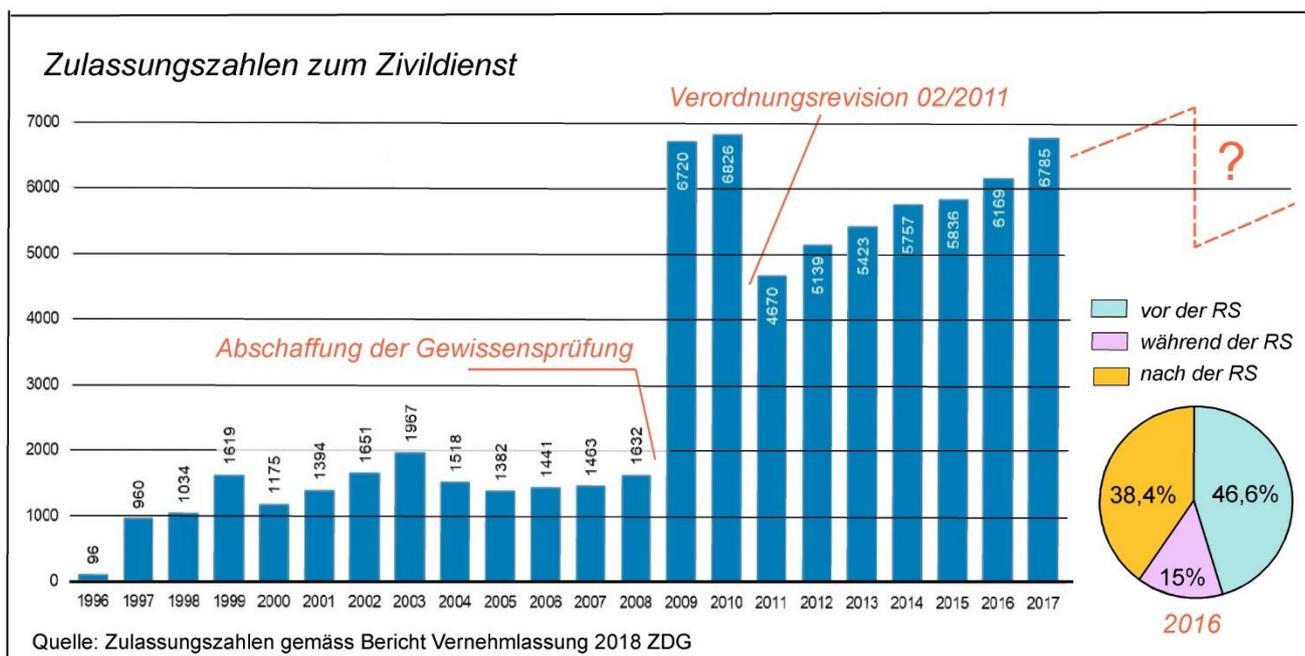
Das **WBF** ist mit der Überarbeitung des ZDG beauftragt worden und hat die nachstehend aufgeführten Massnahmen von vornherein verworfen:

## Vernehmlassungs-Antwort der Gruppe GIARDINO zur Änderung des Zivildienstgesetzes (ZDG)

- Die Wiedereinführung der «Gewissensprüfung»
- die Zuweisung der Zivildienstpflichtigen zu bezeichneten Einsatzplätzen durch die Verwaltung
- das Verbot des Übernachtens zuhause
- die Verlängerung der Arbeitszeit pro Tag und zusätzliche Verlängerung der minimalen Einsatzdauer
- das Verbot von Auslandseinsätzen und
- die generelle Einschränkung des Rechts von Militärdienstpflichtigen, jederzeit ein Gesuch um Zulassung zum Zivildienst einreichen zu können.

Die Gruppe GIARDINO bedauert den voreiligen und unbegründeten Verzicht auf diese sinnvollen Korrekturmassnahmen, welche wirksam zur Lösung der aktuellen akuten Probleme in diesem Bereich beitragen würden.

Die mit der aktuellen Gesetzesänderung vorgeschlagenen Massnahmen sind zum Teil von der gleichen Art wie die 2011 bei der Verordnungsrevision getroffenen Änderungen (z.B. Verlängerung der Wartefrist etc.).



Bei der Abschaffung der Gewissensprüfung im Jahr 2009 wurde ein Ansteigen der Zulassungszahlen auf 2'500 Übertritte zum Zivildienst prognostiziert. In Wahrheit ist daraus fast ein Faktor 3 mehr geworden. Die Situation ist mittlerweile förmlich «aus dem Ruder gelaufen».

Wie das vorstehend abgebildete Kreisdiagramm (rechts) zeigt, stammten 2016 mehr als die Hälfte der Übertrittsgesuche von teil- oder vollumfänglich ausgebildeten Angehörigen der Armee (AdA). Das in der

## **Vernehmlassungs-Antwort der Gruppe GIARDINO zur Änderung des Zivildienstgesetzes (ZDG)**

teuren, mit Steuergeldern finanzierten militärischen Ausbildung erarbeitete Knowhow dieser AdA ist für die Armee unwiederbringlich verloren.

Rund ein Viertel (!) der 2018 in die Frühlings-Rekrutenschule eingerrückten 8'600 Wehrpflichtigen hat das Gesuch zum Übertritt in den Zivildienst gestellt und auch bewilligt erhalten. Wenn wir von der Annahme ausgehen, dass über 50% der Gesuchsteller eine überdurchschnittlich gute Schulbildung haben (Maturanden, Informatiker etc.) und es Maturanden-Klassen gibt, woraus niemand mehr in die RS einrückt, dann ist nicht nur die Alimentierung des Personalbedarfs der WEA-Armee, sondern auch die intellektuelle Qualität des Armee-Kader-Nachwuchses sowohl akut als auch nachhaltig in Frage gestellt.

Wie im «*Erläuternden Bericht zur Änderung des Zivildienstgesetzes vom 20. Juni 2018*» korrekt erwähnt ist,

- kann über den Rückgang an Übertrittsgesuchen nach der vorgesehenen Gesetzesänderung keine Aussage gemacht werden und
- muss vor der Inkraftsetzung mit einem sprunghaften Anstieg der Gesuche gerechnet werden, weil bis zum Inkrafttreten der Gesetzesänderung die Gesuche noch nach altem Recht behandelt werden.

### **3. Stellungnahme und Anträge der «Gruppe GIARDINO»**

**GIARDINO unterstützt grundsätzlich die Umsetzung der sieben vorgeschlagenen Massnahmen:**

- Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Dienstofftagen.
- Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten.
- Massnahme 3: Faktor 1,5 auch für Unteroffiziere und Offiziere.
- Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten.
- Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdienstofftagen.
- Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung.
- Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen.

**GIARDINO fordert** zu den vorgeschlagenen sieben Massnahmen **weitere Änderungen**:

### **3.1. Gewissensprüfung**

Gemäss **Art. 59** der Bundesverfassung: *Militär- und Ersatzdienst*:

*Ist jeder Schweizer verpflichtet, Militärdienst zu leisten und das Gesetz sieht einen zivilen Ersatzdienst vor.*

Die jetzt bestehende Wahlfreiheit steht in klarem Widerspruch zu dem an der Urnenabstimmung zur Einführung eines Zivildienstes für Dienstverweigerer geäusserten Willen der Stimmberechtigten, dass für Militärdienstpflichtige mit echter «Gewissensnot» ein gleichwertiger Ersatzdienst geschaffen wird.

**Antrag:**

***Ermächtigung des Bundesrates zur Wiedereinführung der «Gewissensprüfung»***

*Sollten die durch die vorliegende Gesetzesrevision eingebrachten Korrekturen das Ziel eines markanten Rückgangs (mindestens Halbierung) der Anzahl gegenwärtig Zivildienst-Leistender in den kommenden paar Jahren nicht erreichen, sei der Bundesrat zu ermächtigen, die bis 2008 geltende «Gewissensprüfung» auf dem Verordnungsweg wieder einzuführen.*

### **3.2. Zuständigkeit**

**Antrag:**

***Die Militärdienstpflichtigen und die Zivildienstpflichtigen sind dem gleichen Departement zu unterstellen (VBS).***

### **3.3. Zeitpunkt der Gesuchseinreichung**

**Anträge zu ZGB Art. 1 Grundsatz und zu Art. 16 «Zeitpunkt der Gesuchseinreichung»**

- *Das Gesuch zum Wechsel in den Zivildienst muss zwingend **vor** der Rekrutenschule eingereicht werden.*
- *Beim Übertritt ausgebildeter Angehöriger der Armee zum Zivildienst müssen allfällig vorher ausgerichtete Ausbildungsentschädigungen zurückgefordert werden.*

### 3.4. Rückführung der Tätigkeitsbereiche zurück zum ursprünglichen Volkswillen

#### **Anträge zu Art 4 «Tätigkeitsbereiche»**

Militärdienstleistungen und Zivildienstleistungen haben primär

- der Sicherheit unsers Landes oder
- dem sozialen Zusammenhalt (z.B. Unterstützung und Hilfe Pflegebedürftiger)

zu dienen.

**Es ist nicht zulässig, dass Zivildienstleistende ihre Einsätze bei ihrem Arbeitgeber und in ihrem Beruf leisten.**

Die 2016 zur Ausweitung des Einsatzspektrums eingeführten neuen Tätigkeitsbereiche:

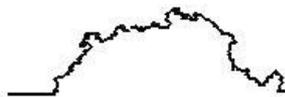
- b. Schulwesen: Vorschulstufe bis Sekundarstufe II und
- g. Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe sowie auch

der **Art 7 ZDG Einsätze im Ausland**

sind **ersatzlos zu streichen**.

Weil die aktuelle Entwicklung im Zivildienst immer mehr der Wehrgerechtigkeit zuwiderläuft und die vollständige Alimentierung der Armee mit «ausexerzierten» Angehörigen der Armee nicht mehr sichergestellt werden kann, besteht aus Sicht GIARDINO dringender Handlungsbedarf.

Zug, den 11. Oktober 2018



Konferenz der Beauftragten für Natur- und Landschaftsschutz (KBNL)  
Conférence des délégués à la protection de la nature et du paysage (CDPNP)

Conferenza dei delegati della protezione della natura e del paesaggio (CDPNP)  
Conferenza dals incumbensats per la protecziun da la natira e da la cuntrada (CIPNC)

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,  
Bildung und Forschung WBF  
Rechtsdienst  
[rechtsdienst@zivi.admin.ch](mailto:rechtsdienst@zivi.admin.ch)

Herisau, den 1. Oktober 2018

## Änderung des Zivildienstgesetzes; Stellungnahme im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens

Sehr geehrte Damen und Herren

Für die Möglichkeit, zum revidierten Zivildienstgesetz Stellung nehmen zu können, bedanken wir uns. Gerne beteiligen wir uns namens der Mitglieder der Konferenz der Beauftragten für Natur- und Landschaftsschutz (KBNL) an diesem Vernehmlassungsverfahren.

Mit der Änderung des Zivildienstgesetzes soll drei Phänomenen entgegengewirkt werden, die zur Gefährdung der Armeebestände beitragen. Zu den entsprechenden Massnahmen können wir uns nicht äussern; sie liegen nicht auf der Handlungsebene unserer Fachkonferenz KBNL.

Mit unserer Stellungnahme wollen wir jedoch den hohen Wert des Zivildienstes für die Natur betonen. Die Zivildienstleistenden erfüllen wichtige Aufgaben im Umweltbereich und speziell im Bereich Naturschutz/Naturförderung. Viele Kantonale Fachstellen für Natur und Landschaft, aber auch viele Organisationen und Gemeinden, die Einsätze zu Gunsten von Natur und Landschaft (z.B. Biotoppflege und Neophytenbekämpfung) organisieren, profitieren schon heute von der tatkräftigen Mitarbeit des Zivildienstes. Künftig dürften weitere Aufgaben wie beispielsweise Mitarbeit in der vom Strukturwandel betroffenen Landwirtschaft oder Bekämpfung von Verwaltungstendenzen hinzukommen. Dies wird den Bedarf an Zivildienstleistenden erhöhen. Mit ihrer Arbeit leisten Zivildienstleistende einen wichtigen Beitrag zu Gunsten der Allgemeinheit. Die Konferenz der Beauftragten für Natur- und Landschaftsschutz begrüsst den Zivildienst und bezeichnet diesen als wichtigen Akteur bei der Bewältigung von Aufgaben im Bereich Natur und Landschaft.

Wir bitten Sie, unsere Einschätzung bei der Überarbeitung des Zivildienstgesetzes zu berücksichtigen. Für allfällige Rückfragen steht Ihnen unsere Geschäftsstelle jederzeit gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse  
Konferenz der Beauftragten für Natur- und Landschaftsschutz (KBNL)

Martina Brennecke  
Vorstandsmitglied und zuständig für Vernehmlassungen

Ø Generalsekretariat BPUK, Haus der Kantone, 3011 Bern  
Ø KBNL-GS



Präsidium:  
Bertrand von Arx  
Département du Territoire (DT)  
Direction générale Agriculture et Nature (DGAN)  
Direction de la Biodiversité  
Rue des Battoirs 7, 1205 Genève  
Tel. 022 388 55 37, Fax 022 388 55 20 Email: [bertrand.vonarx@etat.ge.ch](mailto:bertrand.vonarx@etat.ge.ch)

Geschäftsstelle:  
Robert Meier  
c/o ARNAL  
Büro für Natur und Landschaft AG  
Kasernenstr. 37, 9100 Herisau  
Tel. 071 366 00 50, Fax 071 366 00 51  
Email: [robert.meier@kbnl.ch](mailto:robert.meier@kbnl.ch)

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Malerweg 6  
3600 Thun

Bern, 11. Oktober 2018

## Stellungnahme zur Verschärfung des Zivildienstgesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann,  
sehr geehrte Damen und Herren

Gerne lässt sich männer.ch, der Dachverband der Schweizer Männer- und Väterorganisationen, zur Revision des Zivildienstgesetzes vernehmen. Wir lehnen die vorgeschlagenen Änderungen vollumfänglich ab.

### Gleichstellungspolitische Gründe

Die bestehende Wehrpflicht nur für Männer widerspricht der ebenfalls in der Verfassung verankerten Gleichstellung von Mann und Frau sowie dem Diskriminierungsverbot. Die Folgen der einseitigen Wehrpflicht sind gravierend. Auf der Werteebene wird Männern einseitig die Anwendung (und Erduldung) von Gewalt zugemutet und das Geschlechterstereotyp des wehrhaften Mannes (und der schutzbedürftigen Frau) gestärkt.

Auf der praktischen Ebene verhindert diese Ungleichbehandlung, dass Careearbeit und Erwerbsarbeit fair – also hälftig – zwischen den Geschlechtern aufgeteilt werden und Lohngleichheit entsteht. Die Wehrpflicht lässt sich nur sehr schwer bzw. überhaupt nicht mit der Betreuung von Kindern vereinbaren. Wenn nur Männer wehrpflichtig sind, wird damit die (heutzutage nicht mehr haltbare) Botschaft ausgesendet: Männer sind nicht für die Betreuung ihrer Kinder zuständig. Will der Bund diese Aussage machen?

Der Zivildienst ist eine beschränkte Möglichkeit, diese Ungleichbehandlung bzw. Diskriminierung von Männern aufzuweichen. Einerseits, um der einseitigen Gewaltzumutung auszuweichen, andererseits, indem ein leicht familienfreundlicherer<sup>1</sup> (und lebensdienlicherer) Dienstalltag zur Verfügung steht. Wird nun der Zugang zum Zivildienst weiter eingeschränkt und die Dienstleistung erschwert, so wird die geschlechtsspezifische Diskriminierung weiter verschärft oder zumindest beibehalten.

---

<sup>1</sup> Wobei anzumerken ist, dass sämtliche Dienstformen nicht wirklich mit Careverantwortung vereinbar sind. Die Prüfung von Teilzeit-Dienstformen tut not.

## Traditionelle Männlichkeitsnormen

Seit jeher zeigt sich an der Kritik am Zivildienst ein grundlegender Konflikt von Männlichkeitsnormen. Die traditionelle (seit ca. 300 Jahren bestehende) Männlichkeitsnorm definiert im Wesentlichen die Eigenschaften *unabhängig, stark, dominant und wehrhaft* als *männlich*. Gegensätzliche Eigenschaften wie schwach oder empfindsam gelten als unmännlich – und müssen abgewehrt werden, um zu beweisen, dass man(n) ein ganzer Mann ist. Diese Konstruktion der männlichen Identität ist zur Genüge erforscht – und deren destruktiven Auswirkungen auch. Wir erleben Männer, die zu emotionaler Inkompetenz erzogen worden sind und alle weiblichen Eigenschaften ablehnen – und damit auch alle Menschen, die solche Eigenschaften zeigen. Angefangen bei Frauen (wie weit verbreitet Sexismus und sexuelle Gewalt ist, und was dies mit der Abwertung von Frauen zu tun hat, dürfte unterdessen allen klar sein).

Der nächste Schritt ist die Abwertung von homosexuellen Männern und Zivildienstleistenden. Wie peinlich und im Kern tragisch Beschimpfungen von Zivildienstleistenden als „Hosenscheisser, Weicheier, Abschleicher“ durch prominente Bundesparlamentarier auch sind – es geht den Absendern darum, ihre eigene fragile Männlichkeit zu stützen. Das Diktum „Erst durch die RS wird man (!) zum ganzen Mann“ spricht für sich.

Dass der Bund diese Abwertung von allen Menschen, die nicht-traditionelle Männlichkeiten leben, nicht fördern darf und im Gegenteil bekämpfen muss, versteht sich von selbst – ansonsten kann dies in der Verfassung nachgelesen werden. Mit Blick auf Sexismus, sexuelle Gewalt und weiteren toxischen Auswirkungen von einengenden Männlichkeitsnormen tut es not, vielfältige und insbesondere fürsorgliche Männlichkeiten zu fördern.

Indem der Bund nun die Zulassung zum und die Leistung von Zivildienst erschwert, macht er eine klare, gleichstellungsfeindliche und sexistische Aussage: „Ein Mann hat wehrhaft und stark zu sein und Militärdienst zu leisten. Wer dies nicht tut, gehört bestraft.“ Kann dies Ihre Absicht sein?

Bei der materiellen Würdigung der Vorlage schliessen wir uns den folgenden Kritikpunkten von CIVIVA an.

## Kein Handlungsbedarf und unzulässige Ungleichbehandlung

Sowohl die drei Bericht des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden

soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoss gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

## **Zu den einzelnen Massnahmen**

### *Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen*

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten.

### *Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten*

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Dienstage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

### *Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere*

CIVVA geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Dienstage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Dienstage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

### *Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten*

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische

Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

*Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen*

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann.

*Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung*

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. männer.ch sieht absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildiensttage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Diensttage erfüllen (2017: 96.7% aller Diensttage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Diensttage.

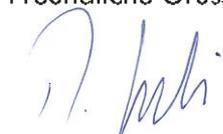
Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Diensttage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.

*Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen*

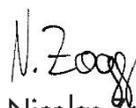
Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

Wir danken für die achtsame Berücksichtigung unserer Argumente.

Freundliche Grüsse



Markus Gygli, Präsident



Nicolas Zogg, Leiter Politik

077 436 00 44, [zogg@maenner.ch](mailto:zogg@maenner.ch)

[rechtsdienst@zivi.admin.ch](mailto:rechtsdienst@zivi.admin.ch)

(als Word-Dokument und pdf-Version)

Zürich, 30. August 2018

## **Änderung des Zivildienstgesetzes – Vernehmlassung**

Sehr geehrte Damen und Herren

Dankbar für die Gelegenheit zur Stellungnahme, unterbreiten wir Ihnen diese Bemerkungen:

Seit 2009, also nach dem Wegfall der Gewissensprüfung, nahmen die Zivildienstmeldungen massiv zu, entwickelte sich gleichsam ein Attraktivitätswettbewerb, worin der zwangsläufig mit unbequemen Anforderungen verbundene Militärdienst den Kürzeren ziehen muss. Das schafft Handlungsbedarf, weil mittlerweile die Bestände der reduzierten Armee gefährdet sind und zu viel Ausbildungsaufwand verloren geht, wenn AdA gleich nach der RS in den Zivildienst wechseln.

Trotz der Notwendigkeit, die Attraktivität des Zivildienstes zu senken, sind zwei Schranken zu beachten: Nicht zu rütteln ist am Anspruch auf Ersatzdienst, wenn ein Dienstpflichtiger den Militärdienst mit dem Gewissen nicht vereinbaren kann (BV Art. 59 Abs. 1 in Verbindung mit ZDG Art. 1). Ferner ist die Rückkehr zur Gewissensprüfung politisch offensichtlich nicht mehr mehrheitsfähig.

Ziel der Revision muss einerseits das Sicherstellen des Armeebestandes und andererseits das Ausgestalten des Zivildienstes im Sinne der ursprünglichen Intentionen des Gesetzgebers sein, der eine Gewissensnot voraussetzte. Darum richtet sich die Vorlage gegen sachfremde Gründe, Ersatzdienst zu leisten, und gegen mit dem Zivildienst verbundene ungerechte Vorteile. Nur so kann die von Art. 5 ZDG, vorgesehene "Gleichwertigkeit" der Belastung wenigstens angestrebt werden. Das ist auch wichtig für die Motivation der Dienst leistenden AdA.

In diesem Sinne unterstützen wir die Vorlage.

Mit freundlichen Grüßen  
Der Präsident

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'm. Lüthi', with a stylized flourish at the end.

Major i Gst Marc Lüthi

Eidg. Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
rechtsdienst@zivi.admin.ch

Kontakt Sara Schmid  
Funktion Mitarbeiterin Sozialpolitik  
Tel. direkt 062 206 88 86  
E-Mail sara.schmid@procap.ch  
Datum 11. Oktober 2018

## **Änderung des Zivildienstgesetzes (ZDG)**

### **Vernehmlassungsantwort von Procap Schweiz**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Vernehmlassungsunterlagen in obengenannter Angelegenheit und nehmen dazu innert der festgesetzten Frist gerne wie folgt Stellung.

Als grösster Mitgliederverband von und mit Menschen mit Handicap zählt Procap Schweiz über 21'000 Mitglieder in rund 40 regionalen Sektionen. Procap kämpft für Menschen mit Handicap, damit sie gleichwertig und selbstverständlich im gesellschaftlichen Leben integriert sind. Dazu gehört auch, dass Menschen mit Handicap schweizweit Ferien- und Freizeitangebote wahrnehmen können. Unter anderem bietet Procap für Menschen mit Handicap solche Reise-, Sport- und Freizeitangebote an. Für die Personen, die das Angebot nutzen, ist es oft die einzige Chance, in die Ferien zu gehen. Wir sind dafür auf zahlreiche Betreuungspersonen angewiesen. Zivildienstleistende sind dabei nicht nur für uns, sondern für viele Vereine und Organisationen eine wichtige Unterstützung. Uns ist es wichtig, dass auch Menschen mit schwerer oder mehrfacher Behinderung teilnehmen können, die auf einen Rollstuhl oder auf eine Eins-zu-eins-Betreuung angewiesen sind. Das ist nur mit genügend Begleitpersonen möglich. Dafür Freiwillige zu finden, ist zunehmend eine grosse Herausforderung. Damit weiterhin dieses Angebot an Ferien und Freizeitkurse für Menschen mit Behinderungen aufrecht erhalten werden kann, brauchen wir auch in Zukunft motivierte, einsatzfreudige und belastbare Zivis.

Die Möglichkeit, einen Teil der nötigen Betreuungsressourcen durch Zivildiensteinsätze abzudecken, ist nicht nur für Reise-, Sport- und Freizeitangebote zentral, sondern für den täglichen Ablauf in zahlreichen Institutionen, Schulen oder Kitas für Menschen mit Behinderungen notwendig. Denn die Leistungen des Zivildienstes kommen in hohem Masse Menschen mit Behinderungen zugute. Jeder zehnte Dienstag wird in einer Institution für Menschen mit Behinderungen geleistet. Im letzten Jahr waren das rund 195'000 zusätzliche Betreuungstage, die die knappe Betreuungslage in den Institutionen entspannten.



Procap Schweiz  
Frohburgstrasse 4  
4600 Olten

Tel. 062 206 88 88  
Fax 062 206 88 89

IBAN CH86 0900  
0000 4600 1809 1

Der Einsatz von jungen Männern in diesen Institutionen trägt entscheidend zur Diversität ihres Personals bei. Und nicht zuletzt: Im Einsatz erfahren die jungen Zivis ganz praktisch, was Behinderung heisst und lernen vor allem Menschen mit Behinderung persönlich kennen. Solche Begegnungen sind wichtig für eine Gesellschaft, die Menschen mit Behinderungen einschliesst. Dies ist für Procap, die sich auch stark im Sensibilisierungsbereich engagiert, ebenfalls von grosser Wichtigkeit.

**Daher beurteilen wir die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt kritisch, da wir befürchten müssen, dass die Erfüllung wichtiger gesellschaftlicher Aufgaben – welche heute von den Zivis geleistet wird – darunter leidet.**

**Procap Schweiz ist dagegen, dass der wertvolle Beitrag der Zivildienstleistenden zur Begleitung und Förderung von Menschen mit Behinderungen reduziert werden soll.**

#### **Weitergehende Vorschläge**

Die Schweiz hat 2014 die UNO-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderungen (UNO-BRK) ratifiziert. Der Zivildienst hat grosses Potential, die Umsetzung der UNO-BRK zu unterstützen, insbesondere im Bereich der persönlichen Assistenz. Zivis können Assistenzdienste für Menschen mit Behinderungen leisten, wenn der Zivildienst flexibler wird und neue Einsatzformen ermöglicht werden. Dafür muss insbesondere der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen. Die Kompetenz zur Wahl eines persönlichen Assistenz-Zivis muss dabei vollständig bei der Person mit Behinderung bleiben.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit einer Stellungnahme und bitten Sie höflich, diese zu berücksichtigen. Für ergänzende Erläuterungen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Martin Boltshauser, Rechtsanwalt  
Mitglied der Geschäftsleitung  
Leiter Rechtsdienst



Dr. Alex Fischer  
Leiter Sozialpolitik

**Von:** Dettling Urs <Urs.Dettling@proinfirmis.ch>  
**Gesendet:** Donnerstag, 11. Oktober 2018 21:15  
**An:** \_ZIVI-Rechtsdienst  
**Cc:** Zweifel Brigitte  
**Betreff:** Änderung Zivildienstgesetz  
**Anlagen:** 180731 Stellungnahme CIVIVA Vernehmlassung ZDG Vorlage (1).pdf

Sehr geehrte Damen und Herren

Pro Infirmis schätzt den Einsatz von Zivildienstleistenden im Interesse von Menschen mit Behinderungen sehr.

Die vorgesehenen Änderungen des Zivildienstgesetzes sollen den Zugang zum Zivildienst erschweren. Pro Infirmis ist in Sorge, dass damit auch wertvolle Dienstleistungen für Menschen mit Behinderungen abgebaut werden.

In diesem Sinne unterstützt Pro Infirmis die Stellungnahme von CIVIVA (Zivildienstverband) und ersucht darum, den Zugang zum Zivildienst nicht zulasten von Menschen mit Behinderungen zu erschweren.

Freundliche Grüsse

Urs Dettling  
lic. iur., Mitglied der Geschäftsleitung Pro Infirmis

Bereichsleiter Sozialpolitik und Dachorganisation  
Feldeggstrasse 71  
Postfach 1332  
8032 Zürich  
058 775 20 00  
[urs.dettling@proinfirmis.ch](mailto:urs.dettling@proinfirmis.ch)  
[www.proinfirmis.ch](http://www.proinfirmis.ch)

Zur neuen Kampagne von Pro Infirmis:  
[www.proinfirmis.ch/allesindgleich](http://www.proinfirmis.ch/allesindgleich)

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Zürich, im Juli 2018

## Stellungnahme des Schweizerischen Zivildienstverbandes CIVIVA zur Änderung des Zivildienstgesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### Einleitung und grundsätzliche Beurteilung

Der Schweizerische Zivildienstverband CIVIVA vertritt die Interessen der Zivildienstleistenden und Einsatzbetriebe. CIVIVA ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### Kein Handlungsbedarf

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.



## Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Diensttage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoß gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

## Unklare Auswirkungen

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. CIVIVA weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Der Schweizerische Zivildienstverband CIVIVA lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

## Eigene Vorschläge

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet CIVIVA, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. CIVIVA schlägt dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.



- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

## **Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist CIVIVA auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für CIVIVA ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

## **Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Dienstage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

## **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**



CIVIVA geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Diensttage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Diensttage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

#### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

#### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht von CIVIVA besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

CIVIVA ist der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

#### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. CIVIVA sieht absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildiensttage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Diensttage erfüllen (2017: 96.7% aller Diensttage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Diensttage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Diensttage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.



## **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

### **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

CIVIVA bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Im Namen des Verbandsvorstandes

Lisa Mazzone  
Co-Präsidentin

Samuel Steiner  
Co-Präsident



Par courriel uniquement

Monsieur Christian RICHTER  
rechtsdienst@zivi-admin.ch  
DEFR, Berne

Genève, le 11 octobre 2018

**Concerne :    Prise de position en procédure de consultation | projet de modification de la loi sur le service civil (LSC ; RS 824.0)**

Monsieur,

En qualité qu'association intéressée, nous avons pris connaissance du projet de révision de la loi sur le service civil mis en consultation. Par la présente, nous souhaitons vous exposer notre critique et nos réserves concernant les modifications législatives et réglementaires envisagées.

De manière générale, nous déplorons un nouvel affaiblissement du système de milice en Suisse.

### **La critique**

Garantir les effectifs d'une armée parfaitement fonctionnelle est impératif (dernière évaluation : 100'000 hommes). Se pose toutefois la question de savoir si les moyens proposés sont efficaces pour atteindre ce but ; le doute exprimé aux points 1.3.5 et 3.1.3 dans le projet mis en consultation semble légitime.

Le service civil est victime de son succès, ce qui est une bonne nouvelle pour la vitalité du système de milice. Toutefois, les mesures de restriction mises en consultation risquent de contrecarrer cette tendance et d'affaiblir encore l'institution de l'obligation de servir.

D'une part, le risque existe que le taux d'inaptitude des jeunes appelés augmentent encore car certains ne se rendent aptes qu'à raison de l'accès possible au service civil.

D'autre part, il est porté atteinte aux buts législatifs du service civil, tels qu'il ressort de l'art. 3a LSC, respectivement : renforcer la cohésion sociale ; mettre sur pied des structures en faveur de la paix et de la réduction du potentiel de violence ; sauvegarder et protéger le milieu naturel ; favoriser le développement durable et de conserver le patrimoine culturel.

En adoptant le projet mis en consultation, l'Etat mettra non seulement à mal les buts d'intérêt public du service civil mais faillira dans son rôle de garant et de facilitateur de l'engagement du citoyen au bénéfice de la société. Des mesures suivant de tels buts sont indispensables au bon fonctionnement de notre société et de notre démocratie et devraient bien plus être promues (voir aussi ci-dessous le point sur le libre choix du service).

Par ailleurs, le projet mis en consultation part d'un postulat critiquable en considérant que le service civil porte atteinte aux effectifs militaires, et ne donne aucune garantie d'atteinte des effectifs nécessaires à l'armée.

Enfin, les mesures proposées violent le pacte international relatif aux droits civils et politiques, partie intégrante de l'ordre juridique suisse, et pourraient affaiblir la Suisse à l'internationale, notamment en raison du fléchissement de ses engagements juridiques et de terrain.

### **La proposition**

En convergence avec le projet mis en consultation, notre association, SERVICECITOYEN.CH, reconnaît l'impératif de garantir les effectifs d'une armée parfaitement fonctionnelle, dont le nombre est évalué à 100'000

\*\*\*

au stade actuel. Parallèlement, elle vise également à **revitaliser le système de milice et l'obligation de servir en Suisse sous la forme d'un service citoyen généralisé**. À cette fin, nous proposons notamment les mesures conjointes suivantes :

- l'inclusion des Suissesses dans l'obligation de servir ;
- l'introduction du libre choix du service, en particulier entre le service civil et le service militaire ;
- l'introduction d'une clause de sauvegarde en faveur des effectifs de l'armée.

En soi, le service citoyen n'introduit pas un nouveau type de service ; il unifie et élargit le système de l'obligation de servir et coordonne la répartition des citoyens dans les différentes structures de service d'intérêt public.

L'**obligation de servir étendue aux femmes** permettra d'augmenter le bassin de recrutement de l'armée, y compris qualitativement (personnes motivées).

SERVICECITOYEN.CH promeut le **libre choix du service, c'est-à-dire que le choix entre service civil et service militaire s'effectue dès le recrutement**. Dans le même esprit du projet mis en consultation, notre association tient à ce que les personnes astreintes se déterminent au plus tôt sur la forme de leur service. En sélectionnant dès l'origine le service à accomplir, les effectifs disponibles pour l'armée deviennent plus prévisibles et les ressources de formation mieux administrées.

Par ailleurs, nous promouvons l'introduction d'**une clause de sauvegarde**, qui offre la possibilité, en cas de nécessité, de garantir les effectifs de l'armée pour éviter les pénuries. Matériellement, cette clause de sauvegarde pourrait par exemple s'activer au moment de la sélection et du recrutement, et également de manière qualitative (médecins).

La souveraineté et la sécurité du territoire national étant d'intérêt impératif, il y a lieu de garantir les effectifs de l'armée afin de maintenir la paix, la stabilité et la prospérité sur le territoire helvétique en toutes circonstances. En cela, la clause de sauvegarde représente une dérogation au principe de libre choix si l'effectif minimum nécessaire à l'armée n'est pas atteint.

Avec le service citoyen, la Suisse passerait d'une obligation masculine de servir les forces armées à une obligation citoyenne de servir l'intérêt général, y compris lesdites forces armées. L'objectif est double : il s'agit de répondre le plus démocratiquement et économiquement possible aux besoins de la société contemporaine et de renforcer l'esprit de milice (*Milizprinzip*) et la cohésion sociale en favorisant l'intégration active des jeunes citoyens et citoyennes.

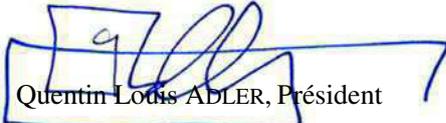
\*\*\*

Vu ce qui précède, nous ne sommes pas favorables au projet mis en consultation, et invitons à une réflexion plus essentielle quant au système de milice en Suisse, y compris dans l'intérêt des forces armées.

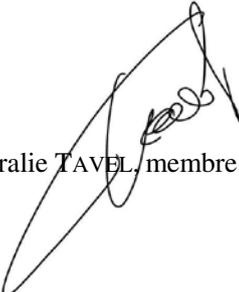
Nous nous tenons à entière disposition pour les questions et renseignements complémentaires, en particulier par téléphone ou retour de courriel.

Veuillez recevoir, cher Monsieur, nos salutations respectueuses.

Pour l'Association :



Quentin-Louis ADLER, Président



Coralie TAVEL, membre exécutif



Verband der  
Schulleiterinnen und Schulleiter  
der Volksschulen  
des Kantons Luzern

**Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun**

**rechtsdienst@zivi.admin.ch**

Sursee, 14. September 2018

## **Stellungnahme des Verbandes der Schulleiterinnen und Schulleiter der Volksschulen des Kantons Luzern zur Änderung des Zivildienstgesetzes**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Verband der Schulleiterinnen und Schulleiter des Kantons Luzern setzt sich für eine gute qualitative Entwicklung unserer Volksschulen ein und vertritt die Interessen der operativen Leitungen der Schuleinheiten. Den Schulleiterinnen und Schulleitern obliegt im Kanton Luzern auch die Personalverantwortung. Wir setzen uns als Verband für gute Rahmenbedingungen bei der Personalrekrutierung ein und nehmen deshalb an der Vernehmlassung zu den vorgeschlagenen Veränderungen im Zivildienstgesetz teil.

An vielen Schulen des Kantons Luzern sind in den letzten Jahren Zivildienstleistende eingesetzt worden. Die Erfahrungen sind sehr positiv. Die Zivildienstleistenden unterstützen die Mitarbeitenden in den Schulen vor allem als Klassenassistenten sowie als Betreuungspersonen in den Tagesstrukturen. Sie sind eine wichtige personelle Ressource bei der Bewältigung der zunehmenden Aufgabenfelder, welche sich den Volksschulen heute stellen.

Die vorgeschlagenen Massnahmen im Zivildienstgesetz sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel vom Militärdienst in den Zivildienst massiv verschlechtert werden. Dies wird die Anzahl der Zivildienstleistenden, welche sich für eine Anstellung im Schuldienst interessieren, einschränken. Es wird insbesondere die Gruppe Bewerbender verringert, welche schon eine gewisse Lebenserfahrung und Reife mitbringt. Gerade diese Gruppe ist aber für einen Einsatz an Schulen besonders prädestiniert und wichtig.

Der Zivildienst funktioniert unserer Ansicht nach in seiner heutigen Form sehr gut und bietet einen grossen Nutzen für unsere Volksschulen und für unsere Gesellschaft. Wir sind darum gegen Einschränkungen sowie das Setzen von noch höheren Hürden beim Zugang zum Zivildienst. Die vorgeschlagenen Veränderungen im Zivildienstgesetz führen aber zu solchen Hindernissen und verringern uns Schulleiterinnen und Schulleitern die Auswahlmöglichkeiten bei der Rekrutierung von Zivildienstleistenden. Wir lehnen deshalb alle sieben vorgesehenen Massnahmen ab.

Wir bitten Sie, unsere Anliegen bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten und mit einzubeziehen.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Vorstandes des VSLLU



Pirmin Hodel  
Präsident



Philipp Calivers  
Mitglied des Vorstandes

Per E-Mail an:

**Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF**

**rechtsdienst@zivi.admin.ch**

Beitenwil, 20. September 2018

**Stellungnahme des vahs Schweiz zur Vernehmlassung:  
Änderung des Zivildienstgesetzes (ZDG; SR 824.0)**

Sehr geehrte Damen und Herren

Als nationaler Branchenverband vertritt der vahs Schweiz die Interessen von 42 sozialen Institutionen für Menschen mit Behinderung. Rund 2500 Menschen finden hier Arbeit, eine Tagesstruktur sowie ein Zuhause und erhalten die Möglichkeit, eine Integrationsmassnahme oder eine berufliche Massnahme zu absolvieren. Der vahs Schweiz setzt sich dafür ein, dass die sozialen Institutionen über optimale Rahmenbedingungen sowie über genügend und gut ausgebildetes Personal verfügen und die Qualitätsstandards einhalten.

Der vahs Schweiz dankt für die Einladung zur Vernehmlassung und nimmt gerne Stellung zur vorgeschlagenen Änderung des Zivildienstgesetzes.

**Der Zivildienst fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt.**

Junge Männer erhalten während ihrem Zivildienst Einblick in den Gesundheits- und Sozialbereich. Sie schnuppern in Branchen, mit denen sie in ihrem Alltag sonst wenig in Berührung kommen. Im Einsatz erfahren die Zivildienstleistenden (Zivis) ganz konkret, was Behinderung bedeuten kann oder wie z.B. eine Lernschwierigkeit direkten Einfluss auf die Gestaltung alltäglicher Abläufe haben kann.

Mit ihrem Einsatz zeigen die jungen Männer praktische Solidarität mit Menschen mit Behinderung, mit älteren oder kranken Menschen und leisten einen wichtigen persönlichen Beitrag

zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Dieser Einblick vermag einige von ihnen zu motivieren, eine Ausbildung in einem Sozial- oder Gesundheitsberuf zu beginnen. Angesichts des Fachkräftebedarfs und der Schwierigkeiten, Männer für Sozial- und Gesundheitsberufe zu gewinnen, kann der Zivildienst eine Brücke zu diesen Branchen schlagen.

### **Ein Wegfall der Zivis trifft direkt die begleiteten und unterstützten Personen.**

Zwei Drittel aller Zivildienstage werden heute im Gesundheits- und Sozialbereich geleistet. Zivis übernehmen keine Aufgaben, die in den Arbeitsbereich des regulären Personals gehören, doch sie ergänzen mit ihren Einsätzen die Arbeit des Personals. Die Arbeitsleistung der Zivis ermöglicht es, dass Aktivitäten z.B. im Freizeitbereich überhaupt stattfinden können. Bei einem Wegfall der Zivis können Institutionen solche Angebote ohne zusätzliche Ressourcen nur noch eingeschränkt durchführen.

Zivis unterstützen bei ihren Einsätzen in sozialen Institutionen Menschen mit Behinderung bei der Verrichtung alltäglicher Tätigkeiten. Da geht es ganz praktisch ums Handlangen, Assistieren, Mit-Anpacken oder Entlasten: Um die Erleichterung bei Abläufen im Bereich alltäglicher Tätigkeiten oder Freizeitaktivitäten.

Im letzten Jahr wurden für soziale Institutionen 195'000 oder 11% aller Zivildienstage geleistet. Um einen Abbau von institutionellen Aktivitäten zu verhindern, müsste die öffentliche Hand bereit sein, die Arbeitsleistungen von Zivis durch mehr regulär angestelltes Personal zu ersetzen und dafür zusätzliche Finanzierungsquellen zu erschliessen.

Der Bundesrat hat Anfang Mai in seinem neusten Bericht zur Behindertenpolitik in Anlehnung an die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) als übergeordnetes Ziel der Behindertenpolitik die volle, autonome und gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben formuliert.

Behindertenpolitik dürfe laut Bundesrat nicht länger ausschliesslich als Teil der Sozialpolitik verstanden, sondern müsse als eine gesamtgesellschaftliche und themenübergreifende Querschnittsaufgabe verstanden werden. Für eine Gesellschaft, an welcher Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt teilhaben, brauche es das Engagement aller.

Ein Wegfall von Zivis resp. eine Verschärfung der Regelungen für Zivis wäre aus diesem Blickwinkel aber auch für unsere Branche bedauerlich und nicht zukunftsorientiert.

### **Der Zivildienst als erfolgreiches Pflichtdienst-Modell wird in Frage gestellt**

Die seit 2010 verdoppelten Zivildienstage dürfen durchaus als Beleg dafür genommen werden, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form gut funktioniert und Zivis, sinnstiftende Tätigkeiten im Dienst der Gesellschaft oder der Umwelt anbietet.

Im Begleitschreiben zur Vernehmlassung tönt der Bundesrat an, welche Beweggründe hinter dem Vorschlag zur Änderung des Zivildienstgesetzes stehen. Den Ausführungen nach geht es darum, «drei problematischen Phänomenen entgegenzuwirken, die zur Gefährdung der Armeebestände beitragen: Jenem der hohen und stetig zunehmenden Zahl der Zulassungen an sich, jenem der hohen Zahl von Armeeangehörigen, die nach bestandener Rekrutenschule aus Formationen der Armee zum Zivildienst abgehen, und jenem des Wechsels von Fachspezialistinnen und Fachspezialisten sowie Kadern der Armee zum Zivildienst.»

Diese Vorgehensweise erstaunt. Es stellt sich die Frage, ob die eingeschlagene Strategie zur Behebung der Schwierigkeiten im Armeebestand zielführend ist. Unter Umständen sind die Gründe für die beschriebene Gefährdung der Armeebestände nicht einseitig ausserhalb der Armee zu suchen. Es könnte sich lohnen, den Blick etwas mehr nach innen zu richten.

Sicherlich ist es begrüßenswert, alle Optionen zu überprüfen, insbesondere auch die Frage, weshalb sich Dienstpflichtige zunehmend für Belange der Zivil-Gesellschaft und der Umwelt einsetzen wollen. Ob die angestrebte Änderung des Zivildienstgesetzes und die damit beabsichtigte Senkung der Quote bei den Zivis zu einer Steigerung der Militärdienstleistenden führen wird, ist zumindest fraglich.

Losgelöst von der politischen Frage, ob mehr Armeedienst oder Zivildienst zu leisten ist, wirken sich Änderungen bei den Zivildienst-Angeboten direkt auf die Vielfalt der offerierten Aktivitäten der sozialen Institutionen aus. Eine Verschärfung der Regelungen für Zivis wäre für den institutionellen Bereich deshalb problematisch.

**Der vahs Schweiz lehnt aus den geschilderten Beweggründen die Änderung des Zivildienstgesetzes ab.** Die beschriebenen Detail-Massnahmen zielen im Sinne eines Gesamtpakets einseitig darauf ab, die Attraktivität des Zivildienstes zu schmälern und die Hürden für den Zugang zum Zivildienst zu erhöhen. Eine materielle Behandlung der zur Disposition stehenden Massnahmen erachten wir aus diesem Grund als nicht opportun.

Der vahs Schweiz dankt im Voraus für die gebührende Berücksichtigung der vorgebrachten Überlegungen.

Freundliche Grüsse



**Matthias Spalinger**  
Geschäftsführer, vahs Schweiz

vahs Schweiz | 4.10.2018



Vereinigung Schweizerischer Nachrichtensoffiziere, 3000 Bern

**via E-Mail: [rechtsdienst@zivi.admin.ch](mailto:rechtsdienst@zivi.admin.ch)**  
Eidgenössisches Departement  
für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF)  
Vollzugsstelle für den Zivildienst  
Malerweg 6  
CH – 3600 Thun

Bern, 10. August 2018

## **Änderung des Zivildienstgesetzes (ZDG)**

### **Vernehmlassungsbeitrag der Vereinigung Schweizerischer Nachrichtensoffiziere**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Im Namen der Vereinigung Schweizerischer Nachrichtensoffiziere bedanke ich mich bestens für die Gelegenheit zur Teilnahme am titelerwähnten Vernehmlassungsverfahren und unterbreite Ihnen nachfolgend gerne unsere Stellungnahme:

#### Vorbemerkungen:

Die in der Vorlage vorgesehenen Änderungen sind aus Sicht der VSN zu begrüßen, gehen jedoch zu wenig weit. Sinn und Zweck der verfassungsmässig bestehenden allgemeinen Wehrpflicht der Schweiz ist die Verteidigung von Land und Leuten. Diese Aufgabe kann im Krisenfall nur die Armee erfüllen.

Dass ein ziviler Ersatzdienst für Personen, welche aus Gewissensgründen keinen Militärdienst leisten können, gesetzlich vorgehen wird, ist eine anerkannte Notwendigkeit. Dagegen ist nicht einzusehen, warum der Zivildienst ohne Not zu einer Alternativdienstleistung zur Militärdienstpflicht erhoben wurde. Dies gefährdet den Personalbestand der Armee akut. Auch sah das Wehrpflichtmodell der Schweiz eine solche Rolle für den Zivildienst nie vor. Sie drängt sich auch aus grundrechtlicher Optik nicht auf. Vielmehr ist sie Ausfluss eines Unwillens, sich den mit der Landesverteidigung verbundenen persönlichen Opfern jedes Einzelnen auch konsequent zu stellen.

Anders gesagt: die Armee, die dem Bürger im Krisenfall den Einsatz seines Lebens abverlangt, wird die Attraktivität einer zivilen Ersatzdienstleistung niemals erreichen. Es ist daher konsequent sicherzustellen, dass eine Zivildienstleistung die absolute Ausnahme bleibt. Dies kann nur durch die Wiedereinführung der Gewissensprüfung, die generelle Nichtzulassung zum



Zivildienst nach absolvierter militärischer Grundausbildung, sowie die Einschränkung der Einsatzmöglichkeiten Zivildienstleistender in der Summe erreicht werden.

Zu Art. 1 Abs. 2:

Es rechtfertigt sich nach Ansicht der VSN, zumindest für Pflichtige, welche die militärische Grundausbildung bereits abgeschlossen haben, wiederum eine Gewissensprüfung durchzuführen. Gerade nach Abschluss der Grundausbildung muss die Zulassung zum Zivildienst auf Fälle reduziert werden, wo eine schwere und existenzielle Gewissensnot besteht. Wer den Militärdienst dagegen nur aus Zweckmässigkeit ablehnt, soll grundsätzlich nicht in den Genuss der Zivildienstplicht kommen. Dies umso mehr, wenn ein Pflichtiger bereits die militärische Grundausbildung abgeschlossen und somit gezeigt hat, dass er sich eigentlich mit dem Militärdienst arrangieren könnte.

Zu Art. 4a:

Generell sind die Einsatzgebiete Zivildienstleistender eng zu begrenzen (vgl. Art. 4 ZDG). Die sukzessive Ausdehnung der Einsätze des Zivildienstes birgt verschiedene staats- und wirtschaftspolitisch heikle Fragen (z.B. Ausdehnung grundrechtlich verpönter Frohnarbeit, Konkurrenzierung Privater). Die VSN hält dafür, dass bei zu wenigen Einsatzmöglichkeiten von einem Aufgebot in den Zivildienst einstweilen abgesehen werden soll und stattdessen die Zeit der Zivildienstplicht solange verlängert wird, bis alle Tage sinnvoll geleistet werden können. dies unter Inkasso der Wehrpflichtersatzabgabe. Demgegenüber kann nicht sein, dass für zivildienstleistungswillige Personen laufend neue Einsatzmöglichkeiten geradezu gesucht werden müssen.

Zu Art. 8 Abs. 1:

Zu begrüssen. Es wird zu beurteilen sein, ob diese Mindestdienstzeit genügend ist um die erhoffte Wirkung von weniger Zivildienstzulassungen pro Jahr zu erzielen.

Zu Art. 17 Abs. 1:

Aufgrund des in der Armee herrschenden Personalplanungsrhythmus (insb. Planung von Spezialistenfunktionen u.a. im Nachrichtendienst-Bereich) ist die Frist, gemäss derer die Gesuchseinreichung von einer militärischen Dienstleistung befreit, auf sechs Monate zu erhöhen.

\* \* \* \* \*

Wir danken Ihnen bestens für die Gelegenheit, an Ihrer Vernehmlassung mitzuwirken und hoffe, Ihnen mit diesen Ausführungen gedient zu haben. Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck meiner

vorzüglichen Hochachtung.

**VEREINIGUNG SCHWEIZERISCHER  
NACHRICHTENOFFIZIERE (VSN)**

Michael Suter  
Präsident



[rechtsdienst@zivi.admin.ch](mailto:rechtsdienst@zivi.admin.ch) (pdf und word-Datei)

Eidgenössisches Departement  
für Wirtschaft, Bildung und Forschung  
Bundeshaus  
3003 Bern

Bern, 9. Oktober 2018  
PD/is

## **Änderung des Zivildienstgesetzes**

Sehr geehrter Herr Bundesrat,  
sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie das Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes eröffnet.

Sie erhalten nachstehend die Stellungnahme unseres Verbandes VFG – Freikirchen Schweiz. Dem VFG gehören als Dachverband 17 evangelische Freikirchenverbände an mit 600 Kirchen und ca. 150'000 regelmässigen Gottesdienstbesuchern.

Der VFG vertritt als Dachverband die Interessen der ihm angeschlossenen Freikirchen und nimmt deshalb auch regelmässig an Vernehmlassungsverfahren teil.

Unser Verband fragt sich grundsätzlich, ob die 12. Revision des Zivildienstgesetzes notwendig und zielführend ist oder ob nicht zuerst die vorgenommenen Änderungen zur Erhöhung der Attraktivität des Militärdienstes abgewartet werden sollten. Nach Auffassung unseres Verbandes bieten die vorgeschlagenen Änderungen keine Gewähr, das anvisierte Ziel der Sicherung des Bestandes unserer Armee zu gewährleisten.

Zu den geplanten Änderungen nehmen wir im Einzelnen wie folgt Stellung:

Art. 1: Wir lehnen die geplante Änderung ab.

Die geplante Regelung führt zu einer Verfälschung der wirklichen Stärke unserer Armee. Dem Anliegen der Revision kann dadurch Rechnung getragen werden, dass auch für diese Fälle eine Zivildienstpflicht für eine bestimmte Anzahl Dienstage vorgesehen wird.

Art. 4a lit. e: Wir lehnen die geplante Änderung ab.

Art. 4a lit. d gibt bereits eine gesetzliche Grundlage. Angesichts der langen Studienzeiten erachten wir eine Sonderregelung ausschliesslich für Medizinstudenten nicht als angebracht.

Art. 8 Abs. 1: Einverstanden.

Art. 11 Abs. 2: Einverstanden.

Art. 16: Nicht einverstanden.

Siehe unsere Bemerkungen zu Art. 1.

Art. 17: Wir lehnen die geplante Änderung ab.

Siehe unsere Bemerkungen zu Art. 1.

Art. 17a abs. 1 und 1<sup>bis</sup>: Wir lehnen die geplante Änderung ab.

Siehe unsere Bemerkungen zu Art. 1.

Art. 18: Wir lehnen die geplante Änderung ab.

Siehe unsere Bemerkungen zu Art. 1.

Art. 20 2. Satz: Einverstanden.

Art. 21: Einverstanden.

Art. 83f:

Abs. 1: Einverstanden.

Abs. 2: Wir lehnen die geplante Änderung ab.

Siehe unsere Bemerkungen zu Art. 4a lit. e.

Wir danken ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Für Rückfragen steht Ihnen Fürsprecher Peter D. Deutsch, Effingerstrasse 17, 3001 Bern, Telefon 031 381 44 25, [deutsch@ad-p.ch](mailto:deutsch@ad-p.ch), zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

**VFG – Freikirchen Schweiz**

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Peter Schneeberger', written in a cursive style.

Peter Schneeberger, Präsident

Département fédéral de l'économie,  
de la formation et de la recherche DEFR  
Organe d'exécution pour le service civil ZIVI  
Service juridique  
Malerweg 6  
3600 Thounne

Neuchâtel, le 09.10.2018

### **Position de l'ANEMPA concernant la modification de la loi sur le service civil**

Monsieur le Conseiller fédéral Schneider-Ammann,  
Mesdames, Messieurs,

Interpellés par la proposition de modification de la loi fédérale sur le service civil actuellement mise en consultation, nous nous permettons d'y prendre part et vous remercions de cette opportunité, que nous saisissons en vous faisant parvenir la présente prise de position.

Outre les arguments relayés par la Fédération suisse du service civil CIVIVA, nous souhaitons souligner notre opposition à toute mesure qui restreindrait l'accès au service civil.

Nous référant à l'expérience du service civil tel qu'il se pratique au sein des établissements médico-sociaux accueillant des personnes âgées, membres de l'ANEMPA, nous sommes en effet convaincus que le service civil, sous sa forme actuelle, fonctionne parfaitement et est d'une grande utilité sociale. Les civilistes représentent une « bouffée d'oxygène » pour les résidents âgés, à qui ils apportent énormément : soutien, présence, aide aux sorties, accompagnement individuel, etc., dans le cadre de tâches sortant de l'ordinaire et que le personnel des institutions membres de l'ANEMPA, dont la dotation est limitée, ne peuvent pas assurer.

Le service civil s'avère efficace en termes d'application, d'organisation et d'action. Il a du sens globalement, mais aussi pour chaque civiliste pris séparément. En effet, actuellement, nos établissements membres accueillent des civilistes dans les secteurs de l'animation, des soins et de l'intendance. Dans la majorité des cas, ces personnes viennent d'univers professionnels très différents de l'accompagnement de la personne âgée. A la fin de la période d'affectation, souvent, ils rapportent avoir été enrichis par cette expérience et, pour certains, avoir été suffisamment changés pour décider de prendre une nouvelle voie professionnelle. Dans le secteur des soins et de l'accompagnement à la personne âgée, qui est amené – au vu du vieillissement de la population – à se développer, nos institutions membres sont déjà actuellement confrontés à une pénurie de main d'œuvre. Chaque nouvelle personne qui décide de se réorienter dans notre secteur est par conséquent la bienvenue.

Pour nous, le service civil est créateur de citoyenneté mais aussi un vecteur de cohésion sociale ; il permet une connaissance et une reconnaissance, entre les générations, entre des

personnes en bonne santé et des personnes fragilisée par le grand âge ou souffrant de handicap. Le service civil, comme il est proposé actuellement, est un exemple à suivre pour les autres pays. Il redonne le sens de l'autre dans une société de plus en plus individualiste.

Une modification de la loi sur le service civil doit être fondée sur le bon déroulement du service civil et ne pas être motivée par la volonté de résoudre les problèmes supposés de l'armée. Politiquement, vouloir dégrader un système qui fonctionne bien et fait ses preuves au profit d'un autre est hautement contestable. Les problèmes doivent être résolus là où ils existent. Le service civil doit s'adapter aux besoins de la société et non à ceux de l'armée.

Avec la réforme légale proposée aujourd'hui, le Conseil fédéral place les besoins de l'armée au-dessus de ceux de la société civile en prétextant la préservation des intérêts publics. Nous récusons cette interprétation et sommes convaincus que le bon fonctionnement de la société est ce qu'il y a de plus important pour la prospérité de la Suisse.

En vous priant de tenir compte des éléments développés ci-dessus dans la suite de la réflexion sur ce projet et en restant à votre disposition pour des explications complémentaires sur notre argumentation, nous vous prions d'agréer nos salutations distinguées.

Pour l'ANEMPA

Le co-président

La secrétaire générale

Gaël Del-Egido

Fabienne Wyss Kubler





association vaudoise  
des organisations privées  
pour personnes en difficulté

Zivildienst Zentralstelle

04. Okt. 2018

Eingescannt Ja  Nein

Département fédéral de l'économie,  
de la formation et de la recherche DEFR  
Organe d'exécution pour le  
service civil ZIVI  
Service juridique  
Malerweg 6  
3600 Thoune

Lausanne, le 2 octobre 2018

## Consultation fédérale - Modification de la Loi sur le service civil

Madame, Monsieur,

C'est avec beaucoup d'intérêt que l'AVOP a pris connaissance via Internet de la procédure de consultation citée en titre. En tant qu'association vaudoise patronale faitière du domaine social, l'AVOP regroupe plus de soixante institutions vaudoises du domaine du handicap mental, de l'éducation et de la pédagogie spécialisées, la filière psychiatrique ainsi que des grandes difficultés sociales. A ce titre, nous vous transmettons notre prise de position.

D'emblée, nous vous faisons part de notre grande inquiétude quant à cette proposition de nouveau texte. En effet, le recours au service civil est une pratique très présente dans les institutions membres de l'AVOP et les changements proposés impacteraient grandement sur leur organisation.

D'une part, l'accueil de civilistes permet de s'adjoindre les compétences de professionnels qualifiés, tous métiers confondus, de manière ponctuelle. D'autre part, ces personnes, extérieures à l'organisation des institutions, ont un regard pertinent et novateur. Leur apport est essentiel. Nous mettons en évidence leur grande capacité d'adaptation et la possibilité de leur confier la gestion complète de projets spécifiques dans les métiers d'accompagnement des personnes vulnérables, logistiques, mais aussi techniques (informatique notamment).

Une diminution drastique du nombre de civilistes nuirait à n'en pas douter considérablement au fonctionnement des institutions, tant cette manne est devenue, au fil des ans, complémentaire aux effectifs alloués par les services financiers compétents.

Par ailleurs et de manière plus générale, nous regrettons l'évolution proposée, qui se veut d'adapter le service civil aux besoins de l'armée, ceci au détriment de la société.

Sur la base de ces constatations, l'AVOP s'oppose fermement à ce durcissement de l'accès au service civil et vous enjoint à mesurer les réels enjeux et les regrettables conséquences qui en découleraient inévitablement.

Tout en vous souhaitant bonne réception de la présente, nous vous prions d'agréer, Madame, Monsieur, nos salutations distinguées.

  
Catherine Staub  
Secrétaire générale

Zivildienst Zentralstelle
27. Aug. 2018
Eingescannt Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>



## HévivA

Association vaudoise  
d'institutions  
médico-psycho-sociales

Rue du Caudray 6  
1020 Renens  
T +41 21 721 01 60  
F +41 21 721 01 79  
www.heviva.ch

Département fédéral de  
l'économie, de la formation et  
de la recherche DEFR  
Organe d'exécution pour le  
service civil ZIVI  
Service juridique  
Malerweg 6  
3600 Thoune

Renens, le 24 août 2018

G:\Direction\SG\Correspondance\2018\ZIV\service civil - projet de modification de la loi.doc

### Prise de position de l'association vaudoise d'institutions médico, psycho, sociales concernant le projet de modification de la loi sur le service civil

Monsieur le Conseiller fédéral Schneider-Ammann,  
Mesdames, Messieurs,

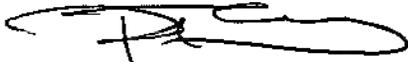
Notre comité et les institutions regroupées au sein de notre association vous font part de leur profonde inquiétude et incompréhension à l'encontre du projet de modification de la loi sur le service civil. Pour rappel, les institutions vaudoises sont parmi les premières participantes, tant historiquement, qu'en nombre, à cette mesure alternative au service militaire.

Le service civil fonctionne à satisfaction pour l'ensemble des intéressés et la nécessité d'intervenir ne nous apparaît ni étayée ni fondée. En tous les cas, les mesures proposées ne sauraient résoudre les difficultés propres au service militaire. Par contre, elles résulteraient en une inégalité de traitement entre les personnes astreintes au service et auraient des conséquences incertaines tant pour les personnes directement concernées que pour nos institutions.

Nous relevons l'enjeu sociétal et national, bien réel, que représentent le vieillissement de la population et l'accompagnement des personnes en perte d'autonomie. Si évolution il doit y avoir, nous souhaitons que celle-ci permette au service civil de s'adapter en garantissant la contribution de personnes motivées et en nombre suffisant pour accompagner ceux de nos concitoyens qui le nécessitent, quel que soit leur lieu de vie.

En conséquence, notre comité soutient la prise de position de CIVIVA et ose espérer que le Conseil fédéral donne la priorité aux besoins présents et à venir de la population civile.

En vous remerciant de l'intérêt que vous porterez à la présente, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Conseiller fédéral Schneider-Ammann, Mesdames, Messieurs, nos salutations distinguées.



Pierre-Yves Rémy  
Président exécutif



François Sénéchaud  
Secrétaire Général

Copies : membres  
FEDEREMS  
CURAVIVA Suisse  
M. Frédéric In-Albon, chef du centre régional de Lausanne

Département fédéral de l'économie, de la  
formation et de la recherche DEFR  
3003 Berne

Par courrier électronique :  
[rechtsdienst@zivi.admin.ch](mailto:rechtsdienst@zivi.admin.ch)

Paudex, le 10 août 2018  
PGB

### **Consultation : modification de la loi sur le service civil**

Madame, Monsieur,

Nous avons pris connaissance du projet de révision mentionné en titre et, par la présente, souhaitons vous faire part de notre position.

Le projet de modification de la loi sur le service civil vise à atténuer, sinon le nombre, du moins la croissance du nombre des personnes admises au service civil, en particulier lorsqu'il s'agit de personnes ayant accompli tout ou partie de leur formation militaire, y compris en tant que cadres ou spécialistes. Les chiffres montrent en effet que le nombre d'admissions au service civil a plus que quadruplé en 2009, au moment où l'obligation de passer un examen de conscience a été abandonnée, et qu'après une légère diminution en 2011 ce nombre a recommencé à croître, dépassant désormais largement 6000 par année. Les chiffres montrent aussi que la majorité des admissions au service civil interviennent aujourd'hui pendant ou après l'école de recrues. Cette situation, d'une part, menace la capacité de l'armée de maintenir un effectif minimum de 100'000 soldats tel que prévu par le DEVA ; d'autre part, elle prive l'armée de personnes qui ont bénéficié d'une formation et d'une instruction militaire, parfois d'une spécialisation.

#### Considérations générales

Le service civil est une émanation des mouvements antimilitaristes de la fin du siècle passé. Il répond à une volonté de se soustraire au service militaire, et non à un besoin de travail en faveur de la société. Depuis la suppression de l'examen de conscience en 2009, le service civil est devenu beaucoup plus facilement accessible et constitue, pour un nombre croissant de personnes, une alternative relativement confortable au service militaire. Cette évolution n'est pas satisfaisante, ni pour l'armée, comme on le constate aujourd'hui, ni pour la société en général.

L'intérêt public commande en effet que les effectifs de l'armée puissent être garantis, mais aussi que l'investissement en temps et en argent pour former et instruire les nouveaux soldats ne soit pas ensuite gaspillé par la défection d'une part croissante d'entre eux.

Du point de vue de la société en général et de l'économie privée en particulier, le principe même du service civil apparaît contestable. Il repose sur l'idée que chaque individu doit, pour des raisons morales ou égalitaires, consacrer une partie de son temps à la collectivité, la nature du travail effectué étant secondaire. Nous considérons pour notre part que seules certaines missions particulières nécessitent et justifient un enrôlement des citoyens, à savoir la défense (armée) et le sauvetage (protection civile, pompiers). Les personnes qui ne

participent pas à ces tâches, soit par incapacité, soit par mauvaise volonté, peuvent éventuellement se voir imposer une compensation financière, mais ne devraient pas être «réquisitionnées» pour d'autres tâches qui ne nécessitent pas impérativement une telle réquisition.

Nous remarquons en particulier que les personnes astreintes au service civil sont inutilement soustraites à leurs employeurs, ou au marché du travail pour celles qui recherchent un emploi. Par ailleurs, lorsque l'État «occupe» des personnes dans des tâches autres que la défense ou le sauvetage – et à plus forte raison lorsque le nombre des personnes à occuper augmente fortement –, le risque existe qu'il leur confie des tâches qui pourraient être exécutées dans un cadre professionnel normal. En d'autres termes, le service civil, par principe et surtout lorsqu'il prend des proportions importantes, risque de priver certaines entreprises de travail et de forces de travail.

Dès lors, nous approuvons pleinement le but poursuivi par la modification de la loi sur le service civil, même si la réflexion mériterait d'être menée plus loin.

#### Remarques de détail

Le projet de révision s'appuie sur sept mesures, qui visent en particulier les personnes qui seraient tentées de demander leur admission au service civil pendant ou après l'accomplissement de leur formation militaire. Nous renonçons à commenter en détail ces mesures, qui nous paraissent adéquates et adaptées au but poursuivi.

Tout au plus, nous constatons que les exceptions accordées en cas de service d'appui ou de service actif sont totalement illogiques. Si l'armée doit maintenir un effectif minimum, avec suffisamment de cadres et de spécialistes, c'est précisément dans la perspective d'un éventuel engagement !

**En conclusion, et sous réserve de notre dernière remarque (exceptions en cas de service d'appui ou de service actif), nous approuvons le projet de révision présenté.**

Nous vous remercions de l'attention que vous porterez à ce qui précède et vous prions d'agréer, Madame, Monsieur, nos salutations les meilleures.

Centre Patronal



Pierre-Gabriel Bieri

Eidgenössisches Department Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
rechtsdienst@zivi.admin.ch  
(in den Formaten \*.docx und \*.pdf)

Luzern, den 30. September 2018

## **Änderung des Zivildienstgesetzes Vernehmlassung**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Gelegenheit, die vorgeschlagenen Änderungen des Zivildienstgesetzes zu beurteilen, nehmen wir gerne wahr.

### **Grundsätzliche Vorbemerkungen**

- Mit der Abschaffung der Gewissensprüfung schnellten die Zulassungen zum Zivildienst rasch in die Höhe. Modifikationen der Verordnung brachten keine nachhaltigen Verbesserungen, so dass erst substantielle Änderungen im Zivildienstgesetz Wirkung versprechen. Unberührt bleibt der Verfassungsgrundsatz, den die Massnahmen nicht aushebeln dürfen.
- Zum Zivildienst zugelassen wird, wer den Militärdienst nicht mit seinem Gewissen vereinbaren kann (Art 1 ZDG). Die Abgrenzung zur an sich gesetzeswidrigen Wahlfreiheit bleibt undeutlich. Den Nachweis der Gewissensnot haben die Betroffenen faktisch nicht zu erbringen; als Ersatz dient der „Tatbeweis“. Die dem Art. 1 fremde faktische Wahlfreiheit schliesst der vorliegende Revisionsentwurf nicht wirksam aus.
- Das Bestreben, gewisse Rahmenbedingungen des Zivildienstes dem Militärdienst anzugleichen, ist zu begrüßen. Der Vergleich zwischen den beiden Dienstarten wird jedoch immer hinken. Damit der Armeeingehörige im Kriege bestehen kann, muss die Armee weiter in die Lebensgestaltung eingreifen als es im ZD geschieht.
- Wiederholt negative Echos in den Medien liefern die Einsätze im Ausland. Sie sind schlecht kontrollierbar. Leisten die Armeeingehörigen Auslandseinsätze, werden ihnen diese nicht auf die Dienstpflicht angerechnet. Das schafft Ungleichheit.
- Generell wäre eine Überprüfung der Tätigkeitsfelder angezeigt.

### **Stellungnahme Chance CH**

Grundsätzlich sind wir mit den vorgeschlagenen Massnahmen einverstanden, verlangen jedoch, dass die Wirksamkeit nach drei Jahren überprüft wird.

Bei den vorgeschlagenen Massnahmen stehen die personelle Sicherung des Armeebestandes und die Verhinderung des Abganges von ausgebildetem (Fach)Personal im

Vordergrund. Sie sind auf ihre diesbezügliche Wirksamkeit zu überprüfen. Gewisse Massnahmen (z.B. Art. 11 und 16, Abs 2) betreffen wohl nur sehr wenige Gesuchsteller.

*Art. 4a Bst e)*

Die Einschränkung ist richtig, da sie jene vom ZD abhält, die ihn nur aus studientechnischen Gründen wählen würden.

*Art. 8, Abs 1*

Damit baut das Gesetz jenen vor, die den Übertritt in den ZD wählen, weil er besser in ihre Laufbahnplanung passt. Begrüsst wird insbesondere, dass kein Unterschied mehr in der Behandlung militärischer Kader und Soldaten gemacht wird (Faktor 1.5. gilt für alle).

*Art. 17, Abs. 1*

Die Bestimmung, wonach später eingereichte Gesuche dazu führen, dass der Gesuchsteller bis zum Zulassungsentscheid Militärdienst zu leisten hat, kann bewirken, dass das Gesuch zurückgezogen wird. Das wäre die positive Variante. Andererseits besteht die Gefahr, dass die Armee Leute ausbildet, die sich alsbald wieder aus der Armee verabschieden.

Redaktionelle Korrektur:

Art. 17a Abs. 1 und 1<sup>bis</sup>

Es muss heissen, Personen, die .....

- a. nicht in *der* Armee eingeteilt sind
  - b. in *der* Armee eingeteilt und zu einem
- 1<sup>bis</sup> dito...

*Art. 21*

Die rigorose Festsetzung der Mindestdauer und der zeitlichen Abfolge der Einsätze wird sehr begrüsst, da die bisherige Regelung einen wesentlichen Anreiz für die Wahl der Zivildienstes bedeutete. Das gegenüber dem Armeeingehörigen ungerechte Privileg, die Einsätze mit der eigenen Laufbahnplanung zu koordinieren, fällt weg.

Gerne hoffen wir, dass unsere Überlegungen berücksichtigt werden.

Freundliche Grüsse

CHANCE SCHWEIZ – Arbeitskreis für Sicherheitsfragen

Der Präsident:



Harry Vogler

Felix Jauch  
Alpbetrieb Oberberg, Isenthal  
6462 Seedorf

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Seedorf Uri, im Oktober 2018

## **Stellungnahme des Einsatzbetriebes Alp Oberberg in 6461 Isenthal zur Änderung des Zivildienstgesetzes**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### **Einleitung und grundsätzliche Beurteilung**

Ich bin ein Alpbetrieb mit 400 Schafen und bin seit der Anwesenheit von Grossraubtieren (Wolf) gezwungen, Herdenschutz zu betreiben. Ohne Zivildienst müssten wir die Alp umgehend aufgeben. Persönlich bin ich überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### **Kein Handlungsbedarf**

Sowohl die drei Bericht des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der

Felix Jauch  
Alpbetrieb Oberberg, Isenthal  
6462 Seedorf

angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

### **Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen**

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoß gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

### **Unklare Auswirkungen**

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Ich weise darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Ich lehne aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

### **Eigene Vorschläge**

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwarte ich, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Ich schlage dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss

der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.

- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

### **Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweise ich auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für mich ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

### **Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Dienstage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

### **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

Ich gehe davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Dienstage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Diensttage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Dienstagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus meiner Sicht besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

Ich bin der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Ich sehe absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildienstage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Dienstage erfüllen (2017: 96.7% aller Dienstage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Dienstage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Dienstage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.

Felix Jauch  
Alpbetrieb Oberberg, Isenthal  
6462 Seedorf

**Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

**Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

Sollte die Anzahl Zivildienstleistenden sinken, bin ich mir bewusst, dass wir in unserem Einsatzbetrieb keine Chance mehr haben werden, Zivildienstleistende zu rekrutieren. Leider hat sich unser Aufwand durch den notwendigen Herdenschutz dermassen erhöht, dass wir ohne personelle Unterstützung (Zivildienst) die Alp nicht mehr aufrechterhalten können.

Ich bitte Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten und stehe für ergänzende Erläuterungen zu meinen Argumenten zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Felix Jauch

[rechtsdienst@zivi.admin.ch](mailto:rechtsdienst@zivi.admin.ch)



Permanence romande pour civilistes et militaires  
Permanence@infodroit.ch ou  
Le mardi de 12 à 14 heures au 026 925 80 66.  
Pour les urgences, 079 524 35 74, veuillez laisser un message.

Flendruz, 16 juin 2018

### Avis de droit

*A qui de droit*

#### **7 mesures du Conseil fédéral destinées à la consultation. Modifications de la loi sur le service civil. 2018**

##### En préalable

1. Le droit à l'objection de conscience est un droit fondamental internationalement reconnu.
2. Il est reconnu par les jurisprudences du Comité des droits de l'homme et de la Cour Européenne des droits de l'homme, il est présent dans la constitution suisse<sup>1</sup>.
3. Ce droit s'appuie essentiellement tant sur le refus impératif de tuer que sur le refus de résoudre les conflits par la violence.
4. Le conflit entre l'obligation constitutionnelle de servir dans l'armée d'une part et la conscience d'autre part (appelé conflit de conscience) peut se manifester sous diverses formes et à divers moments, de façons plus ou moins virulentes ou soudaines, y compris parfois par des somatisations ou des actes de rébellions. La problématique a été largement résolue par deux mesures:
5. 1) Il a été renoncé au « contrôle de conscience » en adoptant le système dit de la preuve par l'acte, soit l'acceptation, par la personne qui demande le service civil d'une durée plus longue pour ce service que celle requise pour le service militaire.

Cette mesure a pour avantage (en plus d'une forte diminution de la charge administrative) d'éviter d'une part l'aggravation et la stigmatisation du conflit de conscience par son besoin de le confronter à la procédure et de libérer d'autre part la personne concernée d'une appréhension et d'une expression intellectuelle et verbalisée de ce conflit, inévitablement discriminatoire selon le niveau d'éducation, et sujette d'autre part à des biais divers, puisque le résultat de l'examen dépendait largement du degré de préparation à celui-ci plutôt que de la nature même, des sources et des raisons du conflit de conscience.

6. Il convient toutefois de noter que ce système de quotité a dès le début présenté un défaut important, au demeurant partiellement caché des civilistes eux-mêmes, dans la mesure où la durée de service civil requise par la loi (1 fois et demie – 1,5 – celle du service militaire encore à faire au moment de la demande) est dans la pratique comparativement différente de la durée du service militaire réellement effectuée par les militaires libérés lorsqu'ils atteignent la limite d'âge. En effet, ceux-ci se voient alors remettre le solde des jours de service non-effectués, alors que les civilistes se voient pénalement condamnés s'ils n'effectuent pas l'entier de leurs jours avant la même limite d'âge (limite par ailleurs par elle-même plus exigeante, puisqu'ils ont plus de jours à effectuer dans le même laps de temps). L'armée a de plus tardé à donner les chiffres permettant de mesurer cette différence des durées respectives des

---

<sup>1</sup> Constitution fédérale (Cst.) [Article 10 sur la droit à la vie](#), [art. 15 sur la liberté de conscience](#), [art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement](#).



services. Pourtant des estimations raisonnables permettaient d'évaluer le nombre de jours de service civil effectués pour les civilistes demandant le service civil pour l'entier de leur périodes de service militaires comme étant environ du double du nombre de jour effectué en moyenne par les soldats terminant leur obligation à la limite d'âge<sup>2</sup>. Actuellement, ce taux semble s'être amélioré un peu, mais la durée comparée du service civil resterait de 1.8 plus élevée que la durée des services militaires, et non pas les 1.5 que stipule la loi. Il conviendra de vérifier les effets de la nouvelle loi sur l'armée sur cette problématique, la limite d'âge n'étant plus un âge fixe (p. ex. 34 ans), mais devenant un nombre de dix années pour faire les services requis après l'école de recrue<sup>3</sup>.

7. De plus la discrimination pénale demeure, puisque contrairement au service civil, aucune mesure permettant d'assurer le rythme et le progrès de la réalisation des périodes de service militaire, mesure accompagnées dans la loi sur le service civil de mesures pénales en cas de retards, n'ont été introduites dans la nouvelle législation sur la l'armée. Ainsi, le civiliste doit accomplir certaines périodes (la première suivant l'admission et la période longue) selon des délais fixes et il ne doit pas lui rester plus d'une certaine proportion de jours à faire avant d'atteindre la limite d'âge. Passé ces délais ou si la proportion de jours restant à faire est trop forte, le civiliste est convoqué d'office pour le surplus ou la période concernée, puis il encoure une peine s'il n'effectue pas la période requise. Il n'existe, pas de système similaire ou aussi contraignant dans l'armée. Pour avoir une vision complète de cette discrimination, pénalement grave, il conviendrait encore de comparer le nombre des dispenses pour justes motifs, lesquelles au demeurant ne font que repousser le problème, dispenses accordées tant pour les civilistes que pour les militaires. Nonobstant, vu la nature différente des système de suivi et de répression des deux sortes d'obligations, puisqu'il y a des condamnations pour retard dus au système de suivi contre les civilistes et qu'il n'y en a pas pour les militaires, la discrimination pénale demeure, tout comme demeurera a priori la discrimination sur les durées.

8. 2) Il importe de souligner que le service civil peut et doit pouvoir être demandé en tout temps, c'est d'ailleurs dans la loi<sup>4</sup>.

9. Cela concerne bien sûr la possibilité de demander le service civil depuis une période de service militaire, mais porte surtout sur la nature du conflit de conscience et relève en partie aussi du droit humanitaire.

10. Ainsi, le conflit de conscience peut se développer par une réflexion autonome, mais il peut aussi surgir, progressivement ou soudainement, face à une circonstance rencontrée dans le cadre du service militaire, par exemple lors de la première prise d'arme (il y a hélas des condamnations pour refus d'ordre de personnes qui font à ce moment-là un blocage psychologique) ou en étant mis en confrontation à une arme particulièrement destructive.

11. Il convient aussi, et c'est d'une grande importance, de citer le cas de l'objection de conscience à un ordre criminel, y compris ou surtout si celui-ci viole le droit humanitaire ; objection qui doit en effet pouvoir être exprimée en tout temps et en particulier de façon immédiate au moment de la réception de l'ordre contesté, cette objection devant alors, selon les circonstances, rejeter non-seulement l'ordre contesté lui-même mais aussi l'ensemble du système qui produit ou maintient cet ordre injuste, à tout le moins si l'ordre est maintenu, car alors seul le refus personnel et complet du système permettant, à défaut de pouvoir l'empêcher, la réalisation de ce ordre illégal et des ses conséquences, de préserver la conscience, et donc l'innocence de la personne confrontée à une telle situation. L'objection de conscience à une circonstance particulière devenant alors une objection au sens usuel du terme, une objection d'ensemble au service militaire<sup>5</sup>.

<sup>2</sup> Détail du calcul : <http://www.infodroit.ch/spip.php?article44>

<sup>3</sup> Ordonnance sur les obligations militaires (OMI), 1.1.2018, [art. 19](#).

<sup>4</sup> Loi sur le service civil, [art. 16](#).

<sup>5</sup> Voir par exemple, [Jacques Verhaegen](#) : «Le refus d'obéissance aux ordres manifestement criminels », revue du CICR, vol. 84, n° 845, mars 2002.



### Analyse des mesures proposées

**Mesure 1:** 150 jours de service civil pour toutes personnes n'ayant pas terminés ses « services d'instruction » et ayant moins de 100 jours de service militaire restant.

#### Appréciation générale

12. Par « services d'instruction », il est entendu toutes les périodes de services militaires, à savoir écoles de recrues, écoles de cadres et cours de répétition<sup>6</sup>.

13. La proposition équivaudrait à « condamner », imposer à tout militaire ayant entre 1 et 100 jours de service militaire encore à faire à effectuer 150 jours de service civil.

14. La mesure incite à terminer ses obligations militaires au lieu de demander le service civil.

15. Partant du constat, hautement probable<sup>7</sup>, selon lequel les pertes en effectifs augmentent en fonction de l'âge par lassitude, perte d'intérêt ou en raison de l'augmentation des obligations professionnelles et familiales. Il conviendrait toutefois de disposer des chiffres du nombre des personnes qui quittent l'arme dans ces tranches d'âge soit pour le service civil, soit pour raisons médicales. En effet, si le problème est une question d'emploi du temps, la demande de service civil est d'autant plus contre-productive.

16. A cet aune, la mesure aura pour effet principal d'augmenter le nombre de demandes médicales et assez peu de diminuer le nombre de service civil. Quand à sa capacité à renforcer la motivation pour l'armée, elle est ici hors contexte – ce n'est pas notre problème ou celui du service civil – et elle n'est que très indirecte, la diminution de l'attrait du service civil n'augmentant pas pour autant l'attrait pour l'armée.

#### Calculs concernant la mesure proposée

17. Dans la pratique, divers types de calculs sont possibles pour déterminer les effets et les proportions de la proposition. Mes connaissances mathématiques sont limitées, donc d'autres calculs sont peut-être possibles ou éventuellement meilleurs, mais ceux-ci révèlent plusieurs des effets pervers de la proposition:

a. Le facteur multipliant le nombre de jours à faire est, avec la proposition exponentiel : La personne qui aurait 1 seul jour d'armée encore à faire se retrouverait à en faire 150 jours, soit 150 fois plus que le nombre de jour d'armée requis.

Dans le détail, un militaire à qui il resterait :

1 cours de répétition (CR), soit 19 jours (150/19), verrait le multiplicateur passer de 1.5 à 7.89

2 cours de répétition, le facteur (150/38) est encore du quadruple (3.94)

3 cours de répétition, le facteur descend à 2.63

4 cours de répétition, le facteur est de 2 (1.97)

5 cours de répétition le facteur est encore de 1.57, soit plus haut que la loi actuelle ou que le facteur attribué aux civilistes ayant encore plus de jours.

Ce n'est donc qu'avec 6 cours de répétition encore à faire, soit avec le nombre total des cours de répétition à faire par les soldats, et donc durant le premier cours de répétition que l'ajout systématique de 150 jours, rejoint le facteur général de 1.5.

*Dit autrement, à quelques jours prêts, quiconque demanderait le service civil après l'école de recrue devrait faire 150 jours de service civil au moins, quelque soit le nombre de jour d'armée restant à faire. Pourquoi ne pas le dire ?*

b. Le calcul peut aussi être fait en tenant compte des jours de service militaires et civils faits au total. Exemple pour un soldat :

Ecole de recrue de 124 jours, solde 121 jours de service en CR. Total 245<sup>(8)</sup>. Service civil complet, 245 X 1.5 = 367 jours de service civil.

Jours de service mil faits : 244 (au lieu de 245)+150=394 (proposition). Système actuel : 244 + 2 (1 x 1.5) = 246 (actuel). Différence : 148 jours à faire en plus qu'avec le système actuel et ... 27 de plus qu'en ayant demandé le service civil dès le recrutement.

<sup>6</sup> Loi sur l'armée et l'administration militaire (LAAM), [art. 41](#).

<sup>7</sup> La permanence que nous représentons confirme, à sa modeste mesure, cette tendance. Les hommes de plus de 25 ans sont relativement nombreux à vouloir mettre un terme à leurs obligations militaires et leur nombre augmente avec l'âge

<sup>8</sup> OMI, [art. 47](#).



Jours de service faits :  $238 (6 \text{ CR faits}) + 150 = 388$  jours à faire ou (système actuel)  $238 + 9 (6 \times 1.5) = 247$ . Différence : 141 jours de service civil en plus qu'avec le système actuel, mais aussi 21 jours de service (mil et civ) en plus de ce que ce même soldat aurait eu à faire s'il avait demandé le service civil dès la fin du recrutement.

En cela, le service est *punitif parce qu'il impose des jours en plus ... pour avoir accepté de faire presque tout son service militaire !!!*

Jours de service faits :  $219 (5 \text{ CR}) + 150 = 369$  ou (actuel :)  $219 + 39 (26 \times 1.5) = 258$ . Différence : 111 jours de plus que le système actuel, mais encore 2 jours de plus qu'avec un service civil demandé dès l'origine.

Jours de service faits  $200 (4 \text{ CR}) + 150 = 350$  ou actuel  $200 + 68 (45 \times 1.5) = 268$ . Différence : 82 en plus que le système actuel.

A partir d'ici le nombre total de jours faits devient inférieur à un service civil demandé d'emblée et donc les jours de service militaire faits diminuent le nombre total de jours à faire.

Jours de service faits  $181 (3 \text{ CR}) + 150 = 331$  ou  $181 + 96 (64 \times 1.5) = 277$ . Différence, 54 jours de service civil en plus, mais 90 de moins qu'avec un service civil complet.

Jours de service faits  $162 (2 \text{ CR}) + 150 = 312$  ou

Jours de service faits  $143 (1 \text{ CR}) + 150 = 293$  ou  $143 + 156 (101 \times 1.5) = 299$  Différence  $\pm 0$ .

#### Effets pour la pratique

c. Les effets du nouveau système sur les intérêts des candidats civilistes, en termes de jours à faire seraient les suivants :

1) Le facteur de 1.5 s'applique durant l'école de recrue, voir durant le 1<sup>er</sup> CR. Inchangé.

2) Tout jour d'armée fait durant cette période diminue effectivement le nombre total (armée et sc) de jours à faire, par rapport à un service civil complet. Inchangé.

3) Dès le 2<sup>ème</sup> CR et jusqu'au 4<sup>ème</sup> CR, le nouveau système augmente progressivement, par rapport à l'ancien, effet étrange, le nombre de jours total à faire, même si l'on fait ces CR, soit d'avoir à faire encore plus de service en tout parce que l'on fait de l'armée (absurde !), puis d'avoir à faire du service civil en plus, même si le nombre de jours total de service civil et militaire reste inférieur à ce que devrait faire un civiliste de la première heure mis au facteur 1.5).

Exemple : Faire un 2<sup>ème</sup> CR de 19 jours et demander le sc, ajoute en plus de ces 19 jours 17 jours de service en tout (civil et militaire) par rapport au système actuel, dans lequel le civiliste en faisant ce CR épargnerait 9 jours de service civil ( $19 - x 1.5$ ). (Nouveau :  $162 \text{ SM} + 150 \text{ SC} = 312$  Ancien  $162 + 125$  (solde de  $83 \times 1.5$ ) = 287, nouveau = J plus 25. S'il ne fait pas ce CR (ancien  $\text{SM } 143 + \text{SC } 152 (101 \times 1.5) = 295$  soit quelques jours en plus de SC pour ne pas avoir fait ce cours (295 au lieu 287), mais toujours au total 17 jours de moins qu'en faisant ce CR dans le système proposé, lequel augmente donc le nombre de jours à faire sans donner de diminution pour ceux faits.

Idem pour les 3<sup>ème</sup> et 4<sup>ème</sup> CR. Je renonce aux calculs ici, mais le nombre de jours d'armée faits sans diminuer le nombre de jours de service totaux augmentera d'autant, par rapport à quelqu'un qui demande le SC après l'ER ou le 1<sup>er</sup> CR.

4) Dès le 5<sup>ème</sup> CR, le nombre total (SC et SM) de jours à faire devient plus grand que quelqu'un qui demande le service civil dès le 1<sup>er</sup> jour.

d. En résumé, il ne sera intéressant, en terme de jours à faire (ou rentable) de demander le service qu'entre le recrutement et la fin du 1<sup>er</sup> cours de répétition. A l'inverse, toute demande faite ultérieurement augmentera, de plus en plus gravement, la charge totale du nombre de jours à faire, laquelle dépassera, si le SC est demandé durant ou après le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, le nombre de jours à faire pour quelqu'un qui demande le service civil avant l'ER.

18. Tactiquement, pour le soutien aux objecteurs, l'intérêt à demander le service civil entre le recrutement et la fin de l'école de recrue reste similaire. Par contre, plus le militaire avance dans sa carrière militaire, plus la charge de jours augmente, plus il devient difficile de demander le service civil (et plus sera grande le besoin de demander la voie bleue).

19. Cela n'aura pas pour effet de diminuer fortement le nombre de demandes de service civil, puisque les demandes seront soit pour une part reportées plus tôt dans la carrière militaire, soit transformées en demande médicales et que rares seront les personnes qui en fin de carrière militaire décideront de finir leur service plutôt que de sortir de l'armée, d'une façon ou d'une autre.



### La durée du service civil en droit

20. En droit Suisse, le facteur légal de 1.5 est le même depuis l'origine. Avec toutefois la réserve présentée ci-dessus au point 6 concernant la durée effective (et non légale) située aux environ de 1.8.

21. Le droit international, le Comité des droits de l'homme et la Cour européenne des droits de l'homme, tiennent de jurisprudence constante le fait que le service civil doit être de nature civile et non-punitif.

22. Une durée supérieure au double du service militaire à remplacer est considérée comme excessive<sup>9</sup>. Ainsi, l'attribution à toute personne ayant moins de 75 jours de service militaire à faire de 150 jours de service civil serait contraire au droit international.

23. Mais c'est dans son ensemble, ou à tout le moins dès le 2<sup>ème</sup> cours de répétition, que la mesure est discriminatoire. D'abord parce que plus, ils servent dans l'armée, plus elle pénalise les militaires qui demandent le service civil. Ensuite, parce qu'elle traite différemment des personnes dans des situations similaires, à savoir des personnes présentant une demande de service civil, demande qui est de même nature quel que soit le moment où elle est faite et pour laquelle le nombre de jours de service militaire accomplis n'a aucune incidence, sauf peut-être à renforcer le besoin de présenter une objection de conscience, ce qui reste sans influence aucune sur le droit fondamental à demander le service civil.

24. La loi sur le service civil pose comme principe que la charge du service civil devrait équivalente à celle de l'armée<sup>10</sup>. Toutefois la mesure proposée, en tous les cas dès le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, puisque la charge en jours à faire est alourdie au-delà de ce que le militaire aurait à faire en demandant le service civil avant l'école de recrue. Ainsi, non-seulement, la personne concernée effectue la plus large part de son service militaire (les 3/4), mais elle y voit ajouté une part importante de service civil (150/367) soit presque la moitié du service civil en plus, pour un total qui dépasse ce qu'elle aurait eu à faire tant à l'armée qu'avec un service civil entier. A ce titre, la mesure est non seulement dissuasive, mais discriminatoire dans la mesure où elle pénalise ceux qui ont déjà fait beaucoup d'armée (ne devraient-ils pas au contraire être pour cela remerciés ?).

25. Par ailleurs, le droit à l'objection de conscience étant un droit fondamental, toute forme de dissuasion, en entravant son libre exercice, est déjà une violation du droit.

26. Et il est finalement, à mon sens, difficile la nature punitive de la mesure, puisque ce sont ceux-là même, qui ont le plus servi dans l'armée, qui se voient le plus pénalisés.

### Résumé :

- Violation du droit international sur la durée du service civil.
- Discrimination entre les civilistes « d'origine » et ceux qui demandent le service civil au cours de leur carrière militaire (l'objection reste la même, pour les mêmes motifs et contre le même service militaire, seule change la situation militaire).
- Mesure probablement punitive.
- Mesure simple en apparence, mais particulièrement compliquée à comprendre et à calculer, entre autres pour les personnes concernées.

---

<sup>9</sup> ONU, Comité des droits de l'homme: Foin v France (Communication No. 666/1995), CCPR/C/D/666/1995, 9 November 1999, para. 10.3, entre autres jurisprudence. Voir aussi: Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 8.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>  
Il existe aussi une traduction allemande de document, p. 21 : [http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV\\_2014-3\\_KDVundAsyl.pdf](http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV_2014-3_KDVundAsyl.pdf)

Voir aussi le rapport quadriennal du Haut Commissaire aux Droits de l'Homme sur l'objection de conscience, 1.5.2017, § 22.  
<http://www.undocs.org/fr/A/HRC/35/4>

<sup>10</sup> LSC 5



### **Mesure 2 :**

Délai d'attente de 12 mois entre le dépôt de la demande et l'admission, avec obligation de faire les périodes de service militaires prévues.

27. La mesure est contraire à la constitution. Celle-ci prévoit, textuellement : « un service de remplacement »<sup>11</sup>. Or un *remplacement du service* n'est en aucun cas un service de remplacement *différé* avec maintien du service à remplacer, en attente du service de remplacement.

Des délais pour la mise en œuvre, par la personne concernée comme par l'administration, du service de remplacement sont acceptable, voir le maintien des obligations en attente de la décision d'admission<sup>12</sup>, mais en aucun le droit à l'objection de conscience ne saurait-il être suspendu.

28. De plus, la proposition est largement impraticable et passablement conflictogène. Les civilistes concernés ne se gêneront pas pour demander des reports, se faire porter malade ou pour ne pas se présenter et leur motifs de conscience finissant toujours par être reconnus, ils ne seront, s'ils sont que partiellement et inégalement sanctionnés pour ces déflections. Sans parler de la charge administrative supplémentaire pour les administrations cantonales.

### Résumé

- Mesure contraire à la constitution.
- Discrimination entre les civilistes qui font une demande avant l'école de recrue, lesquels ne sont pas condamnés à des périodes militaires et ceux qui la font après l'ER, qui doivent en faire ou, vaille que vaille, les faire annuler.
- Mesure de nature à créer de nombreuses difficultés administratives tant pour les conscrits et les civilistes que pour l'administration.

### **Mesure 3 :**

29. Suppression du facteur 1.1 et passage au facteur 1.5 pour les officiers et les sous-officiers supérieurs.

30. Les personnes concernées sont relativement peu nombreuses. Elles ont néanmoins les mêmes droits. Mais surtout toutes ces personnes, qui ont été obligées de revêtir ces fonctions d'encadrement, ont déjà servi, au moment de la demande d'admission au service civil plus de jours d'armée que ne servent les civilistes qui n'en a fait aucun. Le moins gradé de ceux-ci servira un total 440 jours de services au lieu de 245<sup>13</sup>. Pour obtenir son grade, il en aura déjà fait presque autant qu'un soldat normal. Et le solde de jour à faire, qu'il soit multiplié par 1.1. ou 1.5 dépassera de toutes façons le nombre maximal de jours effectués par un civiliste ne faisant pas d'armée du tout.

31. Sachant que l'obligation de grader est imposée, même avec un facteur 1.1, la personne qui demande le service civil alors qu'elle a déjà revêtu son grade est discriminée par rapport à un civiliste qui demande le service avant de recevoir le moindre grade. Augmenté cette durée plus encore, alors que la personne gradée sert déjà plus que toute autre personne sans garde, apparaît là aussi comme punitive.

### Résumé

- En conjonction avec la discrimination décrite ci-après, violation du droit international sur la durée du service de remplacement.
- Discrimination entre les officiers et sous-officiers supérieurs d'une part et les soldats d'autre part en raison d'abord de l'obligation de grader d'abord, pour laquelle les premiers ne peuvent rien, puis du fait qu'en raison de cette obligation, ils ont déjà effectué, contre leur gré, une durée de service aussi importante que les soldats, durée sur laquelle vient ensuite s'ajouter une très longue durée de service civil supplémentaire. Dit autrement, le soldat qui demande le service civil évite non-seulement de grader, mais tous les jours de service civil supplémentaires en cas de conflit de conscience alors que l'officier, qui est en droit de développer un conflit de conscience à tout moment, en est d'autant plus pénalisé.

<sup>11</sup> [Art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement.](#)

<sup>12</sup> [LSC 17 et 17a.](#)

<sup>13</sup> [OMI 47](#)



- Mesure qui ne touche qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 4 :**

32. Interdiction faite aux médecins de faire du service civil en tant que médecins.

33. Là encore, la mesure ne concerne que très peu de personnes. Les médecins ont en moyenne au moins 26-27 ans à la fin de leur formation et ce moment-là, la plupart des périodes longues sont faites. Mais quand bien même, faut-il priver les hôpitaux de ces médecins-là ?

34. Par ailleurs, la mesure est à nouveau discriminatoire ; pourquoi les médecins et pas les géologues, les travailleurs sociaux ou les enseignants ? Là ce ne serait plus seulement certains civilistes, mais tout le service d'intérêt public qui tendrait à être victime d'une vision trop étroite des possibilités de service civil.

35. Enfin, il existe certes une disposition qui interdit certaines affectations en fonction de la personne du civiliste, en particulier si elle favorise sa formation<sup>14</sup>. Et c'est probablement, dans ce contexte que la proposition s'inspirerait. Mais à nouveau, certains militaires exercent des fonctions militaires en lien avec leur profession – et pas seulement des médecins ! – en quoi des civilistes n'auraient-ils pas le droit d'en faire autant ?

#### Résumé

- Mesure hautement discriminatoire (par professions).
- Mesure ne touchant (en l'état, que les médecins) qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 5 :**

36. Pas d'admission au service civil pour les personnes pour lesquelles il ne reste plus de jours de service, mais pour lesquelles il reste des tirs obligatoires.

37. La question est controversée depuis longtemps. Seul sont concernés les militaires en service long, qui restent incorporés ensuite pendant 4 ans<sup>15</sup>. Il conviendrait de savoir combien il y a eu de cas.

38. Pour rappel, les militaires ont la possibilité de déposer l'arme, sans motifs, s'ils ne souhaitent pas la conserver, mais cela ne les dispense pas des tirs<sup>16</sup>.

39. D'abord, il convient de rappeler que l'exécution de tirs obligatoires, dans le cadre d'un service militaire, même terminé, peuvent donner lieu à conflit de conscience, qui plus est si celui-ci peut avoir à se manifester durant une période de 4 ans.

40. En ce sens, la mesure ignore et passe complètement à côté, nie un problème qu'il y aurait pourtant lieu de résoudre.

41. A mon sens, une procédure plus simple qu'une admission au service civil devrait permettre, par exemple mais en tous les cas pour motifs de conscience légitimes, de remettre l'arme définitivement et d'être ainsi dispensé des tirs obligatoires.

#### Résumé

- Violation du droit à l'objection de conscience
- Mesure administrative inadéquate
- Mesure ne touchant qu'un nombre limité de personne

#### **Mesure 6 :**

42. Les civilistes sont tenus de faire une période de service civil par année dès l'admission.

---

<sup>14</sup> [LSC 4a](#)

<sup>15</sup> [LAAM 54a](#)

<sup>16</sup> Ordonnance concernant l'équipement personnel des militaires (OEPM), [art. 6a](#).



43. La mesure existe déjà, [art. 39a](#) de l'ordonnance sur le service civil : « La personne astreinte au service civil *effectue chaque année* des affectations de service civil d'une durée de 26 jours au moins à partir de la deuxième année civile au plus tard ».

44. Les reports étant relativement fréquents, on peut se demander si c'est ceux-ci qu'il s'agit de limiter, mais le texte de la mesure est pour le surplus inutile.

#### Résumé

- Proposition de mesure incompétente, mesure déjà prévue par la loi.

#### Mesure 7 :

45. Obligation pour les personnes en service long, d'effectuer la période longue de service civile dans l'année qui suit (et non pas dans les trois ans qui suivent) l'admission au service civil.

46. Imposer un service civil long est une vieille mesure de 2011, que le Tribunal administratif fédéral avait annulée en raison de [l'article 20 de la LSC](#) qui stipule que le SC peut être fait en une ou plusieurs périodes<sup>17</sup>.

47. Depuis toujours, nous recommandons aux militaires en service long de passer d'abord au service normal, avant de demander le service civil, entre autres afin d'éviter le surplus de jours, actuellement 55 jours de service militaire ou 82 jours de service civil en plus<sup>18</sup>. Notre recommandation ne changera pas.

48. De plus, la mesure ne prévoit cette obligation que si l'école de recrue n'est pas terminée, or l'école de recrue est considérée comme terminée si 80% de ses jours ont été accomplis<sup>19</sup>; soit pour une école usuelle de 124 jours, dès le 100<sup>ème</sup> jour d'école de recrue. Mais dans la pratique, la demande de service civil peut être faite quelques jours plutôt, puisque celle-ci prend quelques jours, voir semaines à condition pour cela que l'admission à la fin du processus de demande intervienne après le 100<sup>ème</sup> jour de service.

49. Que ce soit en passant au service normal et en attendant les 80% de son service militaire (dans des conditions « suffisantes ») – si encore au service long avec les jours en sus – il est très facile d'éviter cette mesure et peu nombreux sont ceux qui se retrouveront à devoir faire une période longue ou leur période longue de service civile dans l'année qui suit. Au demeurant si un plan de carrière avait prévu une mise en suspend de celui-ci pour le service militaire long, avec une libération en fin d'école de recrue et une affectation longue trouvée rapidement, celle-ci peut être faite dans le temps préalablement dévolu au service militaire long.

50. La mesure est aussi discriminatoire puisqu'elle traite plus durement les militaires en service long que les militaires en service normal d'une part, et alors plus durement que les civilistes n'ayant pas débuté l'école de recrue d'autre part.

#### Résumé

- Mesure facile à contourner, voire à accommoder.
- Mesure ne concernant alors plus qu'un nombre limité de personne.
- Mesure discriminatoire.

#### Considérations finales

51. Les mesures 1 et 3 violent le droit international sur la durée du service civil.

52. La mesure 2 viole la constitution sur la notion de service de remplacement et la mesure 5 viole la constitution sur le droit à un service de remplacement.

53. Les mesures 1, 3, 4 et 7 sont clairement discriminatoires et violent à un titre ou un autre l'égalité de traitement.

54. Les mesures 3, 4, 5 et 7 ne touchent que – mais gravement – un nombre limité de personnes. À ce titre, le but premier de ces mesures n'est probablement pas ou que partiellement de toucher ces personnes-là, voire de les maintenir dans l'armée mais de donner l'impression qu'il est difficile ou déconseillé, qu'il est

<sup>17</sup> <http://www.infodroit.ch/spip.php?article91>

<sup>18</sup> [OMI 111](#)

<sup>19</sup> [OMI 57](#) ou [37 ordonnance sur le service civil \(OSI\)](#) (même teneur).



même dissuadé de sortir de l'armée. Un tel but viole le droit au service civil et un service civil non-discriminatoire et non-punitif.

55. Il convient d'ajouter à ce propos que les instances et jurisprudences internationales ont reconnus sans hésiter le droit à l'objection de conscience pour les appelés, comme pour les volontaires et les professionnels. Autrement dit et pour ce qui nous occupe ici, le droit à l'objection de conscience et au service de remplacement est et reste le même, ne saurait donc subir d'aggravation dans l'exercice du droit, soit l'accès au service civil, comme dans sa réalisation, soit l'accomplissement du service civil, que la personne concernée aie commencé ou non à servir dans l'armée<sup>20</sup>.

56. Les mesures 2, 3 et 4 supposent des difficultés de mise en œuvre particulièrement importantes. La mesure 5 pourrait faire l'objet d'une simplification administrative.

57. La mesure 6 est inutile, une aberration puisqu'elle préconise quelque chose qui existe déjà.

58. L'analyse de l'ensemble de ces mesures donne l'impression forte que l'armée est très embarrassée, mal à l'aise en raison des demandes service civil issues des ses rangs.

59. Ainsi quand bien même l'ensemble de ces mesures, si elles venaient à être mise en œuvre, aurait pourrait effet d'inciter les conscrits à demander le service civil bien plus tôt, ce qui n'est pas utile à l'armée non plus, il conviendrait de combattre ces mesures pour les effets et les complications graves qu'elles imposent, en toutes sortes de circonstances, aux militaires.

60. Il convient aussi de constater que les mesures proposées font preuve d'une méconnaissance, tant du droit international que du droit constitutionnel suisse qui confine à l'impréparation, voire au mépris, tant des civilistes que des militaires.

61. Enfin, dans le cadre des réactions à ces propositions de mesures, il conviendra de rappeler certaines ou l'ensemble de nos revendications de base, à savoir une présence civile lors du recrutement afin de faciliter son impartialité, un durée raisonnable et une compensation financière garantissant au moins l'accès au minimum vital<sup>21</sup>.

Christophe Barbey,  
Juriste, permanent depuis 2006

---

<sup>20</sup> Voir les résolutions du Conseil des Droits de l'Homme, par exemple la résolution du 8 octobre 2013, art. 12 [A/RES/HRC/24/17](#) ou Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 4.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

<sup>21</sup> Avec une APG de 62.- par jour durant l'ER ou son équivalent au service civil, ou en cas d'absence de salaire préalable au service ou de droit à son équivalent, avec 1'800.- par mois ~, le minimum vital n'est pas atteint. Le dernier rapport du haut commissaire aux droits de l'homme mentionne une trop faible rémunération comme étant de nature punitive. [A/HRC/35/4](#), § 21.

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Rebstein, im August 2018

## Stellungnahme des Altersheim Geserhus zur Änderung des Zivildienstgesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### Einleitung und grundsätzliche Beurteilung

Das Altersheim Geserhus ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### Kein Handlungsbedarf

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.



## Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Diensttage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoß gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

## Unklare Auswirkungen

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Das Altersheim Geserhus weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Das Altersheim Geserhus lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

## Eigene Vorschläge

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet das Altersheim Geserhus, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Das Altersheim Geserhus schlägt dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.



- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

## Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist das Altersheim Geserhus auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für das Altersheim Geserhus ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

## Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Dienstage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.



### **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

Das Altersheim Geserhus geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Dienstage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Dienstage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Dienstagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht vom Altersheim Geserhus besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

Das Altersheim Geserhus ist der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Das Altersheim Geserhus sieht absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildienstage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Dienstage erfüllen (2017: 96.7% aller Dienstage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Dienstage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Dienstage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.



## **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

### **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

Das Altersheim Geserhus bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Im Namen des Altersheim Geserhus



Laurent Déverin  
Heimleiter





Permanence romande pour civilistes et militaires  
Permanence@infodroit.ch ou  
Le mardi de 12 à 14 heures au 026 925 80 66.  
Pour les urgences, 079 524 35 74, veuillez laisser un message.

Flendruz, 16 juin 2018

### Avis de droit

*A qui de droit*

#### **7 mesures du Conseil fédéral destinées à la consultation. Modifications de la loi sur le service civil. 2018**

##### En préalable

1. Le droit à l'objection de conscience est un droit fondamental internationalement reconnu.
2. Il est reconnu par les jurisprudences du Comité des droits de l'homme et de la Cour Européenne des droits de l'homme, il est présent dans la constitution suisse<sup>1</sup>.
3. Ce droit s'appuie essentiellement tant sur le refus impératif de tuer que sur le refus de résoudre les conflits par la violence.
4. Le conflit entre l'obligation constitutionnelle de servir dans l'armée d'une part et la conscience d'autre part (appelé conflit de conscience) peut se manifester sous diverses formes et à divers moments, de façons plus ou moins virulentes ou soudaines, y compris parfois par des somatisations ou des actes de rébellions. La problématique a été largement résolue par deux mesures:
5. 1) Il a été renoncé au « contrôle de conscience » en adoptant le système dit de la preuve par l'acte, soit l'acceptation, par la personne qui demande le service civil d'une durée plus longue pour ce service que celle requise pour le service militaire.

Cette mesure a pour avantage (en plus d'une forte diminution de la charge administrative) d'éviter d'une part l'aggravation et la stigmatisation du conflit de conscience par son besoin de le confronter à la procédure et de libérer d'autre part la personne concernée d'une appréhension et d'une expression intellectuelle et verbalisée de ce conflit, inévitablement discriminatoire selon le niveau d'éducation, et sujette d'autre part à des biais divers, puisque le résultat de l'examen dépendait largement du degré de préparation à celui-ci plutôt que de la nature même, des sources et des raisons du conflit de conscience.

6. Il convient toutefois de noter que ce système de quotité a dès le début présenté un défaut important, au demeurant partiellement caché des civilistes eux-mêmes, dans la mesure où la durée de service civil requise par la loi (1 fois et demie – 1,5 – celle du service militaire encore à faire au moment de la demande) est dans la pratique comparativement différente de la durée du service militaire réellement effectuée par les militaires libérés lorsqu'ils atteignent la limite d'âge. En effet, ceux-ci se voient alors remettre le solde des jours de service non-effectués, alors que les civilistes se voient pénalement condamnés s'ils n'effectuent pas l'entier de leurs jours avant la même limite d'âge (limite par ailleurs par elle-même plus exigeante, puisqu'ils ont plus de jours à effectuer dans le même laps de temps). L'armée a de plus tardé à donner les chiffres permettant de mesurer cette différence des durées respectives des

---

<sup>1</sup> Constitution fédérale (Cst.) [Article 10 sur la droit à la vie](#), [art. 15 sur la liberté de conscience](#), [art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement](#).



services. Pourtant des estimations raisonnables permettaient d'évaluer le nombre de jours de service civil effectués pour les civilistes demandant le service civil pour l'entier de leur périodes de service militaires comme étant environ du double du nombre de jour effectué en moyenne par les soldats terminant leur obligation à la limite d'âge<sup>2</sup>. Actuellement, ce taux semble s'être amélioré un peu, mais la durée comparée du service civil resterait de 1.8 plus élevée que la durée des services militaires, et non pas les 1.5 que stipule la loi. Il conviendra de vérifier les effets de la nouvelle loi sur l'armée sur cette problématique, la limite d'âge n'étant plus un âge fixe (p. ex. 34 ans), mais devenant un nombre de dix années pour faire les services requis après l'école de recrue<sup>3</sup>.

7. De plus la discrimination pénale demeure, puisque contrairement au service civil, aucune mesure permettant d'assurer le rythme et le progrès de la réalisation des périodes de service militaire, mesure accompagnées dans la loi sur le service civil de mesures pénales en cas de retards, n'ont été introduites dans la nouvelle législation sur la l'armée. Ainsi, le civiliste doit accomplir certaines périodes (la première suivant l'admission et la période longue) selon des délais fixes et il ne doit pas lui rester plus d'une certaine proportion de jours à faire avant d'atteindre la limite d'âge. Passé ces délais ou si la proportion de jours restant à faire est trop forte, le civiliste est convoqué d'office pour le surplus ou la période concernée, puis il encoure une peine s'il n'effectue pas la période requise. Il n'existe, pas de système similaire ou aussi contraignant dans l'armée. Pour avoir une vision complète de cette discrimination, pénalement grave, il conviendrait encore de comparer le nombre des dispenses pour justes motifs, lesquelles au demeurant ne font que repousser le problème, dispenses accordées tant pour les civilistes que pour les militaires. Nonobstant, vu la nature différente des système de suivi et de répression des deux sortes d'obligations, puisqu'il y a des condamnations pour retard dus au système de suivi contre les civilistes et qu'il n'y en a pas pour les militaires, la discrimination pénale demeure, tout comme demeurera a priori la discrimination sur les durées.

8. 2) Il importe de souligner que le service civil peut et doit pouvoir être demandé en tout temps, c'est d'ailleurs dans la loi<sup>4</sup>.

9. Cela concerne bien sûr la possibilité de demander le service civil depuis une période de service militaire, mais porte surtout sur la nature du conflit de conscience et relève en partie aussi du droit humanitaire.

10. Ainsi, le conflit de conscience peut se développer par une réflexion autonome, mais il peut aussi surgir, progressivement ou soudainement, face à une circonstance rencontrée dans le cadre du service militaire, par exemple lors de la première prise d'arme (il y a hélas des condamnations pour refus d'ordre de personnes qui font à ce moment-là un blocage psychologique) ou en étant mis en confrontation à une arme particulièrement destructive.

11. Il convient aussi, et c'est d'une grande importance, de citer le cas de l'objection de conscience à un ordre criminel, y compris ou surtout si celui-ci viole le droit humanitaire ; objection qui doit en effet pouvoir être exprimée en tout temps et en particulier de façon immédiate au moment de la réception de l'ordre contesté, cette objection devant alors, selon les circonstances, rejeter non-seulement l'ordre contesté lui-même mais aussi l'ensemble du système qui produit ou maintient cet ordre injuste, à tout le moins si l'ordre est maintenu, car alors seul le refus personnel et complet du système permettant, à défaut de pouvoir l'empêcher, la réalisation de ce ordre illégal et des ses conséquences, de préserver la conscience, et donc l'innocence de la personne confrontée à une telle situation. L'objection de conscience à une circonstance particulière devenant alors une objection au sens usuel du terme, une objection d'ensemble au service militaire<sup>5</sup>.

---

<sup>2</sup> Détail du calcul : <http://www.infodroit.ch/spip.php?article44>

<sup>3</sup> Ordonnance sur les obligations militaires (OMI), 1.1.2018, [art. 19](#).

<sup>4</sup> Loi sur le service civil, [art. 16](#).

<sup>5</sup> Voir par exemple, [Jacques Verhaegen](#) : «Le refus d'obéissance aux ordres manifestement criminels », revue du CICR, vol. 84, n° 845, mars 2002.



### Analyse des mesures proposées

**Mesure 1:** 150 jours de service civil pour toutes personnes n'ayant pas terminés ses « services d'instruction » et ayant moins de 100 jours de service militaire restant.

#### Appréciation générale

12. Par « services d'instruction », il est entendu toutes les périodes de services militaires, à savoir écoles de recrues, écoles de cadres et cours de répétition<sup>6</sup>.

13. La proposition équivaudrait à « condamner », imposer à tout militaire ayant entre 1 et 100 jours de service militaire encore à faire à effectuer 150 jours de service civil.

14. La mesure incite à terminer ses obligations militaires au lieu de demander le service civil.

15. Partant du constat, hautement probable<sup>7</sup>, selon lequel les pertes en effectifs augmentent en fonction de l'âge par lassitude, perte d'intérêt ou en raison de l'augmentation des obligations professionnelles et familiales. Il conviendrait toutefois de disposer des chiffres du nombre des personnes qui quittent l'arme dans ces tranches d'âge soit pour le service civil, soit pour raisons médicales. En effet, si le problème est une question d'emploi du temps, la demande de service civil est d'autant plus contre-productive.

16. A cet aulne, la mesure aura pour effet principal d'augmenter le nombre de demandes médicales et assez peu de diminuer le nombre de service civil. Quand à sa capacité à renforcer la motivation pour l'armée, elle est ici hors contexte – ce n'est pas notre problème ou celui du service civil – et elle n'est que très indirecte, la diminution de l'attrait du service civil n'augmentant pas pour autant l'attrait pour l'armée.

#### Calculs concernant la mesure proposée

17. Dans la pratique, divers types de calculs sont possibles pour déterminer les effets et les proportions de la proposition. Mes connaissances mathématiques sont limitées, donc d'autres calculs sont peut-être possibles ou éventuellement meilleurs, mais ceux-ci révèlent plusieurs des effets pervers de la proposition:

a. Le facteur multipliant le nombre de jours à faire est, avec la proposition exponentiel : La personne qui aurait 1 seul jour d'armée encore à faire se retrouverait à en faire 150 jours, soit 150 fois plus que le nombre de jour d'armée requis.

Dans le détail, un militaire à qui il resterait :

1 cours de répétition (CR), soit 19 jours (150/19), verrait le multiplicateur passer de 1.5 à 7.89

2 cours de répétition, le facteur (150/38) est encore du quadruple (3.94)

3 cours de répétition, le facteur descend à 2.63

4 cours de répétition, le facteur est de 2 (1.97)

5 cours de répétition le facteur est encore de 1.57, soit plus haut que la loi actuelle ou que le facteur attribué aux civilistes ayant encore plus de jours.

Ce n'est donc qu'avec 6 cours de répétition encore à faire, soit avec le nombre total des cours de répétition à faire par les soldats, et donc durant le premier cours de répétition que l'ajout systématique de 150 jours, rejoint le facteur général de 1.5.

*Dit autrement, à quelques jours prêts, quiconque demanderait le service civil après l'école de recrue devrait faire 150 jours de service civil au moins, quelque soit le nombre de jour d'armée restant à faire. Pourquoi ne pas le dire ?*

b. Le calcul peut aussi être fait en tenant compte des jours de service militaires et civils faits au total. Exemple pour un soldat :

Ecole de recrue de 124 jours, solde 121 jours de service en CR. Total 245<sup>(8)</sup>. Service civil complet, 245 X 1.5 = 367 jours de service civil.

Jours de service mil faits : 244 (au lieu de 245)+150=394 (proposition). Système actuel : 244 + 2 (1 x 1.5) = 246 (actuel). Différence : 148 jours à faire en plus qu'avec le système actuel et ... 27 de plus qu'en ayant demandé le service civil dès le recrutement.

<sup>6</sup> Loi sur l'armée et l'administration militaire (LAAM), [art. 41](#).

<sup>7</sup> La permanence que nous représentons confirme, à sa modeste mesure, cette tendance. Les hommes de plus de 25 ans sont relativement nombreux à vouloir mettre un terme à leurs obligations militaires et leur nombre augmente avec l'âge

<sup>8</sup> OMI, [art. 47](#).



Jours de service faits :  $238 (6 \text{ CR faits}) + 150 = 388$  jours à faire ou (système actuel)  $238 + 9 (6 \times 1.5) = 247$ . Différence : 141 jours de service civil en plus qu'avec le système actuel, mais aussi 21 jours de service (mil et civ) en plus de ce que ce même soldat aurait eu à faire s'il avait demandé le service civil dès la fin du recrutement.

En cela, le service est *punitif parce qu'il impose des jours en plus ... pour avoir accepté de faire presque tout son service militaire !!!*

Jours de service faits :  $219 (5 \text{ CR}) + 150 = 369$  ou (actuel :)  $219 + 39 (26 \times 1.5) = 258$ . Différence : 111 jours de plus que le système actuel, mais encore 2 jours de plus qu'avec un service civil demandé dès l'origine.

Jours de service faits  $200 (4 \text{ CR}) + 150 = 350$  ou actuel  $200 + 68 (45 \times 1.5) = 268$ . Différence : 82 en plus que le système actuel.

A partir d'ici le nombre total de jours faits devient inférieur à un service civil demandé d'emblée et donc les jours de service militaire faits diminuent le nombre total de jours à faire.

Jours de service faits  $181 (3 \text{ CR}) + 150 = 331$  ou  $181 + 96 (64 \times 1.5) = 277$ . Différence, 54 jours de service civil en plus, mais 90 de moins qu'avec un service civil complet.

Jours de service faits  $162 (2 \text{ CR}) + 150 = 312$  ou

Jours de service faits  $143 (1 \text{ CR}) + 150 = 293$  ou  $143 + 156 (101 \times 1.5) = 299$  Différence  $\pm 0$ .

#### Effets pour la pratique

c. Les effets du nouveau système sur les intérêts des candidats civilistes, en termes de jours à faire seraient les suivants :

- 1) Le facteur de 1.5 s'applique durant l'école de recrue, voir durant le 1<sup>er</sup> CR. Inchangé.
- 2) Tout jour d'armée fait durant cette période diminue effectivement le nombre total (armée et sc) de jours à faire, par rapport à un service civil complet. Inchangé.
- 3) Dès le 2<sup>ème</sup> CR et jusqu'au 4<sup>ème</sup> CR, le nouveau système augmente progressivement, par rapport à l'ancien, effet étrange, le nombre de jours total à faire, même si l'on fait ces CR, soit d'avoir à faire encore plus de service en tout parce que l'on fait de l'armée (absurde !), puis d'avoir à faire du service civil en plus, même si le nombre de jours total de service civil et militaire reste inférieur à ce que devrait faire un civiliste de la première heure mis au facteur 1.5).

Exemple : Faire un 2<sup>ème</sup> CR de 19 jours et demander le sc, ajoute en plus de ces 19 jours 17 jours de service en tout (civil et militaire) par rapport au système actuel, dans lequel le civiliste en faisant ce CR épargnerait 9 jours de service civil ( $19 - x 1.5$ ). (Nouveau :  $162 \text{ SM} + 150 \text{ SC} = 312$  Ancien  $162 + 125$  (solde de  $83 \times 1.5$ ) = 287, nouveau = J plus 25. S'il ne fait pas ce CR (ancien  $\text{SM } 143 + \text{SC } 152 (101 \times 1.5) = 295$  soit quelques jours en plus de SC pour ne pas avoir fait ce cours (295 au lieu 287), mais toujours au total 17 jours de moins qu'en faisant ce CR dans le système proposé, lequel augmente donc le nombre de jours à faire sans donner de diminution pour ceux faits.

Idem pour les 3<sup>ème</sup> et 4<sup>ème</sup> CR. Je renonce aux calculs ici, mais le nombre de jours d'armée faits sans diminuer le nombre de jours de service totaux augmentera d'autant, par rapport à quelqu'un qui demande le SC après l'ER ou le 1<sup>er</sup> CR.

- 4) Dès le 5<sup>ème</sup> CR, le nombre total (SC et SM) de jours à faire devient plus grand que quelqu'un qui demande le service civil dès le 1<sup>er</sup> jour.

d. En résumé, il ne sera intéressant, en terme de jours à faire (ou rentable) de demander le service qu'entre le recrutement et la fin du 1<sup>er</sup> cours de répétition. A l'inverse, toute demande faite ultérieurement augmentera, de plus en plus gravement, la charge totale du nombre de jours à faire, laquelle dépassera, si le SC est demandé durant ou après le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, le nombre de jours à faire pour quelqu'un qui demande le service civil avant l'ER.

18. Tactiquement, pour le soutien aux objecteurs, l'intérêt à demander le service civil entre le recrutement et la fin de l'école de recrue reste similaire. Par contre, plus le militaire avance dans sa carrière militaire, plus la charge de jours augmente, plus il devient difficile de demander le service civil (et plus sera grande le besoin de demander la voie bleue).

19. Cela n'aura pas pour effet de diminuer fortement le nombre de demandes de service civil, puisque les demandes seront soit pour une part reportées plus tôt dans la carrière militaire, soit transformées en demande médicales et que rares seront les personnes qui en fin de carrière militaire décideront de finir leur service plutôt que de sortir de l'armée, d'une façon ou d'une autre.



### La durée du service civil en droit

20. En droit Suisse, le facteur légal de 1.5 est le même depuis l'origine. Avec toutefois la réserve présentée ci-dessus au point 6 concernant la durée effective (et non légale) située aux environ de 1.8.

21. Le droit international, le Comité des droits de l'homme et la Cour européenne des droits de l'homme, tiennent de jurisprudence constante le fait que le service civil doit être de nature civile et non-punitif.

22. Une durée supérieure au double du service militaire à remplacer est considérée comme excessive<sup>9</sup>. Ainsi, l'attribution à toute personne ayant moins de 75 jours de service militaire à faire de 150 jours de service civil serait contraire au droit international.

23. Mais c'est dans son ensemble, ou à tout le moins dès le 2<sup>ème</sup> cours de répétition, que la mesure est discriminatoire. D'abord parce que plus, ils servent dans l'armée, plus elle pénalise les militaires qui demandent le service civil. Ensuite, parce qu'elle traite différemment des personnes dans des situations similaires, à savoir des personnes présentant une demande de service civil, demande qui est de même nature quel que soit le moment où elle est faite et pour laquelle le nombre de jours de service militaire accomplis n'a aucune incidence, sauf peut-être à renforcer le besoin de présenter une objection de conscience, ce qui reste sans influence aucune sur le droit fondamental à demander le service civil.

24. La loi sur le service civil pose comme principe que la charge du service civil devrait équivalente à celle de l'armée<sup>10</sup>. Toutefois la mesure proposée, en tous les cas dès le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, puisque la charge en jours à faire est alourdie au-delà de ce que le militaire aurait à faire en demandant le service civil avant l'école de recrue. Ainsi, non-seulement, la personne concernée effectue la plus large part de son service militaire (les 3/4), mais elle y voit ajouté une part importante de service civil (150/367) soit presque la moitié du service civil en plus, pour un total qui dépasse ce qu'elle aurait eu à faire tant à l'armée qu'avec un service civil entier. A ce titre, la mesure est non seulement dissuasive, mais discriminatoire dans la mesure où elle pénalise ceux qui ont déjà fait beaucoup d'armée (ne devraient-ils pas au contraire être pour cela remerciés ?).

25. Par ailleurs, le droit à l'objection de conscience étant un droit fondamental, toute forme de dissuasion, en entravant son libre exercice, est déjà une violation du droit.

26. Et il est finalement, à mon sens, difficile la nature punitive de la mesure, puisque ce sont ceux-là même, qui ont le plus servi dans l'armée, qui se voient le plus pénalisés.

### Résumé :

- Violation du droit international sur la durée du service civil.
- Discrimination entre les civilistes « d'origine » et ceux qui demandent le service civil au cours de leur carrière militaire (l'objection reste la même, pour les mêmes motifs et contre le même service militaire, seule change la situation militaire).
- Mesure probablement punitive.
- Mesure simple en apparence, mais particulièrement compliquée à comprendre et à calculer, entre autres pour les personnes concernées.

---

<sup>9</sup> ONU, Comité des droits de l'homme: Foin v France (Communication No. 666/1995), CCPR/C/D/666/1995, 9 November 1999, para. 10.3, entre autres jurisprudence. Voir aussi: Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 8.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>  
Il existe aussi une traduction allemande de document, p. 21 : [http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV\\_2014-3\\_KDVundAsyl.pdf](http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV_2014-3_KDVundAsyl.pdf)

Voir aussi le rapport quadriennal du Haut Commissaire aux Droits de l'Homme sur l'objection de conscience, 1.5.2017, § 22.  
<http://www.undocs.org/fr/A/HRC/35/4>

<sup>10</sup> LSC 5



### **Mesure 2 :**

Délai d'attente de 12 mois entre le dépôt de la demande et l'admission, avec obligation de faire les périodes de service militaires prévues.

27. La mesure est contraire à la constitution. Celle-ci prévoit, textuellement : « un service de remplacement »<sup>11</sup>. Or un *remplacement du service* n'est en aucun cas un service de remplacement *différé* avec maintien du service à remplacer, en attente du service de remplacement.

Des délais pour la mise en œuvre, par la personne concernée comme par l'administration, du service de remplacement sont acceptable, voir le maintien des obligations en attente de la décision d'admission<sup>12</sup>, mais en aucun le droit à l'objection de conscience ne saurait-il être suspendu.

28. De plus, la proposition est largement impraticable et passablement conflictogène. Les civilistes concernés ne se gêneront pas pour demander des reports, se faire porter malade ou pour ne pas se présenter et leur motifs de conscience finissant toujours par être reconnus, ils ne seront, s'ils sont que partiellement et inégalement sanctionnés pour ces déflections. Sans parler de la charge administrative supplémentaire pour les administrations cantonales.

### Résumé

- Mesure contraire à la constitution.
- Discrimination entre les civilistes qui font une demande avant l'école de recrue, lesquels ne sont pas condamnés à des périodes militaires et ceux qui la font après l'ER, qui doivent en faire ou, vaille que vaille, les faire annuler.
- Mesure de nature à créer de nombreuses difficultés administratives tant pour les conscrits et les civilistes que pour l'administration.

### **Mesure 3 :**

29. Suppression du facteur 1.1 et passage au facteur 1.5 pour les officiers et les sous-officiers supérieurs.

30. Les personnes concernées sont relativement peu nombreuses. Elles ont néanmoins les mêmes droits. Mais surtout toutes ces personnes, qui ont été obligées de revêtir ces fonctions d'encadrement, ont déjà servi, au moment de la demande d'admission au service civil plus de jours d'armée que ne servent les civilistes qui n'en a fait aucun. Le moins gradé de ceux-ci servira un total 440 jours de services au lieu de 245<sup>13</sup>. Pour obtenir son grade, il en aura déjà fait presque autant qu'un soldat normal. Et le solde de jour à faire, qu'il soit multiplié par 1.1. ou 1.5 dépassera de toutes façons le nombre maximal de jours effectués par un civiliste ne faisant pas d'armée du tout.

31. Sachant que l'obligation de grader est imposée, même avec un facteur 1.1, la personne qui demande le service civil alors qu'elle a déjà revêtu son grade est discriminée par rapport à un civiliste qui demande le service avant de recevoir le moindre grade. Augmenté cette durée plus encore, alors que la personne gradée sert déjà plus que toute autre personne sans garde, apparaît là aussi comme punitive.

### Résumé

- En conjonction avec la discrimination décrite ci-après, violation du droit international sur la durée du service de remplacement.
- Discrimination entre les officiers et sous-officiers supérieurs d'une part et les soldats d'autre part en raison d'abord de l'obligation de grader d'abord, pour laquelle les premiers ne peuvent rien, puis du fait qu'en raison de cette obligation, ils ont déjà effectué, contre leur gré, une durée de service aussi importante que les soldats, durée sur laquelle vient ensuite s'ajouter une très longue durée de service civil supplémentaire. Dit autrement, le soldat qui demande le service civil évite non-seulement de grader, mais tous les jours de service civil supplémentaires en cas de conflit de conscience alors que l'officier, qui est en droit de développer un conflit de conscience à tout moment, en est d'autant plus pénalisé.

<sup>11</sup> [Art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement.](#)

<sup>12</sup> [LSC 17 et 17a.](#)

<sup>13</sup> [OMI 47](#)



- Mesure qui ne touche qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 4 :**

32. Interdiction faite aux médecins de faire du service civil en tant que médecins.

33. Là encore, la mesure ne concerne que très peu de personnes. Les médecins ont en moyenne au moins 26-27 ans à la fin de leur formation et ce moment-là, la plupart des périodes longues sont faites. Mais quand bien même, faut-il priver les hôpitaux de ces médecins-là ?

34. Par ailleurs, la mesure est à nouveau discriminatoire ; pourquoi les médecins et pas les géologues, les travailleurs sociaux ou les enseignants ? Là ce ne serait plus seulement certains civilistes, mais tout le service d'intérêt public qui tendrait à être victime d'une vision trop étroite des possibilités de service civil.

35. Enfin, il existe certes une disposition qui interdit certaines affectations en fonction de la personne du civiliste, en particulier si elle favorise sa formation<sup>14</sup>. Et c'est probablement, dans ce contexte que la proposition s'inspirerait. Mais à nouveau, certains militaires exercent des fonctions militaires en lien avec leur profession – et pas seulement des médecins ! – en quoi des civilistes n'auraient-ils pas le droit d'en faire autant ?

#### Résumé

- Mesure hautement discriminatoire (par professions).
- Mesure ne touchant (en l'état, que les médecins) qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 5 :**

36. Pas d'admission au service civil pour les personnes pour lesquelles il ne reste plus de jours de service, mais pour lesquelles il reste des tirs obligatoires.

37. La question est controversée depuis longtemps. Seul sont concernés les militaires en service long, qui restent incorporés ensuite pendant 4 ans<sup>15</sup>. Il conviendrait de savoir combien il y a eu de cas.

38. Pour rappel, les militaires ont la possibilité de déposer l'arme, sans motifs, s'ils ne souhaitent pas la conserver, mais cela ne les dispense pas des tirs<sup>16</sup>.

39. D'abord, il convient de rappeler que l'exécution de tirs obligatoires, dans le cadre d'un service militaire, même terminé, peuvent donner lieu à conflit de conscience, qui plus est si celui-ci peut avoir à se manifester durant une période de 4 ans.

40. En ce sens, la mesure ignore et passe complètement à côté, nie un problème qu'il y aurait pourtant lieu de résoudre.

41. A mon sens, une procédure plus simple qu'une admission au service civil devrait permettre, par exemple mais en tous les cas pour motifs de conscience légitimes, de remettre l'arme définitivement et d'être ainsi dispensé des tirs obligatoires.

#### Résumé

- Violation du droit à l'objection de conscience
- Mesure administrative inadéquate
- Mesure ne touchant qu'un nombre limité de personne

#### **Mesure 6 :**

42. Les civilistes sont tenus de faire une période de service civil par année dès l'admission.

---

<sup>14</sup> [LSC 4a](#)

<sup>15</sup> [LAAM 54a](#)

<sup>16</sup> Ordonnance concernant l'équipement personnel des militaires (OEPM), [art. 6a](#).



43. La mesure existe déjà, [art. 39a](#) de l'ordonnance sur le service civil : « La personne astreinte au service civil *effectue chaque année* des affectations de service civil d'une durée de 26 jours au moins à partir de la deuxième année civile au plus tard ».

44. Les reports étant relativement fréquents, on peut se demander si c'est ceux-ci qu'il s'agit de limiter, mais le texte de la mesure est pour le surplus inutile.

#### Résumé

- Proposition de mesure incompétente, mesure déjà prévue par la loi.

#### Mesure 7 :

45. Obligation pour les personnes en service long, d'effectuer la période longue de service civile dans l'année qui suit (et non pas dans les trois ans qui suivent) l'admission au service civil.

46. Imposer un service civil long est une vieille mesure de 2011, que le Tribunal administratif fédéral avait annulée en raison de [l'article 20 de la LSC](#) qui stipule que le SC peut être fait en une ou plusieurs périodes<sup>17</sup>.

47. Depuis toujours, nous recommandons aux militaires en service long de passer d'abord au service normal, avant de demander le service civil, entre autres afin d'éviter le surplus de jours, actuellement 55 jours de service militaire ou 82 jours de service civil en plus<sup>18</sup>. Notre recommandation ne changera pas.

48. De plus, la mesure ne prévoit cette obligation que si l'école de recrue n'est pas terminée, or l'école de recrue est considérée comme terminée si 80% de ses jours ont été accomplis<sup>19</sup>; soit pour une école usuelle de 124 jours, dès le 100<sup>ème</sup> jour d'école de recrue. Mais dans la pratique, la demande de service civil peut être faite quelques jours plutôt, puisque celle-ci prend quelques jours, voir semaines à condition pour cela que l'admission à la fin du processus de demande intervienne après le 100<sup>ème</sup> jour de service.

49. Que ce soit en passant au service normal et en attendant les 80% de son service militaire (dans des conditions « suffisantes ») – si encore au service long avec les jours en sus – il est très facile d'éviter cette mesure et peu nombreux sont ceux qui se retrouveront à devoir faire une période longue ou leur période longue de service civile dans l'année qui suit. Au demeurant si un plan de carrière avait prévu une mise en suspend de celui-ci pour le service militaire long, avec une libération en fin d'école de recrue et une affectation longue trouvée rapidement, celle-ci peut être faite dans le temps préalablement dévolu au service militaire long.

50. La mesure est aussi discriminatoire puisqu'elle traite plus durement les militaires en service long que les militaires en service normal d'une part, et alors plus durement que les civilistes n'ayant pas débuté l'école de recrue d'autre part.

#### Résumé

- Mesure facile à contourner, voire à accommoder.
- Mesure ne concernant alors plus qu'un nombre limité de personne.
- Mesure discriminatoire.

#### Considérations finales

51. Les mesures 1 et 3 violent le droit international sur la durée du service civil.

52. La mesure 2 viole la constitution sur la notion de service de remplacement et la mesure 5 viole la constitution sur le droit à un service de remplacement.

53. Les mesures 1, 3, 4 et 7 sont clairement discriminatoires et violent à un titre ou un autre l'égalité de traitement.

54. Les mesures 3, 4, 5 et 7 ne touchent que – mais gravement – un nombre limité de personnes. À ce titre, le but premier de ces mesures n'est probablement pas ou que partiellement de toucher ces personnes-là, voire de les maintenir dans l'armée mais de donner l'impression qu'il est difficile ou déconseillé, qu'il est

<sup>17</sup> <http://www.infodroit.ch/spip.php?article91>

<sup>18</sup> [OMI 111](#)

<sup>19</sup> [OMI 57](#) ou [37 ordonnance sur le service civil \(OSI\)](#) (même teneur).



même dissuadé de sortir de l'armée. Un tel but viole le droit au service civil et un service civil non-discriminatoire et non-punitif.

55. Il convient d'ajouter à ce propos que les instances et jurisprudences internationales ont reconnus sans hésiter le droit à l'objection de conscience pour les appelés, comme pour les volontaires et les professionnels. Autrement dit et pour ce qui nous occupe ici, le droit à l'objection de conscience et au service de remplacement est et reste le même, ne saurait donc subir d'aggravation dans l'exercice du droit, soit l'accès au service civil, comme dans sa réalisation, soit l'accomplissement du service civil, que la personne concernée aie commencé ou non à servir dans l'armée<sup>20</sup>.

56. Les mesures 2, 3 et 4 supposent des difficultés de mise en œuvre particulièrement importantes. La mesure 5 pourrait faire l'objet d'une simplification administrative.

57. La mesure 6 est inutile, une aberration puisqu'elle préconise quelque chose qui existe déjà.

58. L'analyse de l'ensemble de ces mesures donne l'impression forte que l'armée est très embarrassée, mal à l'aise en raison des demandes service civil issues des ses rangs.

59. Ainsi quand bien même l'ensemble de ces mesures, si elles venaient à être mise en œuvre, aurait pourrait effet d'inciter les conscrits à demander le service civil bien plus tôt, ce qui n'est pas utile à l'armée non plus, il conviendrait de combattre ces mesures pour les effets et les complications graves qu'elles imposent, en toutes sortes de circonstances, aux militaires.

60. Il convient aussi de constater que les mesures proposées font preuve d'une méconnaissance, tant du droit international que du droit constitutionnel suisse qui confine à l'impréparation, voire au mépris, tant des civilistes que des militaires.

61. Enfin, dans le cadre des réactions à ces propositions de mesures, il conviendra de rappeler certaines ou l'ensemble de nos revendications de base, à savoir une présence civile lors du recrutement afin de faciliter son impartialité, un durée raisonnable et une compensation financière garantissant au moins l'accès au minimum vital<sup>21</sup>.

Christophe Barbey,  
Juriste, permanent depuis 2006

---

<sup>20</sup> Voir les résolutions du Conseil des Droits de l'Homme, par exemple la résolution du 8 octobre 2013, art. 12 [A/RES/HRC/24/17](#) ou Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 4.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

<sup>21</sup> Avec une APG de 62.- par jour durant l'ER ou son équivalent au service civil, ou en cas d'absence de salaire préalable au service ou de droit à son équivalent, avec 1'800.- par mois ~, le minimum vital n'est pas atteint. Le dernier rapport du haut commissaire aux droits de l'homme mentionne une trop faible rémunération comme étant de nature punitive. [A/HRC/35/4](#), § 21.



Zivildienst Zentralstelle
22. Aug. 2018
Eingescannt Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Olten, 20. August 2018 ds

## Stellungnahme zur Änderung des Zivildienstgesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### Einleitung und grundsätzliche Beurteilung

Das Alters- und Pflegeheim St. Martin ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### Kein Handlungsbedarf

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.



### **Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen**

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoß gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

### **Unklare Auswirkungen**

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Das Alters- und Pflegeheim St. Martin weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Das Alters- und Pflegeheim St. Martin lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

### **Eigene Vorschläge**

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet das Alters- und Pflegeheim St. Martin, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Das Alters- und Pflegeheim St. Martin schlägt dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.



- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.
- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

### **Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist das Alters- und Pflegeheim St. Martin auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für das Alters- und Pflegeheim St. Martin ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

### **Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Dienstage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.



Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

### **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

Das Alters- und Pflegeheim St. Martin geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Dienstage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Dienstage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht des Alters- und Pflegeheim St. Martin besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

Das Alters- und Pflegeheim St. Martin ist der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Das Alters- und Pflegeheim St. Martin sieht absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildienstage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Dienstage erfüllen (2017: 96.7% aller Dienstage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Dienstage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze



geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Dienstage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.

**Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

**Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

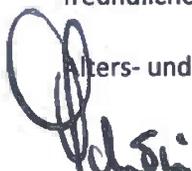
Das Alters- und Pflegeheim St. Martin bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Alters- und Pflegeheim St. Martin

  
Dieter Schöni  
Heimleitung



Zivildienst Zentralstelle	
27. Sep. 2018	
Eingescannt	Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

10. September 2018

## Stellungnahme des Alters- und Pflegeheim Ybrig zur Änderung des Zivildienstgesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Amman  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### Einleitung und grundsätzliche Beurteilung

Das Alters- und Pflegeheim Ybrig vertritt die Interessen der Zivildienstleistenden und Einsatzbetriebe. Das Alters- und Pflegeheim Ybrig ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### Kein Handlungsbedarf

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016)

kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

### **Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen**

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoss gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

### **Unklare Auswirkungen**

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Das Alters- und Pflegeheim Ybrig weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Das Alters- und Pflegeheim Ybrig lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

### **Eigene Vorschläge**

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet das Alters- und Pflegeheim Ybrig, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss

mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Das Alters- und Pflegeheim Ybrig schlägt dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.
- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

### **Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist das Alters- und Pflegeheim Ybrig auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für das Alters- und Pflegeheim Ybrig ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

### **Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Dienstage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen. Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen

bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

### **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

Das Alters- und Pflegeheim Ybrig geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Dienstage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Dienstage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht vom Alters- und Pflegeheim Ybrig besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

Das Alters- und Pflegeheim Ybrig ist der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Das Alters- und Pflegeheim Ybrig sieht absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildienstage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Dienstage erfüllen (2017: 96.7% aller Dienstage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Dienstage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Dienstage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.

**Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

**Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

Das Alters- und Pflegeheim Ybrig bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

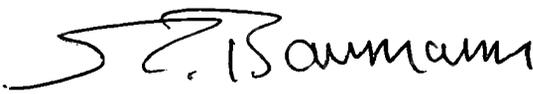
Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Alters- und Pflegeheim Ybrig

  
Annemarie Marty  
Präsidentin Betriebskommission

Alters- und Pflegeheim Ybrig

  
Martin Baumann  
Heimleitung



infoDroit.ch  
gestion de situation

Permanence romande pour civilistes et militaires  
Permanence@infodroit.ch ou  
Le mardi de 12 à 14 heures au 026 925 80 66.  
Pour les urgences, 079 524 35 74, veuillez laisser un message.

Flendruz, 16 juin 2018

**Avis de droit**  
*A qui de droit*

**7 mesures du Conseil fédéral destinées à la consultation.  
Modifications de la loi sur le service civil.  
2018**

**En préalable**

1. Le droit à l'objection de conscience est un droit fondamental internationalement reconnu.
2. Il est reconnu par les jurisprudences du Comité des droits de l'homme et de la Cour Européenne des droits de l'homme, il est présent dans la constitution suisse<sup>1</sup>.
3. Ce droit s'appuie essentiellement tant sur le refus impératif de tuer que sur le refus de résoudre les conflits par la violence.
4. Le conflit entre l'obligation constitutionnelle de servir dans l'armée d'une part et la conscience d'autre part (appelé conflit de conscience) peut se manifester sous diverses formes et à divers moments, de façons plus ou moins virulentes ou soudaines, y compris parfois par des somatisations ou des actes de rébellions. La problématique a été largement résolue par deux mesures:
5. 1) Il a été renoncé au « contrôle de conscience » en adoptant le système dit de la preuve par l'acte, soit l'acceptation, par la personne qui demande le service civil d'une durée plus longue pour ce service que celle requise pour le service militaire.

Cette mesure a pour avantage (en plus d'une forte diminution de la charge administrative) d'éviter d'une part l'aggravation et la stigmatisation du conflit de conscience par son besoin de le confronter à la procédure et de libérer d'autre part la personne concernée d'une appréhension et d'une expression intellectuelle et verbalisée de ce conflit, inévitablement discriminatoire selon le niveau d'éducation, et sujette d'autre part à des biais divers, puisque le résultat de l'examen dépendait largement du degré de préparation à celui-ci plutôt que de la nature même, des sources et des raisons du conflit de conscience.

6. Il convient toutefois de noter que ce système de quotité a dès le début présenté un défaut important, au demeurant partiellement caché des civilistes eux-mêmes, dans la mesure où la durée de service civil requise par la loi (1 fois et demie – 1,5 – celle du service militaire encore à faire au moment de la demande) est dans la pratique comparativement différente de la durée du service militaire réellement effectuée par les militaires libérés lorsqu'ils atteignent la limite d'âge. En effet, ceux-ci se voient alors remettre le solde des jours de service non-effectués, alors que les civilistes se voient pénalement condamnés s'ils n'effectuent pas l'entier de leurs jours avant la même limite d'âge (limite par ailleurs par elle-même plus exigeante, puisqu'ils ont plus de jours à effectuer dans le même laps de temps). L'armée a de plus tardé à donner les chiffres permettant de mesurer cette différence des durées respectives des

<sup>1</sup> Constitution fédérale (Cst.) Article 10 sur la droit à la vie, art. 15 sur la liberté de conscience, art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement.

Permanence romande pour les civilistes et les militaires.

C/° Infodroit.ch. Route des Siernes Picaz 46. 1659 Flendruz.

Membre de la Chambre genevoise de l'économie sociale et solidaire, [www.apres.ge](http://www.apres.ge)

Banque Alternative Suisse, ccp 46-110-7, BIC (SWIFT) ABSOCH22, IBAN CH35 0839 0033 2553 1000 2



services. Pourtant des estimations raisonnables permettraient d'évaluer le nombre de jours de service civil effectués pour les civilistes demandant le service civil pour l'entier de leur périodes de service militaires comme étant environ du double du nombre de jour effectué en moyenne par les soldats terminant leur obligation à la limite d'âge<sup>2</sup>. Actuellement, ce taux semble s'être amélioré un peu, mais la durée comparée du service civil resterait de 1.8 plus élevée que la durée des services militaires, et non pas les 1.5 que stipule la loi. Il conviendra de vérifier les effets de la nouvelle loi sur l'armée sur cette problématique, la limite d'âge n'étant plus un âge fixe (p. ex. 34 ans), mais devenant un nombre de dix années pour faire les services requis après l'école de recrue<sup>3</sup>.

7. De plus la discrimination pénale demeure, puisque contrairement au service civil, aucune mesure permettant d'assurer le rythme et le progrès de la réalisation des périodes de service militaire, mesure accompagnées dans la loi sur le service civil de mesures pénales en cas de retards, n'ont été introduites dans la nouvelle législation sur la l'armée. Ainsi, le civiliste doit accomplir certaines périodes (la première suivant l'admission et la période longue) selon des délais fixes et il ne doit pas lui rester plus d'une certaine proportion de jours à faire avant d'atteindre la limite d'âge. Passé ces délais ou si la proportion de jours restant à faire est trop forte, le civiliste est convoqué d'office pour le surplus ou la période concernée, puis il encoure une peine s'il n'effectue pas la période requise. Il n'existe, pas de système similaire ou aussi contraignant dans l'armée. Pour avoir une vision complète de cette discrimination, pénalement grave, il conviendrait encore de comparer le nombre des dispenses pour justes motifs, lesquelles au demeurant ne font que repousser le problème, dispenses accordées tant pour les civilistes que pour les militaires. Nonobstant, vu la nature différente des système de suivi et de répression des deux sortes d'obligations, puisqu'il y a des condamnations pour retard dus au système de suivi contre les civilistes et qu'il n'y en a pas pour les militaires, la discrimination pénale demeure, tout comme demeurera a priori la discrimination sur les durées.

8. 2) Il importe de souligner que le service civil peut et doit pouvoir être demandé en tout temps, c'est d'ailleurs dans la loi<sup>4</sup>.

9. Cela concerne bien sûr la possibilité de demander le service civil depuis une période de service militaire, mais porte surtout sur la nature du conflit de conscience et relève en partie aussi du droit humanitaire.

10. Ainsi, le conflit de conscience peut se développer par une réflexion autonome, mais il peut aussi surgir, progressivement ou soudainement, face à une circonstance rencontrée dans le cadre du service militaire, par exemple lors de la première prise d'arme (il y a hélas des condamnations pour refus d'ordre de personnes qui font à ce moment-là un blocage psychologique) ou en étant mis en confrontation à une arme particulièrement destructive.

11. Il convient aussi, et c'est d'une grande importance, de citer le cas de l'objection de conscience à un ordre criminel, y compris ou surtout si celui-ci viole le droit humanitaire ; objection qui doit en effet pouvoir être exprimée en tout temps et en particulier de façon immédiate au moment de la réception de l'ordre contesté, cette objection devant alors, selon les circonstances, rejeter non-seulement l'ordre contesté lui-même mais aussi l'ensemble du système qui produit ou maintient cet ordre injuste, à tout le moins si l'ordre est maintenu, car alors seul le refus personnel et complet du système permettant, à défaut de pouvoir l'empêcher, la réalisation de ce ordre illégal et des ses conséquences, de préserver la conscience, et donc l'innocence de la personne confrontée à une telle situation. L'objection de conscience à une circonstance particulière devenant alors une objection au sens usuel du terme, une objection d'ensemble au service militaire<sup>5</sup>.

<sup>2</sup> Détail du calcul : <http://www.infodroit.ch/spip.php?article44>

<sup>3</sup> Ordonnance sur les obligations militaires (OMI), 1.1.2018, [art. 19](#).

<sup>4</sup> Loi sur le service civil, [art. 16](#).

<sup>5</sup> Voir par exemple, [Jacques Verhaegen](#) : «Le refus d'obéissance aux ordres manifestement criminels », revue du CICR, vol. 84, n° 845, mars 2002.



### Analyse des mesures proposées

**Mesure 1** : 150 jours de service civil pour toutes personnes n'ayant pas terminés ses « services d'instruction » et ayant moins de 100 jours de service militaire restant.

#### Appréciation générale

12. Par « services d'instruction », il est entendu toutes les périodes de services militaires, à savoir écoles de recrues, écoles de cadres et cours de répétition<sup>6</sup>.

13. La proposition équivaudrait à « condamner », imposer à tout militaire ayant entre 1 et 100 jours de service militaire encore à faire à effectuer 150 jours de service civil.

14. La mesure incite à terminer ses obligations militaires au lieu de demander le service civil.

15. Partant du constat, hautement probable<sup>7</sup>, selon lequel les pertes en effectifs augmentent en fonction de l'âge par lassitude, perte d'intérêt ou en raison de l'augmentation des obligations professionnelles et familiales. Il conviendrait toutefois de disposer des chiffres du nombre des personnes qui quittent l'arme dans ces tranches d'âge soit pour le service civil, soit pour raisons médicales. En effet, si le problème est une question d'emploi du temps, la demande de service civil est d'autant plus contre-productive.

16. A cet aune, la mesure aura pour effet principal d'augmenter le nombre de demandes médicales et assez peu de diminuer le nombre de service civil. Quand à sa capacité à renforcer la motivation pour l'armée, elle est ici hors contexte – ce n'est pas notre problème ou celui du service civil – et elle n'est que très indirecte, la diminution de l'attrait du service civil n'augmentant pas pour autant l'attrait pour l'armée.

#### Calculs concernant la mesure proposée

17. Dans la pratique, divers types de calculs sont possibles pour déterminer les effets et les proportions de la proposition. Mes connaissances mathématiques sont limitées, donc d'autres calculs sont peut-être possibles ou éventuellement meilleurs, mais ceux-ci révèlent plusieurs des effets pervers de la proposition:

a. Le facteur multipliant le nombre de jours à faire est, avec la proposition exponentiel : La personne qui aurait 1 seul jour d'armée encore à faire se retrouverait à en faire 150 jours, soit 150 fois plus que le nombre de jour d'armée requis.

Dans le détail, un militaire à qui il resterait :

1 cours de répétition (CR), soit 19 jours (150/19), verrait le multiplicateur passer de 1.5 à 7.89

2 cours de répétition, le facteur (150/38) est encore du quadruple (3.94)

3 cours de répétition, le facteur descend à 2.63

4 cours de répétition, le facteur est de 2 (1.97)

5 cours de répétition le facteur est encore de 1.57, soit plus haut que la loi actuelle ou que le facteur attribué aux civilistes ayant encore plus de jours.

Ce n'est donc qu'avec 6 cours de répétition encore à faire, soit avec le nombre total des cours de répétition à faire par les soldats, et donc durant le premier cours de répétition que l'ajout systématique de 150 jours, rejoint le facteur général de 1.5.

*Dit autrement, à quelques jours prêts, quiconque demanderait le service civil après l'école de recrue devrait faire 150 jours de service civil au moins, quelque soit le nombre de jour d'armée restant à faire. Pourquoi ne pas le dire ?*

b. Le calcul peut aussi être fait en tenant compte des jours de service militaires et civils faits au total.

Exemple pour un soldat :

Ecole de recrue de 124 jours, solde 121 jours de service en CR. Total 245<sup>8</sup>. Service civil complet, 245 X 1.5 = 367 jours de service civil.

Jours de service mil faits : 244 (au lieu de 245)+150=394 (proposition). Système actuel : 244 + 2 (1 x 1.5) = 246 (actuel). Différence : 148 jours à faire en plus qu'avec le système actuel et ... 27 de plus qu'en ayant demandé le service civil dès le recrutement.

<sup>6</sup> Loi sur l'armée et l'administration militaire (LAAM), art. 41.

<sup>7</sup> La permanence que nous représentons confirme, à sa modeste mesure, cette tendance. Les hommes de plus de 25 ans sont relativement nombreux à vouloir mettre un terme à leurs obligations militaires et leur nombre augmente avec l'âge

<sup>8</sup> OMI, art. 47.



Jours de service faits :  $238 (6 \text{ CR faits}) + 150 = 388$  jours à faire ou (système actuel)  $238 + 9 (6 \times 1.5) = 247$ . Différence : 141 jours de service civil en plus qu'avec le système actuel, mais aussi 21 jours de service (mil et civ) en plus de ce que ce même soldat aurait eu à faire s'il avait demandé le service civil dès la fin du recrutement.

En cela, le service est *punitif* parce qu'il impose des jours en plus ... pour avoir accepté de faire presque tout son service militaire !!!

Jours de service faits :  $219 (5 \text{ CR}) + 150 = 369$  ou (actuel) :  $219 + 39 (26 \times 1.5) = 258$ . Différence : 111 jours de plus que le système actuel, mais encore 2 jours de plus qu'avec un service civil demandé dès l'origine.

Jours de service faits  $200 (4 \text{ CR}) + 150 = 350$  ou actuel  $200 + 68 (45 \times 1.5) = 268$ . Différence : 82 en plus que le système actuel.

A partir d'ici le nombre total de jours faits devient inférieur à un service civil demandé d'emblée et donc les jours de service militaire faits diminuent le nombre total de jours à faire.

Jours de service faits  $181 (3 \text{ CR}) + 150 = 331$  ou  $181 + 96 (64 \times 1.5) = 277$ . Différence, 54 jours de service civil en plus, mais 90 de moins qu'avec un service civil complet.

Jours de service faits  $162 (2 \text{ CR}) + 150 = 312$  ou

Jours de service faits  $143 (1 \text{ CR}) + 150 = 293$  ou  $143 + 156 (101 \times 1.5) = 299$  Différence  $\pm 0$ .

#### Effets pour la pratique

c. Les effets du nouveau système sur les intérêts des candidats civilistes, en termes de jours à faire seraient les suivants :

1) Le facteur de 1.5 s'applique durant l'école de recrue, voir durant le 1<sup>er</sup> CR. Inchangé.

2) Tout jour d'armée fait durant cette période diminue effectivement le nombre total (armée et sc) de jours à faire, par rapport à un service civil complet. Inchangé.

3) Dès le 2<sup>ème</sup> CR et jusqu'au 4<sup>ème</sup> CR, le nouveau système augmente progressivement, par rapport à l'ancien, effet étrange, le nombre de jours total à faire, même si l'on fait ces CR, soit d'avoir à faire encore plus de service en tout parce que l'on fait de l'armée (absurde !), puis d'avoir à faire du service civil en plus, même si le nombre de jours total de service civil et militaire reste inférieur à ce que devrait faire un civiliste de la première heure mis au facteur 1.5).

Exemple : Faire un 2<sup>ème</sup> CR de 19 jours et demander le sc, ajoute en plus de ces 19 jours 17 jours de service en tout (civil et militaire) par rapport au système actuel, dans lequel le civiliste en faisant ce CR épargnerait 9 jours de service civil ( $19 - x 1.5$ ). (Nouveau :  $162 \text{ SM} + 150 \text{ SC} = 312$  Ancien  $162 + 125$  (solde de  $83 \times 1.5) = 287$ , nouveau = J plus 25. S'il ne fait pas ce CR (ancien SM  $143 + \text{SC} 152 (101 \times 1.5) = 295$  soit quelques jours en plus de SC pour ne pas avoir fait ce cours (295 au lieu 287), mais toujours au total 17 jours de moins qu'en faisant ce CR dans le système proposé, lequel augmente donc le nombre de jours à faire sans donner de diminution pour ceux faits.

Idem pour les 3<sup>ème</sup> et 4<sup>ème</sup> CR. Je renonce aux calculs ici, mais le nombre de jours d'armée faits sans diminuer le nombre de jours de service totaux augmentera d'autant, par rapport à quelqu'un qui demande le SC après l'ER ou le 1<sup>er</sup> CR.

4) Dès le 5<sup>ème</sup> CR, le nombre total (SC et SM) de jours à faire devient plus grand que quelqu'un qui demande le service civil dès le 1<sup>er</sup> jour.

d. En résumé, il ne sera intéressant, en terme de jours à faire (ou rentable) de demander le service qu'entre le recrutement et la fin du 1<sup>er</sup> cours de répétition. A l'inverse, toute demande faite ultérieurement augmentera, de plus en plus gravement, la charge totale du nombre de jours à faire, laquelle dépassera, si le SC est demandé durant ou après le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, le nombre de jours à faire pour quelqu'un qui demande le service civil avant l'ER.

18. Tactiquement, pour le soutien aux objecteurs, l'intérêt à demander le service civil entre le recrutement et la fin de l'école de recrue reste similaire. Par contre, plus le militaire avance dans sa carrière militaire, plus la charge de jours augmente, plus il devient difficile de demander le service civil (et plus sera grande le besoin de demander la voie bleue).

19. Cela n'aura pas pour effet de diminuer fortement le nombre de demandes de service civil, puisque les demandes seront soit pour une part reportées plus tôt dans la carrière militaire, soit transformées en demande médicales et que rares seront les personnes qui en fin de carrière militaire décideront de finir leur service plutôt que de sortir de l'armée, d'une façon ou d'une autre.

Permanence romande pour les civilistes et les militaires.

C/°Infodroit.ch. Route des Siernes Picaz 46. 1659 Flendruz.

Membre de la Chambre genevoise de l'économie sociale et solidaire, [www.apres.ge](http://www.apres.ge)

Banque Alternative Suisse, ccp 46-110-7, BIC (SWIFT) ABSOCH22, IBAN CH35 0839 0033 2553 1000 2



### La durée du service civil en droit

20. En droit Suisse, le facteur légal de 1.5 est le même depuis l'origine. Avec toutefois la réserve présentée ci-dessus au point 6 concernant la durée effective (et non légale) située aux environ de 1.8.

21. Le droit international, le Comité des droits de l'homme et la Cour européenne des droits de l'homme, tiennent de jurisprudence constante le fait que le service civil doit être de nature civile et non-punitif.

22. Une durée supérieure au double du service militaire à remplacer est considérée comme excessive<sup>9</sup>. Ainsi, l'attribution à toute personne ayant moins de 75 jours de service militaire à faire de 150 jours de service civil serait contraire au droit international.

23. Mais c'est dans son ensemble, ou à tout le moins dès le 2<sup>ème</sup> cours de répétition, que la mesure est discriminatoire. D'abord parce que plus, ils servent dans l'armée, plus elle pénalise les militaires qui demandent le service civil. Ensuite, parce qu'elle traite différemment des personnes dans des situations similaires, à savoir des personnes présentant une demande de service civil, demande qui est de même nature quel que soit le moment où elle est faite et pour laquelle le nombre de jours de service militaire accomplis n'a aucune incidence, sauf peut-être à renforcer le besoin de présenter une objection de conscience, ce qui reste sans influence aucune sur le droit fondamental à demander le service civil.

24. La loi sur le service civil pose comme principe que la charge du service civil devrait équivalente à celle de l'armée<sup>10</sup>. Toutefois la mesure proposée, en tous les cas dès le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, puisque la charge en jours à faire est alourdi au-delà de ce que le militaire aurait à faire en demandant le service civil avant l'école de recrue. Ainsi, non-seulement, la personne concernée effectue la plus large part de son service militaire (les 3/4), mais elle y voit ajouté une part importante de service civil (150/367) soit presque la moitié du service civil en plus, pour un total qui dépasse ce qu'elle aurait eu à faire tant à l'armée qu'avec un service civil entier. A ce titre, la mesure est non seulement dissuasive, mais discriminatoire dans la mesure où elle pénalise ceux qui ont déjà fait beaucoup d'armée (ne devraient-ils pas au contraire être pour cela remerciés ?).

25. Par ailleurs, le droit à l'objection de conscience étant un droit fondamental, toute forme de dissuasion, en entravant son libre exercice, est déjà une violation du droit.

26. Et il est finalement, à mon sens, difficile la nature punitive de la mesure, puisque ce sont ceux-là même, qui ont le plus servi dans l'armée, qui se voient le plus pénalisés.

### Résumé :

- Violation du droit international sur la durée du service civil.
- Discrimination entre les civilistes « d'origine » et ceux qui demandent le service civil au cours de leur carrière militaire (l'objection reste la même, pour les mêmes motifs et contre le même service militaire, seule change la situation militaire).
- Mesure probablement punitive.
- Mesure simple en apparence, mais particulièrement compliquée à comprendre et à calculer, entre autres pour les personnes concernées.

<sup>9</sup> ONU, Comité des droits de l'homme: Foin v France (Communication No. 666/1995), CCPR/C/D/666/1995, 9 November 1999, para. 10.3, entre autres jurisprudence. Voir aussi: Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quno 2015, p. 8.

<http://www.quno.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

Il existe aussi une traduction allemande de document, p. 21 : [http://www.quno.org/sites/default/files/resources/Connection-eV\\_2014-3\\_KDVundAsyl.pdf](http://www.quno.org/sites/default/files/resources/Connection-eV_2014-3_KDVundAsyl.pdf)

Voir aussi le rapport quadriennal du Haut Commissaire aux Droits de l'Homme sur l'objection de conscience, 1.5.2017, § 22.

<http://www.undocs.org/fr/A/HRC/35/4>

<sup>10</sup> LSC 5



### Mesure 2 :

Délai d'attente de 12 mois entre le dépôt de la demande et l'admission, avec obligation de faire les périodes de service militaires prévues.

27. La mesure est contraire à la constitution. Celle-ci prévoit, textuellement : « un service de remplacement »<sup>11</sup>. Or un *remplacement du service* n'est en aucun cas un service de remplacement *différé* avec maintien du service à remplacer, en attente du service de remplacement.

Des délais pour la mise en œuvre, par la personne concernée comme par l'administration, du service de remplacement sont acceptable, voir le maintien des obligations en attente de la décision d'admission<sup>12</sup>, mais en aucun le droit à l'objection de conscience ne saurait-il être suspendu.

28. De plus, la proposition est largement impraticable et passablement conflictogène. Les civilistes concernés ne se gêneront pas pour demander des reports, se faire porter malade ou pour ne pas se présenter et leur motifs de conscience finissant toujours par être reconnus, ils ne seront, s'ils sont que partiellement et inégalement sanctionnés pour ces défections. Sans parler de la charge administrative supplémentaire pour les administrations cantonales.

### Résumé

- Mesure contraire à la constitution.
- Discrimination entre les civilistes qui font une demande avant l'école de recrue, lesquels ne sont pas condamnés à des périodes militaires et ceux qui la font après l'ER, qui doivent en faire ou, vaille que vaille, les faire annuler.
- Mesure de nature à créer de nombreuses difficultés administratives tant pour les conscrits et les civilistes que pour l'administration.

### Mesure 3 :

29. Suppression du facteur 1.1 et passage au facteur 1.5 pour les officiers et les sous-officiers supérieurs.

30. Les personnes concernées sont relativement peu nombreuses. Elles ont néanmoins les mêmes droits. Mais surtout toutes ces personnes, qui ont été obligées de revêtir ces fonctions d'encadrement, ont déjà servi, au moment de la demande d'admission au service civil plus de jours d'armée que ne servent les civilistes qui n'en a fait aucun. Le moins gradé de ceux-ci servira un total 440 jours de services au lieu de 245<sup>13</sup>. Pour obtenir son grade, il en aura déjà fait presque autant qu'un soldat normal. Et le solde de jour à faire, qu'il soit multiplié par 1.1. ou 1.5 dépassera de toutes façons le nombre maximal de jours effectués par un civiliste ne faisant pas d'armée du tout.

31. Sachant que l'obligation de grader est imposée, même avec un facteur 1.1, la personne qui demande le service civil alors qu'elle a déjà revêtu son grade est discriminée par rapport à un civiliste qui demande le service avant de recevoir le moindre grade. Augmenté cette durée plus encore, alors que la personne gradée sert déjà plus que toute autre personne sans garde, apparaît là aussi comme punitive.

### Résumé

- En conjonction avec la discrimination décrite ci-après, violation du droit international sur la durée du service de remplacement.
- Discrimination entre les officiers et sous-officiers supérieurs d'une part et les soldats d'autre part en raison d'abord de l'obligation de grader d'abord, pour laquelle les premiers ne peuvent rien, puis du fait qu'en raison de cette obligation, ils ont déjà effectué, contre leur gré, une durée de service aussi importante que les soldats, durée sur laquelle vient ensuite s'ajouter une très longue durée de service civil supplémentaire. Dit autrement, le soldat qui demande le service civil évite non-seulement de grader, mais tous les jours de service civil supplémentaires en cas de conflit de conscience alors que l'officier, qui est en droit de développer un conflit de conscience à tout moment, en est d'autant plus pénalisé.

<sup>11</sup> Art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement.

<sup>12</sup> LSC 17 et 17a.

<sup>13</sup> OMI 47



- Mesure qui ne touche qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 4 :**

32. Interdiction faite aux médecins de faire du service civil en tant que médecins.

33. Là encore, la mesure ne concerne que très peu de personnes. Les médecins ont en moyenne au moins 26-27 ans à la fin de leur formation et ce moment-là, la plupart des périodes longues sont faites. Mais quand bien même, faut-il priver les hôpitaux de ces médecins-là ?

34. Par ailleurs, la mesure est à nouveau discriminatoire ; pourquoi les médecins et pas les géologues, les travailleurs sociaux ou les enseignants ? Là ce ne serait plus seulement certains civilistes, mais tout le service d'intérêt public qui tendrait à être victime d'une vision trop étroite des possibilités de service civil.

35. Enfin, il existe certes une disposition qui interdit certaines affectations en fonction de la personne du civiliste, en particulier si elle favorise sa formation<sup>14</sup>. Et c'est probablement, dans ce contexte que la proposition s'inspirerait. Mais à nouveau, certains militaires exercent des fonctions militaires en lien avec leur profession – et pas seulement des médecins ! – en quoi des civilistes n'auraient-ils pas le droit d'en faire autant ?

#### **Résumé**

- Mesure hautement discriminatoire (par professions).
- Mesure ne touchant (en l'état, que les médecins) qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 5 :**

36. Pas d'admission au service civil pour les personnes pour lesquelles il ne reste plus de jours de service, mais pour lesquelles il reste des tirs obligatoires.

37. La question est controversée depuis longtemps. Seul sont concernés les militaires en service long, qui restent incorporés ensuite pendant 4 ans<sup>15</sup>. Il conviendrait de savoir combien il y a eu de cas.

38. Pour rappel, les militaires ont la possibilité de déposer l'arme, sans motifs, s'ils ne souhaitent pas la conserver, mais cela ne les dispense pas des tirs<sup>16</sup>.

39. D'abord, il convient de rappeler que l'exécution de tirs obligatoires, dans le cadre d'un service militaire, même terminé, peuvent donner lieu à conflit de conscience, qui plus est si celui-ci peut avoir à se manifester durant une période de 4 ans.

40. En ce sens, la mesure ignore et passe complètement à côté, nie un problème qu'il y aurait pourtant lieu de résoudre.

41. A mon sens, une procédure plus simple qu'une admission au service civil devrait permettre, par exemple mais en tous les cas pour motifs de conscience légitimes, de remettre l'arme définitivement et d'être ainsi dispensé des tirs obligatoires.

#### **Résumé**

- Violation du droit à l'objection de conscience
- Mesure administrative inadéquate
- Mesure ne touchant qu'un nombre limité de personne

#### **Mesure 6 :**

42. Les civilistes sont tenus de faire une période de service civil par année dès l'admission.

<sup>14</sup> LSC 4a

<sup>15</sup> LAAM 54a

<sup>16</sup> Ordonnance concernant l'équipement personnel des militaires (OEPM), art. 6a.



43. La mesure existe déjà, art. 39a de l'ordonnance sur le service civil : « La personne astreinte au service civil *effectue chaque année* des affectations de service civil d'une durée de 26 jours au moins à partir de la deuxième année civile au plus tard ».

44. Les reports étant relativement fréquents, on peut se demander si c'est ceux-ci qu'il s'agit de limiter, mais le texte de la mesure est pour le surplus inutile.

#### Résumé

- Proposition de mesure incompétente, mesure déjà prévue par la loi.

#### Mesure 7 :

45. Obligation pour les personnes en service long, d'effectuer la période longue de service civile dans l'année qui suit (et non pas dans les trois ans qui suivent) l'admission au service civil.

46. Imposer un service civil long est une vieille mesure de 2011, que le Tribunal administratif fédéral avait annulée en raison de l'article 20 de la LSC qui stipule que le SC peut être fait en une ou plusieurs périodes<sup>17</sup>.

47. Depuis toujours, nous recommandons aux militaires en service long de passer d'abord au service normal, avant de demander le service civil, entre autres afin d'éviter le surplus de jours, actuellement 55 jours de service militaire ou 82 jours de service civil en plus<sup>18</sup>. Notre recommandation ne changera pas.

48. De plus, la mesure ne prévoit cette obligation que si l'école de recrue n'est pas terminée, or l'école de recrue est considérée comme terminée si 80% de ses jours ont été accomplis<sup>19</sup>; soit pour une école usuelle de 124 jours, dès le 100<sup>ème</sup> jour d'école de recrue. Mais dans la pratique, la demande de service civil peut être faite quelques jours plutôt, puisque celle-ci prend quelques jours, voir semaines à condition pour cela que l'admission à la fin du processus de demande intervienne après le 100<sup>ème</sup> jour de service.

49. Que ce soit en passant au service normal et en attendant les 80% de son service militaire (dans des conditions « suffisantes ») – si encore au service long avec les jours en sus – il est très facile d'éviter cette mesure et peu nombreux sont ceux qui se retrouveront à devoir faire une période longue ou leur période longue de service civile dans l'année qui suit. Au demeurant si un plan de carrière avait prévu une mise en suspend de celui-ci pour le service militaire long, avec une libération en fin d'école de recrue et une affectation longue trouvée rapidement, celle-ci peut être faite dans le temps préalablement dévolu au service militaire long.

50. La mesure est aussi discriminatoire puisqu'elle traite plus durement les militaires en service long que les militaires en service normal d'une part, et alors plus durement que les civilistes n'ayant pas débuté l'école de recrue d'autre part.

#### Résumé

- Mesure facile à contourner, voire à accommoder.
- Mesure ne concernant alors plus qu'un nombre limité de personne.
- Mesure discriminatoire.

#### Considérations finales

51. Les mesures 1 et 3 violent le droit international sur la durée du service civil.

52. La mesure 2 viole la constitution sur la notion de service de remplacement et la mesure 5 viole la constitution sur le droit à un service de remplacement.

53. Les mesures 1, 3, 4 et 7 sont clairement discriminatoires et violent à un titre ou un autre l'égalité de traitement.

54. Les mesures 3, 4, 5 et 7 ne touchent que – mais gravement – un nombre limité de personnes. À ce titre, le but premier de ces mesures n'est probablement pas ou que partiellement de toucher ces personnes-là, voire de les maintenir dans l'armée mais de donner l'impression qu'il est difficile ou déconseillé, qu'il est

<sup>17</sup> <http://www.infodroit.ch/spip.php?article91>

<sup>18</sup> OMI 111

<sup>19</sup> OMI 57 ou 37 ordonnance sur le service civil (OSI) (même teneur).



même dissuadé de sortir de l'armée. Un tel but viole le droit au service civil et un service civil non-discriminatoire et non-punitif.

55. Il convient d'ajouter à ce propos que les instances et jurisprudences internationales ont reconnu sans hésiter le droit à l'objection de conscience pour les appelés, comme pour les volontaires et les professionnels. Autrement dit et pour ce qui nous occupe ici, le droit à l'objection de conscience et au service de remplacement est et reste le même, ne saurait donc subir d'aggravation dans l'exercice du droit, soit l'accès au service civil, comme dans sa réalisation, soit l'accomplissement du service civil, que la personne concernée aie commencé ou non à servir dans l'armée<sup>20</sup>.

56. Les mesures 2, 3 et 4 supposent des difficultés de mise en œuvre particulièrement importantes. La mesure 5 pourrait faire l'objet d'une simplification administrative.

57. La mesure 6 est inutile, une aberration puisqu'elle préconise quelque chose qui existe déjà.

58. L'analyse de l'ensemble de ces mesures donne l'impression forte que l'armée est très embarrassée, mal à l'aise en raison des demandes service civil issues des rangs.

59. Ainsi quand bien même l'ensemble de ces mesures, si elles venaient à être mise en œuvre, aurait pour effet d'inciter les conscrits à demander le service civil bien plus tôt, ce qui n'est pas utile à l'armée non plus, il conviendrait de combattre ces mesures pour les effets et les complications graves qu'elles imposent, en toutes sortes de circonstances, aux militaires.

60. Il convient aussi de constater que les mesures proposées font preuve d'une méconnaissance, tant du droit international que du droit constitutionnel suisse qui confine à l'impréparation, voire au mépris, tant des civilistes que des militaires.

61. Enfin, dans le cadre des réactions à ces propositions de mesures, il conviendra de rappeler certaines ou l'ensemble de nos revendications de base, à savoir une présence civile lors du recrutement afin de faciliter son impartialité, une durée raisonnable et une compensation financière garantissant au moins l'accès au minimum vital<sup>21</sup>.

Christophe Barbey,  
Juriste, permanent depuis 2006

<sup>20</sup> Voir les résolutions du Conseil des Droits de l'Homme, par exemple la résolution du 8 octobre 2013, art. 12 [A/RES/HRC/24/17](#) ou Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 4.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

<sup>21</sup> Avec une APG de 62.- par jour durant l'ER ou son équivalent au service civil, ou en cas d'absence de salaire préalable au service ou de droit à son équivalent, avec 1'800.- par mois ~, le minimum vital n'est pas atteint. Le dernier rapport du haut commissaire aux droits de l'homme mentionne une trop faible rémunération comme étant de nature punitive. [A/HRC/35/4](#), § 21.

Alterszentrum Bruggbach – Dörmattweg 9 - 5070 Frick

Eidg. Departement für WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Zivildienst Zentraistelle	
3.1. Aug. 2018	
Eingescannt	Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>

Frick, 27. August 2018

## Stellungnahme zur Änderung des Zivildienstgesetzes

- |  |  |
|--|--|
| <input checked="" type="checkbox"/> zur Kenntnis | <input type="checkbox"/> zur Unterschrift  |
| <input type="checkbox"/> zur Erledigung          | <input type="checkbox"/> gem. Besprechung  |
| <input type="checkbox"/> zu Ihren Akten          | <input type="checkbox"/> bitte zurückgeben |
| <input type="checkbox"/> auf Ihren Wunsch        | <input type="checkbox"/> bitte anrufen     |
| <input type="checkbox"/> mit Dank zurück         | <input type="checkbox"/> bitte besprechen  |
| <input type="checkbox"/> Bemerkungen             |  |

Freundliche Grüsse



Marco Bellafiore  
Zentrumsleiter

Beilagen:

Zivildienst Zentralstelle
31. Aug. 2018
Eingescannt Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Frick, im August 2018

## Stellungnahme des Alterszentrums Bruggbach, 5070 Frick zur Änderung des Zivildienstgesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### Einleitung und grundsätzliche Beurteilung

Wir sind überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### Kein Handlungsbedarf

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

### Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen



Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoss gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

## Unklare Auswirkungen

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Wir weisen darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Das Alterszentrum Bruggbach lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

## Eigene Vorschläge

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwarten wir, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Wir schlagen dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.



- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

## **Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweisen wir auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für uns ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

## **Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Dienstage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

## **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**



Wir gehen davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Dienstage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Dienstage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

#### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

#### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus unserer Sicht besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

Wir sind der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

#### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Wir sehen absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildienstage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Dienstage erfüllen (2017: 96.7% aller Dienstage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Dienstage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Dienstage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.



## **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

### **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

Wir bedauern, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Im Namen des Alterszentrums Bruggbach Frick

Marco Bellafiore  
Zentrumsleiter





infoDroit.ch  
gestion de situation

Permanence romande pour civilistes et militaires  
Permanence@infodroit.ch ou  
Le mardi de 12 à 14 heures au 026 925 80 66.  
Pour les urgences, 079 524 35 74, veuillez laisser un message.

Flendruz, 16 juin 2018

### Avis de droit

*A qui de droit*

## **7 mesures du Conseil fédéral destinées à la consultation. Modifications de la loi sur le service civil. 2018**

### En préalable

1. Le droit à l'objection de conscience est un droit fondamental internationalement reconnu.
2. Il est reconnu par les jurisprudences du Comité des droits de l'homme et de la Cour Européenne des droits de l'homme, il est présent dans la constitution suisse<sup>1</sup>.
3. Ce droit s'appuie essentiellement tant sur le refus impératif de tuer que sur le refus de résoudre les conflits par la violence.
4. Le conflit entre l'obligation constitutionnelle de servir dans l'armée d'une part et la conscience d'autre part (appelé conflit de conscience) peut se manifester sous diverses formes et à divers moments, de façons plus ou moins virulentes ou soudaines, y compris parfois par des somatisations ou des actes de rébellions. La problématique a été largement résolue par deux mesures:
5. 1) Il a été renoncé au « contrôle de conscience » en adoptant le système dit de la preuve par l'acte, soit l'acceptation, par la personne qui demande le service civil d'une durée plus longue pour ce service que celle requise pour le service militaire.  
Cette mesure a pour avantage (en plus d'une forte diminution de la charge administrative) d'éviter d'une part l'aggravation et la stigmatisation du conflit de conscience par son besoin de le confronter à la procédure et de libérer d'autre part la personne concernée d'une appréhension et d'une expression intellectuelle et verbalisée de ce conflit, inévitablement discriminatoire selon le niveau d'éducation, et sujette d'autre part à des biais divers, puisque le résultat de l'examen dépendait largement du degré de préparation à celui-ci plutôt que de la nature même, des sources et des raisons du conflit de conscience.
6. Il convient toutefois de noter que ce système de quotité a dès le début présenté un défaut important, au demeurant partiellement caché des civilistes eux-mêmes, dans la mesure où la durée de service civil requise par la loi (1 fois et demie – 1,5 – celle du service militaire encore à faire au moment de la demande) est dans la pratique comparativement différente de la durée du service militaire réellement effectuée par les militaires libérés lorsqu'ils atteignent la limite d'âge. En effet, ceux-ci se voient alors remettre le solde des jours de service non-effectués, alors que les civilistes se voient pénalement condamnés s'ils n'effectuent pas l'entier de leurs jours avant la même limite d'âge (limite par ailleurs par elle-même plus exigeante, puisqu'ils ont plus de jours à effectuer dans le même laps de temps). L'armée a de plus tardé à donner les chiffres permettant de mesurer cette différence des durées respectives des

<sup>1</sup> Constitution fédérale (Cst.) Article 10 sur la droit à la vie, art. 15 sur la liberté de conscience, art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement.

Permanence romande pour les civilistes et les militaires.

C/°Infodroit.ch. Route des Siernes Picaz 46. 1659 Flendruz.

Membre de la Chambre genevoise de l'économie sociale et solidaire, [www.apres.ge](http://www.apres.ge)

Banque Alternative Suisse, ccp 46-110-7, BIC (SWIFT) ABSOCH22, IBAN CH35 0839 0033 2553 1000 2



services. Pourtant des estimations raisonnables permettaient d'évaluer le nombre de jours de service civil effectués pour les civilistes demandant le service civil pour l'entier de leur périodes de service militaires comme étant environ du double du nombre de jour effectué en moyenne par les soldats terminant leur obligation à la limite d'âge<sup>2</sup>. Actuellement, ce taux semble s'être amélioré un peu, mais la durée comparée du service civil resterait de 1.8 plus élevée que la durée des services militaires, et non pas les 1.5 que stipule la loi. Il conviendra de vérifier les effets de la nouvelle loi sur l'armée sur cette problématique, la limite d'âge n'étant plus un âge fixe (p. ex. 34 ans), mais devenant un nombre de dix années pour faire les services requis après l'école de recrue<sup>3</sup>.

7. De plus la discrimination pénale demeure, puisque contrairement au service civil, aucune mesure permettant d'assurer le rythme et le progrès de la réalisation des périodes de service militaire, mesure accompagnées dans la loi sur le service civil de mesures pénales en cas de retards, n'ont été introduites dans la nouvelle législation sur la l'armée. Ainsi, le civiliste doit accomplir certaines périodes (la première suivant l'admission et la période longue) selon des délais fixes et il ne doit pas lui rester plus d'une certaine proportion de jours à faire avant d'atteindre la limite d'âge. Passé ces délais ou si la proportion de jours restant à faire est trop forte, le civiliste est convoqué d'office pour le surplus ou la période concernée, puis il encoure une peine s'il n'effectue pas la période requise. Il n'existe, pas de système similaire ou aussi contraignant dans l'armée. Pour avoir une vision complète de cette discrimination, pénalement grave, il conviendrait encore de comparer le nombre des dispenses pour justes motifs, lesquelles au demeurant ne font que repousser le problème, dispenses accordées tant pour les civilistes que pour les militaires. Nonobstant, vu la nature différente des système de suivi et de répression des deux sortes d'obligations, puisqu'il y a des condamnations pour retard dus au système de suivi contre les civilistes et qu'il n'y en a pas pour les militaires, la discrimination pénale demeure, tout comme demeurera a priori la discrimination sur les durées.

8. 2) Il importe de souligner que le service civil peut et doit pouvoir être demandé en tout temps, c'est d'ailleurs dans la loi<sup>4</sup>.

9. Cela concerne bien sûr la possibilité de demander le service civil depuis une période de service militaire, mais porte surtout sur la nature du conflit de conscience et relève en partie aussi du droit humanitaire.

10. Ainsi, le conflit de conscience peut se développer par une réflexion autonome, mais il peut aussi surgir, progressivement ou soudainement, face à une circonstance rencontrée dans le cadre du service militaire, par exemple lors de la première prise d'arme (il y a hélas des condamnations pour refus d'ordre de personnes qui font à ce moment-là un blocage psychologique) ou en étant mis en confrontation à une arme particulièrement destructive.

11. Il convient aussi, et c'est d'une grande importance, de citer le cas de l'objection de conscience à un ordre criminel, y compris ou surtout si celui-ci viole le droit humanitaire; objection qui doit en effet pouvoir être exprimée en tout temps et en particulier de façon immédiate au moment de la réception de l'ordre contesté, cette objection devant alors, selon les circonstances, rejeter non-seulement l'ordre contesté lui-même mais aussi l'ensemble du système qui produit ou maintient cet ordre injuste, à tout le moins si l'ordre est maintenu, car alors seul le refus personnel et complet du système permettant, à défaut de pouvoir l'empêcher, la réalisation de ce ordre illégal et des ses conséquences, de préserver la conscience, et donc l'innocence de la personne confrontée à une telle situation. L'objection de conscience à une circonstance particulière devenant alors une objection au sens usuel du terme, une objection d'ensemble au service militaire<sup>5</sup>.

<sup>2</sup> Détail du calcul : <http://www.infodroit.ch/spip.php?article44>

<sup>3</sup> Ordonnance sur les obligations militaires (OMI), 1.1.2018, art. 19.

<sup>4</sup> Loi sur le service civil, art. 16.

<sup>5</sup> Voir par exemple, Jacques Verhaegen : «Le refus d'obéissance aux ordres manifestement criminels », revue du CICR, vol. 84, n° 845, mars 2002.



### Analyse des mesures proposées

**Mesure 1:** 150 jours de service civil pour toutes personnes n'ayant pas terminés ses « services d'instruction » et ayant moins de 100 jours de service militaire restant.

#### Appréciation générale

12. Par « services d'instruction », il est entendu toutes les périodes de services militaires, à savoir écoles de recrues, écoles de cadres et cours de répétition<sup>6</sup>.

13. La proposition équivaldrait à « condamner », imposer à tout militaire ayant entre 1 et 100 jours de service militaire encore à faire à effectuer 150 jours de service civil.

14. La mesure incite à terminer ses obligations militaires au lieu de demander le service civil.

15. Partant du constat, hautement probable<sup>7</sup>, selon lequel les pertes en effectifs augmentent en fonction de l'âge par lassitude, perte d'intérêt ou en raison de l'augmentation des obligations professionnelles et familiales. Il conviendrait toutefois de disposer des chiffres du nombre des personnes qui quittent l'arme dans ces tranches d'âge soit pour le service civil, soit pour raisons médicales. En effet, si le problème est une question d'emploi du temps, la demande de service civil est d'autant plus contre-productive.

16. A cet aune, la mesure aura pour effet principal d'augmenter le nombre de demandes médicales et assez peu de diminuer le nombre de service civil. Quand à sa capacité à renforcer la motivation pour l'armée, elle est ici hors contexte – ce n'est pas notre problème ou celui du service civil – et elle n'est que très indirecte, la diminution de l'attrait du service civil n'augmentant pas pour autant l'attrait pour l'armée.

#### Calculs concernant la mesure proposée

17. Dans la pratique, divers types de calculs sont possibles pour déterminer les effets et les proportions de la proposition. Mes connaissances mathématiques sont limitées, donc d'autres calculs sont peut-être possibles ou éventuellement meilleurs, mais ceux-ci révèlent plusieurs des effets pervers de la proposition:

a. Le facteur multipliant le nombre de jours à faire est, avec la proposition exponentiel : La personne qui aurait 1 seul jour d'armée encore à faire se retrouverait à en faire 150 jours, soit 150 fois plus que le nombre de jour d'armée requis.

Dans le détail, un militaire à qui il resterait :

1 cours de répétition (CR), soit 19 jours (150/19), verrait le multiplicateur passer de 1.5 à 7.89

2 cours de répétition, le facteur (150/38) est encore du quadruple (3.94)

3 cours de répétition, le facteur descend à 2.63

4 cours de répétition, le facteur est de 2 (1.97)

5 cours de répétition le facteur est encore de 1.57, soit plus haut que la loi actuelle ou que le facteur attribué aux civilistes ayant encore plus de jours.

Ce n'est donc qu'avec 6 cours de répétition encore à faire, soit avec le nombre total des cours de répétition à faire par les soldats, et donc durant le premier cours de répétition que l'ajout systématique de 150 jours, rejoint le facteur général de 1.5.

*Dit autrement, à quelques jours prêts, quiconque demanderait le service civil après l'école de recrue devrait faire 150 jours de service civil au moins, quelque soit le nombre de jour d'armée restant à faire. Pourquoi ne pas le dire ?*

b. Le calcul peut aussi être fait en tenant compte des jours de service militaires et civils faits au total.

Exemple pour un soldat :

Ecole de recrue de 124 jours, solde 121 jours de service en CR. Total 245<sup>(8)</sup>. Service civil complet, 245 X 1.5 = 367 jours de service civil.

Jours de service mil faits : 244 (au lieu de 245)+150=394 (proposition). Système actuel : 244 + 2 (1 x 1.5) = 246 (actuel). Différence : 148 jours à faire en plus qu'avec le système actuel et ... 27 de plus qu'en ayant demandé le service civil dès le recrutement.

<sup>6</sup> Loi sur l'armée et l'administration militaire (LAAM), art. 41.

<sup>7</sup> La permanence que nous représentons confirme, à sa modeste mesure, cette tendance. Les hommes de plus de 25 ans sont relativement nombreux à vouloir mettre un terme à leurs obligations militaires et leur nombre augmente avec l'âge

<sup>8</sup> OMI, art. 47.



Jours de service faits :  $238 (6 \text{ CR faits}) + 150 = 388$  jours à faire ou (système actuel)  $238 + 9 (6 \times 1.5) = 247$ . Différence : 141 jours de service civil en plus qu'avec le système actuel, mais aussi 21 jours de service (mil et civ) en plus de ce que ce même soldat aurait eu à faire s'il avait demandé le service civil dès la fin du recrutement.

En cela, le service est *punitif parce qu'il impose des jours en plus ... pour avoir accepté de faire presque tout son service militaire !!!*

Jours de service faits :  $219 (5 \text{ CR}) + 150 = 369$  ou (actuel)  $219 + 39 (26 \times 1.5) = 258$ . Différence : 111 jours de plus que le système actuel, mais encore 2 jours de plus qu'avec un service civil demandé dès l'origine.

Jours de service faits  $200 (4 \text{ CR}) + 150 = 350$  ou actuel  $200 + 68 (45 \times 1.5) = 268$ . Différence : 82 en plus que le système actuel.

A partir d'ici le nombre total de jours faits devient inférieur à un service civil demandé d'emblée et donc les jours de service militaire faits diminuent le nombre total de jours à faire.

Jours de service faits  $181 (3 \text{ CR}) + 150 = 331$  ou  $181 + 96 (64 \times 1.5) = 277$ . Différence, 54 jours de service civil en plus, mais 90 de moins qu'avec un service civil complet.

Jours de service faits  $162 (2 \text{ CR}) + 150 = 312$  ou

Jours de service faits  $143 (1 \text{ CR}) + 150 = 293$  ou  $143 + 156 (101 \times 1.5) = 299$  Différence  $\pm 0$ .

#### Effets pour la pratique

c. Les effets du nouveau système sur les intérêts des candidats civilistes, en termes de jours à faire seraient les suivants :

1) Le facteur de 1.5 s'applique durant l'école de recrue, voir durant le 1<sup>er</sup> CR. Inchangé.

2) Tout jour d'armée fait durant cette période diminue effectivement le nombre total (armée et sc) de jours à faire, par rapport à un service civil complet. Inchangé.

3) Dès le 2<sup>ème</sup> CR et jusqu'au 4<sup>ème</sup> CR, le nouveau système augmente progressivement, par rapport à l'ancien, effet étrange, le nombre de jours total à faire, même si l'on fait ces CR, soit d'avoir à faire encore plus de service en tout parce que l'on fait de l'armée (absurde !), puis d'avoir à faire du service civil en plus, même si le nombre de jours total de service civil et militaire reste inférieur à ce que devrait faire un civiliste de la première heure mis au facteur 1.5).

Exemple : Faire un 2<sup>ème</sup> CR de 19 jours et demander le sc, ajoute en plus de ces 19 jours 17 jours de service en tout (civil et militaire) par rapport au système actuel, dans lequel le civiliste en faisant ce CR épargnerait 9 jours de service civil ( $19 - x 1.5$ ). (Nouveau :  $162 \text{ SM} + 150 \text{ SC} = 312$  Ancien  $162 + 125$  (solde de  $83 \times 1.5$ ) = 287, nouveau = J plus 25. S'il ne fait pas ce CR (ancien SM  $143 + \text{SC } 152 (101 \times 1.5) = 295$  soit quelques jours en plus de SC pour ne pas avoir fait ce cours (295 au lieu 287), mais toujours au total 17 jours de moins qu'en faisant ce CR dans le système proposé, lequel augmente donc le nombre de jours à faire sans donner de diminution pour ceux faits.

Idem pour les 3<sup>ème</sup> et 4<sup>ème</sup> CR. Je renonce aux calculs ici, mais le nombre de jours d'armée faits sans diminuer le nombre de jours de service totaux augmentera d'autant, par rapport à quelqu'un qui demande le SC après l'ER ou le 1<sup>er</sup> CR.

4) Dès le 5<sup>ème</sup> CR, le nombre total (SC et SM) de jours à faire devient plus grand que quelqu'un qui demande le service civil dès le 1<sup>er</sup> jour.

d. En résumé, il ne sera intéressant, en terme de jours à faire (ou rentable) de demander le service qu'entre le recrutement et la fin du 1<sup>er</sup> cours de répétition. À l'inverse, toute demande faite ultérieurement augmentera, de plus en plus gravement, la charge totale du nombre de jours à faire, laquelle dépassera, si le SC est demandé durant ou après le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, le nombre de jours à faire pour quelqu'un qui demande le service civil avant l'ER.

18. Tactiquement, pour le soutien aux objecteurs, l'intérêt à demander le service civil entre le recrutement et la fin de l'école de recrue reste similaire. Par contre, plus le militaire avance dans sa carrière militaire, plus la charge de jours augmente, plus il devient difficile de demander le service civil (et plus sera grande le besoin de demander la voie bleue).

19. Cela n'aura pas pour effet de diminuer fortement le nombre de demandes de service civil, puisque les demandes seront soit pour une part reportées plus tôt dans la carrière militaire, soit transformées en demande médicales et que rares seront les personnes qui en fin de carrière militaire décideront de finir leur service plutôt que de sortir de l'armée, d'une façon ou d'une autre.

Permanence romande pour les civilistes et les militaires.

C/°Infodroit.ch. Route des Siernes Picaz 46. 1659 Flendruz.

Membre de la Chambre genevoise de l'économie sociale et solidaire, [www.apras.ge](http://www.apras.ge)

Banque Alternative Suisse, ccp 46-110-7, BIC (SWIFT) ABSOCH22, IBAN CH35 0839 0033 2553 1000 2



#### La durée du service civil en droit

20. En droit Suisse, le facteur légal de 1.5 est le même depuis l'origine. Avec toutefois la réserve présentée ci-dessus au point 6 concernant la durée effective (et non légale) située aux environ de 1.8.

21. Le droit international, le Comité des droits de l'homme et la Cour européenne des droits de l'homme, tiennent de jurisprudence constante le fait que le service civil doit être de nature civile et non-punitif.

22. Une durée supérieure au double du service militaire à remplacer est considérée comme excessive<sup>9</sup>. Ainsi, l'attribution à toute personne ayant moins de 75 jours de service militaire à faire de 150 jours de service civil serait contraire au droit international.

23. Mais c'est dans son ensemble, ou à tout le moins dès le 2<sup>ème</sup> cours de répétition, que la mesure est discriminatoire. D'abord parce que plus, ils servent dans l'armée, plus elle pénalise les militaires qui demandent le service civil. Ensuite, parce qu'elle traite différemment des personnes dans des situations similaires, à savoir des personnes présentant une demande de service civil, demande qui est de même nature quel que soit le moment où elle est faite et pour laquelle le nombre de jours de service militaire accomplis n'a aucune incidence, sauf peut-être à renforcer le besoin de présenter une objection de conscience, ce qui reste sans influence aucune sur le droit fondamental à demander le service civil.

24. La loi sur le service civil pose comme principe que la charge du service civil devrait être équivalente à celle de l'armée<sup>10</sup>. Toutefois la mesure proposée, en tous les cas dès le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, puisque la charge en jours à faire est alourdie au-delà de ce que le militaire aurait à faire en demandant le service civil avant l'école de recrue. Ainsi, non-seulement, la personne concernée effectue la plus large part de son service militaire (les 3/4), mais elle y voit ajoutée une part importante de service civil (150/367) soit presque la moitié du service civil en plus, pour un total qui dépasse ce qu'elle aurait eu à faire tant à l'armée qu'avec un service civil entier. A ce titre, la mesure est non seulement dissuasive, mais discriminatoire dans la mesure où elle pénalise ceux qui ont déjà fait beaucoup d'armée (ne devraient-ils pas au contraire être pour cela remerciés ?).

25. Par ailleurs, le droit à l'objection de conscience étant un droit fondamental, toute forme de dissuasion, en entravant son libre exercice, est déjà une violation du droit.

26. Et il est finalement, à mon sens, difficile la nature punitive de la mesure, puisque ce sont ceux-là même, qui ont le plus servi dans l'armée, qui se voient le plus pénalisés.

#### Résumé :

- Violation du droit international sur la durée du service civil.
- Discrimination entre les civilistes « d'origine » et ceux qui demandent le service civil au cours de leur carrière militaire (l'objection reste la même, pour les mêmes motifs et contre le même service militaire, seule change la situation militaire).
- Mesure probablement punitive.
- Mesure simple en apparence, mais particulièrement compliquée à comprendre et à calculer, entre autres pour les personnes concernées.

<sup>9</sup> ONU, Comité des droits de l'homme: Foin v France (Communication No. 666/1995), CCPR/C/D/666/1995, 9 November 1999, para. 10.3, entre autres jurisprudence. Voir aussi: Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 8.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

Il existe aussi une traduction allemande de document, p. 21 : [http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV\\_2014-3\\_KDVundAsyl.pdf](http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV_2014-3_KDVundAsyl.pdf)

Voir aussi le rapport quadriennal du Haut Commissaire aux Droits de l'Homme sur l'objection de conscience, 1.5.2017, § 22.

<http://www.undocs.org/fr/A/HRC/35/4>

<sup>10</sup> LSC 5



### Mesure 2 :

Délai d'attente de 12 mois entre le dépôt de la demande et l'admission, avec obligation de faire les périodes de service militaires prévues.

27. La mesure est contraire à la constitution. Celle-ci prévoit, textuellement : « un service de remplacement »<sup>11</sup>. Or un *remplacement du service* n'est en aucun cas un service de remplacement *différé* avec maintien du service à remplacer, en attente du service de remplacement.

Des délais pour la mise en œuvre, par la personne concernée comme par l'administration, du service de remplacement sont acceptable, voir le maintien des obligations en attente de la décision d'admission<sup>12</sup>, mais en aucun le droit à l'objection de conscience ne saurait-il être suspendu.

28. De plus, la proposition est largement impraticable et passablement conflictogène. Les civilistes concernés ne se gêneront pas pour demander des reports, se faire porter malade ou pour ne pas se présenter et leur motifs de conscience finissant toujours par être reconnus, ils ne seront, s'ils sont que partiellement et inégalement sanctionnés pour ces défections. Sans parler de la charge administrative supplémentaire pour les administrations cantonales.

### Résumé

- Mesure contraire à la constitution.
- Discrimination entre les civilistes qui font une demande avant l'école de recrue, lesquels ne sont pas condamnés à des périodes militaires et ceux qui la font après l'ER, qui doivent en faire ou, vaille que vaille, les faire annuler.
- Mesure de nature à créer de nombreuses difficultés administratives tant pour les conscrits et les civilistes que pour l'administration.

### Mesure 3 :

29. Suppression du facteur 1.1 et passage au facteur 1.5 pour les officiers et les sous-officiers supérieurs.

30. Les personnes concernées sont relativement peu nombreuses. Elles ont néanmoins les mêmes droits. Mais surtout toutes ces personnes, qui ont été obligées de revêtir ces fonctions d'encadrement, ont déjà servi, au moment de la demande d'admission au service civil plus de jours d'armée que ne servent les civilistes qui n'en a fait aucun. Le moins gradé de ceux-ci servira un total 440 jours de services au lieu de 245<sup>13</sup>. Pour obtenir son grade, il en aura déjà fait presque autant qu'un soldat normal. Et le solde de jour à faire, qu'il soit multiplié par 1.1. ou 1.5 dépassera de toutes façons le nombre maximal de jours effectués par un civiliste ne faisant pas d'armée du tout.

31. Sachant que l'obligation de grader est imposée, même avec un facteur 1.1, la personne qui demande le service civil alors qu'elle a déjà revêtu son grade est discriminée par rapport à un civiliste qui demande le service avant de recevoir le moindre grade. Augmenté cette durée plus encore, alors que la personne gradée sert déjà plus que toute autre personne sans garde, apparaît là aussi comme punitive.

### Résumé

- En conjonction avec la discrimination décrite ci-après, violation du droit international sur la durée du service de remplacement.
- Discrimination entre les officiers et sous-officiers supérieurs d'une part et les soldats d'autre part en raison d'abord de l'obligation de grader d'abord, pour laquelle les premiers ne peuvent rien, puis du fait qu'en raison de cette obligation, ils ont déjà effectué, contre leur gré, une durée de service aussi importante que les soldats, durée sur laquelle vient ensuite s'ajouter une très longue durée de service civil supplémentaire. Dit autrement, le soldat qui demande le service civil évite non-seulement de grader, mais tous les jours de service civil supplémentaires en cas de conflit de conscience alors que l'officier, qui est en droit de développer un conflit de conscience à tout moment, en est d'autant plus pénalisé.

<sup>11</sup> Art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement.

<sup>12</sup> LSC 17 et 17a.

<sup>13</sup> OMI 47



- Mesure qui ne touche qu'un nombre limité de personnes.

#### Mesure 4 :

32. Interdiction faite aux médecins de faire du service civil en tant que médecins.

33. Là encore, la mesure ne concerne que très peu de personnes. Les médecins ont en moyenne au moins 26-27 ans à la fin de leur formation et ce moment-là, la plupart des périodes longues sont faites. Mais quand bien même, faut-il priver les hôpitaux de ces médecins-là ?

34. Par ailleurs, la mesure est à nouveau discriminatoire ; pourquoi les médecins et pas les géologues, les travailleurs sociaux ou les enseignants ? Là ce ne serait plus seulement certains civilistes, mais tout le service d'intérêt public qui tendrait à être victime d'une vision trop étroite des possibilités de service civil.

35. Enfin, il existe certes une disposition qui interdit certaines affectations en fonction de la personne du civiliste, en particulier si elle favorise sa formation<sup>14</sup>. Et c'est probablement, dans ce contexte que la proposition s'inspirerait. Mais à nouveau, certains militaires exercent des fonctions militaires en lien avec leur profession – et pas seulement des médecins ! – en quoi des civilistes n'auraient-ils pas le droit d'en faire autant ?

#### Résumé

- Mesure hautement discriminatoire (par professions).
- Mesure ne touchant (en l'état, que les médecins) qu'un nombre limité de personnes.

#### Mesure 5 :

36. Pas d'admission au service civil pour les personnes pour lesquelles il ne reste plus de jours de service, mais pour lesquelles il reste des tirs obligatoires.

37. La question est controversée depuis longtemps. Seul sont concernés les militaires en service long, qui restent incorporés ensuite pendant 4 ans<sup>15</sup>. Il conviendrait de savoir combien il y a eu de cas.

38. Pour rappel, les militaires ont la possibilité de déposer l'arme, sans motifs, s'ils ne souhaitent pas la conserver, mais cela ne les dispense pas des tirs<sup>16</sup>.

39. D'abord, il convient de rappeler que l'exécution de tirs obligatoires, dans le cadre d'un service militaire, même terminé, peuvent donner lieu à conflit de conscience, qui plus est si celui-ci peut avoir à se manifester durant une période de 4 ans.

40. En ce sens, la mesure ignore et passe complètement à côté, nie un problème qu'il y aurait pourtant lieu de résoudre.

41. À mon sens, une procédure plus simple qu'une admission au service civil devrait permettre, par exemple mais en tous les cas pour motifs de conscience légitimes, de remettre l'arme définitivement et d'être ainsi dispensé des tirs obligatoires.

#### Résumé

- Violation du droit à l'objection de conscience
- Mesure administrative inadéquate
- Mesure ne touchant qu'un nombre limité de personne

#### Mesure 6 :

42. Les civilistes sont tenus de faire une période de service civil par année dès l'admission.

<sup>14</sup> LSC 4a

<sup>15</sup> LAAM 54a

<sup>16</sup> Ordonnance concernant l'équipement personnel des militaires (OEPM), art. 6a.



43. La mesure existe déjà, art. 39a de l'ordonnance sur le service civil : « La personne astreinte au service civil *effectue chaque année* des affectations de service civil d'une durée de 26 jours au moins à partir de la deuxième année civile au plus tard ».

44. Les reports étant relativement fréquents, on peut se demander si c'est ceux-ci qu'il s'agit de limiter, mais le texte de la mesure est pour le surplus inutile.

#### Résumé

- Proposition de mesure incompétente, mesure déjà prévue par la loi.

#### Mesure 7 :

45. Obligation pour les personnes en service long, d'effectuer la période longue de service civile dans l'année qui suit (et non pas dans les trois ans qui suivent) l'admission au service civil.

46. Imposer un service civil long est une vieille mesure de 2011, que le Tribunal administratif fédéral avait annulée en raison de l'article 20 de la LSC qui stipule que le SC peut être fait en une ou plusieurs périodes<sup>17</sup>.

47. Depuis toujours, nous recommandons aux militaires en service long de passer d'abord au service normal, avant de demander le service civil, entre autres afin d'éviter le surplus de jours, actuellement 55 jours de service militaire ou 82 jours de service civil en plus<sup>18</sup>. Notre recommandation ne changera pas.

48. De plus, la mesure ne prévoit cette obligation que si l'école de recrue n'est pas terminée, or l'école de recrue est considérée comme terminée si 80% de ses jours ont été accomplis<sup>19</sup>, soit pour une école usuelle de 124 jours, dès le 100<sup>ème</sup> jour d'école de recrue. Mais dans la pratique, la demande de service civil peut être faite quelques jours plutôt, puisque celle-ci prend quelques jours, voir semaines à condition pour cela que l'admission à la fin du processus de demande intervienne après le 100<sup>ème</sup> jour de service.

49. Que ce soit en passant au service normal et en attendant les 80% de son service militaire (dans des conditions « suffisantes ») – si encore au service long avec les jours en sus – il est très facile d'éviter cette mesure et peu nombreux sont ceux qui se retrouveront à devoir faire une période longue ou leur période longue de service civile dans l'année qui suit. Au demeurant si un plan de carrière avait prévu une mise en suspend de celui-ci pour le service militaire long, avec une libération en fin d'école de recrue et une affectation longue trouvée rapidement, celle-ci peut être faite dans le temps préalablement dévolu au service militaire long.

50. La mesure est aussi discriminatoire puisqu'elle traite plus durement les militaires en service long que les militaires en service normal d'une part, et alors plus durement que les civilistes n'ayant pas débuté l'école de recrue d'autre part.

#### Résumé

- Mesure facile à contourner, voire à accommoder.
- Mesure ne concernant alors plus qu'un nombre limité de personne.
- Mesure discriminatoire.

#### Considérations finales

51. Les mesures 1 et 3 violent le droit international sur la durée du service civil.

52. La mesure 2 viole la constitution sur la notion de service de remplacement et la mesure 5 viole la constitution sur le droit à un service de remplacement.

53. Les mesures 1, 3, 4 et 7 sont clairement discriminatoires et violent à un titre ou un autre l'égalité de traitement.

54. Les mesures 3, 4, 5 et 7 ne touchent que – mais gravement – un nombre limité de personnes. À ce titre, le but premier de ces mesures n'est probablement pas ou que partiellement de toucher ces personnes-là, voire de les maintenir dans l'armée mais de donner l'impression qu'il est difficile ou déconseillé, qu'il est

<sup>17</sup> <http://www.infodroit.ch/spip.php?article91>

<sup>18</sup> OMI 111

<sup>19</sup> OMI 57 ou 37 ordonnance sur le service civil (OSI) (même teneur).



même dissuadé de sortir de l'armée. Un tel but viole le droit au service civil et un service civil non-discriminatoire et non-punitif.

55. Il convient d'ajouter à ce propos que les instances et jurisprudences internationales ont reconnu sans hésiter le droit à l'objection de conscience pour les appelés, comme pour les volontaires et les professionnels. Autrement dit et pour ce qui nous occupe ici, le droit à l'objection de conscience et au service de remplacement est et reste le même, ne saurait donc subir d'aggravation dans l'exercice du droit, soit l'accès au service civil, comme dans sa réalisation, soit l'accomplissement du service civil, que la personne concernée aie commencé ou non à servir dans l'armée<sup>20</sup>.

56. Les mesures 2, 3 et 4 supposent des difficultés de mise en œuvre particulièrement importantes. La mesure 5 pourrait faire l'objet d'une simplification administrative.

57. La mesure 6 est inutile, une aberration puisqu'elle préconise quelque chose qui existe déjà.

58. L'analyse de l'ensemble de ces mesures donne l'impression forte que l'armée est très embarrassée, mal à l'aise en raison des demandes service civil issues des rangs.

59. Ainsi quand bien même l'ensemble de ces mesures, si elles venaient à être mise en œuvre, aurait pour effet d'inciter les conscrits à demander le service civil bien plus tôt, ce qui n'est pas utile à l'armée non plus, il conviendrait de combattre ces mesures pour les effets et les complications graves qu'elles imposent, en toutes sortes de circonstances, aux militaires.

60. Il convient aussi de constater que les mesures proposées font preuve d'une méconnaissance, tant du droit international que du droit constitutionnel suisse qui confine à l'impréparation, voire au mépris, tant des civilistes que des militaires.

61. Enfin, dans le cadre des réactions à ces propositions de mesures, il conviendra de rappeler certaines ou l'ensemble de nos revendications de base, à savoir une présence civile lors du recrutement afin de faciliter son impartialité, une durée raisonnable et une compensation financière garantissant au moins l'accès au minimum vital<sup>21</sup>.

Christophe Barbey,  
Juriste, permanent depuis 2006

<sup>20</sup> Voir les résolutions du Conseil des Droits de l'Homme, par exemple la résolution du 8 octobre 2013, art. 12 [A/RES/HRC/24/17](#) ou Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 4.  
<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

<sup>21</sup> Avec une APG de 62.- par jour durant l'ER ou son équivalent au service civil, ou en cas d'absence de salaire préalable au service ou de droit à son équivalent, avec 1'800.- par mois ~, le minimum vital n'est pas atteint. Le dernier rapport du haut commissaire aux droits de l'homme mentionne une trop faible rémunération comme étant de nature punitive. [A/HRC/35/4](#), § 21.

Zivildienst Zentralstelle	
24. Aug. 2018	
Eingescannt	Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Winterthur, im August 2018

## Stellungnahme der Arbeitsintegration stadtmuur in Winterthur zur Änderung des Zivildienstgesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### Einleitung und grundsätzliche Beurteilung

Unsere Einrichtung ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### Kein Handlungsbedarf

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den

# stadtmuur

Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

## Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Diensttage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoss gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

## Unklare Auswirkungen

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Der Einsatzbetrieb Arbeitsintegration stadtmuur weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Die Arbeitsintegration stadtmuur lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

## Eigene Vorschläge

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet unsere Institution, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Die Arbeitsintegration stadtmuur schlägt dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.

# stadt mur

- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.
- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

## **Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweisen wir auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für die Arbeitsintegration stadtmuur ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

## **Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Dienstage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen

# stadtmuur

bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

## **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

Wir geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Dienstage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Diensttage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

## **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

## **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus unserer Sicht besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

Die Arbeitsintegration stadtmuur ist der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

## **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Wir sehen absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildiensttage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Diensttage erfüllen (2017: 96.7% aller Diensttage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Diensttage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der

# stadtmuur

jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Dienstage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.

## **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

## **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

Die Arbeitsintegration stadtmuur bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

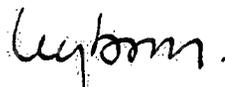
Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten.

Im Namen der Betriebsleitung und des Vereins stadtmuur:



Evi Sommerhalder  
Betriebsleiterin



Peter Kyburz  
Präsident des Vereins stadtmuur

Département fédéral de l'économie,  
de la formation et de la recherche DEFR  
Organe d'exécution pour le service civil ZIVI  
Service juridique  
Malerweg 6  
3600 Thoune

Genève, le 7 septembre 2018

## **Position de l'Association transports et environnement (ATE) – section Genève concernant la modification de la loi sur le service civil**

Monsieur le Conseiller fédéral Schneider-Ammann,  
Mesdames, Messieurs,

L'ATE – section Genève, est un établissement d'affectation depuis 2009. À ce titre, nous nous permettons de participer à la consultation ouverte le 20 juin concernant la modification de la loi sur le service civile.

### **Introduction et appréciation générale**

L'ATE – section Genève a depuis 2009 accueilli une dizaine de civilistes, pour une période variant entre un et deux mois. Le fait de pouvoir engager un civiliste nous permet de développer des projets novateurs et de continuer à promouvoir la mobilité durable de façon efficiente à Genève. Les différents civilistes au cours des années ont pu travailler par exemple sur des projets de promotion du vélo électrique, de brochures de promotion de la mobilité durable, de campagne sur la pollution de l'air, d'étude sur les zones environnementales, etc. Tous ces projets n'auraient pu être fait sans l'apport ponctuel d'un civiliste.

L'ATE travaille sur des thématiques spécifiques, qui demandent souvent des compétences poussées. Pour pouvoir tirer profit au maximum du civiliste présent chaque année, l'ATE se doit donc d'avoir une sélection rigoureuse de la personne venant effectuer son service civil. C'est un processus relativement long mais qui aujourd'hui, avec l'expérience, fonctionne bien. En ayant la volonté de rendre les conditions pour effectuer le service civil plus difficiles, avec la volonté claire de diminuer le nombre de civilistes, la Confédération met de nombreuses associations comme l'ATE dans l'embarras, avec le risque de ne plus trouver de civilistes adaptés.

Pour l'ATE, une modification du service civil dans le sens d'un durcissement de ce dernier nuirait au bon fonctionnement de notre association et remettrait en cause nombre de ces projets, importants en termes environnementaux pour Genève. Il est important de garder un service civil attractif, et ceci pour la bonne marche des nombreuses associations suisses qui en bénéficient.

## **Commentaires sur les mesures proposées**

L'ATE – section Genève, ne prend position que sur les points qui la concerne directement comme établissement d'affectation.

### **Mesure n° 1 : minimum de 150 jours de service**

Comme mentionné précédemment, chaque mesure qui rend le service civil moins attractif aura des conséquences non négligeables sur le nombre de personnes qui peuvent effectuer leur service civil et de facto sur le nombre de civilistes qui pourront postuler à un poste à l'ATE. L'ATE a donc peur d'avoir un choix restreint, notamment en termes de période de disponibilité, et ne plus pouvoir trouver les profils dont elle a besoin. Les mêmes considérations peuvent être reprises pour la mesure n°2.

### **Mesure n° 6 : obligation d'accomplir une période d'affectation par année dès l'admission**

Actuellement, cette exigence est déjà réglementée de manière quasiment identique dans l'article 39a de l'ordonnance sur le service civil. L'ATE ne voit absolument aucune raison à cette modification cosmétique puisque les jours de service civil sont déjà aujourd'hui accomplis de manière très fiable. L'organe d'exécution contribue, par une gestion efficace et flexible, à ce que les civilistes s'acquittent en règle générale de tous les jours de service ordonnés (2017 : 96,7 % de tous les jours de service). S'il arrive que certains civilistes n'effectuent pas tous leurs jours de service, il s'agit uniquement de cas extrêmes (maladie longue, départ à l'étranger, décès, refus total).

L'argument du Conseil fédéral que l'équivalence des services se manifeste également par leur exécution dans une même étape de la vie (généralement entre 20 et 25 ans pour la plupart) est contredit par la flexibilité introduite volontaire dans le Développement de l'armée concernant le commencement de l'ER. En outre, cette mesure entraîne des préjudices pour les établissements d'affectation puisque les nombreuses affectations courtes devant être effectuées rendent la période d'apprentissage des tâches démesurée par rapport au temps de l'affectation. Actuellement, la Confédération elle-même offre également, en tant qu'établissement d'affectation, de nombreuses affectations qui nécessitent une haute qualification et pour lesquelles une durée minimale de plusieurs mois est revendiquée. Avec l'obligation d'accomplir une affectation par année, les jours de service restants à la fin de la nécessaire formation ne sont absolument pas suffisants par rapport à la durée minimale requise.

### **Mesure n° 7 : obligation pour les requérants ayant déposé leur demande pendant l'ER de terminer leur affectation longue au plus tard pendant l'année civile qui suit l'entrée en force de la décision d'admission**

Avec cette mesure, les personnes astreintes à servir qui sont admises au service civil alors qu'elles viennent d'une ER d'été se retrouvent en particulier dans une situation très délicate en termes de temps, puisqu'elles n'auraient qu'environ 1 an pour organiser et réaliser le service de 6 mois. Les répercussions sur la vie professionnelle ou sur la formation peuvent être lourdes, puisque ces personnes devraient accorder, en l'espace de deux années civiles, un temps considérable à l'obligation de servir. Il ne faut pas qu'une mesure visant à réduire l'attractivité du service civil se répercute finalement sur les employeurs et les instituts de formation, sans parler des obligations familiales. Cette mesure pourrait aussi poser problème aux établissements d'affectation, qui se trouveraient à devoir proposer beaucoup plus d'affectation de longues durées, ce que certaines associations ne peuvent pas se permettre au niveau financier.

## Résumé et conclusion

L'ATE reste persuadée des nombreux bénéfices que le service civil apporte notamment pour les établissements d'affectation et, à ce titre, pour la société dans son ensemble. En durcissant les conditions pour y avoir accès, de nombreuses institutions se retrouveraient dépourvues d'une main d'œuvre volontaire qui permet de réaliser de nombreuses avancées en termes sociales et environnementales dans notre pays.

En durcissant ces règles, le Conseil fédéral risque principalement de péjorer le tissu associatif et social de la Suisse et par ce biais, à la cohésion de notre pays. Ce problème est mentionné par le Conseil fédéral dans son rapport explicatif vu qu'il dit « *Dans la mesure où le nombre des personnes accomplissant le service civil diminuera à long terme à la suite de l'entrée en vigueur de la présente révision, les établissements d'affectation seront touchés, en particulier dans les domaines d'activité où les ressources nécessaires à l'accomplissement de tâches de la communauté sont insuffisantes ou sont absentes. Il convient toutefois d'accepter cet inconvénient eu égard à l'intérêt public prépondérant que constitue la garantie des effectifs de l'armée.* »

Le Conseil fédéral ne reconnaît qu'insuffisamment la valeur du service civil pour l'intérêt public. Nous récusons cette interprétation et sommes convaincus que le bon fonctionnement de la société est ce qu'il y a de plus important pour la prospérité de la Suisse.

En vous priant de tenir compte des éléments développés ci-dessus dans la suite de la réflexion sur ce projet et en restant à votre disposition pour des explications complémentaires sur notre argumentation, nous vous prions d'agréer nos salutations distinguées.

Au nom du comité de l'association,



Lisa Mazzone  
Présidente



Caroline Marti  
Vice-présidente

Fribourg, le 8 octobre 2018

Zivildienst Zentralstelle
- 9. Okt. 2018
Eingescannt Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>

Département fédéral de l'économie,  
de la formation et de la recherche DEFR  
Organe d'exécution pour le service civil  
ZIVI  
Service juridique  
Malerweg 6  
3600 Thoune

## Consultation relative à la modification de la loi sur le service civil

Monsieur le Conseiller fédéral Schneider-Ammann,  
Mesdames, Messieurs,

Dans votre rapport du 20 juin 2018, vous nous avez invités à prendre part à la procédure de consultation sur la modification de la loi sur le service civil proposée par le Conseil fédéral. Nous vous remercions de nous offrir cette opportunité, que nous saisissons en vous faisant parvenir la présente prise de position.

### Introduction et appréciation générale

La Fédération suisse du service civil CIVIVA dont nous sommes membres représente les intérêts des civilistes et des établissements d'affectation du service civil. CIVIVA est convaincue que le service civil, sous sa forme actuelle, fonctionne parfaitement et est d'une grande utilité pour la société et l'environnement. Le service civil s'avère efficace en termes d'application, d'organisation et d'action. Il a du sens globalement, mais aussi pour chaque civiliste pris séparément.

La proposition de modification de la loi sur le service civil porte atteinte au service civil en tant que façon d'accomplir son obligation de servir et le remet fondamentalement en question. Des principes importants comme l'égalité de traitement de toutes les personnes astreintes à servir ou le droit de faire valoir à tout moment un conflit de conscience seraient compromis. Cette modification conduit à un grand nombre de conflits avec les droits fondamentaux, comme le montre l'avis de droit ci-joint.

Une modification de la loi sur le service civil doit être fondée sur le bon déroulement du service civil et ne pas être motivée par la volonté de résoudre les problèmes supposés de l'armée. Politiquement, vouloir dégrader un système qui fonctionne bien et fait ses preuves au profit d'un autre est hautement contestable. Les problèmes doivent être résolus là où ils existent. Le service civil doit s'adapter aux besoins de la société et non à ceux de l'armée.

## **Résumé et conclusion**

CIVIVA regrette que le Conseil fédéral se soit laissé mettre sous pression par les discours de certains politiciens spécialistes de la sécurité, qui utilisent notamment des propos discréditants et irrespectueux et qu'il soit maintenant prêt à cacher sous le tapis les problématiques propres à l'armée en adoptant des mesures allant à l'encontre d'un service civil qui est pourtant efficace, en constant développement et utile à la société. Dans le rapport explicatif pour la procédure de consultation, le Conseil fédéral s'exprime ainsi :

*« Dans la mesure où le nombre des personnes accomplissant le service civil diminuera à long terme à la suite de l'entrée en vigueur de la présente révision, les établissements d'affectation seront touchés, en particulier dans les domaines d'activité où les ressources nécessaires à l'accomplissement de tâches de la communauté sont insuffisantes ou sont absentes. Il convient toutefois d'accepter cet inconvénient eu égard à l'intérêt public prépondérant que constitue la garantie des effectifs de l'armée. »*

## **Conséquences pour notre association**

Notre association qui assure la gestion d'un accueil de jour ouvert 7j/7 pour répondre aux besoins des personnes en situation de précarité serait directement touchée par cet affaiblissement du service civil. Notre centre assure une mission de base prioritaire de dernier recours pour la population la plus vulnérable. Les ressources de notre association ne sont qu'en partie assurées par des financements publics (70%) ; le reste du financement fait l'objet d'une recherche constante de fonds. Les budgets relatifs aux ressources humaines sont insuffisants et ne nous permettraient pas d'engager du personnel pour les tâches confiées aux civilistes auxquels nous avons recours toute l'année.

Une réduction des civilistes correspondrait pour notre association à une perte de moyens pour assurer des prestations devenues de plus en plus indispensables pour un nombre grandissant de la population (augmentation de 7% en moyenne chaque année).

Le Conseil fédéral place les besoins de l'armée au-dessus de ceux de la société civile en prétextant la préservation des intérêts publics. Nous récusons cette interprétation et sommes convaincus que le bon fonctionnement de la société et la sauvegarde du bien-être de tous est ce qu'il y a de plus important pour la prospérité de la Suisse.

En vous priant de bien vouloir remettre au centre les besoins de la population suisse dans un contexte où le nombre des personnes reléguées dans la marge s'accroît, nous vous prions d'agréer nos salutations distinguées.

Anne-Marie Schmid Kilic  
Directrice





Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Avrona, im August 2018

*Die Bergschule Avrona als Einsatzbetrieb schliesst sich der folgenden Stellungnahme von CIVIVA an:*

## **Stellungnahme des Schweizerischen Zivildienstverbandes CIVIVA zur Änderung des Zivildienstgesetzes**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### **Einleitung und grundsätzliche Beurteilung**

Der Schweizerische Zivildienstverband CIVIVA vertritt die Interessen der Zivildienstleistenden und Einsatzbetriebe. CIVIVA ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### **Kein Handlungsbedarf**

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der

angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

### **Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen**

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoß gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

### **Unklare Auswirkungen**

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. CIVIVA weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Der Schweizerische Zivildienstverband CIVIVA lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

### **Eigene Vorschläge**

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet CIVIVA, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. CIVIVA schlägt dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss

der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.

- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

### **Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist CIVIVA auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für CIVIVA ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

### **Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Dienstage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

### **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

CIVIVA geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Dienstage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Dienstage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht von CIVIVA besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

CIVIVA ist der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. CIVIVA sieht absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildienstage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Dienstage erfüllen (2017: 96.7% aller Dienstage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Dienstage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Dienstage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.

## **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

### **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

CIVIVA bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Im Namen des Verbandsvorstandes

Lisa Mazzone  
Co-Präsidentin

Samuel Steiner  
Co-Präsident

Für die Bergschule Avrona

S. Ovenstone  
Institutionsleitung



Permanence romande pour civilistes et militaires  
Permanence@infodroit.ch ou  
Le mardi de 12 à 14 heures au 026 925 80 66.  
Pour les urgences, 079 524 35 74, veuillez laisser un message.

Flendruz, 16 juin 2018

### Avis de droit

*A qui de droit*

#### **7 mesures du Conseil fédéral destinées à la consultation. Modifications de la loi sur le service civil. 2018**

##### En préalable

1. Le droit à l'objection de conscience est un droit fondamental internationalement reconnu.
2. Il est reconnu par les jurisprudences du Comité des droits de l'homme et de la Cour Européenne des droits de l'homme, il est présent dans la constitution suisse<sup>1</sup>.
3. Ce droit s'appuie essentiellement tant sur le refus impératif de tuer que sur le refus de résoudre les conflits par la violence.
4. Le conflit entre l'obligation constitutionnelle de servir dans l'armée d'une part et la conscience d'autre part (appelé conflit de conscience) peut se manifester sous diverses formes et à divers moments, de façons plus ou moins virulentes ou soudaines, y compris parfois par des somatisations ou des actes de rébellions. La problématique a été largement résolue par deux mesures:
5. 1) Il a été renoncé au « contrôle de conscience » en adoptant le système dit de la preuve par l'acte, soit l'acceptation, par la personne qui demande le service civil d'une durée plus longue pour ce service que celle requise pour le service militaire.

Cette mesure a pour avantage (en plus d'une forte diminution de la charge administrative) d'éviter d'une part l'aggravation et la stigmatisation du conflit de conscience par son besoin de le confronter à la procédure et de libérer d'autre part la personne concernée d'une appréhension et d'une expression intellectuelle et verbalisée de ce conflit, inévitablement discriminatoire selon le niveau d'éducation, et sujette d'autre part à des biais divers, puisque le résultat de l'examen dépendait largement du degré de préparation à celui-ci plutôt que de la nature même, des sources et des raisons du conflit de conscience.

6. Il convient toutefois de noter que ce système de quotité a dès le début présenté un défaut important, au demeurant partiellement caché des civilistes eux-mêmes, dans la mesure où la durée de service civil requise par la loi (1 fois et demie – 1,5 – celle du service militaire encore à faire au moment de la demande) est dans la pratique comparativement différente de la durée du service militaire réellement effectuée par les militaires libérés lorsqu'ils atteignent la limite d'âge. En effet, ceux-ci se voient alors remettre le solde des jours de service non-effectués, alors que les civilistes se voient pénalement condamnés s'ils n'effectuent pas l'entier de leurs jours avant la même limite d'âge (limite par ailleurs par elle-même plus exigeante, puisqu'ils ont plus de jours à effectuer dans le même laps de temps). L'armée a de plus tardé à donner les chiffres permettant de mesurer cette différence des durées respectives des

---

<sup>1</sup> Constitution fédérale (Cst.) [Article 10 sur la droit à la vie](#), [art. 15 sur la liberté de conscience](#), [art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement](#).



services. Pourtant des estimations raisonnables permettaient d'évaluer le nombre de jours de service civil effectués pour les civilistes demandant le service civil pour l'entier de leur périodes de service militaires comme étant environ du double du nombre de jour effectué en moyenne par les soldats terminant leur obligation à la limite d'âge<sup>2</sup>. Actuellement, ce taux semble s'être amélioré un peu, mais la durée comparée du service civil resterait de 1.8 plus élevée que la durée des services militaires, et non pas les 1.5 que stipule la loi. Il conviendra de vérifier les effets de la nouvelle loi sur l'armée sur cette problématique, la limite d'âge n'étant plus un âge fixe (p. ex. 34 ans), mais devenant un nombre de dix années pour faire les services requis après l'école de recrue<sup>3</sup>.

7. De plus la discrimination pénale demeure, puisque contrairement au service civil, aucune mesure permettant d'assurer le rythme et le progrès de la réalisation des périodes de service militaire, mesure accompagnées dans la loi sur le service civil de mesures pénales en cas de retards, n'ont été introduites dans la nouvelle législation sur la l'armée. Ainsi, le civiliste doit accomplir certaines périodes (la première suivant l'admission et la période longue) selon des délais fixes et il ne doit pas lui rester plus d'une certaine proportion de jours à faire avant d'atteindre la limite d'âge. Passé ces délais ou si la proportion de jours restant à faire est trop forte, le civiliste est convoqué d'office pour le surplus ou la période concernée, puis il encoure une peine s'il n'effectue pas la période requise. Il n'existe, pas de système similaire ou aussi contraignant dans l'armée. Pour avoir une vision complète de cette discrimination, pénalement grave, il conviendrait encore de comparer le nombre des dispenses pour justes motifs, lesquelles au demeurant ne font que repousser le problème, dispenses accordées tant pour les civilistes que pour les militaires. Nonobstant, vu la nature différente des système de suivi et de répression des deux sortes d'obligations, puisqu'il y a des condamnations pour retard dus au système de suivi contre les civilistes et qu'il n'y en a pas pour les militaires, la discrimination pénale demeure, tout comme demeurera a priori la discrimination sur les durées.

8. 2) Il importe de souligner que le service civil peut et doit pouvoir être demandé en tout temps, c'est d'ailleurs dans la loi<sup>4</sup>.

9. Cela concerne bien sûr la possibilité de demander le service civil depuis une période de service militaire, mais porte surtout sur la nature du conflit de conscience et relève en partie aussi du droit humanitaire.

10. Ainsi, le conflit de conscience peut se développer par une réflexion autonome, mais il peut aussi surgir, progressivement ou soudainement, face à une circonstance rencontrée dans le cadre du service militaire, par exemple lors de la première prise d'arme (il y a hélas des condamnations pour refus d'ordre de personnes qui font à ce moment-là un blocage psychologique) ou en étant mis en confrontation à une arme particulièrement destructive.

11. Il convient aussi, et c'est d'une grande importance, de citer le cas de l'objection de conscience à un ordre criminel, y compris ou surtout si celui-ci viole le droit humanitaire ; objection qui doit en effet pouvoir être exprimée en tout temps et en particulier de façon immédiate au moment de la réception de l'ordre contesté, cette objection devant alors, selon les circonstances, rejeter non-seulement l'ordre contesté lui-même mais aussi l'ensemble du système qui produit ou maintient cet ordre injuste, à tout le moins si l'ordre est maintenu, car alors seul le refus personnel et complet du système permettant, à défaut de pouvoir l'empêcher, la réalisation de ce ordre illégal et des ses conséquences, de préserver la conscience, et donc l'innocence de la personne confrontée à une telle situation. L'objection de conscience à une circonstance particulière devenant alors une objection au sens usuel du terme, une objection d'ensemble au service militaire<sup>5</sup>.

---

<sup>2</sup> Détail du calcul : <http://www.infodroit.ch/spip.php?article44>

<sup>3</sup> Ordonnance sur les obligations militaires (OMI), 1.1.2018, [art. 19](#).

<sup>4</sup> Loi sur le service civil, [art. 16](#).

<sup>5</sup> Voir par exemple, [Jacques Verhaegen](#) : «Le refus d'obéissance aux ordres manifestement criminels », revue du CICR, vol. 84, n° 845, mars 2002.



### Analyse des mesures proposées

**Mesure 1:** 150 jours de service civil pour toutes personnes n'ayant pas terminés ses « services d'instruction » et ayant moins de 100 jours de service militaire restant.

#### Appréciation générale

12. Par « services d'instruction », il est entendu toutes les périodes de services militaires, à savoir écoles de recrues, écoles de cadres et cours de répétition<sup>6</sup>.

13. La proposition équivaudrait à « condamner », imposer à tout militaire ayant entre 1 et 100 jours de service militaire encore à faire à effectuer 150 jours de service civil.

14. La mesure incite à terminer ses obligations militaires au lieu de demander le service civil.

15. Partant du constat, hautement probable<sup>7</sup>, selon lequel les pertes en effectifs augmentent en fonction de l'âge par lassitude, perte d'intérêt ou en raison de l'augmentation des obligations professionnelles et familiales. Il conviendrait toutefois de disposer des chiffres du nombre des personnes qui quittent l'arme dans ces tranches d'âge soit pour le service civil, soit pour raisons médicales. En effet, si le problème est une question d'emploi du temps, la demande de service civil est d'autant plus contre-productive.

16. A cet aulne, la mesure aura pour effet principal d'augmenter le nombre de demandes médicales et assez peu de diminuer le nombre de service civil. Quand à sa capacité à renforcer la motivation pour l'armée, elle est ici hors contexte – ce n'est pas notre problème ou celui du service civil – et elle n'est que très indirecte, la diminution de l'attrait du service civil n'augmentant pas pour autant l'attrait pour l'armée.

#### Calculs concernant la mesure proposée

17. Dans la pratique, divers types de calculs sont possibles pour déterminer les effets et les proportions de la proposition. Mes connaissances mathématiques sont limitées, donc d'autres calculs sont peut-être possibles ou éventuellement meilleurs, mais ceux-ci révèlent plusieurs des effets pervers de la proposition:

a. Le facteur multipliant le nombre de jours à faire est, avec la proposition exponentiel : La personne qui aurait 1 seul jour d'armée encore à faire se retrouverait à en faire 150 jours, soit 150 fois plus que le nombre de jour d'armée requis.

Dans le détail, un militaire à qui il resterait :

1 cours de répétition (CR), soit 19 jours (150/19), verrait le multiplicateur passer de 1.5 à 7.89

2 cours de répétition, le facteur (150/38) est encore du quadruple (3.94)

3 cours de répétition, le facteur descend à 2.63

4 cours de répétition, le facteur est de 2 (1.97)

5 cours de répétition le facteur est encore de 1.57, soit plus haut que la loi actuelle ou que le facteur attribué aux civilistes ayant encore plus de jours.

Ce n'est donc qu'avec 6 cours de répétition encore à faire, soit avec le nombre total des cours de répétition à faire par les soldats, et donc durant le premier cours de répétition que l'ajout systématique de 150 jours, rejoint le facteur général de 1.5.

*Dit autrement, à quelques jours prêts, quiconque demanderait le service civil après l'école de recrue devrait faire 150 jours de service civil au moins, quelque soit le nombre de jour d'armée restant à faire. Pourquoi ne pas le dire ?*

b. Le calcul peut aussi être fait en tenant compte des jours de service militaires et civils faits au total.

Exemple pour un soldat :

Ecole de recrue de 124 jours, solde 121 jours de service en CR. Total 245<sup>(8)</sup>. Service civil complet, 245 X 1.5 = 367 jours de service civil.

Jours de service mil faits : 244 (au lieu de 245)+150=394 (proposition). Système actuel : 244 + 2 (1 x 1.5) = 246 (actuel). Différence : 148 jours à faire en plus qu'avec le système actuel et ... 27 de plus qu'en ayant demandé le service civil dès le recrutement.

<sup>6</sup> Loi sur l'armée et l'administration militaire (LAAM), [art. 41](#).

<sup>7</sup> La permanence que nous représentons confirme, à sa modeste mesure, cette tendance. Les hommes de plus de 25 ans sont relativement nombreux à vouloir mettre un terme à leurs obligations militaires et leur nombre augmente avec l'âge

<sup>8</sup> OMI, [art. 47](#).



Jours de service faits :  $238 (6 \text{ CR faits}) + 150 = 388$  jours à faire ou (système actuel)  $238 + 9 (6 \times 1.5) = 247$ . Différence : 141 jours de service civil en plus qu'avec le système actuel, mais aussi 21 jours de service (mil et civ) en plus de ce que ce même soldat aurait eu à faire s'il avait demandé le service civil dès la fin du recrutement.

En cela, le service est *punitif parce qu'il impose des jours en plus ... pour avoir accepté de faire presque tout son service militaire !!!*

Jours de service faits :  $219 (5 \text{ CR}) + 150 = 369$  ou (actuel :)  $219 + 39 (26 \times 1.5) = 258$ . Différence : 111 jours de plus que le système actuel, mais encore 2 jours de plus qu'avec un service civil demandé dès l'origine.

Jours de service faits  $200 (4 \text{ CR}) + 150 = 350$  ou actuel  $200 + 68 (45 \times 1.5) = 268$ . Différence : 82 en plus que le système actuel.

A partir d'ici le nombre total de jours faits devient inférieur à un service civil demandé d'emblée et donc les jours de service militaire faits diminuent le nombre total de jours à faire.

Jours de service faits  $181 (3 \text{ CR}) + 150 = 331$  ou  $181 + 96 (64 \times 1.5) = 277$ . Différence, 54 jours de service civil en plus, mais 90 de moins qu'avec un service civil complet.

Jours de service faits  $162 (2 \text{ CR}) + 150 = 312$  ou

Jours de service faits  $143 (1 \text{ CR}) + 150 = 293$  ou  $143 + 156 (101 \times 1.5) = 299$  Différence  $\pm 0$ .

#### Effets pour la pratique

c. Les effets du nouveau système sur les intérêts des candidats civilistes, en termes de jours à faire seraient les suivants :

- 1) Le facteur de 1.5 s'applique durant l'école de recrue, voir durant le 1<sup>er</sup> CR. Inchangé.
- 2) Tout jour d'armée fait durant cette période diminue effectivement le nombre total (armée et sc) de jours à faire, par rapport à un service civil complet. Inchangé.
- 3) Dès le 2<sup>ème</sup> CR et jusqu'au 4<sup>ème</sup> CR, le nouveau système augmente progressivement, par rapport à l'ancien, effet étrange, le nombre de jours total à faire, même si l'on fait ces CR, soit d'avoir à faire encore plus de service en tout parce que l'on fait de l'armée (absurde !), puis d'avoir à faire du service civil en plus, même si le nombre de jours total de service civil et militaire reste inférieur à ce que devrait faire un civiliste de la première heure mis au facteur 1.5).

Exemple : Faire un 2<sup>ème</sup> CR de 19 jours et demander le sc, ajoute en plus de ces 19 jours 17 jours de service en tout (civil et militaire) par rapport au système actuel, dans lequel le civiliste en faisant ce CR épargnerait 9 jours de service civil ( $19 - x 1.5$ ). (Nouveau :  $162 \text{ SM} + 150 \text{ SC} = 312$  Ancien  $162 + 125$  (solde de  $83 \times 1.5$ ) = 287, nouveau = J plus 25. S'il ne fait pas ce CR (ancien  $\text{SM } 143 + \text{SC } 152 (101 \times 1.5) = 295$  soit quelques jours en plus de SC pour ne pas avoir fait ce cours (295 au lieu 287), mais toujours au total 17 jours de moins qu'en faisant ce CR dans le système proposé, lequel augmente donc le nombre de jours à faire sans donner de diminution pour ceux faits.

Idem pour les 3<sup>ème</sup> et 4<sup>ème</sup> CR. Je renonce aux calculs ici, mais le nombre de jours d'armée faits sans diminuer le nombre de jours de service totaux augmentera d'autant, par rapport à quelqu'un qui demande le SC après l'ER ou le 1<sup>er</sup> CR.

- 4) Dès le 5<sup>ème</sup> CR, le nombre total (SC et SM) de jours à faire devient plus grand que quelqu'un qui demande le service civil dès le 1<sup>er</sup> jour.

d. En résumé, il ne sera intéressant, en terme de jours à faire (ou rentable) de demander le service qu'entre le recrutement et la fin du 1<sup>er</sup> cours de répétition. A l'inverse, toute demande faite ultérieurement augmentera, de plus en plus gravement, la charge totale du nombre de jours à faire, laquelle dépassera, si le SC est demandé durant ou après le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, le nombre de jours à faire pour quelqu'un qui demande le service civil avant l'ER.

18. Tactiquement, pour le soutien aux objecteurs, l'intérêt à demander le service civil entre le recrutement et la fin de l'école de recrue reste similaire. Par contre, plus le militaire avance dans sa carrière militaire, plus la charge de jours augmente, plus il devient difficile de demander le service civil (et plus sera grande le besoin de demander la voie bleue).

19. Cela n'aura pas pour effet de diminuer fortement le nombre de demandes de service civil, puisque les demandes seront soit pour une part reportées plus tôt dans la carrière militaire, soit transformées en demande médicales et que rares seront les personnes qui en fin de carrière militaire décideront de finir leur service plutôt que de sortir de l'armée, d'une façon ou d'une autre.



### La durée du service civil en droit

20. En droit Suisse, le facteur légal de 1.5 est le même depuis l'origine. Avec toutefois la réserve présentée ci-dessus au point 6 concernant la durée effective (et non légale) située aux environs de 1.8.

21. Le droit international, le Comité des droits de l'homme et la Cour européenne des droits de l'homme, tiennent de jurisprudence constante le fait que le service civil doit être de nature civile et non-punitif.

22. Une durée supérieure au double du service militaire à remplacer est considérée comme excessive<sup>9</sup>. Ainsi, l'attribution à toute personne ayant moins de 75 jours de service militaire à faire de 150 jours de service civil serait contraire au droit international.

23. Mais c'est dans son ensemble, ou à tout le moins dès le 2<sup>ème</sup> cours de répétition, que la mesure est discriminatoire. D'abord parce que plus, ils servent dans l'armée, plus elle pénalise les militaires qui demandent le service civil. Ensuite, parce qu'elle traite différemment des personnes dans des situations similaires, à savoir des personnes présentant une demande de service civil, demande qui est de même nature quel que soit le moment où elle est faite et pour laquelle le nombre de jours de service militaire accomplis n'a aucune incidence, sauf peut-être à renforcer le besoin de présenter une objection de conscience, ce qui reste sans influence aucune sur le droit fondamental à demander le service civil.

24. La loi sur le service civil pose comme principe que la charge du service civil devrait équivalente à celle de l'armée<sup>10</sup>. Toutefois la mesure proposée, en tous les cas dès le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, puisque la charge en jours à faire est alourdie au-delà de ce que le militaire aurait à faire en demandant le service civil avant l'école de recrue. Ainsi, non-seulement, la personne concernée effectue la plus large part de son service militaire (les 3/4), mais elle y voit ajoutée une part importante de service civil (150/367) soit presque la moitié du service civil en plus, pour un total qui dépasse ce qu'elle aurait eu à faire tant à l'armée qu'avec un service civil entier. A ce titre, la mesure est non seulement dissuasive, mais discriminatoire dans la mesure où elle pénalise ceux qui ont déjà fait beaucoup d'armée (ne devraient-ils pas au contraire être pour cela remerciés ?).

25. Par ailleurs, le droit à l'objection de conscience étant un droit fondamental, toute forme de dissuasion, en entravant son libre exercice, est déjà une violation du droit.

26. Et il est finalement, à mon sens, difficile la nature punitive de la mesure, puisque ce sont ceux-là même, qui ont le plus servi dans l'armée, qui se voient le plus pénalisés.

### Résumé :

- Violation du droit international sur la durée du service civil.
- Discrimination entre les civilistes « d'origine » et ceux qui demandent le service civil au cours de leur carrière militaire (l'objection reste la même, pour les mêmes motifs et contre le même service militaire, seule change la situation militaire).
- Mesure probablement punitive.
- Mesure simple en apparence, mais particulièrement compliquée à comprendre et à calculer, entre autres pour les personnes concernées.

---

<sup>9</sup> ONU, Comité des droits de l'homme: Foin v France (Communication No. 666/1995), CCPR/C/D/666/1995, 9 November 1999, para. 10.3, entre autres jurisprudence. Voir aussi: Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 8.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUINO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

Il existe aussi une traduction allemande de document, p. 21 : [http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-](http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV_2014-3_KDVundAsyl.pdf)

[eV\\_2014-3\\_KDVundAsyl.pdf](http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV_2014-3_KDVundAsyl.pdf)

Voir aussi le rapport quadriennal du Haut Commissaire aux Droits de l'Homme sur l'objection de conscience, 1.5.2017, § 22.

<http://www.undocs.org/fr/A/HRC/35/4>

<sup>10</sup> LSC 5



### **Mesure 2 :**

Délai d'attente de 12 mois entre le dépôt de la demande et l'admission, avec obligation de faire les périodes de service militaires prévues.

27. La mesure est contraire à la constitution. Celle-ci prévoit, textuellement : « un service de remplacement »<sup>11</sup>. Or un *remplacement du service* n'est en aucun cas un service de remplacement *différé* avec maintien du service à remplacer, en attente du service de remplacement.

Des délais pour la mise en œuvre, par la personne concernée comme par l'administration, du service de remplacement sont acceptable, voir le maintien des obligations en attente de la décision d'admission<sup>12</sup>, mais en aucun le droit à l'objection de conscience ne saurait-il être suspendu.

28. De plus, la proposition est largement impraticable et passablement conflictogène. Les civilistes concernés ne se gêneront pas pour demander des reports, se faire porter malade ou pour ne pas se présenter et leur motifs de conscience finissant toujours par être reconnus, ils ne seront, s'ils sont que partiellement et inégalement sanctionnés pour ces déflections. Sans parler de la charge administrative supplémentaire pour les administrations cantonales.

### Résumé

- Mesure contraire à la constitution.
- Discrimination entre les civilistes qui font une demande avant l'école de recrue, lesquels ne sont pas condamnés à des périodes militaires et ceux qui la font après l'ER, qui doivent en faire ou, vaille que vaille, les faire annuler.
- Mesure de nature à créer de nombreuses difficultés administratives tant pour les conscrits et les civilistes que pour l'administration.

### **Mesure 3 :**

29. Suppression du facteur 1.1 et passage au facteur 1.5 pour les officiers et les sous-officiers supérieurs.

30. Les personnes concernées sont relativement peu nombreuses. Elles ont néanmoins les mêmes droits. Mais surtout toutes ces personnes, qui ont été obligées de revêtir ces fonctions d'encadrement, ont déjà servi, au moment de la demande d'admission au service civil plus de jours d'armée que ne servent les civilistes qui n'en a fait aucun. Le moins gradé de ceux-ci servira un total 440 jours de services au lieu de 245<sup>13</sup>. Pour obtenir son grade, il en aura déjà fait presque autant qu'un soldat normal. Et le solde de jour à faire, qu'il soit multiplié par 1.1. ou 1.5 dépassera de toutes façons le nombre maximal de jours effectués par un civiliste ne faisant pas d'armée du tout.

31. Sachant que l'obligation de grader est imposée, même avec un facteur 1.1, la personne qui demande le service civil alors qu'elle a déjà revêtu son grade est discriminée par rapport à un civiliste qui demande le service avant de recevoir le moindre grade. Augmenté cette durée plus encore, alors que la personne gradée sert déjà plus que toute autre personne sans garde, apparaît là aussi comme punitive.

### Résumé

- En conjonction avec la discrimination décrite ci-après, violation du droit international sur la durée du service de remplacement.
- Discrimination entre les officiers et sous-officiers supérieurs d'une part et les soldats d'autre part en raison d'abord de l'obligation de grader d'abord, pour laquelle les premiers ne peuvent rien, puis du fait qu'en raison de cette obligation, ils ont déjà effectué, contre leur gré, une durée de service aussi importante que les soldats, durée sur laquelle vient ensuite s'ajouter une très longue durée de service civil supplémentaire. Dit autrement, le soldat qui demande le service civil évite non-seulement de grader, mais tous les jours de service civil supplémentaires en cas de conflit de conscience alors que l'officier, qui est en droit de développer un conflit de conscience à tout moment, en est d'autant plus pénalisé.

<sup>11</sup> [Art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement.](#)

<sup>12</sup> [LSC 17 et 17a.](#)

<sup>13</sup> [OMI 47](#)



- Mesure qui ne touche qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 4 :**

32. Interdiction faite aux médecins de faire du service civil en tant que médecins.

33. Là encore, la mesure ne concerne que très peu de personnes. Les médecins ont en moyenne au moins 26-27 ans à la fin de leur formation et ce moment-là, la plupart des périodes longues sont faites. Mais quand bien même, faut-il priver les hôpitaux de ces médecins-là ?

34. Par ailleurs, la mesure est à nouveau discriminatoire ; pourquoi les médecins et pas les géologues, les travailleurs sociaux ou les enseignants ? Là ce ne serait plus seulement certains civilistes, mais tout le service d'intérêt public qui tendrait à être victime d'une vision trop étroite des possibilités de service civil.

35. Enfin, il existe certes une disposition qui interdit certaines affectations en fonction de la personne du civiliste, en particulier si elle favorise sa formation<sup>14</sup>. Et c'est probablement, dans ce contexte que la proposition s'inspirerait. Mais à nouveau, certains militaires exercent des fonctions militaires en lien avec leur profession – et pas seulement des médecins ! – en quoi des civilistes n'auraient-ils pas le droit d'en faire autant ?

#### Résumé

- Mesure hautement discriminatoire (par professions).
- Mesure ne touchant (en l'état, que les médecins) qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 5 :**

36. Pas d'admission au service civil pour les personnes pour lesquelles il ne reste plus de jours de service, mais pour lesquelles il reste des tirs obligatoires.

37. La question est controversée depuis longtemps. Seul sont concernés les militaires en service long, qui restent incorporés ensuite pendant 4 ans<sup>15</sup>. Il conviendrait de savoir combien il y a eu de cas.

38. Pour rappel, les militaires ont la possibilité de déposer l'arme, sans motifs, s'ils ne souhaitent pas la conserver, mais cela ne les dispense pas des tirs<sup>16</sup>.

39. D'abord, il convient de rappeler que l'exécution de tirs obligatoires, dans le cadre d'un service militaire, même terminé, peuvent donner lieu à conflit de conscience, qui plus est si celui-ci peut avoir à se manifester durant une période de 4 ans.

40. En ce sens, la mesure ignore et passe complètement à côté, nie un problème qu'il y aurait pourtant lieu de résoudre.

41. A mon sens, une procédure plus simple qu'une admission au service civil devrait permettre, par exemple mais en tous les cas pour motifs de conscience légitimes, de remettre l'arme définitivement et d'être ainsi dispensé des tirs obligatoires.

#### Résumé

- Violation du droit à l'objection de conscience
- Mesure administrative inadéquate
- Mesure ne touchant qu'un nombre limité de personne

#### **Mesure 6 :**

42. Les civilistes sont tenus de faire une période de service civil par année dès l'admission.

---

<sup>14</sup> [LSC 4a](#)

<sup>15</sup> [LAAM 54a](#)

<sup>16</sup> Ordonnance concernant l'équipement personnel des militaires (OEPM), [art. 6a](#).



43. La mesure existe déjà, [art. 39a](#) de l'ordonnance sur le service civil : « La personne astreinte au service civil *effectue chaque année* des affectations de service civil d'une durée de 26 jours au moins à partir de la deuxième année civile au plus tard ».

44. Les reports étant relativement fréquents, on peut se demander si c'est ceux-ci qu'il s'agit de limiter, mais le texte de la mesure est pour le surplus inutile.

#### Résumé

- Proposition de mesure incompétente, mesure déjà prévue par la loi.

#### Mesure 7 :

45. Obligation pour les personnes en service long, d'effectuer la période longue de service civile dans l'année qui suit (et non pas dans les trois ans qui suivent) l'admission au service civil.

46. Imposer un service civil long est une vieille mesure de 2011, que le Tribunal administratif fédéral avait annulée en raison de [l'article 20 de la LSC](#) qui stipule que le SC peut être fait en une ou plusieurs périodes<sup>17</sup>.

47. Depuis toujours, nous recommandons aux militaires en service long de passer d'abord au service normal, avant de demander le service civil, entre autres afin d'éviter le surplus de jours, actuellement 55 jours de service militaire ou 82 jours de service civil en plus<sup>18</sup>. Notre recommandation ne changera pas.

48. De plus, la mesure ne prévoit cette obligation que si l'école de recrue n'est pas terminée, or l'école de recrue est considérée comme terminée si 80% de ses jours ont été accomplis<sup>19</sup>; soit pour une école usuelle de 124 jours, dès le 100<sup>ème</sup> jour d'école de recrue. Mais dans la pratique, la demande de service civil peut être faite quelques jours plutôt, puisque celle-ci prend quelques jours, voir semaines à condition pour cela que l'admission à la fin du processus de demande intervienne après le 100<sup>ème</sup> jour de service.

49. Que ce soit en passant au service normal et en attendant les 80% de son service militaire (dans des conditions « suffisantes ») – si encore au service long avec les jours en sus – il est très facile d'éviter cette mesure et peu nombreux sont ceux qui se retrouveront à devoir faire une période longue ou leur période longue de service civile dans l'année qui suit. Au demeurant si un plan de carrière avait prévu une mise en suspend de celui-ci pour le service militaire long, avec une libération en fin d'école de recrue et une affectation longue trouvée rapidement, celle-ci peut être faite dans le temps préalablement dévolu au service militaire long.

50. La mesure est aussi discriminatoire puisqu'elle traite plus durement les militaires en service long que les militaires en service normal d'une part, et alors plus durement que les civilistes n'ayant pas débuté l'école de recrue d'autre part.

#### Résumé

- Mesure facile à contourner, voire à accommoder.
- Mesure ne concernant alors plus qu'un nombre limité de personne.
- Mesure discriminatoire.

#### Considérations finales

51. Les mesures 1 et 3 violent le droit international sur la durée du service civil.

52. La mesure 2 viole la constitution sur la notion de service de remplacement et la mesure 5 viole la constitution sur le droit à un service de remplacement.

53. Les mesures 1, 3, 4 et 7 sont clairement discriminatoires et violent à un titre ou un autre l'égalité de traitement.

54. Les mesures 3, 4, 5 et 7 ne touchent que – mais gravement – un nombre limité de personnes. À ce titre, le but premier de ces mesures n'est probablement pas ou que partiellement de toucher ces personnes-là, voire de les maintenir dans l'armée mais de donner l'impression qu'il est difficile ou déconseillé, qu'il est

<sup>17</sup> <http://www.infodroit.ch/spip.php?article91>

<sup>18</sup> [OMI 111](#)

<sup>19</sup> [OMI 57](#) ou [37 ordonnance sur le service civil \(OSI\)](#) (même teneur).



même dissuadé de sortir de l'armée. Un tel but viole le droit au service civil et un service civil non-discriminatoire et non-punitif.

55. Il convient d'ajouter à ce propos que les instances et jurisprudences internationales ont reconnus sans hésiter le droit à l'objection de conscience pour les appelés, comme pour les volontaires et les professionnels. Autrement dit et pour ce qui nous occupe ici, le droit à l'objection de conscience et au service de remplacement est et reste le même, ne saurait donc subir d'aggravation dans l'exercice du droit, soit l'accès au service civil, comme dans sa réalisation, soit l'accomplissement du service civil, que la personne concernée aie commencé ou non à servir dans l'armée<sup>20</sup>.

56. Les mesures 2, 3 et 4 supposent des difficultés de mise en œuvre particulièrement importantes. La mesure 5 pourrait faire l'objet d'une simplification administrative.

57. La mesure 6 est inutile, une aberration puisqu'elle préconise quelque chose qui existe déjà.

58. L'analyse de l'ensemble de ces mesures donne l'impression forte que l'armée est très embarrassée, mal à l'aise en raison des demandes service civil issues des ses rangs.

59. Ainsi quand bien même l'ensemble de ces mesures, si elles venaient à être mise en œuvre, aurait pourrait effet d'inciter les conscrits à demander le service civil bien plus tôt, ce qui n'est pas utile à l'armée non plus, il conviendrait de combattre ces mesures pour les effets et les complications graves qu'elles imposent, en toutes sortes de circonstances, aux militaires.

60. Il convient aussi de constater que les mesures proposées font preuve d'une méconnaissance, tant du droit international que du droit constitutionnel suisse qui confine à l'impréparation, voire au mépris, tant des civilistes que des militaires.

61. Enfin, dans le cadre des réactions à ces propositions de mesures, il conviendra de rappeler certaines ou l'ensemble de nos revendications de base, à savoir une présence civile lors du recrutement afin de faciliter son impartialité, un durée raisonnable et une compensation financière garantissant au moins l'accès au minimum vital<sup>21</sup>.

Christophe Barbey,  
Juriste, permanent depuis 2006

---

<sup>20</sup> Voir les résolutions du Conseil des Droits de l'Homme, par exemple la résolution du 8 octobre 2013, art. 12 [A/RES/HRC/24/17](#) ou Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 4.

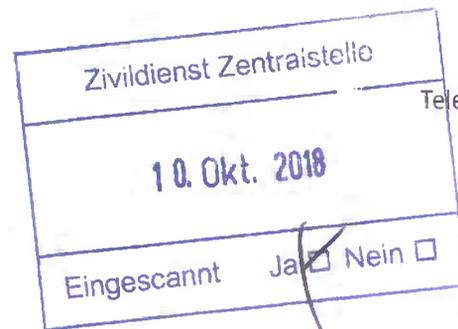
<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

<sup>21</sup> Avec une APG de 62.- par jour durant l'ER ou son équivalent au service civil, ou en cas d'absence de salaire préalable au service ou de droit à son équivalent, avec 1'800.- par mois ~, le minimum vital n'est pas atteint. Le dernier rapport du haut commissaire aux droits de l'homme mentionne une trop faible rémunération comme étant de nature punitive. [A/HRC/35/4](#), § 21.



## Blinden-Fürsorge-Verein Innerschweiz BFVI

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun



Wohn- und Pflegeheim  
Werkstätten  
Trägerorganisation fsz

Kantonsstrasse 2  
Postfach 77  
CH-6048 Horw  
Telefon 041 349 89 89  
info@bfvi.ch  
www.bfvi.ch

Horw, 04.10.2018 / DA

### Stellungnahme zur Änderung des Zivildienstgesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

#### Einleitung und grundsätzliche Beurteilung

Wir sind zusammen mit dem CIVIVA (Schweizerischer Zivildienstverband) überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

#### Kein Handlungsbedarf

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

## **Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen**

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoß gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

## **Unklare Auswirkungen**

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Wir teilen die Meinung der CIVIVA, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Der Blinden-Fürsorge-Verein Innerschweiz BFVI lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

### **Eigene Vorschläge (in Anlehnung an die Vorschläge der CIVIVA)**

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend wichtig ist es, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens der Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Dies kann mit den folgenden Massnahmen, welche die CIVIVA vorschlägt, umgesetzt werden:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.
- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

### **Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Dienstoffagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstoffagen führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstoffagen zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweisen wir auf das beiliegende Rechtsgutachten, welches CIVIVA uns zugestellt hat.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.“*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für CIVIVA und uns ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Dienstoffagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

## **Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Diensttage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

## **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

Wir nehmen an, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Diensttage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Diensttage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

## **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen, welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

## **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht von CIVIVA besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind. Wir teilen diese Haltung.

Wir teilen die Meinung der CIVIVA, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennen hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. CIVIVA sieht absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildienstage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Dienstage erfüllen (2017: 96.7% aller Dienstage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Dienstage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Dienstage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.

### **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

### **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

Wir bedauern, dass der Bundesrat nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

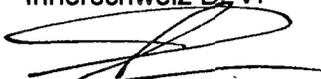
*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten.

Freundliche Grüsse

Blinden-Fürsorge-Verein  
Innerschweiz BEVI



Doris Amrhein  
Direktion



Andrea Garcia  
Bereichsleitung Administration

**Beilage**

Rechtsguthaben in französischer Sprache vom 16.6.2018



infoDroit.ch  
gestion de situation

Permanence romande pour civilistes et militaires  
Permanence@infodroit.ch ou  
Le mardi de 12 à 14 heures au 026 925 80 66.  
Pour les urgences, 079 524 35 74, veuillez laisser un  
message.

Flendruz, 16 juin 2018

**Avis de droit**  
*A qui de droit*

**7 mesures du Conseil fédéral destinées à la consultation.  
Modifications de la loi sur le service civil.  
2018**

**En préalable**

1. Le droit à l'objection de conscience est un droit fondamental internationalement reconnu.
2. Il est reconnu par les jurisprudences du Comité des droits de l'homme et de la Cour Européenne des droits de l'homme, il est présent dans la constitution suisse<sup>1</sup>.
3. Ce droit s'appuie essentiellement tant sur le refus impératif de tuer que sur le refus de résoudre les conflits par la violence.
4. Le conflit entre l'obligation constitutionnelle de servir dans l'armée d'une part et la conscience d'autre part (appelé conflit de conscience) peut se manifester sous diverses formes et à divers moments, de façons plus ou moins virulentes ou soudaines, y compris parfois par des somatisations ou des actes de rébellions. La problématique a été largement résolue par deux mesures:
5. 1) Il a été renoncé au « contrôle de conscience » en adoptant le système dit de la preuve par l'acte, soit l'acceptation, par la personne qui demande le service civil d'une durée plus longue pour ce service que celle requise pour le service militaire.

Cette mesure a pour avantage (en plus d'une forte diminution de la charge administrative) d'éviter d'une part l'aggravation et la stigmatisation du conflit de conscience par son besoin de le confronter à la procédure et de libérer d'autre part la personne concernée d'une appréhension et d'une expression intellectuelle et verbalisée de ce conflit, inévitablement discriminatoire selon le niveau d'éducation, et sujette d'autre part à des biais divers, puisque le résultat de l'examen dépendait largement du degré de préparation à celui-ci plutôt que de la nature même, des sources et des raisons du conflit de conscience.

6. Il convient toutefois de noter que ce système de quotité a dès le début présenté un défaut important, au demeurant partiellement caché des civilistes eux-mêmes, dans la mesure où la durée de service civil requise par la loi (1 fois et demie – 1,5 – celle du service militaire encore à faire au moment de la demande) est dans la pratique comparativement différente de la durée du service militaire réellement effectuée par les militaires libérés lorsqu'ils atteignent la limite d'âge. En effet, ceux-ci se voient alors remettre le soldé des jours de service non-effectués, alors que les civilistes se voient pénalement condamnés s'ils n'effectuent pas l'entier de leurs jours avant la même limite d'âge (limite par ailleurs par elle-même plus exigeante, puisqu'ils ont plus de jours à effectuer dans le même laps de temps). L'armée a de plus tardé à donner les chiffres permettant de mesurer cette différence des durées respectives des

<sup>1</sup> Constitution fédérale (Cst.) Article 10 sur la droit à la vie, art. 15 sur la liberté de conscience, art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement.

Permanence romande pour les civilistes et les militaires.  
C/°Infodroit.ch. Route des Siernes Picaz 46. 1659 Flendruz.

Membre de la Chambre genevoise de l'économie sociale et solidaire, [www.apres.ge](http://www.apres.ge)

Banque Alternative Suisse, ccp 46-110-7, BIC (SWIFT) ABSOCH22, IBAN CH35 0839 0033 2553 1000 2



services. Pourtant des estimations raisonnables permettaient d'évaluer le nombre de jours de service civil effectués pour les civilistes demandant le service civil pour l'entier de leur périodes de service militaires comme étant environ du double du nombre de jour effectué en moyenne par les soldats terminant leur obligation à la limite d'âge<sup>2</sup>. Actuellement, ce taux semble s'être amélioré un peu, mais la durée comparée du service civil resterait de 1.8 plus élevée que la durée des services militaires, et non pas les 1.5 que stipule la loi. Il conviendra de vérifier les effets de la nouvelle loi sur l'armée sur cette problématique, la limite d'âge n'étant plus un âge fixe (p. ex. 34 ans), mais devenant un nombre de dix années pour faire les services requis après l'école de recrue<sup>3</sup>.

7. De plus la discrimination pénale demeure, puisque contrairement au service civil, aucune mesure permettant d'assurer le rythme et le progrès de la réalisation des périodes de service militaire, mesure accompagnées dans la loi sur le service civil de mesures pénales en cas de retards, n'ont été introduites dans la nouvelle législation sur la l'armée. Ainsi, le civiliste doit accomplir certaines périodes (la première suivant l'admission et la période longue) selon des délais fixes et il ne doit pas lui rester plus d'une certaine proportion de jours à faire avant d'atteindre la limite d'âge. Passé ces délais ou si la proportion de jours restant à faire est trop forte, le civiliste est convoqué d'office pour le surplus ou la période concernée, puis il encoure une peine s'il n'effectue pas la période requise. Il n'existe, pas de système similaire ou aussi contraignant dans l'armée. Pour avoir une vision complète de cette discrimination, pénalement grave, il conviendrait encore de comparer le nombre des dispenses pour justes motifs, lesquelles au demeurant ne font que repousser le problème, dispenses accordées tant pour les civilistes que pour les militaires. Nonobstant, vu la nature différente des système de suivi et de répression des deux sortes d'obligations, puisqu'il y a des condamnations pour retard dus au système de suivi contre les civilistes et qu'il n'y en a pas pour les militaires, la discrimination pénale demeure, tout comme demeurera a priori la discrimination sur les durées.

8. 2) Il importe de souligner que le service civil peut et doit pouvoir être demandé en tout temps, c'est d'ailleurs dans la loi<sup>4</sup>.

9. Cela concerne bien sûr la possibilité de demander le service civil depuis une période de service militaire, mais porte surtout sur la nature du conflit de conscience et relève en partie aussi du droit humanitaire.

10. Ainsi, le conflit de conscience peut se développer par une réflexion autonome, mais il peut aussi surgir, progressivement ou soudainement, face à une circonstance rencontrée dans le cadre du service militaire, par exemple lors de la première prise d'arme (il y a hélas des condamnations pour refus d'ordre de personnes qui font à ce moment-là un blocage psychologique) ou en étant mis en confrontation à une arme particulièrement destructive.

11. Il convient aussi, et c'est d'une grande importance, de citer le cas de l'objection de conscience à un ordre criminel, y compris ou surtout si celui-ci viole le droit humanitaire ; objection qui doit en effet pouvoir être exprimée en tout temps et en particulier de façon immédiate au moment de la réception de l'ordre contesté, cette objection devant alors, selon les circonstances, rejeter non-seulement l'ordre contesté lui-même mais aussi l'ensemble du système qui produit ou maintient cet ordre injuste, à tout le moins si l'ordre est maintenu, car alors seul le refus personnel et complet du système permettant, à défaut de pouvoir l'empêcher, la réalisation de ce ordre illégal et des ses conséquences, de préserver la conscience, et donc l'innocence de la personne confrontée à une telle situation. L'objection de conscience à une circonstance particulière devenant alors une objection au sens usuel du terme, une objection d'ensemble au service militaire<sup>5</sup>.

<sup>2</sup> Détail du calcul : <http://www.infodroit.ch/spip.php?article44>

<sup>3</sup> Ordonnance sur les obligations militaires (OMI), 1.1.2018, art. 19.

<sup>4</sup> Loi sur le service civil, art. 16.

<sup>5</sup> Voir par exemple, Jacques Verhaegen : « Le refus d'obéissance aux ordres manifestement criminels », revue du CICR, vol. 84, n° 845, mars 2002.



### Analyse des mesures proposées

**Mesure 1:** 150 jours de service civil pour toutes personnes n'ayant pas terminés ses « services d'instruction » et ayant moins de 100 jours de service militaire restant.

#### Appréciation générale

12. Par « services d'instruction », il est entendu toutes les périodes de services militaires, à savoir écoles de recrues, écoles de cadres et cours de répétition<sup>6</sup>.

13. La proposition équivaldrait à « condamner », imposer à tout militaire ayant entre 1 et 100 jours de service militaire encore à faire à effectuer 150 jours de service civil.

14. La mesure incite à terminer ses obligations militaires au lieu de demander le service civil.

15. Partant du constat, hautement probable<sup>7</sup>, selon lequel les pertes en effectifs augmentent en fonction de l'âge par lassitude, perte d'intérêt ou en raison de l'augmentation des obligations professionnelles et familiales. Il conviendrait toutefois de disposer des chiffres du nombre des personnes qui quittent l'arme dans ces tranches d'âge soit pour le service civil, soit pour raisons médicales. En effet, si le problème est une question d'emploi du temps, la demande de service civil est d'autant plus contre-productive.

16. A cet aune, la mesure aura pour effet principal d'augmenter le nombre de demandes médicales et assez peu de diminuer le nombre de service civil. Quand à sa capacité à renforcer la motivation pour l'armée, elle est ici hors contexte – ce n'est pas notre problème ou celui du service civil – et elle n'est que très indirecte, la diminution de l'attrait du service civil n'augmentant pas pour autant l'attrait pour l'armée.

#### Calculs concernant la mesure proposée

17. Dans la pratique, divers types de calculs sont possibles pour déterminer les effets et les proportions de la proposition. Mes connaissances mathématiques sont limitées, donc d'autres calculs sont peut-être possibles ou éventuellement meilleurs, mais ceux-ci révèlent plusieurs des effets pervers de la proposition:

a. Le facteur multipliant le nombre de jours à faire est, avec la proposition exponentiel : La personne qui aurait 1 seul jour d'armée encore à faire se retrouverait à en faire 150 jours, soit 150 fois plus que le nombre de jour d'armée requis.

Dans le détail, un militaire à qui il resterait :

1 cours de répétition (CR), soit 19 jours (150/19), verrait le multiplicateur passer de 1.5 à 7.89

2 cours de répétition, le facteur (150/38) est encore du quadruple (3.94)

3 cours de répétition, le facteur descend à 2.63

4 cours de répétition, le facteur est de 2 (1.97)

5 cours de répétition le facteur est encore de 1.57, soit plus haut que la loi actuelle ou que le facteur attribué aux civilistes ayant encore plus de jours.

Ce n'est donc qu'avec 6 cours de répétition encore à faire, soit avec le nombre total des cours de répétition à faire par les soldats, et donc durant le premier cours de répétition que l'ajout systématique de 150 jours, rejoint le facteur général de 1.5.

*Dit autrement, à quelques jours près, quiconque demanderait le service civil après l'école de recrue devrait faire 150 jours de service civil au moins, quelque soit le nombre de jour d'armée restant à faire. Pourquoi ne pas le dire ?*

b. Le calcul peut aussi être fait en tenant compte des jours de service militaires et civils faits au total. Exemple pour un soldat :

Ecole de recrue de 124 jours, solde 121 jours de service en CR. Total 245<sup>8</sup>. Service civil complet, 245 X 1.5 = 367 jours de service civil.

Jours de service mil faits : 244 (au lieu de 245)+150=394 (proposition). Système actuel : 244 + 2 (1 x 1.5) = 246 (actuel). Différence : 148 jours à faire en plus qu'avec le système actuel et ... 27 de plus qu'en ayant demandé le service civil dès le recrutement.

<sup>6</sup> Loi sur l'armée et l'administration militaire (LAAM), art. 41.

<sup>7</sup> La permanence que nous représentons confirme, à sa modeste mesure, cette tendance. Les hommes de plus de 25 ans sont relativement nombreux à vouloir mettre un terme à leurs obligations militaires et leur nombre augmente avec l'âge

<sup>8</sup> OMI, art. 47.



Jours de service faits :  $238 (6 \text{ CR faits}) + 150 = 388$  jours à faire ou (système actuel)  $238 + 9 (6 \times 1.5) = 247$ . Différence : 141 jours de service civil en plus qu'avec le système actuel, mais aussi 21 jours de service (mil et civ) en plus de ce que ce même soldat aurait eu à faire s'il avait demandé le service civil dès la fin du recrutement.

En cela, le service est *punitif parce qu'il impose des jours en plus ... pour avoir accepté de faire presque tout son service militaire !!!*

Jours de service faits :  $219 (5 \text{ CR}) + 150 = 369$  ou (actuel :)  $219 + 39 (26 \times 1.5) = 258$ . Différence : 111 jours de plus que le système actuel, mais encore 2 jours de plus qu'avec un service civil demandé dès l'origine.

Jours de service faits  $200 (4 \text{ CR}) + 150 = 350$  ou actuel  $200 + 68 (45 \times 1.5) = 268$ . Différence : 82 en plus que le système actuel.

À partir d'ici le nombre total de jours faits devient inférieur à un service civil demandé d'emblée et donc les jours de service militaire faits diminuent le nombre total de jours à faire.

Jours de service faits  $181 (3 \text{ CR}) + 150 = 331$  ou  $181 + 96 (64 \times 1.5) = 277$ . Différence, 54 jours de service civil en plus, mais 90 de moins qu'avec un service civil complet.

Jours de service faits  $162 (2 \text{ CR}) + 150 = 312$  ou

Jours de service faits  $143 (1 \text{ CR}) + 150 = 293$  ou  $143 + 156 (101 \times 1.5) = 299$  Différence  $\pm 0$ .

#### Effets pour la pratique

c. Les effets du nouveau système sur les intérêts des candidats civilistes, en termes de jours à faire seraient les suivants :

- 1) Le facteur de 1.5 s'applique durant l'école de recrue, voir durant le 1<sup>er</sup> CR. Inchangé.
- 2) Tout jour d'armée fait durant cette période diminue effectivement le nombre total (armée et sc) de jours à faire, par rapport à un service civil complet. Inchangé.
- 3) Dès le 2<sup>ème</sup> CR et jusqu'au 4<sup>ème</sup> CR, le nouveau système augmente progressivement, par rapport à l'ancien, effet étrange, le nombre de jours total à faire, même si l'on fait ces CR, soit d'avoir à faire encore plus de service en tout parce que l'on fait de l'armée (absurde !), puis d'avoir à faire du service civil en plus, même si le nombre de jours total de service civil et militaire reste inférieur à ce que devrait faire un civiliste de la première heure mis au facteur 1.5).

Exemple : Faire un 2<sup>ème</sup> CR de 19 jours et demander le sc, ajoute en plus de ces 19 jours 17 jours de service en tout (civil et militaire) par rapport au système actuel, dans lequel le civiliste en faisant ce CR épargnerait 9 jours de service civil ( $19 - \times 1.5$ ). (Nouveau :  $162 \text{ SM} + 150 \text{ SC} = 312$  Ancien  $162 + 125$  (solde de  $83 \times 1.5$ ) = 287, nouveau = J plus 25. S'il ne fait pas ce CR (ancien  $\text{SM } 143 + \text{SC } 152 (101 \times 1.5) = 295$  soit quelques jours en plus de SC pour ne pas avoir fait ce cours (295 au lieu 287), mais toujours au total 17 jours de moins qu'en faisant ce CR dans le système proposé, lequel augmente donc le nombre de jours à faire sans donner de diminution pour ceux faits.

Idem pour les 3<sup>ème</sup> et 4<sup>ème</sup> CR. Je renonce aux calculs ici, mais le nombre de jours d'armée faits sans diminuer le nombre de jours de service totaux augmentera d'autant, par rapport à quelqu'un qui demande le SC après l'ER ou le 1<sup>er</sup> CR.

- 4) Dès le 5<sup>ème</sup> CR, le nombre total (SC et SM) de jours à faire devient plus grand que quelqu'un qui demande le service civil dès le 1<sup>er</sup> jour.

d. En résumé, il ne sera intéressant, en terme de jours à faire (ou rentable) de demander le service qu'entre le recrutement et la fin du 1<sup>er</sup> cours de répétition. À l'inverse, toute demande faite ultérieurement augmentera, de plus en plus gravement, la charge totale du nombre de jours à faire, laquelle dépassera, si le SC est demandé durant ou après le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, le nombre de jours à faire pour quelqu'un qui demande le service civil avant l'ER.

18. Tactiquement, pour le soutien aux objecteurs, l'intérêt à demander le service civil entre le recrutement et la fin de l'école de recrue reste similaire. Par contre, plus le militaire avance dans sa carrière militaire, plus la charge de jours augmente, plus il devient difficile de demander le service civil (et plus sera grande le besoin de demander la voie bleue).

19. Cela n'aura pas pour effet de diminuer fortement le nombre de demandes de service civil, puisque les demandes seront soit pour une part reportées plus tôt dans la carrière militaire, soit transformées en demande médicales et que rares seront les personnes qui en fin de carrière militaire décideront de finir leur service plutôt que de sortir de l'armée, d'une façon ou d'une autre.

Permanence romande pour les civilistes et les militaires.

C/°Infodroit.ch. Route des Siernes Picaz 46. 1659 Flendruz.

Membre de la Chambre genevoise de l'économie sociale et solidaire, [www.apres.ge](http://www.apres.ge)

Banque Alternative Suisse, ccp 46-110-7, BIC (SWIFT) ABSOCH22, IBAN CH35 0839 0033 2553 1000 2



### La durée du service civil en droit

20. En droit Suisse, le facteur légal de 1.5 est le même depuis l'origine. Avec toutefois la réserve présentée ci-dessus au point 6 concernant la durée effective (et non légale) située aux environ de 1.8.

21. Le droit international, le Comité des droits de l'homme et la Cour européenne des droits de l'homme, tiennent de jurisprudence constante le fait que le service civil doit être de nature civile et non-punitif.

22. Une durée supérieure au double du service militaire à remplacer est considérée comme excessive<sup>9</sup>. Ainsi, l'attribution à toute personne ayant moins de 75 jours de service militaire à faire de 150 jours de service civil serait contraire au droit international.

23. Mais c'est dans son ensemble, ou à tout le moins dès le 2<sup>ème</sup> cours de répétition, que la mesure est discriminatoire. D'abord parce que plus, ils servent dans l'armée, plus elle pénalise les militaires qui demandent le service civil. Ensuite, parce qu'elle traite différemment des personnes dans des situations similaires, à savoir des personnes présentant une demande de service civil, demande qui est de même nature quel que soit le moment où elle est faite et pour laquelle le nombre de jours de service militaire accomplis n'a aucune incidence, sauf peut-être à renforcer le besoin de présenter une objection de conscience, ce qui reste sans influence aucune sur le droit fondamental à demander le service civil.

24. La loi sur le service civil pose comme principe que la charge du service civil devrait équivalente à celle de l'armée<sup>10</sup>. Toutefois la mesure proposée, en tous les cas dès le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, puisque la charge en jours à faire est alourdie au-delà de ce que le militaire aurait à faire en demandant le service civil avant l'école de recrue. Ainsi, non-seulement, la personne concernée effectue la plus large part de son service militaire (les 3/4), mais elle y voit ajouté une part importante de service civil (150/367) soit presque la moitié du service civil en plus, pour un total qui dépasse ce qu'elle aurait eu à faire tant à l'armée qu'avec un service civil entier. A ce titre, la mesure est non seulement dissuasive, mais discriminatoire dans la mesure où elle pénalise ceux qui ont déjà fait beaucoup d'armée (ne devraient-ils pas au contraire être pour cela remerciés ?).

25. Par ailleurs, le droit à l'objection de conscience étant un droit fondamental, toute forme de dissuasion, en entravant son libre exercice, est déjà une violation du droit.

26. Et il est finalement, à mon sens, difficile la nature punitive de la mesure, puisque ce sont ceux-là même, qui ont le plus servi dans l'armée, qui se voient le plus pénalisés.

### Résumé :

- Violation du droit international sur la durée du service civil.
- Discrimination entre les civilistes « d'origine » et ceux qui demandent le service civil au cours de leur carrière militaire (l'objection reste la même, pour les mêmes motifs et contre le même service militaire, seule change la situation militaire).
- Mesure probablement punitive.
- Mesure simple en apparence, mais particulièrement compliquée à comprendre et à calculer, entre autres pour les personnes concernées.

<sup>9</sup> ONU, Comité des droits de l'homme: Foin v France (Communication No. 666/1995), CCPR/C/D/666/1995, 9 November 1999, para. 10.3, entre autres jurisprudences. Voir aussi: Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quno 2015, p. 8.

<http://www.quno.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

Il existe aussi une traduction allemande de document, p. 21 : [http://www.quno.org/sites/default/files/resources/Connection-eV\\_2014-3\\_KDVundAsyl.pdf](http://www.quno.org/sites/default/files/resources/Connection-eV_2014-3_KDVundAsyl.pdf)

Voir aussi le rapport quadriennal du Haut Commissaire aux Droits de l'Homme sur l'objection de conscience, 1.5.2017, § 22.

<http://www.undocs.org/fr/A/HRC/35/4>

<sup>10</sup> LSC 5



### **Mesure 2 :**

Délai d'attente de 12 mois entre le dépôt de la demande et l'admission, avec obligation de faire les périodes de service militaires prévues.

27. La mesure est contraire à la constitution. Celle-ci prévoit, textuellement : « un service de remplacement »<sup>11</sup>. Or un *remplacement du service* n'est en aucun cas un service de remplacement *différé* avec maintien du service à remplacer, en attente du service de remplacement.

Des délais pour la mise en œuvre, par la personne concernée comme par l'administration, du service de remplacement sont acceptable, voir le maintien des obligations en attente de la décision d'admission<sup>12</sup>, mais en aucun le droit à l'objection de conscience ne saurait-il être suspendu.

28. De plus, la proposition est largement impraticable et passablement conflictogène. Les civilistes concernés ne se gêneront pas pour demander des reports, se faire porter malade ou pour ne pas se présenter et leur motifs de conscience finissant toujours par être reconnus, ils ne seront, s'ils sont que partiellement et inégalement sanctionnés pour ces déflections. Sans parler de la charge administrative supplémentaire pour les administrations cantonales.

### **Résumé**

- Mesure contraire à la constitution.
- Discrimination entre les civilistes qui font une demande avant l'école de recrue, lesquels ne sont pas condamnés à des périodes militaires et ceux qui la font après l'ER, qui doivent en faire ou, vaille que vaille, les faire annuler.
- Mesure de nature à créer de nombreuses difficultés administratives tant pour les conscrits et les civilistes que pour l'administration.

### **Mesure 3 :**

29. Suppression du facteur 1.1 et passage au facteur 1.5 pour les officiers et les sous-officiers supérieurs.

30. Les personnes concernées sont relativement peu nombreuses. Elles ont néanmoins les mêmes droits. Mais surtout toutes ces personnes, qui ont été obligées de revêtir ces fonctions d'encadrement, ont déjà servi, au moment de la demande d'admission au service civil plus de jours d'armée que ne servent les civilistes qui n'en a fait aucun. Le moins gradé de ceux-ci servira un total 440 jours de services au lieu de 245<sup>13</sup>. Pour obtenir son grade, il en aura déjà fait presque autant qu'un soldat normal. Et le solde de jour à faire, qu'il soit multiplié par 1.1. ou 1.5 dépassera de toutes façons le nombre maximal de jours effectués par un civiliste ne faisant pas d'armée du tout.

31. Sachant que l'obligation de grader est imposée, même avec un facteur 1.1, la personne qui demande le service civil alors qu'elle a déjà revêtu son grade est discriminée par rapport à un civiliste qui demande le service avant de recevoir le moindre grade. Augmenté cette durée plus encore, alors que la personne gradée sert déjà plus que toute autre personne sans garde, apparaît là aussi comme punitive.

### **Résumé**

- En conjonction avec la discrimination décrite ci-après, violation du droit international sur la durée du service de remplacement.
- Discrimination entre les officiers et sous-officiers supérieurs d'une part et les soldats d'autre part en raison d'abord de l'obligation de grader d'abord, pour laquelle les premiers ne peuvent rien, puis du fait qu'en raison de cette obligation, ils ont déjà effectué, contre leur gré, une durée de service aussi importante que les soldats, durée sur laquelle vient ensuite s'ajouter une très longue durée de service civil supplémentaire. Dit autrement, le soldat qui demande le service civil évite non-seulement de grader, mais tous les jours de service civil supplémentaires en cas de conflit de conscience alors que l'officier, qui est en droit de développer un conflit de conscience à tout moment, en est d'autant plus pénalisé.

<sup>11</sup> Art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement.

<sup>12</sup> LSC 17 et 17a.

<sup>13</sup> OMI 47



- Mesure qui ne touche qu'un nombre limité de personnes.

#### Mesure 4 :

32. Interdiction faite aux médecins de faire du service civil en tant que médecins.
33. Là encore, la mesure ne concerne que très peu de personnes. Les médecins ont en moyenne au moins 26-27 ans à la fin de leur formation et ce moment-là, la plupart des périodes longues sont faites. Mais quand bien même, faut-il priver les hôpitaux de ces médecins-là ?
34. Par ailleurs, la mesure est à nouveau discriminatoire ; pourquoi les médecins et pas les géologues, les travailleurs sociaux ou les enseignants ? Là ce ne serait plus seulement certains civilistes, mais tout le service d'intérêt public qui tendrait à être victime d'une vision trop étroite des possibilités de service civil.
35. Enfin, il existe certes une disposition qui interdit certaines affectations en fonction de la personne du civiliste, en particulier si elle favorise sa formation<sup>14</sup>. Et c'est probablement, dans ce contexte que la proposition s'inspirerait. Mais à nouveau, certains militaires exercent des fonctions militaires en lien avec leur profession – et pas seulement des médecins ! – en quoi des civilistes n'auraient-ils pas le droit d'en faire autant ?

#### Résumé

- Mesure hautement discriminatoire (par professions).
- Mesure ne touchant (en l'état, que les médecins) qu'un nombre limité de personnes.

#### Mesure 5 :

36. Pas d'admission au service civil pour les personnes pour lesquelles il ne reste plus de jours de service, mais pour lesquelles il reste des tirs obligatoires.
37. La question est controversée depuis longtemps. Seul sont concernés les militaires en service long, qui restent incorporés ensuite pendant 4 ans<sup>15</sup>. Il conviendrait de savoir combien il y a eu de cas.
38. Pour rappel, les militaires ont la possibilité de déposer l'arme, sans motifs, s'ils ne souhaitent pas la conserver, mais cela ne les dispense pas des tirs<sup>16</sup>.
39. D'abord, il convient de rappeler que l'exécution de tirs obligatoires, dans le cadre d'un service militaire, même terminé, peuvent donner lieu à conflit de conscience, qui plus est si celui-ci peut avoir à se manifester durant une période de 4 ans.
40. En ce sens, la mesure ignore et passe complètement à côté, nie un problème qu'il y aurait pourtant lieu de résoudre.
41. A mon sens, une procédure plus simple qu'une admission au service civil devrait permettre, par exemple mais en tous les cas pour motifs de conscience légitimes, de remettre l'arme définitivement et d'être ainsi dispensé des tirs obligatoires.

#### Résumé

- Violation du droit à l'objection de conscience
- Mesure administrative inadéquate
- Mesure ne touchant qu'un nombre limité de personne

#### Mesure 6 :

42. Les civilistes sont tenus de faire une période de service civil par année dès l'admission.

<sup>14</sup> LSC 4a

<sup>15</sup> LAAM 54a

<sup>16</sup> Ordonnance concernant l'équipement personnel des militaires (OEPM), art. 6a.



43. La mesure existe déjà, art. 39a de l'ordonnance sur le service civil: « La personne astreinte au service civil *effectue chaque année* des affectations de service civil d'une durée de 26 jours au moins à partir de la deuxième année civile au plus tard ».

44. Les reports étant relativement fréquents, on peut se demander si c'est ceux-ci qu'il s'agit de limiter, mais le texte de la mesure est pour le surplus inutile.

#### Résumé

- Proposition de mesure incompétente, mesure déjà prévue par la loi.

#### Mesure 7 :

45. Obligation pour les personnes en service long, d'effectuer la période longue de service civil dans l'année qui suit (et non pas dans les trois ans qui suivent) l'admission au service civil.

46. Imposer un service civil long est une vieille mesure de 2011, que le Tribunal administratif fédéral avait annulée en raison de l'article 20 de la LSC qui stipule que le SC peut être fait en une ou plusieurs périodes<sup>17</sup>.

47. Depuis toujours, nous recommandons aux militaires en service long de passer d'abord au service normal, avant de demander le service civil, entre autres afin d'éviter le surplus de jours, actuellement 55 jours de service militaire ou 82 jours de service civil en plus<sup>18</sup>. Notre recommandation ne changera pas.

48. De plus, la mesure ne prévoit cette obligation que si l'école de recrue n'est pas terminée, or l'école de recrue est considérée comme terminée si 80% de ses jours ont été accomplis<sup>19</sup>; soit pour une école usuelle de 124 jours, dès le 100<sup>ème</sup> jour d'école de recrue. Mais dans la pratique, la demande de service civil peut être faite quelques jours plutôt, puisque celle-ci prend quelques jours, voir semaines à condition pour cela que l'admission à la fin du processus de demande intervienne après le 100<sup>ème</sup> jour de service.

49. Que ce soit en passant au service normal et en attendant les 80% de son service militaire (dans des conditions « suffisantes ») – si encore au service long avec les jours en sus – il est très facile d'éviter cette mesure et peu nombreux sont ceux qui se retrouveront à devoir faire une période longue ou leur période longue de service civil dans l'année qui suit. Au demeurant si un plan de carrière avait prévu une mise en suspend de celui-ci pour le service militaire long, avec une libération en fin d'école de recrue et une affectation longue trouvée rapidement, celle-ci peut être faite dans le temps préalablement dévolu au service militaire long.

50. La mesure est aussi discriminatoire puisqu'elle traite plus durement les militaires en service long que les militaires en service normal d'une part, et alors plus durement que les civilistes n'ayant pas débuté l'école de recrue d'autre part.

#### Résumé

- Mesure facile à contourner, voire à accommoder.
- Mesure ne concernant alors plus qu'un nombre limité de personne.
- Mesure discriminatoire.

#### Considérations finales

51. Les mesures 1 et 3 violent le droit international sur la durée du service civil.

52. La mesure 2 viole la constitution sur la notion de service de remplacement et la mesure 5 viole la constitution sur le droit à un service de remplacement.

53. Les mesures 1, 3, 4 et 7 sont clairement discriminatoires et violent à un titre ou un autre l'égalité de traitement.

54. Les mesures 3, 4, 5 et 7 ne touchent que – mais gravement – un nombre limité de personnes. À ce titre, le but premier de ces mesures n'est probablement pas ou que partiellement de toucher ces personnes-là, voire de les maintenir dans l'armée mais de donner l'impression qu'il est difficile ou déconseillé, qu'il est

<sup>17</sup> <http://www.infodroit.ch/spip.php?article91>

<sup>18</sup> OMI 111

<sup>19</sup> OMI 57 ou 37 ordonnance sur le service civil (OSI) (même teneur).



même dissuadé de sortir de l'armée. Un tel but viole le droit au service civil et un service civil non-discriminatoire et non-punitif.

55. Il convient d'ajouter à ce propos que les instances et jurisprudences internationales ont reconnu sans hésiter le droit à l'objection de conscience pour les appelés, comme pour les volontaires et les professionnels. Autrement dit et pour ce qui nous occupe ici, le droit à l'objection de conscience et au service de remplacement est et reste le même, ne saurait donc subir d'aggravation dans l'exercice du droit, soit l'accès au service civil, comme dans sa réalisation, soit l'accomplissement du service civil, que la personne concernée aie commencé ou non à servir dans l'armée<sup>20</sup>.

56. Les mesures 2, 3 et 4 supposent des difficultés de mise en œuvre particulièrement importantes. La mesure 5 pourrait faire l'objet d'une simplification administrative.

57. La mesure 6 est inutile, une aberration puisqu'elle préconise quelque chose qui existe déjà.

58. L'analyse de l'ensemble de ces mesures donne l'impression forte que l'armée est très embarrassée, mal à l'aise en raison des demandes service civil issues des ses rangs.

59. Ainsi quand bien même l'ensemble de ces mesures, si elles venaient à être mise en œuvre, aurait pourrait effet d'inciter les conscrits à demander le service civil bien plus tôt, ce qui n'est pas utile à l'armée non plus, il conviendrait de combattre ces mesures pour les effets et les complications graves qu'elles imposent, en toutes sortes de circonstances, aux militaires.

60. Il convient aussi de constater que les mesures proposées font preuve d'une méconnaissance, tant du droit international que du droit constitutionnel suisse qui confine à l'impréparation, voire au mépris, tant des civilistes que des militaires.

61. Enfin, dans le cadre des réactions à ces propositions de mesures, il conviendra de rappeler certaines ou l'ensemble de nos revendications de base, à savoir une présence civile lors du recrutement afin de faciliter son impartialité, un durée raisonnable et une compensation financière garantissant au moins l'accès au minimum vital<sup>21</sup>.

Christophe Barbey,  
Juriste, permanent depuis 2006

<sup>20</sup> Voir les résolutions du Conseil des Droits de l'Homme, par exemple la résolution du 8 octobre 2013, art. 12 [A/RES/HRC/24/17](#) ou Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quno 2015, p. 4.

<http://www.quno.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

<sup>21</sup> Avec une APG de 62.- par jour durant l'ER ou son équivalent au service civil, ou en cas d'absence de salaire préalable au service ou de droit à son équivalent, avec 1'800.- par mois ~, le minimum vital n'est pas atteint. Le dernier rapport du haut commissaire aux droits de l'homme mentionne une trop faible rémunération comme étant de nature punitive. [A/HRC/35/4](#), § 21.



Zivildienst Zentralstelle	
- 4. Sep. 2018	
Eingescannt	Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Lostorf, Ende August 2018

## Stellungnahme des Schweizerischen Zivildienstverbandes CIVIVA UND DES BUECHEHOF zur Änderung des Zivildienstgesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie haben eingeladen am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### Einleitung und grundsätzliche Beurteilung

CIVIVA UND DER BUECHEHOF sind überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt (nebenbei) zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### Kein Handlungsbedarf

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014), wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

### Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoß gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

### **Unklare Auswirkungen**

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. CIVIVA UND DER BUECHEHOF weisen darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee, die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur, weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

**Der Schweizerische Zivildienstverband CIVIVA UND DER BUECHEHOF lehnen aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.**

### **Eigene Vorschläge**

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwarten CIVIVA UND DER BUECHEHOF, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens der Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. CIVIVA UND DER BUECHEHOF schlagen dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.
- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.



- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

Unsere Stellungnahme zu den einzelnen Massnahmen:

**Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweisen CIVIVA UND DER BUECHEHOF auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SIK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für CIVIVA UND DEN BUECHEHOF ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

**Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Dienstage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

**Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

CIVIVA UND DER BUECHEHOF gehen davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Dienstage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Dienstage gerechtfertigt und in Anbetracht



der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind noch mehr unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

**Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

**Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht von CIVIVA UND DEM BUECHEHOF bestehen vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

CIVIVA UND DER BUECHEHOF sind der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

**Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. CIVIVA UND DER BUECHEHOF sehen absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildienstage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Dienstage erfüllen (2017: 96.7% aller Dienstage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Dienstage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Dienstage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.

**Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

**Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

CIVIVA UND DER BUECHEHOF bedauern, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig



weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

**Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.**

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Im Namen des Buechehofs

Andreas Schmid  
Gesamtleiter

Beilage: erwähnt



infoDroit.ch  
gestion de situation

Beilage

Permanence romande pour civilistes et militaires  
Permanence@infodroit.ch ou  
Le mardi de 12 à 14 heures au 026 925 80 66.  
Pour les urgences, 079 524 35 74, veuillez laisser un message.

Flendruz, 16 juin 2018

### Avis de droit

*A qui de droit*

## **7 mesures du Conseil fédéral destinées à la consultation. Modifications de la loi sur le service civil. 2018**

### En préalable

1. Le droit à l'objection de conscience est un droit fondamental internationalement reconnu.
2. Il est reconnu par les jurisprudences du Comité des droits de l'homme et de la Cour Européenne des droits de l'homme, il est présent dans la constitution suisse<sup>1</sup>.
3. Ce droit s'appuie essentiellement tant sur le refus impératif de tuer que sur le refus de résoudre les conflits par la violence.
4. Le conflit entre l'obligation constitutionnelle de servir, dans l'armée d'une part et la conscience d'autre part (appelé conflit de conscience) peut se manifester sous diverses formes et à divers moments, de façons plus ou moins virulentes ou soudaines, y compris parfois par des somatisations ou des actes de rébellions. La problématique a été largement résolue par deux mesures:
5. 1) Il a été renoncé au « contrôle de conscience » en adoptant le système dit de la preuve par l'acte, soit l'acceptation, par la personne qui demande le service civil d'une durée plus longue pour ce service que celle requise pour le service militaire.

Cette mesure a pour avantage (en plus d'une forte diminution de la charge administrative) d'éviter d'une part l'aggravation et la stigmatisation du conflit de conscience par son besoin de le confronter à la procédure et de libérer d'autre part la personne concernée d'une appréhension et d'une expression intellectuelle et verbalisée de ce conflit, inévitablement discriminatoire selon le niveau d'éducation, et sujette d'autre part à des biais divers, puisque le résultat de l'examen dépendait largement du degré de préparation à celui-ci plutôt que de la nature même, des sources et des raisons du conflit de conscience.

6. Il convient toutefois de noter que ce système de quotité a dès le début présenté un défaut important, au demeurant partiellement caché des civilistes eux-mêmes, dans la mesure où la durée de service civil requise par la loi (1 fois et demie – 1,5 – celle du service militaire encore à faire au moment de la demande) est dans la pratique comparativement différente de la durée du service militaire réellement effectuée par les militaires libérés lorsqu'ils atteignent la limite d'âge. En effet, ceux-ci se voient alors remettre le solde des jours de service non-effectués, alors que les civilistes se voient pénalement condamnés s'ils n'effectuent pas l'entier de leurs jours avant la même limite d'âge (limite par ailleurs par elle-même plus exigeante, puisqu'ils ont plus de jours à effectuer dans le même laps de temps). L'armée a de plus tardé à donner les chiffres permettant de mesurer cette différence des durées respectives des

<sup>1</sup> Constitution fédérale (Cst.) Article 10 sur la droit à la vie, art. 15 sur la liberté de conscience, art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement.

Permanence romande pour les civilistes et les militaires.

C/°Infodroit.ch. Route des Siemes Picaz 46. 1659 Flendruz.

Membre de la Chambre genevoise de l'économie sociale et solidaire, [www.apres.ge](http://www.apres.ge)

Banque Alternative Suisse, ccp 46-110-7, BIC (SWIFT) ABSOCH22, IBAN CH35 0839 0033 2553 1000 2



services. Pourtant des estimations raisonnables permettaient d'évaluer le nombre de jours de service civil effectués pour les civilistes demandant le service civil pour l'entier de leur périodes de service militaires comme étant environ du double du nombre de jour effectué en moyenne par les soldats terminant leur obligation à la limite d'âge<sup>2</sup>. Actuellement, ce taux semble s'être amélioré un peu, mais la durée comparée du service civil resterait de 1.8 plus élevée que la durée des services militaires, et non pas les 1.5 que stipule la loi. Il conviendra de vérifier les effets de la nouvelle loi sur l'armée sur cette problématique, la limite d'âge n'étant plus un âge fixe (p. ex. 34 ans), mais devenant un nombre de dix années pour faire les services requis après l'école de recrue<sup>3</sup>.

7. De plus la discrimination pénale demeure, puisque contrairement au service civil, aucune mesure permettant d'assurer le rythme et le progrès de la réalisation des périodes de service militaire, mesure accompagnées dans la loi sur le service civil de mesures pénales en cas de retards, n'ont été introduites dans la nouvelle législation sur la l'armée. Ainsi, le civiliste doit accomplir certaines périodes (la première suivant l'admission et la période longue) selon des délais fixes et il ne doit pas lui rester plus d'une certaine proportion de jours à faire avant d'atteindre la limite d'âge. Passé ces délais où si la proportion de jours restant à faire est trop forte, le civiliste est convoqué d'office pour le surplus ou la période concernée, puis il encourt une peine s'il n'effectue pas la période requise. Il n'existe pas de système similaire ou aussi contraignant dans l'armée. Pour avoir une vision complète de cette discrimination, pénalement grave, il conviendrait encore de comparer le nombre des dispenses pour justes motifs, lesquelles au demeurant ne font que repousser le problème, dispenses accordées tant pour les civilistes que pour les militaires. Nonobstant, vu la nature différente des système de suivi et de répression des deux sortes d'obligations, puisqu'il y a des condamnations pour retard dus au système de suivi contre les civilistes et qu'il n'y en a pas pour les militaires, la discrimination pénale demeure, tout comme demeurera a priori la discrimination sur les durées.

8. 2) Il importe de souligner que le service civil peut et doit pouvoir être demandé en tout temps, c'est d'ailleurs dans la loi<sup>4</sup>.

9. Cela concerne bien sûr la possibilité de demander le service civil depuis une période de service militaire, mais porte surtout sur la nature du conflit de conscience et relève en partie aussi du droit humanitaire.

10. Ainsi, le conflit de conscience peut se développer par une réflexion autonome, mais il peut aussi surgir, progressivement ou soudainement, face à une circonstance rencontrée dans le cadre du service militaire, par exemple lors de la première prise d'arme (il y a hélas des condamnations pour refus d'ordre de personnes qui font à ce moment-là un blocage psychologique) ou en étant mis en confrontation à une arme particulièrement destructive.

11. Il convient aussi, et c'est d'une grande importance, de citer le cas de l'objection de conscience à un ordre criminel, y compris ou surtout si celui-ci viole le droit humanitaire; objection qui doit en effet pouvoir être exprimée en tout temps et en particulier de façon immédiate au moment de la réception de l'ordre contesté, cette objection devant alors, selon les circonstances, rejeter non-seulement l'ordre contesté lui-même mais aussi l'ensemble du système qui produit ou maintient cet ordre injuste, à tout le moins si l'ordre est maintenu, car alors seul le refus personnel et complet du système permettant, à défaut de pouvoir l'empêcher, la réalisation de ce ordre illégal et des ses conséquences, de préserver la conscience, et donc l'innocence de la personne confrontée à une telle situation. L'objection de conscience à une circonstance particulière devenant alors une objection au sens usuel du terme, une objection d'ensemble au service militaire<sup>5</sup>.

<sup>2</sup> Détail du calcul : <http://www.infodroit.ch/spip.php?article44>

<sup>3</sup> Ordonnance sur les obligations militaires (OMI), 1.1.2018, art. 19.

<sup>4</sup> Loi sur le service civil, art. 16.

<sup>5</sup> Voir par exemple, Jacques Verhaegen : «Le refus d'obéissance aux ordres manifestement criminels », revue du CICR, vol. 84, n° 845, mars 2002.



### Analyse des mesures proposées

**Mesure 1** : 150 jours de service civil pour toutes personnes n'ayant pas terminés ses « services d'instruction » et ayant moins de 100 jours de service militaire restant.

#### Appréciation générale

12. Par « services d'instruction », il est entendu toutes les périodes de services militaires, à savoir écoles de recrues, écoles de cadres et cours de répétition<sup>6</sup>.

13. La proposition équivaldrait à « condamner », imposer à tout militaire ayant entre 1 et 100 jours de service militaire encore à faire à effectuer 150 jours de service civil.

14. La mesure incite à terminer ses obligations militaires au lieu de demander le service civil.

15. Partant du constat, hautement probable<sup>7</sup>, selon lequel les pertes en effectifs augmentent en fonction de l'âge par lassitude, perte d'intérêt ou en raison de l'augmentation des obligations professionnelles et familiales. Il conviendrait toutefois de disposer des chiffres du nombre des personnes qui quittent l'arme dans ces tranches d'âge soit pour le service civil, soit pour raisons médicales. En effet, si le problème est une question d'emploi du temps, la demande de service civil est d'autant plus contre-productive.

16. A cet aune, la mesure aura pour effet principal d'augmenter le nombre de demandes médicales et assez peu de diminuer le nombre de service civil. Quand à sa capacité à renforcer la motivation pour l'armée, elle est ici hors contexte – ce n'est pas notre problème ou celui du service civil – et elle n'est que très indirecte, la diminution de l'attrait du service civil n'augmentant pas pour autant l'attrait pour l'armée.

#### Calculs concernant la mesure proposée

17. Dans la pratique, divers types de calculs sont possibles pour déterminer les effets et les proportions de la proposition. Mes connaissances mathématiques sont limitées, donc d'autres calculs sont peut-être possibles ou éventuellement meilleurs, mais ceux-ci révèlent plusieurs des effets pervers de la proposition:

a. Le facteur multipliant le nombre de jours à faire est, avec la proposition exponentiel : La personne qui aurait 1 seul jour d'armée encore à faire se retrouverait à en faire 150 jours, soit 150 fois plus que le nombre de jour d'armée requis.

Dans le détail, un militaire à qui il resterait :

1 cours de répétition (CR), soit 19 jours (150/19), verrait le multiplicateur passer de 1.5 à 7.89

2 cours de répétition, le facteur (150/38) est encore du quadruple (3.94)

3 cours de répétition, le facteur descend à 2.63

4 cours de répétition, le facteur est de 2 (1.97)

5 cours de répétition le facteur est encore de 1.57, soit plus haut que la loi actuelle ou que le facteur attribué aux civilistes ayant encore plus de jours.

Ce n'est donc qu'avec 6 cours de répétition encore à faire, soit avec le nombre total des cours de répétition à faire par les soldats, et donc durant le premier cours de répétition que l'ajout systématique de 150 jours, rejoint le facteur général de 1.5.

*Dit autrement, à quelques jours près, quiconque demanderait le service civil après l'école de recrue devrait faire 150 jours de service civil au moins, quelque soit le nombre de jour d'armée restant à faire. Pourquoi ne pas le dire ?*

b. Le calcul peut aussi être fait en tenant compte des jours de service militaires et civils faits au total.

Exemple pour un soldat :

Ecole de recrue de 124 jours, solde 121 jours de service en CR. Total 245<sup>8</sup>. Service civil complet, 245 X 1.5 = 367 jours de service civil.

Jours de service mil faits : 244 (au lieu de 245)+150=394 (proposition). Système actuel : 244 + 2 (1 x 1.5) = 246 (actuel). Différence : 148 jours à faire en plus qu'avec le système actuel et ... 27 de plus qu'en ayant demandé le service civil dès le recrutement.

<sup>6</sup> Loi sur l'armée et l'administration militaire (LAAM), art. 41.

<sup>7</sup> La permanence que nous représentons confirme, à sa modeste mesure, cette tendance. Les hommes de plus de 25 ans sont relativement nombreux à vouloir mettre un terme à leurs obligations militaires et leur nombre augmente avec l'âge

<sup>8</sup> OMI, art. 47.



Jours de service faits :  $238 (6 \text{ CR faits}) + 150 = 388$  jours à faire ou (système actuel)  $238 + 9 (6 \times 1.5) = 247$ . Différence : 141 jours de service civil en plus qu'avec le système actuel, mais aussi 21 jours de service (mil et civ) en plus de ce que ce même soldat aurait eu à faire s'il avait demandé le service civil dès la fin du recrutement.

En cela, le service est *punitif parce qu'il impose des jours en plus ... pour avoir accepté de faire presque tout son service militaire !!!*

Jours de service faits :  $219 (5 \text{ CR}) + 150 = 369$  ou (actuel)  $219 + 39 (26 \times 1.5) = 258$ . Différence : 111 jours de plus que le système actuel, mais encore 2 jours de plus qu'avec un service civil demandé dès l'origine.

Jours de service faits  $200 (4 \text{ CR}) + 150 = 350$  ou actuel  $200 + 68 (45 \times 1.5) = 268$ . Différence : 82 en plus que le système actuel.

A partir d'ici le nombre total de jours faits devient inférieur à un service civil demandé d'emblée et donc les jours de service militaire faits diminuent le nombre total de jours à faire.

Jours de service faits  $181 (3 \text{ CR}) + 150 = 331$  ou  $181 + 96 (64 \times 1.5) = 277$ . Différence, 54 jours de service civil en plus, mais 90 de moins qu'avec un service civil complet.

Jours de service faits  $162 (2 \text{ CR}) + 150 = 312$  ou

Jours de service faits  $143 (1 \text{ CR}) + 150 = 293$  ou  $143 + 156 (101 \times 1.5) = 299$  Différence  $\pm 0$ .

#### Effets pour la pratique

c. Les effets du nouveau système sur les intérêts des candidats civilistes, en termes de jours à faire seraient les suivants :

1) Le facteur de 1.5 s'applique durant l'école de recrue, voir durant le 1<sup>er</sup> CR. Inchangé.

2) Tout jour d'armée fait durant cette période diminue effectivement le nombre total (armée et sc) de jours à faire, par rapport à un service civil complet. Inchangé.

3) Dès le 2<sup>ème</sup> CR et jusqu'au 4<sup>ème</sup> CR, le nouveau système augmente progressivement, par rapport à l'ancien, effet étrange, le nombre de jours total à faire, même si l'on fait ces CR, soit d'avoir à faire encore plus de service en tout parce que l'on fait de l'armée (absurde !), puis d'avoir à faire du service civil en plus, même si le nombre de jours total de service civil et militaire reste inférieur à ce que devrait faire un civiliste de la première heure mis au facteur 1.5).

Exemple : Faire un 2<sup>ème</sup> CR de 19 jours et demander le sc, ajoute en plus de ces 19 jours 17 jours de service en tout (civil et militaire) par rapport au système actuel, dans lequel le civiliste en faisant ce CR épargnerait 9 jours de service civil ( $19 - x \times 1.5$ ). (Nouveau :  $162 \text{ SM} + 150 \text{ SC} = 312$  Ancien  $162 + 125$  (solde de  $83 \times 1.5$ ) = 287, nouveau = J plus 25. S'il ne fait pas ce CR (ancien  $\text{SM } 143 + \text{SC } 152 (101 \times 1.5) = 295$  soit quelques jours en plus de SC pour ne pas avoir fait ce cours (295 au lieu 287), mais toujours au total 17 jours de moins qu'en faisant ce CR dans le système proposé, lequel augmente donc le nombre de jours à faire sans donner de diminution pour ceux faits.

Idem pour les 3<sup>ème</sup> et 4<sup>ème</sup> CR. Je renonce aux calculs ici, mais le nombre de jours d'armée faits sans diminuer le nombre de jours de service totaux augmentera d'autant, par rapport à quelqu'un qui demande le SC après l'ER ou le 1<sup>er</sup> CR.

4) Dès le 5<sup>ème</sup> CR, le nombre total (SC et SM) de jours à faire devient plus grand que quelqu'un qui demande le service civil dès le 1<sup>er</sup> jour.

d. En résumé, il ne sera intéressant, en terme de jours à faire (ou rentable) de demander le service qu'entre le recrutement et la fin du 1<sup>er</sup> cours de répétition. A l'inverse, toute demande faite ultérieurement augmentera, de plus en plus gravement, la charge totale du nombre de jours à faire, laquelle dépassera, si le SC est demandé durant ou après le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, le nombre de jours à faire pour quelqu'un qui demande le service civil avant l'ER.

18. Tactiquement, pour le soutien aux objecteurs, l'intérêt à demander le service civil entre le recrutement et la fin de l'école de recrue reste similaire. Par contre, plus le militaire avance dans sa carrière militaire, plus la charge de jours augmente, plus il devient difficile de demander le service civil (et plus sera grande le besoin de demander la voie bleue).

19. Cela n'aura pas pour effet de diminuer fortement le nombre de demandes de service civil, puisque les demandes seront soit pour une part reportées plus tôt dans la carrière militaire, soit transformées en demande médicales et que rares seront les personnes qui en fin de carrière militaire décideront de finir leur service plutôt que de sortir de l'armée, d'une façon ou d'une autre.

Permanence romande pour les civilistes et les militaires.

C/°Infodroit.ch. Route des Siemés Picaz 46. 1659 Flendruz.

Membre de la Chambre genevoise de l'économie sociale et solidaire, [www.apres.ge](http://www.apres.ge)

Banque Alternative Suisse, ccp 46-110-7, BIC (SWIFT) ABSOCH22, IBAN CH35 0839 0033 2553 1000 2



#### La durée du service civil en droit

20. En droit Suisse, le facteur légal de 1.5 est le même depuis l'origine. Avec toutefois la réserve présentée ci-dessus au point 6 concernant la durée effective (et non légale) située aux environ de 1.8.

21. Le droit international, le Comité des droits de l'homme et la Cour européenne des droits de l'homme, tiennent de jurisprudence constante le fait que le service civil doit être de nature civile et non-punitif.

22. Une durée supérieure au double du service militaire à remplacer est considérée comme excessive<sup>9</sup>. Ainsi, l'attribution à toute personne ayant moins de 75 jours de service militaire à faire de 150 jours de service civil serait contraire au droit international.

23. Mais c'est dans son ensemble, ou à tout le moins dès le 2<sup>ème</sup> cours de répétition, que la mesure est discriminatoire. D'abord parce que plus, ils servent dans l'armée, plus elle pénalise les militaires qui demandent le service civil. Ensuite, parce qu'elle traite différemment des personnes dans des situations similaires, à savoir des personnes présentant une demandant une de service civil, demande qui est de même nature quel que soit le moment où elle est faite et pour laquelle le nombre de jours de service militaire accomplis n'a aucune incidence, sauf peut-être à renforcé le besoin de présenté une objection de conscience, ce qui reste sans influence aucune sur le droit fondamental à demander le service civil.

24. La loi sur le service civil pose comme principe que la charge du service civil devrait équivalente à celle de l'armée<sup>10</sup>. Toutefois la mesure proposée, en tous les cas dès le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, puisque la charge en jours à faire est alourdie au-delà de ce que le militaire aurait à faire en demandant le service civil avant l'école de recrue. Ainsi, non-seulement, la personne concernée effectue la plus large part de son service militaire (les 3/4), mais elle y voit ajouté une part importante de service civil (150/367) soit presque la moitié-du service civil en plus, pour un total qui dépasse ce qu'elle aurait eu à faire tant à l'armée qu'avec un service civil entier. A ce titre, la mesure est non seulement dissuasive, mais discriminatoire dans la mesure où elle pénalise ceux qui ont déjà fait beaucoup d'armée (ne devraient-ils pas au contraire être pour cela remerciés ?).

25. Par ailleurs, le droit à l'objection de conscience étant un droit fondamental, toute forme de dissuasion, en entravant son libre exercice, est déjà une violation du droit.

26. Et il est finalement, à mon sens, difficile la nature punitive de la mesure, puisque ce sont ceux-là même, qui ont le plus servi dans l'armée, qui se voient le plus pénalisés.

#### Résumé :

- Violation du droit international sur la durée du service civil.
- Discrimination entre les civilistes « d'origine » et ceux qui demandent le service civil au cours de leur carrière militaire (l'objection reste la même, pour les même motifs et contre le même service militaire, seule change la situation militaire).
- Mesure probablement punitive.
- Mesure simple en apparence, mais particulièrement compliquée à comprendre et à calculer, entre autres pour les personnes concernées.

<sup>9</sup> ONU, Comité des droits de l'homme: Foin v France (Communication No. 666/1995), CCPR/C/D/666/1995, 9 November 1999, para. 10.3, entre autres jurisprudence. Voir aussi: Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quno 2015, p. 8.

<http://www.quno.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

Il existe aussi une traduction allemande de document, p. 21 : [http://www.quno.org/sites/default/files/resources/Connection-eV\\_2014-3\\_KDVundAsyl.pdf](http://www.quno.org/sites/default/files/resources/Connection-eV_2014-3_KDVundAsyl.pdf)

Voir aussi le rapport quadriennal du Haut Commissaire aux Droits de l'Homme sur l'objection de conscience, 1.5.2017, § 22.

<http://www.undocs.org/fr/A/HRC/35/4>

<sup>10</sup> LSC 5



### Mesure 2 :

Délai d'attente de 12 mois entre le dépôt de la demande et l'admission, avec obligation de faire les périodes de service militaires prévues.

27. La mesure est contraire à la constitution. Celle-ci prévoit, textuellement : « un service de remplacement »<sup>11</sup>. Or un *remplacement du service* n'est en aucun cas un service de remplacement *différé* avec maintien du service à remplacer, en attente du service de remplacement.

Des délais pour la mise en œuvre, par la personne concernée comme par l'administration, du service de remplacement sont acceptable, voir le maintien des obligations en attente de la décision d'admission<sup>12</sup>, mais en aucun le droit à l'objection de conscience ne saurait-il être suspendu.

28. De plus, la proposition est largement impraticable et passablement conflictogène. Les civilistes concernés ne se gêneront pas pour demander des reports, se faire porter malade ou pour ne pas se présenter et leur motifs de conscience finissant toujours par être reconnus, ils ne seront, s'ils sont que partiellement et inégalement sanctionnés pour ces défections. Sans parler de la charge administrative supplémentaire pour les administrations cantonales.

### Résumé

- Mesure contraire à la constitution.
- Discrimination entre les civilistes qui font une demande avant l'école de recrue, lesquels ne sont pas condamnés à des périodes militaires et ceux qui la font après l'ER, qui doivent en faire ou, vaille que vaille, les faire annuler.
- Mesure de nature à créer de nombreuses difficultés administratives tant pour les conscrits et les civilistes que pour l'administration.

### Mesure 3 :

29. Suppression du facteur 1.1 et passage au facteur 1.5 pour les officiers et les sous-officiers supérieurs.

30. Les personnes concernées sont relativement peu nombreuses. Elles ont néanmoins les mêmes droits. Mais surtout toutes ces personnes, qui ont été obligées de revêtir ces fonctions d'encadrement, ont déjà servi, au moment de la demande d'admission au service civil plus de jours d'armée que ne servent les civilistes qui n'en a fait aucun. Le moins gradé de ceux-ci servira un total 440 jours de services au lieu de 245<sup>13</sup>. Pour obtenir son grade, il en aura déjà fait presque autant qu'un soldat normal. Et le solde de jour à faire, qu'il soit multiplié par 1.1. ou 1.5 dépassera de toutes façons le nombre maximal de jours effectués par un civiliste ne faisant pas d'armée du tout.

31. Sachant que l'obligation de grader est imposée, même avec un facteur 1.1, la personne qui demande le service civil alors qu'elle a déjà revêtu son grade est discriminée par rapport à un civiliste qui demande le service avant de recevoir le moindre grade. Augmenté cette durée plus encore, alors que la personne gradée sert déjà plus que toute autre personne sans garde, apparaît là aussi comme punitive.

### Résumé

- En conjonction avec la discrimination décrite ci-après, violation du droit international sur la durée du service de remplacement.
- Discrimination entre les officiers et sous-officiers supérieurs d'une part et les soldats d'autre part en raison d'abord de l'obligation de grader d'abord, pour laquelle les premiers ne peuvent rien, puis du fait qu'en raison de cette obligation, ils ont déjà effectué, contre leur gré, une durée de service aussi importante que les soldats, durée sur laquelle vient ensuite s'ajouter une très longue durée de service civil supplémentaire. Dit autrement, le soldat qui demande le service civil évite non-seulement de grader, mais tous les jours de service civil supplémentaires en cas de conflit de conscience alors que l'officier, qui est en droit de développer un conflit de conscience à tout moment, en est d'autant plus pénalisé.

<sup>11</sup> Art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement.

<sup>12</sup> LSC 17 et 17a.

<sup>13</sup> OMI 47



- Mesure qui ne touche qu'un nombre limité de personnes.

#### Mesure 4 :

32. Interdiction faite aux médecins de faire du service civil en tant que médecins.

33. Là encore, la mesure ne concerne que très peu de personnes. Les médecins ont en moyenne au moins 26-27 ans à la fin de leur formation et ce moment-là, la plupart des périodes longues sont faites. Mais quand bien même, faut-il priver les hôpitaux de ces médecins-là ?

34. Par ailleurs, la mesure est à nouveau discriminatoire ; pourquoi les médecins et pas les géologues, les travailleurs sociaux ou les enseignants ? Là ce ne serait plus seulement certains civilistes, mais tout le service d'intérêt public qui tendrait à être victime d'une vision trop étroite des possibilités de service civil.

35. Enfin, il existe certes une disposition qui interdit certaines affectations en fonction de la personne du civiliste, en particulier si elle favorise sa formation<sup>14</sup>. Et c'est probablement, dans ce contexte que la proposition s'inspirerait. Mais à nouveau, certains militaires exercent des fonctions militaires en lien avec leur profession – et pas seulement des médecins ! – en quoi des civilistes n'auraient-ils pas le droit d'en faire autant ?

#### Résumé

- Mesure hautement discriminatoire (par professions).
- Mesure ne touchant (en l'état, que les médecins) qu'un nombre limité de personnes.

#### Mesure 5 :

36. Pas d'admission au service civil pour les personnes pour lesquelles il ne reste plus de jours de service, mais pour lesquelles il reste des tirs obligatoires.

37. La question est controversée depuis longtemps. Seul sont concernés les militaires en service long, qui restent incorporés ensuite pendant 4 ans<sup>15</sup>. Il conviendrait de savoir combien il y a eu de cas.

38. Pour rappel, les militaires ont la possibilité de déposer l'arme, sans motifs, s'ils ne souhaitent pas la conserver, mais cela ne les dispense pas des tirs<sup>16</sup>.

39. D'abord, il convient de rappeler que l'exécution de tirs obligatoires, dans le cadre d'un service militaire, même terminé, peuvent donner lieu à conflit de conscience, qui plus est si celui-ci peut avoir à se manifester durant une période de 4 ans.

40. En ce sens, la mesure ignore et passe complètement à côté, nie un problème qu'il y aurait pourtant lieu de résoudre.

41. A mon sens, une procédure plus simple qu'une admission au service civil devrait permettre, par exemple mais en tous les cas pour motifs de conscience légitimes, de remettre l'arme définitivement et d'être ainsi dispensé des tirs obligatoires.

#### Résumé

- Violation du droit à l'objection de conscience
- Mesure administrative inadéquate
- Mesure ne touchant qu'un nombre limité de personne

#### Mesure 6 :

42. Les civilistes sont tenus de faire une période de service civil par année dès l'admission.

<sup>14</sup> LSC 4a

<sup>15</sup> LAAM 54a

<sup>16</sup> Ordonnance concernant l'équipement personnel des militaires (OEPM), art. 6a.



43. La mesure existe déjà, art. 39a de l'ordonnance sur le service civil : « La personne astreinte au service civil *effectue chaque année* des affectations de service civil d'une durée de 26 jours, au moins, à partir de la deuxième année civile au plus tard ».

44. Les reports étant relativement fréquents, on peut se demander si c'est ceux-ci qu'il s'agit de limiter, mais le texte de la mesure est pour le surplus inutile.

#### Résumé

- Proposition de mesure incompétente, mesure déjà prévue par la loi.

#### Mesure 7

45. Obligation pour les personnes en service long, d'effectuer la période longue de service civile dans l'année qui suit (et non pas dans les trois ans qui suivent) l'admission au service civil.

46. Imposer un service civil long est une vieille mesure de 2011, que le Tribunal administratif fédéral avait annulée en raison de l'article 20 de la LSC qui stipule que le SC peut être fait en une ou plusieurs périodes<sup>17</sup>.

47. Depuis toujours, nous recommandons aux militaires en service long de passer d'abord au service normal, avant de demander le service civil, entre autres afin d'éviter le surplus de jours, actuellement 55 jours de service militaire ou 82 jours de service civil en plus<sup>18</sup>. Notre recommandation ne changera pas.

48. De plus, la mesure ne prévoit cette obligation que si l'école de recrue n'est pas terminée, or l'école de recrue est considérée comme terminée si 80% de ses jours ont été accomplis<sup>19</sup>, soit pour une école usuelle de 124 jours, dès le 100<sup>ème</sup> jour d'école de recrue. Mais dans la pratique, la demande de service civil peut être faite quelques jours plutôt, puisque celle-ci prend quelques jours, voir semaines à condition pour cela que l'admission à la fin du processus de demande intervienne après le 100<sup>ème</sup> jour de service.

49. Que ce soit en passant au service normal et en attendant les 80% de son service militaire (dans des conditions « suffisantes ») – si encore au service long avec les jours en sus – il est très facile d'éviter cette mesure et peu nombreux sont ceux qui se retrouveront à devoir faire une période longue ou leur période longue de service civile dans l'année qui suit. Au demeurant si un plan de carrière avait prévu une mise en suspend de celui-ci pour le service militaire long, avec une libération en fin d'école de recrue et une affectation longue trouvée rapidement, celle-ci peut être faite dans le temps préalablement dévolu au service militaire long.

50. La mesure est aussi discriminatoire puisqu'elle traite plus durement les militaires en service long que les militaires en service normal d'une part, et alors plus durement que les civilistes n'ayant pas débuté l'école de recrue d'autre part.

#### Résumé

- Mesure facile à contourner, voire à accommoder.
- Mesure ne concernant alors plus qu'un nombre limité de personne.
- Mesure discriminatoire.

#### Considérations finales

51. Les mesures 1 et 3 violent le droit international sur la durée du service civil.

52. La mesure 2 viole la constitution sur la notion de service de remplacement et la mesure 5 viole la constitution sur le droit à un service de remplacement.

53. Les mesures 1, 3, 4 et 7 sont clairement discriminatoires et violent à un titre ou un autre l'égalité de traitement.

54. Les mesures 3, 4, 5 et 7 ne touchent que – mais gravement – un nombre limité de personnes. À ce titre, le but premier de ces mesures n'est probablement pas ou que partiellement de toucher ces personnes-là, voire de les maintenir dans l'armée mais de donner l'impression qu'il est difficile ou déconseillé, qu'il est

<sup>17</sup> <http://www.infodroit.ch/spip.php?article91>

<sup>18</sup> OMI 111

<sup>19</sup> OMI 57 ou 37 ordonnance sur le service civil (OSI) (même teneur).



même dissuadé de sortir de l'armée. Un tel but viole le droit au service civil et un service civil non-discriminatoire et non-punitif.

55. Il convient d'ajouter à ce propos que les instances et jurisprudences internationales ont reconnus sans hésiter le droit à l'objection de conscience pour les appelés, comme pour les volontaires et les professionnels. Autrement dit et pour ce qui nous occupe ici, le droit à l'objection de conscience et au service de remplacement est et reste le même, ne saurait donc subir d'aggravation dans l'exercice du droit, soit l'accès au service civil, comme dans sa réalisation, soit l'accomplissement du service civil, que la personne concernée aie commencé ou non à servir dans l'armée<sup>20</sup>.

56. Les mesures 2, 3 et 4 supposent des difficultés de mise en œuvre particulièrement importantes. La mesure 5 pourrait faire l'objet d'une simplification administrative.

57. La mesure 6 est inutile, une aberration puisqu'elle préconise quelque chose qui existe déjà.

58. L'analyse de l'ensemble de ces mesures donne l'impression forte que l'armée est très embarrassée, mal à l'aise en raison des demandes service civil issues des ses rangs.

59. Ainsi quand bien même l'ensemble de ces mesures, si elles venaient à être mise en œuvre, aurait pourrait effet d'inciter les conscrits à demander le service civil bien plus tôt, ce qui n'est pas utile à l'armée non plus, il conviendrait de combattre ces mesures pour les effets et les complications graves qu'elles imposent, en toutes sortes de circonstances, aux militaires.

60. Il convient aussi de constater que les mesures proposées font preuve d'une méconnaissance, tant du droit international que du droit constitutionnel suisse qui confine à l'impréparation, voire au mépris, tant des civilistes que des militaires.

61. Enfin, dans le cadre des réactions à ces propositions de mesures, il conviendra de rappeler certaines ou l'ensemble de nos revendications de base, à savoir une présence civile lors du recrutement afin de faciliter son impartialité, un durée raisonnable et une compensation financière garantissant au moins l'accès au minimum vital<sup>21</sup>.

Christophe Barbey,  
Juriste, permanent depuis 2006

<sup>20</sup> Voir les résolutions du Conseil des Droits de l'Homme, par exemple la résolution du 8 octobre 2013, art. 12 [A/RES/HRC/21/17](#) ou Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 4.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

<sup>21</sup> Avec une APG de 62.- par jour durant l'ER ou son équivalent au service civil, ou en cas d'absence de salaire préalable au service ou de droit à son équivalent, avec 1'800.- par mois ~, le minimum vital n'est pas atteint. Le dernier rapport du haut commissaire aux droits de l'homme mentionne une trop faible rémunération comme étant de nature punitive. [A/HRC/35/4](#), § 21.

Thomas Thali  
Geschäftsleiter  
Telefon direkt: 041 368 52 53  
E-Mail: t.thali@caritas-luzern.ch

Eidg. Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung  
Vollzugsstelle für den Zivildienst  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Luzern, 25. September 2018

## Stellungnahme der Caritas Luzern zur Änderung des Zivildienstgesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### Einleitung und grundsätzliche Beurteilung

Die Caritas Luzern setzt seit längerer Zeit Zivildienstleistende ein. Caritas Luzern ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### Kein Handlungsbedarf

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf

quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

### **Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen**

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoss gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

### **Unklare Auswirkungen**

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Caritas Luzern weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Die Caritas Luzern lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

### **Eigene Vorschläge**

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet Caritas Luzern, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Caritas Luzern schlägt dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.

- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.
- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

### **Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdiensttage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist Caritas Luzern auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für Caritas Luzern ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

### **Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Dienstage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

### **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

Caritas Luzern geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Dienstage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Dienstage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

#### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

#### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht von Caritas Luzern besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

Caritas Luzern ist der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

#### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Caritas Luzern sieht absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildienstage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Dienstage erfüllen (2017: 96.7% aller Dienstage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Dienstage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Dienstage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.

#### **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen

auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

### **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

Caritas Luzern bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeestandandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

In Namen von Caritas Luzern



Thomas Thali  
Geschäftsleiter



Yvonne Schärli  
Präsidentin



Permanence romande pour civilistes et militaires  
Permanence@infodroit.ch ou  
Le mardi de 12 à 14 heures au 026 925 80 66.  
Pour les urgences, 079 524 35 74, veuillez laisser un message.

Flendruz, 16 juin 2018

### Avis de droit

*A qui de droit*

#### **7 mesures du Conseil fédéral destinées à la consultation. Modifications de la loi sur le service civil. 2018**

##### En préalable

1. Le droit à l'objection de conscience est un droit fondamental internationalement reconnu.
2. Il est reconnu par les jurisprudences du Comité des droits de l'homme et de la Cour Européenne des droits de l'homme, il est présent dans la constitution suisse<sup>1</sup>.
3. Ce droit s'appuie essentiellement tant sur le refus impératif de tuer que sur le refus de résoudre les conflits par la violence.
4. Le conflit entre l'obligation constitutionnelle de servir dans l'armée d'une part et la conscience d'autre part (appelé conflit de conscience) peut se manifester sous diverses formes et à divers moments, de façons plus ou moins virulentes ou soudaines, y compris parfois par des somatisations ou des actes de rébellions. La problématique a été largement résolue par deux mesures:
5. 1) Il a été renoncé au « contrôle de conscience » en adoptant le système dit de la preuve par l'acte, soit l'acceptation, par la personne qui demande le service civil d'une durée plus longue pour ce service que celle requise pour le service militaire.

Cette mesure a pour avantage (en plus d'une forte diminution de la charge administrative) d'éviter d'une part l'aggravation et la stigmatisation du conflit de conscience par son besoin de le confronter à la procédure et de libérer d'autre part la personne concernée d'une appréhension et d'une expression intellectuelle et verbalisée de ce conflit, inévitablement discriminatoire selon le niveau d'éducation, et sujette d'autre part à des biais divers, puisque le résultat de l'examen dépendait largement du degré de préparation à celui-ci plutôt que de la nature même, des sources et des raisons du conflit de conscience.

6. Il convient toutefois de noter que ce système de quotité a dès le début présenté un défaut important, au demeurant partiellement caché des civilistes eux-mêmes, dans la mesure où la durée de service civil requise par la loi (1 fois et demie – 1,5 – celle du service militaire encore à faire au moment de la demande) est dans la pratique comparativement différente de la durée du service militaire réellement effectuée par les militaires libérés lorsqu'ils atteignent la limite d'âge. En effet, ceux-ci se voient alors remettre le solde des jours de service non-effectués, alors que les civilistes se voient pénalement condamnés s'ils n'effectuent pas l'entier de leurs jours avant la même limite d'âge (limite par ailleurs par elle-même plus exigeante, puisqu'ils ont plus de jours à effectuer dans le même laps de temps). L'armée a de plus tardé à donner les chiffres permettant de mesurer cette différence des durées respectives des

---

<sup>1</sup> Constitution fédérale (Cst.) [Article 10 sur la droit à la vie](#), [art. 15 sur la liberté de conscience](#), [art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement](#).



services. Pourtant des estimations raisonnables permettaient d'évaluer le nombre de jours de service civil effectués pour les civilistes demandant le service civil pour l'entier de leur périodes de service militaires comme étant environ du double du nombre de jour effectué en moyenne par les soldats terminant leur obligation à la limite d'âge<sup>2</sup>. Actuellement, ce taux semble s'être amélioré un peu, mais la durée comparée du service civil resterait de 1.8 plus élevée que la durée des services militaires, et non pas les 1.5 que stipule la loi. Il conviendra de vérifier les effets de la nouvelle loi sur l'armée sur cette problématique, la limite d'âge n'étant plus un âge fixe (p. ex. 34 ans), mais devenant un nombre de dix années pour faire les services requis après l'école de recrue<sup>3</sup>.

7. De plus la discrimination pénale demeure, puisque contrairement au service civil, aucune mesure permettant d'assurer le rythme et le progrès de la réalisation des périodes de service militaire, mesure accompagnées dans la loi sur le service civil de mesures pénales en cas de retards, n'ont été introduites dans la nouvelle législation sur la l'armée. Ainsi, le civiliste doit accomplir certaines périodes (la première suivant l'admission et la période longue) selon des délais fixes et il ne doit pas lui rester plus d'une certaine proportion de jours à faire avant d'atteindre la limite d'âge. Passé ces délais ou si la proportion de jours restant à faire est trop forte, le civiliste est convoqué d'office pour le surplus ou la période concernée, puis il encoure une peine s'il n'effectue pas la période requise. Il n'existe, pas de système similaire ou aussi contraignant dans l'armée. Pour avoir une vision complète de cette discrimination, pénalement grave, il conviendrait encore de comparer le nombre des dispenses pour justes motifs, lesquelles au demeurant ne font que repousser le problème, dispenses accordées tant pour les civilistes que pour les militaires. Nonobstant, vu la nature différente des système de suivi et de répression des deux sortes d'obligations, puisqu'il y a des condamnations pour retard dus au système de suivi contre les civilistes et qu'il n'y en a pas pour les militaires, la discrimination pénale demeure, tout comme demeurera a priori la discrimination sur les durées.

8. 2) Il importe de souligner que le service civil peut et doit pouvoir être demandé en tout temps, c'est d'ailleurs dans la loi<sup>4</sup>.

9. Cela concerne bien sûr la possibilité de demander le service civil depuis une période de service militaire, mais porte surtout sur la nature du conflit de conscience et relève en partie aussi du droit humanitaire.

10. Ainsi, le conflit de conscience peut se développer par une réflexion autonome, mais il peut aussi surgir, progressivement ou soudainement, face à une circonstance rencontrée dans le cadre du service militaire, par exemple lors de la première prise d'arme (il y a hélas des condamnations pour refus d'ordre de personnes qui font à ce moment-là un blocage psychologique) ou en étant mis en confrontation à une arme particulièrement destructive.

11. Il convient aussi, et c'est d'une grande importance, de citer le cas de l'objection de conscience à un ordre criminel, y compris ou surtout si celui-ci viole le droit humanitaire ; objection qui doit en effet pouvoir être exprimée en tout temps et en particulier de façon immédiate au moment de la réception de l'ordre contesté, cette objection devant alors, selon les circonstances, rejeter non-seulement l'ordre contesté lui-même mais aussi l'ensemble du système qui produit ou maintient cet ordre injuste, à tout le moins si l'ordre est maintenu, car alors seul le refus personnel et complet du système permettant, à défaut de pouvoir l'empêcher, la réalisation de ce ordre illégal et des ses conséquences, de préserver la conscience, et donc l'innocence de la personne confrontée à une telle situation. L'objection de conscience à une circonstance particulière devenant alors une objection au sens usuel du terme, une objection d'ensemble au service militaire<sup>5</sup>.

---

<sup>2</sup> Détail du calcul : <http://www.infodroit.ch/spip.php?article44>

<sup>3</sup> Ordonnance sur les obligations militaires (OMI), 1.1.2018, [art. 19](#).

<sup>4</sup> Loi sur le service civil, [art. 16](#).

<sup>5</sup> Voir par exemple, [Jacques Verhaegen](#) : «Le refus d'obéissance aux ordres manifestement criminels », revue du CICR, vol. 84, n° 845, mars 2002.



### Analyse des mesures proposées

**Mesure 1:** 150 jours de service civil pour toutes personnes n'ayant pas terminés ses « services d'instruction » et ayant moins de 100 jours de service militaire restant.

#### Appréciation générale

12. Par « services d'instruction », il est entendu toutes les périodes de services militaires, à savoir écoles de recrues, écoles de cadres et cours de répétition<sup>6</sup>.

13. La proposition équivaldrait à « condamner », imposer à tout militaire ayant entre 1 et 100 jours de service militaire encore à faire à effectuer 150 jours de service civil.

14. La mesure incite à terminer ses obligations militaires au lieu de demander le service civil.

15. Partant du constat, hautement probable<sup>7</sup>, selon lequel les pertes en effectifs augmentent en fonction de l'âge par lassitude, perte d'intérêt ou en raison de l'augmentation des obligations professionnelles et familiales. Il conviendrait toutefois de disposer des chiffres du nombre des personnes qui quittent l'arme dans ces tranches d'âge soit pour le service civil, soit pour raisons médicales. En effet, si le problème est une question d'emploi du temps, la demande de service civil est d'autant plus contre-productive.

16. A cet aulne, la mesure aura pour effet principal d'augmenter le nombre de demandes médicales et assez peu de diminuer le nombre de service civil. Quand à sa capacité à renforcer la motivation pour l'armée, elle est ici hors contexte – ce n'est pas notre problème ou celui du service civil – et elle n'est que très indirecte, la diminution de l'attrait du service civil n'augmentant pas pour autant l'attrait pour l'armée.

#### Calculs concernant la mesure proposée

17. Dans la pratique, divers types de calculs sont possibles pour déterminer les effets et les proportions de la proposition. Mes connaissances mathématiques sont limitées, donc d'autres calculs sont peut-être possibles ou éventuellement meilleurs, mais ceux-ci révèlent plusieurs des effets pervers de la proposition:

a. Le facteur multipliant le nombre de jours à faire est, avec la proposition exponentiel : La personne qui aurait 1 seul jour d'armée encore à faire se retrouverait à en faire 150 jours, soit 150 fois plus que le nombre de jour d'armée requis.

Dans le détail, un militaire à qui il resterait :

1 cours de répétition (CR), soit 19 jours (150/19), verrait le multiplicateur passer de 1.5 à 7.89

2 cours de répétition, le facteur (150/38) est encore du quadruple (3.94)

3 cours de répétition, le facteur descend à 2.63

4 cours de répétition, le facteur est de 2 (1.97)

5 cours de répétition le facteur est encore de 1.57, soit plus haut que la loi actuelle ou que le facteur attribué aux civilistes ayant encore plus de jours.

Ce n'est donc qu'avec 6 cours de répétition encore à faire, soit avec le nombre total des cours de répétition à faire par les soldats, et donc durant le premier cours de répétition que l'ajout systématique de 150 jours, rejoint le facteur général de 1.5.

*Dit autrement, à quelques jours prêts, quiconque demanderait le service civil après l'école de recrue devrait faire 150 jours de service civil au moins, quelque soit le nombre de jour d'armée restant à faire. Pourquoi ne pas le dire ?*

b. Le calcul peut aussi être fait en tenant compte des jours de service militaires et civils faits au total.

Exemple pour un soldat :

Ecole de recrue de 124 jours, solde 121 jours de service en CR. Total 245<sup>(8)</sup>. Service civil complet, 245 X 1.5 = 367 jours de service civil.

Jours de service mil faits : 244 (au lieu de 245)+150=394 (proposition). Système actuel : 244 + 2 (1 x 1.5) = 246 (actuel). Différence : 148 jours à faire en plus qu'avec le système actuel et ... 27 de plus qu'en ayant demandé le service civil dès le recrutement.

<sup>6</sup> Loi sur l'armée et l'administration militaire (LAAM), [art. 41](#).

<sup>7</sup> La permanence que nous représentons confirme, à sa modeste mesure, cette tendance. Les hommes de plus de 25 ans sont relativement nombreux à vouloir mettre un terme à leurs obligations militaires et leur nombre augmente avec l'âge

<sup>8</sup> OMI, [art. 47](#).



Jours de service faits :  $238 (6 \text{ CR faits}) + 150 = 388$  jours à faire ou (système actuel)  $238 + 9 (6 \times 1.5) = 247$ . Différence : 141 jours de service civil en plus qu'avec le système actuel, mais aussi 21 jours de service (mil et civ) en plus de ce que ce même soldat aurait eu à faire s'il avait demandé le service civil dès la fin du recrutement.

En cela, le service est *punitif parce qu'il impose des jours en plus ... pour avoir accepté de faire presque tout son service militaire !!!*

Jours de service faits :  $219 (5 \text{ CR}) + 150 = 369$  ou (actuel :)  $219 + 39 (26 \times 1.5) = 258$ . Différence : 111 jours de plus que le système actuel, mais encore 2 jours de plus qu'avec un service civil demandé dès l'origine.

Jours de service faits  $200 (4 \text{ CR}) + 150 = 350$  ou actuel  $200 + 68 (45 \times 1.5) = 268$ . Différence : 82 en plus que le système actuel.

A partir d'ici le nombre total de jours faits devient inférieur à un service civil demandé d'emblée et donc les jours de service militaire faits diminuent le nombre total de jours à faire.

Jours de service faits  $181 (3 \text{ CR}) + 150 = 331$  ou  $181 + 96 (64 \times 1.5) = 277$ . Différence, 54 jours de service civil en plus, mais 90 de moins qu'avec un service civil complet.

Jours de service faits  $162 (2 \text{ CR}) + 150 = 312$  ou

Jours de service faits  $143 (1 \text{ CR}) + 150 = 293$  ou  $143 + 156 (101 \times 1.5) = 299$  Différence  $\pm 0$ .

#### Effets pour la pratique

c. Les effets du nouveau système sur les intérêts des candidats civilistes, en termes de jours à faire seraient les suivants :

- 1) Le facteur de 1.5 s'applique durant l'école de recrue, voir durant le 1<sup>er</sup> CR. Inchangé.
- 2) Tout jour d'armée fait durant cette période diminue effectivement le nombre total (armée et sc) de jours à faire, par rapport à un service civil complet. Inchangé.
- 3) Dès le 2<sup>ème</sup> CR et jusqu'au 4<sup>ème</sup> CR, le nouveau système augmente progressivement, par rapport à l'ancien, effet étrange, le nombre de jours total à faire, même si l'on fait ces CR, soit d'avoir à faire encore plus de service en tout parce que l'on fait de l'armée (absurde !), puis d'avoir à faire du service civil en plus, même si le nombre de jours total de service civil et militaire reste inférieur à ce que devrait faire un civiliste de la première heure mis au facteur 1.5).

Exemple : Faire un 2<sup>ème</sup> CR de 19 jours et demander le sc, ajoute en plus de ces 19 jours 17 jours de service en tout (civil et militaire) par rapport au système actuel, dans lequel le civiliste en faisant ce CR épargnerait 9 jours de service civil ( $19 - x 1.5$ ). (Nouveau :  $162 \text{ SM} + 150 \text{ SC} = 312$  Ancien  $162 + 125$  (solde de  $83 \times 1.5$ ) = 287, nouveau = J plus 25. S'il ne fait pas ce CR (ancien  $\text{SM } 143 + \text{SC } 152 (101 \times 1.5) = 295$  soit quelques jours en plus de SC pour ne pas avoir fait ce cours (295 au lieu 287), mais toujours au total 17 jours de moins qu'en faisant ce CR dans le système proposé, lequel augmente donc le nombre de jours à faire sans donner de diminution pour ceux faits.

Idem pour les 3<sup>ème</sup> et 4<sup>ème</sup> CR. Je renonce aux calculs ici, mais le nombre de jours d'armée faits sans diminuer le nombre de jours de service totaux augmentera d'autant, par rapport à quelqu'un qui demande le SC après l'ER ou le 1<sup>er</sup> CR.

- 4) Dès le 5<sup>ème</sup> CR, le nombre total (SC et SM) de jours à faire devient plus grand que quelqu'un qui demande le service civil dès le 1<sup>er</sup> jour.

d. En résumé, il ne sera intéressant, en terme de jours à faire (ou rentable) de demander le service qu'entre le recrutement et la fin du 1<sup>er</sup> cours de répétition. A l'inverse, toute demande faite ultérieurement augmentera, de plus en plus gravement, la charge totale du nombre de jours à faire, laquelle dépassera, si le SC est demandé durant ou après le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, le nombre de jours à faire pour quelqu'un qui demande le service civil avant l'ER.

18. Tactiquement, pour le soutien aux objecteurs, l'intérêt à demander le service civil entre le recrutement et la fin de l'école de recrue reste similaire. Par contre, plus le militaire avance dans sa carrière militaire, plus la charge de jours augmente, plus il devient difficile de demander le service civil (et plus sera grande le besoin de demander la voie bleue).

19. Cela n'aura pas pour effet de diminuer fortement le nombre de demandes de service civil, puisque les demandes seront soit pour une part reportées plus tôt dans la carrière militaire, soit transformées en demande médicales et que rares seront les personnes qui en fin de carrière militaire décideront de finir leur service plutôt que de sortir de l'armée, d'une façon ou d'une autre.



### La durée du service civil en droit

20. En droit Suisse, le facteur légal de 1.5 est le même depuis l'origine. Avec toutefois la réserve présentée ci-dessus au point 6 concernant la durée effective (et non légale) située aux environ de 1.8.

21. Le droit international, le Comité des droits de l'homme et la Cour européenne des droits de l'homme, tiennent de jurisprudence constante le fait que le service civil doit être de nature civile et non-punitif.

22. Une durée supérieure au double du service militaire à remplacer est considérée comme excessive<sup>9</sup>. Ainsi, l'attribution à toute personne ayant moins de 75 jours de service militaire à faire de 150 jours de service civil serait contraire au droit international.

23. Mais c'est dans son ensemble, ou à tout le moins dès le 2<sup>ème</sup> cours de répétition, que la mesure est discriminatoire. D'abord parce que plus, ils servent dans l'armée, plus elle pénalise les militaires qui demandent le service civil. Ensuite, parce qu'elle traite différemment des personnes dans des situations similaires, à savoir des personnes présentant une demande de service civil, demande qui est de même nature quel que soit le moment où elle est faite et pour laquelle le nombre de jours de service militaire accomplis n'a aucune incidence, sauf peut-être à renforcer le besoin de présenter une objection de conscience, ce qui reste sans influence aucune sur le droit fondamental à demander le service civil.

24. La loi sur le service civil pose comme principe que la charge du service civil devrait équivalente à celle de l'armée<sup>10</sup>. Toutefois la mesure proposée, en tous les cas dès le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, puisque la charge en jours à faire est alourdie au-delà de ce que le militaire aurait à faire en demandant le service civil avant l'école de recrue. Ainsi, non-seulement, la personne concernée effectue la plus large part de son service militaire (les 3/4), mais elle y voit ajouté une part importante de service civil (150/367) soit presque la moitié du service civil en plus, pour un total qui dépasse ce qu'elle aurait eu à faire tant à l'armée qu'avec un service civil entier. A ce titre, la mesure est non seulement dissuasive, mais discriminatoire dans la mesure où elle pénalise ceux qui ont déjà fait beaucoup d'armée (ne devraient-ils pas au contraire être pour cela remerciés ?).

25. Par ailleurs, le droit à l'objection de conscience étant un droit fondamental, toute forme de dissuasion, en entravant son libre exercice, est déjà une violation du droit.

26. Et il est finalement, à mon sens, difficile la nature punitive de la mesure, puisque ce sont ceux-là même, qui ont le plus servi dans l'armée, qui se voient le plus pénalisés.

### Résumé :

- Violation du droit international sur la durée du service civil.
- Discrimination entre les civilistes « d'origine » et ceux qui demandent le service civil au cours de leur carrière militaire (l'objection reste la même, pour les mêmes motifs et contre le même service militaire, seule change la situation militaire).
- Mesure probablement punitive.
- Mesure simple en apparence, mais particulièrement compliquée à comprendre et à calculer, entre autres pour les personnes concernées.

---

<sup>9</sup> ONU, Comité des droits de l'homme: Foin v France (Communication No. 666/1995), CCPR/C/D/666/1995, 9 November 1999, para. 10.3, entre autres jurisprudence. Voir aussi: Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 8.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>  
Il existe aussi une traduction allemande de document, p. 21 : [http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV\\_2014-3\\_KDVundAsyl.pdf](http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV_2014-3_KDVundAsyl.pdf)

Voir aussi le rapport quadriennal du Haut Commissaire aux Droits de l'Homme sur l'objection de conscience, 1.5.2017, § 22.  
<http://www.undocs.org/fr/A/HRC/35/4>

<sup>10</sup> LSC 5



### **Mesure 2 :**

Délai d'attente de 12 mois entre le dépôt de la demande et l'admission, avec obligation de faire les périodes de service militaires prévues.

27. La mesure est contraire à la constitution. Celle-ci prévoit, textuellement : « un service de remplacement »<sup>11</sup>. Or un *remplacement du service* n'est en aucun cas un service de remplacement *différé* avec maintien du service à remplacer, en attente du service de remplacement.

Des délais pour la mise en œuvre, par la personne concernée comme par l'administration, du service de remplacement sont acceptable, voir le maintien des obligations en attente de la décision d'admission<sup>12</sup>, mais en aucun le droit à l'objection de conscience ne saurait-il être suspendu.

28. De plus, la proposition est largement impraticable et passablement conflictogène. Les civilistes concernés ne se gêneront pas pour demander des reports, se faire porter malade ou pour ne pas se présenter et leur motifs de conscience finissant toujours par être reconnus, ils ne seront, s'ils sont que partiellement et inégalement sanctionnés pour ces déflections. Sans parler de la charge administrative supplémentaire pour les administrations cantonales.

### Résumé

- Mesure contraire à la constitution.
- Discrimination entre les civilistes qui font une demande avant l'école de recrue, lesquels ne sont pas condamnés à des périodes militaires et ceux qui la font après l'ER, qui doivent en faire ou, vaille que vaille, les faire annuler.
- Mesure de nature à créer de nombreuses difficultés administratives tant pour les conscrits et les civilistes que pour l'administration.

### **Mesure 3 :**

29. Suppression du facteur 1.1 et passage au facteur 1.5 pour les officiers et les sous-officiers supérieurs.

30. Les personnes concernées sont relativement peu nombreuses. Elles ont néanmoins les mêmes droits. Mais surtout toutes ces personnes, qui ont été obligées de revêtir ces fonctions d'encadrement, ont déjà servi, au moment de la demande d'admission au service civil plus de jours d'armée que ne servent les civilistes qui n'en a fait aucun. Le moins gradé de ceux-ci servira un total 440 jours de services au lieu de 245<sup>13</sup>. Pour obtenir son grade, il en aura déjà fait presque autant qu'un soldat normal. Et le solde de jour à faire, qu'il soit multiplié par 1.1. ou 1.5 dépassera de toutes façons le nombre maximal de jours effectués par un civiliste ne faisant pas d'armée du tout.

31. Sachant que l'obligation de grader est imposée, même avec un facteur 1.1, la personne qui demande le service civil alors qu'elle a déjà revêtu son grade est discriminée par rapport à un civiliste qui demande le service avant de recevoir le moindre grade. Augmenté cette durée plus encore, alors que la personne gradée sert déjà plus que toute autre personne sans garde, apparaît là aussi comme punitive.

### Résumé

- En conjonction avec la discrimination décrite ci-après, violation du droit international sur la durée du service de remplacement.
- Discrimination entre les officiers et sous-officiers supérieurs d'une part et les soldats d'autre part en raison d'abord de l'obligation de grader d'abord, pour laquelle les premiers ne peuvent rien, puis du fait qu'en raison de cette obligation, ils ont déjà effectué, contre leur gré, une durée de service aussi importante que les soldats, durée sur laquelle vient ensuite s'ajouter une très longue durée de service civil supplémentaire. Dit autrement, le soldat qui demande le service civil évite non-seulement de grader, mais tous les jours de service civil supplémentaires en cas de conflit de conscience alors que l'officier, qui est en droit de développer un conflit de conscience à tout moment, en est d'autant plus pénalisé.

<sup>11</sup> [Art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement.](#)

<sup>12</sup> [LSC 17 et 17a.](#)

<sup>13</sup> [OMI 47](#)



- Mesure qui ne touche qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 4 :**

32. Interdiction faite aux médecins de faire du service civil en tant que médecins.

33. Là encore, la mesure ne concerne que très peu de personnes. Les médecins ont en moyenne au moins 26-27 ans à la fin de leur formation et ce moment-là, la plupart des périodes longues sont faites. Mais quand bien même, faut-il priver les hôpitaux de ces médecins-là ?

34. Par ailleurs, la mesure est à nouveau discriminatoire ; pourquoi les médecins et pas les géologues, les travailleurs sociaux ou les enseignants ? Là ce ne serait plus seulement certains civilistes, mais tout le service d'intérêt public qui tendrait à être victime d'une vision trop étroite des possibilités de service civil.

35. Enfin, il existe certes une disposition qui interdit certaines affectations en fonction de la personne du civiliste, en particulier si elle favorise sa formation<sup>14</sup>. Et c'est probablement, dans ce contexte que la proposition s'inspirerait. Mais à nouveau, certains militaires exercent des fonctions militaires en lien avec leur profession – et pas seulement des médecins ! – en quoi des civilistes n'auraient-ils pas le droit d'en faire autant ?

#### Résumé

- Mesure hautement discriminatoire (par professions).
- Mesure ne touchant (en l'état, que les médecins) qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 5 :**

36. Pas d'admission au service civil pour les personnes pour lesquelles il ne reste plus de jours de service, mais pour lesquelles il reste des tirs obligatoires.

37. La question est controversée depuis longtemps. Seul sont concernés les militaires en service long, qui restent incorporés ensuite pendant 4 ans<sup>15</sup>. Il conviendrait de savoir combien il y a eu de cas.

38. Pour rappel, les militaires ont la possibilité de déposer l'arme, sans motifs, s'ils ne souhaitent pas la conserver, mais cela ne les dispense pas des tirs<sup>16</sup>.

39. D'abord, il convient de rappeler que l'exécution de tirs obligatoires, dans le cadre d'un service militaire, même terminé, peuvent donner lieu à conflit de conscience, qui plus est si celui-ci peut avoir à se manifester durant une période de 4 ans.

40. En ce sens, la mesure ignore et passe complètement à côté, nie un problème qu'il y aurait pourtant lieu de résoudre.

41. A mon sens, une procédure plus simple qu'une admission au service civil devrait permettre, par exemple mais en tous les cas pour motifs de conscience légitimes, de remettre l'arme définitivement et d'être ainsi dispensé des tirs obligatoires.

#### Résumé

- Violation du droit à l'objection de conscience
- Mesure administrative inadéquate
- Mesure ne touchant qu'un nombre limité de personne

#### **Mesure 6 :**

42. Les civilistes sont tenus de faire une période de service civil par année dès l'admission.

---

<sup>14</sup> [LSC 4a](#)

<sup>15</sup> [LAAM 54a](#)

<sup>16</sup> Ordonnance concernant l'équipement personnel des militaires (OEPM), [art. 6a](#).



43. La mesure existe déjà, [art. 39a](#) de l'ordonnance sur le service civil : « La personne astreinte au service civil *effectue chaque année* des affectations de service civil d'une durée de 26 jours au moins à partir de la deuxième année civile au plus tard ».

44. Les reports étant relativement fréquents, on peut se demander si c'est ceux-ci qu'il s'agit de limiter, mais le texte de la mesure est pour le surplus inutile.

#### Résumé

- Proposition de mesure incompétente, mesure déjà prévue par la loi.

#### Mesure 7 :

45. Obligation pour les personnes en service long, d'effectuer la période longue de service civile dans l'année qui suit (et non pas dans les trois ans qui suivent) l'admission au service civil.

46. Imposer un service civil long est une vieille mesure de 2011, que le Tribunal administratif fédéral avait annulée en raison de [l'article 20 de la LSC](#) qui stipule que le SC peut être fait en une ou plusieurs périodes<sup>17</sup>.

47. Depuis toujours, nous recommandons aux militaires en service long de passer d'abord au service normal, avant de demander le service civil, entre autres afin d'éviter le surplus de jours, actuellement 55 jours de service militaire ou 82 jours de service civil en plus<sup>18</sup>. Notre recommandation ne changera pas.

48. De plus, la mesure ne prévoit cette obligation que si l'école de recrue n'est pas terminée, or l'école de recrue est considérée comme terminée si 80% de ses jours ont été accomplis<sup>19</sup>; soit pour une école usuelle de 124 jours, dès le 100<sup>ème</sup> jour d'école de recrue. Mais dans la pratique, la demande de service civil peut être faite quelques jours plutôt, puisque celle-ci prend quelques jours, voir semaines à condition pour cela que l'admission à la fin du processus de demande intervienne après le 100<sup>ème</sup> jour de service.

49. Que ce soit en passant au service normal et en attendant les 80% de son service militaire (dans des conditions « suffisantes ») – si encore au service long avec les jours en sus – il est très facile d'éviter cette mesure et peu nombreux sont ceux qui se retrouveront à devoir faire une période longue ou leur période longue de service civile dans l'année qui suit. Au demeurant si un plan de carrière avait prévu une mise en suspend de celui-ci pour le service militaire long, avec une libération en fin d'école de recrue et une affectation longue trouvée rapidement, celle-ci peut être faite dans le temps préalablement dévolu au service militaire long.

50. La mesure est aussi discriminatoire puisqu'elle traite plus durement les militaires en service long que les militaires en service normal d'une part, et alors plus durement que les civilistes n'ayant pas débuté l'école de recrue d'autre part.

#### Résumé

- Mesure facile à contourner, voire à accommoder.
- Mesure ne concernant alors plus qu'un nombre limité de personne.
- Mesure discriminatoire.

#### Considérations finales

51. Les mesures 1 et 3 violent le droit international sur la durée du service civil.

52. La mesure 2 viole la constitution sur la notion de service de remplacement et la mesure 5 viole la constitution sur le droit à un service de remplacement.

53. Les mesures 1, 3, 4 et 7 sont clairement discriminatoires et violent à un titre ou un autre l'égalité de traitement.

54. Les mesures 3, 4, 5 et 7 ne touchent que – mais gravement – un nombre limité de personnes. À ce titre, le but premier de ces mesures n'est probablement pas ou que partiellement de toucher ces personnes-là, voire de les maintenir dans l'armée mais de donner l'impression qu'il est difficile ou déconseillé, qu'il est

<sup>17</sup> <http://www.infodroit.ch/spip.php?article91>

<sup>18</sup> [OMI 111](#)

<sup>19</sup> [OMI 57](#) ou [37 ordonnance sur le service civil \(OSI\)](#) (même teneur).



même dissuadé de sortir de l'armée. Un tel but viole le droit au service civil et un service civil non-discriminatoire et non-punitif.

55. Il convient d'ajouter à ce propos que les instances et jurisprudences internationales ont reconnus sans hésiter le droit à l'objection de conscience pour les appelés, comme pour les volontaires et les professionnels. Autrement dit et pour ce qui nous occupe ici, le droit à l'objection de conscience et au service de remplacement est et reste le même, ne saurait donc subir d'aggravation dans l'exercice du droit, soit l'accès au service civil, comme dans sa réalisation, soit l'accomplissement du service civil, que la personne concernée aie commencé ou non à servir dans l'armée<sup>20</sup>.

56. Les mesures 2, 3 et 4 supposent des difficultés de mise en œuvre particulièrement importantes. La mesure 5 pourrait faire l'objet d'une simplification administrative.

57. La mesure 6 est inutile, une aberration puisqu'elle préconise quelque chose qui existe déjà.

58. L'analyse de l'ensemble de ces mesures donne l'impression forte que l'armée est très embarrassée, mal à l'aise en raison des demandes service civil issues des ses rangs.

59. Ainsi quand bien même l'ensemble de ces mesures, si elles venaient à être mise en œuvre, aurait pourrait effet d'inciter les conscrits à demander le service civil bien plus tôt, ce qui n'est pas utile à l'armée non plus, il conviendrait de combattre ces mesures pour les effets et les complications graves qu'elles imposent, en toutes sortes de circonstances, aux militaires.

60. Il convient aussi de constater que les mesures proposées font preuve d'une méconnaissance, tant du droit international que du droit constitutionnel suisse qui confine à l'impréparation, voire au mépris, tant des civilistes que des militaires.

61. Enfin, dans le cadre des réactions à ces propositions de mesures, il conviendra de rappeler certaines ou l'ensemble de nos revendications de base, à savoir une présence civile lors du recrutement afin de faciliter son impartialité, un durée raisonnable et une compensation financière garantissant au moins l'accès au minimum vital<sup>21</sup>.

Christophe Barbey,  
Juriste, permanent depuis 2006

---

<sup>20</sup> Voir les résolutions du Conseil des Droits de l'Homme, par exemple la résolution du 8 octobre 2013, art. 12 [A/RES/HRC/24/17](#) ou Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 4.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

<sup>21</sup> Avec une APG de 62.- par jour durant l'ER ou son équivalent au service civil, ou en cas d'absence de salaire préalable au service ou de droit à son équivalent, avec 1'800.- par mois ~, le minimum vital n'est pas atteint. Le dernier rapport du haut commissaire aux droits de l'homme mentionne une trop faible rémunération comme étant de nature punitive. [A/HRC/35/4](#), § 21.

Männerspezifische  
Suchtarbeit

Zertifiziertes Unternehmen  
im Gesundheitswesen

Zivildienst Zentralsstelle	
21. Aug. 2018	
Eingescannt	Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Niederbuchsiten, 20. August 2018

## Stellungnahme der casa fidelio zur Änderung des Zivildienstgesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### Einleitung und grundsätzliche Beurteilung

Die casa fidelio ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### Kein Handlungsbedarf

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Hand-

lungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

### **Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen**

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoß gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

### **Unklare Auswirkungen**

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Die casa fidelio weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee, die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Die casa fidelio lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

### **Eigene Vorschläge**

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet die casa fidelio, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Die casa fidelio schlägt dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.

- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

### **Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdiensttage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Diensttage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist die casa fidelio auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.“*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für die casa fidelio ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

### **Massnahme 2: Wartezeit von 12 Monaten**

Eine Wartezeit von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Diensttage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartezeit führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartezeiten bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartezeit mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

### **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

Die casa fidelio geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Diensttage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Diensttage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

**Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

**Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht der casa fidelio besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

Die casa fidelio ist der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

**Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Die casa fidelio sieht absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildiensttage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Diensttage erfüllen (2017: 96.7% aller Diensttage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Diensttage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Diensttage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.

**Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

**Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

Die casa fidelio bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüßen.

Im Namen der casa fidelio



Fabian Müller  
Geschäftsführer



Zivildienst Zentralstelle
21. Aug. 2018
Eingescannt Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>

Permanence romande pour civilistes et militaires  
Permanence@infodroit.ch ou  
Le mardi de 12 à 14 heures au 026 925 80 66.  
Pour les urgences, 079 524 35 74, veuillez laisser un message.

Flendruz, 16 juin 2018

**Avis de droit**  
*A qui de droit*

**7 mesures du Conseil fédéral destinées à la consultation.  
Modifications de la loi sur le service civil.  
2018**

**En préalable**

1. Le droit à l'objection de conscience est un droit fondamental internationalement reconnu.
2. Il est reconnu par les jurisprudences du Comité des droits de l'homme et de la Cour Européenne des droits de l'homme, il est présent dans la constitution suisse<sup>1</sup>.
3. Ce droit s'appuie essentiellement tant sur le refus impératif de tuer que sur le refus de résoudre les conflits par la violence.
4. Le conflit entre l'obligation constitutionnelle de servir dans l'armée d'une part et la conscience d'autre part (appelé conflit de conscience) peut se manifester sous diverses formes et à divers moments, de façons plus ou moins virulentes ou soudaines, y compris parfois par des somatisations ou des actes de rébellions. La problématique a été largement résolue par deux mesures:
5. 1) Il a été renoncé au « contrôle de conscience » en adoptant le système dit de la preuve par l'acte, soit l'acceptation, par la personne qui demande le service civil d'une durée plus longue pour ce service que celle requise pour le service militaire.

Cette mesure a pour avantage (en plus d'une forte diminution de la charge administrative) d'éviter d'une part l'aggravation et la stigmatisation du conflit de conscience par son besoin de le confronter à la procédure et de libérer d'autre part la personne concernée d'une appréhension et d'une expression intellectuelle et verbalisée de ce conflit, inévitablement discriminatoire selon le niveau d'éducation, et sujette d'autre part à des biais divers, puisque le résultat de l'examen dépendait largement du degré de préparation à celui-ci plutôt que de la nature même, des sources et des raisons du conflit de conscience.

6. Il convient toutefois de noter que ce système de quotité a dès le début présenté un défaut important, au demeurant partiellement caché des civilistes eux-mêmes, dans la mesure où la durée de service civil requise par la loi (1 fois et demie – 1,5 – celle du service militaire encore à faire au moment de la demande) est dans la pratique comparativement différente de la durée du service militaire réellement effectuée par les militaires libérés lorsqu'ils atteignent la limite d'âge. En effet, ceux-ci se voient alors remettre le solde des jours de service non-effectués, alors que les civilistes se voient pénalement condamnés s'ils n'effectuent pas l'entier de leurs jours avant la même limite d'âge (limite par ailleurs par elle-même plus exigeante, puisqu'ils ont plus de jours à effectuer dans le même laps de temps). L'armée a de plus tardé à donner les chiffres permettant de mesurer cette différence des durées respectives des

<sup>1</sup> Constitution fédérale (Cst.) Article 10 sur la droit à la vie, art. 15 sur la liberté de conscience, art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement.

Permanence romande pour les civilistes et les militaires.

C/°Infodroit.ch. Route des Siemes Picaz 46. 1659 Flendruz.

Membre de la Chambre genevoise de l'économie sociale et solidaire, [www.apres.ge](http://www.apres.ge)

Banque Alternative Suisse, ccp 46-110-7, BIC (SWIFT) ABSOCH22, IBAN CH35 0839 0033 2553 1000 2



services. Pourtant des estimations raisonnables permettraient d'évaluer le nombre de jours de service civil effectués pour les civilistes demandant le service civil pour l'entier de leur périodes de service militaires comme étant environ du double du nombre de jour effectué en moyenne par les soldats terminant leur obligation à la limite d'âge<sup>2</sup>. Actuellement, ce taux semble s'être amélioré un peu, mais la durée comparée du service civil resterait de 1.8 plus élevée que la durée des services militaires, et non pas les 1.5 que stipule la loi. Il conviendra de vérifier les effets de la nouvelle loi sur l'armée sur cette problématique, la limite d'âge n'étant plus un âge fixe (p. ex. 34 ans), mais devenant un nombre de dix années pour faire les services requis après l'école de recrue<sup>3</sup>.

7. De plus la discrimination pénale demeure, puisque contrairement au service civil, aucune mesure permettant d'assurer le rythme et le progrès de la réalisation des périodes de service militaire, mesure accompagnées dans la loi sur le service civil de mesures pénales en cas de retards, n'ont été introduites dans la nouvelle législation sur la l'armée. Ainsi, le civiliste doit accomplir certaines périodes (la première suivant l'admission et la période longue) selon des délais fixes et il ne doit pas lui rester plus d'une certaine proportion de jours à faire avant d'atteindre la limite d'âge. Passé ces délais ou si la proportion de jours restant à faire est trop forte, le civiliste est convoqué d'office pour le surplus ou la période concernée, puis il encoure une peine s'il n'effectue pas la période requise. Il n'existe, pas de système similaire ou aussi contraignant dans l'armée. Pour avoir une vision complète de cette discrimination, pénalement grave, il conviendrait encore de comparer le nombre des dispenses pour justes motifs, lesquelles au demeurant ne font que repousser le problème, dispenses accordées tant pour les civilistes que pour les militaires. Nonobstant, vu la nature différente des système de suivi et de répression des deux sortes d'obligations, puisqu'il y a des condamnations pour retard dus au système de suivi contre les civilistes et qu'il n'y en a pas pour les militaires, la discrimination pénale demeure, tout comme demeurera a priori la discrimination sur les durées.

8. 2) Il importe de souligner que le service civil peut et doit pouvoir être demandé en tout temps, c'est d'ailleurs dans la loi<sup>4</sup>.

9. Cela concerne bien sûr la possibilité de demander le service civil depuis une période de service militaire, mais porte surtout sur la nature du conflit de conscience et relève en partie aussi du droit humanitaire.

10. Ainsi, le conflit de conscience peut se développer par une réflexion autonome, mais il peut aussi surgir, progressivement ou soudainement, face à une circonstance rencontrée dans le cadre du service militaire, par exemple lors de la première prise d'arme (il y a hélas des condamnations pour refus d'ordre de personnes qui font à ce moment-là un blocage psychologique) ou en étant mis en confrontation à une arme particulièrement destructive.

11. Il convient aussi, et c'est d'une grande importance, de citer le cas de l'objection de conscience à un ordre criminel, y compris ou surtout si celui-ci viole le droit humanitaire; objection qui doit en effet pouvoir être exprimée en tout temps et en particulier de façon immédiate au moment de la réception de l'ordre contesté, cette objection devant alors, selon les circonstances, rejeter non-seulement l'ordre contesté lui-même mais aussi l'ensemble du système qui produit ou maintient cet ordre injuste, à tout le moins si l'ordre est maintenu, car alors seul le refus personnel et complet du système permettant, à défaut de pouvoir l'empêcher, la réalisation de ce ordre illégal et des ses conséquences, de préserver la conscience, et donc l'innocence de la personne confrontée à une telle situation. L'objection de conscience à une circonstance particulière devenant alors une objection au sens usuel du terme, une objection d'ensemble au service militaire<sup>5</sup>.

<sup>2</sup> Détail du calcul : <http://www.infodroit.ch/spip.php?article44>

<sup>3</sup> Ordonnance sur les obligations militaires (OMI), 1.1.2018, [art. 19](#).

<sup>4</sup> Loi sur le service civil, [art. 16](#).

<sup>5</sup> Voir par exemple, [Jacques Verhaegen](#) : «Le refus d'obéissance aux ordres manifestement criminels », revue du CICR, vol. 84, n° 845, mars 2002.



### Analyse des mesures proposées

**Mesure 1:** 150 jours de service civil pour toutes personnes n'ayant pas terminés ses « services d'instruction » et ayant moins de 100 jours de service militaire restant.

#### Appréciation générale

12. Par « services d'instruction », il est entendu toutes les périodes de services militaires, à savoir écoles de recrues, écoles de cadres et cours de répétition<sup>6</sup>.

13. La proposition équivaldrait à « condamner », imposer à tout militaire ayant entre 1 et 100 jours de service militaire encore à faire à effectuer 150 jours de service civil.

14. La mesure incite à terminer ses obligations militaires au lieu de demander le service civil.

15. Partant du constat, hautement probable<sup>7</sup>, selon lequel les pertes en effectifs augmentent en fonction de l'âge par lassitude, perte d'intérêt ou en raison de l'augmentation des obligations professionnelles et familiales. Il conviendrait toutefois de disposer des chiffres du nombre des personnes qui quittent l'arme dans ces tranches d'âge soit pour le service civil, soit pour raisons médicales. En effet, si le problème est une question d'emploi du temps, la demande de service civil est d'autant plus contre-productive.

16. A cet aulne, la mesure aura pour effet principal d'augmenter le nombre de demandes médicales et assez peu de diminuer le nombre de service civil. Quand à sa capacité à renforcer la motivation pour l'armée, elle est ici hors contexte – ce n'est pas notre problème ou celui du service civil – et elle n'est que très indirecte, la diminution de l'attrait du service civil n'augmentant pas pour autant l'attrait pour l'armée.

#### Calculs concernant la mesure proposée

17. Dans la pratique, divers types de calculs sont possibles pour déterminer les effets et les proportions de la proposition. Mes connaissances mathématiques sont limitées, donc d'autres calculs sont peut-être possibles ou éventuellement meilleurs, mais ceux-ci révèlent plusieurs des effets pervers de la proposition:

a. Le facteur multipliant le nombre de jours à faire est, avec la proposition exponentiel : La personne qui aurait 1 seul jour d'armée encore à faire se retrouverait à en faire 150 jours, soit 150 fois plus que le nombre de jour d'armée requis.

Dans le détail, un militaire à qui il resterait :

1 cours de répétition (CR), soit 19 jours (150/19), verrait le multiplicateur passer de 1.5 à 7.89

2 cours de répétition, le facteur (150/38) est encore du quadruple (3.94)

3 cours de répétition, le facteur descend à 2.63

4 cours de répétition, le facteur est de 2 (1.97)

5 cours de répétition le facteur est encore de 1.57, soit plus haut que la loi actuelle ou que le facteur attribué aux civilistes ayant encore plus de jours.

Ce n'est donc qu'avec 6 cours de répétition encore à faire, soit avec le nombre total des cours de répétition à faire par les soldats, et donc durant le premier cours de répétition que l'ajout systématique de 150 jours, rejoint le facteur général de 1.5.

*Dit autrement, à quelques jours prêts, quiconque demanderait le service civil après l'école de recrue devrait faire 150 jours de service civil au moins, quelque soit le nombre de jour d'armée restant à faire. Pourquoi ne pas le dire ?*

b. Le calcul peut aussi être fait en tenant compte des jours de service militaires et civils faits au total. Exemple pour un soldat :

Ecole de recrue de 124 jours, solde 121 jours de service en CR. Total 245<sup>8</sup>. Service civil complet, 245 X 1.5 = 367 jours de service civil.

Jours de service mil faits : 244 (au lieu de 245)+150=394 (proposition). Système actuel : 244 + 2 (1 x 1.5) = 246 (actuel). Différence : 148 jours à faire en plus qu'avec le système actuel et ... 27 de plus qu'en ayant demandé le service civil dès le recrutement.

<sup>6</sup> Loi sur l'armée et l'administration militaire (LAAM), art. 41.

<sup>7</sup> La permanence que nous représentons confirme, à sa modeste mesure, cette tendance. Les hommes de plus de 25 ans sont relativement nombreux à vouloir mettre un terme à leurs obligations militaires et leur nombre augmente avec l'âge

<sup>8</sup> OMI, art. 47.



Jours de service faits :  $238 (6 \text{ CR faits}) + 150 = 388$  jours à faire ou (système actuel)  $238 + 9 (6 \times 1.5) = 247$ . Différence : 141 jours de service civil en plus qu'avec le système actuel, mais aussi 21 jours de service (mil et civ) en plus de ce que ce même soldat aurait eu à faire s'il avait demandé le service civil dès la fin du recrutement.

En cela, le service est *punitif* parce qu'il impose des jours en plus ... pour avoir accepté de faire presque tout son service militaire !!!

Jours de service faits :  $219 (5 \text{ CR}) + 150 = 369$  ou (actuel) :  $219 + 39 (26 \times 1.5) = 258$ . Différence : 111 jours de plus que le système actuel, mais encore 2 jours de plus qu'avec un service civil demandé dès l'origine.

Jours de service faits  $200 (4 \text{ CR}) + 150 = 350$  ou actuel  $200 + 68 (45 \times 1.5) = 268$ . Différence : 82 en plus que le système actuel.

À partir d'ici le nombre total de jours faits devient inférieur à un service civil demandé d'emblée et donc les jours de service militaire faits diminuent le nombre total de jours à faire.

Jours de service faits  $181 (3 \text{ CR}) + 150 = 331$  ou  $181 + 96 (64 \times 1.5) = 277$ . Différence, 54 jours de service civil en plus, mais 90 de moins qu'avec un service civil complet.

Jours de service faits  $162 (2 \text{ CR}) + 150 = 312$  ou

Jours de service faits  $143 (1 \text{ CR}) + 150 = 293$  ou  $143 + 156 (101 \times 1.5) = 299$  Différence  $\pm 0$ .

#### Effets pour la pratique

c. Les effets du nouveau système sur les intérêts des candidats civilistes, en termes de jours à faire seraient les suivants :

1) Le facteur de 1.5 s'applique durant l'école de recrue, voir durant le 1<sup>er</sup> CR. Inchangé.

2) Tout jour d'armée fait durant cette période diminue effectivement le nombre total (armée et sc) de jours à faire, par rapport à un service civil complet. Inchangé.

3) Dès le 2<sup>ème</sup> CR et jusqu'au 4<sup>ème</sup> CR, le nouveau système augmente progressivement, par rapport à l'ancien, effet étrange, le nombre de jours total à faire, même si l'on fait ces CR, soit d'avoir à faire encore plus de service en tout parce que l'on fait de l'armée (absurde !), puis d'avoir à faire du service civil en plus, même si le nombre de jours total de service civil et militaire reste inférieur à ce que devrait faire un civiliste de la première heure mis au facteur 1.5).

Exemple : Faire un 2<sup>ème</sup> CR de 19 jours et demander le sc, ajoute en plus de ces 19 jours 17 jours de service en tout (civil et militaire) par rapport au système actuel, dans lequel le civiliste en faisant ce CR épargnerait 9 jours de service civil ( $19 - x \times 1.5$ ). (Nouveau :  $162 \text{ SM} + 150 \text{ SC} = 312$  Ancien  $162 + 125$  (solde de  $83 \times 1.5) = 287$ , nouveau = J plus 25. S'il ne fait pas ce CR (ancien  $\text{SM } 143 + \text{SC } 152 (101 \times 1.5) = 295$  soit quelques jours en plus de SC pour ne pas avoir fait ce cours (295 au lieu 287), mais toujours au total 17 jours de moins qu'en faisant ce CR dans le système proposé, lequel augmente donc le nombre de jours à faire sans donner de diminution pour ceux faits.

Idem pour les 3<sup>ème</sup> et 4<sup>ème</sup> CR. Je renonce aux calculs ici, mais le nombre de jours d'armée faits sans diminuer le nombre de jours de service totaux augmentera d'autant, par rapport à quelqu'un qui demande le SC après l'ER ou le 1<sup>er</sup> CR.

4) Dès le 5<sup>ème</sup> CR, le nombre total (SC et SM) de jours à faire devient plus grand que quelqu'un qui demande le service civil dès le 1<sup>er</sup> jour.

d. En résumé, il ne sera intéressant, en terme de jours à faire (ou rentable) de demander le service qu'entre le recrutement et la fin du 1<sup>er</sup> cours de répétition. A l'inverse, toute demande faite ultérieurement augmentera, de plus en plus gravement, la charge totale du nombre de jours à faire, laquelle dépassera, si le SC est demandé durant ou après le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, le nombre de jours à faire pour quelqu'un qui demande le service civil avant l'ER.

18. Tactiquement, pour le soutien aux objecteurs, l'intérêt à demander le service civil entre le recrutement et la fin de l'école de recrue reste similaire. Par contre, plus le militaire avance dans sa carrière militaire, plus la charge de jours augmente, plus il devient difficile de demander le service civil (et plus sera grande le besoin de demander la voie bleue).

19. Cela n'aura pas pour effet de diminuer fortement le nombre de demandes de service civil, puisque les demandes seront soit pour une part reportées plus tôt dans la carrière militaire, soit transformées en demande médicales et que rares seront les personnes qui en fin de carrière militaire décideront de finir leur service plutôt que de sortir de l'armée, d'une façon ou d'une autre.

Permanence romande pour les civilistes et les militaires.

C/°Infodroit.ch. Route des Siernes Picaz 46. 1659 Flendruz.

Membre de la Chambre genevoise de l'économie sociale et solidaire, [www.apres.ge](http://www.apres.ge)

Banque Alternative Suisse, ccp 46-110-7, BIC (SWIFT) ABSOCH22, IBAN CH35 0839 0033 2553 1000 2



### La durée du service civil en droit

20. En droit Suisse, le facteur légal de 1.5 est le même depuis l'origine. Avec toutefois la réserve présentée ci-dessus au point 6 concernant la durée effective (et non légale) située aux environ de 1.8.

21. Le droit international, le Comité des droits de l'homme et la Cour européenne des droits de l'homme, tiennent de jurisprudence constante le fait que le service civil doit être de nature civile et non-punitif.

22. Une durée supérieure au double du service militaire à remplacer est considérée comme excessive<sup>9</sup>. Ainsi, l'attribution à toute personne ayant moins de 75 jours de service militaire à faire de 150 jours de service civil serait contraire au droit international.

23. Mais c'est dans son ensemble, ou à tout le moins dès le 2<sup>ème</sup> cours de répétition, que la mesure est discriminatoire. D'abord parce que plus, ils servent dans l'armée, plus elle pénalise les militaires qui demandent le service civil. Ensuite, parce qu'elle traite différemment des personnes dans des situations similaires, à savoir des personnes présentant une demandant une de service civil, demande qui est de même nature quel que soit le moment où elle est faite et pour laquelle le nombre de jours de service militaire accomplis n'a aucune incidence, sauf peut-être à renforcé le besoin de présenté une objection de conscience, ce qui reste sans influence aucune sur le droit fondamental à demander le service civil.

24. La loi sur le service civil pose comme principe que la charge du service civil devrait équivalente à celle de l'armée<sup>10</sup>. Toutefois la mesure proposée, en tous les cas dès le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, puisque la charge en jours à faire est alourdie au-delà de ce que le militaire aurait à faire en demandant le service civil avant l'école de recrue. Ainsi, non-seulement, la personne concernée effectue la plus large part de son service militaire (les 3/4), mais elle y voit ajouté une part importante de service civil (150/367) soit presque la moitié du service civil en plus, pour un total qui dépasse ce qu'elle aurait eu à faire tant à l'armée qu'avec un service civil entier. A ce titre, la mesure est non seulement dissuasive, mais discriminatoire dans la mesure où elle pénalise ceux qui ont déjà fait beaucoup d'armée (ne devraient-ils pas au contraire être pour cela remerciés ?).

25. Par ailleurs, le droit à l'objection de conscience étant un droit fondamental, toute forme de dissuasion, en entravant son libre exercice, est déjà une violation du droit.

26. Et il est finalement, à mon sens, difficile la nature punitive de la mesure, puisque ce sont ceux-là même, qui ont le plus servi dans l'armée, qui se voient le plus pénalisés.

### Résumé :

- Violation du droit international sur la durée du service civil.
- Discrimination entre les civilistes « d'origine » et ceux qui demandent le service civil au cours de leur carrière militaire (l'objection reste la même, pour les mêmes motifs et contre le même service militaire, seule change la situation militaire).
- Mesure probablement punitive.
- Mesure simple en apparence, mais particulièrement compliquée à comprendre et à calculer, entre autres pour les personnes concernées.

---

<sup>9</sup> ONU, Comité des droits de l'homme: Foin v France (Communication No. 666/1995), CCPR/C/D/666/1995, 9 November 1999, para. 10.3, entre autres jurisprudence. Voir aussi: Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quno 2015, p. 8.

<http://www.quno.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

Il existe aussi une traduction allemande de document, p. 21 : [http://www.quno.org/sites/default/files/resources/Connection-eV\\_2014-3\\_KDVundAsyl.pdf](http://www.quno.org/sites/default/files/resources/Connection-eV_2014-3_KDVundAsyl.pdf)

Voir aussi le rapport quadriennal du Haut Commissaire aux Droits de l'Homme sur l'objection de conscience, 1.5.2017, § 22.

<http://www.undocs.org/fr/A/HRC/35/4>

<sup>10</sup> LSC 5



### Mesure 2 :

Délai d'attente de 12 mois entre le dépôt de la demande et l'admission, avec obligation de faire les périodes de service militaires prévues.

27. La mesure est contraire à la constitution. Celle-ci prévoit, textuellement : « un service de remplacement »<sup>11</sup>. Or un *remplacement du service* n'est en aucun cas un service de remplacement *différé* avec maintien du service à remplacer, en attente du service de remplacement.

Des délais pour la mise en œuvre, par la personne concernée comme par l'administration, du service de remplacement sont acceptable, voir le maintien des obligations en attente de la décision d'admission<sup>12</sup>, mais en aucun le droit à l'objection de conscience ne saurait-il être suspendu.

28. De plus, la proposition est largement impraticable et passablement conflictogène. Les civilistes concernés ne se gêneront pas pour demander des reports, se faire porter malade ou pour ne pas se présenter et leur motifs de conscience finissant toujours par être reconnus, ils ne seront, s'ils sont que partiellement et inégalement sanctionnés pour ces défections. Sans parler de la charge administrative supplémentaire pour les administrations cantonales.

### Résumé

- Mesure contraire à la constitution.
- Discrimination entre les civilistes qui font une demande avant l'école de recrue, lesquels ne sont pas condamnés à des périodes militaires et ceux qui la font après l'ER, qui doivent en faire ou, vaille que vaille, les faire annuler.
- Mesure de nature à créer de nombreuses difficultés administratives tant pour les conscrits et les civilistes que pour l'administration.

### Mesure 3 :

29. Suppression du facteur 1.1 et passage au facteur 1.5 pour les officiers et les sous-officiers supérieurs.

30. Les personnes concernées sont relativement peu nombreuses. Elles ont néanmoins les mêmes droits. Mais surtout toutes ces personnes, qui ont été obligées de revêtir ces fonctions d'encadrement, ont déjà servi, au moment de la demande d'admission au service civil plus de jours d'armée que ne servent les civilistes qui n'en a fait aucun. Le moins gradé de ceux-ci servira un total 440 jours de services au lieu de 245<sup>13</sup>. Pour obtenir son grade, il en aura déjà fait presque autant qu'un soldat normal. Et le solde de jour à faire, qu'il soit multiplié par 1.1. ou 1.5 dépassera de toutes façons le nombre maximal de jours effectués par un civiliste ne faisant pas d'armée du tout.

31. Sachant que l'obligation de grader est imposée, même avec un facteur 1.1, la personne qui demande le service civil alors qu'elle a déjà revêtu son grade est discriminée par rapport à un civiliste qui demande le service avant de recevoir le moindre grade. Augmenté cette durée plus encore, alors que la personne gradée sert déjà plus que toute autre personne sans garde, apparaît là aussi comme punitive.

### Résumé

- En conjonction avec la discrimination décrite ci-après, violation du droit international sur la durée du service de remplacement.
- Discrimination entre les officiers et sous-officiers supérieurs d'une part et les soldats d'autre part en raison d'abord de l'obligation de grader d'abord, pour laquelle les premiers ne peuvent rien, puis du fait qu'en raison de cette obligation, ils ont déjà effectué, contre leur gré, une durée de service aussi importante que les soldats, durée sur laquelle vient ensuite s'ajouter une très longue durée de service civil supplémentaire. Dit autrement, le soldat qui demande le service civil évite non-seulement de grader, mais tous les jours de service civil supplémentaires en cas de conflit de conscience alors que l'officier, qui est en droit de développer un conflit de conscience à tout moment, en est d'autant plus pénalisé.

<sup>11</sup> Art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement.

<sup>12</sup> LSC 17 et 17a.

<sup>13</sup> OMI 47



- Mesure qui ne touche qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 4 :**

32. Interdiction faite aux médecins de faire du service civil en tant que médecins.

33. Là encore, la mesure ne concerne que très peu de personnes. Les médecins ont en moyenne au moins 26-27 ans à la fin de leur formation et ce moment-là, la plupart des périodes longues sont faites. Mais quand bien même, faut-il priver les hôpitaux de ces médecins-là ?

34. Par ailleurs, la mesure est à nouveau discriminatoire ; pourquoi les médecins et pas les géologues, les travailleurs sociaux ou les enseignants ? Là ce ne serait plus seulement certains civilistes, mais tout le service d'intérêt public qui tendrait à être victime d'une vision trop étroite des possibilités de service civil.

35. Enfin, il existe certes une disposition qui interdit certaines affectations en fonction de la personne du civiliste, en particulier si elle favorise sa formation<sup>14</sup>. Et c'est probablement, dans ce contexte que la proposition s'inspirerait. Mais à nouveau, certains militaires exercent des fonctions militaires en lien avec leur profession – et pas seulement des médecins ! – en quoi des civilistes n'auraient-ils pas le droit d'en faire autant ?

#### **Résumé**

- Mesure hautement discriminatoire (par professions).
- Mesure ne touchant (en l'état, que les médecins) qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 5 :**

36. Pas d'admission au service civil pour les personnes pour lesquelles il ne reste plus de jours de service, mais pour lesquelles il reste des tirs obligatoires.

37. La question est controversée depuis longtemps. Seul sont concernés les militaires en service long, qui restent incorporés ensuite pendant 4 ans<sup>15</sup>. Il conviendrait de savoir combien il y a eu de cas.

38. Pour rappel, les militaires ont la possibilité de déposer l'arme, sans motifs, s'ils ne souhaitent pas la conserver, mais cela ne les dispense pas des tirs<sup>16</sup>.

39. D'abord, il convient de rappeler que l'exécution de tirs obligatoires, dans le cadre d'un service militaire, même terminé, peuvent donner lieu à conflit de conscience, qui plus est si celui-ci peut avoir à se manifester durant une période de 4 ans.

40. En ce sens, la mesure ignore et passe complètement à côté, nie un problème qu'il y aurait pourtant lieu de résoudre.

41. A mon sens, une procédure plus simple qu'une admission au service civil devrait permettre, par exemple mais en tous les cas pour motifs de conscience légitimes, de remettre l'arme définitivement et d'être ainsi dispensé des tirs obligatoires.

#### **Résumé**

- Violation du droit à l'objection de conscience
- Mesure administrative inadéquate
- Mesure ne touchant qu'un nombre limité de personnes

#### **Mesure 6 :**

42. Les civilistes sont tenus de faire une période de service civil par année dès l'admission.

<sup>14</sup> LSC 4a

<sup>15</sup> LAAM 54a

<sup>16</sup> Ordonnance concernant l'équipement personnel des militaires (OEPM), art. 6a.



43. La mesure existe déjà, art. 39a de l'ordonnance sur le service civil : « La personne astreinte au service civil *effectue chaque année* des affectations de service civil d'une durée de 26 jours au moins à partir de la deuxième année civile au plus tard ».

44. Les reports étant relativement fréquents, on peut se demander si c'est ceux-ci qu'il s'agit de limiter, mais le texte de la mesure est pour le surplus inutile.

#### Résumé

- Proposition de mesure incompétente, mesure déjà prévue par la loi.

#### Mesure 7 :

45. Obligation pour les personnes en service long, d'effectuer la période longue de service civile dans l'année qui suit (et non pas dans les trois ans qui suivent) l'admission au service civil.

46. Imposer un service civil long est une vieille mesure de 2011, que le Tribunal administratif fédéral avait annulée en raison de l'article 20 de la LSC qui stipule que le SC peut être fait en une ou plusieurs périodes<sup>17</sup>.

47. Depuis toujours, nous recommandons aux militaires en service long de passer d'abord au service normal, avant de demander le service civil, entre autres afin d'éviter le surplus de jours, actuellement 55 jours de service militaire ou 82 jours de service civil en plus<sup>18</sup>. Notre recommandation ne changera pas.

48. De plus, la mesure ne prévoit cette obligation que si l'école de recrue n'est pas terminée, or l'école de recrue est considérée comme terminée si 80% de ses jours ont été accomplis<sup>19</sup>; soit pour une école usuelle de 124 jours, dès le 100<sup>ème</sup> jour d'école de recrue. Mais dans la pratique, la demande de service civil peut être faite quelques jours plutôt, puisque celle-ci prend quelques jours, voir semaines à condition pour cela que l'admission à la fin du processus de demande intervienne après le 100<sup>ème</sup> jour de service.

49. Que ce soit en passant au service normal et en attendant les 80% de son service militaire (dans des conditions « suffisantes ») – si encore au service long avec les jours en sus – il est très facile d'éviter cette mesure et peu nombreux sont ceux qui se retrouveront à devoir faire une période longue ou leur période longue de service civile dans l'année qui suit. Au demeurant si un plan de carrière avait prévu une mise en suspend de celui-ci pour le service militaire long, avec une libération en fin d'école de recrue et une affectation longue trouvée rapidement, celle-ci peut être faite dans le temps préalablement dévolu au service militaire long.

50. La mesure est aussi discriminatoire puisqu'elle traite plus durement les militaires en service long que les militaires en service normal d'une part, et alors plus durement que les civilistes n'ayant pas débuté l'école de recrue d'autre part.

#### Résumé

- Mesure facile à contourner, voire à accommoder.
- Mesure ne concernant alors plus qu'un nombre limité de personne.
- Mesure discriminatoire.

#### Considérations finales

51. Les mesures 1 et 3 violent le droit international sur la durée du service civil.

52. La mesure 2 viole la constitution sur la notion de service de remplacement et la mesure 5 viole la constitution sur le droit à un service de remplacement.

53. Les mesures 1, 3, 4 et 7 sont clairement discriminatoires et violent à un titre ou un autre l'égalité de traitement.

54. Les mesures 3, 4, 5 et 7 ne touchent que – mais gravement – un nombre limité de personnes. À ce titre, le but premier de ces mesures n'est probablement pas ou que partiellement de toucher ces personnes-là, voire de les maintenir dans l'armée mais de donner l'impression qu'il est difficile ou déconseillé, qu'il est

<sup>17</sup> <http://www.infodroit.ch/spip.php?article91>

<sup>18</sup> OMI 111

<sup>19</sup> OMI 57 ou 37 ordonnance sur le service civil (OSI) (même teneur).



même dissuadé de sortir de l'armée. Un tel but viole le droit au service civil et un service civil non-discriminatoire et non-punitif.

55. Il convient d'ajouter à ce propos que les instances et jurisprudences internationales ont reconnus sans hésiter le droit à l'objection de conscience pour les appelés, comme pour les volontaires et les professionnels. Autrement dit et pour ce qui nous occupe ici, le droit à l'objection de conscience et au service de remplacement est et reste le même, ne saurait donc subir d'aggravation dans l'exercice du droit, soit l'accès au service civil, comme dans sa réalisation, soit l'accomplissement du service civil, que la personne concernée aie commencé ou non à servir dans l'armée<sup>20</sup>.

56. Les mesures 2, 3 et 4 supposent des difficultés de mise en œuvre particulièrement importantes. La mesure 5 pourrait faire l'objet d'une simplification administrative.

57. La mesure 6 est inutile, une aberration puisqu'elle préconise quelque chose qui existe déjà.

58. L'analyse de l'ensemble de ces mesures donne l'impression forte que l'armée est très embarrassée, mal à l'aise en raison des demandes service civil issues des ses rangs.

59. Ainsi quand bien même l'ensemble de ces mesures, si elles venaient à être mise en œuvre, aurait pourrait effet d'inciter les conscrits à demander le service civil bien plus tôt, ce qui n'est pas utile à l'armée non plus, il conviendrait de combattre ces mesures pour les effets et les complications graves qu'elles imposent, en toutes sortes de circonstances, aux militaires.

60. Il convient aussi de constater que les mesures proposées font preuve d'une méconnaissance, tant du droit international que du droit constitutionnel suisse qui confine à l'impréparation, voire au mépris, tant des civilistes que des militaires.

61. Enfin, dans le cadre des réactions à ces propositions de mesures, il conviendra de rappeler certaines ou l'ensemble de nos revendications de base, à savoir une présence civile lors du recrutement afin de faciliter son impartialité, un durée raisonnable et une compensation financière garantissant au moins l'accès au minimum vital<sup>21</sup>.

Christophe Barbey,  
Juriste, permanent depuis 2006

<sup>20</sup> Voir les résolutions du Conseil des Droits de l'Homme, par exemple la résolution du 8 octobre 2013, art. 12 [A/RES/HRC/24/17](#) ou Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quno 2015, p. 4.

<http://www.quno.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

<sup>21</sup> Avec une APG de 62.- par jour durant l'ER ou son équivalent au service civil, ou en cas d'absence de salaire préalable au service ou de droit à son équivalent, avec 1'800.- par mois ~, le minimum vital n'est pas atteint. Le dernier rapport du haut commissaire aux droits de l'homme mentionne une trop faible rémunération comme étant de nature punitive. [A/HRC/35/4](#), § 21.

Zivildienst Zentralstelle
12. Okt. 2018
Eingescannt Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>

Département fédéral de l'économie,  
de la formation et de la recherche DEFR  
Organe d'exécution pour le service civil ZIVI  
Service juridique  
Malerweg 6  
3600 Thoune

Neuchâtel, le 26.09.2018

Position du Centre Ecologique Albert Schweitzer – CEAS - concernant la modification de la loi sur le service civil

Monsieur le Conseiller fédéral Schneider-Ammann  
Madame, Monsieur,

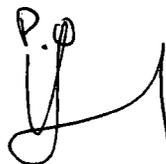
En réponse au processus de consultation que vous avez lancé, le Centre Ecologique Albert Schweitzer, en tant qu'établissement d'affectation depuis 1998 tient à se rallier officiellement à la position de CIVIVA, la fédération suisse du service civile que vous trouverez en annexe.

Selon nous, le service civil est devenu un instrument primordial d'utilité publique. Pour une fondation comme la nôtre, par ailleurs reconnue par le DFAE, accueillir et former des civilistes permet non seulement de répondre à notre mission d'utilité publique, mais également de former des futurs travailleurs compétents et de valeur pour l'économie suisse. **Nous sommes, de fait, extrêmement préoccupé par la proposition de modification de loi sur le service civil, qui, selon nous, porte atteinte à cet instrument et le remet fondamentalement en question.**

Nous espérons que cette prise de position soit prise en compte lors de vos réflexions futures et nous vous adressons, Monsieur le Conseiller fédéral, Madame Monsieur, nos salutations les plus cordiales.

Daniel Schneider  
Directeur

Patrick Kohler  
Sous-directeur



Département fédéral de l'économie,  
de la formation et de la recherche DEFR  
Organe d'exécution pour le service civil ZIVI  
Service juridique  
Malerweg 6  
3600 Thoune

Cheseaux-Noréaz, 23 août 2018

## **Position de la Fédération suisse du service civil CIVIVA concernant la modification de la loi sur le service civil**

Monsieur le Conseiller fédéral Schneider-Ammann,  
Mesdames, Messieurs,

Dans votre rapport du 20 juin 2018, vous nous avez invités à prendre part à la procédure de consultation sur la modification de la loi sur le service civil proposée par le Conseil fédéral. Nous vous remercions de nous offrir cette opportunité, que nous saisissons en vous faisant parvenir la présente prise de position.

### **Introduction et appréciation générale**

La Fédération suisse du service civil CIVIVA représente les intérêts des civilistes et des établissements d'affectation du service civil. CIVIVA est convaincue que le service civil, sous sa forme actuelle, fonctionne parfaitement et est d'une grande utilité pour la société et l'environnement. Le service civil s'avère efficace en termes d'application, d'organisation et d'action. Il a du sens globalement, mais aussi pour chaque civiliste pris séparément.

La proposition de modification de la loi sur le service civil porte atteinte au service civil en tant que façon d'accomplir son obligation de servir et le remet fondamentalement en question. Des principes importants comme l'égalité de traitement de toutes les personnes astreintes à servir ou le droit de faire valoir à tout moment un conflit de conscience seraient compromis. Cette modification conduit à un grand nombre de conflits avec les droits fondamentaux, comme le montre l'avis de droit ci-joint.

Une modification de la loi sur le service civil doit être fondée sur le bon déroulement du service civil et ne pas être motivée par la volonté de résoudre les problèmes supposés de l'armée. Politiquement, vouloir dégrader un système qui fonctionne bien et fait ses preuves au profit d'un autre est hautement contestable. Les problèmes doivent être résolus là où ils existent. Le service civil doit s'adapter aux besoins de la société et non à ceux de l'armée.

### **Aucune nécessité d'intervenir**

Les trois rapports du Conseil fédéral sur les effets de la solution de la preuve par l'acte pour le service civil (2010, 2012, 2014) ainsi que le rapport du groupe d'étude sur l'obligation de service (2016) arrivent à la conclusion que le service civil ne compromet pas les effectifs de l'armée et que, par conséquent, il n'existe aucune nécessité de limiter l'accès au service civil. Jusqu'à aujourd'hui, aucune étude quantitative reposant sur des données transparentes ne suggère que les effectifs de

l'armée sont menacés par le service civil. La prétendue nécessité d'intervenir n'est ni étayée ni fondée.

### **Inégalité de traitement entre les personnes astreintes au service**

Les mesures proposées prévoient que plus une personne astreinte a déjà accompli de jours de service, plus les conditions pour passer au service civil empirent. Cette inégalité de traitement évidente et intentionnelle des personnes astreintes au service est inacceptable. Un conflit de conscience vis-à-vis du service militaire peut apparaître à tout moment, en particulier lorsqu'une personne astreinte a eu plusieurs expériences personnelles dans l'armée. L'idée de devoir restreindre plus fortement la « preuve par l'acte » est absurde et constitue une infraction par le Conseil fédéral lui-même au pacte de l'ONU sur les droits civils et politiques.

### **Conséquences incertaines**

Le Conseil fédéral part du principe que compliquer l'accès au service civil aura un effet direct sur les effectifs de l'armée. CIVIVA rappelle que les personnes astreintes au service ne constituent pas une variable d'ajustement anonyme qui peut être contrôlée selon le bon vouloir des politiques et de l'administration. Il s'agit bien davantage d'individus à part entière qui statuent en fonction de droits fondamentaux dont ils disposent, de différentes informations auxquelles ils ont accès et de leurs différentes possibilités d'action. Chaque décision de déposer une demande d'admission au service civil est le résultat d'une réflexion individuelle et d'expériences personnelles. Les modifications proposées ne tiennent aucunement compte de cet aspect.

Si les restrictions pour un passage ultérieur au service civil sont accentuées, un jeune homme astreint à servir qui, selon la loi actuelle, aurait déposé une demande d'admission au service civil aura plusieurs façons de procéder dans cette nouvelle situation :

- Il accepte les nouvelles conditions et passe tout de même au service civil.
- Il anticipe le fait qu'il pourra se retrouver en difficulté à l'avenir dans le cas où il ferait face à un conflit de conscience et dépose sa demande d'admission au service civil plus tôt.
- Il quitte l'armée par la « voie bleue » en prouvant son inaptitude à servir avec une expertise psychiatrique.
- Il reste dans l'armée, réduit sa participation au minimum et y effectue les tâches qui lui sont imposées à contrecœur jusqu'à la fin de son obligation de servir.

Il faut s'attendre à ce que toutes ces possibilités soient choisies dans différentes proportions. Les sept mesures aboutiront donc à des demandes d'admission au service civil anticipées, plus de personnes astreintes à servir déclarées inaptées ou aptes à la protection civile et plus de soldats non motivés dans l'armée. Il est très peu probable que des militaires souhaitant quitter l'armée redeviennent soudainement convaincus et enclins à servir, pour la seule raison qu'un changement de voie est rendu plus difficile. C'est particulièrement vrai également pour les sous-officiers et officiers qui sont déjà prêts à assumer des responsabilités dans l'armée et à accomplir davantage de jours, mais qui se verront encore davantage désavantagés par ces restrictions.

La Fondation suisse du service civil CIVIVA s'oppose pour ces raisons à la modification de la loi sur le service civil dans son ensemble, ainsi qu'aux sept mesures prises séparément.

### **Quelques propositions**

La loi sur le service civil régit le service civil. Par conséquent, CIVIVA s'attend à ce qu'une modification de la LSC traite également du service civil et mette en valeur sa contribution extrêmement efficace au système de service obligatoire et à son bon fonctionnement. Il conviendrait

au moins d'essayer de faire évoluer le service civil de manière constructive. CIVIVA propose pour cela les mesures suivantes :

- Le service civil doit être encore plus orienté vers les situations exceptionnelles, comme les catastrophes environnementales ou les cas d'urgence humanitaire.
- Le service civil doit être flexible et permettre de nouvelles formes d'affectation, par exemple dans l'assistance des personnes nécessitant une prise en charge. Dans cette optique, le principe des affectations à temps plein doit être abandonné afin de permettre des services d'assistance plus longs et personnalisés.
- Les programmes prioritaires doivent être étendus à d'autres domaines ou être totalement supprimés.
- La formation des civilistes doit être renforcée et adaptée de manière plus spécifique aux besoins des affectations.

## Commentaires sur les mesures proposées

### Mesure n° 1 : minimum de 150 jours de service

Plus les personnes astreintes à servir présentent tard leur demande d'admission au service civil, plus cette mesure les met en difficulté. Elle pénalise tous ceux qui veulent donner une chance à l'armée et sont prêts à essayer le service militaire. Si un conflit de conscience survient par la suite, ils seront pénalisés de manière disproportionnée. Le minimum de 150 jours de service rend absurde le système de la preuve par l'acte. Une personne qui présente une demande d'admission au service civil au lieu de faire son dernier cours de répétition devra multiplier par plus de sept son nombre de jours de service à réaliser. Le facteur maximal de deux, reconnu internationalement, est ainsi largement dépassé. Pour un examen approfondi de la situation juridique, CIVIVA fournit l'avis de droit ci-joint.

Lors de son avis du 24 mai 2017 sur la motion 17.3006 « Modification de la loi sur le service civil » de la CPS-N, le Conseil fédéral a fait valoir ce qui suit :

*« Il est par contre difficile d'estimer quelles seraient la nature et l'ampleur des conséquences indésirables que cette mise en œuvre entraînerait et quels seraient les effets sur le nombre des admissions au service civil ou sur l'effectif de l'armée. Il faut cependant s'attendre à ce que, dans l'ensemble, les personnes astreintes au service militaire soient moins nombreuses à accomplir un service personnel. L'égalité face aux obligations militaires en serait ainsi affaiblie.*

*Les proportions dans lesquelles la durée du service civil serait prolongée (jusqu'à un facteur de 195) et l'inégalité de traitement subie par les civilistes revêtiraient le caractère d'une sanction disproportionnée et seraient notamment incompatibles avec le principe de l'égalité de droit. »*

Pour CIVIVA, il est évident que cette argumentation vaut également pour la mesure proposée ici consistant en l'introduction d'un minimum de 150 jours de service. Un facteur de sept représente en outre une claire inégalité de traitement et est incompatible avec le principe de l'égalité devant la loi

### Mesure n° 2 : délai d'attente de 12 mois

Un délai d'attente d'un an pour l'admission au service civil des militaires incorporés dans l'armée, conformément aux art. 16 et 17, est clairement contraire au principe du conflit de conscience en vigueur (art. 1), puisque malgré la formulation manifeste du conflit de conscience, l'obligation de servir un an de plus dans l'armée est imposée. Par conséquent, la personne concernée se voit refuser l'accès au service civil pendant une année entière. En outre, le moment de la fin de la formation de

base est un choix arbitraire du Conseil fédéral qui entraîne une inégalité de traitement patente des militaires incorporés qui ont déjà effectué davantage de jours de service. Un conflit de conscience vis-à-vis du service militaire et le droit au service civil qui en découle peuvent surgir indépendamment de la durée du service militaire réalisé ou de la fonction et du grade.

Par ailleurs, ce délai peut entraîner une augmentation des désengagements pour cause d'inaptitude de la part des militaires concernés (« voie bleue »), cette voie n'impliquant aucun délai. D'autre part, l'augmentation des personnes concernées par des demandes de déplacement de service pendant le délai d'attente provoquera une hausse parallèle de la charge administrative de l'armée.

### **Mesure n° 3 : facteur 1,5, y compris pour les sous-officiers et les officiers**

CIVIVA part du principe que les sous-officiers et officiers, en raison de leurs prédispositions supposées pour la carrière militaire et leurs plus longues périodes de service supplémentaires, doivent avoir des motifs sérieux et importants pour passer au service civil et être disposés à allonger leur période de service civil, ce qui est déjà le cas aujourd'hui. La diminution du facteur de rallongement des jours de service qui s'applique actuellement pour les sous-officiers et officiers se justifie par le nombre bien plus élevé de jours de service qu'accomplissent ces derniers par rapport aux soldats. Cette règle a fait ses preuves au regard du faible nombre de personnes concernées. Un facteur 1,5 indépendant de la durée de service et des jours de service fournis par les sous-officiers et officiers constituerait un préjudice et une inégalité de traitement considérables pour ces derniers. Si l'accès au service civil est détérioré alors même qu'il a fait ses preuves, il faudra s'attendre à avoir des supérieurs démotivés au sein de l'armée ou à voir croître le nombre de désengagements pour cause d'inaptitude.

### **Mesure n° 4 : interdiction aux médecins de faire le service civil en tant que médecins**

La volonté d'interdire les affectations qui requièrent d'avoir débuté ou terminé des études de médecine est arbitraire. Le système de milice éprouvé en Suisse repose sur le principe d'une utilisation efficace des capacités civiles dans l'armée, la protection civile et le service civil.

### **Mesure n° 5 : pas d'admission de militaires n'ayant plus de jours de service à accomplir**

Fondamentalement, un désengagement du service militaire en raison d'un conflit de conscience doit être possible à tout moment, celui-ci pouvant apparaître lorsqu'une personne est par la suite astreinte au tir obligatoire. Du point de vue de CIVIVA, il serait bien plus sensé de réviser la procédure très complexe d'admission au service militaire sans arme. Si les personnes astreintes à servir pouvaient dès le début et sans obstacle effectuer un service militaire sans arme, le très petit nombre de cas (moins de 50 par an) concernés par cette mesure 5 n'existerait plus.

CIVIVA estime que les personnes admises au service civil doivent également effectuer un service civil efficace et reconnaît dans ce cas la nécessité d'intervenir sur le fond, mais refuse toute restriction du droit fondamental à l'objection de conscience, ce que représente cette mesure.

### **Mesure n° 6 : obligation d'accomplir une période d'affectation par année dès l'admission**

Actuellement, cette exigence est déjà réglementée de manière quasiment identique dans l'article 39a de l'ordonnance sur le service civil. CIVIVA ne voit absolument aucune raison à cette modification cosmétique puisque les jours de service civil sont déjà aujourd'hui accomplis de manière très fiable. L'organe d'exécution contribue, par une gestion efficace et flexible, à ce que les

civilistes s'acquittent en règle générale de tous les jours de service ordonnés (2017 : 96,7 % de tous les jours de service). S'il arrive que certains civilistes n'effectuent pas tous leurs jours de service, il s'agit uniquement de cas extrêmes (maladie longue, départ à l'étranger, décès, refus total).

L'argument du Conseil fédéral que l'équivalence des services se manifeste également par leur exécution dans une même étape de la vie (généralement entre 20 et 25 ans pour la plupart) est contredit par la flexibilité introduite volontaire dans le Développement de l'armée concernant le commencement de l'ER. En outre, cette mesure entraîne des préjudices pour les établissements d'affectation puisque les nombreuses affectations courtes devant être effectuées rendent la période d'apprentissage des tâches démesurée par rapport au temps de l'affectation. Actuellement, la Confédération elle-même offre également, en tant qu'établissement d'affectation, de nombreuses affectations qui nécessitent une haute qualification et pour lesquelles une durée minimale de plusieurs mois est revendiquée. Avec l'obligation d'accomplir une affectation par année, les jours de service restants à la fin de la nécessaire formation ne sont absolument pas suffisants par rapport à la durée minimale requise.

### **Mesure n° 7 : obligation pour les requérants ayant déposé leur demande pendant l'ER de terminer leur affectation longue au plus tard pendant l'année civile qui suit l'entrée en force de la décision d'admission**

Avec cette mesure, les personnes astreintes à servir qui sont admises au service civil alors qu'elles viennent d'une ER d'été se retrouvent en particulier dans une situation très délicate en termes de temps, puisqu'elles n'auraient qu'environ 1 an pour organiser et réaliser le service de 6 mois. Les répercussions sur la vie professionnelle ou sur la formation peuvent être lourdes, puisque ces personnes devraient accorder, en l'espace de deux années civiles, un temps considérable à l'obligation de servir. Il ne faut pas qu'une mesure visant à réduire l'attractivité du service civil se répercute finalement sur les employeurs et les instituts de formation, sans parler des obligations familiales.

### **Résumé et conclusion**

CIVIVA regrette que le Conseil fédéral se soit laissé mettre sous pression par les discours de certains politiciens spécialistes de la sécurité, qui utilisent notamment des propos discréditants et irrespectueux et qu'il soit maintenant prêt à cacher sous le tapis les problématiques propres à l'armée en adoptant des mesures allant à l'encontre d'un service civil qui est pourtant efficace, en constant développement et utile à la société. Dans le rapport explicatif pour la procédure de consultation, le Conseil fédéral s'exprime ainsi :

*« Dans la mesure où le nombre des personnes accomplissant le service civil diminuera à long terme à la suite de l'entrée en vigueur de la présente révision, les établissements d'affectation seront touchés, en particulier dans les domaines d'activité où les ressources nécessaires à l'accomplissement de tâches de la communauté sont insuffisantes ou sont absentes. Il convient toutefois d'accepter cet inconvénient eu égard à l'intérêt public prépondérant que constitue la garantie des effectifs de l'armée. »*

Le Conseil fédéral place les besoins de l'armée au-dessus de ceux de la société civile en prétextant la préservation des intérêts publics. Nous récusons cette interprétation et sommes convaincus que le bon fonctionnement de la société est ce qu'il y a de plus important pour la prospérité de la Suisse.

En vous priant de tenir compte des éléments développés ci-dessus dans la suite de la réflexion sur ce projet et en restant à votre disposition pour des explications complémentaires sur notre argumentation, nous vous prions d'agréer nos salutations distinguées.

Au nom du comité de l'association

Lisa Mazzone  
Co-présidente

Samuel Steiner  
Co-président



Permanence romande pour civilistes et militaires  
Permanence@infodroit.ch ou  
Le mardi de 12 à 14 heures au 026 925 80 66.  
Pour les urgences, 079 524 35 74, veuillez laisser un message.

Flendruz, 16 juin 2018

### Avis de droit

*A qui de droit*

#### **7 mesures du Conseil fédéral destinées à la consultation. Modifications de la loi sur le service civil. 2018**

##### En préalable

1. Le droit à l'objection de conscience est un droit fondamental internationalement reconnu.
2. Il est reconnu par les jurisprudences du Comité des droits de l'homme et de la Cour Européenne des droits de l'homme, il est présent dans la constitution suisse<sup>1</sup>.
3. Ce droit s'appuie essentiellement tant sur le refus impératif de tuer que sur le refus de résoudre les conflits par la violence.
4. Le conflit entre l'obligation constitutionnelle de servir dans l'armée d'une part et la conscience d'autre part (appelé conflit de conscience) peut se manifester sous diverses formes et à divers moments, de façons plus ou moins virulentes ou soudaines, y compris parfois par des somatisations ou des actes de rébellions. La problématique a été largement résolue par deux mesures:
5. 1) Il a été renoncé au « contrôle de conscience » en adoptant le système dit de la preuve par l'acte, soit l'acceptation, par la personne qui demande le service civil d'une durée plus longue pour ce service que celle requise pour le service militaire.

Cette mesure a pour avantage (en plus d'une forte diminution de la charge administrative) d'éviter d'une part l'aggravation et la stigmatisation du conflit de conscience par son besoin de le confronter à la procédure et de libérer d'autre part la personne concernée d'une appréhension et d'une expression intellectuelle et verbalisée de ce conflit, inévitablement discriminatoire selon le niveau d'éducation, et sujette d'autre part à des biais divers, puisque le résultat de l'examen dépendait largement du degré de préparation à celui-ci plutôt que de la nature même, des sources et des raisons du conflit de conscience.

6. Il convient toutefois de noter que ce système de quotité a dès le début présenté un défaut important, au demeurant partiellement caché des civilistes eux-mêmes, dans la mesure où la durée de service civil requise par la loi (1 fois et demie – 1,5 – celle du service militaire encore à faire au moment de la demande) est dans la pratique comparativement différente de la durée du service militaire réellement effectuée par les militaires libérés lorsqu'ils atteignent la limite d'âge. En effet, ceux-ci se voient alors remettre le solde des jours de service non-effectués, alors que les civilistes se voient pénalement condamnés s'ils n'effectuent pas l'entier de leurs jours avant la même limite d'âge (limite par ailleurs par elle-même plus exigeante, puisqu'ils ont plus de jours à effectuer dans le même laps de temps). L'armée a de plus tardé à donner les chiffres permettant de mesurer cette différence des durées respectives des

---

<sup>1</sup> Constitution fédérale (Cst.) [Article 10 sur la droit à la vie](#), [art. 15 sur la liberté de conscience](#), [art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement](#).



services. Pourtant des estimations raisonnables permettaient d'évaluer le nombre de jours de service civil effectués pour les civilistes demandant le service civil pour l'entier de leur périodes de service militaires comme étant environ du double du nombre de jour effectué en moyenne par les soldats terminant leur obligation à la limite d'âge<sup>2</sup>. Actuellement, ce taux semble s'être amélioré un peu, mais la durée comparée du service civil resterait de 1.8 plus élevée que la durée des services militaires, et non pas les 1.5 que stipule la loi. Il conviendra de vérifier les effets de la nouvelle loi sur l'armée sur cette problématique, la limite d'âge n'étant plus un âge fixe (p. ex. 34 ans), mais devenant un nombre de dix années pour faire les services requis après l'école de recrue<sup>3</sup>.

7. De plus la discrimination pénale demeure, puisque contrairement au service civil, aucune mesure permettant d'assurer le rythme et le progrès de la réalisation des périodes de service militaire, mesure accompagnées dans la loi sur le service civil de mesures pénales en cas de retards, n'ont été introduites dans la nouvelle législation sur la l'armée. Ainsi, le civiliste doit accomplir certaines périodes (la première suivant l'admission et la période longue) selon des délais fixes et il ne doit pas lui rester plus d'une certaine proportion de jours à faire avant d'atteindre la limite d'âge. Passé ces délais ou si la proportion de jours restant à faire est trop forte, le civiliste est convoqué d'office pour le surplus ou la période concernée, puis il encoure une peine s'il n'effectue pas la période requise. Il n'existe, pas de système similaire ou aussi contraignant dans l'armée. Pour avoir une vision complète de cette discrimination, pénalement grave, il conviendrait encore de comparer le nombre des dispenses pour justes motifs, lesquelles au demeurant ne font que repousser le problème, dispenses accordées tant pour les civilistes que pour les militaires. Nonobstant, vu la nature différente des système de suivi et de répression des deux sortes d'obligations, puisqu'il y a des condamnations pour retard dus au système de suivi contre les civilistes et qu'il n'y en a pas pour les militaires, la discrimination pénale demeure, tout comme demeurera a priori la discrimination sur les durées.

8. 2) Il importe de souligner que le service civil peut et doit pouvoir être demandé en tout temps, c'est d'ailleurs dans la loi<sup>4</sup>.

9. Cela concerne bien sûr la possibilité de demander le service civil depuis une période de service militaire, mais porte surtout sur la nature du conflit de conscience et relève en partie aussi du droit humanitaire.

10. Ainsi, le conflit de conscience peut se développer par une réflexion autonome, mais il peut aussi surgir, progressivement ou soudainement, face à une circonstance rencontrée dans le cadre du service militaire, par exemple lors de la première prise d'arme (il y a hélas des condamnations pour refus d'ordre de personnes qui font à ce moment-là un blocage psychologique) ou en étant mis en confrontation à une arme particulièrement destructive.

11. Il convient aussi, et c'est d'une grande importance, de citer le cas de l'objection de conscience à un ordre criminel, y compris ou surtout si celui-ci viole le droit humanitaire ; objection qui doit en effet pouvoir être exprimée en tout temps et en particulier de façon immédiate au moment de la réception de l'ordre contesté, cette objection devant alors, selon les circonstances, rejeter non-seulement l'ordre contesté lui-même mais aussi l'ensemble du système qui produit ou maintient cet ordre injuste, à tout le moins si l'ordre est maintenu, car alors seul le refus personnel et complet du système permettant, à défaut de pouvoir l'empêcher, la réalisation de ce ordre illégal et des ses conséquences, de préserver la conscience, et donc l'innocence de la personne confrontée à une telle situation. L'objection de conscience à une circonstance particulière devenant alors une objection au sens usuel du terme, une objection d'ensemble au service militaire<sup>5</sup>.

<sup>2</sup> Détail du calcul : <http://www.infodroit.ch/spip.php?article44>

<sup>3</sup> Ordonnance sur les obligations militaires (OMI), 1.1.2018, [art. 19](#).

<sup>4</sup> Loi sur le service civil, [art. 16](#).

<sup>5</sup> Voir par exemple, [Jacques Verhaegen](#) : «Le refus d'obéissance aux ordres manifestement criminels », revue du CICR, vol. 84, n° 845, mars 2002.



### Analyse des mesures proposées

**Mesure 1:** 150 jours de service civil pour toutes personnes n'ayant pas terminés ses « services d'instruction » et ayant moins de 100 jours de service militaire restant.

#### Appréciation générale

12. Par « services d'instruction », il est entendu toutes les périodes de services militaires, à savoir écoles de recrues, écoles de cadres et cours de répétition<sup>6</sup>.

13. La proposition équivaudrait à « condamner », imposer à tout militaire ayant entre 1 et 100 jours de service militaire encore à faire à effectuer 150 jours de service civil.

14. La mesure incite à terminer ses obligations militaires au lieu de demander le service civil.

15. Partant du constat, hautement probable<sup>7</sup>, selon lequel les pertes en effectifs augmentent en fonction de l'âge par lassitude, perte d'intérêt ou en raison de l'augmentation des obligations professionnelles et familiales. Il conviendrait toutefois de disposer des chiffres du nombre des personnes qui quittent l'arme dans ces tranches d'âge soit pour le service civil, soit pour raisons médicales. En effet, si le problème est une question d'emploi du temps, la demande de service civil est d'autant plus contre-productive.

16. A cet aune, la mesure aura pour effet principal d'augmenter le nombre de demandes médicales et assez peu de diminuer le nombre de service civil. Quand à sa capacité à renforcer la motivation pour l'armée, elle est ici hors contexte – ce n'est pas notre problème ou celui du service civil – et elle n'est que très indirecte, la diminution de l'attrait du service civil n'augmentant pas pour autant l'attrait pour l'armée.

#### Calculs concernant la mesure proposée

17. Dans la pratique, divers types de calculs sont possibles pour déterminer les effets et les proportions de la proposition. Mes connaissances mathématiques sont limitées, donc d'autres calculs sont peut-être possibles ou éventuellement meilleurs, mais ceux-ci révèlent plusieurs des effets pervers de la proposition:

a. Le facteur multipliant le nombre de jours à faire est, avec la proposition exponentiel : La personne qui aurait 1 seul jour d'armée encore à faire se retrouverait à en faire 150 jours, soit 150 fois plus que le nombre de jour d'armée requis.

Dans le détail, un militaire à qui il resterait :

1 cours de répétition (CR), soit 19 jours (150/19), verrait le multiplicateur passer de 1.5 à 7.89

2 cours de répétition, le facteur (150/38) est encore du quadruple (3.94)

3 cours de répétition, le facteur descend à 2.63

4 cours de répétition, le facteur est de 2 (1.97)

5 cours de répétition le facteur est encore de 1.57, soit plus haut que la loi actuelle ou que le facteur attribué aux civilistes ayant encore plus de jours.

Ce n'est donc qu'avec 6 cours de répétition encore à faire, soit avec le nombre total des cours de répétition à faire par les soldats, et donc durant le premier cours de répétition que l'ajout systématique de 150 jours, rejoint le facteur général de 1.5.

*Dit autrement, à quelques jours prêts, quiconque demanderait le service civil après l'école de recrue devrait faire 150 jours de service civil au moins, quelque soit le nombre de jour d'armée restant à faire. Pourquoi ne pas le dire ?*

b. Le calcul peut aussi être fait en tenant compte des jours de service militaires et civils faits au total.

Exemple pour un soldat :

Ecole de recrue de 124 jours, solde 121 jours de service en CR. Total 245<sup>(8)</sup>. Service civil complet, 245 X 1.5 = 367 jours de service civil.

Jours de service mil faits : 244 (au lieu de 245)+150=394 (proposition). Système actuel : 244 + 2 (1 x 1.5) = 246 (actuel). Différence : 148 jours à faire en plus qu'avec le système actuel et ... 27 de plus qu'en ayant demandé le service civil dès le recrutement.

<sup>6</sup> Loi sur l'armée et l'administration militaire (LAAM), [art. 41](#).

<sup>7</sup> La permanence que nous représentons confirme, à sa modeste mesure, cette tendance. Les hommes de plus de 25 ans sont relativement nombreux à vouloir mettre un terme à leurs obligations militaires et leur nombre augmente avec l'âge

<sup>8</sup> OMI, [art. 47](#).



Jours de service faits :  $238 (6 \text{ CR faits}) + 150 = 388$  jours à faire ou (système actuel)  $238 + 9 (6 \times 1.5) = 247$ . Différence : 141 jours de service civil en plus qu'avec le système actuel, mais aussi 21 jours de service (mil et civ) en plus de ce que ce même soldat aurait eu à faire s'il avait demandé le service civil dès la fin du recrutement.

En cela, le service est *punitif parce qu'il impose des jours en plus ... pour avoir accepté de faire presque tout son service militaire !!!*

Jours de service faits :  $219 (5 \text{ CR}) + 150 = 369$  ou (actuel :)  $219 + 39 (26 \times 1.5) = 258$ . Différence : 111 jours de plus que le système actuel, mais encore 2 jours de plus qu'avec un service civil demandé dès l'origine.

Jours de service faits  $200 (4 \text{ CR}) + 150 = 350$  ou actuel  $200 + 68 (45 \times 1.5) = 268$ . Différence : 82 en plus que le système actuel.

A partir d'ici le nombre total de jours faits devient inférieur à un service civil demandé d'emblée et donc les jours de service militaire faits diminuent le nombre total de jours à faire.

Jours de service faits  $181 (3 \text{ CR}) + 150 = 331$  ou  $181 + 96 (64 \times 1.5) = 277$ . Différence, 54 jours de service civil en plus, mais 90 de moins qu'avec un service civil complet.

Jours de service faits  $162 (2 \text{ CR}) + 150 = 312$  ou

Jours de service faits  $143 (1 \text{ CR}) + 150 = 293$  ou  $143 + 156 (101 \times 1.5) = 299$  Différence  $\pm 0$ .

#### Effets pour la pratique

c. Les effets du nouveau système sur les intérêts des candidats civilistes, en termes de jours à faire seraient les suivants :

- 1) Le facteur de 1.5 s'applique durant l'école de recrue, voir durant le 1<sup>er</sup> CR. Inchangé.
- 2) Tout jour d'armée fait durant cette période diminue effectivement le nombre total (armée et sc) de jours à faire, par rapport à un service civil complet. Inchangé.
- 3) Dès le 2<sup>ème</sup> CR et jusqu'au 4<sup>ème</sup> CR, le nouveau système augmente progressivement, par rapport à l'ancien, effet étrange, le nombre de jours total à faire, même si l'on fait ces CR, soit d'avoir à faire encore plus de service en tout parce que l'on fait de l'armée (absurde !), puis d'avoir à faire du service civil en plus, même si le nombre de jours total de service civil et militaire reste inférieur à ce que devrait faire un civiliste de la première heure mis au facteur 1.5).

Exemple : Faire un 2<sup>ème</sup> CR de 19 jours et demander le sc, ajoute en plus de ces 19 jours 17 jours de service en tout (civil et militaire) par rapport au système actuel, dans lequel le civiliste en faisant ce CR épargnerait 9 jours de service civil ( $19 - x 1.5$ ). (Nouveau :  $162 \text{ SM} + 150 \text{ SC} = 312$  Ancien  $162 + 125$  (solde de  $83 \times 1.5$ ) = 287, nouveau = J plus 25. S'il ne fait pas ce CR (ancien  $\text{SM } 143 + \text{SC } 152 (101 \times 1.5) = 295$  soit quelques jours en plus de SC pour ne pas avoir fait ce cours (295 au lieu 287), mais toujours au total 17 jours de moins qu'en faisant ce CR dans le système proposé, lequel augmente donc le nombre de jours à faire sans donner de diminution pour ceux faits.

Idem pour les 3<sup>ème</sup> et 4<sup>ème</sup> CR. Je renonce aux calculs ici, mais le nombre de jours d'armée faits sans diminuer le nombre de jours de service totaux augmentera d'autant, par rapport à quelqu'un qui demande le SC après l'ER ou le 1<sup>er</sup> CR.

- 4) Dès le 5<sup>ème</sup> CR, le nombre total (SC et SM) de jours à faire devient plus grand que quelqu'un qui demande le service civil dès le 1<sup>er</sup> jour.

d. En résumé, il ne sera intéressant, en terme de jours à faire (ou rentable) de demander le service qu'entre le recrutement et la fin du 1<sup>er</sup> cours de répétition. A l'inverse, toute demande faite ultérieurement augmentera, de plus en plus gravement, la charge totale du nombre de jours à faire, laquelle dépassera, si le SC est demandé durant ou après le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, le nombre de jours à faire pour quelqu'un qui demande le service civil avant l'ER.

18. Tactiquement, pour le soutien aux objecteurs, l'intérêt à demander le service civil entre le recrutement et la fin de l'école de recrue reste similaire. Par contre, plus le militaire avance dans sa carrière militaire, plus la charge de jours augmente, plus il devient difficile de demander le service civil (et plus sera grande le besoin de demander la voie bleue).

19. Cela n'aura pas pour effet de diminuer fortement le nombre de demandes de service civil, puisque les demandes seront soit pour une part reportées plus tôt dans la carrière militaire, soit transformées en demande médicales et que rares seront les personnes qui en fin de carrière militaire décideront de finir leur service plutôt que de sortir de l'armée, d'une façon ou d'une autre.



### La durée du service civil en droit

20. En droit Suisse, le facteur légal de 1.5 est le même depuis l'origine. Avec toutefois la réserve présentée ci-dessus au point 6 concernant la durée effective (et non légale) située aux environ de 1.8.

21. Le droit international, le Comité des droits de l'homme et la Cour européenne des droits de l'homme, tiennent de jurisprudence constante le fait que le service civil doit être de nature civile et non-punitif.

22. Une durée supérieure au double du service militaire à remplacer est considérée comme excessive<sup>9</sup>. Ainsi, l'attribution à toute personne ayant moins de 75 jours de service militaire à faire de 150 jours de service civil serait contraire au droit international.

23. Mais c'est dans son ensemble, ou à tout le moins dès le 2<sup>ème</sup> cours de répétition, que la mesure est discriminatoire. D'abord parce que plus, ils servent dans l'armée, plus elle pénalise les militaires qui demandent le service civil. Ensuite, parce qu'elle traite différemment des personnes dans des situations similaires, à savoir des personnes présentant une demande de service civil, demande qui est de même nature quel que soit le moment où elle est faite et pour laquelle le nombre de jours de service militaire accomplis n'a aucune incidence, sauf peut-être à renforcer le besoin de présenter une objection de conscience, ce qui reste sans influence aucune sur le droit fondamental à demander le service civil.

24. La loi sur le service civil pose comme principe que la charge du service civil devrait équivalente à celle de l'armée<sup>10</sup>. Toutefois la mesure proposée, en tous les cas dès le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, puisque la charge en jours à faire est alourdie au-delà de ce que le militaire aurait à faire en demandant le service civil avant l'école de recrue. Ainsi, non-seulement, la personne concernée effectue la plus large part de son service militaire (les 3/4), mais elle y voit ajouté une part importante de service civil (150/367) soit presque la moitié du service civil en plus, pour un total qui dépasse ce qu'elle aurait eu à faire tant à l'armée qu'avec un service civil entier. A ce titre, la mesure est non seulement dissuasive, mais discriminatoire dans la mesure où elle pénalise ceux qui ont déjà fait beaucoup d'armée (ne devraient-ils pas au contraire être pour cela remerciés ?).

25. Par ailleurs, le droit à l'objection de conscience étant un droit fondamental, toute forme de dissuasion, en entravant son libre exercice, est déjà une violation du droit.

26. Et il est finalement, à mon sens, difficile la nature punitive de la mesure, puisque ce sont ceux-là même, qui ont le plus servi dans l'armée, qui se voient le plus pénalisés.

### Résumé :

- Violation du droit international sur la durée du service civil.
- Discrimination entre les civilistes « d'origine » et ceux qui demandent le service civil au cours de leur carrière militaire (l'objection reste la même, pour les mêmes motifs et contre le même service militaire, seule change la situation militaire).
- Mesure probablement punitive.
- Mesure simple en apparence, mais particulièrement compliquée à comprendre et à calculer, entre autres pour les personnes concernées.

---

<sup>9</sup> ONU, Comité des droits de l'homme: Foin v France (Communication No. 666/1995), CCPR/C/D/666/1995, 9 November 1999, para. 10.3, entre autres jurisprudence. Voir aussi: Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 8.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>  
Il existe aussi une traduction allemande de document, p. 21 : [http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV\\_2014-3\\_KDVundAsyl.pdf](http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV_2014-3_KDVundAsyl.pdf)

Voir aussi le rapport quadriennal du Haut Commissaire aux Droits de l'Homme sur l'objection de conscience, 1.5.2017, § 22.

<http://www.undocs.org/fr/A/HRC/35/4>

<sup>10</sup> LSC 5



### **Mesure 2 :**

Délai d'attente de 12 mois entre le dépôt de la demande et l'admission, avec obligation de faire les périodes de service militaires prévues.

27. La mesure est contraire à la constitution. Celle-ci prévoit, textuellement : « un service de remplacement »<sup>11</sup>. Or un *remplacement du service* n'est en aucun cas un service de remplacement *différé* avec maintien du service à remplacer, en attente du service de remplacement.

Des délais pour la mise en œuvre, par la personne concernée comme par l'administration, du service de remplacement sont acceptable, voir le maintien des obligations en attente de la décision d'admission<sup>12</sup>, mais en aucun le droit à l'objection de conscience ne saurait-il être suspendu.

28. De plus, la proposition est largement impraticable et passablement conflictogène. Les civilistes concernés ne se gêneront pas pour demander des reports, se faire porter malade ou pour ne pas se présenter et leur motifs de conscience finissant toujours par être reconnus, ils ne seront, s'ils sont que partiellement et inégalement sanctionnés pour ces déflections. Sans parler de la charge administrative supplémentaire pour les administrations cantonales.

### Résumé

- Mesure contraire à la constitution.
- Discrimination entre les civilistes qui font une demande avant l'école de recrue, lesquels ne sont pas condamnés à des périodes militaires et ceux qui la font après l'ER, qui doivent en faire ou, vaille que vaille, les faire annuler.
- Mesure de nature à créer de nombreuses difficultés administratives tant pour les conscrits et les civilistes que pour l'administration.

### **Mesure 3 :**

29. Suppression du facteur 1.1 et passage au facteur 1.5 pour les officiers et les sous-officiers supérieurs.

30. Les personnes concernées sont relativement peu nombreuses. Elles ont néanmoins les mêmes droits. Mais surtout toutes ces personnes, qui ont été obligées de revêtir ces fonctions d'encadrement, ont déjà servi, au moment de la demande d'admission au service civil plus de jours d'armée que ne servent les civilistes qui n'en a fait aucun. Le moins gradé de ceux-ci servira un total 440 jours de services au lieu de 245<sup>13</sup>. Pour obtenir son grade, il en aura déjà fait presque autant qu'un soldat normal. Et le solde de jour à faire, qu'il soit multiplié par 1.1. ou 1.5 dépassera de toutes façons le nombre maximal de jours effectués par un civiliste ne faisant pas d'armée du tout.

31. Sachant que l'obligation de grader est imposée, même avec un facteur 1.1, la personne qui demande le service civil alors qu'elle a déjà revêtu son grade est discriminée par rapport à un civiliste qui demande le service avant de recevoir le moindre grade. Augmenté cette durée plus encore, alors que la personne gradée sert déjà plus que toute autre personne sans garde, apparaît là aussi comme punitive.

### Résumé

- En conjonction avec la discrimination décrite ci-après, violation du droit international sur la durée du service de remplacement.
- Discrimination entre les officiers et sous-officiers supérieurs d'une part et les soldats d'autre part en raison d'abord de l'obligation de grader d'abord, pour laquelle les premiers ne peuvent rien, puis du fait qu'en raison de cette obligation, ils ont déjà effectué, contre leur gré, une durée de service aussi importante que les soldats, durée sur laquelle vient ensuite s'ajouter une très longue durée de service civil supplémentaire. Dit autrement, le soldat qui demande le service civil évite non-seulement de grader, mais tous les jours de service civil supplémentaires en cas de conflit de conscience alors que l'officier, qui est en droit de développer un conflit de conscience à tout moment, en est d'autant plus pénalisé.

<sup>11</sup> [Art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement.](#)

<sup>12</sup> [LSC 17 et 17a.](#)

<sup>13</sup> [OMI 47](#)



- Mesure qui ne touche qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 4 :**

32. Interdiction faite aux médecins de faire du service civil en tant que médecins.

33. Là encore, la mesure ne concerne que très peu de personnes. Les médecins ont en moyenne au moins 26-27 ans à la fin de leur formation et ce moment-là, la plupart des périodes longues sont faites. Mais quand bien même, faut-il priver les hôpitaux de ces médecins-là ?

34. Par ailleurs, la mesure est à nouveau discriminatoire ; pourquoi les médecins et pas les géologues, les travailleurs sociaux ou les enseignants ? Là ce ne serait plus seulement certains civilistes, mais tout le service d'intérêt public qui tendrait à être victime d'une vision trop étroite des possibilités de service civil.

35. Enfin, il existe certes une disposition qui interdit certaines affectations en fonction de la personne du civiliste, en particulier si elle favorise sa formation<sup>14</sup>. Et c'est probablement, dans ce contexte que la proposition s'inspirerait. Mais à nouveau, certains militaires exercent des fonctions militaires en lien avec leur profession – et pas seulement des médecins ! – en quoi des civilistes n'auraient-ils pas le droit d'en faire autant ?

#### Résumé

- Mesure hautement discriminatoire (par professions).
- Mesure ne touchant (en l'état, que les médecins) qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 5 :**

36. Pas d'admission au service civil pour les personnes pour lesquelles il ne reste plus de jours de service, mais pour lesquelles il reste des tirs obligatoires.

37. La question est controversée depuis longtemps. Seul sont concernés les militaires en service long, qui restent incorporés ensuite pendant 4 ans<sup>15</sup>. Il conviendrait de savoir combien il y a eu de cas.

38. Pour rappel, les militaires ont la possibilité de déposer l'arme, sans motifs, s'ils ne souhaitent pas la conserver, mais cela ne les dispense pas des tirs<sup>16</sup>.

39. D'abord, il convient de rappeler que l'exécution de tirs obligatoires, dans le cadre d'un service militaire, même terminé, peuvent donner lieu à conflit de conscience, qui plus est si celui-ci peut avoir à se manifester durant une période de 4 ans.

40. En ce sens, la mesure ignore et passe complètement à côté, nie un problème qu'il y aurait pourtant lieu de résoudre.

41. A mon sens, une procédure plus simple qu'une admission au service civil devrait permettre, par exemple mais en tous les cas pour motifs de conscience légitimes, de remettre l'arme définitivement et d'être ainsi dispensé des tirs obligatoires.

#### Résumé

- Violation du droit à l'objection de conscience
- Mesure administrative inadéquate
- Mesure ne touchant qu'un nombre limité de personne

#### **Mesure 6 :**

42. Les civilistes sont tenus de faire une période de service civil par année dès l'admission.

---

<sup>14</sup> LSC 4a

<sup>15</sup> LAAM 54a

<sup>16</sup> Ordonnance concernant l'équipement personnel des militaires (OEPM), [art. 6a](#).



43. La mesure existe déjà, [art. 39a](#) de l'ordonnance sur le service civil : « La personne astreinte au service civil *effectue chaque année* des affectations de service civil d'une durée de 26 jours au moins à partir de la deuxième année civile au plus tard ».

44. Les reports étant relativement fréquents, on peut se demander si c'est ceux-ci qu'il s'agit de limiter, mais le texte de la mesure est pour le surplus inutile.

#### Résumé

- Proposition de mesure incompétente, mesure déjà prévue par la loi.

#### Mesure 7 :

45. Obligation pour les personnes en service long, d'effectuer la période longue de service civile dans l'année qui suit (et non pas dans les trois ans qui suivent) l'admission au service civil.

46. Imposer un service civil long est une vieille mesure de 2011, que le Tribunal administratif fédéral avait annulée en raison de [l'article 20 de la LSC](#) qui stipule que le SC peut être fait en une ou plusieurs périodes<sup>17</sup>.

47. Depuis toujours, nous recommandons aux militaires en service long de passer d'abord au service normal, avant de demander le service civil, entre autres afin d'éviter le surplus de jours, actuellement 55 jours de service militaire ou 82 jours de service civil en plus<sup>18</sup>. Notre recommandation ne changera pas.

48. De plus, la mesure ne prévoit cette obligation que si l'école de recrue n'est pas terminée, or l'école de recrue est considérée comme terminée si 80% de ses jours ont été accomplis<sup>19</sup>; soit pour une école usuelle de 124 jours, dès le 100<sup>ème</sup> jour d'école de recrue. Mais dans la pratique, la demande de service civil peut être faite quelques jours plutôt, puisque celle-ci prend quelques jours, voir semaines à condition pour cela que l'admission à la fin du processus de demande intervienne après le 100<sup>ème</sup> jour de service.

49. Que ce soit en passant au service normal et en attendant les 80% de son service militaire (dans des conditions « suffisantes ») – si encore au service long avec les jours en sus – il est très facile d'éviter cette mesure et peu nombreux sont ceux qui se retrouveront à devoir faire une période longue ou leur période longue de service civile dans l'année qui suit. Au demeurant si un plan de carrière avait prévu une mise en suspend de celui-ci pour le service militaire long, avec une libération en fin d'école de recrue et une affectation longue trouvée rapidement, celle-ci peut être faite dans le temps préalablement dévolu au service militaire long.

50. La mesure est aussi discriminatoire puisqu'elle traite plus durement les militaires en service long que les militaires en service normal d'une part, et alors plus durement que les civilistes n'ayant pas débuté l'école de recrue d'autre part.

#### Résumé

- Mesure facile à contourner, voire à accommoder.
- Mesure ne concernant alors plus qu'un nombre limité de personne.
- Mesure discriminatoire.

#### Considérations finales

51. Les mesures 1 et 3 violent le droit international sur la durée du service civil.

52. La mesure 2 viole la constitution sur la notion de service de remplacement et la mesure 5 viole la constitution sur le droit à un service de remplacement.

53. Les mesures 1, 3, 4 et 7 sont clairement discriminatoires et violent à un titre ou un autre l'égalité de traitement.

54. Les mesures 3, 4, 5 et 7 ne touchent que – mais gravement – un nombre limité de personnes. À ce titre, le but premier de ces mesures n'est probablement pas ou que partiellement de toucher ces personnes-là, voire de les maintenir dans l'armée mais de donner l'impression qu'il est difficile ou déconseillé, qu'il est

<sup>17</sup> <http://www.infodroit.ch/spip.php?article91>

<sup>18</sup> [OMI 111](#)

<sup>19</sup> [OMI 57](#) ou [37 ordonnance sur le service civil \(OSI\)](#) (même teneur).



même dissuadé de sortir de l'armée. Un tel but viole le droit au service civil et un service civil non-discriminatoire et non-punitif.

55. Il convient d'ajouter à ce propos que les instances et jurisprudences internationales ont reconnus sans hésiter le droit à l'objection de conscience pour les appelés, comme pour les volontaires et les professionnels. Autrement dit et pour ce qui nous occupe ici, le droit à l'objection de conscience et au service de remplacement est et reste le même, ne saurait donc subir d'aggravation dans l'exercice du droit, soit l'accès au service civil, comme dans sa réalisation, soit l'accomplissement du service civil, que la personne concernée aie commencé ou non à servir dans l'armée<sup>20</sup>.

56. Les mesures 2, 3 et 4 supposent des difficultés de mise en œuvre particulièrement importantes. La mesure 5 pourrait faire l'objet d'une simplification administrative.

57. La mesure 6 est inutile, une aberration puisqu'elle préconise quelque chose qui existe déjà.

58. L'analyse de l'ensemble de ces mesures donne l'impression forte que l'armée est très embarrassée, mal à l'aise en raison des demandes service civil issues des ses rangs.

59. Ainsi quand bien même l'ensemble de ces mesures, si elles venaient à être mise en œuvre, aurait pourrait effet d'inciter les conscrits à demander le service civil bien plus tôt, ce qui n'est pas utile à l'armée non plus, il conviendrait de combattre ces mesures pour les effets et les complications graves qu'elles imposent, en toutes sortes de circonstances, aux militaires.

60. Il convient aussi de constater que les mesures proposées font preuve d'une méconnaissance, tant du droit international que du droit constitutionnel suisse qui confine à l'impréparation, voire au mépris, tant des civilistes que des militaires.

61. Enfin, dans le cadre des réactions à ces propositions de mesures, il conviendra de rappeler certaines ou l'ensemble de nos revendications de base, à savoir une présence civile lors du recrutement afin de faciliter son impartialité, un durée raisonnable et une compensation financière garantissant au moins l'accès au minimum vital<sup>21</sup>.

Christophe Barbey,  
Juriste, permanent depuis 2006

---

<sup>20</sup> Voir les résolutions du Conseil des Droits de l'Homme, par exemple la résolution du 8 octobre 2013, art. 12 [A/RES/HRC/24/17](#) ou Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 4.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

<sup>21</sup> Avec une APG de 62.- par jour durant l'ER ou son équivalent au service civil, ou en cas d'absence de salaire préalable au service ou de droit à son équivalent, avec 1'800.- par mois ~, le minimum vital n'est pas atteint. Le dernier rapport du haut commissaire aux droits de l'homme mentionne une trop faible rémunération comme étant de nature punitive. [A/HRC/35/4](#), § 21.

Zivildienst Zentralstelle
20. Sep. 2018
Eingescannt Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>

Département fédéral de l'économie,  
de la formation et de la recherche DEFR  
Organe d'exécution pour le service civil ZIVI  
Service juridique  
Malerweg 6  
3600 Thoune

Montpreveyres, le 18 septembre 2018

## Position de la Fédération suisse du service civil CIVIVA concernant la modification de la loi sur le service civil

Monsieur le Conseiller fédéral Schneider-Ammann,  
Mesdames, Messieurs,

Dans votre rapport du 20 juin 2018, vous nous avez invités à prendre part à la procédure de consultation sur la modification de la loi sur le service civil proposée par le Conseil fédéral. Nous vous remercions de nous offrir cette opportunité, que nous saisissons en vous faisant parvenir la présente prise de position.

### Introduction et appréciation générale

La Fédération suisse du service civil CIVIVA représente les intérêts des civilistes et des établissements d'affectation du service civil. CIVIVA est convaincue que le service civil, sous sa forme actuelle, fonctionne parfaitement et est d'une grande utilité pour la société et l'environnement. Le service civil s'avère efficace en termes d'application, d'organisation et d'action. Il a du sens globalement, mais aussi pour chaque civiliste pris séparément.

La proposition de modification de la loi sur le service civil porte atteinte au service civil en tant que façon d'accomplir son obligation de servir et le remet fondamentalement en question. Des principes importants comme l'égalité de traitement de toutes les personnes astreintes à servir ou le droit de faire valoir à tout moment un conflit de conscience seraient compromis. Cette modification conduit à un grand nombre de conflits avec les droits fondamentaux, comme le montre l'avis de droit ci-joint.

Une modification de la loi sur le service civil doit être fondée sur le bon déroulement du service civil et ne pas être motivée par la volonté de résoudre les problèmes supposés de l'armée. Politiquement, vouloir dégrader un système qui fonctionne bien et fait ses preuves au profit d'un autre est hautement contestable.

Les problèmes doivent être résolus là où ils existent. Le service civil doit s'adapter aux besoins de la société et non à ceux de l'armée.

### **Aucune nécessité d'intervenir**

Les trois rapports du Conseil fédéral sur les effets de la solution de la preuve par l'acte pour le service civil (2010, 2012, 2014) ainsi que le rapport du groupe d'étude sur l'obligation de service (2016) arrivent à la conclusion que le service civil ne compromet pas les effectifs de l'armée et que, par conséquent, il n'existe aucune nécessité de limiter l'accès au service civil. Jusqu'à aujourd'hui, aucune étude quantitative reposant sur des données transparentes ne suggère que les effectifs de l'armée sont menacés par le service civil. La prétendue nécessité d'intervenir n'est ni étayée ni fondée.

### **Inégalité de traitement entre les personnes astreintes au service**

Les mesures proposées prévoient que plus une personne astreinte a déjà accompli de jours de service, plus les conditions pour passer au service civil empirent. Cette inégalité de traitement évidente et intentionnelle des personnes astreintes au service est inacceptable. Un conflit de conscience vis-à-vis du service militaire peut apparaître à tout moment, en particulier lorsqu'une personne astreinte a eu plusieurs expériences personnelles dans l'armée. L'idée de devoir restreindre plus fortement la « preuve par l'acte » est absurde et constitue une infraction par le Conseil fédéral lui-même au pacte de l'ONU sur les droits civils et politiques.

### **Conséquences incertaines**

Le Conseil fédéral part du principe que compliquer l'accès au service civil aura un effet direct sur les effectifs de l'armée. CIVIVA rappelle que les personnes astreintes au service ne constituent pas une variable d'ajustement anonyme qui peut être contrôlée selon le bon vouloir des politiques et de l'administration. Il s'agit bien davantage d'individus à part entière qui statuent en fonction de droits fondamentaux dont ils disposent, de différentes informations auxquelles ils ont accès et de leurs différentes possibilités d'action. Chaque décision de déposer une demande d'admission au service civil est le résultat d'une réflexion individuelle et d'expériences personnelles. Les modifications proposées ne tiennent aucunement compte de cet aspect.

Si les restrictions pour un passage ultérieur au service civil sont accentuées, un jeune homme astreint à servir qui, selon la loi actuelle, aurait déposé une demande d'admission au service civil aura plusieurs façons de procéder dans cette nouvelle situation :

- Il accepte les nouvelles conditions et passe tout de même au service civil.
- Il anticipe le fait qu'il pourra se retrouver en difficulté à l'avenir dans le cas où il ferait face à un conflit de conscience et dépose sa demande d'admission au service civil plus tôt.
- Il quitte l'armée par la « voie bleue » en prouvant son inaptitude à servir avec une expertise psychiatrique.
- Il reste dans l'armée, réduit sa participation au minimum et y effectue les tâches qui lui sont imposées à contrecœur jusqu'à la fin de son obligation de servir.

Il faut s'attendre à ce que toutes ces possibilités soient choisies dans différentes proportions. Les sept mesures aboutiront donc à des demandes d'admission au service civil anticipées, plus de personnes astreintes à servir déclarées inaptes ou aptes à la protection civile et plus de soldats non motivés dans l'armée. Il est très peu probable que des militaires souhaitant quitter l'armée redeviennent soudainement convaincus et enclins à servir, pour la seule raison qu'un changement de voie est rendu plus difficile. C'est

particulièrement vrai également pour les sous-officiers et officiers qui sont déjà prêts à assumer des responsabilités dans l'armée et à accomplir davantage de jours, mais qui se verront encore davantage désavantager par ces restrictions.

La Fondation suisse du service civil CIVIVA s'oppose pour ces raisons à la modification de la loi sur le service civil dans son ensemble, ainsi qu'aux sept mesures prises séparément.

### **Quelques propositions**

La loi sur le service civil réglemente le service civil. Par conséquent, CIVIVA s'attend à ce qu'une modification de la LSC traite également du service civil et mette en valeur sa contribution extrêmement efficace au système de service obligatoire et à son bon fonctionnement. Il conviendrait au moins d'essayer de faire évoluer le service civil de manière constructive. CIVIVA propose pour cela les mesures suivantes :

- Le service civil doit être encore plus orienté vers les situations exceptionnelles, comme les catastrophes environnementales ou les cas d'urgence humanitaire.
- Le service civil doit être flexible et permettre de nouvelles formes d'affectation, par exemple dans l'assistance des personnes nécessitant une prise en charge. Dans cette optique, le principe des affectations à temps plein doit être abandonné afin de permettre des services d'assistance plus longs et personnalisés.
- Les programmes prioritaires doivent être étendus à d'autres domaines ou être totalement supprimés.
- La formation des civilistes doit être renforcée et adaptée de manière plus spécifique aux besoins des affectations.

### **Commentaires sur les mesures proposées**

#### **Mesure n° 1 : minimum de 150 jours de service**

Plus les personnes astreintes à servir présentent tard leur demande d'admission au service civil, plus cette mesure les met en difficulté. Elle pénalise tous ceux qui veulent donner une chance à l'armée et sont prêts à essayer le service militaire. Si un conflit de conscience survient par la suite, ils seront pénalisés de manière disproportionnée. Le minimum de 150 jours de service rend absurde le système de la preuve par l'acte. Une personne qui présente une demande d'admission au service civil au lieu de faire son dernier cours de répétition devra multiplier par plus de sept son nombre de jours de service à réaliser. Le facteur maximal de deux, reconnu internationalement, est ainsi largement dépassé. Pour un examen approfondi de la situation juridique, CIVIVA fournit l'avis de droit ci-joint.

Lors de son avis du 24 mai 2017 sur la motion 17.3006 « Modification de la loi sur le service civil » de la CPS-N, le Conseil fédéral a fait valoir ce qui suit :

*« Il est par contre difficile d'estimer quelles seraient la nature et l'ampleur des conséquences indésirables que cette mise en œuvre entraînerait et quels seraient les effets sur le nombre des admissions au service civil ou sur l'effectif de l'armée. Il faut cependant s'attendre à ce que, dans l'ensemble, les personnes astreintes au service militaire soient moins nombreuses à accomplir un service personnel. L'égalité face aux obligations militaires en serait ainsi affaiblie. »*

*Les proportions dans lesquelles la durée du service civil serait prolongée (jusqu'à un facteur de 195) et l'inégalité de traitement subie par les civilistes revêtiraient le caractère d'une sanction disproportionnée et seraient notamment incompatibles avec le principe de l'égalité de droit. »*

Pour CIVIVA, il est évident que cette argumentation vaut également pour la mesure proposée ici consistant en l'introduction d'un minimum de 150 jours de service. Un facteur de sept représente en outre une claire inégalité de traitement et est incompatible avec le principe de l'égalité devant la loi

### **Mesure n° 2 : délai d'attente de 12 mois**

Un délai d'attente d'un an pour l'admission au service civil des militaires incorporés dans l'armée, conformément aux art. 16 et 17, est clairement contraire au principe du conflit de conscience en vigueur (art. 1), puisque malgré la formulation manifeste du conflit de conscience, l'obligation de servir un an de plus dans l'armée est imposée. Par conséquent, la personne concernée se voit refuser l'accès au service civil pendant une année entière. En outre, le moment de la fin de la formation de base est un choix arbitraire du Conseil fédéral qui entraîne une inégalité de traitement patente des militaires incorporés qui ont déjà effectué davantage de jours de service. Un conflit de conscience vis-à-vis du service militaire et le droit au service civil qui en découle peuvent surgir indépendamment de la durée du service militaire réalisé ou de la fonction et du grade.

Par ailleurs, ce délai peut entraîner une augmentation des désengagements pour cause d'inaptitude de la part des militaires concernés (« voie bleue »), cette voie n'impliquant aucun délai. D'autre part, l'augmentation des personnes concernées par des demandes de déplacement de service pendant le délai d'attente provoquera une hausse parallèle de la charge administrative de l'armée.

### **Mesure n° 3 : facteur 1,5, y compris pour les sous-officiers et les officiers**

CIVIVA part du principe que les sous-officiers et officiers, en raison de leurs prédispositions supposées pour la carrière militaire et leurs plus longues périodes de service supplémentaires, doivent avoir des motifs sérieux et importants pour passer au service civil et être disposés à allonger leur période de service civil, ce qui est déjà le cas aujourd'hui. La diminution du facteur de rallongement des jours de service qui s'applique actuellement pour les sous-officiers et officiers se justifie par le nombre bien plus élevé de jours de service qu'accomplissent ces derniers par rapport aux soldats. Cette règle a fait ses preuves au regard du faible nombre de personnes concernées. Un facteur 1,5 indépendant de la durée de service et des jours de service fournis par les sous-officiers et officiers constituerait un préjudice et une inégalité de traitement considérables pour ces derniers. Si l'accès au service civil est détérioré alors même qu'il a fait ses preuves, il faudra s'attendre à avoir des supérieurs démotivés au sein de l'armée ou à voir croître le nombre de désengagements pour cause d'inaptitude.

### **Mesure n° 4 : interdiction aux médecins de faire le service civil en tant que médecins**

La volonté d'interdire les affectations qui requièrent d'avoir débuté ou terminé des études de médecine est arbitraire. Le système de milice éprouvé en Suisse repose sur le principe d'une utilisation efficace des capacités civiles dans l'armée, la protection civile et le service civil.

### **Mesure n° 5 : pas d'admission de militaires n'ayant plus de jours de service à accomplir**

Fondamentalement, un désengagement du service militaire en raison d'un conflit de conscience doit être possible à tout moment, celui-ci pouvant apparaître lorsqu'une personne est par la suite astreinte au tir obligatoire. Du point de vue de CIVIVA, il serait bien plus sensé de réviser la procédure très complexe d'admission au service militaire sans arme. Si les personnes astreintes à servir pouvaient dès le début et sans obstacle effectuer un service militaire sans arme, le très petit nombre de cas (moins de 50 par an) concernés par cette mesure 5 n'existerait plus.

CIVIVA estime que les personnes admises au service civil doivent également effectuer un service civil efficace et reconnaît dans ce cas la nécessité d'intervenir sur le fond, mais refuse toute restriction du droit fondamental à l'objection de conscience, ce que représente cette mesure.

### **Mesure n° 6 : obligation d'accomplir une période d'affectation par année dès l'admission**

Actuellement, cette exigence est déjà réglementée de manière quasiment identique dans l'article 39a de l'ordonnance sur le service civil. CIVIVA ne voit absolument aucune raison à cette modification cosmétique puisque les jours de service civil sont déjà aujourd'hui accomplis de manière très fiable. L'organe d'exécution contribue, par une gestion efficace et flexible, à ce que les civilistes s'acquittent en règle générale de tous les jours de service ordonnés (2017 : 96,7 % de tous les jours de service). S'il arrive que certains civilistes n'effectuent pas tous leurs jours de service, il s'agit uniquement de cas extrêmes (maladie longue, départ à l'étranger, décès, refus total).

L'argument du Conseil fédéral que l'équivalence des services se manifeste également par leur exécution dans une même étape de la vie (généralement entre 20 et 25 ans pour la plupart) est contredit par la flexibilité introduite volontaire dans le Développement de l'armée concernant le commencement de l'ER. En outre, cette mesure entraîne des préjudices pour les établissements d'affectation puisque les nombreuses affectations courtes devant être effectuées rendent la période d'apprentissage des tâches démesurée par rapport au temps de l'affectation. Actuellement, la Confédération elle-même offre également, en tant qu'établissement d'affectation, de nombreuses affectations qui nécessitent une haute qualification et pour lesquelles une durée minimale de plusieurs mois est revendiquée. Avec l'obligation d'accomplir une affectation par année, les jours de service restants à la fin de la nécessaire formation ne sont absolument pas suffisants par rapport à la durée minimale requise.

### **Mesure n° 7 : obligation pour les requérants ayant déposé leur demande pendant l'ER de terminer leur affectation longue au plus tard pendant l'année civile qui suit l'entrée en force de la décision d'admission**

Avec cette mesure, les personnes astreintes à servir qui sont admises au service civil alors qu'elles viennent d'une ER d'été se retrouvent en particulier dans une situation très délicate en termes de temps, puisqu'elles n'auraient qu'environ 1 an pour organiser et réaliser le service de 6 mois. Les répercussions sur la vie professionnelle ou sur la formation peuvent être lourdes, puisque ces personnes devraient accorder, en l'espace de deux années civiles, un temps considérable à l'obligation de servir. Il ne faut pas qu'une mesure visant à réduire l'attractivité du service civil se répercute finalement sur les employeurs et les instituts de formation, sans parler des obligations familiales.

## Résumé et conclusion

CIVIVA regrette que le Conseil fédéral se soit laissé mettre sous pression par les discours de certains politiciens spécialistes de la sécurité, qui utilisent notamment des propos discréditants et irrespectueux et qu'il soit maintenant prêt à cacher sous le tapis les problématiques propres à l'armée en adoptant des mesures allant à l'encontre d'un service civil qui est pourtant efficace, en constant développement et utile à la société. Dans le rapport explicatif pour la procédure de consultation, le Conseil fédéral s'exprime ainsi :

*« Dans la mesure où le nombre des personnes accomplissant le service civil diminuera à long terme à la suite de l'entrée en vigueur de la présente révision, les établissements d'affectation seront touchés, en particulier dans les domaines d'activité où les ressources nécessaires à l'accomplissement de tâches de la communauté sont insuffisantes ou sont absentes. Il convient toutefois d'accepter cet inconvénient eu égard à l'intérêt public prépondérant que constitue la garantie des effectifs de l'armée. »*

Le Conseil fédéral place les besoins de l'armée au-dessus de ceux de la société civile en prétextant la préservation des intérêts publics. Nous récusons cette interprétation et sommes convaincus que le bon fonctionnement de la société est ce qu'il y a de plus important pour la prospérité de la Suisse.

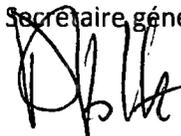
En vous priant de tenir compte des éléments développés ci-dessus dans la suite de la réflexion sur ce projet et en restant à votre disposition pour des explications complémentaires sur notre argumentation, nous vous prions d'agréer nos salutations distinguées.

Association Cerebral Vaud

Janine Rod  
Co-présidente



Delphine Volluz  
Secrétaire générale





Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Bern, 15. September 2018

## **Stellungnahme des Cevi Region Bern zur Änderung des Zivildienstgesetzes**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### **Einleitung und grundsätzliche Beurteilung**

Als Cevi Region Bern bieten wir regelmässig Einsatzplätze für Zivildienstleistende an. Es ist uns ein Anliegen, ihnen so zu ermöglichen, sich im Rahmen unseres Jugendverbandes für die Anliegen und Bedürfnisse junger Menschen einzusetzen. Dabei erleben wird den Zivildienst in seiner heutigen Form als sehr gut funktionierend und in einem hohen Masse sinnstiftend. Der Nutzen für die Gesellschaft erachten wir als gross. Immer wieder staunen wir, mit wie viel Energie sich Zivildienstleistende in unserem Jugendverband für junge Menschen einsetzen.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### **Kein Handlungsbedarf**

Sowohl die drei Bericht des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss,

dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

### **Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen**

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoß gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

### **Unklare Auswirkungen**

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Es ist uns wichtig festzuhalten, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Als Jugendverband lehnen wir aus diesen Gründen die beabsichtigten Änderungen des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

### **Eigene Vorschläge**

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwarten wir, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Gerne unterstützen wir deshalb folgende, von CIVIVA vorgeschlagenen Massnahmen:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.
- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

### **Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdiensttage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Diensttage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Es scheint offensichtlich zu sein, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

### **Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Diensttage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

### **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

Wir gehen davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Dienstage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Dienstage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Dienstagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Handlungsbedarf besteht unseres Erachtens viel mehr beim aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

Wir teilen die Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Für diese kosmetische Vollzugsänderung besteht deshalb keine Veranlassung, zumal Zivildienstage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Dienstage erfüllen (2017: 96.7% aller Dienstage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Dienstage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Dienstage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.

### **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das

Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

### **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

Als Cevi Region Bern bedauern wir, dass sich der Bundesrat durch die fragwürdigen Argumente verschiedener Sicherheitspolitiker und -politikerinnen beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Im Namen des Verbandsvorstandes



Simon Zwygart  
Präsident



Andreas Burckhardt  
Geschäftsführer Cevi Region Bern



Service d'animation socioculturelle  
Pour la commune de Marly  
Rte des Ecoles 32

1723 Marly

Département fédéral de l'économie,  
de la formation et de la recherche DEFR  
Organe d'exécution pour le service civil ZIVI  
Service juridique  
Malerweg 6

3600 Thoune

Marly, 23 août 2018

## **Position du service d'animation socioculturelle de Marly (FR) concernant la modification de la loi sur le service civil**

Monsieur le Conseiller fédéral Schneider-Ammann,  
Mesdames, Messieurs,

Dans votre rapport du 20 juin 2018, vous nous avez invités à prendre part à la procédure de consultation sur la modification de la loi sur le service civil proposée par le Conseil fédéral. Nous vous remercions de nous offrir cette opportunité, que nous saisissons en vous faisant parvenir la présente prise de position.

### **Introduction et appréciation générale**

Le service d'animation socioculturelle de la commune de Marly (ANIM) bénéficie depuis de longues années de l'engagement de civilistes dans le cadre de ses activités destinées à la communauté marloise. ANIM est convaincue que le service civil, sous sa forme actuelle, fonctionne parfaitement et est d'une grande utilité pour la société et l'environnement. Le service civil s'avère efficace en termes d'application, d'organisation et d'action. Il a du sens globalement, mais aussi pour chaque civiliste pris séparément.

La proposition de modification de la loi sur le service civil porte atteinte au service civil en tant que façon d'accomplir son obligation de servir et le remet fondamentalement en question. Des principes importants comme l'égalité de traitement de toutes les personnes astreintes à servir ou le droit de faire valoir à tout moment un conflit de conscience seraient compromis. Cette modification conduit à un grand nombre de conflits avec les droits fondamentaux, comme le montre l'avis de droit ci-joint.

Une modification de la loi sur le service civil doit être fondée sur le bon déroulement du service civil et ne pas être motivée par la volonté de résoudre les problèmes supposés de l'armée. Politiquement, vouloir dégrader un système qui fonctionne bien et fait ses preuves au profit d'un autre est hautement contestable. Les problèmes doivent être résolus là où ils existent. Le service civil doit s'adapter aux besoins de la société et non à ceux de l'armée.

### **Aucune nécessité d'intervenir**

Les trois rapports du Conseil fédéral sur les effets de la solution de la preuve par l'acte pour le service civil (2010, 2012, 2014) ainsi que le rapport du groupe d'étude sur l'obligation de service (2016) arrivent à la conclusion que le service civil ne compromet pas les effectifs de l'armée et que, par conséquent, il n'existe aucune nécessité de limiter l'accès au service civil. Jusqu'à aujourd'hui, aucune étude quantitative reposant sur des données transparentes ne suggère que les effectifs de l'armée sont menacés par le service civil. La prétendue nécessité d'intervenir n'est ni étayée ni fondée.

## **Inégalité de traitement entre les personnes astreintes au service**

Les mesures proposées prévoient que plus une personne astreinte a déjà accompli de jours de service, plus les conditions pour passer au service civil empirent. Cette inégalité de traitement évidente et intentionnelle des personnes astreintes au service est inacceptable. Un conflit de conscience vis-à-vis du service militaire peut apparaître à tout moment, en particulier lorsqu'une personne astreinte a eu plusieurs expériences personnelles dans l'armée. L'idée de devoir restreindre plus fortement la « preuve par l'acte » est absurde et constitue une infraction par le Conseil fédéral lui-même au pacte de l'ONU sur les droits civils et politiques.

## **Conséquences incertaines**

Le Conseil fédéral part du principe que compliquer l'accès au service civil aura un effet direct sur les effectifs de l'armée. ANIM rappelle que les personnes astreintes au service ne constituent pas une variable d'ajustement anonyme qui peut être contrôlée selon le bon vouloir des politiques et de l'administration. Il s'agit bien davantage d'individus à part entière qui statuent en fonction de droits fondamentaux dont ils disposent, de différentes informations auxquelles ils ont accès et de leurs différentes possibilités d'action. Chaque décision de déposer une demande d'admission au service civil est le résultat d'une réflexion individuelle et d'expériences personnelles. Les modifications proposées ne tiennent aucunement compte de cet aspect.

Si les restrictions pour un passage ultérieur au service civil sont accentuées, un jeune homme astreint à servir qui, selon la loi actuelle, aurait déposé une demande d'admission au service civil aura plusieurs façons de procéder dans cette nouvelle situation :

- Il accepte les nouvelles conditions et passe tout de même au service civil.
- Il anticipe le fait qu'il pourra se retrouver en difficulté à l'avenir dans le cas où il ferait face à un conflit de conscience et dépose sa demande d'admission au service civil plus tôt.
- Il quitte l'armée par la « voie bleue » en prouvant son inaptitude à servir avec une expertise psychiatrique.
- Il reste dans l'armée, réduit sa participation au minimum et y effectue les tâches qui lui sont imposées à contrecœur jusqu'à la fin de son obligation de servir.

Il faut s'attendre à ce que toutes ces possibilités soient choisies dans différentes proportions. Les sept mesures aboutiront donc à des demandes d'admission au service civil anticipées, plus de personnes astreintes à servir déclarées inaptées ou aptes à la protection civile et plus de soldats non motivés dans l'armée. Il est très peu probable que des militaires souhaitant quitter l'armée redeviennent soudainement convaincus et enclins à servir, pour la seule raison qu'un changement de voie est rendu plus difficile. C'est particulièrement vrai également pour les sous-officiers et officiers qui sont déjà prêts à assumer des responsabilités dans l'armée et à accomplir davantage de jours, mais qui se verront encore davantage désavantager par ces restrictions.

L'ANIM s'oppose pour ces raisons à la modification de la loi sur le service civil dans son ensemble, ainsi qu'aux sept mesures prises séparément.

## **Quelques propositions**

La loi sur le service civil réglemente le service civil. Par conséquent, l'ANIM s'attend à ce qu'une modification de la LSC traite également du service civil et mette en valeur sa contribution extrêmement efficace au système de service obligatoire et à son bon fonctionnement. Il conviendrait au moins d'essayer de faire évoluer le service civil de manière constructive. L'ANIM propose pour cela les mesures suivantes :

- Le service civil doit être encore plus orienté vers les situations exceptionnelles, comme les catastrophes environnementales ou les cas d'urgence humanitaire.
- Le service civil doit être flexible et permettre de nouvelles formes d'affectation, par exemple dans l'assistance des personnes nécessitant une prise en charge. Dans cette optique, le principe des affectations à temps plein doit être abandonné afin de permettre des services d'assistance plus longs et personnalisés.
- Les programmes prioritaires doivent être étendus à d'autres domaines ou être totalement supprimés.
- La formation des civilistes doit être renforcée et adaptée de manière plus spécifique aux besoins des affectations.

## Commentaires sur les mesures proposées

### **Mesure n° 1 : minimum de 150 jours de service**

Plus les personnes astreintes à servir présentent tard leur demande d'admission au service civil, plus cette mesure les met en difficulté. Elle pénalise tous ceux qui veulent donner une chance à l'armée et sont prêts à essayer le service militaire. Si un conflit de conscience survient par la suite, ils seront pénalisés de manière disproportionnée. Le minimum de 150 jours de service rend absurde le système de la preuve par l'acte. Une personne qui présente une demande d'admission au service civil au lieu de faire son dernier cours de répétition devra multiplier par plus de sept son nombre de jours de service à réaliser. Le facteur maximal de deux, reconnu internationalement, est ainsi largement dépassé. Pour un examen approfondi de la situation juridique, CIVIVA fournit l'avis de droit ci-joint.

Lors de son avis du 24 mai 2017 sur la motion 17.3006 « Modification de la loi sur le service civil » de la CPS-N, le Conseil fédéral a fait valoir ce qui suit :

*« Il est par contre difficile d'estimer quelles seraient la nature et l'ampleur des conséquences indésirables que cette mise en œuvre entraînerait et quels seraient les effets sur le nombre des admissions au service civil ou sur l'effectif de l'armée. Il faut cependant s'attendre à ce que, dans l'ensemble, les personnes astreintes au service militaire soient moins nombreuses à accomplir un service personnel. L'égalité face aux obligations militaires en serait ainsi affaiblie. Les proportions dans lesquelles la durée du service civil serait prolongée (jusqu'à un facteur de 195) et l'inégalité de traitement subie par les civilistes revêtiraient le caractère d'une sanction disproportionnée et seraient notamment incompatibles avec le principe de l'égalité de droit. »*

Pour l'ANIM, il est évident que cette argumentation vaut également pour la mesure proposée ici consistant en l'introduction d'un minimum de 150 jours de service. Un facteur de sept représente en outre une claire inégalité de traitement et est incompatible avec le principe de l'égalité devant la loi

### **Mesure n° 2 : délai d'attente de 12 mois**

Un délai d'attente d'un an pour l'admission au service civil des militaires incorporés dans l'armée, conformément aux art. 16 et 17, est clairement contraire au principe du conflit de conscience en vigueur (art. 1), puisque malgré la formulation manifeste du conflit de conscience, l'obligation de servir un an de plus dans l'armée est imposée. Par conséquent, la personne concernée se voit refuser l'accès au service civil pendant une année entière. En outre, le moment de la fin de la formation de base est un choix arbitraire du Conseil fédéral qui entraîne une inégalité de traitement patente des militaires incorporés qui ont déjà effectué davantage de jours de service. Un conflit de conscience vis-à-vis du service militaire et le droit au service civil qui en découle peuvent surgir indépendamment de la durée du service militaire réalisé ou de la fonction et du grade.

Par ailleurs, ce délai peut entraîner une augmentation des désengagements pour cause d'inaptitude de la part des militaires concernés (« voie bleue »), cette voie n'impliquant aucun délai. D'autre part, l'augmentation des personnes concernées par des demandes de déplacement de service pendant le délai d'attente provoquera une hausse parallèle de la charge administrative de l'armée.

### **Mesure n° 3 : facteur 1,5, y compris pour les sous-officiers et les officiers**

L'ANIM part du principe que les sous-officiers et officiers, en raison de leurs prédispositions supposées pour la carrière militaire et leurs plus longues périodes de service supplémentaires, doivent avoir des motifs sérieux et importants pour passer au service civil et être disposés à allonger leur période de service civil, ce qui est déjà le cas aujourd'hui. La diminution du facteur de rallongement des jours de service qui s'applique actuellement pour les sous-officiers et officiers se justifie par le nombre bien plus élevé de jours de service qu'accomplissent ces derniers par rapport aux soldats. Cette règle a fait ses preuves au regard du faible nombre de

personnes concernées. Un facteur 1,5 indépendant de la durée de service et des jours de service fournis par les sous-officiers et officiers constituerait un préjudice et une inégalité de traitement considérables pour ces derniers. Si l'accès au service civil est détérioré alors même qu'il a fait ses preuves, il faudra s'attendre à avoir des supérieurs démotivés au sein de l'armée ou à voir croître le nombre de désengagements pour cause d'aptitude.

#### **Mesure n° 4 : interdiction aux médecins de faire le service civil en tant que médecins**

La volonté d'interdire les affectations qui requièrent d'avoir débuté ou terminé des études de médecine est arbitraire. Le système de milice éprouvé en Suisse repose sur le principe d'une utilisation efficace des capacités civiles dans l'armée, la protection civile et le service civil.

#### **Mesure n° 5 : pas d'admission de militaires n'ayant plus de jours de service à accomplir**

Fondamentalement, un désengagement du service militaire en raison d'un conflit de conscience doit être possible à tout moment, celui-ci pouvant apparaître lorsqu'une personne est par la suite astreinte au tir obligatoire. Du point de vue de l'ANIM, il serait bien plus sensé de réviser la procédure très complexe d'admission au service militaire sans arme. Si les personnes astreintes à servir pouvaient dès le début et sans obstacle effectuer un service militaire sans arme, le très petit nombre de cas (moins de 50 par an) concernés par cette mesure 5 n'existerait plus.

L'ANIM estime que les personnes admises au service civil doivent également effectuer un service civil efficace et reconnaît dans ce cas la nécessité d'intervenir sur le fond, mais refuse toute restriction du droit fondamental à l'objection de conscience, ce que représente cette mesure.

#### **Mesure n° 6 : obligation d'accomplir une période d'affectation par année dès l'admission**

Actuellement, cette exigence est déjà réglementée de manière quasiment identique dans l'article 39a de l'ordonnance sur le service civil. L'ANIM ne voit absolument aucune raison à cette modification cosmétique puisque les jours de service civil sont déjà aujourd'hui accomplis de manière très fiable. L'organe d'exécution contribue, par une gestion efficace et flexible, à ce que les civilistes s'acquittent en règle générale de tous les jours de service ordonnés (2017 : 96,7 % de tous les jours de service). S'il arrive que certains civilistes n'effectuent pas tous leurs jours de service, il s'agit uniquement de cas extrêmes (maladie longue, départ à l'étranger, décès, refus total).

L'argument du Conseil fédéral que l'équivalence des services se manifeste également par leur exécution dans une même étape de la vie (généralement entre 20 et 25 ans pour la plupart) est contredit par la flexibilité introduite volontaire dans le Développement de l'armée concernant le commencement de l'ER. En outre, cette mesure entraîne des préjudices pour les établissements d'affectation puisque les nombreuses affectations courtes devant être effectuées rendent la période d'apprentissage des tâches démesurée par rapport au temps de l'affectation. Actuellement, la Confédération elle-même offre également, en tant qu'établissement d'affectation, de nombreuses affectations qui nécessitent une haute qualification et pour lesquelles une durée minimale de plusieurs mois est revendiquée. Avec l'obligation d'accomplir une affectation par année, les jours de service restants à la fin de la nécessaire formation ne sont absolument pas suffisants par rapport à la durée minimale requise.

#### **Mesure n° 7 : obligation pour les requérants ayant déposé leur demande pendant l'ER de terminer leur affectation longue au plus tard pendant l'année civile qui suit l'entrée en force de la décision d'admission**

Avec cette mesure, les personnes astreintes à servir qui sont admises au service civil alors qu'elles viennent d'une ER d'été se retrouvent en particulier dans une situation très délicate en termes de temps, puisqu'elles n'auraient qu'environ 1 an pour organiser et réaliser le service de 6 mois. Les répercussions sur la vie professionnelle ou sur la formation peuvent être lourdes, puisque ces personnes devraient accorder, en l'espace de deux années civiles, un temps considérable à l'obligation de servir. Il ne faut pas qu'une mesure visant à réduire l'attractivité

du service civil se répercute finalement sur les employeurs et les instituts de formation, sans parler des obligations familiales.

### **Résumé et conclusion**

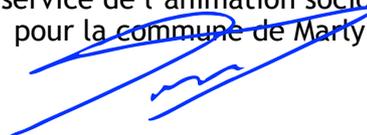
L'ANIM regrette que le Conseil fédéral se soit laissé mettre sous pression par les discours de certains politiciens spécialistes de la sécurité, qui utilisent notamment des propos discréditants et irrespectueux et qu'il soit maintenant prêt à cacher sous le tapis les problématiques propres à l'armée en adoptant des mesures allant à l'encontre d'un service civil qui est pourtant efficace, en constant développement et utile à la société. Dans le rapport explicatif pour la procédure de consultation, le Conseil fédéral s'exprime ainsi :

*« Dans la mesure où le nombre des personnes accomplissant le service civil diminuera à long terme à la suite de l'entrée en vigueur de la présente révision, les établissements d'affectation seront touchés, en particulier dans les domaines d'activité où les ressources nécessaires à l'accomplissement de tâches de la communauté sont insuffisantes ou sont absentes. Il convient toutefois d'accepter cet inconvénient eu égard à l'intérêt public prépondérant que constitue la garantie des effectifs de l'armée. »*

Le Conseil fédéral place les besoins de l'armée au-dessus de ceux de la société civile en prétextant la préservation des intérêts publics. Nous récusons cette interprétation et sommes convaincus que le bon fonctionnement de la société est ce qu'il y a de plus important pour la prospérité de la Suisse.

En vous priant de tenir compte des éléments développés ci-dessus dans la suite de la réflexion sur ce projet et en restant à votre disposition pour des explications complémentaires sur notre argumentation, nous vous prions d'agréer nos salutations distinguées.

Michel Favre  
Chef de service de l'animation socioculturelle  
pour la commune de Marly (FR)





Permanence romande pour civilistes et militaires  
Permanence@infodroit.ch ou  
Le mardi de 12 à 14 heures au 026 925 80 66.  
Pour les urgences, 079 524 35 74, veuillez laisser un message.

Flendruz, 16 juin 2018

### Avis de droit

*A qui de droit*

#### **7 mesures du Conseil fédéral destinées à la consultation. Modifications de la loi sur le service civil. 2018**

##### En préalable

1. Le droit à l'objection de conscience est un droit fondamental internationalement reconnu.
2. Il est reconnu par les jurisprudences du Comité des droits de l'homme et de la Cour Européenne des droits de l'homme, il est présent dans la constitution suisse<sup>1</sup>.
3. Ce droit s'appuie essentiellement tant sur le refus impératif de tuer que sur le refus de résoudre les conflits par la violence.
4. Le conflit entre l'obligation constitutionnelle de servir dans l'armée d'une part et la conscience d'autre part (appelé confit de conscience) peut se manifester sous diverses formes et à divers moments, de façons plus ou moins virulentes ou soudaines, y compris parfois par des somatisations ou des actes de rébellions. La problématique a été largement résolue par deux mesures:
5. 1) Il a été renoncé au « contrôle de conscience » en adoptant le système dit de la preuve par l'acte, soit l'acceptation, par la personne qui demande le service civil d'une durée plus longue pour ce service que celle requise pour le service militaire.

Cette mesure a pour avantage (en plus d'une forte diminution de la charge administrative) d'éviter d'une part l'aggravation et la stigmatisation du conflit de conscience par son besoin de le confronter à la procédure et de libérer d'autre part la personne concernée d'une appréhension et d'une expression intellectuelle et verbalisée de ce conflit, inévitablement discriminatoire selon le niveau d'éducation, et sujette d'autre part à des biais divers, puisque le résultat de l'examen dépendait largement du degré de préparation à celui-ci plutôt que de la nature même, des sources et des raisons du conflit de conscience.

6. Il convient toutefois de noter que ce système de quotité a dès le début présenté un défaut important, au demeurant partiellement caché des civilistes eux-mêmes, dans la mesure où la durée de service civil requise par la loi (1 fois et demie – 1,5 – celle du service militaire encore à faire au moment de la demande) est dans la pratique comparativement différente de la durée du service militaire réellement effectuée par les militaires libérés lorsqu'ils atteignent la limite d'âge. En effet, ceux-ci se voient alors remettre le solde des jours de service non-effectués, alors que les civilistes se voient pénalement condamnés s'ils n'effectuent pas l'entier de leurs jours avant la même limite d'âge (limite par ailleurs par elle-même plus exigeante, puisqu'ils ont plus de jours à effectuer dans le même laps de temps). L'armée a de plus tardé à donner les chiffres permettant de mesurer cette différence des durées respectives des

---

<sup>1</sup> Constitution fédérale (Cst.) [Article 10 sur la droit à la vie](#), [art. 15 sur la liberté de conscience](#), [art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement](#).



services. Pourtant des estimations raisonnables permettaient d'évaluer le nombre de jours de service civil effectués pour les civilistes demandant le service civil pour l'entier de leur périodes de service militaires comme étant environ du double du nombre de jour effectué en moyenne par les soldats terminant leur obligation à la limite d'âge<sup>2</sup>. Actuellement, ce taux semble s'être amélioré un peu, mais la durée comparée du service civil resterait de 1.8 plus élevée que la durée des services militaires, et non pas les 1.5 que stipule la loi. Il conviendra de vérifier les effets de la nouvelle loi sur l'armée sur cette problématique, la limite d'âge n'étant plus un âge fixe (p. ex. 34 ans), mais devenant un nombre de dix années pour faire les services requis après l'école de recrue<sup>3</sup>.

7. De plus la discrimination pénale demeure, puisque contrairement au service civil, aucune mesure permettant d'assurer le rythme et le progrès de la réalisation des périodes de service militaire, mesure accompagnées dans la loi sur le service civil de mesures pénales en cas de retards, n'ont été introduites dans la nouvelle législation sur la l'armée. Ainsi, le civiliste doit accomplir certaines périodes (la première suivant l'admission et la période longue) selon des délais fixes et il ne doit pas lui rester plus d'une certaine proportion de jours à faire avant d'atteindre la limite d'âge. Passé ces délais ou si la proportion de jours restant à faire est trop forte, le civiliste est convoqué d'office pour le surplus ou la période concernée, puis il encoure une peine s'il n'effectue pas la période requise. Il n'existe, pas de système similaire ou aussi contraignant dans l'armée. Pour avoir une vision complète de cette discrimination, pénalement grave, il conviendrait encore de comparer le nombre des dispenses pour justes motifs, lesquelles au demeurant ne font que repousser le problème, dispenses accordées tant pour les civilistes que pour les militaires. Nonobstant, vu la nature différente des système de suivi et de répression des deux sortes d'obligations, puisqu'il y a des condamnations pour retard dus au système de suivi contre les civilistes et qu'il n'y en a pas pour les militaires, la discrimination pénale demeure, tout comme demeurera a priori la discrimination sur les durées.

8. 2) Il importe de souligner que le service civil peut et doit pouvoir être demandé en tout temps, c'est d'ailleurs dans la loi<sup>4</sup>.

9. Cela concerne bien sûr la possibilité de demander le service civil depuis une période de service militaire, mais porte surtout sur la nature du conflit de conscience et relève en partie aussi du droit humanitaire.

10. Ainsi, le conflit de conscience peut se développer par une réflexion autonome, mais il peut aussi surgir, progressivement ou soudainement, face à une circonstance rencontrée dans le cadre du service militaire, par exemple lors de la première prise d'arme (il y a hélas des condamnations pour refus d'ordre de personnes qui font à ce moment-là un blocage psychologique) ou en étant mis en confrontation à une arme particulièrement destructive.

11. Il convient aussi, et c'est d'une grande importance, de citer le cas de l'objection de conscience à un ordre criminel, y compris ou surtout si celui-ci viole le droit humanitaire ; objection qui doit en effet pouvoir être exprimée en tout temps et en particulier de façon immédiate au moment de la réception de l'ordre contesté, cette objection devant alors, selon les circonstances, rejeter non-seulement l'ordre contesté lui-même mais aussi l'ensemble du système qui produit ou maintient cet ordre injuste, à tout le moins si l'ordre est maintenu, car alors seul le refus personnel et complet du système permettant, à défaut de pouvoir l'empêcher, la réalisation de ce ordre illégal et des ses conséquences, de préserver la conscience, et donc l'innocence de la personne confrontée à une telle situation. L'objection de conscience à une circonstance particulière devenant alors une objection au sens usuel du terme, une objection d'ensemble au service militaire<sup>5</sup>.

---

<sup>2</sup> Détail du calcul : <http://www.infodroit.ch/spip.php?article44>

<sup>3</sup> Ordonnance sur les obligations militaires (OMI), 1.1.2018, [art. 19](#).

<sup>4</sup> Loi sur le service civil, [art. 16](#).

<sup>5</sup> Voir par exemple, [Jacques Verhaegen](#) : «Le refus d'obéissance aux ordres manifestement criminels », revue du CICR, vol. 84, n° 845, mars 2002.



### Analyse des mesures proposées

**Mesure 1:** 150 jours de service civil pour toutes personnes n'ayant pas terminés ses « services d'instruction » et ayant moins de 100 jours de service militaire restant.

#### Appréciation générale

12. Par « services d'instruction », il est entendu toutes les périodes de services militaires, à savoir écoles de recrues, écoles de cadres et cours de répétition<sup>6</sup>.

13. La proposition équivaudrait à « condamner », imposer à tout militaire ayant entre 1 et 100 jours de service militaire encore à faire à effectuer 150 jours de service civil.

14. La mesure incite à terminer ses obligations militaires au lieu de demander le service civil.

15. Partant du constat, hautement probable<sup>7</sup>, selon lequel les pertes en effectifs augmentent en fonction de l'âge par lassitude, perte d'intérêt ou en raison de l'augmentation des obligations professionnelles et familiales. Il conviendrait toutefois de disposer des chiffres du nombre des personnes qui quittent l'arme dans ces tranches d'âge soit pour le service civil, soit pour raisons médicales. En effet, si le problème est une question d'emploi du temps, la demande de service civil est d'autant plus contre-productive.

16. A cet aune, la mesure aura pour effet principal d'augmenter le nombre de demandes médicales et assez peu de diminuer le nombre de service civil. Quand à sa capacité à renforcer la motivation pour l'armée, elle est ici hors contexte – ce n'est pas notre problème ou celui du service civil – et elle n'est que très indirecte, la diminution de l'attrait du service civil n'augmentant pas pour autant l'attrait pour l'armée.

#### Calculs concernant la mesure proposée

17. Dans la pratique, divers types de calculs sont possibles pour déterminer les effets et les proportions de la proposition. Mes connaissances mathématiques sont limitées, donc d'autres calculs sont peut-être possibles ou éventuellement meilleurs, mais ceux-ci révèlent plusieurs des effets pervers de la proposition:

a. Le facteur multipliant le nombre de jours à faire est, avec la proposition exponentiel : La personne qui aurait 1 seul jour d'armée encore à faire se retrouverait à en faire 150 jours, soit 150 fois plus que le nombre de jour d'armée requis.

Dans le détail, un militaire à qui il resterait :

1 cours de répétition (CR), soit 19 jours (150/19), verrait le multiplicateur passer de 1.5 à 7.89

2 cours de répétition, le facteur (150/38) est encore du quadruple (3.94)

3 cours de répétition, le facteur descend à 2.63

4 cours de répétition, le facteur est de 2 (1.97)

5 cours de répétition le facteur est encore de 1.57, soit plus haut que la loi actuelle ou que le facteur attribué aux civilistes ayant encore plus de jours.

Ce n'est donc qu'avec 6 cours de répétition encore à faire, soit avec le nombre total des cours de répétition à faire par les soldats, et donc durant le premier cours de répétition que l'ajout systématique de 150 jours, rejoint le facteur général de 1.5.

*Dit autrement, à quelques jours prêts, quiconque demanderait le service civil après l'école de recrue devrait faire 150 jours de service civil au moins, quelque soit le nombre de jour d'armée restant à faire. Pourquoi ne pas le dire ?*

b. Le calcul peut aussi être fait en tenant compte des jours de service militaires et civils faits au total.

Exemple pour un soldat :

Ecole de recrue de 124 jours, solde 121 jours de service en CR. Total 245<sup>(8)</sup>. Service civil complet, 245 X 1.5 = 367 jours de service civil.

Jours de service mil faits : 244 (au lieu de 245)+150=394 (proposition). Système actuel : 244 + 2 (1 x 1.5) = 246 (actuel). Différence : 148 jours à faire en plus qu'avec le système actuel et ... 27 de plus qu'en ayant demandé le service civil dès le recrutement.

<sup>6</sup> Loi sur l'armée et l'administration militaire (LAAM), [art. 41](#).

<sup>7</sup> La permanence que nous représentons confirme, à sa modeste mesure, cette tendance. Les hommes de plus de 25 ans sont relativement nombreux à vouloir mettre un terme à leurs obligations militaires et leur nombre augmente avec l'âge

<sup>8</sup> OMI, [art. 47](#).



Jours de service faits :  $238 (6 \text{ CR faits}) + 150 = 388$  jours à faire ou (système actuel)  $238 + 9 (6 \times 1.5) = 247$ . Différence : 141 jours de service civil en plus qu'avec le système actuel, mais aussi 21 jours de service (mil et civ) en plus de ce que ce même soldat aurait eu à faire s'il avait demandé le service civil dès la fin du recrutement.

En cela, le service est *punitif parce qu'il impose des jours en plus ... pour avoir accepté de faire presque tout son service militaire !!!*

Jours de service faits :  $219 (5 \text{ CR}) + 150 = 369$  ou (actuel :)  $219 + 39 (26 \times 1.5) = 258$ . Différence : 111 jours de plus que le système actuel, mais encore 2 jours de plus qu'avec un service civil demandé dès l'origine.

Jours de service faits  $200 (4 \text{ CR}) + 150 = 350$  ou actuel  $200 + 68 (45 \times 1.5) = 268$ . Différence : 82 en plus que le système actuel.

A partir d'ici le nombre total de jours faits devient inférieur à un service civil demandé d'emblée et donc les jours de service militaire faits diminuent le nombre total de jours à faire.

Jours de service faits  $181 (3 \text{ CR}) + 150 = 331$  ou  $181 + 96 (64 \times 1.5) = 277$ . Différence, 54 jours de service civil en plus, mais 90 de moins qu'avec un service civil complet.

Jours de service faits  $162 (2 \text{ CR}) + 150 = 312$  ou

Jours de service faits  $143 (1 \text{ CR}) + 150 = 293$  ou  $143 + 156 (101 \times 1.5) = 299$  Différence  $\pm 0$ .

#### Effets pour la pratique

c. Les effets du nouveau système sur les intérêts des candidats civilistes, en termes de jours à faire seraient les suivants :

- 1) Le facteur de 1.5 s'applique durant l'école de recrue, voir durant le 1<sup>er</sup> CR. Inchangé.
- 2) Tout jour d'armée fait durant cette période diminue effectivement le nombre total (armée et sc) de jours à faire, par rapport à un service civil complet. Inchangé.
- 3) Dès le 2<sup>ème</sup> CR et jusqu'au 4<sup>ème</sup> CR, le nouveau système augmente progressivement, par rapport à l'ancien, effet étrange, le nombre de jours total à faire, même si l'on fait ces CR, soit d'avoir à faire encore plus de service en tout parce que l'on fait de l'armée (absurde !), puis d'avoir à faire du service civil en plus, même si le nombre de jours total de service civil et militaire reste inférieur à ce que devrait faire un civiliste de la première heure mis au facteur 1.5).

Exemple : Faire un 2<sup>ème</sup> CR de 19 jours et demander le sc, ajoute en plus de ces 19 jours 17 jours de service en tout (civil et militaire) par rapport au système actuel, dans lequel le civiliste en faisant ce CR épargnerait 9 jours de service civil ( $19 - x 1.5$ ). (Nouveau :  $162 \text{ SM} + 150 \text{ SC} = 312$  Ancien  $162 + 125$  (solde de  $83 \times 1.5$ ) = 287, nouveau = J plus 25. S'il ne fait pas ce CR (ancien  $\text{SM } 143 + \text{SC } 152 (101 \times 1.5) = 295$  soit quelques jours en plus de SC pour ne pas avoir fait ce cours (295 au lieu 287), mais toujours au total 17 jours de moins qu'en faisant ce CR dans le système proposé, lequel augmente donc le nombre de jours à faire sans donner de diminution pour ceux faits.

Idem pour les 3<sup>ème</sup> et 4<sup>ème</sup> CR. Je renonce aux calculs ici, mais le nombre de jours d'armée faits sans diminuer le nombre de jours de service totaux augmentera d'autant, par rapport à quelqu'un qui demande le SC après l'ER ou le 1<sup>er</sup> CR.

- 4) Dès le 5<sup>ème</sup> CR, le nombre total (SC et SM) de jours à faire devient plus grand que quelqu'un qui demande le service civil dès le 1<sup>er</sup> jour.

d. En résumé, il ne sera intéressant, en terme de jours à faire (ou rentable) de demander le service qu'entre le recrutement et la fin du 1<sup>er</sup> cours de répétition. A l'inverse, toute demande faite ultérieurement augmentera, de plus en plus gravement, la charge totale du nombre de jours à faire, laquelle dépassera, si le SC est demandé durant ou après le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, le nombre de jours à faire pour quelqu'un qui demande le service civil avant l'ER.

18. Tactiquement, pour le soutien aux objecteurs, l'intérêt à demander le service civil entre le recrutement et la fin de l'école de recrue reste similaire. Par contre, plus le militaire avance dans sa carrière militaire, plus la charge de jours augmente, plus il devient difficile de demander le service civil (et plus sera grande le besoin de demander la voie bleue).

19. Cela n'aura pas pour effet de diminuer fortement le nombre de demandes de service civil, puisque les demandes seront soit pour une part reportées plus tôt dans la carrière militaire, soit transformées en demande médicales et que rares seront les personnes qui en fin de carrière militaire décideront de finir leur service plutôt que de sortir de l'armée, d'une façon ou d'une autre.



### La durée du service civil en droit

20. En droit Suisse, le facteur légal de 1.5 est le même depuis l'origine. Avec toutefois la réserve présentée ci-dessus au point 6 concernant la durée effective (et non légale) située aux environs de 1.8.

21. Le droit international, le Comité des droits de l'homme et la Cour européenne des droits de l'homme, tiennent de jurisprudence constante le fait que le service civil doit être de nature civile et non-punitif.

22. Une durée supérieure au double du service militaire à remplacer est considérée comme excessive<sup>9</sup>. Ainsi, l'attribution à toute personne ayant moins de 75 jours de service militaire à faire de 150 jours de service civil serait contraire au droit international.

23. Mais c'est dans son ensemble, ou à tout le moins dès le 2<sup>ème</sup> cours de répétition, que la mesure est discriminatoire. D'abord parce que plus, ils servent dans l'armée, plus elle pénalise les militaires qui demandent le service civil. Ensuite, parce qu'elle traite différemment des personnes dans des situations similaires, à savoir des personnes présentant une demande de service civil, demande qui est de même nature quel que soit le moment où elle est faite et pour laquelle le nombre de jours de service militaire accomplis n'a aucune incidence, sauf peut-être à renforcer le besoin de présenter une objection de conscience, ce qui reste sans influence aucune sur le droit fondamental à demander le service civil.

24. La loi sur le service civil pose comme principe que la charge du service civil devrait équivalente à celle de l'armée<sup>10</sup>. Toutefois la mesure proposée, en tous les cas dès le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, puisque la charge en jours à faire est alourdie au-delà de ce que le militaire aurait à faire en demandant le service civil avant l'école de recrue. Ainsi, non-seulement, la personne concernée effectue la plus large part de son service militaire (les 3/4), mais elle y voit ajoutée une part importante de service civil (150/367) soit presque la moitié du service civil en plus, pour un total qui dépasse ce qu'elle aurait eu à faire tant à l'armée qu'avec un service civil entier. A ce titre, la mesure est non seulement dissuasive, mais discriminatoire dans la mesure où elle pénalise ceux qui ont déjà fait beaucoup d'armée (ne devraient-ils pas au contraire être pour cela remerciés ?).

25. Par ailleurs, le droit à l'objection de conscience étant un droit fondamental, toute forme de dissuasion, en entravant son libre exercice, est déjà une violation du droit.

26. Et il est finalement, à mon sens, difficile la nature punitive de la mesure, puisque ce sont ceux-là même, qui ont le plus servi dans l'armée, qui se voient le plus pénalisés.

### Résumé :

- Violation du droit international sur la durée du service civil.
- Discrimination entre les civilistes « d'origine » et ceux qui demandent le service civil au cours de leur carrière militaire (l'objection reste la même, pour les mêmes motifs et contre le même service militaire, seule change la situation militaire).
- Mesure probablement punitive.
- Mesure simple en apparence, mais particulièrement compliquée à comprendre et à calculer, entre autres pour les personnes concernées.

---

<sup>9</sup> ONU, Comité des droits de l'homme: Foin v France (Communication No. 666/1995), CCPR/C/D/666/1995, 9 November 1999, para. 10.3, entre autres jurisprudences. Voir aussi: Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 8.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>  
Il existe aussi une traduction allemande de document, p. 21 : [http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV\\_2014-3\\_KDVundAsyl.pdf](http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV_2014-3_KDVundAsyl.pdf)

Voir aussi le rapport quadriennal du Haut Commissaire aux Droits de l'Homme sur l'objection de conscience, 1.5.2017, § 22.  
<http://www.undocs.org/fr/A/HRC/35/4>

<sup>10</sup> LSC 5



### **Mesure 2 :**

Délai d'attente de 12 mois entre le dépôt de la demande et l'admission, avec obligation de faire les périodes de service militaires prévues.

27. La mesure est contraire à la constitution. Celle-ci prévoit, textuellement : « un service de remplacement »<sup>11</sup>. Or un *remplacement du service* n'est en aucun cas un service de remplacement *différé* avec maintien du service à remplacer, en attente du service de remplacement.

Des délais pour la mise en œuvre, par la personne concernée comme par l'administration, du service de remplacement sont acceptable, voir le maintien des obligations en attente de la décision d'admission<sup>12</sup>, mais en aucun le droit à l'objection de conscience ne saurait-il être suspendu.

28. De plus, la proposition est largement impraticable et passablement conflictogène. Les civilistes concernés ne se gêneront pas pour demander des reports, se faire porter malade ou pour ne pas se présenter et leur motifs de conscience finissant toujours par être reconnus, ils ne seront, s'ils sont que partiellement et inégalement sanctionnés pour ces déflections. Sans parler de la charge administrative supplémentaire pour les administrations cantonales.

### Résumé

- Mesure contraire à la constitution.
- Discrimination entre les civilistes qui font une demande avant l'école de recrue, lesquels ne sont pas condamnés à des périodes militaires et ceux qui la font après l'ER, qui doivent en faire ou, vaille que vaille, les faire annuler.
- Mesure de nature à créer de nombreuses difficultés administratives tant pour les conscrits et les civilistes que pour l'administration.

### **Mesure 3 :**

29. Suppression du facteur 1.1 et passage au facteur 1.5 pour les officiers et les sous-officiers supérieurs.

30. Les personnes concernées sont relativement peu nombreuses. Elles ont néanmoins les mêmes droits. Mais surtout toutes ces personnes, qui ont été obligées de revêtir ces fonctions d'encadrement, ont déjà servi, au moment de la demande d'admission au service civil plus de jours d'armée que ne servent les civilistes qui n'en a fait aucun. Le moins gradé de ceux-ci servira un total 440 jours de services au lieu de 245<sup>13</sup>. Pour obtenir son grade, il en aura déjà fait presque autant qu'un soldat normal. Et le solde de jour à faire, qu'il soit multiplié par 1.1. ou 1.5 dépassera de toutes façons le nombre maximal de jours effectués par un civiliste ne faisant pas d'armée du tout.

31. Sachant que l'obligation de grader est imposée, même avec un facteur 1.1, la personne qui demande le service civil alors qu'elle a déjà revêtu son grade est discriminée par rapport à un civiliste qui demande le service avant de recevoir le moindre grade. Augmenté cette durée plus encore, alors que la personne gradée sert déjà plus que toute autre personne sans garde, apparaît là aussi comme punitive.

### Résumé

- En conjonction avec la discrimination décrite ci-après, violation du droit international sur la durée du service de remplacement.
- Discrimination entre les officiers et sous-officiers supérieurs d'une part et les soldats d'autre part en raison d'abord de l'obligation de grader d'abord, pour laquelle les premiers ne peuvent rien, puis du fait qu'en raison de cette obligation, ils ont déjà effectué, contre leur gré, une durée de service aussi importante que les soldats, durée sur laquelle vient ensuite s'ajouter une très longue durée de service civil supplémentaire. Dit autrement, le soldat qui demande le service civil évite non-seulement de grader, mais tous les jours de service civil supplémentaires en cas de conflit de conscience alors que l'officier, qui est en droit de développer un conflit de conscience à tout moment, en est d'autant plus pénalisé.

<sup>11</sup> [Art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement.](#)

<sup>12</sup> [LSC 17 et 17a.](#)

<sup>13</sup> [OMI 47](#)



- Mesure qui ne touche qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 4 :**

32. Interdiction faite aux médecins de faire du service civil en tant que médecins.

33. Là encore, la mesure ne concerne que très peu de personnes. Les médecins ont en moyenne au moins 26-27 ans à la fin de leur formation et ce moment-là, la plupart des périodes longues sont faites. Mais quand bien même, faut-il priver les hôpitaux de ces médecins-là ?

34. Par ailleurs, la mesure est à nouveau discriminatoire ; pourquoi les médecins et pas les géologues, les travailleurs sociaux ou les enseignants ? Là ce ne serait plus seulement certains civilistes, mais tout le service d'intérêt public qui tendrait à être victime d'une vision trop étroite des possibilités de service civil.

35. Enfin, il existe certes une disposition qui interdit certaines affectations en fonction de la personne du civiliste, en particulier si elle favorise sa formation<sup>14</sup>. Et c'est probablement, dans ce contexte que la proposition s'inspirerait. Mais à nouveau, certains militaires exercent des fonctions militaires en lien avec leur profession – et pas seulement des médecins ! – en quoi des civilistes n'auraient-ils pas le droit d'en faire autant ?

#### Résumé

- Mesure hautement discriminatoire (par professions).
- Mesure ne touchant (en l'état, que les médecins) qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 5 :**

36. Pas d'admission au service civil pour les personnes pour lesquelles il ne reste plus de jours de service, mais pour lesquelles il reste des tirs obligatoires.

37. La question est controversée depuis longtemps. Seul sont concernés les militaires en service long, qui restent incorporés ensuite pendant 4 ans<sup>15</sup>. Il conviendrait de savoir combien il y a eu de cas.

38. Pour rappel, les militaires ont la possibilité de déposer l'arme, sans motifs, s'ils ne souhaitent pas la conserver, mais cela ne les dispense pas des tirs<sup>16</sup>.

39. D'abord, il convient de rappeler que l'exécution de tirs obligatoires, dans le cadre d'un service militaire, même terminé, peuvent donner lieu à conflit de conscience, qui plus est si celui-ci peut avoir à se manifester durant une période de 4 ans.

40. En ce sens, la mesure ignore et passe complètement à côté, nie un problème qu'il y aurait pourtant lieu de résoudre.

41. A mon sens, une procédure plus simple qu'une admission au service civil devrait permettre, par exemple mais en tous les cas pour motifs de conscience légitimes, de remettre l'arme définitivement et d'être ainsi dispensé des tirs obligatoires.

#### Résumé

- Violation du droit à l'objection de conscience
- Mesure administrative inadéquate
- Mesure ne touchant qu'un nombre limité de personne

#### **Mesure 6 :**

42. Les civilistes sont tenus de faire une période de service civil par année dès l'admission.

---

<sup>14</sup> [LSC 4a](#)

<sup>15</sup> [LAAM 54a](#)

<sup>16</sup> Ordonnance concernant l'équipement personnel des militaires (OEPM), [art. 6a](#).



43. La mesure existe déjà, [art. 39a](#) de l'ordonnance sur le service civil : « La personne astreinte au service civil *effectue chaque année* des affectations de service civil d'une durée de 26 jours au moins à partir de la deuxième année civile au plus tard ».

44. Les reports étant relativement fréquents, on peut se demander si c'est ceux-ci qu'il s'agit de limiter, mais le texte de la mesure est pour le surplus inutile.

#### Résumé

- Proposition de mesure incompétente, mesure déjà prévue par la loi.

#### Mesure 7 :

45. Obligation pour les personnes en service long, d'effectuer la période longue de service civile dans l'année qui suit (et non pas dans les trois ans qui suivent) l'admission au service civil.

46. Imposer un service civil long est une vieille mesure de 2011, que le Tribunal administratif fédéral avait annulée en raison de [l'article 20 de la LSC](#) qui stipule que le SC peut être fait en une ou plusieurs périodes<sup>17</sup>.

47. Depuis toujours, nous recommandons aux militaires en service long de passer d'abord au service normal, avant de demander le service civil, entre autres afin d'éviter le surplus de jours, actuellement 55 jours de service militaire ou 82 jours de service civil en plus<sup>18</sup>. Notre recommandation ne changera pas.

48. De plus, la mesure ne prévoit cette obligation que si l'école de recrue n'est pas terminée, or l'école de recrue est considérée comme terminée si 80% de ses jours ont été accomplis<sup>19</sup>; soit pour une école usuelle de 124 jours, dès le 100<sup>ème</sup> jour d'école de recrue. Mais dans la pratique, la demande de service civil peut être faite quelques jours plutôt, puisque celle-ci prend quelques jours, voir semaines à condition pour cela que l'admission à la fin du processus de demande intervienne après le 100<sup>ème</sup> jour de service.

49. Que ce soit en passant au service normal et en attendant les 80% de son service militaire (dans des conditions « suffisantes ») – si encore au service long avec les jours en sus – il est très facile d'éviter cette mesure et peu nombreux sont ceux qui se retrouveront à devoir faire une période longue ou leur période longue de service civile dans l'année qui suit. Au demeurant si un plan de carrière avait prévu une mise en suspend de celui-ci pour le service militaire long, avec une libération en fin d'école de recrue et une affectation longue trouvée rapidement, celle-ci peut être faite dans le temps préalablement dévolu au service militaire long.

50. La mesure est aussi discriminatoire puisqu'elle traite plus durement les militaires en service long que les militaires en service normal d'une part, et alors plus durement que les civilistes n'ayant pas débuté l'école de recrue d'autre part.

#### Résumé

- Mesure facile à contourner, voire à accommoder.
- Mesure ne concernant alors plus qu'un nombre limité de personne.
- Mesure discriminatoire.

#### Considérations finales

51. Les mesures 1 et 3 violent le droit international sur la durée du service civil.

52. La mesure 2 viole la constitution sur la notion de service de remplacement et la mesure 5 viole la constitution sur le droit à un service de remplacement.

53. Les mesures 1, 3, 4 et 7 sont clairement discriminatoires et violent à un titre ou un autre l'égalité de traitement.

54. Les mesures 3, 4, 5 et 7 ne touchent que – mais gravement – un nombre limité de personnes. À ce titre, le but premier de ces mesures n'est probablement pas ou que partiellement de toucher ces personnes-là, voire de les maintenir dans l'armée mais de donner l'impression qu'il est difficile ou déconseillé, qu'il est

<sup>17</sup> <http://www.infodroit.ch/spip.php?article91>

<sup>18</sup> [OMI 111](#)

<sup>19</sup> [OMI 57](#) ou [37 ordonnance sur le service civil \(OSI\)](#) (même teneur).



même dissuadé de sortir de l'armée. Un tel but viole le droit au service civil et un service civil non-discriminatoire et non-punitif.

55. Il convient d'ajouter à ce propos que les instances et jurisprudences internationales ont reconnus sans hésiter le droit à l'objection de conscience pour les appelés, comme pour les volontaires et les professionnels. Autrement dit et pour ce qui nous occupe ici, le droit à l'objection de conscience et au service de remplacement est et reste le même, ne saurait donc subir d'aggravation dans l'exercice du droit, soit l'accès au service civil, comme dans sa réalisation, soit l'accomplissement du service civil, que la personne concernée aie commencé ou non à servir dans l'armée<sup>20</sup>.

56. Les mesures 2, 3 et 4 supposent des difficultés de mise en œuvre particulièrement importantes. La mesure 5 pourrait faire l'objet d'une simplification administrative.

57. La mesure 6 est inutile, une aberration puisqu'elle préconise quelque chose qui existe déjà.

58. L'analyse de l'ensemble de ces mesures donne l'impression forte que l'armée est très embarrassée, mal à l'aise en raison des demandes service civil issues des ses rangs.

59. Ainsi quand bien même l'ensemble de ces mesures, si elles venaient à être mise en œuvre, aurait pourrait effet d'inciter les conscrits à demander le service civil bien plus tôt, ce qui n'est pas utile à l'armée non plus, il conviendrait de combattre ces mesures pour les effets et les complications graves qu'elles imposent, en toutes sortes de circonstances, aux militaires.

60. Il convient aussi de constater que les mesures proposées font preuve d'une méconnaissance, tant du droit international que du droit constitutionnel suisse qui confine à l'impréparation, voire au mépris, tant des civilistes que des militaires.

61. Enfin, dans le cadre des réactions à ces propositions de mesures, il conviendra de rappeler certaines ou l'ensemble de nos revendications de base, à savoir une présence civile lors du recrutement afin de faciliter son impartialité, un durée raisonnable et une compensation financière garantissant au moins l'accès au minimum vital<sup>21</sup>.

Christophe Barbey,  
Juriste, permanent depuis 2006

---

<sup>20</sup> Voir les résolutions du Conseil des Droits de l'Homme, par exemple la résolution du 8 octobre 2013, art. 12 [A/RES/HRC/24/17](#) ou Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 4.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

<sup>21</sup> Avec une APG de 62.- par jour durant l'ER ou son équivalent au service civil, ou en cas d'absence de salaire préalable au service ou de droit à son équivalent, avec 1'800.- par mois ~, le minimum vital n'est pas atteint. Le dernier rapport du haut commissaire aux droits de l'homme mentionne une trop faible rémunération comme étant de nature punitive. [A/HRC/35/4](#), § 21.

10. Sep. 2018

Eingescannt Ja  Nein **MOUTIER**

Cœur de Jura

**Adresse de correspondance :**

Chancellerie municipale  
Case postale 927  
2740 Moutier  
Tél. 032 494 11 11

**Département fédéral de l'économie de la formation et de la recherche**

Organe d'exécution pour le service civil  
Service juridique  
Malerweg 6  
**3600 Thoune**

Moutier, le 5 septembre 2018/vs

Notre référence : 01.0761.0005

**Loi fédérale sur le service civil – Modification**

Monsieur le Conseiller fédéral,  
Madame, Monsieur,

Lors de sa séance du 4 septembre 2018, le Conseil municipal a examiné la proposition de modification de la loi fédérale sur le service civil.

En tant qu'établissement d'affectation, la Municipalité a décidé de participer à la procédure de consultation ouverte jusqu'au 11 octobre 2018. A ce propos, nous vous prions de bien vouloir prendre note que notre autorité se rallie à la prise de position de la fédération suisse du service civil CIVIVA qui vous a été communiquée au mois de juillet 2018.

En vous remerciant de prendre note de ce qui précède, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, Madame, Monsieur, l'assurance de notre considération distinguée.

**AU NOM DU CONSEIL MUNICIPAL**

Le Président :

*M. Winistoerfer*  
**M. WINISTOERFER**

Le Chancelier

*C. Vaquin*  
**C. VAQUIN**

**Copie :**

- CIVIVA fédération service civil suisse, c/o Nicola Goepfert, 8000 Zurich



Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Diakonie Bethanien  
Buckhauserstrasse 36  
Postfach  
8048 Zürich

Telefon 058 204 80 80

info@bethanien.ch Zivildienst Zentralstelle
04. Okt. 2018
Eingesannt Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>

Zürich, 2. Oktober 2018

### Stellungnahme zur Änderung des Zivildienstgesetzes

Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

#### Einleitung und grundsätzliche Beurteilung

Wir sind überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

#### Kein Handlungsbedarf

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

#### Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der

„Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoss gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

### **Unklare Auswirkungen**

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Gerne weise ich darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Ich lehne aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

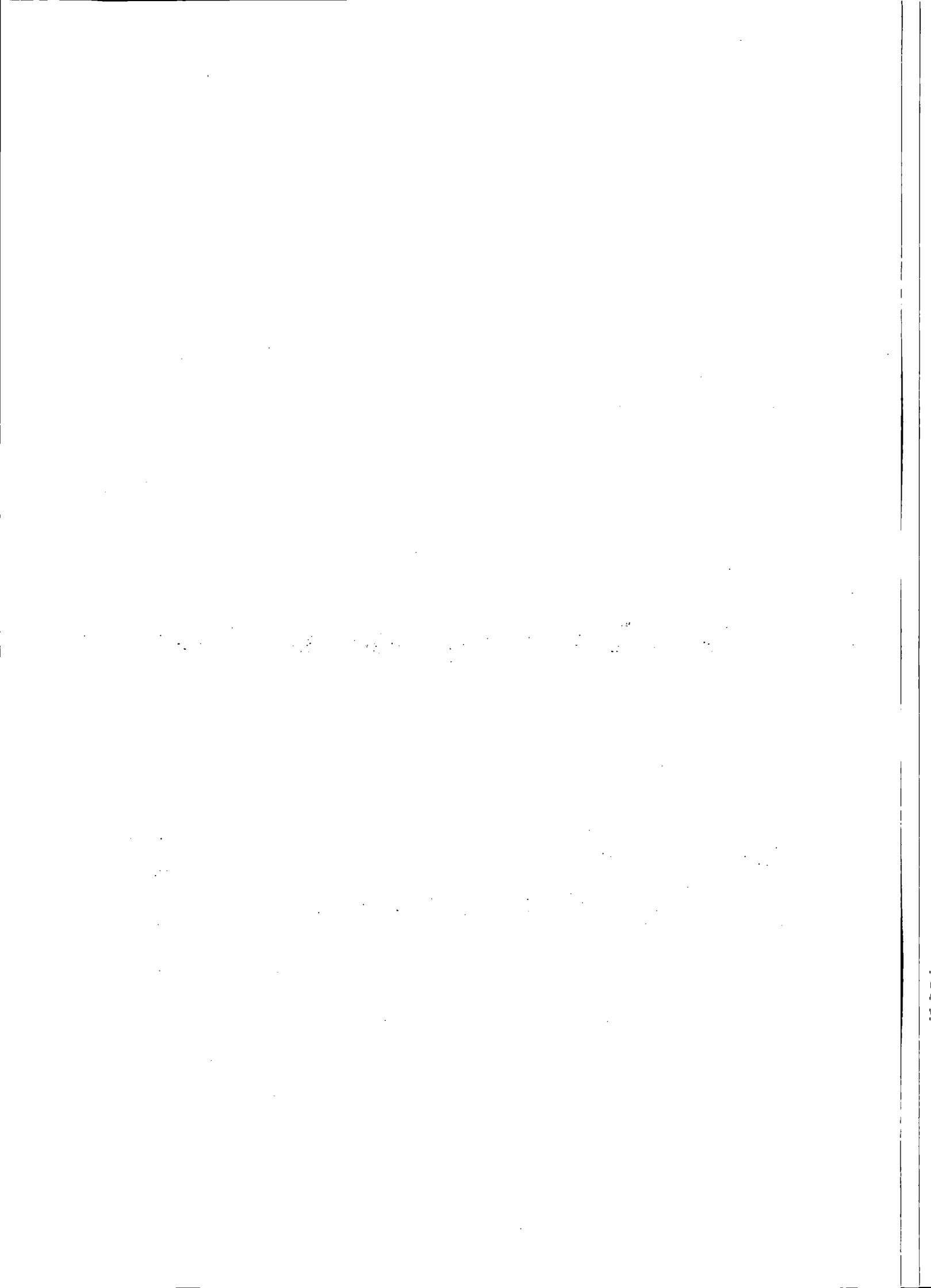
### **Eigene Vorschläge**

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwarten wir, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Wir schlagen dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.
- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

### **Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweisen wir auf das beiliegende Rechtsgutachten.





infoDroit.ch  
gestion de situation

Permanence romande pour civilistes et militaires  
Permanence@infodroit.ch ou  
Le mardi de 12 à 14 heures au 026 925 80 66.  
Pour les urgences, 079 524 35 74, veuillez laisser un message.

Flendruz, 16 juin 2018

**Avis de droit**  
*A qui de droit*

**7 mesures du Conseil fédéral destinées à la consultation.  
Modifications de la loi sur le service civil.  
2018**

**En préalable**

1. Le droit à l'objection de conscience est un droit fondamental internationalement reconnu.
2. Il est reconnu par les jurisprudences du Comité des droits de l'homme et de la Cour Européenne des droits de l'homme, il est présent dans la constitution suisse<sup>1</sup>.
3. Ce droit s'appuie essentiellement tant sur le refus impératif de tuer que sur le refus de résoudre les conflits par la violence.
4. Le conflit entre l'obligation constitutionnelle de servir dans l'armée d'une part et la conscience d'autre part (appelé conflit de conscience) peut se manifester sous diverses formes et à divers moments, de façons plus ou moins virulentes ou soudaines, y compris parfois par des somatisations ou des actes de rébellions. La problématique a été largement résolue par deux mesures:
5. 1) Il a été renoncé au « contrôle de conscience » en adoptant le système dit de la preuve par l'acte, soit l'acceptation, par la personne qui demande le service civil d'une durée plus longue pour ce service que celle requise pour le service militaire.

Cette mesure a pour avantage (en plus d'une forte diminution de la charge administrative) d'éviter d'une part l'aggravation et la stigmatisation du conflit de conscience par son besoin de le confronter à la procédure et de libérer d'autre part la personne concernée d'une appréhension et d'une expression intellectuelle et verbalisée de ce conflit, inévitablement discriminatoire selon le niveau d'éducation, et sujette d'autre part à des biais divers, puisque le résultat de l'examen dépendait largement du degré de préparation à celui-ci plutôt que de la nature même, des sources et des raisons du conflit de conscience.

6. Il convient toutefois de noter que ce système de quotité a dès le début présenté un défaut important, au demeurant partiellement caché des civilistes eux-mêmes, dans le mesure où la durée de service civil requise par la loi (1 fois et demie – 1,5 – celle du service militaire encore à faire au moment de la demande) est dans la pratique comparativement différente de la durée du service militaire réellement effectuée par les militaires libérés lorsqu'ils atteignent la limite d'âge. En effet, ceux-ci se voient alors remettre le solde des jours de service non-effectués, alors que les civilistes se voient pénalement condamnés s'ils n'effectuent pas l'entier de leurs jours avant la même limite d'âge (limite par ailleurs par elle-même plus exigeante, puisqu'ils ont plus de jours à effectuer dans le même laps de temps). L'armée a de plus tardé à donner les chiffres permettant de mesurer cette différence des durées respectives des

<sup>1</sup> Constitution fédérale (Cst.) Article 10 sur la droit à la vie, art. 15 sur la liberté de conscience, art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement.



services. Pourtant des estimations raisonnables permettaient d'évaluer le nombre de jours de service civil effectués pour les civilistes demandant le service civil pour l'entier de leur périodes de service militaires comme étant environ du double du nombre de jour effectué en moyenne par les soldats terminant leur obligation à la limite d'âge<sup>2</sup>. Actuellement, ce taux semble s'être amélioré un peu, mais la durée comparée du service civil resterait de 1.8 plus élevée que la durée des services militaires, et non pas les 1.5 que stipule la loi. Il conviendra de vérifier les effets de la nouvelle loi sur l'armée sur cette problématique, la limite d'âge n'étant plus un âge fixe (p. ex. 34 ans), mais devenant un nombre de dix années pour faire les services requis après l'école de recrue<sup>3</sup>.

7. De plus la discrimination pénale demeure, puisque contrairement au service civil, aucune mesure permettant d'assurer le rythme et le progrès de la réalisation des périodes de service militaire, mesure accompagnées dans la loi sur le service civil de mesures pénales en cas de retards, n'ont été introduites dans la nouvelle législation sur la l'armée. Ainsi, le civiliste doit accomplir certaines périodes (la première suivant l'admission et la période longue) selon des délais fixes et il ne doit pas lui rester plus d'une certaine proportion de jours à faire avant d'atteindre la limite d'âge. Passé ces délais ou si la proportion de jours restant à faire est trop forte, le civiliste est convoqué d'office pour le surplus ou la période concernée, puis il encoure une peine s'il n'effectue pas la période requise. Il n'existe, pas de système similaire ou aussi contraignant dans l'armée. Pour avoir une vision complète de cette discrimination, pénalement grave, il conviendrait encore de comparer le nombre des dispenses pour justes motifs, lesquelles au demeurant ne font que repousser le problème, dispenses accordées tant pour les civilistes que pour les militaires. Nonobstant, vu la nature différente des système de suivi et de répression des deux sortes d'obligations, puisqu'il y a des condamnations pour retard dus au système de suivi contre les civilistes et qu'il n'y en a pas pour les militaires, la discrimination pénale demeure, tout comme demeurera a priori la discrimination sur les durées.

8. 2) Il importe de souligner que le service civil peut et doit pouvoir être demandé en tout temps, c'est d'ailleurs dans la loi<sup>4</sup>.

9. Cela concerne bien sûr la possibilité de demander le service civil depuis une période de service militaire, mais porte surtout sur la nature du conflit de conscience et relève en partie aussi du droit humanitaire.

10. Ainsi, le conflit de conscience peut se développer par une réflexion autonome, mais il peut aussi surgir, progressivement ou soudainement, face à une circonstance rencontrée dans le cadre du service militaire, par exemple lors de la première prise d'arme (il y a hélas des condamnations pour refus d'ordre de personnes qui font à ce moment-là un blocage psychologique) ou en étant mis en confrontation à une arme particulièrement destructive.

11. Il convient aussi, et c'est d'une grande importance, de citer le cas de l'objection de conscience à un ordre criminel, y compris ou surtout si celui-ci viole le droit humanitaire; objection qui doit en effet pouvoir être exprimée en tout temps et en particulier de façon immédiate au moment de la réception de l'ordre contesté, cette objection devant alors, selon les circonstances, rejeter non-seulement l'ordre contesté lui-même mais aussi l'ensemble du système qui produit ou maintient cet ordre injuste, à tout le moins si l'ordre est maintenu, car alors seul le refus personnel et complet du système permettant, à défaut de pouvoir l'empêcher, la réalisation de ce ordre illégal et des ses conséquences, de préserver la conscience, et donc l'innocence de la personne confrontée à une telle situation. L'objection de conscience à une circonstance particulière devenant alors une objection au sens usuel du terme, une objection d'ensemble au service militaire<sup>5</sup>.

<sup>2</sup> Détail du calcul : <http://www.infodroit.ch/spip.php?article44>

<sup>3</sup> Ordonnance sur les obligations militaires (OMI), 1.1.2018, art. 19.

<sup>4</sup> Loi sur le service civil, art. 16.

<sup>5</sup> Voir par exemple, Jacques Verhaegen : «Le refus d'obéissance aux ordres manifestement criminels », revue du CICR, vol. 84, n° 845, mars 2002.



### Analyse des mesures proposées

**Mesure 1:** 150 jours de service civil pour toutes personnes n'ayant pas terminés ses « services d'instruction » et ayant moins de 100 jours de service militaire restant.

#### Appréciation générale

12. Par « services d'instruction », il est entendu toutes les périodes de services militaires, à savoir écoles de recrues, écoles de cadres et cours de répétition<sup>6</sup>.

13. La proposition équivaudrait à « condamner », imposer à tout militaire ayant entre 1 et 100 jours de service militaire encore à faire à effectuer 150 jours de service civil.

14. La mesure incite à terminer ses obligations militaires au lieu de demander le service civil.

15. Partant du constat, hautement probable<sup>7</sup>, selon lequel les pertes en effectifs augmentent en fonction de l'âge par lassitude, perte d'intérêt ou en raison de l'augmentation des obligations professionnelles et familiales. Il conviendrait toutefois de disposer des chiffres du nombre des personnes qui quittent l'arme dans ces tranches d'âge soit pour le service civil, soit pour raisons médicales. En effet, si le problème est une question d'emploi du temps, la demande de service civil est d'autant plus contre-productive.

16. A cet aulne, la mesure aura pour effet principal d'augmenter le nombre de demandes médicales et assez peu de diminuer le nombre de service civil. Quand à sa capacité à renforcer la motivation pour l'armée, elle est ici hors contexte – ce n'est pas notre problème ou celui du service civil – et elle n'est que très indirecte, la diminution de l'attrait du service civil n'augmentant pas pour autant l'attrait pour l'armée.

#### Calculs concernant la mesure proposée

17. Dans la pratique, divers types de calculs sont possibles pour déterminer les effets et les proportions de la proposition. Mes connaissances mathématiques sont limitées, donc d'autres calculs sont peut-être possibles ou éventuellement meilleurs, mais ceux-ci révèlent plusieurs des effets pervers de la proposition:

a. Le facteur multipliant le nombre de jours à faire est, avec la proposition exponentiel : La personne qui aurait 1 seul jour d'armée encore à faire se retrouverait à en faire 150 jours, soit 150 fois plus que le nombre de jour d'armée requis.

Dans le détail, un militaire à qui il resterait :

1 cours de répétition (CR), soit 19 jours (150/19), verrait le multiplicateur passer de 1.5 à 7.89

2 cours de répétition, le facteur (150/38) est encore du quadruple (3.94)

3 cours de répétition, le facteur descend à 2.63

4 cours de répétition, le facteur est de 2 (1.97)

5 cours de répétition le facteur est encore de 1.57, soit plus haut que la loi actuelle ou que le facteur attribué aux civilistes ayant encore plus de jours.

Ce n'est donc qu'avec 6 cours de répétition encore à faire, soit avec le nombre total des cours de répétition à faire par les soldats, et donc durant le premier cours de répétition que l'ajout systématique de 150 jours, rejoint le facteur général de 1.5.

*Dit autrement, à quelques jours prêts, quiconque demanderait le service civil après l'école de recrue devrait faire 150 jours de service civil au moins, quelque soit le nombre de jour d'armée restant à faire. Pourquoi ne pas le dire ?*

b. Le calcul peut aussi être fait en tenant compte des jours de service militaires et civils faits au total. Exemple pour un soldat :

Ecole de recrue de 124 jours, solde 121 jours de service en CR. Total 245<sup>(8)</sup>. Service civil complet, 245 X 1.5 = 367 jours de service civil.

Jours de service mil faits : 244 (au lieu de 245)+150=394 (proposition). Système actuel : 244 + 2 (1 x 1.5) = 246 (actuel). Différence : 148 jours à faire en plus qu'avec le système actuel et ... 27 de plus qu'en ayant demandé le service civil dès le recrutement.

<sup>6</sup> Loi sur l'armée et l'administration militaire (LAAM), art. 41.

<sup>7</sup> La permanence que nous représentons confirme, à sa modeste mesure, cette tendance. Les hommes de plus de 25 ans sont relativement nombreux à vouloir mettre un terme à leurs obligations militaires et leur nombre augmente avec l'âge

<sup>8</sup> OMI, art. 47.



Jours de service faits :  $238 (6 \text{ CR faits}) + 150 = 388$  jours à faire ou (système actuel)  $238 + 9 (6 \times 1.5) = 247$ . Différence : 141 jours de service civil en plus qu'avec le système actuel, mais aussi 21 jours de service (mil et civ) en plus de ce que ce même soldat aurait eu à faire s'il avait demandé le service civil dès la fin du recrutement.

En cela, le service est *punitif* parce qu'il impose des jours en plus ... pour avoir accepté de faire presque tout son service militaire !!!

Jours de service faits :  $219 (5 \text{ CR}) + 150 = 369$  ou (actuel :)  $219 + 39 (26 \times 1.5) = 258$ . Différence : 111 jours de plus que le système actuel, mais encore 2 jours de plus qu'avec un service civil demandé dès l'origine.

Jours de service faits  $200 (4 \text{ CR}) + 150 = 350$  ou actuel  $200 + 68 (45 \times 1.5) = 268$ . Différence : 82 en plus que le système actuel.

À partir d'ici le nombre total de jours faits devient inférieur à un service civil demandé d'emblée et donc les jours de service militaire faits diminuent le nombre total de jours à faire.

Jours de service faits  $181 (3 \text{ CR}) + 150 = 331$  ou  $181 + 96 (64 \times 1.5) = 277$ . Différence, 54 jours de service civil en plus, mais 90 de moins qu'avec un service civil complet.

Jours de service faits  $162 (2 \text{ CR}) + 150 = 312$  ou

Jours de service faits  $143 (1 \text{ CR}) + 150 = 293$  ou  $143 + 156 (101 \times 1.5) = 299$  Différence  $\pm 0$ .

#### Effets pour la pratique

c. Les effets du nouveau système sur les intérêts des candidats civilistes, en termes de jours à faire seraient les suivants :

- 1) Le facteur de 1.5 s'applique durant l'école de recrue, voir durant le 1<sup>er</sup> CR. Inchangé.
- 2) Tout jour d'armée fait durant cette période diminue effectivement le nombre total (armée et sc) de jours à faire, par rapport à un service civil complet. Inchangé.
- 3) Dès le 2<sup>ème</sup> CR et jusqu'au 4<sup>ème</sup> CR, le nouveau système augmente progressivement, par rapport à l'ancien, effet étrange, le nombre de jours total à faire, même si l'on fait ces CR, soit d'avoir à faire encore plus de service en tout parce que l'on fait de l'armée (absurde !), puis d'avoir à faire du service civil en plus, même si le nombre de jours total de service civil et militaire reste inférieur à ce que devrait faire un civiliste de la première heure mis au facteur 1.5).

Exemple : Faire un 2<sup>ème</sup> CR de 19 jours et demander le sc, ajoute en plus de ces 19 jours 17 jours de service en tout (civil et militaire) par rapport au système actuel, dans lequel le civiliste en faisant ce CR épargnerait 9 jours de service civil ( $19 - x 1.5$ ). (Nouveau :  $162 \text{ SM} + 150 \text{ SC} = 312$  Ancien  $162 + 125$  (solde de  $83 \times 1.5$ ) = 287, nouveau = J plus 25. S'il ne fait pas ce CR (ancien  $\text{SM } 143 + \text{SC } 152 (101 \times 1.5) = 295$  soit quelques jours en plus de SC pour ne pas avoir fait ce cours (295 au lieu 287), mais toujours au total 17 jours de moins qu'en faisant ce CR dans le système proposé, lequel augmente donc le nombre de jours à faire sans donner de diminution pour ceux faits.

Idem pour les 3<sup>ème</sup> et 4<sup>ème</sup> CR. Je renonce aux calculs ici, mais le nombre de jours d'armée faits sans diminuer le nombre de jours de service totaux augmentera d'autant, par rapport à quelqu'un qui demande le SC après l'ER ou le 1<sup>er</sup> CR.

- 4) Dès le 5<sup>ème</sup> CR, le nombre total (SC et SM) de jours à faire devient plus grand que quelqu'un qui demande le service civil dès le 1<sup>er</sup> jour.

d. En résumé, il ne sera intéressant, en terme de jours à faire (ou rentable) de demander le service qu'entre le recrutement et la fin du 1<sup>er</sup> cours de répétition. À l'inverse, toute demande faite ultérieurement augmentera, de plus en plus gravement, la charge totale du nombre de jours à faire, laquelle dépassera, si le SC est demandé durant ou après le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, le nombre de jours à faire pour quelqu'un qui demande le service civil avant l'ER.

18. Tactiquement, pour le soutien aux objecteurs, l'intérêt à demander le service civil entre le recrutement et la fin de l'école de recrue reste similaire. Par contre, plus le militaire avance dans sa carrière militaire, plus la charge de jours augmente, plus il devient difficile de demander le service civil (et plus sera grande le besoin de demander la voie bleue).

19. Cela n'aura pas pour effet de diminuer fortement le nombre de demandes de service civil, puisque les demandes seront soit pour une part reportées plus tôt dans la carrière militaire, soit transformées en demande médicales et que rares seront les personnes qui en fin de carrière militaire décideront de finir leur service plutôt que de sortir de l'armée, d'une façon ou d'une autre.

Permanence romande pour les civilistes et les militaires.

C/°Infodroit.ch. Route des Siernes Picaz 46. 1659 Flendruz.

Membre de la Chambre genevoise de l'économie sociale et solidaire, [www.apres.ge](http://www.apres.ge)

Banque Alternative Suisse, ccp 46-110-7, BIC (SWIFT) ABSOCH22, IBAN CH35 0839 0033 2553 1000 2



### La durée du service civil en droit

20. En droit Suisse, le facteur légal de 1.5 est le même depuis l'origine. Avec toutefois la réserve présentée ci-dessus au point 6 concernant la durée effective (et non légale) située aux environs de 1.8.

21. Le droit international, le Comité des droits de l'homme et la Cour européenne des droits de l'homme, tiennent de jurisprudence constante le fait que le service civil doit être de nature civile et non-punitif.

22. Une durée supérieure au double du service militaire à remplacer est considérée comme excessive<sup>9</sup>. Ainsi, l'attribution à toute personne ayant moins de 75 jours de service militaire à faire de 150 jours de service civil serait contraire au droit international.

23. Mais c'est dans son ensemble, ou à tout le moins dès le 2<sup>ème</sup> cours de répétition, que la mesure est discriminatoire. D'abord parce que plus, ils servent dans l'armée, plus elle pénalise les militaires qui demandent le service civil. Ensuite, parce qu'elle traite différemment des personnes dans des situations similaires, à savoir des personnes présentant une demande de service civil, demande qui est de même nature quel que soit le moment où elle est faite et pour laquelle le nombre de jours de service militaire accomplis n'a aucune incidence, sauf peut-être à renforcer le besoin de présenter une objection de conscience, ce qui reste sans influence aucune sur le droit fondamental à demander le service civil.

24. La loi sur le service civil pose comme principe que la charge du service civil devrait équivalente à celle de l'armée<sup>10</sup>. Toutefois la mesure proposée, en tous les cas dès le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, puisque la charge en jours à faire est alourdie au-delà de ce que le militaire aurait à faire en demandant le service civil avant l'école de recrue. Ainsi, non-seulement, la personne concernée effectue la plus large part de son service militaire (les ¾), mais elle y voit ajoutée une part importante de service civil (150/367) soit presque la moitié du service civil en plus, pour un total qui dépasse ce qu'elle aurait eu à faire tant à l'armée qu'avec un service civil entier. A ce titre, la mesure est non seulement dissuasive, mais discriminatoire dans la mesure où elle pénalise ceux qui ont déjà fait beaucoup d'armée (ne devraient-ils pas au contraire être pour cela remerciés ?).

25. Par ailleurs, le droit à l'objection de conscience étant un droit fondamental, toute forme de dissuasion, en entravant son libre exercice, est déjà une violation du droit.

26. Et il est finalement, à mon sens, difficile la nature punitive de la mesure, puisque ce sont ceux-là même, qui ont le plus servi dans l'armée, qui se voient le plus pénalisés.

### Résumé :

- Violation du droit international sur la durée du service civil.
- Discrimination entre les civilistes « d'origine » et ceux qui demandent le service civil au cours de leur carrière militaire (l'objection reste la même, pour les mêmes motifs et contre le même service militaire, seule change la situation militaire).
- Mesure probablement punitive.
- Mesure simple en apparence, mais particulièrement compliquée à comprendre et à calculer, entre autres pour les personnes concernées.

<sup>9</sup> ONU, Comité des droits de l'homme: Foin v France (Communication No. 666/1995), CCPR/C/D/666/1995, 9 November 1999, para. 10.3, entre autres jurisprudence. Voir aussi: Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quno 2015, p. 8.

<http://www.quno.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

Il existe aussi une traduction allemande de document, p. 21 : [http://www.quno.org/sites/default/files/resources/Connection-eV\\_2014-3\\_KDVundAsyl.pdf](http://www.quno.org/sites/default/files/resources/Connection-eV_2014-3_KDVundAsyl.pdf)

Voir aussi le rapport quadriennal du Haut Commissaire aux Droits de l'Homme sur l'objection de conscience, 1.5.2017, § 22.

<http://www.undocs.org/fr/A/HRC/35/4>

<sup>10</sup> LSC 5



### Mesure 2 :

Délai d'attente de 12 mois entre le dépôt de la demande et l'admission, avec obligation de faire les périodes de service militaires prévues.

27. La mesure est contraire à la constitution. Celle-ci prévoit, textuellement : « un service de remplacement »<sup>11</sup>. Or un *remplacement du service* n'est en aucun cas un service de remplacement *différé* avec maintien du service à remplacer, en attente du service de remplacement.

Des délais pour la mise en œuvre, par la personne concernée comme par l'administration, du service de remplacement sont acceptable, voir le maintien des obligations en attente de la décision d'admission<sup>12</sup>, mais en aucun le droit à l'objection de conscience ne saurait-il être suspendu.

28. De plus, la proposition est largement impraticable et passablement conflictogène. Les civilistes concernés ne se gêneront pas pour demander des reports, se faire porter malade ou pour ne pas se présenter et leur motifs de conscience finissant toujours par être reconnus, ils ne seront, s'ils sont que partiellement et inégalement sanctionnés pour ces défections. Sans parler de la charge administrative supplémentaire pour les administrations cantonales.

### Résumé

- Mesure contraire à la constitution.
- Discrimination entre les civilistes qui font une demande avant l'école de recrue, lesquels ne sont pas condamnés à des périodes militaires et ceux qui la font après l'ER, qui doivent en faire ou, vaille que vaille, les faire annuler.
- Mesure de nature à créer de nombreuses difficultés administratives tant pour les conscrits et les civilistes que pour l'administration.

### Mesure 3 :

29. Suppression du facteur 1.1 et passage au facteur 1.5 pour les officiers et les sous-officiers supérieurs.

30. Les personnes concernées sont relativement peu nombreuses. Elles ont néanmoins les mêmes droits. Mais surtout toutes ces personnes, qui ont été obligées de revêtir ces fonctions d'encadrement, ont déjà servi, au moment de la demande d'admission au service civil plus de jours d'armée que ne servent les civilistes qui n'en a fait aucun. Le moins gradé de ceux-ci servira un total 440 jours de services au lieu de 245<sup>13</sup>. Pour obtenir son grade, il en aura déjà fait presque autant qu'un soldat normal. Et le solde de jour à faire, qu'il soit multiplié par 1.1. ou 1.5 dépassera de toutes façons le nombre maximal de jours effectués par un civiliste ne faisant pas d'armée du tout.

31. Sachant que l'obligation de grader est imposée, même avec un facteur 1.1, la personne qui demande le service civil alors qu'elle a déjà revêtu son grade est discriminée par rapport à un civiliste qui demande le service avant de recevoir le moindre grade. Augmenté cette durée plus encore, alors que la personne gradée sert déjà plus que toute autre personne sans garde, apparaît là aussi comme punitive.

### Résumé

- En conjonction avec la discrimination décrite ci-après, violation du droit international sur la durée du service de remplacement.
- Discrimination entre les officiers et sous-officiers supérieurs d'une part et les soldats d'autre part en raison d'abord de l'obligation de grader d'abord, pour laquelle les premiers ne peuvent rien, puis du fait qu'en raison de cette obligation, ils ont déjà effectué, contre leur gré, une durée de service aussi importante que les soldats, durée sur laquelle vient ensuite s'ajouter une très longue durée de service civil supplémentaire. Dit autrement, le soldat qui demande le service civil évite non-seulement de grader, mais tous les jours de service civil supplémentaires en cas de conflit de conscience alors que l'officier, qui est en droit de développer un conflit de conscience à tout moment, en est d'autant plus pénalisé.

<sup>11</sup> Art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement.

<sup>12</sup> LSC 17 et 17a.

<sup>13</sup> OMI 47



- Mesure qui ne touche qu'un nombre limité de personnes.

#### Mesure 4 :

32. Interdiction faite aux médecins de faire du service civil en tant que médecins.

33. Là encore, la mesure ne concerne que très peu de personnes. Les médecins ont en moyenne au moins 26-27 ans à la fin de leur formation et ce moment-là, la plupart des périodes longues sont faites. Mais quand bien même, faut-il priver les hôpitaux de ces médecins-là ?

34. Par ailleurs, la mesure est à nouveau discriminatoire ; pourquoi les médecins et pas les géologues, les travailleurs sociaux ou les enseignants ? Là ce ne serait plus seulement certains civilistes, mais tout le service d'intérêt public qui tendrait à être victime d'une vision trop étroite des possibilités de service civil.

35. Enfin, il existe certes une disposition qui interdit certaines affectations en fonction de la personne du civiliste, en particulier si elle favorise sa formation<sup>14</sup>. Et c'est probablement, dans ce contexte que la proposition s'inspirerait. Mais à nouveau, certains militaires exercent des fonctions militaires en lien avec leur profession – et pas seulement des médecins ! – en quoi des civilistes n'auraient-ils pas le droit d'en faire autant ?

#### Résumé

- Mesure hautement discriminatoire (par professions).
- Mesure ne touchant (en l'état, que les médecins) qu'un nombre limité de personnes.

#### Mesure 5 :

36. Pas d'admission au service civil pour les personnes pour lesquelles il ne reste plus de jours de service, mais pour lesquelles il reste des tirs obligatoires.

37. La question est controversée depuis longtemps. Seul sont concernés les militaires en service long, qui restent incorporés ensuite pendant 4 ans<sup>15</sup>. Il conviendrait de savoir combien il y a eu de cas.

38. Pour rappel, les militaires ont la possibilité de déposer l'arme, sans motifs, s'ils ne souhaitent pas la conserver, mais cela ne les dispense pas des tirs<sup>16</sup>.

39. D'abord, il convient de rappeler que l'exécution de tirs obligatoires, dans le cadre d'un service militaire, même terminé, peuvent donner lieu à conflit de conscience, qui plus est si celui-ci peut avoir à se manifester durant une période de 4 ans.

40. En ce sens, la mesure ignore et passe complètement à côté, nie un problème qu'il y aurait pourtant lieu de résoudre.

41. A mon sens, une procédure plus simple qu'une admission au service civil devrait permettre, par exemple mais en tous les cas pour motifs de conscience légitimes, de remettre l'arme définitivement et d'être ainsi dispensé des tirs obligatoires.

#### Résumé

- Violation du droit à l'objection de conscience
- Mesure administrative inadéquate
- Mesure ne touchant qu'un nombre limité de personne

#### Mesure 6 :

42. Les civilistes sont tenus de faire une période de service civil par année dès l'admission.

<sup>14</sup> LSC 4a

<sup>15</sup> LAAM 54a

<sup>16</sup> Ordonnance concernant l'équipement personnel des militaires (OEPM), art. 6a.



43. La mesure existe déjà, art. 39a de l'ordonnance sur le service civil : « La personne astreinte au service civil *effectue chaque année* des affectations de service civil d'une durée de 26 jours au moins à partir de la deuxième année civile au plus tard ».

44. Les reports étant relativement fréquents, on peut se demander si c'est ceux-ci qu'il s'agit de limiter, mais le texte de la mesure est pour le surplus inutile.

#### Résumé

- Proposition de mesure incompétente, mesure déjà prévue par la loi.

#### Mesure 7 :

45. Obligation pour les personnes en service long, d'effectuer la période longue de service civile dans l'année qui suit (et non pas dans les trois ans qui suivent) l'admission au service civil.

46. Imposer un service civil long est une vieille mesure de 2011, que le Tribunal administratif fédéral avait annulée en raison de l'article 20 de la LSC qui stipule que le SC peut être fait en une ou plusieurs périodes<sup>17</sup>.

47. Depuis toujours, nous recommandons aux militaires en service long de passer d'abord au service normal, avant de demander le service civil, entre autres afin d'éviter le surplus de jours, actuellement 55 jours de service militaire ou 82 jours de service civil en plus<sup>18</sup>. Notre recommandation ne changera pas.

48. De plus, la mesure ne prévoit cette obligation que si l'école de recrue n'est pas terminée, or l'école de recrue est considérée comme terminée si 80% de ses jours ont été accomplis<sup>19</sup>; soit pour une école usuelle de 124 jours, dès le 100<sup>ème</sup> jour d'école de recrue. Mais dans la pratique, la demande de service civil peut être faite quelques jours plutôt, puisque celle-ci prend quelques jours, voir semaines à condition pour cela que l'admission à la fin du processus de demande intervienne après le 100<sup>ème</sup> jour de service.

49. Que ce soit en passant au service normal et en attendant les 80% de son service militaire (dans des conditions « suffisantes ») – si encore, au service long avec les jours en sus – il est très facile d'éviter cette mesure et peu nombreux sont ceux qui se retrouveront à devoir faire une période longue ou leur période longue de service civile dans l'année qui suit. Au demeurant si un plan de carrière avait prévu une mise en suspend de celui-ci pour le service militaire long, avec une libération en fin d'école de recrue et une affectation longue trouvée rapidement, celle-ci peut être faite dans le temps préalablement dévolu au service militaire long.

50. La mesure est aussi discriminatoire puisqu'elle traite plus durement les militaires en service long que les militaires en service normal d'une part, et alors plus durement que les civilistes n'ayant pas débuté l'école de recrue d'autre part.

#### Résumé

- Mesure facile à contourner, voire à accommoder.
- Mesure ne concernant alors plus qu'un nombre limité de personne.
- Mesure discriminatoire.

#### Considérations finales

51. Les mesures 1 et 3 violent le droit international sur la durée du service civil.

52. La mesure 2 viole la constitution sur la notion de service de remplacement et la mesure 5 viole la constitution sur le droit à un service de remplacement.

53. Les mesures 1, 3, 4 et 7 sont clairement discriminatoires et violent à un titre ou un autre l'égalité de traitement.

54. Les mesures 3, 4, 5 et 7 ne touchent que – mais gravement – un nombre limité de personnes. À ce titre, le but premier de ces mesures n'est probablement pas ou que partiellement de toucher ces personnes-là, voire de les maintenir dans l'armée mais de donner l'impression qu'il est difficile ou déconseillé, qu'il est

<sup>17</sup> <http://www.infodroit.ch/spip.php?article91>

<sup>18</sup> OMI 111

<sup>19</sup> OMI 57 ou 37 ordonnance sur le service civil (OSI) (même teneur).



même dissuadé de sortir de l'armée. Un tel but viole le droit au service civil et un service civil non-discriminatoire et non-punitif.

55. Il convient d'ajouter à ce propos que les instances et jurisprudences internationales ont reconnu sans hésiter le droit à l'objection de conscience pour les appelés, comme pour les volontaires et les professionnels. Autrement dit et pour ce qui nous occupe ici, le droit à l'objection de conscience et au service de remplacement est et reste le même, ne saurait donc subir d'aggravation dans l'exercice du droit, soit l'accès au service civil, comme dans sa réalisation, soit l'accomplissement du service civil, que la personne concernée aie commencé ou non à servir dans l'armée<sup>20</sup>.

56. Les mesures 2, 3 et 4 supposent des difficultés de mise en œuvre particulièrement importantes. La mesure 5 pourrait faire l'objet d'une simplification administrative.

57. La mesure 6 est inutile, une aberration puisqu'elle préconise quelque chose qui existe déjà.

58. L'analyse de l'ensemble de ces mesures donne l'impression forte que l'armée est très embarrassée, mal à l'aise en raison des demandes service civil issues des ses rangs.

59. Ainsi quand bien même l'ensemble de ces mesures, si elles venaient à être mise en œuvre, aurait pourrait effet d'inciter les conscrits à demander le service civil bien plus tôt, ce qui n'est pas utile à l'armée non plus, il conviendrait de combattre ces mesures pour les effets et les complications graves qu'elles imposent, en toutes sortes de circonstances, aux militaires.

60. Il convient aussi de constater que les mesures proposées font preuve d'une méconnaissance, tant du droit international que du droit constitutionnel suisse qui confine à l'impréparation, voire au mépris, tant des civilistes que des militaires.

61. Enfin, dans le cadre des réactions à ces propositions de mesures, il conviendra de rappeler certaines ou l'ensemble de nos revendications de base, à savoir une présence civile lors du recrutement afin de faciliter son impartialité, un durée raisonnable et une compensation financière garantissant au moins l'accès au minimum vital<sup>21</sup>.

Christophe Barbey,  
Juriste, permanent depuis 2006

<sup>20</sup> Voir les résolutions du Conseil des Droits de l'Homme, par exemple la résolution du 8 octobre 2013, art. 12 [A/RES/HRC/24/17](#) ou Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quno 2015, p. 4. <http://www.quno.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

<sup>21</sup> Avec une APG de 62.- par jour durant l'ER ou son équivalent au service civil, ou en cas d'absence de salaire préalable au service ou de droit à son équivalent, avec 1'800.- par mois ~, le minimum vital n'est pas atteint. Le dernier rapport du haut commissaire aux droits de l'homme mentionne une trop faible rémunération comme étant de nature punitive. [A/HRC/35/4](#), § 21.



Eidg. Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
z.H. Herr Christian Richterlin  
3000 Bern

Zürich, 10. Oktober 2018

### **Änderung des Zivildienstgesetzes: Rückmeldung zur Vernehmlassung**

Sehr geehrte Damen und Herren

Im Geschäftsbereich Arbeitsintegration der Dienstabteilung Sozialen Einrichtungen und Betriebe bieten wir seit Jahren Einsatzplätze für Zivildienstleistende an. Wir machen ausschliesslich gute Erfahrungen. Einerseits können junge Männer wertvolle Erfahrungen bei Arbeit mit Sozialhilfebezügler/innen sammeln und einen Beitrag zur Integrationsförderung leisten. Andererseits sind die Zivildienstleistenden eine Bereicherung für unsere Einsatzorte, da sie Erfahrungen aus ihrem bisherigen Erwerbsleben bei uns einfliessen lassen.

Wir würden es sehr bedauern, wenn durch die Revision des Zivildienstgesetzes längerfristig weniger Zivildienstleistende zu Verfügung stehen. Es wäre unseres Erachtens ein gesellschaftspolitischer Rückschritt, wenn die Möglichkeiten eingeschränkt werden, einen Einsatz für die Zivilgesellschaft zu leisten.

Freundliche Grüsse

  
Urs Leibundgut  
Direktor

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für Zivildienst ZIVI  
Malerweg 6  
3600 Thun

Zivildienst Zentralstelle
14. Sep. 2018
Eingescannt Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>

Zivildienst Zentralstelle
13. Sep. 2018
Eingescannt Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>

Bern, 4. September 2018

**Betrifft: Stellungnahme der Diplomatischen Dokumente der Schweiz Dodis zur Änderung des Zivildienstgesetzes**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

**Einleitung und grundsätzliche Beurteilung**

Dodis ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern.



# Dodis

Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

## Kein Handlungsbedarf

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

## Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoß gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

## Unklare Auswirkungen

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Dodis weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.

# Dodis

- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Die Diplomatischen Dokumente der Schweiz Dodis lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

## **Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft: 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.

Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“

Für Dodis ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

# Dodis

## **Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Dienstage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen. Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartezeiten bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartezeit mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

## **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

Dodis geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Dienstage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Dienstage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Dienstagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

## **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

## **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdienstagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht von Dodis besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von

# Dodis

Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind. Dodis ist der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

## **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Dodis sieht absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildiensttage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Diensttage erfüllen (2017: 96.7% aller Diensttage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Diensttage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Diensttage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.

## **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

## **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

Dodis bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

# Dodis

„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüßen.



Prof. Dr. Sacha Zala  
Direktor Dodis

Zivildienst Zentralstelle
05. Okt. 2018
Eingescannt Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>

Département fédéral de l'économie,  
de la formation et de la recherche DEFR  
Organe d'exécution pour le service civil ZIVI  
Service juridique  
Malerweg 6  
3600 Thoune

Lausanne, le 1<sup>er</sup> octobre 2018

## Position de DM-échange et mission concernant la modification de la loi sur le service civil

Monsieur le Conseiller fédéral Schneider-Ammann,  
Mesdames, Messieurs,

Dans votre rapport du 20 juin 2018, vous nous avez invités à prendre part à la procédure de consultation sur la modification de la loi sur le service civil proposée par le Conseil fédéral. Nous vous remercions de nous offrir cette opportunité.

DM-échange et mission envoie chaque année plusieurs civilistes à l'étranger dans les programmes de ses partenaires dans le Sud dans les domaines de l'enseignement, de l'animation de jeunesse et de la sensibilisation à l'environnement.

Faisant partie de CIVIVA, Fédération suisse du service civil, nous souhaitons soutenir, en tant qu'organisme d'envoi de civilistes, la prise de position qui vous est parvenue et dont nous rapportons les termes ci-dessous :

### **Introduction et appréciation générale**

*La Fédération suisse du service civil CIVIVA représente les intérêts des civilistes et des établissements d'affectation du service civil. CIVIVA est convaincue que le service civil, sous sa forme actuelle, fonctionne parfaitement et est d'une grande utilité pour la société et l'environnement. Le service civil s'avère efficace en termes d'application, d'organisation et d'action. Il a du sens globalement, mais aussi pour chaque civiliste pris séparément.*

*La proposition de modification de la loi sur le service civil porte atteinte au service civil en tant que façon d'accomplir son obligation de servir et le remet fondamentalement en question. Des principes importants comme l'égalité de traitement de toutes les personnes astreintes à servir ou le droit de faire valoir à tout moment un conflit de conscience seraient compromis. Cette modification conduit à un grand nombre de conflits avec les droits fondamentaux, comme le montre l'avis de droit ci-joint.*

*Une modification de la loi sur le service civil doit être fondée sur le bon déroulement du service civil et ne pas être motivée par la volonté de résoudre les problèmes supposés de l'armée. Politiquement, vouloir dégrader un système qui fonctionne bien et fait ses preuves au profit d'un autre est hautement contestable. Les problèmes doivent être résolus là où ils existent. Le service civil doit s'adapter aux besoins de la société et non à ceux de l'armée.*

### **Aucune nécessité d'intervenir**

Les trois rapports du Conseil fédéral sur les effets de la solution de la preuve par l'acte pour le service civil (2010, 2012, 2014) ainsi que le rapport du groupe d'étude sur l'obligation de service (2016) arrivent à la conclusion que le service civil ne compromet pas les effectifs de l'armée et que, par conséquent, il n'existe aucune nécessité de limiter l'accès au service civil. Jusqu'à aujourd'hui, aucune étude quantitative reposant sur des données transparentes ne suggère que les effectifs de l'armée sont menacés par le service civil. La prétendue nécessité d'intervenir n'est ni étayée ni fondée.

### **Inégalité de traitement entre les personnes astreintes au service**

Les mesures proposées prévoient que plus une personne astreinte a déjà accompli de jours de service, plus les conditions pour passer au service civil empirent. Cette inégalité de traitement évidente et intentionnelle des personnes astreintes au service est inacceptable. Un conflit de conscience vis-à-vis du service militaire peut apparaître à tout moment, en particulier lorsqu'une personne astreinte a eu plusieurs expériences personnelles dans l'armée. L'idée de devoir restreindre plus fortement la « preuve par l'acte » est absurde et constitue une infraction par le Conseil fédéral lui-même au pacte de l'ONU sur les droits civils et politiques.

### **Conséquences incertaines**

Le Conseil fédéral part du principe que compliquer l'accès au service civil aura un effet direct sur les effectifs de l'armée. CIVIVA rappelle que les personnes astreintes au service ne constituent pas une variable d'ajustement anonyme qui peut être contrôlée selon le bon vouloir des politiques et de l'administration. Il s'agit bien davantage d'individus à part entière qui statuent en fonction de droits fondamentaux dont ils disposent, de différentes informations auxquelles ils ont accès et de leurs différentes possibilités d'action. Chaque décision de déposer une demande d'admission au service civil est le résultat d'une réflexion individuelle et d'expériences personnelles. Les modifications proposées ne tiennent aucunement compte de cet aspect.

Si les restrictions pour un passage ultérieur au service civil sont accentuées, un jeune homme astreint à servir qui, selon la loi actuelle, aurait déposé une demande d'admission au service civil aura plusieurs façons de procéder dans cette nouvelle situation :

- Il accepte les nouvelles conditions et passe tout de même au service civil.
- Il anticipe le fait qu'il pourra se retrouver en difficulté à l'avenir dans le cas où il ferait face à un conflit de conscience et dépose sa demande d'admission au service civil plus tôt.
- Il quitte l'armée par la « voie bleue » en prouvant son inaptitude à servir avec une expertise psychiatrique.
- Il reste dans l'armée, réduit sa participation au minimum et y effectue les tâches qui lui sont imposées à contrecœur jusqu'à la fin de son obligation de servir.

Il faut s'attendre à ce que toutes ces possibilités soient choisies dans différentes proportions. Les sept mesures aboutiront donc à des demandes d'admission au service civil anticipées, plus de personnes astreintes à servir déclarées inaptées ou aptes à la protection civile et plus de soldats non motivés dans l'armée. Il est très peu probable que des militaires souhaitant quitter l'armée redeviennent soudainement convaincus et enclins à servir, pour la seule raison qu'un changement de voie est rendu plus difficile. C'est particulièrement vrai également pour les sous-officiers et officiers qui sont déjà prêts à assumer des responsabilités dans l'armée et à accomplir davantage de jours, mais qui se verront encore davantage désavantager par ces restrictions.

La Fondation suisse du service civil CIVIVA s'oppose pour ces raisons à la modification de la loi sur le service civil dans son ensemble, ainsi qu'aux sept mesures prises séparément.

### **Quelques propositions**

La loi sur le service civil régit le service civil. Par conséquent, CIVIVA s'attend à ce qu'une modification de la LSC traite également du service civil et mette en valeur sa contribution extrêmement efficace au système de service obligatoire et à son bon fonctionnement. Il conviendrait

au moins d'essayer de faire évoluer le service civil de manière constructive. CIVIVA propose pour cela les mesures suivantes :

- Le service civil doit être encore plus orienté vers les situations exceptionnelles, comme les catastrophes environnementales ou les cas d'urgence humanitaire.
- Le service civil doit être flexible et permettre de nouvelles formes d'affectation, par exemple dans l'assistance des personnes nécessitant une prise en charge. Dans cette optique, le principe des affectations à temps plein doit être abandonné afin de permettre des services d'assistance plus longs et personnalisés.
- Les programmes prioritaires doivent être étendus à d'autres domaines ou être totalement supprimés.
- La formation des civilistes doit être renforcée et adaptée de manière plus spécifique aux besoins des affectations.

### **Commentaires sur les mesures proposées**

#### **Mesure n° 1 : minimum de 150 jours de service**

Plus les personnes astreintes à servir présentent tard leur demande d'admission au service civil, plus cette mesure les met en difficulté. Elle pénalise tous ceux qui veulent donner une chance à l'armée et sont prêts à essayer le service militaire. Si un conflit de conscience survient par la suite, ils seront pénalisés de manière disproportionnée. Le minimum de 150 jours de service rend absurde le système de la preuve par l'acte. Une personne qui présente une demande d'admission au service civil au lieu de faire son dernier cours de répétition devra multiplier par plus de sept son nombre de jours de service à réaliser. Le facteur maximal de deux, reconnu internationalement, est ainsi largement dépassé. Pour un examen approfondi de la situation juridique, CIVIVA fournit l'avis de droit ci-joint.

Lors de son avis du 24 mai 2017 sur la motion 17.3006 « Modification de la loi sur le service civil » de la CPS-N, le Conseil fédéral a fait valoir ce qui suit :

« Il est par contre difficile d'estimer quelles seraient la nature et l'ampleur des conséquences indésirables que cette mise en œuvre entraînerait et quels seraient les effets sur le nombre des admissions au service civil ou sur l'effectif de l'armée. Il faut cependant s'attendre à ce que, dans l'ensemble, les personnes astreintes au service militaire soient moins nombreuses à accomplir un service personnel. L'égalité face aux obligations militaires en serait ainsi affaiblie.

Les proportions dans lesquelles la durée du service civil serait prolongée (jusqu'à un facteur de 195) et l'inégalité de traitement subie par les civilistes revêtiraient le caractère d'une sanction disproportionnée et seraient notamment incompatibles avec le principe de l'égalité de droit. »

Pour CIVIVA, il est évident que cette argumentation vaut également pour la mesure proposée ici consistant en l'introduction d'un minimum de 150 jours de service. Un facteur de sept représente en outre une claire inégalité de traitement et est incompatible avec le principe de l'égalité devant la loi

#### **Mesure n° 2 : délai d'attente de 12 mois**

Un délai d'attente d'un an pour l'admission au service civil des militaires incorporés dans l'armée, conformément aux art. 16 et 17, est clairement contraire au principe du conflit de conscience en vigueur (art. 1), puisque malgré la formulation manifeste du conflit de conscience, l'obligation de servir un an de plus dans l'armée est imposée. Par conséquent, la personne concernée se voit refuser l'accès au service civil pendant une année entière. En outre, le moment de la fin de la formation de base est un choix arbitraire du Conseil fédéral qui entraîne une inégalité de traitement patente des militaires incorporés qui ont déjà effectué davantage de jours de service. Un conflit de conscience vis-à-vis du service militaire et le droit au service civil qui en découle peuvent surgir indépendamment de la durée du service militaire réalisé ou de la fonction et du grade.

Par ailleurs, ce délai peut entraîner une augmentation des désengagements pour cause d'inaptitude de la part des militaires concernés (« voie bleue »), cette voie n'impliquant aucun délai. D'autre part, l'augmentation des personnes concernées par des demandes de déplacement de service pendant le délai d'attente provoquera une hausse parallèle de la charge administrative de l'armée.

### **Mesure n° 3 : facteur 1,5, y compris pour les sous-officiers et les officiers**

CIVIVA part du principe que les sous-officiers et officiers, en raison de leurs prédispositions supposées pour la carrière militaire et leurs plus longues périodes de service supplémentaires, doivent avoir des motifs sérieux et importants pour passer au service civil et être disposés à allonger leur période de service civil, ce qui est déjà le cas aujourd'hui. La diminution du facteur de rallongement des jours de service qui s'applique actuellement pour les sous-officiers et officiers se justifie par le nombre bien plus élevé de jours de service qu'accomplissent ces derniers par rapport aux soldats. Cette règle a fait ses preuves au regard du faible nombre de personnes concernées. Un facteur 1,5 indépendant de la durée de service et des jours de service fournis par les sous-officiers et officiers constituerait un préjudice et une inégalité de traitement considérables pour ces derniers. Si l'accès au service civil est détérioré alors même qu'il a fait ses preuves, il faudra s'attendre à avoir des supérieurs démotivés au sein de l'armée ou à voir croître le nombre de désengagements pour cause d'inaptitude.

### **Mesure n° 4 : interdiction aux médecins de faire le service civil en tant que médecins**

La volonté d'interdire les affectations qui requièrent d'avoir débuté ou terminé des études de médecine est arbitraire. Le système de milice éprouvé en Suisse repose sur le principe d'une utilisation efficace des capacités civiles dans l'armée, la protection civile et le service civil.

### **Mesure n° 5 : pas d'admission de militaires n'ayant plus de jours de service à accomplir**

Fondamentalement, un désengagement du service militaire en raison d'un conflit de conscience doit être possible à tout moment, celui-ci pouvant apparaître lorsqu'une personne est par la suite astreinte au tir obligatoire. Du point de vue de CIVIVA, il serait bien plus sensé de réviser la procédure très complexe d'admission au service militaire sans arme. Si les personnes astreintes à servir pouvaient dès le début et sans obstacle effectuer un service militaire sans arme, le très petit nombre de cas (moins de 50 par an) concernés par cette mesure 5 n'existerait plus.

CIVIVA estime que les personnes admises au service civil doivent également effectuer un service civil efficace et reconnaît dans ce cas la nécessité d'intervenir sur le fond, mais refuse toute restriction du droit fondamental à l'objection de conscience, ce que représente cette mesure.

### **Mesure n° 6 : obligation d'accomplir une période d'affectation par année dès l'admission**

Actuellement, cette exigence est déjà réglemantée de manière quasiment identique dans l'article 39a de l'ordonnance sur le service civil. CIVIVA ne voit absolument aucune raison à cette modification cosmétique puisque les jours de service civil sont déjà aujourd'hui accomplis de manière très fiable. L'organe d'exécution contribue, par une gestion efficace et flexible, à ce que les civilistes s'acquittent en règle générale de tous les jours de service ordonnés (2017 : 96,7 % de tous les jours de service). S'il arrive que certains civilistes n'effectuent pas tous leurs jours de service, il s'agit uniquement de cas extrêmes (maladie longue, départ à l'étranger, décès, refus total).

L'argument du Conseil fédéral que l'équivalence des services se manifeste également par leur exécution dans une même étape de la vie (généralement entre 20 et 25 ans pour la plupart) est contredit par la flexibilité introduite volontaire dans le Développement de l'armée concernant le commencement de l'ER. En outre, cette mesure entraîne des préjudices pour les établissements d'affectation puisque les nombreuses affectations courtes devant être effectuées rendent la période d'apprentissage des tâches démesurée par rapport au temps de l'affectation. Actuellement, la

*Confédération elle-même offre également, en tant qu'établissement d'affectation, de nombreuses affectations qui nécessitent une haute qualification et pour lesquelles une durée minimale de plusieurs mois est revendiquée. Avec l'obligation d'accomplir une affectation par année, les jours de service restants à la fin de la nécessaire formation ne sont absolument pas suffisants par rapport à la durée minimale requise.*

**Mesure n° 7 : obligation pour les requérants ayant déposé leur demande pendant l'ER de terminer leur affectation longue au plus tard pendant l'année civile qui suit l'entrée en force de la décision d'admission**

*Avec cette mesure, les personnes astreintes à servir qui sont admises au service civil alors qu'elles viennent d'une ER d'été se retrouvent en particulier dans une situation très délicate en termes de temps, puisqu'elles n'auraient qu'environ 1 an pour organiser et réaliser le service de 6 mois. Les répercussions sur la vie professionnelle ou sur la formation peuvent être lourdes, puisque ces personnes devraient accorder, en l'espace de deux années civiles, un temps considérable à l'obligation de servir. Il ne faut pas qu'une mesure visant à réduire l'attractivité du service civil se répercute finalement sur les employeurs et les instituts de formation, sans parler des obligations familiales.*

**Résumé et conclusion**

*CIVIVA regrette que le Conseil fédéral se soit laissé mettre sous pression par les discours de certains politiciens spécialistes de la sécurité, qui utilisent notamment des propos discréditants et irrespectueux et qu'il soit maintenant prêt à cacher sous le tapis les problématiques propres à l'armée en adoptant des mesures allant à l'encontre d'un service civil qui est pourtant efficace, en constant développement et utile à la société. Dans le rapport explicatif pour la procédure de consultation, le Conseil fédéral s'exprime ainsi :*

*« Dans la mesure où le nombre des personnes accomplissant le service civil diminuera à long terme à la suite de l'entrée en vigueur de la présente révision, les établissements d'affectation seront touchés, en particulier dans les domaines d'activité où les ressources nécessaires à l'accomplissement de tâches de la communauté sont insuffisantes ou sont absentes. Il convient toutefois d'accepter cet inconvénient eu égard à l'intérêt public prépondérant que constitue la garantie des effectifs de l'armée. »*

*Le Conseil fédéral place les besoins de l'armée au-dessus de ceux de la société civile en prétextant la préservation des intérêts publics. Nous récusons cette interprétation et sommes convaincus que le bon fonctionnement de la société est ce qu'il y a de plus important pour la prospérité de la Suisse.*

En vous remerciant de prendre en compte notre position, nous vous transmettons, Monsieur le Conseiller fédéral Schneider-Ammann, Mesdames, Messieurs, nos salutations les meilleures.

Lausanne, le 1<sup>er</sup> octobre 2018



Nicolas Monnier  
Directeur



infoDroit.ch  
gestion de situation

Permanence romande pour civilistes et militaires  
Permanence@infodroit.ch ou  
Le mardi de 12 à 14 heures au 026 925 80 66.  
Pour les urgences, 079 524 35 74, veuillez laisser un message.

Flendruz, 16 juin 2018

**Avis de droit**  
*A qui de droit*

**7 mesures du Conseil fédéral destinées à la consultation.  
Modifications de la loi sur le service civil.  
2018**

**En préalable**

1. Le droit à l'objection de conscience est un droit fondamental internationalement reconnu.
2. Il est reconnu par les jurisprudences du Comité des droits de l'homme et de la Cour Européenne des droits de l'homme, il est présent dans la constitution suisse<sup>1</sup>.
3. Ce droit s'appuie essentiellement tant sur le refus impératif de tuer que sur le refus de résoudre les conflits par la violence.
4. Le conflit entre l'obligation constitutionnelle de servir dans l'armée d'une part et la conscience d'autre part (appelé confit de conscience) peut se manifester sous diverses formes et à divers moments, de façons plus ou moins virulentes ou soudaines, y compris parfois par des somatisations ou des actes de rébellions. La problématique a été largement résolue par deux mesures:
  5. 1) Il a été renoncé au « contrôle de conscience » en adoptant le système dit de la preuve par l'acte, soit l'acceptation, par la personne qui demande le service civil d'une durée plus longue pour ce service que celle requise pour le service militaire.  
Cette mesure a pour avantage (en plus d'une forte diminution de la charge administrative) d'éviter d'une part l'aggravation et la stigmatisation du conflit de conscience par son besoin de le confronter à la procédure et de libérer d'autre part la personne concernée d'une appréhension et d'une expression intellectuelle et verbalisée de ce conflit, inévitablement discriminatoire selon le niveau d'éducation, et sujette d'autre part à des biais divers, puisque le résultat de l'examen dépendait largement du degré de préparation à celui-ci plutôt que de la nature même, des sources et des raisons du conflit de conscience.
6. Il convient toutefois de noter que ce système de quotité a dès le début présenté un défaut important, au demeurant partiellement caché des civilistes eux-mêmes, dans la mesure où la durée de service civil requise par la loi (1 fois et demie – 1,5 – celle du service militaire encore à faire au moment de la demande) est dans la pratique comparativement différente de la durée du service militaire réellement effectuée par les militaires libérés lorsqu'ils atteignent la limite d'âge. En effet, ceux-ci se voient alors remettre le solde des jours de service non-effectués, alors que les civilistes se voient pénalement condamnés s'ils n'effectuent pas l'entier de leurs jours avant la même limite d'âge (limite par ailleurs par elle-même plus exigeante, puisqu'ils ont plus de jours à effectuer dans le même laps de temps). L'armée a de plus tardé à donner les chiffres permettant de mesurer cette différence des durées respectives des

<sup>1</sup> Constitution fédérale (Cst.) Article 10 sur la droit à la vie, art. 15 sur la liberté de conscience, art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement.



services. Pourtant des estimations raisonnables permettaient d'évaluer le nombre de jours de service civil effectués pour les civilistes demandant le service civil pour l'entier de leur périodes de service militaires comme étant environ du double du nombre de jour effectué en moyenne par les soldats terminant leur obligation à la limite d'âge<sup>2</sup>. Actuellement, ce taux semble s'être amélioré un peu, mais la durée comparée du service civil resterait de 1.8 plus élevée que la durée des services militaires, et non pas les 1.5 que stipule la loi. Il conviendra de vérifier les effets de la nouvelle loi sur l'armée sur cette problématique, la limite d'âge n'étant plus un âge fixe (p. ex. 34 ans), mais devenant un nombre de dix années pour faire les services requis après l'école de recrue<sup>3</sup>.

7. De plus la discrimination pénale demeure, puisque contrairement au service civil, aucune mesure permettant d'assurer le rythme et le progrès de la réalisation des périodes de service militaire, mesure accompagnées dans la loi sur le service civil de mesures pénales en cas de retards, n'ont été introduites dans la nouvelle législation sur la l'armée. Ainsi, le civiliste doit accomplir certaines périodes (la première suivant l'admission et la période longue) selon des délais fixes et il ne doit pas lui rester plus d'une certaine proportion de jours à faire avant d'atteindre la limite d'âge. Passé ces délais ou si la proportion de jours restant à faire est trop forte, le civiliste est convoqué d'office pour le surplus ou la période concernée, puis il encoure une peine s'il n'effectue pas la période requise. Il n'existe, pas de système similaire ou aussi contraignant dans l'armée. Pour avoir une vision complète de cette discrimination, pénalement grave, il conviendrait encore de comparer le nombre des dispenses pour justes motifs, lesquelles au demeurant ne font que repousser le problème, dispenses accordées tant pour les civilistes que pour les militaires. Nonobstant, vu la nature différente des système de suivi et de répression des deux sortes d'obligations, puisqu'il y a des condamnations pour retard dus au système de suivi contre les civilistes et qu'il n'y en a pas pour les militaires, la discrimination pénale demeure, tout comme demeurera a priori la discrimination sur les durées.

8. 2) Il importe de souligner que le service civil peut et doit pouvoir être demandé en tout temps, c'est d'ailleurs dans la loi<sup>4</sup>.

9. Cela concerne bien sûr la possibilité de demander le service civil depuis une période de service militaire, mais porte surtout sur la nature du conflit de conscience et relève en partie aussi du droit humanitaire.

10. Ainsi, le conflit de conscience peut se développer par une réflexion autonome, mais il peut aussi surgir, progressivement ou soudainement, face à une circonstance rencontrée dans le cadre du service militaire, par exemple lors de la première prise d'arme (il y a hélas des condamnations pour refus d'ordre de personnes qui font à ce moment-là un blocage psychologique) ou en étant mis en confrontation à une arme particulièrement destructive.

11. Il convient aussi, et c'est d'une grande importance, de citer le cas de l'objection de conscience à un ordre criminel, y compris ou surtout si celui-ci viole le droit humanitaire ; objection qui doit en effet pouvoir être exprimée en tout temps et en particulier de façon immédiate au moment de la réception de l'ordre contesté, cette objection devant alors, selon les circonstances, rejeter non-seulement l'ordre contesté lui-même mais aussi l'ensemble du système qui produit ou maintient cet ordre injuste, à tout le moins si l'ordre est maintenu, car alors seul le refus personnel et complet du système permettant, à défaut de pouvoir l'empêcher, la réalisation de ce ordre illégal et des ses conséquences, de préserver la conscience, et donc l'innocence de la personne confrontée à une telle situation. L'objection de conscience à une circonstance particulière devenant alors une objection au sens usuel du terme, une objection d'ensemble au service militaire<sup>5</sup>.

<sup>2</sup> Détail du calcul : <http://www.infodroit.ch/spip.php?article44>

<sup>3</sup> Ordonnance sur les obligations militaires (OMI), 1.1.2018, art. 19.

<sup>4</sup> Loi sur le service civil, art. 16.

<sup>5</sup> Voir par exemple, Jacques Verhaegen : «Le refus d'obéissance aux ordres manifestement criminels », revue du CICR, vol. 84, n° 845, mars 2002.



### Analyse des mesures proposées

**Mesure 1:** 150 jours de service civil pour toutes personnes n'ayant pas terminés ses « services d'instruction » et ayant moins de 100 jours de service militaire restant.

#### Appréciation générale

12. Par « services d'instruction », il est entendu toutes les périodes de services militaires, à savoir écoles de recrues, écoles de cadres et cours de répétition<sup>6</sup>.

13. La proposition équivaldrait à « condamner », imposer à tout militaire ayant entre 1 et 100 jours de service militaire encore à faire à effectuer 150 jours de service civil.

14. La mesure incite à terminer ses obligations militaires au lieu de demander le service civil.

15. Partant du constat, hautement probable<sup>7</sup>, selon lequel les pertes en effectifs augmentent en fonction de l'âge par lassitude, perte d'intérêt ou en raison de l'augmentation des obligations professionnelles et familiales. Il conviendrait toutefois de disposer des chiffres du nombre des personnes qui quittent l'arme dans ces tranches d'âge soit pour le service civil, soit pour raisons médicales. En effet, si le problème est une question d'emploi du temps, la demande de service civil est d'autant plus contre-productive.

16. A cet aune, la mesure aura pour effet principal d'augmenter le nombre de demandes médicales et assez peu de diminuer le nombre de service civil. Quand à sa capacité à renforcer la motivation pour l'armée, elle est ici hors contexte – ce n'est pas notre problème ou celui du service civil – et elle n'est que très indirecte, la diminution de l'attrait du service civil n'augmentant pas pour autant l'attrait pour l'armée.

#### Calculs concernant la mesure proposée

17. Dans la pratique, divers types de calculs sont possibles pour déterminer les effets et les proportions de la proposition. Mes connaissances mathématiques sont limitées, donc d'autres calculs sont peut-être possibles ou éventuellement meilleurs, mais ceux-ci révèlent plusieurs des effets pervers de la proposition:

a. Le facteur multipliant le nombre de jours à faire est, avec la proposition exponentiel : La personne qui aurait 1 seul jour d'armée encore à faire se retrouverait à en faire 150 jours, soit 150 fois plus que le nombre de jour d'armée requis.

Dans le détail, un militaire à qui il resterait :

1 cours de répétition (CR), soit 19 jours (150/19), verrait le multiplicateur passer de 1.5 à 7.89

2 cours de répétition, le facteur (150/38) est encore du quadruple (3.94)

3 cours de répétition, le facteur descend à 2.63

4 cours de répétition, le facteur est de 2 (1.97)

5 cours de répétition le facteur est encore de 1.57, soit plus haut que la loi actuelle ou que le facteur attribué aux civilistes ayant encore plus de jours.

Ce n'est donc qu'avec 6 cours de répétition encore à faire, soit avec le nombre total des cours de répétition à faire par les soldats, et donc durant le premier cours de répétition que l'ajout systématique de 150 jours, rejoint le facteur général de 1.5.

*Dit autrement, à quelques jours prêts, quiconque demanderait le service civil après l'école de recrue devrait faire 150 jours de service civil au moins, quelque soit le nombre de jour d'armée restant à faire. Pourquoi ne pas le dire ?*

b. Le calcul peut aussi être fait en tenant compte des jours de service militaires et civils faits au total.

Exemple pour un soldat :

Ecole de recrue de 124 jours, solde 121 jours de service en CR. Total 245<sup>8</sup>. Service civil complet, 245 X 1.5 = 367 jours de service civil.

Jours de service mil faits : 244 (au lieu de 245)+150=394 (proposition). Système actuel : 244 + 2 (1 x 1.5) = 246 (actuel). Différence : 148 jours à faire en plus qu'avec le système actuel et ... 27 de plus qu'en ayant demandé le service civil dès le recrutement.

<sup>6</sup> Loi sur l'armée et l'administration militaire (LAAM), art. 41.

<sup>7</sup> La permanence que nous représentons confirme, à sa modeste mesure, cette tendance. Les hommes de plus de 25 ans sont relativement nombreux à vouloir mettre un terme à leurs obligations militaires et leur nombre augmente avec l'âge

<sup>8</sup> OMI, art. 47.



Jours de service faits :  $238 (6 \text{ CR faits}) + 150 = 388$  jours à faire ou (système actuel)  $238 + 9 (6 \times 1.5) = 247$ . Différence : 141 jours de service civil en plus qu'avec le système actuel, mais aussi 21 jours de service (mil et civ) en plus de ce que ce même soldat aurait eu à faire s'il avait demandé le service civil dès la fin du recrutement.

En cela, le service est *punitif* parce qu'il impose des jours en plus ... pour avoir accepté de faire presque tout son service militaire !!!

Jours de service faits :  $219 (5 \text{ CR}) + 150 = 369$  ou (actuel :)  $219 + 39 (26 \times 1.5) = 258$ . Différence : 111 jours de plus que le système actuel, mais encore 2 jours de plus qu'avec un service civil demandé dès l'origine.

Jours de service faits  $200 (4 \text{ CR}) + 150 = 350$  ou actuel  $200 + 68 (45 \times 1.5) = 268$ . Différence : 82 en plus que le système actuel.

A partir d'ici le nombre total de jours faits devient inférieur à un service civil demandé d'emblée et donc les jours de service militaire faits diminuent le nombre total de jours à faire.

Jours de service faits  $181 (3 \text{ CR}) + 150 = 331$  ou  $181 + 96 (64 \times 1.5) = 277$ . Différence, 54 jours de service civil en plus, mais 90 de moins qu'avec un service civil complet.

Jours de service faits  $162 (2 \text{ CR}) + 150 = 312$  ou

Jours de service faits  $143 (1 \text{ CR}) + 150 = 293$  ou  $143 + 156 (101 \times 1.5) = 299$  Différence  $\pm 0$ .

#### Effets pour la pratique

c. Les effets du nouveau système sur les intérêts des candidats civilistes, en termes de jours à faire seraient les suivants :

1) Le facteur de 1.5 s'applique durant l'école de recrue, voir durant le 1<sup>er</sup> CR. Inchangé.  
2) Tout jour d'armée fait durant cette période diminue effectivement le nombre total (armée et sc) de jours à faire, par rapport à un service civil complet. Inchangé.

3) Dès le 2<sup>ème</sup> CR et jusqu'au 4<sup>ème</sup> CR, le nouveau système augmente progressivement, par rapport à l'ancien, effet étrange, le nombre de jours total à faire, même si l'on fait ces CR, soit d'avoir à faire encore plus de service en tout parce que l'on fait de l'armée (absurde !), puis d'avoir à faire du service civil en plus, même si le nombre de jours total de service civil et militaire reste inférieur à ce que devrait faire un civiliste de la première heure mis au facteur 1.5).

Exemple : Faire un 2<sup>ème</sup> CR de 19 jours et demander le sc, ajoute en plus de ces 19 jours 17 jours de service en tout (civil et militaire) par rapport au système actuel, dans lequel le civiliste en faisant ce CR épargnerait 9 jours de service civil ( $19 - x 1.5$ ). (Nouveau :  $162 \text{ SM} + 150 \text{ SC} = 312$  Ancien  $162 + 125$  (solde de  $83 \times 1.5$ ) = 287, nouveau = J plus 25. S'il ne fait pas ce CR (ancien  $\text{SM } 143 + \text{SC } 152 (101 \times 1.5) = 295$  soit quelques jours en plus de SC pour ne pas avoir fait ce cours (295 au lieu 287), mais toujours au total 17 jours de moins qu'en faisant ce CR dans le système proposé, lequel augmente donc e nombre de jours à faire sans donner de diminution pour ceux faits.

Idem pour les 3<sup>ème</sup> et 4<sup>ème</sup> CR. Je renonce aux calculs ici, mais le nombre de jours d'armée faits sans diminuer le nombre de jours de service totaux augmentera d'autant, par rapport à quelqu'un qui demande le SC après l'ER ou le 1<sup>er</sup> CR.

4) Dès le 5<sup>ème</sup> CR, le nombre total (SC et SM) de jours à faire devient plus grand que quelqu'un qui demande le service civil dès le 1<sup>er</sup> jour.

d. En résumé, il ne sera intéressant, en terme de jours à faire (ou rentable) de demander le service qu'entre le recrutement et la fin du 1<sup>er</sup> cours de répétition. A l'inverse, toute demande faite ultérieurement augmentera, de plus en plus gravement, la charge totale du nombre de jours à faire, laquelle dépassera, si le SC est demandé durant ou après le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, le nombre de jours à faire pour quelqu'un qui demande le service civil avant l'ER.

18. Tactiquement, pour le soutien aux objecteurs, l'intérêt à demander le service civil entre le recrutement et la fin de l'école de recrue reste similaire. Par contre, plus le militaire avance dans sa carrière militaire, plus la charge de jours augmente, plus il devient difficile de demander le service civil (et plus sera grande le besoin de demander la voie bleue).

19. Cela n'aura pas pour effet de diminuer fortement le nombre de demandes de service civil, puisque les demandes seront soit pour une part reportées plus tôt dans la carrière militaire, soit transformées en demande médicales et que rares seront les personnes qui en fin de carrière militaire décideront de finir leur service plutôt que de sortir de l'armée, d'une façon ou d'une autre.

Permanence romande pour les civilistes et les militaires.

C/°Infodroit.ch. Route des Siernes Picaz 46. 1659 Flendruz.

Membre de la Chambre genevoise de l'économie sociale et solidaire, [www.apres.ge](http://www.apres.ge)

Banque Alternative Suisse, ccp 46-110-7, BIC (SWIFT) ABSOCH22, IBAN CH35 0839 0033 2553 1000 2



### La durée du service civil en droit

20. En droit Suisse, le facteur légal de 1.5 est le même depuis l'origine. Avec toutefois la réserve présentée ci-dessus au point 6 concernant la durée effective (et non légale) située aux environ de 1.8.

21. Le droit international, le Comité des droits de l'homme et la Cour européenne des droits de l'homme, tiennent de jurisprudence constante le fait que le service civil doit être de nature civile et non-punitif.

22. Une durée supérieure au double du service militaire à remplacer est considérée comme excessive<sup>9</sup>. Ainsi, l'attribution à toute personne ayant moins de 75 jours de service militaire à faire de 150 jours de service civil serait contraire au droit international.

23. Mais c'est dans son ensemble, ou à tout le moins dès le 2<sup>ème</sup> cours de répétition, que la mesure est discriminatoire. D'abord parce que plus, ils servent dans l'armée, plus elle pénalise les militaires qui demandent le service civil. Ensuite, parce qu'elle traite différemment des personnes dans des situations similaires, à savoir des personnes présentant une demandant une de service civil, demande qui est de même nature quel que soit le moment où elle est faite et pour laquelle le nombre de jours de service militaire accomplis n'a aucune incidence, sauf peut-être à renforcé le besoin de présenté une objection de conscience, ce qui reste sans influence aucune sur le droit fondamental à demander le service civil.

24. La loi sur le service civil pose comme principe que la charge du service civil devrait équivalente à celle de l'armée<sup>10</sup>. Toutefois la mesure proposée, en tous les cas dès le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, puisque la charge en jours à faire est alourdie au-delà de ce que le militaire aurait à faire en demandant le service civil avant l'école de recrue. Ainsi, non-seulement, la personne concernée effectue la plus large part de son service militaire (les 3/4), mais elle y voit ajouté une part importante de service civil (150/367) soit presque la moitié du service civil en plus, pour un total qui dépasse ce qu'elle aurait eu à faire tant à l'armée qu'avec un service civil entier. A ce titre, la mesure est non seulement dissuasive, mais discriminatoire dans le mesure où elle pénalise ceux qui ont déjà fait beaucoup d'armée (ne devraient-ils pas au contraire être pour cela remerciés ?).

25. Par ailleurs, le droit à l'objection de conscience étant un droit fondamental, toute forme de dissuasion, en entravant son libre exercice, est déjà une violation du droit.

26. Et il est finalement, à mon sens, difficile la nature punitive de la mesure, puisque ce sont ceux-là même, qui ont le plus servi dans l'armée, qui se voient le plus pénalisés.

### Résumé :

- Violation du droit international sur la durée du service civil.
- Discrimination entre les civilistes « d'origine » et ceux qui demandent le service civil au cours de leur carrière militaire (l'objection reste la même, pour les mêmes motifs et contre le même service militaire, seule change la situation militaire).
- Mesure probablement punitive.
- Mesure simple en apparence, mais particulièrement compliquée à comprendre et à calculer, entre autres pour les personnes concernées.

---

<sup>9</sup> ONU, Comité des droits de l'homme: Foin v France (Communication No. 666/1995), CCPR/C/D/666/1995, 9 November 1999, para. 10.3, entre autres jurisprudence. Voir aussi: Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 8.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUINO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>  
Il existe aussi une traduction allemande de document, p. 21 : [http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV\\_2014-3\\_KDVundAsyl.pdf](http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV_2014-3_KDVundAsyl.pdf)

Voir aussi le rapport quadriennal du Haut Commissaire aux Droits de l'Homme sur l'objection de conscience, 1.5.2017, § 22.

<http://www.undocs.org/fr/A/HRC/35/4>

<sup>10</sup> LSC 5



### Mesure 2 :

Délai d'attente de 12 mois entre le dépôt de la demande et l'admission, avec obligation de faire les périodes de service militaires prévues.

27. La mesure est contraire à la constitution. Celle-ci prévoit, textuellement : « un service de remplacement »<sup>11</sup>. Or un *remplacement du service* n'est en aucun cas un service de remplacement *différé* avec maintien du service à remplacer, en attente du service de remplacement.

Des délais pour la mise en œuvre, par la personne concernée comme par l'administration, du service de remplacement sont acceptable, voir le maintien des obligations en attente de la décision d'admission<sup>12</sup>, mais en aucun le droit à l'objection de conscience ne saurait-il être suspendu.

28. De plus, la proposition est largement impraticable et passablement conflictogène. Les civilistes concernés ne se gêneront pas pour demander des reports, se faire porter malade ou pour ne pas se présenter et leur motifs de conscience finissant toujours par être reconnus, ils ne seront, s'ils sont que partiellement et inégalement sanctionnés pour ces défections. Sans parler de la charge administrative supplémentaire pour les administrations cantonales.

### Résumé

- Mesure contraire à la constitution.
- Discrimination entre les civilistes qui font une demande avant l'école de recrue, lesquels ne sont pas condamnés à des périodes militaires et ceux qui la font après l'ER, qui doivent en faire ou, vaille que vaille, les faire annuler.
- Mesure de nature à créer de nombreuses difficultés administratives tant pour les conscrits et les civilistes que pour l'administration.

### Mesure 3 :

29. Suppression du facteur 1.1 et passage au facteur 1.5 pour les officiers et les sous-officiers supérieurs.

30. Les personnes concernées sont relativement peu nombreuses. Elles ont néanmoins les mêmes droits. Mais surtout toutes ces personnes, qui ont été obligées de revêtir ces fonctions d'encadrement, ont déjà servi, au moment de la demande d'admission au service civil plus de jours d'armée que ne servent les civilistes qui n'en a fait aucun. Le moins gradé de ceux-ci servira un total 440 jours de services au lieu de 245<sup>13</sup>. Pour obtenir son grade, il en aura déjà fait presque autant qu'un soldat normal. Et le solde de jour à faire, qu'il soit multiplié par 1.1. ou 1.5 dépassera de toutes façons le nombre maximal de jours effectués par un civiliste ne faisant pas d'armée du tout.

31. Sachant que l'obligation de grader est imposée, même avec un facteur 1.1, la personne qui demande le service civil alors qu'elle a déjà revêtu son grade est discriminée par rapport à un civiliste qui demande le service avant de recevoir le moindre grade. Augmenté cette durée plus encore, alors que la personne gradée sert déjà plus que toute autre personne sans garde, apparaît là aussi comme punitive.

### Résumé

- En conjonction avec la discrimination décrite ci-après, violation du droit international sur la durée du service de remplacement.
- Discrimination entre les officiers et sous-officiers supérieurs d'une part et les soldats d'autre part en raison d'abord de l'obligation de grader d'abord, pour laquelle les premiers ne peuvent rien, puis du fait qu'en raison de cette obligation, ils ont déjà effectué, contre leur gré, une durée de service aussi importante que les soldats, durée sur laquelle vient ensuite s'ajouter une très longue durée de service civil supplémentaire. Dit autrement, le soldat qui demande le service civil évite non-seulement de grader, mais tous les jours de service civil supplémentaires en cas de conflit de conscience alors que l'officier, qui est en droit de développer un conflit de conscience à tout moment, en est d'autant plus pénalisé.

<sup>11</sup> Art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement.

<sup>12</sup> LSC 17 et 17a.

<sup>13</sup> OMI 47



- Mesure qui ne touche qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 4 :**

32. Interdiction faite aux médecins de faire du service civil en tant que médecins.

33. Là encore, la mesure ne concerne que très peu de personnes. Les médecins ont en moyenne au moins 26-27 ans à la fin de leur formation et ce moment-là, la plupart des périodes longues sont faites. Mais quand bien même, faut-il priver les hôpitaux de ces médecins-là ?

34. Par ailleurs, la mesure est à nouveau discriminatoire ; pourquoi les médecins et pas les géologues, les travailleurs sociaux ou les enseignants ? Là ce ne serait plus seulement certains civilistes, mais tout le service d'intérêt public qui tendrait à être victime d'une vision trop étroite des possibilités de service civil.

35. Enfin, il existe certes une disposition qui interdit certaines affectations en fonction de la personne du civiliste, en particulier si elle favorise sa formation<sup>14</sup>. Et c'est probablement, dans ce contexte que la proposition s'inspirerait. Mais à nouveau, certains militaires exercent des fonctions militaires en lien avec leur profession – et pas seulement des médecins ! – en quoi des civilistes n'auraient-ils pas le droit d'en faire autant ?

#### **Résumé**

- Mesure hautement discriminatoire (par professions).
- Mesure ne touchant (en l'état, que les médecins) qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 5 :**

36. Pas d'admission au service civil pour les personnes pour lesquelles il ne reste plus de jours de service, mais pour lesquelles il reste des tirs obligatoires.

37. La question est controversée depuis longtemps. Seul sont concernés les militaires en service long, qui restent incorporés ensuite pendant 4 ans<sup>15</sup>. Il conviendrait de savoir combien il y a eu de cas.

38. Pour rappel, les militaires ont la possibilité de déposer l'arme, sans motifs, s'ils ne souhaitent pas la conserver, mais cela ne les dispense pas des tirs<sup>16</sup>.

39. D'abord, il convient de rappeler que l'exécution de tirs obligatoires, dans le cadre d'un service militaire, même terminé, peuvent donner lieu à conflit de conscience, qui plus est si celui-ci peut avoir à se manifester durant une période de 4 ans.

40. En ce sens, la mesure ignore et passe complètement à côté, nie un problème qu'il y aurait pourtant lieu de résoudre.

41. A mon sens, une procédure plus simple qu'une admission au service civil devrait permettre, par exemple mais en tous les cas pour motifs de conscience légitimes, de remettre l'arme définitivement et d'être ainsi dispensé des tirs obligatoires.

#### **Résumé**

- Violation du droit à l'objection de conscience
- Mesure administrative inadéquate
- Mesure ne touchant qu'un nombre limité de personne

#### **Mesure 6 :**

42. Les civilistes sont tenus de faire une période de service civil par année dès l'admission.

<sup>14</sup> LSC 4a

<sup>15</sup> LAAM 54a

<sup>16</sup> Ordonnance concernant l'équipement personnel des militaires (OEPM), art. 6a.



43. La mesure existe déjà, art. 39a de l'ordonnance sur le service civil : « La personne astreinte au service civil *effectue chaque année* des affectations de service civil d'une durée de 26 jours au moins à partir de la deuxième année civile au plus tard ».

44. Les reports étant relativement fréquents, on peut se demander si c'est ceux-ci qu'il s'agit de limiter, mais le texte de la mesure est pour le surplus inutile.

#### Résumé

- Proposition de mesure incompétente, mesure déjà prévue par la loi.

#### Mesure 7 :

45. Obligation pour les personnes en service long, d'effectuer la période longue de service civile dans l'année qui suit (et non pas dans les trois ans qui suivent) l'admission au service civil.

46. Imposer un service civil long est une vieille mesure de 2011, que le Tribunal administratif fédéral avait annulée en raison de l'article 20 de la LSC qui stipule que le SC peut être fait en une ou plusieurs périodes<sup>17</sup>.

47. Depuis toujours, nous recommandons aux militaires en service long de passer d'abord au service normal, avant de demander le service civil, entre autres afin d'éviter le surplus de jours, actuellement 55 jours de service militaire ou 82 jours de service civil en plus<sup>18</sup>. Notre recommandation ne changera pas.

48. De plus, la mesure ne prévoit cette obligation que si l'école de recrue n'est pas terminée, or l'école de recrue est considérée comme terminée si 80% de ses jours ont été accomplis<sup>19</sup>; soit pour une école usuelle de 124 jours, dès le 100<sup>ème</sup> jour d'école de recrue. Mais dans la pratique, la demande de service civil peut être faite quelques jours plutôt, puisque celle-ci prend quelques jours, voir semaines à condition pour cela que l'admission à la fin du processus de demande intervienne après le 100<sup>ème</sup> jour de service.

49. Que ce soit en passant au service normal et en attendant les 80% de son service militaire (dans des conditions « suffisantes ») – si encore au service long avec les jours en sus – il est très facile d'éviter cette mesure et peu nombreux sont ceux qui se retrouveront à devoir faire une période longue ou leur période longue de service civile dans l'année qui suit. Au demeurant si un plan de carrière avait prévu une mise en suspend de celui-ci pour le service militaire long, avec une libération en fin d'école de recrue et une affectation longue trouvée rapidement, celle-ci peut être faite dans le temps préalablement dévolu au service militaire long.

50. La mesure est aussi discriminatoire puisqu'elle traite plus durement les militaires en service long que les militaires en service normal d'une part, et alors plus durement que les civilistes n'ayant pas débuté l'école de recrue d'autre part.

#### Résumé

- Mesure facile à contourner, voire à accommoder.
- Mesure ne concernant alors plus qu'un nombre limité de personne.
- Mesure discriminatoire.

#### Considérations finales

51. Les mesures 1 et 3 violent le droit international sur la durée du service civil.

52. La mesure 2 viole la constitution sur la notion de service de remplacement et la mesure 5 viole la constitution sur le droit à un service de remplacement.

53. Les mesures 1, 3, 4 et 7 sont clairement discriminatoires et violent à un titre ou un autre l'égalité de traitement.

54. Les mesures 3, 4, 5 et 7 ne touchent que – mais gravement – un nombre limité de personnes. À ce titre, le but premier de ces mesures n'est probablement pas ou que partiellement de toucher ces personnes-là, voire de les maintenir dans l'armée mais de donner l'impression qu'il est difficile ou déconseillé, qu'il est

<sup>17</sup> <http://www.infodroit.ch/spip.php?article91>

<sup>18</sup> OMI 111

<sup>19</sup> OMI 57 ou 37 ordonnance sur le service civil (OSI) (même teneur).



même dissuadé de sortir de l'armée. Un tel but viole le droit au service civil et un service civil non-discriminatoire et non-punitif.

55. Il convient d'ajouter à ce propos que les instances et jurisprudences internationales ont reconnu sans hésiter le droit à l'objection de conscience pour les appelés, comme pour les volontaires et les professionnels. Autrement dit et pour ce qui nous occupe ici, le droit à l'objection de conscience et au service de remplacement est et reste le même, ne saurait donc subir d'aggravation dans l'exercice du droit, soit l'accès au service civil, comme dans sa réalisation, soit l'accomplissement du service civil, que la personne concernée aie commencé ou non à servir dans l'armée<sup>20</sup>.

56. Les mesures 2, 3 et 4 supposent des difficultés de mise en œuvre particulièrement importantes. La mesure 5 pourrait faire l'objet d'une simplification administrative.

57. La mesure 6 est inutile, une aberration puisqu'elle préconise quelque chose qui existe déjà.

58. L'analyse de l'ensemble de ces mesures donne l'impression forte que l'armée est très embarrassée, mal à l'aise en raison des demandes service civil issues des ses rangs.

59. Ainsi quand bien même l'ensemble de ces mesures, si elles venaient à être mise en œuvre, aurait pour effet d'inciter les conscrits à demander le service civil bien plus tôt, ce qui n'est pas utile à l'armée non plus, il conviendrait de combattre ces mesures pour les effets et les complications graves qu'elles imposent, en toutes sortes de circonstances, aux militaires.

60. Il convient aussi de constater que les mesures proposées font preuve d'une méconnaissance, tant du droit international que du droit constitutionnel suisse qui confine à l'impréparation, voire au mépris, tant des civilistes que des militaires.

61. Enfin, dans le cadre des réactions à ces propositions de mesures, il conviendra de rappeler certaines ou l'ensemble de nos revendications de base, à savoir une présence civile lors du recrutement afin de faciliter son impartialité, une durée raisonnable et une compensation financière garantissant au moins l'accès au minimum vital<sup>21</sup>.

Christophe Barbey,  
Juriste, permanent depuis 2006

<sup>20</sup> Voir les résolutions du Conseil des Droits de l'Homme, par exemple la résolution du 8 octobre 2013, art. 12 [A/RES/HRC/24/17](#) ou Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 4.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

<sup>21</sup> Avec une APG de 62.- par jour durant l'ER ou son équivalent au service civil, ou en cas d'absence de salaire préalable au service ou de droit à son équivalent, avec 1'800.- par mois ~, le minimum vital n'est pas atteint. Le dernier rapport du haut commissaire aux droits de l'homme mentionne une trop faible rémunération comme étant de nature punitive. [A/HRC/35/4](#), § 21.

Zivildienst Zentralstelle
24. Aug. 2018
Eingescannt Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>



Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Bern, 23. August 2018

### **Stellungnahme Domicil Ahornweg**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

#### **Einleitung und grundsätzliche Beurteilung**

Domicil Ahornweg ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

#### **Kein Handlungsbedarf**

Sowohl die drei Bericht des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der

Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -Politikerinnen ab.

### **Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen**

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoss gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

### **Unklare Auswirkungen**

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Domicil Ahornweg weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur, weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Wir lehnen aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

### **Eigene Vorschläge**

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet, Domicil Ahornweg dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss

mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Wir schlagen dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.
- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

### **Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdiensttage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Diensttage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist Domicil Ahornweg auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.“*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für uns ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

### **Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Diensttage im Militär geleistet haben. Ein

Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

### **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

Domicil Ahornweg geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Dienstage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Dienstage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht von Domicil Ahornweg besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

Wir sind der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Wir sehen absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildienstage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch

effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Dienstage erfüllen (2017: 96.7% aller Dienstage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Dienstage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Dienstage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.

### **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

### **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

Domicil Ahornweg bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -Politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüßen.

Freundliche Grüße

Domicil Ahornweg



Beatrice Hueber  
Geschäftsleiterin



Peter Schätzle  
Geschäftsleitungsmitglied

Rechtsgutachten

Zivildienst Zentral...
28. Aug. 2018
Eingesannt Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>



Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Bern, Datum auswählen Kurzzeichen

### **Stellungnahme Domicil Bern AG**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

#### **Einleitung und grundsätzliche Beurteilung**

Domicil Bern AG ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

#### **Kein Handlungsbedarf**

Sowohl die drei Bericht des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der

Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

### **Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen**

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoss gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

### **Unklare Auswirkungen**

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Domicil Bern AG weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Wir lehnen aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

### **Eigene Vorschläge**

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet Domicil Bern AG, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss

mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Wir schlagen dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.
- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

### **Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist Domicil Bern AG auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.“*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für uns ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

### **Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Dienstage im Militär geleistet haben. Ein

Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

### **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

Domicil Bern AG geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Dienstage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Dienstage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht von Domicil Bern AG besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

Wir sind der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Wir sehen absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildienstage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch

effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Dienstage erfüllen (2017: 96.7% aller Dienstage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Dienstage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einstellstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Dienstage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.

### **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

### **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

Domicil Bern AG bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindruckt liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

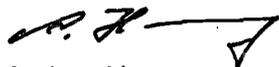
*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüßen.

Freundliche Grüsse

Domicil Bern AG



Andrea Hornung  
CEO



Franziska Honegger  
Direktorin Human Resources

Rechtsgutachten



infoDroit.ch  
gestion de situation

Permanence romande pour civilistes et militaires  
Permanence@infodroit.ch ou  
Le mardi de 12 à 14 heures au 026 925 80 66.  
Pour les urgences, 079 524 35 74, veuillez laisser un message.

Flendruz, 16 juin 2018

**Avis de droit**  
*A qui de droit*

**7 mesures du Conseil fédéral destinées à la consultation.  
Modifications de la loi sur le service civil.  
2018**

**En préalable**

1. Le droit à l'objection de conscience est un droit fondamental internationalement reconnu.
2. Il est reconnu par les jurisprudences du Comité des droits de l'homme et de la Cour Européenne des droits de l'homme, il est présent dans la constitution suisse<sup>1</sup>.
3. Ce droit s'appuie essentiellement tant sur le refus impératif de tuer que sur le refus de résoudre les conflits par la violence.
4. Le conflit entre l'obligation constitutionnelle de servir dans l'armée d'une part et la conscience d'autre part (appelé confit de conscience) peut se manifester sous diverses formes et à divers moments, de façons plus ou moins virulentes ou soudaines, y compris parfois par des somatisations ou des actes de rébellions. La problématique a été largement résolue par deux mesures:

5. 1) Il a été renoncé au « contrôle de conscience » en adoptant le système dit de la preuve par l'acte, soit l'acceptation, par la personne qui demande le service civil d'une durée plus longue pour ce service que celle requise pour le service militaire.

Cette mesure a pour avantage (en plus d'une forte diminution de la charge administrative) d'éviter d'une part l'aggravation et la stigmatisation du conflit de conscience par son besoin de le confronter à la procédure et de libérer d'autre part la personne concernée d'une appréhension et d'une expression intellectuelle et verbalisée de ce conflit, inévitablement discriminatoire selon le niveau d'éducation, et sujette d'autre part à des biais divers, puisque le résultat de l'examen dépendait largement du degré de préparation à celui-ci plutôt que de la nature même, des sources et des raisons du conflit de conscience.

6. Il convient toutefois de noter que ce système de quotité a dès le début présenté un défaut important, au demeurant partiellement caché des civilistes eux-mêmes, dans la mesure où la durée de service civil requise par la loi (1 fois et demie – 1,5 – celle du service militaire encore à faire au moment de la demande) est dans la pratique comparativement différente de la durée du service militaire réellement effectuée par les militaires libérés lorsqu'ils atteignent la limite d'âge. En effet, ceux-ci se voient alors remettre le solde des jours de service non-effectués, alors que les civilistes se voient pénalement condamnés s'ils n'effectuent pas l'entier de leurs jours avant la même limite d'âge (limite par ailleurs par elle-même plus exigeante, puisqu'ils ont plus de jours à effectuer dans le même laps de temps). L'armée a de plus tardé à donner les chiffres permettant de mesurer cette différence des durées respectives des

<sup>1</sup> Constitution fédérale (Cst.) Article 10 sur la droit à la vie, art. 15 sur la liberté de conscience, art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement.

Permanence romande pour les civilistes et les militaires.

C/°Infodroit.ch. Route des Siernes Picaz 46. 1659 Flendruz.

Membre de la Chambre genevoise de l'économie sociale et solidaire, [www.apres.ge](http://www.apres.ge)

Banque Alternative Suisse, ccp 46-110-7, BIC (SWIFT) ABSOCH22, IBAN CH35 0839 0033 2553 1000 2



services. Pourtant des estimations raisonnables permettaient d'évaluer le nombre de jours de service civil effectués pour les civilistes demandant le service civil pour l'entier de leur périodes de service militaires comme étant environ du double du nombre de jour effectué en moyenne par les soldats terminant leur obligation à la limite d'âge<sup>2</sup>. Actuellement, ce taux semble s'être amélioré un peu, mais la durée comparée du service civil resterait de 1.8 plus élevée que la durée des services militaires, et non pas les 1.5 que stipule la loi. Il conviendra de vérifier les effets de la nouvelle loi sur l'armée sur cette problématique, la limite d'âge n'étant plus un âge fixe (p. ex. 34 ans), mais devenant un nombre de dix années pour faire les services requis après l'école de recrue<sup>3</sup>.

7. De plus la discrimination pénale demeure, puisque contrairement au service civil, aucune mesure permettant d'assurer le rythme et le progrès de la réalisation des périodes de service militaire, mesure accompagnées dans la loi sur le service civil de mesures pénales en cas de retards, n'ont été introduites dans la nouvelle législation sur la l'armée. Ainsi, le civiliste doit accomplir certaines périodes (la première suivant l'admission et la période longue) selon des délais fixes et il ne doit pas lui rester plus d'une certaine proportion de jours à faire avant d'atteindre la limite d'âge. Passé ces délais ou si la proportion de jours restant à faire est trop forte, le civiliste est convoqué d'office pour le surplus ou la période concernée, puis il encoure une peine s'il n'effectue pas la période requise. Il n'existe, pas de système similaire ou aussi contraignant dans l'armée. Pour avoir une vision complète de cette discrimination, pénalement grave, il conviendrait encore de comparer le nombre des dispenses pour justes motifs, lesquelles au demeurant ne font que repousser le problème, dispenses accordées tant pour les civilistes que pour les militaires. Nonobstant, vu la nature différente des système de suivi et de répression des deux sortes d'obligations, puisqu'il y a des condamnations pour retard dus au système de suivi contre les civilistes et qu'il n'y en a pas pour les militaires, la discrimination pénale demeure, tout comme demeurera a priori la discrimination sur les durées.

8. 2) Il importe de souligner que le service civil peut et doit pouvoir être demandé en tout temps, c'est d'ailleurs dans la loi<sup>4</sup>.

9. Cela concerne bien sûr la possibilité de demander le service civil depuis une période de service militaire, mais porte surtout sur la nature du conflit de conscience et relève en partie aussi du droit humanitaire.

10. Ainsi, le conflit de conscience peut se développer par une réflexion autonome, mais il peut aussi surgir, progressivement ou soudainement, face à une circonstance rencontrée dans le cadre du service militaire, par exemple lors de la première prise d'arme (il y a hélas des condamnations pour refus d'ordre de personnes qui font à ce moment-là un blocage psychologique) ou en étant mis en confrontation à une arme particulièrement destructive.

11. Il convient aussi, et c'est d'une grande importance, de citer le cas de l'objection de conscience à un ordre criminel, y compris ou surtout si celui-ci viole le droit humanitaire; objection qui doit en effet pouvoir être exprimée en tout temps et en particulier de façon immédiate au moment de la réception de l'ordre contesté, cette objection devant alors, selon les circonstances, rejeter non-seulement l'ordre contesté lui-même mais aussi l'ensemble du système qui produit ou maintient cet ordre injuste, à tout le moins si l'ordre est maintenu, car alors seul le refus personnel et complet du système permettant, à défaut de pouvoir l'empêcher, la réalisation de ce ordre illégal et des ses conséquences, de préserver la conscience, et donc l'innocence de la personne confrontée à une telle situation. L'objection de conscience à une circonstance particulière devenant alors une objection au sens usuel du terme, une objection d'ensemble au service militaire<sup>5</sup>.

<sup>2</sup> Détail du calcul : <http://www.infodroit.ch/spip.php?article44>

<sup>3</sup> Ordonnance sur les obligations militaires (OMI), 1.1.2018, art. 19.

<sup>4</sup> Loi sur le service civil, art. 16.

<sup>5</sup> Voir par exemple, Jacques Verhaegen : «Le refus d'obéissance aux ordres manifestement criminels », revue du CICR, vol. 84, n° 845, mars 2002.



### Analyse des mesures proposées

**Mesure 1 :** 150 jours de service civil pour toutes personnes n'ayant pas terminés ses « services d'instruction » et ayant moins de 100 jours de service militaire restant.

#### Appréciation générale

12. Par « services d'instruction », il est entendu toutes les périodes de services militaires, à savoir écoles de recrues, écoles de cadres et cours de répétition<sup>6</sup>.

13. La proposition équivaldrait à « condamner », imposer à tout militaire ayant entre 1 et 100 jours de service militaire encore à faire à effectuer 150 jours de service civil.

14. La mesure incite à terminer ses obligations militaires au lieu de demander le service civil.

15. Partant du constat, hautement probable<sup>7</sup>, selon lequel les pertes en effectifs augmentent en fonction de l'âge par lassitude, perte d'intérêt ou en raison de l'augmentation des obligations professionnelles et familiales. Il conviendrait toutefois de disposer des chiffres du nombre des personnes qui quittent l'arme dans ces tranches d'âge soit pour le service civil, soit pour raisons médicales. En effet, si le problème est une question d'emploi du temps, la demande de service civil est d'autant plus contre-productive.

16. A cet aune, la mesure aura pour effet principal d'augmenter le nombre de demandes médicales et assez peu de diminuer le nombre de service civil. Quand à sa capacité à renforcer la motivation pour l'armée, elle est ici hors contexte – ce n'est pas notre problème ou celui du service civil – et elle n'est que très indirecte, la diminution de l'attrait du service civil n'augmentant pas pour autant l'attrait pour l'armée.

#### Calculs concernant la mesure proposée

17. Dans la pratique, divers types de calculs sont possibles pour déterminer les effets et les proportions de la proposition. Mes connaissances mathématiques sont limitées, donc d'autres calculs sont peut-être possibles ou éventuellement meilleurs, mais ceux-ci révèlent plusieurs des effets pervers de la proposition:

a. Le facteur multipliant le nombre de jours à faire est, avec la proposition exponentiel : La personne qui aurait 1 seul jour d'armée encore à faire se retrouverait à en faire 150 jours, soit 150 fois plus que le nombre de jour d'armée requis.

Dans le détail, un militaire à qui il resterait :

1 cours de répétition (CR), soit 19 jours (150/19), verrait le multiplicateur passer de 1.5 à 7.89

2 cours de répétition, le facteur (150/38) est encore du quadruple (3.94)

3 cours de répétition, le facteur descend à 2.63

4 cours de répétition, le facteur est de 2 (1.97)

5 cours de répétition le facteur est encore de 1.57, soit plus haut que la loi actuelle ou que le facteur attribué aux civilistes ayant encore plus de jours.

Ce n'est donc qu'avec 6 cours de répétition encore à faire, soit avec le nombre total des cours de répétition à faire par les soldats, et donc durant le premier cours de répétition que l'ajout systématique de 150 jours, rejoint le facteur général de 1.5.

*Dit autrement, à quelques jours près, quiconque demanderait le service civil après l'école de recrue devrait faire 150 jours de service civil au moins, quelque soit le nombre de jour d'armée restant à faire. Pourquoi ne pas le dire ?*

b. Le calcul peut aussi être fait en tenant compte des jours de service militaires et civils faits au total. Exemple pour un soldat :

Ecole de recrue de 124 jours, solde 121 jours de service en CR. Total 245<sup>(8)</sup>. Service civil complet, 245 X 1.5 = 367 jours de service civil.

Jours de service mil faits : 244 (au lieu de 245)+150=394 (proposition). Système actuel : 244 + 2 (1 x 1.5) = 246 (actuel). Différence : 148 jours à faire en plus qu'avec le système actuel et ... 27 de plus qu'en ayant demandé le service civil dès le recrutement.

<sup>6</sup> Loi sur l'armée et l'administration militaire (LAAM), art. 41.

<sup>7</sup> La permanence que nous représentons confirme, à sa modeste mesure, cette tendance. Les hommes de plus de 25 ans sont relativement nombreux à vouloir mettre un terme à leurs obligations militaires et leur nombre augmente avec l'âge

<sup>8</sup> OMI, art. 47.



Jours de service faits :  $238 (6 \text{ CR faits}) + 150 = 388$  jours à faire ou (système actuel)  $238 + 9 (6 \times 1.5) = 247$ . Différence : 141 jours de service civil en plus qu'avec le système actuel, mais aussi 21 jours de service (mil et civ) en plus de ce que ce même soldat aurait eu à faire s'il avait demandé le service civil dès la fin du recrutement.

En cela, le service est *punitif* parce qu'il impose des jours en plus ... pour avoir accepté de faire presque tout son service militaire !!!

Jours de service faits :  $219 (5 \text{ CR}) + 150 = 369$  ou (actuel :)  $219 + 39 (26 \times 1.5) = 258$ . Différence : 111 jours de plus que le système actuel, mais encore 2 jours de plus qu'avec un service civil demandé dès l'origine.

Jours de service faits  $200 (4 \text{ CR}) + 150 = 350$  ou actuel  $200 + 68 (45 \times 1.5) = 268$ . Différence : 82 en plus que le système actuel.

A partir d'ici le nombre total de jours faits devient inférieur à un service civil demandé d'emblée et donc les jours de service militaire faits diminuent le nombre total de jours à faire.

Jours de service faits  $181 (3 \text{ CR}) + 150 = 331$  ou  $181 + 96 (64 \times 1.5) = 277$ . Différence, 54 jours de service civil en plus, mais 90 de moins qu'avec un service civil complet.

Jours de service faits  $162 (2 \text{ CR}) + 150 = 312$  ou

Jours de service faits  $143 (1 \text{ CR}) + 150 = 293$  ou  $143 + 156 (101 \times 1.5) = 299$  Différence  $\pm 0$ .

#### Effets pour la pratique

c. Les effets du nouveau système sur les intérêts des candidats civilistes, en termes de jours à faire seraient les suivants :

1) Le facteur de 1.5 s'applique durant l'école de recrue, voir durant le 1<sup>er</sup> CR. Inchangé.

2) Tout jour d'armée fait durant cette période diminue effectivement le nombre total (armée et sc) de jours à faire, par rapport à un service civil complet. Inchangé.

3) Dès le 2<sup>ème</sup> CR et jusqu'au 4<sup>ème</sup> CR, le nouveau système augmente progressivement, par rapport à l'ancien, effet étrange, le nombre de jours total à faire, même si l'on fait ces CR, soit d'avoir à faire encore plus de service en tout parce que l'on fait de l'armée (absurde !), puis d'avoir à faire du service civil en plus, même si le nombre de jours total de service civil et militaire reste inférieur à ce que devrait faire un civiliste de la première heure mis au facteur 1.5).

Exemple : Faire un 2<sup>ème</sup> CR de 19 jours et demander le sc, ajoute en plus de ces 19 jours 17 jours de service en tout (civil et militaire) par rapport au système actuel, dans lequel le civiliste en faisant ce CR épargnerait 9 jours de service civil ( $19 - x \times 1.5$ ). (Nouveau :  $162 \text{ SM} + 150 \text{ SC} = 312$  Ancien  $162 + 125$  (solde de  $83 \times 1.5) = 287$ , nouveau = J plus 25. S'il ne fait pas ce CR (ancien  $\text{SM } 143 + \text{SC } 152 (101 \times 1.5) = 295$  soit quelques jours en plus de SC pour ne pas avoir fait ce cours (295 au lieu 287), mais toujours au total 17 jours de moins qu'en faisant ce CR dans le système proposé, lequel augmente donc le nombre de jours à faire sans donner de diminution pour ceux faits.

Idem pour les 3<sup>ème</sup> et 4<sup>ème</sup> CR. Je renonce aux calculs ici, mais le nombre de jours d'armée faits sans diminuer le nombre de jours de service totaux augmentera d'autant, par rapport à quelqu'un qui demande le SC après l'ER ou le 1<sup>er</sup> CR.

4) Dès le 5<sup>ème</sup> CR, le nombre total (SC et SM) de jours à faire devient plus grand que quelqu'un qui demande le service civil dès le 1<sup>er</sup> jour.

d. En résumé, il ne sera intéressant, en terme de jours à faire (ou rentable) de demander le service qu'entre le recrutement et la fin du 1<sup>er</sup> cours de répétition. A l'inverse, toute demande faite ultérieurement augmentera, de plus en plus gravement, la charge totale du nombre de jours à faire, laquelle dépassera, si le SC est demandé durant ou après le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, le nombre de jours à faire pour quelqu'un qui demande le service civil avant l'ER.

18. Tactiquement, pour le soutien aux objecteurs, l'intérêt à demander le service civil entre le recrutement et la fin de l'école de recrue reste similaire. Par contre, plus le militaire avance dans sa carrière militaire, plus la charge de jours augmente, plus il devient difficile de demander le service civil (et plus sera grande le besoin de demander la voie bleue).

19. Cela n'aura pas pour effet de diminuer fortement le nombre de demandes de service civil, puisque les demandes seront soit pour une part reportées plus tôt dans la carrière militaire, soit transformées en demande médicales et que rares seront les personnes qui en fin de carrière militaire décideront de finir leur service plutôt que de sortir de l'armée, d'une façon ou d'une autre.

Permanence romande pour les civilistes et les militaires.

C/°Infodroit.ch. Route des Siemes Picaz 46. 1659 Flendruz.

Membre de la Chambre genevoise de l'économie sociale et solidaire, [www.apres.ge](http://www.apres.ge)

Banque Alternative Suisse, ccp 46-110-7, BIC (SWIFT) ABSOCH22, IBAN CH35 0839 0033 2553 1000 2



#### La durée du service civil en droit

20. En droit Suisse, le facteur légal de 1.5 est le même depuis l'origine. Avec toutefois la réserve présentée ci-dessus au point 6 concernant la durée effective (et non légale) située aux environ de 1.8.

21. Le droit international, le Comité des droits de l'homme et la Cour européenne des droits de l'homme, tiennent de jurisprudence constante le fait que le service civil doit être de nature civile et non-punitif.

22. Une durée supérieure au double du service militaire à remplacer est considérée comme excessive<sup>9</sup>. Ainsi, l'attribution à toute personne ayant moins de 75 jours de service militaire à faire de 150 jours de service civil serait contraire au droit international.

23. Mais c'est dans son ensemble, ou à tout le moins dès le 2<sup>ème</sup> cours de répétition, que la mesure est discriminatoire. D'abord parce que plus, ils servent dans l'armée, plus elle pénalise les militaires qui demandent le service civil. Ensuite, parce qu'elle traite différemment des personnes dans des situations similaires, à savoir des personnes présentant une demande de service civil, demande qui est de même nature quel que soit le moment où elle est faite et pour laquelle le nombre de jours de service militaire accomplis n'a aucune incidence, sauf peut-être à renforcer le besoin de présenter une objection de conscience, ce qui reste sans influence aucune sur le droit fondamental à demander le service civil.

24. La loi sur le service civil pose comme principe que la charge du service civil devrait équivalente à celle de l'armée<sup>10</sup>. Toutefois la mesure proposée, en tous les cas dès le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, puisque la charge en jours à faire est alourdie au-delà de ce que le militaire aurait à faire en demandant le service civil avant l'école de recrue. Ainsi, non-seulement, la personne concernée effectue la plus large part de son service militaire (les 3/4), mais elle y voit ajouté une part importante de service civil (150/367) soit presque la moitié du service civil en plus, pour un total qui dépasse ce qu'elle aurait eu à faire tant à l'armée qu'avec un service civil entier. A ce titre, la mesure est non seulement dissuasive, mais discriminatoire dans la mesure où elle pénalise ceux qui ont déjà fait beaucoup d'armée (ne devraient-ils pas au contraire être pour cela remerciés ?).

25. Par ailleurs, le droit à l'objection de conscience étant un droit fondamental, toute forme de dissuasion, en entravant son libre exercice, est déjà une violation du droit.

26. Et il est finalement, à mon sens, difficile la nature punitive de la mesure, puisque ce sont ceux-là même, qui ont le plus servi dans l'armée, qui se voient le plus pénalisés.

#### Résumé :

- Violation du droit international sur la durée du service civil.
- Discrimination entre les civilistes « d'origine » et ceux qui demandent le service civil au cours de leur carrière militaire (l'objection reste la même, pour les mêmes motifs et contre le même service militaire, seule change la situation militaire).
- Mesure probablement punitive.
- Mesure simple en apparence, mais particulièrement compliquée à comprendre et à calculer, entre autres pour les personnes concernées.

<sup>9</sup> ONU, Comité des droits de l'homme: Foin v France (Communication No. 666/1995), CCPR/C/D/666/1995, 9 November 1999, para. 10.3, entre autres jurisprudences. Voir aussi: Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quno 2015, p. 8.

<http://www.quno.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

Il existe aussi une traduction allemande de document, p. 21 : [http://www.quno.org/sites/default/files/resources/Connexion-cv\\_2014-3\\_KDVundAsyl.pdf](http://www.quno.org/sites/default/files/resources/Connexion-cv_2014-3_KDVundAsyl.pdf)

Voir aussi le rapport quadriennal du Haut Commissaire aux Droits de l'Homme sur l'objection de conscience, 1.5.2017, § 22.

<http://www.undocs.org/fr/A/HRC/35/4>

<sup>10</sup> LSC 5

Permanence romande pour les civilistes et les militaires.

C/°Infodroit.ch. Route des Siernes Picaz 46. 1659 Flendruz.

Membre de la Chambre genevoise de l'économie sociale et solidaire, [www.apres.ge](http://www.apres.ge)

Banque Alternative Suisse, ccp 46-110-7, BIC (SWIFT) ABSOCH22, IBAN CH35 0839 0033 2553 1000 2



### Mesure 2 :

Délai d'attente de 12 mois entre le dépôt de la demande et l'admission, avec obligation de faire les périodes de service militaires prévues.

27. La mesure est contraire à la constitution. Celle-ci prévoit, textuellement : « un service de remplacement »<sup>11</sup>. Or un *remplacement du service* n'est en aucun cas un service de remplacement *différé* avec maintien du service à remplacer, en attente du service de remplacement.

Des délais pour la mise en œuvre, par la personne concernée comme par l'administration, du service de remplacement sont acceptable, voir le maintien des obligations en attente de la décision d'admission<sup>12</sup>, mais en aucun le droit à l'objection de conscience ne saurait-il être suspendu.

28. De plus, la proposition est largement impraticable et passablement conflictogène. Les civilistes concernés ne se gêneront pas pour demander des reports, se faire porter malade ou pour ne pas se présenter et leur motifs de conscience finissant toujours par être reconnus, ils ne seront, s'ils sont que partiellement et inégalement sanctionnés pour ces défections. Sans parler de la charge administrative supplémentaire pour les administrations cantonales.

### Résumé

- Mesure contraire à la constitution.
- Discrimination entre les civilistes qui font une demande avant l'école de recrue, lesquels ne sont pas condamnés à des périodes militaires et ceux qui la font après l'ER, qui doivent en faire ou, vaille que vaille, les faire annuler.
- Mesure de nature à créer de nombreuses difficultés administratives tant pour les conscrits et les civilistes que pour l'administration.

### Mesure 3 :

29. Suppression du facteur 1.1 et passage au facteur 1.5 pour les officiers et les sous-officiers supérieurs.

30. Les personnes concernées sont relativement peu nombreuses. Elles ont néanmoins les mêmes droits. Mais surtout toutes ces personnes, qui ont été obligées de revêtir ces fonctions d'encadrement, ont déjà servi, au moment de la demande d'admission au service civil plus de jours d'armée que ne servent les civilistes qui n'en a fait aucun. Le moins gradé de ceux-ci servira un total 440 jours de services au lieu de 245<sup>13</sup>. Pour obtenir son grade, il en aura déjà fait presque autant qu'un soldat normal. Et le solde de jour à faire, qu'il soit multiplié par 1.1. ou 1.5 dépassera de toutes façons le nombre maximal de jours effectués par un civiliste ne faisant pas d'armée du tout.

31. Sachant que l'obligation de grader est imposée, même avec un facteur 1.1, la personne qui demande le service civil alors qu'elle a déjà revêtu son grade est discriminée par rapport à un civiliste qui demande le service avant de recevoir le moindre grade. Augmenté cette durée plus encore, alors que la personne gradée sert déjà plus que toute autre personne sans garde, apparaît là aussi comme punitive.

### Résumé

- En conjonction avec la discrimination décrite ci-après, violation du droit international sur la durée du service de remplacement.
- Discrimination entre les officiers et sous-officiers supérieurs d'une part et les soldats d'autre part en raison d'abord de l'obligation de grader d'abord, pour laquelle les premiers ne peuvent rien, puis du fait qu'en raison de cette obligation, ils ont déjà effectué, contre leur gré, une durée de service aussi importante que les soldats, durée sur laquelle vient ensuite s'ajouter une très longue durée de service civil supplémentaire. Dit autrement, le soldat qui demande le service civil évite non-seulement de grader, mais tous les jours de service civil supplémentaires en cas de conflit de conscience alors que l'officier, qui est en droit de développer un conflit de conscience à tout moment, en est d'autant plus pénalisé.

<sup>11</sup> Art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement.

<sup>12</sup> LSC 17 et 17a.

<sup>13</sup> OMI 47



- Mesure qui ne touche qu'un nombre limité de personnes.

#### Mesure 4 :

32. Interdiction faite aux médecins de faire du service civil en tant que médecins.
33. Là encore, la mesure ne concerne que très peu de personnes. Les médecins ont en moyenne au moins 26-27 ans à la fin de leur formation et ce moment-là, la plupart des périodes longues sont faites. Mais quand bien même, faut-il priver les hôpitaux de ces médecins-là ?
34. Par ailleurs, la mesure est à nouveau discriminatoire ; pourquoi les médecins et pas les géologues, les travailleurs sociaux ou les enseignants ? Là ce ne serait plus seulement certains civilistes, mais tout le service d'intérêt public qui tendrait à être victime d'une vision trop étroite des possibilités de service civil.
35. Enfin, il existe certes une disposition qui interdit certaines affectations en fonction de la personne du civiliste, en particulier si elle favorise sa formation<sup>14</sup>. Et c'est probablement, dans ce contexte que la proposition s'inspirerait. Mais à nouveau, certains militaires exercent des fonctions militaires en lien avec leur profession – et pas seulement des médecins ! – en quoi des civilistes n'auraient-ils pas le droit d'en faire autant ?

#### Résumé

- Mesure hautement discriminatoire (par professions).
- Mesure ne touchant (en l'état, que les médecins) qu'un nombre limité de personnes.

#### Mesure 5 :

36. Pas d'admission au service civil pour les personnes pour lesquelles il ne reste plus de jours de service, mais pour lesquelles il reste des tirs obligatoires.
37. La question est controversée depuis longtemps. Seul sont concernés les militaires en service long, qui restent incorporés ensuite pendant 4 ans<sup>15</sup>. Il conviendrait de savoir combien il y a eu de cas.
38. Pour rappel, les militaires ont la possibilité de déposer l'arme, sans motifs, s'ils ne souhaitent pas la conserver, mais cela ne les dispense pas des tirs<sup>16</sup>.
39. D'abord, il convient de rappeler que l'exécution de tirs obligatoires, dans le cadre d'un service militaire, même terminé, peuvent donner lieu à conflit de conscience, qui plus est si celui-ci peut avoir à se manifester durant une période de 4 ans.
40. En ce sens, la mesure ignore et passe complètement à côté, nie un problème qu'il y aurait pourtant lieu de résoudre.
41. A mon sens, une procédure plus simple qu'une admission au service civil devrait permettre, par exemple mais en tous les cas pour motifs de conscience légitimes, de remettre l'arme définitivement et d'être ainsi dispensé des tirs obligatoires.

#### Résumé

- Violation du droit à l'objection de conscience
- Mesure administrative inadéquate
- Mesure ne touchant qu'un nombre limité de personne

#### Mesure 6 :

42. Les civilistes sont tenus de faire une période de service civil par année dès l'admission.

<sup>14</sup> LSC 4a

<sup>15</sup> LAAM 54a

<sup>16</sup> Ordonnance concernant l'équipement personnel des militaires (OEPM), art. 6a.



43. La mesure existe déjà, art. 39a de l'ordonnance sur le service civil : « La personne astreinte au service civil *effectue chaque année* des affectations de service civil d'une durée de 26 jours au moins à partir de la deuxième année civile au plus tard ».
44. Les reports étant relativement fréquents, on peut se demander si c'est ceux-ci qu'il s'agit de limiter, mais le texte de la mesure est pour le surplus inutile.

#### Résumé

- Proposition de mesure incompétente, mesure déjà prévue par la loi.

#### Mesure 7 :

45. Obligation pour les personnes en service long, d'effectuer la période longue de service civile dans l'année qui suit (et non pas dans les trois ans qui suivent) l'admission au service civil.
46. Imposer un service civil long est une vieille mesure de 2011, que le Tribunal administratif fédéral avait annulée en raison de l'article 20 de la LSC qui stipule que le SC peut être fait en une ou plusieurs périodes<sup>17</sup>.
47. Depuis toujours, nous recommandons aux militaires en service long de passer d'abord au service normal, avant de demander le service civil, entre autres afin d'éviter le surplus de jours, actuellement 55 jours de service militaire ou 82 jours de service civil en plus<sup>18</sup>. Notre recommandation ne changera pas.
48. De plus, la mesure ne prévoit cette obligation que si l'école de recrue n'est pas terminée, or l'école de recrue est considérée comme terminée si 80% de ses jours ont été accomplis<sup>19</sup>; soit pour une école usuelle de 124 jours, dès le 100<sup>ème</sup> jour d'école de recrue. Mais dans la pratique, la demande de service civil peut être faite quelques jours plutôt, puisque celle-ci prend quelques jours, voir semaines à condition pour cela que l'admission à la fin du processus de demande intervienne après le 100<sup>ème</sup> jour de service.
49. Que ce soit en passant au service normal et en attendant les 80% de son service militaire (dans des conditions « suffisantes ») – si encore au service long avec les jours en sus – il est très facile d'éviter cette mesure et peu nombreux sont ceux qui se retrouveront à devoir faire une période longue ou leur période longue de service civile dans l'année qui suit. Au demeurant si un plan de carrière avait prévu une mise en suspend de celui-ci pour le service militaire long, avec une libération en fin d'école de recrue et une affectation longue trouvée rapidement, celle-ci peut être faite dans le temps préalablement dévolu au service militaire long.
50. La mesure est aussi discriminatoire puisqu'elle traite plus durement les militaires en service long que les militaires en service normal d'une part, et alors plus durement que les civilistes n'ayant pas débuté l'école de recrue d'autre part.

#### Résumé

- Mesure facile à contourner, voire à accommoder.
- Mesure ne concernant alors plus qu'un nombre limité de personne.
- Mesure discriminatoire.

#### Considérations finales

51. Les mesures 1 et 3 violent le droit international sur la durée du service civil.
52. La mesure 2 viole la constitution sur la notion de service de remplacement et la mesure 5 viole la constitution sur le droit à un service de remplacement.
53. Les mesures 1, 3, 4 et 7 sont clairement discriminatoires et violent à un titre ou un autre l'égalité de traitement.
54. Les mesures 3, 4, 5 et 7 ne touchent que – mais gravement – un nombre limité de personnes. À ce titre, le but premier de ces mesures n'est probablement pas ou que partiellement de toucher ces personnes-là, voire de les maintenir dans l'armée mais de donner l'impression qu'il est difficile ou déconseillé, qu'il est

<sup>17</sup> <http://www.infodroit.ch/spip.php?article91>

<sup>18</sup> OMI 111

<sup>19</sup> OMI 57 ou 37 ordonnance sur le service civil (OSI) (même teneur).



même dissuadé de sortir de l'armée. Un tel but viole le droit au service civil et un service civil non-discriminatoire et non-punitif.

55. Il convient d'ajouter à ce propos que les instances et jurisprudences internationales ont reconnus sans hésiter le droit à l'objection de conscience pour les appelés, comme pour les volontaires et les professionnels. Autrement dit et pour ce qui nous occupe ici, le droit à l'objection de conscience et au service de remplacement est et reste le même, ne saurait donc subir d'aggravation dans l'exercice du droit, soit l'accès au service civil, comme dans sa réalisation, soit l'accomplissement du service civil, que la personne concernée aie commencé ou non à servir dans l'armée<sup>20</sup>.

56. Les mesures 2, 3 et 4 supposent des difficultés de mise en œuvre particulièrement importantes. La mesure 5 pourrait faire l'objet d'une simplification administrative.

57. La mesure 6 est inutile, une aberration puisqu'elle préconise quelque chose qui existe déjà.

58. L'analyse de l'ensemble de ces mesures donne l'impression forte que l'armée est très embarrassée, mal à l'aise en raison des demandes service civil issues des ses rangs.

59. Ainsi quand bien même l'ensemble de ces mesures, si elles venaient à être mise en œuvre, aurait pourrait effet d'inciter les conscrits à demander le service civil bien plus tôt, ce qui n'est pas utile à l'armée non plus, il conviendrait de combattre ces mesures pour les effets et les complications graves qu'elles imposent, en toutes sortes de circonstances, aux militaires.

60. Il convient aussi de constater que les mesures proposées font preuve d'une méconnaissance, tant du droit international que du droit constitutionnel suisse qui confine à l'impréparation, voire au mépris, tant des civilistes que des militaires.

61. Enfin, dans le cadre des réactions à ces propositions de mesures, il conviendra de rappeler certaines ou l'ensemble de nos revendications de base, à savoir une présence civile lors du recrutement afin de faciliter son impartialité, un durée raisonnable et une compensation financière garantissant au moins l'accès au minimum vital<sup>21</sup>.

Christophe Barbey,  
Juriste, permanent depuis 2006

<sup>20</sup> Voir les résolutions du Conseil des Droits de l'Homme, par exemple la résolution du 8 octobre 2013, art. 12 [A/RES/HRC/24/17](#) ou Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quno 2015, p. 4. <http://www.quno.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

<sup>21</sup> Avec une APG de 62.- par jour durant l'ER ou son équivalent au service civil, ou en cas d'absence de salaire préalable au service ou de droit à son équivalent, avec 1'800.- par mois -, le minimum vital n'est pas atteint. Le dernier rapport du haut commissaire aux droits de l'homme mentionne une trop faible rémunération comme étant de nature punitive. [A/HRC/35/4](#), § 21.

Permanence romande pour les civilistes et les militaires.

C/°Infodroit.ch. Route des Siernes Picaz 46. 1659 Flendruz.

Membre de la Chambre genevoise de l'économie sociale et solidaire, [www.apres.ge](http://www.apres.ge)

Banque Alternative Suisse, ccp 46-110-7, BIC (SWIFT) ABSOCH22, IBAN CH35 0839 0033 2553 1000 2

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Bern, 23. August 2018 rg

## **Stellungnahme Domicil Wildermettpark Kompetenzzentrum Demenz**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### **Einleitung und grundsätzliche Beurteilung**

Domicil Wildermettpark ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### **Kein Handlungsbedarf**

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der

Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

### **Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen**

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoss gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

### **Unklare Auswirkungen**

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Domicil Wildermettpark weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Wir lehnen aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

### **Eigene Vorschläge**

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet Domicil Wildermettpark, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss

mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Wir schlagen dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.
- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

### **Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist Domicil Wildermettpark auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.“*

*„Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für uns ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

### **Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Dienstage im Militär geleistet haben. Ein

Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

### **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

Domicil Wildermettpark geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Dienstage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Dienstage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht von Domicil Wildermettpark besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

Wir sind der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Wir sehen absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildienstage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch

effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Dienstage erfüllen (2017: 96.7% aller Dienstage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Dienstage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Dienstage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.

### **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

### **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

Domicil Wildermettpark bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüßen.

Freundliche Grüsse

Domicil Wildermettpark  
Kompetenzzentrum Demenz



Ruth Gisler  
Geschäftsleiterin

Rechtsgutachten



Permanence romande pour civilistes et militaires  
Permanence@infodroit.ch ou  
Le mardi de 12 à 14 heures au 026 925 80 66.  
Pour les urgences, 079 524 35 74, veuillez laisser un message.

Flendruz, 16 juin 2018

### Avis de droit

*A qui de droit*

#### **7 mesures du Conseil fédéral destinées à la consultation. Modifications de la loi sur le service civil. 2018**

##### En préalable

1. Le droit à l'objection de conscience est un droit fondamental internationalement reconnu.
2. Il est reconnu par les jurisprudences du Comité des droits de l'homme et de la Cour Européenne des droits de l'homme, il est présent dans la constitution suisse<sup>1</sup>.
3. Ce droit s'appuie essentiellement tant sur le refus impératif de tuer que sur le refus de résoudre les conflits par la violence.
4. Le conflit entre l'obligation constitutionnelle de servir dans l'armée d'une part et la conscience d'autre part (appelé conflit de conscience) peut se manifester sous diverses formes et à divers moments, de façons plus ou moins virulentes ou soudaines, y compris parfois par des somatisations ou des actes de rébellions. La problématique a été largement résolue par deux mesures:
5. 1) Il a été renoncé au « contrôle de conscience » en adoptant le système dit de la preuve par l'acte, soit l'acceptation, par la personne qui demande le service civil d'une durée plus longue pour ce service que celle requise pour le service militaire.

Cette mesure a pour avantage (en plus d'une forte diminution de la charge administrative) d'éviter d'une part l'aggravation et la stigmatisation du conflit de conscience par son besoin de le confronter à la procédure et de libérer d'autre part la personne concernée d'une appréhension et d'une expression intellectuelle et verbalisée de ce conflit, inévitablement discriminatoire selon le niveau d'éducation, et sujette d'autre part à des biais divers, puisque le résultat de l'examen dépendait largement du degré de préparation à celui-ci plutôt que de la nature même, des sources et des raisons du conflit de conscience.

6. Il convient toutefois de noter que ce système de quotité a dès le début présenté un défaut important, au demeurant partiellement caché des civilistes eux-mêmes, dans la mesure où la durée de service civil requise par la loi (1 fois et demie – 1,5 – celle du service militaire encore à faire au moment de la demande) est dans la pratique comparativement différente de la durée du service militaire réellement effectuée par les militaires libérés lorsqu'ils atteignent la limite d'âge. En effet, ceux-ci se voient alors remettre le solde des jours de service non-effectués, alors que les civilistes se voient pénalement condamnés s'ils n'effectuent pas l'entier de leurs jours avant la même limite d'âge (limite par ailleurs par elle-même plus exigeante, puisqu'ils ont plus de jours à effectuer dans le même laps de temps). L'armée a de plus tardé à donner les chiffres permettant de mesurer cette différence des durées respectives des

---

<sup>1</sup> Constitution fédérale (Cst.) [Article 10 sur la droit à la vie](#), [art. 15 sur la liberté de conscience](#), [art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement](#).



services. Pourtant des estimations raisonnables permettaient d'évaluer le nombre de jours de service civil effectués pour les civilistes demandant le service civil pour l'entier de leur périodes de service militaires comme étant environ du double du nombre de jour effectué en moyenne par les soldats terminant leur obligation à la limite d'âge<sup>2</sup>. Actuellement, ce taux semble s'être amélioré un peu, mais la durée comparée du service civil resterait de 1.8 plus élevée que la durée des services militaires, et non pas les 1.5 que stipule la loi. Il conviendra de vérifier les effets de la nouvelle loi sur l'armée sur cette problématique, la limite d'âge n'étant plus un âge fixe (p. ex. 34 ans), mais devenant un nombre de dix années pour faire les services requis après l'école de recrue<sup>3</sup>.

7. De plus la discrimination pénale demeure, puisque contrairement au service civil, aucune mesure permettant d'assurer le rythme et le progrès de la réalisation des périodes de service militaire, mesure accompagnées dans la loi sur le service civil de mesures pénales en cas de retards, n'ont été introduites dans la nouvelle législation sur la l'armée. Ainsi, le civiliste doit accomplir certaines périodes (la première suivant l'admission et la période longue) selon des délais fixes et il ne doit pas lui rester plus d'une certaine proportion de jours à faire avant d'atteindre la limite d'âge. Passé ces délais ou si la proportion de jours restant à faire est trop forte, le civiliste est convoqué d'office pour le surplus ou la période concernée, puis il encoure une peine s'il n'effectue pas la période requise. Il n'existe, pas de système similaire ou aussi contraignant dans l'armée. Pour avoir une vision complète de cette discrimination, pénalement grave, il conviendrait encore de comparer le nombre des dispenses pour justes motifs, lesquelles au demeurant ne font que repousser le problème, dispenses accordées tant pour les civilistes que pour les militaires. Nonobstant, vu la nature différente des système de suivi et de répression des deux sortes d'obligations, puisqu'il y a des condamnations pour retard dus au système de suivi contre les civilistes et qu'il n'y en a pas pour les militaires, la discrimination pénale demeure, tout comme demeurera a priori la discrimination sur les durées.

8. 2) Il importe de souligner que le service civil peut et doit pouvoir être demandé en tout temps, c'est d'ailleurs dans la loi<sup>4</sup>.

9. Cela concerne bien sûr la possibilité de demander le service civil depuis une période de service militaire, mais porte surtout sur la nature du conflit de conscience et relève en partie aussi du droit humanitaire.

10. Ainsi, le conflit de conscience peut se développer par une réflexion autonome, mais il peut aussi surgir, progressivement ou soudainement, face à une circonstance rencontrée dans le cadre du service militaire, par exemple lors de la première prise d'arme (il y a hélas des condamnations pour refus d'ordre de personnes qui font à ce moment-là un blocage psychologique) ou en étant mis en confrontation à une arme particulièrement destructive.

11. Il convient aussi, et c'est d'une grande importance, de citer le cas de l'objection de conscience à un ordre criminel, y compris ou surtout si celui-ci viole le droit humanitaire ; objection qui doit en effet pouvoir être exprimée en tout temps et en particulier de façon immédiate au moment de la réception de l'ordre contesté, cette objection devant alors, selon les circonstances, rejeter non-seulement l'ordre contesté lui-même mais aussi l'ensemble du système qui produit ou maintient cet ordre injuste, à tout le moins si l'ordre est maintenu, car alors seul le refus personnel et complet du système permettant, à défaut de pouvoir l'empêcher, la réalisation de ce ordre illégal et des ses conséquences, de préserver la conscience, et donc l'innocence de la personne confrontée à une telle situation. L'objection de conscience à une circonstance particulière devenant alors une objection au sens usuel du terme, une objection d'ensemble au service militaire<sup>5</sup>.

---

<sup>2</sup> Détail du calcul : <http://www.infodroit.ch/spip.php?article44>

<sup>3</sup> Ordonnance sur les obligations militaires (OMI), 1.1.2018, [art. 19](#).

<sup>4</sup> Loi sur le service civil, [art. 16](#).

<sup>5</sup> Voir par exemple, [Jacques Verhaegen](#) : «Le refus d'obéissance aux ordres manifestement criminels », revue du CICR, vol. 84, n° 845, mars 2002.



### Analyse des mesures proposées

**Mesure 1:** 150 jours de service civil pour toutes personnes n'ayant pas terminés ses « services d'instruction » et ayant moins de 100 jours de service militaire restant.

#### Appréciation générale

12. Par « services d'instruction », il est entendu toutes les périodes de services militaires, à savoir écoles de recrues, écoles de cadres et cours de répétition<sup>6</sup>.

13. La proposition équivaudrait à « condamner », imposer à tout militaire ayant entre 1 et 100 jours de service militaire encore à faire à effectuer 150 jours de service civil.

14. La mesure incite à terminer ses obligations militaires au lieu de demander le service civil.

15. Partant du constat, hautement probable<sup>7</sup>, selon lequel les pertes en effectifs augmentent en fonction de l'âge par lassitude, perte d'intérêt ou en raison de l'augmentation des obligations professionnelles et familiales. Il conviendrait toutefois de disposer des chiffres du nombre des personnes qui quittent l'arme dans ces tranches d'âge soit pour le service civil, soit pour raisons médicales. En effet, si le problème est une question d'emploi du temps, la demande de service civil est d'autant plus contre-productive.

16. A cet aune, la mesure aura pour effet principal d'augmenter le nombre de demandes médicales et assez peu de diminuer le nombre de service civil. Quand à sa capacité à renforcer la motivation pour l'armée, elle est ici hors contexte – ce n'est pas notre problème ou celui du service civil – et elle n'est que très indirecte, la diminution de l'attrait du service civil n'augmentant pas pour autant l'attrait pour l'armée.

#### Calculs concernant la mesure proposée

17. Dans la pratique, divers types de calculs sont possibles pour déterminer les effets et les proportions de la proposition. Mes connaissances mathématiques sont limitées, donc d'autres calculs sont peut-être possibles ou éventuellement meilleurs, mais ceux-ci révèlent plusieurs des effets pervers de la proposition:

a. Le facteur multipliant le nombre de jours à faire est, avec la proposition exponentiel : La personne qui aurait 1 seul jour d'armée encore à faire se retrouverait à en faire 150 jours, soit 150 fois plus que le nombre de jour d'armée requis.

Dans le détail, un militaire à qui il resterait :

1 cours de répétition (CR), soit 19 jours (150/19), verrait le multiplicateur passer de 1.5 à 7.89

2 cours de répétition, le facteur (150/38) est encore du quadruple (3.94)

3 cours de répétition, le facteur descend à 2.63

4 cours de répétition, le facteur est de 2 (1.97)

5 cours de répétition le facteur est encore de 1.57, soit plus haut que la loi actuelle ou que le facteur attribué aux civilistes ayant encore plus de jours.

Ce n'est donc qu'avec 6 cours de répétition encore à faire, soit avec le nombre total des cours de répétition à faire par les soldats, et donc durant le premier cours de répétition que l'ajout systématique de 150 jours, rejoint le facteur général de 1.5.

*Dit autrement, à quelques jours prêts, quiconque demanderait le service civil après l'école de recrue devrait faire 150 jours de service civil au moins, quelque soit le nombre de jour d'armée restant à faire. Pourquoi ne pas le dire ?*

b. Le calcul peut aussi être fait en tenant compte des jours de service militaires et civils faits au total. Exemple pour un soldat :

Ecole de recrue de 124 jours, solde 121 jours de service en CR. Total 245<sup>(8)</sup>. Service civil complet, 245 X 1.5 = 367 jours de service civil.

Jours de service mil faits : 244 (au lieu de 245)+150=394 (proposition). Système actuel : 244 + 2 (1 x 1.5) = 246 (actuel). Différence : 148 jours à faire en plus qu'avec le système actuel et ... 27 de plus qu'en ayant demandé le service civil dès le recrutement.

<sup>6</sup> Loi sur l'armée et l'administration militaire (LAAM), [art. 41](#).

<sup>7</sup> La permanence que nous représentons confirme, à sa modeste mesure, cette tendance. Les hommes de plus de 25 ans sont relativement nombreux à vouloir mettre un terme à leurs obligations militaires et leur nombre augmente avec l'âge

<sup>8</sup> OMI, [art. 47](#).



Jours de service faits :  $238 (6 \text{ CR faits}) + 150 = 388$  jours à faire ou (système actuel)  $238 + 9 (6 \times 1.5) = 247$ . Différence : 141 jours de service civil en plus qu'avec le système actuel, mais aussi 21 jours de service (mil et civ) en plus de ce que ce même soldat aurait eu à faire s'il avait demandé le service civil dès la fin du recrutement.

En cela, le service est *punitif parce qu'il impose des jours en plus ... pour avoir accepté de faire presque tout son service militaire !!!*

Jours de service faits :  $219 (5 \text{ CR}) + 150 = 369$  ou (actuel :)  $219 + 39 (26 \times 1.5) = 258$ . Différence : 111 jours de plus que le système actuel, mais encore 2 jours de plus qu'avec un service civil demandé dès l'origine.

Jours de service faits  $200 (4 \text{ CR}) + 150 = 350$  ou actuel  $200 + 68 (45 \times 1.5) = 268$ . Différence : 82 en plus que le système actuel.

A partir d'ici le nombre total de jours faits devient inférieur à un service civil demandé d'emblée et donc les jours de service militaire faits diminuent le nombre total de jours à faire.

Jours de service faits  $181 (3 \text{ CR}) + 150 = 331$  ou  $181 + 96 (64 \times 1.5) = 277$ . Différence, 54 jours de service civil en plus, mais 90 de moins qu'avec un service civil complet.

Jours de service faits  $162 (2 \text{ CR}) + 150 = 312$  ou

Jours de service faits  $143 (1 \text{ CR}) + 150 = 293$  ou  $143 + 156 (101 \times 1.5) = 299$  Différence  $\pm 0$ .

#### Effets pour la pratique

c. Les effets du nouveau système sur les intérêts des candidats civilistes, en termes de jours à faire seraient les suivants :

- 1) Le facteur de 1.5 s'applique durant l'école de recrue, voir durant le 1<sup>er</sup> CR. Inchangé.
- 2) Tout jour d'armée fait durant cette période diminue effectivement le nombre total (armée et sc) de jours à faire, par rapport à un service civil complet. Inchangé.
- 3) Dès le 2<sup>ème</sup> CR et jusqu'au 4<sup>ème</sup> CR, le nouveau système augmente progressivement, par rapport à l'ancien, effet étrange, le nombre de jours total à faire, même si l'on fait ces CR, soit d'avoir à faire encore plus de service en tout parce que l'on fait de l'armée (absurde !), puis d'avoir à faire du service civil en plus, même si le nombre de jours total de service civil et militaire reste inférieur à ce que devrait faire un civiliste de la première heure mis au facteur 1.5).

Exemple : Faire un 2<sup>ème</sup> CR de 19 jours et demander le sc, ajoute en plus de ces 19 jours 17 jours de service en tout (civil et militaire) par rapport au système actuel, dans lequel le civiliste en faisant ce CR épargnerait 9 jours de service civil ( $19 - x 1.5$ ). (Nouveau :  $162 \text{ SM} + 150 \text{ SC} = 312$  Ancien  $162 + 125$  (solde de  $83 \times 1.5$ ) = 287, nouveau = J plus 25. S'il ne fait pas ce CR (ancien  $\text{SM } 143 + \text{SC } 152 (101 \times 1.5) = 295$  soit quelques jours en plus de SC pour ne pas avoir fait ce cours (295 au lieu 287), mais toujours au total 17 jours de moins qu'en faisant ce CR dans le système proposé, lequel augmente donc le nombre de jours à faire sans donner de diminution pour ceux faits.

Idem pour les 3<sup>ème</sup> et 4<sup>ème</sup> CR. Je renonce aux calculs ici, mais le nombre de jours d'armée faits sans diminuer le nombre de jours de service totaux augmentera d'autant, par rapport à quelqu'un qui demande le SC après l'ER ou le 1<sup>er</sup> CR.

- 4) Dès le 5<sup>ème</sup> CR, le nombre total (SC et SM) de jours à faire devient plus grand que quelqu'un qui demande le service civil dès le 1<sup>er</sup> jour.

d. En résumé, il ne sera intéressant, en terme de jours à faire (ou rentable) de demander le service qu'entre le recrutement et la fin du 1<sup>er</sup> cours de répétition. A l'inverse, toute demande faite ultérieurement augmentera, de plus en plus gravement, la charge totale du nombre de jours à faire, laquelle dépassera, si le SC est demandé durant ou après le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, le nombre de jours à faire pour quelqu'un qui demande le service civil avant l'ER.

18. Tactiquement, pour le soutien aux objecteurs, l'intérêt à demander le service civil entre le recrutement et la fin de l'école de recrue reste similaire. Par contre, plus le militaire avance dans sa carrière militaire, plus la charge de jours augmente, plus il devient difficile de demander le service civil (et plus sera grande le besoin de demander la voie bleue).

19. Cela n'aura pas pour effet de diminuer fortement le nombre de demandes de service civil, puisque les demandes seront soit pour une part reportées plus tôt dans la carrière militaire, soit transformées en demande médicales et que rares seront les personnes qui en fin de carrière militaire décideront de finir leur service plutôt que de sortir de l'armée, d'une façon ou d'une autre.



### La durée du service civil en droit

20. En droit Suisse, le facteur légal de 1.5 est le même depuis l'origine. Avec toutefois la réserve présentée ci-dessus au point 6 concernant la durée effective (et non légale) située aux environ de 1.8.

21. Le droit international, le Comité des droits de l'homme et la Cour européenne des droits de l'homme, tiennent de jurisprudence constante le fait que le service civil doit être de nature civile et non-punitif.

22. Une durée supérieure au double du service militaire à remplacer est considérée comme excessive<sup>9</sup>. Ainsi, l'attribution à toute personne ayant moins de 75 jours de service militaire à faire de 150 jours de service civil serait contraire au droit international.

23. Mais c'est dans son ensemble, ou à tout le moins dès le 2<sup>ème</sup> cours de répétition, que la mesure est discriminatoire. D'abord parce que plus, ils servent dans l'armée, plus elle pénalise les militaires qui demandent le service civil. Ensuite, parce qu'elle traite différemment des personnes dans des situations similaires, à savoir des personnes présentant une demande de service civil, demande qui est de même nature quel que soit le moment où elle est faite et pour laquelle le nombre de jours de service militaire accomplis n'a aucune incidence, sauf peut-être à renforcer le besoin de présenter une objection de conscience, ce qui reste sans influence aucune sur le droit fondamental à demander le service civil.

24. La loi sur le service civil pose comme principe que la charge du service civil devrait équivalente à celle de l'armée<sup>10</sup>. Toutefois la mesure proposée, en tous les cas dès le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, puisque la charge en jours à faire est alourdie au-delà de ce que le militaire aurait à faire en demandant le service civil avant l'école de recrue. Ainsi, non-seulement, la personne concernée effectue la plus large part de son service militaire (les 3/4), mais elle y voit ajouté une part importante de service civil (150/367) soit presque la moitié du service civil en plus, pour un total qui dépasse ce qu'elle aurait eu à faire tant à l'armée qu'avec un service civil entier. A ce titre, la mesure est non seulement dissuasive, mais discriminatoire dans la mesure où elle pénalise ceux qui ont déjà fait beaucoup d'armée (ne devraient-ils pas au contraire être pour cela remerciés ?).

25. Par ailleurs, le droit à l'objection de conscience étant un droit fondamental, toute forme de dissuasion, en entravant son libre exercice, est déjà une violation du droit.

26. Et il est finalement, à mon sens, difficile la nature punitive de la mesure, puisque ce sont ceux-là même, qui ont le plus servi dans l'armée, qui se voient le plus pénalisés.

### Résumé :

- Violation du droit international sur la durée du service civil.
- Discrimination entre les civilistes « d'origine » et ceux qui demandent le service civil au cours de leur carrière militaire (l'objection reste la même, pour les mêmes motifs et contre le même service militaire, seule change la situation militaire).
- Mesure probablement punitive.
- Mesure simple en apparence, mais particulièrement compliquée à comprendre et à calculer, entre autres pour les personnes concernées.

---

<sup>9</sup> ONU, Comité des droits de l'homme: Foin v France (Communication No. 666/1995), CCPR/C/D/666/1995, 9 November 1999, para. 10.3, entre autres jurisprudence. Voir aussi: Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 8.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

Il existe aussi une traduction allemande de document, p. 21 : [http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-](http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV_2014-3_KDVundAsyl.pdf)

[eV\\_2014-3\\_KDVundAsyl.pdf](http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV_2014-3_KDVundAsyl.pdf)

Voir aussi le rapport quadriennal du Haut Commissaire aux Droits de l'Homme sur l'objection de conscience, 1.5.2017, § 22.

<http://www.undocs.org/fr/A/HRC/35/4>

<sup>10</sup> LSC 5



### **Mesure 2 :**

Délai d'attente de 12 mois entre le dépôt de la demande et l'admission, avec obligation de faire les périodes de service militaires prévues.

27. La mesure est contraire à la constitution. Celle-ci prévoit, textuellement : « un service de remplacement »<sup>11</sup>. Or un *remplacement du service* n'est en aucun cas un service de remplacement *différé* avec maintien du service à remplacer, en attente du service de remplacement.

Des délais pour la mise en œuvre, par la personne concernée comme par l'administration, du service de remplacement sont acceptable, voir le maintien des obligations en attente de la décision d'admission<sup>12</sup>, mais en aucun le droit à l'objection de conscience ne saurait-il être suspendu.

28. De plus, la proposition est largement impraticable et passablement conflictogène. Les civilistes concernés ne se gêneront pas pour demander des reports, se faire porter malade ou pour ne pas se présenter et leur motifs de conscience finissant toujours par être reconnus, ils ne seront, s'ils sont que partiellement et inégalement sanctionnés pour ces déflections. Sans parler de la charge administrative supplémentaire pour les administrations cantonales.

### Résumé

- Mesure contraire à la constitution.
- Discrimination entre les civilistes qui font une demande avant l'école de recrue, lesquels ne sont pas condamnés à des périodes militaires et ceux qui la font après l'ER, qui doivent en faire ou, vaille que vaille, les faire annuler.
- Mesure de nature à créer de nombreuses difficultés administratives tant pour les conscrits et les civilistes que pour l'administration.

### **Mesure 3 :**

29. Suppression du facteur 1.1 et passage au facteur 1.5 pour les officiers et les sous-officiers supérieurs.

30. Les personnes concernées sont relativement peu nombreuses. Elles ont néanmoins les mêmes droits. Mais surtout toutes ces personnes, qui ont été obligées de revêtir ces fonctions d'encadrement, ont déjà servi, au moment de la demande d'admission au service civil plus de jours d'armée que ne servent les civilistes qui n'en a fait aucun. Le moins gradé de ceux-ci servira un total 440 jours de services au lieu de 245<sup>13</sup>. Pour obtenir son grade, il en aura déjà fait presque autant qu'un soldat normal. Et le solde de jour à faire, qu'il soit multiplié par 1.1. ou 1.5 dépassera de toutes façons le nombre maximal de jours effectués par un civiliste ne faisant pas d'armée du tout.

31. Sachant que l'obligation de grader est imposée, même avec un facteur 1.1, la personne qui demande le service civil alors qu'elle a déjà revêtu son grade est discriminée par rapport à un civiliste qui demande le service avant de recevoir le moindre grade. Augmenté cette durée plus encore, alors que la personne gradée sert déjà plus que toute autre personne sans garde, apparaît là aussi comme punitive.

### Résumé

- En conjonction avec la discrimination décrite ci-après, violation du droit international sur la durée du service de remplacement.
- Discrimination entre les officiers et sous-officiers supérieurs d'une part et les soldats d'autre part en raison d'abord de l'obligation de grader d'abord, pour laquelle les premiers ne peuvent rien, puis du fait qu'en raison de cette obligation, ils ont déjà effectué, contre leur gré, une durée de service aussi importante que les soldats, durée sur laquelle vient ensuite s'ajouter une très longue durée de service civil supplémentaire. Dit autrement, le soldat qui demande le service civil évite non-seulement de grader, mais tous les jours de service civil supplémentaires en cas de conflit de conscience alors que l'officier, qui est en droit de développer un conflit de conscience à tout moment, en est d'autant plus pénalisé.

<sup>11</sup> [Art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement.](#)

<sup>12</sup> [LSC 17 et 17a.](#)

<sup>13</sup> [OMI 47](#)



- Mesure qui ne touche qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 4 :**

32. Interdiction faite aux médecins de faire du service civil en tant que médecins.

33. Là encore, la mesure ne concerne que très peu de personnes. Les médecins ont en moyenne au moins 26-27 ans à la fin de leur formation et ce moment-là, la plupart des périodes longues sont faites. Mais quand bien même, faut-il priver les hôpitaux de ces médecins-là ?

34. Par ailleurs, la mesure est à nouveau discriminatoire ; pourquoi les médecins et pas les géologues, les travailleurs sociaux ou les enseignants ? Là ce ne serait plus seulement certains civilistes, mais tout le service d'intérêt public qui tendrait à être victime d'une vision trop étroite des possibilités de service civil.

35. Enfin, il existe certes une disposition qui interdit certaines affectations en fonction de la personne du civiliste, en particulier si elle favorise sa formation<sup>14</sup>. Et c'est probablement, dans ce contexte que la proposition s'inspirerait. Mais à nouveau, certains militaires exercent des fonctions militaires en lien avec leur profession – et pas seulement des médecins ! – en quoi des civilistes n'auraient-ils pas le droit d'en faire autant ?

#### Résumé

- Mesure hautement discriminatoire (par professions).
- Mesure ne touchant (en l'état, que les médecins) qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 5 :**

36. Pas d'admission au service civil pour les personnes pour lesquelles il ne reste plus de jours de service, mais pour lesquelles il reste des tirs obligatoires.

37. La question est controversée depuis longtemps. Seul sont concernés les militaires en service long, qui restent incorporés ensuite pendant 4 ans<sup>15</sup>. Il conviendrait de savoir combien il y a eu de cas.

38. Pour rappel, les militaires ont la possibilité de déposer l'arme, sans motifs, s'ils ne souhaitent pas la conserver, mais cela ne les dispense pas des tirs<sup>16</sup>.

39. D'abord, il convient de rappeler que l'exécution de tirs obligatoires, dans le cadre d'un service militaire, même terminé, peuvent donner lieu à conflit de conscience, qui plus est si celui-ci peut avoir à se manifester durant une période de 4 ans.

40. En ce sens, la mesure ignore et passe complètement à côté, nie un problème qu'il y aurait pourtant lieu de résoudre.

41. A mon sens, une procédure plus simple qu'une admission au service civil devrait permettre, par exemple mais en tous les cas pour motifs de conscience légitimes, de remettre l'arme définitivement et d'être ainsi dispensé des tirs obligatoires.

#### Résumé

- Violation du droit à l'objection de conscience
- Mesure administrative inadéquate
- Mesure ne touchant qu'un nombre limité de personne

#### **Mesure 6 :**

42. Les civilistes sont tenus de faire une période de service civil par année dès l'admission.

---

<sup>14</sup> LSC 4a

<sup>15</sup> LAAM 54a

<sup>16</sup> Ordonnance concernant l'équipement personnel des militaires (OEPM), [art. 6a](#).



43. La mesure existe déjà, [art. 39a](#) de l'ordonnance sur le service civil : « La personne astreinte au service civil *effectue chaque année* des affectations de service civil d'une durée de 26 jours au moins à partir de la deuxième année civile au plus tard ».

44. Les reports étant relativement fréquents, on peut se demander si c'est ceux-ci qu'il s'agit de limiter, mais le texte de la mesure est pour le surplus inutile.

#### Résumé

- Proposition de mesure incompétente, mesure déjà prévue par la loi.

#### Mesure 7 :

45. Obligation pour les personnes en service long, d'effectuer la période longue de service civile dans l'année qui suit (et non pas dans les trois ans qui suivent) l'admission au service civil.

46. Imposer un service civil long est une vieille mesure de 2011, que le Tribunal administratif fédéral avait annulée en raison de [l'article 20 de la LSC](#) qui stipule que le SC peut être fait en une ou plusieurs périodes<sup>17</sup>.

47. Depuis toujours, nous recommandons aux militaires en service long de passer d'abord au service normal, avant de demander le service civil, entre autres afin d'éviter le surplus de jours, actuellement 55 jours de service militaire ou 82 jours de service civil en plus<sup>18</sup>. Notre recommandation ne changera pas.

48. De plus, la mesure ne prévoit cette obligation que si l'école de recrue n'est pas terminée, or l'école de recrue est considérée comme terminée si 80% de ses jours ont été accomplis<sup>19</sup>; soit pour une école usuelle de 124 jours, dès le 100<sup>ème</sup> jour d'école de recrue. Mais dans la pratique, la demande de service civil peut être faite quelques jours plutôt, puisque celle-ci prend quelques jours, voir semaines à condition pour cela que l'admission à la fin du processus de demande intervienne après le 100<sup>ème</sup> jour de service.

49. Que ce soit en passant au service normal et en attendant les 80% de son service militaire (dans des conditions « suffisantes ») – si encore au service long avec les jours en sus – il est très facile d'éviter cette mesure et peu nombreux sont ceux qui se retrouveront à devoir faire une période longue ou leur période longue de service civile dans l'année qui suit. Au demeurant si un plan de carrière avait prévu une mise en suspend de celui-ci pour le service militaire long, avec une libération en fin d'école de recrue et une affectation longue trouvée rapidement, celle-ci peut être faite dans le temps préalablement dévolu au service militaire long.

50. La mesure est aussi discriminatoire puisqu'elle traite plus durement les militaires en service long que les militaires en service normal d'une part, et alors plus durement que les civilistes n'ayant pas débuté l'école de recrue d'autre part.

#### Résumé

- Mesure facile à contourner, voire à accommoder.
- Mesure ne concernant alors plus qu'un nombre limité de personne.
- Mesure discriminatoire.

#### Considérations finales

51. Les mesures 1 et 3 violent le droit international sur la durée du service civil.

52. La mesure 2 viole la constitution sur la notion de service de remplacement et la mesure 5 viole la constitution sur le droit à un service de remplacement.

53. Les mesures 1, 3, 4 et 7 sont clairement discriminatoires et violent à un titre ou un autre l'égalité de traitement.

54. Les mesures 3, 4, 5 et 7 ne touchent que – mais gravement – un nombre limité de personnes. À ce titre, le but premier de ces mesures n'est probablement pas ou que partiellement de toucher ces personnes-là, voire de les maintenir dans l'armée mais de donner l'impression qu'il est difficile ou déconseillé, qu'il est

<sup>17</sup> <http://www.infodroit.ch/spip.php?article91>

<sup>18</sup> [OMI 111](#)

<sup>19</sup> [OMI 57](#) ou [37 ordonnance sur le service civil \(OSI\)](#) (même teneur).



même dissuadé de sortir de l'armée. Un tel but viole le droit au service civil et un service civil non-discriminatoire et non-punitif.

55. Il convient d'ajouter à ce propos que les instances et jurisprudences internationales ont reconnus sans hésiter le droit à l'objection de conscience pour les appelés, comme pour les volontaires et les professionnels. Autrement dit et pour ce qui nous occupe ici, le droit à l'objection de conscience et au service de remplacement est et reste le même, ne saurait donc subir d'aggravation dans l'exercice du droit, soit l'accès au service civil, comme dans sa réalisation, soit l'accomplissement du service civil, que la personne concernée aie commencé ou non à servir dans l'armée<sup>20</sup>.

56. Les mesures 2, 3 et 4 supposent des difficultés de mise en œuvre particulièrement importantes. La mesure 5 pourrait faire l'objet d'une simplification administrative.

57. La mesure 6 est inutile, une aberration puisqu'elle préconise quelque chose qui existe déjà.

58. L'analyse de l'ensemble de ces mesures donne l'impression forte que l'armée est très embarrassée, mal à l'aise en raison des demandes service civil issues des ses rangs.

59. Ainsi quand bien même l'ensemble de ces mesures, si elles venaient à être mise en œuvre, aurait pourrait effet d'inciter les conscrits à demander le service civil bien plus tôt, ce qui n'est pas utile à l'armée non plus, il conviendrait de combattre ces mesures pour les effets et les complications graves qu'elles imposent, en toutes sortes de circonstances, aux militaires.

60. Il convient aussi de constater que les mesures proposées font preuve d'une méconnaissance, tant du droit international que du droit constitutionnel suisse qui confine à l'impréparation, voire au mépris, tant des civilistes que des militaires.

61. Enfin, dans le cadre des réactions à ces propositions de mesures, il conviendra de rappeler certaines ou l'ensemble de nos revendications de base, à savoir une présence civile lors du recrutement afin de faciliter son impartialité, un durée raisonnable et une compensation financière garantissant au moins l'accès au minimum vital<sup>21</sup>.

Christophe Barbey,  
Juriste, permanent depuis 2006

---

<sup>20</sup> Voir les résolutions du Conseil des Droits de l'Homme, par exemple la résolution du 8 octobre 2013, art. 12 [A/RES/HRC/24/17](#) ou Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 4.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

<sup>21</sup> Avec une APG de 62.- par jour durant l'ER ou son équivalent au service civil, ou en cas d'absence de salaire préalable au service ou de droit à son équivalent, avec 1'800.- par mois ~, le minimum vital n'est pas atteint. Le dernier rapport du haut commissaire aux droits de l'homme mentionne une trop faible rémunération comme étant de nature punitive. [A/HRC/35/4](#), § 21.



Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Bern, 6. September 2018 ps

### **Stellungnahme Domicil Mon Bijou**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

#### **Einleitung und grundsätzliche Beurteilung**

Domicil Mon Bijou ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

#### **Kein Handlungsbedarf**

Sowohl die drei Bericht des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der

Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

### **Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen**

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoss gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

### **Unklare Auswirkungen**

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Domicil Mon Bijou weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Wir lehnen aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

### **Eigene Vorschläge**

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet Domicil Mon Bijou, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss

mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Wir schlagen dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.
- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

### **Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdiensttage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Diensttage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist Domicil Mon Bijou auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.“*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für uns ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

### **Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Diensttage im Militär geleistet haben. Ein

Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

### **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

Domicil Mon Bijou geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Dienstage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Dienstage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht von Domicil Mon Bijou besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

Wir sind der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Wir sehen absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildienstage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch

effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Dienstage erfüllen (2017: 96.7% aller Dienstage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Dienstage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Dienstage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.

### **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

### **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

Domicil Mon Bijou bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüßen.

Freundliche Grüsse

Domicil Mon Bijou

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'P. Studer', written in a cursive style.

Pascal Studer  
Geschäftsleiter

Rechtsgutachten



Permanence romande pour civilistes et militaires  
Permanence@infodroit.ch ou  
Le mardi de 12 à 14 heures au 026 925 80 66.  
Pour les urgences, 079 524 35 74, veuillez laisser un message.

Flendruz, 16 juin 2018

### Avis de droit

*A qui de droit*

#### **7 mesures du Conseil fédéral destinées à la consultation. Modifications de la loi sur le service civil. 2018**

##### En préalable

1. Le droit à l'objection de conscience est un droit fondamental internationalement reconnu.
2. Il est reconnu par les jurisprudences du Comité des droits de l'homme et de la Cour Européenne des droits de l'homme, il est présent dans la constitution suisse<sup>1</sup>.
3. Ce droit s'appuie essentiellement tant sur le refus impératif de tuer que sur le refus de résoudre les conflits par la violence.
4. Le conflit entre l'obligation constitutionnelle de servir dans l'armée d'une part et la conscience d'autre part (appelé conflit de conscience) peut se manifester sous diverses formes et à divers moments, de façons plus ou moins virulentes ou soudaines, y compris parfois par des somatisations ou des actes de rébellions. La problématique a été largement résolue par deux mesures:
5. 1) Il a été renoncé au « contrôle de conscience » en adoptant le système dit de la preuve par l'acte, soit l'acceptation, par la personne qui demande le service civil d'une durée plus longue pour ce service que celle requise pour le service militaire.

Cette mesure a pour avantage (en plus d'une forte diminution de la charge administrative) d'éviter d'une part l'aggravation et la stigmatisation du conflit de conscience par son besoin de le confronter à la procédure et de libérer d'autre part la personne concernée d'une appréhension et d'une expression intellectuelle et verbalisée de ce conflit, inévitablement discriminatoire selon le niveau d'éducation, et sujette d'autre part à des biais divers, puisque le résultat de l'examen dépendait largement du degré de préparation à celui-ci plutôt que de la nature même, des sources et des raisons du conflit de conscience.

6. Il convient toutefois de noter que ce système de quotité a dès le début présenté un défaut important, au demeurant partiellement caché des civilistes eux-mêmes, dans la mesure où la durée de service civil requise par la loi (1 fois et demie – 1,5 – celle du service militaire encore à faire au moment de la demande) est dans la pratique comparativement différente de la durée du service militaire réellement effectuée par les militaires libérés lorsqu'ils atteignent la limite d'âge. En effet, ceux-ci se voient alors remettre le solde des jours de service non-effectués, alors que les civilistes se voient pénalement condamnés s'ils n'effectuent pas l'entier de leurs jours avant la même limite d'âge (limite par ailleurs par elle-même plus exigeante, puisqu'ils ont plus de jours à effectuer dans le même laps de temps). L'armée a de plus tardé à donner les chiffres permettant de mesurer cette différence des durées respectives des

---

<sup>1</sup> Constitution fédérale (Cst.) [Article 10 sur la droit à la vie](#), [art. 15 sur la liberté de conscience](#), [art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement](#).



services. Pourtant des estimations raisonnables permettaient d'évaluer le nombre de jours de service civil effectués pour les civilistes demandant le service civil pour l'entier de leur périodes de service militaires comme étant environ du double du nombre de jour effectué en moyenne par les soldats terminant leur obligation à la limite d'âge<sup>2</sup>. Actuellement, ce taux semble s'être amélioré un peu, mais la durée comparée du service civil resterait de 1.8 plus élevée que la durée des services militaires, et non pas les 1.5 que stipule la loi. Il conviendra de vérifier les effets de la nouvelle loi sur l'armée sur cette problématique, la limite d'âge n'étant plus un âge fixe (p. ex. 34 ans), mais devenant un nombre de dix années pour faire les services requis après l'école de recrue<sup>3</sup>.

7. De plus la discrimination pénale demeure, puisque contrairement au service civil, aucune mesure permettant d'assurer le rythme et le progrès de la réalisation des périodes de service militaire, mesure accompagnées dans la loi sur le service civil de mesures pénales en cas de retards, n'ont été introduites dans la nouvelle législation sur la l'armée. Ainsi, le civiliste doit accomplir certaines périodes (la première suivant l'admission et la période longue) selon des délais fixes et il ne doit pas lui rester plus d'une certaine proportion de jours à faire avant d'atteindre la limite d'âge. Passé ces délais ou si la proportion de jours restant à faire est trop forte, le civiliste est convoqué d'office pour le surplus ou la période concernée, puis il encoure une peine s'il n'effectue pas la période requise. Il n'existe, pas de système similaire ou aussi contraignant dans l'armée. Pour avoir une vision complète de cette discrimination, pénalement grave, il conviendrait encore de comparer le nombre des dispenses pour justes motifs, lesquelles au demeurant ne font que repousser le problème, dispenses accordées tant pour les civilistes que pour les militaires. Nonobstant, vu la nature différente des système de suivi et de répression des deux sortes d'obligations, puisqu'il y a des condamnations pour retard dus au système de suivi contre les civilistes et qu'il n'y en a pas pour les militaires, la discrimination pénale demeure, tout comme demeurera a priori la discrimination sur les durées.

8. 2) Il importe de souligner que le service civil peut et doit pouvoir être demandé en tout temps, c'est d'ailleurs dans la loi<sup>4</sup>.

9. Cela concerne bien sûr la possibilité de demander le service civil depuis une période de service militaire, mais porte surtout sur la nature du conflit de conscience et relève en partie aussi du droit humanitaire.

10. Ainsi, le conflit de conscience peut se développer par une réflexion autonome, mais il peut aussi surgir, progressivement ou soudainement, face à une circonstance rencontrée dans le cadre du service militaire, par exemple lors de la première prise d'arme (il y a hélas des condamnations pour refus d'ordre de personnes qui font à ce moment-là un blocage psychologique) ou en étant mis en confrontation à une arme particulièrement destructive.

11. Il convient aussi, et c'est d'une grande importance, de citer le cas de l'objection de conscience à un ordre criminel, y compris ou surtout si celui-ci viole le droit humanitaire ; objection qui doit en effet pouvoir être exprimée en tout temps et en particulier de façon immédiate au moment de la réception de l'ordre contesté, cette objection devant alors, selon les circonstances, rejeter non-seulement l'ordre contesté lui-même mais aussi l'ensemble du système qui produit ou maintient cet ordre injuste, à tout le moins si l'ordre est maintenu, car alors seul le refus personnel et complet du système permettant, à défaut de pouvoir l'empêcher, la réalisation de ce ordre illégal et des ses conséquences, de préserver la conscience, et donc l'innocence de la personne confrontée à une telle situation. L'objection de conscience à une circonstance particulière devenant alors une objection au sens usuel du terme, une objection d'ensemble au service militaire<sup>5</sup>.

<sup>2</sup> Détail du calcul : <http://www.infodroit.ch/spip.php?article44>

<sup>3</sup> Ordonnance sur les obligations militaires (OMI), 1.1.2018, [art. 19](#).

<sup>4</sup> Loi sur le service civil, [art. 16](#).

<sup>5</sup> Voir par exemple, [Jacques Verhaegen](#) : «Le refus d'obéissance aux ordres manifestement criminels », revue du CICR, vol. 84, n° 845, mars 2002.



### Analyse des mesures proposées

**Mesure 1:** 150 jours de service civil pour toutes personnes n'ayant pas terminés ses « services d'instruction » et ayant moins de 100 jours de service militaire restant.

#### Appréciation générale

12. Par « services d'instruction », il est entendu toutes les périodes de services militaires, à savoir écoles de recrues, écoles de cadres et cours de répétition<sup>6</sup>.

13. La proposition équivaudrait à « condamner », imposer à tout militaire ayant entre 1 et 100 jours de service militaire encore à faire à effectuer 150 jours de service civil.

14. La mesure incite à terminer ses obligations militaires au lieu de demander le service civil.

15. Partant du constat, hautement probable<sup>7</sup>, selon lequel les pertes en effectifs augmentent en fonction de l'âge par lassitude, perte d'intérêt ou en raison de l'augmentation des obligations professionnelles et familiales. Il conviendrait toutefois de disposer des chiffres du nombre des personnes qui quittent l'arme dans ces tranches d'âge soit pour le service civil, soit pour raisons médicales. En effet, si le problème est une question d'emploi du temps, la demande de service civil est d'autant plus contre-productive.

16. A cet aune, la mesure aura pour effet principal d'augmenter le nombre de demandes médicales et assez peu de diminuer le nombre de service civil. Quand à sa capacité à renforcer la motivation pour l'armée, elle est ici hors contexte – ce n'est pas notre problème ou celui du service civil – et elle n'est que très indirecte, la diminution de l'attrait du service civil n'augmentant pas pour autant l'attrait pour l'armée.

#### Calculs concernant la mesure proposée

17. Dans la pratique, divers types de calculs sont possibles pour déterminer les effets et les proportions de la proposition. Mes connaissances mathématiques sont limitées, donc d'autres calculs sont peut-être possibles ou éventuellement meilleurs, mais ceux-ci révèlent plusieurs des effets pervers de la proposition:

a. Le facteur multipliant le nombre de jours à faire est, avec la proposition exponentiel : La personne qui aurait 1 seul jour d'armée encore à faire se retrouverait à en faire 150 jours, soit 150 fois plus que le nombre de jour d'armée requis.

Dans le détail, un militaire à qui il resterait :

1 cours de répétition (CR), soit 19 jours (150/19), verrait le multiplicateur passer de 1.5 à 7.89

2 cours de répétition, le facteur (150/38) est encore du quadruple (3.94)

3 cours de répétition, le facteur descend à 2.63

4 cours de répétition, le facteur est de 2 (1.97)

5 cours de répétition le facteur est encore de 1.57, soit plus haut que la loi actuelle ou que le facteur attribué aux civilistes ayant encore plus de jours.

Ce n'est donc qu'avec 6 cours de répétition encore à faire, soit avec le nombre total des cours de répétition à faire par les soldats, et donc durant le premier cours de répétition que l'ajout systématique de 150 jours, rejoint le facteur général de 1.5.

*Dit autrement, à quelques jours prêts, quiconque demanderait le service civil après l'école de recrue devrait faire 150 jours de service civil au moins, quelque soit le nombre de jour d'armée restant à faire. Pourquoi ne pas le dire ?*

b. Le calcul peut aussi être fait en tenant compte des jours de service militaires et civils faits au total. Exemple pour un soldat :

Ecole de recrue de 124 jours, solde 121 jours de service en CR. Total 245<sup>(8)</sup>. Service civil complet, 245 X 1.5 = 367 jours de service civil.

Jours de service mil faits : 244 (au lieu de 245)+150=394 (proposition). Système actuel : 244 + 2 (1 x 1.5) = 246 (actuel). Différence : 148 jours à faire en plus qu'avec le système actuel et ... 27 de plus qu'en ayant demandé le service civil dès le recrutement.

<sup>6</sup> Loi sur l'armée et l'administration militaire (LAAM), [art. 41](#).

<sup>7</sup> La permanence que nous représentons confirme, à sa modeste mesure, cette tendance. Les hommes de plus de 25 ans sont relativement nombreux à vouloir mettre un terme à leurs obligations militaires et leur nombre augmente avec l'âge

<sup>8</sup> OMI, [art. 47](#).



Jours de service faits :  $238 (6 \text{ CR faits}) + 150 = 388$  jours à faire ou (système actuel)  $238 + 9 (6 \times 1.5) = 247$ . Différence : 141 jours de service civil en plus qu'avec le système actuel, mais aussi 21 jours de service (mil et civ) en plus de ce que ce même soldat aurait eu à faire s'il avait demandé le service civil dès la fin du recrutement.

En cela, le service est *punitif parce qu'il impose des jours en plus ... pour avoir accepté de faire presque tout son service militaire !!!*

Jours de service faits :  $219 (5 \text{ CR}) + 150 = 369$  ou (actuel :)  $219 + 39 (26 \times 1.5) = 258$ . Différence : 111 jours de plus que le système actuel, mais encore 2 jours de plus qu'avec un service civil demandé dès l'origine.

Jours de service faits  $200 (4 \text{ CR}) + 150 = 350$  ou actuel  $200 + 68 (45 \times 1.5) = 268$ . Différence : 82 en plus que le système actuel.

A partir d'ici le nombre total de jours faits devient inférieur à un service civil demandé d'emblée et donc les jours de service militaire faits diminuent le nombre total de jours à faire.

Jours de service faits  $181 (3 \text{ CR}) + 150 = 331$  ou  $181 + 96 (64 \times 1.5) = 277$ . Différence, 54 jours de service civil en plus, mais 90 de moins qu'avec un service civil complet.

Jours de service faits  $162 (2 \text{ CR}) + 150 = 312$  ou

Jours de service faits  $143 (1 \text{ CR}) + 150 = 293$  ou  $143 + 156 (101 \times 1.5) = 299$  Différence  $\pm 0$ .

#### Effets pour la pratique

c. Les effets du nouveau système sur les intérêts des candidats civilistes, en termes de jours à faire seraient les suivants :

- 1) Le facteur de 1.5 s'applique durant l'école de recrue, voir durant le 1<sup>er</sup> CR. Inchangé.
- 2) Tout jour d'armée fait durant cette période diminue effectivement le nombre total (armée et sc) de jours à faire, par rapport à un service civil complet. Inchangé.
- 3) Dès le 2<sup>ème</sup> CR et jusqu'au 4<sup>ème</sup> CR, le nouveau système augmente progressivement, par rapport à l'ancien, effet étrange, le nombre de jours total à faire, même si l'on fait ces CR, soit d'avoir à faire encore plus de service en tout parce que l'on fait de l'armée (absurde !), puis d'avoir à faire du service civil en plus, même si le nombre de jours total de service civil et militaire reste inférieur à ce que devrait faire un civiliste de la première heure mis au facteur 1.5).

Exemple : Faire un 2<sup>ème</sup> CR de 19 jours et demander le sc, ajoute en plus de ces 19 jours 17 jours de service en tout (civil et militaire) par rapport au système actuel, dans lequel le civiliste en faisant ce CR épargnerait 9 jours de service civil ( $19 - x 1.5$ ). (Nouveau :  $162 \text{ SM} + 150 \text{ SC} = 312$  Ancien  $162 + 125$  (solde de  $83 \times 1.5$ ) = 287, nouveau = J plus 25. S'il ne fait pas ce CR (ancien  $\text{SM } 143 + \text{SC } 152 (101 \times 1.5) = 295$  soit quelques jours en plus de SC pour ne pas avoir fait ce cours (295 au lieu 287), mais toujours au total 17 jours de moins qu'en faisant ce CR dans le système proposé, lequel augmente donc le nombre de jours à faire sans donner de diminution pour ceux faits.

Idem pour les 3<sup>ème</sup> et 4<sup>ème</sup> CR. Je renonce aux calculs ici, mais le nombre de jours d'armée faits sans diminuer le nombre de jours de service totaux augmentera d'autant, par rapport à quelqu'un qui demande le SC après l'ER ou le 1<sup>er</sup> CR.

- 4) Dès le 5<sup>ème</sup> CR, le nombre total (SC et SM) de jours à faire devient plus grand que quelqu'un qui demande le service civil dès le 1<sup>er</sup> jour.

d. En résumé, il ne sera intéressant, en terme de jours à faire (ou rentable) de demander le service qu'entre le recrutement et la fin du 1<sup>er</sup> cours de répétition. A l'inverse, toute demande faite ultérieurement augmentera, de plus en plus gravement, la charge totale du nombre de jours à faire, laquelle dépassera, si le SC est demandé durant ou après le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, le nombre de jours à faire pour quelqu'un qui demande le service civil avant l'ER.

18. Tactiquement, pour le soutien aux objecteurs, l'intérêt à demander le service civil entre le recrutement et la fin de l'école de recrue reste similaire. Par contre, plus le militaire avance dans sa carrière militaire, plus la charge de jours augmente, plus il devient difficile de demander le service civil (et plus sera grande le besoin de demander la voie bleue).

19. Cela n'aura pas pour effet de diminuer fortement le nombre de demandes de service civil, puisque les demandes seront soit pour une part reportées plus tôt dans la carrière militaire, soit transformées en demande médicales et que rares seront les personnes qui en fin de carrière militaire décideront de finir leur service plutôt que de sortir de l'armée, d'une façon ou d'une autre.



### La durée du service civil en droit

20. En droit Suisse, le facteur légal de 1.5 est le même depuis l'origine. Avec toutefois la réserve présentée ci-dessus au point 6 concernant la durée effective (et non légale) située aux environs de 1.8.

21. Le droit international, le Comité des droits de l'homme et la Cour européenne des droits de l'homme, tiennent de jurisprudence constante le fait que le service civil doit être de nature civile et non-punitif.

22. Une durée supérieure au double du service militaire à remplacer est considérée comme excessive<sup>9</sup>. Ainsi, l'attribution à toute personne ayant moins de 75 jours de service militaire à faire de 150 jours de service civil serait contraire au droit international.

23. Mais c'est dans son ensemble, ou à tout le moins dès le 2<sup>ème</sup> cours de répétition, que la mesure est discriminatoire. D'abord parce que plus, ils servent dans l'armée, plus elle pénalise les militaires qui demandent le service civil. Ensuite, parce qu'elle traite différemment des personnes dans des situations similaires, à savoir des personnes présentant une demande de service civil, demande qui est de même nature quel que soit le moment où elle est faite et pour laquelle le nombre de jours de service militaire accomplis n'a aucune incidence, sauf peut-être à renforcer le besoin de présenter une objection de conscience, ce qui reste sans influence aucune sur le droit fondamental à demander le service civil.

24. La loi sur le service civil pose comme principe que la charge du service civil devrait équivalente à celle de l'armée<sup>10</sup>. Toutefois la mesure proposée, en tous les cas dès le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, puisque la charge en jours à faire est alourdie au-delà de ce que le militaire aurait à faire en demandant le service civil avant l'école de recrue. Ainsi, non-seulement, la personne concernée effectue la plus large part de son service militaire (les 3/4), mais elle y voit ajouté une part importante de service civil (150/367) soit presque la moitié du service civil en plus, pour un total qui dépasse ce qu'elle aurait eu à faire tant à l'armée qu'avec un service civil entier. A ce titre, la mesure est non seulement dissuasive, mais discriminatoire dans la mesure où elle pénalise ceux qui ont déjà fait beaucoup d'armée (ne devraient-ils pas au contraire être pour cela remerciés ?).

25. Par ailleurs, le droit à l'objection de conscience étant un droit fondamental, toute forme de dissuasion, en entravant son libre exercice, est déjà une violation du droit.

26. Et il est finalement, à mon sens, difficile la nature punitive de la mesure, puisque ce sont ceux-là même, qui ont le plus servi dans l'armée, qui se voient le plus pénalisés.

### Résumé :

- Violation du droit international sur la durée du service civil.
- Discrimination entre les civilistes « d'origine » et ceux qui demandent le service civil au cours de leur carrière militaire (l'objection reste la même, pour les mêmes motifs et contre le même service militaire, seule change la situation militaire).
- Mesure probablement punitive.
- Mesure simple en apparence, mais particulièrement compliquée à comprendre et à calculer, entre autres pour les personnes concernées.

---

<sup>9</sup> ONU, Comité des droits de l'homme: Foin v France (Communication No. 666/1995), CCPR/C/D/666/1995, 9 November 1999, para. 10.3, entre autres jurisprudence. Voir aussi: Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 8.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>  
Il existe aussi une traduction allemande de document, p. 21 : [http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV\\_2014-3\\_KDVundAsyl.pdf](http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV_2014-3_KDVundAsyl.pdf)

Voir aussi le rapport quadriennal du Haut Commissaire aux Droits de l'Homme sur l'objection de conscience, 1.5.2017, § 22.  
<http://www.undocs.org/fr/A/HRC/35/4>

<sup>10</sup> LSC 5



### **Mesure 2 :**

Délai d'attente de 12 mois entre le dépôt de la demande et l'admission, avec obligation de faire les périodes de service militaires prévues.

27. La mesure est contraire à la constitution. Celle-ci prévoit, textuellement : « un service de remplacement »<sup>11</sup>. Or un *remplacement du service* n'est en aucun cas un service de remplacement *différé* avec maintien du service à remplacer, en attente du service de remplacement.

Des délais pour la mise en œuvre, par la personne concernée comme par l'administration, du service de remplacement sont acceptable, voir le maintien des obligations en attente de la décision d'admission<sup>12</sup>, mais en aucun le droit à l'objection de conscience ne saurait-il être suspendu.

28. De plus, la proposition est largement impraticable et passablement conflictogène. Les civilistes concernés ne se gêneront pas pour demander des reports, se faire porter malade ou pour ne pas se présenter et leur motifs de conscience finissant toujours par être reconnus, ils ne seront, s'ils sont que partiellement et inégalement sanctionnés pour ces déflections. Sans parler de la charge administrative supplémentaire pour les administrations cantonales.

### Résumé

- Mesure contraire à la constitution.
- Discrimination entre les civilistes qui font une demande avant l'école de recrue, lesquels ne sont pas condamnés à des périodes militaires et ceux qui la font après l'ER, qui doivent en faire ou, vaille que vaille, les faire annuler.
- Mesure de nature à créer de nombreuses difficultés administratives tant pour les conscrits et les civilistes que pour l'administration.

### **Mesure 3 :**

29. Suppression du facteur 1.1 et passage au facteur 1.5 pour les officiers et les sous-officiers supérieurs.

30. Les personnes concernées sont relativement peu nombreuses. Elles ont néanmoins les mêmes droits. Mais surtout toutes ces personnes, qui ont été obligées de revêtir ces fonctions d'encadrement, ont déjà servi, au moment de la demande d'admission au service civil plus de jours d'armée que ne servent les civilistes qui n'en a fait aucun. Le moins gradé de ceux-ci servira un total 440 jours de services au lieu de 245<sup>13</sup>. Pour obtenir son grade, il en aura déjà fait presque autant qu'un soldat normal. Et le solde de jour à faire, qu'il soit multiplié par 1.1. ou 1.5 dépassera de toutes façons le nombre maximal de jours effectués par un civiliste ne faisant pas d'armée du tout.

31. Sachant que l'obligation de grader est imposée, même avec un facteur 1.1, la personne qui demande le service civil alors qu'elle a déjà revêtu son grade est discriminée par rapport à un civiliste qui demande le service avant de recevoir le moindre grade. Augmenté cette durée plus encore, alors que la personne gradée sert déjà plus que toute autre personne sans garde, apparaît là aussi comme punitive.

### Résumé

- En conjonction avec la discrimination décrite ci-après, violation du droit international sur la durée du service de remplacement.
- Discrimination entre les officiers et sous-officiers supérieurs d'une part et les soldats d'autre part en raison d'abord de l'obligation de grader d'abord, pour laquelle les premiers ne peuvent rien, puis du fait qu'en raison de cette obligation, ils ont déjà effectué, contre leur gré, une durée de service aussi importante que les soldats, durée sur laquelle vient ensuite s'ajouter une très longue durée de service civil supplémentaire. Dit autrement, le soldat qui demande le service civil évite non-seulement de grader, mais tous les jours de service civil supplémentaires en cas de conflit de conscience alors que l'officier, qui est en droit de développer un conflit de conscience à tout moment, en est d'autant plus pénalisé.

<sup>11</sup> [Art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement.](#)

<sup>12</sup> [LSC 17 et 17a.](#)

<sup>13</sup> [OMI 47](#)



- Mesure qui ne touche qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 4 :**

32. Interdiction faite aux médecins de faire du service civil en tant que médecins.

33. Là encore, la mesure ne concerne que très peu de personnes. Les médecins ont en moyenne au moins 26-27 ans à la fin de leur formation et ce moment-là, la plupart des périodes longues sont faites. Mais quand bien même, faut-il priver les hôpitaux de ces médecins-là ?

34. Par ailleurs, la mesure est à nouveau discriminatoire ; pourquoi les médecins et pas les géologues, les travailleurs sociaux ou les enseignants ? Là ce ne serait plus seulement certains civilistes, mais tout le service d'intérêt public qui tendrait à être victime d'une vision trop étroite des possibilités de service civil.

35. Enfin, il existe certes une disposition qui interdit certaines affectations en fonction de la personne du civiliste, en particulier si elle favorise sa formation<sup>14</sup>. Et c'est probablement, dans ce contexte que la proposition s'inspirerait. Mais à nouveau, certains militaires exercent des fonctions militaires en lien avec leur profession – et pas seulement des médecins ! – en quoi des civilistes n'auraient-ils pas le droit d'en faire autant ?

#### Résumé

- Mesure hautement discriminatoire (par professions).
- Mesure ne touchant (en l'état, que les médecins) qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 5 :**

36. Pas d'admission au service civil pour les personnes pour lesquelles il ne reste plus de jours de service, mais pour lesquelles il reste des tirs obligatoires.

37. La question est controversée depuis longtemps. Seul sont concernés les militaires en service long, qui restent incorporés ensuite pendant 4 ans<sup>15</sup>. Il conviendrait de savoir combien il y a eu de cas.

38. Pour rappel, les militaires ont la possibilité de déposer l'arme, sans motifs, s'ils ne souhaitent pas la conserver, mais cela ne les dispense pas des tirs<sup>16</sup>.

39. D'abord, il convient de rappeler que l'exécution de tirs obligatoires, dans le cadre d'un service militaire, même terminé, peuvent donner lieu à conflit de conscience, qui plus est si celui-ci peut avoir à se manifester durant une période de 4 ans.

40. En ce sens, la mesure ignore et passe complètement à côté, nie un problème qu'il y aurait pourtant lieu de résoudre.

41. A mon sens, une procédure plus simple qu'une admission au service civil devrait permettre, par exemple mais en tous les cas pour motifs de conscience légitimes, de remettre l'arme définitivement et d'être ainsi dispensé des tirs obligatoires.

#### Résumé

- Violation du droit à l'objection de conscience
- Mesure administrative inadéquate
- Mesure ne touchant qu'un nombre limité de personne

#### **Mesure 6 :**

42. Les civilistes sont tenus de faire une période de service civil par année dès l'admission.

---

<sup>14</sup> [LSC 4a](#)

<sup>15</sup> [LAAM 54a](#)

<sup>16</sup> Ordonnance concernant l'équipement personnel des militaires (OEPM), [art. 6a](#).



43. La mesure existe déjà, [art. 39a](#) de l'ordonnance sur le service civil : « La personne astreinte au service civil *effectue chaque année* des affectations de service civil d'une durée de 26 jours au moins à partir de la deuxième année civile au plus tard ».

44. Les reports étant relativement fréquents, on peut se demander si c'est ceux-ci qu'il s'agit de limiter, mais le texte de la mesure est pour le surplus inutile.

#### Résumé

- Proposition de mesure incompétente, mesure déjà prévue par la loi.

#### Mesure 7 :

45. Obligation pour les personnes en service long, d'effectuer la période longue de service civile dans l'année qui suit (et non pas dans les trois ans qui suivent) l'admission au service civil.

46. Imposer un service civil long est une vieille mesure de 2011, que le Tribunal administratif fédéral avait annulée en raison de [l'article 20 de la LSC](#) qui stipule que le SC peut être fait en une ou plusieurs périodes<sup>17</sup>.

47. Depuis toujours, nous recommandons aux militaires en service long de passer d'abord au service normal, avant de demander le service civil, entre autres afin d'éviter le surplus de jours, actuellement 55 jours de service militaire ou 82 jours de service civil en plus<sup>18</sup>. Notre recommandation ne changera pas.

48. De plus, la mesure ne prévoit cette obligation que si l'école de recrue n'est pas terminée, or l'école de recrue est considérée comme terminée si 80% de ses jours ont été accomplis<sup>19</sup>; soit pour une école usuelle de 124 jours, dès le 100<sup>ème</sup> jour d'école de recrue. Mais dans la pratique, la demande de service civil peut être faite quelques jours plutôt, puisque celle-ci prend quelques jours, voir semaines à condition pour cela que l'admission à la fin du processus de demande intervienne après le 100<sup>ème</sup> jour de service.

49. Que ce soit en passant au service normal et en attendant les 80% de son service militaire (dans des conditions « suffisantes ») – si encore au service long avec les jours en sus – il est très facile d'éviter cette mesure et peu nombreux sont ceux qui se retrouveront à devoir faire une période longue ou leur période longue de service civile dans l'année qui suit. Au demeurant si un plan de carrière avait prévu une mise en suspend de celui-ci pour le service militaire long, avec une libération en fin d'école de recrue et une affectation longue trouvée rapidement, celle-ci peut être faite dans le temps préalablement dévolu au service militaire long.

50. La mesure est aussi discriminatoire puisqu'elle traite plus durement les militaires en service long que les militaires en service normal d'une part, et alors plus durement que les civilistes n'ayant pas débuté l'école de recrue d'autre part.

#### Résumé

- Mesure facile à contourner, voire à accommoder.
- Mesure ne concernant alors plus qu'un nombre limité de personne.
- Mesure discriminatoire.

#### Considérations finales

51. Les mesures 1 et 3 violent le droit international sur la durée du service civil.

52. La mesure 2 viole la constitution sur la notion de service de remplacement et la mesure 5 viole la constitution sur le droit à un service de remplacement.

53. Les mesures 1, 3, 4 et 7 sont clairement discriminatoires et violent à un titre ou un autre l'égalité de traitement.

54. Les mesures 3, 4, 5 et 7 ne touchent que – mais gravement – un nombre limité de personnes. À ce titre, le but premier de ces mesures n'est probablement pas ou que partiellement de toucher ces personnes-là, voire de les maintenir dans l'armée mais de donner l'impression qu'il est difficile ou déconseillé, qu'il est

<sup>17</sup> <http://www.infodroit.ch/spip.php?article91>

<sup>18</sup> [OMI 111](#)

<sup>19</sup> [OMI 57](#) ou [37 ordonnance sur le service civil \(OSI\)](#) (même teneur).



même dissuadé de sortir de l'armée. Un tel but viole le droit au service civil et un service civil non-discriminatoire et non-punitif.

55. Il convient d'ajouter à ce propos que les instances et jurisprudences internationales ont reconnus sans hésiter le droit à l'objection de conscience pour les appelés, comme pour les volontaires et les professionnels. Autrement dit et pour ce qui nous occupe ici, le droit à l'objection de conscience et au service de remplacement est et reste le même, ne saurait donc subir d'aggravation dans l'exercice du droit, soit l'accès au service civil, comme dans sa réalisation, soit l'accomplissement du service civil, que la personne concernée aie commencé ou non à servir dans l'armée<sup>20</sup>.

56. Les mesures 2, 3 et 4 supposent des difficultés de mise en œuvre particulièrement importantes. La mesure 5 pourrait faire l'objet d'une simplification administrative.

57. La mesure 6 est inutile, une aberration puisqu'elle préconise quelque chose qui existe déjà.

58. L'analyse de l'ensemble de ces mesures donne l'impression forte que l'armée est très embarrassée, mal à l'aise en raison des demandes service civil issues des ses rangs.

59. Ainsi quand bien même l'ensemble de ces mesures, si elles venaient à être mise en œuvre, aurait pourrait effet d'inciter les conscrits à demander le service civil bien plus tôt, ce qui n'est pas utile à l'armée non plus, il conviendrait de combattre ces mesures pour les effets et les complications graves qu'elles imposent, en toutes sortes de circonstances, aux militaires.

60. Il convient aussi de constater que les mesures proposées font preuve d'une méconnaissance, tant du droit international que du droit constitutionnel suisse qui confine à l'impréparation, voire au mépris, tant des civilistes que des militaires.

61. Enfin, dans le cadre des réactions à ces propositions de mesures, il conviendra de rappeler certaines ou l'ensemble de nos revendications de base, à savoir une présence civile lors du recrutement afin de faciliter son impartialité, un durée raisonnable et une compensation financière garantissant au moins l'accès au minimum vital<sup>21</sup>.

Christophe Barbey,  
Juriste, permanent depuis 2006

---

<sup>20</sup> Voir les résolutions du Conseil des Droits de l'Homme, par exemple la résolution du 8 octobre 2013, art. 12 [A/RES/HRC/24/17](#) ou Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 4.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

<sup>21</sup> Avec une APG de 62.- par jour durant l'ER ou son équivalent au service civil, ou en cas d'absence de salaire préalable au service ou de droit à son équivalent, avec 1'800.- par mois ~, le minimum vital n'est pas atteint. Le dernier rapport du haut commissaire aux droits de l'homme mentionne une trop faible rémunération comme étant de nature punitive. [A/HRC/35/4](#), § 21.

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Bern, 28. August 2018 kmi

## **Stellungnahme Domicil Schwabgut**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### **Einleitung und grundsätzliche Beurteilung**

Domicil Schwabgut ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

## **Kein Handlungsbedarf**

Sowohl die drei Bericht des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

## **Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen**

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoss gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

## **Unklare Auswirkungen**

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Domicil Schwabgut weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur, weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Wir lehnen aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

## Eigene Vorschläge

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet Domicil Schwabgut, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Wir schlagen dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.
- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

### Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist Domicil Schwabgut auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.“*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für uns ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

## **Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Dienstage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

## **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

Domicil Schwabgut geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Dienstage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Dienstage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

## **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

## **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht von Domicil Schwabgut besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

Wir sind der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Wir sehen absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildiensttage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Diensttage erfüllen (2017: 96.7% aller Diensttage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Diensttage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Diensttage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.

### **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

### **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

Domicil Schwabgut bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüßen.

Freundliche Grüsse

Domicil Schwabgut



Michael Lüthi  
Geschäftsleiter



Martina Zuber  
Leiterin Pflege

Rechtsgutachten



Permanence romande pour civilistes et militaires  
Permanence@infodroit.ch ou  
Le mardi de 12 à 14 heures au 026 925 80 66.  
Pour les urgences, 079 524 35 74, veuillez laisser un message.

Flendruz, 16 juin 2018

### Avis de droit

*A qui de droit*

#### **7 mesures du Conseil fédéral destinées à la consultation. Modifications de la loi sur le service civil. 2018**

##### En préalable

1. Le droit à l'objection de conscience est un droit fondamental internationalement reconnu.
2. Il est reconnu par les jurisprudences du Comité des droits de l'homme et de la Cour Européenne des droits de l'homme, il est présent dans la constitution suisse<sup>1</sup>.
3. Ce droit s'appuie essentiellement tant sur le refus impératif de tuer que sur le refus de résoudre les conflits par la violence.
4. Le conflit entre l'obligation constitutionnelle de servir dans l'armée d'une part et la conscience d'autre part (appelé conflit de conscience) peut se manifester sous diverses formes et à divers moments, de façons plus ou moins virulentes ou soudaines, y compris parfois par des somatisations ou des actes de rébellions. La problématique a été largement résolue par deux mesures:
5. 1) Il a été renoncé au « contrôle de conscience » en adoptant le système dit de la preuve par l'acte, soit l'acceptation, par la personne qui demande le service civil d'une durée plus longue pour ce service que celle requise pour le service militaire.

Cette mesure a pour avantage (en plus d'une forte diminution de la charge administrative) d'éviter d'une part l'aggravation et la stigmatisation du conflit de conscience par son besoin de le confronter à la procédure et de libérer d'autre part la personne concernée d'une appréhension et d'une expression intellectuelle et verbalisée de ce conflit, inévitablement discriminatoire selon le niveau d'éducation, et sujette d'autre part à des biais divers, puisque le résultat de l'examen dépendait largement du degré de préparation à celui-ci plutôt que de la nature même, des sources et des raisons du conflit de conscience.

6. Il convient toutefois de noter que ce système de quotité a dès le début présenté un défaut important, au demeurant partiellement caché des civilistes eux-mêmes, dans la mesure où la durée de service civil requise par la loi (1 fois et demie – 1,5 – celle du service militaire encore à faire au moment de la demande) est dans la pratique comparativement différente de la durée du service militaire réellement effectuée par les militaires libérés lorsqu'ils atteignent la limite d'âge. En effet, ceux-ci se voient alors remettre le solde des jours de service non-effectués, alors que les civilistes se voient pénalement condamnés s'ils n'effectuent pas l'entier de leurs jours avant la même limite d'âge (limite par ailleurs par elle-même plus exigeante, puisqu'ils ont plus de jours à effectuer dans le même laps de temps). L'armée a de plus tardé à donner les chiffres permettant de mesurer cette différence des durées respectives des

---

<sup>1</sup> Constitution fédérale (Cst.) [Article 10 sur la droit à la vie](#), [art. 15 sur la liberté de conscience](#), [art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement](#).



services. Pourtant des estimations raisonnables permettaient d'évaluer le nombre de jours de service civil effectués pour les civilistes demandant le service civil pour l'entier de leur périodes de service militaires comme étant environ du double du nombre de jour effectué en moyenne par les soldats terminant leur obligation à la limite d'âge<sup>2</sup>. Actuellement, ce taux semble s'être amélioré un peu, mais la durée comparée du service civil resterait de 1.8 plus élevée que la durée des services militaires, et non pas les 1.5 que stipule la loi. Il conviendra de vérifier les effets de la nouvelle loi sur l'armée sur cette problématique, la limite d'âge n'étant plus un âge fixe (p. ex. 34 ans), mais devenant un nombre de dix années pour faire les services requis après l'école de recrue<sup>3</sup>.

7. De plus la discrimination pénale demeure, puisque contrairement au service civil, aucune mesure permettant d'assurer le rythme et le progrès de la réalisation des périodes de service militaire, mesure accompagnées dans la loi sur le service civil de mesures pénales en cas de retards, n'ont été introduites dans la nouvelle législation sur la l'armée. Ainsi, le civiliste doit accomplir certaines périodes (la première suivant l'admission et la période longue) selon des délais fixes et il ne doit pas lui rester plus d'une certaine proportion de jours à faire avant d'atteindre la limite d'âge. Passé ces délais ou si la proportion de jours restant à faire est trop forte, le civiliste est convoqué d'office pour le surplus ou la période concernée, puis il encoure une peine s'il n'effectue pas la période requise. Il n'existe, pas de système similaire ou aussi contraignant dans l'armée. Pour avoir une vision complète de cette discrimination, pénalement grave, il conviendrait encore de comparer le nombre des dispenses pour justes motifs, lesquelles au demeurant ne font que repousser le problème, dispenses accordées tant pour les civilistes que pour les militaires. Nonobstant, vu la nature différente des système de suivi et de répression des deux sortes d'obligations, puisqu'il y a des condamnations pour retard dus au système de suivi contre les civilistes et qu'il n'y en a pas pour les militaires, la discrimination pénale demeure, tout comme demeurera a priori la discrimination sur les durées.

8. 2) Il importe de souligner que le service civil peut et doit pouvoir être demandé en tout temps, c'est d'ailleurs dans la loi<sup>4</sup>.

9. Cela concerne bien sûr la possibilité de demander le service civil depuis une période de service militaire, mais porte surtout sur la nature du conflit de conscience et relève en partie aussi du droit humanitaire.

10. Ainsi, le conflit de conscience peut se développer par une réflexion autonome, mais il peut aussi surgir, progressivement ou soudainement, face à une circonstance rencontrée dans le cadre du service militaire, par exemple lors de la première prise d'arme (il y a hélas des condamnations pour refus d'ordre de personnes qui font à ce moment-là un blocage psychologique) ou en étant mis en confrontation à une arme particulièrement destructive.

11. Il convient aussi, et c'est d'une grande importance, de citer le cas de l'objection de conscience à un ordre criminel, y compris ou surtout si celui-ci viole le droit humanitaire ; objection qui doit en effet pouvoir être exprimée en tout temps et en particulier de façon immédiate au moment de la réception de l'ordre contesté, cette objection devant alors, selon les circonstances, rejeter non-seulement l'ordre contesté lui-même mais aussi l'ensemble du système qui produit ou maintient cet ordre injuste, à tout le moins si l'ordre est maintenu, car alors seul le refus personnel et complet du système permettant, à défaut de pouvoir l'empêcher, la réalisation de ce ordre illégal et des ses conséquences, de préserver la conscience, et donc l'innocence de la personne confrontée à une telle situation. L'objection de conscience à une circonstance particulière devenant alors une objection au sens usuel du terme, une objection d'ensemble au service militaire<sup>5</sup>.

---

<sup>2</sup> Détail du calcul : <http://www.infodroit.ch/spip.php?article44>

<sup>3</sup> Ordonnance sur les obligations militaires (OMI), 1.1.2018, [art. 19](#).

<sup>4</sup> Loi sur le service civil, [art. 16](#).

<sup>5</sup> Voir par exemple, [Jacques Verhaegen](#) : «Le refus d'obéissance aux ordres manifestement criminels », revue du CICR, vol. 84, n° 845, mars 2002.



### Analyse des mesures proposées

**Mesure 1:** 150 jours de service civil pour toutes personnes n'ayant pas terminés ses « services d'instruction » et ayant moins de 100 jours de service militaire restant.

#### Appréciation générale

12. Par « services d'instruction », il est entendu toutes les périodes de services militaires, à savoir écoles de recrues, écoles de cadres et cours de répétition<sup>6</sup>.

13. La proposition équivaudrait à « condamner », imposer à tout militaire ayant entre 1 et 100 jours de service militaire encore à faire à effectuer 150 jours de service civil.

14. La mesure incite à terminer ses obligations militaires au lieu de demander le service civil.

15. Partant du constat, hautement probable<sup>7</sup>, selon lequel les pertes en effectifs augmentent en fonction de l'âge par lassitude, perte d'intérêt ou en raison de l'augmentation des obligations professionnelles et familiales. Il conviendrait toutefois de disposer des chiffres du nombre des personnes qui quittent l'arme dans ces tranches d'âge soit pour le service civil, soit pour raisons médicales. En effet, si le problème est une question d'emploi du temps, la demande de service civil est d'autant plus contre-productive.

16. A cet aune, la mesure aura pour effet principal d'augmenter le nombre de demandes médicales et assez peu de diminuer le nombre de service civil. Quand à sa capacité à renforcer la motivation pour l'armée, elle est ici hors contexte – ce n'est pas notre problème ou celui du service civil – et elle n'est que très indirecte, la diminution de l'attrait du service civil n'augmentant pas pour autant l'attrait pour l'armée.

#### Calculs concernant la mesure proposée

17. Dans la pratique, divers types de calculs sont possibles pour déterminer les effets et les proportions de la proposition. Mes connaissances mathématiques sont limitées, donc d'autres calculs sont peut-être possibles ou éventuellement meilleurs, mais ceux-ci révèlent plusieurs des effets pervers de la proposition:

a. Le facteur multipliant le nombre de jours à faire est, avec la proposition exponentiel : La personne qui aurait 1 seul jour d'armée encore à faire se retrouverait à en faire 150 jours, soit 150 fois plus que le nombre de jour d'armée requis.

Dans le détail, un militaire à qui il resterait :

1 cours de répétition (CR), soit 19 jours (150/19), verrait le multiplicateur passer de 1.5 à 7.89

2 cours de répétition, le facteur (150/38) est encore du quadruple (3.94)

3 cours de répétition, le facteur descend à 2.63

4 cours de répétition, le facteur est de 2 (1.97)

5 cours de répétition le facteur est encore de 1.57, soit plus haut que la loi actuelle ou que le facteur attribué aux civilistes ayant encore plus de jours.

Ce n'est donc qu'avec 6 cours de répétition encore à faire, soit avec le nombre total des cours de répétition à faire par les soldats, et donc durant le premier cours de répétition que l'ajout systématique de 150 jours, rejoint le facteur général de 1.5.

*Dit autrement, à quelques jours prêts, quiconque demanderait le service civil après l'école de recrue devrait faire 150 jours de service civil au moins, quelque soit le nombre de jour d'armée restant à faire. Pourquoi ne pas le dire ?*

b. Le calcul peut aussi être fait en tenant compte des jours de service militaires et civils faits au total.

Exemple pour un soldat :

Ecole de recrue de 124 jours, solde 121 jours de service en CR. Total 245<sup>(8)</sup>. Service civil complet, 245 X 1.5 = 367 jours de service civil.

Jours de service mil faits : 244 (au lieu de 245)+150=394 (proposition). Système actuel : 244 + 2 (1 x 1.5) = 246 (actuel). Différence : 148 jours à faire en plus qu'avec le système actuel et ... 27 de plus qu'en ayant demandé le service civil dès le recrutement.

<sup>6</sup> Loi sur l'armée et l'administration militaire (LAAM), [art. 41](#).

<sup>7</sup> La permanence que nous représentons confirme, à sa modeste mesure, cette tendance. Les hommes de plus de 25 ans sont relativement nombreux à vouloir mettre un terme à leurs obligations militaires et leur nombre augmente avec l'âge

<sup>8</sup> OMI, [art. 47](#).



Jours de service faits :  $238 (6 \text{ CR faits}) + 150 = 388$  jours à faire ou (système actuel)  $238 + 9 (6 \times 1.5) = 247$ . Différence : 141 jours de service civil en plus qu'avec le système actuel, mais aussi 21 jours de service (mil et civ) en plus de ce que ce même soldat aurait eu à faire s'il avait demandé le service civil dès la fin du recrutement.

En cela, le service est *punitif parce qu'il impose des jours en plus ... pour avoir accepté de faire presque tout son service militaire !!!*

Jours de service faits :  $219 (5 \text{ CR}) + 150 = 369$  ou (actuel :)  $219 + 39 (26 \times 1.5) = 258$ . Différence : 111 jours de plus que le système actuel, mais encore 2 jours de plus qu'avec un service civil demandé dès l'origine.

Jours de service faits  $200 (4 \text{ CR}) + 150 = 350$  ou actuel  $200 + 68 (45 \times 1.5) = 268$ . Différence : 82 en plus que le système actuel.

A partir d'ici le nombre total de jours faits devient inférieur à un service civil demandé d'emblée et donc les jours de service militaire faits diminuent le nombre total de jours à faire.

Jours de service faits  $181 (3 \text{ CR}) + 150 = 331$  ou  $181 + 96 (64 \times 1.5) = 277$ . Différence, 54 jours de service civil en plus, mais 90 de moins qu'avec un service civil complet.

Jours de service faits  $162 (2 \text{ CR}) + 150 = 312$  ou

Jours de service faits  $143 (1 \text{ CR}) + 150 = 293$  ou  $143 + 156 (101 \times 1.5) = 299$  Différence  $\pm 0$ .

#### Effets pour la pratique

c. Les effets du nouveau système sur les intérêts des candidats civilistes, en termes de jours à faire seraient les suivants :

1) Le facteur de 1.5 s'applique durant l'école de recrue, voir durant le 1<sup>er</sup> CR. Inchangé.

2) Tout jour d'armée fait durant cette période diminue effectivement le nombre total (armée et sc) de jours à faire, par rapport à un service civil complet. Inchangé.

3) Dès le 2<sup>ème</sup> CR et jusqu'au 4<sup>ème</sup> CR, le nouveau système augmente progressivement, par rapport à l'ancien, effet étrange, le nombre de jours total à faire, même si l'on fait ces CR, soit d'avoir à faire encore plus de service en tout parce que l'on fait de l'armée (absurde !), puis d'avoir à faire du service civil en plus, même si le nombre de jours total de service civil et militaire reste inférieur à ce que devrait faire un civiliste de la première heure mis au facteur 1.5).

Exemple : Faire un 2<sup>ème</sup> CR de 19 jours et demander le sc, ajoute en plus de ces 19 jours 17 jours de service en tout (civil et militaire) par rapport au système actuel, dans lequel le civiliste en faisant ce CR épargnerait 9 jours de service civil ( $19 - x 1.5$ ). (Nouveau :  $162 \text{ SM} + 150 \text{ SC} = 312$  Ancien  $162 + 125$  (solde de  $83 \times 1.5$ ) = 287, nouveau = J plus 25. S'il ne fait pas ce CR (ancien  $\text{SM } 143 + \text{SC } 152 (101 \times 1.5) = 295$  soit quelques jours en plus de SC pour ne pas avoir fait ce cours (295 au lieu 287), mais toujours au total 17 jours de moins qu'en faisant ce CR dans le système proposé, lequel augmente donc le nombre de jours à faire sans donner de diminution pour ceux faits.

Idem pour les 3<sup>ème</sup> et 4<sup>ème</sup> CR. Je renonce aux calculs ici, mais le nombre de jours d'armée faits sans diminuer le nombre de jours de service totaux augmentera d'autant, par rapport à quelqu'un qui demande le SC après l'ER ou le 1<sup>er</sup> CR.

4) Dès le 5<sup>ème</sup> CR, le nombre total (SC et SM) de jours à faire devient plus grand que quelqu'un qui demande le service civil dès le 1<sup>er</sup> jour.

d. En résumé, il ne sera intéressant, en terme de jours à faire (ou rentable) de demander le service qu'entre le recrutement et la fin du 1<sup>er</sup> cours de répétition. A l'inverse, toute demande faite ultérieurement augmentera, de plus en plus gravement, la charge totale du nombre de jours à faire, laquelle dépassera, si le SC est demandé durant ou après le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, le nombre de jours à faire pour quelqu'un qui demande le service civil avant l'ER.

18. Tactiquement, pour le soutien aux objecteurs, l'intérêt à demander le service civil entre le recrutement et la fin de l'école de recrue reste similaire. Par contre, plus le militaire avance dans sa carrière militaire, plus la charge de jours augmente, plus il devient difficile de demander le service civil (et plus sera grande le besoin de demander la voie bleue).

19. Cela n'aura pas pour effet de diminuer fortement le nombre de demandes de service civil, puisque les demandes seront soit pour une part reportées plus tôt dans la carrière militaire, soit transformées en demande médicales et que rares seront les personnes qui en fin de carrière militaire décideront de finir leur service plutôt que de sortir de l'armée, d'une façon ou d'une autre.



### La durée du service civil en droit

20. En droit Suisse, le facteur légal de 1.5 est le même depuis l'origine. Avec toutefois la réserve présentée ci-dessus au point 6 concernant la durée effective (et non légale) située aux environs de 1.8.

21. Le droit international, le Comité des droits de l'homme et la Cour européenne des droits de l'homme, tiennent de jurisprudence constante le fait que le service civil doit être de nature civile et non-punitif.

22. Une durée supérieure au double du service militaire à remplacer est considérée comme excessive<sup>9</sup>. Ainsi, l'attribution à toute personne ayant moins de 75 jours de service militaire à faire de 150 jours de service civil serait contraire au droit international.

23. Mais c'est dans son ensemble, ou à tout le moins dès le 2<sup>ème</sup> cours de répétition, que la mesure est discriminatoire. D'abord parce que plus, ils servent dans l'armée, plus elle pénalise les militaires qui demandent le service civil. Ensuite, parce qu'elle traite différemment des personnes dans des situations similaires, à savoir des personnes présentant une demande de service civil, demande qui est de même nature quel que soit le moment où elle est faite et pour laquelle le nombre de jours de service militaire accomplis n'a aucune incidence, sauf peut-être à renforcer le besoin de présenter une objection de conscience, ce qui reste sans influence aucune sur le droit fondamental à demander le service civil.

24. La loi sur le service civil pose comme principe que la charge du service civil devrait équivaler à celle de l'armée<sup>10</sup>. Toutefois la mesure proposée, en tous les cas dès le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, puisque la charge en jours à faire est alourdie au-delà de ce que le militaire aurait à faire en demandant le service civil avant l'école de recrue. Ainsi, non-seulement, la personne concernée effectue la plus large part de son service militaire (les 3/4), mais elle y voit ajoutée une part importante de service civil (150/367) soit presque la moitié du service civil en plus, pour un total qui dépasse ce qu'elle aurait eu à faire tant à l'armée qu'avec un service civil entier. A ce titre, la mesure est non seulement dissuasive, mais discriminatoire dans la mesure où elle pénalise ceux qui ont déjà fait beaucoup d'armée (ne devraient-ils pas au contraire être pour cela remerciés ?).

25. Par ailleurs, le droit à l'objection de conscience étant un droit fondamental, toute forme de dissuasion, en entravant son libre exercice, est déjà une violation du droit.

26. Et il est finalement, à mon sens, difficile la nature punitive de la mesure, puisque ce sont ceux-là même, qui ont le plus servi dans l'armée, qui se voient le plus pénalisés.

### Résumé :

- Violation du droit international sur la durée du service civil.
- Discrimination entre les civilistes « d'origine » et ceux qui demandent le service civil au cours de leur carrière militaire (l'objection reste la même, pour les mêmes motifs et contre le même service militaire, seule change la situation militaire).
- Mesure probablement punitive.
- Mesure simple en apparence, mais particulièrement compliquée à comprendre et à calculer, entre autres pour les personnes concernées.

---

<sup>9</sup> ONU, Comité des droits de l'homme: Foin v France (Communication No. 666/1995), CCPR/C/D/666/1995, 9 November 1999, para. 10.3, entre autres jurisprudences. Voir aussi: Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 8.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>  
Il existe aussi une traduction allemande de document, p. 21 : [http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV\\_2014-3\\_KDVundAsyl.pdf](http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV_2014-3_KDVundAsyl.pdf)

Voir aussi le rapport quadriennal du Haut Commissaire aux Droits de l'Homme sur l'objection de conscience, 1.5.2017, § 22.  
<http://www.undocs.org/fr/A/HRC/35/4>

<sup>10</sup> LSC 5



### **Mesure 2 :**

Délai d'attente de 12 mois entre le dépôt de la demande et l'admission, avec obligation de faire les périodes de service militaires prévues.

27. La mesure est contraire à la constitution. Celle-ci prévoit, textuellement : « un service de remplacement »<sup>11</sup>. Or un *remplacement du service* n'est en aucun cas un service de remplacement *différé* avec maintien du service à remplacer, en attente du service de remplacement.

Des délais pour la mise en œuvre, par la personne concernée comme par l'administration, du service de remplacement sont acceptable, voir le maintien des obligations en attente de la décision d'admission<sup>12</sup>, mais en aucun le droit à l'objection de conscience ne saurait-il être suspendu.

28. De plus, la proposition est largement impraticable et passablement conflictogène. Les civilistes concernés ne se gêneront pas pour demander des reports, se faire porter malade ou pour ne pas se présenter et leur motifs de conscience finissant toujours par être reconnus, ils ne seront, s'ils sont que partiellement et inégalement sanctionnés pour ces déflections. Sans parler de la charge administrative supplémentaire pour les administrations cantonales.

### Résumé

- Mesure contraire à la constitution.
- Discrimination entre les civilistes qui font une demande avant l'école de recrue, lesquels ne sont pas condamnés à des périodes militaires et ceux qui la font après l'ER, qui doivent en faire ou, vaille que vaille, les faire annuler.
- Mesure de nature à créer de nombreuses difficultés administratives tant pour les conscrits et les civilistes que pour l'administration.

### **Mesure 3 :**

29. Suppression du facteur 1.1 et passage au facteur 1.5 pour les officiers et les sous-officiers supérieurs.

30. Les personnes concernées sont relativement peu nombreuses. Elles ont néanmoins les mêmes droits. Mais surtout toutes ces personnes, qui ont été obligées de revêtir ces fonctions d'encadrement, ont déjà servi, au moment de la demande d'admission au service civil plus de jours d'armée que ne servent les civilistes qui n'en a fait aucun. Le moins gradé de ceux-ci servira un total 440 jours de services au lieu de 245<sup>13</sup>. Pour obtenir son grade, il en aura déjà fait presque autant qu'un soldat normal. Et le solde de jour à faire, qu'il soit multiplié par 1.1. ou 1.5 dépassera de toutes façons le nombre maximal de jours effectués par un civiliste ne faisant pas d'armée du tout.

31. Sachant que l'obligation de grader est imposée, même avec un facteur 1.1, la personne qui demande le service civil alors qu'elle a déjà revêtu son grade est discriminée par rapport à un civiliste qui demande le service avant de recevoir le moindre grade. Augmenté cette durée plus encore, alors que la personne gradée sert déjà plus que toute autre personne sans garde, apparaît là aussi comme punitive.

### Résumé

- En conjonction avec la discrimination décrite ci-après, violation du droit international sur la durée du service de remplacement.
- Discrimination entre les officiers et sous-officiers supérieurs d'une part et les soldats d'autre part en raison d'abord de l'obligation de grader d'abord, pour laquelle les premiers ne peuvent rien, puis du fait qu'en raison de cette obligation, ils ont déjà effectué, contre leur gré, une durée de service aussi importante que les soldats, durée sur laquelle vient ensuite s'ajouter une très longue durée de service civil supplémentaire. Dit autrement, le soldat qui demande le service civil évite non-seulement de grader, mais tous les jours de service civil supplémentaires en cas de conflit de conscience alors que l'officier, qui est en droit de développer un conflit de conscience à tout moment, en est d'autant plus pénalisé.

<sup>11</sup> [Art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement.](#)

<sup>12</sup> [LSC 17 et 17a.](#)

<sup>13</sup> [OMI 47](#)



- Mesure qui ne touche qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 4 :**

32. Interdiction faite aux médecins de faire du service civil en tant que médecins.

33. Là encore, la mesure ne concerne que très peu de personnes. Les médecins ont en moyenne au moins 26-27 ans à la fin de leur formation et ce moment-là, la plupart des périodes longues sont faites. Mais quand bien même, faut-il priver les hôpitaux de ces médecins-là ?

34. Par ailleurs, la mesure est à nouveau discriminatoire ; pourquoi les médecins et pas les géologues, les travailleurs sociaux ou les enseignants ? Là ce ne serait plus seulement certains civilistes, mais tout le service d'intérêt public qui tendrait à être victime d'une vision trop étroite des possibilités de service civil.

35. Enfin, il existe certes une disposition qui interdit certaines affectations en fonction de la personne du civiliste, en particulier si elle favorise sa formation<sup>14</sup>. Et c'est probablement, dans ce contexte que la proposition s'inspirerait. Mais à nouveau, certains militaires exercent des fonctions militaires en lien avec leur profession – et pas seulement des médecins ! – en quoi des civilistes n'auraient-ils pas le droit d'en faire autant ?

#### Résumé

- Mesure hautement discriminatoire (par professions).
- Mesure ne touchant (en l'état, que les médecins) qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 5 :**

36. Pas d'admission au service civil pour les personnes pour lesquelles il ne reste plus de jours de service, mais pour lesquelles il reste des tirs obligatoires.

37. La question est controversée depuis longtemps. Seul sont concernés les militaires en service long, qui restent incorporés ensuite pendant 4 ans<sup>15</sup>. Il conviendrait de savoir combien il y a eu de cas.

38. Pour rappel, les militaires ont la possibilité de déposer l'arme, sans motifs, s'ils ne souhaitent pas la conserver, mais cela ne les dispense pas des tirs<sup>16</sup>.

39. D'abord, il convient de rappeler que l'exécution de tirs obligatoires, dans le cadre d'un service militaire, même terminé, peuvent donner lieu à conflit de conscience, qui plus est si celui-ci peut avoir à se manifester durant une période de 4 ans.

40. En ce sens, la mesure ignore et passe complètement à côté, nie un problème qu'il y aurait pourtant lieu de résoudre.

41. A mon sens, une procédure plus simple qu'une admission au service civil devrait permettre, par exemple mais en tous les cas pour motifs de conscience légitimes, de remettre l'arme définitivement et d'être ainsi dispensé des tirs obligatoires.

#### Résumé

- Violation du droit à l'objection de conscience
- Mesure administrative inadéquate
- Mesure ne touchant qu'un nombre limité de personne

#### **Mesure 6 :**

42. Les civilistes sont tenus de faire une période de service civil par année dès l'admission.

---

<sup>14</sup> [LSC 4a](#)

<sup>15</sup> [LAAM 54a](#)

<sup>16</sup> Ordonnance concernant l'équipement personnel des militaires (OEPM), [art. 6a](#).



43. La mesure existe déjà, [art. 39a](#) de l'ordonnance sur le service civil : « La personne astreinte au service civil *effectue chaque année* des affectations de service civil d'une durée de 26 jours au moins à partir de la deuxième année civile au plus tard ».

44. Les reports étant relativement fréquents, on peut se demander si c'est ceux-ci qu'il s'agit de limiter, mais le texte de la mesure est pour le surplus inutile.

#### Résumé

- Proposition de mesure incompétente, mesure déjà prévue par la loi.

#### Mesure 7 :

45. Obligation pour les personnes en service long, d'effectuer la période longue de service civile dans l'année qui suit (et non pas dans les trois ans qui suivent) l'admission au service civil.

46. Imposer un service civil long est une vieille mesure de 2011, que le Tribunal administratif fédéral avait annulée en raison de [l'article 20 de la LSC](#) qui stipule que le SC peut être fait en une ou plusieurs périodes<sup>17</sup>.

47. Depuis toujours, nous recommandons aux militaires en service long de passer d'abord au service normal, avant de demander le service civil, entre autres afin d'éviter le surplus de jours, actuellement 55 jours de service militaire ou 82 jours de service civil en plus<sup>18</sup>. Notre recommandation ne changera pas.

48. De plus, la mesure ne prévoit cette obligation que si l'école de recrue n'est pas terminée, or l'école de recrue est considérée comme terminée si 80% de ses jours ont été accomplis<sup>19</sup>; soit pour une école usuelle de 124 jours, dès le 100<sup>ème</sup> jour d'école de recrue. Mais dans la pratique, la demande de service civil peut être faite quelques jours plutôt, puisque celle-ci prend quelques jours, voir semaines à condition pour cela que l'admission à la fin du processus de demande intervienne après le 100<sup>ème</sup> jour de service.

49. Que ce soit en passant au service normal et en attendant les 80% de son service militaire (dans des conditions « suffisantes ») – si encore au service long avec les jours en sus – il est très facile d'éviter cette mesure et peu nombreux sont ceux qui se retrouveront à devoir faire une période longue ou leur période longue de service civile dans l'année qui suit. Au demeurant si un plan de carrière avait prévu une mise en suspend de celui-ci pour le service militaire long, avec une libération en fin d'école de recrue et une affectation longue trouvée rapidement, celle-ci peut être faite dans le temps préalablement dévolu au service militaire long.

50. La mesure est aussi discriminatoire puisqu'elle traite plus durement les militaires en service long que les militaires en service normal d'une part, et alors plus durement que les civilistes n'ayant pas débuté l'école de recrue d'autre part.

#### Résumé

- Mesure facile à contourner, voire à accommoder.
- Mesure ne concernant alors plus qu'un nombre limité de personne.
- Mesure discriminatoire.

#### Considérations finales

51. Les mesures 1 et 3 violent le droit international sur la durée du service civil.

52. La mesure 2 viole la constitution sur la notion de service de remplacement et la mesure 5 viole la constitution sur le droit à un service de remplacement.

53. Les mesures 1, 3, 4 et 7 sont clairement discriminatoires et violent à un titre ou un autre l'égalité de traitement.

54. Les mesures 3, 4, 5 et 7 ne touchent que – mais gravement – un nombre limité de personnes. À ce titre, le but premier de ces mesures n'est probablement pas ou que partiellement de toucher ces personnes-là, voire de les maintenir dans l'armée mais de donner l'impression qu'il est difficile ou déconseillé, qu'il est

<sup>17</sup> <http://www.infodroit.ch/spip.php?article91>

<sup>18</sup> [OMI 111](#)

<sup>19</sup> [OMI 57](#) ou [37 ordonnance sur le service civil \(OSI\)](#) (même teneur).



même dissuadé de sortir de l'armée. Un tel but viole le droit au service civil et un service civil non-discriminatoire et non-punitif.

55. Il convient d'ajouter à ce propos que les instances et jurisprudences internationales ont reconnus sans hésiter le droit à l'objection de conscience pour les appelés, comme pour les volontaires et les professionnels. Autrement dit et pour ce qui nous occupe ici, le droit à l'objection de conscience et au service de remplacement est et reste le même, ne saurait donc subir d'aggravation dans l'exercice du droit, soit l'accès au service civil, comme dans sa réalisation, soit l'accomplissement du service civil, que la personne concernée aie commencé ou non à servir dans l'armée<sup>20</sup>.

56. Les mesures 2, 3 et 4 supposent des difficultés de mise en œuvre particulièrement importantes. La mesure 5 pourrait faire l'objet d'une simplification administrative.

57. La mesure 6 est inutile, une aberration puisqu'elle préconise quelque chose qui existe déjà.

58. L'analyse de l'ensemble de ces mesures donne l'impression forte que l'armée est très embarrassée, mal à l'aise en raison des demandes service civil issues des ses rangs.

59. Ainsi quand bien même l'ensemble de ces mesures, si elles venaient à être mise en œuvre, aurait pourrait effet d'inciter les conscrits à demander le service civil bien plus tôt, ce qui n'est pas utile à l'armée non plus, il conviendrait de combattre ces mesures pour les effets et les complications graves qu'elles imposent, en toutes sortes de circonstances, aux militaires.

60. Il convient aussi de constater que les mesures proposées font preuve d'une méconnaissance, tant du droit international que du droit constitutionnel suisse qui confine à l'impréparation, voire au mépris, tant des civilistes que des militaires.

61. Enfin, dans le cadre des réactions à ces propositions de mesures, il conviendra de rappeler certaines ou l'ensemble de nos revendications de base, à savoir une présence civile lors du recrutement afin de faciliter son impartialité, un durée raisonnable et une compensation financière garantissant au moins l'accès au minimum vital<sup>21</sup>.

Christophe Barbey,  
Juriste, permanent depuis 2006

---

<sup>20</sup> Voir les résolutions du Conseil des Droits de l'Homme, par exemple la résolution du 8 octobre 2013, art. 12 [A/RES/HRC/24/17](#) ou Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 4.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

<sup>21</sup> Avec une APG de 62.- par jour durant l'ER ou son équivalent au service civil, ou en cas d'absence de salaire préalable au service ou de droit à son équivalent, avec 1'800.- par mois ~, le minimum vital n'est pas atteint. Le dernier rapport du haut commissaire aux droits de l'homme mentionne une trop faible rémunération comme étant de nature punitive. [A/HRC/35/4](#), § 21.



Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Zivildienst Zentralstelle
28. Aug. 2018
Eingescannt Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>

Bern, 27. August 2018 AF

### **Stellungnahme Domicil Selve Park Thun**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

#### **Einleitung und grundsätzliche Beurteilung**

Domicil Selve Park ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

#### **Kein Handlungsbedarf**

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der

Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -Politikerinnen ab.

### **Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen**

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoss gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

### **Unklare Auswirkungen**

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Domicil Selve Park weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Wir lehnen aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

### **Eigene Vorschläge**

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet Domicil Selve Park, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss

mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Wir schlagen dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.
- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

### **Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdiensttage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist Domicil Selve Park auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.“*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für uns ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

### **Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Dienstage im Militär geleistet haben. Ein

Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

### **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

Domicil Selve Park geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Dienstage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Dienstage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht von Domicil Selve Park besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

Wir sind der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Wir sehen absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildienstage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch

effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Diensttage erfüllen (2017: 96.7% aller Diensttage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Diensttage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Diensttage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.

### **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

### **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

Domicil Selve Park bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

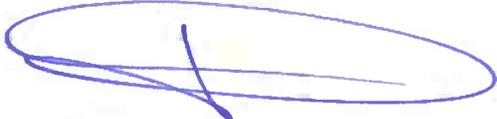
*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüßen.

Freundliche Grüsse

Domicil Selve Park



Alexander Fiechter  
Geschäftsleiter

Rechtsgutachten



Permanence romande pour civilistes et militaires  
Permanence@infodroit.ch ou  
Le mardi de 12 à 14 heures au 026 925 80 66.  
Pour les urgences, 079 524 35 74, veuillez laisser un message.

Flendruz, 16 juin 2018

### Avis de droit

*A qui de droit*

#### **7 mesures du Conseil fédéral destinées à la consultation. Modifications de la loi sur le service civil. 2018**

##### En préalable

1. Le droit à l'objection de conscience est un droit fondamental internationalement reconnu.
2. Il est reconnu par les jurisprudences du Comité des droits de l'homme et de la Cour Européenne des droits de l'homme, il est présent dans la constitution suisse<sup>1</sup>.
3. Ce droit s'appuie essentiellement tant sur le refus impératif de tuer que sur le refus de résoudre les conflits par la violence.
4. Le conflit entre l'obligation constitutionnelle de servir dans l'armée d'une part et la conscience d'autre part (appelé confit de conscience) peut se manifester sous diverses formes et à divers moments, de façons plus ou moins virulentes ou soudaines, y compris parfois par des somatisations ou des actes de rébellions. La problématique a été largement résolue par deux mesures:
5. 1) Il a été renoncé au « contrôle de conscience » en adoptant le système dit de la preuve par l'acte, soit l'acceptation, par la personne qui demande le service civil d'une durée plus longue pour ce service que celle requise pour le service militaire.

Cette mesure a pour avantage (en plus d'une forte diminution de la charge administrative) d'éviter d'une part l'aggravation et la stigmatisation du conflit de conscience par son besoin de le confronter à la procédure et de libérer d'autre part la personne concernée d'une appréhension et d'une expression intellectuelle et verbalisée de ce conflit, inévitablement discriminatoire selon le niveau d'éducation, et sujette d'autre part à des biais divers, puisque le résultat de l'examen dépendait largement du degré de préparation à celui-ci plutôt que de la nature même, des sources et des raisons du conflit de conscience.

6. Il convient toutefois de noter que ce système de quotité a dès le début présenté un défaut important, au demeurant partiellement caché des civilistes eux-mêmes, dans la mesure où la durée de service civil requise par la loi (1 fois et demie – 1,5 – celle du service militaire encore à faire au moment de la demande) est dans la pratique comparativement différente de la durée du service militaire réellement effectuée par les militaires libérés lorsqu'ils atteignent la limite d'âge. En effet, ceux-ci se voient alors remettre le solde des jours de service non-effectués, alors que les civilistes se voient pénalement condamnés s'ils n'effectuent pas l'entier de leurs jours avant la même limite d'âge (limite par ailleurs par elle-même plus exigeante, puisqu'ils ont plus de jours à effectuer dans le même laps de temps). L'armée a de plus tardé à donner les chiffres permettant de mesurer cette différence des durées respectives des

---

<sup>1</sup> Constitution fédérale (Cst.) [Article 10 sur la droit à la vie](#), [art. 15 sur la liberté de conscience](#), [art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement](#).



services. Pourtant des estimations raisonnables permettaient d'évaluer le nombre de jours de service civil effectués pour les civilistes demandant le service civil pour l'entier de leur périodes de service militaires comme étant environ du double du nombre de jour effectué en moyenne par les soldats terminant leur obligation à la limite d'âge<sup>2</sup>. Actuellement, ce taux semble s'être amélioré un peu, mais la durée comparée du service civil resterait de 1.8 plus élevée que la durée des services militaires, et non pas les 1.5 que stipule la loi. Il conviendra de vérifier les effets de la nouvelle loi sur l'armée sur cette problématique, la limite d'âge n'étant plus un âge fixe (p. ex. 34 ans), mais devenant un nombre de dix années pour faire les services requis après l'école de recrue<sup>3</sup>.

7. De plus la discrimination pénale demeure, puisque contrairement au service civil, aucune mesure permettant d'assurer le rythme et le progrès de la réalisation des périodes de service militaire, mesure accompagnées dans la loi sur le service civil de mesures pénales en cas de retards, n'ont été introduites dans la nouvelle législation sur la l'armée. Ainsi, le civiliste doit accomplir certaines périodes (la première suivant l'admission et la période longue) selon des délais fixes et il ne doit pas lui rester plus d'une certaine proportion de jours à faire avant d'atteindre la limite d'âge. Passé ces délais ou si la proportion de jours restant à faire est trop forte, le civiliste est convoqué d'office pour le surplus ou la période concernée, puis il encoure une peine s'il n'effectue pas la période requise. Il n'existe, pas de système similaire ou aussi contraignant dans l'armée. Pour avoir une vision complète de cette discrimination, pénalement grave, il conviendrait encore de comparer le nombre des dispenses pour justes motifs, lesquelles au demeurant ne font que repousser le problème, dispenses accordées tant pour les civilistes que pour les militaires. Nonobstant, vu la nature différente des système de suivi et de répression des deux sortes d'obligations, puisqu'il y a des condamnations pour retard dus au système de suivi contre les civilistes et qu'il n'y en a pas pour les militaires, la discrimination pénale demeure, tout comme demeurera a priori la discrimination sur les durées.

8. 2) Il importe de souligner que le service civil peut et doit pouvoir être demandé en tout temps, c'est d'ailleurs dans la loi<sup>4</sup>.

9. Cela concerne bien sûr la possibilité de demander le service civil depuis une période de service militaire, mais porte surtout sur la nature du conflit de conscience et relève en partie aussi du droit humanitaire.

10. Ainsi, le conflit de conscience peut se développer par une réflexion autonome, mais il peut aussi surgir, progressivement ou soudainement, face à une circonstance rencontrée dans le cadre du service militaire, par exemple lors de la première prise d'arme (il y a hélas des condamnations pour refus d'ordre de personnes qui font à ce moment-là un blocage psychologique) ou en étant mis en confrontation à une arme particulièrement destructive.

11. Il convient aussi, et c'est d'une grande importance, de citer le cas de l'objection de conscience à un ordre criminel, y compris ou surtout si celui-ci viole le droit humanitaire ; objection qui doit en effet pouvoir être exprimée en tout temps et en particulier de façon immédiate au moment de la réception de l'ordre contesté, cette objection devant alors, selon les circonstances, rejeter non-seulement l'ordre contesté lui-même mais aussi l'ensemble du système qui produit ou maintient cet ordre injuste, à tout le moins si l'ordre est maintenu, car alors seul le refus personnel et complet du système permettant, à défaut de pouvoir l'empêcher, la réalisation de ce ordre illégal et des ses conséquences, de préserver la conscience, et donc l'innocence de la personne confrontée à une telle situation. L'objection de conscience à une circonstance particulière devenant alors une objection au sens usuel du terme, une objection d'ensemble au service militaire<sup>5</sup>.

---

<sup>2</sup> Détail du calcul : <http://www.infodroit.ch/spip.php?article44>

<sup>3</sup> Ordonnance sur les obligations militaires (OMI), 1.1.2018, [art. 19](#).

<sup>4</sup> Loi sur le service civil, [art. 16](#).

<sup>5</sup> Voir par exemple, [Jacques Verhaegen](#) : «Le refus d'obéissance aux ordres manifestement criminels », revue du CICR, vol. 84, n° 845, mars 2002.



### Analyse des mesures proposées

**Mesure 1:** 150 jours de service civil pour toutes personnes n'ayant pas terminés ses « services d'instruction » et ayant moins de 100 jours de service militaire restant.

#### Appréciation générale

12. Par « services d'instruction », il est entendu toutes les périodes de services militaires, à savoir écoles de recrues, écoles de cadres et cours de répétition<sup>6</sup>.

13. La proposition équivaudrait à « condamner », imposer à tout militaire ayant entre 1 et 100 jours de service militaire encore à faire à effectuer 150 jours de service civil.

14. La mesure incite à terminer ses obligations militaires au lieu de demander le service civil.

15. Partant du constat, hautement probable<sup>7</sup>, selon lequel les pertes en effectifs augmentent en fonction de l'âge par lassitude, perte d'intérêt ou en raison de l'augmentation des obligations professionnelles et familiales. Il conviendrait toutefois de disposer des chiffres du nombre des personnes qui quittent l'arme dans ces tranches d'âge soit pour le service civil, soit pour raisons médicales. En effet, si le problème est une question d'emploi du temps, la demande de service civil est d'autant plus contre-productive.

16. A cet aulne, la mesure aura pour effet principal d'augmenter le nombre de demandes médicales et assez peu de diminuer le nombre de service civil. Quand à sa capacité à renforcer la motivation pour l'armée, elle est ici hors contexte – ce n'est pas notre problème ou celui du service civil – et elle n'est que très indirecte, la diminution de l'attrait du service civil n'augmentant pas pour autant l'attrait pour l'armée.

#### Calculs concernant la mesure proposée

17. Dans la pratique, divers types de calculs sont possibles pour déterminer les effets et les proportions de la proposition. Mes connaissances mathématiques sont limitées, donc d'autres calculs sont peut-être possibles ou éventuellement meilleurs, mais ceux-ci révèlent plusieurs des effets pervers de la proposition:

a. Le facteur multipliant le nombre de jours à faire est, avec la proposition exponentiel : La personne qui aurait 1 seul jour d'armée encore à faire se retrouverait à en faire 150 jours, soit 150 fois plus que le nombre de jour d'armée requis.

Dans le détail, un militaire à qui il resterait :

1 cours de répétition (CR), soit 19 jours (150/19), verrait le multiplicateur passer de 1.5 à 7.89

2 cours de répétition, le facteur (150/38) est encore du quadruple (3.94)

3 cours de répétition, le facteur descend à 2.63

4 cours de répétition, le facteur est de 2 (1.97)

5 cours de répétition le facteur est encore de 1.57, soit plus haut que la loi actuelle ou que le facteur attribué aux civilistes ayant encore plus de jours.

Ce n'est donc qu'avec 6 cours de répétition encore à faire, soit avec le nombre total des cours de répétition à faire par les soldats, et donc durant le premier cours de répétition que l'ajout systématique de 150 jours, rejoint le facteur général de 1.5.

*Dit autrement, à quelques jours prêts, quiconque demanderait le service civil après l'école de recrue devrait faire 150 jours de service civil au moins, quelque soit le nombre de jour d'armée restant à faire. Pourquoi ne pas le dire ?*

b. Le calcul peut aussi être fait en tenant compte des jours de service militaires et civils faits au total.

Exemple pour un soldat :

Ecole de recrue de 124 jours, solde 121 jours de service en CR. Total 245<sup>(8)</sup>. Service civil complet, 245 X 1.5 = 367 jours de service civil.

Jours de service mil faits : 244 (au lieu de 245)+150=394 (proposition). Système actuel : 244 + 2 (1 x 1.5) = 246 (actuel). Différence : 148 jours à faire en plus qu'avec le système actuel et ... 27 de plus qu'en ayant demandé le service civil dès le recrutement.

<sup>6</sup> Loi sur l'armée et l'administration militaire (LAAM), [art. 41](#).

<sup>7</sup> La permanence que nous représentons confirme, à sa modeste mesure, cette tendance. Les hommes de plus de 25 ans sont relativement nombreux à vouloir mettre un terme à leurs obligations militaires et leur nombre augmente avec l'âge

<sup>8</sup> OMI, [art. 47](#).



Jours de service faits :  $238 (6 \text{ CR faits}) + 150 = 388$  jours à faire ou (système actuel)  $238 + 9 (6 \times 1.5) = 247$ . Différence : 141 jours de service civil en plus qu'avec le système actuel, mais aussi 21 jours de service (mil et civ) en plus de ce que ce même soldat aurait eu à faire s'il avait demandé le service civil dès la fin du recrutement.

En cela, le service est *punitif parce qu'il impose des jours en plus ... pour avoir accepté de faire presque tout son service militaire !!!*

Jours de service faits :  $219 (5 \text{ CR}) + 150 = 369$  ou (actuel :)  $219 + 39 (26 \times 1.5) = 258$ . Différence : 111 jours de plus que le système actuel, mais encore 2 jours de plus qu'avec un service civil demandé dès l'origine.

Jours de service faits  $200 (4 \text{ CR}) + 150 = 350$  ou actuel  $200 + 68 (45 \times 1.5) = 268$ . Différence : 82 en plus que le système actuel.

A partir d'ici le nombre total de jours faits devient inférieur à un service civil demandé d'emblée et donc les jours de service militaire faits diminuent le nombre total de jours à faire.

Jours de service faits  $181 (3 \text{ CR}) + 150 = 331$  ou  $181 + 96 (64 \times 1.5) = 277$ . Différence, 54 jours de service civil en plus, mais 90 de moins qu'avec un service civil complet.

Jours de service faits  $162 (2 \text{ CR}) + 150 = 312$  ou

Jours de service faits  $143 (1 \text{ CR}) + 150 = 293$  ou  $143 + 156 (101 \times 1.5) = 299$  Différence  $\pm 0$ .

#### Effets pour la pratique

c. Les effets du nouveau système sur les intérêts des candidats civilistes, en termes de jours à faire seraient les suivants :

- 1) Le facteur de 1.5 s'applique durant l'école de recrue, voir durant le 1<sup>er</sup> CR. Inchangé.
- 2) Tout jour d'armée fait durant cette période diminue effectivement le nombre total (armée et sc) de jours à faire, par rapport à un service civil complet. Inchangé.
- 3) Dès le 2<sup>ème</sup> CR et jusqu'au 4<sup>ème</sup> CR, le nouveau système augmente progressivement, par rapport à l'ancien, effet étrange, le nombre de jours total à faire, même si l'on fait ces CR, soit d'avoir à faire encore plus de service en tout parce que l'on fait de l'armée (absurde !), puis d'avoir à faire du service civil en plus, même si le nombre de jours total de service civil et militaire reste inférieur à ce que devrait faire un civiliste de la première heure mis au facteur 1.5).

Exemple : Faire un 2<sup>ème</sup> CR de 19 jours et demander le sc, ajoute en plus de ces 19 jours 17 jours de service en tout (civil et militaire) par rapport au système actuel, dans lequel le civiliste en faisant ce CR épargnerait 9 jours de service civil ( $19 - x 1.5$ ). (Nouveau :  $162 \text{ SM} + 150 \text{ SC} = 312$  Ancien  $162 + 125$  (solde de  $83 \times 1.5$ ) = 287, nouveau = J plus 25. S'il ne fait pas ce CR (ancien  $\text{SM } 143 + \text{SC } 152 (101 \times 1.5) = 295$  soit quelques jours en plus de SC pour ne pas avoir fait ce cours (295 au lieu 287), mais toujours au total 17 jours de moins qu'en faisant ce CR dans le système proposé, lequel augmente donc le nombre de jours à faire sans donner de diminution pour ceux faits.

Idem pour les 3<sup>ème</sup> et 4<sup>ème</sup> CR. Je renonce aux calculs ici, mais le nombre de jours d'armée faits sans diminuer le nombre de jours de service totaux augmentera d'autant, par rapport à quelqu'un qui demande le SC après l'ER ou le 1<sup>er</sup> CR.

- 4) Dès le 5<sup>ème</sup> CR, le nombre total (SC et SM) de jours à faire devient plus grand que quelqu'un qui demande le service civil dès le 1<sup>er</sup> jour.

d. En résumé, il ne sera intéressant, en terme de jours à faire (ou rentable) de demander le service qu'entre le recrutement et la fin du 1<sup>er</sup> cours de répétition. A l'inverse, toute demande faite ultérieurement augmentera, de plus en plus gravement, la charge totale du nombre de jours à faire, laquelle dépassera, si le SC est demandé durant ou après le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, le nombre de jours à faire pour quelqu'un qui demande le service civil avant l'ER.

18. Tactiquement, pour le soutien aux objecteurs, l'intérêt à demander le service civil entre le recrutement et la fin de l'école de recrue reste similaire. Par contre, plus le militaire avance dans sa carrière militaire, plus la charge de jours augmente, plus il devient difficile de demander le service civil (et plus sera grande le besoin de demander la voie bleue).

19. Cela n'aura pas pour effet de diminuer fortement le nombre de demandes de service civil, puisque les demandes seront soit pour une part reportées plus tôt dans la carrière militaire, soit transformées en demande médicales et que rares seront les personnes qui en fin de carrière militaire décideront de finir leur service plutôt que de sortir de l'armée, d'une façon ou d'une autre.



### La durée du service civil en droit

20. En droit Suisse, le facteur légal de 1.5 est le même depuis l'origine. Avec toutefois la réserve présentée ci-dessus au point 6 concernant la durée effective (et non légale) située aux environ de 1.8.

21. Le droit international, le Comité des droits de l'homme et la Cour européenne des droits de l'homme, tiennent de jurisprudence constante le fait que le service civil doit être de nature civile et non-punitif.

22. Une durée supérieure au double du service militaire à remplacer est considérée comme excessive<sup>9</sup>. Ainsi, l'attribution à toute personne ayant moins de 75 jours de service militaire à faire de 150 jours de service civil serait contraire au droit international.

23. Mais c'est dans son ensemble, ou à tout le moins dès le 2<sup>ème</sup> cours de répétition, que la mesure est discriminatoire. D'abord parce que plus, ils servent dans l'armée, plus elle pénalise les militaires qui demandent le service civil. Ensuite, parce qu'elle traite différemment des personnes dans des situations similaires, à savoir des personnes présentant une demande de service civil, demande qui est de même nature quel que soit le moment où elle est faite et pour laquelle le nombre de jours de service militaire accomplis n'a aucune incidence, sauf peut-être à renforcer le besoin de présenter une objection de conscience, ce qui reste sans influence aucune sur le droit fondamental à demander le service civil.

24. La loi sur le service civil pose comme principe que la charge du service civil devrait équivalente à celle de l'armée<sup>10</sup>. Toutefois la mesure proposée, en tous les cas dès le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, puisque la charge en jours à faire est alourdie au-delà de ce que le militaire aurait à faire en demandant le service civil avant l'école de recrue. Ainsi, non-seulement, la personne concernée effectue la plus large part de son service militaire (les 3/4), mais elle y voit ajouté une part importante de service civil (150/367) soit presque la moitié du service civil en plus, pour un total qui dépasse ce qu'elle aurait eu à faire tant à l'armée qu'avec un service civil entier. A ce titre, la mesure est non seulement dissuasive, mais discriminatoire dans la mesure où elle pénalise ceux qui ont déjà fait beaucoup d'armée (ne devraient-ils pas au contraire être pour cela remerciés ?).

25. Par ailleurs, le droit à l'objection de conscience étant un droit fondamental, toute forme de dissuasion, en entravant son libre exercice, est déjà une violation du droit.

26. Et il est finalement, à mon sens, difficile la nature punitive de la mesure, puisque ce sont ceux-là même, qui ont le plus servi dans l'armée, qui se voient le plus pénalisés.

### Résumé :

- Violation du droit international sur la durée du service civil.
- Discrimination entre les civilistes « d'origine » et ceux qui demandent le service civil au cours de leur carrière militaire (l'objection reste la même, pour les mêmes motifs et contre le même service militaire, seule change la situation militaire).
- Mesure probablement punitive.
- Mesure simple en apparence, mais particulièrement compliquée à comprendre et à calculer, entre autres pour les personnes concernées.

---

<sup>9</sup> ONU, Comité des droits de l'homme: Foin v France (Communication No. 666/1995), CCPR/C/D/666/1995, 9 November 1999, para. 10.3, entre autres jurisprudence. Voir aussi: Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 8.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>  
Il existe aussi une traduction allemande de document, p. 21 : [http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV\\_2014-3\\_KDVundAsyl.pdf](http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV_2014-3_KDVundAsyl.pdf)

Voir aussi le rapport quadriennal du Haut Commissaire aux Droits de l'Homme sur l'objection de conscience, 1.5.2017, § 22.

<http://www.undocs.org/fr/A/HRC/35/4>

<sup>10</sup> LSC 5



### **Mesure 2 :**

Délai d'attente de 12 mois entre le dépôt de la demande et l'admission, avec obligation de faire les périodes de service militaires prévues.

27. La mesure est contraire à la constitution. Celle-ci prévoit, textuellement : « un service de remplacement »<sup>11</sup>. Or un *remplacement du service* n'est en aucun cas un service de remplacement *différé* avec maintien du service à remplacer, en attente du service de remplacement.

Des délais pour la mise en œuvre, par la personne concernée comme par l'administration, du service de remplacement sont acceptable, voir le maintien des obligations en attente de la décision d'admission<sup>12</sup>, mais en aucun le droit à l'objection de conscience ne saurait-il être suspendu.

28. De plus, la proposition est largement impraticable et passablement conflictogène. Les civilistes concernés ne se gêneront pas pour demander des reports, se faire porter malade ou pour ne pas se présenter et leur motifs de conscience finissant toujours par être reconnus, ils ne seront, s'ils sont que partiellement et inégalement sanctionnés pour ces déflections. Sans parler de la charge administrative supplémentaire pour les administrations cantonales.

### Résumé

- Mesure contraire à la constitution.
- Discrimination entre les civilistes qui font une demande avant l'école de recrue, lesquels ne sont pas condamnés à des périodes militaires et ceux qui la font après l'ER, qui doivent en faire ou, vaille que vaille, les faire annuler.
- Mesure de nature à créer de nombreuses difficultés administratives tant pour les conscrits et les civilistes que pour l'administration.

### **Mesure 3 :**

29. Suppression du facteur 1.1 et passage au facteur 1.5 pour les officiers et les sous-officiers supérieurs.

30. Les personnes concernées sont relativement peu nombreuses. Elles ont néanmoins les mêmes droits. Mais surtout toutes ces personnes, qui ont été obligées de revêtir ces fonctions d'encadrement, ont déjà servi, au moment de la demande d'admission au service civil plus de jours d'armée que ne servent les civilistes qui n'en a fait aucun. Le moins gradé de ceux-ci servira un total 440 jours de services au lieu de 245<sup>13</sup>. Pour obtenir son grade, il en aura déjà fait presque autant qu'un soldat normal. Et le solde de jour à faire, qu'il soit multiplié par 1.1. ou 1.5 dépassera de toutes façons le nombre maximal de jours effectués par un civiliste ne faisant pas d'armée du tout.

31. Sachant que l'obligation de grader est imposée, même avec un facteur 1.1, la personne qui demande le service civil alors qu'elle a déjà revêtu son grade est discriminée par rapport à un civiliste qui demande le service avant de recevoir le moindre grade. Augmenté cette durée plus encore, alors que la personne gradée sert déjà plus que toute autre personne sans garde, apparaît là aussi comme punitive.

### Résumé

- En conjonction avec la discrimination décrite ci-après, violation du droit international sur la durée du service de remplacement.
- Discrimination entre les officiers et sous-officiers supérieurs d'une part et les soldats d'autre part en raison d'abord de l'obligation de grader d'abord, pour laquelle les premiers ne peuvent rien, puis du fait qu'en raison de cette obligation, ils ont déjà effectué, contre leur gré, une durée de service aussi importante que les soldats, durée sur laquelle vient ensuite s'ajouter une très longue durée de service civil supplémentaire. Dit autrement, le soldat qui demande le service civil évite non-seulement de grader, mais tous les jours de service civil supplémentaires en cas de conflit de conscience alors que l'officier, qui est en droit de développer un conflit de conscience à tout moment, en est d'autant plus pénalisé.

<sup>11</sup> [Art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement.](#)

<sup>12</sup> [LSC 17 et 17a.](#)

<sup>13</sup> [OMI 47](#)



- Mesure qui ne touche qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 4 :**

32. Interdiction faite aux médecins de faire du service civil en tant que médecins.

33. Là encore, la mesure ne concerne que très peu de personnes. Les médecins ont en moyenne au moins 26-27 ans à la fin de leur formation et ce moment-là, la plupart des périodes longues sont faites. Mais quand bien même, faut-il priver les hôpitaux de ces médecins-là ?

34. Par ailleurs, la mesure est à nouveau discriminatoire ; pourquoi les médecins et pas les géologues, les travailleurs sociaux ou les enseignants ? Là ce ne serait plus seulement certains civilistes, mais tout le service d'intérêt public qui tendrait à être victime d'une vision trop étroite des possibilités de service civil.

35. Enfin, il existe certes une disposition qui interdit certaines affectations en fonction de la personne du civiliste, en particulier si elle favorise sa formation<sup>14</sup>. Et c'est probablement, dans ce contexte que la proposition s'inspirerait. Mais à nouveau, certains militaires exercent des fonctions militaires en lien avec leur profession – et pas seulement des médecins ! – en quoi des civilistes n'auraient-ils pas le droit d'en faire autant ?

#### Résumé

- Mesure hautement discriminatoire (par professions).
- Mesure ne touchant (en l'état, que les médecins) qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 5 :**

36. Pas d'admission au service civil pour les personnes pour lesquelles il ne reste plus de jours de service, mais pour lesquelles il reste des tirs obligatoires.

37. La question est controversée depuis longtemps. Seul sont concernés les militaires en service long, qui restent incorporés ensuite pendant 4 ans<sup>15</sup>. Il conviendrait de savoir combien il y a eu de cas.

38. Pour rappel, les militaires ont la possibilité de déposer l'arme, sans motifs, s'ils ne souhaitent pas la conserver, mais cela ne les dispense pas des tirs<sup>16</sup>.

39. D'abord, il convient de rappeler que l'exécution de tirs obligatoires, dans le cadre d'un service militaire, même terminé, peuvent donner lieu à conflit de conscience, qui plus est si celui-ci peut avoir à se manifester durant une période de 4 ans.

40. En ce sens, la mesure ignore et passe complètement à côté, nie un problème qu'il y aurait pourtant lieu de résoudre.

41. A mon sens, une procédure plus simple qu'une admission au service civil devrait permettre, par exemple mais en tous les cas pour motifs de conscience légitimes, de remettre l'arme définitivement et d'être ainsi dispensé des tirs obligatoires.

#### Résumé

- Violation du droit à l'objection de conscience
- Mesure administrative inadéquate
- Mesure ne touchant qu'un nombre limité de personne

#### **Mesure 6 :**

42. Les civilistes sont tenus de faire une période de service civil par année dès l'admission.

---

<sup>14</sup> [LSC 4a](#)

<sup>15</sup> [LAAM 54a](#)

<sup>16</sup> Ordonnance concernant l'équipement personnel des militaires (OEPM), [art. 6a](#).



43. La mesure existe déjà, [art. 39a](#) de l'ordonnance sur le service civil : « La personne astreinte au service civil *effectue chaque année* des affectations de service civil d'une durée de 26 jours au moins à partir de la deuxième année civile au plus tard ».

44. Les reports étant relativement fréquents, on peut se demander si c'est ceux-ci qu'il s'agit de limiter, mais le texte de la mesure est pour le surplus inutile.

#### Résumé

- Proposition de mesure incompétente, mesure déjà prévue par la loi.

#### Mesure 7 :

45. Obligation pour les personnes en service long, d'effectuer la période longue de service civile dans l'année qui suit (et non pas dans les trois ans qui suivent) l'admission au service civil.

46. Imposer un service civil long est une vieille mesure de 2011, que le Tribunal administratif fédéral avait annulée en raison de [l'article 20 de la LSC](#) qui stipule que le SC peut être fait en une ou plusieurs périodes<sup>17</sup>.

47. Depuis toujours, nous recommandons aux militaires en service long de passer d'abord au service normal, avant de demander le service civil, entre autres afin d'éviter le surplus de jours, actuellement 55 jours de service militaire ou 82 jours de service civil en plus<sup>18</sup>. Notre recommandation ne changera pas.

48. De plus, la mesure ne prévoit cette obligation que si l'école de recrue n'est pas terminée, or l'école de recrue est considérée comme terminée si 80% de ses jours ont été accomplis<sup>19</sup>; soit pour une école usuelle de 124 jours, dès le 100<sup>ème</sup> jour d'école de recrue. Mais dans la pratique, la demande de service civil peut être faite quelques jours plutôt, puisque celle-ci prend quelques jours, voir semaines à condition pour cela que l'admission à la fin du processus de demande intervienne après le 100<sup>ème</sup> jour de service.

49. Que ce soit en passant au service normal et en attendant les 80% de son service militaire (dans des conditions « suffisantes ») – si encore au service long avec les jours en sus – il est très facile d'éviter cette mesure et peu nombreux sont ceux qui se retrouveront à devoir faire une période longue ou leur période longue de service civile dans l'année qui suit. Au demeurant si un plan de carrière avait prévu une mise en suspend de celui-ci pour le service militaire long, avec une libération en fin d'école de recrue et une affectation longue trouvée rapidement, celle-ci peut être faite dans le temps préalablement dévolu au service militaire long.

50. La mesure est aussi discriminatoire puisqu'elle traite plus durement les militaires en service long que les militaires en service normal d'une part, et alors plus durement que les civilistes n'ayant pas débuté l'école de recrue d'autre part.

#### Résumé

- Mesure facile à contourner, voire à accommoder.
- Mesure ne concernant alors plus qu'un nombre limité de personne.
- Mesure discriminatoire.

#### Considérations finales

51. Les mesures 1 et 3 violent le droit international sur la durée du service civil.

52. La mesure 2 viole la constitution sur la notion de service de remplacement et la mesure 5 viole la constitution sur le droit à un service de remplacement.

53. Les mesures 1, 3, 4 et 7 sont clairement discriminatoires et violent à un titre ou un autre l'égalité de traitement.

54. Les mesures 3, 4, 5 et 7 ne touchent que – mais gravement – un nombre limité de personnes. À ce titre, le but premier de ces mesures n'est probablement pas ou que partiellement de toucher ces personnes-là, voire de les maintenir dans l'armée mais de donner l'impression qu'il est difficile ou déconseillé, qu'il est

<sup>17</sup> <http://www.infodroit.ch/spip.php?article91>

<sup>18</sup> [OMI 111](#)

<sup>19</sup> [OMI 57](#) ou [37 ordonnance sur le service civil \(OSI\)](#) (même teneur).



même dissuadé de sortir de l'armée. Un tel but viole le droit au service civil et un service civil non-discriminatoire et non-punitif.

55. Il convient d'ajouter à ce propos que les instances et jurisprudences internationales ont reconnus sans hésiter le droit à l'objection de conscience pour les appelés, comme pour les volontaires et les professionnels. Autrement dit et pour ce qui nous occupe ici, le droit à l'objection de conscience et au service de remplacement est et reste le même, ne saurait donc subir d'aggravation dans l'exercice du droit, soit l'accès au service civil, comme dans sa réalisation, soit l'accomplissement du service civil, que la personne concernée aie commencé ou non à servir dans l'armée<sup>20</sup>.

56. Les mesures 2, 3 et 4 supposent des difficultés de mise en œuvre particulièrement importantes. La mesure 5 pourrait faire l'objet d'une simplification administrative.

57. La mesure 6 est inutile, une aberration puisqu'elle préconise quelque chose qui existe déjà.

58. L'analyse de l'ensemble de ces mesures donne l'impression forte que l'armée est très embarrassée, mal à l'aise en raison des demandes service civil issues des ses rangs.

59. Ainsi quand bien même l'ensemble de ces mesures, si elles venaient à être mise en œuvre, aurait pour effet d'inciter les conscrits à demander le service civil bien plus tôt, ce qui n'est pas utile à l'armée non plus, il conviendrait de combattre ces mesures pour les effets et les complications graves qu'elles imposent, en toutes sortes de circonstances, aux militaires.

60. Il convient aussi de constater que les mesures proposées font preuve d'une méconnaissance, tant du droit international que du droit constitutionnel suisse qui confine à l'impréparation, voire au mépris, tant des civilistes que des militaires.

61. Enfin, dans le cadre des réactions à ces propositions de mesures, il conviendra de rappeler certaines ou l'ensemble de nos revendications de base, à savoir une présence civile lors du recrutement afin de faciliter son impartialité, un durée raisonnable et une compensation financière garantissant au moins l'accès au minimum vital<sup>21</sup>.

Christophe Barbey,  
Juriste, permanent depuis 2006

---

<sup>20</sup> Voir les résolutions du Conseil des Droits de l'Homme, par exemple la résolution du 8 octobre 2013, art. 12 [A/RES/HRC/24/17](#) ou Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 4.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

<sup>21</sup> Avec une APG de 62.- par jour durant l'ER ou son équivalent au service civil, ou en cas d'absence de salaire préalable au service ou de droit à son équivalent, avec 1'800.- par mois ~, le minimum vital n'est pas atteint. Le dernier rapport du haut commissaire aux droits de l'homme mentionne une trop faible rémunération comme étant de nature punitive. [A/HRC/35/4](#), § 21.



Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Bern, 22. August 2018 Pb

### **Stellungnahme Domicil Steigerhubel**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

#### **Einleitung und grundsätzliche Beurteilung**

Domicil Steigerhubel ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

#### **Kein Handlungsbedarf**

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der

Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

### **Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen**

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoss gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

### **Unklare Auswirkungen**

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Domicil Steigerhubel weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Wir lehnen aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

### **Eigene Vorschläge**

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet Domicil Steigerhubel, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss

mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Wir schlagen dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.
- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

### **Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist Domicil Steigerhubel auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.“*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für uns ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

### **Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Dienstage im Militär geleistet haben. Ein

Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

### **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

Domicil Steigerhubel geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Dienstage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Dienstage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht von Domicil Steigerhubel besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

Wir sind der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Wir sehen absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildienstage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch

effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Dienstage erfüllen (2017: 96.7% aller Dienstage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Dienstage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Dienstage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.

### **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

### **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

Domicil Steigerhubel bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

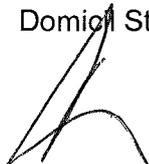
*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüßen.

Freundliche Grüsse

Domicil Steigerhubel



Patrizia Baeriswyl  
Geschäftsleiterin



Natascha Radenovic  
Leiterin Pflege

Rechtsgutachten

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Münchenbuchsee, 22. August 2018 ak

### **Stellungnahme Domicil Weiermatt**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

#### **Einleitung und grundsätzliche Beurteilung**

Domicil Weiermatt ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

#### **Kein Handlungsbedarf**

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und

entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

### **Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen**

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoss gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

### **Unklare Auswirkungen**

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Domicil Weiermatt weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Wir lehnen aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

## Eigene Vorschläge

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet Domicil Weiermatt, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Wir schlagen dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.
- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

## Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Dienstoffagen

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdiensttage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstoffage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist Domicil Weiermatt auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.“*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für uns ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Dienstoffagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

## **Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Diensttage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

## **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

Domicil Weiermatt geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Diensttage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Diensttage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

## **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

## **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht von Domicil Weiermatt besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne

Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

Wir sind der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Wir sehen absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildienstage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Dienstage erfüllen (2017: 96.7% aller Dienstage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Dienstage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Dienstage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.

### **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

### **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

Domicil Weiermatt bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen*

*betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüßen.

Freundliche Grüsse

Domicil Weiermatt



Urs Egli  
Geschäftsleiter



Andrea Sara Kühni  
Stv. Geschäftsleiterin & Leiterin Administration

Rechtsgutachten



Permanence romande pour civilistes et militaires  
Permanence@infodroit.ch ou  
Le mardi de 12 à 14 heures au 026 925 80 66.  
Pour les urgences, 079 524 35 74, veuillez laisser un message.

Flendruz, 16 juin 2018

### Avis de droit

*A qui de droit*

#### **7 mesures du Conseil fédéral destinées à la consultation. Modifications de la loi sur le service civil. 2018**

##### En préalable

1. Le droit à l'objection de conscience est un droit fondamental internationalement reconnu.
2. Il est reconnu par les jurisprudences du Comité des droits de l'homme et de la Cour Européenne des droits de l'homme, il est présent dans la constitution suisse<sup>1</sup>.
3. Ce droit s'appuie essentiellement tant sur le refus impératif de tuer que sur le refus de résoudre les conflits par la violence.
4. Le conflit entre l'obligation constitutionnelle de servir dans l'armée d'une part et la conscience d'autre part (appelé conflit de conscience) peut se manifester sous diverses formes et à divers moments, de façons plus ou moins virulentes ou soudaines, y compris parfois par des somatisations ou des actes de rébellions. La problématique a été largement résolue par deux mesures:
5. 1) Il a été renoncé au « contrôle de conscience » en adoptant le système dit de la preuve par l'acte, soit l'acceptation, par la personne qui demande le service civil d'une durée plus longue pour ce service que celle requise pour le service militaire.

Cette mesure a pour avantage (en plus d'une forte diminution de la charge administrative) d'éviter d'une part l'aggravation et la stigmatisation du conflit de conscience par son besoin de le confronter à la procédure et de libérer d'autre part la personne concernée d'une appréhension et d'une expression intellectuelle et verbalisée de ce conflit, inévitablement discriminatoire selon le niveau d'éducation, et sujette d'autre part à des biais divers, puisque le résultat de l'examen dépendait largement du degré de préparation à celui-ci plutôt que de la nature même, des sources et des raisons du conflit de conscience.

6. Il convient toutefois de noter que ce système de quotité a dès le début présenté un défaut important, au demeurant partiellement caché des civilistes eux-mêmes, dans la mesure où la durée de service civil requise par la loi (1 fois et demie – 1,5 – celle du service militaire encore à faire au moment de la demande) est dans la pratique comparativement différente de la durée du service militaire réellement effectuée par les militaires libérés lorsqu'ils atteignent la limite d'âge. En effet, ceux-ci se voient alors remettre le solde des jours de service non-effectués, alors que les civilistes se voient pénalement condamnés s'ils n'effectuent pas l'entier de leurs jours avant la même limite d'âge (limite par ailleurs par elle-même plus exigeante, puisqu'ils ont plus de jours à effectuer dans le même laps de temps). L'armée a de plus tardé à donner les chiffres permettant de mesurer cette différence des durées respectives des

---

<sup>1</sup> Constitution fédérale (Cst.) [Article 10 sur la droit à la vie](#), [art. 15 sur la liberté de conscience](#), [art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement](#).



services. Pourtant des estimations raisonnables permettaient d'évaluer le nombre de jours de service civil effectués pour les civilistes demandant le service civil pour l'entier de leur périodes de service militaires comme étant environ du double du nombre de jour effectué en moyenne par les soldats terminant leur obligation à la limite d'âge<sup>2</sup>. Actuellement, ce taux semble s'être amélioré un peu, mais la durée comparée du service civil resterait de 1.8 plus élevée que la durée des services militaires, et non pas les 1.5 que stipule la loi. Il conviendra de vérifier les effets de la nouvelle loi sur l'armée sur cette problématique, la limite d'âge n'étant plus un âge fixe (p. ex. 34 ans), mais devenant un nombre de dix années pour faire les services requis après l'école de recrue<sup>3</sup>.

7. De plus la discrimination pénale demeure, puisque contrairement au service civil, aucune mesure permettant d'assurer le rythme et le progrès de la réalisation des périodes de service militaire, mesure accompagnées dans la loi sur le service civil de mesures pénales en cas de retards, n'ont été introduites dans la nouvelle législation sur la l'armée. Ainsi, le civiliste doit accomplir certaines périodes (la première suivant l'admission et la période longue) selon des délais fixes et il ne doit pas lui rester plus d'une certaine proportion de jours à faire avant d'atteindre la limite d'âge. Passé ces délais ou si la proportion de jours restant à faire est trop forte, le civiliste est convoqué d'office pour le surplus ou la période concernée, puis il encoure une peine s'il n'effectue pas la période requise. Il n'existe, pas de système similaire ou aussi contraignant dans l'armée. Pour avoir une vision complète de cette discrimination, pénalement grave, il conviendrait encore de comparer le nombre des dispenses pour justes motifs, lesquelles au demeurant ne font que repousser le problème, dispenses accordées tant pour les civilistes que pour les militaires. Nonobstant, vu la nature différente des système de suivi et de répression des deux sortes d'obligations, puisqu'il y a des condamnations pour retard dus au système de suivi contre les civilistes et qu'il n'y en a pas pour les militaires, la discrimination pénale demeure, tout comme demeurera a priori la discrimination sur les durées.

8. 2) Il importe de souligner que le service civil peut et doit pouvoir être demandé en tout temps, c'est d'ailleurs dans la loi<sup>4</sup>.

9. Cela concerne bien sûr la possibilité de demander le service civil depuis une période de service militaire, mais porte surtout sur la nature du conflit de conscience et relève en partie aussi du droit humanitaire.

10. Ainsi, le conflit de conscience peut se développer par une réflexion autonome, mais il peut aussi surgir, progressivement ou soudainement, face à une circonstance rencontrée dans le cadre du service militaire, par exemple lors de la première prise d'arme (il y a hélas des condamnations pour refus d'ordre de personnes qui font à ce moment-là un blocage psychologique) ou en étant mis en confrontation à une arme particulièrement destructive.

11. Il convient aussi, et c'est d'une grande importance, de citer le cas de l'objection de conscience à un ordre criminel, y compris ou surtout si celui-ci viole le droit humanitaire ; objection qui doit en effet pouvoir être exprimée en tout temps et en particulier de façon immédiate au moment de la réception de l'ordre contesté, cette objection devant alors, selon les circonstances, rejeter non-seulement l'ordre contesté lui-même mais aussi l'ensemble du système qui produit ou maintient cet ordre injuste, à tout le moins si l'ordre est maintenu, car alors seul le refus personnel et complet du système permettant, à défaut de pouvoir l'empêcher, la réalisation de ce ordre illégal et des ses conséquences, de préserver la conscience, et donc l'innocence de la personne confrontée à une telle situation. L'objection de conscience à une circonstance particulière devenant alors une objection au sens usuel du terme, une objection d'ensemble au service militaire<sup>5</sup>.

---

<sup>2</sup> Détail du calcul : <http://www.infodroit.ch/spip.php?article44>

<sup>3</sup> Ordonnance sur les obligations militaires (OMI), 1.1.2018, [art. 19](#).

<sup>4</sup> Loi sur le service civil, [art. 16](#).

<sup>5</sup> Voir par exemple, [Jacques Verhaegen](#) : «Le refus d'obéissance aux ordres manifestement criminels », revue du CICR, vol. 84, n° 845, mars 2002.



### Analyse des mesures proposées

**Mesure 1:** 150 jours de service civil pour toutes personnes n'ayant pas terminés ses « services d'instruction » et ayant moins de 100 jours de service militaire restant.

#### Appréciation générale

12. Par « services d'instruction », il est entendu toutes les périodes de services militaires, à savoir écoles de recrues, écoles de cadres et cours de répétition<sup>6</sup>.

13. La proposition équivaudrait à « condamner », imposer à tout militaire ayant entre 1 et 100 jours de service militaire encore à faire à effectuer 150 jours de service civil.

14. La mesure incite à terminer ses obligations militaires au lieu de demander le service civil.

15. Partant du constat, hautement probable<sup>7</sup>, selon lequel les pertes en effectifs augmentent en fonction de l'âge par lassitude, perte d'intérêt ou en raison de l'augmentation des obligations professionnelles et familiales. Il conviendrait toutefois de disposer des chiffres du nombre des personnes qui quittent l'arme dans ces tranches d'âge soit pour le service civil, soit pour raisons médicales. En effet, si le problème est une question d'emploi du temps, la demande de service civil est d'autant plus contre-productive.

16. A cet aulne, la mesure aura pour effet principal d'augmenter le nombre de demandes médicales et assez peu de diminuer le nombre de service civil. Quand à sa capacité à renforcer la motivation pour l'armée, elle est ici hors contexte – ce n'est pas notre problème ou celui du service civil – et elle n'est que très indirecte, la diminution de l'attrait du service civil n'augmentant pas pour autant l'attrait pour l'armée.

#### Calculs concernant la mesure proposée

17. Dans la pratique, divers types de calculs sont possibles pour déterminer les effets et les proportions de la proposition. Mes connaissances mathématiques sont limitées, donc d'autres calculs sont peut-être possibles ou éventuellement meilleurs, mais ceux-ci révèlent plusieurs des effets pervers de la proposition:

a. Le facteur multipliant le nombre de jours à faire est, avec la proposition exponentiel : La personne qui aurait 1 seul jour d'armée encore à faire se retrouverait à en faire 150 jours, soit 150 fois plus que le nombre de jour d'armée requis.

Dans le détail, un militaire à qui il resterait :

1 cours de répétition (CR), soit 19 jours (150/19), verrait le multiplicateur passer de 1.5 à 7.89

2 cours de répétition, le facteur (150/38) est encore du quadruple (3.94)

3 cours de répétition, le facteur descend à 2.63

4 cours de répétition, le facteur est de 2 (1.97)

5 cours de répétition le facteur est encore de 1.57, soit plus haut que la loi actuelle ou que le facteur attribué aux civilistes ayant encore plus de jours.

Ce n'est donc qu'avec 6 cours de répétition encore à faire, soit avec le nombre total des cours de répétition à faire par les soldats, et donc durant le premier cours de répétition que l'ajout systématique de 150 jours, rejoint le facteur général de 1.5.

*Dit autrement, à quelques jours prêts, quiconque demanderait le service civil après l'école de recrue devrait faire 150 jours de service civil au moins, quelque soit le nombre de jour d'armée restant à faire. Pourquoi ne pas le dire ?*

b. Le calcul peut aussi être fait en tenant compte des jours de service militaires et civils faits au total.

Exemple pour un soldat :

Ecole de recrue de 124 jours, solde 121 jours de service en CR. Total 245<sup>(8)</sup>. Service civil complet, 245 X 1.5 = 367 jours de service civil.

Jours de service mil faits : 244 (au lieu de 245)+150=394 (proposition). Système actuel : 244 + 2 (1 x 1.5) = 246 (actuel). Différence : 148 jours à faire en plus qu'avec le système actuel et ... 27 de plus qu'en ayant demandé le service civil dès le recrutement.

<sup>6</sup> Loi sur l'armée et l'administration militaire (LAAM), [art. 41](#).

<sup>7</sup> La permanence que nous représentons confirme, à sa modeste mesure, cette tendance. Les hommes de plus de 25 ans sont relativement nombreux à vouloir mettre un terme à leurs obligations militaires et leur nombre augmente avec l'âge

<sup>8</sup> OMI, [art. 47](#).



Jours de service faits :  $238 (6 \text{ CR faits}) + 150 = 388$  jours à faire ou (système actuel)  $238 + 9 (6 \times 1.5) = 247$ . Différence : 141 jours de service civil en plus qu'avec le système actuel, mais aussi 21 jours de service (mil et civ) en plus de ce que ce même soldat aurait eu à faire s'il avait demandé le service civil dès la fin du recrutement.

En cela, le service est *punitif parce qu'il impose des jours en plus ... pour avoir accepté de faire presque tout son service militaire !!!*

Jours de service faits :  $219 (5 \text{ CR}) + 150 = 369$  ou (actuel :)  $219 + 39 (26 \times 1.5) = 258$ . Différence : 111 jours de plus que le système actuel, mais encore 2 jours de plus qu'avec un service civil demandé dès l'origine.

Jours de service faits  $200 (4 \text{ CR}) + 150 = 350$  ou actuel  $200 + 68 (45 \times 1.5) = 268$ . Différence : 82 en plus que le système actuel.

A partir d'ici le nombre total de jours faits devient inférieur à un service civil demandé d'emblée et donc les jours de service militaire faits diminuent le nombre total de jours à faire.

Jours de service faits  $181 (3 \text{ CR}) + 150 = 331$  ou  $181 + 96 (64 \times 1.5) = 277$ . Différence, 54 jours de service civil en plus, mais 90 de moins qu'avec un service civil complet.

Jours de service faits  $162 (2 \text{ CR}) + 150 = 312$  ou

Jours de service faits  $143 (1 \text{ CR}) + 150 = 293$  ou  $143 + 156 (101 \times 1.5) = 299$  Différence  $\pm 0$ .

#### Effets pour la pratique

c. Les effets du nouveau système sur les intérêts des candidats civilistes, en termes de jours à faire seraient les suivants :

1) Le facteur de 1.5 s'applique durant l'école de recrue, voir durant le 1<sup>er</sup> CR. Inchangé.

2) Tout jour d'armée fait durant cette période diminue effectivement le nombre total (armée et sc) de jours à faire, par rapport à un service civil complet. Inchangé.

3) Dès le 2<sup>ème</sup> CR et jusqu'au 4<sup>ème</sup> CR, le nouveau système augmente progressivement, par rapport à l'ancien, effet étrange, le nombre de jours total à faire, même si l'on fait ces CR, soit d'avoir à faire encore plus de service en tout parce que l'on fait de l'armée (absurde !), puis d'avoir à faire du service civil en plus, même si le nombre de jours total de service civil et militaire reste inférieur à ce que devrait faire un civiliste de la première heure mis au facteur 1.5).

Exemple : Faire un 2<sup>ème</sup> CR de 19 jours et demander le sc, ajoute en plus de ces 19 jours 17 jours de service en tout (civil et militaire) par rapport au système actuel, dans lequel le civiliste en faisant ce CR épargnerait 9 jours de service civil ( $19 - x 1.5$ ). (Nouveau :  $162 \text{ SM} + 150 \text{ SC} = 312$  Ancien  $162 + 125$  (solde de  $83 \times 1.5$ ) = 287, nouveau = J plus 25. S'il ne fait pas ce CR (ancien  $\text{SM } 143 + \text{SC } 152 (101 \times 1.5) = 295$  soit quelques jours en plus de SC pour ne pas avoir fait ce cours (295 au lieu 287), mais toujours au total 17 jours de moins qu'en faisant ce CR dans le système proposé, lequel augmente donc le nombre de jours à faire sans donner de diminution pour ceux faits.

Idem pour les 3<sup>ème</sup> et 4<sup>ème</sup> CR. Je renonce aux calculs ici, mais le nombre de jours d'armée faits sans diminuer le nombre de jours de service totaux augmentera d'autant, par rapport à quelqu'un qui demande le SC après l'ER ou le 1<sup>er</sup> CR.

4) Dès le 5<sup>ème</sup> CR, le nombre total (SC et SM) de jours à faire devient plus grand que quelqu'un qui demande le service civil dès le 1<sup>er</sup> jour.

d. En résumé, il ne sera intéressant, en terme de jours à faire (ou rentable) de demander le service qu'entre le recrutement et la fin du 1<sup>er</sup> cours de répétition. A l'inverse, toute demande faite ultérieurement augmentera, de plus en plus gravement, la charge totale du nombre de jours à faire, laquelle dépassera, si le SC est demandé durant ou après le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, le nombre de jours à faire pour quelqu'un qui demande le service civil avant l'ER.

18. Tactiquement, pour le soutien aux objecteurs, l'intérêt à demander le service civil entre le recrutement et la fin de l'école de recrue reste similaire. Par contre, plus le militaire avance dans sa carrière militaire, plus la charge de jours augmente, plus il devient difficile de demander le service civil (et plus sera grande le besoin de demander la voie bleue).

19. Cela n'aura pas pour effet de diminuer fortement le nombre de demandes de service civil, puisque les demandes seront soit pour une part reportées plus tôt dans la carrière militaire, soit transformées en demande médicales et que rares seront les personnes qui en fin de carrière militaire décideront de finir leur service plutôt que de sortir de l'armée, d'une façon ou d'une autre.



### La durée du service civil en droit

20. En droit Suisse, le facteur légal de 1.5 est le même depuis l'origine. Avec toutefois la réserve présentée ci-dessus au point 6 concernant la durée effective (et non légale) située aux environ de 1.8.

21. Le droit international, le Comité des droits de l'homme et la Cour européenne des droits de l'homme, tiennent de jurisprudence constante le fait que le service civil doit être de nature civile et non-punitif.

22. Une durée supérieure au double du service militaire à remplacer est considérée comme excessive<sup>9</sup>. Ainsi, l'attribution à toute personne ayant moins de 75 jours de service militaire à faire de 150 jours de service civil serait contraire au droit international.

23. Mais c'est dans son ensemble, ou à tout le moins dès le 2<sup>ème</sup> cours de répétition, que la mesure est discriminatoire. D'abord parce que plus, ils servent dans l'armée, plus elle pénalise les militaires qui demandent le service civil. Ensuite, parce qu'elle traite différemment des personnes dans des situations similaires, à savoir des personnes présentant une demande de service civil, demande qui est de même nature quel que soit le moment où elle est faite et pour laquelle le nombre de jours de service militaire accomplis n'a aucune incidence, sauf peut-être à renforcer le besoin de présenter une objection de conscience, ce qui reste sans influence aucune sur le droit fondamental à demander le service civil.

24. La loi sur le service civil pose comme principe que la charge du service civil devrait équivalente à celle de l'armée<sup>10</sup>. Toutefois la mesure proposée, en tous les cas dès le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, puisque la charge en jours à faire est alourdie au-delà de ce que le militaire aurait à faire en demandant le service civil avant l'école de recrue. Ainsi, non-seulement, la personne concernée effectue la plus large part de son service militaire (les 3/4), mais elle y voit ajouté une part importante de service civil (150/367) soit presque la moitié du service civil en plus, pour un total qui dépasse ce qu'elle aurait eu à faire tant à l'armée qu'avec un service civil entier. A ce titre, la mesure est non seulement dissuasive, mais discriminatoire dans la mesure où elle pénalise ceux qui ont déjà fait beaucoup d'armée (ne devraient-ils pas au contraire être pour cela remerciés ?).

25. Par ailleurs, le droit à l'objection de conscience étant un droit fondamental, toute forme de dissuasion, en entravant son libre exercice, est déjà une violation du droit.

26. Et il est finalement, à mon sens, difficile la nature punitive de la mesure, puisque ce sont ceux-là même, qui ont le plus servi dans l'armée, qui se voient le plus pénalisés.

### Résumé :

- Violation du droit international sur la durée du service civil.
- Discrimination entre les civilistes « d'origine » et ceux qui demandent le service civil au cours de leur carrière militaire (l'objection reste la même, pour les mêmes motifs et contre le même service militaire, seule change la situation militaire).
- Mesure probablement punitive.
- Mesure simple en apparence, mais particulièrement compliquée à comprendre et à calculer, entre autres pour les personnes concernées.

---

<sup>9</sup> ONU, Comité des droits de l'homme: Foin v France (Communication No. 666/1995), CCPR/C/D/666/1995, 9 November 1999, para. 10.3, entre autres jurisprudence. Voir aussi: Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 8.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>  
Il existe aussi une traduction allemande de document, p. 21 : [http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV\\_2014-3\\_KDVundAsyl.pdf](http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV_2014-3_KDVundAsyl.pdf)

Voir aussi le rapport quadriennal du Haut Commissaire aux Droits de l'Homme sur l'objection de conscience, 1.5.2017, § 22.

<http://www.undocs.org/fr/A/HRC/35/4>

<sup>10</sup> LSC 5



### **Mesure 2 :**

Délai d'attente de 12 mois entre le dépôt de la demande et l'admission, avec obligation de faire les périodes de service militaires prévues.

27. La mesure est contraire à la constitution. Celle-ci prévoit, textuellement : « un service de remplacement »<sup>11</sup>. Or un *remplacement du service* n'est en aucun cas un service de remplacement *différé* avec maintien du service à remplacer, en attente du service de remplacement.

Des délais pour la mise en œuvre, par la personne concernée comme par l'administration, du service de remplacement sont acceptable, voir le maintien des obligations en attente de la décision d'admission<sup>12</sup>, mais en aucun le droit à l'objection de conscience ne saurait-il être suspendu.

28. De plus, la proposition est largement impraticable et passablement conflictogène. Les civilistes concernés ne se gêneront pas pour demander des reports, se faire porter malade ou pour ne pas se présenter et leur motifs de conscience finissant toujours par être reconnus, ils ne seront, s'ils sont que partiellement et inégalement sanctionnés pour ces déflections. Sans parler de la charge administrative supplémentaire pour les administrations cantonales.

### Résumé

- Mesure contraire à la constitution.
- Discrimination entre les civilistes qui font une demande avant l'école de recrue, lesquels ne sont pas condamnés à des périodes militaires et ceux qui la font après l'ER, qui doivent en faire ou, vaille que vaille, les faire annuler.
- Mesure de nature à créer de nombreuses difficultés administratives tant pour les conscrits et les civilistes que pour l'administration.

### **Mesure 3 :**

29. Suppression du facteur 1.1 et passage au facteur 1.5 pour les officiers et les sous-officiers supérieurs.

30. Les personnes concernées sont relativement peu nombreuses. Elles ont néanmoins les mêmes droits. Mais surtout toutes ces personnes, qui ont été obligées de revêtir ces fonctions d'encadrement, ont déjà servi, au moment de la demande d'admission au service civil plus de jours d'armée que ne servent les civilistes qui n'en a fait aucun. Le moins gradé de ceux-ci servira un total 440 jours de services au lieu de 245<sup>13</sup>. Pour obtenir son grade, il en aura déjà fait presque autant qu'un soldat normal. Et le solde de jour à faire, qu'il soit multiplié par 1.1. ou 1.5 dépassera de toutes façons le nombre maximal de jours effectués par un civiliste ne faisant pas d'armée du tout.

31. Sachant que l'obligation de grader est imposée, même avec un facteur 1.1, la personne qui demande le service civil alors qu'elle a déjà revêtu son grade est discriminée par rapport à un civiliste qui demande le service avant de recevoir le moindre grade. Augmenté cette durée plus encore, alors que la personne gradée sert déjà plus que toute autre personne sans garde, apparaît là aussi comme punitive.

### Résumé

- En conjonction avec la discrimination décrite ci-après, violation du droit international sur la durée du service de remplacement.
- Discrimination entre les officiers et sous-officiers supérieurs d'une part et les soldats d'autre part en raison d'abord de l'obligation de grader d'abord, pour laquelle les premiers ne peuvent rien, puis du fait qu'en raison de cette obligation, ils ont déjà effectué, contre leur gré, une durée de service aussi importante que les soldats, durée sur laquelle vient ensuite s'ajouter une très longue durée de service civil supplémentaire. Dit autrement, le soldat qui demande le service civil évite non-seulement de grader, mais tous les jours de service civil supplémentaires en cas de conflit de conscience alors que l'officier, qui est en droit de développer un conflit de conscience à tout moment, en est d'autant plus pénalisé.

<sup>11</sup> [Art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement.](#)

<sup>12</sup> [LSC 17 et 17a.](#)

<sup>13</sup> [OMI 47](#)



- Mesure qui ne touche qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 4 :**

32. Interdiction faite aux médecins de faire du service civil en tant que médecins.

33. Là encore, la mesure ne concerne que très peu de personnes. Les médecins ont en moyenne au moins 26-27 ans à la fin de leur formation et ce moment-là, la plupart des périodes longues sont faites. Mais quand bien même, faut-il priver les hôpitaux de ces médecins-là ?

34. Par ailleurs, la mesure est à nouveau discriminatoire ; pourquoi les médecins et pas les géologues, les travailleurs sociaux ou les enseignants ? Là ce ne serait plus seulement certains civilistes, mais tout le service d'intérêt public qui tendrait à être victime d'une vision trop étroite des possibilités de service civil.

35. Enfin, il existe certes une disposition qui interdit certaines affectations en fonction de la personne du civiliste, en particulier si elle favorise sa formation<sup>14</sup>. Et c'est probablement, dans ce contexte que la proposition s'inspirerait. Mais à nouveau, certains militaires exercent des fonctions militaires en lien avec leur profession – et pas seulement des médecins ! – en quoi des civilistes n'auraient-ils pas le droit d'en faire autant ?

#### Résumé

- Mesure hautement discriminatoire (par professions).
- Mesure ne touchant (en l'état, que les médecins) qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 5 :**

36. Pas d'admission au service civil pour les personnes pour lesquelles il ne reste plus de jours de service, mais pour lesquelles il reste des tirs obligatoires.

37. La question est controversée depuis longtemps. Seul sont concernés les militaires en service long, qui restent incorporés ensuite pendant 4 ans<sup>15</sup>. Il conviendrait de savoir combien il y a eu de cas.

38. Pour rappel, les militaires ont la possibilité de déposer l'arme, sans motifs, s'ils ne souhaitent pas la conserver, mais cela ne les dispense pas des tirs<sup>16</sup>.

39. D'abord, il convient de rappeler que l'exécution de tirs obligatoires, dans le cadre d'un service militaire, même terminé, peuvent donner lieu à conflit de conscience, qui plus est si celui-ci peut avoir à se manifester durant une période de 4 ans.

40. En ce sens, la mesure ignore et passe complètement à côté, nie un problème qu'il y aurait pourtant lieu de résoudre.

41. A mon sens, une procédure plus simple qu'une admission au service civil devrait permettre, par exemple mais en tous les cas pour motifs de conscience légitimes, de remettre l'arme définitivement et d'être ainsi dispensé des tirs obligatoires.

#### Résumé

- Violation du droit à l'objection de conscience
- Mesure administrative inadéquate
- Mesure ne touchant qu'un nombre limité de personne

#### **Mesure 6 :**

42. Les civilistes sont tenus de faire une période de service civil par année dès l'admission.

---

<sup>14</sup> LSC 4a

<sup>15</sup> LAAM 54a

<sup>16</sup> Ordonnance concernant l'équipement personnel des militaires (OEPM), [art. 6a](#).



43. La mesure existe déjà, [art. 39a](#) de l'ordonnance sur le service civil : « La personne astreinte au service civil *effectue chaque année* des affectations de service civil d'une durée de 26 jours au moins à partir de la deuxième année civile au plus tard ».

44. Les reports étant relativement fréquents, on peut se demander si c'est ceux-ci qu'il s'agit de limiter, mais le texte de la mesure est pour le surplus inutile.

#### Résumé

- Proposition de mesure incompétente, mesure déjà prévue par la loi.

#### Mesure 7 :

45. Obligation pour les personnes en service long, d'effectuer la période longue de service civile dans l'année qui suit (et non pas dans les trois ans qui suivent) l'admission au service civil.

46. Imposer un service civil long est une vieille mesure de 2011, que le Tribunal administratif fédéral avait annulée en raison de [l'article 20 de la LSC](#) qui stipule que le SC peut être fait en une ou plusieurs périodes<sup>17</sup>.

47. Depuis toujours, nous recommandons aux militaires en service long de passer d'abord au service normal, avant de demander le service civil, entre autres afin d'éviter le surplus de jours, actuellement 55 jours de service militaire ou 82 jours de service civil en plus<sup>18</sup>. Notre recommandation ne changera pas.

48. De plus, la mesure ne prévoit cette obligation que si l'école de recrue n'est pas terminée, or l'école de recrue est considérée comme terminée si 80% de ses jours ont été accomplis<sup>19</sup>; soit pour une école usuelle de 124 jours, dès le 100<sup>ème</sup> jour d'école de recrue. Mais dans la pratique, la demande de service civil peut être faite quelques jours plutôt, puisque celle-ci prend quelques jours, voir semaines à condition pour cela que l'admission à la fin du processus de demande intervienne après le 100<sup>ème</sup> jour de service.

49. Que ce soit en passant au service normal et en attendant les 80% de son service militaire (dans des conditions « suffisantes ») – si encore au service long avec les jours en sus – il est très facile d'éviter cette mesure et peu nombreux sont ceux qui se retrouveront à devoir faire une période longue ou leur période longue de service civile dans l'année qui suit. Au demeurant si un plan de carrière avait prévu une mise en suspend de celui-ci pour le service militaire long, avec une libération en fin d'école de recrue et une affectation longue trouvée rapidement, celle-ci peut être faite dans le temps préalablement dévolu au service militaire long.

50. La mesure est aussi discriminatoire puisqu'elle traite plus durement les militaires en service long que les militaires en service normal d'une part, et alors plus durement que les civilistes n'ayant pas débuté l'école de recrue d'autre part.

#### Résumé

- Mesure facile à contourner, voire à accommoder.
- Mesure ne concernant alors plus qu'un nombre limité de personne.
- Mesure discriminatoire.

#### Considérations finales

51. Les mesures 1 et 3 violent le droit international sur la durée du service civil.

52. La mesure 2 viole la constitution sur la notion de service de remplacement et la mesure 5 viole la constitution sur le droit à un service de remplacement.

53. Les mesures 1, 3, 4 et 7 sont clairement discriminatoires et violent à un titre ou un autre l'égalité de traitement.

54. Les mesures 3, 4, 5 et 7 ne touchent que – mais gravement – un nombre limité de personnes. À ce titre, le but premier de ces mesures n'est probablement pas ou que partiellement de toucher ces personnes-là, voire de les maintenir dans l'armée mais de donner l'impression qu'il est difficile ou déconseillé, qu'il est

<sup>17</sup> <http://www.infodroit.ch/spip.php?article91>

<sup>18</sup> [OMI 111](#)

<sup>19</sup> [OMI 57](#) ou [37 ordonnance sur le service civil \(OSI\)](#) (même teneur).



même dissuadé de sortir de l'armée. Un tel but viole le droit au service civil et un service civil non-discriminatoire et non-punitif.

55. Il convient d'ajouter à ce propos que les instances et jurisprudences internationales ont reconnus sans hésiter le droit à l'objection de conscience pour les appelés, comme pour les volontaires et les professionnels. Autrement dit et pour ce qui nous occupe ici, le droit à l'objection de conscience et au service de remplacement est et reste le même, ne saurait donc subir d'aggravation dans l'exercice du droit, soit l'accès au service civil, comme dans sa réalisation, soit l'accomplissement du service civil, que la personne concernée aie commencé ou non à servir dans l'armée<sup>20</sup>.

56. Les mesures 2, 3 et 4 supposent des difficultés de mise en œuvre particulièrement importantes. La mesure 5 pourrait faire l'objet d'une simplification administrative.

57. La mesure 6 est inutile, une aberration puisqu'elle préconise quelque chose qui existe déjà.

58. L'analyse de l'ensemble de ces mesures donne l'impression forte que l'armée est très embarrassée, mal à l'aise en raison des demandes service civil issues des ses rangs.

59. Ainsi quand bien même l'ensemble de ces mesures, si elles venaient à être mise en œuvre, aurait pourrait effet d'inciter les conscrits à demander le service civil bien plus tôt, ce qui n'est pas utile à l'armée non plus, il conviendrait de combattre ces mesures pour les effets et les complications graves qu'elles imposent, en toutes sortes de circonstances, aux militaires.

60. Il convient aussi de constater que les mesures proposées font preuve d'une méconnaissance, tant du droit international que du droit constitutionnel suisse qui confine à l'impréparation, voire au mépris, tant des civilistes que des militaires.

61. Enfin, dans le cadre des réactions à ces propositions de mesures, il conviendra de rappeler certaines ou l'ensemble de nos revendications de base, à savoir une présence civile lors du recrutement afin de faciliter son impartialité, un durée raisonnable et une compensation financière garantissant au moins l'accès au minimum vital<sup>21</sup>.

Christophe Barbey,  
Juriste, permanent depuis 2006

---

<sup>20</sup> Voir les résolutions du Conseil des Droits de l'Homme, par exemple la résolution du 8 octobre 2013, art. 12 [A/RES/HRC/24/17](#) ou Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 4.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

<sup>21</sup> Avec une APG de 62.- par jour durant l'ER ou son équivalent au service civil, ou en cas d'absence de salaire préalable au service ou de droit à son équivalent, avec 1'800.- par mois ~, le minimum vital n'est pas atteint. Le dernier rapport du haut commissaire aux droits de l'homme mentionne une trop faible rémunération comme étant de nature punitive. [A/HRC/35/4](#), § 21.

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Zürich, im Juli 2018

## Stellungnahme von Don Camillo Montmirail, Einsatzbetrieb zur Änderung des Zivildienstgesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### Einleitung und grundsätzliche Beurteilung

Als Einsatzbetrieb seit den Anfängen des Zivildienstes, sind wir überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### Kein Handlungsbedarf

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.



## Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Diensttage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoß gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

## Unklare Auswirkungen

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. CIVIVA weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen. Diesen Einschätzungen stimmen wir als Einsatzbetrieb zu.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Aus diesen Gründen lehnen wir diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

## Eigene Vorschläge

Folgende Vorschläge von CIVIVA unterstützen wir als Einsatzbetrieb vollumfänglich:

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet CIVIVA, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. CIVIVA schlägt dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss



der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.

- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

## Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist CIVIVA auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für CIVIVA ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

## Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Dienstage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.



### **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

CIVIVA geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Dienstage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Dienstage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht von CIVIVA besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

CIVIVA ist der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. CIVIVA sieht absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildienstage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Dienstage erfüllen (2017: 96.7% aller Dienstage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Dienstage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Dienstage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.



## **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

### **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

CIVIVA bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Als Einsatzbetrieb sind wir auf die Unterstützung der Zivis angewiesen. Wir unterhalten ein Gut mit denkmalgeschützten Gebäuden und können dies ohne Hilfe nicht bewerkstelligen. Seit Jahren leisten die Zivis bei uns neben der Betreuung von Menschen somit einen wichtigen Dienst zur Erhaltung von wertvollem Kulturgut.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Im Namen des Vereins Don Camillo Montmirail

*Franziska Dahinden  
Vereins Mitglied, Mitglied der Betriebsleitung  
Bereichsleiterin Zivildienst Montmirail*

*Patrick Dornberger  
Vereinsmitglied, Mitglied der Betriebsleitung  
Personalverantwortlicher Montmirail*





Permanence romande pour civilistes et militaires  
Permanence@infodroit.ch ou  
Le mardi de 12 à 14 heures au 026 925 80 66.  
Pour les urgences, 079 524 35 74, veuillez laisser un message.

Flendruz, 16 juin 2018

### Avis de droit

*A qui de droit*

#### **7 mesures du Conseil fédéral destinées à la consultation. Modifications de la loi sur le service civil. 2018**

##### En préalable

1. Le droit à l'objection de conscience est un droit fondamental internationalement reconnu.
2. Il est reconnu par les jurisprudences du Comité des droits de l'homme et de la Cour Européenne des droits de l'homme, il est présent dans la constitution suisse<sup>1</sup>.
3. Ce droit s'appuie essentiellement tant sur le refus impératif de tuer que sur le refus de résoudre les conflits par la violence.
4. Le conflit entre l'obligation constitutionnelle de servir dans l'armée d'une part et la conscience d'autre part (appelé conflit de conscience) peut se manifester sous diverses formes et à divers moments, de façons plus ou moins virulentes ou soudaines, y compris parfois par des somatisations ou des actes de rébellions. La problématique a été largement résolue par deux mesures:
5. 1) Il a été renoncé au « contrôle de conscience » en adoptant le système dit de la preuve par l'acte, soit l'acceptation, par la personne qui demande le service civil d'une durée plus longue pour ce service que celle requise pour le service militaire.

Cette mesure a pour avantage (en plus d'une forte diminution de la charge administrative) d'éviter d'une part l'aggravation et la stigmatisation du conflit de conscience par son besoin de le confronter à la procédure et de libérer d'autre part la personne concernée d'une appréhension et d'une expression intellectuelle et verbalisée de ce conflit, inévitablement discriminatoire selon le niveau d'éducation, et sujette d'autre part à des biais divers, puisque le résultat de l'examen dépendait largement du degré de préparation à celui-ci plutôt que de la nature même, des sources et des raisons du conflit de conscience.

6. Il convient toutefois de noter que ce système de quotité a dès le début présenté un défaut important, au demeurant partiellement caché des civilistes eux-mêmes, dans la mesure où la durée de service civil requise par la loi (1 fois et demie – 1,5 – celle du service militaire encore à faire au moment de la demande) est dans la pratique comparativement différente de la durée du service militaire réellement effectuée par les militaires libérés lorsqu'ils atteignent la limite d'âge. En effet, ceux-ci se voient alors remettre le solde des jours de service non-effectués, alors que les civilistes se voient pénalement condamnés s'ils n'effectuent pas l'entier de leurs jours avant la même limite d'âge (limite par ailleurs par elle-même plus exigeante, puisqu'ils ont plus de jours à effectuer dans le même laps de temps). L'armée a de plus tardé à donner les chiffres permettant de mesurer cette différence des durées respectives des

---

<sup>1</sup> Constitution fédérale (Cst.) [Article 10 sur la droit à la vie](#), [art. 15 sur la liberté de conscience](#), [art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement](#).



services. Pourtant des estimations raisonnables permettaient d'évaluer le nombre de jours de service civil effectués pour les civilistes demandant le service civil pour l'entier de leur périodes de service militaires comme étant environ du double du nombre de jour effectué en moyenne par les soldats terminant leur obligation à la limite d'âge<sup>2</sup>. Actuellement, ce taux semble s'être amélioré un peu, mais la durée comparée du service civil resterait de 1.8 plus élevée que la durée des services militaires, et non pas les 1.5 que stipule la loi. Il conviendra de vérifier les effets de la nouvelle loi sur l'armée sur cette problématique, la limite d'âge n'étant plus un âge fixe (p. ex. 34 ans), mais devenant un nombre de dix années pour faire les services requis après l'école de recrue<sup>3</sup>.

7. De plus la discrimination pénale demeure, puisque contrairement au service civil, aucune mesure permettant d'assurer le rythme et le progrès de la réalisation des périodes de service militaire, mesure accompagnées dans la loi sur le service civil de mesures pénales en cas de retards, n'ont été introduites dans la nouvelle législation sur la l'armée. Ainsi, le civiliste doit accomplir certaines périodes (la première suivant l'admission et la période longue) selon des délais fixes et il ne doit pas lui rester plus d'une certaine proportion de jours à faire avant d'atteindre la limite d'âge. Passé ces délais ou si la proportion de jours restant à faire est trop forte, le civiliste est convoqué d'office pour le surplus ou la période concernée, puis il encoure une peine s'il n'effectue pas la période requise. Il n'existe, pas de système similaire ou aussi contraignant dans l'armée. Pour avoir une vision complète de cette discrimination, pénalement grave, il conviendrait encore de comparer le nombre des dispenses pour justes motifs, lesquelles au demeurant ne font que repousser le problème, dispenses accordées tant pour les civilistes que pour les militaires. Nonobstant, vu la nature différente des système de suivi et de répression des deux sortes d'obligations, puisqu'il y a des condamnations pour retard dus au système de suivi contre les civilistes et qu'il n'y en a pas pour les militaires, la discrimination pénale demeure, tout comme demeurera a priori la discrimination sur les durées.

8. 2) Il importe de souligner que le service civil peut et doit pouvoir être demandé en tout temps, c'est d'ailleurs dans la loi<sup>4</sup>.

9. Cela concerne bien sûr la possibilité de demander le service civil depuis une période de service militaire, mais porte surtout sur la nature du conflit de conscience et relève en partie aussi du droit humanitaire.

10. Ainsi, le conflit de conscience peut se développer par une réflexion autonome, mais il peut aussi surgir, progressivement ou soudainement, face à une circonstance rencontrée dans le cadre du service militaire, par exemple lors de la première prise d'arme (il y a hélas des condamnations pour refus d'ordre de personnes qui font à ce moment-là un blocage psychologique) ou en étant mis en confrontation à une arme particulièrement destructive.

11. Il convient aussi, et c'est d'une grande importance, de citer le cas de l'objection de conscience à un ordre criminel, y compris ou surtout si celui-ci viole le droit humanitaire ; objection qui doit en effet pouvoir être exprimée en tout temps et en particulier de façon immédiate au moment de la réception de l'ordre contesté, cette objection devant alors, selon les circonstances, rejeter non-seulement l'ordre contesté lui-même mais aussi l'ensemble du système qui produit ou maintient cet ordre injuste, à tout le moins si l'ordre est maintenu, car alors seul le refus personnel et complet du système permettant, à défaut de pouvoir l'empêcher, la réalisation de ce ordre illégal et des ses conséquences, de préserver la conscience, et donc l'innocence de la personne confrontée à une telle situation. L'objection de conscience à une circonstance particulière devenant alors une objection au sens usuel du terme, une objection d'ensemble au service militaire<sup>5</sup>.

---

<sup>2</sup> Détail du calcul : <http://www.infodroit.ch/spip.php?article44>

<sup>3</sup> Ordonnance sur les obligations militaires (OMI), 1.1.2018, [art. 19](#).

<sup>4</sup> Loi sur le service civil, [art. 16](#).

<sup>5</sup> Voir par exemple, [Jacques Verhaegen](#) : «Le refus d'obéissance aux ordres manifestement criminels », revue du CICR, vol. 84, n° 845, mars 2002.



### Analyse des mesures proposées

**Mesure 1:** 150 jours de service civil pour toutes personnes n'ayant pas terminés ses « services d'instruction » et ayant moins de 100 jours de service militaire restant.

#### Appréciation générale

12. Par « services d'instruction », il est entendu toutes les périodes de services militaires, à savoir écoles de recrues, écoles de cadres et cours de répétition<sup>6</sup>.

13. La proposition équivaudrait à « condamner », imposer à tout militaire ayant entre 1 et 100 jours de service militaire encore à faire à effectuer 150 jours de service civil.

14. La mesure incite à terminer ses obligations militaires au lieu de demander le service civil.

15. Partant du constat, hautement probable<sup>7</sup>, selon lequel les pertes en effectifs augmentent en fonction de l'âge par lassitude, perte d'intérêt ou en raison de l'augmentation des obligations professionnelles et familiales. Il conviendrait toutefois de disposer des chiffres du nombre des personnes qui quittent l'arme dans ces tranches d'âge soit pour le service civil, soit pour raisons médicales. En effet, si le problème est une question d'emploi du temps, la demande de service civil est d'autant plus contre-productive.

16. A cet aulne, la mesure aura pour effet principal d'augmenter le nombre de demandes médicales et assez peu de diminuer le nombre de service civil. Quand à sa capacité à renforcer la motivation pour l'armée, elle est ici hors contexte – ce n'est pas notre problème ou celui du service civil – et elle n'est que très indirecte, la diminution de l'attrait du service civil n'augmentant pas pour autant l'attrait pour l'armée.

#### Calculs concernant la mesure proposée

17. Dans la pratique, divers types de calculs sont possibles pour déterminer les effets et les proportions de la proposition. Mes connaissances mathématiques sont limitées, donc d'autres calculs sont peut-être possibles ou éventuellement meilleurs, mais ceux-ci révèlent plusieurs des effets pervers de la proposition:

a. Le facteur multipliant le nombre de jours à faire est, avec la proposition exponentiel : La personne qui aurait 1 seul jour d'armée encore à faire se retrouverait à en faire 150 jours, soit 150 fois plus que le nombre de jour d'armée requis.

Dans le détail, un militaire à qui il resterait :

1 cours de répétition (CR), soit 19 jours (150/19), verrait le multiplicateur passer de 1.5 à 7.89

2 cours de répétition, le facteur (150/38) est encore du quadruple (3.94)

3 cours de répétition, le facteur descend à 2.63

4 cours de répétition, le facteur est de 2 (1.97)

5 cours de répétition le facteur est encore de 1.57, soit plus haut que la loi actuelle ou que le facteur attribué aux civilistes ayant encore plus de jours.

Ce n'est donc qu'avec 6 cours de répétition encore à faire, soit avec le nombre total des cours de répétition à faire par les soldats, et donc durant le premier cours de répétition que l'ajout systématique de 150 jours, rejoint le facteur général de 1.5.

*Dit autrement, à quelques jours prêts, quiconque demanderait le service civil après l'école de recrue devrait faire 150 jours de service civil au moins, quelque soit le nombre de jour d'armée restant à faire. Pourquoi ne pas le dire ?*

b. Le calcul peut aussi être fait en tenant compte des jours de service militaires et civils faits au total.

Exemple pour un soldat :

Ecole de recrue de 124 jours, solde 121 jours de service en CR. Total 245<sup>(8)</sup>. Service civil complet, 245 X 1.5 = 367 jours de service civil.

Jours de service mil faits : 244 (au lieu de 245)+150=394 (proposition). Système actuel : 244 + 2 (1 x 1.5) = 246 (actuel). Différence : 148 jours à faire en plus qu'avec le système actuel et ... 27 de plus qu'en ayant demandé le service civil dès le recrutement.

<sup>6</sup> Loi sur l'armée et l'administration militaire (LAAM), [art. 41](#).

<sup>7</sup> La permanence que nous représentons confirme, à sa modeste mesure, cette tendance. Les hommes de plus de 25 ans sont relativement nombreux à vouloir mettre un terme à leurs obligations militaires et leur nombre augmente avec l'âge

<sup>8</sup> OMI, [art. 47](#).



Jours de service faits :  $238 (6 \text{ CR faits}) + 150 = 388$  jours à faire ou (système actuel)  $238 + 9 (6 \times 1.5) = 247$ . Différence : 141 jours de service civil en plus qu'avec le système actuel, mais aussi 21 jours de service (mil et civ) en plus de ce que ce même soldat aurait eu à faire s'il avait demandé le service civil dès la fin du recrutement.

En cela, le service est *punitif parce qu'il impose des jours en plus ... pour avoir accepté de faire presque tout son service militaire !!!*

Jours de service faits :  $219 (5 \text{ CR}) + 150 = 369$  ou (actuel :)  $219 + 39 (26 \times 1.5) = 258$ . Différence : 111 jours de plus que le système actuel, mais encore 2 jours de plus qu'avec un service civil demandé dès l'origine.

Jours de service faits  $200 (4 \text{ CR}) + 150 = 350$  ou actuel  $200 + 68 (45 \times 1.5) = 268$ . Différence : 82 en plus que le système actuel.

A partir d'ici le nombre total de jours faits devient inférieur à un service civil demandé d'emblée et donc les jours de service militaire faits diminuent le nombre total de jours à faire.

Jours de service faits  $181 (3 \text{ CR}) + 150 = 331$  ou  $181 + 96 (64 \times 1.5) = 277$ . Différence, 54 jours de service civil en plus, mais 90 de moins qu'avec un service civil complet.

Jours de service faits  $162 (2 \text{ CR}) + 150 = 312$  ou

Jours de service faits  $143 (1 \text{ CR}) + 150 = 293$  ou  $143 + 156 (101 \times 1.5) = 299$  Différence  $\pm 0$ .

#### Effets pour la pratique

c. Les effets du nouveau système sur les intérêts des candidats civilistes, en termes de jours à faire seraient les suivants :

1) Le facteur de 1.5 s'applique durant l'école de recrue, voir durant le 1<sup>er</sup> CR. Inchangé.

2) Tout jour d'armée fait durant cette période diminue effectivement le nombre total (armée et sc) de jours à faire, par rapport à un service civil complet. Inchangé.

3) Dès le 2<sup>ème</sup> CR et jusqu'au 4<sup>ème</sup> CR, le nouveau système augmente progressivement, par rapport à l'ancien, effet étrange, le nombre de jours total à faire, même si l'on fait ces CR, soit d'avoir à faire encore plus de service en tout parce que l'on fait de l'armée (absurde !), puis d'avoir à faire du service civil en plus, même si le nombre de jours total de service civil et militaire reste inférieur à ce que devrait faire un civiliste de la première heure mis au facteur 1.5).

Exemple : Faire un 2<sup>ème</sup> CR de 19 jours et demander le sc, ajoute en plus de ces 19 jours 17 jours de service en tout (civil et militaire) par rapport au système actuel, dans lequel le civiliste en faisant ce CR épargnerait 9 jours de service civil ( $19 - x 1.5$ ). (Nouveau :  $162 \text{ SM} + 150 \text{ SC} = 312$  Ancien  $162 + 125$  (solde de  $83 \times 1.5$ ) = 287, nouveau = J plus 25. S'il ne fait pas ce CR (ancien  $\text{SM } 143 + \text{SC } 152 (101 \times 1.5) = 295$  soit quelques jours en plus de SC pour ne pas avoir fait ce cours (295 au lieu 287), mais toujours au total 17 jours de moins qu'en faisant ce CR dans le système proposé, lequel augmente donc le nombre de jours à faire sans donner de diminution pour ceux faits.

Idem pour les 3<sup>ème</sup> et 4<sup>ème</sup> CR. Je renonce aux calculs ici, mais le nombre de jours d'armée faits sans diminuer le nombre de jours de service totaux augmentera d'autant, par rapport à quelqu'un qui demande le SC après l'ER ou le 1<sup>er</sup> CR.

4) Dès le 5<sup>ème</sup> CR, le nombre total (SC et SM) de jours à faire devient plus grand que quelqu'un qui demande le service civil dès le 1<sup>er</sup> jour.

d. En résumé, il ne sera intéressant, en terme de jours à faire (ou rentable) de demander le service qu'entre le recrutement et la fin du 1<sup>er</sup> cours de répétition. A l'inverse, toute demande faite ultérieurement augmentera, de plus en plus gravement, la charge totale du nombre de jours à faire, laquelle dépassera, si le SC est demandé durant ou après le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, le nombre de jours à faire pour quelqu'un qui demande le service civil avant l'ER.

18. Tactiquement, pour le soutien aux objecteurs, l'intérêt à demander le service civil entre le recrutement et la fin de l'école de recrue reste similaire. Par contre, plus le militaire avance dans sa carrière militaire, plus la charge de jours augmente, plus il devient difficile de demander le service civil (et plus sera grande le besoin de demander la voie bleue).

19. Cela n'aura pas pour effet de diminuer fortement le nombre de demandes de service civil, puisque les demandes seront soit pour une part reportées plus tôt dans la carrière militaire, soit transformées en demande médicales et que rares seront les personnes qui en fin de carrière militaire décideront de finir leur service plutôt que de sortir de l'armée, d'une façon ou d'une autre.



### La durée du service civil en droit

20. En droit Suisse, le facteur légal de 1.5 est le même depuis l'origine. Avec toutefois la réserve présentée ci-dessus au point 6 concernant la durée effective (et non légale) située aux environ de 1.8.

21. Le droit international, le Comité des droits de l'homme et la Cour européenne des droits de l'homme, tiennent de jurisprudence constante le fait que le service civil doit être de nature civile et non-punitif.

22. Une durée supérieure au double du service militaire à remplacer est considérée comme excessive<sup>9</sup>. Ainsi, l'attribution à toute personne ayant moins de 75 jours de service militaire à faire de 150 jours de service civil serait contraire au droit international.

23. Mais c'est dans son ensemble, ou à tout le moins dès le 2<sup>ème</sup> cours de répétition, que la mesure est discriminatoire. D'abord parce que plus, ils servent dans l'armée, plus elle pénalise les militaires qui demandent le service civil. Ensuite, parce qu'elle traite différemment des personnes dans des situations similaires, à savoir des personnes présentant une demande de service civil, demande qui est de même nature quel que soit le moment où elle est faite et pour laquelle le nombre de jours de service militaire accomplis n'a aucune incidence, sauf peut-être à renforcer le besoin de présenter une objection de conscience, ce qui reste sans influence aucune sur le droit fondamental à demander le service civil.

24. La loi sur le service civil pose comme principe que la charge du service civil devrait équivalente à celle de l'armée<sup>10</sup>. Toutefois la mesure proposée, en tous les cas dès le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, puisque la charge en jours à faire est alourdie au-delà de ce que le militaire aurait à faire en demandant le service civil avant l'école de recrue. Ainsi, non-seulement, la personne concernée effectue la plus large part de son service militaire (les 3/4), mais elle y voit ajouté une part importante de service civil (150/367) soit presque la moitié du service civil en plus, pour un total qui dépasse ce qu'elle aurait eu à faire tant à l'armée qu'avec un service civil entier. A ce titre, la mesure est non seulement dissuasive, mais discriminatoire dans la mesure où elle pénalise ceux qui ont déjà fait beaucoup d'armée (ne devraient-ils pas au contraire être pour cela remerciés ?).

25. Par ailleurs, le droit à l'objection de conscience étant un droit fondamental, toute forme de dissuasion, en entravant son libre exercice, est déjà une violation du droit.

26. Et il est finalement, à mon sens, difficile la nature punitive de la mesure, puisque ce sont ceux-là même, qui ont le plus servi dans l'armée, qui se voient le plus pénalisés.

### Résumé :

- Violation du droit international sur la durée du service civil.
- Discrimination entre les civilistes « d'origine » et ceux qui demandent le service civil au cours de leur carrière militaire (l'objection reste la même, pour les mêmes motifs et contre le même service militaire, seule change la situation militaire).
- Mesure probablement punitive.
- Mesure simple en apparence, mais particulièrement compliquée à comprendre et à calculer, entre autres pour les personnes concernées.

---

<sup>9</sup> ONU, Comité des droits de l'homme: Foin v France (Communication No. 666/1995), CCPR/C/D/666/1995, 9 November 1999, para. 10.3, entre autres jurisprudence. Voir aussi: Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 8.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUINO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>  
Il existe aussi une traduction allemande de document, p. 21 : [http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV\\_2014-3\\_KDVundAsyl.pdf](http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV_2014-3_KDVundAsyl.pdf)

Voir aussi le rapport quadriennal du Haut Commissaire aux Droits de l'Homme sur l'objection de conscience, 1.5.2017, § 22.  
<http://www.undocs.org/fr/A/HRC/35/4>

<sup>10</sup> LSC 5



### **Mesure 2 :**

Délai d'attente de 12 mois entre le dépôt de la demande et l'admission, avec obligation de faire les périodes de service militaires prévues.

27. La mesure est contraire à la constitution. Celle-ci prévoit, textuellement : « un service de remplacement »<sup>11</sup>. Or un *remplacement du service* n'est en aucun cas un service de remplacement *différé* avec maintien du service à remplacer, en attente du service de remplacement.

Des délais pour la mise en œuvre, par la personne concernée comme par l'administration, du service de remplacement sont acceptable, voir le maintien des obligations en attente de la décision d'admission<sup>12</sup>, mais en aucun le droit à l'objection de conscience ne saurait-il être suspendu.

28. De plus, la proposition est largement impraticable et passablement conflictogène. Les civilistes concernés ne se gêneront pas pour demander des reports, se faire porter malade ou pour ne pas se présenter et leur motifs de conscience finissant toujours par être reconnus, ils ne seront, s'ils sont que partiellement et inégalement sanctionnés pour ces déflections. Sans parler de la charge administrative supplémentaire pour les administrations cantonales.

### Résumé

- Mesure contraire à la constitution.
- Discrimination entre les civilistes qui font une demande avant l'école de recrue, lesquels ne sont pas condamnés à des périodes militaires et ceux qui la font après l'ER, qui doivent en faire ou, vaille que vaille, les faire annuler.
- Mesure de nature à créer de nombreuses difficultés administratives tant pour les conscrits et les civilistes que pour l'administration.

### **Mesure 3 :**

29. Suppression du facteur 1.1 et passage au facteur 1.5 pour les officiers et les sous-officiers supérieurs.

30. Les personnes concernées sont relativement peu nombreuses. Elles ont néanmoins les mêmes droits. Mais surtout toutes ces personnes, qui ont été obligées de revêtir ces fonctions d'encadrement, ont déjà servi, au moment de la demande d'admission au service civil plus de jours d'armée que ne servent les civilistes qui n'en a fait aucun. Le moins gradé de ceux-ci servira un total 440 jours de services au lieu de 245<sup>13</sup>. Pour obtenir son grade, il en aura déjà fait presque autant qu'un soldat normal. Et le solde de jour à faire, qu'il soit multiplié par 1.1. ou 1.5 dépassera de toutes façons le nombre maximal de jours effectués par un civiliste ne faisant pas d'armée du tout.

31. Sachant que l'obligation de grader est imposée, même avec un facteur 1.1, la personne qui demande le service civil alors qu'elle a déjà revêtu son grade est discriminée par rapport à un civiliste qui demande le service avant de recevoir le moindre grade. Augmenté cette durée plus encore, alors que la personne gradée sert déjà plus que toute autre personne sans garde, apparaît là aussi comme punitive.

### Résumé

- En conjonction avec la discrimination décrite ci-après, violation du droit international sur la durée du service de remplacement.
- Discrimination entre les officiers et sous-officiers supérieurs d'une part et les soldats d'autre part en raison d'abord de l'obligation de grader d'abord, pour laquelle les premiers ne peuvent rien, puis du fait qu'en raison de cette obligation, ils ont déjà effectué, contre leur gré, une durée de service aussi importante que les soldats, durée sur laquelle vient ensuite s'ajouter une très longue durée de service civil supplémentaire. Dit autrement, le soldat qui demande le service civil évite non-seulement de grader, mais tous les jours de service civil supplémentaires en cas de conflit de conscience alors que l'officier, qui est en droit de développer un conflit de conscience à tout moment, en est d'autant plus pénalisé.

<sup>11</sup> [Art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement.](#)

<sup>12</sup> [LSC 17 et 17a.](#)

<sup>13</sup> [OMI 47](#)



- Mesure qui ne touche qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 4 :**

32. Interdiction faite aux médecins de faire du service civil en tant que médecins.

33. Là encore, la mesure ne concerne que très peu de personnes. Les médecins ont en moyenne au moins 26-27 ans à la fin de leur formation et ce moment-là, la plupart des périodes longues sont faites. Mais quand bien même, faut-il priver les hôpitaux de ces médecins-là ?

34. Par ailleurs, la mesure est à nouveau discriminatoire ; pourquoi les médecins et pas les géologues, les travailleurs sociaux ou les enseignants ? Là ce ne serait plus seulement certains civilistes, mais tout le service d'intérêt public qui tendrait à être victime d'une vision trop étroite des possibilités de service civil.

35. Enfin, il existe certes une disposition qui interdit certaines affectations en fonction de la personne du civiliste, en particulier si elle favorise sa formation<sup>14</sup>. Et c'est probablement, dans ce contexte que la proposition s'inspirerait. Mais à nouveau, certains militaires exercent des fonctions militaires en lien avec leur profession – et pas seulement des médecins ! – en quoi des civilistes n'auraient-ils pas le droit d'en faire autant ?

#### Résumé

- Mesure hautement discriminatoire (par professions).
- Mesure ne touchant (en l'état, que les médecins) qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 5 :**

36. Pas d'admission au service civil pour les personnes pour lesquelles il ne reste plus de jours de service, mais pour lesquelles il reste des tirs obligatoires.

37. La question est controversée depuis longtemps. Seul sont concernés les militaires en service long, qui restent incorporés ensuite pendant 4 ans<sup>15</sup>. Il conviendrait de savoir combien il y a eu de cas.

38. Pour rappel, les militaires ont la possibilité de déposer l'arme, sans motifs, s'ils ne souhaitent pas la conserver, mais cela ne les dispense pas des tirs<sup>16</sup>.

39. D'abord, il convient de rappeler que l'exécution de tirs obligatoires, dans le cadre d'un service militaire, même terminé, peuvent donner lieu à conflit de conscience, qui plus est si celui-ci peut avoir à se manifester durant une période de 4 ans.

40. En ce sens, la mesure ignore et passe complètement à côté, nie un problème qu'il y aurait pourtant lieu de résoudre.

41. A mon sens, une procédure plus simple qu'une admission au service civil devrait permettre, par exemple mais en tous les cas pour motifs de conscience légitimes, de remettre l'arme définitivement et d'être ainsi dispensé des tirs obligatoires.

#### Résumé

- Violation du droit à l'objection de conscience
- Mesure administrative inadéquate
- Mesure ne touchant qu'un nombre limité de personne

#### **Mesure 6 :**

42. Les civilistes sont tenus de faire une période de service civil par année dès l'admission.

---

<sup>14</sup> [LSC 4a](#)

<sup>15</sup> [LAAM 54a](#)

<sup>16</sup> Ordonnance concernant l'équipement personnel des militaires (OEPM), [art. 6a](#).



43. La mesure existe déjà, [art. 39a](#) de l'ordonnance sur le service civil : « La personne astreinte au service civil *effectue chaque année* des affectations de service civil d'une durée de 26 jours au moins à partir de la deuxième année civile au plus tard ».

44. Les reports étant relativement fréquents, on peut se demander si c'est ceux-ci qu'il s'agit de limiter, mais le texte de la mesure est pour le surplus inutile.

#### Résumé

- Proposition de mesure incompétente, mesure déjà prévue par la loi.

#### Mesure 7 :

45. Obligation pour les personnes en service long, d'effectuer la période longue de service civile dans l'année qui suit (et non pas dans les trois ans qui suivent) l'admission au service civil.

46. Imposer un service civil long est une vieille mesure de 2011, que le Tribunal administratif fédéral avait annulée en raison de [l'article 20 de la LSC](#) qui stipule que le SC peut être fait en une ou plusieurs périodes<sup>17</sup>.

47. Depuis toujours, nous recommandons aux militaires en service long de passer d'abord au service normal, avant de demander le service civil, entre autres afin d'éviter le surplus de jours, actuellement 55 jours de service militaire ou 82 jours de service civil en plus<sup>18</sup>. Notre recommandation ne changera pas.

48. De plus, la mesure ne prévoit cette obligation que si l'école de recrue n'est pas terminée, or l'école de recrue est considérée comme terminée si 80% de ses jours ont été accomplis<sup>19</sup>; soit pour une école usuelle de 124 jours, dès le 100<sup>ème</sup> jour d'école de recrue. Mais dans la pratique, la demande de service civil peut être faite quelques jours plutôt, puisque celle-ci prend quelques jours, voir semaines à condition pour cela que l'admission à la fin du processus de demande intervienne après le 100<sup>ème</sup> jour de service.

49. Que ce soit en passant au service normal et en attendant les 80% de son service militaire (dans des conditions « suffisantes ») – si encore au service long avec les jours en sus – il est très facile d'éviter cette mesure et peu nombreux sont ceux qui se retrouveront à devoir faire une période longue ou leur période longue de service civile dans l'année qui suit. Au demeurant si un plan de carrière avait prévu une mise en suspend de celui-ci pour le service militaire long, avec une libération en fin d'école de recrue et une affectation longue trouvée rapidement, celle-ci peut être faite dans le temps préalablement dévolu au service militaire long.

50. La mesure est aussi discriminatoire puisqu'elle traite plus durement les militaires en service long que les militaires en service normal d'une part, et alors plus durement que les civilistes n'ayant pas débuté l'école de recrue d'autre part.

#### Résumé

- Mesure facile à contourner, voire à accommoder.
- Mesure ne concernant alors plus qu'un nombre limité de personne.
- Mesure discriminatoire.

#### Considérations finales

51. Les mesures 1 et 3 violent le droit international sur la durée du service civil.

52. La mesure 2 viole la constitution sur la notion de service de remplacement et la mesure 5 viole la constitution sur le droit à un service de remplacement.

53. Les mesures 1, 3, 4 et 7 sont clairement discriminatoires et violent à un titre ou un autre l'égalité de traitement.

54. Les mesures 3, 4, 5 et 7 ne touchent que – mais gravement – un nombre limité de personnes. À ce titre, le but premier de ces mesures n'est probablement pas ou que partiellement de toucher ces personnes-là, voire de les maintenir dans l'armée mais de donner l'impression qu'il est difficile ou déconseillé, qu'il est

<sup>17</sup> <http://www.infodroit.ch/spip.php?article91>

<sup>18</sup> [OMI 111](#)

<sup>19</sup> [OMI 57](#) ou [37 ordonnance sur le service civil \(OSI\)](#) (même teneur).



même dissuadé de sortir de l'armée. Un tel but viole le droit au service civil et un service civil non-discriminatoire et non-punitif.

55. Il convient d'ajouter à ce propos que les instances et jurisprudences internationales ont reconnus sans hésiter le droit à l'objection de conscience pour les appelés, comme pour les volontaires et les professionnels. Autrement dit et pour ce qui nous occupe ici, le droit à l'objection de conscience et au service de remplacement est et reste le même, ne saurait donc subir d'aggravation dans l'exercice du droit, soit l'accès au service civil, comme dans sa réalisation, soit l'accomplissement du service civil, que la personne concernée aie commencé ou non à servir dans l'armée<sup>20</sup>.

56. Les mesures 2, 3 et 4 supposent des difficultés de mise en œuvre particulièrement importantes. La mesure 5 pourrait faire l'objet d'une simplification administrative.

57. La mesure 6 est inutile, une aberration puisqu'elle préconise quelque chose qui existe déjà.

58. L'analyse de l'ensemble de ces mesures donne l'impression forte que l'armée est très embarrassée, mal à l'aise en raison des demandes service civil issues des ses rangs.

59. Ainsi quand bien même l'ensemble de ces mesures, si elles venaient à être mise en œuvre, aurait pourrait effet d'inciter les conscrits à demander le service civil bien plus tôt, ce qui n'est pas utile à l'armée non plus, il conviendrait de combattre ces mesures pour les effets et les complications graves qu'elles imposent, en toutes sortes de circonstances, aux militaires.

60. Il convient aussi de constater que les mesures proposées font preuve d'une méconnaissance, tant du droit international que du droit constitutionnel suisse qui confine à l'impréparation, voire au mépris, tant des civilistes que des militaires.

61. Enfin, dans le cadre des réactions à ces propositions de mesures, il conviendra de rappeler certaines ou l'ensemble de nos revendications de base, à savoir une présence civile lors du recrutement afin de faciliter son impartialité, un durée raisonnable et une compensation financière garantissant au moins l'accès au minimum vital<sup>21</sup>.

Christophe Barbey,  
Juriste, permanent depuis 2006

---

<sup>20</sup> Voir les résolutions du Conseil des Droits de l'Homme, par exemple la résolution du 8 octobre 2013, art. 12 [A/RES/HRC/24/17](#) ou Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 4.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

<sup>21</sup> Avec une APG de 62.- par jour durant l'ER ou son équivalent au service civil, ou en cas d'absence de salaire préalable au service ou de droit à son équivalent, avec 1'800.- par mois ~, le minimum vital n'est pas atteint. Le dernier rapport du haut commissaire aux droits de l'homme mentionne une trop faible rémunération comme étant de nature punitive. [A/HRC/35/4](#), § 21.

Zivildienst Zentralstelle
- 4. Sep. 2018
Eingescannt Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Herisau, im August 2018

## Stellungnahme zur Änderung des Zivildienstgesetzes eines Verantwortlichen für Zivildiensteinsätze eines Einsatzbetriebes

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns (via CIVIVA) eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### Einleitung meiner persönlichen Beurteilung

Seit mehreren Jahren bin ich für die in der Entwicklungszusammenarbeit tätige Mission am Nil International zuständig für das Rekrütieren, Prüfen und Entsenden von Zivildienstleistenden ins Ausland. Wir sind durchwegs überzeugt, dass der Zivildienst einen grossen Nutzen für die Gesellschaft, die Umwelt und v.a. für die Persönlichkeitsentwicklung und die sozialen und interkulturellen Kompetenzen der Dienstleistenden bringt. Damit leistet der Zivildienst ebenso einen bedeutenden friedenssichernden Beitrag, in gewissem Sinne noch glaubwürdiger als es die Armee vermag. Wir erleben den Zivildienst als wirkungsvoll und effizient organisiert. Es ist in unserem Erfahrungsbereich bei weitem keine «Warmduscheralternative» zum Militärdienst für Drückeberger, Hochsensible, Armeedienstverweigerer, etc. Fast ausnahmslos bringen sich in unseren Projekten die Zivildienstleistenden überdurchschnittlich intensiv und fachlich sehr wertvoll ein. Oft arbeiten sie unter weit bescheideneren Bedingungen, als sie die Armee den Rekruten inzwischen bietet. Mehrere absolvierten, resp. absolvieren später noch Volontäreinsätze ohne Entschädigung in unseren Projekten. «Meine Zivis» sind fast ausschliesslich Handwerker, viele davon haben teilweise Militärdienst geleistet und es ist kein pazifistischer Gewissenskonflikt, der sie in den Zivildienst treibt und dafür erhebliche Opfer bringen lässt. Es sind schlicht und einfach recht schweizerische Tugenden, die sie dazu bewegen. Nämlich einen sinnstiftenden, interessanten Dienst leisten zu wollen. Zu einem erstaunlich kleinen Teil aus religiösen oder humanistischen Gründen. Dies zumindest in den Pflichtbereichen, die wir als christlich motiviertes Hilfswerk (Entwicklungszusammenarbeit) anbieten.

### Begründungen

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist m.E. ein unwürdiger Versuch, die angeblichen Rekrutierungsprobleme der Armee mit autoritären, ideell gefärbten und ungerechten Massnahmen zu lösen.

Voraussetzung für eine Loyalität mit der Gesellschaft und den Regierenden ist doch, dass man ernst genommen wird in seiner Überzeugung, wie der Gesellschaft und einem Land sinnvoll gedient werden kann. Wer gegen diese Überzeugung autoritär zu einem Dienst gezwungen wird, ist in einem Einsatz

zur Übung oder im Ernstfall bestimmt nutzloser, als ein Zivildienstleistender, der durch eine eventuelle Bedrohungslage überzeugt wird, dass im Notfall die Armee doch seine Dienste auch brauchen könnte. Ich störe mich vor allem an der geplanten höheren Schwelle für Aussteiger welche die milit. Grundausbildung oder gar bereits als Kader gedient haben.

**Es grenzt an ein nicht nachvollziehbares Verständnis von Dienst an der Gemeinschaft, wenn junge Männer in gewisser Hinsicht bestraft werden, weil sie bereit sind, noch in anderer Form der Gesellschaft zu dienen. Dass sie dies tun, nachdem sie bereits das Grundhandwerk der militärischen Verteidigung gelernt haben, ist oft, weil sie die Wiederholungskurse als ineffizient und belastend erleben, aber auch weil sie die Zivildiensteinsätze flexibler gestalten und damit ihrer beruflichen Tätigkeit anpassen können. Hier müsste sich m.E. etwas bewegen. Das Argument der hohen Ausbildungskosten für dann doch Aussteigende ist sehr schwach, wenn man bedenkt, wie viele in der Gott sei Dank friedlichen Vergangenheit für eigentlich Nichts ausgebildet wurden, da sie inzwischen aus der Armee entlassen sind oder seit Jahren keinen WK mehr machen müssen.**

Es scheint mir, dass die geplanten Massnahmen ein wenig durchdacht und im Resultat höchst ungewisser Versuch sind, den Zivildienst zugunsten eines Militärdienstes unattraktiv zu machen. Dass Einsatzbetriebe halt die Opfer bringen müssen, liesse sich ja bei einer erhöhten Bedrohungslage, der nur mit militärischen Mitteln begegnet werden könnte, noch rechtfertigen. Eine solche Bedrohungslage ist zum Glück nicht in Sicht. Opfer indessen bringen aber wir alle als Steuerzahler, ist es doch nachweisbar, dass der Zivildienst gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Nutzen bringt. Dies scheint mir bei der Armee nur mit Blick auf Kriegswahrscheinlichkeit evtl. möglich.

Und da sind wir bei der Gewissensfrage, wie ein Krieg Probleme lösen kann. Solche Gewissensfragen rücken automatisch wieder in den Vordergrund, wenn der Armee mehr Rechte zugesprochen werden, zulasten alternativer Friedensförderungsmassnahmen. Wenn diverse Untersuchungen/Studien zum Schluss kommen, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet, bekommen die aktuellen Änderungsvorschläge, um den Zugang zum Zivildienst zu erschweren, eine ideologische Färbung. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich folglich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab, die offenbar nicht gewillt sind, Lösungen in den eigenen Strukturen und Methoden zu erarbeiten.

Ich stelle mich also weitgehend hinter den schweizerischen Zivildienstverband CIVIVA und bitte Sie diese Vorschläge nochmals zu überprüfen. Ich kann mir durchaus Veränderungen vorstellen, welche die Motivation der Zivildienstleistenden mehr unter Beweis stellen, nicht aber in der vorgeschlagenen Form, da sie sehr ungerechte Wirkungen hat.

Wir wünschen uns eine Politik, welche die Gesamtheit der Dienstwilligen nicht gegeneinander ausspielt, sondern diese Grundbereitschaft durch vielfältige noch ausbaubare Angebote in ergänzender Weise fördert. Unterschiedliche Ideologien zu Verteidigungsstrategien dürfen nicht zu einem Machtkampf ausarten, sonst gibt es nur Verlierer. Dies sollte nicht nur ein militärisches Grundprinzip, sondern auch immer wieder ein politisches sein.

Mit freundlichen Grüssen

Egon Graf  
MN International



Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Willisau, 31. August 2018

## **Stellungnahme Einsatzbetrieb Schule Willisau (34083) zur Änderung des Zivildienstgesetzes**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### **Einleitung und grundsätzliche Beurteilung**

Wir sind überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### **Kein Handlungsbedarf**

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.



## Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Diensttage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoß gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

## Unklare Auswirkungen

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Wir weisen darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Der Einsatzbetrieb Schule Willisau lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

## Eigene Vorschläge

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwarten wir, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Wir schlagen dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.



- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

## **Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweisen wir auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für uns ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

## **Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Dienstage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.



### **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

Wir gehen davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Dienstage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Diensttage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Dienstagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus unserer Sicht besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

Wir sind der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Wir sehen absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildienstage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Dienstage erfüllen (2017: 96.7% aller Dienstage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Dienstage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Dienstage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.



## **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

### **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

Wir bedauern, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Abschliessend dürfen wir festhalten, dass die Zivis in unserem Einsatzbetrieb eine intensive, anspruchsvolle Arbeit mit einem grossen gemeinnützigen Wert leisten.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Im Namen der Schule Willisau

Hubert Müller, Schulleiter 5. – 9. Klasse  
Verantwortlicher für Zivildienstleistende





Permanence romande pour civilistes et militaires  
Permanence@infodroit.ch ou  
Le mardi de 12 à 14 heures au 026 925 80 66.  
Pour les urgences, 079 524 35 74, veuillez laisser un message.

Flendruz, 16 juin 2018

### Avis de droit

*A qui de droit*

#### **7 mesures du Conseil fédéral destinées à la consultation. Modifications de la loi sur le service civil. 2018**

##### En préalable

1. Le droit à l'objection de conscience est un droit fondamental internationalement reconnu.
2. Il est reconnu par les jurisprudences du Comité des droits de l'homme et de la Cour Européenne des droits de l'homme, il est présent dans la constitution suisse<sup>1</sup>.
3. Ce droit s'appuie essentiellement tant sur le refus impératif de tuer que sur le refus de résoudre les conflits par la violence.
4. Le conflit entre l'obligation constitutionnelle de servir dans l'armée d'une part et la conscience d'autre part (appelé conflit de conscience) peut se manifester sous diverses formes et à divers moments, de façons plus ou moins virulentes ou soudaines, y compris parfois par des somatisations ou des actes de rébellions. La problématique a été largement résolue par deux mesures:
5. 1) Il a été renoncé au « contrôle de conscience » en adoptant le système dit de la preuve par l'acte, soit l'acceptation, par la personne qui demande le service civil d'une durée plus longue pour ce service que celle requise pour le service militaire.

Cette mesure a pour avantage (en plus d'une forte diminution de la charge administrative) d'éviter d'une part l'aggravation et la stigmatisation du conflit de conscience par son besoin de le confronter à la procédure et de libérer d'autre part la personne concernée d'une appréhension et d'une expression intellectuelle et verbalisée de ce conflit, inévitablement discriminatoire selon le niveau d'éducation, et sujette d'autre part à des biais divers, puisque le résultat de l'examen dépendait largement du degré de préparation à celui-ci plutôt que de la nature même, des sources et des raisons du conflit de conscience.

6. Il convient toutefois de noter que ce système de quotité a dès le début présenté un défaut important, au demeurant partiellement caché des civilistes eux-mêmes, dans la mesure où la durée de service civil requise par la loi (1 fois et demie – 1,5 – celle du service militaire encore à faire au moment de la demande) est dans la pratique comparativement différente de la durée du service militaire réellement effectuée par les militaires libérés lorsqu'ils atteignent la limite d'âge. En effet, ceux-ci se voient alors remettre le solde des jours de service non-effectués, alors que les civilistes se voient pénalement condamnés s'ils n'effectuent pas l'entier de leurs jours avant la même limite d'âge (limite par ailleurs par elle-même plus exigeante, puisqu'ils ont plus de jours à effectuer dans le même laps de temps). L'armée a de plus tardé à donner les chiffres permettant de mesurer cette différence des durées respectives des

---

<sup>1</sup> Constitution fédérale (Cst.) [Article 10 sur la droit à la vie](#), [art. 15 sur la liberté de conscience](#), [art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement](#).



services. Pourtant des estimations raisonnables permettaient d'évaluer le nombre de jours de service civil effectués pour les civilistes demandant le service civil pour l'entier de leur périodes de service militaires comme étant environ du double du nombre de jour effectué en moyenne par les soldats terminant leur obligation à la limite d'âge<sup>2</sup>. Actuellement, ce taux semble s'être amélioré un peu, mais la durée comparée du service civil resterait de 1.8 plus élevée que la durée des services militaires, et non pas les 1.5 que stipule la loi. Il conviendra de vérifier les effets de la nouvelle loi sur l'armée sur cette problématique, la limite d'âge n'étant plus un âge fixe (p. ex. 34 ans), mais devenant un nombre de dix années pour faire les services requis après l'école de recrue<sup>3</sup>.

7. De plus la discrimination pénale demeure, puisque contrairement au service civil, aucune mesure permettant d'assurer le rythme et le progrès de la réalisation des périodes de service militaire, mesure accompagnées dans la loi sur le service civil de mesures pénales en cas de retards, n'ont été introduites dans la nouvelle législation sur la l'armée. Ainsi, le civiliste doit accomplir certaines périodes (la première suivant l'admission et la période longue) selon des délais fixes et il ne doit pas lui rester plus d'une certaine proportion de jours à faire avant d'atteindre la limite d'âge. Passé ces délais ou si la proportion de jours restant à faire est trop forte, le civiliste est convoqué d'office pour le surplus ou la période concernée, puis il encoure une peine s'il n'effectue pas la période requise. Il n'existe, pas de système similaire ou aussi contraignant dans l'armée. Pour avoir une vision complète de cette discrimination, pénalement grave, il conviendrait encore de comparer le nombre des dispenses pour justes motifs, lesquelles au demeurant ne font que repousser le problème, dispenses accordées tant pour les civilistes que pour les militaires. Nonobstant, vu la nature différente des système de suivi et de répression des deux sortes d'obligations, puisqu'il y a des condamnations pour retard dus au système de suivi contre les civilistes et qu'il n'y en a pas pour les militaires, la discrimination pénale demeure, tout comme demeurera a priori la discrimination sur les durées.

8. 2) Il importe de souligner que le service civil peut et doit pouvoir être demandé en tout temps, c'est d'ailleurs dans la loi<sup>4</sup>.

9. Cela concerne bien sûr la possibilité de demander le service civil depuis une période de service militaire, mais porte surtout sur la nature du conflit de conscience et relève en partie aussi du droit humanitaire.

10. Ainsi, le conflit de conscience peut se développer par une réflexion autonome, mais il peut aussi surgir, progressivement ou soudainement, face à une circonstance rencontrée dans le cadre du service militaire, par exemple lors de la première prise d'arme (il y a hélas des condamnations pour refus d'ordre de personnes qui font à ce moment-là un blocage psychologique) ou en étant mis en confrontation à une arme particulièrement destructive.

11. Il convient aussi, et c'est d'une grande importance, de citer le cas de l'objection de conscience à un ordre criminel, y compris ou surtout si celui-ci viole le droit humanitaire ; objection qui doit en effet pouvoir être exprimée en tout temps et en particulier de façon immédiate au moment de la réception de l'ordre contesté, cette objection devant alors, selon les circonstances, rejeter non-seulement l'ordre contesté lui-même mais aussi l'ensemble du système qui produit ou maintient cet ordre injuste, à tout le moins si l'ordre est maintenu, car alors seul le refus personnel et complet du système permettant, à défaut de pouvoir l'empêcher, la réalisation de ce ordre illégal et des ses conséquences, de préserver la conscience, et donc l'innocence de la personne confrontée à une telle situation. L'objection de conscience à une circonstance particulière devenant alors une objection au sens usuel du terme, une objection d'ensemble au service militaire<sup>5</sup>.

---

<sup>2</sup> Détail du calcul : <http://www.infodroit.ch/spip.php?article44>

<sup>3</sup> Ordonnance sur les obligations militaires (OMI), 1.1.2018, [art. 19](#).

<sup>4</sup> Loi sur le service civil, [art. 16](#).

<sup>5</sup> Voir par exemple, [Jacques Verhaegen](#) : «Le refus d'obéissance aux ordres manifestement criminels », revue du CICR, vol. 84, n° 845, mars 2002.



### Analyse des mesures proposées

**Mesure 1:** 150 jours de service civil pour toutes personnes n'ayant pas terminés ses « services d'instruction » et ayant moins de 100 jours de service militaire restant.

#### Appréciation générale

12. Par « services d'instruction », il est entendu toutes les périodes de services militaires, à savoir écoles de recrues, écoles de cadres et cours de répétition<sup>6</sup>.

13. La proposition équivaldrait à « condamner », imposer à tout militaire ayant entre 1 et 100 jours de service militaire encore à faire à effectuer 150 jours de service civil.

14. La mesure incite à terminer ses obligations militaires au lieu de demander le service civil.

15. Partant du constat, hautement probable<sup>7</sup>, selon lequel les pertes en effectifs augmentent en fonction de l'âge par lassitude, perte d'intérêt ou en raison de l'augmentation des obligations professionnelles et familiales. Il conviendrait toutefois de disposer des chiffres du nombre des personnes qui quittent l'arme dans ces tranches d'âge soit pour le service civil, soit pour raisons médicales. En effet, si le problème est une question d'emploi du temps, la demande de service civil est d'autant plus contre-productive.

16. A cet aulne, la mesure aura pour effet principal d'augmenter le nombre de demandes médicales et assez peu de diminuer le nombre de service civil. Quand à sa capacité à renforcer la motivation pour l'armée, elle est ici hors contexte – ce n'est pas notre problème ou celui du service civil – et elle n'est que très indirecte, la diminution de l'attrait du service civil n'augmentant pas pour autant l'attrait pour l'armée.

#### Calculs concernant la mesure proposée

17. Dans la pratique, divers types de calculs sont possibles pour déterminer les effets et les proportions de la proposition. Mes connaissances mathématiques sont limitées, donc d'autres calculs sont peut-être possibles ou éventuellement meilleurs, mais ceux-ci révèlent plusieurs des effets pervers de la proposition:

a. Le facteur multipliant le nombre de jours à faire est, avec la proposition exponentiel : La personne qui aurait 1 seul jour d'armée encore à faire se retrouverait à en faire 150 jours, soit 150 fois plus que le nombre de jour d'armée requis.

Dans le détail, un militaire à qui il resterait :

1 cours de répétition (CR), soit 19 jours (150/19), verrait le multiplicateur passer de 1.5 à 7.89

2 cours de répétition, le facteur (150/38) est encore du quadruple (3.94)

3 cours de répétition, le facteur descend à 2.63

4 cours de répétition, le facteur est de 2 (1.97)

5 cours de répétition le facteur est encore de 1.57, soit plus haut que la loi actuelle ou que le facteur attribué aux civilistes ayant encore plus de jours.

Ce n'est donc qu'avec 6 cours de répétition encore à faire, soit avec le nombre total des cours de répétition à faire par les soldats, et donc durant le premier cours de répétition que l'ajout systématique de 150 jours, rejoint le facteur général de 1.5.

*Dit autrement, à quelques jours prêts, quiconque demanderait le service civil après l'école de recrue devrait faire 150 jours de service civil au moins, quelque soit le nombre de jour d'armée restant à faire. Pourquoi ne pas le dire ?*

b. Le calcul peut aussi être fait en tenant compte des jours de service militaires et civils faits au total. Exemple pour un soldat :

Ecole de recrue de 124 jours, solde 121 jours de service en CR. Total 245<sup>(8)</sup>. Service civil complet, 245 X 1.5 = 367 jours de service civil.

Jours de service mil faits : 244 (au lieu de 245)+150=394 (proposition). Système actuel : 244 + 2 (1 x 1.5) = 246 (actuel). Différence : 148 jours à faire en plus qu'avec le système actuel et ... 27 de plus qu'en ayant demandé le service civil dès le recrutement.

<sup>6</sup> Loi sur l'armée et l'administration militaire (LAAM), [art. 41](#).

<sup>7</sup> La permanence que nous représentons confirme, à sa modeste mesure, cette tendance. Les hommes de plus de 25 ans sont relativement nombreux à vouloir mettre un terme à leurs obligations militaires et leur nombre augmente avec l'âge

<sup>8</sup> OMI, [art. 47](#).



Jours de service faits :  $238 (6 \text{ CR faits}) + 150 = 388$  jours à faire ou (système actuel)  $238 + 9 (6 \times 1.5) = 247$ . Différence : 141 jours de service civil en plus qu'avec le système actuel, mais aussi 21 jours de service (mil et civ) en plus de ce que ce même soldat aurait eu à faire s'il avait demandé le service civil dès la fin du recrutement.

En cela, le service est *punitif parce qu'il impose des jours en plus ... pour avoir accepté de faire presque tout son service militaire !!!*

Jours de service faits :  $219 (5 \text{ CR}) + 150 = 369$  ou (actuel :)  $219 + 39 (26 \times 1.5) = 258$ . Différence : 111 jours de plus que le système actuel, mais encore 2 jours de plus qu'avec un service civil demandé dès l'origine.

Jours de service faits  $200 (4 \text{ CR}) + 150 = 350$  ou actuel  $200 + 68 (45 \times 1.5) = 268$ . Différence : 82 en plus que le système actuel.

A partir d'ici le nombre total de jours faits devient inférieur à un service civil demandé d'emblée et donc les jours de service militaire faits diminuent le nombre total de jours à faire.

Jours de service faits  $181 (3 \text{ CR}) + 150 = 331$  ou  $181 + 96 (64 \times 1.5) = 277$ . Différence, 54 jours de service civil en plus, mais 90 de moins qu'avec un service civil complet.

Jours de service faits  $162 (2 \text{ CR}) + 150 = 312$  ou

Jours de service faits  $143 (1 \text{ CR}) + 150 = 293$  ou  $143 + 156 (101 \times 1.5) = 299$  Différence  $\pm 0$ .

#### Effets pour la pratique

c. Les effets du nouveau système sur les intérêts des candidats civilistes, en termes de jours à faire seraient les suivants :

1) Le facteur de 1.5 s'applique durant l'école de recrue, voir durant le 1<sup>er</sup> CR. Inchangé.

2) Tout jour d'armée fait durant cette période diminue effectivement le nombre total (armée et sc) de jours à faire, par rapport à un service civil complet. Inchangé.

3) Dès le 2<sup>ème</sup> CR et jusqu'au 4<sup>ème</sup> CR, le nouveau système augmente progressivement, par rapport à l'ancien, effet étrange, le nombre de jours total à faire, même si l'on fait ces CR, soit d'avoir à faire encore plus de service en tout parce que l'on fait de l'armée (absurde !), puis d'avoir à faire du service civil en plus, même si le nombre de jours total de service civil et militaire reste inférieur à ce que devrait faire un civiliste de la première heure mis au facteur 1.5).

Exemple : Faire un 2<sup>ème</sup> CR de 19 jours et demander le sc, ajoute en plus de ces 19 jours 17 jours de service en tout (civil et militaire) par rapport au système actuel, dans lequel le civiliste en faisant ce CR épargnerait 9 jours de service civil ( $19 - x 1.5$ ). (Nouveau :  $162 \text{ SM} + 150 \text{ SC} = 312$  Ancien  $162 + 125$  (solde de  $83 \times 1.5$ ) = 287, nouveau = J plus 25. S'il ne fait pas ce CR (ancien  $\text{SM } 143 + \text{SC } 152 (101 \times 1.5) = 295$  soit quelques jours en plus de SC pour ne pas avoir fait ce cours (295 au lieu 287), mais toujours au total 17 jours de moins qu'en faisant ce CR dans le système proposé, lequel augmente donc le nombre de jours à faire sans donner de diminution pour ceux faits.

Idem pour les 3<sup>ème</sup> et 4<sup>ème</sup> CR. Je renonce aux calculs ici, mais le nombre de jours d'armée faits sans diminuer le nombre de jours de service totaux augmentera d'autant, par rapport à quelqu'un qui demande le SC après l'ER ou le 1<sup>er</sup> CR.

4) Dès le 5<sup>ème</sup> CR, le nombre total (SC et SM) de jours à faire devient plus grand que quelqu'un qui demande le service civil dès le 1<sup>er</sup> jour.

d. En résumé, il ne sera intéressant, en terme de jours à faire (ou rentable) de demander le service qu'entre le recrutement et la fin du 1<sup>er</sup> cours de répétition. A l'inverse, toute demande faite ultérieurement augmentera, de plus en plus gravement, la charge totale du nombre de jours à faire, laquelle dépassera, si le SC est demandé durant ou après le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, le nombre de jours à faire pour quelqu'un qui demande le service civil avant l'ER.

18. Tactiquement, pour le soutien aux objecteurs, l'intérêt à demander le service civil entre le recrutement et la fin de l'école de recrue reste similaire. Par contre, plus le militaire avance dans sa carrière militaire, plus la charge de jours augmente, plus il devient difficile de demander le service civil (et plus sera grande le besoin de demander la voie bleue).

19. Cela n'aura pas pour effet de diminuer fortement le nombre de demandes de service civil, puisque les demandes seront soit pour une part reportées plus tôt dans la carrière militaire, soit transformées en demande médicales et que rares seront les personnes qui en fin de carrière militaire décideront de finir leur service plutôt que de sortir de l'armée, d'une façon ou d'une autre.



### La durée du service civil en droit

20. En droit Suisse, le facteur légal de 1.5 est le même depuis l'origine. Avec toutefois la réserve présentée ci-dessus au point 6 concernant la durée effective (et non légale) située aux environs de 1.8.

21. Le droit international, le Comité des droits de l'homme et la Cour européenne des droits de l'homme, tiennent de jurisprudence constante le fait que le service civil doit être de nature civile et non-punitif.

22. Une durée supérieure au double du service militaire à remplacer est considérée comme excessive<sup>9</sup>. Ainsi, l'attribution à toute personne ayant moins de 75 jours de service militaire à faire de 150 jours de service civil serait contraire au droit international.

23. Mais c'est dans son ensemble, ou à tout le moins dès le 2<sup>ème</sup> cours de répétition, que la mesure est discriminatoire. D'abord parce que plus, ils servent dans l'armée, plus elle pénalise les militaires qui demandent le service civil. Ensuite, parce qu'elle traite différemment des personnes dans des situations similaires, à savoir des personnes présentant une demande de service civil, demande qui est de même nature quel que soit le moment où elle est faite et pour laquelle le nombre de jours de service militaire accomplis n'a aucune incidence, sauf peut-être à renforcer le besoin de présenter une objection de conscience, ce qui reste sans influence aucune sur le droit fondamental à demander le service civil.

24. La loi sur le service civil pose comme principe que la charge du service civil devrait équivalente à celle de l'armée<sup>10</sup>. Toutefois la mesure proposée, en tous les cas dès le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, puisque la charge en jours à faire est alourdie au-delà de ce que le militaire aurait à faire en demandant le service civil avant l'école de recrue. Ainsi, non-seulement, la personne concernée effectue la plus large part de son service militaire (les 3/4), mais elle y voit ajoutée une part importante de service civil (150/367) soit presque la moitié du service civil en plus, pour un total qui dépasse ce qu'elle aurait eu à faire tant à l'armée qu'avec un service civil entier. A ce titre, la mesure est non seulement dissuasive, mais discriminatoire dans la mesure où elle pénalise ceux qui ont déjà fait beaucoup d'armée (ne devraient-ils pas au contraire être pour cela remerciés ?).

25. Par ailleurs, le droit à l'objection de conscience étant un droit fondamental, toute forme de dissuasion, en entravant son libre exercice, est déjà une violation du droit.

26. Et il est finalement, à mon sens, difficile la nature punitive de la mesure, puisque ce sont ceux-là même, qui ont le plus servi dans l'armée, qui se voient le plus pénalisés.

### Résumé :

- Violation du droit international sur la durée du service civil.
- Discrimination entre les civilistes « d'origine » et ceux qui demandent le service civil au cours de leur carrière militaire (l'objection reste la même, pour les mêmes motifs et contre le même service militaire, seule change la situation militaire).
- Mesure probablement punitive.
- Mesure simple en apparence, mais particulièrement compliquée à comprendre et à calculer, entre autres pour les personnes concernées.

---

<sup>9</sup> ONU, Comité des droits de l'homme: Foin v France (Communication No. 666/1995), CCPR/C/D/666/1995, 9 November 1999, para. 10.3, entre autres jurisprudence. Voir aussi: Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 8.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

Il existe aussi une traduction allemande de document, p. 21 : [http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-](http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV_2014-3_KDVundAsyl.pdf)

[eV\\_2014-3\\_KDVundAsyl.pdf](http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV_2014-3_KDVundAsyl.pdf)

Voir aussi le rapport quadriennal du Haut Commissaire aux Droits de l'Homme sur l'objection de conscience, 1.5.2017, § 22.

<http://www.undocs.org/fr/A/HRC/35/4>

<sup>10</sup> LSC 5



### **Mesure 2 :**

Délai d'attente de 12 mois entre le dépôt de la demande et l'admission, avec obligation de faire les périodes de service militaires prévues.

27. La mesure est contraire à la constitution. Celle-ci prévoit, textuellement : « un service de remplacement »<sup>11</sup>. Or un *remplacement du service* n'est en aucun cas un service de remplacement *différé* avec maintien du service à remplacer, en attente du service de remplacement.

Des délais pour la mise en œuvre, par la personne concernée comme par l'administration, du service de remplacement sont acceptable, voir le maintien des obligations en attente de la décision d'admission<sup>12</sup>, mais en aucun le droit à l'objection de conscience ne saurait-il être suspendu.

28. De plus, la proposition est largement impraticable et passablement conflictogène. Les civilistes concernés ne se gêneront pas pour demander des reports, se faire porter malade ou pour ne pas se présenter et leur motifs de conscience finissant toujours par être reconnus, ils ne seront, s'ils sont que partiellement et inégalement sanctionnés pour ces déflections. Sans parler de la charge administrative supplémentaire pour les administrations cantonales.

### Résumé

- Mesure contraire à la constitution.
- Discrimination entre les civilistes qui font une demande avant l'école de recrue, lesquels ne sont pas condamnés à des périodes militaires et ceux qui la font après l'ER, qui doivent en faire ou, vaille que vaille, les faire annuler.
- Mesure de nature à créer de nombreuses difficultés administratives tant pour les conscrits et les civilistes que pour l'administration.

### **Mesure 3 :**

29. Suppression du facteur 1.1 et passage au facteur 1.5 pour les officiers et les sous-officiers supérieurs.

30. Les personnes concernées sont relativement peu nombreuses. Elles ont néanmoins les mêmes droits. Mais surtout toutes ces personnes, qui ont été obligées de revêtir ces fonctions d'encadrement, ont déjà servi, au moment de la demande d'admission au service civil plus de jours d'armée que ne servent les civilistes qui n'en a fait aucun. Le moins gradé de ceux-ci servira un total 440 jours de services au lieu de 245<sup>13</sup>. Pour obtenir son grade, il en aura déjà fait presque autant qu'un soldat normal. Et le solde de jour à faire, qu'il soit multiplié par 1.1. ou 1.5 dépassera de toutes façons le nombre maximal de jours effectués par un civiliste ne faisant pas d'armée du tout.

31. Sachant que l'obligation de grader est imposée, même avec un facteur 1.1, la personne qui demande le service civil alors qu'elle a déjà revêtu son grade est discriminée par rapport à un civiliste qui demande le service avant de recevoir le moindre grade. Augmenté cette durée plus encore, alors que la personne gradée sert déjà plus que toute autre personne sans garde, apparaît là aussi comme punitive.

### Résumé

- En conjonction avec la discrimination décrite ci-après, violation du droit international sur la durée du service de remplacement.
- Discrimination entre les officiers et sous-officiers supérieurs d'une part et les soldats d'autre part en raison d'abord de l'obligation de grader d'abord, pour laquelle les premiers ne peuvent rien, puis du fait qu'en raison de cette obligation, ils ont déjà effectué, contre leur gré, une durée de service aussi importante que les soldats, durée sur laquelle vient ensuite s'ajouter une très longue durée de service civil supplémentaire. Dit autrement, le soldat qui demande le service civil évite non-seulement de grader, mais tous les jours de service civil supplémentaires en cas de conflit de conscience alors que l'officier, qui est en droit de développer un conflit de conscience à tout moment, en est d'autant plus pénalisé.

<sup>11</sup> [Art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement.](#)

<sup>12</sup> [LSC 17 et 17a.](#)

<sup>13</sup> [OMI 47](#)



- Mesure qui ne touche qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 4 :**

32. Interdiction faite aux médecins de faire du service civil en tant que médecins.

33. Là encore, la mesure ne concerne que très peu de personnes. Les médecins ont en moyenne au moins 26-27 ans à la fin de leur formation et ce moment-là, la plupart des périodes longues sont faites. Mais quand bien même, faut-il priver les hôpitaux de ces médecins-là ?

34. Par ailleurs, la mesure est à nouveau discriminatoire ; pourquoi les médecins et pas les géologues, les travailleurs sociaux ou les enseignants ? Là ce ne serait plus seulement certains civilistes, mais tout le service d'intérêt public qui tendrait à être victime d'une vision trop étroite des possibilités de service civil.

35. Enfin, il existe certes une disposition qui interdit certaines affectations en fonction de la personne du civiliste, en particulier si elle favorise sa formation<sup>14</sup>. Et c'est probablement, dans ce contexte que la proposition s'inspirerait. Mais à nouveau, certains militaires exercent des fonctions militaires en lien avec leur profession – et pas seulement des médecins ! – en quoi des civilistes n'auraient-ils pas le droit d'en faire autant ?

#### Résumé

- Mesure hautement discriminatoire (par professions).
- Mesure ne touchant (en l'état, que les médecins) qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 5 :**

36. Pas d'admission au service civil pour les personnes pour lesquelles il ne reste plus de jours de service, mais pour lesquelles il reste des tirs obligatoires.

37. La question est controversée depuis longtemps. Seul sont concernés les militaires en service long, qui restent incorporés ensuite pendant 4 ans<sup>15</sup>. Il conviendrait de savoir combien il y a eu de cas.

38. Pour rappel, les militaires ont la possibilité de déposer l'arme, sans motifs, s'ils ne souhaitent pas la conserver, mais cela ne les dispense pas des tirs<sup>16</sup>.

39. D'abord, il convient de rappeler que l'exécution de tirs obligatoires, dans le cadre d'un service militaire, même terminé, peuvent donner lieu à conflit de conscience, qui plus est si celui-ci peut avoir à se manifester durant une période de 4 ans.

40. En ce sens, la mesure ignore et passe complètement à côté, nie un problème qu'il y aurait pourtant lieu de résoudre.

41. A mon sens, une procédure plus simple qu'une admission au service civil devrait permettre, par exemple mais en tous les cas pour motifs de conscience légitimes, de remettre l'arme définitivement et d'être ainsi dispensé des tirs obligatoires.

#### Résumé

- Violation du droit à l'objection de conscience
- Mesure administrative inadéquate
- Mesure ne touchant qu'un nombre limité de personne

#### **Mesure 6 :**

42. Les civilistes sont tenus de faire une période de service civil par année dès l'admission.

---

<sup>14</sup> LSC 4a

<sup>15</sup> LAAM 54a

<sup>16</sup> Ordonnance concernant l'équipement personnel des militaires (OEPM), [art. 6a](#).



43. La mesure existe déjà, [art. 39a](#) de l'ordonnance sur le service civil : « La personne astreinte au service civil *effectue chaque année* des affectations de service civil d'une durée de 26 jours au moins à partir de la deuxième année civile au plus tard ».

44. Les reports étant relativement fréquents, on peut se demander si c'est ceux-ci qu'il s'agit de limiter, mais le texte de la mesure est pour le surplus inutile.

#### Résumé

- Proposition de mesure incompétente, mesure déjà prévue par la loi.

#### Mesure 7 :

45. Obligation pour les personnes en service long, d'effectuer la période longue de service civile dans l'année qui suit (et non pas dans les trois ans qui suivent) l'admission au service civil.

46. Imposer un service civil long est une vieille mesure de 2011, que le Tribunal administratif fédéral avait annulée en raison de [l'article 20 de la LSC](#) qui stipule que le SC peut être fait en une ou plusieurs périodes<sup>17</sup>.

47. Depuis toujours, nous recommandons aux militaires en service long de passer d'abord au service normal, avant de demander le service civil, entre autres afin d'éviter le surplus de jours, actuellement 55 jours de service militaire ou 82 jours de service civil en plus<sup>18</sup>. Notre recommandation ne changera pas.

48. De plus, la mesure ne prévoit cette obligation que si l'école de recrue n'est pas terminée, or l'école de recrue est considérée comme terminée si 80% de ses jours ont été accomplis<sup>19</sup>; soit pour une école usuelle de 124 jours, dès le 100<sup>ème</sup> jour d'école de recrue. Mais dans la pratique, la demande de service civil peut être faite quelques jours plutôt, puisque celle-ci prend quelques jours, voir semaines à condition pour cela que l'admission à la fin du processus de demande intervienne après le 100<sup>ème</sup> jour de service.

49. Que ce soit en passant au service normal et en attendant les 80% de son service militaire (dans des conditions « suffisantes ») – si encore au service long avec les jours en sus – il est très facile d'éviter cette mesure et peu nombreux sont ceux qui se retrouveront à devoir faire une période longue ou leur période longue de service civile dans l'année qui suit. Au demeurant si un plan de carrière avait prévu une mise en suspend de celui-ci pour le service militaire long, avec une libération en fin d'école de recrue et une affectation longue trouvée rapidement, celle-ci peut être faite dans le temps préalablement dévolu au service militaire long.

50. La mesure est aussi discriminatoire puisqu'elle traite plus durement les militaires en service long que les militaires en service normal d'une part, et alors plus durement que les civilistes n'ayant pas débuté l'école de recrue d'autre part.

#### Résumé

- Mesure facile à contourner, voire à accommoder.
- Mesure ne concernant alors plus qu'un nombre limité de personne.
- Mesure discriminatoire.

#### Considérations finales

51. Les mesures 1 et 3 violent le droit international sur la durée du service civil.

52. La mesure 2 viole la constitution sur la notion de service de remplacement et la mesure 5 viole la constitution sur le droit à un service de remplacement.

53. Les mesures 1, 3, 4 et 7 sont clairement discriminatoires et violent à un titre ou un autre l'égalité de traitement.

54. Les mesures 3, 4, 5 et 7 ne touchent que – mais gravement – un nombre limité de personnes. À ce titre, le but premier de ces mesures n'est probablement pas ou que partiellement de toucher ces personnes-là, voire de les maintenir dans l'armée mais de donner l'impression qu'il est difficile ou déconseillé, qu'il est

<sup>17</sup> <http://www.infodroit.ch/spip.php?article91>

<sup>18</sup> [OMI 111](#)

<sup>19</sup> [OMI 57](#) ou [37 ordonnance sur le service civil \(OSI\)](#) (même teneur).



même dissuadé de sortir de l'armée. Un tel but viole le droit au service civil et un service civil non-discriminatoire et non-punitif.

55. Il convient d'ajouter à ce propos que les instances et jurisprudences internationales ont reconnus sans hésiter le droit à l'objection de conscience pour les appelés, comme pour les volontaires et les professionnels. Autrement dit et pour ce qui nous occupe ici, le droit à l'objection de conscience et au service de remplacement est et reste le même, ne saurait donc subir d'aggravation dans l'exercice du droit, soit l'accès au service civil, comme dans sa réalisation, soit l'accomplissement du service civil, que la personne concernée aie commencé ou non à servir dans l'armée<sup>20</sup>.

56. Les mesures 2, 3 et 4 supposent des difficultés de mise en œuvre particulièrement importantes. La mesure 5 pourrait faire l'objet d'une simplification administrative.

57. La mesure 6 est inutile, une aberration puisqu'elle préconise quelque chose qui existe déjà.

58. L'analyse de l'ensemble de ces mesures donne l'impression forte que l'armée est très embarrassée, mal à l'aise en raison des demandes service civil issues des ses rangs.

59. Ainsi quand bien même l'ensemble de ces mesures, si elles venaient à être mise en œuvre, aurait pourrait effet d'inciter les conscrits à demander le service civil bien plus tôt, ce qui n'est pas utile à l'armée non plus, il conviendrait de combattre ces mesures pour les effets et les complications graves qu'elles imposent, en toutes sortes de circonstances, aux militaires.

60. Il convient aussi de constater que les mesures proposées font preuve d'une méconnaissance, tant du droit international que du droit constitutionnel suisse qui confine à l'impréparation, voire au mépris, tant des civilistes que des militaires.

61. Enfin, dans le cadre des réactions à ces propositions de mesures, il conviendra de rappeler certaines ou l'ensemble de nos revendications de base, à savoir une présence civile lors du recrutement afin de faciliter son impartialité, un durée raisonnable et une compensation financière garantissant au moins l'accès au minimum vital<sup>21</sup>.

Christophe Barbey,  
Juriste, permanent depuis 2006

---

<sup>20</sup> Voir les résolutions du Conseil des Droits de l'Homme, par exemple la résolution du 8 octobre 2013, art. 12 [A/RES/HRC/24/17](#) ou Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 4.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

<sup>21</sup> Avec une APG de 62.- par jour durant l'ER ou son équivalent au service civil, ou en cas d'absence de salaire préalable au service ou de droit à son équivalent, avec 1'800.- par mois ~, le minimum vital n'est pas atteint. Le dernier rapport du haut commissaire aux droits de l'homme mentionne une trop faible rémunération comme étant de nature punitive. [A/HRC/35/4](#), § 21.

**Entreprise d'insertion l'Orangerie  
26 ch de l'Orangerie**

**1202 Genève**

Département fédéral de l'économie,  
de la formation et de la recherche DEFR  
Organe d'exécution pour le service civil ZIVI  
Service juridique  
Malerweg 6  
3600 Thoune

Zurich, juillet 2018

## **Position de la Fédération suisse du service civil CIVIVA concernant la modification de la loi sur le service civil**

Monsieur le Conseiller fédéral Schneider-Ammann,  
Mesdames, Messieurs,

Dans votre rapport du 20 juin 2018, vous nous avez invités à prendre part à la procédure de consultation sur la modification de la loi sur le service civil proposée par le Conseil fédéral. Nous vous remercions de nous offrir cette opportunité, que nous saisissons en vous faisant parvenir la présente prise de position.

### **Introduction et appréciation générale**

La Fédération suisse du service civil CIVIVA représente les intérêts des civilistes et des établissements d'affectation du service civil. CIVIVA est convaincue que le service civil, sous sa forme actuelle, fonctionne parfaitement et est d'une grande utilité pour la société et l'environnement. Le service civil s'avère efficace en termes d'application, d'organisation et d'action. Il a du sens globalement, mais aussi pour chaque civiliste pris séparément.

La proposition de modification de la loi sur le service civil porte atteinte au service civil en tant que façon d'accomplir son obligation de servir et le remet fondamentalement en question. Des principes importants comme l'égalité de traitement de toutes les personnes astreintes à servir ou le droit de faire valoir à tout moment un conflit de conscience seraient compromis. Cette modification conduit à un grand nombre de conflits avec les droits fondamentaux, comme le montre l'avis de droit ci-joint.

Une modification de la loi sur le service civil doit être fondée sur le bon déroulement du service civil et ne pas être motivée par la volonté de résoudre les problèmes supposés de l'armée. Politiquement, vouloir dégrader un système qui fonctionne bien et fait ses preuves au profit d'un autre est hautement contestable. Les problèmes doivent être résolus là où ils existent. Le service civil doit s'adapter aux besoins de la société et non à ceux de l'armée.

### **Aucune nécessité d'intervenir**

Les trois rapports du Conseil fédéral sur les effets de la solution de la preuve par l'acte pour le service civil (2010, 2012, 2014) ainsi que le rapport du groupe d'étude sur l'obligation de service (2016) arrivent à la conclusion que le service civil ne compromet pas les effectifs de l'armée et que, par



conséquent, il n'existe aucune nécessité de limiter l'accès au service civil. Jusqu'à aujourd'hui, aucune étude quantitative reposant sur des données transparentes ne suggère que les effectifs de l'armée sont menacés par le service civil. La prétendue nécessité d'intervenir n'est ni étayée ni fondée.

## **Inégalité de traitement entre les personnes astreintes au service**

Les mesures proposées prévoient que plus une personne astreinte a déjà accompli de jours de service, plus les conditions pour passer au service civil empirent. Cette inégalité de traitement évidente et intentionnelle des personnes astreintes au service est inacceptable. Un conflit de conscience vis-à-vis du service militaire peut apparaître à tout moment, en particulier lorsqu'une personne astreinte a eu plusieurs expériences personnelles dans l'armée. L'idée de devoir restreindre plus fortement la « preuve par l'acte » est absurde et constitue une infraction par le Conseil fédéral lui-même au pacte de l'ONU sur les droits civils et politiques.

## **Conséquences incertaines**

Le Conseil fédéral part du principe que compliquer l'accès au service civil aura un effet direct sur les effectifs de l'armée. CIVIVA rappelle que les personnes astreintes au service ne constituent pas une variable d'ajustement anonyme qui peut être contrôlée selon le bon vouloir des politiques et de l'administration. Il s'agit bien davantage d'individus à part entière qui statuent en fonction de droits fondamentaux dont ils disposent, de différentes informations auxquelles ils ont accès et de leurs différentes possibilités d'action. Chaque décision de déposer une demande d'admission au service civil est le résultat d'une réflexion individuelle et d'expériences personnelles. Les modifications proposées ne tiennent aucunement compte de cet aspect.

Si les restrictions pour un passage ultérieur au service civil sont accentuées, un jeune homme astreint à servir qui, selon la loi actuelle, aurait déposé une demande d'admission au service civil aura plusieurs façons de procéder dans cette nouvelle situation :

- Il accepte les nouvelles conditions et passe tout de même au service civil.
- Il anticipe le fait qu'il pourra se retrouver en difficulté à l'avenir dans le cas où il ferait face à un conflit de conscience et dépose sa demande d'admission au service civil plus tôt.
- Il quitte l'armée par la « voie bleue » en prouvant son inaptitude à servir avec une expertise psychiatrique.
- Il reste dans l'armée, réduit sa participation au minimum et y effectue les tâches qui lui sont imposées à contrecœur jusqu'à la fin de son obligation de servir.

Il faut s'attendre à ce que toutes ces possibilités soient choisies dans différentes proportions. Les sept mesures aboutiront donc à des demandes d'admission au service civil anticipées, plus de personnes astreintes à servir déclarées inaptes ou aptes à la protection civile et plus de soldats non motivés dans l'armée. Il est très peu probable que des militaires souhaitant quitter l'armée redeviennent soudainement convaincus et enclins à servir, pour la seule raison qu'un changement de voie est rendu plus difficile. C'est particulièrement vrai également pour les sous-officiers et officiers qui sont déjà prêts à assumer des responsabilités dans l'armée et à accomplir davantage de jours, mais qui se verront encore davantage désavantager par ces restrictions.

La Fondation suisse du service civil CIVIVA s'oppose pour ces raisons à la modification de la loi sur le service civil dans son ensemble, ainsi qu'aux sept mesures prises séparément.

## **Quelques propositions**

La loi sur le service civil régit le service civil. Par conséquent, CIVIVA s'attend à ce qu'une modification de la LSC traite également du service civil et mette en valeur sa contribution extrêmement efficace au système de service obligatoire et à son bon fonctionnement. Il conviendrait au moins



d'essayer de faire évoluer le service civil de manière constructive. CIVIVA propose pour cela les mesures suivantes :

- Le service civil doit être encore plus orienté vers les situations exceptionnelles, comme les catastrophes environnementales ou les cas d'urgence humanitaire.
- Le service civil doit être flexible et permettre de nouvelles formes d'affectation, par exemple dans l'assistance des personnes nécessitant une prise en charge. Dans cette optique, le principe des affectations à temps plein doit être abandonné afin de permettre des services d'assistance plus longs et personnalisés.
- Les programmes prioritaires doivent être étendus à d'autres domaines ou être totalement supprimés.
- La formation des civilistes doit être renforcée et adaptée de manière plus spécifique aux besoins des affectations.

## Commentaires sur les mesures proposées

### Mesure n° 1 : minimum de 150 jours de service

Plus les personnes astreintes à servir présentent tard leur demande d'admission au service civil, plus cette mesure les met en difficulté. Elle pénalise tous ceux qui veulent donner une chance à l'armée et sont prêts à essayer le service militaire. Si un conflit de conscience survient par la suite, ils seront pénalisés de manière disproportionnée. Le minimum de 150 jours de service rend absurde le système de la preuve par l'acte. Une personne qui présente une demande d'admission au service civil au lieu de faire son dernier cours de répétition devra multiplier par plus de sept son nombre de jours de service à réaliser. Le facteur maximal de deux, reconnu internationalement, est ainsi largement dépassé. Pour un examen approfondi de la situation juridique, CIVIVA fournit l'avis de droit ci-joint.

Lors de son avis du 24 mai 2017 sur la motion 17.3006 « Modification de la loi sur le service civil » de la CPS-N, le Conseil fédéral a fait valoir ce qui suit :

*« Il est par contre difficile d'estimer quelles seraient la nature et l'ampleur des conséquences indésirables que cette mise en œuvre entraînerait et quels seraient les effets sur le nombre des admissions au service civil ou sur l'effectif de l'armée. Il faut cependant s'attendre à ce que, dans l'ensemble, les personnes astreintes au service militaire soient moins nombreuses à accomplir un service personnel. L'égalité face aux obligations militaires en serait ainsi affaiblie. Les proportions dans lesquelles la durée du service civil serait prolongée (jusqu'à un facteur de 195) et l'inégalité de traitement subie par les civilistes revêtraient le caractère d'une sanction disproportionnée et seraient notamment incompatibles avec le principe de l'égalité de droit. »*

Pour CIVIVA, il est évident que cette argumentation vaut également pour la mesure proposée ici consistant en l'introduction d'un minimum de 150 jours de service. Un facteur de sept représente en outre une claire inégalité de traitement et est incompatible avec le principe de l'égalité devant la loi

### Mesure n° 2 : délai d'attente de 12 mois

Un délai d'attente d'un an pour l'admission au service civil des militaires incorporés dans l'armée, conformément aux art. 16 et 17, est clairement contraire au principe du conflit de conscience en vigueur (art. 1), puisque malgré la formulation manifeste du conflit de conscience, l'obligation de servir un an de plus dans l'armée est imposée. Par conséquent, la personne concernée se voit refuser l'accès au service civil pendant une année entière. En outre, le moment de la fin de la formation de base est un choix arbitraire du Conseil fédéral qui entraîne une inégalité de traitement patente des militaires



incorporés qui ont déjà effectué davantage de jours de service. Un conflit de conscience vis-à-vis du service militaire et le droit au service civil qui en découle peuvent surgir indépendamment de la durée du service militaire réalisé ou de la fonction et du grade.

Par ailleurs, ce délai peut entraîner une augmentation des désengagements pour cause d'inaptitude de la part des militaires concernés (« voie bleue »), cette voie n'impliquant aucun délai. D'autre part, l'augmentation des personnes concernées par des demandes de déplacement de service pendant le délai d'attente provoquera une hausse parallèle de la charge administrative de l'armée.

### **Mesure n° 3 : facteur 1,5, y compris pour les sous-officiers et les officiers**

CIVIVA part du principe que les sous-officiers et officiers, en raison de leurs prédispositions supposées pour la carrière militaire et leurs plus longues périodes de service supplémentaires, doivent avoir des motifs sérieux et importants pour passer au service civil et être disposés à allonger leur période de service civil, ce qui est déjà le cas aujourd'hui. La diminution du facteur de rallongement des jours de service qui s'applique actuellement pour les sous-officiers et officiers se justifie par le nombre bien plus élevé de jours de service qu'accomplissent ces derniers par rapport aux soldats. Cette règle a fait ses preuves au regard du faible nombre de personnes concernées. Un facteur 1,5 indépendant de la durée de service et des jours de service fournis par les sous-officiers et officiers constituerait un préjudice et une inégalité de traitement considérables pour ces derniers. Si l'accès au service civil est détérioré alors même qu'il a fait ses preuves, il faudra s'attendre à avoir des supérieurs démotivés au sein de l'armée ou à voir croître le nombre de désengagements pour cause d'inaptitude.

### **Mesure n° 4 : interdiction aux médecins de faire le service civil en tant que médecins**

La volonté d'interdire les affectations qui requièrent d'avoir débuté ou terminé des études de médecine est arbitraire. Le système de milice éprouvé en Suisse repose sur le principe d'une utilisation efficace des capacités civiles dans l'armée, la protection civile et le service civil.

### **Mesure n° 5 : pas d'admission de militaires n'ayant plus de jours de service à accomplir**

Fondamentalement, un désengagement du service militaire en raison d'un conflit de conscience doit être possible à tout moment, celui-ci pouvant apparaître lorsqu'une personne est par la suite astreinte au tir obligatoire. Du point de vue de CIVIVA, il serait bien plus sensé de réviser la procédure très complexe d'admission au service militaire sans arme. Si les personnes astreintes à servir pouvaient dès le début et sans obstacle effectuer un service militaire sans arme, le très petit nombre de cas (moins de 50 par an) concernés par cette mesure 5 n'existerait plus.

CIVIVA estime que les personnes admises au service civil doivent également effectuer un service civil efficace et reconnaît dans ce cas la nécessité d'intervenir sur le fond, mais refuse toute restriction du droit fondamental à l'objection de conscience, ce que représente cette mesure.

### **Mesure n° 6 : obligation d'accomplir une période d'affectation par année dès l'admission**

Actuellement, cette exigence est déjà réglemantée de manière quasiment identique dans l'article 39a de l'ordonnance sur le service civil. CIVIVA ne voit absolument aucune raison à cette modification cosmétique puisque les jours de service civil sont déjà aujourd'hui accomplis de manière très fiable. L'organe d'exécution contribue, par une gestion efficace et flexible, à ce que les civilistes s'acquittent en règle générale de tous les jours de service ordonnés (2017 : 96,7 % de tous les jours de service). S'il arrive que certains civilistes n'effectuent pas tous leurs jours de service, il s'agit uniquement de cas extrêmes (maladie longue, départ à l'étranger, décès, refus total).



L'argument du Conseil fédéral que l'équivalence des services se manifeste également par leur exécution dans une même étape de la vie (généralement entre 20 et 25 ans pour la plupart) est contredit par la flexibilité introduite volontaire dans le Développement de l'armée concernant le commencement de l'ER. En outre, cette mesure entraîne des préjudices pour les établissements d'affectation puisque les nombreuses affectations courtes devant être effectuées rendent la période d'apprentissage des tâches démesurée par rapport au temps de l'affectation. Actuellement, la Confédération elle-même offre également, en tant qu'établissement d'affectation, de nombreuses affectations qui nécessitent une haute qualification et pour lesquelles une durée minimale de plusieurs mois est revendiquée. Avec l'obligation d'accomplir une affectation par année, les jours de service restants à la fin de la nécessaire formation ne sont absolument pas suffisants par rapport à la durée minimale requise.

## **Mesure n° 7 : obligation pour les requérants ayant déposé leur demande pendant l'ER de terminer leur affectation longue au plus tard pendant l'année civile qui suit l'entrée en force de la décision d'admission**

Avec cette mesure, les personnes astreintes à servir qui sont admises au service civil alors qu'elles viennent d'une ER d'été se retrouvent en particulier dans une situation très délicate en termes de temps, puisqu'elles n'auraient qu'environ 1 an pour organiser et réaliser le service de 6 mois. Les répercussions sur la vie professionnelle ou sur la formation peuvent être lourdes, puisque ces personnes devraient accorder, en l'espace de deux années civiles, un temps considérable à l'obligation de servir. Il ne faut pas qu'une mesure visant à réduire l'attractivité du service civil se répercute finalement sur les employeurs et les instituts de formation, sans parler des obligations familiales.

## **Résumé et conclusion**

CIVIVA regrette que le Conseil fédéral se soit laissé mettre sous pression par les discours de certains politiciens spécialistes de la sécurité, qui utilisent notamment des propos discréditants et irrespectueux et qu'il soit maintenant prêt à cacher sous le tapis les problématiques propres à l'armée en adoptant des mesures allant à l'encontre d'un service civil qui est pourtant efficace, en constant développement et utile à la société. Dans le rapport explicatif pour la procédure de consultation, le Conseil fédéral s'exprime ainsi :

*« Dans la mesure où le nombre des personnes accomplissant le service civil diminuera à long terme à la suite de l'entrée en vigueur de la présente révision, les établissements d'affectation seront touchés, en particulier dans les domaines d'activité où les ressources nécessaires à l'accomplissement de tâches de la communauté sont insuffisantes ou sont absentes. Il convient toutefois d'accepter cet inconvénient eu égard à l'intérêt public prépondérant que constitue la garantie des effectifs de l'armée. »*

Le Conseil fédéral place les besoins de l'armée au-dessus de ceux de la société civile en prétextant la préservation des intérêts publics. Nous récusons cette interprétation et sommes convaincus que le bon fonctionnement de la société est ce qu'il y a de plus important pour la prospérité de la Suisse.

En vous priant de tenir compte des éléments développés ci-dessus dans la suite de la réflexion sur ce projet et en restant à votre disposition pour des explications complémentaires sur notre argumentation, nous vous prions d'agréer nos salutations distinguées.

Au nom du comité de l'association

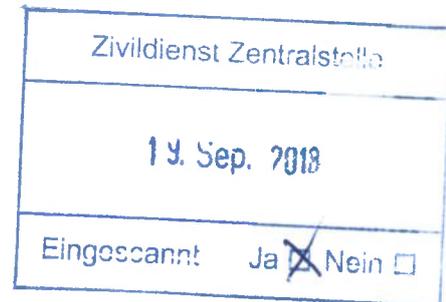


Lisa Mazzone  
Co-présidente

Samuel Steiner  
Co-président



Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun



Zürich, 4. September 2018

## Stellungnahme von Epi-Suisse zur Änderung des Zivildienstgesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### Einleitung und grundsätzliche Beurteilung

Epi-Suisse ist die Patientenorganisation für Menschen mit Epilepsie und zahlreiche Zivildienstleistende haben in der Vergangenheit Einsätze bei uns zugunsten von Betroffenen und Angehörigen geleistet. Epi-Suisse ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### **Kein Handlungsbedarf**

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

### **Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen**

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoß gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

### **Unklare Auswirkungen**

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Epi-Suisse weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für

Unterroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Epi-Suisse lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

### **Eigene Vorschläge**

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet Epi-Suisse, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Epi-Suisse schlägt dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.
- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

### **Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist Epi-Suisse auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger*

*Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für Epi-Suisse ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

### **Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Dienstage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

### **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

Epi-Suisse geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Dienstage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Dienstage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem

Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht von Epi-Suisse besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

Epi-Suisse ist der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Epi-Suisse sieht absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildiensttage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Diensttage erfüllen (2017: 96.7% aller Diensttage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Diensttage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Diensttage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.

### **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

### **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

Epi-Suisse bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'D. Meier', is written over a light blue horizontal line.

Dominique Meier  
Geschäftsführerin

Rathausstrasse 39  
CH-8570 Weinfelden

T: 071 620 16 70  
F: 071 620 16 71

info@emdschweiz.ch  
www.emdschweiz.ch

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Weinfelden, 10. Oktober 2018

## Stellungnahme des EMD, Fachstelle für interkulturelle Zusammenarbeit zur Änderung des Zivildienstgesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### Einleitung und grundsätzliche Beurteilung

Als Einsatzbetriebe teilen wir die Ansicht von CIVIVA (Schweizerischer Zivildienstverband) und sind überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### Kein Handlungsbedarf

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

## **Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen**

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoß gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

## **Unklare Auswirkungen**

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Als EMD weisen wir darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Der EMD lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

## **Eigene Vorschläge**

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet der EMD, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Der EMD schlägt dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.

- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

### **Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdiensttage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist der EMD auf die von der CIVIVA veranlassten und beiliegenden Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für den EMD ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

### **Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Dienstage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

### **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

Der EMD geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Dienstage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Dienstage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht des EMD besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

Der EMD ist der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Der EMD sieht absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildienstage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Dienstage erfüllen (2017: 96.7% aller Dienstage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Dienstage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Dienstage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.

## **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

### **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

Der EMD bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

EMD Fachstelle für interkulturelle Zusammenarbeit

**Markus  
Zaugg**

Markus Zaugg  
CEO

Digital unterschrieben von Markus  
Zaugg  
DN: cn=Markus Zaugg, o=EMD, ou=CEO,  
email=info@emdschweiz.ch, c=CH  
Datum: 2018.10.10 09:10:43 +02'00'



Permanence romande pour civilistes et militaires  
Permanence@infodroit.ch ou  
Le mardi de 12 à 14 heures au 026 925 80 66.  
Pour les urgences, 079 524 35 74, veuillez laisser un message.

Flendruz, 16 juin 2018

### Avis de droit

*A qui de droit*

#### **7 mesures du Conseil fédéral destinées à la consultation. Modifications de la loi sur le service civil. 2018**

##### En préalable

1. Le droit à l'objection de conscience est un droit fondamental internationalement reconnu.
2. Il est reconnu par les jurisprudences du Comité des droits de l'homme et de la Cour Européenne des droits de l'homme, il est présent dans la constitution suisse<sup>1</sup>.
3. Ce droit s'appuie essentiellement tant sur le refus impératif de tuer que sur le refus de résoudre les conflits par la violence.
4. Le conflit entre l'obligation constitutionnelle de servir dans l'armée d'une part et la conscience d'autre part (appelé conflit de conscience) peut se manifester sous diverses formes et à divers moments, de façons plus ou moins virulentes ou soudaines, y compris parfois par des somatisations ou des actes de rébellions. La problématique a été largement résolue par deux mesures:
5. 1) Il a été renoncé au « contrôle de conscience » en adoptant le système dit de la preuve par l'acte, soit l'acceptation, par la personne qui demande le service civil d'une durée plus longue pour ce service que celle requise pour le service militaire.

Cette mesure a pour avantage (en plus d'une forte diminution de la charge administrative) d'éviter d'une part l'aggravation et la stigmatisation du conflit de conscience par son besoin de le confronter à la procédure et de libérer d'autre part la personne concernée d'une appréhension et d'une expression intellectuelle et verbalisée de ce conflit, inévitablement discriminatoire selon le niveau d'éducation, et sujette d'autre part à des biais divers, puisque le résultat de l'examen dépendait largement du degré de préparation à celui-ci plutôt que de la nature même, des sources et des raisons du conflit de conscience.

6. Il convient toutefois de noter que ce système de quotité a dès le début présenté un défaut important, au demeurant partiellement caché des civilistes eux-mêmes, dans la mesure où la durée de service civil requise par la loi (1 fois et demie – 1,5 – celle du service militaire encore à faire au moment de la demande) est dans la pratique comparativement différente de la durée du service militaire réellement effectuée par les militaires libérés lorsqu'ils atteignent la limite d'âge. En effet, ceux-ci se voient alors remettre le solde des jours de service non-effectués, alors que les civilistes se voient pénalement condamnés s'ils n'effectuent pas l'entier de leurs jours avant la même limite d'âge (limite par ailleurs par elle-même plus exigeante, puisqu'ils ont plus de jours à effectuer dans le même laps de temps). L'armée a de plus tardé à donner les chiffres permettant de mesurer cette différence des durées respectives des

---

<sup>1</sup> Constitution fédérale (Cst.) [Article 10 sur la droit à la vie](#), [art. 15 sur la liberté de conscience](#), [art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement](#).



services. Pourtant des estimations raisonnables permettaient d'évaluer le nombre de jours de service civil effectués pour les civilistes demandant le service civil pour l'entier de leur périodes de service militaires comme étant environ du double du nombre de jour effectué en moyenne par les soldats terminant leur obligation à la limite d'âge<sup>2</sup>. Actuellement, ce taux semble s'être amélioré un peu, mais la durée comparée du service civil resterait de 1.8 plus élevée que la durée des services militaires, et non pas les 1.5 que stipule la loi. Il conviendra de vérifier les effets de la nouvelle loi sur l'armée sur cette problématique, la limite d'âge n'étant plus un âge fixe (p. ex. 34 ans), mais devenant un nombre de dix années pour faire les services requis après l'école de recrue<sup>3</sup>.

7. De plus la discrimination pénale demeure, puisque contrairement au service civil, aucune mesure permettant d'assurer le rythme et le progrès de la réalisation des périodes de service militaire, mesure accompagnées dans la loi sur le service civil de mesures pénales en cas de retards, n'ont été introduites dans la nouvelle législation sur la l'armée. Ainsi, le civiliste doit accomplir certaines périodes (la première suivant l'admission et la période longue) selon des délais fixes et il ne doit pas lui rester plus d'une certaine proportion de jours à faire avant d'atteindre la limite d'âge. Passé ces délais ou si la proportion de jours restant à faire est trop forte, le civiliste est convoqué d'office pour le surplus ou la période concernée, puis il encoure une peine s'il n'effectue pas la période requise. Il n'existe, pas de système similaire ou aussi contraignant dans l'armée. Pour avoir une vision complète de cette discrimination, pénalement grave, il conviendrait encore de comparer le nombre des dispenses pour justes motifs, lesquelles au demeurant ne font que repousser le problème, dispenses accordées tant pour les civilistes que pour les militaires. Nonobstant, vu la nature différente des système de suivi et de répression des deux sortes d'obligations, puisqu'il y a des condamnations pour retard dus au système de suivi contre les civilistes et qu'il n'y en a pas pour les militaires, la discrimination pénale demeure, tout comme demeurera a priori la discrimination sur les durées.

8. 2) Il importe de souligner que le service civil peut et doit pouvoir être demandé en tout temps, c'est d'ailleurs dans la loi<sup>4</sup>.

9. Cela concerne bien sûr la possibilité de demander le service civil depuis une période de service militaire, mais porte surtout sur la nature du conflit de conscience et relève en partie aussi du droit humanitaire.

10. Ainsi, le conflit de conscience peut se développer par une réflexion autonome, mais il peut aussi surgir, progressivement ou soudainement, face à une circonstance rencontrée dans le cadre du service militaire, par exemple lors de la première prise d'arme (il y a hélas des condamnations pour refus d'ordre de personnes qui font à ce moment-là un blocage psychologique) ou en étant mis en confrontation à une arme particulièrement destructive.

11. Il convient aussi, et c'est d'une grande importance, de citer le cas de l'objection de conscience à un ordre criminel, y compris ou surtout si celui-ci viole le droit humanitaire ; objection qui doit en effet pouvoir être exprimée en tout temps et en particulier de façon immédiate au moment de la réception de l'ordre contesté, cette objection devant alors, selon les circonstances, rejeter non-seulement l'ordre contesté lui-même mais aussi l'ensemble du système qui produit ou maintient cet ordre injuste, à tout le moins si l'ordre est maintenu, car alors seul le refus personnel et complet du système permettant, à défaut de pouvoir l'empêcher, la réalisation de ce ordre illégal et des ses conséquences, de préserver la conscience, et donc l'innocence de la personne confrontée à une telle situation. L'objection de conscience à une circonstance particulière devenant alors une objection au sens usuel du terme, une objection d'ensemble au service militaire<sup>5</sup>.

<sup>2</sup> Détail du calcul : <http://www.infodroit.ch/spip.php?article44>

<sup>3</sup> Ordonnance sur les obligations militaires (OMI), 1.1.2018, [art. 19](#).

<sup>4</sup> Loi sur le service civil, [art. 16](#).

<sup>5</sup> Voir par exemple, [Jacques Verhaegen](#) : «Le refus d'obéissance aux ordres manifestement criminels », revue du CICR, vol. 84, n° 845, mars 2002.



### Analyse des mesures proposées

**Mesure 1:** 150 jours de service civil pour toutes personnes n'ayant pas terminés ses « services d'instruction » et ayant moins de 100 jours de service militaire restant.

#### Appréciation générale

12. Par « services d'instruction », il est entendu toutes les périodes de services militaires, à savoir écoles de recrues, écoles de cadres et cours de répétition<sup>6</sup>.

13. La proposition équivaudrait à « condamner », imposer à tout militaire ayant entre 1 et 100 jours de service militaire encore à faire à effectuer 150 jours de service civil.

14. La mesure incite à terminer ses obligations militaires au lieu de demander le service civil.

15. Partant du constat, hautement probable<sup>7</sup>, selon lequel les pertes en effectifs augmentent en fonction de l'âge par lassitude, perte d'intérêt ou en raison de l'augmentation des obligations professionnelles et familiales. Il conviendrait toutefois de disposer des chiffres du nombre des personnes qui quittent l'arme dans ces tranches d'âge soit pour le service civil, soit pour raisons médicales. En effet, si le problème est une question d'emploi du temps, la demande de service civil est d'autant plus contre-productive.

16. A cet aune, la mesure aura pour effet principal d'augmenter le nombre de demandes médicales et assez peu de diminuer le nombre de service civil. Quand à sa capacité à renforcer la motivation pour l'armée, elle est ici hors contexte – ce n'est pas notre problème ou celui du service civil – et elle n'est que très indirecte, la diminution de l'attrait du service civil n'augmentant pas pour autant l'attrait pour l'armée.

#### Calculs concernant la mesure proposée

17. Dans la pratique, divers types de calculs sont possibles pour déterminer les effets et les proportions de la proposition. Mes connaissances mathématiques sont limitées, donc d'autres calculs sont peut-être possibles ou éventuellement meilleurs, mais ceux-ci révèlent plusieurs des effets pervers de la proposition:

a. Le facteur multipliant le nombre de jours à faire est, avec la proposition exponentiel : La personne qui aurait 1 seul jour d'armée encore à faire se retrouverait à en faire 150 jours, soit 150 fois plus que le nombre de jour d'armée requis.

Dans le détail, un militaire à qui il resterait :

1 cours de répétition (CR), soit 19 jours (150/19), verrait le multiplicateur passer de 1.5 à 7.89

2 cours de répétition, le facteur (150/38) est encore du quadruple (3.94)

3 cours de répétition, le facteur descend à 2.63

4 cours de répétition, le facteur est de 2 (1.97)

5 cours de répétition le facteur est encore de 1.57, soit plus haut que la loi actuelle ou que le facteur attribué aux civilistes ayant encore plus de jours.

Ce n'est donc qu'avec 6 cours de répétition encore à faire, soit avec le nombre total des cours de répétition à faire par les soldats, et donc durant le premier cours de répétition que l'ajout systématique de 150 jours, rejoint le facteur général de 1.5.

*Dit autrement, à quelques jours prêts, quiconque demanderait le service civil après l'école de recrue devrait faire 150 jours de service civil au moins, quelque soit le nombre de jour d'armée restant à faire. Pourquoi ne pas le dire ?*

b. Le calcul peut aussi être fait en tenant compte des jours de service militaires et civils faits au total. Exemple pour un soldat :

Ecole de recrue de 124 jours, solde 121 jours de service en CR. Total 245<sup>(8)</sup>. Service civil complet, 245 X 1.5 = 367 jours de service civil.

Jours de service mil faits : 244 (au lieu de 245)+150=394 (proposition). Système actuel : 244 + 2 (1 x 1.5) = 246 (actuel). Différence : 148 jours à faire en plus qu'avec le système actuel et ... 27 de plus qu'en ayant demandé le service civil dès le recrutement.

<sup>6</sup> Loi sur l'armée et l'administration militaire (LAAM), [art. 41](#).

<sup>7</sup> La permanence que nous représentons confirme, à sa modeste mesure, cette tendance. Les hommes de plus de 25 ans sont relativement nombreux à vouloir mettre un terme à leurs obligations militaires et leur nombre augmente avec l'âge

<sup>8</sup> OMI, [art. 47](#).



Jours de service faits :  $238 (6 \text{ CR faits}) + 150 = 388$  jours à faire ou (système actuel)  $238 + 9 (6 \times 1.5) = 247$ . Différence : 141 jours de service civil en plus qu'avec le système actuel, mais aussi 21 jours de service (mil et civ) en plus de ce que ce même soldat aurait eu à faire s'il avait demandé le service civil dès la fin du recrutement.

En cela, le service est *punitif parce qu'il impose des jours en plus ... pour avoir accepté de faire presque tout son service militaire !!!*

Jours de service faits :  $219 (5 \text{ CR}) + 150 = 369$  ou (actuel :)  $219 + 39 (26 \times 1.5) = 258$ . Différence : 111 jours de plus que le système actuel, mais encore 2 jours de plus qu'avec un service civil demandé dès l'origine.

Jours de service faits  $200 (4 \text{ CR}) + 150 = 350$  ou actuel  $200 + 68 (45 \times 1.5) = 268$ . Différence : 82 en plus que le système actuel.

A partir d'ici le nombre total de jours faits devient inférieur à un service civil demandé d'emblée et donc les jours de service militaire faits diminuent le nombre total de jours à faire.

Jours de service faits  $181 (3 \text{ CR}) + 150 = 331$  ou  $181 + 96 (64 \times 1.5) = 277$ . Différence, 54 jours de service civil en plus, mais 90 de moins qu'avec un service civil complet.

Jours de service faits  $162 (2 \text{ CR}) + 150 = 312$  ou

Jours de service faits  $143 (1 \text{ CR}) + 150 = 293$  ou  $143 + 156 (101 \times 1.5) = 299$  Différence  $\pm 0$ .

#### Effets pour la pratique

c. Les effets du nouveau système sur les intérêts des candidats civilistes, en termes de jours à faire seraient les suivants :

- 1) Le facteur de 1.5 s'applique durant l'école de recrue, voir durant le 1<sup>er</sup> CR. Inchangé.
- 2) Tout jour d'armée fait durant cette période diminue effectivement le nombre total (armée et sc) de jours à faire, par rapport à un service civil complet. Inchangé.
- 3) Dès le 2<sup>ème</sup> CR et jusqu'au 4<sup>ème</sup> CR, le nouveau système augmente progressivement, par rapport à l'ancien, effet étrange, le nombre de jours total à faire, même si l'on fait ces CR, soit d'avoir à faire encore plus de service en tout parce que l'on fait de l'armée (absurde !), puis d'avoir à faire du service civil en plus, même si le nombre de jours total de service civil et militaire reste inférieur à ce que devrait faire un civiliste de la première heure mis au facteur 1.5).

Exemple : Faire un 2<sup>ème</sup> CR de 19 jours et demander le sc, ajoute en plus de ces 19 jours 17 jours de service en tout (civil et militaire) par rapport au système actuel, dans lequel le civiliste en faisant ce CR épargnerait 9 jours de service civil ( $19 - x 1.5$ ). (Nouveau :  $162 \text{ SM} + 150 \text{ SC} = 312$  Ancien  $162 + 125$  (solde de  $83 \times 1.5$ ) = 287, nouveau = J plus 25. S'il ne fait pas ce CR (ancien  $\text{SM } 143 + \text{SC } 152 (101 \times 1.5) = 295$  soit quelques jours en plus de SC pour ne pas avoir fait ce cours (295 au lieu 287), mais toujours au total 17 jours de moins qu'en faisant ce CR dans le système proposé, lequel augmente donc le nombre de jours à faire sans donner de diminution pour ceux faits.

Idem pour les 3<sup>ème</sup> et 4<sup>ème</sup> CR. Je renonce aux calculs ici, mais le nombre de jours d'armée faits sans diminuer le nombre de jours de service totaux augmentera d'autant, par rapport à quelqu'un qui demande le SC après l'ER ou le 1<sup>er</sup> CR.

- 4) Dès le 5<sup>ème</sup> CR, le nombre total (SC et SM) de jours à faire devient plus grand que quelqu'un qui demande le service civil dès le 1<sup>er</sup> jour.

d. En résumé, il ne sera intéressant, en terme de jours à faire (ou rentable) de demander le service qu'entre le recrutement et la fin du 1<sup>er</sup> cours de répétition. A l'inverse, toute demande faite ultérieurement augmentera, de plus en plus gravement, la charge totale du nombre de jours à faire, laquelle dépassera, si le SC est demandé durant ou après le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, le nombre de jours à faire pour quelqu'un qui demande le service civil avant l'ER.

18. Tactiquement, pour le soutien aux objecteurs, l'intérêt à demander le service civil entre le recrutement et la fin de l'école de recrue reste similaire. Par contre, plus le militaire avance dans sa carrière militaire, plus la charge de jours augmente, plus il devient difficile de demander le service civil (et plus sera grande le besoin de demander la voie bleue).

19. Cela n'aura pas pour effet de diminuer fortement le nombre de demandes de service civil, puisque les demandes seront soit pour une part reportées plus tôt dans la carrière militaire, soit transformées en demande médicales et que rares seront les personnes qui en fin de carrière militaire décideront de finir leur service plutôt que de sortir de l'armée, d'une façon ou d'une autre.



### La durée du service civil en droit

20. En droit Suisse, le facteur légal de 1.5 est le même depuis l'origine. Avec toutefois la réserve présentée ci-dessus au point 6 concernant la durée effective (et non légale) située aux environs de 1.8.

21. Le droit international, le Comité des droits de l'homme et la Cour européenne des droits de l'homme, tiennent de jurisprudence constante le fait que le service civil doit être de nature civile et non-punitif.

22. Une durée supérieure au double du service militaire à remplacer est considérée comme excessive<sup>9</sup>. Ainsi, l'attribution à toute personne ayant moins de 75 jours de service militaire à faire de 150 jours de service civil serait contraire au droit international.

23. Mais c'est dans son ensemble, ou à tout le moins dès le 2<sup>ème</sup> cours de répétition, que la mesure est discriminatoire. D'abord parce que plus, ils servent dans l'armée, plus elle pénalise les militaires qui demandent le service civil. Ensuite, parce qu'elle traite différemment des personnes dans des situations similaires, à savoir des personnes présentant une demande de service civil, demande qui est de même nature quel que soit le moment où elle est faite et pour laquelle le nombre de jours de service militaire accomplis n'a aucune incidence, sauf peut-être à renforcer le besoin de présenter une objection de conscience, ce qui reste sans influence aucune sur le droit fondamental à demander le service civil.

24. La loi sur le service civil pose comme principe que la charge du service civil devrait équivalente à celle de l'armée<sup>10</sup>. Toutefois la mesure proposée, en tous les cas dès le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, puisque la charge en jours à faire est alourdie au-delà de ce que le militaire aurait à faire en demandant le service civil avant l'école de recrue. Ainsi, non-seulement, la personne concernée effectue la plus large part de son service militaire (les 3/4), mais elle y voit ajouté une part importante de service civil (150/367) soit presque la moitié du service civil en plus, pour un total qui dépasse ce qu'elle aurait eu à faire tant à l'armée qu'avec un service civil entier. A ce titre, la mesure est non seulement dissuasive, mais discriminatoire dans la mesure où elle pénalise ceux qui ont déjà fait beaucoup d'armée (ne devraient-ils pas au contraire être pour cela remerciés ?).

25. Par ailleurs, le droit à l'objection de conscience étant un droit fondamental, toute forme de dissuasion, en entravant son libre exercice, est déjà une violation du droit.

26. Et il est finalement, à mon sens, difficile la nature punitive de la mesure, puisque ce sont ceux-là même, qui ont le plus servi dans l'armée, qui se voient le plus pénalisés.

### Résumé :

- Violation du droit international sur la durée du service civil.
- Discrimination entre les civilistes « d'origine » et ceux qui demandent le service civil au cours de leur carrière militaire (l'objection reste la même, pour les mêmes motifs et contre le même service militaire, seule change la situation militaire).
- Mesure probablement punitive.
- Mesure simple en apparence, mais particulièrement compliquée à comprendre et à calculer, entre autres pour les personnes concernées.

---

<sup>9</sup> ONU, Comité des droits de l'homme: Foin v France (Communication No. 666/1995), CCPR/C/D/666/1995, 9 November 1999, para. 10.3, entre autres jurisprudence. Voir aussi: Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 8.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>  
Il existe aussi une traduction allemande de document, p. 21 : [http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV\\_2014-3\\_KDVundAsyl.pdf](http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV_2014-3_KDVundAsyl.pdf)

Voir aussi le rapport quadriennal du Haut Commissaire aux Droits de l'Homme sur l'objection de conscience, 1.5.2017, § 22.

<http://www.undocs.org/fr/A/HRC/35/4>

<sup>10</sup> LSC 5



### **Mesure 2 :**

Délai d'attente de 12 mois entre le dépôt de la demande et l'admission, avec obligation de faire les périodes de service militaires prévues.

27. La mesure est contraire à la constitution. Celle-ci prévoit, textuellement : « un service de remplacement »<sup>11</sup>. Or un *remplacement du service* n'est en aucun cas un service de remplacement *différé* avec maintien du service à remplacer, en attente du service de remplacement.

Des délais pour la mise en œuvre, par la personne concernée comme par l'administration, du service de remplacement sont acceptable, voir le maintien des obligations en attente de la décision d'admission<sup>12</sup>, mais en aucun le droit à l'objection de conscience ne saurait-il être suspendu.

28. De plus, la proposition est largement impraticable et passablement conflictogène. Les civilistes concernés ne se gêneront pas pour demander des reports, se faire porter malade ou pour ne pas se présenter et leur motifs de conscience finissant toujours par être reconnus, ils ne seront, s'ils sont que partiellement et inégalement sanctionnés pour ces déflections. Sans parler de la charge administrative supplémentaire pour les administrations cantonales.

### Résumé

- Mesure contraire à la constitution.
- Discrimination entre les civilistes qui font une demande avant l'école de recrue, lesquels ne sont pas condamnés à des périodes militaires et ceux qui la font après l'ER, qui doivent en faire ou, vaille que vaille, les faire annuler.
- Mesure de nature à créer de nombreuses difficultés administratives tant pour les conscrits et les civilistes que pour l'administration.

### **Mesure 3 :**

29. Suppression du facteur 1.1 et passage au facteur 1.5 pour les officiers et les sous-officiers supérieurs.

30. Les personnes concernées sont relativement peu nombreuses. Elles ont néanmoins les mêmes droits. Mais surtout toutes ces personnes, qui ont été obligées de revêtir ces fonctions d'encadrement, ont déjà servi, au moment de la demande d'admission au service civil plus de jours d'armée que ne servent les civilistes qui n'en a fait aucun. Le moins gradé de ceux-ci servira un total 440 jours de services au lieu de 245<sup>13</sup>. Pour obtenir son grade, il en aura déjà fait presque autant qu'un soldat normal. Et le solde de jour à faire, qu'il soit multiplié par 1.1. ou 1.5 dépassera de toutes façons le nombre maximal de jours effectués par un civiliste ne faisant pas d'armée du tout.

31. Sachant que l'obligation de grader est imposée, même avec un facteur 1.1, la personne qui demande le service civil alors qu'elle a déjà revêtu son grade est discriminée par rapport à un civiliste qui demande le service avant de recevoir le moindre grade. Augmenté cette durée plus encore, alors que la personne gradée sert déjà plus que toute autre personne sans garde, apparaît là aussi comme punitive.

### Résumé

- En conjonction avec la discrimination décrite ci-après, violation du droit international sur la durée du service de remplacement.
- Discrimination entre les officiers et sous-officiers supérieurs d'une part et les soldats d'autre part en raison d'abord de l'obligation de grader d'abord, pour laquelle les premiers ne peuvent rien, puis du fait qu'en raison de cette obligation, ils ont déjà effectué, contre leur gré, une durée de service aussi importante que les soldats, durée sur laquelle vient ensuite s'ajouter une très longue durée de service civil supplémentaire. Dit autrement, le soldat qui demande le service civil évite non-seulement de grader, mais tous les jours de service civil supplémentaires en cas de conflit de conscience alors que l'officier, qui est en droit de développer un conflit de conscience à tout moment, en est d'autant plus pénalisé.

<sup>11</sup> [Art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement.](#)

<sup>12</sup> [LSC 17 et 17a.](#)

<sup>13</sup> [OMI 47](#)



- Mesure qui ne touche qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 4 :**

32. Interdiction faite aux médecins de faire du service civil en tant que médecins.

33. Là encore, la mesure ne concerne que très peu de personnes. Les médecins ont en moyenne au moins 26-27 ans à la fin de leur formation et ce moment-là, la plupart des périodes longues sont faites. Mais quand bien même, faut-il priver les hôpitaux de ces médecins-là ?

34. Par ailleurs, la mesure est à nouveau discriminatoire ; pourquoi les médecins et pas les géologues, les travailleurs sociaux ou les enseignants ? Là ce ne serait plus seulement certains civilistes, mais tout le service d'intérêt public qui tendrait à être victime d'une vision trop étroite des possibilités de service civil.

35. Enfin, il existe certes une disposition qui interdit certaines affectations en fonction de la personne du civiliste, en particulier si elle favorise sa formation<sup>14</sup>. Et c'est probablement, dans ce contexte que la proposition s'inspirerait. Mais à nouveau, certains militaires exercent des fonctions militaires en lien avec leur profession – et pas seulement des médecins ! – en quoi des civilistes n'auraient-ils pas le droit d'en faire autant ?

#### Résumé

- Mesure hautement discriminatoire (par professions).
- Mesure ne touchant (en l'état, que les médecins) qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 5 :**

36. Pas d'admission au service civil pour les personnes pour lesquelles il ne reste plus de jours de service, mais pour lesquelles il reste des tirs obligatoires.

37. La question est controversée depuis longtemps. Seul sont concernés les militaires en service long, qui restent incorporés ensuite pendant 4 ans<sup>15</sup>. Il conviendrait de savoir combien il y a eu de cas.

38. Pour rappel, les militaires ont la possibilité de déposer l'arme, sans motifs, s'ils ne souhaitent pas la conserver, mais cela ne les dispense pas des tirs<sup>16</sup>.

39. D'abord, il convient de rappeler que l'exécution de tirs obligatoires, dans le cadre d'un service militaire, même terminé, peuvent donner lieu à conflit de conscience, qui plus est si celui-ci peut avoir à se manifester durant une période de 4 ans.

40. En ce sens, la mesure ignore et passe complètement à côté, nie un problème qu'il y aurait pourtant lieu de résoudre.

41. A mon sens, une procédure plus simple qu'une admission au service civil devrait permettre, par exemple mais en tous les cas pour motifs de conscience légitimes, de remettre l'arme définitivement et d'être ainsi dispensé des tirs obligatoires.

#### Résumé

- Violation du droit à l'objection de conscience
- Mesure administrative inadéquate
- Mesure ne touchant qu'un nombre limité de personne

#### **Mesure 6 :**

42. Les civilistes sont tenus de faire une période de service civil par année dès l'admission.

---

<sup>14</sup> [LSC 4a](#)

<sup>15</sup> [LAAM 54a](#)

<sup>16</sup> Ordonnance concernant l'équipement personnel des militaires (OEPM), [art. 6a](#).



43. La mesure existe déjà, [art. 39a](#) de l'ordonnance sur le service civil : « La personne astreinte au service civil *effectue chaque année* des affectations de service civil d'une durée de 26 jours au moins à partir de la deuxième année civile au plus tard ».

44. Les reports étant relativement fréquents, on peut se demander si c'est ceux-ci qu'il s'agit de limiter, mais le texte de la mesure est pour le surplus inutile.

#### Résumé

- Proposition de mesure incompétente, mesure déjà prévue par la loi.

#### Mesure 7 :

45. Obligation pour les personnes en service long, d'effectuer la période longue de service civile dans l'année qui suit (et non pas dans les trois ans qui suivent) l'admission au service civil.

46. Imposer un service civil long est une vieille mesure de 2011, que le Tribunal administratif fédéral avait annulée en raison de [l'article 20 de la LSC](#) qui stipule que le SC peut être fait en une ou plusieurs périodes<sup>17</sup>.

47. Depuis toujours, nous recommandons aux militaires en service long de passer d'abord au service normal, avant de demander le service civil, entre autres afin d'éviter le surplus de jours, actuellement 55 jours de service militaire ou 82 jours de service civil en plus<sup>18</sup>. Notre recommandation ne changera pas.

48. De plus, la mesure ne prévoit cette obligation que si l'école de recrue n'est pas terminée, or l'école de recrue est considérée comme terminée si 80% de ses jours ont été accomplis<sup>19</sup>; soit pour une école usuelle de 124 jours, dès le 100<sup>ème</sup> jour d'école de recrue. Mais dans la pratique, la demande de service civil peut être faite quelques jours plutôt, puisque celle-ci prend quelques jours, voir semaines à condition pour cela que l'admission à la fin du processus de demande intervienne après le 100<sup>ème</sup> jour de service.

49. Que ce soit en passant au service normal et en attendant les 80% de son service militaire (dans des conditions « suffisantes ») – si encore au service long avec les jours en sus – il est très facile d'éviter cette mesure et peu nombreux sont ceux qui se retrouveront à devoir faire une période longue ou leur période longue de service civile dans l'année qui suit. Au demeurant si un plan de carrière avait prévu une mise en suspend de celui-ci pour le service militaire long, avec une libération en fin d'école de recrue et une affectation longue trouvée rapidement, celle-ci peut être faite dans le temps préalablement dévolu au service militaire long.

50. La mesure est aussi discriminatoire puisqu'elle traite plus durement les militaires en service long que les militaires en service normal d'une part, et alors plus durement que les civilistes n'ayant pas débuté l'école de recrue d'autre part.

#### Résumé

- Mesure facile à contourner, voire à accommoder.
- Mesure ne concernant alors plus qu'un nombre limité de personne.
- Mesure discriminatoire.

#### Considérations finales

51. Les mesures 1 et 3 violent le droit international sur la durée du service civil.

52. La mesure 2 viole la constitution sur la notion de service de remplacement et la mesure 5 viole la constitution sur le droit à un service de remplacement.

53. Les mesures 1, 3, 4 et 7 sont clairement discriminatoires et violent à un titre ou un autre l'égalité de traitement.

54. Les mesures 3, 4, 5 et 7 ne touchent que – mais gravement – un nombre limité de personnes. À ce titre, le but premier de ces mesures n'est probablement pas ou que partiellement de toucher ces personnes-là, voire de les maintenir dans l'armée mais de donner l'impression qu'il est difficile ou déconseillé, qu'il est

<sup>17</sup> <http://www.infodroit.ch/spip.php?article91>

<sup>18</sup> [OMI 111](#)

<sup>19</sup> [OMI 57](#) ou [37 ordonnance sur le service civil \(OSI\)](#) (même teneur).



même dissuadé de sortir de l'armée. Un tel but viole le droit au service civil et un service civil non-discriminatoire et non-punitif.

55. Il convient d'ajouter à ce propos que les instances et jurisprudences internationales ont reconnus sans hésiter le droit à l'objection de conscience pour les appelés, comme pour les volontaires et les professionnels. Autrement dit et pour ce qui nous occupe ici, le droit à l'objection de conscience et au service de remplacement est et reste le même, ne saurait donc subir d'aggravation dans l'exercice du droit, soit l'accès au service civil, comme dans sa réalisation, soit l'accomplissement du service civil, que la personne concernée aie commencé ou non à servir dans l'armée<sup>20</sup>.

56. Les mesures 2, 3 et 4 supposent des difficultés de mise en œuvre particulièrement importantes. La mesure 5 pourrait faire l'objet d'une simplification administrative.

57. La mesure 6 est inutile, une aberration puisqu'elle préconise quelque chose qui existe déjà.

58. L'analyse de l'ensemble de ces mesures donne l'impression forte que l'armée est très embarrassée, mal à l'aise en raison des demandes service civil issues des ses rangs.

59. Ainsi quand bien même l'ensemble de ces mesures, si elles venaient à être mise en œuvre, aurait pourrait effet d'inciter les conscrits à demander le service civil bien plus tôt, ce qui n'est pas utile à l'armée non plus, il conviendrait de combattre ces mesures pour les effets et les complications graves qu'elles imposent, en toutes sortes de circonstances, aux militaires.

60. Il convient aussi de constater que les mesures proposées font preuve d'une méconnaissance, tant du droit international que du droit constitutionnel suisse qui confine à l'impréparation, voire au mépris, tant des civilistes que des militaires.

61. Enfin, dans le cadre des réactions à ces propositions de mesures, il conviendra de rappeler certaines ou l'ensemble de nos revendications de base, à savoir une présence civile lors du recrutement afin de faciliter son impartialité, un durée raisonnable et une compensation financière garantissant au moins l'accès au minimum vital<sup>21</sup>.

Christophe Barbey,  
Juriste, permanent depuis 2006

---

<sup>20</sup> Voir les résolutions du Conseil des Droits de l'Homme, par exemple la résolution du 8 octobre 2013, art. 12 [A/RES/HRC/24/17](#) ou Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 4.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

<sup>21</sup> Avec une APG de 62.- par jour durant l'ER ou son équivalent au service civil, ou en cas d'absence de salaire préalable au service ou de droit à son équivalent, avec 1'800.- par mois ~, le minimum vital n'est pas atteint. Le dernier rapport du haut commissaire aux droits de l'homme mentionne une trop faible rémunération comme étant de nature punitive. [A/HRC/35/4](#), § 21.



**Katholische Kirche Region Bern  
Fachstelle Kinder und Jugend**

Zivildienst Zentralstelle
25.09.2018
Eingescannt Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Bern, 21. September 2018

## **Stellungnahme der Fachstelle Kinder&Jugend der katholischen Kirche Region Bern zur Änderung des Zivildienstgesetzes**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### **Einleitung und grundsätzliche Beurteilung**

Der Fachstelle Kinder&Jugend der katholischen Kirche Region Bern setzt seit mehreren Jahren Zivildienstleistende in der Kinder- Jugend und Seniorenarbeit mit grossem Erfolg ein. Die Fachstelle ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### **Kein Handlungsbedarf**

Sowohl die drei Bericht des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den



## **Katholische Kirche Region Bern Fachstelle Kinder und Jugend**

Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

### **Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen**

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoß gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

### **Unklare Auswirkungen**

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Die Fachstelle Kinder&Jugend weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Die Fachstelle Kinder&Jugend der katholischen Kirche Region Bern lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

### **Eigene Vorschläge**

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet die Fachstelle, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Die Fachstelle, schlägt dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.



## **Katholische Kirche Region Bern Fachstelle Kinder und Jugend**

- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.
- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

### **Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist die Fachstelle auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für die Fachstelle ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

### **Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Dienstage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen



## **Katholische Kirche Region Bern Fachstelle Kinder und Jugend**

bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

### **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

Die Fachstelle geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Dienstage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Dienstage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht der Fachstelle besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

Die Fachstelle ist der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Die Fachstelle sieht absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildienstage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Dienstage erfüllen (2017: 96.7% aller Dienstage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Dienstage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der



## **Katholische Kirche Region Bern Fachstelle Kinder und Jugend**

jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Dienstage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.

### **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

### **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

Die Fachstelle bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Andrea Meier  
Leiterin der Fachstelle Kinder & Jugend



Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Zofingen, im August 2018

## Stellungnahme des Vereins Familynetwork zur Änderung des Zivildienstgesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### Einleitung und grundsätzliche Beurteilung

Der Verein Familynetwork engagiert im Pflegekinderwesen als Familienplatzierungsorganisation sowie in der ambulanten Familienhilfe. Familynetwork ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### Kein Handlungsbedarf

Sowohl die drei Bericht des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.



### **Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen**

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoss gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

### **Unklare Auswirkungen**

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Familynetwork weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Der Verein Familynetwork lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

### **Eigene Vorschläge**

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet Familynetwork, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Familynetwork schlägt dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.



- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

### **Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist Familynetwork auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt. Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für Familynetwork ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

### **Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Dienstage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

### **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

Familynetwork geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere



Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Dienstage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Dienstage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

#### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

#### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht von Familynetwork besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

Familynetwork ist der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

#### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Familynetwork sieht absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildienstage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Dienstage erfüllen (2017: 96.7% aller Dienstage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Dienstage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Dienstage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.

#### **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.



### **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

Familynetwork bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Manuela Steiger  
Fachmitarbeiterin / Verantwortliche für Zivildiensteinsätze

Dipartimento federale dell'economia, della  
formazione e della ricerca DEFR  
Organo d'esecuzione del servizio civile ZIVI  
Servizio giuridico  
Malerweg 6  
3600 Thun

Arogno, 11 ottobre 2018

Gentili Signore, egregi Signori,

come azienda agricola di montagna e istituto d'impiego nel 13esimo anno vorremo prendere posizione riguardante le proposte di modifica della legge sul servizio civile. Abbiamo accolto già tanti giovani nella nostra fattoria e al momento ospitiamo 3 civilisti. Per tutti i parti è sempre stato un'esperienza importante, un'esperienza che fa senso e che farà vedere i suoi frutti ancora a lungo termine. I ragazzi ci danno una mano e noi li procuriamo un'esperienza e una formazione come non la possono trovare altrove e di cui non si dimenticheranno mai per tutta la loro vita. In quel senso la patria viene gratificata due volte. Questo è la difesa di cui ha bisogno così tanto il nostro paese e il nostro mondo. I responsabili in merito devono fare tutto nel loro possibile di garantire e facilitare l'accesso libero a tutte le persone che vorrebbero prestare servizio civile. Anzi il nostro dipartimento deve studiare modi di aumentare ancora in flessibilità e offerta.

Ringraziandovi per quello che già è stato fatto per il nostro servizio civile vi salutiamo cordialmente d'Arogno

Florian Bessler e Annina Staub



home  
médicalisé  
les arbres

Département fédéral de l'économie,  
de la formation et de la recherche DEFR  
Organe d'exécution pour le service civil ZIVI  
Service juridique  
Malerweg 6  
3600 Thoun

La Chaux-de-Fonds, le 8 octobre 2018

### **Position du Home médicalisé Les Arbres concernant la modification de la loi sur le service civil**

Monsieur le Conseiller fédéral Schneider-Ammann,  
Mesdames, Messieurs,

Interpellés par la proposition de modification de la loi fédérale sur le service civil actuellement mise en consultation, nous nous permettons d'y prendre part et vous remercions de cette opportunité, que nous saisissons en vous faisant parvenir la présente prise de position.

Outre les arguments relayés par la Fédération suisse du service civil CIVIVA, nous souhaitons souligner notre opposition à toute mesure qui restreindrait l'accès au service civil.

Nous référant à l'expérience du service civil tel qu'il se pratique au sein du Home médicalisé Les Arbres, établissement médico-social accueillant des personnes âgées, nous sommes en effet convaincus que le service civil, sous sa forme actuelle, fonctionne parfaitement et est d'une grande utilité sociale. Les civilistes représentent une « bouffée d'oxygène » pour nos résidents âgés, à qui ils apportent énormément : soutien, présence, aide aux sorties, accompagnement individuel, etc., dans le cadre de tâches sortant de l'ordinaire et que notre personnel, dont la dotation est limitée, ne peuvent pas assurer.

Le service civil s'avère efficace en termes d'application, d'organisation et d'action. Il a du sens globalement, mais aussi pour chaque civiliste pris séparément. En effet, actuellement, nous accueillons des civilistes dans les secteurs de l'animation, des soins et de l'intendance. Dans la majorité des cas, ces personnes viennent d'univers professionnels très différents de l'accompagnement de la personne âgée. A la fin de la période d'affectation, souvent, ils nous rapportent avoir été enrichis par cette expérience et, pour certains, avoir été suffisamment changés pour décider de prendre une nouvelle voie professionnelle. Dans le secteur des soins et de l'accompagnement à la personne âgée, qui est amené – au vu du vieillissement de la population – à se développer, nous sommes déjà actuellement confrontés à une pénurie de main d'œuvre. Chaque nouvelle personne qui décide de se réorienter dans notre secteur est par conséquent la bienvenue.

fondation  
des établissements  
cantonaux pour  
personnes âgées

home médicalisé les arbres  
rue de la prévoyance 72  
case postale 3149  
2303 la chaux-de-fonds

t 032 967 55 55  
f 032 967 55 56  
home.lesarbres@ne.ch  
ccp 23-4738-5



Pour nous, le service civil est créateur de citoyenneté mais aussi un vecteur de cohésion sociale ; il permet une connaissance et une reconnaissance, entre les générations, entre des personnes en bonne santé et des personnes fragilisée par le grand âge ou souffrant de handicap. Le service civil, comme il est proposé actuellement, est un exemple à suivre pour les autres pays. Il redonne le sens de l'autre dans une société de plus en plus individualiste.

Une modification de la loi sur le service civil doit être fondée sur le bon déroulement du service civil et ne pas être motivée par la volonté de résoudre les problèmes supposés de l'armée. Politiquement, vouloir dégrader un système qui fonctionne bien et fait ses preuves au profit d'un autre est hautement contestable. Les problèmes doivent être résolus là où ils existent. Le service civil doit s'adapter aux besoins de la société et non à ceux de l'armée.

Avec la réforme légale proposée aujourd'hui, le Conseil fédéral place les besoins de l'armée au-dessus de ceux de la société civile en prétextant la préservation des intérêts publics. Nous récusons cette interprétation et sommes convaincus que le bon fonctionnement de la société est ce qu'il y a de plus important pour la prospérité de la Suisse.

En vous priant de tenir compte des éléments développés ci-dessus dans la suite de la réflexion sur ce projet et en restant à votre disposition pour des explications complémentaires sur notre argumentation, nous vous prions d'agréer nos salutations distinguées.

Home médicalisé Les Arbres  
Le directeur

Claude-Alain Roy



Daniel Gröbli  
Directeur général  
Tél direct 058 458 73 01  
[groebli.direction@rambarde.ch](mailto:groebli.direction@rambarde.ch)

Département fédéral de l'économie,  
de la formation et de la recherche DEFR  
Organe d'exécution pour le service civil  
ZIVI  
Service juridique  
Malerweg 6  
3600 Thoune

Pully, le 7 septembre 2018

**Position de la Fondation La Rambarde concernant la  
modification de la loi sur le service civil**

*(Qui reprend l'argumentaire de la Fédération suisse du service civil CIVIVA)*

Monsieur le Conseiller fédéral Schneider-Ammann,  
Mesdames, Messieurs,

Dans votre rapport du 20 juin 2018, vous nous avez invités à prendre part à la procédure de consultation sur la modification de la loi sur le service civil proposée par le Conseil fédéral. Nous vous remercions de nous offrir cette opportunité, que nous saisissons en vous faisant parvenir la présente prise de position.

La Rambarde est une fondation de droit privé et d'utilité publique active dans l'action sociale et dont la mission première est d'accueillir en urgence des enfants et adolescents vaudois qui nécessitent une protection immédiate. Plus de 150 enfants, adolescents et leur famille sont prises en charge simultanément par nos équipes éducatives. Depuis plusieurs années déjà la Rambarde accueille régulièrement des civilistes au sein de nos sites et ceci à notre pleine et entière satisfaction.

**Introduction et appréciation générale**

La Fédération suisse du service civil CIVIVA représente les intérêts des civilistes et des établissements d'affectation du service civil. La Rambarde est convaincue que le service civil, sous sa forme actuelle, fonctionne parfaitement et est d'une grande utilité pour la société et l'environnement. Le service civil s'avère efficace en termes d'application, d'organisation et d'action. Il a du sens globalement, mais aussi pour chaque civiliste pris séparément.

La proposition de modification de la loi sur le service civil porte atteinte au service civil en tant que façon d'accomplir son obligation de servir et le remet fondamentalement en question. Des principes importants comme l'égalité de traitement de toutes les personnes astreintes à servir ou le droit de faire valoir à tout moment un conflit de conscience seraient compromis. Cette modification conduit à un grand nombre de conflits avec les droits fondamentaux, comme le montre l'avis de droit ci-joint.

Une modification de la loi sur le service civil doit être fondée sur le bon déroulement du service civil et ne pas être motivée par la volonté de résoudre les problèmes supposés de l'armée. Politiquement, vouloir dégrader un système qui fonctionne bien et fait ses preuves au profit d'un autre est hautement contestable. Les problèmes doivent être résolus là où ils existent. Le service civil doit s'adapter aux besoins de la société et non à ceux de l'armée.

**Fondation La Rambarde • Bld de la Forêt 30 • 1009 Pully • Tél. 058 458 73 00 • [www.rambarde.ch](http://www.rambarde.ch)**

Foyer de Cour	Av. de Cour 16b - 1007 Lausanne - Tél 058 458 7310	Foyer Valvert	Bld de la Forêt 30 - 1009 Pully - Tél 058 458 73 35
Foyer de Meillerie	Ch. de Meillerie 1 - 1006 Lausanne - Tél 058 458 73 15	Espace Transition	Av. de Cour 18 - 1007 Lausanne - Tel 058 458 73 40
Foyer des Uttins	Av. de Grandson 22 - 1400 Yverdon - Tél 058 458 73 20	I.S.M.V.	Ch. des Sauges 1 - 1018 Lausanne - Tél 079 657 67 97
APAC	Av. de Morges 48 - 1004 Lausanne - Tél 058 458 73 25	Relais parental	Av. de Cour 16b - 1007 Lausanne - Tél 058 458 73 45
Carrefour Morges	Av. de Morges 48 - 1004 Lausanne - Tél 058 458 73 30	Carrefour Echallens	Av. d'Echallens 150 - 1004 Lausanne - Tél 058 458 73 32

### Aucune nécessité d'intervenir

Les trois rapports du Conseil fédéral sur les effets de la solution de la preuve par l'acte pour le service civil (2010, 2012, 2014) ainsi que le rapport du groupe d'étude sur l'obligation de service (2016) arrivent à la conclusion que le service civil ne compromet pas les effectifs de l'armée et que, par conséquent, il n'existe aucune nécessité de limiter l'accès au service civil. Jusqu'à aujourd'hui, aucune étude quantitative reposant sur des données transparentes ne suggère que les effectifs de l'armée sont menacés par le service civil. La prétendue nécessité d'intervenir n'est ni étayée ni fondée.

### Inégalité de traitement entre les personnes astreintes au service

Les mesures proposées prévoient que plus une personne astreinte a accompli de jours de service, plus les conditions pour passer au service civil empirent. Cette inégalité de traitement évidente et intentionnelle des personnes astreintes au service est inacceptable. Un conflit de conscience vis-à-vis du service militaire peut apparaître à tout moment, en particulier lorsqu'une personne astreinte a eu plusieurs expériences personnelles dans l'armée. L'idée de devoir restreindre plus fortement la « preuve par l'acte » est absurde et constitue une infraction par le Conseil fédéral lui-même au pacte de l'ONU sur les droits civils et politiques.

### Conséquences incertaines

Le Conseil fédéral part du principe que compliquer l'accès au service civil aura un effet direct sur les effectifs de l'armée. CIVIVA rappelle que les personnes astreintes au service ne constituent pas une variable d'ajustement anonyme qui peut être contrôlée selon le bon vouloir des politiques et de l'administration. Il s'agit bien davantage d'individus à part entière qui statuent en fonction de droits fondamentaux dont ils disposent, de différentes informations auxquelles ils ont accès et de leurs différentes possibilités d'action. Chaque décision de déposer une demande d'admission au service civil est le résultat d'une réflexion individuelle et d'expériences personnelles. Les modifications proposées ne tiennent aucunement compte de cet aspect.

Si les restrictions pour un passage ultérieur au service civil sont accentuées, un jeune homme astreint à servir qui, selon la loi actuelle, aurait déposé une demande d'admission au service civil aura plusieurs façons de procéder dans cette nouvelle situation :

- Il accepte les nouvelles conditions et passe tout de même au service civil.
- Il anticipe le fait qu'il pourra se retrouver en difficulté à l'avenir dans le cas où il ferait face à un conflit de conscience et dépose sa demande d'admission au service civil plus tôt.
- Il quitte l'armée par la « voie bleue » en prouvant son inaptitude à servir avec une expertise psychiatrique.
- Il reste dans l'armée, réduit sa participation au minimum et y effectue les tâches qui lui sont imposées à contrecœur jusqu'à la fin de son obligation de servir.

Il faut s'attendre à ce que toutes ces possibilités soient choisies dans différentes proportions. Les sept mesures aboutiront donc à des demandes d'admission au service civil anticipées, plus de personnes astreintes à servir déclarées inaptes ou aptes à la protection civile et plus de soldats non motivés dans l'armée. Il est très peu probable que des militaires souhaitant quitter l'armée redeviennent soudainement convaincus et enclins à servir, pour la seule raison qu'un changement de voie est rendu plus difficile. C'est particulièrement vrai également pour les sous-officiers et officiers qui sont déjà prêts à assumer des responsabilités dans l'armée et à accomplir davantage de jours, mais qui se verront encore davantage désavantager par ces restrictions.

La fondation la Rambarde partage les arguments de la Fondation suisse du service civil CIVIVA et s'oppose pour ces raisons à la modification de la loi sur le service civil dans son ensemble, ainsi qu'aux sept mesures prises séparément.

### Quelques propositions

Fondation La Rambarde • Bld de la Forêt 30 • 1009 Pully • Tél. 058 458 73 00 • [www.rambarde.ch](http://www.rambarde.ch)

Foyer de Cour	Av. de Cour 16b - 1007 Lausanne - Tél 058 458 7310	Foyer Valvert	Bld de la Forêt 30 - 1009 Pully - Tél 058 458 73 35
Foyer de Meillerie	Ch. de Meillerie 1 - 1006 Lausanne - Tél 058 458 73 15	Espace Transition	Av. de Cour 18 - 1007 Lausanne - Tél 058 458 73 40
Foyer des Uttins	Av. de Grandson 22 - 1400 Yverdon - Tél 058 458 73 20	I.S.M.V.	Ch. des Sauges 1 - 1018 Lausanne - Tél 079 657 67 97
APAC	Av. de Morges 48 - 1004 Lausanne - Tél 058 458 73 25	Relais parental	Av. de Cour 16b - 1007 Lausanne - Tél 058 458 73 45
Carrefour Morges	Av. de Morges 48 - 1004 Lausanne - Tél 058 458 73 30	Carrefour Echallens	Av. d'Echallens 150 - 1004 Lausanne - Tél 058 458 73 32

La loi sur le service civil réglemente le service civil. Par conséquent, CIVIVA s'attend à ce qu'une modification de la LSC traite également du service civil et mette en valeur sa contribution extrêmement efficace au système de service obligatoire et à son bon fonctionnement. Il conviendrait au moins d'essayer de faire évoluer le service civil de manière constructive. CIVIVA propose pour cela les mesures suivantes :

- Le service civil doit être encore plus orienté vers les situations exceptionnelles, comme les catastrophes environnementales ou les cas d'urgence humanitaire.
- Le service civil doit être flexible et permettre de nouvelles formes d'affectation, par exemple dans l'assistance des personnes nécessitant une prise en charge. Dans cette optique, le principe des affectations à temps plein doit être abandonné afin de permettre des services d'assistance plus longs et personnalisés.
- Les programmes prioritaires doivent être étendus à d'autres domaines ou être totalement supprimés.
- La formation des civilistes doit être renforcée et adaptée de manière plus spécifique aux besoins des affectations.

### Commentaires sur les mesures proposées

#### Mesure n° 1 : minimum de 150 jours de service

Plus les personnes astreintes à servir présentent tard leur demande d'admission au service civil, plus cette mesure les met en difficulté. Elle pénalise tous ceux qui veulent donner une chance à l'armée et sont prêts à essayer le service militaire. Si un conflit de conscience survient par la suite, ils seront pénalisés de manière disproportionnée. Le minimum de 150 jours de service rend absurde le système de la preuve par l'acte. Une personne qui présente une demande d'admission au service civil au lieu de faire son dernier cours de répétition devra multiplier par plus de sept son nombre de jours de service à réaliser. Le facteur maximal de deux, reconnu internationalement, est ainsi largement dépassé. Pour un examen approfondi de la situation juridique, CIVIVA fournit l'avis de droit ci-joint.

Lors de son avis du 24 mai 2017 sur la motion 17.3006 « Modification de la loi sur le service civil » de la CPS-N, le Conseil fédéral a fait valoir ce qui suit :

« Il est par contre difficile d'estimer quelles seraient la nature et l'ampleur des conséquences indésirables que cette mise en œuvre entraînerait et quels seraient les effets sur le nombre des admissions au service civil ou sur l'effectif de l'armée. Il faut cependant s'attendre à ce que, dans l'ensemble, les personnes astreintes au service militaire soient moins nombreuses à accomplir un service personnel. L'égalité face aux obligations militaires en serait ainsi affaiblie.

Les proportions dans lesquelles la durée du service civil serait prolongée (jusqu'à un facteur de 195) et l'inégalité de traitement subie par les civilistes revêtraient le caractère d'une sanction disproportionnée et seraient notamment incompatibles avec le principe de l'égalité de droit. »

Pour CIVIVA, il est évident que cette argumentation vaut également pour la mesure proposée ici consistant en l'introduction d'un minimum de 150 jours de service. Un facteur de sept représente en outre une claire inégalité de traitement et est incompatible avec le principe de l'égalité devant la loi

#### Mesure n° 2 : délai d'attente de 12 mois

Un délai d'attente d'un an pour l'admission au service civil des militaires incorporés dans l'armée, conformément aux art. 16 et 17, est clairement contraire au principe du conflit de conscience en vigueur (art. 1), puisque malgré la formulation manifeste du conflit de conscience, l'obligation de servir un an de plus dans l'armée est imposée. Par conséquent, la personne concernée se voit refuser l'accès au service civil pendant une année entière. En outre, le moment de la fin de la formation de base est un choix arbitraire du Conseil fédéral qui entraîne une inégalité de traitement patente des militaires incorporés qui ont déjà effectué davantage

Fondation La Rambarde • Bld de la Forêt 30 • 1009 Pully • Tél. 058 458 73 00 • [www.rambarde.ch](http://www.rambarde.ch)

Foyer de Cour	Av. de Cour 16b - 1007 Lausanne - Tél 058 458 7310	Foyer Valvert	Bld de la Forêt 30 - 1009 Pully - Tél 058 458 73 35
Foyer de Meillerie	Ch. de Meillerie 1 - 1006 Lausanne - Tél 058 458 73 15	Espace Transition	Av. de Cour 18 - 1007 Lausanne - Tél 058 458 73 40
Foyer des Uttins	Av. de Grandson 22 - 1400 Yverdon - Tél 058 458 73 20	I.S.M.V.	Ch. des Sauges 1 - 1018 Lausanne - Tél 079 657 67 97
APAC	Av. de Morges 48 - 1004 Lausanne - Tél 058 458 73 25	Relais parental	Av. de Cour 16b - 1007 Lausanne - Tél 058 458 73 45
Carrefour Morges	Av. de Morges 48 - 1004 Lausanne - Tél 058 458 73 30	Carrefour Echallens	Av. d'Echallens 150 - 1004 Lausanne - Tél 058 458 73 32

de jours de service. Un conflit de conscience vis-à-vis du service militaire et le droit au service civil qui en découle peuvent surgir indépendamment de la durée du service militaire réalisé ou de la fonction et du grade.

Par ailleurs, ce délai peut entraîner une augmentation des désengagements pour cause d'incapacité de la part des militaires concernés (« voie bleue »), cette voie n'impliquant aucun délai. D'autre part, l'augmentation des personnes concernées par des demandes de déplacement de service pendant le délai d'attente provoquera une hausse parallèle de la charge administrative de l'armée.

### **Mesure n° 3 : facteur 1,5, y compris pour les sous-officiers et les officiers**

CIVIVA part du principe que les sous-officiers et officiers, en raison de leurs prédispositions supposées pour la carrière militaire et leurs plus longues périodes de service supplémentaires, doivent avoir des motifs sérieux et importants pour passer au service civil et être disposés à allonger leur période de service civil, ce qui est déjà le cas aujourd'hui. La diminution du facteur de rallongement des jours de service qui s'applique actuellement pour les sous-officiers et officiers se justifie par le nombre bien plus élevé de jours de service qu'accomplissent ces derniers par rapport aux soldats. Cette règle a fait ses preuves au regard du faible nombre de personnes concernées. Un facteur 1,5 indépendant de la durée de service et des jours de service fournis par les sous-officiers et officiers constituerait un préjudice et une inégalité de traitement considérables pour ces derniers. Si l'accès au service civil est détérioré alors même qu'il a fait ses preuves, il faudra s'attendre à avoir des supérieurs démotivés au sein de l'armée ou à voir croître le nombre de désengagements pour cause d'incapacité.

### **Mesure n° 4 : interdiction aux médecins de faire le service civil en tant que médecins**

La volonté d'interdire les affectations qui requièrent d'avoir débuté ou terminé des études de médecine est arbitraire. Le système de milice éprouvé en Suisse repose sur le principe d'une utilisation efficace des capacités civiles dans l'armée, la protection civile et le service civil.

### **Mesure n° 5 : pas d'admission de militaires n'ayant plus de jours de service à accomplir**

Fondamentalement, un désengagement du service militaire en raison d'un conflit de conscience doit être possible à tout moment, celui-ci pouvant apparaître lorsqu'une personne est par la suite astreinte au tir obligatoire. Du point de vue de CIVIVA, il serait bien plus sensé de réviser la procédure très complexe d'admission au service militaire sans arme. Si les personnes astreintes à servir pouvaient dès le début et sans obstacle effectuer un service militaire sans arme, le très petit nombre de cas (moins de 50 par an) concernés par cette mesure 5 n'existerait plus.

CIVIVA estime que les personnes admises au service civil doivent également effectuer un service civil efficace et reconnaît dans ce cas la nécessité d'intervenir sur le fond, mais refuse toute restriction du droit fondamental à l'objection de conscience, ce que représente cette mesure.

### **Mesure n° 6 : obligation d'accomplir une période d'affectation par année dès l'admission**

Actuellement, cette exigence est déjà réglementée de manière quasiment identique dans l'article 39a de l'ordonnance sur le service civil. CIVIVA ne voit absolument aucune raison à cette modification cosmétique puisque les jours de service civil sont déjà aujourd'hui accomplis de manière très fiable. L'organe d'exécution contribue, par une gestion efficace et flexible, à ce que les civilistes s'acquittent en règle générale de tous les jours de service ordonnés (2017 : 96,7 % de tous les jours de service). S'il arrive que certains civilistes n'effectuent pas tous leurs jours de service, il s'agit uniquement de cas extrêmes (maladie longue, départ à l'étranger, décès, refus total).

L'argument du Conseil fédéral que l'équivalence des services se manifeste également par leur exécution dans une même étape de la vie (généralement entre 20 et 25 ans pour la plupart) est contredit par la flexibilité introduite volontaire dans le Développement de l'armée concernant le commencement de l'ER. En outre, cette mesure entraîne des préjudices pour les établissements d'affectation puisque les nombreuses affectations

Fondation La Rambarde • Bld de la Forêt 30 • 1009 Pully • Tél. 058 458 73 00 • [www.rambarde.ch](http://www.rambarde.ch)

Foyer de Cour	Av. de Cour 16b - 1007 Lausanne - Tél 058 458 7310	Foyer Valvert	Bld de la Forêt 30 - 1009 Pully - Tél 058 458 73 35
Foyer de Meillerie	Ch. de Meillerie 1 - 1006 Lausanne - Tél 058 458 73 15	Espace Transition	Av. de Cour 18 - 1007 Lausanne - Tel 058 458 73 40
Foyer des Uttins	Av. de Grandson 22 - 1400 Yverdon - Tél 058 458 73 20	I.S.M.V.	Ch. des Sauges 1 - 1018 Lausanne - Tél 079 657 67 97
APAC	Av. de Morges 48 - 1004 Lausanne - Tél 058 458 73 25	Relais parental	Av. de Cour 16b - 1007 Lausanne - Tél 058 458 73 45
Carrefour Morges	Av. de Morges 48 - 1004 Lausanne - Tél 058 458 73 30	Carrefour Echallens	Av. d'Echallens 150 - 1004 Lausanne - Tél 058 458 73 32

courtes devant être effectuées rendent la période d'apprentissage des tâches démesurée par rapport au temps de l'affectation. Actuellement, la Confédération elle-même offre également, en tant qu'établissement d'affectation, de nombreuses affectations qui nécessitent une haute qualification et pour lesquelles une durée minimale de plusieurs mois est revendiquée. Avec l'obligation d'accomplir une affectation par année, les jours de service restants à la fin de la nécessaire formation ne sont absolument pas suffisants par rapport à la durée minimale requise.

**Mesure n° 7 : obligation pour les requérants ayant déposé leur demande pendant l'ER de terminer leur affectation longue au plus tard pendant l'année civile qui suit l'entrée en force de la décision d'admission**

Avec cette mesure, les personnes astreintes à servir qui sont admises au service civil alors qu'elles viennent d'une ER d'été se retrouvent en particulier dans une situation très délicate en termes de temps, puisqu'elles n'auraient qu'environ 1 an pour organiser et réaliser le service de 6 mois. Les répercussions sur la vie professionnelle ou sur la formation peuvent être lourdes, puisque ces personnes devraient accorder, en l'espace de deux années civiles, un temps considérable à l'obligation de servir. Il ne faut pas qu'une mesure visant à réduire l'attractivité du service civil se répercute finalement sur les employeurs et les instituts de formation, sans parler des obligations familiales.

**Résumé et conclusion**

CIVIVA regrette que le Conseil fédéral se soit laissé mettre sous pression par les discours de certains politiciens spécialistes de la sécurité, qui utilisent notamment des propos discréditant et irrespectueux et qu'il soit maintenant prêt à cacher sous le tapis les problématiques propres à l'armée en adoptant des mesures allant à l'encontre d'un service civil qui est pourtant efficace, en constant développement et utile à la société. Dans le rapport explicatif pour la procédure de consultation, le Conseil fédéral s'exprime ainsi :

« Dans la mesure où le nombre des personnes accomplissant le service civil diminuera à long terme à la suite de l'entrée en vigueur de la présente révision, les établissements d'affectation seront touchés, en particulier dans les domaines d'activité où les ressources nécessaires à l'accomplissement de tâches de la communauté sont insuffisantes ou sont absentes. Il convient toutefois d'accepter cet inconvénient eu égard à l'intérêt public prépondérant que constitue la garantie des effectifs de l'armée. »

Le Conseil fédéral place les besoins de l'armée au-dessus de ceux de la société civile en prétextant la préservation des intérêts publics. Nous récusons cette interprétation et sommes convaincus que le bon fonctionnement de la société est ce qu'il y a de plus important pour la prospérité de la Suisse. La fondation La Rambarde partage pleinement cet avis.

En vous priant de tenir compte des éléments développés ci-dessus dans la suite de la réflexion sur ce projet et au nom de la fondation La Rambarde,

Monsieur le Conseiller fédéral Schneider-Amman,

Mesdames, Messieurs, je vous adresse mes plus cordiales salutations,



Daniel Gröbli  
Directeur général.

*Annexe : avis de droit du 16.06.18.*

Fondation La Rambarde • Bld de la Forêt 30 • 1009 Pully • Tél. 058 458 73 00 • [www.rambarde.ch](http://www.rambarde.ch)

Foyer de Cour	Av. de Cour 16b - 1007 Lausanne - Tél 058 458 7310	Foyer Valvert	Bld de la Forêt 30 - 1009 Pully - Tél 058 458 73 35
Foyer de Meillerie	Ch. de Meillerie 1 - 1006 Lausanne - Tél 058 458 73 15	Espace Transition	Av. de Cour 18 - 1007 Lausanne - Tél 058 458 73 40
Foyer des Uttins	Av. de Grandson 22 - 1400 Yverdon - Tél 058 458 73 20	I.S.M.V.	Ch. des Sauges 1 - 1018 Lausanne - Tél 079 657 67 97
APAC	Av. de Morges 48 - 1004 Lausanne - Tél 058 458 73 25	Relais parental	Av. de Cour 16b - 1007 Lausanne - Tél 058 458 73 45
Carrefour Morges	Av. de Morges 48 - 1004 Lausanne - Tél 058 458 73 30	Carrefour Echallens	Av. d'Echallens 150 - 1004 Lausanne - Tél 058 458 73 32



Permanence romande pour civilistes et militaires  
Permanence@infodroit.ch ou  
Le mardi de 12 à 14 heures au 026 925 80 66.  
Pour les urgences, 079 524 35 74, veuillez laisser un message.

Flendruz, 16 juin 2018

### Avis de droit

*A qui de droit*

#### **7 mesures du Conseil fédéral destinées à la consultation. Modifications de la loi sur le service civil. 2018**

##### En préalable

1. Le droit à l'objection de conscience est un droit fondamental internationalement reconnu.
2. Il est reconnu par les jurisprudences du Comité des droits de l'homme et de la Cour Européenne des droits de l'homme, il est présent dans la constitution suisse<sup>1</sup>.
3. Ce droit s'appuie essentiellement tant sur le refus impératif de tuer que sur le refus de résoudre les conflits par la violence.
4. Le conflit entre l'obligation constitutionnelle de servir dans l'armée d'une part et la conscience d'autre part (appelé confit de conscience) peut se manifester sous diverses formes et à divers moments, de façons plus ou moins virulentes ou soudaines, y compris parfois par des somatisations ou des actes de rébellions. La problématique a été largement résolue par deux mesures:
5. 1) Il a été renoncé au « contrôle de conscience » en adoptant le système dit de la preuve par l'acte, soit l'acceptation, par la personne qui demande le service civil d'une durée plus longue pour ce service que celle requise pour le service militaire.

Cette mesure a pour avantage (en plus d'une forte diminution de la charge administrative) d'éviter d'une part l'aggravation et la stigmatisation du conflit de conscience par son besoin de le confronter à la procédure et de libérer d'autre part la personne concernée d'une appréhension et d'une expression intellectuelle et verbalisée de ce conflit, inévitablement discriminatoire selon le niveau d'éducation, et sujette d'autre part à des biais divers, puisque le résultat de l'examen dépendait largement du degré de préparation à celui-ci plutôt que de la nature même, des sources et des raisons du conflit de conscience.

6. Il convient toutefois de noter que ce système de quotité a dès le début présenté un défaut important, au demeurant partiellement caché des civilistes eux-mêmes, dans le mesure où la durée de service civil requise par la loi (1 fois et demie – 1,5 – celle du service militaire encore à faire au moment de la demande) est dans la pratique comparativement différente de la durée du service militaire réellement effectuée par les militaires libérés lorsqu'ils atteignent la limite d'âge. En effet, ceux-ci se voient alors remettre le solde des jours de service non-effectués, alors que les civilistes se voient pénalement condamnés s'ils n'effectuent pas l'entier de leurs jours avant la même limite d'âge (limite par ailleurs par elle-même plus exigeante, puisqu'ils ont plus de jours à effectuer dans le même laps de temps). L'armée a de plus tardé à donner les chiffres permettant de mesurer cette différence des durées respectives des

---

<sup>1</sup> Constitution fédérale (Cst.) [Article 10 sur la droit à la vie](#), [art. 15 sur la liberté de conscience](#), [art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement](#).



services. Pourtant des estimations raisonnables permettaient d'évaluer le nombre de jours de service civil effectués pour les civilistes demandant le service civil pour l'entier de leur périodes de service militaires comme étant environ du double du nombre de jour effectué en moyenne par les soldats terminant leur obligation à la limite d'âge<sup>2</sup>. Actuellement, ce taux semble s'être amélioré un peu, mais la durée comparée du service civil resterait de 1.8 plus élevée que la durée des services militaires, et non pas les 1.5 que stipule la loi. Il conviendra de vérifier les effets de la nouvelle loi sur l'armée sur cette problématique, la limite d'âge n'étant plus un âge fixe (p. ex. 34 ans), mais devenant un nombre de dix années pour faire les services requis après l'école de recrue<sup>3</sup>.

7. De plus la discrimination pénale demeure, puisque contrairement au service civil, aucune mesure permettant d'assurer le rythme et le progrès de la réalisation des périodes de service militaire, mesure accompagnées dans la loi sur le service civil de mesures pénales en cas de retards, n'ont été introduites dans la nouvelle législation sur la l'armée. Ainsi, le civiliste doit accomplir certaines périodes (la première suivant l'admission et la période longue) selon des délais fixes et il ne doit pas lui rester plus d'une certaine proportion de jours à faire avant d'atteindre la limite d'âge. Passé ces délais ou si la proportion de jours restant à faire est trop forte, le civiliste est convoqué d'office pour le surplus ou la période concernée, puis il encoure une peine s'il n'effectue pas la période requise. Il n'existe, pas de système similaire ou aussi contraignant dans l'armée. Pour avoir une vision complète de cette discrimination, pénalement grave, il conviendrait encore de comparer le nombre des dispenses pour justes motifs, lesquelles au demeurant ne font que repousser le problème, dispenses accordées tant pour les civilistes que pour les militaires. Nonobstant, vu la nature différente des système de suivi et de répression des deux sortes d'obligations, puisqu'il y a des condamnations pour retard dus au système de suivi contre les civilistes et qu'il n'y en a pas pour les militaires, la discrimination pénale demeure, tout comme demeurera a priori la discrimination sur les durées.

8. 2) Il importe de souligner que le service civil peut et doit pouvoir être demandé en tout temps, c'est d'ailleurs dans la loi<sup>4</sup>.

9. Cela concerne bien sûr la possibilité de demander le service civil depuis une période de service militaire, mais porte surtout sur la nature du conflit de conscience et relève en partie aussi du droit humanitaire.

10. Ainsi, le conflit de conscience peut se développer par une réflexion autonome, mais il peut aussi surgir, progressivement ou soudainement, face à une circonstance rencontrée dans le cadre du service militaire, par exemple lors de la première prise d'arme (il y a hélas des condamnations pour refus d'ordre de personnes qui font à ce moment-là un blocage psychologique) ou en étant mis en confrontation à une arme particulièrement destructive.

11. Il convient aussi, et c'est d'une grande importance, de citer le cas de l'objection de conscience à un ordre criminel, y compris ou surtout si celui-ci viole le droit humanitaire ; objection qui doit en effet pouvoir être exprimée en tout temps et en particulier de façon immédiate au moment de la réception de l'ordre contesté, cette objection devant alors, selon les circonstances, rejeter non-seulement l'ordre contesté lui-même mais aussi l'ensemble du système qui produit ou maintient cet ordre injuste, à tout le moins si l'ordre est maintenu, car alors seul le refus personnel et complet du système permettant, à défaut de pouvoir l'empêcher, la réalisation de ce ordre illégal et des ses conséquences, de préserver la conscience, et donc l'innocence de la personne confrontée à une telle situation. L'objection de conscience à une circonstance particulière devenant alors une objection au sens usuel du terme, une objection d'ensemble au service militaire<sup>5</sup>.

<sup>2</sup> Détail du calcul : <http://www.infodroit.ch/spip.php?article44>

<sup>3</sup> Ordonnance sur les obligations militaires (OMI), 1.1.2018, [art. 19](#).

<sup>4</sup> Loi sur le service civil, [art. 16](#).

<sup>5</sup> Voir par exemple, [Jacques Verhaegen](#) : «Le refus d'obéissance aux ordres manifestement criminels », revue du CICR, vol. 84, n° 845, mars 2002.



### Analyse des mesures proposées

**Mesure 1:** 150 jours de service civil pour toutes personnes n'ayant pas terminés ses « services d'instruction » et ayant moins de 100 jours de service militaire restant.

#### Appréciation générale

12. Par « services d'instruction », il est entendu toutes les périodes de services militaires, à savoir écoles de recrues, écoles de cadres et cours de répétition<sup>6</sup>.

13. La proposition équivaldrait à « condamner », imposer à tout militaire ayant entre 1 et 100 jours de service militaire encore à faire à effectuer 150 jours de service civil.

14. La mesure incite à terminer ses obligations militaires au lieu de demander le service civil.

15. Partant du constat, hautement probable<sup>7</sup>, selon lequel les pertes en effectifs augmentent en fonction de l'âge par lassitude, perte d'intérêt ou en raison de l'augmentation des obligations professionnelles et familiales. Il conviendrait toutefois de disposer des chiffres du nombre des personnes qui quittent l'arme dans ces tranches d'âge soit pour le service civil, soit pour raisons médicales. En effet, si le problème est une question d'emploi du temps, la demande de service civil est d'autant plus contre-productive.

16. A cet aulne, la mesure aura pour effet principal d'augmenter le nombre de demandes médicales et assez peu de diminuer le nombre de service civil. Quand à sa capacité à renforcer la motivation pour l'armée, elle est ici hors contexte – ce n'est pas notre problème ou celui du service civil – et elle n'est que très indirecte, la diminution de l'attrait du service civil n'augmentant pas pour autant l'attrait pour l'armée.

#### Calculs concernant la mesure proposée

17. Dans la pratique, divers types de calculs sont possibles pour déterminer les effets et les proportions de la proposition. Mes connaissances mathématiques sont limitées, donc d'autres calculs sont peut-être possibles ou éventuellement meilleurs, mais ceux-ci révèlent plusieurs des effets pervers de la proposition:

a. Le facteur multipliant le nombre de jours à faire est, avec la proposition exponentiel : La personne qui aurait 1 seul jour d'armée encore à faire se retrouverait à en faire 150 jours, soit 150 fois plus que le nombre de jour d'armée requis.

Dans le détail, un militaire à qui il resterait :

1 cours de répétition (CR), soit 19 jours (150/19), verrait le multiplicateur passer de 1.5 à 7.89

2 cours de répétition, le facteur (150/38) est encore du quadruple (3.94)

3 cours de répétition, le facteur descend à 2.63

4 cours de répétition, le facteur est de 2 (1.97)

5 cours de répétition le facteur est encore de 1.57, soit plus haut que la loi actuelle ou que le facteur attribué aux civilistes ayant encore plus de jours.

Ce n'est donc qu'avec 6 cours de répétition encore à faire, soit avec le nombre total des cours de répétition à faire par les soldats, et donc durant le premier cours de répétition que l'ajout systématique de 150 jours, rejoint le facteur général de 1.5.

*Dit autrement, à quelques jours prêts, quiconque demanderait le service civil après l'école de recrue devrait faire 150 jours de service civil au moins, quelque soit le nombre de jour d'armée restant à faire. Pourquoi ne pas le dire ?*

b. Le calcul peut aussi être fait en tenant compte des jours de service militaires et civils faits au total.

Exemple pour un soldat :

Ecole de recrue de 124 jours, solde 121 jours de service en CR. Total 245<sup>(8)</sup>. Service civil complet, 245 X 1.5 = 367 jours de service civil.

Jours de service mil faits : 244 (au lieu de 245)+150=394 (proposition). Système actuel : 244 + 2 (1 x 1.5) = 246 (actuel). Différence : 148 jours à faire en plus qu'avec le système actuel et ... 27 de plus qu'en ayant demandé le service civil dès le recrutement.

<sup>6</sup> Loi sur l'armée et l'administration militaire (LAAM), [art. 41](#).

<sup>7</sup> La permanence que nous représentons confirme, à sa modeste mesure, cette tendance. Les hommes de plus de 25 ans sont relativement nombreux à vouloir mettre un terme à leurs obligations militaires et leur nombre augmente avec l'âge

<sup>8</sup> OMI, [art. 47](#).



Jours de service faits :  $238 (6 \text{ CR faits}) + 150 = 388$  jours à faire ou (système actuel)  $238 + 9 (6 \times 1.5) = 247$ . Différence : 141 jours de service civil en plus qu'avec le système actuel, mais aussi 21 jours de service (mil et civ) en plus de ce que ce même soldat aurait eu à faire s'il avait demandé le service civil dès la fin du recrutement.

En cela, le service est *punitif parce qu'il impose des jours en plus ... pour avoir accepté de faire presque tout son service militaire !!!*

Jours de service faits :  $219 (5 \text{ CR}) + 150 = 369$  ou (actuel :)  $219 + 39 (26 \times 1.5) = 258$ . Différence : 111 jours de plus que le système actuel, mais encore 2 jours de plus qu'avec un service civil demandé dès l'origine.

Jours de service faits  $200 (4 \text{ CR}) + 150 = 350$  ou actuel  $200 + 68 (45 \times 1.5) = 268$ . Différence : 82 en plus que le système actuel.

A partir d'ici le nombre total de jours faits devient inférieur à un service civil demandé d'emblée et donc les jours de service militaire faits diminuent le nombre total de jours à faire.

Jours de service faits  $181 (3 \text{ CR}) + 150 = 331$  ou  $181 + 96 (64 \times 1.5) = 277$ . Différence, 54 jours de service civil en plus, mais 90 de moins qu'avec un service civil complet.

Jours de service faits  $162 (2 \text{ CR}) + 150 = 312$  ou

Jours de service faits  $143 (1 \text{ CR}) + 150 = 293$  ou  $143 + 156 (101 \times 1.5) = 299$  Différence  $\pm 0$ .

#### Effets pour la pratique

c. Les effets du nouveau système sur les intérêts des candidats civilistes, en termes de jours à faire seraient les suivants :

1) Le facteur de 1.5 s'applique durant l'école de recrue, voir durant le 1<sup>er</sup> CR. Inchangé.

2) Tout jour d'armée fait durant cette période diminue effectivement le nombre total (armée et sc) de jours à faire, par rapport à un service civil complet. Inchangé.

3) Dès le 2<sup>ème</sup> CR et jusqu'au 4<sup>ème</sup> CR, le nouveau système augmente progressivement, par rapport à l'ancien, effet étrange, le nombre de jours total à faire, même si l'on fait ces CR, soit d'avoir à faire encore plus de service en tout parce que l'on fait de l'armée (absurde !), puis d'avoir à faire du service civil en plus, même si le nombre de jours total de service civil et militaire reste inférieur à ce que devrait faire un civiliste de la première heure mis au facteur 1.5).

Exemple : Faire un 2<sup>ème</sup> CR de 19 jours et demander le sc, ajoute en plus de ces 19 jours 17 jours de service en tout (civil et militaire) par rapport au système actuel, dans lequel le civiliste en faisant ce CR épargnerait 9 jours de service civil ( $19 - x 1.5$ ). (Nouveau :  $162 \text{ SM} + 150 \text{ SC} = 312$  Ancien  $162 + 125$  (solde de  $83 \times 1.5$ ) = 287, nouveau = J plus 25. S'il ne fait pas ce CR (ancien  $\text{SM } 143 + \text{SC } 152 (101 \times 1.5) = 295$  soit quelques jours en plus de SC pour ne pas avoir fait ce cours (295 au lieu 287), mais toujours au total 17 jours de moins qu'en faisant ce CR dans le système proposé, lequel augmente donc le nombre de jours à faire sans donner de diminution pour ceux faits.

Idem pour les 3<sup>ème</sup> et 4<sup>ème</sup> CR. Je renonce aux calculs ici, mais le nombre de jours d'armée faits sans diminuer le nombre de jours de service totaux augmentera d'autant, par rapport à quelqu'un qui demande le SC après l'ER ou le 1<sup>er</sup> CR.

4) Dès le 5<sup>ème</sup> CR, le nombre total (SC et SM) de jours à faire devient plus grand que quelqu'un qui demande le service civil dès le 1<sup>er</sup> jour.

d. En résumé, il ne sera intéressant, en terme de jours à faire (ou rentable) de demander le service qu'entre le recrutement et la fin du 1<sup>er</sup> cours de répétition. A l'inverse, toute demande faite ultérieurement augmentera, de plus en plus gravement, la charge totale du nombre de jours à faire, laquelle dépassera, si le SC est demandé durant ou après le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, le nombre de jours à faire pour quelqu'un qui demande le service civil avant l'ER.

18. Tactiquement, pour le soutien aux objecteurs, l'intérêt à demander le service civil entre le recrutement et la fin de l'école de recrue reste similaire. Par contre, plus le militaire avance dans sa carrière militaire, plus la charge de jours augmente, plus il devient difficile de demander le service civil (et plus sera grande le besoin de demander la voie bleue).

19. Cela n'aura pas pour effet de diminuer fortement le nombre de demandes de service civil, puisque les demandes seront soit pour une part reportées plus tôt dans la carrière militaire, soit transformées en demande médicales et que rares seront les personnes qui en fin de carrière militaire décideront de finir leur service plutôt que de sortir de l'armée, d'une façon ou d'une autre.



### La durée du service civil en droit

20. En droit Suisse, le facteur légal de 1.5 est le même depuis l'origine. Avec toutefois la réserve présentée ci-dessus au point 6 concernant la durée effective (et non légale) située aux environs de 1.8.

21. Le droit international, le Comité des droits de l'homme et la Cour européenne des droits de l'homme, tiennent de jurisprudence constante le fait que le service civil doit être de nature civile et non-punitif.

22. Une durée supérieure au double du service militaire à remplacer est considérée comme excessive<sup>9</sup>. Ainsi, l'attribution à toute personne ayant moins de 75 jours de service militaire à faire de 150 jours de service civil serait contraire au droit international.

23. Mais c'est dans son ensemble, ou à tout le moins dès le 2<sup>ème</sup> cours de répétition, que la mesure est discriminatoire. D'abord parce que plus, ils servent dans l'armée, plus elle pénalise les militaires qui demandent le service civil. Ensuite, parce qu'elle traite différemment des personnes dans des situations similaires, à savoir des personnes présentant une demande de service civil, demande qui est de même nature quel que soit le moment où elle est faite et pour laquelle le nombre de jours de service militaire accomplis n'a aucune incidence, sauf peut-être à renforcer le besoin de présenter une objection de conscience, ce qui reste sans influence aucune sur le droit fondamental à demander le service civil.

24. La loi sur le service civil pose comme principe que la charge du service civil devrait équivalente à celle de l'armée<sup>10</sup>. Toutefois la mesure proposée, en tous les cas dès le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, puisque la charge en jours à faire est alourdie au-delà de ce que le militaire aurait à faire en demandant le service civil avant l'école de recrue. Ainsi, non-seulement, la personne concernée effectue la plus large part de son service militaire (les 3/4), mais elle y voit ajouté une part importante de service civil (150/367) soit presque la moitié du service civil en plus, pour un total qui dépasse ce qu'elle aurait eu à faire tant à l'armée qu'avec un service civil entier. A ce titre, la mesure est non seulement dissuasive, mais discriminatoire dans la mesure où elle pénalise ceux qui ont déjà fait beaucoup d'armée (ne devraient-ils pas au contraire être pour cela remerciés ?).

25. Par ailleurs, le droit à l'objection de conscience étant un droit fondamental, toute forme de dissuasion, en entravant son libre exercice, est déjà une violation du droit.

26. Et il est finalement, à mon sens, difficile la nature punitive de la mesure, puisque ce sont ceux-là même, qui ont le plus servi dans l'armée, qui se voient le plus pénalisés.

### Résumé :

- Violation du droit international sur la durée du service civil.
- Discrimination entre les civilistes « d'origine » et ceux qui demandent le service civil au cours de leur carrière militaire (l'objection reste la même, pour les mêmes motifs et contre le même service militaire, seule change la situation militaire).
- Mesure probablement punitive.
- Mesure simple en apparence, mais particulièrement compliquée à comprendre et à calculer, entre autres pour les personnes concernées.

---

<sup>9</sup> ONU, Comité des droits de l'homme: Foin v France (Communication No. 666/1995), CCPR/C/D/666/1995, 9 November 1999, para. 10.3, entre autres jurisprudence. Voir aussi: Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 8.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUINO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>  
Il existe aussi une traduction allemande de document, p. 21 : [http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV\\_2014-3\\_KDVundAsyl.pdf](http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV_2014-3_KDVundAsyl.pdf)

Voir aussi le rapport quadriennal du Haut Commissaire aux Droits de l'Homme sur l'objection de conscience, 1.5.2017, § 22.  
<http://www.undocs.org/fr/A/HRC/35/4>

<sup>10</sup> LSC 5



### **Mesure 2 :**

Délai d'attente de 12 mois entre le dépôt de la demande et l'admission, avec obligation de faire les périodes de service militaires prévues.

27. La mesure est contraire à la constitution. Celle-ci prévoit, textuellement : « un service de remplacement »<sup>11</sup>. Or un *remplacement du service* n'est en aucun cas un service de remplacement *différé* avec maintien du service à remplacer, en attente du service de remplacement.

Des délais pour la mise en œuvre, par la personne concernée comme par l'administration, du service de remplacement sont acceptable, voir le maintien des obligations en attente de la décision d'admission<sup>12</sup>, mais en aucun le droit à l'objection de conscience ne saurait-il être suspendu.

28. De plus, la proposition est largement impraticable et passablement conflictogène. Les civilistes concernés ne se gêneront pas pour demander des reports, se faire porter malade ou pour ne pas se présenter et leur motifs de conscience finissant toujours par être reconnus, ils ne seront, s'ils sont que partiellement et inégalement sanctionnés pour ces déflections. Sans parler de la charge administrative supplémentaire pour les administrations cantonales.

### Résumé

- Mesure contraire à la constitution.
- Discrimination entre les civilistes qui font une demande avant l'école de recrue, lesquels ne sont pas condamnés à des périodes militaires et ceux qui la font après l'ER, qui doivent en faire ou, vaille que vaille, les faire annuler.
- Mesure de nature à créer de nombreuses difficultés administratives tant pour les conscrits et les civilistes que pour l'administration.

### **Mesure 3 :**

29. Suppression du facteur 1.1 et passage au facteur 1.5 pour les officiers et les sous-officiers supérieurs.

30. Les personnes concernées sont relativement peu nombreuses. Elles ont néanmoins les mêmes droits. Mais surtout toutes ces personnes, qui ont été obligées de revêtir ces fonctions d'encadrement, ont déjà servi, au moment de la demande d'admission au service civil plus de jours d'armée que ne servent les civilistes qui n'en a fait aucun. Le moins gradé de ceux-ci servira un total 440 jours de services au lieu de 245<sup>13</sup>. Pour obtenir son grade, il en aura déjà fait presque autant qu'un soldat normal. Et le solde de jour à faire, qu'il soit multiplié par 1.1. ou 1.5 dépassera de toutes façons le nombre maximal de jours effectués par un civiliste ne faisant pas d'armée du tout.

31. Sachant que l'obligation de grader est imposée, même avec un facteur 1.1, la personne qui demande le service civil alors qu'elle a déjà revêtu son grade est discriminée par rapport à un civiliste qui demande le service avant de recevoir le moindre grade. Augmenté cette durée plus encore, alors que la personne gradée sert déjà plus que toute autre personne sans garde, apparaît là aussi comme punitive.

### Résumé

- En conjonction avec la discrimination décrite ci-après, violation du droit international sur la durée du service de remplacement.
- Discrimination entre les officiers et sous-officiers supérieurs d'une part et les soldats d'autre part en raison d'abord de l'obligation de grader d'abord, pour laquelle les premiers ne peuvent rien, puis du fait qu'en raison de cette obligation, ils ont déjà effectué, contre leur gré, une durée de service aussi importante que les soldats, durée sur laquelle vient ensuite s'ajouter une très longue durée de service civil supplémentaire. Dit autrement, le soldat qui demande le service civil évite non-seulement de grader, mais tous les jours de service civil supplémentaires en cas de conflit de conscience alors que l'officier, qui est en droit de développer un conflit de conscience à tout moment, en est d'autant plus pénalisé.

<sup>11</sup> [Art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement.](#)

<sup>12</sup> [LSC 17 et 17a.](#)

<sup>13</sup> [OMI 47](#)



- Mesure qui ne touche qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 4 :**

32. Interdiction faite aux médecins de faire du service civil en tant que médecins.

33. Là encore, la mesure ne concerne que très peu de personnes. Les médecins ont en moyenne au moins 26-27 ans à la fin de leur formation et ce moment-là, la plupart des périodes longues sont faites. Mais quand bien même, faut-il priver les hôpitaux de ces médecins-là ?

34. Par ailleurs, la mesure est à nouveau discriminatoire ; pourquoi les médecins et pas les géologues, les travailleurs sociaux ou les enseignants ? Là ce ne serait plus seulement certains civilistes, mais tout le service d'intérêt public qui tendrait à être victime d'une vision trop étroite des possibilités de service civil.

35. Enfin, il existe certes une disposition qui interdit certaines affectations en fonction de la personne du civiliste, en particulier si elle favorise sa formation<sup>14</sup>. Et c'est probablement, dans ce contexte que la proposition s'inspirerait. Mais à nouveau, certains militaires exercent des fonctions militaires en lien avec leur profession – et pas seulement des médecins ! – en quoi des civilistes n'auraient-ils pas le droit d'en faire autant ?

#### Résumé

- Mesure hautement discriminatoire (par professions).
- Mesure ne touchant (en l'état, que les médecins) qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 5 :**

36. Pas d'admission au service civil pour les personnes pour lesquelles il ne reste plus de jours de service, mais pour lesquelles il reste des tirs obligatoires.

37. La question est controversée depuis longtemps. Seul sont concernés les militaires en service long, qui restent incorporés ensuite pendant 4 ans<sup>15</sup>. Il conviendrait de savoir combien il y a eu de cas.

38. Pour rappel, les militaires ont la possibilité de déposer l'arme, sans motifs, s'ils ne souhaitent pas la conserver, mais cela ne les dispense pas des tirs<sup>16</sup>.

39. D'abord, il convient de rappeler que l'exécution de tirs obligatoires, dans le cadre d'un service militaire, même terminé, peuvent donner lieu à conflit de conscience, qui plus est si celui-ci peut avoir à se manifester durant une période de 4 ans.

40. En ce sens, la mesure ignore et passe complètement à côté, nie un problème qu'il y aurait pourtant lieu de résoudre.

41. A mon sens, une procédure plus simple qu'une admission au service civil devrait permettre, par exemple mais en tous les cas pour motifs de conscience légitimes, de remettre l'arme définitivement et d'être ainsi dispensé des tirs obligatoires.

#### Résumé

- Violation du droit à l'objection de conscience
- Mesure administrative inadéquate
- Mesure ne touchant qu'un nombre limité de personne

#### **Mesure 6 :**

42. Les civilistes sont tenus de faire une période de service civil par année dès l'admission.

---

<sup>14</sup> [LSC 4a](#)

<sup>15</sup> [LAAM 54a](#)

<sup>16</sup> Ordonnance concernant l'équipement personnel des militaires (OEPM), [art. 6a](#).



43. La mesure existe déjà, [art. 39a](#) de l'ordonnance sur le service civil : « La personne astreinte au service civil *effectue chaque année* des affectations de service civil d'une durée de 26 jours au moins à partir de la deuxième année civile au plus tard ».

44. Les reports étant relativement fréquents, on peut se demander si c'est ceux-ci qu'il s'agit de limiter, mais le texte de la mesure est pour le surplus inutile.

#### Résumé

- Proposition de mesure incompétente, mesure déjà prévue par la loi.

#### Mesure 7 :

45. Obligation pour les personnes en service long, d'effectuer la période longue de service civile dans l'année qui suit (et non pas dans les trois ans qui suivent) l'admission au service civil.

46. Imposer un service civil long est une vieille mesure de 2011, que le Tribunal administratif fédéral avait annulée en raison de [l'article 20 de la LSC](#) qui stipule que le SC peut être fait en une ou plusieurs périodes<sup>17</sup>.

47. Depuis toujours, nous recommandons aux militaires en service long de passer d'abord au service normal, avant de demander le service civil, entre autres afin d'éviter le surplus de jours, actuellement 55 jours de service militaire ou 82 jours de service civil en plus<sup>18</sup>. Notre recommandation ne changera pas.

48. De plus, la mesure ne prévoit cette obligation que si l'école de recrue n'est pas terminée, or l'école de recrue est considérée comme terminée si 80% de ses jours ont été accomplis<sup>19</sup>; soit pour une école usuelle de 124 jours, dès le 100<sup>ème</sup> jour d'école de recrue. Mais dans la pratique, la demande de service civil peut être faite quelques jours plutôt, puisque celle-ci prend quelques jours, voir semaines à condition pour cela que l'admission à la fin du processus de demande intervienne après le 100<sup>ème</sup> jour de service.

49. Que ce soit en passant au service normal et en attendant les 80% de son service militaire (dans des conditions « suffisantes ») – si encore au service long avec les jours en sus – il est très facile d'éviter cette mesure et peu nombreux sont ceux qui se retrouveront à devoir faire une période longue ou leur période longue de service civile dans l'année qui suit. Au demeurant si un plan de carrière avait prévu une mise en suspend de celui-ci pour le service militaire long, avec une libération en fin d'école de recrue et une affectation longue trouvée rapidement, celle-ci peut être faite dans le temps préalablement dévolu au service militaire long.

50. La mesure est aussi discriminatoire puisqu'elle traite plus durement les militaires en service long que les militaires en service normal d'une part, et alors plus durement que les civilistes n'ayant pas débuté l'école de recrue d'autre part.

#### Résumé

- Mesure facile à contourner, voire à accommoder.
- Mesure ne concernant alors plus qu'un nombre limité de personne.
- Mesure discriminatoire.

#### Considérations finales

51. Les mesures 1 et 3 violent le droit international sur la durée du service civil.

52. La mesure 2 viole la constitution sur la notion de service de remplacement et la mesure 5 viole la constitution sur le droit à un service de remplacement.

53. Les mesures 1, 3, 4 et 7 sont clairement discriminatoires et violent à un titre ou un autre l'égalité de traitement.

54. Les mesures 3, 4, 5 et 7 ne touchent que – mais gravement – un nombre limité de personnes. À ce titre, le but premier de ces mesures n'est probablement pas ou que partiellement de toucher ces personnes-là, voire de les maintenir dans l'armée mais de donner l'impression qu'il est difficile ou déconseillé, qu'il est

<sup>17</sup> <http://www.infodroit.ch/spip.php?article91>

<sup>18</sup> [OMI 111](#)

<sup>19</sup> [OMI 57](#) ou [37 ordonnance sur le service civil \(OSI\)](#) (même teneur).



même dissuadé de sortir de l'armée. Un tel but viole le droit au service civil et un service civil non-discriminatoire et non-punitif.

55. Il convient d'ajouter à ce propos que les instances et jurisprudences internationales ont reconnus sans hésiter le droit à l'objection de conscience pour les appelés, comme pour les volontaires et les professionnels. Autrement dit et pour ce qui nous occupe ici, le droit à l'objection de conscience et au service de remplacement est et reste le même, ne saurait donc subir d'aggravation dans l'exercice du droit, soit l'accès au service civil, comme dans sa réalisation, soit l'accomplissement du service civil, que la personne concernée aie commencé ou non à servir dans l'armée<sup>20</sup>.

56. Les mesures 2, 3 et 4 supposent des difficultés de mise en œuvre particulièrement importantes. La mesure 5 pourrait faire l'objet d'une simplification administrative.

57. La mesure 6 est inutile, une aberration puisqu'elle préconise quelque chose qui existe déjà.

58. L'analyse de l'ensemble de ces mesures donne l'impression forte que l'armée est très embarrassée, mal à l'aise en raison des demandes service civil issues des ses rangs.

59. Ainsi quand bien même l'ensemble de ces mesures, si elles venaient à être mise en œuvre, aurait pourrait effet d'inciter les conscrits à demander le service civil bien plus tôt, ce qui n'est pas utile à l'armée non plus, il conviendrait de combattre ces mesures pour les effets et les complications graves qu'elles imposent, en toutes sortes de circonstances, aux militaires.

60. Il convient aussi de constater que les mesures proposées font preuve d'une méconnaissance, tant du droit international que du droit constitutionnel suisse qui confine à l'impréparation, voire au mépris, tant des civilistes que des militaires.

61. Enfin, dans le cadre des réactions à ces propositions de mesures, il conviendra de rappeler certaines ou l'ensemble de nos revendications de base, à savoir une présence civile lors du recrutement afin de faciliter son impartialité, un durée raisonnable et une compensation financière garantissant au moins l'accès au minimum vital<sup>21</sup>.

Christophe Barbey,  
Juriste, permanent depuis 2006

---

<sup>20</sup> Voir les résolutions du Conseil des Droits de l'Homme, par exemple la résolution du 8 octobre 2013, art. 12 [A/RES/HRC/24/17](#) ou Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 4.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

<sup>21</sup> Avec une APG de 62.- par jour durant l'ER ou son équivalent au service civil, ou en cas d'absence de salaire préalable au service ou de droit à son équivalent, avec 1'800.- par mois ~, le minimum vital n'est pas atteint. Le dernier rapport du haut commissaire aux droits de l'homme mentionne une trop faible rémunération comme étant de nature punitive. [A/HRC/35/4](#), § 21.

Zivildienst Zentralstelle
11. Okt. 2018
Eingescannt Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>

Dépt fédéral de l'économie,  
De la formation et recherche  
Organe d'exécution pour le service civil  
Service juridique  
Malerweg 6  
3600 Thoune

Yverdon-les-Bains, le 10 octobre 2018

### Prise de position concernant le projet de modification de la loi sur le service civil

Monsieur le Conseiller fédéral Schneider-Ammann,  
Mesdames, Messieurs,

Nous tenons à vous faire part de nos profondes inquiétudes et incompréhension à l'encontre du projet de modification de la loi sur le service civil. Les institutions vaudoises dont nous faisons partie sont les premières qui ont participé, tant historiquement, qu'en nombre, à cette mesure alternative au service militaire.

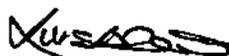
Le service civil fonctionne à notre satisfaction et la nécessité d'intervenir ne nous apparaît ni étayée ni fondée. En tous les cas nous pensons que les mesures proposées ne sauraient résoudre les difficultés propres au service militaire. Par contre, il en résulterait une inégalité de traitement entre les personnes astreintes au service et cela aurait des conséquences incertaines tant pour les personnes directement concernées que pour nos institutions.

Nous relevons l'enjeu sociétal et national, bien réel, que représentent le vieillissement de la population et l'accompagnement des personnes en perte d'autonomie. Si évolution il devait y avoir, il serait souhaitable que celle-ci permette au service civil de s'adapter en garantissant la contribution de personnes motivées et en nombre suffisant pour accompagner ceux de nos concitoyens qui le nécessitent, quel que soit leur lieu de vie.

Par conséquent nous soutenons la prise de position de CIVIVA et espérons sincèrement que le Conseil fédéral donne la priorité aux besoins présents et à venir de la population civile.

En vous remerciant par avance de l'intérêt porté à ce présent courrier, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Conseil fédéral Schneider-Ammann, Mesdames, Messieurs, nos salutations distinguées.

Fondation Saphir  
Direction & centre de gestion



Luis Villa  
Responsable finances



Elisabeth Gafsou  
Responsable ressources humaines

**FONDATION MAISON ST-FRANCOIS**  
**EMS POUR PERSONNES AGEES**

Zivildienst Zentralstelle
21. Aug. 2018
Eingesannt Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>

Département fédéral de l'économie,  
de la formation et de la recherche DEFR  
Organe d'exécution pour le service civil ZIV  
Service juridique  
Malerweg 6  
3600 Thounne

Sion, le 20 août 2018

**Position de la Fédération suisse du service civil CIVIVA  
concernant la modification de la loi sur le service civil**

Monsieur le Conseiller fédéral Schneider-Ammann,  
Mesdames, Messieurs,

Dans votre rapport du 20 juin 2018, vous nous avez invités à prendre part à la procédure de consultation sur la modification de la loi sur le service civil proposée par le Conseil fédéral. Nous vous remercions de nous offrir cette opportunité, que nous saisissons en vous faisant parvenir la présente prise de position.

**Introduction et appréciation générale**

La Fondation Maison St-François est convaincue que le service civil, sous sa forme actuelle, fonctionne parfaitement et est d'une grande utilité pour la société et l'environnement. Le service civil s'avère efficace en termes d'application, d'organisation et d'action. Il a du sens globalement, mais aussi pour chaque civiliste pris séparément.

La proposition de modification de la loi sur le service civil porte atteinte au service civil en tant que façon d'accomplir son obligation de servir et le remet fondamentalement en question. Des principes importants comme l'égalité de traitement de toutes les personnes astreintes à servir ou le droit de faire valoir à tout moment un conflit de conscience seraient compromis. Cette modification conduit à un grand nombre de conflits avec les droits fondamentaux, comme le montre l'avis de droit ci-joint.

Une modification de la loi sur le service civil doit être fondée sur le bon déroulement du service civil et ne pas être motivée par la volonté de résoudre les problèmes supposés de l'armée. Politiquement, vouloir dégrader un système qui fonctionne bien et fait ses preuves au profit d'un autre est hautement contestable. Les problèmes doivent être résolus là où ils existent. Le service civil doit s'adapter aux besoins de la société et non à ceux de l'armée.

**Aucune nécessité d'intervenir**

Les trois rapports du Conseil fédéral sur les effets de la solution de la preuve par l'acte pour le service civil (2010, 2012, 2014) ainsi que le rapport du groupe d'étude sur l'obligation de service (2016) arrivent à la conclusion que le service civil ne compromet pas les effectifs de l'armée et que, par conséquent, il n'existe aucune nécessité de limiter l'accès au service civil. Jusqu'à aujourd'hui, aucune étude quantitative reposant sur des données transparentes ne suggère que les effectifs de l'armée sont menacés par le service civil. La prétendue nécessité d'intervenir n'est ni étayée ni fondée.

# FONDATION MAISON ST-FRANÇOIS

## EMS POUR PERSONNES AGEES

### **Inégalité de traitement entre les personnes astreintes au service**

Les mesures proposées prévoient que plus une personne astreinte a déjà accompli de jours de service, plus les conditions pour passer au service civil empirent. Cette inégalité de traitement évidente et intentionnelle des personnes astreintes au service est inacceptable. Un conflit de conscience vis-à-vis du service militaire peut apparaître à tout moment, en particulier lorsqu'une personne astreinte a eu plusieurs expériences personnelles dans l'armée. L'idée de devoir restreindre plus fortement la « preuve par l'acte » est absurde et constitue une infraction par le Conseil fédéral lui-même au pacte de l'ONU sur les droits civils et politiques.

### **Conséquences incertaines**

Le Conseil fédéral part du principe que compliquer l'accès au service civil aura un effet direct sur les effectifs de l'armée. La Fondation Maison St-François rappelle que les personnes astreintes au service ne constituent pas une variable d'ajustement anonyme qui peut être contrôlée selon le bon vouloir des politiques et de l'administration. Il s'agit bien davantage d'individus à part entière qui statuent en fonction de droits fondamentaux dont ils disposent, de différentes informations auxquelles ils ont accès et de leurs différentes possibilités d'action. Chaque décision de déposer une demande d'admission au service civil est le résultat d'une réflexion individuelle et d'expériences personnelles. Les modifications proposées ne tiennent aucunement compte de cet aspect.

Si les restrictions pour un passage ultérieur au service civil sont accentuées, un jeune homme astreint à servir qui, selon la loi actuelle, aurait déposé une demande d'admission au service civil aura plusieurs façons de procéder dans cette nouvelle situation :

- Il accepte les nouvelles conditions et passe tout de même au service civil.
- Il anticipe le fait qu'il pourra se retrouver en difficulté à l'avenir dans le cas où il ferait face à un conflit de conscience et dépose sa demande d'admission au service civil plus tôt.
- Il quitte l'armée par la « voie bleue » en prouvant son inaptitude à servir avec une expertise psychiatrique.
- Il reste dans l'armée, réduit sa participation au minimum et y effectue les tâches qui lui sont imposées à contrecœur jusqu'à la fin de son obligation de servir.

Il faut s'attendre à ce que toutes ces possibilités soient choisies dans différentes proportions. Les sept mesures aboutiront donc à des demandes d'admission au service civil anticipées, plus de personnes astreintes à servir déclarées inaptées ou aptes à la protection civile et plus de soldats non motivés dans l'armée. Il est très peu probable que des militaires souhaitant quitter l'armée redeviennent soudainement convaincus et enclins à servir, pour la seule raison qu'un changement de voie est rendu plus difficile. C'est particulièrement vrai également pour les sous-officiers et officiers qui sont déjà prêts à assumer des responsabilités dans l'armée et à accomplir davantage de jours, mais qui se verront encore davantage désavantagés par ces restrictions.

La Fondation Maison St-François, établissement médico-social, s'oppose pour ces raisons à la modification de la loi sur le service civil dans son ensemble, ainsi qu'aux sept mesures prises séparément.

### **Quelques propositions**

La loi sur le service civil régit le service civil. Par conséquent, La Fondation Maison St-François s'attend à ce qu'une modification de la LSC traite également du service civil et mette en valeur sa contribution extrêmement efficace au système de service obligatoire et à son bon fonctionnement. Il conviendrait au moins d'essayer de faire évoluer le service civil de manière constructive. La Fondation Maison St-François propose pour cela les mesures suivantes :

- Le service civil doit être encore plus orienté vers les situations exceptionnelles, comme les catastrophes environnementales ou les cas d'urgence humanitaire.

# FONDATION MAISON ST-FRANCOIS

## EMS POUR PERSONNES AGEES

- Le service civil doit être flexible et permettre de nouvelles formes d'affectation, par exemple dans l'assistance des personnes nécessitant une prise en charge. Dans cette optique, le principe des affectations à temps plein doit être abandonné afin de permettre des services d'assistance plus longs et personnalisés.
- Les programmes prioritaires doivent être étendus à d'autres domaines ou être totalement supprimés.
- La formation des civilistes doit être renforcée et adaptée de manière plus spécifique aux besoins des affectations.

### Commentaires sur les mesures proposées

#### Mesure n° 1 : minimum de 150 jours de service

Plus les personnes astreintes à servir présentent tard leur demande d'admission au service civil, plus cette mesure les met en difficulté. Elle pénalise tous ceux qui veulent donner une chance à l'armée et sont prêts à essayer le service militaire. Si un conflit de conscience survient par la suite, ils seront pénalisés de manière disproportionnée. Le minimum de 150 jours de service rend absurde le système de la preuve par l'acte. Une personne qui présente une demande d'admission au service civil au lieu de faire son dernier cours de répétition devra multiplier par plus de sept son nombre de jours de service à réaliser. Le facteur maximal de deux, reconnu internationalement, est ainsi largement dépassé. Pour un examen approfondi de la situation juridique, la Fondation Maison St-François fournit l'avis de droit ci-joint.

Lors de son avis du 24 mai 2017 sur la motion 17.3006 « Modification de la loi sur le service civil » de la CPS-N, le Conseil fédéral a fait valoir ce qui suit :

*« Il est par contre difficile d'estimer quelles seraient la nature et l'ampleur des conséquences indésirables que cette mise en œuvre entraînerait et quels seraient les effets sur le nombre des admissions au service civil ou sur l'effectif de l'armée. Il faut cependant s'attendre à ce que, dans l'ensemble, les personnes astreintes au service militaire soient moins nombreuses à accomplir un service personnel. L'égalité face aux obligations militaires en serait ainsi affaiblie. Les proportions dans lesquelles la durée du service civil serait prolongée (jusqu'à un facteur de 195) et l'inégalité de traitement subie par les civilistes revêtiraient le caractère d'une sanction disproportionnée et seraient notamment incompatibles avec le principe de l'égalité de droit. »*

Pour la Fondation Maison St-François, il est évident que cette argumentation vaut également pour la mesure proposée ici consistant en l'introduction d'un minimum de 150 jours de service. Un facteur de sept représente en outre une claire inégalité de traitement et est incompatible avec le principe de l'égalité devant la loi

#### Mesure n° 2 : délai d'attente de 12 mois

Un délai d'attente d'un an pour l'admission au service civil des militaires incorporés dans l'armée, conformément aux art. 16 et 17, est clairement contraire au principe du conflit de conscience en vigueur (art. 1), puisque malgré la formulation manifeste du conflit de conscience, l'obligation de servir un an de plus dans l'armée est imposée. Par conséquent, la personne concernée se voit refuser l'accès au service civil pendant une année entière. En outre, le moment de la fin de la formation de base est un choix arbitraire du Conseil fédéral qui entraîne une inégalité de traitement patente des militaires incorporés qui ont déjà effectué davantage de jours de service. Un conflit de conscience vis-à-vis du service militaire et le droit au service civil qui en découle peuvent surgir indépendamment de la durée du service militaire réalisé ou de la fonction et du grade.

## **FONDATION MAISON ST-FRANCOIS**

### **EMS POUR PERSONNES AGEES**

Par ailleurs, ce délai peut entraîner une augmentation des désengagements pour cause d'inaptitude de la part des militaires concernés (« voie bleue »), cette voie n'impliquant aucun délai. D'autre part, l'augmentation des personnes concernées par des demandes de déplacement de service pendant le délai d'attente provoquera une hausse parallèle de la charge administrative de l'armée.

#### **Mesure n° 3 : facteur 1,5, y compris pour les sous-officiers et les officiers**

La Fondation Maison St-François part du principe que les sous-officiers et officiers, en raison de leurs prédispositions supposées pour la carrière militaire et leurs plus longues périodes de service supplémentaires, doivent avoir des motifs sérieux et importants pour passer au service civil et être disposés à allonger leur période de service civil, ce qui est déjà le cas aujourd'hui. La diminution du facteur de rallongement des jours de service qui s'applique actuellement pour les sous-officiers et officiers se justifie par le nombre bien plus élevé de jours de service qu'accomplissent ces derniers par rapport aux soldats. Cette règle a fait ses preuves au regard du faible nombre de personnes concernées. Un facteur 1,5 indépendant de la durée de service et des jours de service fournis par les sous-officiers et officiers constituerait un préjudice et une inégalité de traitement considérables pour ces derniers. Si l'accès au service civil est détérioré alors même qu'il a fait ses preuves, il faudra s'attendre à avoir des supérieurs démotivés au sein de l'armée ou à voir croître le nombre de désengagements pour cause d'inaptitude.

#### **Mesure n° 4 : interdiction aux médecins de faire le service civil en tant que médecins**

La volonté d'interdire les affectations qui requièrent d'avoir débuté ou terminé des études de médecine est arbitraire. Le système de milice éprouvé en Suisse repose sur le principe d'une utilisation efficace des capacités civiles dans l'armée, la protection civile et le service civil.

#### **Mesure n° 5 : pas d'admission de militaires n'ayant plus de jours de service à accomplir**

Fondamentalement, un désengagement du service militaire en raison d'un conflit de conscience doit être possible à tout moment, celui-ci pouvant apparaître lorsqu'une personne est par la suite astreinte au tir obligatoire. Du point de vue de la Fondation Maison St-François, il serait bien plus sensé de réviser la procédure très complexe d'admission au service militaire sans arme. Si les personnes astreintes à servir pouvaient dès le début et sans obstacle effectuer un service militaire sans arme, le très petit nombre de cas (moins de 50 par an) concernés par cette mesure 5 n'existerait plus.

La Fondation Maison St-François estime que les personnes admises au service civil doivent également effectuer un service civil efficace et reconnaît dans ce cas la nécessité d'intervenir sur le fond, mais refuse toute restriction du droit fondamental à l'objection de conscience, ce que représente cette mesure.

#### **Mesure n° 6 : obligation d'accomplir une période d'affectation par année dès l'admission**

Actuellement, cette exigence est déjà réglementée de manière quasiment identique dans l'article 39a de l'ordonnance sur le service civil. La Fondation Maison St-François ne voit absolument aucune raison à cette modification cosmétique puisque les jours de service civil sont déjà aujourd'hui accomplis de manière très fiable. L'organe d'exécution contribue, par une gestion efficace et flexible, à ce que les civilistes s'acquittent en règle générale de tous les jours de service ordonnés (2017 : 96,7 % de tous les jours de service). S'il arrive que certains civilistes n'effectuent pas tous leurs jours de service, il s'agit uniquement de cas extrêmes (maladie longue, départ à l'étranger, décès, refus total).

L'argument du Conseil fédéral que l'équivalence des services se manifeste également par leur exécution dans une même étape de la vie (généralement entre 20 et 25 ans pour la plupart) est

## FONDATION MAISON ST-FRANCOIS EMS POUR PERSONNES AGEES

contredit par la flexibilité introduite volontaire dans le Développement de l'armée concernant le commencement de l'ER. En outre, cette mesure entraîne des préjudices pour les établissements d'affectation puisque les nombreuses affectations courtes devant être effectuées rendent la période d'apprentissage des tâches démesurée par rapport au temps de l'affectation. Actuellement, la Confédération elle-même offre également, en tant qu'établissement d'affectation, de nombreuses affectations qui nécessitent une haute qualification et pour lesquelles une durée minimale de plusieurs mois est revendiquée. Avec l'obligation d'accomplir une affectation par année, les jours de service restants à la fin de la nécessaire formation ne sont absolument pas suffisants par rapport à la durée minimale requise.

### **Mesure n° 7 : obligation pour les requérants ayant déposé leur demande pendant l'ER de terminer leur affectation longue au plus tard pendant l'année civile qui suit l'entrée en force de la décision d'admission**

Avec cette mesure, les personnes astreintes à servir qui sont admises au service civil alors qu'elles viennent d'une ER d'été se retrouvent en particulier dans une situation très délicate en termes de temps, puisqu'elles n'auraient qu'environ 1 an pour organiser et réaliser le service de 6 mois. Les répercussions sur la vie professionnelle ou sur la formation peuvent être lourdes, puisque ces personnes devraient accorder, en l'espace de deux années civiles, un temps considérable à l'obligation de servir. Il ne faut pas qu'une mesure visant à réduire l'attractivité du service civil se répercute finalement sur les employeurs et les instituts de formation, sans parler des obligations familiales.

### **Résumé et conclusion**

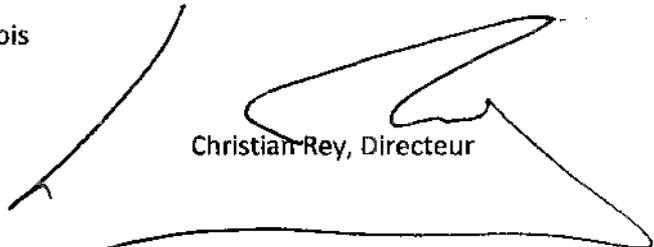
La Fondation Maison St-François regrette que le Conseil fédéral se soit laissé mettre sous pression par les discours de certains politiciens spécialistes de la sécurité, qui utilisent notamment des propos discréditants et irrespectueux et qu'il soit maintenant prêt à cacher sous le tapis les problématiques propres à l'armée en adoptant des mesures allant à l'encontre d'un service civil qui est pourtant efficace, en constant développement et utile à la société. Dans le rapport explicatif pour la procédure de consultation, le Conseil fédéral s'exprime ainsi :

*« Dans la mesure où le nombre des personnes accomplissant le service civil diminuera à long terme à la suite de l'entrée en vigueur de la présente révision, les établissements d'affectation seront touchés, en particulier dans les domaines d'activité où les ressources nécessaires à l'accomplissement de tâches de la communauté sont insuffisantes ou sont absentes. Il convient toutefois d'accepter cet inconvénient eu égard à l'intérêt public prépondérant que constitue la garantie des effectifs de l'armée. »*

Le Conseil fédéral place les besoins de l'armée au-dessus de ceux de la société civile en prétextant la préservation des intérêts publics. Nous récusons cette interprétation et sommes convaincus que le bon fonctionnement de la société est ce qu'il y a de plus important pour la prospérité de la Suisse.

En vous priant de tenir compte des éléments développés ci-dessus dans la suite de la réflexion sur ce projet, nous vous prions d'agréer nos salutations distinguées.

Au nom de la Fondation Maison St-François



Christian Rey, Directeur

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Allschwil, im Oktober 2018

## Stellungnahme des Kinder-, Jugend und Familien Freizeithauses Allschwil zur Änderung des Zivildienstgesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### Einleitung und grundsätzliche Beurteilung

Das Freizeithaus Allschwil ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### Kein Handlungsbedarf

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

### Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen



Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoß gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

## Unklare Auswirkungen

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Das Freizeithaus Allschwil weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Das Freizeithaus Allschwil lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

## Eigene Vorschläge

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet das Freizeithaus Allschwil, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Das Freizeithaus Allschwil schlägt dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.



- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

## Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist das Freizeithaus Allschwil auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.“*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für das Freizeithaus Allschwil ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

## Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Dienstage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

## Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere



Das Freizeithaus Allschwil geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Dienstage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Dienstage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Dienstagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

#### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

#### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht des Freizeithauses besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

Das Freizeithaus Allschwil ist der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

#### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Das Freizeithaus Allschwil sieht absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildienstage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Dienstage erfüllen (2017: 96.7% aller Dienstage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Dienstage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Dienstage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.



## **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

## **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

Das Freizeithaus Allschwil bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist. Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten.

Mit freundlichen Grüssen

Peter Back  
Leiter Freizeithaus Allschwil  
Abteilungsleiter Jugend Familie Freizeit Sport





Permanence romande pour civilistes et militaires  
Permanence@infodroit.ch ou  
Le mardi de 12 à 14 heures au 026 925 80 66.  
Pour les urgences, 079 524 35 74, veuillez laisser un message.

Flendruz, 16 juin 2018

### Avis de droit

*A qui de droit*

#### **7 mesures du Conseil fédéral destinées à la consultation. Modifications de la loi sur le service civil. 2018**

##### En préalable

1. Le droit à l'objection de conscience est un droit fondamental internationalement reconnu.
2. Il est reconnu par les jurisprudences du Comité des droits de l'homme et de la Cour Européenne des droits de l'homme, il est présent dans la constitution suisse<sup>1</sup>.
3. Ce droit s'appuie essentiellement tant sur le refus impératif de tuer que sur le refus de résoudre les conflits par la violence.
4. Le conflit entre l'obligation constitutionnelle de servir dans l'armée d'une part et la conscience d'autre part (appelé conflit de conscience) peut se manifester sous diverses formes et à divers moments, de façons plus ou moins virulentes ou soudaines, y compris parfois par des somatisations ou des actes de rébellions. La problématique a été largement résolue par deux mesures:
  - 1) Il a été renoncé au « contrôle de conscience » en adoptant le système dit de la preuve par l'acte, soit l'acceptation, par la personne qui demande le service civil d'une durée plus longue pour ce service que celle requise pour le service militaire.Cette mesure a pour avantage (en plus d'une forte diminution de la charge administrative) d'éviter d'une part l'aggravation et la stigmatisation du conflit de conscience par son besoin de le confronter à la procédure et de libérer d'autre part la personne concernée d'une appréhension et d'une expression intellectuelle et verbalisée de ce conflit, inévitablement discriminatoire selon le niveau d'éducation, et sujette d'autre part à des biais divers, puisque le résultat de l'examen dépendait largement du degré de préparation à celui-ci plutôt que de la nature même, des sources et des raisons du conflit de conscience.
6. Il convient toutefois de noter que ce système de quotité a dès le début présenté un défaut important, au demeurant partiellement caché des civilistes eux-mêmes, dans la mesure où la durée de service civil requise par la loi (1 fois et demie – 1,5 – celle du service militaire encore à faire au moment de la demande) est dans la pratique comparativement différente de la durée du service militaire réellement effectuée par les militaires libérés lorsqu'ils atteignent la limite d'âge. En effet, ceux-ci se voient alors remettre le solde des jours de service non-effectués, alors que les civilistes se voient pénalement condamnés s'ils n'effectuent pas l'entier de leurs jours avant la même limite d'âge (limite par ailleurs par elle-même plus exigeante, puisqu'ils ont plus de jours à effectuer dans le même laps de temps). L'armée a de plus tardé à donner les chiffres permettant de mesurer cette différence des durées respectives des

---

<sup>1</sup> Constitution fédérale (Cst.) [Article 10 sur la droit à la vie](#), [art. 15 sur la liberté de conscience](#), [art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement](#).



services. Pourtant des estimations raisonnables permettaient d'évaluer le nombre de jours de service civil effectués pour les civilistes demandant le service civil pour l'entier de leur périodes de service militaires comme étant environ du double du nombre de jour effectué en moyenne par les soldats terminant leur obligation à la limite d'âge<sup>2</sup>. Actuellement, ce taux semble s'être amélioré un peu, mais la durée comparée du service civil resterait de 1.8 plus élevée que la durée des services militaires, et non pas les 1.5 que stipule la loi. Il conviendra de vérifier les effets de la nouvelle loi sur l'armée sur cette problématique, la limite d'âge n'étant plus un âge fixe (p. ex. 34 ans), mais devenant un nombre de dix années pour faire les services requis après l'école de recrue<sup>3</sup>.

7. De plus la discrimination pénale demeure, puisque contrairement au service civil, aucune mesure permettant d'assurer le rythme et le progrès de la réalisation des périodes de service militaire, mesure accompagnées dans la loi sur le service civil de mesures pénales en cas de retards, n'ont été introduites dans la nouvelle législation sur la l'armée. Ainsi, le civiliste doit accomplir certaines périodes (la première suivant l'admission et la période longue) selon des délais fixes et il ne doit pas lui rester plus d'une certaine proportion de jours à faire avant d'atteindre la limite d'âge. Passé ces délais ou si la proportion de jours restant à faire est trop forte, le civiliste est convoqué d'office pour le surplus ou la période concernée, puis il encoure une peine s'il n'effectue pas la période requise. Il n'existe, pas de système similaire ou aussi contraignant dans l'armée. Pour avoir une vision complète de cette discrimination, pénalement grave, il conviendrait encore de comparer le nombre des dispenses pour justes motifs, lesquelles au demeurant ne font que repousser le problème, dispenses accordées tant pour les civilistes que pour les militaires. Nonobstant, vu la nature différente des système de suivi et de répression des deux sortes d'obligations, puisqu'il y a des condamnations pour retard dus au système de suivi contre les civilistes et qu'il n'y en a pas pour les militaires, la discrimination pénale demeure, tout comme demeurera a priori la discrimination sur les durées.

8. 2) Il importe de souligner que le service civil peut et doit pouvoir être demandé en tout temps, c'est d'ailleurs dans la loi<sup>4</sup>.

9. Cela concerne bien sûr la possibilité de demander le service civil depuis une période de service militaire, mais porte surtout sur la nature du conflit de conscience et relève en partie aussi du droit humanitaire.

10. Ainsi, le conflit de conscience peut se développer par une réflexion autonome, mais il peut aussi surgir, progressivement ou soudainement, face à une circonstance rencontrée dans le cadre du service militaire, par exemple lors de la première prise d'arme (il y a hélas des condamnations pour refus d'ordre de personnes qui font à ce moment-là un blocage psychologique) ou en étant mis en confrontation à une arme particulièrement destructive.

11. Il convient aussi, et c'est d'une grande importance, de citer le cas de l'objection de conscience à un ordre criminel, y compris ou surtout si celui-ci viole le droit humanitaire ; objection qui doit en effet pouvoir être exprimée en tout temps et en particulier de façon immédiate au moment de la réception de l'ordre contesté, cette objection devant alors, selon les circonstances, rejeter non-seulement l'ordre contesté lui-même mais aussi l'ensemble du système qui produit ou maintient cet ordre injuste, à tout le moins si l'ordre est maintenu, car alors seul le refus personnel et complet du système permettant, à défaut de pouvoir l'empêcher, la réalisation de ce ordre illégal et des ses conséquences, de préserver la conscience, et donc l'innocence de la personne confrontée à une telle situation. L'objection de conscience à une circonstance particulière devenant alors une objection au sens usuel du terme, une objection d'ensemble au service militaire<sup>5</sup>.

<sup>2</sup> Détail du calcul : <http://www.infodroit.ch/spip.php?article44>

<sup>3</sup> Ordonnance sur les obligations militaires (OMI), 1.1.2018, [art. 19](#).

<sup>4</sup> Loi sur le service civil, [art. 16](#).

<sup>5</sup> Voir par exemple, [Jacques Verhaegen](#) : «Le refus d'obéissance aux ordres manifestement criminels », revue du CICR, vol. 84, n° 845, mars 2002.



### Analyse des mesures proposées

**Mesure 1:** 150 jours de service civil pour toutes personnes n'ayant pas terminés ses « services d'instruction » et ayant moins de 100 jours de service militaire restant.

#### Appréciation générale

12. Par « services d'instruction », il est entendu toutes les périodes de services militaires, à savoir écoles de recrues, écoles de cadres et cours de répétition<sup>6</sup>.

13. La proposition équivaldrait à « condamner », imposer à tout militaire ayant entre 1 et 100 jours de service militaire encore à faire à effectuer 150 jours de service civil.

14. La mesure incite à terminer ses obligations militaires au lieu de demander le service civil.

15. Partant du constat, hautement probable<sup>7</sup>, selon lequel les pertes en effectifs augmentent en fonction de l'âge par lassitude, perte d'intérêt ou en raison de l'augmentation des obligations professionnelles et familiales. Il conviendrait toutefois de disposer des chiffres du nombre des personnes qui quittent l'arme dans ces tranches d'âge soit pour le service civil, soit pour raisons médicales. En effet, si le problème est une question d'emploi du temps, la demande de service civil est d'autant plus contre-productive.

16. A cet aulne, la mesure aura pour effet principal d'augmenter le nombre de demandes médicales et assez peu de diminuer le nombre de service civil. Quand à sa capacité à renforcer la motivation pour l'armée, elle est ici hors contexte – ce n'est pas notre problème ou celui du service civil – et elle n'est que très indirecte, la diminution de l'attrait du service civil n'augmentant pas pour autant l'attrait pour l'armée.

#### Calculs concernant la mesure proposée

17. Dans la pratique, divers types de calculs sont possibles pour déterminer les effets et les proportions de la proposition. Mes connaissances mathématiques sont limitées, donc d'autres calculs sont peut-être possibles ou éventuellement meilleurs, mais ceux-ci révèlent plusieurs des effets pervers de la proposition:

a. Le facteur multipliant le nombre de jours à faire est, avec la proposition exponentiel : La personne qui aurait 1 seul jour d'armée encore à faire se retrouverait à en faire 150 jours, soit 150 fois plus que le nombre de jour d'armée requis.

Dans le détail, un militaire à qui il resterait :

1 cours de répétition (CR), soit 19 jours (150/19), verrait le multiplicateur passer de 1.5 à 7.89

2 cours de répétition, le facteur (150/38) est encore du quadruple (3.94)

3 cours de répétition, le facteur descend à 2.63

4 cours de répétition, le facteur est de 2 (1.97)

5 cours de répétition le facteur est encore de 1.57, soit plus haut que la loi actuelle ou que le facteur attribué aux civilistes ayant encore plus de jours.

Ce n'est donc qu'avec 6 cours de répétition encore à faire, soit avec le nombre total des cours de répétition à faire par les soldats, et donc durant le premier cours de répétition que l'ajout systématique de 150 jours, rejoint le facteur général de 1.5.

*Dit autrement, à quelques jours prêts, quiconque demanderait le service civil après l'école de recrue devrait faire 150 jours de service civil au moins, quelque soit le nombre de jour d'armée restant à faire. Pourquoi ne pas le dire ?*

b. Le calcul peut aussi être fait en tenant compte des jours de service militaires et civils faits au total. Exemple pour un soldat :

Ecole de recrue de 124 jours, solde 121 jours de service en CR. Total 245<sup>(8)</sup>. Service civil complet, 245 X 1.5 = 367 jours de service civil.

Jours de service mil faits : 244 (au lieu de 245)+150=394 (proposition). Système actuel : 244 + 2 (1 x 1.5) = 246 (actuel). Différence : 148 jours à faire en plus qu'avec le système actuel et ... 27 de plus qu'en ayant demandé le service civil dès le recrutement.

<sup>6</sup> Loi sur l'armée et l'administration militaire (LAAM), [art. 41](#).

<sup>7</sup> La permanence que nous représentons confirme, à sa modeste mesure, cette tendance. Les hommes de plus de 25 ans sont relativement nombreux à vouloir mettre un terme à leurs obligations militaires et leur nombre augmente avec l'âge

<sup>8</sup> OMI, [art. 47](#).



Jours de service faits :  $238 (6 \text{ CR faits}) + 150 = 388$  jours à faire ou (système actuel)  $238 + 9 (6 \times 1.5) = 247$ . Différence : 141 jours de service civil en plus qu'avec le système actuel, mais aussi 21 jours de service (mil et civ) en plus de ce que ce même soldat aurait eu à faire s'il avait demandé le service civil dès la fin du recrutement.

En cela, le service est *punitif parce qu'il impose des jours en plus ... pour avoir accepté de faire presque tout son service militaire !!!*

Jours de service faits :  $219 (5 \text{ CR}) + 150 = 369$  ou (actuel :)  $219 + 39 (26 \times 1.5) = 258$ . Différence : 111 jours de plus que le système actuel, mais encore 2 jours de plus qu'avec un service civil demandé dès l'origine.

Jours de service faits  $200 (4 \text{ CR}) + 150 = 350$  ou actuel  $200 + 68 (45 \times 1.5) = 268$ . Différence : 82 en plus que le système actuel.

A partir d'ici le nombre total de jours faits devient inférieur à un service civil demandé d'emblée et donc les jours de service militaire faits diminuent le nombre total de jours à faire.

Jours de service faits  $181 (3 \text{ CR}) + 150 = 331$  ou  $181 + 96 (64 \times 1.5) = 277$ . Différence, 54 jours de service civil en plus, mais 90 de moins qu'avec un service civil complet.

Jours de service faits  $162 (2 \text{ CR}) + 150 = 312$  ou

Jours de service faits  $143 (1 \text{ CR}) + 150 = 293$  ou  $143 + 156 (101 \times 1.5) = 299$  Différence  $\pm 0$ .

#### Effets pour la pratique

c. Les effets du nouveau système sur les intérêts des candidats civilistes, en termes de jours à faire seraient les suivants :

- 1) Le facteur de 1.5 s'applique durant l'école de recrue, voir durant le 1<sup>er</sup> CR. Inchangé.
- 2) Tout jour d'armée fait durant cette période diminue effectivement le nombre total (armée et sc) de jours à faire, par rapport à un service civil complet. Inchangé.
- 3) Dès le 2<sup>ème</sup> CR et jusqu'au 4<sup>ème</sup> CR, le nouveau système augmente progressivement, par rapport à l'ancien, effet étrange, le nombre de jours total à faire, même si l'on fait ces CR, soit d'avoir à faire encore plus de service en tout parce que l'on fait de l'armée (absurde !), puis d'avoir à faire du service civil en plus, même si le nombre de jours total de service civil et militaire reste inférieur à ce que devrait faire un civiliste de la première heure mis au facteur 1.5).

Exemple : Faire un 2<sup>ème</sup> CR de 19 jours et demander le sc, ajoute en plus de ces 19 jours 17 jours de service en tout (civil et militaire) par rapport au système actuel, dans lequel le civiliste en faisant ce CR épargnerait 9 jours de service civil ( $19 - x 1.5$ ). (Nouveau :  $162 \text{ SM} + 150 \text{ SC} = 312$  Ancien  $162 + 125$  (solde de  $83 \times 1.5$ ) = 287, nouveau = J plus 25. S'il ne fait pas ce CR (ancien  $\text{SM } 143 + \text{SC } 152 (101 \times 1.5) = 295$  soit quelques jours en plus de SC pour ne pas avoir fait ce cours (295 au lieu 287), mais toujours au total 17 jours de moins qu'en faisant ce CR dans le système proposé, lequel augmente donc le nombre de jours à faire sans donner de diminution pour ceux faits.

Idem pour les 3<sup>ème</sup> et 4<sup>ème</sup> CR. Je renonce aux calculs ici, mais le nombre de jours d'armée faits sans diminuer le nombre de jours de service totaux augmentera d'autant, par rapport à quelqu'un qui demande le SC après l'ER ou le 1<sup>er</sup> CR.

- 4) Dès le 5<sup>ème</sup> CR, le nombre total (SC et SM) de jours à faire devient plus grand que quelqu'un qui demande le service civil dès le 1<sup>er</sup> jour.

d. En résumé, il ne sera intéressant, en terme de jours à faire (ou rentable) de demander le service qu'entre le recrutement et la fin du 1<sup>er</sup> cours de répétition. A l'inverse, toute demande faite ultérieurement augmentera, de plus en plus gravement, la charge totale du nombre de jours à faire, laquelle dépassera, si le SC est demandé durant ou après le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, le nombre de jours à faire pour quelqu'un qui demande le service civil avant l'ER.

18. Tactiquement, pour le soutien aux objecteurs, l'intérêt à demander le service civil entre le recrutement et la fin de l'école de recrue reste similaire. Par contre, plus le militaire avance dans sa carrière militaire, plus la charge de jours augmente, plus il devient difficile de demander le service civil (et plus sera grande le besoin de demander la voie bleue).

19. Cela n'aura pas pour effet de diminuer fortement le nombre de demandes de service civil, puisque les demandes seront soit pour une part reportées plus tôt dans la carrière militaire, soit transformées en demande médicales et que rares seront les personnes qui en fin de carrière militaire décideront de finir leur service plutôt que de sortir de l'armée, d'une façon ou d'une autre.



### La durée du service civil en droit

20. En droit Suisse, le facteur légal de 1.5 est le même depuis l'origine. Avec toutefois la réserve présentée ci-dessus au point 6 concernant la durée effective (et non légale) située aux environ de 1.8.

21. Le droit international, le Comité des droits de l'homme et la Cour européenne des droits de l'homme, tiennent de jurisprudence constante le fait que le service civil doit être de nature civile et non-punitif.

22. Une durée supérieure au double du service militaire à remplacer est considérée comme excessive<sup>9</sup>. Ainsi, l'attribution à toute personne ayant moins de 75 jours de service militaire à faire de 150 jours de service civil serait contraire au droit international.

23. Mais c'est dans son ensemble, ou à tout le moins dès le 2<sup>ème</sup> cours de répétition, que la mesure est discriminatoire. D'abord parce que plus, ils servent dans l'armée, plus elle pénalise les militaires qui demandent le service civil. Ensuite, parce qu'elle traite différemment des personnes dans des situations similaires, à savoir des personnes présentant une demande de service civil, demande qui est de même nature quel que soit le moment où elle est faite et pour laquelle le nombre de jours de service militaire accomplis n'a aucune incidence, sauf peut-être à renforcer le besoin de présenter une objection de conscience, ce qui reste sans influence aucune sur le droit fondamental à demander le service civil.

24. La loi sur le service civil pose comme principe que la charge du service civil devrait équivalente à celle de l'armée<sup>10</sup>. Toutefois la mesure proposée, en tous les cas dès le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, puisque la charge en jours à faire est alourdie au-delà de ce que le militaire aurait à faire en demandant le service civil avant l'école de recrue. Ainsi, non-seulement, la personne concernée effectue la plus large part de son service militaire (les 3/4), mais elle y voit ajouté une part importante de service civil (150/367) soit presque la moitié du service civil en plus, pour un total qui dépasse ce qu'elle aurait eu à faire tant à l'armée qu'avec un service civil entier. A ce titre, la mesure est non seulement dissuasive, mais discriminatoire dans la mesure où elle pénalise ceux qui ont déjà fait beaucoup d'armée (ne devraient-ils pas au contraire être pour cela remerciés ?).

25. Par ailleurs, le droit à l'objection de conscience étant un droit fondamental, toute forme de dissuasion, en entravant son libre exercice, est déjà une violation du droit.

26. Et il est finalement, à mon sens, difficile la nature punitive de la mesure, puisque ce sont ceux-là même, qui ont le plus servi dans l'armée, qui se voient le plus pénalisés.

### Résumé :

- Violation du droit international sur la durée du service civil.
- Discrimination entre les civilistes « d'origine » et ceux qui demandent le service civil au cours de leur carrière militaire (l'objection reste la même, pour les mêmes motifs et contre le même service militaire, seule change la situation militaire).
- Mesure probablement punitive.
- Mesure simple en apparence, mais particulièrement compliquée à comprendre et à calculer, entre autres pour les personnes concernées.

---

<sup>9</sup> ONU, Comité des droits de l'homme: Foin v France (Communication No. 666/1995), CCPR/C/D/666/1995, 9 November 1999, para. 10.3, entre autres jurisprudence. Voir aussi: Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 8.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>  
Il existe aussi une traduction allemande de document, p. 21 : [http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV\\_2014-3\\_KDVundAsyl.pdf](http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV_2014-3_KDVundAsyl.pdf)

Voir aussi le rapport quadriennal du Haut Commissaire aux Droits de l'Homme sur l'objection de conscience, 1.5.2017, § 22.  
<http://www.undocs.org/fr/A/HRC/35/4>

<sup>10</sup> LSC 5



### **Mesure 2 :**

Délai d'attente de 12 mois entre le dépôt de la demande et l'admission, avec obligation de faire les périodes de service militaires prévues.

27. La mesure est contraire à la constitution. Celle-ci prévoit, textuellement : « un service de remplacement »<sup>11</sup>. Or un *remplacement du service* n'est en aucun cas un service de remplacement *différé* avec maintien du service à remplacer, en attente du service de remplacement.

Des délais pour la mise en œuvre, par la personne concernée comme par l'administration, du service de remplacement sont acceptable, voir le maintien des obligations en attente de la décision d'admission<sup>12</sup>, mais en aucun le droit à l'objection de conscience ne saurait-il être suspendu.

28. De plus, la proposition est largement impraticable et passablement conflictogène. Les civilistes concernés ne se gêneront pas pour demander des reports, se faire porter malade ou pour ne pas se présenter et leur motifs de conscience finissant toujours par être reconnus, ils ne seront, s'ils sont que partiellement et inégalement sanctionnés pour ces déflections. Sans parler de la charge administrative supplémentaire pour les administrations cantonales.

### Résumé

- Mesure contraire à la constitution.
- Discrimination entre les civilistes qui font une demande avant l'école de recrue, lesquels ne sont pas condamnés à des périodes militaires et ceux qui la font après l'ER, qui doivent en faire ou, vaille que vaille, les faire annuler.
- Mesure de nature à créer de nombreuses difficultés administratives tant pour les conscrits et les civilistes que pour l'administration.

### **Mesure 3 :**

29. Suppression du facteur 1.1 et passage au facteur 1.5 pour les officiers et les sous-officiers supérieurs.

30. Les personnes concernées sont relativement peu nombreuses. Elles ont néanmoins les mêmes droits. Mais surtout toutes ces personnes, qui ont été obligées de revêtir ces fonctions d'encadrement, ont déjà servi, au moment de la demande d'admission au service civil plus de jours d'armée que ne servent les civilistes qui n'en a fait aucun. Le moins gradé de ceux-ci servira un total 440 jours de services au lieu de 245<sup>13</sup>. Pour obtenir son grade, il en aura déjà fait presque autant qu'un soldat normal. Et le solde de jour à faire, qu'il soit multiplié par 1.1. ou 1.5 dépassera de toutes façons le nombre maximal de jours effectués par un civiliste ne faisant pas d'armée du tout.

31. Sachant que l'obligation de grader est imposée, même avec un facteur 1.1, la personne qui demande le service civil alors qu'elle a déjà revêtu son grade est discriminée par rapport à un civiliste qui demande le service avant de recevoir le moindre grade. Augmenté cette durée plus encore, alors que la personne gradée sert déjà plus que toute autre personne sans garde, apparaît là aussi comme punitive.

### Résumé

- En conjonction avec la discrimination décrite ci-après, violation du droit international sur la durée du service de remplacement.
- Discrimination entre les officiers et sous-officiers supérieurs d'une part et les soldats d'autre part en raison d'abord de l'obligation de grader d'abord, pour laquelle les premiers ne peuvent rien, puis du fait qu'en raison de cette obligation, ils ont déjà effectué, contre leur gré, une durée de service aussi importante que les soldats, durée sur laquelle vient ensuite s'ajouter une très longue durée de service civil supplémentaire. Dit autrement, le soldat qui demande le service civil évite non-seulement de grader, mais tous les jours de service civil supplémentaires en cas de conflit de conscience alors que l'officier, qui est en droit de développer un conflit de conscience à tout moment, en est d'autant plus pénalisé.

<sup>11</sup> [Art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement.](#)

<sup>12</sup> [LSC 17 et 17a.](#)

<sup>13</sup> [OMI 47](#)



- Mesure qui ne touche qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 4 :**

32. Interdiction faite aux médecins de faire du service civil en tant que médecins.

33. Là encore, la mesure ne concerne que très peu de personnes. Les médecins ont en moyenne au moins 26-27 ans à la fin de leur formation et ce moment-là, la plupart des périodes longues sont faites. Mais quand bien même, faut-il priver les hôpitaux de ces médecins-là ?

34. Par ailleurs, la mesure est à nouveau discriminatoire ; pourquoi les médecins et pas les géologues, les travailleurs sociaux ou les enseignants ? Là ce ne serait plus seulement certains civilistes, mais tout le service d'intérêt public qui tendrait à être victime d'une vision trop étroite des possibilités de service civil.

35. Enfin, il existe certes une disposition qui interdit certaines affectations en fonction de la personne du civiliste, en particulier si elle favorise sa formation<sup>14</sup>. Et c'est probablement, dans ce contexte que la proposition s'inspirerait. Mais à nouveau, certains militaires exercent des fonctions militaires en lien avec leur profession – et pas seulement des médecins ! – en quoi des civilistes n'auraient-ils pas le droit d'en faire autant ?

#### Résumé

- Mesure hautement discriminatoire (par professions).
- Mesure ne touchant (en l'état, que les médecins) qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 5 :**

36. Pas d'admission au service civil pour les personnes pour lesquelles il ne reste plus de jours de service, mais pour lesquelles il reste des tirs obligatoires.

37. La question est controversée depuis longtemps. Seul sont concernés les militaires en service long, qui restent incorporés ensuite pendant 4 ans<sup>15</sup>. Il conviendrait de savoir combien il y a eu de cas.

38. Pour rappel, les militaires ont la possibilité de déposer l'arme, sans motifs, s'ils ne souhaitent pas la conserver, mais cela ne les dispense pas des tirs<sup>16</sup>.

39. D'abord, il convient de rappeler que l'exécution de tirs obligatoires, dans le cadre d'un service militaire, même terminé, peuvent donner lieu à conflit de conscience, qui plus est si celui-ci peut avoir à se manifester durant une période de 4 ans.

40. En ce sens, la mesure ignore et passe complètement à côté, nie un problème qu'il y aurait pourtant lieu de résoudre.

41. A mon sens, une procédure plus simple qu'une admission au service civil devrait permettre, par exemple mais en tous les cas pour motifs de conscience légitimes, de remettre l'arme définitivement et d'être ainsi dispensé des tirs obligatoires.

#### Résumé

- Violation du droit à l'objection de conscience
- Mesure administrative inadéquate
- Mesure ne touchant qu'un nombre limité de personne

#### **Mesure 6 :**

42. Les civilistes sont tenus de faire une période de service civil par année dès l'admission.

---

<sup>14</sup> [LSC 4a](#)

<sup>15</sup> [LAAM 54a](#)

<sup>16</sup> Ordonnance concernant l'équipement personnel des militaires (OEPM), [art. 6a](#).



43. La mesure existe déjà, [art. 39a](#) de l'ordonnance sur le service civil : « La personne astreinte au service civil *effectue chaque année* des affectations de service civil d'une durée de 26 jours au moins à partir de la deuxième année civile au plus tard ».

44. Les reports étant relativement fréquents, on peut se demander si c'est ceux-ci qu'il s'agit de limiter, mais le texte de la mesure est pour le surplus inutile.

#### Résumé

- Proposition de mesure incompétente, mesure déjà prévue par la loi.

#### Mesure 7 :

45. Obligation pour les personnes en service long, d'effectuer la période longue de service civile dans l'année qui suit (et non pas dans les trois ans qui suivent) l'admission au service civil.

46. Imposer un service civil long est une vieille mesure de 2011, que le Tribunal administratif fédéral avait annulée en raison de [l'article 20 de la LSC](#) qui stipule que le SC peut être fait en une ou plusieurs périodes<sup>17</sup>.

47. Depuis toujours, nous recommandons aux militaires en service long de passer d'abord au service normal, avant de demander le service civil, entre autres afin d'éviter le surplus de jours, actuellement 55 jours de service militaire ou 82 jours de service civil en plus<sup>18</sup>. Notre recommandation ne changera pas.

48. De plus, la mesure ne prévoit cette obligation que si l'école de recrue n'est pas terminée, or l'école de recrue est considérée comme terminée si 80% de ses jours ont été accomplis<sup>19</sup>; soit pour une école usuelle de 124 jours, dès le 100<sup>ème</sup> jour d'école de recrue. Mais dans la pratique, la demande de service civil peut être faite quelques jours plutôt, puisque celle-ci prend quelques jours, voir semaines à condition pour cela que l'admission à la fin du processus de demande intervienne après le 100<sup>ème</sup> jour de service.

49. Que ce soit en passant au service normal et en attendant les 80% de son service militaire (dans des conditions « suffisantes ») – si encore au service long avec les jours en sus – il est très facile d'éviter cette mesure et peu nombreux sont ceux qui se retrouveront à devoir faire une période longue ou leur période longue de service civile dans l'année qui suit. Au demeurant si un plan de carrière avait prévu une mise en suspend de celui-ci pour le service militaire long, avec une libération en fin d'école de recrue et une affectation longue trouvée rapidement, celle-ci peut être faite dans le temps préalablement dévolu au service militaire long.

50. La mesure est aussi discriminatoire puisqu'elle traite plus durement les militaires en service long que les militaires en service normal d'une part, et alors plus durement que les civilistes n'ayant pas débuté l'école de recrue d'autre part.

#### Résumé

- Mesure facile à contourner, voire à accommoder.
- Mesure ne concernant alors plus qu'un nombre limité de personne.
- Mesure discriminatoire.

#### Considérations finales

51. Les mesures 1 et 3 violent le droit international sur la durée du service civil.

52. La mesure 2 viole la constitution sur la notion de service de remplacement et la mesure 5 viole la constitution sur le droit à un service de remplacement.

53. Les mesures 1, 3, 4 et 7 sont clairement discriminatoires et violent à un titre ou un autre l'égalité de traitement.

54. Les mesures 3, 4, 5 et 7 ne touchent que – mais gravement – un nombre limité de personnes. À ce titre, le but premier de ces mesures n'est probablement pas ou que partiellement de toucher ces personnes-là, voire de les maintenir dans l'armée mais de donner l'impression qu'il est difficile ou déconseillé, qu'il est

<sup>17</sup> <http://www.infodroit.ch/spip.php?article91>

<sup>18</sup> [OMI 111](#)

<sup>19</sup> [OMI 57](#) ou [37 ordonnance sur le service civil \(OSI\)](#) (même teneur).



même dissuadé de sortir de l'armée. Un tel but viole le droit au service civil et un service civil non-discriminatoire et non-punitif.

55. Il convient d'ajouter à ce propos que les instances et jurisprudences internationales ont reconnus sans hésiter le droit à l'objection de conscience pour les appelés, comme pour les volontaires et les professionnels. Autrement dit et pour ce qui nous occupe ici, le droit à l'objection de conscience et au service de remplacement est et reste le même, ne saurait donc subir d'aggravation dans l'exercice du droit, soit l'accès au service civil, comme dans sa réalisation, soit l'accomplissement du service civil, que la personne concernée aie commencé ou non à servir dans l'armée<sup>20</sup>.

56. Les mesures 2, 3 et 4 supposent des difficultés de mise en œuvre particulièrement importantes. La mesure 5 pourrait faire l'objet d'une simplification administrative.

57. La mesure 6 est inutile, une aberration puisqu'elle préconise quelque chose qui existe déjà.

58. L'analyse de l'ensemble de ces mesures donne l'impression forte que l'armée est très embarrassée, mal à l'aise en raison des demandes service civil issues des ses rangs.

59. Ainsi quand bien même l'ensemble de ces mesures, si elles venaient à être mise en œuvre, aurait pourrait effet d'inciter les conscrits à demander le service civil bien plus tôt, ce qui n'est pas utile à l'armée non plus, il conviendrait de combattre ces mesures pour les effets et les complications graves qu'elles imposent, en toutes sortes de circonstances, aux militaires.

60. Il convient aussi de constater que les mesures proposées font preuve d'une méconnaissance, tant du droit international que du droit constitutionnel suisse qui confine à l'impréparation, voire au mépris, tant des civilistes que des militaires.

61. Enfin, dans le cadre des réactions à ces propositions de mesures, il conviendra de rappeler certaines ou l'ensemble de nos revendications de base, à savoir une présence civile lors du recrutement afin de faciliter son impartialité, un durée raisonnable et une compensation financière garantissant au moins l'accès au minimum vital<sup>21</sup>.

Christophe Barbey,  
Juriste, permanent depuis 2006

---

<sup>20</sup> Voir les résolutions du Conseil des Droits de l'Homme, par exemple la résolution du 8 octobre 2013, art. 12 [A/RES/HRC/24/17](#) ou Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 4.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

<sup>21</sup> Avec une APG de 62.- par jour durant l'ER ou son équivalent au service civil, ou en cas d'absence de salaire préalable au service ou de droit à son équivalent, avec 1'800.- par mois ~, le minimum vital n'est pas atteint. Le dernier rapport du haut commissaire aux droits de l'homme mentionne une trop faible rémunération comme étant de nature punitive. [A/HRC/35/4](#), § 21.



**GEMEINDE  
STANS!**

Zivildienst Zentralstelle	
17.09.2018	
Eingescannt	Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>

**GEMEINDEPRÄSIDIUM**

Stansstaderstrasse 18  
Postfach 442, 6371 Stans  
www.stans.ch  
gemeindeverwaltung@stans.nw.ch  
Telefon 041 619 01 00

**Gregor Schwander**  
Gemeindepräsident

Stans, 14. September 2018

CH-6371 Stans, Postfach 442

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

### **Änderung des Bundesgesetzes über den zivilen Ersatzdienst (Zivildienstgesetz, ZDG). Vernehmlassung. Stellungnahme Gemeinde Stans**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie verschiedene Adressaten eingeladen, zur geplanten Änderung des Zivildienstgesetzes Stellung zu nehmen. Als langjähriger Einsatzbetrieb für Zivildienstleistende gehören wir zu den Hauptbetroffenen der beabsichtigten Zivildienstverschärfungen. Wir erlauben uns deshalb, uns zur Vorlage wie folgt vernehmen zu lassen:

#### **Einleitung und grundsätzliche Beurteilung**

Die Gemeinde Stans bietet schon seit einigen Jahren – sowohl bei der Jugendarbeitsstelle wie auch beim Wohnhaus Mettenweg – Einsatzplätze für Zivildienstleistende an. Zivildienstleistende stehen im Dienste der Allgemeinheit. Ihr Einsatz in gemeinnützigen und öffentlichen Institutionen schafft einen Mehrwert und liegt im öffentlichen Interesse. Als Einsatzbetrieb machen wir durchwegs sehr positive Erfahrungen, die jungen Menschen durch diese vielseitigen und wichtigen Einsätze begleiten zu dürfen. Wir sind davon überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt bringt. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Dienstleistenden sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im Rechtsgutachten, welches durch den Zivildienstverband CIVIVA in Auftrag gegeben wurde, ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit einer allfälligen Optimierung des Zivildienstes auseinandersetzen und nicht zum Ziel haben, den Zivildienst zu schwächen und so die Probleme des Armeebestandes lösen zu wollen. Auch die Armee ist auf motivierte, einsatzbereite junge Menschen angewiesen, die mit Freude und Überzeugung diesen Einsatz leisten. Wenn nun wieder mehr junge Männer zu dieser Dienstleistung gezwungen werden und diese keine

Chance auf eine sinnstiftende und sinnvolle Alternative geboten erhalten, ist dies für die Anliegen der Armee kaum gewinnbringend. Die seinerzeitige Schaffung des Zivildienstes hatte klar das Ziel, Jugendlichen, die aus Gewissensgründen keinen Militärdienst leisten können, eine sinnvolle und attraktive Alternative zu bieten. Diese soll nun wieder eingeschränkt werden. Das ist äusserst bedauerlich, ein Rückschritt in die Vergangenheit und schlicht der falsche Ansatz.

### **Kein Handlungsbedarf**

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010, 2012 und 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegt. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker/innen ab.

### **Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen**

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoss gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

### **Unklare Auswirkungen**

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Wir weisen darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid, ein Zivildienstgesuch einzureichen, ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem ärztlichen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies

gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind, Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Die direkten Vorgesetzten von Zivildienstleistenden sowie das Gemeindepräsidium der Gemeinde Stans lehnen aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

### **Eigene Vorschläge**

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwarten wir, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens der Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Wir schlagen dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.
- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

### Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweisen wir auf das Rechtsgutachten, welches durch CIVIVA in Auftrag gegeben wurde und Ihnen vorliegt.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrerechtigkeit geschwächt.*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für uns ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

### Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA, welche bereits mehr Diensttage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen. Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

### Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere

Wir gehen davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Diensttage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Diensttage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

### Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen, welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

### Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus unserer Sicht besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind. Wir sind der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennen hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

### Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Wir sehen absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil

Zivildiensttage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Diensttage erfüllen (2017: 96.7% aller Diensttage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Diensttage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Diensttage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.

**Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

**Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

Wir bedauern sehr, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

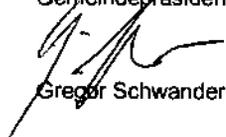
*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am Wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten.



Freundliche Grüsse  
**GEMEINDEPRÄSIDIUM**  
Gemeindepräsident

  
Gregor Schwander

**ABTEILUNG SOZIALES/GESUNDHEIT**  
Abteilungsleiterin



Bernadette Würsch  
(direkte Vorgesetzte von Zivildienstleistenden)

**Von:** Patrick Stirnimann <p.stirnimann@generationenhaus-neubad.ch>  
**Gesendet:** Mittwoch, 22. August 2018 15:26  
**An:** \_ZIVI-Rechtsdienst  
**Cc:** Lukas Kuster CIVIVA  
**Betreff:** Änderung des Zivildienstgesetzes

Guten Tag!

Ich habe mitgekriegt, das vorgesehen ist, das Zivildienstgesetz zu ändern. Ich äussere mich daher grundsätzlich über den Vorschlag zur Änderung dieses Gesetzes.

Ich bin selbst 52 Jahre und Schweizer Bürger. Die Rekrutenschule habe ich im Jahr 1987 absolviert, wurde dann aber 1994 aus der Militärflicht entlassen. Ich selbst erinnere mich gemischten Gefühlen an die RS. Zum einen habe ich in dieser Zeit viel Negatives erlebt und habe sehr viel Zeit mit Warten verbracht. Positiv war allerdings der Zusammenhalt der Truppe. Zudem habe ich Personen kennen gelernt, mit denen ich privat sonst nicht in Kontakt gekommen wäre. Weiter habe ich als Festungsflab-Angehöriger Orte und Landschaften der Schweiz gesehen, die mir Eindruck machten und wunderschön waren. Das Ganze hat allerdings sehr wenig mit der Kernaufgabe des Militärs zu tun!

In der Zwischenzeit bin ich seit Jahren Leiter von Kindertageseinrichtungen. In dieser Funktion habe ich initiiert, dass wir Zivildienstleistende in diesen Institutionen beschäftigen. Der Nutzen dieser Zusammenarbeit liegt in überaus vielen Bereichen und bringt einen Mehrwert für alle! Es sind dies beispielsweise:

- Wir erhöhen in einem von Frauen dominierten Berufsfeld den Anteil von Männern. Dies ist insbesondere für die Kinder, aber auch das Team wichtig.
- Wir reduzieren den Anteil an Praktikantinnen. Für diese wird vielfach keine Anschlusslösung gefunden.
- Den jungen Männern ermöglichen wir in einem Berufsfeld Erfahrungen zu machen, dass sie vielfach nicht kennen. Ein grosser Anteil der bisherig beschäftigten Zivildienstleistungen entscheidet sich dann auf Grund dieses Einsatzes für einen sozialen Beruf oder einen im pädagogischen Bereich.
- Der Einsatz von Männern in Kitas ist auch für die Kinder von grossem Gewinn und gar zukunftsweisend! Wir haben mit ihnen sehr positive Erfahrungen gemacht.

Wir sind nach wie vor sehr angetan vom Einsatz der Zivildienstleistenden und wollen deren Dienste auf keinen Fall missen. Im pädagogischen Bereich macht deren Einsatz ebenfalls sehr Sinn. Es ist für die Kinder und deren Entwicklung von grossem Nutzen, Männer, ihre Denk und Umgangsweise im Kleinkinder zu erleben!

Um die Anzahl Zivildienstleistender zu reduzieren ist es vielleicht eine Möglichkeit, den Einsatz von Zivildienstleistenden in ihrem angestammten Berufsfeld zu reduzieren oder gar zu verbieten. Zudem würde es vielleicht Sinn machen, gewisse Bereiche, bei denen man Einsätze machen kann, zu überprüfen und allenfalls auszuschliessen.

Ich hoffe, sie beziehen meine Überlegungen in Ihre Entscheidungsfindung ein und hoffe sehr auf einen weiteren Einsatz von Zivis in den verschiedensten Berufsbereichen in der Schweiz!

Mit freundlichen Grüssen

Patrick Stirnimann  
Leiter Kita  
Generationenhaus Neubad  
Holeestrasse 119  
4054 Basel  
Tel.: 061/565 44 00  
E-Mail: [p.stirnimann@generationenhaus-neubad.ch](mailto:p.stirnimann@generationenhaus-neubad.ch)



*Zämme  
läbts*

EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT FÜR  
WIRTSCHAFT, BILDUNG UND FORSCHUNG WBF  
VOLLZUGSSTELLE FÜR DEN ZIVILDIENTST ZIVI  
RECHTSDIENST  
MALERWEG 6  
3600 THUN

Zivildienst Zentralstelle	
10. Okt. 2018	
Eingescannt	Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>

Betreff: Stellungnahme des HeK zur Änderung des Zivildienstgesetzes  
Basel, 09.10.2018

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

#### **Einleitung und grundsätzliche Beurteilung**

Das HeK als Einsatzort ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

#### **Kein Handlungsbedarf**

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab. Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Diensttage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden

soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoß gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

## **Unklare Auswirkungen**

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Das HeK weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Das HeK lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

## **Eigene Vorschläge**

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwarten wir, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Wir schlagen dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.
- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

## **Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine

vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist das HeK auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.

Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“

Für uns ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

#### **Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Diensttage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

#### **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

Wir gehen davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Diensttage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Diensttage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

#### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

#### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht vom HeK besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

Wir schliessen uns der Meinung des CIVIVA an, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Das HeK sieht absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildienstage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Dienstage erfüllen (2017: 96.7% aller Dienstage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Dienstage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Dienstage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.

### **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

### **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

Das HeK bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung

und verbleiben mit freundlichen Grüssen.



Jörn Strüker  
Kaufmännischer Leiter, Mitglied der Geschäftsleitung

**Volksschulamt**

Heilpädagogisches Schulzentrum HPSZ

Hirschweg 105 / Haffnerstrasse 33  
4500 Solothurn

**Michaela Studer**

Schulleiterin

Telefon 032 627 92 20

michaela.studer@hpsz.ch

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

02.10.2018

**Stellungnahme des heilpädagogischen Schulzentrums Solothurn (HPSZ) zur Änderung des Zivildienstgesetzes**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie dazu eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

**Einleitung und grundsätzliche Beurteilung**

Wir als sonderpädagogische Schule und langjähriger Einsatzbetrieb sind überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Für unsere Institution ist der Einsatz von Zivildienstleistenden aus zwei Blickwinkeln besonders wertvoll: Zum einen arbeiten im Schulbereich vor allem Frauen, somit sind junge männliche Zivildienstleistende Vorbilder für unsere Schüler mit einer kognitiven Beeinträchtigung. Zum anderen schaffen wir Berührungspunkte für junge Zivildienstleistende zu Menschen mit einer Behinderung, was wir als wertvollen Beitrag der Partizipation (Behindertenrechtskonvention) sehen.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern.

**Kein Handlungsbedarf**

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen

zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen.

### **Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen**

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Diensttage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat.

### **Unklare Auswirkungen**

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen ungenügend Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Die vorgeschlagenen Massnahmen führen also mit grosser Wahrscheinlichkeit dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben.

Wir als Einsatzbetrieb lehnen aus diesen Gründen die vorgeschlagenen Änderungen des Zivildienstgesetzes ab und bitten Sie, die erwähnten Einwände bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten.

Mit freundlichen Grüssen



Michaela Studer  
Schulleiterin HPSZ Solothurn

Zivildienst Zentralstelle
30. Aug. 2018
Eingescannt Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Zürich, im August 2018

## Stellungnahme des Schweizerischen Zivildienstverbandes CIVIVA zur Änderung des Zivildienstgesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### Einleitung und grundsätzliche Beurteilung

Der Schweizerische Zivildienstverband CIVIVA vertritt die Interessen der Zivildienstleistenden und Einsatzbetriebe. CIVIVA und der Einsatzbetrieb Herberge zur Heimat sind überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### Kein Handlungsbedarf

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.



## Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoss gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

## Unklare Auswirkungen

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. CIVIVA weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Der Schweizerische Zivildienstverband CIVIVA lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

## Eigene Vorschläge

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet CIVIVA, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. CIVIVA schlägt dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür



muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.

- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

## **Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist CIVIVA auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für CIVIVA ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

## **Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Dienstage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.



### **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

CIVIVA geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Dienstagefaktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Dienstage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht von CIVIVA besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

CIVIVA ist der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. CIVIVA sieht absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildienstage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Dienstage erfüllen (2017: 96.7% aller Dienstage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Dienstage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Dienstage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.



## **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

### **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

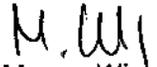
CIVIVA bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

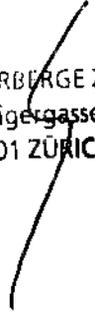
*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Im Namen der Herberge zur Heimat

  
Maurus Wirz  
Geschäftsleiter

  
HERBERGE ZUR HEIMAT  
Geigergasse 5  
8001 ZÜRICH



Département fédéral de l'économie,  
de la formation et de la recherche DEFR  
Organe d'exécution pour le service civil ZIVI  
Service juridique  
Malerweg 6  
3600 Thoune

Neuchâtel, le 8 octobre 2018

### **Position du Home de l'Ermitage concernant la modification de la loi sur le service civil**

Monsieur le Conseiller fédéral Schneider-Ammann,  
Mesdames, Messieurs,

Interpellés par la proposition de modification de la loi fédérale sur le service civil actuellement mise en consultation, nous nous permettons d'y prendre part et vous remercions de cette opportunité, que nous saisissons en vous faisant parvenir la présente prise de position.

**Outre les arguments relayés par la Fédération suisse du service civil CIVIVA**, nous souhaitons souligner notre opposition à toute mesure qui restreindrait l'accès au service civil.

Nous référant à l'expérience du service civil tel qu'il se pratique au sein du Home de l'Ermitage, établissement médico-social accueillant des personnes âgées souffrant de troubles cognitifs, nous sommes en effet convaincus que le service civil, sous sa forme actuelle, fonctionne parfaitement et est d'une grande utilité sociale. Les civilistes représentent une « bouffée d'oxygène » pour nos résidents âgés, à qui ils apportent énormément : soutien, présence, aide aux sorties, accompagnement individuel, etc., dans le cadre de tâches sortant de l'ordinaire et que notre personnel, dont la dotation est limitée, ne peuvent pas assurer.

Le service civil s'avère efficace en termes d'application, d'organisation et d'action. Il a du sens globalement, mais aussi pour chaque civiliste pris séparément. En effet, actuellement, nous accueillons des civilistes dans les secteurs de l'animation, des soins et de l'intendance. Dans la majorité des cas, ces personnes viennent d'univers professionnels très différents de l'accompagnement de la personne âgée. A la fin de la période d'affectation, souvent, ils nous rapportent avoir été enrichis par cette expérience et, pour certains, avoir été suffisamment changés pour décider de prendre une nouvelle voie professionnelle. Dans le secteur des soins et de l'accompagnement à la personne âgée, qui est amené – au vu du vieillissement de la population – à se développer, nous sommes déjà actuellement confrontés à une pénurie de main d'œuvre. Chaque nouvelle personne qui décide de se réorienter dans notre secteur est par conséquent la bienvenue.

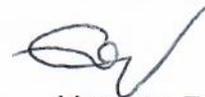
Pour nous, le service civil est créateur de citoyenneté mais aussi un vecteur de cohésion sociale ; il permet une connaissance et une reconnaissance, entre les générations, entre des personnes en bonne santé et des personnes fragilisée par le grand âge ou souffrant de handicap. Le service civil, comme il est proposé actuellement, est un exemple à suivre pour les autres pays. Il redonne le sens de l'autre dans une société de plus en plus individualiste.

Une modification de la loi sur le service civil doit être fondée sur le bon déroulement du service civil et ne pas être motivée par la volonté de résoudre les problèmes supposés de l'armée. Politiquement, vouloir dégrader un système qui fonctionne bien et fait ses preuves au profit d'un autre est hautement contestable. Les problèmes doivent être résolus là où ils existent. Le service civil doit s'adapter aux besoins de la société et non à ceux de l'armée.

Avec la réforme légale proposée aujourd'hui, le Conseil fédéral place les besoins de l'armée au-dessus de ceux de la société civile en prétextant la préservation des intérêts publics. Nous récusons cette interprétation et sommes convaincus que le bon fonctionnement de la société est ce qu'il y a de plus important pour la prospérité de la Suisse.

En vous priant de tenir compte des éléments développés ci-dessus dans la suite de la réflexion sur ce projet et en restant à votre disposition pour des explications complémentaires sur notre argumentation, nous vous prions d'agréer nos salutations distinguées.

Home de l'Ermitage  
La directrice



Vanessa Erard



# L'ESCALE

HOME POUR PERSONNES ÂGÉES

2300 LA CHAUX-DE-FONDS

Département fédéral de l'économie,  
de la formation et de la recherche DEFR  
Organe d'exécution pour le service civil ZIV  
Service juridique  
Malerweg 6  
3600 Thounne



La Chaux-de-Fonds, le 05.10.2018

## Position du Home L'Escale concernant la modification de la loi sur le service civil

Monsieur le Conseiller fédéral Schneider-Ammann,  
Mesdames, Messieurs,

Dans votre rapport du 20 juin 2018, vous nous avez invités à prendre part à la procédure de consultation sur la modification de la loi sur le service civil proposée par le Conseil fédéral. Nous vous remercions de nous offrir cette opportunité, que nous saisissons en vous faisant parvenir la présente prise de position.

Au Home l'Escale, établissement médico-social, nous sommes convaincus que le service civil, sous sa forme actuelle, fonctionne parfaitement et est d'une grande utilité pour la société et l'environnement. Pour nos résidents âgés, les civilistes sont une bouffée d'oxygène, ils apportent énormément : soutien, présence, aide aux sorties, accompagnement individuel, etc.. Tâches qui ne peuvent pas toutes être assurées par notre personnel dont la dotation est limitée.

Le service civil s'avère efficace en termes d'application, d'organisation et d'action. Il a du sens globalement, mais aussi pour chaque civiliste pris séparément. En effet, actuellement, nous accueillons des civilistes dans les secteurs de l'animation, des soins et de l'intendance. Dans la majorité des cas, ces personnes viennent d'univers professionnels totalement différents de l'accompagnement de la personne âgée. A la fin de la période d'affectation, souvent ils nous rapportent avoir été enrichis par cette expérience et pour certains, avoir été assez suffisamment changés pour décider de prendre une nouvelle voie professionnelle. Dans le secteur des soins et de l'accompagnement à la personne âgées, qui est amené, au vu du vieillissement de la population, à se développer, nous sommes déjà actuellement confrontés à une pénurie de main d'œuvre. Chaque nouvelle personne qui décide de se réorienter dans notre secteur est évidemment la bienvenue.

Pour nous, le service civil est créateur de citoyenneté, il permet une connaissance, une reconnaissance, un lien entre la ville et la campagne, entre les générations, entre des personnes en bonne santé et des malades ou des personnes souffrant de handicap. Le service civil, comme il est proposé actuellement, pourrait être un exemple à suivre pour les autres pays. Il redonne le sens de l'autre dans une société de plus en plus individualiste.

RUE DE LA PAIX 112  
TÉL. 032 910 10 10  
FAX 032 910 10 00

E-mail: Home.Escale@ne.ch

Une modification de la loi sur le service civil doit être fondée sur le bon déroulement du service civil et ne pas être motivée par la volonté de résoudre les problèmes supposés de l'armée. Politiquement, vouloir dégrader un système qui fonctionne bien et fait ses preuves au profit d'un autre est hautement contestable. Les problèmes doivent être résolus là où ils existent. Le service civil doit s'adapter aux besoins de la société et non à ceux de l'armée.

Le Conseil fédéral place les besoins de l'armée au-dessus de ceux de la société civile en prétextant la préservation des intérêts publics. Nous récusons cette interprétation et sommes convaincus que le bon fonctionnement de la société est ce qu'il y a de plus important pour la prospérité de la Suisse.

En vous priant de tenir compte des éléments développés ci-dessus dans la suite de la réflexion sur ce projet et en restant à votre disposition pour des explications complémentaires sur notre argumentation, nous vous prions d'agréer nos salutations distinguées.

Pour L'Escale  
La directrice

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Schneider', with a stylized initial 'A' and a long horizontal flourish extending to the right.

Anne-Pascale Schneider

Département fédéral de l'économie,  
de la formation et de la recherche DEFR  
Organe d'exécution pour le service civil ZIVI  
Service juridique  
Malerweg 6  
3600 Thoune

Neuchâtel, 8 octobre 2018 OS/Ca

## **Position du Home médicalisé "Les Charmettes" concernant la modification de la loi sur le service civil**

Monsieur le Conseiller fédéral Schneider-Ammann,  
Mesdames, Messieurs,

Interpellés par la proposition de modification de la loi fédérale sur le service civil actuellement mise en consultation, nous nous permettons d'y prendre part et vous remercions de cette opportunité, que nous saisissons en vous faisant parvenir la présente prise de position.

Outre les arguments relayés par la Fédération suisse du service civil CIVIVA, nous souhaitons souligner notre opposition à toute mesure qui restreindrait l'accès au service civil.

Nous référant à l'expérience du service civil tel qu'il se pratique au sein du Home médicalisé "Les Charmettes", établissement médico-social accueillant des personnes âgées, nous sommes en effet convaincus que le service civil, sous sa forme actuelle, fonctionne parfaitement et est d'une grande utilité sociale. Les civilistes représentent une "bouffée d'oxygène" pour nos résidents âgés, à qui ils apportent énormément : soutien, présence, aide aux sorties, accompagnement individuel, etc., dans le cadre de tâches sortant de l'ordinaire et que notre personnel, dont la dotation est limitée, ne peuvent pas assurer.

Le service civil s'avère efficace en termes d'application, d'organisation et d'action. Il a du sens globalement, mais aussi pour chaque civiliste pris séparément. En effet, actuellement, nous accueillons des civilistes dans les secteurs de l'animation, des soins et de l'intendance. Dans la majorité des cas, ces personnes viennent d'univers professionnels très différents de l'accompagnement de la personne âgée. A la fin de la période d'affectation, souvent, ils nous rapportent avoir été enrichis par cette expérience et, pour certains, avoir été suffisamment changés pour décider de prendre une nouvelle voie professionnelle. Dans le secteur des soins et de l'accompagnement à la personne âgée, qui est amené - au vu du vieillissement de la population - à se développer, nous sommes déjà actuellement confrontés à une pénurie de main d'œuvre. Chaque nouvelle personne qui décide de se réorienter dans notre secteur est par conséquent la bienvenue.

Vous trouverez, en annexe, le témoignage personnel d'un astreint pour lequel son affectation a été une révélation.

Pour nous, le service civil est créateur de citoyenneté mais aussi un vecteur de cohésion sociale ; il permet une connaissance et une reconnaissance, entre les générations, entre des personnes en bonne santé et des personnes fragilisée par le grand âge ou souffrant de handicap. Le service civil, comme il est proposé actuellement, est un exemple à suivre pour les autres pays. Il redonne le sens de l'autre dans une société de plus en plus individualiste.

Une modification de la loi sur le service civil doit être fondée sur le bon déroulement du service civil et ne pas être motivée par la volonté de résoudre les problèmes supposés de l'armée. Politiquement, vouloir dégrader un système qui fonctionne bien et fait ses preuves au profit d'un autre est hautement contestable. Les problèmes doivent être résolus là où ils existent. Le service civil doit s'adapter aux besoins de la société et non à ceux de l'armée.

Avec la réforme légale proposée aujourd'hui, le Conseil fédéral place les besoins de l'armée au-dessus de ceux de la société civile en prétextant la préservation des intérêts publics. Nous récusons cette interprétation et sommes convaincus que le bon fonctionnement de la société est ce qu'il y a de plus important pour la prospérité de la Suisse.

En vous priant de tenir compte des éléments développés ci-dessus dans la suite de la réflexion sur ce projet et en restant à votre disposition pour des explications complémentaires sur notre argumentation, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Conseiller fédéral Schneider-Ammann, Mesdames, Messieurs, nos salutations distinguées.

Le directeur



Olivier Schnegg

**Annexe** : ment.

Neuchâtel, 8 octobre 2018

Mesdames, Messieurs,

Suite à la proposition de modification de la loi sur le service civil, je n'ai pu m'empêcher de réagir - comme nombre d'anciens civilistes que je connais personnellement d'ailleurs - sur le fait que cette proposition remettrait fondamentalement en question les principes fondamentaux du service civil. A savoir, pour ne citer que celui-ci, la possibilité de pouvoir répondre en tant que citoyen à son devoir civique sans pour autant faire fi de ses valeurs personnelles.

Pour moi, l'objection de conscience est un droit fondamental qui devrait en tout temps pouvoir être mis en avant. Ce droit constitue un aspect prépondérant pour le bien-être et la liberté de pensée de l'Homme. Quel que soit le statut de tout un chacun, son parcours de vie ou encore la phase de vie dans laquelle il se trouve, la possibilité de mettre en avant son objection de conscience et la possibilité de faire du service civil ne devrait pas être remis en cause, car cela porterait atteinte à la liberté individuelle.

Pour ma part je souhaite donc sur la base de ces quelques lignes, attirer votre attention sur la gravité des conséquences de cette modification de loi, qui porterait comme déjà cité plus haut, atteinte à la liberté individuelle. En effet, le service civil a été pour moi plus qu'un privilège. Il m'a permis de faire face à de nombreux obstacles de vie et même d'aspirer à un état d'esprit qui me permet aujourd'hui de vivre une vie dans laquelle je me sens comblé, tant au niveau personnel, familial, que professionnel.

Il y a maintenant déjà 9 ans que j'ai été appelé au recrutement. Cet appel m'a profondément chamboulé car cela m'a confronté à quelque chose que je n'avais pas pressenti. Le fait de me retrouver dans l'incapacité à pouvoir m'astreindre au service militaire pour des raisons de valeurs et d'éthique. Plus précisément s'agissant du port d'arme et celui de l'uniforme avec tout ce que cela véhicule pour moi comme image en lien à la guerre. Il s'agit bien évidemment de considérations personnelles, et c'est bien là le sujet qui est en cause. D'autant plus que cela raisonne en moi car j'ai perdu mon grand-père lorsque j'étais enfant, lui-même engagé dans les forces de l'ordre au Portugal et décédé au front.

Le fait d'avoir pu, même lors du recrutement, entreprendre encore toutes les démarches qui m'ont permis « d'éviter » de faire le service militaire tout en me permettant tout de même « d'accomplir » mon devoir civique, a été pour moi une aubaine. J'ai grâce à cela, d'une part évité le sentiment de lâcheté ou de faute par rapport à mon engagement citoyen, et d'autre part de découvrir un métier auquel je n'étais pas prédestiné. En effet, j'ai aujourd'hui changé complètement mon orientation professionnelle. Le service civil a donc en plus été le levier qui m'a permis d'accéder au travail social. Car après avoir obtenu un Bachelor HES à l'ECAL (Ecole Cantonale d'Art de Lausanne) en design industriel et de produit, et avoir travaillé pendant 7 ans comme designer dans le milieu de l'horlogerie et de la communication, c'est aujourd'hui en tant qu'animateur socio-culturel responsable du foyer de jour pour nos aînés, que je m'exprime.

Pendant cette longue période de transition, le service civil m'est toujours apparu comme une opportunité d'ouverture d'esprit et de découverte d'autres milieux professionnels. Dans les moments plus difficiles à titre privé, j'ai également pu compter sur le service civil pour m'extirper du quotidien ou d'un milieu professionnel qui de plus, ne correspondait plus tout à fait à mes valeurs propres.

En tous les cas, le service civil a été une manière pour moi de me sentir utile, et tout en respectant ma liberté individuelle, il m'a permis de répondre à mon devoir de citoyen avec un profond sentiment d'utilité. De plus, la variété des milieux d'affectations proposés est une réelle motivation à l'engagement citoyen. Plus précisément dans mon cas, le milieu de l'EMS que j'ai découvert s'est avéré être un champ dans lequel j'ai pu m'épanouir.

Avec le recul que j'ai aujourd'hui je vais me permettre de conclure comme suit ; quel que soit le cahier des charges du civiliste évoluant dans un home (pour rester dans l'exemple que je connais), le lien relationnel tissé au gré des échanges que l'on peut avoir dans une institution médico-sociale, ainsi que la rencontre intergénérationnelle, constituent un exemple solide de l'utilité même du service civil. Ce dernier point met précisément la focale sur un des éléments de réponse à l'incohérence de changer la loi sur le service civil, le fait que chacun soit libre à tout moment de pouvoir accomplir son devoir civique quel qu'en soit le terrain.

Rui D'Aloisio Xavier  
Animateur socio-culturel

Responsable du foyer de jour **au 10b**  
Home Les Charmettes

Route de La Neuveville 35  
Téléphone 032 752 12 12  
Télécopie 032 752 12 48  
Courriel: home.bellevue@ne.ch

*Fondation Hermann Russ*

Département fédéral de l'économie,  
de la formation et de la recherche DEFR  
Organe d'exécution pour le service civil ZIVI  
Service juridique  
Malerweg 6  
3600 Thoun

Le Landeron, le 9 octobre 2018

### **Position du Home médicalisé Bellevue concernant la modification de la loi sur le service civil**

Monsieur le Conseiller fédéral Schneider-Ammann,  
Mesdames, Messieurs,

Interpellés par la proposition de modification de la loi fédérale sur le service civil actuellement mise en consultation, nous nous permettons d'y prendre part et vous remercions de cette opportunité, que nous saisissons en vous faisant parvenir la présente prise de position.

Outre les arguments relayés par la Fédération suisse du service civil CIVIVA, nous souhaitons souligner notre opposition à toute mesure qui restreindrait l'accès au service civil.

Nous référant à l'expérience du service civil tel qu'il se pratique au sein du Home médicalisé Bellevue, établissement médico-social accueillant des personnes âgées, nous sommes en effet convaincus que le service civil, sous sa forme actuelle, fonctionne parfaitement et est d'une grande utilité sociale. Les civilistes représentent une « bouffée d'oxygène » pour nos résidents âgés, à qui ils apportent énormément: soutien, présence, aide aux sorties, accompagnement individuel, etc., dans le cadre de tâches sortant de l'ordinaire et que notre personnel, dont la dotation est limitée, ne peuvent pas assurer.

Le service civil s'avère efficace en termes d'application, d'organisation et d'action. Il a du sens globalement, mais aussi pour chaque civiliste pris séparément. En effet, actuellement, nous accueillons des civilistes dans les secteurs de l'animation, des soins et de l'intendance. Dans la majorité des cas, ces personnes viennent d'univers professionnels très différents de l'accompagnement de la personne âgée. A la fin de la période d'affectation, souvent, ils nous rapportent avoir été enrichis par cette expérience et, pour certains, avoir été suffisamment changés pour décider de prendre une nouvelle voie professionnelle. Dans le secteur des soins et de l'accompagnement à la personne âgée, qui est amené – au vu du vieillissement de la population – à se développer, nous sommes déjà actuellement confrontés à une pénurie de main d'œuvre. Chaque nouvelle personne qui décide de se réorienter dans notre secteur est par conséquent la bienvenue.

Pour nous, le service civil est créateur de citoyenneté mais aussi un vecteur de cohésion sociale ; il permet une connaissance et une reconnaissance, entre les générations, entre des

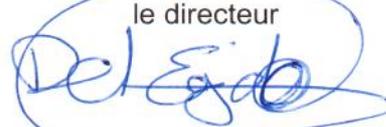
personnes en bonne santé et des personnes fragilisée par le grand âge ou souffrant de handicap. Le service civil, comme il est proposé actuellement, est un exemple à suivre pour les autres pays. Il redonne le sens de l'autre dans une société de plus en plus individualiste.

Une modification de la loi sur le service civil doit être fondée sur le bon déroulement du service civil et ne pas être motivée par la volonté de résoudre les problèmes supposés de l'armée. Politiquement, vouloir dégrader un système qui fonctionne bien et fait ses preuves au profit d'un autre est hautement contestable. Les problèmes doivent être résolus là où ils existent. Le service civil doit s'adapter aux besoins de la société et non à ceux de l'armée.

Avec la réforme légale proposée aujourd'hui, le Conseil fédéral place les besoins de l'armée au-dessus de ceux de la société civile en prétextant la préservation des intérêts publics. Nous récusons cette interprétation et sommes convaincus que le bon fonctionnement de la société est ce qu'il y a de plus important pour la prospérité de la Suisse.

En vous priant de tenir compte des éléments développés ci-dessus dans la suite de la réflexion sur ce projet et en restant à votre disposition pour des explications complémentaires sur notre argumentation, nous vous prions d'agréer nos salutations distinguées.

Home médicalisé Bellevue  
le directeur



Gaël Del Egido

Département fédéral de l'économie,  
de la formation et de la recherche DEFR  
Organe d'exécution pour le service civil ZIVI  
Service juridique  
Malerweg 6  
3600 Thoune

Genève, Août 2018

## **Position de Ideas Centre concernant la modification de la loi sur le service civil**

Monsieur le Conseiller fédéral Schneider-Ammann,  
Mesdames, Messieurs,

Dans votre rapport du 20 juin 2018, vous nous avez invités à prendre part à la procédure de consultation sur la modification de la loi sur le service civil proposée par le Conseil fédéral. Nous vous remercions de nous offrir cette opportunité, que nous saisissons en vous faisant parvenir la présente prise de position.

### **Introduction et appréciation générale**

La Fédération suisse du service civil Ideas Centre représente les intérêts des civilistes et des établissements d'affectation du service civil. Ideas Centre est convaincue que le service civil, sous sa forme actuelle, fonctionne parfaitement et est d'une grande utilité pour la société et l'environnement. Le service civil s'avère efficace en termes d'application, d'organisation et d'action. Il a du sens globalement, mais aussi pour chaque civiliste pris séparément.

La proposition de modification de la loi sur le service civil porte atteinte au service civil en tant que façon d'accomplir son obligation de servir et le remet fondamentalement en question. Des principes importants comme l'égalité de traitement de toutes les personnes astreintes à servir ou le droit de faire valoir à tout moment un conflit de conscience seraient compromis. Cette modification conduit à un grand nombre de conflits avec les droits fondamentaux, comme le montre l'avis de droit ci-joint.

Une modification de la loi sur le service civil doit être fondée sur le bon déroulement du service civil et ne pas être motivée par la volonté de résoudre les problèmes supposés de l'armée. Politiquement, vouloir dégrader un système qui fonctionne bien et fait ses preuves au profit d'un autre est hautement contestable. Les problèmes doivent être résolus là où ils existent. Le service civil doit s'adapter aux besoins de la société et non à ceux de l'armée.

### **Aucune nécessité d'intervenir**

Les trois rapports du Conseil fédéral sur les effets de la solution de la preuve par l'acte pour le service civil (2010, 2012, 2014) ainsi que le rapport du groupe d'étude sur l'obligation de service (2016) arrivent à la conclusion que le service civil ne compromet pas les effectifs de l'armée et que, par conséquent, il n'existe aucune nécessité de limiter l'accès au service civil. Jusqu'à aujourd'hui, aucune étude quantitative reposant sur des données transparentes ne suggère que les effectifs de

l'armée sont menacés par le service civil. La prétendue nécessité d'intervenir n'est ni étayée ni fondée.

### **Inégalité de traitement entre les personnes astreintes au service**

Les mesures proposées prévoient que plus une personne astreinte a déjà accompli de jours de service, plus les conditions pour passer au service civil empirent. Cette inégalité de traitement évidente et intentionnelle des personnes astreintes au service est inacceptable. Un conflit de conscience vis-à-vis du service militaire peut apparaître à tout moment, en particulier lorsqu'une personne astreinte a eu plusieurs expériences personnelles dans l'armée. L'idée de devoir restreindre plus fortement la « preuve par l'acte » est absurde et constitue une infraction par le Conseil fédéral lui-même au pacte de l'ONU sur les droits civils et politiques.

### **Conséquences incertaines**

Le Conseil fédéral part du principe que compliquer l'accès au service civil aura un effet direct sur les effectifs de l'armée. Ideas Centre rappelle que les personnes astreintes au service ne constituent pas une variable d'ajustement anonyme qui peut être contrôlée selon le bon vouloir des politiques et de l'administration. Il s'agit bien davantage d'individus à part entière qui statuent en fonction de droits fondamentaux dont ils disposent, de différentes informations auxquelles ils ont accès et de leurs différentes possibilités d'action. Chaque décision de déposer une demande d'admission au service civil est le résultat d'une réflexion individuelle et d'expériences personnelles. Les modifications proposées ne tiennent aucunement compte de cet aspect.

Si les restrictions pour un passage ultérieur au service civil sont accentuées, un jeune homme astreint à servir qui, selon la loi actuelle, aurait déposé une demande d'admission au service civil aura plusieurs façons de procéder dans cette nouvelle situation :

- Il accepte les nouvelles conditions et passe tout de même au service civil.
- Il anticipe le fait qu'il pourra se retrouver en difficulté à l'avenir dans le cas où il ferait face à un conflit de conscience et dépose sa demande d'admission au service civil plus tôt.
- Il quitte l'armée par la « voie bleue » en prouvant son inaptitude à servir avec une expertise psychiatrique.
- Il reste dans l'armée, réduit sa participation au minimum et y effectue les tâches qui lui sont imposées à contrecœur jusqu'à la fin de son obligation de servir.

Il faut s'attendre à ce que toutes ces possibilités soient choisies dans différentes proportions. Les sept mesures aboutiront donc à des demandes d'admission au service civil anticipées, plus de personnes astreintes à servir déclarées inaptées ou aptes à la protection civile et plus de soldats non motivés dans l'armée. Il est très peu probable que des militaires souhaitant quitter l'armée redeviennent soudainement convaincus et enclins à servir, pour la seule raison qu'un changement de voie est rendu plus difficile. C'est particulièrement vrai également pour les sous-officiers et officiers qui sont déjà prêts à assumer des responsabilités dans l'armée et à accomplir davantage de jours, mais qui se verront encore davantage désavantager par ces restrictions.

La Fondation suisse du service civil Ideas Centre s'oppose pour ces raisons à la modification de la loi sur le service civil dans son ensemble, ainsi qu'aux sept mesures prises séparément.

### **Quelques propositions**

La loi sur le service civil régit le service civil. Par conséquent, Ideas Centre s'attend à ce qu'une modification de la LSC traite également du service civil et mette en valeur sa contribution extrêmement efficace au système de service obligatoire et à son bon fonctionnement. Il conviendrait

au moins d'essayer de faire évoluer le service civil de manière constructive. Ideas Centre propose pour cela les mesures suivantes :

- Le service civil doit être encore plus orienté vers les situations exceptionnelles, comme les catastrophes environnementales ou les cas d'urgence humanitaire.
- Le service civil doit être flexible et permettre de nouvelles formes d'affectation, par exemple dans l'assistance des personnes nécessitant une prise en charge. Dans cette optique, le principe des affectations à temps plein doit être abandonné afin de permettre des services d'assistance plus longs et personnalisés.
- Les programmes prioritaires doivent être étendus à d'autres domaines ou être totalement supprimés.
- La formation des civilistes doit être renforcée et adaptée de manière plus spécifique aux besoins des affectations.

## Commentaires sur les mesures proposées

### Mesure n° 1 : minimum de 150 jours de service

Plus les personnes astreintes à servir présentent tard leur demande d'admission au service civil, plus cette mesure les met en difficulté. Elle pénalise tous ceux qui veulent donner une chance à l'armée et sont prêts à essayer le service militaire. Si un conflit de conscience survient par la suite, ils seront pénalisés de manière disproportionnée. Le minimum de 150 jours de service rend absurde le système de la preuve par l'acte. Une personne qui présente une demande d'admission au service civil au lieu de faire son dernier cours de répétition devra multiplier par plus de sept son nombre de jours de service à réaliser. Le facteur maximal de deux, reconnu internationalement, est ainsi largement dépassé. Pour un examen approfondi de la situation juridique, Ideas Centre fournit l'avis de droit ci-joint.

Lors de son avis du 24 mai 2017 sur la motion 17.3006 « Modification de la loi sur le service civil » de la CPS-N, le Conseil fédéral a fait valoir ce qui suit :

*« Il est par contre difficile d'estimer quelles seraient la nature et l'ampleur des conséquences indésirables que cette mise en œuvre entraînerait et quels seraient les effets sur le nombre des admissions au service civil ou sur l'effectif de l'armée. Il faut cependant s'attendre à ce que, dans l'ensemble, les personnes astreintes au service militaire soient moins nombreuses à accomplir un service personnel. L'égalité face aux obligations militaires en serait ainsi affaiblie.*

*Les proportions dans lesquelles la durée du service civil serait prolongée (jusqu'à un facteur de 195) et l'inégalité de traitement subie par les civilistes revêtiraient le caractère d'une sanction disproportionnée et seraient notamment incompatibles avec le principe de l'égalité de droit. »*

Pour Ideas Centre, il est évident que cette argumentation vaut également pour la mesure proposée ici consistant en l'introduction d'un minimum de 150 jours de service. Un facteur de sept représente en outre une claire inégalité de traitement et est incompatible avec le principe de l'égalité devant la loi

### Mesure n° 2 : délai d'attente de 12 mois

Un délai d'attente d'un an pour l'admission au service civil des militaires incorporés dans l'armée, conformément aux art. 16 et 17, est clairement contraire au principe du conflit de conscience en vigueur (art. 1), puisque malgré la formulation manifeste du conflit de conscience, l'obligation de

servir un an de plus dans l'armée est imposée. Par conséquent, la personne concernée se voit refuser l'accès au service civil pendant une année entière. En outre, le moment de la fin de la formation de base est un choix arbitraire du Conseil fédéral qui entraîne une inégalité de traitement patente des militaires incorporés qui ont déjà effectué davantage de jours de service. Un conflit de conscience vis-à-vis du service militaire et le droit au service civil qui en découle peuvent surgir indépendamment de la durée du service militaire réalisé ou de la fonction et du grade.

Par ailleurs, ce délai peut entraîner une augmentation des désengagements pour cause d'inaptitude de la part des militaires concernés (« voie bleue »), cette voie n'impliquant aucun délai. D'autre part, l'augmentation des personnes concernées par des demandes de déplacement de service pendant le délai d'attente provoquera une hausse parallèle de la charge administrative de l'armée.

### **Mesure n° 3 : facteur 1,5, y compris pour les sous-officiers et les officiers**

Ideas Centre part du principe que les sous-officiers et officiers, en raison de leurs prédispositions supposées pour la carrière militaire et leurs plus longues périodes de service supplémentaires, doivent avoir des motifs sérieux et importants pour passer au service civil et être disposés à allonger leur période de service civil, ce qui est déjà le cas aujourd'hui. La diminution du facteur de rallongement des jours de service qui s'applique actuellement pour les sous-officiers et officiers se justifie par le nombre bien plus élevé de jours de service qu'accomplissent ces derniers par rapport aux soldats. Cette règle a fait ses preuves au regard du faible nombre de personnes concernées. Un facteur 1,5 indépendant de la durée de service et des jours de service fournis par les sous-officiers et officiers constituerait un préjudice et une inégalité de traitement considérables pour ces derniers. Si l'accès au service civil est détérioré alors même qu'il a fait ses preuves, il faudra s'attendre à avoir des supérieurs démotivés au sein de l'armée ou à voir croître le nombre de désengagements pour cause d'inaptitude.

### **Mesure n° 4 : interdiction aux médecins de faire le service civil en tant que médecins**

La volonté d'interdire les affectations qui requièrent d'avoir débuté ou terminé des études de médecine est arbitraire. Le système de milice éprouvé en Suisse repose sur le principe d'une utilisation efficace des capacités civiles dans l'armée, la protection civile et le service civil.

### **Mesure n° 5 : pas d'admission de militaires n'ayant plus de jours de service à accomplir**

Fondamentalement, un désengagement du service militaire en raison d'un conflit de conscience doit être possible à tout moment, celui-ci pouvant apparaître lorsqu'une personne est par la suite astreinte au tir obligatoire. Du point de vue de Ideas Centre, il serait bien plus sensé de réviser la procédure très complexe d'admission au service militaire sans arme. Si les personnes astreintes à servir pouvaient dès le début et sans obstacle effectuer un service militaire sans arme, le très petit nombre de cas (moins de 50 par an) concernés par cette mesure 5 n'existerait plus.

Ideas Centre estime que les personnes admises au service civil doivent également effectuer un service civil efficace et reconnaît dans ce cas la nécessité d'intervenir sur le fond, mais refuse toute restriction du droit fondamental à l'objection de conscience, ce que représente cette mesure.

### **Mesure n° 6 : obligation d'accomplir une période d'affectation par année dès l'admission**

Actuellement, cette exigence est déjà réglemantée de manière quasiment identique dans l'article 39a de l'ordonnance sur le service civil. Ideas Centre ne voit absolument aucune raison à

cette modification cosmétique puisque les jours de service civil sont déjà aujourd'hui accomplis de manière très fiable. L'organe d'exécution contribue, par une gestion efficace et flexible, à ce que les civilistes s'acquittent en règle générale de tous les jours de service ordonnés (2017 : 96,7 % de tous les jours de service). S'il arrive que certains civilistes n'effectuent pas tous leurs jours de service, il s'agit uniquement de cas extrêmes (maladie longue, départ à l'étranger, décès, refus total).

L'argument du Conseil fédéral que l'équivalence des services se manifeste également par leur exécution dans une même étape de la vie (généralement entre 20 et 25 ans pour la plupart) est contredit par la flexibilité introduite volontaire dans le Développement de l'armée concernant le commencement de l'ER. En outre, cette mesure entraîne des préjudices pour les établissements d'affectation puisque les nombreuses affectations courtes devant être effectuées rendent la période d'apprentissage des tâches démesurée par rapport au temps de l'affectation. Actuellement, la Confédération elle-même offre également, en tant qu'établissement d'affectation, de nombreuses affectations qui nécessitent une haute qualification et pour lesquelles une durée minimale de plusieurs mois est revendiquée. Avec l'obligation d'accomplir une affectation par année, les jours de service restants à la fin de la nécessaire formation ne sont absolument pas suffisants par rapport à la durée minimale requise.

**Mesure n° 7 : obligation pour les requérants ayant déposé leur demande pendant l'ER de terminer leur affectation longue au plus tard pendant l'année civile qui suit l'entrée en force de la décision d'admission**

Avec cette mesure, les personnes astreintes à servir qui sont admises au service civil alors qu'elles viennent d'une ER d'été se retrouvent en particulier dans une situation très délicate en termes de temps, puisqu'elles n'auraient qu'environ 1 an pour organiser et réaliser le service de 6 mois. Les répercussions sur la vie professionnelle ou sur la formation peuvent être lourdes, puisque ces personnes devraient accorder, en l'espace de deux années civiles, un temps considérable à l'obligation de servir. Il ne faut pas qu'une mesure visant à réduire l'attractivité du service civil se répercute finalement sur les employeurs et les instituts de formation, sans parler des obligations familiales.

**Résumé et conclusion**

Ideas Centre regrette que le Conseil fédéral se soit laissé mettre sous pression par les discours de certains politiciens spécialistes de la sécurité, qui utilisent notamment des propos discréditants et irrespectueux et qu'il soit maintenant prêt à cacher sous le tapis les problématiques propres à l'armée en adoptant des mesures allant à l'encontre d'un service civil qui est pourtant efficace, en constant développement et utile à la société. Dans le rapport explicatif pour la procédure de consultation, le Conseil fédéral s'exprime ainsi :

*« Dans la mesure où le nombre des personnes accomplissant le service civil diminuera à long terme à la suite de l'entrée en vigueur de la présente révision, les établissements d'affectation seront touchés, en particulier dans les domaines d'activité où les ressources nécessaires à l'accomplissement de tâches de la communauté sont insuffisantes ou sont absentes. Il convient toutefois d'accepter cet inconvénient eu égard à l'intérêt public prépondérant que constitue la garantie des effectifs de l'armée. »*

Le Conseil fédéral place les besoins de l'armée au-dessus de ceux de la société civile en prétextant la préservation des intérêts publics. Nous récusons cette interprétation et sommes convaincus que le bon fonctionnement de la société est ce qu'il y a de plus important pour la prospérité de la Suisse.

En vous priant de tenir compte des éléments développés ci-dessus dans la suite de la réflexion sur ce projet et en restant à votre disposition pour des explications complémentaires sur notre argumentation, nous vous prions d'agréer nos salutations distinguées.

Au nom du comité de l'association

Gaëlle Dubois  
*Directrice Finance et Ressources Humaines*

Département fédéral de l'économie,  
de la formation et de la recherche DEFR  
Organe d'exécution pour le service civil ZIV  
Service juridique  
Malerweg 6  
3600 Thoune

Genève, Août 2018

## **Position de Ideas Centre concernant la modification de la loi sur le service civil**

Monsieur le Conseiller fédéral Schneider-Ammann,  
Mesdames, Messieurs,

Dans votre rapport du 20 juin 2018, vous nous avez invités à prendre part à la procédure de consultation sur la modification de la loi sur le service civil proposée par le Conseil fédéral. Nous vous remercions de nous offrir cette opportunité, que nous saisissons en vous faisant parvenir la présente prise de position.

### **Introduction et appréciation générale**

Ideas Centre a pour but, sur mandat public de gouvernements, de soutenir les pays en développement et en transition dans leurs efforts d'intégration à l'économie mondiale et au système commercial multilatéral, ceci de manière à contribuer au développement durable.

Ideas Centre est convaincue que le service civil, sous sa forme actuelle, fonctionne parfaitement et est d'une grande utilité pour la société et l'environnement. Le service civil s'avère efficace en termes d'application, d'organisation et d'action. Il a du sens globalement, mais aussi pour chaque civiliste pris séparément.

La proposition de modification de la loi sur le service civil porte atteinte au service civil en tant que façon d'accomplir son obligation de servir et le remet fondamentalement en question. Des principes importants comme l'égalité de traitement de toutes les personnes astreintes à servir ou le droit de faire valoir à tout moment un conflit de conscience seraient compromis. Cette modification conduit à un grand nombre de conflits avec les droits fondamentaux, comme le montre l'avis de droit ci-joint.

Une modification de la loi sur le service civil doit être fondée sur le bon déroulement du service civil. Vouloir dégrader un système qui fonctionne bien et fait ses preuves au profit d'un autre est regrettable. Les problèmes doivent être résolus là où ils existent. Le service civil doit s'adapter aux besoins de la société et non à ceux de l'armée.

### **Aucune nécessité d'intervenir**

Les trois rapports du Conseil fédéral sur les effets de la solution de la preuve par l'acte pour le service civil (2010, 2012, 2014) ainsi que le rapport du groupe d'étude sur l'obligation de service (2016) arrivent à la conclusion que le service civil ne compromet pas les effectifs de l'armée et que, par

conséquent, il n'existe aucune nécessité de limiter l'accès au service civil. Jusqu'à aujourd'hui, aucune étude quantitative reposant sur des données transparentes ne suggère que les effectifs de l'armée sont menacés par le service civil.

### **Inégalité de traitement entre les personnes astreintes au service**

Les mesures proposées prévoient que plus une personne astreinte a déjà accompli de jours de service, plus les conditions pour passer au service civil empirent. Cette inégalité de traitement évidente et intentionnelle des personnes astreintes au service est injuste. Un conflit de conscience vis-à-vis du service militaire peut apparaître à tout moment, en particulier lorsqu'une personne astreinte a eu plusieurs expériences personnelles dans l'armée. L'idée de devoir restreindre plus fortement la « preuve par l'acte » est incompréhensible et constitue une infraction par le Conseil fédéral lui-même au pacte de l'ONU sur les droits civils et politiques.

### **Conséquences incertaines**

Le Conseil fédéral part du principe que compliquer l'accès au service civil aura un effet direct sur les effectifs de l'armée. Ideas Centre rappelle que les personnes astreintes au service ne constituent pas une variable d'ajustement anonyme qui peut être contrôlée selon le bon vouloir des politiques et de l'administration. Il s'agit bien davantage d'individus à part entière qui statuent en fonction de droits fondamentaux dont ils disposent, de différentes informations auxquelles ils ont accès et de leurs différentes possibilités d'action. Chaque décision de déposer une demande d'admission au service civil est le résultat d'une réflexion individuelle et d'expériences personnelles. Les modifications proposées ne tiennent aucunement compte de cet aspect.

Si les restrictions pour un passage ultérieur au service civil sont accentuées, un jeune homme astreint à servir qui, selon la loi actuelle, aurait déposé une demande d'admission au service civil aura plusieurs façons de procéder dans cette nouvelle situation :

- Il accepte les nouvelles conditions et passe tout de même au service civil.
- Il anticipe le fait qu'il pourra se retrouver en difficulté à l'avenir dans le cas où il ferait face à un conflit de conscience et dépose sa demande d'admission au service civil plus tôt.
- Il quitte l'armée par la « voie bleue » en prouvant son inaptitude à servir avec une expertise psychiatrique.
- Il reste dans l'armée, réduit sa participation au minimum et y effectue les tâches qui lui sont imposées à contrecœur jusqu'à la fin de son obligation de servir.

Il faut s'attendre à ce que toutes ces possibilités soient choisies dans différentes proportions. Les sept mesures aboutiront donc à des demandes d'admission au service civil anticipées, plus de personnes astreintes à servir déclarées inaptées ou aptes à la protection civile et plus de soldats non motivés dans l'armée. Il est très peu probable que des militaires souhaitant quitter l'armée redeviennent soudainement convaincus et enclins à servir, pour la seule raison qu'un changement de voie est rendu plus difficile. C'est particulièrement vrai également pour les sous-officiers et officiers qui sont déjà prêts à assumer des responsabilités dans l'armée et à accomplir davantage de jours, mais qui se verront encore davantage désavantager par ces restrictions.

Ideas Centre s'oppose pour ces raisons à la modification de la loi sur le service civil dans son ensemble, ainsi qu'aux sept mesures prises séparément.

### **Quelques propositions**

La loi sur le service civil régit le service civil. Par conséquent, Ideas Centre s'attend à ce qu'une modification de la LSC traite également du service civil et mette en valeur sa contribution extrêmement efficace au système de service obligatoire et à son bon fonctionnement. Il conviendrait

au moins d'essayer de faire évoluer le service civil de manière constructive. Ideas Centre propose pour cela les mesures suivantes :

- Le service civil doit être encore plus orienté vers les situations exceptionnelles, comme les catastrophes environnementales ou les cas d'urgence humanitaire.
- Le service civil doit être flexible et permettre de nouvelles formes d'affectation, par exemple dans l'assistance des personnes nécessitant une prise en charge. Dans cette optique, le principe des affectations à temps plein doit être abandonné afin de permettre des services d'assistance plus longs et personnalisés.
- Les programmes prioritaires doivent être étendus à d'autres domaines ou être totalement supprimés.
- La formation des civilistes doit être renforcée et adaptée de manière plus spécifique aux besoins des affectations.

### Commentaires sur les mesures proposées

#### Mesure n° 1 : minimum de 150 jours de service

Plus les personnes astreintes à servir présentent tard leur demande d'admission au service civil, plus cette mesure les met en difficulté. Elle pénalise tous ceux qui veulent donner une chance à l'armée et sont prêts à essayer le service militaire. Si un conflit de conscience survient par la suite, ils seront pénalisés de manière disproportionnée. Le minimum de 150 jours de service rend absurde le système de la preuve par l'acte. Une personne qui présente une demande d'admission au service civil au lieu de faire son dernier cours de répétition devra multiplier par plus de sept son nombre de jours de service à réaliser. Le facteur maximal de deux, reconnu internationalement, est ainsi largement dépassé. Pour un examen approfondi de la situation juridique, Ideas Centre fournit l'avis de droit ci-joint.

Lors de son avis du 24 mai 2017 sur la motion 17.3006 « Modification de la loi sur le service civil » de la CPS-N, le Conseil fédéral a fait valoir ce qui suit :

*« Il est par contre difficile d'estimer quelles seraient la nature et l'ampleur des conséquences indésirables que cette mise en œuvre entraînerait et quels seraient les effets sur le nombre des admissions au service civil ou sur l'effectif de l'armée. Il faut cependant s'attendre à ce que, dans l'ensemble, les personnes astreintes au service militaire soient moins nombreuses à accomplir un service personnel. L'égalité face aux obligations militaires en serait ainsi affaiblie.*

*Les proportions dans lesquelles la durée du service civil serait prolongée (jusqu'à un facteur de 195) et l'inégalité de traitement subie par les civilistes revêtiraient le caractère d'une sanction disproportionnée et seraient notamment incompatibles avec le principe de l'égalité de droit. »*

Pour Ideas Centre, il est évident que cette argumentation vaut également pour la mesure proposée ici consistant en l'introduction d'un minimum de 150 jours de service. Un facteur de sept représente en outre une claire inégalité de traitement et est incompatible avec le principe de l'égalité devant la loi

### **Mesure n° 2 : délai d'attente de 12 mois**

Un délai d'attente d'un an pour l'admission au service civil des militaires incorporés dans l'armée, conformément aux art. 16 et 17, est clairement contraire au principe du conflit de conscience en vigueur (art. 1), puisque malgré la formulation manifeste du conflit de conscience, l'obligation de

servir un an de plus dans l'armée est imposée. Par conséquent, la personne concernée se voit refuser l'accès au service civil pendant une année entière. En outre, le moment de la fin de la formation de base est un choix arbitraire du Conseil fédéral qui entraîne une inégalité de traitement patente des militaires incorporés qui ont déjà effectué davantage de jours de service. Un conflit de conscience vis-à-vis du service militaire et le droit au service civil qui en découle peuvent surgir indépendamment de la durée du service militaire réalisé ou de la fonction et du grade.

Par ailleurs, ce délai peut entraîner une augmentation des désengagements pour cause d'inaptitude de la part des militaires concernés (« voie bleue »), cette voie n'impliquant aucun délai. D'autre part, l'augmentation des personnes concernées par des demandes de déplacement de service pendant le délai d'attente provoquera une hausse parallèle de la charge administrative de l'armée.

### **Mesure n° 3 : facteur 1,5, y compris pour les sous-officiers et les officiers**

Ideas Centre part du principe que les sous-officiers et officiers, en raison de leurs prédispositions supposées pour la carrière militaire et leurs plus longues périodes de service supplémentaires, doivent avoir des motifs sérieux et importants pour passer au service civil et être disposés à allonger leur période de service civil, ce qui est déjà le cas aujourd'hui. La diminution du facteur de rallongement des jours de service qui s'applique actuellement pour les sous-officiers et officiers se justifie par le nombre bien plus élevé de jours de service qu'accomplissent ces derniers par rapport aux soldats. Cette règle a fait ses preuves au regard du faible nombre de personnes concernées. Un facteur 1,5 indépendant de la durée de service et des jours de service fournis par les sous-officiers et officiers constituerait un préjudice et une inégalité de traitement considérables pour ces derniers. Si l'accès au service civil est détérioré alors même qu'il a fait ses preuves, il faudra s'attendre à avoir des supérieurs démotivés au sein de l'armée ou à voir croître le nombre de désengagements pour cause d'inaptitude.

### **Mesure n° 4 : interdiction aux médecins de faire le service civil en tant que médecins**

La volonté d'interdire les affectations qui requièrent d'avoir débuté ou terminé des études de médecine est arbitraire. Le système de milice éprouvé en Suisse repose sur le principe d'une utilisation efficace des capacités civiles dans l'armée, la protection civile et le service civil.

### **Mesure n° 5 : pas d'admission de militaires n'ayant plus de jours de service à accomplir**

Fondamentalement, un désengagement du service militaire en raison d'un conflit de conscience doit être possible à tout moment, celui-ci pouvant apparaître lorsqu'une personne est par la suite astreinte au tir obligatoire. Du point de vue de Ideas Centre, il serait bien plus sensé de réviser la procédure très complexe d'admission au service militaire sans arme. Si les personnes astreintes à servir pouvaient dès le début et sans obstacle effectuer un service militaire sans arme, le très petit nombre de cas (moins de 50 par an) concernés par cette mesure 5 n'existerait plus.

Ideas Centre estime que les personnes admises au service civil doivent également effectuer un service civil efficace et reconnaît dans ce cas la nécessité d'intervenir sur le fond, mais refuse toute restriction du droit fondamental à l'objection de conscience, ce que représente cette mesure.

**Mesure n° 6 : obligation d’accomplir une période d’affectation par année dès l’admission**

Actuellement, cette exigence est déjà réglementée de manière quasiment identique dans l’article 39a de l’ordonnance sur le service civil. Ideas Centre ne voit absolument aucune raison à cette modification cosmétique puisque les jours de service civil sont déjà aujourd’hui accomplis de manière très fiable. L’organe d’exécution contribue, par une gestion efficace et flexible, à ce que les civilistes s’acquittent en règle générale de tous les jours de service ordonnés (2017 : 96,7 % de tous les jours de service). S’il arrive que certains civilistes n’effectuent pas tous leurs jours de service, il s’agit uniquement de cas extrêmes (maladie longue, départ à l’étranger, décès, refus total).

L’argument du Conseil fédéral que l’équivalence des services se manifeste également par leur exécution dans une même étape de la vie (généralement entre 20 et 25 ans pour la plupart) est contredit par la flexibilité introduite volontaire dans le Développement de l’armée concernant le commencement de l’ER. En outre, cette mesure entraîne des préjudices pour les établissements d’affectation puisque les nombreuses affectations courtes devant être effectuées rendent la période d’apprentissage des tâches démesurée par rapport au temps de l’affectation. Actuellement, la Confédération elle-même offre également, en tant qu’établissement d’affectation, de nombreuses affectations qui nécessitent une haute qualification et pour lesquelles une durée minimale de plusieurs mois est revendiquée. Avec l’obligation d’accomplir une affectation par année, les jours de service restants à la fin de la nécessaire formation ne sont absolument pas suffisants par rapport à la durée minimale requise.

**Mesure n° 7 : obligation pour les requérants ayant déposé leur demande pendant l’ER de terminer leur affectation longue au plus tard pendant l’année civile qui suit l’entrée en force de la décision d’admission**

Avec cette mesure, les personnes astreintes à servir qui sont admises au service civil alors qu’elles viennent d’une ER d’été se retrouvent en particulier dans une situation très délicate en termes de temps, puisqu’elles n’auraient qu’environ 1 an pour organiser et réaliser le service de 6 mois. Les répercussions sur la vie professionnelle ou sur la formation peuvent être lourdes, puisque ces personnes devraient accorder, en l’espace de deux années civiles, un temps considérable à l’obligation de servir. Il ne faut pas qu’une mesure visant à réduire l’attractivité du service civil se répercute finalement sur les employeurs et les instituts de formation, sans parler des obligations familiales.

**Résumé et conclusion**

Ideas Centre regrette que le Conseil fédéral se soit laissé mettre sous pression par les discours de certains politiciens spécialistes de la sécurité, qui utilisent notamment des propos discréditants et irrespectueux et qu’il soit maintenant prêt à cacher sous le tapis les problématiques propres à l’armée en adoptant des mesures allant à l’encontre d’un service civil qui est pourtant efficace, en constant développement et utile à la société. Dans le rapport explicatif pour la procédure de consultation, le Conseil fédéral s’exprime ainsi :

*« Dans la mesure où le nombre des personnes accomplissant le service civil diminuera à long terme à la suite de l’entrée en vigueur de la présente révision, les établissements d’affectation seront touchés, en particulier dans les domaines d’activité où les ressources nécessaires à l’accomplissement de tâches de la communauté sont insuffisantes ou sont absentes. Il convient toutefois d’accepter cet inconvénient eu égard à l’intérêt public prépondérant que constitue la garantie des effectifs de l’armée. »*

Peut-être le Conseil fédéral place les besoins de l'armée au-dessus de ceux de la société civile en prétextant la préservation des intérêts publics. Nous récusons cette interprétation et sommes convaincus que le bon fonctionnement de la société est ce qu'il y a de plus important pour la prospérité de la Suisse.

En vous priant de tenir compte des éléments développés ci-dessus dans la suite de la réflexion sur ce projet et en restant à votre disposition pour des explications complémentaires sur notre argumentation, nous vous prions d'agréer nos salutations distinguées.

Au nom du comité de l'association

Gaëlle Dubois

*Directrice Finance et Ressources Humaines*



**iDEAS** centre Geneva  
Rue de l'Arquebuse 10  
CH-1204 Geneva Switzerland  
T +41 (0)22 807 17 40  
F +41 (0)22 807 17 41



Permanence romande pour civilistes et militaires  
Permanence@infodroit.ch ou  
Le mardi de 12 à 14 heures au 026 925 80 66.  
Pour les urgences, 079 524 35 74, veuillez laisser un message.

Flendruz, 16 juin 2018

### Avis de droit

*A qui de droit*

#### **7 mesures du Conseil fédéral destinées à la consultation. Modifications de la loi sur le service civil. 2018**

##### En préalable

1. Le droit à l'objection de conscience est un droit fondamental internationalement reconnu.
2. Il est reconnu par les jurisprudences du Comité des droits de l'homme et de la Cour Européenne des droits de l'homme, il est présent dans la constitution suisse<sup>1</sup>.
3. Ce droit s'appuie essentiellement tant sur le refus impératif de tuer que sur le refus de résoudre les conflits par la violence.
4. Le conflit entre l'obligation constitutionnelle de servir dans l'armée d'une part et la conscience d'autre part (appelé conflit de conscience) peut se manifester sous diverses formes et à divers moments, de façons plus ou moins virulentes ou soudaines, y compris parfois par des somatisations ou des actes de rébellions. La problématique a été largement résolue par deux mesures:
  - 1) Il a été renoncé au « contrôle de conscience » en adoptant le système dit de la preuve par l'acte, soit l'acceptation, par la personne qui demande le service civil d'une durée plus longue pour ce service que celle requise pour le service militaire.Cette mesure a pour avantage (en plus d'une forte diminution de la charge administrative) d'éviter d'une part l'aggravation et la stigmatisation du conflit de conscience par son besoin de le confronter à la procédure et de libérer d'autre part la personne concernée d'une appréhension et d'une expression intellectuelle et verbalisée de ce conflit, inévitablement discriminatoire selon le niveau d'éducation, et sujette d'autre part à des biais divers, puisque le résultat de l'examen dépendait largement du degré de préparation à celui-ci plutôt que de la nature même, des sources et des raisons du conflit de conscience.
6. Il convient toutefois de noter que ce système de quotité a dès le début présenté un défaut important, au demeurant partiellement caché des civilistes eux-mêmes, dans la mesure où la durée de service civil requise par la loi (1 fois et demie – 1,5 – celle du service militaire encore à faire au moment de la demande) est dans la pratique comparativement différente de la durée du service militaire réellement effectuée par les militaires libérés lorsqu'ils atteignent la limite d'âge. En effet, ceux-ci se voient alors remettre le solde des jours de service non-effectués, alors que les civilistes se voient pénalement condamnés s'ils n'effectuent pas l'entier de leurs jours avant la même limite d'âge (limite par ailleurs par elle-même plus exigeante, puisqu'ils ont plus de jours à effectuer dans le même laps de temps). L'armée a de plus tardé à donner les chiffres permettant de mesurer cette différence des durées respectives des

---

<sup>1</sup> Constitution fédérale (Cst.) [Article 10 sur la droit à la vie](#), [art. 15 sur la liberté de conscience](#), [art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement](#).



services. Pourtant des estimations raisonnables permettaient d'évaluer le nombre de jours de service civil effectués pour les civilistes demandant le service civil pour l'entier de leur périodes de service militaires comme étant environ du double du nombre de jour effectué en moyenne par les soldats terminant leur obligation à la limite d'âge<sup>2</sup>. Actuellement, ce taux semble s'être amélioré un peu, mais la durée comparée du service civil resterait de 1.8 plus élevée que la durée des services militaires, et non pas les 1.5 que stipule la loi. Il conviendra de vérifier les effets de la nouvelle loi sur l'armée sur cette problématique, la limite d'âge n'étant plus un âge fixe (p. ex. 34 ans), mais devenant un nombre de dix années pour faire les services requis après l'école de recrue<sup>3</sup>.

7. De plus la discrimination pénale demeure, puisque contrairement au service civil, aucune mesure permettant d'assurer le rythme et le progrès de la réalisation des périodes de service militaire, mesure accompagnées dans la loi sur le service civil de mesures pénales en cas de retards, n'ont été introduites dans la nouvelle législation sur la l'armée. Ainsi, le civiliste doit accomplir certaines périodes (la première suivant l'admission et la période longue) selon des délais fixes et il ne doit pas lui rester plus d'une certaine proportion de jours à faire avant d'atteindre la limite d'âge. Passé ces délais ou si la proportion de jours restant à faire est trop forte, le civiliste est convoqué d'office pour le surplus ou la période concernée, puis il encoure une peine s'il n'effectue pas la période requise. Il n'existe, pas de système similaire ou aussi contraignant dans l'armée. Pour avoir une vision complète de cette discrimination, pénalement grave, il conviendrait encore de comparer le nombre des dispenses pour justes motifs, lesquelles au demeurant ne font que repousser le problème, dispenses accordées tant pour les civilistes que pour les militaires. Nonobstant, vu la nature différente des système de suivi et de répression des deux sortes d'obligations, puisqu'il y a des condamnations pour retard dus au système de suivi contre les civilistes et qu'il n'y en a pas pour les militaires, la discrimination pénale demeure, tout comme demeurera a priori la discrimination sur les durées.

8. 2) Il importe de souligner que le service civil peut et doit pouvoir être demandé en tout temps, c'est d'ailleurs dans la loi<sup>4</sup>.

9. Cela concerne bien sûr la possibilité de demander le service civil depuis une période de service militaire, mais porte surtout sur la nature du conflit de conscience et relève en partie aussi du droit humanitaire.

10. Ainsi, le conflit de conscience peut se développer par une réflexion autonome, mais il peut aussi surgir, progressivement ou soudainement, face à une circonstance rencontrée dans le cadre du service militaire, par exemple lors de la première prise d'arme (il y a hélas des condamnations pour refus d'ordre de personnes qui font à ce moment-là un blocage psychologique) ou en étant mis en confrontation à une arme particulièrement destructive.

11. Il convient aussi, et c'est d'une grande importance, de citer le cas de l'objection de conscience à un ordre criminel, y compris ou surtout si celui-ci viole le droit humanitaire ; objection qui doit en effet pouvoir être exprimée en tout temps et en particulier de façon immédiate au moment de la réception de l'ordre contesté, cette objection devant alors, selon les circonstances, rejeter non-seulement l'ordre contesté lui-même mais aussi l'ensemble du système qui produit ou maintient cet ordre injuste, à tout le moins si l'ordre est maintenu, car alors seul le refus personnel et complet du système permettant, à défaut de pouvoir l'empêcher, la réalisation de ce ordre illégal et des ses conséquences, de préserver la conscience, et donc l'innocence de la personne confrontée à une telle situation. L'objection de conscience à une circonstance particulière devenant alors une objection au sens usuel du terme, une objection d'ensemble au service militaire<sup>5</sup>.

---

<sup>2</sup> Détail du calcul : <http://www.infodroit.ch/spip.php?article44>

<sup>3</sup> Ordonnance sur les obligations militaires (OMI), 1.1.2018, [art. 19](#).

<sup>4</sup> Loi sur le service civil, [art. 16](#).

<sup>5</sup> Voir par exemple, [Jacques Verhaegen](#) : «Le refus d'obéissance aux ordres manifestement criminels », revue du CICR, vol. 84, n° 845, mars 2002.



### Analyse des mesures proposées

**Mesure 1:** 150 jours de service civil pour toutes personnes n'ayant pas terminés ses « services d'instruction » et ayant moins de 100 jours de service militaire restant.

#### Appréciation générale

12. Par « services d'instruction », il est entendu toutes les périodes de services militaires, à savoir écoles de recrues, écoles de cadres et cours de répétition<sup>6</sup>.

13. La proposition équivaldrait à « condamner », imposer à tout militaire ayant entre 1 et 100 jours de service militaire encore à faire à effectuer 150 jours de service civil.

14. La mesure incite à terminer ses obligations militaires au lieu de demander le service civil.

15. Partant du constat, hautement probable<sup>7</sup>, selon lequel les pertes en effectifs augmentent en fonction de l'âge par lassitude, perte d'intérêt ou en raison de l'augmentation des obligations professionnelles et familiales. Il conviendrait toutefois de disposer des chiffres du nombre des personnes qui quittent l'arme dans ces tranches d'âge soit pour le service civil, soit pour raisons médicales. En effet, si le problème est une question d'emploi du temps, la demande de service civil est d'autant plus contre-productive.

16. A cet aulne, la mesure aura pour effet principal d'augmenter le nombre de demandes médicales et assez peu de diminuer le nombre de service civil. Quand à sa capacité à renforcer la motivation pour l'armée, elle est ici hors contexte – ce n'est pas notre problème ou celui du service civil – et elle n'est que très indirecte, la diminution de l'attrait du service civil n'augmentant pas pour autant l'attrait pour l'armée.

#### Calculs concernant la mesure proposée

17. Dans la pratique, divers types de calculs sont possibles pour déterminer les effets et les proportions de la proposition. Mes connaissances mathématiques sont limitées, donc d'autres calculs sont peut-être possibles ou éventuellement meilleurs, mais ceux-ci révèlent plusieurs des effets pervers de la proposition:

a. Le facteur multipliant le nombre de jours à faire est, avec la proposition exponentiel : La personne qui aurait 1 seul jour d'armée encore à faire se retrouverait à en faire 150 jours, soit 150 fois plus que le nombre de jour d'armée requis.

Dans le détail, un militaire à qui il resterait :

1 cours de répétition (CR), soit 19 jours (150/19), verrait le multiplicateur passer de 1.5 à 7.89

2 cours de répétition, le facteur (150/38) est encore du quadruple (3.94)

3 cours de répétition, le facteur descend à 2.63

4 cours de répétition, le facteur est de 2 (1.97)

5 cours de répétition le facteur est encore de 1.57, soit plus haut que la loi actuelle ou que le facteur attribué aux civilistes ayant encore plus de jours.

Ce n'est donc qu'avec 6 cours de répétition encore à faire, soit avec le nombre total des cours de répétition à faire par les soldats, et donc durant le premier cours de répétition que l'ajout systématique de 150 jours, rejoint le facteur général de 1.5.

*Dit autrement, à quelques jours prêts, quiconque demanderait le service civil après l'école de recrue devrait faire 150 jours de service civil au moins, quelque soit le nombre de jour d'armée restant à faire. Pourquoi ne pas le dire ?*

b. Le calcul peut aussi être fait en tenant compte des jours de service militaires et civils faits au total. Exemple pour un soldat :

Ecole de recrue de 124 jours, solde 121 jours de service en CR. Total 245<sup>(8)</sup>. Service civil complet, 245 X 1.5 = 367 jours de service civil.

Jours de service mil faits : 244 (au lieu de 245)+150=394 (proposition). Système actuel : 244 + 2 (1 x 1.5) = 246 (actuel). Différence : 148 jours à faire en plus qu'avec le système actuel et ... 27 de plus qu'en ayant demandé le service civil dès le recrutement.

<sup>6</sup> Loi sur l'armée et l'administration militaire (LAAM), [art. 41](#).

<sup>7</sup> La permanence que nous représentons confirme, à sa modeste mesure, cette tendance. Les hommes de plus de 25 ans sont relativement nombreux à vouloir mettre un terme à leurs obligations militaires et leur nombre augmente avec l'âge

<sup>8</sup> OMI, [art. 47](#).



Jours de service faits :  $238 (6 \text{ CR faits}) + 150 = 388$  jours à faire ou (système actuel)  $238 + 9 (6 \times 1.5) = 247$ . Différence : 141 jours de service civil en plus qu'avec le système actuel, mais aussi 21 jours de service (mil et civ) en plus de ce que ce même soldat aurait eu à faire s'il avait demandé le service civil dès la fin du recrutement.

En cela, le service est *punitif parce qu'il impose des jours en plus ... pour avoir accepté de faire presque tout son service militaire !!!*

Jours de service faits :  $219 (5 \text{ CR}) + 150 = 369$  ou (actuel :)  $219 + 39 (26 \times 1.5) = 258$ . Différence : 111 jours de plus que le système actuel, mais encore 2 jours de plus qu'avec un service civil demandé dès l'origine.

Jours de service faits  $200 (4 \text{ CR}) + 150 = 350$  ou actuel  $200 + 68 (45 \times 1.5) = 268$ . Différence : 82 en plus que le système actuel.

A partir d'ici le nombre total de jours faits devient inférieur à un service civil demandé d'emblée et donc les jours de service militaire faits diminuent le nombre total de jours à faire.

Jours de service faits  $181 (3 \text{ CR}) + 150 = 331$  ou  $181 + 96 (64 \times 1.5) = 277$ . Différence, 54 jours de service civil en plus, mais 90 de moins qu'avec un service civil complet.

Jours de service faits  $162 (2 \text{ CR}) + 150 = 312$  ou

Jours de service faits  $143 (1 \text{ CR}) + 150 = 293$  ou  $143 + 156 (101 \times 1.5) = 299$  Différence  $\pm 0$ .

#### Effets pour la pratique

c. Les effets du nouveau système sur les intérêts des candidats civilistes, en termes de jours à faire seraient les suivants :

1) Le facteur de 1.5 s'applique durant l'école de recrue, voir durant le 1<sup>er</sup> CR. Inchangé.

2) Tout jour d'armée fait durant cette période diminue effectivement le nombre total (armée et sc) de jours à faire, par rapport à un service civil complet. Inchangé.

3) Dès le 2<sup>ème</sup> CR et jusqu'au 4<sup>ème</sup> CR, le nouveau système augmente progressivement, par rapport à l'ancien, effet étrange, le nombre de jours total à faire, même si l'on fait ces CR, soit d'avoir à faire encore plus de service en tout parce que l'on fait de l'armée (absurde !), puis d'avoir à faire du service civil en plus, même si le nombre de jours total de service civil et militaire reste inférieur à ce que devrait faire un civiliste de la première heure mis au facteur 1.5).

Exemple : Faire un 2<sup>ème</sup> CR de 19 jours et demander le sc, ajoute en plus de ces 19 jours 17 jours de service en tout (civil et militaire) par rapport au système actuel, dans lequel le civiliste en faisant ce CR épargnerait 9 jours de service civil ( $19 - x 1.5$ ). (Nouveau :  $162 \text{ SM} + 150 \text{ SC} = 312$  Ancien  $162 + 125$  (solde de  $83 \times 1.5$ ) = 287, nouveau = J plus 25. S'il ne fait pas ce CR (ancien  $\text{SM } 143 + \text{SC } 152 (101 \times 1.5) = 295$  soit quelques jours en plus de SC pour ne pas avoir fait ce cours (295 au lieu 287), mais toujours au total 17 jours de moins qu'en faisant ce CR dans le système proposé, lequel augmente donc le nombre de jours à faire sans donner de diminution pour ceux faits.

Idem pour les 3<sup>ème</sup> et 4<sup>ème</sup> CR. Je renonce aux calculs ici, mais le nombre de jours d'armée faits sans diminuer le nombre de jours de service totaux augmentera d'autant, par rapport à quelqu'un qui demande le SC après l'ER ou le 1<sup>er</sup> CR.

4) Dès le 5<sup>ème</sup> CR, le nombre total (SC et SM) de jours à faire devient plus grand que quelqu'un qui demande le service civil dès le 1<sup>er</sup> jour.

d. En résumé, il ne sera intéressant, en terme de jours à faire (ou rentable) de demander le service qu'entre le recrutement et la fin du 1<sup>er</sup> cours de répétition. A l'inverse, toute demande faite ultérieurement augmentera, de plus en plus gravement, la charge totale du nombre de jours à faire, laquelle dépassera, si le SC est demandé durant ou après le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, le nombre de jours à faire pour quelqu'un qui demande le service civil avant l'ER.

18. Tactiquement, pour le soutien aux objecteurs, l'intérêt à demander le service civil entre le recrutement et la fin de l'école de recrue reste similaire. Par contre, plus le militaire avance dans sa carrière militaire, plus la charge de jours augmente, plus il devient difficile de demander le service civil (et plus sera grande le besoin de demander la voie bleue).

19. Cela n'aura pas pour effet de diminuer fortement le nombre de demandes de service civil, puisque les demandes seront soit pour une part reportées plus tôt dans la carrière militaire, soit transformées en demande médicales et que rares seront les personnes qui en fin de carrière militaire décideront de finir leur service plutôt que de sortir de l'armée, d'une façon ou d'une autre.



### La durée du service civil en droit

20. En droit Suisse, le facteur légal de 1.5 est le même depuis l'origine. Avec toutefois la réserve présentée ci-dessus au point 6 concernant la durée effective (et non légale) située aux environ de 1.8.

21. Le droit international, le Comité des droits de l'homme et la Cour européenne des droits de l'homme, tiennent de jurisprudence constante le fait que le service civil doit être de nature civile et non-punitif.

22. Une durée supérieure au double du service militaire à remplacer est considérée comme excessive<sup>9</sup>. Ainsi, l'attribution à toute personne ayant moins de 75 jours de service militaire à faire de 150 jours de service civil serait contraire au droit international.

23. Mais c'est dans son ensemble, ou à tout le moins dès le 2<sup>ème</sup> cours de répétition, que la mesure est discriminatoire. D'abord parce que plus, ils servent dans l'armée, plus elle pénalise les militaires qui demandent le service civil. Ensuite, parce qu'elle traite différemment des personnes dans des situations similaires, à savoir des personnes présentant une demande de service civil, demande qui est de même nature quel que soit le moment où elle est faite et pour laquelle le nombre de jours de service militaire accomplis n'a aucune incidence, sauf peut-être à renforcer le besoin de présenter une objection de conscience, ce qui reste sans influence aucune sur le droit fondamental à demander le service civil.

24. La loi sur le service civil pose comme principe que la charge du service civil devrait équivalente à celle de l'armée<sup>10</sup>. Toutefois la mesure proposée, en tous les cas dès le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, puisque la charge en jours à faire est alourdie au-delà de ce que le militaire aurait à faire en demandant le service civil avant l'école de recrue. Ainsi, non-seulement, la personne concernée effectue la plus large part de son service militaire (les 3/4), mais elle y voit ajouté une part importante de service civil (150/367) soit presque la moitié du service civil en plus, pour un total qui dépasse ce qu'elle aurait eu à faire tant à l'armée qu'avec un service civil entier. A ce titre, la mesure est non seulement dissuasive, mais discriminatoire dans la mesure où elle pénalise ceux qui ont déjà fait beaucoup d'armée (ne devraient-ils pas au contraire être pour cela remerciés ?).

25. Par ailleurs, le droit à l'objection de conscience étant un droit fondamental, toute forme de dissuasion, en entravant son libre exercice, est déjà une violation du droit.

26. Et il est finalement, à mon sens, difficile la nature punitive de la mesure, puisque ce sont ceux-là même, qui ont le plus servi dans l'armée, qui se voient le plus pénalisés.

### Résumé :

- Violation du droit international sur la durée du service civil.
- Discrimination entre les civilistes « d'origine » et ceux qui demandent le service civil au cours de leur carrière militaire (l'objection reste la même, pour les mêmes motifs et contre le même service militaire, seule change la situation militaire).
- Mesure probablement punitive.
- Mesure simple en apparence, mais particulièrement compliquée à comprendre et à calculer, entre autres pour les personnes concernées.

---

<sup>9</sup> ONU, Comité des droits de l'homme: Foin v France (Communication No. 666/1995), CCPR/C/D/666/1995, 9 November 1999, para. 10.3, entre autres jurisprudence. Voir aussi: Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 8.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUINO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>  
Il existe aussi une traduction allemande de document, p. 21 : [http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV\\_2014-3\\_KDVundAsyl.pdf](http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV_2014-3_KDVundAsyl.pdf)

Voir aussi le rapport quadriennal du Haut Commissaire aux Droits de l'Homme sur l'objection de conscience, 1.5.2017, § 22.  
<http://www.undocs.org/fr/A/HRC/35/4>

<sup>10</sup> LSC 5



### **Mesure 2 :**

Délai d'attente de 12 mois entre le dépôt de la demande et l'admission, avec obligation de faire les périodes de service militaires prévues.

27. La mesure est contraire à la constitution. Celle-ci prévoit, textuellement : « un service de remplacement »<sup>11</sup>. Or un *remplacement du service* n'est en aucun cas un service de remplacement *différé* avec maintien du service à remplacer, en attente du service de remplacement.

Des délais pour la mise en œuvre, par la personne concernée comme par l'administration, du service de remplacement sont acceptable, voir le maintien des obligations en attente de la décision d'admission<sup>12</sup>, mais en aucun le droit à l'objection de conscience ne saurait-il être suspendu.

28. De plus, la proposition est largement impraticable et passablement conflictogène. Les civilistes concernés ne se gêneront pas pour demander des reports, se faire porter malade ou pour ne pas se présenter et leur motifs de conscience finissant toujours par être reconnus, ils ne seront, s'ils sont que partiellement et inégalement sanctionnés pour ces déflections. Sans parler de la charge administrative supplémentaire pour les administrations cantonales.

### Résumé

- Mesure contraire à la constitution.
- Discrimination entre les civilistes qui font une demande avant l'école de recrue, lesquels ne sont pas condamnés à des périodes militaires et ceux qui la font après l'ER, qui doivent en faire ou, vaille que vaille, les faire annuler.
- Mesure de nature à créer de nombreuses difficultés administratives tant pour les conscrits et les civilistes que pour l'administration.

### **Mesure 3 :**

29. Suppression du facteur 1.1 et passage au facteur 1.5 pour les officiers et les sous-officiers supérieurs.

30. Les personnes concernées sont relativement peu nombreuses. Elles ont néanmoins les mêmes droits. Mais surtout toutes ces personnes, qui ont été obligées de revêtir ces fonctions d'encadrement, ont déjà servi, au moment de la demande d'admission au service civil plus de jours d'armée que ne servent les civilistes qui n'en a fait aucun. Le moins gradé de ceux-ci servira un total 440 jours de services au lieu de 245<sup>13</sup>. Pour obtenir son grade, il en aura déjà fait presque autant qu'un soldat normal. Et le solde de jour à faire, qu'il soit multiplié par 1.1. ou 1.5 dépassera de toutes façons le nombre maximal de jours effectués par un civiliste ne faisant pas d'armée du tout.

31. Sachant que l'obligation de grader est imposée, même avec un facteur 1.1, la personne qui demande le service civil alors qu'elle a déjà revêtu son grade est discriminée par rapport à un civiliste qui demande le service avant de recevoir le moindre grade. Augmenté cette durée plus encore, alors que la personne gradée sert déjà plus que toute autre personne sans garde, apparaît là aussi comme punitive.

### Résumé

- En conjonction avec la discrimination décrite ci-après, violation du droit international sur la durée du service de remplacement.
- Discrimination entre les officiers et sous-officiers supérieurs d'une part et les soldats d'autre part en raison d'abord de l'obligation de grader d'abord, pour laquelle les premiers ne peuvent rien, puis du fait qu'en raison de cette obligation, ils ont déjà effectué, contre leur gré, une durée de service aussi importante que les soldats, durée sur laquelle vient ensuite s'ajouter une très longue durée de service civil supplémentaire. Dit autrement, le soldat qui demande le service civil évite non-seulement de grader, mais tous les jours de service civil supplémentaires en cas de conflit de conscience alors que l'officier, qui est en droit de développer un conflit de conscience à tout moment, en est d'autant plus pénalisé.

<sup>11</sup> [Art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement.](#)

<sup>12</sup> [LSC 17 et 17a.](#)

<sup>13</sup> [OMI 47](#)



- Mesure qui ne touche qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 4 :**

32. Interdiction faite aux médecins de faire du service civil en tant que médecins.

33. Là encore, la mesure ne concerne que très peu de personnes. Les médecins ont en moyenne au moins 26-27 ans à la fin de leur formation et ce moment-là, la plupart des périodes longues sont faites. Mais quand bien même, faut-il priver les hôpitaux de ces médecins-là ?

34. Par ailleurs, la mesure est à nouveau discriminatoire ; pourquoi les médecins et pas les géologues, les travailleurs sociaux ou les enseignants ? Là ce ne serait plus seulement certains civilistes, mais tout le service d'intérêt public qui tendrait à être victime d'une vision trop étroite des possibilités de service civil.

35. Enfin, il existe certes une disposition qui interdit certaines affectations en fonction de la personne du civiliste, en particulier si elle favorise sa formation<sup>14</sup>. Et c'est probablement, dans ce contexte que la proposition s'inspirerait. Mais à nouveau, certains militaires exercent des fonctions militaires en lien avec leur profession – et pas seulement des médecins ! – en quoi des civilistes n'auraient-ils pas le droit d'en faire autant ?

#### Résumé

- Mesure hautement discriminatoire (par professions).
- Mesure ne touchant (en l'état, que les médecins) qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 5 :**

36. Pas d'admission au service civil pour les personnes pour lesquelles il ne reste plus de jours de service, mais pour lesquelles il reste des tirs obligatoires.

37. La question est controversée depuis longtemps. Seul sont concernés les militaires en service long, qui restent incorporés ensuite pendant 4 ans<sup>15</sup>. Il conviendrait de savoir combien il y a eu de cas.

38. Pour rappel, les militaires ont la possibilité de déposer l'arme, sans motifs, s'ils ne souhaitent pas la conserver, mais cela ne les dispense pas des tirs<sup>16</sup>.

39. D'abord, il convient de rappeler que l'exécution de tirs obligatoires, dans le cadre d'un service militaire, même terminé, peuvent donner lieu à conflit de conscience, qui plus est si celui-ci peut avoir à se manifester durant une période de 4 ans.

40. En ce sens, la mesure ignore et passe complètement à côté, nie un problème qu'il y aurait pourtant lieu de résoudre.

41. A mon sens, une procédure plus simple qu'une admission au service civil devrait permettre, par exemple mais en tous les cas pour motifs de conscience légitimes, de remettre l'arme définitivement et d'être ainsi dispensé des tirs obligatoires.

#### Résumé

- Violation du droit à l'objection de conscience
- Mesure administrative inadéquate
- Mesure ne touchant qu'un nombre limité de personne

#### **Mesure 6 :**

42. Les civilistes sont tenus de faire une période de service civil par année dès l'admission.

---

<sup>14</sup> [LSC 4a](#)

<sup>15</sup> [LAAM 54a](#)

<sup>16</sup> Ordonnance concernant l'équipement personnel des militaires (OEPM), [art. 6a](#).



43. La mesure existe déjà, [art. 39a](#) de l'ordonnance sur le service civil : « La personne astreinte au service civil *effectue chaque année* des affectations de service civil d'une durée de 26 jours au moins à partir de la deuxième année civile au plus tard ».

44. Les reports étant relativement fréquents, on peut se demander si c'est ceux-ci qu'il s'agit de limiter, mais le texte de la mesure est pour le surplus inutile.

#### Résumé

- Proposition de mesure incompétente, mesure déjà prévue par la loi.

#### Mesure 7 :

45. Obligation pour les personnes en service long, d'effectuer la période longue de service civile dans l'année qui suit (et non pas dans les trois ans qui suivent) l'admission au service civil.

46. Imposer un service civil long est une vieille mesure de 2011, que le Tribunal administratif fédéral avait annulée en raison de [l'article 20 de la LSC](#) qui stipule que le SC peut être fait en une ou plusieurs périodes<sup>17</sup>.

47. Depuis toujours, nous recommandons aux militaires en service long de passer d'abord au service normal, avant de demander le service civil, entre autres afin d'éviter le surplus de jours, actuellement 55 jours de service militaire ou 82 jours de service civil en plus<sup>18</sup>. Notre recommandation ne changera pas.

48. De plus, la mesure ne prévoit cette obligation que si l'école de recrue n'est pas terminée, or l'école de recrue est considérée comme terminée si 80% de ses jours ont été accomplis<sup>19</sup>; soit pour une école usuelle de 124 jours, dès le 100<sup>ème</sup> jour d'école de recrue. Mais dans la pratique, la demande de service civil peut être faite quelques jours plutôt, puisque celle-ci prend quelques jours, voir semaines à condition pour cela que l'admission à la fin du processus de demande intervienne après le 100<sup>ème</sup> jour de service.

49. Que ce soit en passant au service normal et en attendant les 80% de son service militaire (dans des conditions « suffisantes ») – si encore au service long avec les jours en sus – il est très facile d'éviter cette mesure et peu nombreux sont ceux qui se retrouveront à devoir faire une période longue ou leur période longue de service civile dans l'année qui suit. Au demeurant si un plan de carrière avait prévu une mise en suspend de celui-ci pour le service militaire long, avec une libération en fin d'école de recrue et une affectation longue trouvée rapidement, celle-ci peut être faite dans le temps préalablement dévolu au service militaire long.

50. La mesure est aussi discriminatoire puisqu'elle traite plus durement les militaires en service long que les militaires en service normal d'une part, et alors plus durement que les civilistes n'ayant pas débuté l'école de recrue d'autre part.

#### Résumé

- Mesure facile à contourner, voire à accommoder.
- Mesure ne concernant alors plus qu'un nombre limité de personne.
- Mesure discriminatoire.

#### Considérations finales

51. Les mesures 1 et 3 violent le droit international sur la durée du service civil.

52. La mesure 2 viole la constitution sur la notion de service de remplacement et la mesure 5 viole la constitution sur le droit à un service de remplacement.

53. Les mesures 1, 3, 4 et 7 sont clairement discriminatoires et violent à un titre ou un autre l'égalité de traitement.

54. Les mesures 3, 4, 5 et 7 ne touchent que – mais gravement – un nombre limité de personnes. À ce titre, le but premier de ces mesures n'est probablement pas ou que partiellement de toucher ces personnes-là, voire de les maintenir dans l'armée mais de donner l'impression qu'il est difficile ou déconseillé, qu'il est

<sup>17</sup> <http://www.infodroit.ch/spip.php?article91>

<sup>18</sup> [OMI 111](#)

<sup>19</sup> [OMI 57](#) ou [37 ordonnance sur le service civil \(OSI\)](#) (même teneur).



même dissuadé de sortir de l'armée. Un tel but viole le droit au service civil et un service civil non-discriminatoire et non-punitif.

55. Il convient d'ajouter à ce propos que les instances et jurisprudences internationales ont reconnus sans hésiter le droit à l'objection de conscience pour les appelés, comme pour les volontaires et les professionnels. Autrement dit et pour ce qui nous occupe ici, le droit à l'objection de conscience et au service de remplacement est et reste le même, ne saurait donc subir d'aggravation dans l'exercice du droit, soit l'accès au service civil, comme dans sa réalisation, soit l'accomplissement du service civil, que la personne concernée aie commencé ou non à servir dans l'armée<sup>20</sup>.

56. Les mesures 2, 3 et 4 supposent des difficultés de mise en œuvre particulièrement importantes. La mesure 5 pourrait faire l'objet d'une simplification administrative.

57. La mesure 6 est inutile, une aberration puisqu'elle préconise quelque chose qui existe déjà.

58. L'analyse de l'ensemble de ces mesures donne l'impression forte que l'armée est très embarrassée, mal à l'aise en raison des demandes service civil issues des ses rangs.

59. Ainsi quand bien même l'ensemble de ces mesures, si elles venaient à être mise en œuvre, aurait pourrait effet d'inciter les conscrits à demander le service civil bien plus tôt, ce qui n'est pas utile à l'armée non plus, il conviendrait de combattre ces mesures pour les effets et les complications graves qu'elles imposent, en toutes sortes de circonstances, aux militaires.

60. Il convient aussi de constater que les mesures proposées font preuve d'une méconnaissance, tant du droit international que du droit constitutionnel suisse qui confine à l'impréparation, voire au mépris, tant des civilistes que des militaires.

61. Enfin, dans le cadre des réactions à ces propositions de mesures, il conviendra de rappeler certaines ou l'ensemble de nos revendications de base, à savoir une présence civile lors du recrutement afin de faciliter son impartialité, un durée raisonnable et une compensation financière garantissant au moins l'accès au minimum vital<sup>21</sup>.

Christophe Barbey,  
Juriste, permanent depuis 2006

---

<sup>20</sup> Voir les résolutions du Conseil des Droits de l'Homme, par exemple la résolution du 8 octobre 2013, art. 12 [A/RES/HRC/24/17](#) ou Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 4.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

<sup>21</sup> Avec une APG de 62.- par jour durant l'ER ou son équivalent au service civil, ou en cas d'absence de salaire préalable au service ou de droit à son équivalent, avec 1'800.- par mois ~, le minimum vital n'est pas atteint. Le dernier rapport du haut commissaire aux droits de l'homme mentionne une trop faible rémunération comme étant de nature punitive. [A/HRC/35/4](#), § 21.

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Technikumstrasse 21, CH-6048 Horw  
T+41 41 349 35 99  
www.iHomeLab.ch

Hochschule Luzern – Technik & Architektur  
iHomeLab

T direkt +41 41 349 33 39  
andrew.paice@HSLU.ch

Horw, 10. September 2018  
Seite 1/5

## **Stellungnahme des Schweizerischen Zivildienstverbandes CIVIVA zur Änderung des Zivildienstgesetzes**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### **Einleitung und grundsätzliche Beurteilung**

Das iHomeLab der Hochschule Luzern vertritt die Interessen der Zivildienstleistenden und Einsatzbetriebe. Das iHomeLab ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### **Kein Handlungsbedarf**

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst

nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

### **Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen**

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoß gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

### **Unklare Auswirkungen**

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Das iHomeLab weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Das iHomeLab lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

### **Eigene Vorschläge**

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet das iHomeLab, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Das iHomeLab schlägt dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.
- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

### **Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist das iHomeLab auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für das iHomeLab ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

### **Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Dienstage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem

Horw, 10. September 2018  
Seite 4 / 5

Stellungnahme des Schweizerischen Zivildienstverbandes CIVIVA  
zur Änderung des Zivildienstgesetzes

Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

### **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

Das iHomeLab geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Diensttage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Diensttage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht vom iHomeLab besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

Das iHomeLab ist der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Das iHomeLab sieht absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildiensttage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Diensttage erfüllen (2017: 96.7% aller Diensttage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Diensttage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt,

Horw, 10. September 2018  
Seite 5 / 5

Stellungnahme des Schweizerischen Zivildienstverbandes CIVIVA  
zur Änderung des Zivildienstgesetzes

wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Diensttage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.

**Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

**Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

Das iHomeLab bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse  
iHomeLab, Hochschule Luzern – Technik & Architektur

Andrew Paice  
Leiter iHomeLab



Permanence romande pour civilistes et militaires  
Permanence@infodroit.ch ou  
Le mardi de 12 à 14 heures au 026 925 80 66.  
Pour les urgences, 079 524 35 74, veuillez laisser un message.

Flendruz, 16 juin 2018

### Avis de droit

*A qui de droit*

#### **7 mesures du Conseil fédéral destinées à la consultation. Modifications de la loi sur le service civil. 2018**

##### En préalable

1. Le droit à l'objection de conscience est un droit fondamental internationalement reconnu.
2. Il est reconnu par les jurisprudences du Comité des droits de l'homme et de la Cour Européenne des droits de l'homme, il est présent dans la constitution suisse<sup>1</sup>.
3. Ce droit s'appuie essentiellement tant sur le refus impératif de tuer que sur le refus de résoudre les conflits par la violence.
4. Le conflit entre l'obligation constitutionnelle de servir dans l'armée d'une part et la conscience d'autre part (appelé conflit de conscience) peut se manifester sous diverses formes et à divers moments, de façons plus ou moins virulentes ou soudaines, y compris parfois par des somatisations ou des actes de rébellions. La problématique a été largement résolue par deux mesures:
  - 1) Il a été renoncé au « contrôle de conscience » en adoptant le système dit de la preuve par l'acte, soit l'acceptation, par la personne qui demande le service civil d'une durée plus longue pour ce service que celle requise pour le service militaire.Cette mesure a pour avantage (en plus d'une forte diminution de la charge administrative) d'éviter d'une part l'aggravation et la stigmatisation du conflit de conscience par son besoin de le confronter à la procédure et de libérer d'autre part la personne concernée d'une appréhension et d'une expression intellectuelle et verbalisée de ce conflit, inévitablement discriminatoire selon le niveau d'éducation, et sujette d'autre part à des biais divers, puisque le résultat de l'examen dépendait largement du degré de préparation à celui-ci plutôt que de la nature même, des sources et des raisons du conflit de conscience.
6. Il convient toutefois de noter que ce système de quotité a dès le début présenté un défaut important, au demeurant partiellement caché des civilistes eux-mêmes, dans la mesure où la durée de service civil requise par la loi (1 fois et demie – 1,5 – celle du service militaire encore à faire au moment de la demande) est dans la pratique comparativement différente de la durée du service militaire réellement effectuée par les militaires libérés lorsqu'ils atteignent la limite d'âge. En effet, ceux-ci se voient alors remettre le solde des jours de service non-effectués, alors que les civilistes se voient pénalement condamnés s'ils n'effectuent pas l'entier de leurs jours avant la même limite d'âge (limite par ailleurs par elle-même plus exigeante, puisqu'ils ont plus de jours à effectuer dans le même laps de temps). L'armée a de plus tardé à donner les chiffres permettant de mesurer cette différence des durées respectives des

<sup>1</sup> Constitution fédérale (Cst.) [Article 10 sur la droit à la vie](#), [art. 15 sur la liberté de conscience](#), [art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement](#).



services. Pourtant des estimations raisonnables permettaient d'évaluer le nombre de jours de service civil effectués pour les civilistes demandant le service civil pour l'entier de leur périodes de service militaires comme étant environ du double du nombre de jour effectué en moyenne par les soldats terminant leur obligation à la limite d'âge<sup>2</sup>. Actuellement, ce taux semble s'être amélioré un peu, mais la durée comparée du service civil resterait de 1.8 plus élevée que la durée des services militaires, et non pas les 1.5 que stipule la loi. Il conviendra de vérifier les effets de la nouvelle loi sur l'armée sur cette problématique, la limite d'âge n'étant plus un âge fixe (p. ex. 34 ans), mais devenant un nombre de dix années pour faire les services requis après l'école de recrue<sup>3</sup>.

7. De plus la discrimination pénale demeure, puisque contrairement au service civil, aucune mesure permettant d'assurer le rythme et le progrès de la réalisation des périodes de service militaire, mesure accompagnées dans la loi sur le service civil de mesures pénales en cas de retards, n'ont été introduites dans la nouvelle législation sur la l'armée. Ainsi, le civiliste doit accomplir certaines périodes (la première suivant l'admission et la période longue) selon des délais fixes et il ne doit pas lui rester plus d'une certaine proportion de jours à faire avant d'atteindre la limite d'âge. Passé ces délais ou si la proportion de jours restant à faire est trop forte, le civiliste est convoqué d'office pour le surplus ou la période concernée, puis il encoure une peine s'il n'effectue pas la période requise. Il n'existe, pas de système similaire ou aussi contraignant dans l'armée. Pour avoir une vision complète de cette discrimination, pénalement grave, il conviendrait encore de comparer le nombre des dispenses pour justes motifs, lesquelles au demeurant ne font que repousser le problème, dispenses accordées tant pour les civilistes que pour les militaires. Nonobstant, vu la nature différente des système de suivi et de répression des deux sortes d'obligations, puisqu'il y a des condamnations pour retard dus au système de suivi contre les civilistes et qu'il n'y en a pas pour les militaires, la discrimination pénale demeure, tout comme demeurera a priori la discrimination sur les durées.

8. 2) Il importe de souligner que le service civil peut et doit pouvoir être demandé en tout temps, c'est d'ailleurs dans la loi<sup>4</sup>.

9. Cela concerne bien sûr la possibilité de demander le service civil depuis une période de service militaire, mais porte surtout sur la nature du conflit de conscience et relève en partie aussi du droit humanitaire.

10. Ainsi, le conflit de conscience peut se développer par une réflexion autonome, mais il peut aussi surgir, progressivement ou soudainement, face à une circonstance rencontrée dans le cadre du service militaire, par exemple lors de la première prise d'arme (il y a hélas des condamnations pour refus d'ordre de personnes qui font à ce moment-là un blocage psychologique) ou en étant mis en confrontation à une arme particulièrement destructive.

11. Il convient aussi, et c'est d'une grande importance, de citer le cas de l'objection de conscience à un ordre criminel, y compris ou surtout si celui-ci viole le droit humanitaire ; objection qui doit en effet pouvoir être exprimée en tout temps et en particulier de façon immédiate au moment de la réception de l'ordre contesté, cette objection devant alors, selon les circonstances, rejeter non-seulement l'ordre contesté lui-même mais aussi l'ensemble du système qui produit ou maintient cet ordre injuste, à tout le moins si l'ordre est maintenu, car alors seul le refus personnel et complet du système permettant, à défaut de pouvoir l'empêcher, la réalisation de ce ordre illégal et des ses conséquences, de préserver la conscience, et donc l'innocence de la personne confrontée à une telle situation. L'objection de conscience à une circonstance particulière devenant alors une objection au sens usuel du terme, une objection d'ensemble au service militaire<sup>5</sup>.

---

<sup>2</sup> Détail du calcul : <http://www.infodroit.ch/spip.php?article44>

<sup>3</sup> Ordonnance sur les obligations militaires (OMI), 1.1.2018, [art. 19](#).

<sup>4</sup> Loi sur le service civil, [art. 16](#).

<sup>5</sup> Voir par exemple, [Jacques Verhaegen](#) : «Le refus d'obéissance aux ordres manifestement criminels », revue du CICR, vol. 84, n° 845, mars 2002.



### Analyse des mesures proposées

**Mesure 1:** 150 jours de service civil pour toutes personnes n'ayant pas terminés ses « services d'instruction » et ayant moins de 100 jours de service militaire restant.

#### Appréciation générale

12. Par « services d'instruction », il est entendu toutes les périodes de services militaires, à savoir écoles de recrues, écoles de cadres et cours de répétition<sup>6</sup>.

13. La proposition équivaldrait à « condamner », imposer à tout militaire ayant entre 1 et 100 jours de service militaire encore à faire à effectuer 150 jours de service civil.

14. La mesure incite à terminer ses obligations militaires au lieu de demander le service civil.

15. Partant du constat, hautement probable<sup>7</sup>, selon lequel les pertes en effectifs augmentent en fonction de l'âge par lassitude, perte d'intérêt ou en raison de l'augmentation des obligations professionnelles et familiales. Il conviendrait toutefois de disposer des chiffres du nombre des personnes qui quittent l'arme dans ces tranches d'âge soit pour le service civil, soit pour raisons médicales. En effet, si le problème est une question d'emploi du temps, la demande de service civil est d'autant plus contre-productive.

16. A cet aulne, la mesure aura pour effet principal d'augmenter le nombre de demandes médicales et assez peu de diminuer le nombre de service civil. Quand à sa capacité à renforcer la motivation pour l'armée, elle est ici hors contexte – ce n'est pas notre problème ou celui du service civil – et elle n'est que très indirecte, la diminution de l'attrait du service civil n'augmentant pas pour autant l'attrait pour l'armée.

#### Calculs concernant la mesure proposée

17. Dans la pratique, divers types de calculs sont possibles pour déterminer les effets et les proportions de la proposition. Mes connaissances mathématiques sont limitées, donc d'autres calculs sont peut-être possibles ou éventuellement meilleurs, mais ceux-ci révèlent plusieurs des effets pervers de la proposition:

a. Le facteur multipliant le nombre de jours à faire est, avec la proposition exponentiel : La personne qui aurait 1 seul jour d'armée encore à faire se retrouverait à en faire 150 jours, soit 150 fois plus que le nombre de jour d'armée requis.

Dans le détail, un militaire à qui il resterait :

1 cours de répétition (CR), soit 19 jours (150/19), verrait le multiplicateur passer de 1.5 à 7.89

2 cours de répétition, le facteur (150/38) est encore du quadruple (3.94)

3 cours de répétition, le facteur descend à 2.63

4 cours de répétition, le facteur est de 2 (1.97)

5 cours de répétition le facteur est encore de 1.57, soit plus haut que la loi actuelle ou que le facteur attribué aux civilistes ayant encore plus de jours.

Ce n'est donc qu'avec 6 cours de répétition encore à faire, soit avec le nombre total des cours de répétition à faire par les soldats, et donc durant le premier cours de répétition que l'ajout systématique de 150 jours, rejoint le facteur général de 1.5.

*Dit autrement, à quelques jours prêts, quiconque demanderait le service civil après l'école de recrue devrait faire 150 jours de service civil au moins, quelque soit le nombre de jour d'armée restant à faire. Pourquoi ne pas le dire ?*

b. Le calcul peut aussi être fait en tenant compte des jours de service militaires et civils faits au total. Exemple pour un soldat :

Ecole de recrue de 124 jours, solde 121 jours de service en CR. Total 245<sup>(8)</sup>. Service civil complet, 245 X 1.5 = 367 jours de service civil.

Jours de service mil faits : 244 (au lieu de 245)+150=394 (proposition). Système actuel : 244 + 2 (1 x 1.5) = 246 (actuel). Différence : 148 jours à faire en plus qu'avec le système actuel et ... 27 de plus qu'en ayant demandé le service civil dès le recrutement.

<sup>6</sup> Loi sur l'armée et l'administration militaire (LAAM), [art. 41](#).

<sup>7</sup> La permanence que nous représentons confirme, à sa modeste mesure, cette tendance. Les hommes de plus de 25 ans sont relativement nombreux à vouloir mettre un terme à leurs obligations militaires et leur nombre augmente avec l'âge

<sup>8</sup> OMI, [art. 47](#).



Jours de service faits :  $238 (6 \text{ CR faits}) + 150 = 388$  jours à faire ou (système actuel)  $238 + 9 (6 \times 1.5) = 247$ . Différence : 141 jours de service civil en plus qu'avec le système actuel, mais aussi 21 jours de service (mil et civ) en plus de ce que ce même soldat aurait eu à faire s'il avait demandé le service civil dès la fin du recrutement.

En cela, le service est *punitif parce qu'il impose des jours en plus ... pour avoir accepté de faire presque tout son service militaire !!!*

Jours de service faits :  $219 (5 \text{ CR}) + 150 = 369$  ou (actuel :)  $219 + 39 (26 \times 1.5) = 258$ . Différence : 111 jours de plus que le système actuel, mais encore 2 jours de plus qu'avec un service civil demandé dès l'origine.

Jours de service faits  $200 (4 \text{ CR}) + 150 = 350$  ou actuel  $200 + 68 (45 \times 1.5) = 268$ . Différence : 82 en plus que le système actuel.

A partir d'ici le nombre total de jours faits devient inférieur à un service civil demandé d'emblée et donc les jours de service militaire faits diminuent le nombre total de jours à faire.

Jours de service faits  $181 (3 \text{ CR}) + 150 = 331$  ou  $181 + 96 (64 \times 1.5) = 277$ . Différence, 54 jours de service civil en plus, mais 90 de moins qu'avec un service civil complet.

Jours de service faits  $162 (2 \text{ CR}) + 150 = 312$  ou

Jours de service faits  $143 (1 \text{ CR}) + 150 = 293$  ou  $143 + 156 (101 \times 1.5) = 299$  Différence  $\pm 0$ .

#### Effets pour la pratique

c. Les effets du nouveau système sur les intérêts des candidats civilistes, en termes de jours à faire seraient les suivants :

- 1) Le facteur de 1.5 s'applique durant l'école de recrue, voir durant le 1<sup>er</sup> CR. Inchangé.
- 2) Tout jour d'armée fait durant cette période diminue effectivement le nombre total (armée et sc) de jours à faire, par rapport à un service civil complet. Inchangé.
- 3) Dès le 2<sup>ème</sup> CR et jusqu'au 4<sup>ème</sup> CR, le nouveau système augmente progressivement, par rapport à l'ancien, effet étrange, le nombre de jours total à faire, même si l'on fait ces CR, soit d'avoir à faire encore plus de service en tout parce que l'on fait de l'armée (absurde !), puis d'avoir à faire du service civil en plus, même si le nombre de jours total de service civil et militaire reste inférieur à ce que devrait faire un civiliste de la première heure mis au facteur 1.5).

Exemple : Faire un 2<sup>ème</sup> CR de 19 jours et demander le sc, ajoute en plus de ces 19 jours 17 jours de service en tout (civil et militaire) par rapport au système actuel, dans lequel le civiliste en faisant ce CR épargnerait 9 jours de service civil ( $19 - x 1.5$ ). (Nouveau :  $162 \text{ SM} + 150 \text{ SC} = 312$  Ancien  $162 + 125$  (solde de  $83 \times 1.5$ ) = 287, nouveau = J plus 25. S'il ne fait pas ce CR (ancien  $\text{SM } 143 + \text{SC } 152 (101 \times 1.5) = 295$  soit quelques jours en plus de SC pour ne pas avoir fait ce cours (295 au lieu 287), mais toujours au total 17 jours de moins qu'en faisant ce CR dans le système proposé, lequel augmente donc le nombre de jours à faire sans donner de diminution pour ceux faits.

Idem pour les 3<sup>ème</sup> et 4<sup>ème</sup> CR. Je renonce aux calculs ici, mais le nombre de jours d'armée faits sans diminuer le nombre de jours de service totaux augmentera d'autant, par rapport à quelqu'un qui demande le SC après l'ER ou le 1<sup>er</sup> CR.

- 4) Dès le 5<sup>ème</sup> CR, le nombre total (SC et SM) de jours à faire devient plus grand que quelqu'un qui demande le service civil dès le 1<sup>er</sup> jour.

d. En résumé, il ne sera intéressant, en terme de jours à faire (ou rentable) de demander le service qu'entre le recrutement et la fin du 1<sup>er</sup> cours de répétition. A l'inverse, toute demande faite ultérieurement augmentera, de plus en plus gravement, la charge totale du nombre de jours à faire, laquelle dépassera, si le SC est demandé durant ou après le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, le nombre de jours à faire pour quelqu'un qui demande le service civil avant l'ER.

18. Tactiquement, pour le soutien aux objecteurs, l'intérêt à demander le service civil entre le recrutement et la fin de l'école de recrue reste similaire. Par contre, plus le militaire avance dans sa carrière militaire, plus la charge de jours augmente, plus il devient difficile de demander le service civil (et plus sera grande le besoin de demander la voie bleue).

19. Cela n'aura pas pour effet de diminuer fortement le nombre de demandes de service civil, puisque les demandes seront soit pour une part reportées plus tôt dans la carrière militaire, soit transformées en demande médicales et que rares seront les personnes qui en fin de carrière militaire décideront de finir leur service plutôt que de sortir de l'armée, d'une façon ou d'une autre.



### La durée du service civil en droit

20. En droit Suisse, le facteur légal de 1.5 est le même depuis l'origine. Avec toutefois la réserve présentée ci-dessus au point 6 concernant la durée effective (et non légale) située aux environ de 1.8.

21. Le droit international, le Comité des droits de l'homme et la Cour européenne des droits de l'homme, tiennent de jurisprudence constante le fait que le service civil doit être de nature civile et non-punitif.

22. Une durée supérieure au double du service militaire à remplacer est considérée comme excessive<sup>9</sup>. Ainsi, l'attribution à toute personne ayant moins de 75 jours de service militaire à faire de 150 jours de service civil serait contraire au droit international.

23. Mais c'est dans son ensemble, ou à tout le moins dès le 2<sup>ème</sup> cours de répétition, que la mesure est discriminatoire. D'abord parce que plus, ils servent dans l'armée, plus elle pénalise les militaires qui demandent le service civil. Ensuite, parce qu'elle traite différemment des personnes dans des situations similaires, à savoir des personnes présentant une demande de service civil, demande qui est de même nature quel que soit le moment où elle est faite et pour laquelle le nombre de jours de service militaire accomplis n'a aucune incidence, sauf peut-être à renforcer le besoin de présenter une objection de conscience, ce qui reste sans influence aucune sur le droit fondamental à demander le service civil.

24. La loi sur le service civil pose comme principe que la charge du service civil devrait équivalente à celle de l'armée<sup>10</sup>. Toutefois la mesure proposée, en tous les cas dès le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, puisque la charge en jours à faire est alourdie au-delà de ce que le militaire aurait à faire en demandant le service civil avant l'école de recrue. Ainsi, non-seulement, la personne concernée effectue la plus large part de son service militaire (les 3/4), mais elle y voit ajouté une part importante de service civil (150/367) soit presque la moitié du service civil en plus, pour un total qui dépasse ce qu'elle aurait eu à faire tant à l'armée qu'avec un service civil entier. A ce titre, la mesure est non seulement dissuasive, mais discriminatoire dans la mesure où elle pénalise ceux qui ont déjà fait beaucoup d'armée (ne devraient-ils pas au contraire être pour cela remerciés ?).

25. Par ailleurs, le droit à l'objection de conscience étant un droit fondamental, toute forme de dissuasion, en entravant son libre exercice, est déjà une violation du droit.

26. Et il est finalement, à mon sens, difficile la nature punitive de la mesure, puisque ce sont ceux-là même, qui ont le plus servi dans l'armée, qui se voient le plus pénalisés.

### Résumé :

- Violation du droit international sur la durée du service civil.
- Discrimination entre les civilistes « d'origine » et ceux qui demandent le service civil au cours de leur carrière militaire (l'objection reste la même, pour les mêmes motifs et contre le même service militaire, seule change la situation militaire).
- Mesure probablement punitive.
- Mesure simple en apparence, mais particulièrement compliquée à comprendre et à calculer, entre autres pour les personnes concernées.

---

<sup>9</sup> ONU, Comité des droits de l'homme: Foin v France (Communication No. 666/1995), CCPR/C/D/666/1995, 9 November 1999, para. 10.3, entre autres jurisprudence. Voir aussi: Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 8.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>  
Il existe aussi une traduction allemande de document, p. 21 : [http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV\\_2014-3\\_KDVundAsyl.pdf](http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV_2014-3_KDVundAsyl.pdf)

Voir aussi le rapport quadriennal du Haut Commissaire aux Droits de l'Homme sur l'objection de conscience, 1.5.2017, § 22.

<http://www.undocs.org/fr/A/HRC/35/4>

<sup>10</sup> LSC 5



### **Mesure 2 :**

Délai d'attente de 12 mois entre le dépôt de la demande et l'admission, avec obligation de faire les périodes de service militaires prévues.

27. La mesure est contraire à la constitution. Celle-ci prévoit, textuellement : « un service de remplacement »<sup>11</sup>. Or un *remplacement du service* n'est en aucun cas un service de remplacement *différé* avec maintien du service à remplacer, en attente du service de remplacement.

Des délais pour la mise en œuvre, par la personne concernée comme par l'administration, du service de remplacement sont acceptable, voir le maintien des obligations en attente de la décision d'admission<sup>12</sup>, mais en aucun le droit à l'objection de conscience ne saurait-il être suspendu.

28. De plus, la proposition est largement impraticable et passablement conflictogène. Les civilistes concernés ne se gêneront pas pour demander des reports, se faire porter malade ou pour ne pas se présenter et leur motifs de conscience finissant toujours par être reconnus, ils ne seront, s'ils sont que partiellement et inégalement sanctionnés pour ces déflections. Sans parler de la charge administrative supplémentaire pour les administrations cantonales.

### Résumé

- Mesure contraire à la constitution.
- Discrimination entre les civilistes qui font une demande avant l'école de recrue, lesquels ne sont pas condamnés à des périodes militaires et ceux qui la font après l'ER, qui doivent en faire ou, vaille que vaille, les faire annuler.
- Mesure de nature à créer de nombreuses difficultés administratives tant pour les conscrits et les civilistes que pour l'administration.

### **Mesure 3 :**

29. Suppression du facteur 1.1 et passage au facteur 1.5 pour les officiers et les sous-officiers supérieurs.

30. Les personnes concernées sont relativement peu nombreuses. Elles ont néanmoins les mêmes droits. Mais surtout toutes ces personnes, qui ont été obligées de revêtir ces fonctions d'encadrement, ont déjà servi, au moment de la demande d'admission au service civil plus de jours d'armée que ne servent les civilistes qui n'en a fait aucun. Le moins gradé de ceux-ci servira un total 440 jours de services au lieu de 245<sup>13</sup>. Pour obtenir son grade, il en aura déjà fait presque autant qu'un soldat normal. Et le solde de jour à faire, qu'il soit multiplié par 1.1. ou 1.5 dépassera de toutes façons le nombre maximal de jours effectués par un civiliste ne faisant pas d'armée du tout.

31. Sachant que l'obligation de grader est imposée, même avec un facteur 1.1, la personne qui demande le service civil alors qu'elle a déjà revêtu son grade est discriminée par rapport à un civiliste qui demande le service avant de recevoir le moindre grade. Augmenté cette durée plus encore, alors que la personne gradée sert déjà plus que toute autre personne sans garde, apparaît là aussi comme punitive.

### Résumé

- En conjonction avec la discrimination décrite ci-après, violation du droit international sur la durée du service de remplacement.
- Discrimination entre les officiers et sous-officiers supérieurs d'une part et les soldats d'autre part en raison d'abord de l'obligation de grader d'abord, pour laquelle les premiers ne peuvent rien, puis du fait qu'en raison de cette obligation, ils ont déjà effectué, contre leur gré, une durée de service aussi importante que les soldats, durée sur laquelle vient ensuite s'ajouter une très longue durée de service civil supplémentaire. Dit autrement, le soldat qui demande le service civil évite non-seulement de grader, mais tous les jours de service civil supplémentaires en cas de conflit de conscience alors que l'officier, qui est en droit de développer un conflit de conscience à tout moment, en est d'autant plus pénalisé.

<sup>11</sup> [Art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement.](#)

<sup>12</sup> [LSC 17 et 17a.](#)

<sup>13</sup> [OMI 47](#)



- Mesure qui ne touche qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 4 :**

32. Interdiction faite aux médecins de faire du service civil en tant que médecins.

33. Là encore, la mesure ne concerne que très peu de personnes. Les médecins ont en moyenne au moins 26-27 ans à la fin de leur formation et ce moment-là, la plupart des périodes longues sont faites. Mais quand bien même, faut-il priver les hôpitaux de ces médecins-là ?

34. Par ailleurs, la mesure est à nouveau discriminatoire ; pourquoi les médecins et pas les géologues, les travailleurs sociaux ou les enseignants ? Là ce ne serait plus seulement certains civilistes, mais tout le service d'intérêt public qui tendrait à être victime d'une vision trop étroite des possibilités de service civil.

35. Enfin, il existe certes une disposition qui interdit certaines affectations en fonction de la personne du civiliste, en particulier si elle favorise sa formation<sup>14</sup>. Et c'est probablement, dans ce contexte que la proposition s'inspirerait. Mais à nouveau, certains militaires exercent des fonctions militaires en lien avec leur profession – et pas seulement des médecins ! – en quoi des civilistes n'auraient-ils pas le droit d'en faire autant ?

#### Résumé

- Mesure hautement discriminatoire (par professions).
- Mesure ne touchant (en l'état, que les médecins) qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 5 :**

36. Pas d'admission au service civil pour les personnes pour lesquelles il ne reste plus de jours de service, mais pour lesquelles il reste des tirs obligatoires.

37. La question est controversée depuis longtemps. Seul sont concernés les militaires en service long, qui restent incorporés ensuite pendant 4 ans<sup>15</sup>. Il conviendrait de savoir combien il y a eu de cas.

38. Pour rappel, les militaires ont la possibilité de déposer l'arme, sans motifs, s'ils ne souhaitent pas la conserver, mais cela ne les dispense pas des tirs<sup>16</sup>.

39. D'abord, il convient de rappeler que l'exécution de tirs obligatoires, dans le cadre d'un service militaire, même terminé, peuvent donner lieu à conflit de conscience, qui plus est si celui-ci peut avoir à se manifester durant une période de 4 ans.

40. En ce sens, la mesure ignore et passe complètement à côté, nie un problème qu'il y aurait pourtant lieu de résoudre.

41. A mon sens, une procédure plus simple qu'une admission au service civil devrait permettre, par exemple mais en tous les cas pour motifs de conscience légitimes, de remettre l'arme définitivement et d'être ainsi dispensé des tirs obligatoires.

#### Résumé

- Violation du droit à l'objection de conscience
- Mesure administrative inadéquate
- Mesure ne touchant qu'un nombre limité de personne

#### **Mesure 6 :**

42. Les civilistes sont tenus de faire une période de service civil par année dès l'admission.

---

<sup>14</sup> [LSC 4a](#)

<sup>15</sup> [LAAM 54a](#)

<sup>16</sup> Ordonnance concernant l'équipement personnel des militaires (OEPM), [art. 6a](#).



43. La mesure existe déjà, [art. 39a](#) de l'ordonnance sur le service civil : « La personne astreinte au service civil *effectue chaque année* des affectations de service civil d'une durée de 26 jours au moins à partir de la deuxième année civile au plus tard ».

44. Les reports étant relativement fréquents, on peut se demander si c'est ceux-ci qu'il s'agit de limiter, mais le texte de la mesure est pour le surplus inutile.

#### Résumé

- Proposition de mesure incompétente, mesure déjà prévue par la loi.

#### Mesure 7 :

45. Obligation pour les personnes en service long, d'effectuer la période longue de service civile dans l'année qui suit (et non pas dans les trois ans qui suivent) l'admission au service civil.

46. Imposer un service civil long est une vieille mesure de 2011, que le Tribunal administratif fédéral avait annulée en raison de [l'article 20 de la LSC](#) qui stipule que le SC peut être fait en une ou plusieurs périodes<sup>17</sup>.

47. Depuis toujours, nous recommandons aux militaires en service long de passer d'abord au service normal, avant de demander le service civil, entre autres afin d'éviter le surplus de jours, actuellement 55 jours de service militaire ou 82 jours de service civil en plus<sup>18</sup>. Notre recommandation ne changera pas.

48. De plus, la mesure ne prévoit cette obligation que si l'école de recrue n'est pas terminée, or l'école de recrue est considérée comme terminée si 80% de ses jours ont été accomplis<sup>19</sup>; soit pour une école usuelle de 124 jours, dès le 100<sup>ème</sup> jour d'école de recrue. Mais dans la pratique, la demande de service civil peut être faite quelques jours plutôt, puisque celle-ci prend quelques jours, voir semaines à condition pour cela que l'admission à la fin du processus de demande intervienne après le 100<sup>ème</sup> jour de service.

49. Que ce soit en passant au service normal et en attendant les 80% de son service militaire (dans des conditions « suffisantes ») – si encore au service long avec les jours en sus – il est très facile d'éviter cette mesure et peu nombreux sont ceux qui se retrouveront à devoir faire une période longue ou leur période longue de service civile dans l'année qui suit. Au demeurant si un plan de carrière avait prévu une mise en suspend de celui-ci pour le service militaire long, avec une libération en fin d'école de recrue et une affectation longue trouvée rapidement, celle-ci peut être faite dans le temps préalablement dévolu au service militaire long.

50. La mesure est aussi discriminatoire puisqu'elle traite plus durement les militaires en service long que les militaires en service normal d'une part, et alors plus durement que les civilistes n'ayant pas débuté l'école de recrue d'autre part.

#### Résumé

- Mesure facile à contourner, voire à accommoder.
- Mesure ne concernant alors plus qu'un nombre limité de personne.
- Mesure discriminatoire.

#### Considérations finales

51. Les mesures 1 et 3 violent le droit international sur la durée du service civil.

52. La mesure 2 viole la constitution sur la notion de service de remplacement et la mesure 5 viole la constitution sur le droit à un service de remplacement.

53. Les mesures 1, 3, 4 et 7 sont clairement discriminatoires et violent à un titre ou un autre l'égalité de traitement.

54. Les mesures 3, 4, 5 et 7 ne touchent que – mais gravement – un nombre limité de personnes. À ce titre, le but premier de ces mesures n'est probablement pas ou que partiellement de toucher ces personnes-là, voire de les maintenir dans l'armée mais de donner l'impression qu'il est difficile ou déconseillé, qu'il est

<sup>17</sup> <http://www.infodroit.ch/spip.php?article91>

<sup>18</sup> [OMI 111](#)

<sup>19</sup> [OMI 57](#) ou [37 ordonnance sur le service civil \(OSI\)](#) (même teneur).



même dissuadé de sortir de l'armée. Un tel but viole le droit au service civil et un service civil non-discriminatoire et non-punitif.

55. Il convient d'ajouter à ce propos que les instances et jurisprudences internationales ont reconnus sans hésiter le droit à l'objection de conscience pour les appelés, comme pour les volontaires et les professionnels. Autrement dit et pour ce qui nous occupe ici, le droit à l'objection de conscience et au service de remplacement est et reste le même, ne saurait donc subir d'aggravation dans l'exercice du droit, soit l'accès au service civil, comme dans sa réalisation, soit l'accomplissement du service civil, que la personne concernée aie commencé ou non à servir dans l'armée<sup>20</sup>.

56. Les mesures 2, 3 et 4 supposent des difficultés de mise en œuvre particulièrement importantes. La mesure 5 pourrait faire l'objet d'une simplification administrative.

57. La mesure 6 est inutile, une aberration puisqu'elle préconise quelque chose qui existe déjà.

58. L'analyse de l'ensemble de ces mesures donne l'impression forte que l'armée est très embarrassée, mal à l'aise en raison des demandes service civil issues des ses rangs.

59. Ainsi quand bien même l'ensemble de ces mesures, si elles venaient à être mise en œuvre, aurait pourrait effet d'inciter les conscrits à demander le service civil bien plus tôt, ce qui n'est pas utile à l'armée non plus, il conviendrait de combattre ces mesures pour les effets et les complications graves qu'elles imposent, en toutes sortes de circonstances, aux militaires.

60. Il convient aussi de constater que les mesures proposées font preuve d'une méconnaissance, tant du droit international que du droit constitutionnel suisse qui confine à l'impréparation, voire au mépris, tant des civilistes que des militaires.

61. Enfin, dans le cadre des réactions à ces propositions de mesures, il conviendra de rappeler certaines ou l'ensemble de nos revendications de base, à savoir une présence civile lors du recrutement afin de faciliter son impartialité, un durée raisonnable et une compensation financière garantissant au moins l'accès au minimum vital<sup>21</sup>.

Christophe Barbey,  
Juriste, permanent depuis 2006

---

<sup>20</sup> Voir les résolutions du Conseil des Droits de l'Homme, par exemple la résolution du 8 octobre 2013, art. 12 [A/RES/HRC/24/17](#) ou Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quno 2015, p. 4.

<http://www.quno.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

<sup>21</sup> Avec une APG de 62.- par jour durant l'ER ou son équivalent au service civil, ou en cas d'absence de salaire préalable au service ou de droit à son équivalent, avec 1'800.- par mois ~, le minimum vital n'est pas atteint. Le dernier rapport du haut commissaire aux droits de l'homme mentionne une trop faible rémunération comme étant de nature punitive. [A/HRC/35/4](#), § 21.

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst / Malerweg 6  
3600 Thun

Oberentfelden, im September 2018

### **Stellungnahme zur Änderung des Zivildienstgesetzes**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

#### **Einleitung und grundsätzliche Beurteilung**

insieme Aarau-Lenzburg vertritt die Interessen von Menschen mit einer kognitiven Behinderung und ihren Angehörigen. insieme Aarau-Lenzburg ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

#### **Kein Handlungsbedarf**

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker/innen ab.

## Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoß gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

## Unklare Auswirkungen

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Insieme Aarau-Lenzburg weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

***insieme Aarau-Lenzburg lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.***

## Vorschläge

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet insieme Aarau-Lenzburg, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Insieme Aarau-Lenzburg schlägt dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der **persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf**. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.

Wir bitten Sie, unsere Erwägungen bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten und verbleiben mit freundlichen Grüßen.

**insieme Aarau-Lenzburg**

Mary-Claude von Arx  
Präsidentin



Zivildienst Zentralstelle	
21. Aug. 2018	
Eingesannt	Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>

Département fédéral de l'économie,  
de la formation et de la recherche DEFR  
Organe d'exécution pour le service civil ZIVI  
Service juridique  
Malerweg 6  
3600 Thoune

La Chaux-de-Fonds, le 20 août 2018

### Position de l'Institut suisse de spéléologie et de karstologie (ISSKA) concernant la modification de la loi sur le service civil

Monsieur le Conseiller fédéral Schneider-Ammann,  
Mesdames, Messieurs,

Dans votre rapport du 20 juin 2018, vous nous avez invités à prendre part à la procédure de consultation sur la modification de la loi sur le service civil proposée par le Conseil fédéral. Nous vous remercions de nous offrir cette opportunité, que nous saisissons en vous faisant parvenir la présente prise de position.

Notre institut, le seul en Suisse, occupe régulièrement des civilistes (en moyenne 1 à 2 en permanence). Ils nous aident à réaliser deux tâches principales :

- 1) assainir des grottes et gouffres jonchés de déchets,
- 2) participer au développement d'une plateforme informatique permettant de mieux documenter le sous-sol de notre pays.

Sans cet apport, ces activités seraient réduites, voire inexistantes, ou coûteraient plus cher à la collectivité. Leur utilité pour la société civile est pourtant évidente puisque grâce à ces activités des sources de pollutions sont retirées de notre environnement. D'autre part, la connaissance de notre sous-sol est facilitée par un développement technique qui trouve un intérêt en Suisse, mais aussi à l'étranger.

La majorité des civilistes engagés chez nous se sont formés au travers de leur contribution et nous ont apporté, par leur formation différente de la nôtre, des idées et éclairages enrichissants.

La proposition de modification de la loi sur le service civil porterait atteinte au service civil et pourrait donc nous poser un problème de recrutement.

Les éléments développés par les défenseurs du service civil, en particulier par CIVIVA nous semblent pertinents, même si leur dimension politique dépasse nettement le cadre de notre champs d'activité. Nous ne disposons pas non-plus d'une vision globale de l'évolution des effectifs et des besoins tant de l'armée que du service civil.

Nous relevons cependant qu'il existe un réservoir de jeunes pour notre armée : en effet, la population suisse a cru de 50'000 à 100'000 personnes par an cours des 15 dernières années, passant de 7'314'000 en 2003 à 8'482'000 en 2017. Le nombre de jeunes de 18 à 25 ans a donc augmenté, probablement de l'ordre de 5'000 jeunes hommes par an. Or, cette augmentation résulte à plus de 60% du solde migratoire. Ne serait-il pas envisageable, par exemple, de faciliter la naturalisation aux jeunes qui veulent bien s'engager dans l'armée ? Cette solution serait plus constructive que de vouloir limiter la filière du service civil qui a du succès car elle répond à des besoins de notre société... Et quoi de mieux que l'armée pour s'intégrer !

Nous espérons que nous pourrons continuer à l'avenir d'utiliser des civilistes et que l'armée trouvera une solution pour résoudre son problème d'effectifs.

Nous vous prions, Monsieur le Conseiller fédéral, Madame, Monsieur, nos meilleures salutations.

  
Dr. Pierre-Yves Jeannin  
Directeur ISSKA

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Stans, im August 2018

## Stellungnahme der Jugendarbeitsstelle Stans zur Änderung des Zivildienstgesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### Einleitung und grundsätzliche Beurteilung

Die Jugendarbeitsstelle Stans vertritt als Einsatzbetrieb für den Zivildienst die Interessen der Zivildienstleistenden. Die Jugendarbeitsstelle Stans ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### Kein Handlungsbedarf

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.



## Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoß gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

## Unklare Auswirkungen

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Die Jugendarbeitsstelle Stans weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Die Jugendarbeitsstelle Stans lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

## Eigene Vorschläge

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet Die Jugendarbeitsstelle Stans, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Die Jugendarbeitsstelle Stans schlägt dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.



- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

## **Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdiensttage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Diensttage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist Die Jugendarbeitsstelle Stans auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für Die Jugendarbeitsstelle Stans ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

## **Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Diensttage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.



### **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

Die Jugendarbeitsstelle Stans geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Dienstage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Dienstage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht der Jugendarbeitsstelle Stans besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

Die Jugendarbeitsstelle Stans ist der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Die Jugendarbeitsstelle Stans sieht absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildienstage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Dienstage erfüllen (2017: 96.7% aller Dienstage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Dienstage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Dienstage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.



## **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

### **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

Die Jugendarbeitsstelle Stans bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Im Namen der Jugendkommission

*U. S. / Sam, Gemeinderat Stans*

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Knutwil, 3. Oktober 2018

## **Stellungnahme des Jugenddorfes Knutwil zur Änderung des Zivildienstgesetzes**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### **Einleitung und grundsätzliche Beurteilung**

Das Jugenddorf Knutwil ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### **Kein Handlungsbedarf**

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

## **Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen**

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoss gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

## **Unklare Auswirkungen**

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Das Jugenddorf Knutwil weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Das Jugenddorf Knutwil lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

## **Eigene Vorschläge**

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet das Jugenddorf Knutwil, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Das Jugenddorf Knutwil schlägt dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.

- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

### **Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist das Jugenddorf Knutwil auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für das Jugenddorf Knutwil ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

### **Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Dienstage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartezeiten bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartezeit mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

### **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

Das Jugenddorf Knutwil geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Diensttage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Diensttage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht des Jugenddorfes Knutwil besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

Das Jugenddorf Knutwil ist der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Das Jugenddorf Knutwil sieht absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildiensttage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Diensttage erfüllen (2017: 96.7% aller Diensttage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Diensttage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Diensttage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.

### **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

### **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

Das Jugenddorf Knutwil bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Im Namen des Jugenddorfes Knutwil

Oskar Schöpfer  
Bereichsleiter Ausbildung,  
Produktion und Dienstleistungen



Permanence romande pour civilistes et militaires  
Permanence@infodroit.ch ou  
Le mardi de 12 à 14 heures au 026 925 80 66.  
Pour les urgences, 079 524 35 74, veuillez laisser un message.

Flendruz, 16 juin 2018

### Avis de droit

*A qui de droit*

#### **7 mesures du Conseil fédéral destinées à la consultation. Modifications de la loi sur le service civil. 2018**

##### En préalable

1. Le droit à l'objection de conscience est un droit fondamental internationalement reconnu.
2. Il est reconnu par les jurisprudences du Comité des droits de l'homme et de la Cour Européenne des droits de l'homme, il est présent dans la constitution suisse<sup>1</sup>.
3. Ce droit s'appuie essentiellement tant sur le refus impératif de tuer que sur le refus de résoudre les conflits par la violence.
4. Le conflit entre l'obligation constitutionnelle de servir dans l'armée d'une part et la conscience d'autre part (appelé conflit de conscience) peut se manifester sous diverses formes et à divers moments, de façons plus ou moins virulentes ou soudaines, y compris parfois par des somatisations ou des actes de rébellions. La problématique a été largement résolue par deux mesures:
  - 1) Il a été renoncé au « contrôle de conscience » en adoptant le système dit de la preuve par l'acte, soit l'acceptation, par la personne qui demande le service civil d'une durée plus longue pour ce service que celle requise pour le service militaire.Cette mesure a pour avantage (en plus d'une forte diminution de la charge administrative) d'éviter d'une part l'aggravation et la stigmatisation du conflit de conscience par son besoin de le confronter à la procédure et de libérer d'autre part la personne concernée d'une appréhension et d'une expression intellectuelle et verbalisée de ce conflit, inévitablement discriminatoire selon le niveau d'éducation, et sujette d'autre part à des biais divers, puisque le résultat de l'examen dépendait largement du degré de préparation à celui-ci plutôt que de la nature même, des sources et des raisons du conflit de conscience.
6. Il convient toutefois de noter que ce système de quotité a dès le début présenté un défaut important, au demeurant partiellement caché des civilistes eux-mêmes, dans la mesure où la durée de service civil requise par la loi (1 fois et demie – 1,5 – celle du service militaire encore à faire au moment de la demande) est dans la pratique comparativement différente de la durée du service militaire réellement effectuée par les militaires libérés lorsqu'ils atteignent la limite d'âge. En effet, ceux-ci se voient alors remettre le solde des jours de service non-effectués, alors que les civilistes se voient pénalement condamnés s'ils n'effectuent pas l'entier de leurs jours avant la même limite d'âge (limite par ailleurs par elle-même plus exigeante, puisqu'ils ont plus de jours à effectuer dans le même laps de temps). L'armée a de plus tardé à donner les chiffres permettant de mesurer cette différence des durées respectives des

---

<sup>1</sup> Constitution fédérale (Cst.) [Article 10 sur la droit à la vie](#), [art. 15 sur la liberté de conscience](#), [art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement](#).



services. Pourtant des estimations raisonnables permettaient d'évaluer le nombre de jours de service civil effectués pour les civilistes demandant le service civil pour l'entier de leur périodes de service militaires comme étant environ du double du nombre de jour effectué en moyenne par les soldats terminant leur obligation à la limite d'âge<sup>2</sup>. Actuellement, ce taux semble s'être amélioré un peu, mais la durée comparée du service civil resterait de 1.8 plus élevée que la durée des services militaires, et non pas les 1.5 que stipule la loi. Il conviendra de vérifier les effets de la nouvelle loi sur l'armée sur cette problématique, la limite d'âge n'étant plus un âge fixe (p. ex. 34 ans), mais devenant un nombre de dix années pour faire les services requis après l'école de recrue<sup>3</sup>.

7. De plus la discrimination pénale demeure, puisque contrairement au service civil, aucune mesure permettant d'assurer le rythme et le progrès de la réalisation des périodes de service militaire, mesure accompagnées dans la loi sur le service civil de mesures pénales en cas de retards, n'ont été introduites dans la nouvelle législation sur la l'armée. Ainsi, le civiliste doit accomplir certaines périodes (la première suivant l'admission et la période longue) selon des délais fixes et il ne doit pas lui rester plus d'une certaine proportion de jours à faire avant d'atteindre la limite d'âge. Passé ces délais ou si la proportion de jours restant à faire est trop forte, le civiliste est convoqué d'office pour le surplus ou la période concernée, puis il encoure une peine s'il n'effectue pas la période requise. Il n'existe, pas de système similaire ou aussi contraignant dans l'armée. Pour avoir une vision complète de cette discrimination, pénalement grave, il conviendrait encore de comparer le nombre des dispenses pour justes motifs, lesquelles au demeurant ne font que repousser le problème, dispenses accordées tant pour les civilistes que pour les militaires. Nonobstant, vu la nature différente des système de suivi et de répression des deux sortes d'obligations, puisqu'il y a des condamnations pour retard dus au système de suivi contre les civilistes et qu'il n'y en a pas pour les militaires, la discrimination pénale demeure, tout comme demeurera a priori la discrimination sur les durées.

8. 2) Il importe de souligner que le service civil peut et doit pouvoir être demandé en tout temps, c'est d'ailleurs dans la loi<sup>4</sup>.

9. Cela concerne bien sûr la possibilité de demander le service civil depuis une période de service militaire, mais porte surtout sur la nature du conflit de conscience et relève en partie aussi du droit humanitaire.

10. Ainsi, le conflit de conscience peut se développer par une réflexion autonome, mais il peut aussi surgir, progressivement ou soudainement, face à une circonstance rencontrée dans le cadre du service militaire, par exemple lors de la première prise d'arme (il y a hélas des condamnations pour refus d'ordre de personnes qui font à ce moment-là un blocage psychologique) ou en étant mis en confrontation à une arme particulièrement destructive.

11. Il convient aussi, et c'est d'une grande importance, de citer le cas de l'objection de conscience à un ordre criminel, y compris ou surtout si celui-ci viole le droit humanitaire ; objection qui doit en effet pouvoir être exprimée en tout temps et en particulier de façon immédiate au moment de la réception de l'ordre contesté, cette objection devant alors, selon les circonstances, rejeter non-seulement l'ordre contesté lui-même mais aussi l'ensemble du système qui produit ou maintient cet ordre injuste, à tout le moins si l'ordre est maintenu, car alors seul le refus personnel et complet du système permettant, à défaut de pouvoir l'empêcher, la réalisation de ce ordre illégal et des ses conséquences, de préserver la conscience, et donc l'innocence de la personne confrontée à une telle situation. L'objection de conscience à une circonstance particulière devenant alors une objection au sens usuel du terme, une objection d'ensemble au service militaire<sup>5</sup>.

---

<sup>2</sup> Détail du calcul : <http://www.infodroit.ch/spip.php?article44>

<sup>3</sup> Ordonnance sur les obligations militaires (OMI), 1.1.2018, [art. 19](#).

<sup>4</sup> Loi sur le service civil, [art. 16](#).

<sup>5</sup> Voir par exemple, [Jacques Verhaegen](#) : «Le refus d'obéissance aux ordres manifestement criminels », revue du CICR, vol. 84, n° 845, mars 2002.



### Analyse des mesures proposées

**Mesure 1:** 150 jours de service civil pour toutes personnes n'ayant pas terminés ses « services d'instruction » et ayant moins de 100 jours de service militaire restant.

#### Appréciation générale

12. Par « services d'instruction », il est entendu toutes les périodes de services militaires, à savoir écoles de recrues, écoles de cadres et cours de répétition<sup>6</sup>.

13. La proposition équivaudrait à « condamner », imposer à tout militaire ayant entre 1 et 100 jours de service militaire encore à faire à effectuer 150 jours de service civil.

14. La mesure incite à terminer ses obligations militaires au lieu de demander le service civil.

15. Partant du constat, hautement probable<sup>7</sup>, selon lequel les pertes en effectifs augmentent en fonction de l'âge par lassitude, perte d'intérêt ou en raison de l'augmentation des obligations professionnelles et familiales. Il conviendrait toutefois de disposer des chiffres du nombre des personnes qui quittent l'arme dans ces tranches d'âge soit pour le service civil, soit pour raisons médicales. En effet, si le problème est une question d'emploi du temps, la demande de service civil est d'autant plus contre-productive.

16. A cet aune, la mesure aura pour effet principal d'augmenter le nombre de demandes médicales et assez peu de diminuer le nombre de service civil. Quand à sa capacité à renforcer la motivation pour l'armée, elle est ici hors contexte – ce n'est pas notre problème ou celui du service civil – et elle n'est que très indirecte, la diminution de l'attrait du service civil n'augmentant pas pour autant l'attrait pour l'armée.

#### Calculs concernant la mesure proposée

17. Dans la pratique, divers types de calculs sont possibles pour déterminer les effets et les proportions de la proposition. Mes connaissances mathématiques sont limitées, donc d'autres calculs sont peut-être possibles ou éventuellement meilleurs, mais ceux-ci révèlent plusieurs des effets pervers de la proposition:

a. Le facteur multipliant le nombre de jours à faire est, avec la proposition exponentiel : La personne qui aurait 1 seul jour d'armée encore à faire se retrouverait à en faire 150 jours, soit 150 fois plus que le nombre de jour d'armée requis.

Dans le détail, un militaire à qui il resterait :

1 cours de répétition (CR), soit 19 jours (150/19), verrait le multiplicateur passer de 1.5 à 7.89

2 cours de répétition, le facteur (150/38) est encore du quadruple (3.94)

3 cours de répétition, le facteur descend à 2.63

4 cours de répétition, le facteur est de 2 (1.97)

5 cours de répétition le facteur est encore de 1.57, soit plus haut que la loi actuelle ou que le facteur attribué aux civilistes ayant encore plus de jours.

Ce n'est donc qu'avec 6 cours de répétition encore à faire, soit avec le nombre total des cours de répétition à faire par les soldats, et donc durant le premier cours de répétition que l'ajout systématique de 150 jours, rejoint le facteur général de 1.5.

*Dit autrement, à quelques jours prêts, quiconque demanderait le service civil après l'école de recrue devrait faire 150 jours de service civil au moins, quelque soit le nombre de jour d'armée restant à faire. Pourquoi ne pas le dire ?*

b. Le calcul peut aussi être fait en tenant compte des jours de service militaires et civils faits au total. Exemple pour un soldat :

Ecole de recrue de 124 jours, solde 121 jours de service en CR. Total 245<sup>(8)</sup>. Service civil complet, 245 X 1.5 = 367 jours de service civil.

Jours de service mil faits : 244 (au lieu de 245)+150=394 (proposition). Système actuel : 244 + 2 (1 x 1.5) = 246 (actuel). Différence : 148 jours à faire en plus qu'avec le système actuel et ... 27 de plus qu'en ayant demandé le service civil dès le recrutement.

<sup>6</sup> Loi sur l'armée et l'administration militaire (LAAM), [art. 41](#).

<sup>7</sup> La permanence que nous représentons confirme, à sa modeste mesure, cette tendance. Les hommes de plus de 25 ans sont relativement nombreux à vouloir mettre un terme à leurs obligations militaires et leur nombre augmente avec l'âge

<sup>8</sup> OMI, [art. 47](#).



Jours de service faits :  $238 (6 \text{ CR faits}) + 150 = 388$  jours à faire ou (système actuel)  $238 + 9 (6 \times 1.5) = 247$ . Différence : 141 jours de service civil en plus qu'avec le système actuel, mais aussi 21 jours de service (mil et civ) en plus de ce que ce même soldat aurait eu à faire s'il avait demandé le service civil dès la fin du recrutement.

En cela, le service est *punitif parce qu'il impose des jours en plus ... pour avoir accepté de faire presque tout son service militaire !!!*

Jours de service faits :  $219 (5 \text{ CR}) + 150 = 369$  ou (actuel :)  $219 + 39 (26 \times 1.5) = 258$ . Différence : 111 jours de plus que le système actuel, mais encore 2 jours de plus qu'avec un service civil demandé dès l'origine.

Jours de service faits  $200 (4 \text{ CR}) + 150 = 350$  ou actuel  $200 + 68 (45 \times 1.5) = 268$ . Différence : 82 en plus que le système actuel.

A partir d'ici le nombre total de jours faits devient inférieur à un service civil demandé d'emblée et donc les jours de service militaire faits diminuent le nombre total de jours à faire.

Jours de service faits  $181 (3 \text{ CR}) + 150 = 331$  ou  $181 + 96 (64 \times 1.5) = 277$ . Différence, 54 jours de service civil en plus, mais 90 de moins qu'avec un service civil complet.

Jours de service faits  $162 (2 \text{ CR}) + 150 = 312$  ou

Jours de service faits  $143 (1 \text{ CR}) + 150 = 293$  ou  $143 + 156 (101 \times 1.5) = 299$  Différence  $\pm 0$ .

#### Effets pour la pratique

c. Les effets du nouveau système sur les intérêts des candidats civilistes, en termes de jours à faire seraient les suivants :

- 1) Le facteur de 1.5 s'applique durant l'école de recrue, voir durant le 1<sup>er</sup> CR. Inchangé.
- 2) Tout jour d'armée fait durant cette période diminue effectivement le nombre total (armée et sc) de jours à faire, par rapport à un service civil complet. Inchangé.
- 3) Dès le 2<sup>ème</sup> CR et jusqu'au 4<sup>ème</sup> CR, le nouveau système augmente progressivement, par rapport à l'ancien, effet étrange, le nombre de jours total à faire, même si l'on fait ces CR, soit d'avoir à faire encore plus de service en tout parce que l'on fait de l'armée (absurde !), puis d'avoir à faire du service civil en plus, même si le nombre de jours total de service civil et militaire reste inférieur à ce que devrait faire un civiliste de la première heure mis au facteur 1.5).

Exemple : Faire un 2<sup>ème</sup> CR de 19 jours et demander le sc, ajoute en plus de ces 19 jours 17 jours de service en tout (civil et militaire) par rapport au système actuel, dans lequel le civiliste en faisant ce CR épargnerait 9 jours de service civil ( $19 - x 1.5$ ). (Nouveau :  $162 \text{ SM} + 150 \text{ SC} = 312$  Ancien  $162 + 125$  (solde de  $83 \times 1.5$ ) = 287, nouveau = J plus 25. S'il ne fait pas ce CR (ancien  $\text{SM } 143 + \text{SC } 152 (101 \times 1.5) = 295$  soit quelques jours en plus de SC pour ne pas avoir fait ce cours (295 au lieu 287), mais toujours au total 17 jours de moins qu'en faisant ce CR dans le système proposé, lequel augmente donc le nombre de jours à faire sans donner de diminution pour ceux faits.

Idem pour les 3<sup>ème</sup> et 4<sup>ème</sup> CR. Je renonce aux calculs ici, mais le nombre de jours d'armée faits sans diminuer le nombre de jours de service totaux augmentera d'autant, par rapport à quelqu'un qui demande le SC après l'ER ou le 1<sup>er</sup> CR.

- 4) Dès le 5<sup>ème</sup> CR, le nombre total (SC et SM) de jours à faire devient plus grand que quelqu'un qui demande le service civil dès le 1<sup>er</sup> jour.

d. En résumé, il ne sera intéressant, en terme de jours à faire (ou rentable) de demander le service qu'entre le recrutement et la fin du 1<sup>er</sup> cours de répétition. A l'inverse, toute demande faite ultérieurement augmentera, de plus en plus gravement, la charge totale du nombre de jours à faire, laquelle dépassera, si le SC est demandé durant ou après le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, le nombre de jours à faire pour quelqu'un qui demande le service civil avant l'ER.

18. Tactiquement, pour le soutien aux objecteurs, l'intérêt à demander le service civil entre le recrutement et la fin de l'école de recrue reste similaire. Par contre, plus le militaire avance dans sa carrière militaire, plus la charge de jours augmente, plus il devient difficile de demander le service civil (et plus sera grande le besoin de demander la voie bleue).

19. Cela n'aura pas pour effet de diminuer fortement le nombre de demandes de service civil, puisque les demandes seront soit pour une part reportées plus tôt dans la carrière militaire, soit transformées en demande médicales et que rares seront les personnes qui en fin de carrière militaire décideront de finir leur service plutôt que de sortir de l'armée, d'une façon ou d'une autre.



### La durée du service civil en droit

20. En droit Suisse, le facteur légal de 1.5 est le même depuis l'origine. Avec toutefois la réserve présentée ci-dessus au point 6 concernant la durée effective (et non légale) située aux environ de 1.8.

21. Le droit international, le Comité des droits de l'homme et la Cour européenne des droits de l'homme, tiennent de jurisprudence constante le fait que le service civil doit être de nature civile et non-punitif.

22. Une durée supérieure au double du service militaire à remplacer est considérée comme excessive<sup>9</sup>. Ainsi, l'attribution à toute personne ayant moins de 75 jours de service militaire à faire de 150 jours de service civil serait contraire au droit international.

23. Mais c'est dans son ensemble, ou à tout le moins dès le 2<sup>ème</sup> cours de répétition, que la mesure est discriminatoire. D'abord parce que plus, ils servent dans l'armée, plus elle pénalise les militaires qui demandent le service civil. Ensuite, parce qu'elle traite différemment des personnes dans des situations similaires, à savoir des personnes présentant une demande de service civil, demande qui est de même nature quel que soit le moment où elle est faite et pour laquelle le nombre de jours de service militaire accomplis n'a aucune incidence, sauf peut-être à renforcer le besoin de présenter une objection de conscience, ce qui reste sans influence aucune sur le droit fondamental à demander le service civil.

24. La loi sur le service civil pose comme principe que la charge du service civil devrait équivalente à celle de l'armée<sup>10</sup>. Toutefois la mesure proposée, en tous les cas dès le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, puisque la charge en jours à faire est alourdie au-delà de ce que le militaire aurait à faire en demandant le service civil avant l'école de recrue. Ainsi, non-seulement, la personne concernée effectue la plus large part de son service militaire (les 3/4), mais elle y voit ajouté une part importante de service civil (150/367) soit presque la moitié du service civil en plus, pour un total qui dépasse ce qu'elle aurait eu à faire tant à l'armée qu'avec un service civil entier. A ce titre, la mesure est non seulement dissuasive, mais discriminatoire dans la mesure où elle pénalise ceux qui ont déjà fait beaucoup d'armée (ne devraient-ils pas au contraire être pour cela remerciés ?).

25. Par ailleurs, le droit à l'objection de conscience étant un droit fondamental, toute forme de dissuasion, en entravant son libre exercice, est déjà une violation du droit.

26. Et il est finalement, à mon sens, difficile la nature punitive de la mesure, puisque ce sont ceux-là même, qui ont le plus servi dans l'armée, qui se voient le plus pénalisés.

### Résumé :

- Violation du droit international sur la durée du service civil.
- Discrimination entre les civilistes « d'origine » et ceux qui demandent le service civil au cours de leur carrière militaire (l'objection reste la même, pour les mêmes motifs et contre le même service militaire, seule change la situation militaire).
- Mesure probablement punitive.
- Mesure simple en apparence, mais particulièrement compliquée à comprendre et à calculer, entre autres pour les personnes concernées.

---

<sup>9</sup> ONU, Comité des droits de l'homme: Foin v France (Communication No. 666/1995), CCPR/C/D/666/1995, 9 November 1999, para. 10.3, entre autres jurisprudence. Voir aussi: Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 8.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUINO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>  
Il existe aussi une traduction allemande de document, p. 21 : [http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV\\_2014-3\\_KDVundAsyl.pdf](http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV_2014-3_KDVundAsyl.pdf)

Voir aussi le rapport quadriennal du Haut Commissaire aux Droits de l'Homme sur l'objection de conscience, 1.5.2017, § 22.  
<http://www.undocs.org/fr/A/HRC/35/4>

<sup>10</sup> LSC 5



### **Mesure 2 :**

Délai d'attente de 12 mois entre le dépôt de la demande et l'admission, avec obligation de faire les périodes de service militaires prévues.

27. La mesure est contraire à la constitution. Celle-ci prévoit, textuellement : « un service de remplacement »<sup>11</sup>. Or un *remplacement du service* n'est en aucun cas un service de remplacement *différé* avec maintien du service à remplacer, en attente du service de remplacement.

Des délais pour la mise en œuvre, par la personne concernée comme par l'administration, du service de remplacement sont acceptable, voir le maintien des obligations en attente de la décision d'admission<sup>12</sup>, mais en aucun le droit à l'objection de conscience ne saurait-il être suspendu.

28. De plus, la proposition est largement impraticable et passablement conflictogène. Les civilistes concernés ne se gêneront pas pour demander des reports, se faire porter malade ou pour ne pas se présenter et leur motifs de conscience finissant toujours par être reconnus, ils ne seront, s'ils sont que partiellement et inégalement sanctionnés pour ces déflections. Sans parler de la charge administrative supplémentaire pour les administrations cantonales.

### Résumé

- Mesure contraire à la constitution.
- Discrimination entre les civilistes qui font une demande avant l'école de recrue, lesquels ne sont pas condamnés à des périodes militaires et ceux qui la font après l'ER, qui doivent en faire ou, vaille que vaille, les faire annuler.
- Mesure de nature à créer de nombreuses difficultés administratives tant pour les conscrits et les civilistes que pour l'administration.

### **Mesure 3 :**

29. Suppression du facteur 1.1 et passage au facteur 1.5 pour les officiers et les sous-officiers supérieurs.

30. Les personnes concernées sont relativement peu nombreuses. Elles ont néanmoins les mêmes droits. Mais surtout toutes ces personnes, qui ont été obligées de revêtir ces fonctions d'encadrement, ont déjà servi, au moment de la demande d'admission au service civil plus de jours d'armée que ne servent les civilistes qui n'en a fait aucun. Le moins gradé de ceux-ci servira un total 440 jours de services au lieu de 245<sup>13</sup>. Pour obtenir son grade, il en aura déjà fait presque autant qu'un soldat normal. Et le solde de jour à faire, qu'il soit multiplié par 1.1. ou 1.5 dépassera de toutes façons le nombre maximal de jours effectués par un civiliste ne faisant pas d'armée du tout.

31. Sachant que l'obligation de grader est imposée, même avec un facteur 1.1, la personne qui demande le service civil alors qu'elle a déjà revêtu son grade est discriminée par rapport à un civiliste qui demande le service avant de recevoir le moindre grade. Augmenté cette durée plus encore, alors que la personne gradée sert déjà plus que toute autre personne sans garde, apparaît là aussi comme punitive.

### Résumé

- En conjonction avec la discrimination décrite ci-après, violation du droit international sur la durée du service de remplacement.
- Discrimination entre les officiers et sous-officiers supérieurs d'une part et les soldats d'autre part en raison d'abord de l'obligation de grader d'abord, pour laquelle les premiers ne peuvent rien, puis du fait qu'en raison de cette obligation, ils ont déjà effectué, contre leur gré, une durée de service aussi importante que les soldats, durée sur laquelle vient ensuite s'ajouter une très longue durée de service civil supplémentaire. Dit autrement, le soldat qui demande le service civil évite non-seulement de grader, mais tous les jours de service civil supplémentaires en cas de conflit de conscience alors que l'officier, qui est en droit de développer un conflit de conscience à tout moment, en est d'autant plus pénalisé.

<sup>11</sup> [Art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement.](#)

<sup>12</sup> [LSC 17 et 17a.](#)

<sup>13</sup> [OMI 47](#)



- Mesure qui ne touche qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 4 :**

32. Interdiction faite aux médecins de faire du service civil en tant que médecins.

33. Là encore, la mesure ne concerne que très peu de personnes. Les médecins ont en moyenne au moins 26-27 ans à la fin de leur formation et ce moment-là, la plupart des périodes longues sont faites. Mais quand bien même, faut-il priver les hôpitaux de ces médecins-là ?

34. Par ailleurs, la mesure est à nouveau discriminatoire ; pourquoi les médecins et pas les géologues, les travailleurs sociaux ou les enseignants ? Là ce ne serait plus seulement certains civilistes, mais tout le service d'intérêt public qui tendrait à être victime d'une vision trop étroite des possibilités de service civil.

35. Enfin, il existe certes une disposition qui interdit certaines affectations en fonction de la personne du civiliste, en particulier si elle favorise sa formation<sup>14</sup>. Et c'est probablement, dans ce contexte que la proposition s'inspirerait. Mais à nouveau, certains militaires exercent des fonctions militaires en lien avec leur profession – et pas seulement des médecins ! – en quoi des civilistes n'auraient-ils pas le droit d'en faire autant ?

#### Résumé

- Mesure hautement discriminatoire (par professions).
- Mesure ne touchant (en l'état, que les médecins) qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 5 :**

36. Pas d'admission au service civil pour les personnes pour lesquelles il ne reste plus de jours de service, mais pour lesquelles il reste des tirs obligatoires.

37. La question est controversée depuis longtemps. Seul sont concernés les militaires en service long, qui restent incorporés ensuite pendant 4 ans<sup>15</sup>. Il conviendrait de savoir combien il y a eu de cas.

38. Pour rappel, les militaires ont la possibilité de déposer l'arme, sans motifs, s'ils ne souhaitent pas la conserver, mais cela ne les dispense pas des tirs<sup>16</sup>.

39. D'abord, il convient de rappeler que l'exécution de tirs obligatoires, dans le cadre d'un service militaire, même terminé, peuvent donner lieu à conflit de conscience, qui plus est si celui-ci peut avoir à se manifester durant une période de 4 ans.

40. En ce sens, la mesure ignore et passe complètement à côté, nie un problème qu'il y aurait pourtant lieu de résoudre.

41. A mon sens, une procédure plus simple qu'une admission au service civil devrait permettre, par exemple mais en tous les cas pour motifs de conscience légitimes, de remettre l'arme définitivement et d'être ainsi dispensé des tirs obligatoires.

#### Résumé

- Violation du droit à l'objection de conscience
- Mesure administrative inadéquate
- Mesure ne touchant qu'un nombre limité de personne

#### **Mesure 6 :**

42. Les civilistes sont tenus de faire une période de service civil par année dès l'admission.

---

<sup>14</sup> LSC 4a

<sup>15</sup> LAAM 54a

<sup>16</sup> Ordonnance concernant l'équipement personnel des militaires (OEPM), [art. 6a](#).



43. La mesure existe déjà, [art. 39a](#) de l'ordonnance sur le service civil : « La personne astreinte au service civil *effectue chaque année* des affectations de service civil d'une durée de 26 jours au moins à partir de la deuxième année civile au plus tard ».

44. Les reports étant relativement fréquents, on peut se demander si c'est ceux-ci qu'il s'agit de limiter, mais le texte de la mesure est pour le surplus inutile.

#### Résumé

- Proposition de mesure incompétente, mesure déjà prévue par la loi.

#### Mesure 7 :

45. Obligation pour les personnes en service long, d'effectuer la période longue de service civile dans l'année qui suit (et non pas dans les trois ans qui suivent) l'admission au service civil.

46. Imposer un service civil long est une vieille mesure de 2011, que le Tribunal administratif fédéral avait annulée en raison de [l'article 20 de la LSC](#) qui stipule que le SC peut être fait en une ou plusieurs périodes<sup>17</sup>.

47. Depuis toujours, nous recommandons aux militaires en service long de passer d'abord au service normal, avant de demander le service civil, entre autres afin d'éviter le surplus de jours, actuellement 55 jours de service militaire ou 82 jours de service civil en plus<sup>18</sup>. Notre recommandation ne changera pas.

48. De plus, la mesure ne prévoit cette obligation que si l'école de recrue n'est pas terminée, or l'école de recrue est considérée comme terminée si 80% de ses jours ont été accomplis<sup>19</sup>; soit pour une école usuelle de 124 jours, dès le 100<sup>ème</sup> jour d'école de recrue. Mais dans la pratique, la demande de service civil peut être faite quelques jours plutôt, puisque celle-ci prend quelques jours, voir semaines à condition pour cela que l'admission à la fin du processus de demande intervienne après le 100<sup>ème</sup> jour de service.

49. Que ce soit en passant au service normal et en attendant les 80% de son service militaire (dans des conditions « suffisantes ») – si encore au service long avec les jours en sus – il est très facile d'éviter cette mesure et peu nombreux sont ceux qui se retrouveront à devoir faire une période longue ou leur période longue de service civile dans l'année qui suit. Au demeurant si un plan de carrière avait prévu une mise en suspend de celui-ci pour le service militaire long, avec une libération en fin d'école de recrue et une affectation longue trouvée rapidement, celle-ci peut être faite dans le temps préalablement dévolu au service militaire long.

50. La mesure est aussi discriminatoire puisqu'elle traite plus durement les militaires en service long que les militaires en service normal d'une part, et alors plus durement que les civilistes n'ayant pas débuté l'école de recrue d'autre part.

#### Résumé

- Mesure facile à contourner, voire à accommoder.
- Mesure ne concernant alors plus qu'un nombre limité de personne.
- Mesure discriminatoire.

#### Considérations finales

51. Les mesures 1 et 3 violent le droit international sur la durée du service civil.

52. La mesure 2 viole la constitution sur la notion de service de remplacement et la mesure 5 viole la constitution sur le droit à un service de remplacement.

53. Les mesures 1, 3, 4 et 7 sont clairement discriminatoires et violent à un titre ou un autre l'égalité de traitement.

54. Les mesures 3, 4, 5 et 7 ne touchent que – mais gravement – un nombre limité de personnes. À ce titre, le but premier de ces mesures n'est probablement pas ou que partiellement de toucher ces personnes-là, voire de les maintenir dans l'armée mais de donner l'impression qu'il est difficile ou déconseillé, qu'il est

<sup>17</sup> <http://www.infodroit.ch/spip.php?article91>

<sup>18</sup> [OMI 111](#)

<sup>19</sup> [OMI 57](#) ou [37 ordonnance sur le service civil \(OSI\)](#) (même teneur).



même dissuadé de sortir de l'armée. Un tel but viole le droit au service civil et un service civil non-discriminatoire et non-punitif.

55. Il convient d'ajouter à ce propos que les instances et jurisprudences internationales ont reconnus sans hésiter le droit à l'objection de conscience pour les appelés, comme pour les volontaires et les professionnels. Autrement dit et pour ce qui nous occupe ici, le droit à l'objection de conscience et au service de remplacement est et reste le même, ne saurait donc subir d'aggravation dans l'exercice du droit, soit l'accès au service civil, comme dans sa réalisation, soit l'accomplissement du service civil, que la personne concernée aie commencé ou non à servir dans l'armée<sup>20</sup>.

56. Les mesures 2, 3 et 4 supposent des difficultés de mise en œuvre particulièrement importantes. La mesure 5 pourrait faire l'objet d'une simplification administrative.

57. La mesure 6 est inutile, une aberration puisqu'elle préconise quelque chose qui existe déjà.

58. L'analyse de l'ensemble de ces mesures donne l'impression forte que l'armée est très embarrassée, mal à l'aise en raison des demandes service civil issues des ses rangs.

59. Ainsi quand bien même l'ensemble de ces mesures, si elles venaient à être mise en œuvre, aurait pourrait effet d'inciter les conscrits à demander le service civil bien plus tôt, ce qui n'est pas utile à l'armée non plus, il conviendrait de combattre ces mesures pour les effets et les complications graves qu'elles imposent, en toutes sortes de circonstances, aux militaires.

60. Il convient aussi de constater que les mesures proposées font preuve d'une méconnaissance, tant du droit international que du droit constitutionnel suisse qui confine à l'impréparation, voire au mépris, tant des civilistes que des militaires.

61. Enfin, dans le cadre des réactions à ces propositions de mesures, il conviendra de rappeler certaines ou l'ensemble de nos revendications de base, à savoir une présence civile lors du recrutement afin de faciliter son impartialité, un durée raisonnable et une compensation financière garantissant au moins l'accès au minimum vital<sup>21</sup>.

Christophe Barbey,  
Juriste, permanent depuis 2006

---

<sup>20</sup> Voir les résolutions du Conseil des Droits de l'Homme, par exemple la résolution du 8 octobre 2013, art. 12 [A/RES/HRC/24/17](#) ou Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quno 2015, p. 4.

<http://www.quno.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

<sup>21</sup> Avec une APG de 62.- par jour durant l'ER ou son équivalent au service civil, ou en cas d'absence de salaire préalable au service ou de droit à son équivalent, avec 1'800.- par mois ~, le minimum vital n'est pas atteint. Le dernier rapport du haut commissaire aux droits de l'homme mentionne une trop faible rémunération comme étant de nature punitive. [A/HRC/35/4](#), § 21.

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Zivildienst Zentralstelle
13. Sep. 2018
Eingescannt Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>

Münsingen, 12. September 2018

## Stellungnahme der Kinder- und Jugendfachstelle Aaretal zur Änderung des Zivildienstgesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### Einleitung und grundsätzliche Beurteilung

Die Kinder- und Jugendfachstelle Aaretal ist als Einsatzbetrieb überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### Kein Handlungsbedarf

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf

quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

### **Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen**

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoß gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

### **Unklare Auswirkungen**

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Die Kinder- und Jugendfachstelle Aaretal weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Die Kinder- und Jugendfachstelle Aaretal lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

### **Eigene Vorschläge**

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet die Kinder- und Jugendfachstelle Aaretal, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Die Kinder- und Jugendfachstelle Aaretal schlägt dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.
- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

### **Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist die Kinder- und Jugendfachstelle Aaretal auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.“*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für die Kinder- und Jugendfachstelle Aaretal ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

### **Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Diensttage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

### **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

Die Kinder- und Jugendfachstelle Aaretal geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Diensttage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Diensttage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht der Kinder- und Jugendfachstelle Aaretal besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

Die Kinder- und Jugendfachstelle Aaretal ist der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Die Kinder- und Jugendfachstelle Aaretal sieht absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildiensttage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Diensttage erfüllen (2017: 96.7% aller Diensttage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Diensttage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Diensttage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.

### **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

### **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

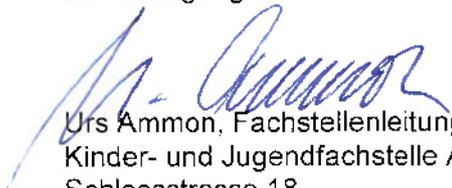
Die Kinder- und Jugendfachstelle Aaretal bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig

weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüßen.



Urs Ammon, Fachstellenleitung  
Kinder- und Jugendfachstelle Aaretal  
Schlossstrasse 18  
3110 Münsingen

## offene Kinder- und Jugendarbeit

Schlossstrasse 18  
3110 Münsingen  
Telefon 031 721 49 75  
Mobile 077 442 42 63  
info@jugendfachstelle.ch  
www.jugendfachstelle.ch  
kinderundjugendfachstelle

Münsingen • Wichtrach  
Rubigen • Gerzensee  
Oppligen • Kirchdorf  
Jaberg • Mühledorf



**KINDERBURG**  
KINDERTAGESSTÄTTEN

Haus Zapf  
Gutenbergstrasse 1  
4142 Münchenstein  
061 411 11 18  
079 411 11 88

Haus Zepf  
Grellingerstrasse 10  
4206 Seewen  
061 411 11 88  
079 411 12 88

Zivildienst Zentralstelle
23. Aug. 2018
Eingescannt Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Münchenstein, 20. August 2018

## **Stellungnahme des Vereines Kinderburg Kindertagesstätten Münchenstein zur Änderung des Zivildienstgesetzes**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann

Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### **Einleitung und grundsätzliche Beurteilung**

Wir arbeiten seit 10 Jahren mit Zivildienstleistenden zusammen. Der Verein Kinderburg ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner aktuellen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen,

werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### **Kein Handlungsbedarf**

Sowohl die drei Bericht des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

### **Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen**

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoss gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

### **Unklare Auswirkungen**

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Wir als Non Profit Organisation und soziale Institution möchten darauf hinweisen, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflchtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Der Verein Kinderburg lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

### **Eigene Vorschläge**

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet die Kinderburg, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Die Kinderburg schlägt dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.
- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

### **Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdiensttage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Diensttage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist die Kinderburg auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.“*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für den Verein Kinderburg ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

## **Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Diensttage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

### **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

Der Verein Kinderburg geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Diensttage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Diensttage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht von der Kinderburg besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

Die Kinderburg ist der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Die Kinderburg sieht absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildienstage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in

der Regel alle verfügbaren Diensttage erfüllen (2017: 96.7% aller Diensttage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Diensttage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Diensttage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.

#### **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

#### **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

Der Verein Kinderburg bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüßen.

Im Namen des Vorstandes des Vereins Kinderburg Münchenstein

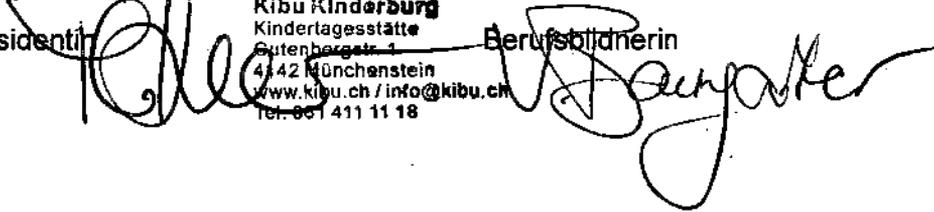
Teresa Kaeser

Präsidentin

**Kibu Kinderburg**  
Kindertagesstätte  
Gutenbergstr. 1  
4142 Münchenstein  
[www.kibu.ch](http://www.kibu.ch) / [info@kibu.ch](mailto:info@kibu.ch)  
Tel. 061 411 11 18

Vera Baumgartner

Berufsbildnerin

Handwritten signatures of Teresa Kaeser and Vera Baumgartner. The signature of Teresa Kaeser is on the left, and the signature of Vera Baumgartner is on the right. Both signatures are written in black ink and are somewhat stylized.

Zivildienst Zentralstelle	
11. Okt. 2018	
Eingescannt	Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Bern, im Oktober 2018

## Stellungnahme der Privaten Kindertagesstätte Mattenhof zur Änderung des Zivildienstgesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### Einleitung und grundsätzliche Beurteilung

Private Kindertagesstätte Mattenhof ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### Kein Handlungsbedarf

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den

Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

### **Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen**

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoß gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

### **Unklare Auswirkungen**

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Wir weisen darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Die Private Kinderstätte Mattenhof lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

### **Eigene Vorschläge**

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwarten wir, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Wir schlagen dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.
- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

### **Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweisen wir auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SIK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für uns ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

### **Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Dienstage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das

daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

### **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

Wir gehen davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Dienstage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Dienstage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus unserer Sicht besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

Wir sind der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Wir sehen absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildienstage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Dienstage erfüllen (2017: 96.7% aller Dienstage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Dienstage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt,

wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Dienstage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.

**Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

**Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

Wir bedauern, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Im Namen der Privaten Kindertagesstätte  
Mattenhof

**Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

**Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

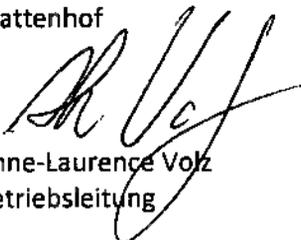
Wir bedauern, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

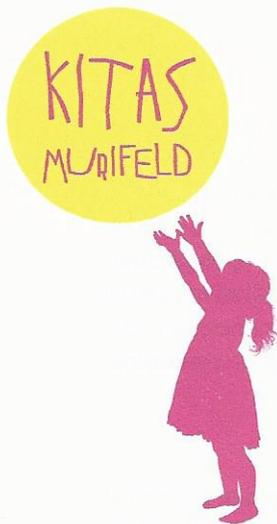
Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Im Namen der Privaten Kindertagesstätte  
Mattenhof

  
Anne-Laurence Volz  
Betriebsleitung

  
Liliane Schmid  
Präsidentin Verein  
Private Kindertagesstätte Mattenhof



Pia Aeschimann  
Geschäftsführerin  
Kindertagesstätten Murifeld  
Forstweg 56  
3012 Bern  
031 351 17 00  
pia.aeschimann@kitamurifeld.ch

Bern, im September 2018

## **Stellungnahme der Kindertagesstätten Murifeld zur Änderung des Zivildienstgesetzes**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr.

### **Einleitung und grundsätzliche Beurteilung**

Die Kindertagesstätten Murifeld beschäftigen 6 Zivildienstleistende in der Betreuung von Kinder im Alter ab 3 Monate bis Abschluss der 4. Klasse. Weit über 90% der Betreuenden bei uns sind Frauen. Das Lernen von Rollenmustern beginnt im Kleinkindalter. Mit der Möglichkeit - dank dem Zivildienst - den Mann in der Betreuung einzusetzen, kann den Kindern bereits in jungen Jahren ein „gendermässiges“ Rollenverständnis vermittelt werden. Zudem können sich die Kinder dank den Zivildienstleistenden auch an der Rolle des Mannes/ am Vorbild Mann orientieren. Der Einsatz von Zivildienstleistenden wird nicht nur von den Kindern, sondern auch von den Erziehungsberechtigten und Mitarbeitenden sehr geschätzt.

Die Kindertagesstätten Murifeld sind überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und u.a. bei der Kinderbetreuung einen grossen Nutzen für die Gesellschaft leistet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### **Kein Handlungsbedarf**

Sowohl die drei Bericht des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

### **Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen**

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoss gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

### **Unklare Auswirkungen**

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Die Kindertagesstätten Murifeld haben die Erfahrung gemacht, dass es sich bei den Zivildienstleistenden nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee, die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Die Kindertagesstätten Murifeld lehnen aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

### **Eigene Vorschläge**

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwarten die Kindertagesstätten Murifeld, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut

funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Die Kindertagesstätten Murifeld schlagen dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.
- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

### **Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweisen die Kindertagesstätten Murifeld auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für die Kindertagesstätten Murifeld ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

### **Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits

mehr Diensttage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

### **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

Die Kindertagesstätten Murifeld gehen davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Diensttage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Diensttage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht der Kindertagesstätten Murifeld besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

Die Kindertagesstätten Murifeld sind der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Die Kindertagesstätten Murifeld sehen absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildiensttage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Diensttage erfüllen (2017: 96.7% aller Diensttage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Diensttage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet.

Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Zudem kann bei sehr kurzen Einsätzen zu den Kindern keine Beziehung aufgebaut werden. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Dienstage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.

**Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

**Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

Die Kindertagesstätten Murifeld bedauern, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüssen.



Pia Aeschmann  
Geschäftsführerin  
Kindertagesstätten Murifeld





Permanence romande pour civilistes et militaires  
Permanence@infodroit.ch ou  
Le mardi de 12 à 14 heures au 026 925 80 66.  
Pour les urgences, 079 524 35 74, veuillez laisser un message.

Flendruz, 16 juin 2018

### Avis de droit

*A qui de droit*

#### **7 mesures du Conseil fédéral destinées à la consultation. Modifications de la loi sur le service civil. 2018**

##### En préalable

1. Le droit à l'objection de conscience est un droit fondamental internationalement reconnu.
2. Il est reconnu par les jurisprudences du Comité des droits de l'homme et de la Cour Européenne des droits de l'homme, il est présent dans la constitution suisse<sup>1</sup>.
3. Ce droit s'appuie essentiellement tant sur le refus impératif de tuer que sur le refus de résoudre les conflits par la violence.
4. Le conflit entre l'obligation constitutionnelle de servir dans l'armée d'une part et la conscience d'autre part (appelé conflit de conscience) peut se manifester sous diverses formes et à divers moments, de façons plus ou moins virulentes ou soudaines, y compris parfois par des somatisations ou des actes de rébellions. La problématique a été largement résolue par deux mesures:
  - 1) Il a été renoncé au « contrôle de conscience » en adoptant le système dit de la preuve par l'acte, soit l'acceptation, par la personne qui demande le service civil d'une durée plus longue pour ce service que celle requise pour le service militaire.Cette mesure a pour avantage (en plus d'une forte diminution de la charge administrative) d'éviter d'une part l'aggravation et la stigmatisation du conflit de conscience par son besoin de le confronter à la procédure et de libérer d'autre part la personne concernée d'une appréhension et d'une expression intellectuelle et verbalisée de ce conflit, inévitablement discriminatoire selon le niveau d'éducation, et sujette d'autre part à des biais divers, puisque le résultat de l'examen dépendait largement du degré de préparation à celui-ci plutôt que de la nature même, des sources et des raisons du conflit de conscience.
6. Il convient toutefois de noter que ce système de quotité a dès le début présenté un défaut important, au demeurant partiellement caché des civilistes eux-mêmes, dans la mesure où la durée de service civil requise par la loi (1 fois et demie – 1,5 – celle du service militaire encore à faire au moment de la demande) est dans la pratique comparativement différente de la durée du service militaire réellement effectuée par les militaires libérés lorsqu'ils atteignent la limite d'âge. En effet, ceux-ci se voient alors remettre le solde des jours de service non-effectués, alors que les civilistes se voient pénalement condamnés s'ils n'effectuent pas l'entier de leurs jours avant la même limite d'âge (limite par ailleurs par elle-même plus exigeante, puisqu'ils ont plus de jours à effectuer dans le même laps de temps). L'armée a de plus tardé à donner les chiffres permettant de mesurer cette différence des durées respectives des

---

<sup>1</sup> Constitution fédérale (Cst.) [Article 10 sur la droit à la vie](#), [art. 15 sur la liberté de conscience](#), [art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement](#).



services. Pourtant des estimations raisonnables permettaient d'évaluer le nombre de jours de service civil effectués pour les civilistes demandant le service civil pour l'entier de leur périodes de service militaires comme étant environ du double du nombre de jour effectué en moyenne par les soldats terminant leur obligation à la limite d'âge<sup>2</sup>. Actuellement, ce taux semble s'être amélioré un peu, mais la durée comparée du service civil resterait de 1.8 plus élevée que la durée des services militaires, et non pas les 1.5 que stipule la loi. Il conviendra de vérifier les effets de la nouvelle loi sur l'armée sur cette problématique, la limite d'âge n'étant plus un âge fixe (p. ex. 34 ans), mais devenant un nombre de dix années pour faire les services requis après l'école de recrue<sup>3</sup>.

7. De plus la discrimination pénale demeure, puisque contrairement au service civil, aucune mesure permettant d'assurer le rythme et le progrès de la réalisation des périodes de service militaire, mesure accompagnées dans la loi sur le service civil de mesures pénales en cas de retards, n'ont été introduites dans la nouvelle législation sur la l'armée. Ainsi, le civiliste doit accomplir certaines périodes (la première suivant l'admission et la période longue) selon des délais fixes et il ne doit pas lui rester plus d'une certaine proportion de jours à faire avant d'atteindre la limite d'âge. Passé ces délais ou si la proportion de jours restant à faire est trop forte, le civiliste est convoqué d'office pour le surplus ou la période concernée, puis il encourt une peine s'il n'effectue pas la période requise. Il n'existe, pas de système similaire ou aussi contraignant dans l'armée. Pour avoir une vision complète de cette discrimination, pénalement grave, il conviendrait encore de comparer le nombre des dispenses pour justes motifs, lesquelles au demeurant ne font que repousser le problème, dispenses accordées tant pour les civilistes que pour les militaires. Nonobstant, vu la nature différente des système de suivi et de répression des deux sortes d'obligations, puisqu'il y a des condamnations pour retard dus au système de suivi contre les civilistes et qu'il n'y en a pas pour les militaires, la discrimination pénale demeure, tout comme demeurera a priori la discrimination sur les durées.

8. 2) Il importe de souligner que le service civil peut et doit pouvoir être demandé en tout temps, c'est d'ailleurs dans la loi<sup>4</sup>.

9. Cela concerne bien sûr la possibilité de demander le service civil depuis une période de service militaire, mais porte surtout sur la nature du conflit de conscience et relève en partie aussi du droit humanitaire.

10. Ainsi, le conflit de conscience peut se développer par une réflexion autonome, mais il peut aussi surgir, progressivement ou soudainement, face à une circonstance rencontrée dans le cadre du service militaire, par exemple lors de la première prise d'arme (il y a hélas des condamnations pour refus d'ordre de personnes qui font à ce moment-là un blocage psychologique) ou en étant mis en confrontation à une arme particulièrement destructive.

11. Il convient aussi, et c'est d'une grande importance, de citer le cas de l'objection de conscience à un ordre criminel, y compris ou surtout si celui-ci viole le droit humanitaire ; objection qui doit en effet pouvoir être exprimée en tout temps et en particulier de façon immédiate au moment de la réception de l'ordre contesté, cette objection devant alors, selon les circonstances, rejeter non-seulement l'ordre contesté lui-même mais aussi l'ensemble du système qui produit ou maintient cet ordre injuste, à tout le moins si l'ordre est maintenu, car alors seul le refus personnel et complet du système permettant, à défaut de pouvoir l'empêcher, la réalisation de ce ordre illégal et des ses conséquences, de préserver la conscience, et donc l'innocence de la personne confrontée à une telle situation. L'objection de conscience à une circonstance particulière devenant alors une objection au sens usuel du terme, une objection d'ensemble au service militaire<sup>5</sup>.

<sup>2</sup> Détail du calcul : <http://www.infodroit.ch/spip.php?article44>

<sup>3</sup> Ordonnance sur les obligations militaires (OMI), 1.1.2018, [art. 19](#).

<sup>4</sup> Loi sur le service civil, [art. 16](#).

<sup>5</sup> Voir par exemple, [Jacques Verhaegen](#) : «Le refus d'obéissance aux ordres manifestement criminels », revue du CICR, vol. 84, n° 845, mars 2002.



### Analyse des mesures proposées

**Mesure 1:** 150 jours de service civil pour toutes personnes n'ayant pas terminés ses « services d'instruction » et ayant moins de 100 jours de service militaire restant.

#### Appréciation générale

12. Par « services d'instruction », il est entendu toutes les périodes de services militaires, à savoir écoles de recrues, écoles de cadres et cours de répétition<sup>6</sup>.

13. La proposition équivaldrait à « condamner », imposer à tout militaire ayant entre 1 et 100 jours de service militaire encore à faire à effectuer 150 jours de service civil.

14. La mesure incite à terminer ses obligations militaires au lieu de demander le service civil.

15. Partant du constat, hautement probable<sup>7</sup>, selon lequel les pertes en effectifs augmentent en fonction de l'âge par lassitude, perte d'intérêt ou en raison de l'augmentation des obligations professionnelles et familiales. Il conviendrait toutefois de disposer des chiffres du nombre des personnes qui quittent l'arme dans ces tranches d'âge soit pour le service civil, soit pour raisons médicales. En effet, si le problème est une question d'emploi du temps, la demande de service civil est d'autant plus contre-productive.

16. A cet aulne, la mesure aura pour effet principal d'augmenter le nombre de demandes médicales et assez peu de diminuer le nombre de service civil. Quand à sa capacité à renforcer la motivation pour l'armée, elle est ici hors contexte – ce n'est pas notre problème ou celui du service civil – et elle n'est que très indirecte, la diminution de l'attrait du service civil n'augmentant pas pour autant l'attrait pour l'armée.

#### Calculs concernant la mesure proposée

17. Dans la pratique, divers types de calculs sont possibles pour déterminer les effets et les proportions de la proposition. Mes connaissances mathématiques sont limitées, donc d'autres calculs sont peut-être possibles ou éventuellement meilleurs, mais ceux-ci révèlent plusieurs des effets pervers de la proposition:

a. Le facteur multipliant le nombre de jours à faire est, avec la proposition exponentiel : La personne qui aurait 1 seul jour d'armée encore à faire se retrouverait à en faire 150 jours, soit 150 fois plus que le nombre de jour d'armée requis.

Dans le détail, un militaire à qui il resterait :

1 cours de répétition (CR), soit 19 jours (150/19), verrait le multiplicateur passer de 1.5 à 7.89

2 cours de répétition, le facteur (150/38) est encore du quadruple (3.94)

3 cours de répétition, le facteur descend à 2.63

4 cours de répétition, le facteur est de 2 (1.97)

5 cours de répétition le facteur est encore de 1.57, soit plus haut que la loi actuelle ou que le facteur attribué aux civilistes ayant encore plus de jours.

Ce n'est donc qu'avec 6 cours de répétition encore à faire, soit avec le nombre total des cours de répétition à faire par les soldats, et donc durant le premier cours de répétition que l'ajout systématique de 150 jours, rejoint le facteur général de 1.5.

*Dit autrement, à quelques jours prêts, quiconque demanderait le service civil après l'école de recrue devrait faire 150 jours de service civil au moins, quelque soit le nombre de jour d'armée restant à faire. Pourquoi ne pas le dire ?*

b. Le calcul peut aussi être fait en tenant compte des jours de service militaires et civils faits au total. Exemple pour un soldat :

Ecole de recrue de 124 jours, solde 121 jours de service en CR. Total 245<sup>(8)</sup>. Service civil complet, 245 X 1.5 = 367 jours de service civil.

Jours de service mil faits : 244 (au lieu de 245)+150=394 (proposition). Système actuel : 244 + 2 (1 x 1.5) = 246 (actuel). Différence : 148 jours à faire en plus qu'avec le système actuel et ... 27 de plus qu'en ayant demandé le service civil dès le recrutement.

<sup>6</sup> Loi sur l'armée et l'administration militaire (LAAM), [art. 41](#).

<sup>7</sup> La permanence que nous représentons confirme, à sa modeste mesure, cette tendance. Les hommes de plus de 25 ans sont relativement nombreux à vouloir mettre un terme à leurs obligations militaires et leur nombre augmente avec l'âge

<sup>8</sup> OMI, [art. 47](#).



Jours de service faits :  $238 (6 \text{ CR faits}) + 150 = 388$  jours à faire ou (système actuel)  $238 + 9 (6 \times 1.5) = 247$ . Différence : 141 jours de service civil en plus qu'avec le système actuel, mais aussi 21 jours de service (mil et civ) en plus de ce que ce même soldat aurait eu à faire s'il avait demandé le service civil dès la fin du recrutement.

En cela, le service est *punitif parce qu'il impose des jours en plus ... pour avoir accepté de faire presque tout son service militaire !!!*

Jours de service faits :  $219 (5 \text{ CR}) + 150 = 369$  ou (actuel :)  $219 + 39 (26 \times 1.5) = 258$ . Différence : 111 jours de plus que le système actuel, mais encore 2 jours de plus qu'avec un service civil demandé dès l'origine.

Jours de service faits  $200 (4 \text{ CR}) + 150 = 350$  ou actuel  $200 + 68 (45 \times 1.5) = 268$ . Différence : 82 en plus que le système actuel.

A partir d'ici le nombre total de jours faits devient inférieur à un service civil demandé d'emblée et donc les jours de service militaire faits diminuent le nombre total de jours à faire.

Jours de service faits  $181 (3 \text{ CR}) + 150 = 331$  ou  $181 + 96 (64 \times 1.5) = 277$ . Différence, 54 jours de service civil en plus, mais 90 de moins qu'avec un service civil complet.

Jours de service faits  $162 (2 \text{ CR}) + 150 = 312$  ou

Jours de service faits  $143 (1 \text{ CR}) + 150 = 293$  ou  $143 + 156 (101 \times 1.5) = 299$  Différence  $\pm 0$ .

#### Effets pour la pratique

c. Les effets du nouveau système sur les intérêts des candidats civilistes, en termes de jours à faire seraient les suivants :

- 1) Le facteur de 1.5 s'applique durant l'école de recrue, voir durant le 1<sup>er</sup> CR. Inchangé.
- 2) Tout jour d'armée fait durant cette période diminue effectivement le nombre total (armée et sc) de jours à faire, par rapport à un service civil complet. Inchangé.
- 3) Dès le 2<sup>ème</sup> CR et jusqu'au 4<sup>ème</sup> CR, le nouveau système augmente progressivement, par rapport à l'ancien, effet étrange, le nombre de jours total à faire, même si l'on fait ces CR, soit d'avoir à faire encore plus de service en tout parce que l'on fait de l'armée (absurde !), puis d'avoir à faire du service civil en plus, même si le nombre de jours total de service civil et militaire reste inférieur à ce que devrait faire un civiliste de la première heure mis au facteur 1.5).

Exemple : Faire un 2<sup>ème</sup> CR de 19 jours et demander le sc, ajoute en plus de ces 19 jours 17 jours de service en tout (civil et militaire) par rapport au système actuel, dans lequel le civiliste en faisant ce CR épargnerait 9 jours de service civil ( $19 - x 1.5$ ). (Nouveau :  $162 \text{ SM} + 150 \text{ SC} = 312$  Ancien  $162 + 125$  (solde de  $83 \times 1.5$ ) = 287, nouveau = J plus 25. S'il ne fait pas ce CR (ancien  $\text{SM } 143 + \text{SC } 152 (101 \times 1.5) = 295$  soit quelques jours en plus de SC pour ne pas avoir fait ce cours (295 au lieu 287), mais toujours au total 17 jours de moins qu'en faisant ce CR dans le système proposé, lequel augmente donc le nombre de jours à faire sans donner de diminution pour ceux faits.

Idem pour les 3<sup>ème</sup> et 4<sup>ème</sup> CR. Je renonce aux calculs ici, mais le nombre de jours d'armée faits sans diminuer le nombre de jours de service totaux augmentera d'autant, par rapport à quelqu'un qui demande le SC après l'ER ou le 1<sup>er</sup> CR.

- 4) Dès le 5<sup>ème</sup> CR, le nombre total (SC et SM) de jours à faire devient plus grand que quelqu'un qui demande le service civil dès le 1<sup>er</sup> jour.

d. En résumé, il ne sera intéressant, en terme de jours à faire (ou rentable) de demander le service qu'entre le recrutement et la fin du 1<sup>er</sup> cours de répétition. A l'inverse, toute demande faite ultérieurement augmentera, de plus en plus gravement, la charge totale du nombre de jours à faire, laquelle dépassera, si le SC est demandé durant ou après le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, le nombre de jours à faire pour quelqu'un qui demande le service civil avant l'ER.

18. Tactiquement, pour le soutien aux objecteurs, l'intérêt à demander le service civil entre le recrutement et la fin de l'école de recrue reste similaire. Par contre, plus le militaire avance dans sa carrière militaire, plus la charge de jours augmente, plus il devient difficile de demander le service civil (et plus sera grande le besoin de demander la voie bleue).

19. Cela n'aura pas pour effet de diminuer fortement le nombre de demandes de service civil, puisque les demandes seront soit pour une part reportées plus tôt dans la carrière militaire, soit transformées en demande médicales et que rares seront les personnes qui en fin de carrière militaire décideront de finir leur service plutôt que de sortir de l'armée, d'une façon ou d'une autre.



### La durée du service civil en droit

20. En droit Suisse, le facteur légal de 1.5 est le même depuis l'origine. Avec toutefois la réserve présentée ci-dessus au point 6 concernant la durée effective (et non légale) située aux environ de 1.8.

21. Le droit international, le Comité des droits de l'homme et la Cour européenne des droits de l'homme, tiennent de jurisprudence constante le fait que le service civil doit être de nature civile et non-punitif.

22. Une durée supérieure au double du service militaire à remplacer est considérée comme excessive<sup>9</sup>. Ainsi, l'attribution à toute personne ayant moins de 75 jours de service militaire à faire de 150 jours de service civil serait contraire au droit international.

23. Mais c'est dans son ensemble, ou à tout le moins dès le 2<sup>ème</sup> cours de répétition, que la mesure est discriminatoire. D'abord parce que plus, ils servent dans l'armée, plus elle pénalise les militaires qui demandent le service civil. Ensuite, parce qu'elle traite différemment des personnes dans des situations similaires, à savoir des personnes présentant une demande de service civil, demande qui est de même nature quel que soit le moment où elle est faite et pour laquelle le nombre de jours de service militaire accomplis n'a aucune incidence, sauf peut-être à renforcer le besoin de présenter une objection de conscience, ce qui reste sans influence aucune sur le droit fondamental à demander le service civil.

24. La loi sur le service civil pose comme principe que la charge du service civil devrait équivalente à celle de l'armée<sup>10</sup>. Toutefois la mesure proposée, en tous les cas dès le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, puisque la charge en jours à faire est alourdie au-delà de ce que le militaire aurait à faire en demandant le service civil avant l'école de recrue. Ainsi, non-seulement, la personne concernée effectue la plus large part de son service militaire (les 3/4), mais elle y voit ajouté une part importante de service civil (150/367) soit presque la moitié du service civil en plus, pour un total qui dépasse ce qu'elle aurait eu à faire tant à l'armée qu'avec un service civil entier. A ce titre, la mesure est non seulement dissuasive, mais discriminatoire dans la mesure où elle pénalise ceux qui ont déjà fait beaucoup d'armée (ne devraient-ils pas au contraire être pour cela remerciés ?).

25. Par ailleurs, le droit à l'objection de conscience étant un droit fondamental, toute forme de dissuasion, en entravant son libre exercice, est déjà une violation du droit.

26. Et il est finalement, à mon sens, difficile la nature punitive de la mesure, puisque ce sont ceux-là même, qui ont le plus servi dans l'armée, qui se voient le plus pénalisés.

### Résumé :

- Violation du droit international sur la durée du service civil.
- Discrimination entre les civilistes « d'origine » et ceux qui demandent le service civil au cours de leur carrière militaire (l'objection reste la même, pour les mêmes motifs et contre le même service militaire, seule change la situation militaire).
- Mesure probablement punitive.
- Mesure simple en apparence, mais particulièrement compliquée à comprendre et à calculer, entre autres pour les personnes concernées.

---

<sup>9</sup> ONU, Comité des droits de l'homme: Foin v France (Communication No. 666/1995), CCPR/C/D/666/1995, 9 November 1999, para. 10.3, entre autres jurisprudence. Voir aussi: Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 8.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>  
Il existe aussi une traduction allemande de document, p. 21 : [http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV\\_2014-3\\_KDVundAsyl.pdf](http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV_2014-3_KDVundAsyl.pdf)

Voir aussi le rapport quadriennal du Haut Commissaire aux Droits de l'Homme sur l'objection de conscience, 1.5.2017, § 22.

<http://www.undocs.org/fr/A/HRC/35/4>

<sup>10</sup> LSC 5



### **Mesure 2 :**

Délai d'attente de 12 mois entre le dépôt de la demande et l'admission, avec obligation de faire les périodes de service militaires prévues.

27. La mesure est contraire à la constitution. Celle-ci prévoit, textuellement : « un service de remplacement »<sup>11</sup>. Or un *remplacement du service* n'est en aucun cas un service de remplacement *différé* avec maintien du service à remplacer, en attente du service de remplacement.

Des délais pour la mise en œuvre, par la personne concernée comme par l'administration, du service de remplacement sont acceptable, voir le maintien des obligations en attente de la décision d'admission<sup>12</sup>, mais en aucun le droit à l'objection de conscience ne saurait-il être suspendu.

28. De plus, la proposition est largement impraticable et passablement conflictogène. Les civilistes concernés ne se gêneront pas pour demander des reports, se faire porter malade ou pour ne pas se présenter et leur motifs de conscience finissant toujours par être reconnus, ils ne seront, s'ils sont que partiellement et inégalement sanctionnés pour ces déflections. Sans parler de la charge administrative supplémentaire pour les administrations cantonales.

### Résumé

- Mesure contraire à la constitution.
- Discrimination entre les civilistes qui font une demande avant l'école de recrue, lesquels ne sont pas condamnés à des périodes militaires et ceux qui la font après l'ER, qui doivent en faire ou, vaille que vaille, les faire annuler.
- Mesure de nature à créer de nombreuses difficultés administratives tant pour les conscrits et les civilistes que pour l'administration.

### **Mesure 3 :**

29. Suppression du facteur 1.1 et passage au facteur 1.5 pour les officiers et les sous-officiers supérieurs.

30. Les personnes concernées sont relativement peu nombreuses. Elles ont néanmoins les mêmes droits. Mais surtout toutes ces personnes, qui ont été obligées de revêtir ces fonctions d'encadrement, ont déjà servi, au moment de la demande d'admission au service civil plus de jours d'armée que ne servent les civilistes qui n'en a fait aucun. Le moins gradé de ceux-ci servira un total 440 jours de services au lieu de 245<sup>13</sup>. Pour obtenir son grade, il en aura déjà fait presque autant qu'un soldat normal. Et le solde de jour à faire, qu'il soit multiplié par 1.1. ou 1.5 dépassera de toutes façons le nombre maximal de jours effectués par un civiliste ne faisant pas d'armée du tout.

31. Sachant que l'obligation de grader est imposée, même avec un facteur 1.1, la personne qui demande le service civil alors qu'elle a déjà revêtu son grade est discriminée par rapport à un civiliste qui demande le service avant de recevoir le moindre grade. Augmenté cette durée plus encore, alors que la personne gradée sert déjà plus que toute autre personne sans garde, apparaît là aussi comme punitive.

### Résumé

- En conjonction avec la discrimination décrite ci-après, violation du droit international sur la durée du service de remplacement.
- Discrimination entre les officiers et sous-officiers supérieurs d'une part et les soldats d'autre part en raison d'abord de l'obligation de grader d'abord, pour laquelle les premiers ne peuvent rien, puis du fait qu'en raison de cette obligation, ils ont déjà effectué, contre leur gré, une durée de service aussi importante que les soldats, durée sur laquelle vient ensuite s'ajouter une très longue durée de service civil supplémentaire. Dit autrement, le soldat qui demande le service civil évite non-seulement de grader, mais tous les jours de service civil supplémentaires en cas de conflit de conscience alors que l'officier, qui est en droit de développer un conflit de conscience à tout moment, en est d'autant plus pénalisé.

<sup>11</sup> [Art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement.](#)

<sup>12</sup> [LSC 17 et 17a.](#)

<sup>13</sup> [OMI 47](#)



- Mesure qui ne touche qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 4 :**

32. Interdiction faite aux médecins de faire du service civil en tant que médecins.

33. Là encore, la mesure ne concerne que très peu de personnes. Les médecins ont en moyenne au moins 26-27 ans à la fin de leur formation et ce moment-là, la plupart des périodes longues sont faites. Mais quand bien même, faut-il priver les hôpitaux de ces médecins-là ?

34. Par ailleurs, la mesure est à nouveau discriminatoire ; pourquoi les médecins et pas les géologues, les travailleurs sociaux ou les enseignants ? Là ce ne serait plus seulement certains civilistes, mais tout le service d'intérêt public qui tendrait à être victime d'une vision trop étroite des possibilités de service civil.

35. Enfin, il existe certes une disposition qui interdit certaines affectations en fonction de la personne du civiliste, en particulier si elle favorise sa formation<sup>14</sup>. Et c'est probablement, dans ce contexte que la proposition s'inspirerait. Mais à nouveau, certains militaires exercent des fonctions militaires en lien avec leur profession – et pas seulement des médecins ! – en quoi des civilistes n'auraient-ils pas le droit d'en faire autant ?

#### Résumé

- Mesure hautement discriminatoire (par professions).
- Mesure ne touchant (en l'état, que les médecins) qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 5 :**

36. Pas d'admission au service civil pour les personnes pour lesquelles il ne reste plus de jours de service, mais pour lesquelles il reste des tirs obligatoires.

37. La question est controversée depuis longtemps. Seul sont concernés les militaires en service long, qui restent incorporés ensuite pendant 4 ans<sup>15</sup>. Il conviendrait de savoir combien il y a eu de cas.

38. Pour rappel, les militaires ont la possibilité de déposer l'arme, sans motifs, s'ils ne souhaitent pas la conserver, mais cela ne les dispense pas des tirs<sup>16</sup>.

39. D'abord, il convient de rappeler que l'exécution de tirs obligatoires, dans le cadre d'un service militaire, même terminé, peuvent donner lieu à conflit de conscience, qui plus est si celui-ci peut avoir à se manifester durant une période de 4 ans.

40. En ce sens, la mesure ignore et passe complètement à côté, nie un problème qu'il y aurait pourtant lieu de résoudre.

41. A mon sens, une procédure plus simple qu'une admission au service civil devrait permettre, par exemple mais en tous les cas pour motifs de conscience légitimes, de remettre l'arme définitivement et d'être ainsi dispensé des tirs obligatoires.

#### Résumé

- Violation du droit à l'objection de conscience
- Mesure administrative inadéquate
- Mesure ne touchant qu'un nombre limité de personne

#### **Mesure 6 :**

42. Les civilistes sont tenus de faire une période de service civil par année dès l'admission.

---

<sup>14</sup> LSC 4a

<sup>15</sup> LAAM 54a

<sup>16</sup> Ordonnance concernant l'équipement personnel des militaires (OEPM), [art. 6a](#).



43. La mesure existe déjà, [art. 39a](#) de l'ordonnance sur le service civil : « La personne astreinte au service civil *effectue chaque année* des affectations de service civil d'une durée de 26 jours au moins à partir de la deuxième année civile au plus tard ».

44. Les reports étant relativement fréquents, on peut se demander si c'est ceux-ci qu'il s'agit de limiter, mais le texte de la mesure est pour le surplus inutile.

#### Résumé

- Proposition de mesure incompétente, mesure déjà prévue par la loi.

#### Mesure 7 :

45. Obligation pour les personnes en service long, d'effectuer la période longue de service civile dans l'année qui suit (et non pas dans les trois ans qui suivent) l'admission au service civil.

46. Imposer un service civil long est une vieille mesure de 2011, que le Tribunal administratif fédéral avait annulée en raison de [l'article 20 de la LSC](#) qui stipule que le SC peut être fait en une ou plusieurs périodes<sup>17</sup>.

47. Depuis toujours, nous recommandons aux militaires en service long de passer d'abord au service normal, avant de demander le service civil, entre autres afin d'éviter le surplus de jours, actuellement 55 jours de service militaire ou 82 jours de service civil en plus<sup>18</sup>. Notre recommandation ne changera pas.

48. De plus, la mesure ne prévoit cette obligation que si l'école de recrue n'est pas terminée, or l'école de recrue est considérée comme terminée si 80% de ses jours ont été accomplis<sup>19</sup>; soit pour une école usuelle de 124 jours, dès le 100<sup>ème</sup> jour d'école de recrue. Mais dans la pratique, la demande de service civil peut être faite quelques jours plutôt, puisque celle-ci prend quelques jours, voir semaines à condition pour cela que l'admission à la fin du processus de demande intervienne après le 100<sup>ème</sup> jour de service.

49. Que ce soit en passant au service normal et en attendant les 80% de son service militaire (dans des conditions « suffisantes ») – si encore au service long avec les jours en sus – il est très facile d'éviter cette mesure et peu nombreux sont ceux qui se retrouveront à devoir faire une période longue ou leur période longue de service civile dans l'année qui suit. Au demeurant si un plan de carrière avait prévu une mise en suspend de celui-ci pour le service militaire long, avec une libération en fin d'école de recrue et une affectation longue trouvée rapidement, celle-ci peut être faite dans le temps préalablement dévolu au service militaire long.

50. La mesure est aussi discriminatoire puisqu'elle traite plus durement les militaires en service long que les militaires en service normal d'une part, et alors plus durement que les civilistes n'ayant pas débuté l'école de recrue d'autre part.

#### Résumé

- Mesure facile à contourner, voire à accommoder.
- Mesure ne concernant alors plus qu'un nombre limité de personne.
- Mesure discriminatoire.

#### Considérations finales

51. Les mesures 1 et 3 violent le droit international sur la durée du service civil.

52. La mesure 2 viole la constitution sur la notion de service de remplacement et la mesure 5 viole la constitution sur le droit à un service de remplacement.

53. Les mesures 1, 3, 4 et 7 sont clairement discriminatoires et violent à un titre ou un autre l'égalité de traitement.

54. Les mesures 3, 4, 5 et 7 ne touchent que – mais gravement – un nombre limité de personnes. À ce titre, le but premier de ces mesures n'est probablement pas ou que partiellement de toucher ces personnes-là, voire de les maintenir dans l'armée mais de donner l'impression qu'il est difficile ou déconseillé, qu'il est

<sup>17</sup> <http://www.infodroit.ch/spip.php?article91>

<sup>18</sup> [OMI 111](#)

<sup>19</sup> [OMI 57](#) ou [37 ordonnance sur le service civil \(OSI\)](#) (même teneur).



même dissuadé de sortir de l'armée. Un tel but viole le droit au service civil et un service civil non-discriminatoire et non-punitif.

55. Il convient d'ajouter à ce propos que les instances et jurisprudences internationales ont reconnus sans hésiter le droit à l'objection de conscience pour les appelés, comme pour les volontaires et les professionnels. Autrement dit et pour ce qui nous occupe ici, le droit à l'objection de conscience et au service de remplacement est et reste le même, ne saurait donc subir d'aggravation dans l'exercice du droit, soit l'accès au service civil, comme dans sa réalisation, soit l'accomplissement du service civil, que la personne concernée aie commencé ou non à servir dans l'armée<sup>20</sup>.

56. Les mesures 2, 3 et 4 supposent des difficultés de mise en œuvre particulièrement importantes. La mesure 5 pourrait faire l'objet d'une simplification administrative.

57. La mesure 6 est inutile, une aberration puisqu'elle préconise quelque chose qui existe déjà.

58. L'analyse de l'ensemble de ces mesures donne l'impression forte que l'armée est très embarrassée, mal à l'aise en raison des demandes service civil issues des ses rangs.

59. Ainsi quand bien même l'ensemble de ces mesures, si elles venaient à être mise en œuvre, aurait pourrait effet d'inciter les conscrits à demander le service civil bien plus tôt, ce qui n'est pas utile à l'armée non plus, il conviendrait de combattre ces mesures pour les effets et les complications graves qu'elles imposent, en toutes sortes de circonstances, aux militaires.

60. Il convient aussi de constater que les mesures proposées font preuve d'une méconnaissance, tant du droit international que du droit constitutionnel suisse qui confine à l'impréparation, voire au mépris, tant des civilistes que des militaires.

61. Enfin, dans le cadre des réactions à ces propositions de mesures, il conviendra de rappeler certaines ou l'ensemble de nos revendications de base, à savoir une présence civile lors du recrutement afin de faciliter son impartialité, un durée raisonnable et une compensation financière garantissant au moins l'accès au minimum vital<sup>21</sup>.

Christophe Barbey,  
Juriste, permanent depuis 2006

---

<sup>20</sup> Voir les résolutions du Conseil des Droits de l'Homme, par exemple la résolution du 8 octobre 2013, art. 12 [A/RES/HRC/24/17](#) ou Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quno 2015, p. 4.

<http://www.quno.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

<sup>21</sup> Avec une APG de 62.- par jour durant l'ER ou son équivalent au service civil, ou en cas d'absence de salaire préalable au service ou de droit à son équivalent, avec 1'800.- par mois ~, le minimum vital n'est pas atteint. Le dernier rapport du haut commissaire aux droits de l'homme mentionne une trop faible rémunération comme étant de nature punitive. [A/HRC/35/4](#), § 21.



Luzernerstrasse 37  
6353 Weggis

Telefon 041 390 17 75  
Telefax 041 390 19 90

[www.korporation-weggis.ch](http://www.korporation-weggis.ch)

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Weggis, im September 2018

## **Stellungnahme der Korporation Weggis zur Änderung des Zivildienstgesetzes**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### **Einleitung und grundsätzliche Beurteilung**

Die Korporation Weggis ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### **Kein Handlungsbedarf**

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der

angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

### **Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen**

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoß gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

### **Unklare Auswirkungen**

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Die Korporation Weggis weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Die Korporation Weggis lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

### **Eigene Vorschläge**

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwarten wir, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Die Korporation Weggis schlägt dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.

- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.
- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

### **Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweisen wir auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für uns ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

### **Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Dienstage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen.

Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

### **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

Die Korporation Weggis geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Dienstage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Dienstage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus unserer Sicht besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

Wir sind der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Die Korporation Weggis sieht absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildienstage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Dienstage erfüllen (2017: 96.7% aller Dienstage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Dienstage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der

jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Diensttage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.

**Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

**Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

Die Korporation Weggis bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Im Namen der Korporation Weggis



Thomas Lottenbach  
Präsident



Anita Hodel  
Schreiberin



Permanence romande pour civilistes et militaires  
Permanence@infodroit.ch ou  
Le mardi de 12 à 14 heures au 026 925 80 66.  
Pour les urgences, 079 524 35 74, veuillez laisser un message.

Flendruz, 16 juin 2018

### Avis de droit

*A qui de droit*

#### **7 mesures du Conseil fédéral destinées à la consultation. Modifications de la loi sur le service civil. 2018**

##### En préalable

1. Le droit à l'objection de conscience est un droit fondamental internationalement reconnu.
2. Il est reconnu par les jurisprudences du Comité des droits de l'homme et de la Cour Européenne des droits de l'homme, il est présent dans la constitution suisse<sup>1</sup>.
3. Ce droit s'appuie essentiellement tant sur le refus impératif de tuer que sur le refus de résoudre les conflits par la violence.
4. Le conflit entre l'obligation constitutionnelle de servir dans l'armée d'une part et la conscience d'autre part (appelé conflit de conscience) peut se manifester sous diverses formes et à divers moments, de façons plus ou moins virulentes ou soudaines, y compris parfois par des somatisations ou des actes de rébellions. La problématique a été largement résolue par deux mesures:
  - 1) Il a été renoncé au « contrôle de conscience » en adoptant le système dit de la preuve par l'acte, soit l'acceptation, par la personne qui demande le service civil d'une durée plus longue pour ce service que celle requise pour le service militaire.Cette mesure a pour avantage (en plus d'une forte diminution de la charge administrative) d'éviter d'une part l'aggravation et la stigmatisation du conflit de conscience par son besoin de le confronter à la procédure et de libérer d'autre part la personne concernée d'une appréhension et d'une expression intellectuelle et verbalisée de ce conflit, inévitablement discriminatoire selon le niveau d'éducation, et sujette d'autre part à des biais divers, puisque le résultat de l'examen dépendait largement du degré de préparation à celui-ci plutôt que de la nature même, des sources et des raisons du conflit de conscience.
6. Il convient toutefois de noter que ce système de quotité a dès le début présenté un défaut important, au demeurant partiellement caché des civilistes eux-mêmes, dans la mesure où la durée de service civil requise par la loi (1 fois et demie – 1,5 – celle du service militaire encore à faire au moment de la demande) est dans la pratique comparativement différente de la durée du service militaire réellement effectuée par les militaires libérés lorsqu'ils atteignent la limite d'âge. En effet, ceux-ci se voient alors remettre le solde des jours de service non-effectués, alors que les civilistes se voient pénalement condamnés s'ils n'effectuent pas l'entier de leurs jours avant la même limite d'âge (limite par ailleurs par elle-même plus exigeante, puisqu'ils ont plus de jours à effectuer dans le même laps de temps). L'armée a de plus tardé à donner les chiffres permettant de mesurer cette différence des durées respectives des

---

<sup>1</sup> Constitution fédérale (Cst.) [Article 10 sur la droit à la vie](#), [art. 15 sur la liberté de conscience](#), [art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement](#).



services. Pourtant des estimations raisonnables permettaient d'évaluer le nombre de jours de service civil effectués pour les civilistes demandant le service civil pour l'entier de leur périodes de service militaires comme étant environ du double du nombre de jour effectué en moyenne par les soldats terminant leur obligation à la limite d'âge<sup>2</sup>. Actuellement, ce taux semble s'être amélioré un peu, mais la durée comparée du service civil resterait de 1.8 plus élevée que la durée des services militaires, et non pas les 1.5 que stipule la loi. Il conviendra de vérifier les effets de la nouvelle loi sur l'armée sur cette problématique, la limite d'âge n'étant plus un âge fixe (p. ex. 34 ans), mais devenant un nombre de dix années pour faire les services requis après l'école de recrue<sup>3</sup>.

7. De plus la discrimination pénale demeure, puisque contrairement au service civil, aucune mesure permettant d'assurer le rythme et le progrès de la réalisation des périodes de service militaire, mesure accompagnées dans la loi sur le service civil de mesures pénales en cas de retards, n'ont été introduites dans la nouvelle législation sur la l'armée. Ainsi, le civiliste doit accomplir certaines périodes (la première suivant l'admission et la période longue) selon des délais fixes et il ne doit pas lui rester plus d'une certaine proportion de jours à faire avant d'atteindre la limite d'âge. Passé ces délais ou si la proportion de jours restant à faire est trop forte, le civiliste est convoqué d'office pour le surplus ou la période concernée, puis il encoure une peine s'il n'effectue pas la période requise. Il n'existe, pas de système similaire ou aussi contraignant dans l'armée. Pour avoir une vision complète de cette discrimination, pénalement grave, il conviendrait encore de comparer le nombre des dispenses pour justes motifs, lesquelles au demeurant ne font que repousser le problème, dispenses accordées tant pour les civilistes que pour les militaires. Nonobstant, vu la nature différente des système de suivi et de répression des deux sortes d'obligations, puisqu'il y a des condamnations pour retard dus au système de suivi contre les civilistes et qu'il n'y en a pas pour les militaires, la discrimination pénale demeure, tout comme demeurera a priori la discrimination sur les durées.

8. 2) Il importe de souligner que le service civil peut et doit pouvoir être demandé en tout temps, c'est d'ailleurs dans la loi<sup>4</sup>.

9. Cela concerne bien sûr la possibilité de demander le service civil depuis une période de service militaire, mais porte surtout sur la nature du conflit de conscience et relève en partie aussi du droit humanitaire.

10. Ainsi, le conflit de conscience peut se développer par une réflexion autonome, mais il peut aussi surgir, progressivement ou soudainement, face à une circonstance rencontrée dans le cadre du service militaire, par exemple lors de la première prise d'arme (il y a hélas des condamnations pour refus d'ordre de personnes qui font à ce moment-là un blocage psychologique) ou en étant mis en confrontation à une arme particulièrement destructive.

11. Il convient aussi, et c'est d'une grande importance, de citer le cas de l'objection de conscience à un ordre criminel, y compris ou surtout si celui-ci viole le droit humanitaire ; objection qui doit en effet pouvoir être exprimée en tout temps et en particulier de façon immédiate au moment de la réception de l'ordre contesté, cette objection devant alors, selon les circonstances, rejeter non-seulement l'ordre contesté lui-même mais aussi l'ensemble du système qui produit ou maintient cet ordre injuste, à tout le moins si l'ordre est maintenu, car alors seul le refus personnel et complet du système permettant, à défaut de pouvoir l'empêcher, la réalisation de ce ordre illégal et des ses conséquences, de préserver la conscience, et donc l'innocence de la personne confrontée à une telle situation. L'objection de conscience à une circonstance particulière devenant alors une objection au sens usuel du terme, une objection d'ensemble au service militaire<sup>5</sup>.

<sup>2</sup> Détail du calcul : <http://www.infodroit.ch/spip.php?article44>

<sup>3</sup> Ordonnance sur les obligations militaires (OMI), 1.1.2018, [art. 19](#).

<sup>4</sup> Loi sur le service civil, [art. 16](#).

<sup>5</sup> Voir par exemple, [Jacques Verhaegen](#) : «Le refus d'obéissance aux ordres manifestement criminels », revue du CICR, vol. 84, n° 845, mars 2002.



### Analyse des mesures proposées

**Mesure 1:** 150 jours de service civil pour toutes personnes n'ayant pas terminés ses « services d'instruction » et ayant moins de 100 jours de service militaire restant.

#### Appréciation générale

12. Par « services d'instruction », il est entendu toutes les périodes de services militaires, à savoir écoles de recrues, écoles de cadres et cours de répétition<sup>6</sup>.

13. La proposition équivaudrait à « condamner », imposer à tout militaire ayant entre 1 et 100 jours de service militaire encore à faire à effectuer 150 jours de service civil.

14. La mesure incite à terminer ses obligations militaires au lieu de demander le service civil.

15. Partant du constat, hautement probable<sup>7</sup>, selon lequel les pertes en effectifs augmentent en fonction de l'âge par lassitude, perte d'intérêt ou en raison de l'augmentation des obligations professionnelles et familiales. Il conviendrait toutefois de disposer des chiffres du nombre des personnes qui quittent l'arme dans ces tranches d'âge soit pour le service civil, soit pour raisons médicales. En effet, si le problème est une question d'emploi du temps, la demande de service civil est d'autant plus contre-productive.

16. A cet aulne, la mesure aura pour effet principal d'augmenter le nombre de demandes médicales et assez peu de diminuer le nombre de service civil. Quand à sa capacité à renforcer la motivation pour l'armée, elle est ici hors contexte – ce n'est pas notre problème ou celui du service civil – et elle n'est que très indirecte, la diminution de l'attrait du service civil n'augmentant pas pour autant l'attrait pour l'armée.

#### Calculs concernant la mesure proposée

17. Dans la pratique, divers types de calculs sont possibles pour déterminer les effets et les proportions de la proposition. Mes connaissances mathématiques sont limitées, donc d'autres calculs sont peut-être possibles ou éventuellement meilleurs, mais ceux-ci révèlent plusieurs des effets pervers de la proposition:

a. Le facteur multipliant le nombre de jours à faire est, avec la proposition exponentiel : La personne qui aurait 1 seul jour d'armée encore à faire se retrouverait à en faire 150 jours, soit 150 fois plus que le nombre de jour d'armée requis.

Dans le détail, un militaire à qui il resterait :

1 cours de répétition (CR), soit 19 jours (150/19), verrait le multiplicateur passer de 1.5 à 7.89

2 cours de répétition, le facteur (150/38) est encore du quadruple (3.94)

3 cours de répétition, le facteur descend à 2.63

4 cours de répétition, le facteur est de 2 (1.97)

5 cours de répétition le facteur est encore de 1.57, soit plus haut que la loi actuelle ou que le facteur attribué aux civilistes ayant encore plus de jours.

Ce n'est donc qu'avec 6 cours de répétition encore à faire, soit avec le nombre total des cours de répétition à faire par les soldats, et donc durant le premier cours de répétition que l'ajout systématique de 150 jours, rejoint le facteur général de 1.5.

*Dit autrement, à quelques jours prêts, quiconque demanderait le service civil après l'école de recrue devrait faire 150 jours de service civil au moins, quelque soit le nombre de jour d'armée restant à faire. Pourquoi ne pas le dire ?*

b. Le calcul peut aussi être fait en tenant compte des jours de service militaires et civils faits au total. Exemple pour un soldat :

Ecole de recrue de 124 jours, solde 121 jours de service en CR. Total 245<sup>(8)</sup>. Service civil complet, 245 X 1.5 = 367 jours de service civil.

Jours de service mil faits : 244 (au lieu de 245)+150=394 (proposition). Système actuel : 244 + 2 (1 x 1.5) = 246 (actuel). Différence : 148 jours à faire en plus qu'avec le système actuel et ... 27 de plus qu'en ayant demandé le service civil dès le recrutement.

<sup>6</sup> Loi sur l'armée et l'administration militaire (LAAM), [art. 41](#).

<sup>7</sup> La permanence que nous représentons confirme, à sa modeste mesure, cette tendance. Les hommes de plus de 25 ans sont relativement nombreux à vouloir mettre un terme à leurs obligations militaires et leur nombre augmente avec l'âge

<sup>8</sup> OMI, [art. 47](#).



Jours de service faits :  $238 (6 \text{ CR faits}) + 150 = 388$  jours à faire ou (système actuel)  $238 + 9 (6 \times 1.5) = 247$ . Différence : 141 jours de service civil en plus qu'avec le système actuel, mais aussi 21 jours de service (mil et civ) en plus de ce que ce même soldat aurait eu à faire s'il avait demandé le service civil dès la fin du recrutement.

En cela, le service est *punitif parce qu'il impose des jours en plus ... pour avoir accepté de faire presque tout son service militaire !!!*

Jours de service faits :  $219 (5 \text{ CR}) + 150 = 369$  ou (actuel :)  $219 + 39 (26 \times 1.5) = 258$ . Différence : 111 jours de plus que le système actuel, mais encore 2 jours de plus qu'avec un service civil demandé dès l'origine.

Jours de service faits  $200 (4 \text{ CR}) + 150 = 350$  ou actuel  $200 + 68 (45 \times 1.5) = 268$ . Différence : 82 en plus que le système actuel.

A partir d'ici le nombre total de jours faits devient inférieur à un service civil demandé d'emblée et donc les jours de service militaire faits diminuent le nombre total de jours à faire.

Jours de service faits  $181 (3 \text{ CR}) + 150 = 331$  ou  $181 + 96 (64 \times 1.5) = 277$ . Différence, 54 jours de service civil en plus, mais 90 de moins qu'avec un service civil complet.

Jours de service faits  $162 (2 \text{ CR}) + 150 = 312$  ou

Jours de service faits  $143 (1 \text{ CR}) + 150 = 293$  ou  $143 + 156 (101 \times 1.5) = 299$  Différence  $\pm 0$ .

#### Effets pour la pratique

c. Les effets du nouveau système sur les intérêts des candidats civilistes, en termes de jours à faire seraient les suivants :

1) Le facteur de 1.5 s'applique durant l'école de recrue, voir durant le 1<sup>er</sup> CR. Inchangé.

2) Tout jour d'armée fait durant cette période diminue effectivement le nombre total (armée et sc) de jours à faire, par rapport à un service civil complet. Inchangé.

3) Dès le 2<sup>ème</sup> CR et jusqu'au 4<sup>ème</sup> CR, le nouveau système augmente progressivement, par rapport à l'ancien, effet étrange, le nombre de jours total à faire, même si l'on fait ces CR, soit d'avoir à faire encore plus de service en tout parce que l'on fait de l'armée (absurde !), puis d'avoir à faire du service civil en plus, même si le nombre de jours total de service civil et militaire reste inférieur à ce que devrait faire un civiliste de la première heure mis au facteur 1.5).

Exemple : Faire un 2<sup>ème</sup> CR de 19 jours et demander le sc, ajoute en plus de ces 19 jours 17 jours de service en tout (civil et militaire) par rapport au système actuel, dans lequel le civiliste en faisant ce CR épargnerait 9 jours de service civil ( $19 - x 1.5$ ). (Nouveau :  $162 \text{ SM} + 150 \text{ SC} = 312$  Ancien  $162 + 125$  (solde de  $83 \times 1.5$ ) = 287, nouveau = J plus 25. S'il ne fait pas ce CR (ancien  $\text{SM } 143 + \text{SC } 152 (101 \times 1.5) = 295$  soit quelques jours en plus de SC pour ne pas avoir fait ce cours (295 au lieu 287), mais toujours au total 17 jours de moins qu'en faisant ce CR dans le système proposé, lequel augmente donc le nombre de jours à faire sans donner de diminution pour ceux faits.

Idem pour les 3<sup>ème</sup> et 4<sup>ème</sup> CR. Je renonce aux calculs ici, mais le nombre de jours d'armée faits sans diminuer le nombre de jours de service totaux augmentera d'autant, par rapport à quelqu'un qui demande le SC après l'ER ou le 1<sup>er</sup> CR.

4) Dès le 5<sup>ème</sup> CR, le nombre total (SC et SM) de jours à faire devient plus grand que quelqu'un qui demande le service civil dès le 1<sup>er</sup> jour.

d. En résumé, il ne sera intéressant, en terme de jours à faire (ou rentable) de demander le service qu'entre le recrutement et la fin du 1<sup>er</sup> cours de répétition. A l'inverse, toute demande faite ultérieurement augmentera, de plus en plus gravement, la charge totale du nombre de jours à faire, laquelle dépassera, si le SC est demandé durant ou après le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, le nombre de jours à faire pour quelqu'un qui demande le service civil avant l'ER.

18. Tactiquement, pour le soutien aux objecteurs, l'intérêt à demander le service civil entre le recrutement et la fin de l'école de recrue reste similaire. Par contre, plus le militaire avance dans sa carrière militaire, plus la charge de jours augmente, plus il devient difficile de demander le service civil (et plus sera grande le besoin de demander la voie bleue).

19. Cela n'aura pas pour effet de diminuer fortement le nombre de demandes de service civil, puisque les demandes seront soit pour une part reportées plus tôt dans la carrière militaire, soit transformées en demande médicales et que rares seront les personnes qui en fin de carrière militaire décideront de finir leur service plutôt que de sortir de l'armée, d'une façon ou d'une autre.



### La durée du service civil en droit

20. En droit Suisse, le facteur légal de 1.5 est le même depuis l'origine. Avec toutefois la réserve présentée ci-dessus au point 6 concernant la durée effective (et non légale) située aux environ de 1.8.

21. Le droit international, le Comité des droits de l'homme et la Cour européenne des droits de l'homme, tiennent de jurisprudence constante le fait que le service civil doit être de nature civile et non-punitif.

22. Une durée supérieure au double du service militaire à remplacer est considérée comme excessive<sup>9</sup>. Ainsi, l'attribution à toute personne ayant moins de 75 jours de service militaire à faire de 150 jours de service civil serait contraire au droit international.

23. Mais c'est dans son ensemble, ou à tout le moins dès le 2<sup>ème</sup> cours de répétition, que la mesure est discriminatoire. D'abord parce que plus, ils servent dans l'armée, plus elle pénalise les militaires qui demandent le service civil. Ensuite, parce qu'elle traite différemment des personnes dans des situations similaires, à savoir des personnes présentant une demande de service civil, demande qui est de même nature quel que soit le moment où elle est faite et pour laquelle le nombre de jours de service militaire accomplis n'a aucune incidence, sauf peut-être à renforcer le besoin de présenter une objection de conscience, ce qui reste sans influence aucune sur le droit fondamental à demander le service civil.

24. La loi sur le service civil pose comme principe que la charge du service civil devrait équivalente à celle de l'armée<sup>10</sup>. Toutefois la mesure proposée, en tous les cas dès le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, puisque la charge en jours à faire est alourdie au-delà de ce que le militaire aurait à faire en demandant le service civil avant l'école de recrue. Ainsi, non-seulement, la personne concernée effectue la plus large part de son service militaire (les 3/4), mais elle y voit ajouté une part importante de service civil (150/367) soit presque la moitié du service civil en plus, pour un total qui dépasse ce qu'elle aurait eu à faire tant à l'armée qu'avec un service civil entier. A ce titre, la mesure est non seulement dissuasive, mais discriminatoire dans la mesure où elle pénalise ceux qui ont déjà fait beaucoup d'armée (ne devraient-ils pas au contraire être pour cela remerciés ?).

25. Par ailleurs, le droit à l'objection de conscience étant un droit fondamental, toute forme de dissuasion, en entravant son libre exercice, est déjà une violation du droit.

26. Et il est finalement, à mon sens, difficile la nature punitive de la mesure, puisque ce sont ceux-là même, qui ont le plus servi dans l'armée, qui se voient le plus pénalisés.

### Résumé :

- Violation du droit international sur la durée du service civil.
- Discrimination entre les civilistes « d'origine » et ceux qui demandent le service civil au cours de leur carrière militaire (l'objection reste la même, pour les mêmes motifs et contre le même service militaire, seule change la situation militaire).
- Mesure probablement punitive.
- Mesure simple en apparence, mais particulièrement compliquée à comprendre et à calculer, entre autres pour les personnes concernées.

---

<sup>9</sup> ONU, Comité des droits de l'homme: Foin v France (Communication No. 666/1995), CCPR/C/D/666/1995, 9 November 1999, para. 10.3, entre autres jurisprudence. Voir aussi: Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 8.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>  
Il existe aussi une traduction allemande de document, p. 21 : [http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV\\_2014-3\\_KDVundAsyl.pdf](http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV_2014-3_KDVundAsyl.pdf)

Voir aussi le rapport quadriennal du Haut Commissaire aux Droits de l'Homme sur l'objection de conscience, 1.5.2017, § 22.  
<http://www.undocs.org/fr/A/HRC/35/4>

<sup>10</sup> LSC 5



### **Mesure 2 :**

Délai d'attente de 12 mois entre le dépôt de la demande et l'admission, avec obligation de faire les périodes de service militaires prévues.

27. La mesure est contraire à la constitution. Celle-ci prévoit, textuellement : « un service de remplacement »<sup>11</sup>. Or un *remplacement du service* n'est en aucun cas un service de remplacement *différé* avec maintien du service à remplacer, en attente du service de remplacement.

Des délais pour la mise en œuvre, par la personne concernée comme par l'administration, du service de remplacement sont acceptable, voir le maintien des obligations en attente de la décision d'admission<sup>12</sup>, mais en aucun le droit à l'objection de conscience ne saurait-il être suspendu.

28. De plus, la proposition est largement impraticable et passablement conflictogène. Les civilistes concernés ne se gêneront pas pour demander des reports, se faire porter malade ou pour ne pas se présenter et leur motifs de conscience finissant toujours par être reconnus, ils ne seront, s'ils sont que partiellement et inégalement sanctionnés pour ces déflections. Sans parler de la charge administrative supplémentaire pour les administrations cantonales.

### Résumé

- Mesure contraire à la constitution.
- Discrimination entre les civilistes qui font une demande avant l'école de recrue, lesquels ne sont pas condamnés à des périodes militaires et ceux qui la font après l'ER, qui doivent en faire ou, vaille que vaille, les faire annuler.
- Mesure de nature à créer de nombreuses difficultés administratives tant pour les conscrits et les civilistes que pour l'administration.

### **Mesure 3 :**

29. Suppression du facteur 1.1 et passage au facteur 1.5 pour les officiers et les sous-officiers supérieurs.

30. Les personnes concernées sont relativement peu nombreuses. Elles ont néanmoins les mêmes droits. Mais surtout toutes ces personnes, qui ont été obligées de revêtir ces fonctions d'encadrement, ont déjà servi, au moment de la demande d'admission au service civil plus de jours d'armée que ne servent les civilistes qui n'en a fait aucun. Le moins gradé de ceux-ci servira un total 440 jours de services au lieu de 245<sup>13</sup>. Pour obtenir son grade, il en aura déjà fait presque autant qu'un soldat normal. Et le solde de jour à faire, qu'il soit multiplié par 1.1. ou 1.5 dépassera de toutes façons le nombre maximal de jours effectués par un civiliste ne faisant pas d'armée du tout.

31. Sachant que l'obligation de grader est imposée, même avec un facteur 1.1, la personne qui demande le service civil alors qu'elle a déjà revêtu son grade est discriminée par rapport à un civiliste qui demande le service avant de recevoir le moindre grade. Augmenté cette durée plus encore, alors que la personne gradée sert déjà plus que toute autre personne sans garde, apparaît là aussi comme punitive.

### Résumé

- En conjonction avec la discrimination décrite ci-après, violation du droit international sur la durée du service de remplacement.
- Discrimination entre les officiers et sous-officiers supérieurs d'une part et les soldats d'autre part en raison d'abord de l'obligation de grader d'abord, pour laquelle les premiers ne peuvent rien, puis du fait qu'en raison de cette obligation, ils ont déjà effectué, contre leur gré, une durée de service aussi importante que les soldats, durée sur laquelle vient ensuite s'ajouter une très longue durée de service civil supplémentaire. Dit autrement, le soldat qui demande le service civil évite non-seulement de grader, mais tous les jours de service civil supplémentaires en cas de conflit de conscience alors que l'officier, qui est en droit de développer un conflit de conscience à tout moment, en est d'autant plus pénalisé.

<sup>11</sup> [Art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement.](#)

<sup>12</sup> [LSC 17 et 17a.](#)

<sup>13</sup> [OMI 47](#)



- Mesure qui ne touche qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 4 :**

32. Interdiction faite aux médecins de faire du service civil en tant que médecins.

33. Là encore, la mesure ne concerne que très peu de personnes. Les médecins ont en moyenne au moins 26-27 ans à la fin de leur formation et ce moment-là, la plupart des périodes longues sont faites. Mais quand bien même, faut-il priver les hôpitaux de ces médecins-là ?

34. Par ailleurs, la mesure est à nouveau discriminatoire ; pourquoi les médecins et pas les géologues, les travailleurs sociaux ou les enseignants ? Là ce ne serait plus seulement certains civilistes, mais tout le service d'intérêt public qui tendrait à être victime d'une vision trop étroite des possibilités de service civil.

35. Enfin, il existe certes une disposition qui interdit certaines affectations en fonction de la personne du civiliste, en particulier si elle favorise sa formation<sup>14</sup>. Et c'est probablement, dans ce contexte que la proposition s'inspirerait. Mais à nouveau, certains militaires exercent des fonctions militaires en lien avec leur profession – et pas seulement des médecins ! – en quoi des civilistes n'auraient-ils pas le droit d'en faire autant ?

#### Résumé

- Mesure hautement discriminatoire (par professions).
- Mesure ne touchant (en l'état, que les médecins) qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 5 :**

36. Pas d'admission au service civil pour les personnes pour lesquelles il ne reste plus de jours de service, mais pour lesquelles il reste des tirs obligatoires.

37. La question est controversée depuis longtemps. Seul sont concernés les militaires en service long, qui restent incorporés ensuite pendant 4 ans<sup>15</sup>. Il conviendrait de savoir combien il y a eu de cas.

38. Pour rappel, les militaires ont la possibilité de déposer l'arme, sans motifs, s'ils ne souhaitent pas la conserver, mais cela ne les dispense pas des tirs<sup>16</sup>.

39. D'abord, il convient de rappeler que l'exécution de tirs obligatoires, dans le cadre d'un service militaire, même terminé, peuvent donner lieu à conflit de conscience, qui plus est si celui-ci peut avoir à se manifester durant une période de 4 ans.

40. En ce sens, la mesure ignore et passe complètement à côté, nie un problème qu'il y aurait pourtant lieu de résoudre.

41. A mon sens, une procédure plus simple qu'une admission au service civil devrait permettre, par exemple mais en tous les cas pour motifs de conscience légitimes, de remettre l'arme définitivement et d'être ainsi dispensé des tirs obligatoires.

#### Résumé

- Violation du droit à l'objection de conscience
- Mesure administrative inadéquate
- Mesure ne touchant qu'un nombre limité de personne

#### **Mesure 6 :**

42. Les civilistes sont tenus de faire une période de service civil par année dès l'admission.

---

<sup>14</sup> LSC 4a

<sup>15</sup> LAAM 54a

<sup>16</sup> Ordonnance concernant l'équipement personnel des militaires (OEPM), [art. 6a](#).



43. La mesure existe déjà, [art. 39a](#) de l'ordonnance sur le service civil : « La personne astreinte au service civil *effectue chaque année* des affectations de service civil d'une durée de 26 jours au moins à partir de la deuxième année civile au plus tard ».

44. Les reports étant relativement fréquents, on peut se demander si c'est ceux-ci qu'il s'agit de limiter, mais le texte de la mesure est pour le surplus inutile.

#### Résumé

- Proposition de mesure incompétente, mesure déjà prévue par la loi.

#### Mesure 7 :

45. Obligation pour les personnes en service long, d'effectuer la période longue de service civile dans l'année qui suit (et non pas dans les trois ans qui suivent) l'admission au service civil.

46. Imposer un service civil long est une vieille mesure de 2011, que le Tribunal administratif fédéral avait annulée en raison de [l'article 20 de la LSC](#) qui stipule que le SC peut être fait en une ou plusieurs périodes<sup>17</sup>.

47. Depuis toujours, nous recommandons aux militaires en service long de passer d'abord au service normal, avant de demander le service civil, entre autres afin d'éviter le surplus de jours, actuellement 55 jours de service militaire ou 82 jours de service civil en plus<sup>18</sup>. Notre recommandation ne changera pas.

48. De plus, la mesure ne prévoit cette obligation que si l'école de recrue n'est pas terminée, or l'école de recrue est considérée comme terminée si 80% de ses jours ont été accomplis<sup>19</sup>; soit pour une école usuelle de 124 jours, dès le 100<sup>ème</sup> jour d'école de recrue. Mais dans la pratique, la demande de service civil peut être faite quelques jours plutôt, puisque celle-ci prend quelques jours, voir semaines à condition pour cela que l'admission à la fin du processus de demande intervienne après le 100<sup>ème</sup> jour de service.

49. Que ce soit en passant au service normal et en attendant les 80% de son service militaire (dans des conditions « suffisantes ») – si encore au service long avec les jours en sus – il est très facile d'éviter cette mesure et peu nombreux sont ceux qui se retrouveront à devoir faire une période longue ou leur période longue de service civile dans l'année qui suit. Au demeurant si un plan de carrière avait prévu une mise en suspend de celui-ci pour le service militaire long, avec une libération en fin d'école de recrue et une affectation longue trouvée rapidement, celle-ci peut être faite dans le temps préalablement dévolu au service militaire long.

50. La mesure est aussi discriminatoire puisqu'elle traite plus durement les militaires en service long que les militaires en service normal d'une part, et alors plus durement que les civilistes n'ayant pas débuté l'école de recrue d'autre part.

#### Résumé

- Mesure facile à contourner, voire à accommoder.
- Mesure ne concernant alors plus qu'un nombre limité de personne.
- Mesure discriminatoire.

#### Considérations finales

51. Les mesures 1 et 3 violent le droit international sur la durée du service civil.

52. La mesure 2 viole la constitution sur la notion de service de remplacement et la mesure 5 viole la constitution sur le droit à un service de remplacement.

53. Les mesures 1, 3, 4 et 7 sont clairement discriminatoires et violent à un titre ou un autre l'égalité de traitement.

54. Les mesures 3, 4, 5 et 7 ne touchent que – mais gravement – un nombre limité de personnes. À ce titre, le but premier de ces mesures n'est probablement pas ou que partiellement de toucher ces personnes-là, voire de les maintenir dans l'armée mais de donner l'impression qu'il est difficile ou déconseillé, qu'il est

<sup>17</sup> <http://www.infodroit.ch/spip.php?article91>

<sup>18</sup> [OMI 111](#)

<sup>19</sup> [OMI 57](#) ou [37 ordonnance sur le service civil \(OSI\)](#) (même teneur).



même dissuadé de sortir de l'armée. Un tel but viole le droit au service civil et un service civil non-discriminatoire et non-punitif.

55. Il convient d'ajouter à ce propos que les instances et jurisprudences internationales ont reconnus sans hésiter le droit à l'objection de conscience pour les appelés, comme pour les volontaires et les professionnels. Autrement dit et pour ce qui nous occupe ici, le droit à l'objection de conscience et au service de remplacement est et reste le même, ne saurait donc subir d'aggravation dans l'exercice du droit, soit l'accès au service civil, comme dans sa réalisation, soit l'accomplissement du service civil, que la personne concernée aie commencé ou non à servir dans l'armée<sup>20</sup>.

56. Les mesures 2, 3 et 4 supposent des difficultés de mise en œuvre particulièrement importantes. La mesure 5 pourrait faire l'objet d'une simplification administrative.

57. La mesure 6 est inutile, une aberration puisqu'elle préconise quelque chose qui existe déjà.

58. L'analyse de l'ensemble de ces mesures donne l'impression forte que l'armée est très embarrassée, mal à l'aise en raison des demandes service civil issues des ses rangs.

59. Ainsi quand bien même l'ensemble de ces mesures, si elles venaient à être mise en œuvre, aurait pourrait effet d'inciter les conscrits à demander le service civil bien plus tôt, ce qui n'est pas utile à l'armée non plus, il conviendrait de combattre ces mesures pour les effets et les complications graves qu'elles imposent, en toutes sortes de circonstances, aux militaires.

60. Il convient aussi de constater que les mesures proposées font preuve d'une méconnaissance, tant du droit international que du droit constitutionnel suisse qui confine à l'impréparation, voire au mépris, tant des civilistes que des militaires.

61. Enfin, dans le cadre des réactions à ces propositions de mesures, il conviendra de rappeler certaines ou l'ensemble de nos revendications de base, à savoir une présence civile lors du recrutement afin de faciliter son impartialité, un durée raisonnable et une compensation financière garantissant au moins l'accès au minimum vital<sup>21</sup>.

Christophe Barbey,  
Juriste, permanent depuis 2006

---

<sup>20</sup> Voir les résolutions du Conseil des Droits de l'Homme, par exemple la résolution du 8 octobre 2013, art. 12 [A/RES/HRC/24/17](#) ou Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 4.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

<sup>21</sup> Avec une APG de 62.- par jour durant l'ER ou son équivalent au service civil, ou en cas d'absence de salaire préalable au service ou de droit à son équivalent, avec 1'800.- par mois ~, le minimum vital n'est pas atteint. Le dernier rapport du haut commissaire aux droits de l'homme mentionne une trop faible rémunération comme étant de nature punitive. [A/HRC/35/4](#), § 21.



**KREISSCHULE**

TENNIKEN EPTINGEN DIEGTEN

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Zivildienst Zentralstelle
15. Okt. 2018
Eingescannt Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>

Diegten, 11.10.2018

### **Stellungnahme der Kreisschule TED, Einsatzbetrieb 52471 zur Änderung des Zivildienstgesetzes**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

#### **Einleitung und grundsätzliche Beurteilung**

Die Kreisschule TED beschäftigt seit Sommer 2016 jeweils einen ZIVI an unserer Schule. Der Zivi ist an unserer Schule eine sinnvolle und bereichernde Ergänzung. Er unterstützt das Lehrpersonenteam und die Schülerinnen und Schüler täglich.

- Wie an vielen Schulen der Primarstufe liegt die Zahl der männlichen Lehrpersonen auch bei uns bei nur 10%. Der Zivi bietet sich als Vorbild und männliche Identifikationsfigur für die Schülerinnen und Schüler an.
- Der Transport mit dem öffentlichen Bus funktioniert dank der Begleitung durch den Zivi reibungsloser und sicherer.
- Bedingt durch die Anstrengungen der Integration vieler Schülerinnen und Schüler in die Regelschule, ergeben sich viele zusätzliche Betreuungsaufgaben.
- Zur Betreuung der sehr jungen Kinder im Kindergarten in den ersten Wochen ist der Einsatz des Zivis sehr wertvoll und wichtig.
- Schliesslich sind die Schulen dabei, sich den Herausforderungen der Digitalisierung zu stellen. Der Zivi leistet auch in diesem Bereich wertvolle Arbeit.
- Viele weitere Einsatzmöglichkeiten sind denkbar.

Die Anstellung eines Zivis für diese vielen Aufgaben, die unsere Schulen im Interesse der Gesellschaft leisten müssen, stellt für die Gemeinden als Träger der Primarschule eine finanzierbare Möglichkeit dar.

Die sorgfältige Rekrutierung der Zivis stellt einen wichtigen Aspekt für das Gelingen eines Einsatzes dar. Bisher haben genügend junge Männer einen Einsatz im Schulbereich gesucht. Es war möglich gut geeignete Kandidaten für diese anspruchsvolle Tätigkeit zu finden.

Die geplanten Verschärfungen könnten das Angebot jedoch stark reduzieren. Dieses Risiko möchten wir auf jeden Fall verhindern.

Wir bitten Sie daher von den geplanten Verschlechterungen im Zivildienst abzusehen. Für den gesellschaftlichen Zusammenhalt der Generationen leistet der Zivildienst an Schulen einen äusserst wichtigen Beitrag.

Die Kreisschule TED lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

### **Eigene Vorschläge**

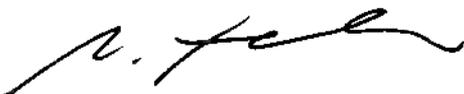
Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwarten die Einsatzbetriebe, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln.

Folgende Massnahmen erachten wir als zielführend:

- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen.
- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll flexibler und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze und der Einsatzbetriebe angepasst werden. Das bisherige, starre Reglement zu den Weiterbildungsvorschriften muss für die Schulen flexibler handhabbar werden. Für die Schulen sind insbesondere die ersten Wochen des Schuljahres sehr kritische Phasen. In dieser Zeit kann es nicht sein, dass der Zivi im Kurs ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Monika Feller



Schulleitung, Kreisschule TED

**CIVIVA<sup>+</sup>**

zivildienstverband | fédération service civil | federazione servizio civile

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Zürich, im August 2018

## Stellungnahme des Schweizerischen Zivildienstverbandes CIVIVA zur Änderung des Zivildienstgesetzes

Degersheim, 22. September 2018

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Die Monteranaschule in Degersheim ist seit 4 ½ Jahren Einsatzbetrieb für Zivildienster. Wir machen bisher sehr gute Erfahrungen mit den Zivis in Bezug auf unseren Betrieb wie auch als Arbeits- und Erfahrungsort für die Dienstleistenden als auch in der Zusammenarbeit mit den ZIVI-Vollzugsstellen. Aus dieser unserer Sicht, wie auch aus Sicht von uns als Schweizer Bürgerinnen und Bürger gibt es keine triftigen Gründe, an der heutigen Ziviregelung Grundlegendes zu ändern. So unterstützen und unterschreiben wir die Stellungnahme des Schweizerischen Zivildienstverbandes CIVIVA zur Änderung des Zivildienstgesetzes im vollen Wortlaut:

Civiva:

"Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### Einleitung und grundsätzliche Beurteilung

Der Schweizerische Zivildienstverband CIVIVA vertritt die Interessen der Zivildienstleistenden und Einsatzbetriebe. CIVIVA ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.



## CIVIVA\*

zivildienstverband | fédération service civil | federazione servizio civile

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### Kein Handlungsbedarf

Sowohl die drei Bericht des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

### Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoß gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

### Unklare Auswirkungen

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. CIVIVA weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben.



## CIVIVA<sup>+</sup>

zivildienstverband | fédération service civil | federazione servizio civile

Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Der Schweizerische Zivildienstverband CIVIVA lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

### Eigene Vorschläge

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet CIVIVA, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. CIVIVA schlägt dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.
- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

### Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist CIVIVA auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.“*





zivildienstverband | fédération service civil | federazione servizio civile

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für CIVIVA ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

### **Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Dienstage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

### **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

CIVIVA geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Diensttage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Diensttage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.





zivildienstverband | fédération service civil | federazione servizio civile

## **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht von CIVIVA besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

CIVIVA ist der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

## **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. CIVIVA sieht absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildienstage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Dienstage erfüllen (2017: 96.7% aller Dienstage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Dienstage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Dienstage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.

## **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

## **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

CIVIVA bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden





zivildienstverband | fédération service civil | federazione servizio civile

Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüssen.“

Monterana, Ort für selbst gestaltetes Lernen

Für die Betriebsleitung

Handwritten signature of Susanne Tobler in black ink.

Susanne Tobler

Stephan Bucher

Degersheim, 22. September 2018

Handwritten signature of Nadia Agosti in blue ink.  
i. V. Nadia Agosti



Permanence romande pour civilistes et militaires  
Permanence@infodroit.ch ou  
Le mardi de 12 à 14 heures au 026 925 80 66.  
Pour les urgences, 079 524 35 74, veuillez laisser un message.

Flendruz, 16 juin 2018

### Avis de droit

*A qui de droit*

#### **7 mesures du Conseil fédéral destinées à la consultation. Modifications de la loi sur le service civil. 2018**

##### En préalable

1. Le droit à l'objection de conscience est un droit fondamental internationalement reconnu.
2. Il est reconnu par les jurisprudences du Comité des droits de l'homme et de la Cour Européenne des droits de l'homme, il est présent dans la constitution suisse<sup>1</sup>.
3. Ce droit s'appuie essentiellement tant sur le refus impératif de tuer que sur le refus de résoudre les conflits par la violence.
4. Le conflit entre l'obligation constitutionnelle de servir dans l'armée d'une part et la conscience d'autre part (appelé conflit de conscience) peut se manifester sous diverses formes et à divers moments, de façons plus ou moins virulentes ou soudaines, y compris parfois par des somatisations ou des actes de rébellions. La problématique a été largement résolue par deux mesures:
5. 1) Il a été renoncé au « contrôle de conscience » en adoptant le système dit de la preuve par l'acte, soit l'acceptation, par la personne qui demande le service civil d'une durée plus longue pour ce service que celle requise pour le service militaire.

Cette mesure a pour avantage (en plus d'une forte diminution de la charge administrative) d'éviter d'une part l'aggravation et la stigmatisation du conflit de conscience par son besoin de le confronter à la procédure et de libérer d'autre part la personne concernée d'une appréhension et d'une expression intellectuelle et verbalisée de ce conflit, inévitablement discriminatoire selon le niveau d'éducation, et sujette d'autre part à des biais divers, puisque le résultat de l'examen dépendait largement du degré de préparation à celui-ci plutôt que de la nature même, des sources et des raisons du conflit de conscience.

6. Il convient toutefois de noter que ce système de quotité a dès le début présenté un défaut important, au demeurant partiellement caché des civilistes eux-mêmes, dans la mesure où la durée de service civil requise par la loi (1 fois et demie – 1,5 – celle du service militaire encore à faire au moment de la demande) est dans la pratique comparativement différente de la durée du service militaire réellement effectuée par les militaires libérés lorsqu'ils atteignent la limite d'âge. En effet, ceux-ci se voient alors remettre le solde des jours de service non-effectués, alors que les civilistes se voient pénalement condamnés s'ils n'effectuent pas l'entier de leurs jours avant la même limite d'âge (limite par ailleurs par elle-même plus exigeante, puisqu'ils ont plus de jours à effectuer dans le même laps de temps). L'armée a de plus tardé à donner les chiffres permettant de mesurer cette différence des durées respectives des

---

<sup>1</sup> Constitution fédérale (Cst.) [Article 10 sur la droit à la vie](#), [art. 15 sur la liberté de conscience](#), [art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement](#).



services. Pourtant des estimations raisonnables permettaient d'évaluer le nombre de jours de service civil effectués pour les civilistes demandant le service civil pour l'entier de leur périodes de service militaires comme étant environ du double du nombre de jour effectué en moyenne par les soldats terminant leur obligation à la limite d'âge<sup>2</sup>. Actuellement, ce taux semble s'être amélioré un peu, mais la durée comparée du service civil resterait de 1.8 plus élevée que la durée des services militaires, et non pas les 1.5 que stipule la loi. Il conviendra de vérifier les effets de la nouvelle loi sur l'armée sur cette problématique, la limite d'âge n'étant plus un âge fixe (p. ex. 34 ans), mais devenant un nombre de dix années pour faire les services requis après l'école de recrue<sup>3</sup>.

7. De plus la discrimination pénale demeure, puisque contrairement au service civil, aucune mesure permettant d'assurer le rythme et le progrès de la réalisation des périodes de service militaire, mesure accompagnées dans la loi sur le service civil de mesures pénales en cas de retards, n'ont été introduites dans la nouvelle législation sur la l'armée. Ainsi, le civiliste doit accomplir certaines périodes (la première suivant l'admission et la période longue) selon des délais fixes et il ne doit pas lui rester plus d'une certaine proportion de jours à faire avant d'atteindre la limite d'âge. Passé ces délais ou si la proportion de jours restant à faire est trop forte, le civiliste est convoqué d'office pour le surplus ou la période concernée, puis il encoure une peine s'il n'effectue pas la période requise. Il n'existe, pas de système similaire ou aussi contraignant dans l'armée. Pour avoir une vision complète de cette discrimination, pénalement grave, il conviendrait encore de comparer le nombre des dispenses pour justes motifs, lesquelles au demeurant ne font que repousser le problème, dispenses accordées tant pour les civilistes que pour les militaires. Nonobstant, vu la nature différente des système de suivi et de répression des deux sortes d'obligations, puisqu'il y a des condamnations pour retard dus au système de suivi contre les civilistes et qu'il n'y en a pas pour les militaires, la discrimination pénale demeure, tout comme demeurera a priori la discrimination sur les durées.

8. 2) Il importe de souligner que le service civil peut et doit pouvoir être demandé en tout temps, c'est d'ailleurs dans la loi<sup>4</sup>.

9. Cela concerne bien sûr la possibilité de demander le service civil depuis une période de service militaire, mais porte surtout sur la nature du conflit de conscience et relève en partie aussi du droit humanitaire.

10. Ainsi, le conflit de conscience peut se développer par une réflexion autonome, mais il peut aussi surgir, progressivement ou soudainement, face à une circonstance rencontrée dans le cadre du service militaire, par exemple lors de la première prise d'arme (il y a hélas des condamnations pour refus d'ordre de personnes qui font à ce moment-là un blocage psychologique) ou en étant mis en confrontation à une arme particulièrement destructive.

11. Il convient aussi, et c'est d'une grande importance, de citer le cas de l'objection de conscience à un ordre criminel, y compris ou surtout si celui-ci viole le droit humanitaire ; objection qui doit en effet pouvoir être exprimée en tout temps et en particulier de façon immédiate au moment de la réception de l'ordre contesté, cette objection devant alors, selon les circonstances, rejeter non-seulement l'ordre contesté lui-même mais aussi l'ensemble du système qui produit ou maintient cet ordre injuste, à tout le moins si l'ordre est maintenu, car alors seul le refus personnel et complet du système permettant, à défaut de pouvoir l'empêcher, la réalisation de ce ordre illégal et des ses conséquences, de préserver la conscience, et donc l'innocence de la personne confrontée à une telle situation. L'objection de conscience à une circonstance particulière devenant alors une objection au sens usuel du terme, une objection d'ensemble au service militaire<sup>5</sup>.

---

<sup>2</sup> Détail du calcul : <http://www.infodroit.ch/spip.php?article44>

<sup>3</sup> Ordonnance sur les obligations militaires (OMI), 1.1.2018, [art. 19](#).

<sup>4</sup> Loi sur le service civil, [art. 16](#).

<sup>5</sup> Voir par exemple, [Jacques Verhaegen](#) : «Le refus d'obéissance aux ordres manifestement criminels », revue du CICR, vol. 84, n° 845, mars 2002.



### Analyse des mesures proposées

**Mesure 1:** 150 jours de service civil pour toutes personnes n'ayant pas terminés ses « services d'instruction » et ayant moins de 100 jours de service militaire restant.

#### Appréciation générale

12. Par « services d'instruction », il est entendu toutes les périodes de services militaires, à savoir écoles de recrues, écoles de cadres et cours de répétition<sup>6</sup>.

13. La proposition équivaldrait à « condamner », imposer à tout militaire ayant entre 1 et 100 jours de service militaire encore à faire à effectuer 150 jours de service civil.

14. La mesure incite à terminer ses obligations militaires au lieu de demander le service civil.

15. Partant du constat, hautement probable<sup>7</sup>, selon lequel les pertes en effectifs augmentent en fonction de l'âge par lassitude, perte d'intérêt ou en raison de l'augmentation des obligations professionnelles et familiales. Il conviendrait toutefois de disposer des chiffres du nombre des personnes qui quittent l'arme dans ces tranches d'âge soit pour le service civil, soit pour raisons médicales. En effet, si le problème est une question d'emploi du temps, la demande de service civil est d'autant plus contre-productive.

16. A cet aulne, la mesure aura pour effet principal d'augmenter le nombre de demandes médicales et assez peu de diminuer le nombre de service civil. Quand à sa capacité à renforcer la motivation pour l'armée, elle est ici hors contexte – ce n'est pas notre problème ou celui du service civil – et elle n'est que très indirecte, la diminution de l'attrait du service civil n'augmentant pas pour autant l'attrait pour l'armée.

#### Calculs concernant la mesure proposée

17. Dans la pratique, divers types de calculs sont possibles pour déterminer les effets et les proportions de la proposition. Mes connaissances mathématiques sont limitées, donc d'autres calculs sont peut-être possibles ou éventuellement meilleurs, mais ceux-ci révèlent plusieurs des effets pervers de la proposition:

a. Le facteur multipliant le nombre de jours à faire est, avec la proposition exponentiel : La personne qui aurait 1 seul jour d'armée encore à faire se retrouverait à en faire 150 jours, soit 150 fois plus que le nombre de jour d'armée requis.

Dans le détail, un militaire à qui il resterait :

1 cours de répétition (CR), soit 19 jours (150/19), verrait le multiplicateur passer de 1.5 à 7.89

2 cours de répétition, le facteur (150/38) est encore du quadruple (3.94)

3 cours de répétition, le facteur descend à 2.63

4 cours de répétition, le facteur est de 2 (1.97)

5 cours de répétition le facteur est encore de 1.57, soit plus haut que la loi actuelle ou que le facteur attribué aux civilistes ayant encore plus de jours.

Ce n'est donc qu'avec 6 cours de répétition encore à faire, soit avec le nombre total des cours de répétition à faire par les soldats, et donc durant le premier cours de répétition que l'ajout systématique de 150 jours, rejoint le facteur général de 1.5.

*Dit autrement, à quelques jours prêts, quiconque demanderait le service civil après l'école de recrue devrait faire 150 jours de service civil au moins, quelque soit le nombre de jour d'armée restant à faire. Pourquoi ne pas le dire ?*

b. Le calcul peut aussi être fait en tenant compte des jours de service militaires et civils faits au total.

Exemple pour un soldat :

Ecole de recrue de 124 jours, solde 121 jours de service en CR. Total 245<sup>(8)</sup>. Service civil complet, 245 X 1.5 = 367 jours de service civil.

Jours de service mil faits : 244 (au lieu de 245)+150=394 (proposition). Système actuel : 244 + 2 (1 x 1.5) = 246 (actuel). Différence : 148 jours à faire en plus qu'avec le système actuel et ... 27 de plus qu'en ayant demandé le service civil dès le recrutement.

<sup>6</sup> Loi sur l'armée et l'administration militaire (LAAM), [art. 41](#).

<sup>7</sup> La permanence que nous représentons confirme, à sa modeste mesure, cette tendance. Les hommes de plus de 25 ans sont relativement nombreux à vouloir mettre un terme à leurs obligations militaires et leur nombre augmente avec l'âge

<sup>8</sup> OMI, [art. 47](#).



Jours de service faits :  $238 (6 \text{ CR faits}) + 150 = 388$  jours à faire ou (système actuel)  $238 + 9 (6 \times 1.5) = 247$ . Différence : 141 jours de service civil en plus qu'avec le système actuel, mais aussi 21 jours de service (mil et civ) en plus de ce que ce même soldat aurait eu à faire s'il avait demandé le service civil dès la fin du recrutement.

En cela, le service est *punitif parce qu'il impose des jours en plus ... pour avoir accepté de faire presque tout son service militaire !!!*

Jours de service faits :  $219 (5 \text{ CR}) + 150 = 369$  ou (actuel :)  $219 + 39 (26 \times 1.5) = 258$ . Différence : 111 jours de plus que le système actuel, mais encore 2 jours de plus qu'avec un service civil demandé dès l'origine.

Jours de service faits  $200 (4 \text{ CR}) + 150 = 350$  ou actuel  $200 + 68 (45 \times 1.5) = 268$ . Différence : 82 en plus que le système actuel.

A partir d'ici le nombre total de jours faits devient inférieur à un service civil demandé d'emblée et donc les jours de service militaire faits diminuent le nombre total de jours à faire.

Jours de service faits  $181 (3 \text{ CR}) + 150 = 331$  ou  $181 + 96 (64 \times 1.5) = 277$ . Différence, 54 jours de service civil en plus, mais 90 de moins qu'avec un service civil complet.

Jours de service faits  $162 (2 \text{ CR}) + 150 = 312$  ou

Jours de service faits  $143 (1 \text{ CR}) + 150 = 293$  ou  $143 + 156 (101 \times 1.5) = 299$  Différence  $\pm 0$ .

#### Effets pour la pratique

c. Les effets du nouveau système sur les intérêts des candidats civilistes, en termes de jours à faire seraient les suivants :

1) Le facteur de 1.5 s'applique durant l'école de recrue, voir durant le 1<sup>er</sup> CR. Inchangé.

2) Tout jour d'armée fait durant cette période diminue effectivement le nombre total (armée et sc) de jours à faire, par rapport à un service civil complet. Inchangé.

3) Dès le 2<sup>ème</sup> CR et jusqu'au 4<sup>ème</sup> CR, le nouveau système augmente progressivement, par rapport à l'ancien, effet étrange, le nombre de jours total à faire, même si l'on fait ces CR, soit d'avoir à faire encore plus de service en tout parce que l'on fait de l'armée (absurde !), puis d'avoir à faire du service civil en plus, même si le nombre de jours total de service civil et militaire reste inférieur à ce que devrait faire un civiliste de la première heure mis au facteur 1.5).

Exemple : Faire un 2<sup>ème</sup> CR de 19 jours et demander le sc, ajoute en plus de ces 19 jours 17 jours de service en tout (civil et militaire) par rapport au système actuel, dans lequel le civiliste en faisant ce CR épargnerait 9 jours de service civil ( $19 - x 1.5$ ). (Nouveau :  $162 \text{ SM} + 150 \text{ SC} = 312$  Ancien  $162 + 125$  (solde de  $83 \times 1.5$ ) = 287, nouveau = J plus 25. S'il ne fait pas ce CR (ancien  $\text{SM } 143 + \text{SC } 152 (101 \times 1.5) = 295$  soit quelques jours en plus de SC pour ne pas avoir fait ce cours (295 au lieu 287), mais toujours au total 17 jours de moins qu'en faisant ce CR dans le système proposé, lequel augmente donc le nombre de jours à faire sans donner de diminution pour ceux faits.

Idem pour les 3<sup>ème</sup> et 4<sup>ème</sup> CR. Je renonce aux calculs ici, mais le nombre de jours d'armée faits sans diminuer le nombre de jours de service totaux augmentera d'autant, par rapport à quelqu'un qui demande le SC après l'ER ou le 1<sup>er</sup> CR.

4) Dès le 5<sup>ème</sup> CR, le nombre total (SC et SM) de jours à faire devient plus grand que quelqu'un qui demande le service civil dès le 1<sup>er</sup> jour.

d. En résumé, il ne sera intéressant, en terme de jours à faire (ou rentable) de demander le service qu'entre le recrutement et la fin du 1<sup>er</sup> cours de répétition. A l'inverse, toute demande faite ultérieurement augmentera, de plus en plus gravement, la charge totale du nombre de jours à faire, laquelle dépassera, si le SC est demandé durant ou après le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, le nombre de jours à faire pour quelqu'un qui demande le service civil avant l'ER.

18. Tactiquement, pour le soutien aux objecteurs, l'intérêt à demander le service civil entre le recrutement et la fin de l'école de recrue reste similaire. Par contre, plus le militaire avance dans sa carrière militaire, plus la charge de jours augmente, plus il devient difficile de demander le service civil (et plus sera grande le besoin de demander la voie bleue).

19. Cela n'aura pas pour effet de diminuer fortement le nombre de demandes de service civil, puisque les demandes seront soit pour une part reportées plus tôt dans la carrière militaire, soit transformées en demande médicales et que rares seront les personnes qui en fin de carrière militaire décideront de finir leur service plutôt que de sortir de l'armée, d'une façon ou d'une autre.



### La durée du service civil en droit

20. En droit Suisse, le facteur légal de 1.5 est le même depuis l'origine. Avec toutefois la réserve présentée ci-dessus au point 6 concernant la durée effective (et non légale) située aux environs de 1.8.

21. Le droit international, le Comité des droits de l'homme et la Cour européenne des droits de l'homme, tiennent de jurisprudence constante le fait que le service civil doit être de nature civile et non-punitif.

22. Une durée supérieure au double du service militaire à remplacer est considérée comme excessive<sup>9</sup>. Ainsi, l'attribution à toute personne ayant moins de 75 jours de service militaire à faire de 150 jours de service civil serait contraire au droit international.

23. Mais c'est dans son ensemble, ou à tout le moins dès le 2<sup>ème</sup> cours de répétition, que la mesure est discriminatoire. D'abord parce que plus, ils servent dans l'armée, plus elle pénalise les militaires qui demandent le service civil. Ensuite, parce qu'elle traite différemment des personnes dans des situations similaires, à savoir des personnes présentant une demande de service civil, demande qui est de même nature quel que soit le moment où elle est faite et pour laquelle le nombre de jours de service militaire accomplis n'a aucune incidence, sauf peut-être à renforcer le besoin de présenter une objection de conscience, ce qui reste sans influence aucune sur le droit fondamental à demander le service civil.

24. La loi sur le service civil pose comme principe que la charge du service civil devrait équivalente à celle de l'armée<sup>10</sup>. Toutefois la mesure proposée, en tous les cas dès le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, puisque la charge en jours à faire est alourdie au-delà de ce que le militaire aurait à faire en demandant le service civil avant l'école de recrue. Ainsi, non-seulement, la personne concernée effectue la plus large part de son service militaire (les 3/4), mais elle y voit ajoutée une part importante de service civil (150/367) soit presque la moitié du service civil en plus, pour un total qui dépasse ce qu'elle aurait eu à faire tant à l'armée qu'avec un service civil entier. A ce titre, la mesure est non seulement dissuasive, mais discriminatoire dans la mesure où elle pénalise ceux qui ont déjà fait beaucoup d'armée (ne devraient-ils pas au contraire être pour cela remerciés ?).

25. Par ailleurs, le droit à l'objection de conscience étant un droit fondamental, toute forme de dissuasion, en entravant son libre exercice, est déjà une violation du droit.

26. Et il est finalement, à mon sens, difficile la nature punitive de la mesure, puisque ce sont ceux-là même, qui ont le plus servi dans l'armée, qui se voient le plus pénalisés.

### Résumé :

- Violation du droit international sur la durée du service civil.
- Discrimination entre les civilistes « d'origine » et ceux qui demandent le service civil au cours de leur carrière militaire (l'objection reste la même, pour les mêmes motifs et contre le même service militaire, seule change la situation militaire).
- Mesure probablement punitive.
- Mesure simple en apparence, mais particulièrement compliquée à comprendre et à calculer, entre autres pour les personnes concernées.

---

<sup>9</sup> ONU, Comité des droits de l'homme: Foin v France (Communication No. 666/1995), CCPR/C/D/666/1995, 9 November 1999, para. 10.3, entre autres jurisprudence. Voir aussi: Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 8.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

Il existe aussi une traduction allemande de document, p. 21 : [http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-](http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV_2014-3_KDVundAsyl.pdf)

[eV\\_2014-3\\_KDVundAsyl.pdf](http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV_2014-3_KDVundAsyl.pdf)

Voir aussi le rapport quadriennal du Haut Commissaire aux Droits de l'Homme sur l'objection de conscience, 1.5.2017, § 22.

<http://www.undocs.org/fr/A/HRC/35/4>

<sup>10</sup> LSC 5



### **Mesure 2 :**

Délai d'attente de 12 mois entre le dépôt de la demande et l'admission, avec obligation de faire les périodes de service militaires prévues.

27. La mesure est contraire à la constitution. Celle-ci prévoit, textuellement : « un service de remplacement »<sup>11</sup>. Or un *remplacement du service* n'est en aucun cas un service de remplacement *différé* avec maintien du service à remplacer, en attente du service de remplacement.

Des délais pour la mise en œuvre, par la personne concernée comme par l'administration, du service de remplacement sont acceptable, voir le maintien des obligations en attente de la décision d'admission<sup>12</sup>, mais en aucun le droit à l'objection de conscience ne saurait-il être suspendu.

28. De plus, la proposition est largement impraticable et passablement conflictogène. Les civilistes concernés ne se gêneront pas pour demander des reports, se faire porter malade ou pour ne pas se présenter et leur motifs de conscience finissant toujours par être reconnus, ils ne seront, s'ils sont que partiellement et inégalement sanctionnés pour ces déflections. Sans parler de la charge administrative supplémentaire pour les administrations cantonales.

### Résumé

- Mesure contraire à la constitution.
- Discrimination entre les civilistes qui font une demande avant l'école de recrue, lesquels ne sont pas condamnés à des périodes militaires et ceux qui la font après l'ER, qui doivent en faire ou, vaille que vaille, les faire annuler.
- Mesure de nature à créer de nombreuses difficultés administratives tant pour les conscrits et les civilistes que pour l'administration.

### **Mesure 3 :**

29. Suppression du facteur 1.1 et passage au facteur 1.5 pour les officiers et les sous-officiers supérieurs.

30. Les personnes concernées sont relativement peu nombreuses. Elles ont néanmoins les mêmes droits. Mais surtout toutes ces personnes, qui ont été obligées de revêtir ces fonctions d'encadrement, ont déjà servi, au moment de la demande d'admission au service civil plus de jours d'armée que ne servent les civilistes qui n'en a fait aucun. Le moins gradé de ceux-ci servira un total 440 jours de services au lieu de 245<sup>13</sup>. Pour obtenir son grade, il en aura déjà fait presque autant qu'un soldat normal. Et le solde de jour à faire, qu'il soit multiplié par 1.1. ou 1.5 dépassera de toutes façons le nombre maximal de jours effectués par un civiliste ne faisant pas d'armée du tout.

31. Sachant que l'obligation de grader est imposée, même avec un facteur 1.1, la personne qui demande le service civil alors qu'elle a déjà revêtu son grade est discriminée par rapport à un civiliste qui demande le service avant de recevoir le moindre grade. Augmenté cette durée plus encore, alors que la personne gradée sert déjà plus que toute autre personne sans garde, apparaît là aussi comme punitive.

### Résumé

- En conjonction avec la discrimination décrite ci-après, violation du droit international sur la durée du service de remplacement.
- Discrimination entre les officiers et sous-officiers supérieurs d'une part et les soldats d'autre part en raison d'abord de l'obligation de grader d'abord, pour laquelle les premiers ne peuvent rien, puis du fait qu'en raison de cette obligation, ils ont déjà effectué, contre leur gré, une durée de service aussi importante que les soldats, durée sur laquelle vient ensuite s'ajouter une très longue durée de service civil supplémentaire. Dit autrement, le soldat qui demande le service civil évite non-seulement de grader, mais tous les jours de service civil supplémentaires en cas de conflit de conscience alors que l'officier, qui est en droit de développer un conflit de conscience à tout moment, en est d'autant plus pénalisé.

<sup>11</sup> [Art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement.](#)

<sup>12</sup> [LSC 17 et 17a.](#)

<sup>13</sup> [OMI 47](#)



- Mesure qui ne touche qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 4 :**

32. Interdiction faite aux médecins de faire du service civil en tant que médecins.

33. Là encore, la mesure ne concerne que très peu de personnes. Les médecins ont en moyenne au moins 26-27 ans à la fin de leur formation et ce moment-là, la plupart des périodes longues sont faites. Mais quand bien même, faut-il priver les hôpitaux de ces médecins-là ?

34. Par ailleurs, la mesure est à nouveau discriminatoire ; pourquoi les médecins et pas les géologues, les travailleurs sociaux ou les enseignants ? Là ce ne serait plus seulement certains civilistes, mais tout le service d'intérêt public qui tendrait à être victime d'une vision trop étroite des possibilités de service civil.

35. Enfin, il existe certes une disposition qui interdit certaines affectations en fonction de la personne du civiliste, en particulier si elle favorise sa formation<sup>14</sup>. Et c'est probablement, dans ce contexte que la proposition s'inspirerait. Mais à nouveau, certains militaires exercent des fonctions militaires en lien avec leur profession – et pas seulement des médecins ! – en quoi des civilistes n'auraient-ils pas le droit d'en faire autant ?

#### Résumé

- Mesure hautement discriminatoire (par professions).
- Mesure ne touchant (en l'état, que les médecins) qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 5 :**

36. Pas d'admission au service civil pour les personnes pour lesquelles il ne reste plus de jours de service, mais pour lesquelles il reste des tirs obligatoires.

37. La question est controversée depuis longtemps. Seul sont concernés les militaires en service long, qui restent incorporés ensuite pendant 4 ans<sup>15</sup>. Il conviendrait de savoir combien il y a eu de cas.

38. Pour rappel, les militaires ont la possibilité de déposer l'arme, sans motifs, s'ils ne souhaitent pas la conserver, mais cela ne les dispense pas des tirs<sup>16</sup>.

39. D'abord, il convient de rappeler que l'exécution de tirs obligatoires, dans le cadre d'un service militaire, même terminé, peuvent donner lieu à conflit de conscience, qui plus est si celui-ci peut avoir à se manifester durant une période de 4 ans.

40. En ce sens, la mesure ignore et passe complètement à côté, nie un problème qu'il y aurait pourtant lieu de résoudre.

41. A mon sens, une procédure plus simple qu'une admission au service civil devrait permettre, par exemple mais en tous les cas pour motifs de conscience légitimes, de remettre l'arme définitivement et d'être ainsi dispensé des tirs obligatoires.

#### Résumé

- Violation du droit à l'objection de conscience
- Mesure administrative inadéquate
- Mesure ne touchant qu'un nombre limité de personne

#### **Mesure 6 :**

42. Les civilistes sont tenus de faire une période de service civil par année dès l'admission.

---

<sup>14</sup> [LSC 4a](#)

<sup>15</sup> [LAAM 54a](#)

<sup>16</sup> Ordonnance concernant l'équipement personnel des militaires (OEPM), [art. 6a](#).



43. La mesure existe déjà, [art. 39a](#) de l'ordonnance sur le service civil : « La personne astreinte au service civil *effectue chaque année* des affectations de service civil d'une durée de 26 jours au moins à partir de la deuxième année civile au plus tard ».

44. Les reports étant relativement fréquents, on peut se demander si c'est ceux-ci qu'il s'agit de limiter, mais le texte de la mesure est pour le surplus inutile.

#### Résumé

- Proposition de mesure incompétente, mesure déjà prévue par la loi.

#### Mesure 7 :

45. Obligation pour les personnes en service long, d'effectuer la période longue de service civile dans l'année qui suit (et non pas dans les trois ans qui suivent) l'admission au service civil.

46. Imposer un service civil long est une vieille mesure de 2011, que le Tribunal administratif fédéral avait annulée en raison de [l'article 20 de la LSC](#) qui stipule que le SC peut être fait en une ou plusieurs périodes<sup>17</sup>.

47. Depuis toujours, nous recommandons aux militaires en service long de passer d'abord au service normal, avant de demander le service civil, entre autres afin d'éviter le surplus de jours, actuellement 55 jours de service militaire ou 82 jours de service civil en plus<sup>18</sup>. Notre recommandation ne changera pas.

48. De plus, la mesure ne prévoit cette obligation que si l'école de recrue n'est pas terminée, or l'école de recrue est considérée comme terminée si 80% de ses jours ont été accomplis<sup>19</sup>; soit pour une école usuelle de 124 jours, dès le 100<sup>ème</sup> jour d'école de recrue. Mais dans la pratique, la demande de service civil peut être faite quelques jours plutôt, puisque celle-ci prend quelques jours, voir semaines à condition pour cela que l'admission à la fin du processus de demande intervienne après le 100<sup>ème</sup> jour de service.

49. Que ce soit en passant au service normal et en attendant les 80% de son service militaire (dans des conditions « suffisantes ») – si encore au service long avec les jours en sus – il est très facile d'éviter cette mesure et peu nombreux sont ceux qui se retrouveront à devoir faire une période longue ou leur période longue de service civile dans l'année qui suit. Au demeurant si un plan de carrière avait prévu une mise en suspend de celui-ci pour le service militaire long, avec une libération en fin d'école de recrue et une affectation longue trouvée rapidement, celle-ci peut être faite dans le temps préalablement dévolu au service militaire long.

50. La mesure est aussi discriminatoire puisqu'elle traite plus durement les militaires en service long que les militaires en service normal d'une part, et alors plus durement que les civilistes n'ayant pas débuté l'école de recrue d'autre part.

#### Résumé

- Mesure facile à contourner, voire à accommoder.
- Mesure ne concernant alors plus qu'un nombre limité de personne.
- Mesure discriminatoire.

#### Considérations finales

51. Les mesures 1 et 3 violent le droit international sur la durée du service civil.

52. La mesure 2 viole la constitution sur la notion de service de remplacement et la mesure 5 viole la constitution sur le droit à un service de remplacement.

53. Les mesures 1, 3, 4 et 7 sont clairement discriminatoires et violent à un titre ou un autre l'égalité de traitement.

54. Les mesures 3, 4, 5 et 7 ne touchent que – mais gravement – un nombre limité de personnes. À ce titre, le but premier de ces mesures n'est probablement pas ou que partiellement de toucher ces personnes-là, voire de les maintenir dans l'armée mais de donner l'impression qu'il est difficile ou déconseillé, qu'il est

<sup>17</sup> <http://www.infodroit.ch/spip.php?article91>

<sup>18</sup> [OMI 111](#)

<sup>19</sup> [OMI 57](#) ou [37 ordonnance sur le service civil \(OSI\)](#) (même teneur).



même dissuadé de sortir de l'armée. Un tel but viole le droit au service civil et un service civil non-discriminatoire et non-punitif.

55. Il convient d'ajouter à ce propos que les instances et jurisprudences internationales ont reconnus sans hésiter le droit à l'objection de conscience pour les appelés, comme pour les volontaires et les professionnels. Autrement dit et pour ce qui nous occupe ici, le droit à l'objection de conscience et au service de remplacement est et reste le même, ne saurait donc subir d'aggravation dans l'exercice du droit, soit l'accès au service civil, comme dans sa réalisation, soit l'accomplissement du service civil, que la personne concernée aie commencé ou non à servir dans l'armée<sup>20</sup>.

56. Les mesures 2, 3 et 4 supposent des difficultés de mise en œuvre particulièrement importantes. La mesure 5 pourrait faire l'objet d'une simplification administrative.

57. La mesure 6 est inutile, une aberration puisqu'elle préconise quelque chose qui existe déjà.

58. L'analyse de l'ensemble de ces mesures donne l'impression forte que l'armée est très embarrassée, mal à l'aise en raison des demandes service civil issues des ses rangs.

59. Ainsi quand bien même l'ensemble de ces mesures, si elles venaient à être mise en œuvre, aurait pourrait effet d'inciter les conscrits à demander le service civil bien plus tôt, ce qui n'est pas utile à l'armée non plus, il conviendrait de combattre ces mesures pour les effets et les complications graves qu'elles imposent, en toutes sortes de circonstances, aux militaires.

60. Il convient aussi de constater que les mesures proposées font preuve d'une méconnaissance, tant du droit international que du droit constitutionnel suisse qui confine à l'impréparation, voire au mépris, tant des civilistes que des militaires.

61. Enfin, dans le cadre des réactions à ces propositions de mesures, il conviendra de rappeler certaines ou l'ensemble de nos revendications de base, à savoir une présence civile lors du recrutement afin de faciliter son impartialité, un durée raisonnable et une compensation financière garantissant au moins l'accès au minimum vital<sup>21</sup>.

Christophe Barbey,  
Juriste, permanent depuis 2006

---

<sup>20</sup> Voir les résolutions du Conseil des Droits de l'Homme, par exemple la résolution du 8 octobre 2013, art. 12 [A/RES/HRC/24/17](#) ou Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 4.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

<sup>21</sup> Avec une APG de 62.- par jour durant l'ER ou son équivalent au service civil, ou en cas d'absence de salaire préalable au service ou de droit à son équivalent, avec 1'800.- par mois ~, le minimum vital n'est pas atteint. Le dernier rapport du haut commissaire aux droits de l'homme mentionne une trop faible rémunération comme étant de nature punitive. [A/HRC/35/4](#), § 21.

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Zivildienst Zentralstelle	
12. Sep. 2018	
Eingescannt	Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>

Baden, 10. September 2018

## Stellungnahme Museum Langmatt Baden zur Änderung des Zivildienstgesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr. Gerne stellen wir uns kurz vor:

Das Museum Langmatt – ein unverwechselbares Ensemble von Architektur, Kunstsammlung und Park – sucht in der Schweiz seinesgleichen. Seit der Eröffnung 1990 fasziniert das Museum ein breites Publikum mit Einblicken in das grossbürgerliche Wohnen der Belle Époque. Als eine der Gründerfamilien der vormaligen BBC (heute ABB) führten Sidney und Jenny Brown-Sulzer in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts ein offenes Haus, in dem sie zahlreiche Gäste, Kunstschafter und Musiker empfingen. Herzstück der 1900/01 von Karl Moser erbauten Jugendstilvilla ist eine erlesene Sammlung französischer Impressionisten. Mit wechselnden Ausstellungen und facettenreichen Veranstaltungen präsentiert das Museum ein inspiriertes Angebot für alle Generationen.

### Einleitung und grundsätzliche Beurteilung

Das Museum Langmatt ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend. Als Kulturbetrieb, der für die Öffentlichkeiten einen grossen

Dienst leistet, sind wir auf den Einsatz der Zivildienstleistenden zwingend angewiesen.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### **Kein Handlungsbedarf**

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

### **Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen**

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoß gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

### **Unklare Auswirkungen**

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. CIVIVA weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen,

die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee, die aussteigen wollen, plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Das Museum Langmatt lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

### **Eigene Vorschläge**

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwarten wir, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Das Museum Langmatt schlägt dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-

Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.

- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

### **Massnahme 1:**

#### **Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist das Museum Langmatt auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrerechtigkeit geschwächt.

Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“

Für uns ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

### **Massnahme 2:**

#### **Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss

Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Dienstage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartezeit führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartezeiten bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartezeit mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

### **Massnahme 3:**

#### **Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

Wir gehen davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Dienstage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Dienstage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Dienstagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

### **Massnahme 4:**

#### **Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

### **Massnahme 5:**

#### **Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus unserer Sicht besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

Das Museum Langmatt ist der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

### **Massnahme 6:**

#### **Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Wir sehen absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildienstage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Dienstage erfüllen (2017: 96.7% aller Dienstage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Dienstage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Dienstage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.

### **Massnahme 7:**

#### **Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese

Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht:

### **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

Das Museum Langmatt bedauert, dass sich der Bundesrat durch die Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

MUSEUM LANGMATT

Dr. Markus Stegmann  
Direktor Museum Langmatt



Stéphanie Engel  
Betriebsleitung



Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Nationale Informationsstelle zum Kulturerbe  
Kohlenweg 12, Postfach 111  
CH-3097 Liebefeld  
t +41 (0)31 336 71 11  
info@nike-kulturerbe.ch

Liebefeld, 27. September 2018

### **Stellungnahme der Nationalen Informationsstelle zum Kulturerbe NIKE zur Änderung des Zivildienstgesetzes**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

#### **Einleitung und grundsätzliche Beurteilung**

Die Nationale Informationsstelle zum Kulturerbe NIKE, Mitglied der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften und von Europa Nostra, weckt das öffentliche Interesse am kulturellen Erbe der Schweiz und vertritt die Anliegen der Kulturgütererhaltung gegenüber der Politik. 39 Fachverbände und Organisationen aus dem Bereich Kulturgütererhaltung, denen 92'000 Mitglieder angehören, bilden den Verein NIKE. Zur kostengünstigen und effizienten Erfüllung ihrer **öffentlichen Aufgabe** profitiert die NIKE seit mehreren Jahren von der tatkräftigen Mitarbeit ein oder zwei Zivildienstleistender pro Jahr. Auch die Mitgliederorganisationen der NIKE sind auf die Mitarbeit von Zivildienstleistenden im Tätigkeitsbereich der Kulturgütererhaltung angewiesen, da zahlreiche Aufgaben sonst nicht finanzierbar wären und somit auch nicht erfüllt würden, so zum Beispiel:

- Das kulturelle Erbe erhalten und pflegen (Praktische Unterhalts-, Reparatur- und Reinigungsarbeiten, Konservierungs- und Dokumentationsarbeiten)
- Das kulturelle Erbe erschliessen (Dokumentations- und Archivarbeiten)
- Erhöhung der Teilhabe am Kulturerbe (Digitalisierungsprojekte, Vermittlungsarbeit)

Die NIKE ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### **Kein Handlungsbedarf**

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

### **Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen**

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoß gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

### **Unklare Auswirkungen**

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Die NIKE weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Die Nationale Informationsstelle zum Kulturerbe NIKE lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

### **Eigene Vorschläge**

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet die NIKE, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Die NIKE schlägt dazu folgende Massnahmen vor:

Nationale Informationsstelle zum Kulturerbe NIKE  
Kohlenweg 12, Postfach 111  
CH-3097 Liebefeld

t +41 (0)31 336 71 11  
info@nike-kulturerbe.ch  
[www.nike-kulturerbe.ch](http://www.nike-kulturerbe.ch)

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.
- **Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.**
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

### **Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist die NIKE auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für die NIKE ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

### **Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Dienstage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

### **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

Die NIKE geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Dienstagefaktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl

bereits geleisteter und zusätzlicher Dienstage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

#### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

#### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht der NIKE besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind. Die NIKE ist der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

#### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Die NIKE sieht absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildienstage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Dienstage erfüllen (2017: 96.7% aller Dienstage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Dienstage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Dienstage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.

#### **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

#### **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

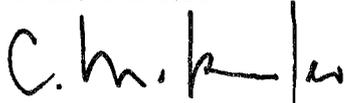
Die NIKE bedauert, dass der Bundesrat bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten und stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Dr. Cordula M. Kessler  
Geschäftsführerin der NIKE

Beilage:  
Rechtsgutachten infoDroit.ch vom 16. Juni 2018



Permanence romande pour civilistes et militaires  
Permanence@infodroit.ch ou  
Le mardi de 12 à 14 heures au 026 925 80 66.  
Pour les urgences, 079 524 35 74, veuillez laisser un message.

Flendruz, 16 juin 2018

### Avis de droit

*A qui de droit*

#### **7 mesures du Conseil fédéral destinées à la consultation. Modifications de la loi sur le service civil. 2018**

##### En préalable

1. Le droit à l'objection de conscience est un droit fondamental internationalement reconnu.
2. Il est reconnu par les jurisprudences du Comité des droits de l'homme et de la Cour Européenne des droits de l'homme, il est présent dans la constitution suisse<sup>1</sup>.
3. Ce droit s'appuie essentiellement tant sur le refus impératif de tuer que sur le refus de résoudre les conflits par la violence.
4. Le conflit entre l'obligation constitutionnelle de servir dans l'armée d'une part et la conscience d'autre part (appelé conflit de conscience) peut se manifester sous diverses formes et à divers moments, de façons plus ou moins virulentes ou soudaines, y compris parfois par des somatisations ou des actes de rébellions. La problématique a été largement résolue par deux mesures:
5. 1) Il a été renoncé au « contrôle de conscience » en adoptant le système dit de la preuve par l'acte, soit l'acceptation, par la personne qui demande le service civil d'une durée plus longue pour ce service que celle requise pour le service militaire.

Cette mesure a pour avantage (en plus d'une forte diminution de la charge administrative) d'éviter d'une part l'aggravation et la stigmatisation du conflit de conscience par son besoin de le confronter à la procédure et de libérer d'autre part la personne concernée d'une appréhension et d'une expression intellectuelle et verbalisée de ce conflit, inévitablement discriminatoire selon le niveau d'éducation, et sujette d'autre part à des biais divers, puisque le résultat de l'examen dépendait largement du degré de préparation à celui-ci plutôt que de la nature même, des sources et des raisons du conflit de conscience.

6. Il convient toutefois de noter que ce système de quotité a dès le début présenté un défaut important, au demeurant partiellement caché des civilistes eux-mêmes, dans la mesure où la durée de service civil requise par la loi (1 fois et demie – 1,5 – celle du service militaire encore à faire au moment de la demande) est dans la pratique comparativement différente de la durée du service militaire réellement effectuée par les militaires libérés lorsqu'ils atteignent la limite d'âge. En effet, ceux-ci se voient alors remettre le solde des jours de service non-effectués, alors que les civilistes se voient pénalement condamnés s'ils n'effectuent pas l'entier de leurs jours avant la même limite d'âge (limite par ailleurs par elle-même plus exigeante, puisqu'ils ont plus de jours à effectuer dans le même laps de temps). L'armée a de plus tardé à donner les chiffres permettant de mesurer cette différence des durées respectives des

---

<sup>1</sup> Constitution fédérale (Cst.) [Article 10 sur la droit à la vie](#), [art. 15 sur la liberté de conscience](#), [art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement](#).



services. Pourtant des estimations raisonnables permettaient d'évaluer le nombre de jours de service civil effectués pour les civilistes demandant le service civil pour l'entier de leur périodes de service militaires comme étant environ du double du nombre de jour effectué en moyenne par les soldats terminant leur obligation à la limite d'âge<sup>2</sup>. Actuellement, ce taux semble s'être amélioré un peu, mais la durée comparée du service civil resterait de 1.8 plus élevée que la durée des services militaires, et non pas les 1.5 que stipule la loi. Il conviendra de vérifier les effets de la nouvelle loi sur l'armée sur cette problématique, la limite d'âge n'étant plus un âge fixe (p. ex. 34 ans), mais devenant un nombre de dix années pour faire les services requis après l'école de recrue<sup>3</sup>.

7. De plus la discrimination pénale demeure, puisque contrairement au service civil, aucune mesure permettant d'assurer le rythme et le progrès de la réalisation des périodes de service militaire, mesure accompagnées dans la loi sur le service civil de mesures pénales en cas de retards, n'ont été introduites dans la nouvelle législation sur la l'armée. Ainsi, le civiliste doit accomplir certaines périodes (la première suivant l'admission et la période longue) selon des délais fixes et il ne doit pas lui rester plus d'une certaine proportion de jours à faire avant d'atteindre la limite d'âge. Passé ces délais ou si la proportion de jours restant à faire est trop forte, le civiliste est convoqué d'office pour le surplus ou la période concernée, puis il encoure une peine s'il n'effectue pas la période requise. Il n'existe, pas de système similaire ou aussi contraignant dans l'armée. Pour avoir une vision complète de cette discrimination, pénalement grave, il conviendrait encore de comparer le nombre des dispenses pour justes motifs, lesquelles au demeurant ne font que repousser le problème, dispenses accordées tant pour les civilistes que pour les militaires. Nonobstant, vu la nature différente des système de suivi et de répression des deux sortes d'obligations, puisqu'il y a des condamnations pour retard dus au système de suivi contre les civilistes et qu'il n'y en a pas pour les militaires, la discrimination pénale demeure, tout comme demeurera a priori la discrimination sur les durées.

8. 2) Il importe de souligner que le service civil peut et doit pouvoir être demandé en tout temps, c'est d'ailleurs dans la loi<sup>4</sup>.

9. Cela concerne bien sûr la possibilité de demander le service civil depuis une période de service militaire, mais porte surtout sur la nature du conflit de conscience et relève en partie aussi du droit humanitaire.

10. Ainsi, le conflit de conscience peut se développer par une réflexion autonome, mais il peut aussi surgir, progressivement ou soudainement, face à une circonstance rencontrée dans le cadre du service militaire, par exemple lors de la première prise d'arme (il y a hélas des condamnations pour refus d'ordre de personnes qui font à ce moment-là un blocage psychologique) ou en étant mis en confrontation à une arme particulièrement destructive.

11. Il convient aussi, et c'est d'une grande importance, de citer le cas de l'objection de conscience à un ordre criminel, y compris ou surtout si celui-ci viole le droit humanitaire ; objection qui doit en effet pouvoir être exprimée en tout temps et en particulier de façon immédiate au moment de la réception de l'ordre contesté, cette objection devant alors, selon les circonstances, rejeter non-seulement l'ordre contesté lui-même mais aussi l'ensemble du système qui produit ou maintient cet ordre injuste, à tout le moins si l'ordre est maintenu, car alors seul le refus personnel et complet du système permettant, à défaut de pouvoir l'empêcher, la réalisation de ce ordre illégal et des ses conséquences, de préserver la conscience, et donc l'innocence de la personne confrontée à une telle situation. L'objection de conscience à une circonstance particulière devenant alors une objection au sens usuel du terme, une objection d'ensemble au service militaire<sup>5</sup>.

---

<sup>2</sup> Détail du calcul : <http://www.infodroit.ch/spip.php?article44>

<sup>3</sup> Ordonnance sur les obligations militaires (OMI), 1.1.2018, [art. 19](#).

<sup>4</sup> Loi sur le service civil, [art. 16](#).

<sup>5</sup> Voir par exemple, [Jacques Verhaegen](#) : «Le refus d'obéissance aux ordres manifestement criminels », revue du CICR, vol. 84, n° 845, mars 2002.



### Analyse des mesures proposées

**Mesure 1:** 150 jours de service civil pour toutes personnes n'ayant pas terminés ses « services d'instruction » et ayant moins de 100 jours de service militaire restant.

#### Appréciation générale

12. Par « services d'instruction », il est entendu toutes les périodes de services militaires, à savoir écoles de recrues, écoles de cadres et cours de répétition<sup>6</sup>.

13. La proposition équivaudrait à « condamner », imposer à tout militaire ayant entre 1 et 100 jours de service militaire encore à faire à effectuer 150 jours de service civil.

14. La mesure incite à terminer ses obligations militaires au lieu de demander le service civil.

15. Partant du constat, hautement probable<sup>7</sup>, selon lequel les pertes en effectifs augmentent en fonction de l'âge par lassitude, perte d'intérêt ou en raison de l'augmentation des obligations professionnelles et familiales. Il conviendrait toutefois de disposer des chiffres du nombre des personnes qui quittent l'arme dans ces tranches d'âge soit pour le service civil, soit pour raisons médicales. En effet, si le problème est une question d'emploi du temps, la demande de service civil est d'autant plus contre-productive.

16. A cet aune, la mesure aura pour effet principal d'augmenter le nombre de demandes médicales et assez peu de diminuer le nombre de service civil. Quand à sa capacité à renforcer la motivation pour l'armée, elle est ici hors contexte – ce n'est pas notre problème ou celui du service civil – et elle n'est que très indirecte, la diminution de l'attrait du service civil n'augmentant pas pour autant l'attrait pour l'armée.

#### Calculs concernant la mesure proposée

17. Dans la pratique, divers types de calculs sont possibles pour déterminer les effets et les proportions de la proposition. Mes connaissances mathématiques sont limitées, donc d'autres calculs sont peut-être possibles ou éventuellement meilleurs, mais ceux-ci révèlent plusieurs des effets pervers de la proposition:

a. Le facteur multipliant le nombre de jours à faire est, avec la proposition exponentiel : La personne qui aurait 1 seul jour d'armée encore à faire se retrouverait à en faire 150 jours, soit 150 fois plus que le nombre de jour d'armée requis.

Dans le détail, un militaire à qui il resterait :

1 cours de répétition (CR), soit 19 jours (150/19), verrait le multiplicateur passer de 1.5 à 7.89

2 cours de répétition, le facteur (150/38) est encore du quadruple (3.94)

3 cours de répétition, le facteur descend à 2.63

4 cours de répétition, le facteur est de 2 (1.97)

5 cours de répétition le facteur est encore de 1.57, soit plus haut que la loi actuelle ou que le facteur attribué aux civilistes ayant encore plus de jours.

Ce n'est donc qu'avec 6 cours de répétition encore à faire, soit avec le nombre total des cours de répétition à faire par les soldats, et donc durant le premier cours de répétition que l'ajout systématique de 150 jours, rejoint le facteur général de 1.5.

*Dit autrement, à quelques jours prêts, quiconque demanderait le service civil après l'école de recrue devrait faire 150 jours de service civil au moins, quelque soit le nombre de jour d'armée restant à faire. Pourquoi ne pas le dire ?*

b. Le calcul peut aussi être fait en tenant compte des jours de service militaires et civils faits au total.

Exemple pour un soldat :

Ecole de recrue de 124 jours, solde 121 jours de service en CR. Total 245<sup>(8)</sup>. Service civil complet, 245 X 1.5 = 367 jours de service civil.

Jours de service mil faits : 244 (au lieu de 245)+150=394 (proposition). Système actuel : 244 + 2 (1 x 1.5) = 246 (actuel). Différence : 148 jours à faire en plus qu'avec le système actuel et ... 27 de plus qu'en ayant demandé le service civil dès le recrutement.

<sup>6</sup> Loi sur l'armée et l'administration militaire (LAAM), [art. 41](#).

<sup>7</sup> La permanence que nous représentons confirme, à sa modeste mesure, cette tendance. Les hommes de plus de 25 ans sont relativement nombreux à vouloir mettre un terme à leurs obligations militaires et leur nombre augmente avec l'âge

<sup>8</sup> OMI, [art. 47](#).



Jours de service faits :  $238 (6 \text{ CR faits}) + 150 = 388$  jours à faire ou (système actuel)  $238 + 9 (6 \times 1.5) = 247$ . Différence : 141 jours de service civil en plus qu'avec le système actuel, mais aussi 21 jours de service (mil et civ) en plus de ce que ce même soldat aurait eu à faire s'il avait demandé le service civil dès la fin du recrutement.

En cela, le service est *punitif parce qu'il impose des jours en plus ... pour avoir accepté de faire presque tout son service militaire !!!*

Jours de service faits :  $219 (5 \text{ CR}) + 150 = 369$  ou (actuel :)  $219 + 39 (26 \times 1.5) = 258$ . Différence : 111 jours de plus que le système actuel, mais encore 2 jours de plus qu'avec un service civil demandé dès l'origine.

Jours de service faits  $200 (4 \text{ CR}) + 150 = 350$  ou actuel  $200 + 68 (45 \times 1.5) = 268$ . Différence : 82 en plus que le système actuel.

A partir d'ici le nombre total de jours faits devient inférieur à un service civil demandé d'emblée et donc les jours de service militaire faits diminuent le nombre total de jours à faire.

Jours de service faits  $181 (3 \text{ CR}) + 150 = 331$  ou  $181 + 96 (64 \times 1.5) = 277$ . Différence, 54 jours de service civil en plus, mais 90 de moins qu'avec un service civil complet.

Jours de service faits  $162 (2 \text{ CR}) + 150 = 312$  ou

Jours de service faits  $143 (1 \text{ CR}) + 150 = 293$  ou  $143 + 156 (101 \times 1.5) = 299$  Différence  $\pm 0$ .

#### Effets pour la pratique

c. Les effets du nouveau système sur les intérêts des candidats civilistes, en termes de jours à faire seraient les suivants :

1) Le facteur de 1.5 s'applique durant l'école de recrue, voir durant le 1<sup>er</sup> CR. Inchangé.

2) Tout jour d'armée fait durant cette période diminue effectivement le nombre total (armée et sc) de jours à faire, par rapport à un service civil complet. Inchangé.

3) Dès le 2<sup>ème</sup> CR et jusqu'au 4<sup>ème</sup> CR, le nouveau système augmente progressivement, par rapport à l'ancien, effet étrange, le nombre de jours total à faire, même si l'on fait ces CR, soit d'avoir à faire encore plus de service en tout parce que l'on fait de l'armée (absurde !), puis d'avoir à faire du service civil en plus, même si le nombre de jours total de service civil et militaire reste inférieur à ce que devrait faire un civiliste de la première heure mis au facteur 1.5).

Exemple : Faire un 2<sup>ème</sup> CR de 19 jours et demander le sc, ajoute en plus de ces 19 jours 17 jours de service en tout (civil et militaire) par rapport au système actuel, dans lequel le civiliste en faisant ce CR épargnerait 9 jours de service civil ( $19 - x 1.5$ ). (Nouveau :  $162 \text{ SM} + 150 \text{ SC} = 312$  Ancien  $162 + 125$  (solde de  $83 \times 1.5$ ) = 287, nouveau = J plus 25. S'il ne fait pas ce CR (ancien  $\text{SM } 143 + \text{SC } 152 (101 \times 1.5) = 295$  soit quelques jours en plus de SC pour ne pas avoir fait ce cours (295 au lieu 287), mais toujours au total 17 jours de moins qu'en faisant ce CR dans le système proposé, lequel augmente donc le nombre de jours à faire sans donner de diminution pour ceux faits.

Idem pour les 3<sup>ème</sup> et 4<sup>ème</sup> CR. Je renonce aux calculs ici, mais le nombre de jours d'armée faits sans diminuer le nombre de jours de service totaux augmentera d'autant, par rapport à quelqu'un qui demande le SC après l'ER ou le 1<sup>er</sup> CR.

4) Dès le 5<sup>ème</sup> CR, le nombre total (SC et SM) de jours à faire devient plus grand que quelqu'un qui demande le service civil dès le 1<sup>er</sup> jour.

d. En résumé, il ne sera intéressant, en terme de jours à faire (ou rentable) de demander le service qu'entre le recrutement et la fin du 1<sup>er</sup> cours de répétition. A l'inverse, toute demande faite ultérieurement augmentera, de plus en plus gravement, la charge totale du nombre de jours à faire, laquelle dépassera, si le SC est demandé durant ou après le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, le nombre de jours à faire pour quelqu'un qui demande le service civil avant l'ER.

18. Tactiquement, pour le soutien aux objecteurs, l'intérêt à demander le service civil entre le recrutement et la fin de l'école de recrue reste similaire. Par contre, plus le militaire avance dans sa carrière militaire, plus la charge de jours augmente, plus il devient difficile de demander le service civil (et plus sera grande le besoin de demander la voie bleue).

19. Cela n'aura pas pour effet de diminuer fortement le nombre de demandes de service civil, puisque les demandes seront soit pour une part reportées plus tôt dans la carrière militaire, soit transformées en demande médicales et que rares seront les personnes qui en fin de carrière militaire décideront de finir leur service plutôt que de sortir de l'armée, d'une façon ou d'une autre.



### La durée du service civil en droit

20. En droit Suisse, le facteur légal de 1.5 est le même depuis l'origine. Avec toutefois la réserve présentée ci-dessus au point 6 concernant la durée effective (et non légale) située aux environ de 1.8.

21. Le droit international, le Comité des droits de l'homme et la Cour européenne des droits de l'homme, tiennent de jurisprudence constante le fait que le service civil doit être de nature civile et non-punitif.

22. Une durée supérieure au double du service militaire à remplacer est considérée comme excessive<sup>9</sup>. Ainsi, l'attribution à toute personne ayant moins de 75 jours de service militaire à faire de 150 jours de service civil serait contraire au droit international.

23. Mais c'est dans son ensemble, ou à tout le moins dès le 2<sup>ème</sup> cours de répétition, que la mesure est discriminatoire. D'abord parce que plus, ils servent dans l'armée, plus elle pénalise les militaires qui demandent le service civil. Ensuite, parce qu'elle traite différemment des personnes dans des situations similaires, à savoir des personnes présentant une demande de service civil, demande qui est de même nature quel que soit le moment où elle est faite et pour laquelle le nombre de jours de service militaire accomplis n'a aucune incidence, sauf peut-être à renforcer le besoin de présenter une objection de conscience, ce qui reste sans influence aucune sur le droit fondamental à demander le service civil.

24. La loi sur le service civil pose comme principe que la charge du service civil devrait équivalente à celle de l'armée<sup>10</sup>. Toutefois la mesure proposée, en tous les cas dès le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, puisque la charge en jours à faire est alourdie au-delà de ce que le militaire aurait à faire en demandant le service civil avant l'école de recrue. Ainsi, non-seulement, la personne concernée effectue la plus large part de son service militaire (les 3/4), mais elle y voit ajouté une part importante de service civil (150/367) soit presque la moitié du service civil en plus, pour un total qui dépasse ce qu'elle aurait eu à faire tant à l'armée qu'avec un service civil entier. A ce titre, la mesure est non seulement dissuasive, mais discriminatoire dans la mesure où elle pénalise ceux qui ont déjà fait beaucoup d'armée (ne devraient-ils pas au contraire être pour cela remerciés ?).

25. Par ailleurs, le droit à l'objection de conscience étant un droit fondamental, toute forme de dissuasion, en entravant son libre exercice, est déjà une violation du droit.

26. Et il est finalement, à mon sens, difficile la nature punitive de la mesure, puisque ce sont ceux-là même, qui ont le plus servi dans l'armée, qui se voient le plus pénalisés.

### Résumé :

- Violation du droit international sur la durée du service civil.
- Discrimination entre les civilistes « d'origine » et ceux qui demandent le service civil au cours de leur carrière militaire (l'objection reste la même, pour les mêmes motifs et contre le même service militaire, seule change la situation militaire).
- Mesure probablement punitive.
- Mesure simple en apparence, mais particulièrement compliquée à comprendre et à calculer, entre autres pour les personnes concernées.

---

<sup>9</sup> ONU, Comité des droits de l'homme: Foin v France (Communication No. 666/1995), CCPR/C/D/666/1995, 9 November 1999, para. 10.3, entre autres jurisprudence. Voir aussi: Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 8.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>  
Il existe aussi une traduction allemande de document, p. 21 : [http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV\\_2014-3\\_KDVundAsyl.pdf](http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV_2014-3_KDVundAsyl.pdf)

Voir aussi le rapport quadriennal du Haut Commissaire aux Droits de l'Homme sur l'objection de conscience, 1.5.2017, § 22.  
<http://www.undocs.org/fr/A/HRC/35/4>

<sup>10</sup> LSC 5



### **Mesure 2 :**

Délai d'attente de 12 mois entre le dépôt de la demande et l'admission, avec obligation de faire les périodes de service militaires prévues.

27. La mesure est contraire à la constitution. Celle-ci prévoit, textuellement : « un service de remplacement »<sup>11</sup>. Or un *remplacement du service* n'est en aucun cas un service de remplacement *différé* avec maintien du service à remplacer, en attente du service de remplacement.

Des délais pour la mise en œuvre, par la personne concernée comme par l'administration, du service de remplacement sont acceptable, voir le maintien des obligations en attente de la décision d'admission<sup>12</sup>, mais en aucun le droit à l'objection de conscience ne saurait-il être suspendu.

28. De plus, la proposition est largement impraticable et passablement conflictogène. Les civilistes concernés ne se gêneront pas pour demander des reports, se faire porter malade ou pour ne pas se présenter et leur motifs de conscience finissant toujours par être reconnus, ils ne seront, s'ils sont que partiellement et inégalement sanctionnés pour ces déflections. Sans parler de la charge administrative supplémentaire pour les administrations cantonales.

### Résumé

- Mesure contraire à la constitution.
- Discrimination entre les civilistes qui font une demande avant l'école de recrue, lesquels ne sont pas condamnés à des périodes militaires et ceux qui la font après l'ER, qui doivent en faire ou, vaille que vaille, les faire annuler.
- Mesure de nature à créer de nombreuses difficultés administratives tant pour les conscrits et les civilistes que pour l'administration.

### **Mesure 3 :**

29. Suppression du facteur 1.1 et passage au facteur 1.5 pour les officiers et les sous-officiers supérieurs.

30. Les personnes concernées sont relativement peu nombreuses. Elles ont néanmoins les mêmes droits. Mais surtout toutes ces personnes, qui ont été obligées de revêtir ces fonctions d'encadrement, ont déjà servi, au moment de la demande d'admission au service civil plus de jours d'armée que ne servent les civilistes qui n'en a fait aucun. Le moins gradé de ceux-ci servira un total 440 jours de services au lieu de 245<sup>13</sup>. Pour obtenir son grade, il en aura déjà fait presque autant qu'un soldat normal. Et le solde de jour à faire, qu'il soit multiplié par 1.1. ou 1.5 dépassera de toutes façons le nombre maximal de jours effectués par un civiliste ne faisant pas d'armée du tout.

31. Sachant que l'obligation de grader est imposée, même avec un facteur 1.1, la personne qui demande le service civil alors qu'elle a déjà revêtu son grade est discriminée par rapport à un civiliste qui demande le service avant de recevoir le moindre grade. Augmenté cette durée plus encore, alors que la personne gradée sert déjà plus que toute autre personne sans garde, apparaît là aussi comme punitive.

### Résumé

- En conjonction avec la discrimination décrite ci-après, violation du droit international sur la durée du service de remplacement.
- Discrimination entre les officiers et sous-officiers supérieurs d'une part et les soldats d'autre part en raison d'abord de l'obligation de grader d'abord, pour laquelle les premiers ne peuvent rien, puis du fait qu'en raison de cette obligation, ils ont déjà effectué, contre leur gré, une durée de service aussi importante que les soldats, durée sur laquelle vient ensuite s'ajouter une très longue durée de service civil supplémentaire. Dit autrement, le soldat qui demande le service civil évite non-seulement de grader, mais tous les jours de service civil supplémentaires en cas de conflit de conscience alors que l'officier, qui est en droit de développer un conflit de conscience à tout moment, en est d'autant plus pénalisé.

<sup>11</sup> [Art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement.](#)

<sup>12</sup> [LSC 17 et 17a.](#)

<sup>13</sup> [OMI 47](#)



- Mesure qui ne touche qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 4 :**

32. Interdiction faite aux médecins de faire du service civil en tant que médecins.

33. Là encore, la mesure ne concerne que très peu de personnes. Les médecins ont en moyenne au moins 26-27 ans à la fin de leur formation et ce moment-là, la plupart des périodes longues sont faites. Mais quand bien même, faut-il priver les hôpitaux de ces médecins-là ?

34. Par ailleurs, la mesure est à nouveau discriminatoire ; pourquoi les médecins et pas les géologues, les travailleurs sociaux ou les enseignants ? Là ce ne serait plus seulement certains civilistes, mais tout le service d'intérêt public qui tendrait à être victime d'une vision trop étroite des possibilités de service civil.

35. Enfin, il existe certes une disposition qui interdit certaines affectations en fonction de la personne du civiliste, en particulier si elle favorise sa formation<sup>14</sup>. Et c'est probablement, dans ce contexte que la proposition s'inspirerait. Mais à nouveau, certains militaires exercent des fonctions militaires en lien avec leur profession – et pas seulement des médecins ! – en quoi des civilistes n'auraient-ils pas le droit d'en faire autant ?

#### Résumé

- Mesure hautement discriminatoire (par professions).
- Mesure ne touchant (en l'état, que les médecins) qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 5 :**

36. Pas d'admission au service civil pour les personnes pour lesquelles il ne reste plus de jours de service, mais pour lesquelles il reste des tirs obligatoires.

37. La question est controversée depuis longtemps. Seul sont concernés les militaires en service long, qui restent incorporés ensuite pendant 4 ans<sup>15</sup>. Il conviendrait de savoir combien il y a eu de cas.

38. Pour rappel, les militaires ont la possibilité de déposer l'arme, sans motifs, s'ils ne souhaitent pas la conserver, mais cela ne les dispense pas des tirs<sup>16</sup>.

39. D'abord, il convient de rappeler que l'exécution de tirs obligatoires, dans le cadre d'un service militaire, même terminé, peuvent donner lieu à conflit de conscience, qui plus est si celui-ci peut avoir à se manifester durant une période de 4 ans.

40. En ce sens, la mesure ignore et passe complètement à côté, nie un problème qu'il y aurait pourtant lieu de résoudre.

41. A mon sens, une procédure plus simple qu'une admission au service civil devrait permettre, par exemple mais en tous les cas pour motifs de conscience légitimes, de remettre l'arme définitivement et d'être ainsi dispensé des tirs obligatoires.

#### Résumé

- Violation du droit à l'objection de conscience
- Mesure administrative inadéquate
- Mesure ne touchant qu'un nombre limité de personne

#### **Mesure 6 :**

42. Les civilistes sont tenus de faire une période de service civil par année dès l'admission.

---

<sup>14</sup> [LSC 4a](#)

<sup>15</sup> [LAAM 54a](#)

<sup>16</sup> Ordonnance concernant l'équipement personnel des militaires (OEPM), [art. 6a](#).



43. La mesure existe déjà, [art. 39a](#) de l'ordonnance sur le service civil : « La personne astreinte au service civil *effectue chaque année* des affectations de service civil d'une durée de 26 jours au moins à partir de la deuxième année civile au plus tard ».

44. Les reports étant relativement fréquents, on peut se demander si c'est ceux-ci qu'il s'agit de limiter, mais le texte de la mesure est pour le surplus inutile.

#### Résumé

- Proposition de mesure incompétente, mesure déjà prévue par la loi.

#### Mesure 7 :

45. Obligation pour les personnes en service long, d'effectuer la période longue de service civile dans l'année qui suit (et non pas dans les trois ans qui suivent) l'admission au service civil.

46. Imposer un service civil long est une vieille mesure de 2011, que le Tribunal administratif fédéral avait annulée en raison de [l'article 20 de la LSC](#) qui stipule que le SC peut être fait en une ou plusieurs périodes<sup>17</sup>.

47. Depuis toujours, nous recommandons aux militaires en service long de passer d'abord au service normal, avant de demander le service civil, entre autres afin d'éviter le surplus de jours, actuellement 55 jours de service militaire ou 82 jours de service civil en plus<sup>18</sup>. Notre recommandation ne changera pas.

48. De plus, la mesure ne prévoit cette obligation que si l'école de recrue n'est pas terminée, or l'école de recrue est considérée comme terminée si 80% de ses jours ont été accomplis<sup>19</sup>; soit pour une école usuelle de 124 jours, dès le 100<sup>ème</sup> jour d'école de recrue. Mais dans la pratique, la demande de service civil peut être faite quelques jours plutôt, puisque celle-ci prend quelques jours, voir semaines à condition pour cela que l'admission à la fin du processus de demande intervienne après le 100<sup>ème</sup> jour de service.

49. Que ce soit en passant au service normal et en attendant les 80% de son service militaire (dans des conditions « suffisantes ») – si encore au service long avec les jours en sus – il est très facile d'éviter cette mesure et peu nombreux sont ceux qui se retrouveront à devoir faire une période longue ou leur période longue de service civile dans l'année qui suit. Au demeurant si un plan de carrière avait prévu une mise en suspend de celui-ci pour le service militaire long, avec une libération en fin d'école de recrue et une affectation longue trouvée rapidement, celle-ci peut être faite dans le temps préalablement dévolu au service militaire long.

50. La mesure est aussi discriminatoire puisqu'elle traite plus durement les militaires en service long que les militaires en service normal d'une part, et alors plus durement que les civilistes n'ayant pas débuté l'école de recrue d'autre part.

#### Résumé

- Mesure facile à contourner, voire à accommoder.
- Mesure ne concernant alors plus qu'un nombre limité de personne.
- Mesure discriminatoire.

#### Considérations finales

51. Les mesures 1 et 3 violent le droit international sur la durée du service civil.

52. La mesure 2 viole la constitution sur la notion de service de remplacement et la mesure 5 viole la constitution sur le droit à un service de remplacement.

53. Les mesures 1, 3, 4 et 7 sont clairement discriminatoires et violent à un titre ou un autre l'égalité de traitement.

54. Les mesures 3, 4, 5 et 7 ne touchent que – mais gravement – un nombre limité de personnes. À ce titre, le but premier de ces mesures n'est probablement pas ou que partiellement de toucher ces personnes-là, voire de les maintenir dans l'armée mais de donner l'impression qu'il est difficile ou déconseillé, qu'il est

<sup>17</sup> <http://www.infodroit.ch/spip.php?article91>

<sup>18</sup> [OMI 111](#)

<sup>19</sup> [OMI 57](#) ou [37 ordonnance sur le service civil \(OSI\)](#) (même teneur).



même dissuadé de sortir de l'armée. Un tel but viole le droit au service civil et un service civil non-discriminatoire et non-punitif.

55. Il convient d'ajouter à ce propos que les instances et jurisprudences internationales ont reconnus sans hésiter le droit à l'objection de conscience pour les appelés, comme pour les volontaires et les professionnels. Autrement dit et pour ce qui nous occupe ici, le droit à l'objection de conscience et au service de remplacement est et reste le même, ne saurait donc subir d'aggravation dans l'exercice du droit, soit l'accès au service civil, comme dans sa réalisation, soit l'accomplissement du service civil, que la personne concernée aie commencé ou non à servir dans l'armée<sup>20</sup>.

56. Les mesures 2, 3 et 4 supposent des difficultés de mise en œuvre particulièrement importantes. La mesure 5 pourrait faire l'objet d'une simplification administrative.

57. La mesure 6 est inutile, une aberration puisqu'elle préconise quelque chose qui existe déjà.

58. L'analyse de l'ensemble de ces mesures donne l'impression forte que l'armée est très embarrassée, mal à l'aise en raison des demandes service civil issues des ses rangs.

59. Ainsi quand bien même l'ensemble de ces mesures, si elles venaient à être mise en œuvre, aurait pourrait effet d'inciter les conscrits à demander le service civil bien plus tôt, ce qui n'est pas utile à l'armée non plus, il conviendrait de combattre ces mesures pour les effets et les complications graves qu'elles imposent, en toutes sortes de circonstances, aux militaires.

60. Il convient aussi de constater que les mesures proposées font preuve d'une méconnaissance, tant du droit international que du droit constitutionnel suisse qui confine à l'impréparation, voire au mépris, tant des civilistes que des militaires.

61. Enfin, dans le cadre des réactions à ces propositions de mesures, il conviendra de rappeler certaines ou l'ensemble de nos revendications de base, à savoir une présence civile lors du recrutement afin de faciliter son impartialité, un durée raisonnable et une compensation financière garantissant au moins l'accès au minimum vital<sup>21</sup>.

Christophe Barbey,  
Juriste, permanent depuis 2006

---

<sup>20</sup> Voir les résolutions du Conseil des Droits de l'Homme, par exemple la résolution du 8 octobre 2013, art. 12 [A/RES/HRC/24/17](#) ou Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 4.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

<sup>21</sup> Avec une APG de 62.- par jour durant l'ER ou son équivalent au service civil, ou en cas d'absence de salaire préalable au service ou de droit à son équivalent, avec 1'800.- par mois ~, le minimum vital n'est pas atteint. Le dernier rapport du haut commissaire aux droits de l'homme mentionne une trop faible rémunération comme étant de nature punitive. [A/HRC/35/4](#), § 21.

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Kloster Fahr, 10. Oktober 2018

## Stellungnahme des Vereins Naturnetz zur Änderung des Zivildienstgesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### Einleitung und grundsätzliche Beurteilung

Der Verein Naturnetz ist eine umsetzungsstarke und praxisnahe Naturschutzorganisation mit drei Standorten in den Kantonen Zürich und Tessin und Tätigkeiten in der ganzen Schweiz. Als anerkannter Zivildiensteinsatzbetrieb verwirklichen wir zusammen mit Zivildienstleistenden im Auftrag der öffentlichen Hand Projekte zur ökologischen Aufwertung und Pflege von Naturschutzgebieten.

Der Verein Naturnetz ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### **Kein Handlungsbedarf**

Sowohl die drei Bericht des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

### **Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen**

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoss gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

Die Zivildienstleistenden führen beim Verein Naturnetz bei jedem Wetter körperlich anstrengende Arbeiten aus, sind motiviert und engagiert. Sie leisten einen wichtigen Beitrag für die Bevölkerung, in dem sie die Biodiversität erhalten und unsere Naherholungsgebiete pflegen. Der Dienst dauert bereits jetzt das 1,5-fache eines Militärdienstes. Für den Verein Naturnetz ist das Tatbeweis genug und wir sind stolz auf das, was die Zivis tagtäglich leisten!

### **Unklare Auswirkungen**

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Der Verein Naturnetz weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben.

Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Der Verein Naturnetz lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

### **Eigene Vorschläge**

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet der Verein Naturnetz, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Der Verband CIVIVA schlägt dazu folgende Massnahmen vor, denen sich der Verein Naturnetz anschliesst:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.
- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

### **Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist der Verein Naturnetz auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für den Verein Naturnetz ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

### **Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Dienstage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

### **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

Der Verein Naturnetz geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Dienstage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Dienstage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht des Vereins Naturnetz besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

Der Verein Naturnetz ist der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Der Verein Naturnetz sieht absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildienstage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Dienstage erfüllen (2017: 96.7% aller Dienstage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Dienstage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Dienstage übrig, wie die Mindestdauer verlangt. Für den Verein Naturnetz sind Zivildiensteinsätze von mehreren Monaten sehr wertvoll. Längere Einsätze sind für die Einsatzbetriebe nutzbringend und für die Zivildienstleistenden oft befriedigender, weil sie vielfältiger eingesetzt werden und mehr Verantwortung übernehmen können.

### **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

### **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

Der Verein Naturnetz bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist. Der Verein Naturnetz ist entschieden dagegen, dass der Zivildienst gegenüber dem Militärdienst ausgespielt wird, ohne dass dabei den Nutzen der Zivis für die Gesellschaft gebührend zu beachten.

Die Pflege der Naturschutzgebiete ist eine wichtige staatliche Aufgabe. Viele Schutzgebiete, in denen der Verein Naturnetz mit Zivis arbeitet, sind in staatlicher Obhut. Die Pflege der Schutzgebiete ist sehr handarbeitsintensiv und kann kaum mehr durch die moderne Landwirtschaft ausgeführt werden. Erst dank den Einsätzen mit Zivildienstleistenden haben die kantonalen Naturschutzfachstellen die Ressourcen, um die richtige Pflege zu gewährleisten. Mit der geplanten Reform werden in Zukunft weniger Zivis für die Einsätze in den Naturschutzgebieten zur Verfügung stehen. Der Bund schwächt ein gut funktionierendes System ohne Alternativen aufzuzeigen. Leidtragend wird die Gesellschaft sein, welche gemeinnützige Einsätze der Zivildienstleistenden verliert. Leidtragend werden auch die jungen Männer sein, die von der Politik bei ihrem Einsatz für die Gesellschaft schikaniert werden.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüßen.

Im Namen des Vereins Naturnetz



Dr. Marco Sacchi  
Geschäftsführer



Permanence romande pour civilistes et militaires  
Permanence@infodroit.ch ou  
Le mardi de 12 à 14 heures au 026 925 80 66.  
Pour les urgences, 079 524 35 74, veuillez laisser un message.

Flendruz, 16 juin 2018

### Avis de droit

*A qui de droit*

#### **7 mesures du Conseil fédéral destinées à la consultation. Modifications de la loi sur le service civil. 2018**

##### En préalable

1. Le droit à l'objection de conscience est un droit fondamental internationalement reconnu.
2. Il est reconnu par les jurisprudences du Comité des droits de l'homme et de la Cour Européenne des droits de l'homme, il est présent dans la constitution suisse<sup>1</sup>.
3. Ce droit s'appuie essentiellement tant sur le refus impératif de tuer que sur le refus de résoudre les conflits par la violence.
4. Le conflit entre l'obligation constitutionnelle de servir dans l'armée d'une part et la conscience d'autre part (appelé conflit de conscience) peut se manifester sous diverses formes et à divers moments, de façons plus ou moins virulentes ou soudaines, y compris parfois par des somatisations ou des actes de rébellions. La problématique a été largement résolue par deux mesures:
5. 1) Il a été renoncé au « contrôle de conscience » en adoptant le système dit de la preuve par l'acte, soit l'acceptation, par la personne qui demande le service civil d'une durée plus longue pour ce service que celle requise pour le service militaire.

Cette mesure a pour avantage (en plus d'une forte diminution de la charge administrative) d'éviter d'une part l'aggravation et la stigmatisation du conflit de conscience par son besoin de le confronter à la procédure et de libérer d'autre part la personne concernée d'une appréhension et d'une expression intellectuelle et verbalisée de ce conflit, inévitablement discriminatoire selon le niveau d'éducation, et sujette d'autre part à des biais divers, puisque le résultat de l'examen dépendait largement du degré de préparation à celui-ci plutôt que de la nature même, des sources et des raisons du conflit de conscience.

6. Il convient toutefois de noter que ce système de quotité a dès le début présenté un défaut important, au demeurant partiellement caché des civilistes eux-mêmes, dans la mesure où la durée de service civil requise par la loi (1 fois et demie – 1,5 – celle du service militaire encore à faire au moment de la demande) est dans la pratique comparativement différente de la durée du service militaire réellement effectuée par les militaires libérés lorsqu'ils atteignent la limite d'âge. En effet, ceux-ci se voient alors remettre le solde des jours de service non-effectués, alors que les civilistes se voient pénalement condamnés s'ils n'effectuent pas l'entier de leurs jours avant la même limite d'âge (limite par ailleurs par elle-même plus exigeante, puisqu'ils ont plus de jours à effectuer dans le même laps de temps). L'armée a de plus tardé à donner les chiffres permettant de mesurer cette différence des durées respectives des

---

<sup>1</sup> Constitution fédérale (Cst.) [Article 10 sur la droit à la vie](#), [art. 15 sur la liberté de conscience](#), [art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement](#).



services. Pourtant des estimations raisonnables permettaient d'évaluer le nombre de jours de service civil effectués pour les civilistes demandant le service civil pour l'entier de leur périodes de service militaires comme étant environ du double du nombre de jour effectué en moyenne par les soldats terminant leur obligation à la limite d'âge<sup>2</sup>. Actuellement, ce taux semble s'être amélioré un peu, mais la durée comparée du service civil resterait de 1.8 plus élevée que la durée des services militaires, et non pas les 1.5 que stipule la loi. Il conviendra de vérifier les effets de la nouvelle loi sur l'armée sur cette problématique, la limite d'âge n'étant plus un âge fixe (p. ex. 34 ans), mais devenant un nombre de dix années pour faire les services requis après l'école de recrue<sup>3</sup>.

7. De plus la discrimination pénale demeure, puisque contrairement au service civil, aucune mesure permettant d'assurer le rythme et le progrès de la réalisation des périodes de service militaire, mesure accompagnées dans la loi sur le service civil de mesures pénales en cas de retards, n'ont été introduites dans la nouvelle législation sur la l'armée. Ainsi, le civiliste doit accomplir certaines périodes (la première suivant l'admission et la période longue) selon des délais fixes et il ne doit pas lui rester plus d'une certaine proportion de jours à faire avant d'atteindre la limite d'âge. Passé ces délais ou si la proportion de jours restant à faire est trop forte, le civiliste est convoqué d'office pour le surplus ou la période concernée, puis il encoure une peine s'il n'effectue pas la période requise. Il n'existe, pas de système similaire ou aussi contraignant dans l'armée. Pour avoir une vision complète de cette discrimination, pénalement grave, il conviendrait encore de comparer le nombre des dispenses pour justes motifs, lesquelles au demeurant ne font que repousser le problème, dispenses accordées tant pour les civilistes que pour les militaires. Nonobstant, vu la nature différente des système de suivi et de répression des deux sortes d'obligations, puisqu'il y a des condamnations pour retard dus au système de suivi contre les civilistes et qu'il n'y en a pas pour les militaires, la discrimination pénale demeure, tout comme demeurera a priori la discrimination sur les durées.

8. 2) Il importe de souligner que le service civil peut et doit pouvoir être demandé en tout temps, c'est d'ailleurs dans la loi<sup>4</sup>.

9. Cela concerne bien sûr la possibilité de demander le service civil depuis une période de service militaire, mais porte surtout sur la nature du conflit de conscience et relève en partie aussi du droit humanitaire.

10. Ainsi, le conflit de conscience peut se développer par une réflexion autonome, mais il peut aussi surgir, progressivement ou soudainement, face à une circonstance rencontrée dans le cadre du service militaire, par exemple lors de la première prise d'arme (il y a hélas des condamnations pour refus d'ordre de personnes qui font à ce moment-là un blocage psychologique) ou en étant mis en confrontation à une arme particulièrement destructive.

11. Il convient aussi, et c'est d'une grande importance, de citer le cas de l'objection de conscience à un ordre criminel, y compris ou surtout si celui-ci viole le droit humanitaire ; objection qui doit en effet pouvoir être exprimée en tout temps et en particulier de façon immédiate au moment de la réception de l'ordre contesté, cette objection devant alors, selon les circonstances, rejeter non-seulement l'ordre contesté lui-même mais aussi l'ensemble du système qui produit ou maintient cet ordre injuste, à tout le moins si l'ordre est maintenu, car alors seul le refus personnel et complet du système permettant, à défaut de pouvoir l'empêcher, la réalisation de ce ordre illégal et des ses conséquences, de préserver la conscience, et donc l'innocence de la personne confrontée à une telle situation. L'objection de conscience à une circonstance particulière devenant alors une objection au sens usuel du terme, une objection d'ensemble au service militaire<sup>5</sup>.

---

<sup>2</sup> Détail du calcul : <http://www.infodroit.ch/spip.php?article44>

<sup>3</sup> Ordonnance sur les obligations militaires (OMI), 1.1.2018, [art. 19](#).

<sup>4</sup> Loi sur le service civil, [art. 16](#).

<sup>5</sup> Voir par exemple, [Jacques Verhaegen](#) : «Le refus d'obéissance aux ordres manifestement criminels », revue du CICR, vol. 84, n° 845, mars 2002.



### Analyse des mesures proposées

**Mesure 1:** 150 jours de service civil pour toutes personnes n'ayant pas terminés ses « services d'instruction » et ayant moins de 100 jours de service militaire restant.

#### Appréciation générale

12. Par « services d'instruction », il est entendu toutes les périodes de services militaires, à savoir écoles de recrues, écoles de cadres et cours de répétition<sup>6</sup>.

13. La proposition équivaldrait à « condamner », imposer à tout militaire ayant entre 1 et 100 jours de service militaire encore à faire à effectuer 150 jours de service civil.

14. La mesure incite à terminer ses obligations militaires au lieu de demander le service civil.

15. Partant du constat, hautement probable<sup>7</sup>, selon lequel les pertes en effectifs augmentent en fonction de l'âge par lassitude, perte d'intérêt ou en raison de l'augmentation des obligations professionnelles et familiales. Il conviendrait toutefois de disposer des chiffres du nombre des personnes qui quittent l'arme dans ces tranches d'âge soit pour le service civil, soit pour raisons médicales. En effet, si le problème est une question d'emploi du temps, la demande de service civil est d'autant plus contre-productive.

16. A cet aulne, la mesure aura pour effet principal d'augmenter le nombre de demandes médicales et assez peu de diminuer le nombre de service civil. Quand à sa capacité à renforcer la motivation pour l'armée, elle est ici hors contexte – ce n'est pas notre problème ou celui du service civil – et elle n'est que très indirecte, la diminution de l'attrait du service civil n'augmentant pas pour autant l'attrait pour l'armée.

#### Calculs concernant la mesure proposée

17. Dans la pratique, divers types de calculs sont possibles pour déterminer les effets et les proportions de la proposition. Mes connaissances mathématiques sont limitées, donc d'autres calculs sont peut-être possibles ou éventuellement meilleurs, mais ceux-ci révèlent plusieurs des effets pervers de la proposition:

a. Le facteur multipliant le nombre de jours à faire est, avec la proposition exponentiel : La personne qui aurait 1 seul jour d'armée encore à faire se retrouverait à en faire 150 jours, soit 150 fois plus que le nombre de jour d'armée requis.

Dans le détail, un militaire à qui il resterait :

1 cours de répétition (CR), soit 19 jours (150/19), verrait le multiplicateur passer de 1.5 à 7.89

2 cours de répétition, le facteur (150/38) est encore du quadruple (3.94)

3 cours de répétition, le facteur descend à 2.63

4 cours de répétition, le facteur est de 2 (1.97)

5 cours de répétition le facteur est encore de 1.57, soit plus haut que la loi actuelle ou que le facteur attribué aux civilistes ayant encore plus de jours.

Ce n'est donc qu'avec 6 cours de répétition encore à faire, soit avec le nombre total des cours de répétition à faire par les soldats, et donc durant le premier cours de répétition que l'ajout systématique de 150 jours, rejoint le facteur général de 1.5.

*Dit autrement, à quelques jours prêts, quiconque demanderait le service civil après l'école de recrue devrait faire 150 jours de service civil au moins, quelque soit le nombre de jour d'armée restant à faire. Pourquoi ne pas le dire ?*

b. Le calcul peut aussi être fait en tenant compte des jours de service militaires et civils faits au total. Exemple pour un soldat :

Ecole de recrue de 124 jours, solde 121 jours de service en CR. Total 245<sup>(8)</sup>. Service civil complet, 245 X 1.5 = 367 jours de service civil.

Jours de service mil faits : 244 (au lieu de 245)+150=394 (proposition). Système actuel : 244 + 2 (1 x 1.5) = 246 (actuel). Différence : 148 jours à faire en plus qu'avec le système actuel et ... 27 de plus qu'en ayant demandé le service civil dès le recrutement.

<sup>6</sup> Loi sur l'armée et l'administration militaire (LAAM), [art. 41](#).

<sup>7</sup> La permanence que nous représentons confirme, à sa modeste mesure, cette tendance. Les hommes de plus de 25 ans sont relativement nombreux à vouloir mettre un terme à leurs obligations militaires et leur nombre augmente avec l'âge

<sup>8</sup> OMI, [art. 47](#).



Jours de service faits :  $238 (6 \text{ CR faits}) + 150 = 388$  jours à faire ou (système actuel)  $238 + 9 (6 \times 1.5) = 247$ . Différence : 141 jours de service civil en plus qu'avec le système actuel, mais aussi 21 jours de service (mil et civ) en plus de ce que ce même soldat aurait eu à faire s'il avait demandé le service civil dès la fin du recrutement.

En cela, le service est *punitif parce qu'il impose des jours en plus ... pour avoir accepté de faire presque tout son service militaire !!!*

Jours de service faits :  $219 (5 \text{ CR}) + 150 = 369$  ou (actuel :)  $219 + 39 (26 \times 1.5) = 258$ . Différence : 111 jours de plus que le système actuel, mais encore 2 jours de plus qu'avec un service civil demandé dès l'origine.

Jours de service faits  $200 (4 \text{ CR}) + 150 = 350$  ou actuel  $200 + 68 (45 \times 1.5) = 268$ . Différence : 82 en plus que le système actuel.

A partir d'ici le nombre total de jours faits devient inférieur à un service civil demandé d'emblée et donc les jours de service militaire faits diminuent le nombre total de jours à faire.

Jours de service faits  $181 (3 \text{ CR}) + 150 = 331$  ou  $181 + 96 (64 \times 1.5) = 277$ . Différence, 54 jours de service civil en plus, mais 90 de moins qu'avec un service civil complet.

Jours de service faits  $162 (2 \text{ CR}) + 150 = 312$  ou

Jours de service faits  $143 (1 \text{ CR}) + 150 = 293$  ou  $143 + 156 (101 \times 1.5) = 299$  Différence  $\pm 0$ .

#### Effets pour la pratique

c. Les effets du nouveau système sur les intérêts des candidats civilistes, en termes de jours à faire seraient les suivants :

- 1) Le facteur de 1.5 s'applique durant l'école de recrue, voir durant le 1<sup>er</sup> CR. Inchangé.
- 2) Tout jour d'armée fait durant cette période diminue effectivement le nombre total (armée et sc) de jours à faire, par rapport à un service civil complet. Inchangé.
- 3) Dès le 2<sup>ème</sup> CR et jusqu'au 4<sup>ème</sup> CR, le nouveau système augmente progressivement, par rapport à l'ancien, effet étrange, le nombre de jours total à faire, même si l'on fait ces CR, soit d'avoir à faire encore plus de service en tout parce que l'on fait de l'armée (absurde !), puis d'avoir à faire du service civil en plus, même si le nombre de jours total de service civil et militaire reste inférieur à ce que devrait faire un civiliste de la première heure mis au facteur 1.5).

Exemple : Faire un 2<sup>ème</sup> CR de 19 jours et demander le sc, ajoute en plus de ces 19 jours 17 jours de service en tout (civil et militaire) par rapport au système actuel, dans lequel le civiliste en faisant ce CR épargnerait 9 jours de service civil ( $19 - x 1.5$ ). (Nouveau :  $162 \text{ SM} + 150 \text{ SC} = 312$  Ancien  $162 + 125$  (solde de  $83 \times 1.5$ ) = 287, nouveau = J plus 25. S'il ne fait pas ce CR (ancien  $\text{SM } 143 + \text{SC } 152 (101 \times 1.5) = 295$  soit quelques jours en plus de SC pour ne pas avoir fait ce cours (295 au lieu 287), mais toujours au total 17 jours de moins qu'en faisant ce CR dans le système proposé, lequel augmente donc le nombre de jours à faire sans donner de diminution pour ceux faits.

Idem pour les 3<sup>ème</sup> et 4<sup>ème</sup> CR. Je renonce aux calculs ici, mais le nombre de jours d'armée faits sans diminuer le nombre de jours de service totaux augmentera d'autant, par rapport à quelqu'un qui demande le SC après l'ER ou le 1<sup>er</sup> CR.

- 4) Dès le 5<sup>ème</sup> CR, le nombre total (SC et SM) de jours à faire devient plus grand que quelqu'un qui demande le service civil dès le 1<sup>er</sup> jour.

d. En résumé, il ne sera intéressant, en terme de jours à faire (ou rentable) de demander le service qu'entre le recrutement et la fin du 1<sup>er</sup> cours de répétition. A l'inverse, toute demande faite ultérieurement augmentera, de plus en plus gravement, la charge totale du nombre de jours à faire, laquelle dépassera, si le SC est demandé durant ou après le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, le nombre de jours à faire pour quelqu'un qui demande le service civil avant l'ER.

18. Tactiquement, pour le soutien aux objecteurs, l'intérêt à demander le service civil entre le recrutement et la fin de l'école de recrue reste similaire. Par contre, plus le militaire avance dans sa carrière militaire, plus la charge de jours augmente, plus il devient difficile de demander le service civil (et plus sera grande le besoin de demander la voie bleue).

19. Cela n'aura pas pour effet de diminuer fortement le nombre de demandes de service civil, puisque les demandes seront soit pour une part reportées plus tôt dans la carrière militaire, soit transformées en demande médicales et que rares seront les personnes qui en fin de carrière militaire décideront de finir leur service plutôt que de sortir de l'armée, d'une façon ou d'une autre.



### La durée du service civil en droit

20. En droit Suisse, le facteur légal de 1.5 est le même depuis l'origine. Avec toutefois la réserve présentée ci-dessus au point 6 concernant la durée effective (et non légale) située aux environ de 1.8.

21. Le droit international, le Comité des droits de l'homme et la Cour européenne des droits de l'homme, tiennent de jurisprudence constante le fait que le service civil doit être de nature civile et non-punitif.

22. Une durée supérieure au double du service militaire à remplacer est considérée comme excessive<sup>9</sup>. Ainsi, l'attribution à toute personne ayant moins de 75 jours de service militaire à faire de 150 jours de service civil serait contraire au droit international.

23. Mais c'est dans son ensemble, ou à tout le moins dès le 2<sup>ème</sup> cours de répétition, que la mesure est discriminatoire. D'abord parce que plus, ils servent dans l'armée, plus elle pénalise les militaires qui demandent le service civil. Ensuite, parce qu'elle traite différemment des personnes dans des situations similaires, à savoir des personnes présentant une demande de service civil, demande qui est de même nature quel que soit le moment où elle est faite et pour laquelle le nombre de jours de service militaire accomplis n'a aucune incidence, sauf peut-être à renforcer le besoin de présenter une objection de conscience, ce qui reste sans influence aucune sur le droit fondamental à demander le service civil.

24. La loi sur le service civil pose comme principe que la charge du service civil devrait équivalente à celle de l'armée<sup>10</sup>. Toutefois la mesure proposée, en tous les cas dès le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, puisque la charge en jours à faire est alourdie au-delà de ce que le militaire aurait à faire en demandant le service civil avant l'école de recrue. Ainsi, non-seulement, la personne concernée effectue la plus large part de son service militaire (les 3/4), mais elle y voit ajouté une part importante de service civil (150/367) soit presque la moitié du service civil en plus, pour un total qui dépasse ce qu'elle aurait eu à faire tant à l'armée qu'avec un service civil entier. A ce titre, la mesure est non seulement dissuasive, mais discriminatoire dans la mesure où elle pénalise ceux qui ont déjà fait beaucoup d'armée (ne devraient-ils pas au contraire être pour cela remerciés ?).

25. Par ailleurs, le droit à l'objection de conscience étant un droit fondamental, toute forme de dissuasion, en entravant son libre exercice, est déjà une violation du droit.

26. Et il est finalement, à mon sens, difficile la nature punitive de la mesure, puisque ce sont ceux-là même, qui ont le plus servi dans l'armée, qui se voient le plus pénalisés.

### Résumé :

- Violation du droit international sur la durée du service civil.
- Discrimination entre les civilistes « d'origine » et ceux qui demandent le service civil au cours de leur carrière militaire (l'objection reste la même, pour les mêmes motifs et contre le même service militaire, seule change la situation militaire).
- Mesure probablement punitive.
- Mesure simple en apparence, mais particulièrement compliquée à comprendre et à calculer, entre autres pour les personnes concernées.

---

<sup>9</sup> ONU, Comité des droits de l'homme: Foin v France (Communication No. 666/1995), CCPR/C/D/666/1995, 9 November 1999, para. 10.3, entre autres jurisprudence. Voir aussi: Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 8.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

Il existe aussi une traduction allemande de document, p. 21 : [http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-](http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV_2014-3_KDVundAsyl.pdf)

[eV\\_2014-3\\_KDVundAsyl.pdf](http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV_2014-3_KDVundAsyl.pdf)

Voir aussi le rapport quadriennal du Haut Commissaire aux Droits de l'Homme sur l'objection de conscience, 1.5.2017, § 22.

<http://www.undocs.org/fr/A/HRC/35/4>

<sup>10</sup> LSC 5



### **Mesure 2 :**

Délai d'attente de 12 mois entre le dépôt de la demande et l'admission, avec obligation de faire les périodes de service militaires prévues.

27. La mesure est contraire à la constitution. Celle-ci prévoit, textuellement : « un service de remplacement »<sup>11</sup>. Or un *remplacement du service* n'est en aucun cas un service de remplacement *différé* avec maintien du service à remplacer, en attente du service de remplacement.

Des délais pour la mise en œuvre, par la personne concernée comme par l'administration, du service de remplacement sont acceptable, voir le maintien des obligations en attente de la décision d'admission<sup>12</sup>, mais en aucun le droit à l'objection de conscience ne saurait-il être suspendu.

28. De plus, la proposition est largement impraticable et passablement conflictogène. Les civilistes concernés ne se gêneront pas pour demander des reports, se faire porter malade ou pour ne pas se présenter et leur motifs de conscience finissant toujours par être reconnus, ils ne seront, s'ils sont que partiellement et inégalement sanctionnés pour ces déflections. Sans parler de la charge administrative supplémentaire pour les administrations cantonales.

### Résumé

- Mesure contraire à la constitution.
- Discrimination entre les civilistes qui font une demande avant l'école de recrue, lesquels ne sont pas condamnés à des périodes militaires et ceux qui la font après l'ER, qui doivent en faire ou, vaille que vaille, les faire annuler.
- Mesure de nature à créer de nombreuses difficultés administratives tant pour les conscrits et les civilistes que pour l'administration.

### **Mesure 3 :**

29. Suppression du facteur 1.1 et passage au facteur 1.5 pour les officiers et les sous-officiers supérieurs.

30. Les personnes concernées sont relativement peu nombreuses. Elles ont néanmoins les mêmes droits. Mais surtout toutes ces personnes, qui ont été obligées de revêtir ces fonctions d'encadrement, ont déjà servi, au moment de la demande d'admission au service civil plus de jours d'armée que ne servent les civilistes qui n'en a fait aucun. Le moins gradé de ceux-ci servira un total 440 jours de services au lieu de 245<sup>13</sup>. Pour obtenir son grade, il en aura déjà fait presque autant qu'un soldat normal. Et le solde de jour à faire, qu'il soit multiplié par 1.1. ou 1.5 dépassera de toutes façons le nombre maximal de jours effectués par un civiliste ne faisant pas d'armée du tout.

31. Sachant que l'obligation de grader est imposée, même avec un facteur 1.1, la personne qui demande le service civil alors qu'elle a déjà revêtu son grade est discriminée par rapport à un civiliste qui demande le service avant de recevoir le moindre grade. Augmenté cette durée plus encore, alors que la personne gradée sert déjà plus que toute autre personne sans garde, apparaît là aussi comme punitive.

### Résumé

- En conjonction avec la discrimination décrite ci-après, violation du droit international sur la durée du service de remplacement.
- Discrimination entre les officiers et sous-officiers supérieurs d'une part et les soldats d'autre part en raison d'abord de l'obligation de grader d'abord, pour laquelle les premiers ne peuvent rien, puis du fait qu'en raison de cette obligation, ils ont déjà effectué, contre leur gré, une durée de service aussi importante que les soldats, durée sur laquelle vient ensuite s'ajouter une très longue durée de service civil supplémentaire. Dit autrement, le soldat qui demande le service civil évite non-seulement de grader, mais tous les jours de service civil supplémentaires en cas de conflit de conscience alors que l'officier, qui est en droit de développer un conflit de conscience à tout moment, en est d'autant plus pénalisé.

<sup>11</sup> [Art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement.](#)

<sup>12</sup> [LSC 17 et 17a.](#)

<sup>13</sup> [OMI 47](#)



- Mesure qui ne touche qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 4 :**

32. Interdiction faite aux médecins de faire du service civil en tant que médecins.

33. Là encore, la mesure ne concerne que très peu de personnes. Les médecins ont en moyenne au moins 26-27 ans à la fin de leur formation et ce moment-là, la plupart des périodes longues sont faites. Mais quand bien même, faut-il priver les hôpitaux de ces médecins-là ?

34. Par ailleurs, la mesure est à nouveau discriminatoire ; pourquoi les médecins et pas les géologues, les travailleurs sociaux ou les enseignants ? Là ce ne serait plus seulement certains civilistes, mais tout le service d'intérêt public qui tendrait à être victime d'une vision trop étroite des possibilités de service civil.

35. Enfin, il existe certes une disposition qui interdit certaines affectations en fonction de la personne du civiliste, en particulier si elle favorise sa formation<sup>14</sup>. Et c'est probablement, dans ce contexte que la proposition s'inspirerait. Mais à nouveau, certains militaires exercent des fonctions militaires en lien avec leur profession – et pas seulement des médecins ! – en quoi des civilistes n'auraient-ils pas le droit d'en faire autant ?

#### Résumé

- Mesure hautement discriminatoire (par professions).
- Mesure ne touchant (en l'état, que les médecins) qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 5 :**

36. Pas d'admission au service civil pour les personnes pour lesquelles il ne reste plus de jours de service, mais pour lesquelles il reste des tirs obligatoires.

37. La question est controversée depuis longtemps. Seul sont concernés les militaires en service long, qui restent incorporés ensuite pendant 4 ans<sup>15</sup>. Il conviendrait de savoir combien il y a eu de cas.

38. Pour rappel, les militaires ont la possibilité de déposer l'arme, sans motifs, s'ils ne souhaitent pas la conserver, mais cela ne les dispense pas des tirs<sup>16</sup>.

39. D'abord, il convient de rappeler que l'exécution de tirs obligatoires, dans le cadre d'un service militaire, même terminé, peuvent donner lieu à conflit de conscience, qui plus est si celui-ci peut avoir à se manifester durant une période de 4 ans.

40. En ce sens, la mesure ignore et passe complètement à côté, nie un problème qu'il y aurait pourtant lieu de résoudre.

41. A mon sens, une procédure plus simple qu'une admission au service civil devrait permettre, par exemple mais en tous les cas pour motifs de conscience légitimes, de remettre l'arme définitivement et d'être ainsi dispensé des tirs obligatoires.

#### Résumé

- Violation du droit à l'objection de conscience
- Mesure administrative inadéquate
- Mesure ne touchant qu'un nombre limité de personne

#### **Mesure 6 :**

42. Les civilistes sont tenus de faire une période de service civil par année dès l'admission.

---

<sup>14</sup> [LSC 4a](#)

<sup>15</sup> [LAAM 54a](#)

<sup>16</sup> Ordonnance concernant l'équipement personnel des militaires (OEPM), [art. 6a](#).



43. La mesure existe déjà, [art. 39a](#) de l'ordonnance sur le service civil : « La personne astreinte au service civil *effectue chaque année* des affectations de service civil d'une durée de 26 jours au moins à partir de la deuxième année civile au plus tard ».

44. Les reports étant relativement fréquents, on peut se demander si c'est ceux-ci qu'il s'agit de limiter, mais le texte de la mesure est pour le surplus inutile.

#### Résumé

- Proposition de mesure incompétente, mesure déjà prévue par la loi.

#### Mesure 7 :

45. Obligation pour les personnes en service long, d'effectuer la période longue de service civile dans l'année qui suit (et non pas dans les trois ans qui suivent) l'admission au service civil.

46. Imposer un service civil long est une vieille mesure de 2011, que le Tribunal administratif fédéral avait annulée en raison de [l'article 20 de la LSC](#) qui stipule que le SC peut être fait en une ou plusieurs périodes<sup>17</sup>.

47. Depuis toujours, nous recommandons aux militaires en service long de passer d'abord au service normal, avant de demander le service civil, entre autres afin d'éviter le surplus de jours, actuellement 55 jours de service militaire ou 82 jours de service civil en plus<sup>18</sup>. Notre recommandation ne changera pas.

48. De plus, la mesure ne prévoit cette obligation que si l'école de recrue n'est pas terminée, or l'école de recrue est considérée comme terminée si 80% de ses jours ont été accomplis<sup>19</sup>; soit pour une école usuelle de 124 jours, dès le 100<sup>ème</sup> jour d'école de recrue. Mais dans la pratique, la demande de service civil peut être faite quelques jours plutôt, puisque celle-ci prend quelques jours, voir semaines à condition pour cela que l'admission à la fin du processus de demande intervienne après le 100<sup>ème</sup> jour de service.

49. Que ce soit en passant au service normal et en attendant les 80% de son service militaire (dans des conditions « suffisantes ») – si encore au service long avec les jours en sus – il est très facile d'éviter cette mesure et peu nombreux sont ceux qui se retrouveront à devoir faire une période longue ou leur période longue de service civile dans l'année qui suit. Au demeurant si un plan de carrière avait prévu une mise en suspend de celui-ci pour le service militaire long, avec une libération en fin d'école de recrue et une affectation longue trouvée rapidement, celle-ci peut être faite dans le temps préalablement dévolu au service militaire long.

50. La mesure est aussi discriminatoire puisqu'elle traite plus durement les militaires en service long que les militaires en service normal d'une part, et alors plus durement que les civilistes n'ayant pas débuté l'école de recrue d'autre part.

#### Résumé

- Mesure facile à contourner, voire à accommoder.
- Mesure ne concernant alors plus qu'un nombre limité de personne.
- Mesure discriminatoire.

#### Considérations finales

51. Les mesures 1 et 3 violent le droit international sur la durée du service civil.

52. La mesure 2 viole la constitution sur la notion de service de remplacement et la mesure 5 viole la constitution sur le droit à un service de remplacement.

53. Les mesures 1, 3, 4 et 7 sont clairement discriminatoires et violent à un titre ou un autre l'égalité de traitement.

54. Les mesures 3, 4, 5 et 7 ne touchent que – mais gravement – un nombre limité de personnes. À ce titre, le but premier de ces mesures n'est probablement pas ou que partiellement de toucher ces personnes-là, voire de les maintenir dans l'armée mais de donner l'impression qu'il est difficile ou déconseillé, qu'il est

<sup>17</sup> <http://www.infodroit.ch/spip.php?article91>

<sup>18</sup> [OMI 111](#)

<sup>19</sup> [OMI 57](#) ou [37 ordonnance sur le service civil \(OSI\)](#) (même teneur).



même dissuadé de sortir de l'armée. Un tel but viole le droit au service civil et un service civil non-discriminatoire et non-punitif.

55. Il convient d'ajouter à ce propos que les instances et jurisprudences internationales ont reconnus sans hésiter le droit à l'objection de conscience pour les appelés, comme pour les volontaires et les professionnels. Autrement dit et pour ce qui nous occupe ici, le droit à l'objection de conscience et au service de remplacement est et reste le même, ne saurait donc subir d'aggravation dans l'exercice du droit, soit l'accès au service civil, comme dans sa réalisation, soit l'accomplissement du service civil, que la personne concernée aie commencé ou non à servir dans l'armée<sup>20</sup>.

56. Les mesures 2, 3 et 4 supposent des difficultés de mise en œuvre particulièrement importantes. La mesure 5 pourrait faire l'objet d'une simplification administrative.

57. La mesure 6 est inutile, une aberration puisqu'elle préconise quelque chose qui existe déjà.

58. L'analyse de l'ensemble de ces mesures donne l'impression forte que l'armée est très embarrassée, mal à l'aise en raison des demandes service civil issues des ses rangs.

59. Ainsi quand bien même l'ensemble de ces mesures, si elles venaient à être mise en œuvre, aurait pourrait effet d'inciter les conscrits à demander le service civil bien plus tôt, ce qui n'est pas utile à l'armée non plus, il conviendrait de combattre ces mesures pour les effets et les complications graves qu'elles imposent, en toutes sortes de circonstances, aux militaires.

60. Il convient aussi de constater que les mesures proposées font preuve d'une méconnaissance, tant du droit international que du droit constitutionnel suisse qui confine à l'impréparation, voire au mépris, tant des civilistes que des militaires.

61. Enfin, dans le cadre des réactions à ces propositions de mesures, il conviendra de rappeler certaines ou l'ensemble de nos revendications de base, à savoir une présence civile lors du recrutement afin de faciliter son impartialité, un durée raisonnable et une compensation financière garantissant au moins l'accès au minimum vital<sup>21</sup>.

Christophe Barbey,  
Juriste, permanent depuis 2006

---

<sup>20</sup> Voir les résolutions du Conseil des Droits de l'Homme, par exemple la résolution du 8 octobre 2013, art. 12 [A/RES/HRC/24/17](#) ou Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 4.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

<sup>21</sup> Avec une APG de 62.- par jour durant l'ER ou son équivalent au service civil, ou en cas d'absence de salaire préalable au service ou de droit à son équivalent, avec 1'800.- par mois ~, le minimum vital n'est pas atteint. Le dernier rapport du haut commissaire aux droits de l'homme mentionne une trop faible rémunération comme étant de nature punitive. [A/HRC/35/4](#), § 21.



Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Alvaneu Dorf, im August 2018

## **Stellungnahme der Jugendinstitution Nido del Lupo zur Änderung des Zivildienstgesetzes**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### **Einleitung und grundsätzliche Beurteilung**

Die Jugendinstitution Nido del Lupo bietet Jugendlichen in schwierigen Lebenssituationen einen geschützten Lebens- und Lernraum. Neben qualifizierten und erfahrenen Pädagogen arbeiten bei uns schon seit vielen Jahren Zivildienstleistende mit. Mit viel Engagement haben diese bisher unser handwerkliches und unser zirkuspädagogisches Angebot ergänzt und zahlreiche Projekte ermöglicht, die ohne Zivildienstleistende nicht möglich gewesen wären.

Die Jugendinstitution Nido del Lupo ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### **Kein Handlungsbedarf**

Sowohl die drei Bericht des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss,



dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

### **Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen**

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoss gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

### **Unklare Auswirkungen**

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Nido del Lupo weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Die Jugendinstitution Nido del Lupo lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

### **Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem



unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdiensttage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Diensttage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist Nido del Lupo auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für Nido del Lupo ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

### **Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Diensttage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

### **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

Nido del Lupo geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Diensttage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Diensttage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.



#### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

#### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht des Nido del Lupo besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

Nido del Lupo ist der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

#### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Nido del Lupo sieht absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildiensttage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Diensttage erfüllen (2017: 96.7% aller Diensttage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Diensttage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Diensttage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.

#### **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.



### **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

Nido del Lupo bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Im Namen der Gesamtinstitution

Fabio Botta  
Geschäftsleiter Nido del Lupo



Permanence romande pour civilistes et militaires  
Permanence@infodroit.ch ou  
Le mardi de 12 à 14 heures au 026 925 80 66.  
Pour les urgences, 079 524 35 74, veuillez laisser un message.

Flendruz, 16 juin 2018

### Avis de droit

*A qui de droit*

#### **7 mesures du Conseil fédéral destinées à la consultation. Modifications de la loi sur le service civil. 2018**

##### **En préalable**

1. Le droit à l'objection de conscience est un droit fondamental internationalement reconnu.
2. Il est reconnu par les jurisprudences du Comité des droits de l'homme et de la Cour Européenne des droits de l'homme, il est présent dans la constitution suisse<sup>1</sup>.
3. Ce droit s'appuie essentiellement tant sur le refus impératif de tuer que sur le refus de résoudre les conflits par la violence.
4. Le conflit entre l'obligation constitutionnelle de servir dans l'armée d'une part et la conscience d'autre part (appelé confit de conscience) peut se manifester sous diverses formes et à divers moments, de façons plus ou moins virulentes ou soudaines, y compris parfois par des somatisations ou des actes de rébellions. La problématique a été largement résolue par deux mesures:
5. 1) Il a été renoncé au « contrôle de conscience » en adoptant le système dit de la preuve par l'acte, soit l'acceptation, par la personne qui demande le service civil d'une durée plus longue pour ce service que celle requise pour le service militaire.

Cette mesure a pour avantage (en plus d'une forte diminution de la charge administrative) d'éviter d'une part l'aggravation et la stigmatisation du conflit de conscience par son besoin de le confronter à la procédure et de libérer d'autre part la personne concernée d'une appréhension et d'une expression intellectuelle et verbalisée de ce conflit, inévitablement discriminatoire selon le niveau d'éducation, et sujette d'autre part à des biais divers, puisque le résultat de l'examen dépendait largement du degré de préparation à celui-ci plutôt que de la nature même, des sources et des raisons du conflit de conscience.

6. Il convient toutefois de noter que ce système de quotité a dès le début présenté un défaut important, au demeurant partiellement caché des civilistes eux-mêmes, dans la mesure où la durée de service civil requise par la loi (1 fois et demie – 1,5 – celle du service militaire encore à faire au moment de la demande) est dans la pratique comparativement différente de la durée du service militaire réellement effectuée par les militaires libérés lorsqu'ils atteignent la limite d'âge. En effet, ceux-ci se voient alors remettre le solde des jours de service non-effectués, alors que les civilistes se voient pénalement condamnés s'ils n'effectuent pas l'entier de leurs jours avant la même limite d'âge (limite par ailleurs par elle-même plus exigeante, puisqu'ils ont plus de jours à effectuer dans le même laps de temps). L'armée a de plus tardé à donner les chiffres permettant de mesurer cette différence des durées respectives des

---

<sup>1</sup> Constitution fédérale (Cst.) [Article 10 sur la droit à la vie](#), [art. 15 sur la liberté de conscience](#), [art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement](#).



services. Pourtant des estimations raisonnables permettaient d'évaluer le nombre de jours de service civil effectués pour les civilistes demandant le service civil pour l'entier de leur périodes de service militaires comme étant environ du double du nombre de jour effectué en moyenne par les soldats terminant leur obligation à la limite d'âge<sup>2</sup>. Actuellement, ce taux semble s'être amélioré un peu, mais la durée comparée du service civil resterait de 1.8 plus élevée que la durée des services militaires, et non pas les 1.5 que stipule la loi. Il conviendra de vérifier les effets de la nouvelle loi sur l'armée sur cette problématique, la limite d'âge n'étant plus un âge fixe (p. ex. 34 ans), mais devenant un nombre de dix années pour faire les services requis après l'école de recrue<sup>3</sup>.

7. De plus la discrimination pénale demeure, puisque contrairement au service civil, aucune mesure permettant d'assurer le rythme et le progrès de la réalisation des périodes de service militaire, mesure accompagnées dans la loi sur le service civil de mesures pénales en cas de retards, n'ont été introduites dans la nouvelle législation sur la l'armée. Ainsi, le civiliste doit accomplir certaines périodes (la première suivant l'admission et la période longue) selon des délais fixes et il ne doit pas lui rester plus d'une certaine proportion de jours à faire avant d'atteindre la limite d'âge. Passé ces délais ou si la proportion de jours restant à faire est trop forte, le civiliste est convoqué d'office pour le surplus ou la période concernée, puis il encoure une peine s'il n'effectue pas la période requise. Il n'existe, pas de système similaire ou aussi contraignant dans l'armée. Pour avoir une vision complète de cette discrimination, pénalement grave, il conviendrait encore de comparer le nombre des dispenses pour justes motifs, lesquelles au demeurant ne font que repousser le problème, dispenses accordées tant pour les civilistes que pour les militaires. Nonobstant, vu la nature différente des système de suivi et de répression des deux sortes d'obligations, puisqu'il y a des condamnations pour retard dus au système de suivi contre les civilistes et qu'il n'y en a pas pour les militaires, la discrimination pénale demeure, tout comme demeurera a priori la discrimination sur les durées.

8. 2) Il importe de souligner que le service civil peut et doit pouvoir être demandé en tout temps, c'est d'ailleurs dans la loi<sup>4</sup>.

9. Cela concerne bien sûr la possibilité de demander le service civil depuis une période de service militaire, mais porte surtout sur la nature du conflit de conscience et relève en partie aussi du droit humanitaire.

10. Ainsi, le conflit de conscience peut se développer par une réflexion autonome, mais il peut aussi surgir, progressivement ou soudainement, face à une circonstance rencontrée dans le cadre du service militaire, par exemple lors de la première prise d'arme (il y a hélas des condamnations pour refus d'ordre de personnes qui font à ce moment-là un blocage psychologique) ou en étant mis en confrontation à une arme particulièrement destructive.

11. Il convient aussi, et c'est d'une grande importance, de citer le cas de l'objection de conscience à un ordre criminel, y compris ou surtout si celui-ci viole le droit humanitaire ; objection qui doit en effet pouvoir être exprimée en tout temps et en particulier de façon immédiate au moment de la réception de l'ordre contesté, cette objection devant alors, selon les circonstances, rejeter non-seulement l'ordre contesté lui-même mais aussi l'ensemble du système qui produit ou maintient cet ordre injuste, à tout le moins si l'ordre est maintenu, car alors seul le refus personnel et complet du système permettant, à défaut de pouvoir l'empêcher, la réalisation de ce ordre illégal et des ses conséquences, de préserver la conscience, et donc l'innocence de la personne confrontée à une telle situation. L'objection de conscience à une circonstance particulière devenant alors une objection au sens usuel du terme, une objection d'ensemble au service militaire<sup>5</sup>.

---

<sup>2</sup> Détail du calcul : <http://www.infodroit.ch/spip.php?article44>

<sup>3</sup> Ordonnance sur les obligations militaires (OMI), 1.1.2018, [art. 19](#).

<sup>4</sup> Loi sur le service civil, [art. 16](#).

<sup>5</sup> Voir par exemple, [Jacques Verhaegen](#) : «Le refus d'obéissance aux ordres manifestement criminels », revue du CICR, vol. 84, n° 845, mars 2002.



### Analyse des mesures proposées

**Mesure 1:** 150 jours de service civil pour toutes personnes n'ayant pas terminés ses « services d'instruction » et ayant moins de 100 jours de service militaire restant.

#### Appréciation générale

12. Par « services d'instruction », il est entendu toutes les périodes de services militaires, à savoir écoles de recrues, écoles de cadres et cours de répétition<sup>6</sup>.

13. La proposition équivaudrait à « condamner », imposer à tout militaire ayant entre 1 et 100 jours de service militaire encore à faire à effectuer 150 jours de service civil.

14. La mesure incite à terminer ses obligations militaires au lieu de demander le service civil.

15. Partant du constat, hautement probable<sup>7</sup>, selon lequel les pertes en effectifs augmentent en fonction de l'âge par lassitude, perte d'intérêt ou en raison de l'augmentation des obligations professionnelles et familiales. Il conviendrait toutefois de disposer des chiffres du nombre des personnes qui quittent l'arme dans ces tranches d'âge soit pour le service civil, soit pour raisons médicales. En effet, si le problème est une question d'emploi du temps, la demande de service civil est d'autant plus contre-productive.

16. A cet aulne, la mesure aura pour effet principal d'augmenter le nombre de demandes médicales et assez peu de diminuer le nombre de service civil. Quand à sa capacité à renforcer la motivation pour l'armée, elle est ici hors contexte – ce n'est pas notre problème ou celui du service civil – et elle n'est que très indirecte, la diminution de l'attrait du service civil n'augmentant pas pour autant l'attrait pour l'armée.

#### Calculs concernant la mesure proposée

17. Dans la pratique, divers types de calculs sont possibles pour déterminer les effets et les proportions de la proposition. Mes connaissances mathématiques sont limitées, donc d'autres calculs sont peut-être possibles ou éventuellement meilleurs, mais ceux-ci révèlent plusieurs des effets pervers de la proposition:

a. Le facteur multipliant le nombre de jours à faire est, avec la proposition exponentiel : La personne qui aurait 1 seul jour d'armée encore à faire se retrouverait à en faire 150 jours, soit 150 fois plus que le nombre de jour d'armée requis.

Dans le détail, un militaire à qui il resterait :

1 cours de répétition (CR), soit 19 jours (150/19), verrait le multiplicateur passer de 1.5 à 7.89

2 cours de répétition, le facteur (150/38) est encore du quadruple (3.94)

3 cours de répétition, le facteur descend à 2.63

4 cours de répétition, le facteur est de 2 (1.97)

5 cours de répétition le facteur est encore de 1.57, soit plus haut que la loi actuelle ou que le facteur attribué aux civilistes ayant encore plus de jours.

Ce n'est donc qu'avec 6 cours de répétition encore à faire, soit avec le nombre total des cours de répétition à faire par les soldats, et donc durant le premier cours de répétition que l'ajout systématique de 150 jours, rejoint le facteur général de 1.5.

*Dit autrement, à quelques jours prêts, quiconque demanderait le service civil après l'école de recrue devrait faire 150 jours de service civil au moins, quelque soit le nombre de jour d'armée restant à faire. Pourquoi ne pas le dire ?*

b. Le calcul peut aussi être fait en tenant compte des jours de service militaires et civils faits au total. Exemple pour un soldat :

Ecole de recrue de 124 jours, solde 121 jours de service en CR. Total 245<sup>(8)</sup>. Service civil complet, 245 X 1.5 = 367 jours de service civil.

Jours de service mil faits : 244 (au lieu de 245)+150=394 (proposition). Système actuel : 244 + 2 (1 x 1.5) = 246 (actuel). Différence : 148 jours à faire en plus qu'avec le système actuel et ... 27 de plus qu'en ayant demandé le service civil dès le recrutement.

<sup>6</sup> Loi sur l'armée et l'administration militaire (LAAM), [art. 41](#).

<sup>7</sup> La permanence que nous représentons confirme, à sa modeste mesure, cette tendance. Les hommes de plus de 25 ans sont relativement nombreux à vouloir mettre un terme à leurs obligations militaires et leur nombre augmente avec l'âge

<sup>8</sup> OMI, [art. 47](#).



Jours de service faits :  $238 (6 \text{ CR faits}) + 150 = 388$  jours à faire ou (système actuel)  $238 + 9 (6 \times 1.5) = 247$ . Différence : 141 jours de service civil en plus qu'avec le système actuel, mais aussi 21 jours de service (mil et civ) en plus de ce que ce même soldat aurait eu à faire s'il avait demandé le service civil dès la fin du recrutement.

En cela, le service est *punitif parce qu'il impose des jours en plus ... pour avoir accepté de faire presque tout son service militaire !!!*

Jours de service faits :  $219 (5 \text{ CR}) + 150 = 369$  ou (actuel :)  $219 + 39 (26 \times 1.5) = 258$ . Différence : 111 jours de plus que le système actuel, mais encore 2 jours de plus qu'avec un service civil demandé dès l'origine.

Jours de service faits  $200 (4 \text{ CR}) + 150 = 350$  ou actuel  $200 + 68 (45 \times 1.5) = 268$ . Différence : 82 en plus que le système actuel.

A partir d'ici le nombre total de jours faits devient inférieur à un service civil demandé d'emblée et donc les jours de service militaire faits diminuent le nombre total de jours à faire.

Jours de service faits  $181 (3 \text{ CR}) + 150 = 331$  ou  $181 + 96 (64 \times 1.5) = 277$ . Différence, 54 jours de service civil en plus, mais 90 de moins qu'avec un service civil complet.

Jours de service faits  $162 (2 \text{ CR}) + 150 = 312$  ou

Jours de service faits  $143 (1 \text{ CR}) + 150 = 293$  ou  $143 + 156 (101 \times 1.5) = 299$  Différence  $\pm 0$ .

#### Effets pour la pratique

c. Les effets du nouveau système sur les intérêts des candidats civilistes, en termes de jours à faire seraient les suivants :

- 1) Le facteur de 1.5 s'applique durant l'école de recrue, voir durant le 1<sup>er</sup> CR. Inchangé.
- 2) Tout jour d'armée fait durant cette période diminue effectivement le nombre total (armée et sc) de jours à faire, par rapport à un service civil complet. Inchangé.
- 3) Dès le 2<sup>ème</sup> CR et jusqu'au 4<sup>ème</sup> CR, le nouveau système augmente progressivement, par rapport à l'ancien, effet étrange, le nombre de jours total à faire, même si l'on fait ces CR, soit d'avoir à faire encore plus de service en tout parce que l'on fait de l'armée (absurde !), puis d'avoir à faire du service civil en plus, même si le nombre de jours total de service civil et militaire reste inférieur à ce que devrait faire un civiliste de la première heure mis au facteur 1.5).

Exemple : Faire un 2<sup>ème</sup> CR de 19 jours et demander le sc, ajoute en plus de ces 19 jours 17 jours de service en tout (civil et militaire) par rapport au système actuel, dans lequel le civiliste en faisant ce CR épargnerait 9 jours de service civil ( $19 - x 1.5$ ). (Nouveau :  $162 \text{ SM} + 150 \text{ SC} = 312$  Ancien  $162 + 125$  (solde de  $83 \times 1.5$ ) = 287, nouveau = J plus 25. S'il ne fait pas ce CR (ancien  $\text{SM } 143 + \text{SC } 152 (101 \times 1.5) = 295$  soit quelques jours en plus de SC pour ne pas avoir fait ce cours (295 au lieu 287), mais toujours au total 17 jours de moins qu'en faisant ce CR dans le système proposé, lequel augmente donc le nombre de jours à faire sans donner de diminution pour ceux faits.

Idem pour les 3<sup>ème</sup> et 4<sup>ème</sup> CR. Je renonce aux calculs ici, mais le nombre de jours d'armée faits sans diminuer le nombre de jours de service totaux augmentera d'autant, par rapport à quelqu'un qui demande le SC après l'ER ou le 1<sup>er</sup> CR.

- 4) Dès le 5<sup>ème</sup> CR, le nombre total (SC et SM) de jours à faire devient plus grand que quelqu'un qui demande le service civil dès le 1<sup>er</sup> jour.

d. En résumé, il ne sera intéressant, en terme de jours à faire (ou rentable) de demander le service qu'entre le recrutement et la fin du 1<sup>er</sup> cours de répétition. A l'inverse, toute demande faite ultérieurement augmentera, de plus en plus gravement, la charge totale du nombre de jours à faire, laquelle dépassera, si le SC est demandé durant ou après le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, le nombre de jours à faire pour quelqu'un qui demande le service civil avant l'ER.

18. Tactiquement, pour le soutien aux objecteurs, l'intérêt à demander le service civil entre le recrutement et la fin de l'école de recrue reste similaire. Par contre, plus le militaire avance dans sa carrière militaire, plus la charge de jours augmente, plus il devient difficile de demander le service civil (et plus sera grande le besoin de demander la voie bleue).

19. Cela n'aura pas pour effet de diminuer fortement le nombre de demandes de service civil, puisque les demandes seront soit pour une part reportées plus tôt dans la carrière militaire, soit transformées en demande médicales et que rares seront les personnes qui en fin de carrière militaire décideront de finir leur service plutôt que de sortir de l'armée, d'une façon ou d'une autre.



### La durée du service civil en droit

20. En droit Suisse, le facteur légal de 1.5 est le même depuis l'origine. Avec toutefois la réserve présentée ci-dessus au point 6 concernant la durée effective (et non légale) située aux environ de 1.8.

21. Le droit international, le Comité des droits de l'homme et la Cour européenne des droits de l'homme, tiennent de jurisprudence constante le fait que le service civil doit être de nature civile et non-punitif.

22. Une durée supérieure au double du service militaire à remplacer est considérée comme excessive<sup>9</sup>. Ainsi, l'attribution à toute personne ayant moins de 75 jours de service militaire à faire de 150 jours de service civil serait contraire au droit international.

23. Mais c'est dans son ensemble, ou à tout le moins dès le 2<sup>ème</sup> cours de répétition, que la mesure est discriminatoire. D'abord parce que plus, ils servent dans l'armée, plus elle pénalise les militaires qui demandent le service civil. Ensuite, parce qu'elle traite différemment des personnes dans des situations similaires, à savoir des personnes présentant une demande de service civil, demande qui est de même nature quel que soit le moment où elle est faite et pour laquelle le nombre de jours de service militaire accomplis n'a aucune incidence, sauf peut-être à renforcer le besoin de présenter une objection de conscience, ce qui reste sans influence aucune sur le droit fondamental à demander le service civil.

24. La loi sur le service civil pose comme principe que la charge du service civil devrait équivalente à celle de l'armée<sup>10</sup>. Toutefois la mesure proposée, en tous les cas dès le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, puisque la charge en jours à faire est alourdie au-delà de ce que le militaire aurait à faire en demandant le service civil avant l'école de recrue. Ainsi, non-seulement, la personne concernée effectue la plus large part de son service militaire (les 3/4), mais elle y voit ajouté une part importante de service civil (150/367) soit presque la moitié du service civil en plus, pour un total qui dépasse ce qu'elle aurait eu à faire tant à l'armée qu'avec un service civil entier. A ce titre, la mesure est non seulement dissuasive, mais discriminatoire dans la mesure où elle pénalise ceux qui ont déjà fait beaucoup d'armée (ne devraient-ils pas au contraire être pour cela remerciés ?).

25. Par ailleurs, le droit à l'objection de conscience étant un droit fondamental, toute forme de dissuasion, en entravant son libre exercice, est déjà une violation du droit.

26. Et il est finalement, à mon sens, difficile la nature punitive de la mesure, puisque ce sont ceux-là même, qui ont le plus servi dans l'armée, qui se voient le plus pénalisés.

### Résumé :

- Violation du droit international sur la durée du service civil.
- Discrimination entre les civilistes « d'origine » et ceux qui demandent le service civil au cours de leur carrière militaire (l'objection reste la même, pour les mêmes motifs et contre le même service militaire, seule change la situation militaire).
- Mesure probablement punitive.
- Mesure simple en apparence, mais particulièrement compliquée à comprendre et à calculer, entre autres pour les personnes concernées.

---

<sup>9</sup> ONU, Comité des droits de l'homme: Foin v France (Communication No. 666/1995), CCPR/C/D/666/1995, 9 November 1999, para. 10.3, entre autres jurisprudence. Voir aussi: Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 8.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>  
Il existe aussi une traduction allemande de document, p. 21 : [http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV\\_2014-3\\_KDVundAsyl.pdf](http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV_2014-3_KDVundAsyl.pdf)

Voir aussi le rapport quadriennal du Haut Commissaire aux Droits de l'Homme sur l'objection de conscience, 1.5.2017, § 22.  
<http://www.undocs.org/fr/A/HRC/35/4>

<sup>10</sup> LSC 5



### **Mesure 2 :**

Délai d'attente de 12 mois entre le dépôt de la demande et l'admission, avec obligation de faire les périodes de service militaires prévues.

27. La mesure est contraire à la constitution. Celle-ci prévoit, textuellement : « un service de remplacement »<sup>11</sup>. Or un *remplacement du service* n'est en aucun cas un service de remplacement *différé* avec maintien du service à remplacer, en attente du service de remplacement.

Des délais pour la mise en œuvre, par la personne concernée comme par l'administration, du service de remplacement sont acceptable, voir le maintien des obligations en attente de la décision d'admission<sup>12</sup>, mais en aucun le droit à l'objection de conscience ne saurait-il être suspendu.

28. De plus, la proposition est largement impraticable et passablement conflictogène. Les civilistes concernés ne se gêneront pas pour demander des reports, se faire porter malade ou pour ne pas se présenter et leur motifs de conscience finissant toujours par être reconnus, ils ne seront, s'ils sont que partiellement et inégalement sanctionnés pour ces déflections. Sans parler de la charge administrative supplémentaire pour les administrations cantonales.

### Résumé

- Mesure contraire à la constitution.
- Discrimination entre les civilistes qui font une demande avant l'école de recrue, lesquels ne sont pas condamnés à des périodes militaires et ceux qui la font après l'ER, qui doivent en faire ou, vaille que vaille, les faire annuler.
- Mesure de nature à créer de nombreuses difficultés administratives tant pour les conscrits et les civilistes que pour l'administration.

### **Mesure 3 :**

29. Suppression du facteur 1.1 et passage au facteur 1.5 pour les officiers et les sous-officiers supérieurs.

30. Les personnes concernées sont relativement peu nombreuses. Elles ont néanmoins les mêmes droits. Mais surtout toutes ces personnes, qui ont été obligées de revêtir ces fonctions d'encadrement, ont déjà servi, au moment de la demande d'admission au service civil plus de jours d'armée que ne servent les civilistes qui n'en a fait aucun. Le moins gradé de ceux-ci servira un total 440 jours de services au lieu de 245<sup>13</sup>. Pour obtenir son grade, il en aura déjà fait presque autant qu'un soldat normal. Et le solde de jour à faire, qu'il soit multiplié par 1.1. ou 1.5 dépassera de toutes façons le nombre maximal de jours effectués par un civiliste ne faisant pas d'armée du tout.

31. Sachant que l'obligation de grader est imposée, même avec un facteur 1.1, la personne qui demande le service civil alors qu'elle a déjà revêtu son grade est discriminée par rapport à un civiliste qui demande le service avant de recevoir le moindre grade. Augmenté cette durée plus encore, alors que la personne gradée sert déjà plus que toute autre personne sans garde, apparaît là aussi comme punitive.

### Résumé

- En conjonction avec la discrimination décrite ci-après, violation du droit international sur la durée du service de remplacement.
- Discrimination entre les officiers et sous-officiers supérieurs d'une part et les soldats d'autre part en raison d'abord de l'obligation de grader d'abord, pour laquelle les premiers ne peuvent rien, puis du fait qu'en raison de cette obligation, ils ont déjà effectué, contre leur gré, une durée de service aussi importante que les soldats, durée sur laquelle vient ensuite s'ajouter une très longue durée de service civil supplémentaire. Dit autrement, le soldat qui demande le service civil évite non-seulement de grader, mais tous les jours de service civil supplémentaires en cas de conflit de conscience alors que l'officier, qui est en droit de développer un conflit de conscience à tout moment, en est d'autant plus pénalisé.

<sup>11</sup> [Art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement.](#)

<sup>12</sup> [LSC 17 et 17a.](#)

<sup>13</sup> [OMI 47](#)



- Mesure qui ne touche qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 4 :**

32. Interdiction faite aux médecins de faire du service civil en tant que médecins.

33. Là encore, la mesure ne concerne que très peu de personnes. Les médecins ont en moyenne au moins 26-27 ans à la fin de leur formation et ce moment-là, la plupart des périodes longues sont faites. Mais quand bien même, faut-il priver les hôpitaux de ces médecins-là ?

34. Par ailleurs, la mesure est à nouveau discriminatoire ; pourquoi les médecins et pas les géologues, les travailleurs sociaux ou les enseignants ? Là ce ne serait plus seulement certains civilistes, mais tout le service d'intérêt public qui tendrait à être victime d'une vision trop étroite des possibilités de service civil.

35. Enfin, il existe certes une disposition qui interdit certaines affectations en fonction de la personne du civiliste, en particulier si elle favorise sa formation<sup>14</sup>. Et c'est probablement, dans ce contexte que la proposition s'inspirerait. Mais à nouveau, certains militaires exercent des fonctions militaires en lien avec leur profession – et pas seulement des médecins ! – en quoi des civilistes n'auraient-ils pas le droit d'en faire autant ?

#### Résumé

- Mesure hautement discriminatoire (par professions).
- Mesure ne touchant (en l'état, que les médecins) qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 5 :**

36. Pas d'admission au service civil pour les personnes pour lesquelles il ne reste plus de jours de service, mais pour lesquelles il reste des tirs obligatoires.

37. La question est controversée depuis longtemps. Seul sont concernés les militaires en service long, qui restent incorporés ensuite pendant 4 ans<sup>15</sup>. Il conviendrait de savoir combien il y a eu de cas.

38. Pour rappel, les militaires ont la possibilité de déposer l'arme, sans motifs, s'ils ne souhaitent pas la conserver, mais cela ne les dispense pas des tirs<sup>16</sup>.

39. D'abord, il convient de rappeler que l'exécution de tirs obligatoires, dans le cadre d'un service militaire, même terminé, peuvent donner lieu à conflit de conscience, qui plus est si celui-ci peut avoir à se manifester durant une période de 4 ans.

40. En ce sens, la mesure ignore et passe complètement à côté, nie un problème qu'il y aurait pourtant lieu de résoudre.

41. A mon sens, une procédure plus simple qu'une admission au service civil devrait permettre, par exemple mais en tous les cas pour motifs de conscience légitimes, de remettre l'arme définitivement et d'être ainsi dispensé des tirs obligatoires.

#### Résumé

- Violation du droit à l'objection de conscience
- Mesure administrative inadéquate
- Mesure ne touchant qu'un nombre limité de personne

#### **Mesure 6 :**

42. Les civilistes sont tenus de faire une période de service civil par année dès l'admission.

---

<sup>14</sup> [LSC 4a](#)

<sup>15</sup> [LAAM 54a](#)

<sup>16</sup> Ordonnance concernant l'équipement personnel des militaires (OEPM), [art. 6a](#).



43. La mesure existe déjà, [art. 39a](#) de l'ordonnance sur le service civil : « La personne astreinte au service civil *effectue chaque année* des affectations de service civil d'une durée de 26 jours au moins à partir de la deuxième année civile au plus tard ».

44. Les reports étant relativement fréquents, on peut se demander si c'est ceux-ci qu'il s'agit de limiter, mais le texte de la mesure est pour le surplus inutile.

#### Résumé

- Proposition de mesure incompétente, mesure déjà prévue par la loi.

#### Mesure 7 :

45. Obligation pour les personnes en service long, d'effectuer la période longue de service civile dans l'année qui suit (et non pas dans les trois ans qui suivent) l'admission au service civil.

46. Imposer un service civil long est une vieille mesure de 2011, que le Tribunal administratif fédéral avait annulée en raison de [l'article 20 de la LSC](#) qui stipule que le SC peut être fait en une ou plusieurs périodes<sup>17</sup>.

47. Depuis toujours, nous recommandons aux militaires en service long de passer d'abord au service normal, avant de demander le service civil, entre autres afin d'éviter le surplus de jours, actuellement 55 jours de service militaire ou 82 jours de service civil en plus<sup>18</sup>. Notre recommandation ne changera pas.

48. De plus, la mesure ne prévoit cette obligation que si l'école de recrue n'est pas terminée, or l'école de recrue est considérée comme terminée si 80% de ses jours ont été accomplis<sup>19</sup>; soit pour une école usuelle de 124 jours, dès le 100<sup>ème</sup> jour d'école de recrue. Mais dans la pratique, la demande de service civil peut être faite quelques jours plutôt, puisque celle-ci prend quelques jours, voir semaines à condition pour cela que l'admission à la fin du processus de demande intervienne après le 100<sup>ème</sup> jour de service.

49. Que ce soit en passant au service normal et en attendant les 80% de son service militaire (dans des conditions « suffisantes ») – si encore au service long avec les jours en sus – il est très facile d'éviter cette mesure et peu nombreux sont ceux qui se retrouveront à devoir faire une période longue ou leur période longue de service civile dans l'année qui suit. Au demeurant si un plan de carrière avait prévu une mise en suspend de celui-ci pour le service militaire long, avec une libération en fin d'école de recrue et une affectation longue trouvée rapidement, celle-ci peut être faite dans le temps préalablement dévolu au service militaire long.

50. La mesure est aussi discriminatoire puisqu'elle traite plus durement les militaires en service long que les militaires en service normal d'une part, et alors plus durement que les civilistes n'ayant pas débuté l'école de recrue d'autre part.

#### Résumé

- Mesure facile à contourner, voire à accommoder.
- Mesure ne concernant alors plus qu'un nombre limité de personne.
- Mesure discriminatoire.

#### Considérations finales

51. Les mesures 1 et 3 violent le droit international sur la durée du service civil.

52. La mesure 2 viole la constitution sur la notion de service de remplacement et la mesure 5 viole la constitution sur le droit à un service de remplacement.

53. Les mesures 1, 3, 4 et 7 sont clairement discriminatoires et violent à un titre ou un autre l'égalité de traitement.

54. Les mesures 3, 4, 5 et 7 ne touchent que – mais gravement – un nombre limité de personnes. À ce titre, le but premier de ces mesures n'est probablement pas ou que partiellement de toucher ces personnes-là, voire de les maintenir dans l'armée mais de donner l'impression qu'il est difficile ou déconseillé, qu'il est

<sup>17</sup> <http://www.infodroit.ch/spip.php?article91>

<sup>18</sup> [OMI 111](#)

<sup>19</sup> [OMI 57](#) ou [37 ordonnance sur le service civil \(OSI\)](#) (même teneur).



même dissuadé de sortir de l'armée. Un tel but viole le droit au service civil et un service civil non-discriminatoire et non-punitif.

55. Il convient d'ajouter à ce propos que les instances et jurisprudences internationales ont reconnus sans hésiter le droit à l'objection de conscience pour les appelés, comme pour les volontaires et les professionnels. Autrement dit et pour ce qui nous occupe ici, le droit à l'objection de conscience et au service de remplacement est et reste le même, ne saurait donc subir d'aggravation dans l'exercice du droit, soit l'accès au service civil, comme dans sa réalisation, soit l'accomplissement du service civil, que la personne concernée aie commencé ou non à servir dans l'armée<sup>20</sup>.

56. Les mesures 2, 3 et 4 supposent des difficultés de mise en œuvre particulièrement importantes. La mesure 5 pourrait faire l'objet d'une simplification administrative.

57. La mesure 6 est inutile, une aberration puisqu'elle préconise quelque chose qui existe déjà.

58. L'analyse de l'ensemble de ces mesures donne l'impression forte que l'armée est très embarrassée, mal à l'aise en raison des demandes service civil issues des ses rangs.

59. Ainsi quand bien même l'ensemble de ces mesures, si elles venaient à être mise en œuvre, aurait pourrait effet d'inciter les conscrits à demander le service civil bien plus tôt, ce qui n'est pas utile à l'armée non plus, il conviendrait de combattre ces mesures pour les effets et les complications graves qu'elles imposent, en toutes sortes de circonstances, aux militaires.

60. Il convient aussi de constater que les mesures proposées font preuve d'une méconnaissance, tant du droit international que du droit constitutionnel suisse qui confine à l'impréparation, voire au mépris, tant des civilistes que des militaires.

61. Enfin, dans le cadre des réactions à ces propositions de mesures, il conviendra de rappeler certaines ou l'ensemble de nos revendications de base, à savoir une présence civile lors du recrutement afin de faciliter son impartialité, un durée raisonnable et une compensation financière garantissant au moins l'accès au minimum vital<sup>21</sup>.

Christophe Barbey,  
Juriste, permanent depuis 2006

---

<sup>20</sup> Voir les résolutions du Conseil des Droits de l'Homme, par exemple la résolution du 8 octobre 2013, art. 12 [A/RES/HRC/24/17](#) ou Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 4.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

<sup>21</sup> Avec une APG de 62.- par jour durant l'ER ou son équivalent au service civil, ou en cas d'absence de salaire préalable au service ou de droit à son équivalent, avec 1'800.- par mois ~, le minimum vital n'est pas atteint. Le dernier rapport du haut commissaire aux droits de l'homme mentionne une trop faible rémunération comme étant de nature punitive. [A/HRC/35/4](#), § 21.

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun



Zürich, 4. Oktober 2018

### **Stellungnahme zur Änderung des Zivildienstgesetzes**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie interessierte Kreise eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir nehmen die Möglichkeit gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

#### **Einleitung und grundsätzliche Beurteilung**

Die okaj zürich, kantonale Kinder- und Jugendförderung, ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden. Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu

verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### **Kein Handlungsbedarf**

Sowohl die drei Bericht des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010, 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker\*innen ab.

### **Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen**

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoß gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

### **Unklare Auswirkungen**

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Die okaj zürich weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflchtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflchtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee, die aussteigen wollen, plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere, die bereit sind, Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

**Die okaj zürich lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.**

### **Eigene Vorschläge**

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet die okaj zürich, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens der Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Die okaj zürich schlägt dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.

- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.
- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

### **Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist die okaj zürich auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für die okaj zürich ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

### **Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA, welche bereits mehr Dienstage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

### **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

Die okaj zürich geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Dienstage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Dienstage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und

Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

#### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen, welche ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

#### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht der okaj zürich besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

Die okaj zürich ist der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

#### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Die okaj zürich sieht absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildienstage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Dienstage erfüllen (2017: 96.7% aller Dienstage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Dienstage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Dienstage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.

**Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

**Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

Die okaj zürich bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker\*innen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistende zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht*

*ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten und stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung. Herzlichen Dank.

Freundliche Grüsse

okaj zürich



Ivica Petrušić  
Geschäftsführer



Roman Oester  
Kommunikationsverantwortlicher



Permanence romande pour civilistes et militaires  
Permanence@infodroit.ch ou  
Le mardi de 12 à 14 heures au 026 925 80 66.  
Pour les urgences, 079 524 35 74, veuillez laisser un message.

Flendruz, 16 juin 2018

### Avis de droit

*A qui de droit*

#### **7 mesures du Conseil fédéral destinées à la consultation. Modifications de la loi sur le service civil. 2018**

##### En préalable

1. Le droit à l'objection de conscience est un droit fondamental internationalement reconnu.
2. Il est reconnu par les jurisprudences du Comité des droits de l'homme et de la Cour Européenne des droits de l'homme, il est présent dans la constitution suisse<sup>1</sup>.
3. Ce droit s'appuie essentiellement tant sur le refus impératif de tuer que sur le refus de résoudre les conflits par la violence.
4. Le conflit entre l'obligation constitutionnelle de servir dans l'armée d'une part et la conscience d'autre part (appelé conflit de conscience) peut se manifester sous diverses formes et à divers moments, de façons plus ou moins virulentes ou soudaines, y compris parfois par des somatisations ou des actes de rébellions. La problématique a été largement résolue par deux mesures:
5. 1) Il a été renoncé au « contrôle de conscience » en adoptant le système dit de la preuve par l'acte, soit l'acceptation, par la personne qui demande le service civil d'une durée plus longue pour ce service que celle requise pour le service militaire.

Cette mesure a pour avantage (en plus d'une forte diminution de la charge administrative) d'éviter d'une part l'aggravation et la stigmatisation du conflit de conscience par son besoin de le confronter à la procédure et de libérer d'autre part la personne concernée d'une appréhension et d'une expression intellectuelle et verbalisée de ce conflit, inévitablement discriminatoire selon le niveau d'éducation, et sujette d'autre part à des biais divers, puisque le résultat de l'examen dépendait largement du degré de préparation à celui-ci plutôt que de la nature même, des sources et des raisons du conflit de conscience.

6. Il convient toutefois de noter que ce système de quotité a dès le début présenté un défaut important, au demeurant partiellement caché des civilistes eux-mêmes, dans la mesure où la durée de service civil requise par la loi (1 fois et demie – 1,5 – celle du service militaire encore à faire au moment de la demande) est dans la pratique comparativement différente de la durée du service militaire réellement effectuée par les militaires libérés lorsqu'ils atteignent la limite d'âge. En effet, ceux-ci se voient alors remettre le solde des jours de service non-effectués, alors que les civilistes se voient pénalement condamnés s'ils n'effectuent pas l'entier de leurs jours avant la même limite d'âge (limite par ailleurs par elle-même plus exigeante, puisqu'ils ont plus de jours à effectuer dans le même laps de temps). L'armée a de plus tardé à donner les chiffres permettant de mesurer cette différence des durées respectives des

---

<sup>1</sup> Constitution fédérale (Cst.) [Article 10 sur la droit à la vie](#), [art. 15 sur la liberté de conscience](#), [art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement](#).



services. Pourtant des estimations raisonnables permettaient d'évaluer le nombre de jours de service civil effectués pour les civilistes demandant le service civil pour l'entier de leur périodes de service militaires comme étant environ du double du nombre de jour effectué en moyenne par les soldats terminant leur obligation à la limite d'âge<sup>2</sup>. Actuellement, ce taux semble s'être amélioré un peu, mais la durée comparée du service civil resterait de 1.8 plus élevée que la durée des services militaires, et non pas les 1.5 que stipule la loi. Il conviendra de vérifier les effets de la nouvelle loi sur l'armée sur cette problématique, la limite d'âge n'étant plus un âge fixe (p. ex. 34 ans), mais devenant un nombre de dix années pour faire les services requis après l'école de recrue<sup>3</sup>.

7. De plus la discrimination pénale demeure, puisque contrairement au service civil, aucune mesure permettant d'assurer le rythme et le progrès de la réalisation des périodes de service militaire, mesure accompagnées dans la loi sur le service civil de mesures pénales en cas de retards, n'ont été introduites dans la nouvelle législation sur la l'armée. Ainsi, le civiliste doit accomplir certaines périodes (la première suivant l'admission et la période longue) selon des délais fixes et il ne doit pas lui rester plus d'une certaine proportion de jours à faire avant d'atteindre la limite d'âge. Passé ces délais ou si la proportion de jours restant à faire est trop forte, le civiliste est convoqué d'office pour le surplus ou la période concernée, puis il encoure une peine s'il n'effectue pas la période requise. Il n'existe, pas de système similaire ou aussi contraignant dans l'armée. Pour avoir une vision complète de cette discrimination, pénalement grave, il conviendrait encore de comparer le nombre des dispenses pour justes motifs, lesquelles au demeurant ne font que repousser le problème, dispenses accordées tant pour les civilistes que pour les militaires. Nonobstant, vu la nature différente des système de suivi et de répression des deux sortes d'obligations, puisqu'il y a des condamnations pour retard dus au système de suivi contre les civilistes et qu'il n'y en a pas pour les militaires, la discrimination pénale demeure, tout comme demeurera a priori la discrimination sur les durées.

8. 2) Il importe de souligner que le service civil peut et doit pouvoir être demandé en tout temps, c'est d'ailleurs dans la loi<sup>4</sup>.

9. Cela concerne bien sûr la possibilité de demander le service civil depuis une période de service militaire, mais porte surtout sur la nature du conflit de conscience et relève en partie aussi du droit humanitaire.

10. Ainsi, le conflit de conscience peut se développer par une réflexion autonome, mais il peut aussi surgir, progressivement ou soudainement, face à une circonstance rencontrée dans le cadre du service militaire, par exemple lors de la première prise d'arme (il y a hélas des condamnations pour refus d'ordre de personnes qui font à ce moment-là un blocage psychologique) ou en étant mis en confrontation à une arme particulièrement destructive.

11. Il convient aussi, et c'est d'une grande importance, de citer le cas de l'objection de conscience à un ordre criminel, y compris ou surtout si celui-ci viole le droit humanitaire ; objection qui doit en effet pouvoir être exprimée en tout temps et en particulier de façon immédiate au moment de la réception de l'ordre contesté, cette objection devant alors, selon les circonstances, rejeter non-seulement l'ordre contesté lui-même mais aussi l'ensemble du système qui produit ou maintient cet ordre injuste, à tout le moins si l'ordre est maintenu, car alors seul le refus personnel et complet du système permettant, à défaut de pouvoir l'empêcher, la réalisation de ce ordre illégal et des ses conséquences, de préserver la conscience, et donc l'innocence de la personne confrontée à une telle situation. L'objection de conscience à une circonstance particulière devenant alors une objection au sens usuel du terme, une objection d'ensemble au service militaire<sup>5</sup>.

---

<sup>2</sup> Détail du calcul : <http://www.infodroit.ch/spip.php?article44>

<sup>3</sup> Ordonnance sur les obligations militaires (OMI), 1.1.2018, [art. 19](#).

<sup>4</sup> Loi sur le service civil, [art. 16](#).

<sup>5</sup> Voir par exemple, [Jacques Verhaegen](#) : «Le refus d'obéissance aux ordres manifestement criminels », revue du CICR, vol. 84, n° 845, mars 2002.



### Analyse des mesures proposées

**Mesure 1:** 150 jours de service civil pour toutes personnes n'ayant pas terminés ses « services d'instruction » et ayant moins de 100 jours de service militaire restant.

#### Appréciation générale

12. Par « services d'instruction », il est entendu toutes les périodes de services militaires, à savoir écoles de recrues, écoles de cadres et cours de répétition<sup>6</sup>.

13. La proposition équivaldrait à « condamner », imposer à tout militaire ayant entre 1 et 100 jours de service militaire encore à faire à effectuer 150 jours de service civil.

14. La mesure incite à terminer ses obligations militaires au lieu de demander le service civil.

15. Partant du constat, hautement probable<sup>7</sup>, selon lequel les pertes en effectifs augmentent en fonction de l'âge par lassitude, perte d'intérêt ou en raison de l'augmentation des obligations professionnelles et familiales. Il conviendrait toutefois de disposer des chiffres du nombre des personnes qui quittent l'arme dans ces tranches d'âge soit pour le service civil, soit pour raisons médicales. En effet, si le problème est une question d'emploi du temps, la demande de service civil est d'autant plus contre-productive.

16. A cet aulne, la mesure aura pour effet principal d'augmenter le nombre de demandes médicales et assez peu de diminuer le nombre de service civil. Quand à sa capacité à renforcer la motivation pour l'armée, elle est ici hors contexte – ce n'est pas notre problème ou celui du service civil – et elle n'est que très indirecte, la diminution de l'attrait du service civil n'augmentant pas pour autant l'attrait pour l'armée.

#### Calculs concernant la mesure proposée

17. Dans la pratique, divers types de calculs sont possibles pour déterminer les effets et les proportions de la proposition. Mes connaissances mathématiques sont limitées, donc d'autres calculs sont peut-être possibles ou éventuellement meilleurs, mais ceux-ci révèlent plusieurs des effets pervers de la proposition:

a. Le facteur multipliant le nombre de jours à faire est, avec la proposition exponentiel : La personne qui aurait 1 seul jour d'armée encore à faire se retrouverait à en faire 150 jours, soit 150 fois plus que le nombre de jour d'armée requis.

Dans le détail, un militaire à qui il resterait :

1 cours de répétition (CR), soit 19 jours (150/19), verrait le multiplicateur passer de 1.5 à 7.89

2 cours de répétition, le facteur (150/38) est encore du quadruple (3.94)

3 cours de répétition, le facteur descend à 2.63

4 cours de répétition, le facteur est de 2 (1.97)

5 cours de répétition le facteur est encore de 1.57, soit plus haut que la loi actuelle ou que le facteur attribué aux civilistes ayant encore plus de jours.

Ce n'est donc qu'avec 6 cours de répétition encore à faire, soit avec le nombre total des cours de répétition à faire par les soldats, et donc durant le premier cours de répétition que l'ajout systématique de 150 jours, rejoint le facteur général de 1.5.

*Dit autrement, à quelques jours prêts, quiconque demanderait le service civil après l'école de recrue devrait faire 150 jours de service civil au moins, quelque soit le nombre de jour d'armée restant à faire. Pourquoi ne pas le dire ?*

b. Le calcul peut aussi être fait en tenant compte des jours de service militaires et civils faits au total. Exemple pour un soldat :

Ecole de recrue de 124 jours, solde 121 jours de service en CR. Total 245<sup>(8)</sup>. Service civil complet, 245 X 1.5 = 367 jours de service civil.

Jours de service mil faits : 244 (au lieu de 245)+150=394 (proposition). Système actuel : 244 + 2 (1 x 1.5) = 246 (actuel). Différence : 148 jours à faire en plus qu'avec le système actuel et ... 27 de plus qu'en ayant demandé le service civil dès le recrutement.

<sup>6</sup> Loi sur l'armée et l'administration militaire (LAAM), [art. 41](#).

<sup>7</sup> La permanence que nous représentons confirme, à sa modeste mesure, cette tendance. Les hommes de plus de 25 ans sont relativement nombreux à vouloir mettre un terme à leurs obligations militaires et leur nombre augmente avec l'âge

<sup>8</sup> OMI, [art. 47](#).



Jours de service faits :  $238 (6 \text{ CR faits}) + 150 = 388$  jours à faire ou (système actuel)  $238 + 9 (6 \times 1.5) = 247$ . Différence : 141 jours de service civil en plus qu'avec le système actuel, mais aussi 21 jours de service (mil et civ) en plus de ce que ce même soldat aurait eu à faire s'il avait demandé le service civil dès la fin du recrutement.

En cela, le service est *punitif parce qu'il impose des jours en plus ... pour avoir accepté de faire presque tout son service militaire !!!*

Jours de service faits :  $219 (5 \text{ CR}) + 150 = 369$  ou (actuel :)  $219 + 39 (26 \times 1.5) = 258$ . Différence : 111 jours de plus que le système actuel, mais encore 2 jours de plus qu'avec un service civil demandé dès l'origine.

Jours de service faits  $200 (4 \text{ CR}) + 150 = 350$  ou actuel  $200 + 68 (45 \times 1.5) = 268$ . Différence : 82 en plus que le système actuel.

A partir d'ici le nombre total de jours faits devient inférieur à un service civil demandé d'emblée et donc les jours de service militaire faits diminuent le nombre total de jours à faire.

Jours de service faits  $181 (3 \text{ CR}) + 150 = 331$  ou  $181 + 96 (64 \times 1.5) = 277$ . Différence, 54 jours de service civil en plus, mais 90 de moins qu'avec un service civil complet.

Jours de service faits  $162 (2 \text{ CR}) + 150 = 312$  ou

Jours de service faits  $143 (1 \text{ CR}) + 150 = 293$  ou  $143 + 156 (101 \times 1.5) = 299$  Différence  $\pm 0$ .

#### Effets pour la pratique

c. Les effets du nouveau système sur les intérêts des candidats civilistes, en termes de jours à faire seraient les suivants :

1) Le facteur de 1.5 s'applique durant l'école de recrue, voir durant le 1<sup>er</sup> CR. Inchangé.

2) Tout jour d'armée fait durant cette période diminue effectivement le nombre total (armée et sc) de jours à faire, par rapport à un service civil complet. Inchangé.

3) Dès le 2<sup>ème</sup> CR et jusqu'au 4<sup>ème</sup> CR, le nouveau système augmente progressivement, par rapport à l'ancien, effet étrange, le nombre de jours total à faire, même si l'on fait ces CR, soit d'avoir à faire encore plus de service en tout parce que l'on fait de l'armée (absurde !), puis d'avoir à faire du service civil en plus, même si le nombre de jours total de service civil et militaire reste inférieur à ce que devrait faire un civiliste de la première heure mis au facteur 1.5).

Exemple : Faire un 2<sup>ème</sup> CR de 19 jours et demander le sc, ajoute en plus de ces 19 jours 17 jours de service en tout (civil et militaire) par rapport au système actuel, dans lequel le civiliste en faisant ce CR épargnerait 9 jours de service civil ( $19 - x 1.5$ ). (Nouveau :  $162 \text{ SM} + 150 \text{ SC} = 312$  Ancien  $162 + 125$  (solde de  $83 \times 1.5$ ) = 287, nouveau = J plus 25. S'il ne fait pas ce CR (ancien  $\text{SM } 143 + \text{SC } 152 (101 \times 1.5) = 295$  soit quelques jours en plus de SC pour ne pas avoir fait ce cours (295 au lieu 287), mais toujours au total 17 jours de moins qu'en faisant ce CR dans le système proposé, lequel augmente donc le nombre de jours à faire sans donner de diminution pour ceux faits.

Idem pour les 3<sup>ème</sup> et 4<sup>ème</sup> CR. Je renonce aux calculs ici, mais le nombre de jours d'armée faits sans diminuer le nombre de jours de service totaux augmentera d'autant, par rapport à quelqu'un qui demande le SC après l'ER ou le 1<sup>er</sup> CR.

4) Dès le 5<sup>ème</sup> CR, le nombre total (SC et SM) de jours à faire devient plus grand que quelqu'un qui demande le service civil dès le 1<sup>er</sup> jour.

d. En résumé, il ne sera intéressant, en terme de jours à faire (ou rentable) de demander le service qu'entre le recrutement et la fin du 1<sup>er</sup> cours de répétition. A l'inverse, toute demande faite ultérieurement augmentera, de plus en plus gravement, la charge totale du nombre de jours à faire, laquelle dépassera, si le SC est demandé durant ou après le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, le nombre de jours à faire pour quelqu'un qui demande le service civil avant l'ER.

18. Tactiquement, pour le soutien aux objecteurs, l'intérêt à demander le service civil entre le recrutement et la fin de l'école de recrue reste similaire. Par contre, plus le militaire avance dans sa carrière militaire, plus la charge de jours augmente, plus il devient difficile de demander le service civil (et plus sera grande le besoin de demander la voie bleue).

19. Cela n'aura pas pour effet de diminuer fortement le nombre de demandes de service civil, puisque les demandes seront soit pour une part reportées plus tôt dans la carrière militaire, soit transformées en demande médicales et que rares seront les personnes qui en fin de carrière militaire décideront de finir leur service plutôt que de sortir de l'armée, d'une façon ou d'une autre.



### La durée du service civil en droit

20. En droit Suisse, le facteur légal de 1.5 est le même depuis l'origine. Avec toutefois la réserve présentée ci-dessus au point 6 concernant la durée effective (et non légale) située aux environ de 1.8.

21. Le droit international, le Comité des droits de l'homme et la Cour européenne des droits de l'homme, tiennent de jurisprudence constante le fait que le service civil doit être de nature civile et non-punitif.

22. Une durée supérieure au double du service militaire à remplacer est considérée comme excessive<sup>9</sup>. Ainsi, l'attribution à toute personne ayant moins de 75 jours de service militaire à faire de 150 jours de service civil serait contraire au droit international.

23. Mais c'est dans son ensemble, ou à tout le moins dès le 2<sup>ème</sup> cours de répétition, que la mesure est discriminatoire. D'abord parce que plus, ils servent dans l'armée, plus elle pénalise les militaires qui demandent le service civil. Ensuite, parce qu'elle traite différemment des personnes dans des situations similaires, à savoir des personnes présentant une demande de service civil, demande qui est de même nature quel que soit le moment où elle est faite et pour laquelle le nombre de jours de service militaire accomplis n'a aucune incidence, sauf peut-être à renforcer le besoin de présenter une objection de conscience, ce qui reste sans influence aucune sur le droit fondamental à demander le service civil.

24. La loi sur le service civil pose comme principe que la charge du service civil devrait équivalente à celle de l'armée<sup>10</sup>. Toutefois la mesure proposée, en tous les cas dès le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, puisque la charge en jours à faire est alourdie au-delà de ce que le militaire aurait à faire en demandant le service civil avant l'école de recrue. Ainsi, non-seulement, la personne concernée effectue la plus large part de son service militaire (les 3/4), mais elle y voit ajouté une part importante de service civil (150/367) soit presque la moitié du service civil en plus, pour un total qui dépasse ce qu'elle aurait eu à faire tant à l'armée qu'avec un service civil entier. A ce titre, la mesure est non seulement dissuasive, mais discriminatoire dans la mesure où elle pénalise ceux qui ont déjà fait beaucoup d'armée (ne devraient-ils pas au contraire être pour cela remerciés ?).

25. Par ailleurs, le droit à l'objection de conscience étant un droit fondamental, toute forme de dissuasion, en entravant son libre exercice, est déjà une violation du droit.

26. Et il est finalement, à mon sens, difficile la nature punitive de la mesure, puisque ce sont ceux-là même, qui ont le plus servi dans l'armée, qui se voient le plus pénalisés.

### Résumé :

- Violation du droit international sur la durée du service civil.
- Discrimination entre les civilistes « d'origine » et ceux qui demandent le service civil au cours de leur carrière militaire (l'objection reste la même, pour les mêmes motifs et contre le même service militaire, seule change la situation militaire).
- Mesure probablement punitive.
- Mesure simple en apparence, mais particulièrement compliquée à comprendre et à calculer, entre autres pour les personnes concernées.

---

<sup>9</sup> ONU, Comité des droits de l'homme: Foin v France (Communication No. 666/1995), CCPR/C/D/666/1995, 9 November 1999, para. 10.3, entre autres jurisprudence. Voir aussi: Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 8.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>  
Il existe aussi une traduction allemande de document, p. 21 : [http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV\\_2014-3\\_KDVundAsyl.pdf](http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV_2014-3_KDVundAsyl.pdf)

Voir aussi le rapport quadriennal du Haut Commissaire aux Droits de l'Homme sur l'objection de conscience, 1.5.2017, § 22.  
<http://www.undocs.org/fr/A/HRC/35/4>

<sup>10</sup> LSC 5



### **Mesure 2 :**

Délai d'attente de 12 mois entre le dépôt de la demande et l'admission, avec obligation de faire les périodes de service militaires prévues.

27. La mesure est contraire à la constitution. Celle-ci prévoit, textuellement : « un service de remplacement »<sup>11</sup>. Or un *remplacement du service* n'est en aucun cas un service de remplacement *différé* avec maintien du service à remplacer, en attente du service de remplacement.

Des délais pour la mise en œuvre, par la personne concernée comme par l'administration, du service de remplacement sont acceptable, voir le maintien des obligations en attente de la décision d'admission<sup>12</sup>, mais en aucun le droit à l'objection de conscience ne saurait-il être suspendu.

28. De plus, la proposition est largement impraticable et passablement conflictogène. Les civilistes concernés ne se gêneront pas pour demander des reports, se faire porter malade ou pour ne pas se présenter et leur motifs de conscience finissant toujours par être reconnus, ils ne seront, s'ils sont que partiellement et inégalement sanctionnés pour ces déflections. Sans parler de la charge administrative supplémentaire pour les administrations cantonales.

### Résumé

- Mesure contraire à la constitution.
- Discrimination entre les civilistes qui font une demande avant l'école de recrue, lesquels ne sont pas condamnés à des périodes militaires et ceux qui la font après l'ER, qui doivent en faire ou, vaille que vaille, les faire annuler.
- Mesure de nature à créer de nombreuses difficultés administratives tant pour les conscrits et les civilistes que pour l'administration.

### **Mesure 3 :**

29. Suppression du facteur 1.1 et passage au facteur 1.5 pour les officiers et les sous-officiers supérieurs.

30. Les personnes concernées sont relativement peu nombreuses. Elles ont néanmoins les mêmes droits. Mais surtout toutes ces personnes, qui ont été obligées de revêtir ces fonctions d'encadrement, ont déjà servi, au moment de la demande d'admission au service civil plus de jours d'armée que ne servent les civilistes qui n'en a fait aucun. Le moins gradé de ceux-ci servira un total 440 jours de services au lieu de 245<sup>13</sup>. Pour obtenir son grade, il en aura déjà fait presque autant qu'un soldat normal. Et le solde de jour à faire, qu'il soit multiplié par 1.1. ou 1.5 dépassera de toutes façons le nombre maximal de jours effectués par un civiliste ne faisant pas d'armée du tout.

31. Sachant que l'obligation de grader est imposée, même avec un facteur 1.1, la personne qui demande le service civil alors qu'elle a déjà revêtu son grade est discriminée par rapport à un civiliste qui demande le service avant de recevoir le moindre grade. Augmenté cette durée plus encore, alors que la personne gradée sert déjà plus que toute autre personne sans garde, apparaît là aussi comme punitive.

### Résumé

- En conjonction avec la discrimination décrite ci-après, violation du droit international sur la durée du service de remplacement.
- Discrimination entre les officiers et sous-officiers supérieurs d'une part et les soldats d'autre part en raison d'abord de l'obligation de grader d'abord, pour laquelle les premiers ne peuvent rien, puis du fait qu'en raison de cette obligation, ils ont déjà effectué, contre leur gré, une durée de service aussi importante que les soldats, durée sur laquelle vient ensuite s'ajouter une très longue durée de service civil supplémentaire. Dit autrement, le soldat qui demande le service civil évite non-seulement de grader, mais tous les jours de service civil supplémentaires en cas de conflit de conscience alors que l'officier, qui est en droit de développer un conflit de conscience à tout moment, en est d'autant plus pénalisé.

<sup>11</sup> [Art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement.](#)

<sup>12</sup> [LSC 17 et 17a.](#)

<sup>13</sup> [OMI 47](#)



- Mesure qui ne touche qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 4 :**

32. Interdiction faite aux médecins de faire du service civil en tant que médecins.

33. Là encore, la mesure ne concerne que très peu de personnes. Les médecins ont en moyenne au moins 26-27 ans à la fin de leur formation et ce moment-là, la plupart des périodes longues sont faites. Mais quand bien même, faut-il priver les hôpitaux de ces médecins-là ?

34. Par ailleurs, la mesure est à nouveau discriminatoire ; pourquoi les médecins et pas les géologues, les travailleurs sociaux ou les enseignants ? Là ce ne serait plus seulement certains civilistes, mais tout le service d'intérêt public qui tendrait à être victime d'une vision trop étroite des possibilités de service civil.

35. Enfin, il existe certes une disposition qui interdit certaines affectations en fonction de la personne du civiliste, en particulier si elle favorise sa formation<sup>14</sup>. Et c'est probablement, dans ce contexte que la proposition s'inspirerait. Mais à nouveau, certains militaires exercent des fonctions militaires en lien avec leur profession – et pas seulement des médecins ! – en quoi des civilistes n'auraient-ils pas le droit d'en faire autant ?

#### Résumé

- Mesure hautement discriminatoire (par professions).
- Mesure ne touchant (en l'état, que les médecins) qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 5 :**

36. Pas d'admission au service civil pour les personnes pour lesquelles il ne reste plus de jours de service, mais pour lesquelles il reste des tirs obligatoires.

37. La question est controversée depuis longtemps. Seul sont concernés les militaires en service long, qui restent incorporés ensuite pendant 4 ans<sup>15</sup>. Il conviendrait de savoir combien il y a eu de cas.

38. Pour rappel, les militaires ont la possibilité de déposer l'arme, sans motifs, s'ils ne souhaitent pas la conserver, mais cela ne les dispense pas des tirs<sup>16</sup>.

39. D'abord, il convient de rappeler que l'exécution de tirs obligatoires, dans le cadre d'un service militaire, même terminé, peuvent donner lieu à conflit de conscience, qui plus est si celui-ci peut avoir à se manifester durant une période de 4 ans.

40. En ce sens, la mesure ignore et passe complètement à côté, nie un problème qu'il y aurait pourtant lieu de résoudre.

41. A mon sens, une procédure plus simple qu'une admission au service civil devrait permettre, par exemple mais en tous les cas pour motifs de conscience légitimes, de remettre l'arme définitivement et d'être ainsi dispensé des tirs obligatoires.

#### Résumé

- Violation du droit à l'objection de conscience
- Mesure administrative inadéquate
- Mesure ne touchant qu'un nombre limité de personne

#### **Mesure 6 :**

42. Les civilistes sont tenus de faire une période de service civil par année dès l'admission.

---

<sup>14</sup> [LSC 4a](#)

<sup>15</sup> [LAAM 54a](#)

<sup>16</sup> Ordonnance concernant l'équipement personnel des militaires (OEPM), [art. 6a](#).



43. La mesure existe déjà, [art. 39a](#) de l'ordonnance sur le service civil : « La personne astreinte au service civil *effectue chaque année* des affectations de service civil d'une durée de 26 jours au moins à partir de la deuxième année civile au plus tard ».

44. Les reports étant relativement fréquents, on peut se demander si c'est ceux-ci qu'il s'agit de limiter, mais le texte de la mesure est pour le surplus inutile.

#### Résumé

- Proposition de mesure incompétente, mesure déjà prévue par la loi.

#### Mesure 7 :

45. Obligation pour les personnes en service long, d'effectuer la période longue de service civile dans l'année qui suit (et non pas dans les trois ans qui suivent) l'admission au service civil.

46. Imposer un service civil long est une vieille mesure de 2011, que le Tribunal administratif fédéral avait annulée en raison de [l'article 20 de la LSC](#) qui stipule que le SC peut être fait en une ou plusieurs périodes<sup>17</sup>.

47. Depuis toujours, nous recommandons aux militaires en service long de passer d'abord au service normal, avant de demander le service civil, entre autres afin d'éviter le surplus de jours, actuellement 55 jours de service militaire ou 82 jours de service civil en plus<sup>18</sup>. Notre recommandation ne changera pas.

48. De plus, la mesure ne prévoit cette obligation que si l'école de recrue n'est pas terminée, or l'école de recrue est considérée comme terminée si 80% de ses jours ont été accomplis<sup>19</sup>; soit pour une école usuelle de 124 jours, dès le 100<sup>ème</sup> jour d'école de recrue. Mais dans la pratique, la demande de service civil peut être faite quelques jours plutôt, puisque celle-ci prend quelques jours, voir semaines à condition pour cela que l'admission à la fin du processus de demande intervienne après le 100<sup>ème</sup> jour de service.

49. Que ce soit en passant au service normal et en attendant les 80% de son service militaire (dans des conditions « suffisantes ») – si encore au service long avec les jours en sus – il est très facile d'éviter cette mesure et peu nombreux sont ceux qui se retrouveront à devoir faire une période longue ou leur période longue de service civile dans l'année qui suit. Au demeurant si un plan de carrière avait prévu une mise en suspend de celui-ci pour le service militaire long, avec une libération en fin d'école de recrue et une affectation longue trouvée rapidement, celle-ci peut être faite dans le temps préalablement dévolu au service militaire long.

50. La mesure est aussi discriminatoire puisqu'elle traite plus durement les militaires en service long que les militaires en service normal d'une part, et alors plus durement que les civilistes n'ayant pas débuté l'école de recrue d'autre part.

#### Résumé

- Mesure facile à contourner, voire à accommoder.
- Mesure ne concernant alors plus qu'un nombre limité de personne.
- Mesure discriminatoire.

#### Considérations finales

51. Les mesures 1 et 3 violent le droit international sur la durée du service civil.

52. La mesure 2 viole la constitution sur la notion de service de remplacement et la mesure 5 viole la constitution sur le droit à un service de remplacement.

53. Les mesures 1, 3, 4 et 7 sont clairement discriminatoires et violent à un titre ou un autre l'égalité de traitement.

54. Les mesures 3, 4, 5 et 7 ne touchent que – mais gravement – un nombre limité de personnes. À ce titre, le but premier de ces mesures n'est probablement pas ou que partiellement de toucher ces personnes-là, voire de les maintenir dans l'armée mais de donner l'impression qu'il est difficile ou déconseillé, qu'il est

<sup>17</sup> <http://www.infodroit.ch/spip.php?article91>

<sup>18</sup> [OMI 111](#)

<sup>19</sup> [OMI 57](#) ou [37 ordonnance sur le service civil \(OSI\)](#) (même teneur).



même dissuadé de sortir de l'armée. Un tel but viole le droit au service civil et un service civil non-discriminatoire et non-punitif.

55. Il convient d'ajouter à ce propos que les instances et jurisprudences internationales ont reconnus sans hésiter le droit à l'objection de conscience pour les appelés, comme pour les volontaires et les professionnels. Autrement dit et pour ce qui nous occupe ici, le droit à l'objection de conscience et au service de remplacement est et reste le même, ne saurait donc subir d'aggravation dans l'exercice du droit, soit l'accès au service civil, comme dans sa réalisation, soit l'accomplissement du service civil, que la personne concernée aie commencé ou non à servir dans l'armée<sup>20</sup>.

56. Les mesures 2, 3 et 4 supposent des difficultés de mise en œuvre particulièrement importantes. La mesure 5 pourrait faire l'objet d'une simplification administrative.

57. La mesure 6 est inutile, une aberration puisqu'elle préconise quelque chose qui existe déjà.

58. L'analyse de l'ensemble de ces mesures donne l'impression forte que l'armée est très embarrassée, mal à l'aise en raison des demandes service civil issues des ses rangs.

59. Ainsi quand bien même l'ensemble de ces mesures, si elles venaient à être mise en œuvre, aurait pourrait effet d'inciter les conscrits à demander le service civil bien plus tôt, ce qui n'est pas utile à l'armée non plus, il conviendrait de combattre ces mesures pour les effets et les complications graves qu'elles imposent, en toutes sortes de circonstances, aux militaires.

60. Il convient aussi de constater que les mesures proposées font preuve d'une méconnaissance, tant du droit international que du droit constitutionnel suisse qui confine à l'impréparation, voire au mépris, tant des civilistes que des militaires.

61. Enfin, dans le cadre des réactions à ces propositions de mesures, il conviendra de rappeler certaines ou l'ensemble de nos revendications de base, à savoir une présence civile lors du recrutement afin de faciliter son impartialité, un durée raisonnable et une compensation financière garantissant au moins l'accès au minimum vital<sup>21</sup>.

Christophe Barbey,  
Juriste, permanent depuis 2006

---

<sup>20</sup> Voir les résolutions du Conseil des Droits de l'Homme, par exemple la résolution du 8 octobre 2013, art. 12 [A/RES/HRC/24/17](#) ou Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 4.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

<sup>21</sup> Avec une APG de 62.- par jour durant l'ER ou son équivalent au service civil, ou en cas d'absence de salaire préalable au service ou de droit à son équivalent, avec 1'800.- par mois ~, le minimum vital n'est pas atteint. Le dernier rapport du haut commissaire aux droits de l'homme mentionne une trop faible rémunération comme étant de nature punitive. [A/HRC/35/4](#), § 21.

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Langenbruck, im August 2018

## **Stellungnahme Ökozentrum (Stiftung für angepasste Technologie und Sozialökologie, SATS) zur Änderung des Zivildienstgesetzes**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### **Einleitung und grundsätzliche Beurteilung**

Das Ökozentrum beschäftigt seit mehreren Jahren Zivildienstleistende. Das Ökozentrum ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### **Kein Handlungsbedarf**

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

## Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoß gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

## Unklare Auswirkungen

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Das Ökozentrum weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Das Ökozentrum lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

## Eigene Vorschläge

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet das Ökozentrum, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Das Ökozentrum schlägt dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür

muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.

- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

## **Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist das Ökozentrum auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für das Ökozentrum ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

## **Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Dienstage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

## **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

Das Ökozentrum geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Dienstage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Dienstage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

## **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

## **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht des Ökozentrums besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

Das Ökozentrum ist der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

## **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Das Ökozentrum sieht absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildienstage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Dienstage erfüllen (2017: 96.7% aller Dienstage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Dienstage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Dienstage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.

## **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

### **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

Das Ökozentrum bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

  
Christoph Seiberth  
Geschäftsleiter

Pflegeheim St.Otmar  
Schönauweg 5  
CH-9000 St.Gallen

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

St. Gallen, im Oktober 2018

## **Stellungnahme Pflegeheim St. Otmar zur Änderung des Zivildienstgesetzes**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### **Einleitung und grundsätzliche Beurteilung**

Das Pflegeheim St.Otmar in St.Gallen ist Einsatzbetrieb für Zivildienstleistenden. Das Pflegeheim St.Otmar ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### **Kein Handlungsbedarf**

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

### **Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen**

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoss gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

### **Unklare Auswirkungen**

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Pflegeheim St. Otmar weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Das Pflegeheim St. Otmar lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

### **Eigene Vorschläge**

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet das Pflegeheim St. Otmar, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Das Pflegeheim St. Otmar schlägt dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür

muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.

- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

### **Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdiensttage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Diensttage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist das Pflegeheim St.Otmar auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für das Pflegeheim St.Otmar ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

### **Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Diensttage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

### **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

Das Pflegeheim St.Otmar geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Dienstage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Dienstage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht des Pflegeheims St.Otmar besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

Das Pflegeheim St.Otmar ist der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Das Pflegeheim St.Otmar sieht absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildienstage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Dienstage erfüllen (2017: 96.7% aller Dienstage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Dienstage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Dienstage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.

**Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

**Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

Das Pflegeheim St.Otmar bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüssen.



Daniel Balmer  
Leitung Projekte und Qualität  
Koordination Zivildiensteinsätze

Ort: St. Gallen

Datum: 11.10.18

Pflegeheim St.Otmar  
Schönauweg 5  
9000 St.Gallen



Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Zivildienst Zentralstelle
29. Aug. 2018
Eingesannt <input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>

24. August. 2018 / se

## Stellungnahme Pflegezentrum Lindenfeld zur Änderung des Zivildienstgesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### Einleitung und grundsätzliche Beurteilung

Das Pflegezentrum Lindenfeld ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

## **Kein Handlungsbedarf**

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

## **Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen**

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoss gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

## **Unklare Auswirkungen**

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Das Lindenfeld weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt in besonderer Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Das Pflegezentrum Lindenfeld lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

## **Eigene Vorschläge**

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet das Lindenfeld, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Das Lindenfeld schlägt dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.
- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

### **Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdiensttage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Diensttage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist das Lindenfeld auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für CIVIVA ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

### **Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Diensttage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

### **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

Das Lindenfeld geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Dienstage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Dienstage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht des Lindenfelds besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

Das Lindenfeld ist der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Das Lindenfeld sieht absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildienstage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Dienstage erfüllen (2017: 96.7% aller Dienstage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Dienstage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Dienstage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.

## **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

### **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

Das Lindenfeld bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

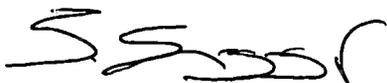
*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Freundliche Grüsse

LINDENFELD Spezialisierte Pflege und Geriatrie



Sven Egger  
Leiter Dienste und Projekte  
Mitglied der Geschäftsleitung

**Von:** Barbara Bücheler <Barbara.Buecheler@pmodwrc.ch>  
**Gesendet:** Mittwoch, 10. Oktober 2018 12:09  
**An:** \_ZIVI-Rechtsdienst  
**Cc:** Barbara Bücheler; Irene Keller  
**Betreff:** Stellungnahme PMODWRC  
**Anlagen:** 180816 Stellungnahme CIVIVA Vernehmlassung ZDG PMOD.docx; 180816  
Stellungnahme CIVIVA Vernehmlassung ZDG PMOD.pdf

Sehr geehrte Damen und Herren

Anbei finden Sie unseren Einwand gelb markiert.

Freundliche grüsse  
Babara Bücheler

**PMOD/WRC**

Barbara Bücheler,  
Head of Human Resources and Administration  
Chief Financial Officer  
Direct phone +41 58 467 51 34   
[Barbara.Buecheler@pmodwrc.ch](mailto:Barbara.Buecheler@pmodwrc.ch)

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Zürich, im August 2018

## Stellungnahme **des Schweizerischen Zivildienstverbandes CIVIVA** zur Änderung des Zivildienstgesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### **Einleitung und grundsätzliche Beurteilung**

**Der Schweizerische Zivildienstverband CIVIVA vertritt die Interessen der Zivildienstleistenden und Einsatzbetriebe.** CIVIVA ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### **Kein Handlungsbedarf**

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.



## Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoß gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

## Unklare Auswirkungen

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. CIVIVA weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Der Schweizerische Zivildienstverband CIVIVA lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

## Eigene Vorschläge

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet CIVIVA, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. CIVIVA schlägt dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.



- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

## Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist CIVIVA auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für CIVIVA ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

## Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Dienstage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

## Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere



**CIVIVA** geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Diensttage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Diensttage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

#### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

#### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

**Diese Massnahme sehen wir als unnötig. PMOD/WRC, Barbara Bücheler, Dorfstrasse 33, 7260 Davos Dorf**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus **Sicht von CIVIVA** besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

**CIVIVA** ist der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

#### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. **CIVIVA** sieht absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildiensttage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Diensttage erfüllen (2017: 96.7% aller Diensttage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Diensttage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Diensttage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.



## **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

### **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

**CIVIVA** bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

**Im Namen des Verbandsvorstandes**

**Lisa Mazzone**  
Co-Präsidentin

**Samuel Steiner**  
Co-Präsident



Postfach, 8302 Kloten

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Zivildienst Zentralstelle	
05. Okt. 2018	
Eingescannt	Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>

Kloten, 4. Oktober 2018

## ÄNDERUNG DES ZIVILDIENTSGESETZES

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie politische Parteien, Dachverbände und weitere interessierte Kreise eingeladen sich zur Änderung des Zivildienstgesetzes zu äussern. Wir bedanken uns für die Gelegenheit, unseren Standpunkt diesbezüglich darzulegen.

Zivildienstleistende übernehmen in sozialen Einrichtungen wie Pigna wichtige Betreuungs- und Unterstützungsleistungen, welche uns helfen, die Qualität der Betreuung von Menschen mit Behinderung trotz zunehmendem Spardruck auf einem angemessenen Niveau zu halten.

Im Jahr 2017 haben 44 Zivildienstleistende einen Einsatz bei Pigna geleistet. Im Jahr 2016 waren es 31 Zivildienstleistende. Die Anzahl der Zivildienstleistenden und ihre Einsatztage ist in den vergangenen Jahren stetig gestiegen. In aller Regel waren wir mit dem Einsatz der Zivildienstleistenden sowohl menschlich wie fachlich sehr zufrieden.

Wir können die Beweggründe für die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstes grundsätzlich nachvollziehen. Als politisch neutrale Institution verzichten wir ausdrücklich auf eine politische Beurteilung der Vorlage.

Wir weisen allerdings darauf hin, dass Zivildienstleistende wichtige Arbeiten in unserer Institution verrichten. Im Jahr 2017 betrug die Anzahl der Einsatztage insgesamt 2777 Einsatztage, im Jahr 2016 waren es 2385.

Ein Wegfall dieser Arbeitsleistungen müsste zwangsläufig durch den Einsatz voll bezahlter Arbeitskräfte kompensiert werden. Dies hätte empfindliche Mehrkosten zur Folge, deren Finanzierung im heutigen Zeitpunkt ungeklärt ist.

Wir ersuchen deshalb dringend darum, im Hinblick auf eine allfällige Änderung des Zivildienstgesetzes die Auswirkungen auf die betroffenen Institutionen genau zu überprüfen, zu quantifizieren und Möglichkeiten zur Kompensation aufzuzeigen.

Freundliche Grüsse



Richard Thomet  
Präsident des Stiftungsrates



Daniel Meier  
Geschäftsführer

# Pigna



Raum für Menschen  
mit Behinderung

Postfach, 8302 Kloten

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3100 KL



Zivildienst Zentralstelle

05. Okt. 2018

Eingescannt

Ja  Nein

**Von:** Berger Coralie <Coralie.Berger@oberglatt.ch>  
**Gesendet:** Donnerstag, 20. September 2018 08:43  
**An:** \_ZIVI-Rechtsdienst  
**Betreff:** WG: Vernehmlassung zur Revision des Zivildienstgesetzes  
**Anlagen:** Rechtsgutachten Vernehmlassung ZDG Revision 2018\_fr.pdf; 180816  
Stellungnahme CIVIVA Vernehmlassung ZDG Vorlage.docx; 180816  
Stellungnahme CIVIVA Vernehmlassung ZDG Vorlage.pdf

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf die Stellungnahme von CIVIVA über die Änderungen im Bundesgesetz über den zivilen Ersatzdienst.

Die Primarschule Oberglatt stellt seit Jahren ein Zivildienstmitarbeiter pro Schuljahr ein. Die Zivildienstmitarbeiter leisten hauptsächlich Arbeiten in den Fachgebiete Unterricht und Betreuung, was für die Schule sehr wertvoll ist. Die Zusammenarbeit ist ein Gewinn sowie für die Schule, als auch für den Mitarbeiter, der somit Einsicht in die Bildungswelt hat. Nicht selten hat sich der Zivildienstmitarbeitende nach seinem Einsatz in der Schule entschlossen, sich als Lehrer oder Klassenassistentz weiterbilden zu lassen, was der Gesellschaft zu Gute kommt.

Wir können somit als Einsatzbetrieb die Änderungen im Bundesgesetz nicht unterstützen, die das Interesse der Sicherung des Armeebestandes höher als die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft gewichten.

Die Primarschule Oberglatt unterstützt die beiliegende Stellungnahme der CIVIVA und ihre Argumente.

Freundliche Grüsse  
Im Namen der Primarschule Oberglatt  
Coralie Berger



**Coralie Berger**  
Personaladministration  
T 044 852 88 00  
[coralie.berger@oberglatt.ch](mailto:coralie.berger@oberglatt.ch)

**Gemeinde Oberglatt**  
Schulverwaltung, Hofstetterstrasse 7, Postfach 162, 8154 Oberglatt  
T 044 852 88 00, F 044 852 88 08  
[www.oberglatt.ch](http://www.oberglatt.ch)  
[www.schule-oberglatt.ch](http://www.schule-oberglatt.ch)

Arbeitstage: Montag/Donnerstag

---

**Von:** Guglielmo Rosaria  
**Gesendet:** Montag, 20. August 2018 10:09  
**An:** Berger Coralie <[Coralie.Berger@oberglatt.ch](mailto:Coralie.Berger@oberglatt.ch)>  
**Betreff:** WG: Vernehmlassung zur Revision des Zivildienstgesetzes

Liebe Coralie  
Könntest du dich dem annehmen und anschliessend mit mir besprechen?  
Danke dir und Grüessli  
Rosaria

Freundliche Grüsse



**Rosaria Guglielmo**

Abteilungsleiterin Bildung

T 044 852 88 00,

[rosaria.guglielmo@oberglatt.ch](mailto:rosaria.guglielmo@oberglatt.ch)

**Gemeinde Oberglatt**

Schulverwaltung, Hofstetterstrasse 7, Postfach 162, 8154 Oberglatt

T 044 852 88 00, F 044 852 88 08

[www.oberglatt.ch](http://www.oberglatt.ch)

[www.schule-oberglatt.ch](http://www.schule-oberglatt.ch)

---

**Von:** Lukas Kuster CIVIVA <[lukas.kuster@civiva.ch](mailto:lukas.kuster@civiva.ch)>

**Gesendet:** Sonntag, 19. August 2018 12:12

**An:** [lukas.kuster@civiva.ch](mailto:lukas.kuster@civiva.ch)

**Betreff:** Vernehmlassung zur Revision des Zivildienstgesetzes

Liebe Einsatzbetriebe, Sehr geehrte Damen und Herren

Der Schweizerische Zivildienstverband CIVIVA vertritt die Interessen von Einsatzbetrieben und Zivildienstleistenden in der Schweiz. Wir fördern den Zivildienst auf politischer Ebene sowie in der öffentlichen Debatte und setzen uns für die Erhaltung und die Weiterentwicklung des Zivildienstes ein.

CIVIVA ist als privater Verein organisiert und daher unabhängig von Staat und Behörden.

Am 20. Juni hat der Bundesrat die Vernehmlassung zur Revision des Zivildienstgesetzes (ZDG) eröffnet. **Das Ziel dieser Revision ist es, die Anzahl Zivildienstleistender drastisch zu senken**, indem sie unter anderem auf die jungen Männer abzielt, welche nach der Rekrutenschule in den Zivildienst wechseln. Die Regierung schlägt dafür Massnahmen vor, wie zum Beispiel ein Minimum von 150 Tagen Zivildienst für alle Zivildienstleistenden einzuführen, unabhängig vom Zeitpunkt des Wechsels in den Zivildienst. Oder eine jährliche Wartefrist währenddessen der zukünftige Zivildienstleistende trotz seines Zivildienstgesuches weiterhin seine Militärpflichten erfüllen muss.

Insgesamt werden sieben Massnahmen in Betracht gezogen worden. Dass übrigens dabei die Reduktion der Zivildienstleistenden ohne Rücksicht auf Verlusten bei den Einsatzbetrieben im Vordergrund steht ist beispielsweise aus dem folgenden Zitat aus den Vernehmlassungsunterlagen herauszulesen:

*"Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistende zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen."*

(ZDB\_ erl.-Bericht\_de 2018.pdf, Seite 10)

Während der Vernehmlassungsfrist kann jede interessierte Person oder Organisation zu den vorgeschlagenen Massnahmen Stellung beziehen und ihre Meinung dazu äussern. Um zu ermöglichen, dass möglichst viele Einsatzbetriebe an dieser Vernehmlassung teilnehmen, hat CIVIVA eine Antwortvorlage für diese vorbereitet, welche Sie im Anhang dieses Mails vorfinden (*180816 Stellungnahme CIVIVA Vernehmlassung ZDG Vorlage.docx*).

Diese Stellungnahme beinhaltet auch die Kritikpunkte an den oben genannten sieben Massnahmen. Jedoch begrenzt sie sich dabei nicht nur auf die Kritik derselben, sondern bringt selber Verbesserungsvorschläge ein, basierend auf den Erfahrungen der Einsatzbetriebe welche bei CIVIVA Mitglied sind.

### **Als Einsatzbetrieb gehören Sie zu den Hauptbetroffenen dieser**

**Zivildienstverschärfungen.** Wir schicken Ihnen daher die Antwortvorlage im PDF sowie Word-Format und ermutigen Sie, an dieser Vernehmlassung teilzunehmen. Die Antwortvorlage kann natürlich gerne verändert oder angepasst werden. Beispielsweise können Sie CIVIVA durch den Namen Ihres Betriebes ersetzen, die Argumentation jedoch so belassen. Für diesen Fall sind im Worddokument sämtliche zu ändernden Erwähnungen von CIVIVA rot markiert.

Ebenfalls im Anhang finden Sie ein von uns in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten auf französisch, welches die Zivildienstrevision auf Basis von nationalem und internationalem Recht kritisch durchleuchtet. Wenn Sie unsere Antwortvorlage benutzen, sind wir Ihnen dankbar, wenn Sie das Rechtsgutachten beifügen, da sich der Text auf dieses Gutachten bezieht.

Wie Sie im Brief des Bundesrates lesen können, welchen wir Ihnen ebenfalls angefügt haben (*ZDG\_Brief\_de 2018.pdf*), muss Ihre Antwort **spätestens bis 11. Oktober 2018** im Word- und PDF-Format per Mail an folgende Adresse gelangen:

[rechtsdienst@zivi.admin.ch](mailto:rechtsdienst@zivi.admin.ch)

Auf Wunsch einiger CIVIVA-Mitglieder werden wir zudem am **Dienstag 18. September** um 14:00 Uhr in Bern ein Treffen der "CIVIVA-Arbeitsgruppe Einsatzbetriebe" organisieren, an welchem unter Anderem offene Fragen zur Vernehmlassung geklärt werden können. Wir würden uns freuen, wenn Sie an diesem Treffen ebenfalls teilnehmen möchten. Bei Interesse geben Sie uns bitte per Mail Bescheid.

Für weitere Fragen stehen wir Ihnen ebenfalls gerne zur Verfügung.

Mit herzlichen Grüssen

Lukas Kuster & Stefano Giamboni

*Vorstandsmitglieder von CIVIVA  
Gruppenleiter Arbeitsgruppe EiB*

[www.civiva.ch](http://www.civiva.ch)

-----

Anhänge:

- *180816 Stellungnahme CIVIVA Vernehmlassung ZDG Vorlage.docx*
- *180816 Stellungnahme CIVIVA Vernehmlassung ZDG Vorlage.pdf*
- *ZDG\_Brief\_de 2018.pdf*
- *ZDG\_Entwurf\_de 2018.pdf*
- *ZDG\_Erl.-Bericht\_de 2018.pdf*

- *Rechtsgutachten Vernehmlassung ZDG Revision 2018\_fr.pdf*

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Zürich, im August 2018

## Stellungnahme des Schweizerischen Zivildienstverbandes CIVIVA zur Änderung des Zivildienstgesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### Einleitung und grundsätzliche Beurteilung

Der Schweizerische Zivildienstverband CIVIVA vertritt die Interessen der Zivildienstleistenden und Einsatzbetriebe. CIVIVA ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### Kein Handlungsbedarf

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.



## Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoß gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

## Unklare Auswirkungen

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. CIVIVA weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Der Schweizerische Zivildienstverband CIVIVA lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

## Eigene Vorschläge

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet CIVIVA, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. CIVIVA schlägt dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.



- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

## **Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist CIVIVA auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für CIVIVA ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

## **Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Dienstage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

## **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**



CIVIVA geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Dienstage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Dienstage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

#### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

#### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht von CIVIVA besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

CIVIVA ist der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

#### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. CIVIVA sieht absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildienstage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Dienstage erfüllen (2017: 96.7% aller Dienstage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Dienstage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Dienstage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.



## **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

### **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

CIVIVA bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Im Namen des Verbandsvorstandes

Lisa Mazzone  
Co-Präsidentin

Samuel Steiner  
Co-Präsident





Permanence romande pour civilistes et militaires  
Permanence@infodroit.ch ou  
Le mardi de 12 à 14 heures au 026 925 80 66.  
Pour les urgences, 079 524 35 74, veuillez laisser un message.

Flendruz, 16 juin 2018

### Avis de droit

*A qui de droit*

#### **7 mesures du Conseil fédéral destinées à la consultation. Modifications de la loi sur le service civil. 2018**

##### En préalable

1. Le droit à l'objection de conscience est un droit fondamental internationalement reconnu.
2. Il est reconnu par les jurisprudences du Comité des droits de l'homme et de la Cour Européenne des droits de l'homme, il est présent dans la constitution suisse<sup>1</sup>.
3. Ce droit s'appuie essentiellement tant sur le refus impératif de tuer que sur le refus de résoudre les conflits par la violence.
4. Le conflit entre l'obligation constitutionnelle de servir dans l'armée d'une part et la conscience d'autre part (appelé conflit de conscience) peut se manifester sous diverses formes et à divers moments, de façons plus ou moins virulentes ou soudaines, y compris parfois par des somatisations ou des actes de rébellions. La problématique a été largement résolue par deux mesures:
5. 1) Il a été renoncé au « contrôle de conscience » en adoptant le système dit de la preuve par l'acte, soit l'acceptation, par la personne qui demande le service civil d'une durée plus longue pour ce service que celle requise pour le service militaire.

Cette mesure a pour avantage (en plus d'une forte diminution de la charge administrative) d'éviter d'une part l'aggravation et la stigmatisation du conflit de conscience par son besoin de le confronter à la procédure et de libérer d'autre part la personne concernée d'une appréhension et d'une expression intellectuelle et verbalisée de ce conflit, inévitablement discriminatoire selon le niveau d'éducation, et sujette d'autre part à des biais divers, puisque le résultat de l'examen dépendait largement du degré de préparation à celui-ci plutôt que de la nature même, des sources et des raisons du conflit de conscience.

6. Il convient toutefois de noter que ce système de quotité a dès le début présenté un défaut important, au demeurant partiellement caché des civilistes eux-mêmes, dans la mesure où la durée de service civil requise par la loi (1 fois et demie – 1,5 – celle du service militaire encore à faire au moment de la demande) est dans la pratique comparativement différente de la durée du service militaire réellement effectuée par les militaires libérés lorsqu'ils atteignent la limite d'âge. En effet, ceux-ci se voient alors remettre le solde des jours de service non-effectués, alors que les civilistes se voient pénalement condamnés s'ils n'effectuent pas l'entier de leurs jours avant la même limite d'âge (limite par ailleurs par elle-même plus exigeante, puisqu'ils ont plus de jours à effectuer dans le même laps de temps). L'armée a de plus tardé à donner les chiffres permettant de mesurer cette différence des durées respectives des

---

<sup>1</sup> Constitution fédérale (Cst.) [Article 10 sur la droit à la vie](#), [art. 15 sur la liberté de conscience](#), [art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement](#).



services. Pourtant des estimations raisonnables permettaient d'évaluer le nombre de jours de service civil effectués pour les civilistes demandant le service civil pour l'entier de leur périodes de service militaires comme étant environ du double du nombre de jour effectué en moyenne par les soldats terminant leur obligation à la limite d'âge<sup>2</sup>. Actuellement, ce taux semble s'être amélioré un peu, mais la durée comparée du service civil resterait de 1.8 plus élevée que la durée des services militaires, et non pas les 1.5 que stipule la loi. Il conviendra de vérifier les effets de la nouvelle loi sur l'armée sur cette problématique, la limite d'âge n'étant plus un âge fixe (p. ex. 34 ans), mais devenant un nombre de dix années pour faire les services requis après l'école de recrue<sup>3</sup>.

7. De plus la discrimination pénale demeure, puisque contrairement au service civil, aucune mesure permettant d'assurer le rythme et le progrès de la réalisation des périodes de service militaire, mesure accompagnées dans la loi sur le service civil de mesures pénales en cas de retards, n'ont été introduites dans la nouvelle législation sur la l'armée. Ainsi, le civiliste doit accomplir certaines périodes (la première suivant l'admission et la période longue) selon des délais fixes et il ne doit pas lui rester plus d'une certaine proportion de jours à faire avant d'atteindre la limite d'âge. Passé ces délais ou si la proportion de jours restant à faire est trop forte, le civiliste est convoqué d'office pour le surplus ou la période concernée, puis il encoure une peine s'il n'effectue pas la période requise. Il n'existe, pas de système similaire ou aussi contraignant dans l'armée. Pour avoir une vision complète de cette discrimination, pénalement grave, il conviendrait encore de comparer le nombre des dispenses pour justes motifs, lesquelles au demeurant ne font que repousser le problème, dispenses accordées tant pour les civilistes que pour les militaires. Nonobstant, vu la nature différente des système de suivi et de répression des deux sortes d'obligations, puisqu'il y a des condamnations pour retard dus au système de suivi contre les civilistes et qu'il n'y en a pas pour les militaires, la discrimination pénale demeure, tout comme demeurera a priori la discrimination sur les durées.

8. 2) Il importe de souligner que le service civil peut et doit pouvoir être demandé en tout temps, c'est d'ailleurs dans la loi<sup>4</sup>.

9. Cela concerne bien sûr la possibilité de demander le service civil depuis une période de service militaire, mais porte surtout sur la nature du conflit de conscience et relève en partie aussi du droit humanitaire.

10. Ainsi, le conflit de conscience peut se développer par une réflexion autonome, mais il peut aussi surgir, progressivement ou soudainement, face à une circonstance rencontrée dans le cadre du service militaire, par exemple lors de la première prise d'arme (il y a hélas des condamnations pour refus d'ordre de personnes qui font à ce moment-là un blocage psychologique) ou en étant mis en confrontation à une arme particulièrement destructive.

11. Il convient aussi, et c'est d'une grande importance, de citer le cas de l'objection de conscience à un ordre criminel, y compris ou surtout si celui-ci viole le droit humanitaire ; objection qui doit en effet pouvoir être exprimée en tout temps et en particulier de façon immédiate au moment de la réception de l'ordre contesté, cette objection devant alors, selon les circonstances, rejeter non-seulement l'ordre contesté lui-même mais aussi l'ensemble du système qui produit ou maintient cet ordre injuste, à tout le moins si l'ordre est maintenu, car alors seul le refus personnel et complet du système permettant, à défaut de pouvoir l'empêcher, la réalisation de ce ordre illégal et des ses conséquences, de préserver la conscience, et donc l'innocence de la personne confrontée à une telle situation. L'objection de conscience à une circonstance particulière devenant alors une objection au sens usuel du terme, une objection d'ensemble au service militaire<sup>5</sup>.

<sup>2</sup> Détail du calcul : <http://www.infodroit.ch/spip.php?article44>

<sup>3</sup> Ordonnance sur les obligations militaires (OMI), 1.1.2018, [art. 19](#).

<sup>4</sup> Loi sur le service civil, [art. 16](#).

<sup>5</sup> Voir par exemple, [Jacques Verhaegen](#) : «Le refus d'obéissance aux ordres manifestement criminels », revue du CICR, vol. 84, n° 845, mars 2002.



### Analyse des mesures proposées

**Mesure 1:** 150 jours de service civil pour toutes personnes n'ayant pas terminés ses « services d'instruction » et ayant moins de 100 jours de service militaire restant.

#### Appréciation générale

12. Par « services d'instruction », il est entendu toutes les périodes de services militaires, à savoir écoles de recrues, écoles de cadres et cours de répétition<sup>6</sup>.

13. La proposition équivaudrait à « condamner », imposer à tout militaire ayant entre 1 et 100 jours de service militaire encore à faire à effectuer 150 jours de service civil.

14. La mesure incite à terminer ses obligations militaires au lieu de demander le service civil.

15. Partant du constat, hautement probable<sup>7</sup>, selon lequel les pertes en effectifs augmentent en fonction de l'âge par lassitude, perte d'intérêt ou en raison de l'augmentation des obligations professionnelles et familiales. Il conviendrait toutefois de disposer des chiffres du nombre des personnes qui quittent l'arme dans ces tranches d'âge soit pour le service civil, soit pour raisons médicales. En effet, si le problème est une question d'emploi du temps, la demande de service civil est d'autant plus contre-productive.

16. A cet aune, la mesure aura pour effet principal d'augmenter le nombre de demandes médicales et assez peu de diminuer le nombre de service civil. Quand à sa capacité à renforcer la motivation pour l'armée, elle est ici hors contexte – ce n'est pas notre problème ou celui du service civil – et elle n'est que très indirecte, la diminution de l'attrait du service civil n'augmentant pas pour autant l'attrait pour l'armée.

#### Calculs concernant la mesure proposée

17. Dans la pratique, divers types de calculs sont possibles pour déterminer les effets et les proportions de la proposition. Mes connaissances mathématiques sont limitées, donc d'autres calculs sont peut-être possibles ou éventuellement meilleurs, mais ceux-ci révèlent plusieurs des effets pervers de la proposition:

a. Le facteur multipliant le nombre de jours à faire est, avec la proposition exponentiel : La personne qui aurait 1 seul jour d'armée encore à faire se retrouverait à en faire 150 jours, soit 150 fois plus que le nombre de jour d'armée requis.

Dans le détail, un militaire à qui il resterait :

1 cours de répétition (CR), soit 19 jours (150/19), verrait le multiplicateur passer de 1.5 à 7.89

2 cours de répétition, le facteur (150/38) est encore du quadruple (3.94)

3 cours de répétition, le facteur descend à 2.63

4 cours de répétition, le facteur est de 2 (1.97)

5 cours de répétition le facteur est encore de 1.57, soit plus haut que la loi actuelle ou que le facteur attribué aux civilistes ayant encore plus de jours.

Ce n'est donc qu'avec 6 cours de répétition encore à faire, soit avec le nombre total des cours de répétition à faire par les soldats, et donc durant le premier cours de répétition que l'ajout systématique de 150 jours, rejoint le facteur général de 1.5.

*Dit autrement, à quelques jours prêts, quiconque demanderait le service civil après l'école de recrue devrait faire 150 jours de service civil au moins, quelque soit le nombre de jour d'armée restant à faire. Pourquoi ne pas le dire ?*

b. Le calcul peut aussi être fait en tenant compte des jours de service militaires et civils faits au total. Exemple pour un soldat :

Ecole de recrue de 124 jours, solde 121 jours de service en CR. Total 245<sup>(8)</sup>. Service civil complet, 245 X 1.5 = 367 jours de service civil.

Jours de service mil faits : 244 (au lieu de 245)+150=394 (proposition). Système actuel : 244 + 2 (1 x 1.5) = 246 (actuel). Différence : 148 jours à faire en plus qu'avec le système actuel et ... 27 de plus qu'en ayant demandé le service civil dès le recrutement.

<sup>6</sup> Loi sur l'armée et l'administration militaire (LAAM), [art. 41](#).

<sup>7</sup> La permanence que nous représentons confirme, à sa modeste mesure, cette tendance. Les hommes de plus de 25 ans sont relativement nombreux à vouloir mettre un terme à leurs obligations militaires et leur nombre augmente avec l'âge

<sup>8</sup> OMI, [art. 47](#).



Jours de service faits :  $238 (6 \text{ CR faits}) + 150 = 388$  jours à faire ou (système actuel)  $238 + 9 (6 \times 1.5) = 247$ . Différence : 141 jours de service civil en plus qu'avec le système actuel, mais aussi 21 jours de service (mil et civ) en plus de ce que ce même soldat aurait eu à faire s'il avait demandé le service civil dès la fin du recrutement.

En cela, le service est *punitif parce qu'il impose des jours en plus ... pour avoir accepté de faire presque tout son service militaire !!!*

Jours de service faits :  $219 (5 \text{ CR}) + 150 = 369$  ou (actuel :)  $219 + 39 (26 \times 1.5) = 258$ . Différence : 111 jours de plus que le système actuel, mais encore 2 jours de plus qu'avec un service civil demandé dès l'origine.

Jours de service faits  $200 (4 \text{ CR}) + 150 = 350$  ou actuel  $200 + 68 (45 \times 1.5) = 268$ . Différence : 82 en plus que le système actuel.

A partir d'ici le nombre total de jours faits devient inférieur à un service civil demandé d'emblée et donc les jours de service militaire faits diminuent le nombre total de jours à faire.

Jours de service faits  $181 (3 \text{ CR}) + 150 = 331$  ou  $181 + 96 (64 \times 1.5) = 277$ . Différence, 54 jours de service civil en plus, mais 90 de moins qu'avec un service civil complet.

Jours de service faits  $162 (2 \text{ CR}) + 150 = 312$  ou

Jours de service faits  $143 (1 \text{ CR}) + 150 = 293$  ou  $143 + 156 (101 \times 1.5) = 299$  Différence  $\pm 0$ .

#### Effets pour la pratique

c. Les effets du nouveau système sur les intérêts des candidats civilistes, en termes de jours à faire seraient les suivants :

- 1) Le facteur de 1.5 s'applique durant l'école de recrue, voir durant le 1<sup>er</sup> CR. Inchangé.
- 2) Tout jour d'armée fait durant cette période diminue effectivement le nombre total (armée et sc) de jours à faire, par rapport à un service civil complet. Inchangé.
- 3) Dès le 2<sup>ème</sup> CR et jusqu'au 4<sup>ème</sup> CR, le nouveau système augmente progressivement, par rapport à l'ancien, effet étrange, le nombre de jours total à faire, même si l'on fait ces CR, soit d'avoir à faire encore plus de service en tout parce que l'on fait de l'armée (absurde !), puis d'avoir à faire du service civil en plus, même si le nombre de jours total de service civil et militaire reste inférieur à ce que devrait faire un civiliste de la première heure mis au facteur 1.5).

Exemple : Faire un 2<sup>ème</sup> CR de 19 jours et demander le sc, ajoute en plus de ces 19 jours 17 jours de service en tout (civil et militaire) par rapport au système actuel, dans lequel le civiliste en faisant ce CR épargnerait 9 jours de service civil ( $19 - x 1.5$ ). (Nouveau :  $162 \text{ SM} + 150 \text{ SC} = 312$  Ancien  $162 + 125$  (solde de  $83 \times 1.5$ ) = 287, nouveau = J plus 25. S'il ne fait pas ce CR (ancien  $\text{SM } 143 + \text{SC } 152 (101 \times 1.5) = 295$  soit quelques jours en plus de SC pour ne pas avoir fait ce cours (295 au lieu 287), mais toujours au total 17 jours de moins qu'en faisant ce CR dans le système proposé, lequel augmente donc le nombre de jours à faire sans donner de diminution pour ceux faits.

Idem pour les 3<sup>ème</sup> et 4<sup>ème</sup> CR. Je renonce aux calculs ici, mais le nombre de jours d'armée faits sans diminuer le nombre de jours de service totaux augmentera d'autant, par rapport à quelqu'un qui demande le SC après l'ER ou le 1<sup>er</sup> CR.

- 4) Dès le 5<sup>ème</sup> CR, le nombre total (SC et SM) de jours à faire devient plus grand que quelqu'un qui demande le service civil dès le 1<sup>er</sup> jour.

d. En résumé, il ne sera intéressant, en terme de jours à faire (ou rentable) de demander le service qu'entre le recrutement et la fin du 1<sup>er</sup> cours de répétition. A l'inverse, toute demande faite ultérieurement augmentera, de plus en plus gravement, la charge totale du nombre de jours à faire, laquelle dépassera, si le SC est demandé durant ou après le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, le nombre de jours à faire pour quelqu'un qui demande le service civil avant l'ER.

18. Tactiquement, pour le soutien aux objecteurs, l'intérêt à demander le service civil entre le recrutement et la fin de l'école de recrue reste similaire. Par contre, plus le militaire avance dans sa carrière militaire, plus la charge de jours augmente, plus il devient difficile de demander le service civil (et plus sera grande le besoin de demander la voie bleue).

19. Cela n'aura pas pour effet de diminuer fortement le nombre de demandes de service civil, puisque les demandes seront soit pour une part reportées plus tôt dans la carrière militaire, soit transformées en demande médicales et que rares seront les personnes qui en fin de carrière militaire décideront de finir leur service plutôt que de sortir de l'armée, d'une façon ou d'une autre.



### La durée du service civil en droit

20. En droit Suisse, le facteur légal de 1.5 est le même depuis l'origine. Avec toutefois la réserve présentée ci-dessus au point 6 concernant la durée effective (et non légale) située aux environ de 1.8.

21. Le droit international, le Comité des droits de l'homme et la Cour européenne des droits de l'homme, tiennent de jurisprudence constante le fait que le service civil doit être de nature civile et non-punitif.

22. Une durée supérieure au double du service militaire à remplacer est considérée comme excessive<sup>9</sup>. Ainsi, l'attribution à toute personne ayant moins de 75 jours de service militaire à faire de 150 jours de service civil serait contraire au droit international.

23. Mais c'est dans son ensemble, ou à tout le moins dès le 2<sup>ème</sup> cours de répétition, que la mesure est discriminatoire. D'abord parce que plus, ils servent dans l'armée, plus elle pénalise les militaires qui demandent le service civil. Ensuite, parce qu'elle traite différemment des personnes dans des situations similaires, à savoir des personnes présentant une demande de service civil, demande qui est de même nature quel que soit le moment où elle est faite et pour laquelle le nombre de jours de service militaire accomplis n'a aucune incidence, sauf peut-être à renforcer le besoin de présenter une objection de conscience, ce qui reste sans influence aucune sur le droit fondamental à demander le service civil.

24. La loi sur le service civil pose comme principe que la charge du service civil devrait équivalente à celle de l'armée<sup>10</sup>. Toutefois la mesure proposée, en tous les cas dès le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, puisque la charge en jours à faire est alourdie au-delà de ce que le militaire aurait à faire en demandant le service civil avant l'école de recrue. Ainsi, non-seulement, la personne concernée effectue la plus large part de son service militaire (les 3/4), mais elle y voit ajouté une part importante de service civil (150/367) soit presque la moitié du service civil en plus, pour un total qui dépasse ce qu'elle aurait eu à faire tant à l'armée qu'avec un service civil entier. A ce titre, la mesure est non seulement dissuasive, mais discriminatoire dans la mesure où elle pénalise ceux qui ont déjà fait beaucoup d'armée (ne devraient-ils pas au contraire être pour cela remerciés ?).

25. Par ailleurs, le droit à l'objection de conscience étant un droit fondamental, toute forme de dissuasion, en entravant son libre exercice, est déjà une violation du droit.

26. Et il est finalement, à mon sens, difficile la nature punitive de la mesure, puisque ce sont ceux-là même, qui ont le plus servi dans l'armée, qui se voient le plus pénalisés.

### Résumé :

- Violation du droit international sur la durée du service civil.
- Discrimination entre les civilistes « d'origine » et ceux qui demandent le service civil au cours de leur carrière militaire (l'objection reste la même, pour les mêmes motifs et contre le même service militaire, seule change la situation militaire).
- Mesure probablement punitive.
- Mesure simple en apparence, mais particulièrement compliquée à comprendre et à calculer, entre autres pour les personnes concernées.

---

<sup>9</sup> ONU, Comité des droits de l'homme: Foin v France (Communication No. 666/1995), CCPR/C/D/666/1995, 9 November 1999, para. 10.3, entre autres jurisprudence. Voir aussi: Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 8.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>  
Il existe aussi une traduction allemande de document, p. 21 : [http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV\\_2014-3\\_KDVundAsyl.pdf](http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV_2014-3_KDVundAsyl.pdf)

Voir aussi le rapport quadriennal du Haut Commissaire aux Droits de l'Homme sur l'objection de conscience, 1.5.2017, § 22.

<http://www.undocs.org/fr/A/HRC/35/4>

<sup>10</sup> LSC 5



### **Mesure 2 :**

Délai d'attente de 12 mois entre le dépôt de la demande et l'admission, avec obligation de faire les périodes de service militaires prévues.

27. La mesure est contraire à la constitution. Celle-ci prévoit, textuellement : « un service de remplacement »<sup>11</sup>. Or un *remplacement du service* n'est en aucun cas un service de remplacement *différé* avec maintien du service à remplacer, en attente du service de remplacement.

Des délais pour la mise en œuvre, par la personne concernée comme par l'administration, du service de remplacement sont acceptable, voir le maintien des obligations en attente de la décision d'admission<sup>12</sup>, mais en aucun le droit à l'objection de conscience ne saurait-il être suspendu.

28. De plus, la proposition est largement impraticable et passablement conflictogène. Les civilistes concernés ne se gêneront pas pour demander des reports, se faire porter malade ou pour ne pas se présenter et leur motifs de conscience finissant toujours par être reconnus, ils ne seront, s'ils sont que partiellement et inégalement sanctionnés pour ces déflections. Sans parler de la charge administrative supplémentaire pour les administrations cantonales.

### Résumé

- Mesure contraire à la constitution.
- Discrimination entre les civilistes qui font une demande avant l'école de recrue, lesquels ne sont pas condamnés à des périodes militaires et ceux qui la font après l'ER, qui doivent en faire ou, vaille que vaille, les faire annuler.
- Mesure de nature à créer de nombreuses difficultés administratives tant pour les conscrits et les civilistes que pour l'administration.

### **Mesure 3 :**

29. Suppression du facteur 1.1 et passage au facteur 1.5 pour les officiers et les sous-officiers supérieurs.

30. Les personnes concernées sont relativement peu nombreuses. Elles ont néanmoins les mêmes droits. Mais surtout toutes ces personnes, qui ont été obligées de revêtir ces fonctions d'encadrement, ont déjà servi, au moment de la demande d'admission au service civil plus de jours d'armée que ne servent les civilistes qui n'en a fait aucun. Le moins gradé de ceux-ci servira un total 440 jours de services au lieu de 245<sup>13</sup>. Pour obtenir son grade, il en aura déjà fait presque autant qu'un soldat normal. Et le solde de jour à faire, qu'il soit multiplié par 1.1. ou 1.5 dépassera de toutes façons le nombre maximal de jours effectués par un civiliste ne faisant pas d'armée du tout.

31. Sachant que l'obligation de grader est imposée, même avec un facteur 1.1, la personne qui demande le service civil alors qu'elle a déjà revêtu son grade est discriminée par rapport à un civiliste qui demande le service avant de recevoir le moindre grade. Augmenté cette durée plus encore, alors que la personne gradée sert déjà plus que toute autre personne sans garde, apparaît là aussi comme punitive.

### Résumé

- En conjonction avec la discrimination décrite ci-après, violation du droit international sur la durée du service de remplacement.
- Discrimination entre les officiers et sous-officiers supérieurs d'une part et les soldats d'autre part en raison d'abord de l'obligation de grader d'abord, pour laquelle les premiers ne peuvent rien, puis du fait qu'en raison de cette obligation, ils ont déjà effectué, contre leur gré, une durée de service aussi importante que les soldats, durée sur laquelle vient ensuite s'ajouter une très longue durée de service civil supplémentaire. Dit autrement, le soldat qui demande le service civil évite non-seulement de grader, mais tous les jours de service civil supplémentaires en cas de conflit de conscience alors que l'officier, qui est en droit de développer un conflit de conscience à tout moment, en est d'autant plus pénalisé.

<sup>11</sup> [Art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement.](#)

<sup>12</sup> [LSC 17 et 17a.](#)

<sup>13</sup> [OMI 47](#)



- Mesure qui ne touche qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 4 :**

32. Interdiction faite aux médecins de faire du service civil en tant que médecins.

33. Là encore, la mesure ne concerne que très peu de personnes. Les médecins ont en moyenne au moins 26-27 ans à la fin de leur formation et ce moment-là, la plupart des périodes longues sont faites. Mais quand bien même, faut-il priver les hôpitaux de ces médecins-là ?

34. Par ailleurs, la mesure est à nouveau discriminatoire ; pourquoi les médecins et pas les géologues, les travailleurs sociaux ou les enseignants ? Là ce ne serait plus seulement certains civilistes, mais tout le service d'intérêt public qui tendrait à être victime d'une vision trop étroite des possibilités de service civil.

35. Enfin, il existe certes une disposition qui interdit certaines affectations en fonction de la personne du civiliste, en particulier si elle favorise sa formation<sup>14</sup>. Et c'est probablement, dans ce contexte que la proposition s'inspirerait. Mais à nouveau, certains militaires exercent des fonctions militaires en lien avec leur profession – et pas seulement des médecins ! – en quoi des civilistes n'auraient-ils pas le droit d'en faire autant ?

#### Résumé

- Mesure hautement discriminatoire (par professions).
- Mesure ne touchant (en l'état, que les médecins) qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 5 :**

36. Pas d'admission au service civil pour les personnes pour lesquelles il ne reste plus de jours de service, mais pour lesquelles il reste des tirs obligatoires.

37. La question est controversée depuis longtemps. Seul sont concernés les militaires en service long, qui restent incorporés ensuite pendant 4 ans<sup>15</sup>. Il conviendrait de savoir combien il y a eu de cas.

38. Pour rappel, les militaires ont la possibilité de déposer l'arme, sans motifs, s'ils ne souhaitent pas la conserver, mais cela ne les dispense pas des tirs<sup>16</sup>.

39. D'abord, il convient de rappeler que l'exécution de tirs obligatoires, dans le cadre d'un service militaire, même terminé, peuvent donner lieu à conflit de conscience, qui plus est si celui-ci peut avoir à se manifester durant une période de 4 ans.

40. En ce sens, la mesure ignore et passe complètement à côté, nie un problème qu'il y aurait pourtant lieu de résoudre.

41. A mon sens, une procédure plus simple qu'une admission au service civil devrait permettre, par exemple mais en tous les cas pour motifs de conscience légitimes, de remettre l'arme définitivement et d'être ainsi dispensé des tirs obligatoires.

#### Résumé

- Violation du droit à l'objection de conscience
- Mesure administrative inadéquate
- Mesure ne touchant qu'un nombre limité de personne

#### **Mesure 6 :**

42. Les civilistes sont tenus de faire une période de service civil par année dès l'admission.

---

<sup>14</sup> LSC 4a

<sup>15</sup> LAAM 54a

<sup>16</sup> Ordonnance concernant l'équipement personnel des militaires (OEPM), [art. 6a](#).



43. La mesure existe déjà, [art. 39a](#) de l'ordonnance sur le service civil : « La personne astreinte au service civil *effectue chaque année* des affectations de service civil d'une durée de 26 jours au moins à partir de la deuxième année civile au plus tard ».

44. Les reports étant relativement fréquents, on peut se demander si c'est ceux-ci qu'il s'agit de limiter, mais le texte de la mesure est pour le surplus inutile.

#### Résumé

- Proposition de mesure incompétente, mesure déjà prévue par la loi.

#### Mesure 7 :

45. Obligation pour les personnes en service long, d'effectuer la période longue de service civile dans l'année qui suit (et non pas dans les trois ans qui suivent) l'admission au service civil.

46. Imposer un service civil long est une vieille mesure de 2011, que le Tribunal administratif fédéral avait annulée en raison de [l'article 20 de la LSC](#) qui stipule que le SC peut être fait en une ou plusieurs périodes<sup>17</sup>.

47. Depuis toujours, nous recommandons aux militaires en service long de passer d'abord au service normal, avant de demander le service civil, entre autres afin d'éviter le surplus de jours, actuellement 55 jours de service militaire ou 82 jours de service civil en plus<sup>18</sup>. Notre recommandation ne changera pas.

48. De plus, la mesure ne prévoit cette obligation que si l'école de recrue n'est pas terminée, or l'école de recrue est considérée comme terminée si 80% de ses jours ont été accomplis<sup>19</sup>; soit pour une école usuelle de 124 jours, dès le 100<sup>ème</sup> jour d'école de recrue. Mais dans la pratique, la demande de service civil peut être faite quelques jours plutôt, puisque celle-ci prend quelques jours, voir semaines à condition pour cela que l'admission à la fin du processus de demande intervienne après le 100<sup>ème</sup> jour de service.

49. Que ce soit en passant au service normal et en attendant les 80% de son service militaire (dans des conditions « suffisantes ») – si encore au service long avec les jours en sus – il est très facile d'éviter cette mesure et peu nombreux sont ceux qui se retrouveront à devoir faire une période longue ou leur période longue de service civile dans l'année qui suit. Au demeurant si un plan de carrière avait prévu une mise en suspend de celui-ci pour le service militaire long, avec une libération en fin d'école de recrue et une affectation longue trouvée rapidement, celle-ci peut être faite dans le temps préalablement dévolu au service militaire long.

50. La mesure est aussi discriminatoire puisqu'elle traite plus durement les militaires en service long que les militaires en service normal d'une part, et alors plus durement que les civilistes n'ayant pas débuté l'école de recrue d'autre part.

#### Résumé

- Mesure facile à contourner, voire à accommoder.
- Mesure ne concernant alors plus qu'un nombre limité de personne.
- Mesure discriminatoire.

#### Considérations finales

51. Les mesures 1 et 3 violent le droit international sur la durée du service civil.

52. La mesure 2 viole la constitution sur la notion de service de remplacement et la mesure 5 viole la constitution sur le droit à un service de remplacement.

53. Les mesures 1, 3, 4 et 7 sont clairement discriminatoires et violent à un titre ou un autre l'égalité de traitement.

54. Les mesures 3, 4, 5 et 7 ne touchent que – mais gravement – un nombre limité de personnes. À ce titre, le but premier de ces mesures n'est probablement pas ou que partiellement de toucher ces personnes-là, voire de les maintenir dans l'armée mais de donner l'impression qu'il est difficile ou déconseillé, qu'il est

<sup>17</sup> <http://www.infodroit.ch/spip.php?article91>

<sup>18</sup> [OMI 111](#)

<sup>19</sup> [OMI 57](#) ou [37 ordonnance sur le service civil \(OSI\)](#) (même teneur).



même dissuadé de sortir de l'armée. Un tel but viole le droit au service civil et un service civil non-discriminatoire et non-punitif.

55. Il convient d'ajouter à ce propos que les instances et jurisprudences internationales ont reconnus sans hésiter le droit à l'objection de conscience pour les appelés, comme pour les volontaires et les professionnels. Autrement dit et pour ce qui nous occupe ici, le droit à l'objection de conscience et au service de remplacement est et reste le même, ne saurait donc subir d'aggravation dans l'exercice du droit, soit l'accès au service civil, comme dans sa réalisation, soit l'accomplissement du service civil, que la personne concernée aie commencé ou non à servir dans l'armée<sup>20</sup>.

56. Les mesures 2, 3 et 4 supposent des difficultés de mise en œuvre particulièrement importantes. La mesure 5 pourrait faire l'objet d'une simplification administrative.

57. La mesure 6 est inutile, une aberration puisqu'elle préconise quelque chose qui existe déjà.

58. L'analyse de l'ensemble de ces mesures donne l'impression forte que l'armée est très embarrassée, mal à l'aise en raison des demandes service civil issues des ses rangs.

59. Ainsi quand bien même l'ensemble de ces mesures, si elles venaient à être mise en œuvre, aurait pourrait effet d'inciter les conscrits à demander le service civil bien plus tôt, ce qui n'est pas utile à l'armée non plus, il conviendrait de combattre ces mesures pour les effets et les complications graves qu'elles imposent, en toutes sortes de circonstances, aux militaires.

60. Il convient aussi de constater que les mesures proposées font preuve d'une méconnaissance, tant du droit international que du droit constitutionnel suisse qui confine à l'impréparation, voire au mépris, tant des civilistes que des militaires.

61. Enfin, dans le cadre des réactions à ces propositions de mesures, il conviendra de rappeler certaines ou l'ensemble de nos revendications de base, à savoir une présence civile lors du recrutement afin de faciliter son impartialité, un durée raisonnable et une compensation financière garantissant au moins l'accès au minimum vital<sup>21</sup>.

Christophe Barbey,  
Juriste, permanent depuis 2006

---

<sup>20</sup> Voir les résolutions du Conseil des Droits de l'Homme, par exemple la résolution du 8 octobre 2013, art. 12 [A/RES/HRC/24/17](#) ou Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 4.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

<sup>21</sup> Avec une APG de 62.- par jour durant l'ER ou son équivalent au service civil, ou en cas d'absence de salaire préalable au service ou de droit à son équivalent, avec 1'800.- par mois ~, le minimum vital n'est pas atteint. Le dernier rapport du haut commissaire aux droits de l'homme mentionne une trop faible rémunération comme étant de nature punitive. [A/HRC/35/4](#), § 21.

**Von:** Stephan.Stocker@bs.ch  
**Gesendet:** Freitag, 28. September 2018 10:21  
**An:** \_ZIVI-Rechtsdienst  
**Betreff:** Vernehmlassung zur Revision des Zivildienstgesetzes  
**Anlagen:** 180816 Stellungnahme CIVIVA Vernehmlassung ZDG Vorlage.docx; 180816 Stellungnahme CIVIVA Vernehmlassung ZDG Vorlage.pdf; Rechtsgutachten Vernehmlassung ZDG Revision 2018\_fr.pdf

Sehr geehrte Damen und Herrn

Im Anhang sende ich Ihnen eine Stellungnahme zur Vernehmlassung zur Revision des Zivildienstgesetzes. Wir als Einsatzbetrieb sind sehr auf diese Einsatzkräfte angewiesen und können uns mit einer Verschlechterung / Erschwerung der Zulassungsbedingungen nicht anfreunden. Gerade diese jungen Männer sind es, die den Kindern an unserer Primarschule oft eine wichtige Bezugsperson sind.

Freundliche Grüsse  
Stephan Stocker

---

Leiter Tagesstrukturen  
Primarschule Thierstein  
Erziehungsdepartement Basel-Stadt

Bärschwilerstrasse 11  
CH-4053 Basel

Telefon: 061 208 51 83  
Mail: [stephan.stocker@bs.ch](mailto:stephan.stocker@bs.ch)



Permanence romande pour civilistes et militaires  
Permanence@infodroit.ch ou  
Le mardi de 12 à 14 heures au 026 925 80 66.  
Pour les urgences, 079 524 35 74, veuillez laisser un message.

Flendruz, 16 juin 2018

### Avis de droit

*A qui de droit*

#### **7 mesures du Conseil fédéral destinées à la consultation. Modifications de la loi sur le service civil. 2018**

##### En préalable

1. Le droit à l'objection de conscience est un droit fondamental internationalement reconnu.
2. Il est reconnu par les jurisprudences du Comité des droits de l'homme et de la Cour Européenne des droits de l'homme, il est présent dans la constitution suisse<sup>1</sup>.
3. Ce droit s'appuie essentiellement tant sur le refus impératif de tuer que sur le refus de résoudre les conflits par la violence.
4. Le conflit entre l'obligation constitutionnelle de servir dans l'armée d'une part et la conscience d'autre part (appelé conflit de conscience) peut se manifester sous diverses formes et à divers moments, de façons plus ou moins virulentes ou soudaines, y compris parfois par des somatisations ou des actes de rébellions. La problématique a été largement résolue par deux mesures:
5. 1) Il a été renoncé au « contrôle de conscience » en adoptant le système dit de la preuve par l'acte, soit l'acceptation, par la personne qui demande le service civil d'une durée plus longue pour ce service que celle requise pour le service militaire.

Cette mesure a pour avantage (en plus d'une forte diminution de la charge administrative) d'éviter d'une part l'aggravation et la stigmatisation du conflit de conscience par son besoin de le confronter à la procédure et de libérer d'autre part la personne concernée d'une appréhension et d'une expression intellectuelle et verbalisée de ce conflit, inévitablement discriminatoire selon le niveau d'éducation, et sujette d'autre part à des biais divers, puisque le résultat de l'examen dépendait largement du degré de préparation à celui-ci plutôt que de la nature même, des sources et des raisons du conflit de conscience.

6. Il convient toutefois de noter que ce système de quotité a dès le début présenté un défaut important, au demeurant partiellement caché des civilistes eux-mêmes, dans la mesure où la durée de service civil requise par la loi (1 fois et demie – 1,5 – celle du service militaire encore à faire au moment de la demande) est dans la pratique comparativement différente de la durée du service militaire réellement effectuée par les militaires libérés lorsqu'ils atteignent la limite d'âge. En effet, ceux-ci se voient alors remettre le solde des jours de service non-effectués, alors que les civilistes se voient pénalement condamnés s'ils n'effectuent pas l'entier de leurs jours avant la même limite d'âge (limite par ailleurs par elle-même plus exigeante, puisqu'ils ont plus de jours à effectuer dans le même laps de temps). L'armée a de plus tardé à donner les chiffres permettant de mesurer cette différence des durées respectives des

---

<sup>1</sup> Constitution fédérale (Cst.) [Article 10 sur la droit à la vie](#), [art. 15 sur la liberté de conscience](#), [art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement](#).



services. Pourtant des estimations raisonnables permettaient d'évaluer le nombre de jours de service civil effectués pour les civilistes demandant le service civil pour l'entier de leur périodes de service militaires comme étant environ du double du nombre de jour effectué en moyenne par les soldats terminant leur obligation à la limite d'âge<sup>2</sup>. Actuellement, ce taux semble s'être amélioré un peu, mais la durée comparée du service civil resterait de 1.8 plus élevée que la durée des services militaires, et non pas les 1.5 que stipule la loi. Il conviendra de vérifier les effets de la nouvelle loi sur l'armée sur cette problématique, la limite d'âge n'étant plus un âge fixe (p. ex. 34 ans), mais devenant un nombre de dix années pour faire les services requis après l'école de recrue<sup>3</sup>.

7. De plus la discrimination pénale demeure, puisque contrairement au service civil, aucune mesure permettant d'assurer le rythme et le progrès de la réalisation des périodes de service militaire, mesure accompagnées dans la loi sur le service civil de mesures pénales en cas de retards, n'ont été introduites dans la nouvelle législation sur la l'armée. Ainsi, le civiliste doit accomplir certaines périodes (la première suivant l'admission et la période longue) selon des délais fixes et il ne doit pas lui rester plus d'une certaine proportion de jours à faire avant d'atteindre la limite d'âge. Passé ces délais ou si la proportion de jours restant à faire est trop forte, le civiliste est convoqué d'office pour le surplus ou la période concernée, puis il encoure une peine s'il n'effectue pas la période requise. Il n'existe, pas de système similaire ou aussi contraignant dans l'armée. Pour avoir une vision complète de cette discrimination, pénalement grave, il conviendrait encore de comparer le nombre des dispenses pour justes motifs, lesquelles au demeurant ne font que repousser le problème, dispenses accordées tant pour les civilistes que pour les militaires. Nonobstant, vu la nature différente des système de suivi et de répression des deux sortes d'obligations, puisqu'il y a des condamnations pour retard dus au système de suivi contre les civilistes et qu'il n'y en a pas pour les militaires, la discrimination pénale demeure, tout comme demeurera a priori la discrimination sur les durées.

8. 2) Il importe de souligner que le service civil peut et doit pouvoir être demandé en tout temps, c'est d'ailleurs dans la loi<sup>4</sup>.

9. Cela concerne bien sûr la possibilité de demander le service civil depuis une période de service militaire, mais porte surtout sur la nature du conflit de conscience et relève en partie aussi du droit humanitaire.

10. Ainsi, le conflit de conscience peut se développer par une réflexion autonome, mais il peut aussi surgir, progressivement ou soudainement, face à une circonstance rencontrée dans le cadre du service militaire, par exemple lors de la première prise d'arme (il y a hélas des condamnations pour refus d'ordre de personnes qui font à ce moment-là un blocage psychologique) ou en étant mis en confrontation à une arme particulièrement destructive.

11. Il convient aussi, et c'est d'une grande importance, de citer le cas de l'objection de conscience à un ordre criminel, y compris ou surtout si celui-ci viole le droit humanitaire ; objection qui doit en effet pouvoir être exprimée en tout temps et en particulier de façon immédiate au moment de la réception de l'ordre contesté, cette objection devant alors, selon les circonstances, rejeter non-seulement l'ordre contesté lui-même mais aussi l'ensemble du système qui produit ou maintient cet ordre injuste, à tout le moins si l'ordre est maintenu, car alors seul le refus personnel et complet du système permettant, à défaut de pouvoir l'empêcher, la réalisation de ce ordre illégal et des ses conséquences, de préserver la conscience, et donc l'innocence de la personne confrontée à une telle situation. L'objection de conscience à une circonstance particulière devenant alors une objection au sens usuel du terme, une objection d'ensemble au service militaire<sup>5</sup>.

---

<sup>2</sup> Détail du calcul : <http://www.infodroit.ch/spip.php?article44>

<sup>3</sup> Ordonnance sur les obligations militaires (OMI), 1.1.2018, [art. 19](#).

<sup>4</sup> Loi sur le service civil, [art. 16](#).

<sup>5</sup> Voir par exemple, [Jacques Verhaegen](#) : «Le refus d'obéissance aux ordres manifestement criminels », revue du CICR, vol. 84, n° 845, mars 2002.



### Analyse des mesures proposées

**Mesure 1:** 150 jours de service civil pour toutes personnes n'ayant pas terminés ses « services d'instruction » et ayant moins de 100 jours de service militaire restant.

#### Appréciation générale

12. Par « services d'instruction », il est entendu toutes les périodes de services militaires, à savoir écoles de recrues, écoles de cadres et cours de répétition<sup>6</sup>.

13. La proposition équivaldrait à « condamner », imposer à tout militaire ayant entre 1 et 100 jours de service militaire encore à faire à effectuer 150 jours de service civil.

14. La mesure incite à terminer ses obligations militaires au lieu de demander le service civil.

15. Partant du constat, hautement probable<sup>7</sup>, selon lequel les pertes en effectifs augmentent en fonction de l'âge par lassitude, perte d'intérêt ou en raison de l'augmentation des obligations professionnelles et familiales. Il conviendrait toutefois de disposer des chiffres du nombre des personnes qui quittent l'arme dans ces tranches d'âge soit pour le service civil, soit pour raisons médicales. En effet, si le problème est une question d'emploi du temps, la demande de service civil est d'autant plus contre-productive.

16. A cet aulne, la mesure aura pour effet principal d'augmenter le nombre de demandes médicales et assez peu de diminuer le nombre de service civil. Quand à sa capacité à renforcer la motivation pour l'armée, elle est ici hors contexte – ce n'est pas notre problème ou celui du service civil – et elle n'est que très indirecte, la diminution de l'attrait du service civil n'augmentant pas pour autant l'attrait pour l'armée.

#### Calculs concernant la mesure proposée

17. Dans la pratique, divers types de calculs sont possibles pour déterminer les effets et les proportions de la proposition. Mes connaissances mathématiques sont limitées, donc d'autres calculs sont peut-être possibles ou éventuellement meilleurs, mais ceux-ci révèlent plusieurs des effets pervers de la proposition:

a. Le facteur multipliant le nombre de jours à faire est, avec la proposition exponentiel : La personne qui aurait 1 seul jour d'armée encore à faire se retrouverait à en faire 150 jours, soit 150 fois plus que le nombre de jour d'armée requis.

Dans le détail, un militaire à qui il resterait :

1 cours de répétition (CR), soit 19 jours (150/19), verrait le multiplicateur passer de 1.5 à 7.89

2 cours de répétition, le facteur (150/38) est encore du quadruple (3.94)

3 cours de répétition, le facteur descend à 2.63

4 cours de répétition, le facteur est de 2 (1.97)

5 cours de répétition le facteur est encore de 1.57, soit plus haut que la loi actuelle ou que le facteur attribué aux civilistes ayant encore plus de jours.

Ce n'est donc qu'avec 6 cours de répétition encore à faire, soit avec le nombre total des cours de répétition à faire par les soldats, et donc durant le premier cours de répétition que l'ajout systématique de 150 jours, rejoint le facteur général de 1.5.

*Dit autrement, à quelques jours prêts, quiconque demanderait le service civil après l'école de recrue devrait faire 150 jours de service civil au moins, quelque soit le nombre de jour d'armée restant à faire. Pourquoi ne pas le dire ?*

b. Le calcul peut aussi être fait en tenant compte des jours de service militaires et civils faits au total. Exemple pour un soldat :

Ecole de recrue de 124 jours, solde 121 jours de service en CR. Total 245<sup>(8)</sup>. Service civil complet, 245 X 1.5 = 367 jours de service civil.

Jours de service mil faits : 244 (au lieu de 245)+150=394 (proposition). Système actuel : 244 + 2 (1 x 1.5) = 246 (actuel). Différence : 148 jours à faire en plus qu'avec le système actuel et ... 27 de plus qu'en ayant demandé le service civil dès le recrutement.

<sup>6</sup> Loi sur l'armée et l'administration militaire (LAAM), [art. 41](#).

<sup>7</sup> La permanence que nous représentons confirme, à sa modeste mesure, cette tendance. Les hommes de plus de 25 ans sont relativement nombreux à vouloir mettre un terme à leurs obligations militaires et leur nombre augmente avec l'âge

<sup>8</sup> OMI, [art. 47](#).



Jours de service faits :  $238 (6 \text{ CR faits}) + 150 = 388$  jours à faire ou (système actuel)  $238 + 9 (6 \times 1.5) = 247$ . Différence : 141 jours de service civil en plus qu'avec le système actuel, mais aussi 21 jours de service (mil et civ) en plus de ce que ce même soldat aurait eu à faire s'il avait demandé le service civil dès la fin du recrutement.

En cela, le service est *punitif parce qu'il impose des jours en plus ... pour avoir accepté de faire presque tout son service militaire !!!*

Jours de service faits :  $219 (5 \text{ CR}) + 150 = 369$  ou (actuel :)  $219 + 39 (26 \times 1.5) = 258$ . Différence : 111 jours de plus que le système actuel, mais encore 2 jours de plus qu'avec un service civil demandé dès l'origine.

Jours de service faits  $200 (4 \text{ CR}) + 150 = 350$  ou actuel  $200 + 68 (45 \times 1.5) = 268$ . Différence : 82 en plus que le système actuel.

A partir d'ici le nombre total de jours faits devient inférieur à un service civil demandé d'emblée et donc les jours de service militaire faits diminuent le nombre total de jours à faire.

Jours de service faits  $181 (3 \text{ CR}) + 150 = 331$  ou  $181 + 96 (64 \times 1.5) = 277$ . Différence, 54 jours de service civil en plus, mais 90 de moins qu'avec un service civil complet.

Jours de service faits  $162 (2 \text{ CR}) + 150 = 312$  ou

Jours de service faits  $143 (1 \text{ CR}) + 150 = 293$  ou  $143 + 156 (101 \times 1.5) = 299$  Différence  $\pm 0$ .

#### Effets pour la pratique

c. Les effets du nouveau système sur les intérêts des candidats civilistes, en termes de jours à faire seraient les suivants :

1) Le facteur de 1.5 s'applique durant l'école de recrue, voir durant le 1<sup>er</sup> CR. Inchangé.

2) Tout jour d'armée fait durant cette période diminue effectivement le nombre total (armée et sc) de jours à faire, par rapport à un service civil complet. Inchangé.

3) Dès le 2<sup>ème</sup> CR et jusqu'au 4<sup>ème</sup> CR, le nouveau système augmente progressivement, par rapport à l'ancien, effet étrange, le nombre de jours total à faire, même si l'on fait ces CR, soit d'avoir à faire encore plus de service en tout parce que l'on fait de l'armée (absurde !), puis d'avoir à faire du service civil en plus, même si le nombre de jours total de service civil et militaire reste inférieur à ce que devrait faire un civiliste de la première heure mis au facteur 1.5).

Exemple : Faire un 2<sup>ème</sup> CR de 19 jours et demander le sc, ajoute en plus de ces 19 jours 17 jours de service en tout (civil et militaire) par rapport au système actuel, dans lequel le civiliste en faisant ce CR épargnerait 9 jours de service civil ( $19 - x 1.5$ ). (Nouveau :  $162 \text{ SM} + 150 \text{ SC} = 312$  Ancien  $162 + 125$  (solde de  $83 \times 1.5$ ) = 287, nouveau = J plus 25. S'il ne fait pas ce CR (ancien  $\text{SM } 143 + \text{SC } 152 (101 \times 1.5) = 295$  soit quelques jours en plus de SC pour ne pas avoir fait ce cours (295 au lieu 287), mais toujours au total 17 jours de moins qu'en faisant ce CR dans le système proposé, lequel augmente donc le nombre de jours à faire sans donner de diminution pour ceux faits.

Idem pour les 3<sup>ème</sup> et 4<sup>ème</sup> CR. Je renonce aux calculs ici, mais le nombre de jours d'armée faits sans diminuer le nombre de jours de service totaux augmentera d'autant, par rapport à quelqu'un qui demande le SC après l'ER ou le 1<sup>er</sup> CR.

4) Dès le 5<sup>ème</sup> CR, le nombre total (SC et SM) de jours à faire devient plus grand que quelqu'un qui demande le service civil dès le 1<sup>er</sup> jour.

d. En résumé, il ne sera intéressant, en terme de jours à faire (ou rentable) de demander le service qu'entre le recrutement et la fin du 1<sup>er</sup> cours de répétition. A l'inverse, toute demande faite ultérieurement augmentera, de plus en plus gravement, la charge totale du nombre de jours à faire, laquelle dépassera, si le SC est demandé durant ou après le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, le nombre de jours à faire pour quelqu'un qui demande le service civil avant l'ER.

18. Tactiquement, pour le soutien aux objecteurs, l'intérêt à demander le service civil entre le recrutement et la fin de l'école de recrue reste similaire. Par contre, plus le militaire avance dans sa carrière militaire, plus la charge de jours augmente, plus il devient difficile de demander le service civil (et plus sera grande le besoin de demander la voie bleue).

19. Cela n'aura pas pour effet de diminuer fortement le nombre de demandes de service civil, puisque les demandes seront soit pour une part reportées plus tôt dans la carrière militaire, soit transformées en demande médicales et que rares seront les personnes qui en fin de carrière militaire décideront de finir leur service plutôt que de sortir de l'armée, d'une façon ou d'une autre.



### La durée du service civil en droit

20. En droit Suisse, le facteur légal de 1.5 est le même depuis l'origine. Avec toutefois la réserve présentée ci-dessus au point 6 concernant la durée effective (et non légale) située aux environ de 1.8.

21. Le droit international, le Comité des droits de l'homme et la Cour européenne des droits de l'homme, tiennent de jurisprudence constante le fait que le service civil doit être de nature civile et non-punitif.

22. Une durée supérieure au double du service militaire à remplacer est considérée comme excessive<sup>9</sup>. Ainsi, l'attribution à toute personne ayant moins de 75 jours de service militaire à faire de 150 jours de service civil serait contraire au droit international.

23. Mais c'est dans son ensemble, ou à tout le moins dès le 2<sup>ème</sup> cours de répétition, que la mesure est discriminatoire. D'abord parce que plus, ils servent dans l'armée, plus elle pénalise les militaires qui demandent le service civil. Ensuite, parce qu'elle traite différemment des personnes dans des situations similaires, à savoir des personnes présentant une demande de service civil, demande qui est de même nature quel que soit le moment où elle est faite et pour laquelle le nombre de jours de service militaire accomplis n'a aucune incidence, sauf peut-être à renforcer le besoin de présenter une objection de conscience, ce qui reste sans influence aucune sur le droit fondamental à demander le service civil.

24. La loi sur le service civil pose comme principe que la charge du service civil devrait équivalente à celle de l'armée<sup>10</sup>. Toutefois la mesure proposée, en tous les cas dès le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, puisque la charge en jours à faire est alourdie au-delà de ce que le militaire aurait à faire en demandant le service civil avant l'école de recrue. Ainsi, non-seulement, la personne concernée effectue la plus large part de son service militaire (les 3/4), mais elle y voit ajouté une part importante de service civil (150/367) soit presque la moitié du service civil en plus, pour un total qui dépasse ce qu'elle aurait eu à faire tant à l'armée qu'avec un service civil entier. A ce titre, la mesure est non seulement dissuasive, mais discriminatoire dans la mesure où elle pénalise ceux qui ont déjà fait beaucoup d'armée (ne devraient-ils pas au contraire être pour cela remerciés ?).

25. Par ailleurs, le droit à l'objection de conscience étant un droit fondamental, toute forme de dissuasion, en entravant son libre exercice, est déjà une violation du droit.

26. Et il est finalement, à mon sens, difficile la nature punitive de la mesure, puisque ce sont ceux-là même, qui ont le plus servi dans l'armée, qui se voient le plus pénalisés.

### Résumé :

- Violation du droit international sur la durée du service civil.
- Discrimination entre les civilistes « d'origine » et ceux qui demandent le service civil au cours de leur carrière militaire (l'objection reste la même, pour les mêmes motifs et contre le même service militaire, seule change la situation militaire).
- Mesure probablement punitive.
- Mesure simple en apparence, mais particulièrement compliquée à comprendre et à calculer, entre autres pour les personnes concernées.

---

<sup>9</sup> ONU, Comité des droits de l'homme: Foin v France (Communication No. 666/1995), CCPR/C/D/666/1995, 9 November 1999, para. 10.3, entre autres jurisprudence. Voir aussi: Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 8.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

Il existe aussi une traduction allemande de document, p. 21 : [http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-](http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV_2014-3_KDVundAsyl.pdf)

[eV\\_2014-3\\_KDVundAsyl.pdf](http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV_2014-3_KDVundAsyl.pdf)

Voir aussi le rapport quadriennal du Haut Commissaire aux Droits de l'Homme sur l'objection de conscience, 1.5.2017, § 22.

<http://www.undocs.org/fr/A/HRC/35/4>

<sup>10</sup> LSC 5



### **Mesure 2 :**

Délai d'attente de 12 mois entre le dépôt de la demande et l'admission, avec obligation de faire les périodes de service militaires prévues.

27. La mesure est contraire à la constitution. Celle-ci prévoit, textuellement : « un service de remplacement »<sup>11</sup>. Or un *remplacement du service* n'est en aucun cas un service de remplacement *différé* avec maintien du service à remplacer, en attente du service de remplacement.

Des délais pour la mise en œuvre, par la personne concernée comme par l'administration, du service de remplacement sont acceptable, voir le maintien des obligations en attente de la décision d'admission<sup>12</sup>, mais en aucun le droit à l'objection de conscience ne saurait-il être suspendu.

28. De plus, la proposition est largement impraticable et passablement conflictogène. Les civilistes concernés ne se gêneront pas pour demander des reports, se faire porter malade ou pour ne pas se présenter et leur motifs de conscience finissant toujours par être reconnus, ils ne seront, s'ils sont que partiellement et inégalement sanctionnés pour ces déflections. Sans parler de la charge administrative supplémentaire pour les administrations cantonales.

### Résumé

- Mesure contraire à la constitution.
- Discrimination entre les civilistes qui font une demande avant l'école de recrue, lesquels ne sont pas condamnés à des périodes militaires et ceux qui la font après l'ER, qui doivent en faire ou, vaille que vaille, les faire annuler.
- Mesure de nature à créer de nombreuses difficultés administratives tant pour les conscrits et les civilistes que pour l'administration.

### **Mesure 3 :**

29. Suppression du facteur 1.1 et passage au facteur 1.5 pour les officiers et les sous-officiers supérieurs.

30. Les personnes concernées sont relativement peu nombreuses. Elles ont néanmoins les mêmes droits. Mais surtout toutes ces personnes, qui ont été obligées de revêtir ces fonctions d'encadrement, ont déjà servi, au moment de la demande d'admission au service civil plus de jours d'armée que ne servent les civilistes qui n'en a fait aucun. Le moins gradé de ceux-ci servira un total 440 jours de services au lieu de 245<sup>13</sup>. Pour obtenir son grade, il en aura déjà fait presque autant qu'un soldat normal. Et le solde de jour à faire, qu'il soit multiplié par 1.1. ou 1.5 dépassera de toutes façons le nombre maximal de jours effectués par un civiliste ne faisant pas d'armée du tout.

31. Sachant que l'obligation de grader est imposée, même avec un facteur 1.1, la personne qui demande le service civil alors qu'elle a déjà revêtu son grade est discriminée par rapport à un civiliste qui demande le service avant de recevoir le moindre grade. Augmenté cette durée plus encore, alors que la personne gradée sert déjà plus que toute autre personne sans garde, apparaît là aussi comme punitive.

### Résumé

- En conjonction avec la discrimination décrite ci-après, violation du droit international sur la durée du service de remplacement.
- Discrimination entre les officiers et sous-officiers supérieurs d'une part et les soldats d'autre part en raison d'abord de l'obligation de grader d'abord, pour laquelle les premiers ne peuvent rien, puis du fait qu'en raison de cette obligation, ils ont déjà effectué, contre leur gré, une durée de service aussi importante que les soldats, durée sur laquelle vient ensuite s'ajouter une très longue durée de service civil supplémentaire. Dit autrement, le soldat qui demande le service civil évite non-seulement de grader, mais tous les jours de service civil supplémentaires en cas de conflit de conscience alors que l'officier, qui est en droit de développer un conflit de conscience à tout moment, en est d'autant plus pénalisé.

<sup>11</sup> [Art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement.](#)

<sup>12</sup> [LSC 17 et 17a.](#)

<sup>13</sup> [OMI 47](#)



- Mesure qui ne touche qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 4 :**

32. Interdiction faite aux médecins de faire du service civil en tant que médecins.

33. Là encore, la mesure ne concerne que très peu de personnes. Les médecins ont en moyenne au moins 26-27 ans à la fin de leur formation et ce moment-là, la plupart des périodes longues sont faites. Mais quand bien même, faut-il priver les hôpitaux de ces médecins-là ?

34. Par ailleurs, la mesure est à nouveau discriminatoire ; pourquoi les médecins et pas les géologues, les travailleurs sociaux ou les enseignants ? Là ce ne serait plus seulement certains civilistes, mais tout le service d'intérêt public qui tendrait à être victime d'une vision trop étroite des possibilités de service civil.

35. Enfin, il existe certes une disposition qui interdit certaines affectations en fonction de la personne du civiliste, en particulier si elle favorise sa formation<sup>14</sup>. Et c'est probablement, dans ce contexte que la proposition s'inspirerait. Mais à nouveau, certains militaires exercent des fonctions militaires en lien avec leur profession – et pas seulement des médecins ! – en quoi des civilistes n'auraient-ils pas le droit d'en faire autant ?

#### Résumé

- Mesure hautement discriminatoire (par professions).
- Mesure ne touchant (en l'état, que les médecins) qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 5 :**

36. Pas d'admission au service civil pour les personnes pour lesquelles il ne reste plus de jours de service, mais pour lesquelles il reste des tirs obligatoires.

37. La question est controversée depuis longtemps. Seul sont concernés les militaires en service long, qui restent incorporés ensuite pendant 4 ans<sup>15</sup>. Il conviendrait de savoir combien il y a eu de cas.

38. Pour rappel, les militaires ont la possibilité de déposer l'arme, sans motifs, s'ils ne souhaitent pas la conserver, mais cela ne les dispense pas des tirs<sup>16</sup>.

39. D'abord, il convient de rappeler que l'exécution de tirs obligatoires, dans le cadre d'un service militaire, même terminé, peuvent donner lieu à conflit de conscience, qui plus est si celui-ci peut avoir à se manifester durant une période de 4 ans.

40. En ce sens, la mesure ignore et passe complètement à côté, nie un problème qu'il y aurait pourtant lieu de résoudre.

41. A mon sens, une procédure plus simple qu'une admission au service civil devrait permettre, par exemple mais en tous les cas pour motifs de conscience légitimes, de remettre l'arme définitivement et d'être ainsi dispensé des tirs obligatoires.

#### Résumé

- Violation du droit à l'objection de conscience
- Mesure administrative inadéquate
- Mesure ne touchant qu'un nombre limité de personne

#### **Mesure 6 :**

42. Les civilistes sont tenus de faire une période de service civil par année dès l'admission.

---

<sup>14</sup> LSC 4a

<sup>15</sup> LAAM 54a

<sup>16</sup> Ordonnance concernant l'équipement personnel des militaires (OEPM), [art. 6a](#).



43. La mesure existe déjà, [art. 39a](#) de l'ordonnance sur le service civil : « La personne astreinte au service civil *effectue chaque année* des affectations de service civil d'une durée de 26 jours au moins à partir de la deuxième année civile au plus tard ».

44. Les reports étant relativement fréquents, on peut se demander si c'est ceux-ci qu'il s'agit de limiter, mais le texte de la mesure est pour le surplus inutile.

#### Résumé

- Proposition de mesure incompétente, mesure déjà prévue par la loi.

#### Mesure 7 :

45. Obligation pour les personnes en service long, d'effectuer la période longue de service civile dans l'année qui suit (et non pas dans les trois ans qui suivent) l'admission au service civil.

46. Imposer un service civil long est une vieille mesure de 2011, que le Tribunal administratif fédéral avait annulée en raison de [l'article 20 de la LSC](#) qui stipule que le SC peut être fait en une ou plusieurs périodes<sup>17</sup>.

47. Depuis toujours, nous recommandons aux militaires en service long de passer d'abord au service normal, avant de demander le service civil, entre autres afin d'éviter le surplus de jours, actuellement 55 jours de service militaire ou 82 jours de service civil en plus<sup>18</sup>. Notre recommandation ne changera pas.

48. De plus, la mesure ne prévoit cette obligation que si l'école de recrue n'est pas terminée, or l'école de recrue est considérée comme terminée si 80% de ses jours ont été accomplis<sup>19</sup>; soit pour une école usuelle de 124 jours, dès le 100<sup>ème</sup> jour d'école de recrue. Mais dans la pratique, la demande de service civil peut être faite quelques jours plutôt, puisque celle-ci prend quelques jours, voir semaines à condition pour cela que l'admission à la fin du processus de demande intervienne après le 100<sup>ème</sup> jour de service.

49. Que ce soit en passant au service normal et en attendant les 80% de son service militaire (dans des conditions « suffisantes ») – si encore au service long avec les jours en sus – il est très facile d'éviter cette mesure et peu nombreux sont ceux qui se retrouveront à devoir faire une période longue ou leur période longue de service civile dans l'année qui suit. Au demeurant si un plan de carrière avait prévu une mise en suspend de celui-ci pour le service militaire long, avec une libération en fin d'école de recrue et une affectation longue trouvée rapidement, celle-ci peut être faite dans le temps préalablement dévolu au service militaire long.

50. La mesure est aussi discriminatoire puisqu'elle traite plus durement les militaires en service long que les militaires en service normal d'une part, et alors plus durement que les civilistes n'ayant pas débuté l'école de recrue d'autre part.

#### Résumé

- Mesure facile à contourner, voire à accommoder.
- Mesure ne concernant alors plus qu'un nombre limité de personne.
- Mesure discriminatoire.

#### Considérations finales

51. Les mesures 1 et 3 violent le droit international sur la durée du service civil.

52. La mesure 2 viole la constitution sur la notion de service de remplacement et la mesure 5 viole la constitution sur le droit à un service de remplacement.

53. Les mesures 1, 3, 4 et 7 sont clairement discriminatoires et violent à un titre ou un autre l'égalité de traitement.

54. Les mesures 3, 4, 5 et 7 ne touchent que – mais gravement – un nombre limité de personnes. À ce titre, le but premier de ces mesures n'est probablement pas ou que partiellement de toucher ces personnes-là, voire de les maintenir dans l'armée mais de donner l'impression qu'il est difficile ou déconseillé, qu'il est

<sup>17</sup> <http://www.infodroit.ch/spip.php?article91>

<sup>18</sup> [OMI 111](#)

<sup>19</sup> [OMI 57](#) ou [37 ordonnance sur le service civil \(OSI\)](#) (même teneur).



même dissuadé de sortir de l'armée. Un tel but viole le droit au service civil et un service civil non-discriminatoire et non-punitif.

55. Il convient d'ajouter à ce propos que les instances et jurisprudences internationales ont reconnus sans hésiter le droit à l'objection de conscience pour les appelés, comme pour les volontaires et les professionnels. Autrement dit et pour ce qui nous occupe ici, le droit à l'objection de conscience et au service de remplacement est et reste le même, ne saurait donc subir d'aggravation dans l'exercice du droit, soit l'accès au service civil, comme dans sa réalisation, soit l'accomplissement du service civil, que la personne concernée aie commencé ou non à servir dans l'armée<sup>20</sup>.

56. Les mesures 2, 3 et 4 supposent des difficultés de mise en œuvre particulièrement importantes. La mesure 5 pourrait faire l'objet d'une simplification administrative.

57. La mesure 6 est inutile, une aberration puisqu'elle préconise quelque chose qui existe déjà.

58. L'analyse de l'ensemble de ces mesures donne l'impression forte que l'armée est très embarrassée, mal à l'aise en raison des demandes service civil issues des ses rangs.

59. Ainsi quand bien même l'ensemble de ces mesures, si elles venaient à être mise en œuvre, aurait pourrait effet d'inciter les conscrits à demander le service civil bien plus tôt, ce qui n'est pas utile à l'armée non plus, il conviendrait de combattre ces mesures pour les effets et les complications graves qu'elles imposent, en toutes sortes de circonstances, aux militaires.

60. Il convient aussi de constater que les mesures proposées font preuve d'une méconnaissance, tant du droit international que du droit constitutionnel suisse qui confine à l'impréparation, voire au mépris, tant des civilistes que des militaires.

61. Enfin, dans le cadre des réactions à ces propositions de mesures, il conviendra de rappeler certaines ou l'ensemble de nos revendications de base, à savoir une présence civile lors du recrutement afin de faciliter son impartialité, un durée raisonnable et une compensation financière garantissant au moins l'accès au minimum vital<sup>21</sup>.

Christophe Barbey,  
Juriste, permanent depuis 2006

---

<sup>20</sup> Voir les résolutions du Conseil des Droits de l'Homme, par exemple la résolution du 8 octobre 2013, art. 12 [A/RES/HRC/24/17](#) ou Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 4.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

<sup>21</sup> Avec une APG de 62.- par jour durant l'ER ou son équivalent au service civil, ou en cas d'absence de salaire préalable au service ou de droit à son équivalent, avec 1'800.- par mois ~, le minimum vital n'est pas atteint. Le dernier rapport du haut commissaire aux droits de l'homme mentionne une trop faible rémunération comme étant de nature punitive. [A/HRC/35/4](#), § 21.

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Zürich, im August 2018

## Stellungnahme des Schweizerischen Zivildienstverbandes CIVIVA zur Änderung des Zivildienstgesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### Einleitung und grundsätzliche Beurteilung

Der Schweizerische Zivildienstverband CIVIVA vertritt die Interessen der Zivildienstleistenden und Einsatzbetriebe. CIVIVA ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### Kein Handlungsbedarf

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.



## Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoß gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

## Unklare Auswirkungen

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. CIVIVA weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Der Schweizerische Zivildienstverband CIVIVA lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

## Eigene Vorschläge

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet CIVIVA, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. CIVIVA schlägt dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.



- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

## **Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist CIVIVA auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für CIVIVA ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

## **Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Dienstage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

## **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**



CIVIVA geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Dienstage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Dienstage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

#### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

#### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht von CIVIVA besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

CIVIVA ist der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

#### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. CIVIVA sieht absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildienstage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Dienstage erfüllen (2017: 96.7% aller Dienstage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Dienstage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Dienstage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.



## **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

### **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

CIVIVA bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Im Namen des Verbandsvorstandes

Lisa Mazzone  
Co-Präsidentin

Samuel Steiner  
Co-Präsident



Zivildienst Zentralstelle	
24. Aug. 2018	
Eingesannt	Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Gerlafingen, 20. August 2018

## Stellungnahme der Pro Infirmis Tagesstätte Gerlafingen zur Änderung des Zivildienstgesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### Einleitung und grundsätzliche Beurteilung

Die Tagesstätte ist als Einsatzbetrieb überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### Kein Handlungsbedarf

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

### Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen



Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoss gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

## Unklare Auswirkungen

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. CIVIVA weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Wir lehnen aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

## Eigene Vorschläge

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwarten wir, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Wir schlagen dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.



- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

## **Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweisen wir auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für uns ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

## **Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Dienstage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

## **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**



Wir gehen davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Dienstage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Dienstage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

#### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

#### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus unserer Sicht besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

Wir sind der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

#### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Wir sehen absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildienstage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Dienstage erfüllen (2017: 96.7% aller Dienstage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Dienstage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Dienstage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.



## **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

### **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

Wir bedauern, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Daniel Reinhart  
Leiter Tagesstätte





Permanence romande pour civilistes et militaires  
Permanence@infodroit.ch ou  
Le mardi de 12 à 14 heures au 026 925 80 66.  
Pour les urgences, 079 524 35 74, veuillez laisser un message.

Flendruz, 16 juin 2018

### Avis de droit

*A qui de droit*

## **7 mesures du Conseil fédéral destinées à la consultation: Modifications de la loi sur le service civil. 2018**

### En préalable

1. Le droit à l'objection de conscience est un droit fondamental internationalement reconnu.
2. Il est reconnu par les jurisprudences du Comité des droits de l'homme et de la Cour Européenne des droits de l'homme, il est présent dans la constitution suisse<sup>1</sup>.
3. Ce droit s'appuie essentiellement tant sur le refus impératif de tuer que sur le refus de résoudre les conflits par la violence.
4. Le conflit entre l'obligation constitutionnelle de servir dans l'armée d'une part et la conscience d'autre part (appelé conflit de conscience) peut se manifester sous diverses formes et à divers moments, de façons plus ou moins virulentes ou soudaines, y compris parfois par des somatisations ou des actes de rébellions. La problématique a été largement résolue par deux mesures:
5. 1) Il a été renoncé au « contrôle de conscience » en adoptant le système dit de la preuve par l'acte, soit l'acceptation, par la personne qui demande le service civil d'une durée plus longue pour ce service que celle requise pour le service militaire.

Cette mesure a pour avantage (en plus d'une forte diminution de la charge administrative) d'éviter d'une part l'aggravation et la stigmatisation du conflit de conscience par son besoin de le confronter à la procédure et de libérer d'autre part la personne concernée d'une appréhension et d'une expression intellectuelle et verbalisée de ce conflit, inévitablement discriminatoire selon le niveau d'éducation, et sujette d'autre part à des biais divers, puisque le résultat de l'examen dépendait largement du degré de préparation à celui-ci plutôt que de la nature même, des sources et des raisons du conflit de conscience.

6. Il convient toutefois de noter que ce système de quotité a dès le début présenté un défaut important, au demeurant partiellement caché des civilistes eux-mêmes, dans la mesure où la durée de service civil requise par la loi (1 fois et demie – 1,5 – celle du service militaire encore à faire au moment de la demande) est dans la pratique comparativement différente de la durée du service militaire réellement effectuée par les militaires libérés lorsqu'ils atteignent la limite d'âge. En effet, ceux-ci se voient alors remettre le solde des jours de service non-effectués, alors que les civilistes se voient pénalement condamnés s'ils n'effectuent pas l'entier de leurs jours avant la même limite d'âge (limite par ailleurs par elle-même plus exigeante, puisqu'ils ont plus de jours à effectuer dans le même laps de temps). L'armée a de plus tardé à donner les chiffres permettant de mesurer cette différence des durées respectives des

---

<sup>1</sup> Constitution fédérale (Cst.) Article 10 sur la droit à la vie, art. 15 sur la liberté de conscience, art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement.

Permanence romande pour les civilistes et les militaires.

C/°Infodroit.ch. Route des Siernes Picaz 46. 1659 Flendruz.

Membre de la Chambre genevoise de l'économie sociale et solidaire, [www.apres.ge](http://www.apres.ge)

Banque Alternative Suisse, ccp 46-110-7, BIC (SWIFT) ABSOCH22, IBAN CH35 0839 0033 2553 1000 2



services. Pourtant des estimations raisonnables permettaient d'évaluer le nombre de jours de service civil effectués pour les civilistes demandant le service civil pour l'entier de leur périodes de service militaires comme étant environ du double du nombre de jour effectué en moyenne par les soldats terminant leur obligation à la limite d'âge<sup>2</sup>. Actuellement, ce taux semble s'être amélioré un peu, mais la durée comparée du service civil resterait de 1.8 plus élevée que la durée des services militaires, et non pas les 1.5 que stipule la loi. Il conviendra de vérifier les effets de la nouvelle loi sur l'armée sur cette problématique, la limite d'âge n'étant plus un âge fixe (p. ex. 34 ans), mais devenant un nombre de dix années pour faire les services requis après l'école de recrue<sup>3</sup>.

7. De plus la discrimination pénale demeure, puisque contrairement au service civil, aucune mesure permettant d'assurer le rythme et le progrès de la réalisation des périodes de service militaire, mesure accompagnées dans la loi sur le service civil de mesures pénales en cas de retards, n'ont été introduites dans la nouvelle législation sur la l'armée. Ainsi, le civiliste doit accomplir certaines périodes (la première suivant l'admission et la période longue) selon des délais fixes et il ne doit pas lui rester plus d'une certaine proportion de jours à faire avant d'atteindre la limite d'âge. Passé ces délais ou si la proportion de jours restant à faire est trop forte, le civiliste est convoqué d'office pour le surplus ou la période concernée, puis il encoure une peine s'il n'effectue pas la période requise. Il n'existe, pas de système similaire ou aussi contraignant dans l'armée. Pour avoir une vision complète de cette discrimination, pénalement grave, il conviendrait encore de comparer le nombre des dispenses pour justes motifs, lesquelles au demeurant ne font que repousser le problème, dispenses accordées tant pour les civilistes que pour les militaires. Nonobstant, vu la nature différente des système de suivi et de répression des deux sortes d'obligations, puisqu'il y a des condamnations pour retard dus au système de suivi contre les civilistes et qu'il n'y en a pas pour les militaires, la discrimination pénale demeure, tout comme demeurera a priori la discrimination sur les durées.

8. 2) Il importe de souligner que le service civil peut et doit pouvoir être demandé en tout temps, c'est d'ailleurs dans la loi<sup>4</sup>.

9. Cela concerne bien sûr la possibilité de demander le service civil depuis une période de service militaire, mais porte surtout sur la nature du conflit de conscience et relève en partie aussi du droit humanitaire.

10. Ainsi, le conflit de conscience peut se développer par une réflexion autonome, mais il peut aussi surgir, progressivement ou soudainement, face à une circonstance rencontrée dans le cadre du service militaire, par exemple lors de la première prise d'arme (il y a hélas des condamnations pour refus d'ordre de personnes qui font à ce moment-là un blocage psychologique) ou en étant mis en confrontation à une arme particulièrement destructive.

11. Il convient aussi, et c'est d'une grande importance, de citer le cas de l'objection de conscience à un ordre criminel, y compris ou surtout si celui-ci viole le droit humanitaire ; objection qui doit en effet pouvoir être exprimée en tout temps et en particulier de façon immédiate au moment de la réception de l'ordre contesté, cette objection devant alors, selon les circonstances, rejeter non-seulement l'ordre contesté lui-même mais aussi l'ensemble du système qui produit ou maintient cet ordre injuste, à tout le moins si l'ordre est maintenu, car alors seul le refus personnel et complet du système permettant, à défaut de pouvoir l'empêcher, la réalisation de ce ordre illégal et des ses conséquences, de préserver la conscience, et donc l'innocence de la personne confrontée à une telle situation. L'objection de conscience à une circonstance particulière devenant alors une objection au sens usuel du terme, une objection d'ensemble au service militaire<sup>5</sup>.

<sup>2</sup> Détail du calcul : <http://www.infodroit.ch/spip.php?article44>

<sup>3</sup> Ordonnance sur les obligations militaires (OMI), 1.1.2018, art. 19.

<sup>4</sup> Loi sur le service civil, art. 16.

<sup>5</sup> Voir par exemple, Jacques Verhaegen : «Le refus d'obéissance aux ordres manifestement criminels », revue du CICR, vol. 84, n° 845, mars 2002.



### Analyse des mesures proposées

**Mesure 1:** 150 jours de service civil pour toutes personnes n'ayant pas terminés ses « services d'instruction » et ayant moins de 100 jours de service militaire restant.

#### Appréciation générale

12. Par « services d'instruction », il est entendu toutes les périodes de services militaires, à savoir écoles de recrues, écoles de cadres et cours de répétition<sup>6</sup>.

13. La proposition équivaudrait à « condamner », imposer à tout militaire ayant entre 1 et 100 jours de service militaire encore à faire à effectuer 150 jours de service civil.

14. La mesure incite à terminer ses obligations militaires au lieu de demander le service civil.

15. Partant du constat, hautement probable<sup>7</sup>, selon lequel les pertes en effectifs augmentent en fonction de l'âge par lassitude, perte d'intérêt ou en raison de l'augmentation des obligations professionnelles et familiales. Il conviendrait toutefois de disposer des chiffres du nombre des personnes qui quittent l'arme dans ces tranches d'âge soit pour le service civil, soit pour raisons médicales. En effet, si le problème est une question d'emploi du temps, la demande de service civil est d'autant plus contre-productive.

16. A cet aune, la mesure aura pour effet principal d'augmenter le nombre de demandes médicales et assez peu de diminuer le nombre de service civil. Quand à sa capacité à renforcer la motivation pour l'armée, elle est ici hors contexte – ce n'est pas notre problème ou celui du service civil – et elle n'est que très indirecte, la diminution de l'attrait du service civil n'augmentant pas pour autant l'attrait pour l'armée.

#### Calculs concernant la mesure proposée

17. Dans la pratique, divers types de calculs sont possibles pour déterminer les effets et les proportions de la proposition. Mes connaissances mathématiques sont limitées, donc d'autres calculs sont peut-être possibles ou éventuellement meilleurs, mais ceux-ci révèlent plusieurs des effets pervers de la proposition:

a. Le facteur multipliant le nombre de jours à faire est, avec la proposition exponentiel : La personne qui aurait 1 seul jour d'armée encore à faire se retrouverait à en faire 150 jours, soit 150 fois plus que le nombre de jour d'armée requis.

Dans le détail, un militaire à qui il resterait :

1 cours de répétition (CR), soit 19 jours (150/19), verrait le multiplicateur passer de 1.5 à 7.89

2 cours de répétition, le facteur (150/38) est encore du quadruple (3.94)

3 cours de répétition, le facteur descend à 2.63

4 cours de répétition, le facteur est de 2 (1.97)

5 cours de répétition le facteur est encore de 1.57, soit plus haut que la loi actuelle ou que le facteur attribué aux civilistes ayant encore plus de jours.

Ce n'est donc qu'avec 6 cours de répétition encore à faire, soit avec le nombre total des cours de répétition à faire par les soldats, et donc durant le premier cours de répétition que l'ajout systématique de 150 jours, rejoint le facteur général de 1.5.

*Dit autrement, à quelques jours prêts, quiconque demanderait le service civil après l'école de recrue devrait faire 150 jours de service civil au moins, quelque soit le nombre de jour d'armée restant à faire. Pourquoi ne pas le dire ?*

b. Le calcul peut aussi être fait en tenant compte des jours de service militaires et civils faits au total.

Exemple pour un soldat :

Ecole de recrue de 124 jours, solde 121 jours de service en CR. Total 245<sup>(8)</sup>. Service civil complet, 245 X 1.5 = 367 jours de service civil.

Jours de service mil faits : 244 (au lieu de 245)+150=394 (proposition). Système actuel : 244 + 2 (1 x 1.5) = 246 (actuel). Différence : 148 jours à faire en plus qu'avec le système actuel et ... 27 de plus qu'en ayant demandé le service civil dès le recrutement.

<sup>6</sup> Loi sur l'armée et l'administration militaire (LAAM), art. 41.

<sup>7</sup> La permanence que nous représentons confirme, à sa modeste mesure, cette tendance. Les hommes de plus de 25 ans sont relativement nombreux à vouloir mettre un terme à leurs obligations militaires et leur nombre augmente avec l'âge

<sup>8</sup> OMI, art. 47.



Jours de service faits :  $238 (6 \text{ CR faits}) + 150 = 388$  jours à faire ou (système actuel)  $238 + 9 (6 \times 1.5) = 247$ . Différence : 141 jours de service civil en plus qu'avec le système actuel, mais aussi 21 jours de service (mil et civ) en plus de ce que ce même soldat aurait eu à faire s'il avait demandé le service civil dès la fin du recrutement.

En cela, le service est *punitif* parce qu'il impose des jours en plus ... pour avoir accepté de faire presque tout son service militaire !!!

Jours de service faits :  $219 (5 \text{ CR}) + 150 = 369$  ou (actuel :)  $219 + 39 (26 \times 1.5) = 258$ . Différence : 111 jours de plus que le système actuel, mais encore 2 jours de plus qu'avec un service civil demandé dès l'origine.

Jours de service faits  $200 (4 \text{ CR}) + 150 = 350$  ou actuel  $200 + 68 (45 \times 1.5) = 268$ . Différence : 82 en plus que le système actuel.

À partir d'ici le nombre total de jours faits devient inférieur à un service civil demandé d'emblée et donc les jours de service militaire faits diminuent le nombre total de jours à faire.

Jours de service faits  $181 (3 \text{ CR}) + 150 = 331$  ou  $181 + 96 (64 \times 1.5) = 277$ . Différence, 54 jours de service civil en plus, mais 90 de moins qu'avec un service civil complet.

Jours de service faits  $162 (2 \text{ CR}) + 150 = 312$  ou

Jours de service faits  $143 (1 \text{ CR}) + 150 = 293$  ou  $143 + 156 (101 \times 1.5) = 299$  Différence  $\pm 0$ .

#### Effets pour la pratique

c. Les effets du nouveau système sur les intérêts des candidats civilistes, en termes de jours à faire seraient les suivants :

- 1) Le facteur de 1.5 s'applique durant l'école de recrue, voir durant le 1<sup>er</sup> CR. Inchangé.
- 2) Tout jour d'armée fait durant cette période diminue effectivement le nombre total (armée et sc) de jours à faire, par rapport à un service civil complet. Inchangé.
- 3) Dès le 2<sup>ème</sup> CR et jusqu'au 4<sup>ème</sup> CR, le nouveau système augmente progressivement, par rapport à l'ancien, effet étrange, le nombre de jours total à faire, même si l'on fait ces CR, soit d'avoir à faire encore plus de service en tout parce que l'on fait de l'armée (absurde !), puis d'avoir à faire du service civil en plus, même si le nombre de jours total de service civil et militaire reste inférieur à ce que devrait faire un civiliste de la première heure mis au facteur 1.5).

Exemple : Faire un 2<sup>ème</sup> CR de 19 jours et demander le sc, ajoute en plus de ces 19 jours 17 jours de service en tout (civil et militaire) par rapport au système actuel, dans lequel le civiliste en faisant ce CR épargnerait 9 jours de service civil ( $19 - x \times 1.5$ ). (Nouveau :  $162 \text{ SM} + 150 \text{ SC} = 312$  Ancien  $162 + 125$  (solde de  $83 \times 1.5) = 287$ , nouveau = J plus 25. S'il ne fait pas ce CR (ancien  $\text{SM } 143 + \text{SC } 152 (101 \times 1.5) = 295$  soit quelques jours en plus de SC pour ne pas avoir fait ce cours (295 au lieu 287), mais toujours au total 17 jours de moins qu'en faisant ce CR dans le système proposé, lequel augmente donc le nombre de jours à faire sans donner de diminution pour ceux faits.

Idem pour les 3<sup>ème</sup> et 4<sup>ème</sup> CR. Je renonce aux calculs ici, mais le nombre de jours d'armée faits sans diminuer le nombre de jours de service totaux augmentera d'autant, par rapport à quelqu'un qui demande le SC après l'ER ou le 1<sup>er</sup> CR.

- 4) Dès le 5<sup>ème</sup> CR, le nombre total (SC et SM) de jours à faire devient plus grand que quelqu'un qui demande le service civil dès le 1<sup>er</sup> jour.

d. En résumé, il ne sera intéressant, en terme de jours à faire (ou rentable) de demander le service qu'entre le recrutement et la fin du 1<sup>er</sup> cours de répétition. À l'inverse, toute demande faite ultérieurement augmentera, de plus en plus gravement, la charge totale du nombre de jours à faire, laquelle dépassera, si le SC est demandé durant ou après le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, le nombre de jours à faire pour quelqu'un qui demande le service civil avant l'ER.

18. Tactiquement, pour le soutien aux objecteurs, l'intérêt à demander le service civil entre le recrutement et la fin de l'école de recrue reste similaire. Par contre, plus le militaire avance dans sa carrière militaire, plus la charge de jours augmente, plus il devient difficile de demander le service civil (et plus sera grande le besoin de demander la voie bleue).

19. Cela n'aura pas pour effet de diminuer fortement le nombre de demandes de service civil, puisque les demandes seront soit pour une part reportées plus tôt dans la carrière militaire, soit transformées en demande médicales et que rares seront les personnes qui en fin de carrière militaire décideront de finir leur service plutôt que de sortir de l'armée, d'une façon ou d'une autre.

Permanence romande pour les civilistes et les militaires.

C/°Infodroit.ch. Route des Siernes Picaz 46. 1659 Flendruz.

Membre de la Chambre genevoise de l'économie sociale et solidaire, [www.apres.ge](http://www.apres.ge)

Banque Alternative Suisse, ccp 46-110-7, BIC (SWIFT) ABSOCH22, IBAN CH35 0839 0033 2553 1000 2



### La durée du service civil en droit

20. En droit Suisse, le facteur légal de 1.5 est le même depuis l'origine. Avec toutefois la réserve présentée ci-dessus au point 6 concernant la durée effective (et non légale) située aux environs de 1.8.

21. Le droit international, le Comité des droits de l'homme et la Cour européenne des droits de l'homme, tiennent de jurisprudence constante le fait que le service civil doit être de nature civile et non-punitif.

22. Une durée supérieure au double du service militaire à remplacer est considérée comme excessive<sup>9</sup>. Ainsi, l'attribution à toute personne ayant moins de 75 jours de service militaire à faire de 150 jours de service civil serait contraire au droit international.

23. Mais c'est dans son ensemble, ou à tout le moins dès le 2<sup>ème</sup> cours de répétition, que la mesure est discriminatoire. D'abord parce que plus, ils servent dans l'armée, plus elle pénalise les militaires qui demandent le service civil. Ensuite, parce qu'elle traite différemment des personnes dans des situations similaires, à savoir des personnes présentant une demande de service civil, demande qui est de même nature quel que soit le moment où elle est faite et pour laquelle le nombre de jours de service militaire accomplis n'a aucune incidence, sauf peut-être à renforcer le besoin de présenter une objection de conscience, ce qui reste sans influence aucune sur le droit fondamental à demander le service civil.

24. La loi sur le service civil pose comme principe que la charge du service civil devrait équivalente à celle de l'armée<sup>10</sup>. Toutefois la mesure proposée, en tous les cas dès le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, puisque la charge en jours à faire est alourdie au-delà de ce que le militaire aurait à faire en demandant le service civil avant l'école de recrue. Ainsi, non-seulement, la personne concernée effectue la plus large part de son service militaire (les 3/4), mais elle y voit ajoutée une part importante de service civil (150/367) soit presque la moitié du service civil en plus, pour un total qui dépasse ce qu'elle aurait eu à faire tant à l'armée qu'avec un service civil entier. A ce titre, la mesure est non seulement dissuasive, mais discriminatoire dans la mesure où elle pénalise ceux qui ont déjà fait beaucoup d'armée (ne devraient-ils pas au contraire être pour cela remerciés ?).

25. Par ailleurs, le droit à l'objection de conscience étant un droit fondamental, toute forme de dissuasion, en entravant son libre exercice, est déjà une violation du droit.

26. Et il est finalement, à mon sens, difficile la nature punitive de la mesure, puisque ce sont ceux-là même, qui ont le plus servi dans l'armée, qui se voient le plus pénalisés.

### Résumé :

- Violation du droit international sur la durée du service civil.
- Discrimination entre les civilistes « d'origine » et ceux qui demandent le service civil au cours de leur carrière militaire (l'objection reste la même, pour les mêmes motifs et contre le même service militaire, seule change la situation militaire).
- Mesure probablement punitive.
- Mesure simple en apparence, mais particulièrement compliquée à comprendre et à calculer, entre autres pour les personnes concernées.

---

<sup>9</sup> ONU, Comité des droits de l'homme: Foin v France (Communication No. 666/1995), CCPR/C/D/666/1995, 9 November 1999, para. 10.3, entre autres jurisprudence. Voir aussi: Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quno 2015, p. 8.

<http://www.quno.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

Il existe aussi une traduction allemande de document, p. 21 : [http://www.quno.org/sites/default/files/resources/Connection-eV\\_2014-3\\_KDVundAsyl.pdf](http://www.quno.org/sites/default/files/resources/Connection-eV_2014-3_KDVundAsyl.pdf)

Voir aussi le rapport quadriennal du Haut Commissaire aux Droits de l'Homme sur l'objection de conscience, 1.5.2017, § 22.

<http://www.undocs.org/fr/A/HRC/35/4>

<sup>10</sup> LSC 5



### Mesure 2 :

Délai d'attente de 12 mois entre le dépôt de la demande et l'admission, avec obligation de faire les périodes de service militaires prévues.

27. La mesure est contraire à la constitution. Celle-ci prévoit, textuellement : « un service de remplacement »<sup>11</sup>. Or un *remplacement du service* n'est en aucun cas un service de remplacement *différé* avec maintien du service à remplacer, en attente du service de remplacement.

Des délais pour la mise en œuvre, par la personne concernée comme par l'administration, du service de remplacement sont acceptable, voir le maintien des obligations en attente de la décision d'admission<sup>12</sup>, mais en aucun le droit à l'objection de conscience ne saurait-il être suspendu.

28. De plus, la proposition est largement impraticable et passablement conflictogène. Les civilistes concernés ne se gêneront pas pour demander des reports, se faire porter malade ou pour ne pas se présenter et leur motifs de conscience finissant toujours par être reconnus, ils ne seront, s'ils sont que partiellement et inégalement sanctionnés pour ces défections. Sans parler de la charge administrative supplémentaire pour les administrations cantonales.

### Résumé

- Mesure contraire à la constitution.
- Discrimination entre les civilistes qui font une demande avant l'école de recrue, lesquels ne sont pas condamnés à des périodes militaires et ceux qui la font après l'ER, qui doivent en faire ou, vaille que vaille, les faire annuler.
- Mesure de nature à créer de nombreuses difficultés administratives tant pour les conscrits et les civilistes que pour l'administration.

### Mesure 3 :

29. Suppression du facteur 1.1 et passage au facteur 1.5 pour les officiers et les sous-officiers supérieurs.

30. Les personnes concernées sont relativement peu nombreuses. Elles ont néanmoins les mêmes droits. Mais surtout toutes ces personnes, qui ont été obligées de revêtir ces fonctions d'encadrement, ont déjà servi, au moment de la demande d'admission au service civil plus de jours d'armée que ne servent les civilistes qui n'en a fait aucun. Le moins gradé de ceux-ci servira un total 440 jours de services au lieu de 245<sup>13</sup>. Pour obtenir son grade, il en aura déjà fait presque autant qu'un soldat normal. Et le solde de jour à faire, qu'il soit multiplié par 1.1. ou 1.5 dépassera de toutes façons le nombre maximal de jours effectués par un civiliste ne faisant pas d'armée du tout.

31. Sachant que l'obligation de grader est imposée, même avec un facteur 1.1, la personne qui demande le service civil alors qu'elle a déjà revêtu son grade est discriminée par rapport à un civiliste qui demande le service avant de recevoir le moindre grade. Augmenté cette durée plus encore, alors que la personne gradée sert déjà plus que toute autre personne sans garde, apparaît là aussi comme punitive.

### Résumé

- En conjonction avec la discrimination décrite ci-après, violation du droit international sur la durée du service de remplacement.
- Discrimination entre les officiers et sous-officiers supérieurs d'une part et les soldats d'autre part en raison d'abord de l'obligation de grader d'abord, pour laquelle les premiers ne peuvent rien, puis du fait qu'en raison de cette obligation, ils ont déjà effectué, contre leur gré, une durée de service aussi importante que les soldats, durée sur laquelle vient ensuite s'ajouter une très longue durée de service civil supplémentaire. Dit autrement, le soldat qui demande le service civil évite non-seulement de grader, mais tous les jours de service civil supplémentaires en cas de conflit de conscience alors que l'officier, qui est en droit de développer un conflit de conscience à tout moment, en est d'autant plus pénalisé.

<sup>11</sup> Art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement.

<sup>12</sup> LSC 17 et 17a.

<sup>13</sup> OMI 47



- Mesure qui ne touche qu'un nombre limité de personnes.

#### Mesure 4 :

32. Interdiction faite aux médecins de faire du service civil en tant que médecins.

33. Là encore, la mesure ne concerne que très peu de personnes. Les médecins ont en moyenne au moins 26-27 ans à la fin de leur formation et ce moment-là, la plupart des périodes longues sont faites. Mais quand bien même, faut-il priver les hôpitaux de ces médecins-là ?

34. Par ailleurs, la mesure est à nouveau discriminatoire ; pourquoi les médecins et pas les géologues, les travailleurs sociaux ou les enseignants ? Là ce ne serait plus seulement certains civilistes, mais tout le service d'intérêt public qui tendrait à être victime d'une vision trop étroite des possibilités de service civil.

35. Enfin, il existe certes une disposition qui interdit certaines affectations en fonction de la personne du civiliste, en particulier si elle favorise sa formation<sup>14</sup>. Et c'est probablement, dans ce contexte que la proposition s'inspirerait. Mais à nouveau, certains militaires exercent des fonctions militaires en lien avec leur profession – et pas seulement des médecins ! – en quoi des civilistes n'auraient-ils pas le droit d'en faire autant ?

#### Résumé

- Mesure hautement discriminatoire (par professions).
- Mesure ne touchant (en l'état, que les médecins) qu'un nombre limité de personnes.

#### Mesure 5 :

36. Pas d'admission au service civil pour les personnes pour lesquelles il ne reste plus de jours de service, mais pour lesquelles il reste des tirs obligatoires.

37. La question est controversée depuis longtemps. Seul sont concernés les militaires en service long, qui restent incorporés ensuite pendant 4 ans<sup>15</sup>. Il conviendrait de savoir combien il y a eu de cas.

38. Pour rappel, les militaires ont la possibilité de déposer l'arme, sans motifs, s'ils ne souhaitent pas la conserver, mais cela ne les dispense pas des tirs<sup>16</sup>.

39. D'abord, il convient de rappeler que l'exécution de tirs obligatoires, dans le cadre d'un service militaire, même terminé, peuvent donner lieu à conflit de conscience, qui plus est si celui-ci peut avoir à se manifester durant une période de 4 ans.

40. En ce sens, la mesure ignore et passe complètement à côté, nie un problème qu'il y aurait pourtant lieu de résoudre.

41. A mon sens, une procédure plus simple qu'une admission au service civil devrait permettre, par exemple mais en tous les cas pour motifs de conscience légitimes, de remettre l'arme définitivement et d'être ainsi dispensé des tirs obligatoires.

#### Résumé

- Violation du droit à l'objection de conscience
- Mesure administrative inadéquate
- Mesure ne touchant qu'un nombre limité de personne

#### Mesure 6 :

42. Les civilistes sont tenus de faire une période de service civil par année dès l'admission.

<sup>14</sup> LSC 4a

<sup>15</sup> LAAM 54a

<sup>16</sup> Ordonnance concernant l'équipement personnel des militaires (OEPM), art. 6a.



43. La mesure existe déjà, art. 39a de l'ordonnance sur le service civil : « La personne astreinte au service civil *effectue chaque année* des affectations de service civil d'une durée de 26 jours au moins à partir de la deuxième année civile au plus tard ».

44. Les reports étant relativement fréquents, on peut se demander si c'est ceux-ci qu'il s'agit de limiter, mais le texte de la mesure est pour le surplus inutile.

#### Résumé

- Proposition de mesure incompétente, mesure déjà prévue par la loi.

#### Mesure 7 :

45. Obligation pour les personnes en service long, d'effectuer la période longue de service civile dans l'année qui suit (et non pas dans les trois ans qui suivent) l'admission au service civil.

46. Imposer un service civil long est une vieille mesure de 2011, que le Tribunal administratif fédéral avait annulée en raison de l'article 20 de la LSC qui stipule que le SC peut être fait en une ou plusieurs périodes<sup>17</sup>.

47. Depuis toujours, nous recommandons aux militaires en service long de passer d'abord au service normal, avant de demander le service civil, entre autres afin d'éviter le surplus de jours, actuellement 55 jours de service militaire ou 82 jours de service civil en plus<sup>18</sup>. Notre recommandation ne changera pas.

48. De plus, la mesure ne prévoit cette obligation que si l'école de recrue n'est pas terminée, or l'école de recrue est considérée comme terminée si 80% de ses jours ont été accomplis<sup>19</sup>; soit pour une école usuelle de 124 jours, dès le 100<sup>ème</sup> jour d'école de recrue. Mais dans la pratique, la demande de service civil peut être faite quelques jours plutôt, puisque celle-ci prend quelques jours, voir semaines à condition pour cela que l'admission à la fin du processus de demande intervienne après le 100<sup>ème</sup> jour de service.

49. Que ce soit en passant au service normal et en attendant les 80% de son service militaire (dans des conditions « suffisantes ») – si encore au service long avec les jours en sus – il est très facile d'éviter cette mesure et peu nombreux sont ceux qui se retrouveront à devoir faire une période longue ou leur période longue de service civile dans l'année qui suit. Au demeurant si un plan de carrière avait prévu une mise en suspend de celui-ci pour le service militaire long, avec une libération en fin d'école de recrue et une affectation longue trouvée rapidement, celle-ci peut être faite dans le temps préalablement dévolu au service militaire long.

50. La mesure est aussi discriminatoire puisqu'elle traite plus durement les militaires en service long que les militaires en service normal d'une part, et alors plus durement que les civilistes n'ayant pas débuté l'école de recrue d'autre part.

#### Résumé

- Mesure facile à contourner, voire à accommoder.
- Mesure ne concernant alors plus qu'un nombre limité de personne.
- Mesure discriminatoire.

#### Considérations finales

51. Les mesures 1 et 3 violent le droit international sur la durée du service civil.

52. La mesure 2 viole la constitution sur la notion de service de remplacement et la mesure 5 viole la constitution sur le droit à un service de remplacement.

53. Les mesures 1, 3, 4 et 7 sont clairement discriminatoires et violent à un titre ou un autre l'égalité de traitement.

54. Les mesures 3, 4, 5 et 7 ne touchent que – mais gravement – un nombre limité de personnes. À ce titre, le but premier de ces mesures n'est probablement pas ou que partiellement de toucher ces personnes-là, voire de les maintenir dans l'armée mais de donner l'impression qu'il est difficile ou déconseillé, qu'il est

<sup>17</sup> <http://www.infodroit.ch/spip.php?article91>

<sup>18</sup> OMI 111

<sup>19</sup> OMI 57 ou 37 ordonnance sur le service civil (OSI) (même teneur).



même dissuadé de sortir de l'armée. Un tel but viole le droit au service civil et un service civil non-discriminatoire et non-punitif.

55. Il convient d'ajouter à ce propos que les instances et jurisprudences internationales ont reconnu sans hésiter le droit à l'objection de conscience pour les appelés, comme pour les volontaires et les professionnels. Autrement dit et pour ce qui nous occupe ici, le droit à l'objection de conscience et au service de remplacement est et reste le même, ne saurait donc subir d'aggravation dans l'exercice du droit, soit l'accès au service civil, comme dans sa réalisation, soit l'accomplissement du service civil, que la personne concernée aie commencé ou non à servir dans l'armée<sup>20</sup>.

56. Les mesures 2, 3 et 4 supposent des difficultés de mise en œuvre particulièrement importantes. La mesure 5 pourrait faire l'objet d'une simplification administrative.

57. La mesure 6 est inutile, une aberration puisqu'elle préconise quelque chose qui existe déjà.

58. L'analyse de l'ensemble de ces mesures donne l'impression forte que l'armée est très embarrassée, mal à l'aise en raison des demandes service civil issues des rangs.

59. Ainsi quand bien même l'ensemble de ces mesures, si elles venaient à être mise en œuvre, aurait pour effet d'inciter les conscrits à demander le service civil bien plus tôt, ce qui n'est pas utile à l'armée non plus, il conviendrait de combattre ces mesures pour les effets et les complications graves qu'elles imposent, en toutes sortes de circonstances, aux militaires.

60. Il convient aussi de constater que les mesures proposées font preuve d'une méconnaissance, tant du droit international que du droit constitutionnel suisse qui confine à l'impréparation, voire au mépris, tant des civilistes que des militaires.

61. Enfin, dans le cadre des réactions à ces propositions de mesures, il conviendra de rappeler certaines ou l'ensemble de nos revendications de base, à savoir une présence civile lors du recrutement afin de faciliter son impartialité, un durée raisonnable et une compensation financière garantissant au moins l'accès au minimum vital<sup>21</sup>.

Christophe Barbey,  
Juriste, permanent depuis 2006

<sup>20</sup> Voir les résolutions du Conseil des Droits de l'Homme, par exemple la résolution du 8 octobre 2013, art. 12 [A/RES/HRC/24/17](#) ou Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 4.  
<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20ORB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

<sup>21</sup> Avec une APG de 62.- par jour durant l'ER ou son équivalent au service civil, ou en cas d'absence de salaire préalable au service ou de droit à son équivalent, avec 1'800.- par mois ~, le minimum vital n'est pas atteint. Le dernier rapport du haut commissaire aux droits de l'homme mentionne une trop faible rémunération comme étant de nature punitive. [A/HRC/35/4](#), § 21.

**Nationaler Verband für die  
Interessen der Velofahrenden**  
Birkenweg 61  
CH-3013 Bern

Tel 031 318 54 11  
info@pro-velo.ch | www.pro-velo.ch  
PC-Konto 34-2641-5

Eidg. Departement für Wirtschaft,  
Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
3600 Thun  
[rechtsdienst@zivi.admin.ch](mailto:rechtsdienst@zivi.admin.ch)

Bern, 16. November 2018

**Stellungnahme von Pro Velo Schweiz zur Änderung des Zivildienstgesetzes  
(SR 824.0, Frist 11.10.2018)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann,  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Sehr gerne nehmen wir als betroffener Betrieb an der Vernehmlassung zur Änderung des Zivildienstgesetzes teil\*. Wir bedanken uns für diese Möglichkeit und nehmen wie folgt Stellung:

**1. Pro Velo in der Zivilgesellschaft**

Pro Velo Schweiz ist der Dachverband für 40 Regionalverbände, welche die Interessen der Velofahrenden auf regionaler Ebene vertreten. Das Ziel von Pro Velo ist die Förderung des Velos als umweltfreundliches, energiesparendes und gesundes Individualverkehrsmittel – mehr Menschen sollen mehr Velo fahren. Unter dieser Präambel setzt sich Pro Velo insbesondere für Sicherheit und Komfort beim Velofahren, für allgemeine Verbesserungen im Fahrradbereich und für Verknüpfungen des motorlosen Individualverkehrs mit dem öffentlichen Verkehr ein. Pro Velo Schweiz nimmt auf gesamtschweizerischer Ebene Stellung zu Fragen der Verkehrspolitik, der Verkehrssicherheit und der aktiven Mobilität – und im vorliegenden Fall zum Zivildienst.

Pro Velo setzt auch auf nationaler Ebene mehrere gemeinnützige Projekte um; zu nennen sind insbesondere die Velofahrkurse „Sicher im Sattel“, welche durch den Fonds für Verkehrssicherheit FVS mitfinanziert werden, oder Défi Vélo, das sich an die Jugendlichen auf der Sekstufe II richtet. Daneben gibt es Angebote im kleineren Rahmen, für die keine oder nur wenig Unterstützung aufgetrieben werden kann. D.h. Pro Velo finanziert einen grossen Teil seiner Tätigkeiten aus den Mitgliederbeiträgen. In diesen Bereichen ist es unerlässlich, genügend und gut verfügbare Mitarbeitende zu haben, welche die freiwillig-ehrenamtlichen HelferInnen unterstützen und ergänzen. Das ist eine Hauptaufgabe der Zivildienner bei Pro Velo.

## **2. Zivildienst bei Pro Velo**

Bei Pro Velo und den angeschlossenen Projekten sind Zivildienstler im Einsatz: Ein Zivildienstler permanent das ganze Jahr über, und 1 bis 2 Zivildienstler während den Spitzenzeiten der Sicherheits- und Veloförder-Projekte, also zwischen Frühling und Herbst für jeweils mehrere Monate. Pro Velo Schweiz ist seit dem Jahr 2000 Einsatzbetrieb und hat aufgrund seiner Grösse Anspruch auf 3 Zivildienstler.

Pro Velo hat also ein vitales Interesse, den Zivildienstlern diese Einsatzmöglichkeit uneingeschränkt weiterhin anzubieten. Das Velo verdient die öffentliche Unterstützung, weil es a) die Bewegung und damit die Volksgesundheit fördert, b) Kinder und Jugendliche eine nachhaltige, günstige und selbstbestimmte Mobilität lehrt und c) einen grossen Nutzen für das Individuum und die Gesamtgesellschaft bietet, ohne hohe externe Kosten zu verursachen. Pro Velo ist mit seinen Aktivitäten ein Teil der Zivilgesellschaft und verdient es, vom Zivildienst Gebrauch zu machen.

## **3. Änderungen im ZDG**

Pro Velo befürchtet, dass mit den vorgeschlagenen Änderungen des Zivildienstgesetzes der Zivildienst als Ganzes grundsätzlich in Frage gestellt wird. Jedenfalls kommt dies mit den Erklärungen des Bundesrates so zum Ausdruck: Es geht nicht um den Zivildienst als Ganzes zur Stärkung der Zivilgesellschaft oder zur Lösung von grossen gesellschaftlichen Aufgaben, sondern um die Lösung von Personalproblemen in der Armee.

Pro Velo ist der Ansicht, dass es die geplanten Änderungen im ZDG nicht braucht und begründet kurz wie folgt (unsere Argumentation differenziert nicht zwischen den sieben vorgeschlagenen Massnahmen):

- Offenbar gibt es in der Zivilgesellschaft Aufgaben und Probleme, die von den jungen Menschen als dringlich betrachtet werden; wie sonst würden sie die Bereitschaft aufbringen, dafür einen Dienst zu leisten, der 1.5 mal länger dauert als der Militärdienst.
- Uns ist keine Studie bekannt, welche zum Schluss kommt, dass der Zivildienst die Bestände der Armee gefährden würde. Wir sehen deshalb keinen Handlungsbedarf, die Hürde für den Eintritt in den Zivildienst noch höher zu legen, als sie heute schon ist.
- Zitat aus dem erläuternden Bericht des Departements WBF, Ziff.3.3: „Wer Zivildienst leistet, ist infolge des Faktors 1,5 länger von seinem Ausbildungs- oder Arbeitsplatz abwesend als der Soldat, der Militärdienst leistet, und belastet damit die Volkswirtschaft und auch die Erwerbsersatzordnung zusätzlich.“ Dieser Argumentation können wir nicht folgen, weil wir davon ausgehen, dass der Zivildienst – wie der Armeedienst – zuallererst ein Dienst zugunsten der Gesellschaft ist und einen Nutzen bringt. Die „Belastung der Volkswirtschaft“ erachten wir in diesem Zusammenhang als bedeutungslos.
- Die Tatsache, dass gewisse Dienstpflichtige auch spät vom Militär in den Zivildienst wechseln, spricht nicht gegen den Zivildienst, sondern eher gegen den

Militärdienst. Die Lösung für dieses Problem müsste als auf der Seite der Armee gefunden werden.

- Dienstpflichtige sollen weiterhin gleich behandelt werden, unabhängig davon, ob sie ihren Dienst in der Armee oder im zivilen Bereich leisten.
- Die rechtliche Ungleichbehandlung von Angehörigen der Armee und Zivildienern darf ein gewisses Mass nicht überschreiten, sonst wird sie zu einer unverhältnismässigen Sanktion zu Lasten der Zivildienner. Unseres Wissens ist dies auch die Meinung des Bundesrates.
- Pro Velo ist kein „klassischer“ Zivildienst-Einsatzbetrieb, wie ein Altenheim oder der Naturschutz. Dennoch erhält Pro Velo durch die eingesetzten Zivis laufend die Bestätigung, dass sie den Einsatz als wertvollen „Dienst an der Zivilgesellschaft“ beurteilen.
- Mehrere vermutliche Entwicklungen lassen den Schluss zu, dass der Zivildienst künftig eher gestärkt als geschwächt werden sollte: die demografische Entwicklung unserer Wohlstandsgesellschaft, steigende Diskrepanz zwischen Arm und Reich, zwischen Gebildeten und Ungebildeten, oder die Beschäftigung mit MigrantInnen. Die vorgesehene Änderung des ZDG steht vollkommen quer zu diesen potenziellen Einsatzgebieten für den Zivildienst.
- Pro Velo nimmt den Zivildienst insgesamt als dynamische, sich laufend weiter entwickelnde Organisation wahr und ist der Auffassung, dass diese mit der vorgesehenen Gesetzesänderung deutlich geschwächt würde. Das erachten wir angesichts sinkender militärischer Bedrohung und steigenden sozialen Problemen als unerwünscht und schlecht.

Pro Velo ist der Überzeugung, dass die vorgeschlagenen Änderungen im ZDG für den Erhalt der Armee nicht notwendig und mit Blick auf den gesellschaftlichen Nutzen kontraproduktiv sind und lehnt die sieben Massnahmen ab.

Wir stehen für ergänzende Erläuterungen gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüssen

**Pro Velo Schweiz**

Christoph Merkli  
Geschäftsführer

\*Quelle: <https://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/pendent.html>

Zivildienst Zentralstelle
20. Sep. 2018
Eingescannt Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Brugg, im August 2018

## Stellungnahme zur Änderung des Zivildienstgesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### Einleitung und grundsätzliche Beurteilung

Wir sind überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### Kein Handlungsbedarf

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

### Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese

beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoss gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

PDAG AG lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

### **Eigene Vorschläge**

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet PDAG AG, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. PDAG AG schlägt dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.
- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

### **Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist PDAG AG auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für PDAG AG ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

### **Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Dienstage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

### **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

PDAG AG geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Dienstagefaktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Diensttage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht von PDAG AG besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

PDAG AG ist der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. PDAG AG sieht absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildienstage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Dienstage erfüllen (2017: 96.7% aller Dienstage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Dienstage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Dienstage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.

### **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

### **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

PDAG AG bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüßen.



Alfonsina Schibler  
Leiterin Shared Services



Nancy Späni  
HR Fachfrau, Zuständige für Zivis

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung  
WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

18. September 2018

**Kontakt:** Barbara Wüthrich Breuer **Telefon:** +41 (0)44 277 79 16 **E-Mail:** barbara.wuethrich@publiceye.ch

## Stellungnahme von Public Eye zur Änderung des Zivildienstgesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### Einleitung und grundsätzliche Beurteilung

Public Eye ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

## Kein Handlungsbedarf

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

## Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoss gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

## Unklare Auswirkungen

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Public Eye weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Public Eye lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

## Eigene Vorschläge

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet Public Eye, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Public Eye schlägt dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.
- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

## Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist Public Eye auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.

Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“

Für Public Eye ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

## Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Dienstage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

## Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere

Public Eye geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Dienstage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Dienstage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

## Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordert, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

## Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht von Public Eye besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieb auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

Public Eye ist der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

## Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Public Eye sieht absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildienstage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Dienstage erfüllen (2017: 96.7% aller Dienstage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Dienstage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Dienstage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.

Globale  
Gerechtigkeit  
beginnt bei uns

**Public Eye**

Erklärung von Bern

## Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

## Zusammenfassung und Schlussfolgerung

Public Eye bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeestandandes hinzunehmen.“

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Public Eye

Andreas Missbach  
Fachleitung Rohstoffe -Handel – Finanzen  
Mitglied der Geschäftsleitung

Barbara Wüthrich Breuer  
Personaladministration

**Public Eye**

Diennerstrasse 12, Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 (0) 44 2 777 999, Fax +41 (0) 44 2 777 991  
www.publiceye.ch, kontakt@publiceye.ch, Postkonto: 80-8885-4

**Von:** gabriela.kasper-dudli@ovwb.ch  
**Gesendet:** Montag, 8. Oktober 2018 16:48  
**An:** \_ZIVI-Rechtsdienst  
**Betreff:** WG: Vernehmlassung zur Revision des Zivildienstgesetzes  
**Anlagen:** 180816 Stellungnahme CIVIVA Vernehmlassung ZDG Vorlage.docx; 180816 Stellungnahme CIVIVA Vernehmlassung ZDG Vorlage.pdf

Sehr geehrte Damen und Herren

Ich schliesse mich der Stellungnahme von CIVIVA an und bitte sie sehr diese Stellungnahme unbedingt zu übernehmen und nicht den Zivildienst unattraktiv zu gestalten.

Seit vielen Jahren sind wir ein Einsatzbetrieb für junge Männer und ich denke, die Arbeit mit Menschen mit Hirnverletzung und Körperbehinderung ist für alle eine wunderbare Erfahrung und lebensprägend und sehr sehr förderlich für die Sozialkompetenz.

Dies soll gefördert und nicht mit Vorschriften unattraktiv gemacht werden.

Freundliche Grüsse

Gabriela Kasper-Dudli  
Institutionsleiterin



Wohnen und Arbeiten für Menschen mit einer Körperbehinderung oder Hirnverletzung

**Quimby Huus** | Gsellstrasse 24 | 9015 St.Gallen | 071 313 65 65 | direkt: 071 313 65 68 |  
[www.quimbyhuus.ch](http://www.quimbyhuus.ch)

Diese Mail kann vertrauliche und/oder rechtlich geschützte Informationen enthalten. Wenn Sie nicht der richtige Adressat sind oder diese Mail irrtümlich erhalten haben, informieren Sie bitte sofort den Absender und vernichten Sie diese Mail. Das unerlaubte Kopieren sowie die unbefugte Weitergabe dieser Mail ist nicht gestattet.

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Zürich, im August 2018

## Stellungnahme des Schweizerischen Zivildienstverbandes CIVIVA zur Änderung des Zivildienstgesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### Einleitung und grundsätzliche Beurteilung

Der Schweizerische Zivildienstverband CIVIVA vertritt die Interessen der Zivildienstleistenden und Einsatzbetriebe. CIVIVA ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### Kein Handlungsbedarf

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.



## Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Diensttage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoß gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

## Unklare Auswirkungen

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. CIVIVA weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Der Schweizerische Zivildienstverband CIVIVA lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

## Eigene Vorschläge

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet CIVIVA, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. CIVIVA schlägt dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.



- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

## **Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist CIVIVA auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für CIVIVA ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

## **Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Dienstage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

## **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**



CIVIVA geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Dienstage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Dienstage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

#### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

#### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht von CIVIVA besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

CIVIVA ist der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

#### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. CIVIVA sieht absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildienstage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Dienstage erfüllen (2017: 96.7% aller Dienstage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Dienstage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Dienstage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.



## **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

### **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

CIVIVA bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Im Namen des Verbandsvorstandes

Lisa Mazzone  
Co-Präsidentin

Samuel Steiner  
Co-Präsident



Reformierte Kirchgemeinde Bethlehem  
Kirchgemeinderat  
Eymattstrasse 2B  
3027 Bern

Zivildienst Zentralstelle
- 9. Okt. 2018
Eingescannt Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Bern, anfangs Oktober 2018

## Stellungnahme der reformierten Kirchgemeinde Bethlehem zur Änderung des Zivildienstgesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

Die reformierte Kirchgemeinde Bethlehem hat eine grosse Tradition in Zusammenarbeit mit Freiwilligen und Zivildienstleistenden. Die reformierte Kirchgemeinde Bethlehem ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll, wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend. Als reformierte Kirchgemeinde in einem multikulturellen Quartier sind wir auf zusätzliche Unterstützung angewiesen und machen seit Jahren positive Erfahrungen mit Zivildienstleistenden.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee. Die reformierte Kirchgemeinde Bethlehem lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab. Stattdessen schlagen wir folgende Änderungen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

Wir danken Ihnen für die wohlwollende Kenntnisnahme unserer Stellungnahme zur Gesetzesrevision.

Im Namen des Kirchgemeinderates



Daniel Fischer  
Präsident



Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und  
Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Wabern, 28. August 2018

## **Stellungnahme der Salome Brunner- Stiftung zur Änderung des Zivildienstgesetzes**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie dazu eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### **Einleitung und grundsätzliche Beurteilung**

Die Salome Brunner – Stiftung ist als langjähriger Einsatzbetrieb überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist aus unserer Sicht gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflchtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich aus unserer Sicht mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### **Kein Handlungsbedarf**

Sowohl die drei Bericht des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich vermutlich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

### **Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen**

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoss gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

### **Unklare Auswirkungen**

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Wir weisen darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der

Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Wir als Einsatzbetrieb lehnen aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

#### **Eigene Vorschläge**

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwarten wir, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Wir schlagen deshalb, anlehnend an den Verband CIVIVA, dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.
- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

Wir schliessen uns bezüglich der geplanten Massnahmen den Vorschlägen von CIVIVA an.

#### **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

Wir als Einsatzbetrieb bedauern, dass der Bundesrat bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Diese Schlussfolgerung löst bei uns einige Fragen und auch Unbehagen aus, wir sind der Meinung, dass in der heutigen Situation (Bedrohungslage etc.) beide Interessen gleich zu gewichten sind.

Wir danken Ihnen für die Offenheit, unsere angeführten Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Salome Brunner- Stiftung

Direktor



Ch.Scheidegger



## Memo

# Stellungnahme zu den Änderungen des Zivildienstgesetzes aus der Sicht von Th. Trösch

---

Datum: 09.09.2018 ttroe

---

Notizen / Punkte / Aspekte	
1.	<b>Inputs / Ausgangslage;</b> Th. Trösch hat die von vom Zivildienstverband CIVIVA erhaltenen Unterlagen geprüft und nachstehend seine (basierend auf der Stellungnahme von CIVIVA) Gedanken nachstehend festgehalten resp. die Stellungnahme von CIVIVA ergänzt.
2.	<b>Einleitung und grundsätzliche Beurteilung;</b> Haltung und Meinung von CIVIVA teile ich vollumfänglich. Die Herausforderungen der Armee sollen dabei nicht ignoriert werden. Th. Trösch würde aber im letzten Abschnitt sogar festhalten, dass es sich hier um einen Versuch handelt, die Bedingungen des Zivildienstes soweit zu verschlechtern, dass die Armee wieder attraktiver wird. Im Grund der Dinge sollte die Armee dafür sorgen, dass es wieder attraktiver wird, Militärdienst zu leisten. Th. Trösch teilt dies als absoluter Befürworter für eine Schweizer Armee so mit. Die Armee muss lernen, sich dahin gehend zu verändern, dass junge Menschen wieder einen Sinn sehen, Militärdienst zu leisten. Das ist nicht einfach. Der Ansatz, den Zivildienst quasi zu schwächen, ist „einfach“; zumindest für die Armee.
3.	<b>Armee – Bestände resp. die Befürchtung, dass die Armeebestände in Zukunft gefährdet sein sollen;</b> habe versucht zu recherchieren und nichts gefunden, das auf solche Entwicklungen hinweist. Kann somit nur CIVIVA beipflichten, dass es sich wohl um reine Panikmache einiger weniger Exponenten handelt.
4.	<b>Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen;</b> die Ausführungen von CIVIVA



## Schlössli Pieterlen

### Haus für Betagte

Notizen / Punkte / Aspekte	
	sind klar und bedürfen keines weiteren Kommentars meinerseits.
5.	<b>Unklare Auswirkungen;</b> auch hier stimme ich persönlich vollumfänglich den Äusserungen von CIVIVA zu. Die angedachte Vorgehensweise wird zu einer Qualitätseinbusse in der Armee führen. Aufgrund der teilweise sehr hohen Hürden, in den Zivildienst zu wechseln, wird dazu führen, dass man die Militärdiensttage „absitzt“. Dies notabene zu Lasten der Qualität in der Armee und auch zu Lasten der Reputation. Ist dies erstrebenswert?
6.	<b>Vorschläge;</b> bereits der erste Vorschlag von CIVIVA ist sehr gut. Ich bin absolut überzeugt davon, dass kaum ein Zivildienstleistender im Falle von aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder bei humanitären Notlagen nicht bereit wäre, einzuspringen oder zu helfen (dies in Form eines Zivildienstes). Auch der zweite, von CIVIVA formulierte Verbesserungsvorschlag ist absolut konstruktiv und korrekt. Die Schwerpunktprogramme kann man durchaus auf noch mehr Einsatzgebiete ausweiten; gelingt dies nicht, muss die Abschaffung der Schwerpunkteinsätze absolut in Erwägung gezogen werden. Alles andere ist sinn- und nutzlos. Dass die Ausbildung der Zivis weiter ausgebaut und noch spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden soll, kann ich für den pflegerischen Bereich so nicht bestätigen. In anderen (Schulen) Bereichen sicher notwendig und auch absolut sinnvoll.
7.	<b>Zu den Massnahmen:</b> <b>a. Massnahme 1; Mindestanzahl von 150 Diensttagen;</b> hierzu hat CIVIVA alles mitgeteilt <b>b. Massnahme 2; Wartefrist von 12 Monaten;</b> wird dazu führen (Klarheit soll rasch geschaffen werden), dass die medizinischen Austritte enorm zunehmen werden. Dass dies noch unglaublich viele Kosten und evtl. gar noch längere Fristen mit sich bringt, nimmt man offensichtlich billigend in Kauf. Davon ist dringend abzuraten <b>c. Massnahme 3; Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere;</b> gerade diese Gruppen können wohl am besten beurteilen, warum man nicht mehr gewillt ist, Angehörige der Armee zu sein. Unmotivierte Angehö-



## Schlössli Pieterlen

### Haus für Betagte

#### Notizen / Punkte / Aspekte

rige (notabene hier Vorgesetzte) in der Armee mindern die Qualität und schaden der Reputation der Armee wesentlich. Wird letztendlich wiederum dazu führen, dass Austritte aus „medizinischen“ Gründen ansteigen werden. Diese Personen fehlen dann aber auch im Zivildienst. Will man das?

- d. Massnahme 4; Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten;** macht einen betroffen, dass überhaupt so gedacht werden kann. Fähigkeiten für besondere Einsätze sind das A und O. Man kann dies natürlich negieren und ad absurdum erklären (die Armee darf und kann immer noch „befehlen“).
- e. Massnahme 5; Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen;** die Aussagen von CIVIVA bedürfen keiner weiteren Ergänzung unsererseits (zumindest meinerseits nicht mehr).
- f. Massnahme 6; jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung;** wir denken, dass diese Vorgabe Unsinn ist. Funktioniert heute bestens und in bestimmten Lebenssituationen (war bei Trö in der Armee auch so; Studienabschluss und Auslandsaufenthalt) müssen Dienste „verschoben“ werden können. Alles andere ist derart weit weg von einer vernünftigen Realität.
- g. Massnahme 7; Gesuchsteller aus der Rekrutenschule müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen;** CIVIVA hat dies absolut korrekt formuliert. Anmerkung Th. Trösch; auch dies ist absolut fernab jeglicher – vernünftiger – Realität. Irgendwann, sofern man dies so weiter vorantreibt, hat die Armee auch viele weitere Arbeitgeber und auch Familienangehörige vollkommen „gegen“ sich.

- 8. Schlussfolgerung Th. Trösch;** Formulierungen CIVIVA sind absolut schlüssig und stimmig. Ich persönlich würde etwas moderatere Äusserungen in die Schlussfolgerung einbringen (keine Polemik; „... der Bundesrat habe sich durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und – politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken lassen und sei nun bereit, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen



## Schlössli Pieterlen

### Haus für Betagte

#### Notizen / Punkte / Aspekte

effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren“). Kurz und prägnant: Die angedachten Anpassungen dienen einzig dazu, den Zivildienst zu schwächen. Verbesserungen in der Armee sind nicht erwähnt und somit wohl auch nicht gefordert. Das ist nicht „schweizerisch“ und schadet beiden Institutionen. In diesem Sinne ist auch die Stellungnahme des Bundesrates relativ gefährlich. Ich würde aber auch dazu nur festhalten, dass es im Endeffekt sogar dazu führen kann, dass am Ende des Tages wohl der Armee und dem Zivildienst die benötigten Ressourcen fehlen werden. So nutzt es niemandem und das erwähnte höher zu gewichtende Interesse der Öffentlichkeit zu der Sicherung des Armeebestandes ist eine inhaltslose Floskel. Beide Institutionen verfügen im Endeffekt nicht über ausreichende Bestände. Dies dient dann gar niemandem mehr. Politik – gute Politik – ist immer geprägt von Kompromissen. Was hier nun zwischen Armee und Zivildienst entsteht ist fernab von einem guten Kompromiss und dient niemandem; weder der Armee, noch dem Zivildienst, noch den Angehörigen der Armee noch den Zivildienstleistenden und somit –leider – auch nicht der Gesellschaft / Bevölkerung.

Im erläuternden Bericht unter dem Titel „problematische Phänomene“ müssten alle Beteiligten nochmals kritisch hinschauen:

2013 haben sich 2'488 Personen dazu entschieden, Zivildienst zu leisten. 2017 waren es 3'098 Personen (Steigerung in 5 Jahren von knapp 600 Personen oder 24.5%. Das ist eine enorme Zunahme ohne Frage; aber liegt dies nun nicht in der Hand der Armee, dafür besorgt zu sein, dass sich dies ändert?

2013 haben 874 Rekruten die RS abgebrochen oder sich entschieden in den Zivildienst überzutreten; 2017 waren es 949 oder 75 mehr. Das ist eine Zunahme von 8.6%. Zeigt, dass die Entwicklung in der RS gar nicht so schlimm ist. Evtl. nutzt man die RS als Übergangslösung oder aber die Erfahrungen sind halt derart, dass man „aussteigt“.



## Schössli Pieterlen

### Haus für Betagte

#### Notizen / Punkte / Aspekte

Unschön ist die Entwicklung bei den Wechseln nach der Rekrutenschule (2013 2'061 und 2017 bei 2'738 oder eine Steigerung von 677 (32.9%). Dies zeigt eindeutig auf, dass die Erfahrungen in der Armee nachhaltige Spuren hinterlassen haben; man hat sich aber entschieden, die Rekrutenschule fertig zu absolvieren. Spricht grundsätzlich für diese Menschen und eher weniger für die Armee. Hier muss die Armee ansetzen.

Nochmals: Ich als absoluter Befürworter für eine Schweizer Armee bin der Meinung, dass sich ob diesen Zahlen vor allem die Armee hinterfragen muss. Es kann nicht sein, dass man dies einzig und alleine dadurch lösen will, den Zivildienst unattraktiver auszugestalten. Das ist ein einfacher und gefährlicher Weg, welcher nie den grundlegenden Absichten dienen wird. Wohl aber den einfachen Denkstrukturen gewisser (sich dem Befehlen gewohnten) Menschen schon eher. Wirkung wird maximal äusserst kurzfristig erzielt werden.

SCHLÖSSLI PIETERLEN

Haus für Betagte

Thomas Trösch; Geschäftsführer

K:\Ablagestruktur\_Version\_1\W04\_Finzenzen\_Administration\W06\_Zivildienst\W10\_CIVIVA\WStellungnahme\_Änderungen\_Zivilgesetz\_2018\_09\_09\_V1.doc

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Root, 21. August 2018

## **Stellungnahme der Schulleitung von Root zur Änderung des Zivildienstgesetzes**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### **Einleitung und grundsätzliche Beurteilung**

Die Schulleitung der Schule Root ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### **Kein Handlungsbedarf**

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht

gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

### **Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen**

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoß gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

### **Unklare Auswirkungen**

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Die Schulleitung von Root weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövrierarmee handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere.

re und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Die Schulleitung der Schule Root lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

### **Eigene Vorschläge**

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet die Schulleitung von Root, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Schulleitung von Root schlägt dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.
- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

### **Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdiensttage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist die Schulleitung der Schule Root auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen,*

*dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar."*

Für die Schulleitung von Root ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

### **Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Dienstage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

### **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

Die Schulleitung von Root geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Dienstage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Dienstage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

#### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

#### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdienst-tagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht der Schulleitung von Root besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

Die Schulleitung von Root ist der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

#### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Die Schulleitung von Root sieht absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildienstage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Dienstage erfüllen (2017: 96.7% aller Dienstage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Dienstage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Dienstage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.

**Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

**Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

Die Schulleitung von Root bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

**Schule Root**



Viktor Bühlmann  
Leiter Bildung (Rektor)



Permanence romande pour civilistes et militaires  
Permanence@infodroit.ch ou  
Le mardi de 12 à 14 heures au 026 925 80 66.  
Pour les urgences, 079 524 35 74, veuillez laisser un message.

Flendruz, 16 juin 2018

### Avis de droit

*A qui de droit*

#### **7 mesures du Conseil fédéral destinées à la consultation. Modifications de la loi sur le service civil. 2018**

##### En préalable

1. Le droit à l'objection de conscience est un droit fondamental internationalement reconnu.
2. Il est reconnu par les jurisprudences du Comité des droits de l'homme et de la Cour Européenne des droits de l'homme, il est présent dans la constitution suisse<sup>1</sup>.
3. Ce droit s'appuie essentiellement tant sur le refus impératif de tuer que sur le refus de résoudre les conflits par la violence.
4. Le conflit entre l'obligation constitutionnelle de servir dans l'armée d'une part et la conscience d'autre part (appelé conflit de conscience) peut se manifester sous diverses formes et à divers moments, de façons plus ou moins virulentes ou soudaines, y compris parfois par des somatisations ou des actes de rébellions. La problématique a été largement résolue par deux mesures:
  - 1) Il a été renoncé au « contrôle de conscience » en adoptant le système dit de la preuve par l'acte, soit l'acceptation, par la personne qui demande le service civil d'une durée plus longue pour ce service que celle requise pour le service militaire.Cette mesure a pour avantage (en plus d'une forte diminution de la charge administrative) d'éviter d'une part l'aggravation et la stigmatisation du conflit de conscience par son besoin de le confronter à la procédure et de libérer d'autre part la personne concernée d'une appréhension et d'une expression intellectuelle et verbalisée de ce conflit, inévitablement discriminatoire selon le niveau d'éducation, et sujette d'autre part à des biais divers, puisque le résultat de l'examen dépendait largement du degré de préparation à celui-ci plutôt que de la nature même, des sources et des raisons du conflit de conscience.
6. Il convient toutefois de noter que ce système de quotité a dès le début présenté un défaut important, au demeurant partiellement caché des civilistes eux-mêmes, dans la mesure où la durée de service civil requise par la loi (1 fois et demie – 1,5 – celle du service militaire encore à faire au moment de la demande) est dans la pratique comparativement différente de la durée du service militaire réellement effectuée par les militaires libérés lorsqu'ils atteignent la limite d'âge. En effet, ceux-ci se voient alors remettre le solde des jours de service non-effectués, alors que les civilistes se voient pénalement condamnés s'ils n'effectuent pas l'entier de leurs jours avant la même limite d'âge (limite par ailleurs par elle-même plus exigeante, puisqu'ils ont plus de jours à effectuer dans le même laps de temps). L'armée a de plus tardé à donner les chiffres permettant de mesurer cette différence des durées respectives des

---

<sup>1</sup> Constitution fédérale (Cst.) [Article 10 sur la droit à la vie](#), [art. 15 sur la liberté de conscience](#), [art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement](#).



services. Pourtant des estimations raisonnables permettaient d'évaluer le nombre de jours de service civil effectués pour les civilistes demandant le service civil pour l'entier de leur périodes de service militaires comme étant environ du double du nombre de jour effectué en moyenne par les soldats terminant leur obligation à la limite d'âge<sup>2</sup>. Actuellement, ce taux semble s'être amélioré un peu, mais la durée comparée du service civil resterait de 1.8 plus élevée que la durée des services militaires, et non pas les 1.5 que stipule la loi. Il conviendra de vérifier les effets de la nouvelle loi sur l'armée sur cette problématique, la limite d'âge n'étant plus un âge fixe (p. ex. 34 ans), mais devenant un nombre de dix années pour faire les services requis après l'école de recrue<sup>3</sup>.

7. De plus la discrimination pénale demeure, puisque contrairement au service civil, aucune mesure permettant d'assurer le rythme et le progrès de la réalisation des périodes de service militaire, mesure accompagnées dans la loi sur le service civil de mesures pénales en cas de retards, n'ont été introduites dans la nouvelle législation sur la l'armée. Ainsi, le civiliste doit accomplir certaines périodes (la première suivant l'admission et la période longue) selon des délais fixes et il ne doit pas lui rester plus d'une certaine proportion de jours à faire avant d'atteindre la limite d'âge. Passé ces délais ou si la proportion de jours restant à faire est trop forte, le civiliste est convoqué d'office pour le surplus ou la période concernée, puis il encoure une peine s'il n'effectue pas la période requise. Il n'existe, pas de système similaire ou aussi contraignant dans l'armée. Pour avoir une vision complète de cette discrimination, pénalement grave, il conviendrait encore de comparer le nombre des dispenses pour justes motifs, lesquelles au demeurant ne font que repousser le problème, dispenses accordées tant pour les civilistes que pour les militaires. Nonobstant, vu la nature différente des système de suivi et de répression des deux sortes d'obligations, puisqu'il y a des condamnations pour retard dus au système de suivi contre les civilistes et qu'il n'y en a pas pour les militaires, la discrimination pénale demeure, tout comme demeurera a priori la discrimination sur les durées.

8. 2) Il importe de souligner que le service civil peut et doit pouvoir être demandé en tout temps, c'est d'ailleurs dans la loi<sup>4</sup>.

9. Cela concerne bien sûr la possibilité de demander le service civil depuis une période de service militaire, mais porte surtout sur la nature du conflit de conscience et relève en partie aussi du droit humanitaire.

10. Ainsi, le conflit de conscience peut se développer par une réflexion autonome, mais il peut aussi surgir, progressivement ou soudainement, face à une circonstance rencontrée dans le cadre du service militaire, par exemple lors de la première prise d'arme (il y a hélas des condamnations pour refus d'ordre de personnes qui font à ce moment-là un blocage psychologique) ou en étant mis en confrontation à une arme particulièrement destructive.

11. Il convient aussi, et c'est d'une grande importance, de citer le cas de l'objection de conscience à un ordre criminel, y compris ou surtout si celui-ci viole le droit humanitaire ; objection qui doit en effet pouvoir être exprimée en tout temps et en particulier de façon immédiate au moment de la réception de l'ordre contesté, cette objection devant alors, selon les circonstances, rejeter non-seulement l'ordre contesté lui-même mais aussi l'ensemble du système qui produit ou maintient cet ordre injuste, à tout le moins si l'ordre est maintenu, car alors seul le refus personnel et complet du système permettant, à défaut de pouvoir l'empêcher, la réalisation de ce ordre illégal et des ses conséquences, de préserver la conscience, et donc l'innocence de la personne confrontée à une telle situation. L'objection de conscience à une circonstance particulière devenant alors une objection au sens usuel du terme, une objection d'ensemble au service militaire<sup>5</sup>.

<sup>2</sup> Détail du calcul : <http://www.infodroit.ch/spip.php?article44>

<sup>3</sup> Ordonnance sur les obligations militaires (OMI), 1.1.2018, [art. 19](#).

<sup>4</sup> Loi sur le service civil, [art. 16](#).

<sup>5</sup> Voir par exemple, [Jacques Verhaegen](#) : «Le refus d'obéissance aux ordres manifestement criminels », revue du CICR, vol. 84, n° 845, mars 2002.



### Analyse des mesures proposées

**Mesure 1:** 150 jours de service civil pour toutes personnes n'ayant pas terminés ses « services d'instruction » et ayant moins de 100 jours de service militaire restant.

#### Appréciation générale

12. Par « services d'instruction », il est entendu toutes les périodes de services militaires, à savoir écoles de recrues, écoles de cadres et cours de répétition<sup>6</sup>.

13. La proposition équivaldrait à « condamner », imposer à tout militaire ayant entre 1 et 100 jours de service militaire encore à faire à effectuer 150 jours de service civil.

14. La mesure incite à terminer ses obligations militaires au lieu de demander le service civil.

15. Partant du constat, hautement probable<sup>7</sup>, selon lequel les pertes en effectifs augmentent en fonction de l'âge par lassitude, perte d'intérêt ou en raison de l'augmentation des obligations professionnelles et familiales. Il conviendrait toutefois de disposer des chiffres du nombre des personnes qui quittent l'arme dans ces tranches d'âge soit pour le service civil, soit pour raisons médicales. En effet, si le problème est une question d'emploi du temps, la demande de service civil est d'autant plus contre-productive.

16. A cet aulne, la mesure aura pour effet principal d'augmenter le nombre de demandes médicales et assez peu de diminuer le nombre de service civil. Quand à sa capacité à renforcer la motivation pour l'armée, elle est ici hors contexte – ce n'est pas notre problème ou celui du service civil – et elle n'est que très indirecte, la diminution de l'attrait du service civil n'augmentant pas pour autant l'attrait pour l'armée.

#### Calculs concernant la mesure proposée

17. Dans la pratique, divers types de calculs sont possibles pour déterminer les effets et les proportions de la proposition. Mes connaissances mathématiques sont limitées, donc d'autres calculs sont peut-être possibles ou éventuellement meilleurs, mais ceux-ci révèlent plusieurs des effets pervers de la proposition:

a. Le facteur multipliant le nombre de jours à faire est, avec la proposition exponentiel : La personne qui aurait 1 seul jour d'armée encore à faire se retrouverait à en faire 150 jours, soit 150 fois plus que le nombre de jour d'armée requis.

Dans le détail, un militaire à qui il resterait :

1 cours de répétition (CR), soit 19 jours (150/19), verrait le multiplicateur passer de 1.5 à 7.89

2 cours de répétition, le facteur (150/38) est encore du quadruple (3.94)

3 cours de répétition, le facteur descend à 2.63

4 cours de répétition, le facteur est de 2 (1.97)

5 cours de répétition le facteur est encore de 1.57, soit plus haut que la loi actuelle ou que le facteur attribué aux civilistes ayant encore plus de jours.

Ce n'est donc qu'avec 6 cours de répétition encore à faire, soit avec le nombre total des cours de répétition à faire par les soldats, et donc durant le premier cours de répétition que l'ajout systématique de 150 jours, rejoint le facteur général de 1.5.

*Dit autrement, à quelques jours prêts, quiconque demanderait le service civil après l'école de recrue devrait faire 150 jours de service civil au moins, quelque soit le nombre de jour d'armée restant à faire. Pourquoi ne pas le dire ?*

b. Le calcul peut aussi être fait en tenant compte des jours de service militaires et civils faits au total. Exemple pour un soldat :

Ecole de recrue de 124 jours, solde 121 jours de service en CR. Total 245<sup>(8)</sup>. Service civil complet, 245 X 1.5 = 367 jours de service civil.

Jours de service mil faits : 244 (au lieu de 245)+150=394 (proposition). Système actuel : 244 + 2 (1 x 1.5) = 246 (actuel). Différence : 148 jours à faire en plus qu'avec le système actuel et ... 27 de plus qu'en ayant demandé le service civil dès le recrutement.

<sup>6</sup> Loi sur l'armée et l'administration militaire (LAAM), [art. 41](#).

<sup>7</sup> La permanence que nous représentons confirme, à sa modeste mesure, cette tendance. Les hommes de plus de 25 ans sont relativement nombreux à vouloir mettre un terme à leurs obligations militaires et leur nombre augmente avec l'âge

<sup>8</sup> OMI, [art. 47](#).



Jours de service faits :  $238 (6 \text{ CR faits}) + 150 = 388$  jours à faire ou (système actuel)  $238 + 9 (6 \times 1.5) = 247$ . Différence : 141 jours de service civil en plus qu'avec le système actuel, mais aussi 21 jours de service (mil et civ) en plus de ce que ce même soldat aurait eu à faire s'il avait demandé le service civil dès la fin du recrutement.

En cela, le service est *punitif parce qu'il impose des jours en plus ... pour avoir accepté de faire presque tout son service militaire !!!*

Jours de service faits :  $219 (5 \text{ CR}) + 150 = 369$  ou (actuel :)  $219 + 39 (26 \times 1.5) = 258$ . Différence : 111 jours de plus que le système actuel, mais encore 2 jours de plus qu'avec un service civil demandé dès l'origine.

Jours de service faits  $200 (4 \text{ CR}) + 150 = 350$  ou actuel  $200 + 68 (45 \times 1.5) = 268$ . Différence : 82 en plus que le système actuel.

A partir d'ici le nombre total de jours faits devient inférieur à un service civil demandé d'emblée et donc les jours de service militaire faits diminuent le nombre total de jours à faire.

Jours de service faits  $181 (3 \text{ CR}) + 150 = 331$  ou  $181 + 96 (64 \times 1.5) = 277$ . Différence, 54 jours de service civil en plus, mais 90 de moins qu'avec un service civil complet.

Jours de service faits  $162 (2 \text{ CR}) + 150 = 312$  ou

Jours de service faits  $143 (1 \text{ CR}) + 150 = 293$  ou  $143 + 156 (101 \times 1.5) = 299$  Différence  $\pm 0$ .

#### Effets pour la pratique

c. Les effets du nouveau système sur les intérêts des candidats civilistes, en termes de jours à faire seraient les suivants :

1) Le facteur de 1.5 s'applique durant l'école de recrue, voir durant le 1<sup>er</sup> CR. Inchangé.

2) Tout jour d'armée fait durant cette période diminue effectivement le nombre total (armée et sc) de jours à faire, par rapport à un service civil complet. Inchangé.

3) Dès le 2<sup>ème</sup> CR et jusqu'au 4<sup>ème</sup> CR, le nouveau système augmente progressivement, par rapport à l'ancien, effet étrange, le nombre de jours total à faire, même si l'on fait ces CR, soit d'avoir à faire encore plus de service en tout parce que l'on fait de l'armée (absurde !), puis d'avoir à faire du service civil en plus, même si le nombre de jours total de service civil et militaire reste inférieur à ce que devrait faire un civiliste de la première heure mis au facteur 1.5).

Exemple : Faire un 2<sup>ème</sup> CR de 19 jours et demander le sc, ajoute en plus de ces 19 jours 17 jours de service en tout (civil et militaire) par rapport au système actuel, dans lequel le civiliste en faisant ce CR épargnerait 9 jours de service civil ( $19 - x 1.5$ ). (Nouveau :  $162 \text{ SM} + 150 \text{ SC} = 312$  Ancien  $162 + 125$  (solde de  $83 \times 1.5$ ) = 287, nouveau = J plus 25. S'il ne fait pas ce CR (ancien  $\text{SM } 143 + \text{SC } 152 (101 \times 1.5) = 295$  soit quelques jours en plus de SC pour ne pas avoir fait ce cours (295 au lieu 287), mais toujours au total 17 jours de moins qu'en faisant ce CR dans le système proposé, lequel augmente donc le nombre de jours à faire sans donner de diminution pour ceux faits.

Idem pour les 3<sup>ème</sup> et 4<sup>ème</sup> CR. Je renonce aux calculs ici, mais le nombre de jours d'armée faits sans diminuer le nombre de jours de service totaux augmentera d'autant, par rapport à quelqu'un qui demande le SC après l'ER ou le 1<sup>er</sup> CR.

4) Dès le 5<sup>ème</sup> CR, le nombre total (SC et SM) de jours à faire devient plus grand que quelqu'un qui demande le service civil dès le 1<sup>er</sup> jour.

d. En résumé, il ne sera intéressant, en terme de jours à faire (ou rentable) de demander le service qu'entre le recrutement et la fin du 1<sup>er</sup> cours de répétition. A l'inverse, toute demande faite ultérieurement augmentera, de plus en plus gravement, la charge totale du nombre de jours à faire, laquelle dépassera, si le SC est demandé durant ou après le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, le nombre de jours à faire pour quelqu'un qui demande le service civil avant l'ER.

18. Tactiquement, pour le soutien aux objecteurs, l'intérêt à demander le service civil entre le recrutement et la fin de l'école de recrue reste similaire. Par contre, plus le militaire avance dans sa carrière militaire, plus la charge de jours augmente, plus il devient difficile de demander le service civil (et plus sera grande le besoin de demander la voie bleue).

19. Cela n'aura pas pour effet de diminuer fortement le nombre de demandes de service civil, puisque les demandes seront soit pour une part reportées plus tôt dans la carrière militaire, soit transformées en demande médicales et que rares seront les personnes qui en fin de carrière militaire décideront de finir leur service plutôt que de sortir de l'armée, d'une façon ou d'une autre.



### La durée du service civil en droit

20. En droit Suisse, le facteur légal de 1.5 est le même depuis l'origine. Avec toutefois la réserve présentée ci-dessus au point 6 concernant la durée effective (et non légale) située aux environs de 1.8.

21. Le droit international, le Comité des droits de l'homme et la Cour européenne des droits de l'homme, tiennent de jurisprudence constante le fait que le service civil doit être de nature civile et non-punitif.

22. Une durée supérieure au double du service militaire à remplacer est considérée comme excessive<sup>9</sup>. Ainsi, l'attribution à toute personne ayant moins de 75 jours de service militaire à faire de 150 jours de service civil serait contraire au droit international.

23. Mais c'est dans son ensemble, ou à tout le moins dès le 2<sup>ème</sup> cours de répétition, que la mesure est discriminatoire. D'abord parce que plus, ils servent dans l'armée, plus elle pénalise les militaires qui demandent le service civil. Ensuite, parce qu'elle traite différemment des personnes dans des situations similaires, à savoir des personnes présentant une demande de service civil, demande qui est de même nature quel que soit le moment où elle est faite et pour laquelle le nombre de jours de service militaire accomplis n'a aucune incidence, sauf peut-être à renforcer le besoin de présenter une objection de conscience, ce qui reste sans influence aucune sur le droit fondamental à demander le service civil.

24. La loi sur le service civil pose comme principe que la charge du service civil devrait équivalente à celle de l'armée<sup>10</sup>. Toutefois la mesure proposée, en tous les cas dès le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, puisque la charge en jours à faire est alourdie au-delà de ce que le militaire aurait à faire en demandant le service civil avant l'école de recrue. Ainsi, non-seulement, la personne concernée effectue la plus large part de son service militaire (les 3/4), mais elle y voit ajoutée une part importante de service civil (150/367) soit presque la moitié du service civil en plus, pour un total qui dépasse ce qu'elle aurait eu à faire tant à l'armée qu'avec un service civil entier. A ce titre, la mesure est non seulement dissuasive, mais discriminatoire dans la mesure où elle pénalise ceux qui ont déjà fait beaucoup d'armée (ne devraient-ils pas au contraire être pour cela remerciés ?).

25. Par ailleurs, le droit à l'objection de conscience étant un droit fondamental, toute forme de dissuasion, en entravant son libre exercice, est déjà une violation du droit.

26. Et il est finalement, à mon sens, difficile la nature punitive de la mesure, puisque ce sont ceux-là même, qui ont le plus servi dans l'armée, qui se voient le plus pénalisés.

### Résumé :

- Violation du droit international sur la durée du service civil.
- Discrimination entre les civilistes « d'origine » et ceux qui demandent le service civil au cours de leur carrière militaire (l'objection reste la même, pour les mêmes motifs et contre le même service militaire, seule change la situation militaire).
- Mesure probablement punitive.
- Mesure simple en apparence, mais particulièrement compliquée à comprendre et à calculer, entre autres pour les personnes concernées.

---

<sup>9</sup> ONU, Comité des droits de l'homme: Foin v France (Communication No. 666/1995), CCPR/C/D/666/1995, 9 November 1999, para. 10.3, entre autres jurisprudence. Voir aussi: Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 8.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>  
Il existe aussi une traduction allemande de document, p. 21 : [http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV\\_2014-3\\_KDVundAsyl.pdf](http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV_2014-3_KDVundAsyl.pdf)

Voir aussi le rapport quadriennal du Haut Commissaire aux Droits de l'Homme sur l'objection de conscience, 1.5.2017, § 22.  
<http://www.undocs.org/fr/A/HRC/35/4>

<sup>10</sup> LSC 5



### **Mesure 2 :**

Délai d'attente de 12 mois entre le dépôt de la demande et l'admission, avec obligation de faire les périodes de service militaires prévues.

27. La mesure est contraire à la constitution. Celle-ci prévoit, textuellement : « un service de remplacement »<sup>11</sup>. Or un *remplacement du service* n'est en aucun cas un service de remplacement *différé* avec maintien du service à remplacer, en attente du service de remplacement.

Des délais pour la mise en œuvre, par la personne concernée comme par l'administration, du service de remplacement sont acceptable, voir le maintien des obligations en attente de la décision d'admission<sup>12</sup>, mais en aucun le droit à l'objection de conscience ne saurait-il être suspendu.

28. De plus, la proposition est largement impraticable et passablement conflictogène. Les civilistes concernés ne se gêneront pas pour demander des reports, se faire porter malade ou pour ne pas se présenter et leur motifs de conscience finissant toujours par être reconnus, ils ne seront, s'ils sont que partiellement et inégalement sanctionnés pour ces déflections. Sans parler de la charge administrative supplémentaire pour les administrations cantonales.

### Résumé

- Mesure contraire à la constitution.
- Discrimination entre les civilistes qui font une demande avant l'école de recrue, lesquels ne sont pas condamnés à des périodes militaires et ceux qui la font après l'ER, qui doivent en faire ou, vaille que vaille, les faire annuler.
- Mesure de nature à créer de nombreuses difficultés administratives tant pour les conscrits et les civilistes que pour l'administration.

### **Mesure 3 :**

29. Suppression du facteur 1.1 et passage au facteur 1.5 pour les officiers et les sous-officiers supérieurs.

30. Les personnes concernées sont relativement peu nombreuses. Elles ont néanmoins les mêmes droits. Mais surtout toutes ces personnes, qui ont été obligées de revêtir ces fonctions d'encadrement, ont déjà servi, au moment de la demande d'admission au service civil plus de jours d'armée que ne servent les civilistes qui n'en a fait aucun. Le moins gradé de ceux-ci servira un total 440 jours de services au lieu de 245<sup>13</sup>. Pour obtenir son grade, il en aura déjà fait presque autant qu'un soldat normal. Et le solde de jour à faire, qu'il soit multiplié par 1.1. ou 1.5 dépassera de toutes façons le nombre maximal de jours effectués par un civiliste ne faisant pas d'armée du tout.

31. Sachant que l'obligation de grader est imposée, même avec un facteur 1.1, la personne qui demande le service civil alors qu'elle a déjà revêtu son grade est discriminée par rapport à un civiliste qui demande le service avant de recevoir le moindre grade. Augmenté cette durée plus encore, alors que la personne gradée sert déjà plus que toute autre personne sans garde, apparaît là aussi comme punitive.

### Résumé

- En conjonction avec la discrimination décrite ci-après, violation du droit international sur la durée du service de remplacement.
- Discrimination entre les officiers et sous-officiers supérieurs d'une part et les soldats d'autre part en raison d'abord de l'obligation de grader d'abord, pour laquelle les premiers ne peuvent rien, puis du fait qu'en raison de cette obligation, ils ont déjà effectué, contre leur gré, une durée de service aussi importante que les soldats, durée sur laquelle vient ensuite s'ajouter une très longue durée de service civil supplémentaire. Dit autrement, le soldat qui demande le service civil évite non-seulement de grader, mais tous les jours de service civil supplémentaires en cas de conflit de conscience alors que l'officier, qui est en droit de développer un conflit de conscience à tout moment, en est d'autant plus pénalisé.

<sup>11</sup> [Art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement.](#)

<sup>12</sup> [LSC 17 et 17a.](#)

<sup>13</sup> [OMI 47](#)



- Mesure qui ne touche qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 4 :**

32. Interdiction faite aux médecins de faire du service civil en tant que médecins.

33. Là encore, la mesure ne concerne que très peu de personnes. Les médecins ont en moyenne au moins 26-27 ans à la fin de leur formation et ce moment-là, la plupart des périodes longues sont faites. Mais quand bien même, faut-il priver les hôpitaux de ces médecins-là ?

34. Par ailleurs, la mesure est à nouveau discriminatoire ; pourquoi les médecins et pas les géologues, les travailleurs sociaux ou les enseignants ? Là ce ne serait plus seulement certains civilistes, mais tout le service d'intérêt public qui tendrait à être victime d'une vision trop étroite des possibilités de service civil.

35. Enfin, il existe certes une disposition qui interdit certaines affectations en fonction de la personne du civiliste, en particulier si elle favorise sa formation<sup>14</sup>. Et c'est probablement, dans ce contexte que la proposition s'inspirerait. Mais à nouveau, certains militaires exercent des fonctions militaires en lien avec leur profession – et pas seulement des médecins ! – en quoi des civilistes n'auraient-ils pas le droit d'en faire autant ?

#### Résumé

- Mesure hautement discriminatoire (par professions).
- Mesure ne touchant (en l'état, que les médecins) qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 5 :**

36. Pas d'admission au service civil pour les personnes pour lesquelles il ne reste plus de jours de service, mais pour lesquelles il reste des tirs obligatoires.

37. La question est controversée depuis longtemps. Seul sont concernés les militaires en service long, qui restent incorporés ensuite pendant 4 ans<sup>15</sup>. Il conviendrait de savoir combien il y a eu de cas.

38. Pour rappel, les militaires ont la possibilité de déposer l'arme, sans motifs, s'ils ne souhaitent pas la conserver, mais cela ne les dispense pas des tirs<sup>16</sup>.

39. D'abord, il convient de rappeler que l'exécution de tirs obligatoires, dans le cadre d'un service militaire, même terminé, peuvent donner lieu à conflit de conscience, qui plus est si celui-ci peut avoir à se manifester durant une période de 4 ans.

40. En ce sens, la mesure ignore et passe complètement à côté, nie un problème qu'il y aurait pourtant lieu de résoudre.

41. A mon sens, une procédure plus simple qu'une admission au service civil devrait permettre, par exemple mais en tous les cas pour motifs de conscience légitimes, de remettre l'arme définitivement et d'être ainsi dispensé des tirs obligatoires.

#### Résumé

- Violation du droit à l'objection de conscience
- Mesure administrative inadéquate
- Mesure ne touchant qu'un nombre limité de personne

#### **Mesure 6 :**

42. Les civilistes sont tenus de faire une période de service civil par année dès l'admission.

---

<sup>14</sup> [LSC 4a](#)

<sup>15</sup> [LAAM 54a](#)

<sup>16</sup> Ordonnance concernant l'équipement personnel des militaires (OEPM), [art. 6a](#).



43. La mesure existe déjà, [art. 39a](#) de l'ordonnance sur le service civil : « La personne astreinte au service civil *effectue chaque année* des affectations de service civil d'une durée de 26 jours au moins à partir de la deuxième année civile au plus tard ».

44. Les reports étant relativement fréquents, on peut se demander si c'est ceux-ci qu'il s'agit de limiter, mais le texte de la mesure est pour le surplus inutile.

#### Résumé

- Proposition de mesure incompétente, mesure déjà prévue par la loi.

#### Mesure 7 :

45. Obligation pour les personnes en service long, d'effectuer la période longue de service civile dans l'année qui suit (et non pas dans les trois ans qui suivent) l'admission au service civil.

46. Imposer un service civil long est une vieille mesure de 2011, que le Tribunal administratif fédéral avait annulée en raison de [l'article 20 de la LSC](#) qui stipule que le SC peut être fait en une ou plusieurs périodes<sup>17</sup>.

47. Depuis toujours, nous recommandons aux militaires en service long de passer d'abord au service normal, avant de demander le service civil, entre autres afin d'éviter le surplus de jours, actuellement 55 jours de service militaire ou 82 jours de service civil en plus<sup>18</sup>. Notre recommandation ne changera pas.

48. De plus, la mesure ne prévoit cette obligation que si l'école de recrue n'est pas terminée, or l'école de recrue est considérée comme terminée si 80% de ses jours ont été accomplis<sup>19</sup>; soit pour une école usuelle de 124 jours, dès le 100<sup>ème</sup> jour d'école de recrue. Mais dans la pratique, la demande de service civil peut être faite quelques jours plutôt, puisque celle-ci prend quelques jours, voir semaines à condition pour cela que l'admission à la fin du processus de demande intervienne après le 100<sup>ème</sup> jour de service.

49. Que ce soit en passant au service normal et en attendant les 80% de son service militaire (dans des conditions « suffisantes ») – si encore au service long avec les jours en sus – il est très facile d'éviter cette mesure et peu nombreux sont ceux qui se retrouveront à devoir faire une période longue ou leur période longue de service civile dans l'année qui suit. Au demeurant si un plan de carrière avait prévu une mise en suspend de celui-ci pour le service militaire long, avec une libération en fin d'école de recrue et une affectation longue trouvée rapidement, celle-ci peut être faite dans le temps préalablement dévolu au service militaire long.

50. La mesure est aussi discriminatoire puisqu'elle traite plus durement les militaires en service long que les militaires en service normal d'une part, et alors plus durement que les civilistes n'ayant pas débuté l'école de recrue d'autre part.

#### Résumé

- Mesure facile à contourner, voire à accommoder.
- Mesure ne concernant alors plus qu'un nombre limité de personne.
- Mesure discriminatoire.

#### Considérations finales

51. Les mesures 1 et 3 violent le droit international sur la durée du service civil.

52. La mesure 2 viole la constitution sur la notion de service de remplacement et la mesure 5 viole la constitution sur le droit à un service de remplacement.

53. Les mesures 1, 3, 4 et 7 sont clairement discriminatoires et violent à un titre ou un autre l'égalité de traitement.

54. Les mesures 3, 4, 5 et 7 ne touchent que – mais gravement – un nombre limité de personnes. À ce titre, le but premier de ces mesures n'est probablement pas ou que partiellement de toucher ces personnes-là, voire de les maintenir dans l'armée mais de donner l'impression qu'il est difficile ou déconseillé, qu'il est

<sup>17</sup> <http://www.infodroit.ch/spip.php?article91>

<sup>18</sup> [OMI 111](#)

<sup>19</sup> [OMI 57](#) ou [37 ordonnance sur le service civil \(OSI\)](#) (même teneur).



même dissuadé de sortir de l'armée. Un tel but viole le droit au service civil et un service civil non-discriminatoire et non-punitif.

55. Il convient d'ajouter à ce propos que les instances et jurisprudences internationales ont reconnus sans hésiter le droit à l'objection de conscience pour les appelés, comme pour les volontaires et les professionnels. Autrement dit et pour ce qui nous occupe ici, le droit à l'objection de conscience et au service de remplacement est et reste le même, ne saurait donc subir d'aggravation dans l'exercice du droit, soit l'accès au service civil, comme dans sa réalisation, soit l'accomplissement du service civil, que la personne concernée aie commencé ou non à servir dans l'armée<sup>20</sup>.

56. Les mesures 2, 3 et 4 supposent des difficultés de mise en œuvre particulièrement importantes. La mesure 5 pourrait faire l'objet d'une simplification administrative.

57. La mesure 6 est inutile, une aberration puisqu'elle préconise quelque chose qui existe déjà.

58. L'analyse de l'ensemble de ces mesures donne l'impression forte que l'armée est très embarrassée, mal à l'aise en raison des demandes service civil issues des ses rangs.

59. Ainsi quand bien même l'ensemble de ces mesures, si elles venaient à être mise en œuvre, aurait pourrait effet d'inciter les conscrits à demander le service civil bien plus tôt, ce qui n'est pas utile à l'armée non plus, il conviendrait de combattre ces mesures pour les effets et les complications graves qu'elles imposent, en toutes sortes de circonstances, aux militaires.

60. Il convient aussi de constater que les mesures proposées font preuve d'une méconnaissance, tant du droit international que du droit constitutionnel suisse qui confine à l'impréparation, voire au mépris, tant des civilistes que des militaires.

61. Enfin, dans le cadre des réactions à ces propositions de mesures, il conviendra de rappeler certaines ou l'ensemble de nos revendications de base, à savoir une présence civile lors du recrutement afin de faciliter son impartialité, un durée raisonnable et une compensation financière garantissant au moins l'accès au minimum vital<sup>21</sup>.

Christophe Barbey,  
Juriste, permanent depuis 2006

---

<sup>20</sup> Voir les résolutions du Conseil des Droits de l'Homme, par exemple la résolution du 8 octobre 2013, art. 12 [A/RES/HRC/24/17](#) ou Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 4.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

<sup>21</sup> Avec une APG de 62.- par jour durant l'ER ou son équivalent au service civil, ou en cas d'absence de salaire préalable au service ou de droit à son équivalent, avec 1'800.- par mois ~, le minimum vital n'est pas atteint. Le dernier rapport du haut commissaire aux droits de l'homme mentionne une trop faible rémunération comme étant de nature punitive. [A/HRC/35/4](#), § 21.



**Schule Schönenberg**  
Schulhausweg 10  
8824 Schönenberg ZH  
www.schoenenberg.ch

**Schulleitung**  
Regula Aepli Meier  
044 788 90 10  
regula.aeppli@schuleschoenenberg.ch

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Schönenberg, 5. September 2018

## **Stellungnahme Schule Schönenberg zur Änderung des Zivildienstgesetzes**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### **Einleitung und grundsätzliche Beurteilung**

Die Schule Schönenberg ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### **Kein Handlungsbedarf**

Sowohl die drei Bericht des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

### **Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen**

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoss gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

### **Unklare Auswirkungen**

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Die Schule Schönenberg weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Die Schule Schönenberg lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

### **Eigene Vorschläge**

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet die Schule Schönenberg, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Die Schule Schönenberg schlägt dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.
- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

### **Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist die Schule Schönenberg auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für die Schule Schönenberg ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

### **Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Dienstage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

### **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

Die Schule Schönenberg geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Dienstage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Dienstage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht der Schule Schönenberg besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

Die Schule Schönenberg ist der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Die Schule Schönenberg sieht absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildienstage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Dienstage erfüllen (2017: 96.7% aller Dienstage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Dienstage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Dienstage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.

### **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

### **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

Die Schule Schönenberg bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Freundliche Grüsse



Regula Aeppli Meier  
Schulleitung



Permanence romande pour civilistes et militaires  
Permanence@infodroit.ch ou  
Le mardi de 12 à 14 heures au 026 925 80 66.  
Pour les urgences, 079 524 35 74, veuillez laisser un message.

Flendruz, 16 juin 2018

### Avis de droit

*A qui de droit*

#### **7 mesures du Conseil fédéral destinées à la consultation. Modifications de la loi sur le service civil. 2018**

##### En préalable

1. Le droit à l'objection de conscience est un droit fondamental internationalement reconnu.
2. Il est reconnu par les jurisprudences du Comité des droits de l'homme et de la Cour Européenne des droits de l'homme, il est présent dans la constitution suisse<sup>1</sup>.
3. Ce droit s'appuie essentiellement tant sur le refus impératif de tuer que sur le refus de résoudre les conflits par la violence.
4. Le conflit entre l'obligation constitutionnelle de servir dans l'armée d'une part et la conscience d'autre part (appelé confit de conscience) peut se manifester sous diverses formes et à divers moments, de façons plus ou moins virulentes ou soudaines, y compris parfois par des somatisations ou des actes de rébellions. La problématique a été largement résolue par deux mesures:
  - 1) Il a été renoncé au « contrôle de conscience » en adoptant le système dit de la preuve par l'acte, soit l'acceptation, par la personne qui demande le service civil d'une durée plus longue pour ce service que celle requise pour le service militaire.Cette mesure a pour avantage (en plus d'une forte diminution de la charge administrative) d'éviter d'une part l'aggravation et la stigmatisation du conflit de conscience par son besoin de le confronter à la procédure et de libérer d'autre part la personne concernée d'une appréhension et d'une expression intellectuelle et verbalisée de ce conflit, inévitablement discriminatoire selon le niveau d'éducation, et sujette d'autre part à des biais divers, puisque le résultat de l'examen dépendait largement du degré de préparation à celui-ci plutôt que de la nature même, des sources et des raisons du conflit de conscience.
6. Il convient toutefois de noter que ce système de quotité a dès le début présenté un défaut important, au demeurant partiellement caché des civilistes eux-mêmes, dans la mesure où la durée de service civil requise par la loi (1 fois et demie – 1,5 – celle du service militaire encore à faire au moment de la demande) est dans la pratique comparativement différente de la durée du service militaire réellement effectuée par les militaires libérés lorsqu'ils atteignent la limite d'âge. En effet, ceux-ci se voient alors remettre le solde des jours de service non-effectués, alors que les civilistes se voient pénalement condamnés s'ils n'effectuent pas l'entier de leurs jours avant la même limite d'âge (limite par ailleurs par elle-même plus exigeante, puisqu'ils ont plus de jours à effectuer dans le même laps de temps). L'armée a de plus tardé à donner les chiffres permettant de mesurer cette différence des durées respectives des

---

<sup>1</sup> Constitution fédérale (Cst.) [Article 10 sur la droit à la vie](#), [art. 15 sur la liberté de conscience](#), [art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement](#).



services. Pourtant des estimations raisonnables permettaient d'évaluer le nombre de jours de service civil effectués pour les civilistes demandant le service civil pour l'entier de leur périodes de service militaires comme étant environ du double du nombre de jour effectué en moyenne par les soldats terminant leur obligation à la limite d'âge<sup>2</sup>. Actuellement, ce taux semble s'être amélioré un peu, mais la durée comparée du service civil resterait de 1.8 plus élevée que la durée des services militaires, et non pas les 1.5 que stipule la loi. Il conviendra de vérifier les effets de la nouvelle loi sur l'armée sur cette problématique, la limite d'âge n'étant plus un âge fixe (p. ex. 34 ans), mais devenant un nombre de dix années pour faire les services requis après l'école de recrue<sup>3</sup>.

7. De plus la discrimination pénale demeure, puisque contrairement au service civil, aucune mesure permettant d'assurer le rythme et le progrès de la réalisation des périodes de service militaire, mesure accompagnées dans la loi sur le service civil de mesures pénales en cas de retards, n'ont été introduites dans la nouvelle législation sur la l'armée. Ainsi, le civiliste doit accomplir certaines périodes (la première suivant l'admission et la période longue) selon des délais fixes et il ne doit pas lui rester plus d'une certaine proportion de jours à faire avant d'atteindre la limite d'âge. Passé ces délais ou si la proportion de jours restant à faire est trop forte, le civiliste est convoqué d'office pour le surplus ou la période concernée, puis il encoure une peine s'il n'effectue pas la période requise. Il n'existe, pas de système similaire ou aussi contraignant dans l'armée. Pour avoir une vision complète de cette discrimination, pénalement grave, il conviendrait encore de comparer le nombre des dispenses pour justes motifs, lesquelles au demeurant ne font que repousser le problème, dispenses accordées tant pour les civilistes que pour les militaires. Nonobstant, vu la nature différente des système de suivi et de répression des deux sortes d'obligations, puisqu'il y a des condamnations pour retard dus au système de suivi contre les civilistes et qu'il n'y en a pas pour les militaires, la discrimination pénale demeure, tout comme demeurera a priori la discrimination sur les durées.

8. 2) Il importe de souligner que le service civil peut et doit pouvoir être demandé en tout temps, c'est d'ailleurs dans la loi<sup>4</sup>.

9. Cela concerne bien sûr la possibilité de demander le service civil depuis une période de service militaire, mais porte surtout sur la nature du conflit de conscience et relève en partie aussi du droit humanitaire.

10. Ainsi, le conflit de conscience peut se développer par une réflexion autonome, mais il peut aussi surgir, progressivement ou soudainement, face à une circonstance rencontrée dans le cadre du service militaire, par exemple lors de la première prise d'arme (il y a hélas des condamnations pour refus d'ordre de personnes qui font à ce moment-là un blocage psychologique) ou en étant mis en confrontation à une arme particulièrement destructive.

11. Il convient aussi, et c'est d'une grande importance, de citer le cas de l'objection de conscience à un ordre criminel, y compris ou surtout si celui-ci viole le droit humanitaire ; objection qui doit en effet pouvoir être exprimée en tout temps et en particulier de façon immédiate au moment de la réception de l'ordre contesté, cette objection devant alors, selon les circonstances, rejeter non-seulement l'ordre contesté lui-même mais aussi l'ensemble du système qui produit ou maintient cet ordre injuste, à tout le moins si l'ordre est maintenu, car alors seul le refus personnel et complet du système permettant, à défaut de pouvoir l'empêcher, la réalisation de ce ordre illégal et des ses conséquences, de préserver la conscience, et donc l'innocence de la personne confrontée à une telle situation. L'objection de conscience à une circonstance particulière devenant alors une objection au sens usuel du terme, une objection d'ensemble au service militaire<sup>5</sup>.

---

<sup>2</sup> Détail du calcul : <http://www.infodroit.ch/spip.php?article44>

<sup>3</sup> Ordonnance sur les obligations militaires (OMI), 1.1.2018, [art. 19](#).

<sup>4</sup> Loi sur le service civil, [art. 16](#).

<sup>5</sup> Voir par exemple, [Jacques Verhaegen](#) : «Le refus d'obéissance aux ordres manifestement criminels », revue du CICR, vol. 84, n° 845, mars 2002.



### Analyse des mesures proposées

**Mesure 1:** 150 jours de service civil pour toutes personnes n'ayant pas terminés ses « services d'instruction » et ayant moins de 100 jours de service militaire restant.

#### Appréciation générale

12. Par « services d'instruction », il est entendu toutes les périodes de services militaires, à savoir écoles de recrues, écoles de cadres et cours de répétition<sup>6</sup>.

13. La proposition équivaldrait à « condamner », imposer à tout militaire ayant entre 1 et 100 jours de service militaire encore à faire à effectuer 150 jours de service civil.

14. La mesure incite à terminer ses obligations militaires au lieu de demander le service civil.

15. Partant du constat, hautement probable<sup>7</sup>, selon lequel les pertes en effectifs augmentent en fonction de l'âge par lassitude, perte d'intérêt ou en raison de l'augmentation des obligations professionnelles et familiales. Il conviendrait toutefois de disposer des chiffres du nombre des personnes qui quittent l'arme dans ces tranches d'âge soit pour le service civil, soit pour raisons médicales. En effet, si le problème est une question d'emploi du temps, la demande de service civil est d'autant plus contre-productive.

16. A cet aulne, la mesure aura pour effet principal d'augmenter le nombre de demandes médicales et assez peu de diminuer le nombre de service civil. Quand à sa capacité à renforcer la motivation pour l'armée, elle est ici hors contexte – ce n'est pas notre problème ou celui du service civil – et elle n'est que très indirecte, la diminution de l'attrait du service civil n'augmentant pas pour autant l'attrait pour l'armée.

#### Calculs concernant la mesure proposée

17. Dans la pratique, divers types de calculs sont possibles pour déterminer les effets et les proportions de la proposition. Mes connaissances mathématiques sont limitées, donc d'autres calculs sont peut-être possibles ou éventuellement meilleurs, mais ceux-ci révèlent plusieurs des effets pervers de la proposition:

a. Le facteur multipliant le nombre de jours à faire est, avec la proposition exponentiel : La personne qui aurait 1 seul jour d'armée encore à faire se retrouverait à en faire 150 jours, soit 150 fois plus que le nombre de jour d'armée requis.

Dans le détail, un militaire à qui il resterait :

1 cours de répétition (CR), soit 19 jours (150/19), verrait le multiplicateur passer de 1.5 à 7.89

2 cours de répétition, le facteur (150/38) est encore du quadruple (3.94)

3 cours de répétition, le facteur descend à 2.63

4 cours de répétition, le facteur est de 2 (1.97)

5 cours de répétition le facteur est encore de 1.57, soit plus haut que la loi actuelle ou que le facteur attribué aux civilistes ayant encore plus de jours.

Ce n'est donc qu'avec 6 cours de répétition encore à faire, soit avec le nombre total des cours de répétition à faire par les soldats, et donc durant le premier cours de répétition que l'ajout systématique de 150 jours, rejoint le facteur général de 1.5.

*Dit autrement, à quelques jours prêts, quiconque demanderait le service civil après l'école de recrue devrait faire 150 jours de service civil au moins, quelque soit le nombre de jour d'armée restant à faire. Pourquoi ne pas le dire ?*

b. Le calcul peut aussi être fait en tenant compte des jours de service militaires et civils faits au total.

Exemple pour un soldat :

Ecole de recrue de 124 jours, solde 121 jours de service en CR. Total 245<sup>(8)</sup>. Service civil complet, 245 X 1.5 = 367 jours de service civil.

Jours de service mil faits : 244 (au lieu de 245)+150=394 (proposition). Système actuel : 244 + 2 (1 x 1.5) = 246 (actuel). Différence : 148 jours à faire en plus qu'avec le système actuel et ... 27 de plus qu'en ayant demandé le service civil dès le recrutement.

<sup>6</sup> Loi sur l'armée et l'administration militaire (LAAM), [art. 41](#).

<sup>7</sup> La permanence que nous représentons confirme, à sa modeste mesure, cette tendance. Les hommes de plus de 25 ans sont relativement nombreux à vouloir mettre un terme à leurs obligations militaires et leur nombre augmente avec l'âge

<sup>8</sup> OMI, [art. 47](#).



Jours de service faits :  $238 (6 \text{ CR faits}) + 150 = 388$  jours à faire ou (système actuel)  $238 + 9 (6 \times 1.5) = 247$ . Différence : 141 jours de service civil en plus qu'avec le système actuel, mais aussi 21 jours de service (mil et civ) en plus de ce que ce même soldat aurait eu à faire s'il avait demandé le service civil dès la fin du recrutement.

En cela, le service est *punitif parce qu'il impose des jours en plus ... pour avoir accepté de faire presque tout son service militaire !!!*

Jours de service faits :  $219 (5 \text{ CR}) + 150 = 369$  ou (actuel :)  $219 + 39 (26 \times 1.5) = 258$ . Différence : 111 jours de plus que le système actuel, mais encore 2 jours de plus qu'avec un service civil demandé dès l'origine.

Jours de service faits  $200 (4 \text{ CR}) + 150 = 350$  ou actuel  $200 + 68 (45 \times 1.5) = 268$ . Différence : 82 en plus que le système actuel.

A partir d'ici le nombre total de jours faits devient inférieur à un service civil demandé d'emblée et donc les jours de service militaire faits diminuent le nombre total de jours à faire.

Jours de service faits  $181 (3 \text{ CR}) + 150 = 331$  ou  $181 + 96 (64 \times 1.5) = 277$ . Différence, 54 jours de service civil en plus, mais 90 de moins qu'avec un service civil complet.

Jours de service faits  $162 (2 \text{ CR}) + 150 = 312$  ou

Jours de service faits  $143 (1 \text{ CR}) + 150 = 293$  ou  $143 + 156 (101 \times 1.5) = 299$  Différence  $\pm 0$ .

#### Effets pour la pratique

c. Les effets du nouveau système sur les intérêts des candidats civilistes, en termes de jours à faire seraient les suivants :

- 1) Le facteur de 1.5 s'applique durant l'école de recrue, voir durant le 1<sup>er</sup> CR. Inchangé.
- 2) Tout jour d'armée fait durant cette période diminue effectivement le nombre total (armée et sc) de jours à faire, par rapport à un service civil complet. Inchangé.
- 3) Dès le 2<sup>ème</sup> CR et jusqu'au 4<sup>ème</sup> CR, le nouveau système augmente progressivement, par rapport à l'ancien, effet étrange, le nombre de jours total à faire, même si l'on fait ces CR, soit d'avoir à faire encore plus de service en tout parce que l'on fait de l'armée (absurde !), puis d'avoir à faire du service civil en plus, même si le nombre de jours total de service civil et militaire reste inférieur à ce que devrait faire un civiliste de la première heure mis au facteur 1.5).

Exemple : Faire un 2<sup>ème</sup> CR de 19 jours et demander le sc, ajoute en plus de ces 19 jours 17 jours de service en tout (civil et militaire) par rapport au système actuel, dans lequel le civiliste en faisant ce CR épargnerait 9 jours de service civil ( $19 - x 1.5$ ). (Nouveau :  $162 \text{ SM} + 150 \text{ SC} = 312$  Ancien  $162 + 125$  (solde de  $83 \times 1.5$ ) = 287, nouveau = J plus 25. S'il ne fait pas ce CR (ancien  $\text{SM } 143 + \text{SC } 152 (101 \times 1.5) = 295$  soit quelques jours en plus de SC pour ne pas avoir fait ce cours (295 au lieu 287), mais toujours au total 17 jours de moins qu'en faisant ce CR dans le système proposé, lequel augmente donc le nombre de jours à faire sans donner de diminution pour ceux faits.

Idem pour les 3<sup>ème</sup> et 4<sup>ème</sup> CR. Je renonce aux calculs ici, mais le nombre de jours d'armée faits sans diminuer le nombre de jours de service totaux augmentera d'autant, par rapport à quelqu'un qui demande le SC après l'ER ou le 1<sup>er</sup> CR.

- 4) Dès le 5<sup>ème</sup> CR, le nombre total (SC et SM) de jours à faire devient plus grand que quelqu'un qui demande le service civil dès le 1<sup>er</sup> jour.

d. En résumé, il ne sera intéressant, en terme de jours à faire (ou rentable) de demander le service qu'entre le recrutement et la fin du 1<sup>er</sup> cours de répétition. A l'inverse, toute demande faite ultérieurement augmentera, de plus en plus gravement, la charge totale du nombre de jours à faire, laquelle dépassera, si le SC est demandé durant ou après le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, le nombre de jours à faire pour quelqu'un qui demande le service civil avant l'ER.

18. Tactiquement, pour le soutien aux objecteurs, l'intérêt à demander le service civil entre le recrutement et la fin de l'école de recrue reste similaire. Par contre, plus le militaire avance dans sa carrière militaire, plus la charge de jours augmente, plus il devient difficile de demander le service civil (et plus sera grande le besoin de demander la voie bleue).

19. Cela n'aura pas pour effet de diminuer fortement le nombre de demandes de service civil, puisque les demandes seront soit pour une part reportées plus tôt dans la carrière militaire, soit transformées en demande médicales et que rares seront les personnes qui en fin de carrière militaire décideront de finir leur service plutôt que de sortir de l'armée, d'une façon ou d'une autre.



### La durée du service civil en droit

20. En droit Suisse, le facteur légal de 1.5 est le même depuis l'origine. Avec toutefois la réserve présentée ci-dessus au point 6 concernant la durée effective (et non légale) située aux environs de 1.8.

21. Le droit international, le Comité des droits de l'homme et la Cour européenne des droits de l'homme, tiennent de jurisprudence constante le fait que le service civil doit être de nature civile et non-punitif.

22. Une durée supérieure au double du service militaire à remplacer est considérée comme excessive<sup>9</sup>. Ainsi, l'attribution à toute personne ayant moins de 75 jours de service militaire à faire de 150 jours de service civil serait contraire au droit international.

23. Mais c'est dans son ensemble, ou à tout le moins dès le 2<sup>ème</sup> cours de répétition, que la mesure est discriminatoire. D'abord parce que plus, ils servent dans l'armée, plus elle pénalise les militaires qui demandent le service civil. Ensuite, parce qu'elle traite différemment des personnes dans des situations similaires, à savoir des personnes présentant une demande de service civil, demande qui est de même nature quel que soit le moment où elle est faite et pour laquelle le nombre de jours de service militaire accomplis n'a aucune incidence, sauf peut-être à renforcer le besoin de présenter une objection de conscience, ce qui reste sans influence aucune sur le droit fondamental à demander le service civil.

24. La loi sur le service civil pose comme principe que la charge du service civil devrait équivalente à celle de l'armée<sup>10</sup>. Toutefois la mesure proposée, en tous les cas dès le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, puisque la charge en jours à faire est alourdie au-delà de ce que le militaire aurait à faire en demandant le service civil avant l'école de recrue. Ainsi, non-seulement, la personne concernée effectue la plus large part de son service militaire (les 3/4), mais elle y voit ajouté une part importante de service civil (150/367) soit presque la moitié du service civil en plus, pour un total qui dépasse ce qu'elle aurait eu à faire tant à l'armée qu'avec un service civil entier. A ce titre, la mesure est non seulement dissuasive, mais discriminatoire dans la mesure où elle pénalise ceux qui ont déjà fait beaucoup d'armée (ne devraient-ils pas au contraire être pour cela remerciés ?).

25. Par ailleurs, le droit à l'objection de conscience étant un droit fondamental, toute forme de dissuasion, en entravant son libre exercice, est déjà une violation du droit.

26. Et il est finalement, à mon sens, difficile la nature punitive de la mesure, puisque ce sont ceux-là même, qui ont le plus servi dans l'armée, qui se voient le plus pénalisés.

### Résumé :

- Violation du droit international sur la durée du service civil.
- Discrimination entre les civilistes « d'origine » et ceux qui demandent le service civil au cours de leur carrière militaire (l'objection reste la même, pour les mêmes motifs et contre le même service militaire, seule change la situation militaire).
- Mesure probablement punitive.
- Mesure simple en apparence, mais particulièrement compliquée à comprendre et à calculer, entre autres pour les personnes concernées.

---

<sup>9</sup> ONU, Comité des droits de l'homme: Foin v France (Communication No. 666/1995), CCPR/C/D/666/1995, 9 November 1999, para. 10.3, entre autres jurisprudence. Voir aussi: Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 8.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>  
Il existe aussi une traduction allemande de document, p. 21 : [http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV\\_2014-3\\_KDVundAsyl.pdf](http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV_2014-3_KDVundAsyl.pdf)

Voir aussi le rapport quadriennal du Haut Commissaire aux Droits de l'Homme sur l'objection de conscience, 1.5.2017, § 22.

<http://www.undocs.org/fr/A/HRC/35/4>

<sup>10</sup> LSC 5



### **Mesure 2 :**

Délai d'attente de 12 mois entre le dépôt de la demande et l'admission, avec obligation de faire les périodes de service militaires prévues.

27. La mesure est contraire à la constitution. Celle-ci prévoit, textuellement : « un service de remplacement »<sup>11</sup>. Or un *remplacement du service* n'est en aucun cas un service de remplacement *différé* avec maintien du service à remplacer, en attente du service de remplacement.

Des délais pour la mise en œuvre, par la personne concernée comme par l'administration, du service de remplacement sont acceptable, voir le maintien des obligations en attente de la décision d'admission<sup>12</sup>, mais en aucun le droit à l'objection de conscience ne saurait-il être suspendu.

28. De plus, la proposition est largement impraticable et passablement conflictogène. Les civilistes concernés ne se gêneront pas pour demander des reports, se faire porter malade ou pour ne pas se présenter et leur motifs de conscience finissant toujours par être reconnus, ils ne seront, s'ils sont que partiellement et inégalement sanctionnés pour ces déflections. Sans parler de la charge administrative supplémentaire pour les administrations cantonales.

### Résumé

- Mesure contraire à la constitution.
- Discrimination entre les civilistes qui font une demande avant l'école de recrue, lesquels ne sont pas condamnés à des périodes militaires et ceux qui la font après l'ER, qui doivent en faire ou, vaille que vaille, les faire annuler.
- Mesure de nature à créer de nombreuses difficultés administratives tant pour les conscrits et les civilistes que pour l'administration.

### **Mesure 3 :**

29. Suppression du facteur 1.1 et passage au facteur 1.5 pour les officiers et les sous-officiers supérieurs.

30. Les personnes concernées sont relativement peu nombreuses. Elles ont néanmoins les mêmes droits. Mais surtout toutes ces personnes, qui ont été obligées de revêtir ces fonctions d'encadrement, ont déjà servi, au moment de la demande d'admission au service civil plus de jours d'armée que ne servent les civilistes qui n'en a fait aucun. Le moins gradé de ceux-ci servira un total 440 jours de services au lieu de 245<sup>13</sup>. Pour obtenir son grade, il en aura déjà fait presque autant qu'un soldat normal. Et le solde de jour à faire, qu'il soit multiplié par 1.1. ou 1.5 dépassera de toutes façons le nombre maximal de jours effectués par un civiliste ne faisant pas d'armée du tout.

31. Sachant que l'obligation de grader est imposée, même avec un facteur 1.1, la personne qui demande le service civil alors qu'elle a déjà revêtu son grade est discriminée par rapport à un civiliste qui demande le service avant de recevoir le moindre grade. Augmenté cette durée plus encore, alors que la personne gradée sert déjà plus que toute autre personne sans garde, apparaît là aussi comme punitive.

### Résumé

- En conjonction avec la discrimination décrite ci-après, violation du droit international sur la durée du service de remplacement.
- Discrimination entre les officiers et sous-officiers supérieurs d'une part et les soldats d'autre part en raison d'abord de l'obligation de grader d'abord, pour laquelle les premiers ne peuvent rien, puis du fait qu'en raison de cette obligation, ils ont déjà effectué, contre leur gré, une durée de service aussi importante que les soldats, durée sur laquelle vient ensuite s'ajouter une très longue durée de service civil supplémentaire. Dit autrement, le soldat qui demande le service civil évite non-seulement de grader, mais tous les jours de service civil supplémentaires en cas de conflit de conscience alors que l'officier, qui est en droit de développer un conflit de conscience à tout moment, en est d'autant plus pénalisé.

<sup>11</sup> [Art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement.](#)

<sup>12</sup> [LSC 17 et 17a.](#)

<sup>13</sup> [OMI 47](#)



- Mesure qui ne touche qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 4 :**

32. Interdiction faite aux médecins de faire du service civil en tant que médecins.

33. Là encore, la mesure ne concerne que très peu de personnes. Les médecins ont en moyenne au moins 26-27 ans à la fin de leur formation et ce moment-là, la plupart des périodes longues sont faites. Mais quand bien même, faut-il priver les hôpitaux de ces médecins-là ?

34. Par ailleurs, la mesure est à nouveau discriminatoire ; pourquoi les médecins et pas les géologues, les travailleurs sociaux ou les enseignants ? Là ce ne serait plus seulement certains civilistes, mais tout le service d'intérêt public qui tendrait à être victime d'une vision trop étroite des possibilités de service civil.

35. Enfin, il existe certes une disposition qui interdit certaines affectations en fonction de la personne du civiliste, en particulier si elle favorise sa formation<sup>14</sup>. Et c'est probablement, dans ce contexte que la proposition s'inspirerait. Mais à nouveau, certains militaires exercent des fonctions militaires en lien avec leur profession – et pas seulement des médecins ! – en quoi des civilistes n'auraient-ils pas le droit d'en faire autant ?

#### Résumé

- Mesure hautement discriminatoire (par professions).
- Mesure ne touchant (en l'état, que les médecins) qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 5 :**

36. Pas d'admission au service civil pour les personnes pour lesquelles il ne reste plus de jours de service, mais pour lesquelles il reste des tirs obligatoires.

37. La question est controversée depuis longtemps. Seul sont concernés les militaires en service long, qui restent incorporés ensuite pendant 4 ans<sup>15</sup>. Il conviendrait de savoir combien il y a eu de cas.

38. Pour rappel, les militaires ont la possibilité de déposer l'arme, sans motifs, s'ils ne souhaitent pas la conserver, mais cela ne les dispense pas des tirs<sup>16</sup>.

39. D'abord, il convient de rappeler que l'exécution de tirs obligatoires, dans le cadre d'un service militaire, même terminé, peuvent donner lieu à conflit de conscience, qui plus est si celui-ci peut avoir à se manifester durant une période de 4 ans.

40. En ce sens, la mesure ignore et passe complètement à côté, nie un problème qu'il y aurait pourtant lieu de résoudre.

41. A mon sens, une procédure plus simple qu'une admission au service civil devrait permettre, par exemple mais en tous les cas pour motifs de conscience légitimes, de remettre l'arme définitivement et d'être ainsi dispensé des tirs obligatoires.

#### Résumé

- Violation du droit à l'objection de conscience
- Mesure administrative inadéquate
- Mesure ne touchant qu'un nombre limité de personne

#### **Mesure 6 :**

42. Les civilistes sont tenus de faire une période de service civil par année dès l'admission.

---

<sup>14</sup> LSC 4a

<sup>15</sup> LAAM 54a

<sup>16</sup> Ordonnance concernant l'équipement personnel des militaires (OEPM), [art. 6a](#).



43. La mesure existe déjà, [art. 39a](#) de l'ordonnance sur le service civil : « La personne astreinte au service civil *effectue chaque année* des affectations de service civil d'une durée de 26 jours au moins à partir de la deuxième année civile au plus tard ».

44. Les reports étant relativement fréquents, on peut se demander si c'est ceux-ci qu'il s'agit de limiter, mais le texte de la mesure est pour le surplus inutile.

#### Résumé

- Proposition de mesure incompétente, mesure déjà prévue par la loi.

#### Mesure 7 :

45. Obligation pour les personnes en service long, d'effectuer la période longue de service civile dans l'année qui suit (et non pas dans les trois ans qui suivent) l'admission au service civil.

46. Imposer un service civil long est une vieille mesure de 2011, que le Tribunal administratif fédéral avait annulée en raison de [l'article 20 de la LSC](#) qui stipule que le SC peut être fait en une ou plusieurs périodes<sup>17</sup>.

47. Depuis toujours, nous recommandons aux militaires en service long de passer d'abord au service normal, avant de demander le service civil, entre autres afin d'éviter le surplus de jours, actuellement 55 jours de service militaire ou 82 jours de service civil en plus<sup>18</sup>. Notre recommandation ne changera pas.

48. De plus, la mesure ne prévoit cette obligation que si l'école de recrue n'est pas terminée, or l'école de recrue est considérée comme terminée si 80% de ses jours ont été accomplis<sup>19</sup>; soit pour une école usuelle de 124 jours, dès le 100<sup>ème</sup> jour d'école de recrue. Mais dans la pratique, la demande de service civil peut être faite quelques jours plutôt, puisque celle-ci prend quelques jours, voir semaines à condition pour cela que l'admission à la fin du processus de demande intervienne après le 100<sup>ème</sup> jour de service.

49. Que ce soit en passant au service normal et en attendant les 80% de son service militaire (dans des conditions « suffisantes ») – si encore au service long avec les jours en sus – il est très facile d'éviter cette mesure et peu nombreux sont ceux qui se retrouveront à devoir faire une période longue ou leur période longue de service civile dans l'année qui suit. Au demeurant si un plan de carrière avait prévu une mise en suspend de celui-ci pour le service militaire long, avec une libération en fin d'école de recrue et une affectation longue trouvée rapidement, celle-ci peut être faite dans le temps préalablement dévolu au service militaire long.

50. La mesure est aussi discriminatoire puisqu'elle traite plus durement les militaires en service long que les militaires en service normal d'une part, et alors plus durement que les civilistes n'ayant pas débuté l'école de recrue d'autre part.

#### Résumé

- Mesure facile à contourner, voire à accommoder.
- Mesure ne concernant alors plus qu'un nombre limité de personne.
- Mesure discriminatoire.

#### Considérations finales

51. Les mesures 1 et 3 violent le droit international sur la durée du service civil.

52. La mesure 2 viole la constitution sur la notion de service de remplacement et la mesure 5 viole la constitution sur le droit à un service de remplacement.

53. Les mesures 1, 3, 4 et 7 sont clairement discriminatoires et violent à un titre ou un autre l'égalité de traitement.

54. Les mesures 3, 4, 5 et 7 ne touchent que – mais gravement – un nombre limité de personnes. À ce titre, le but premier de ces mesures n'est probablement pas ou que partiellement de toucher ces personnes-là, voire de les maintenir dans l'armée mais de donner l'impression qu'il est difficile ou déconseillé, qu'il est

<sup>17</sup> <http://www.infodroit.ch/spip.php?article91>

<sup>18</sup> [OMI 111](#)

<sup>19</sup> [OMI 57](#) ou [37 ordonnance sur le service civil \(OSI\)](#) (même teneur).



même dissuadé de sortir de l'armée. Un tel but viole le droit au service civil et un service civil non-discriminatoire et non-punitif.

55. Il convient d'ajouter à ce propos que les instances et jurisprudences internationales ont reconnus sans hésiter le droit à l'objection de conscience pour les appelés, comme pour les volontaires et les professionnels. Autrement dit et pour ce qui nous occupe ici, le droit à l'objection de conscience et au service de remplacement est et reste le même, ne saurait donc subir d'aggravation dans l'exercice du droit, soit l'accès au service civil, comme dans sa réalisation, soit l'accomplissement du service civil, que la personne concernée aie commencé ou non à servir dans l'armée<sup>20</sup>.

56. Les mesures 2, 3 et 4 supposent des difficultés de mise en œuvre particulièrement importantes. La mesure 5 pourrait faire l'objet d'une simplification administrative.

57. La mesure 6 est inutile, une aberration puisqu'elle préconise quelque chose qui existe déjà.

58. L'analyse de l'ensemble de ces mesures donne l'impression forte que l'armée est très embarrassée, mal à l'aise en raison des demandes service civil issues des ses rangs.

59. Ainsi quand bien même l'ensemble de ces mesures, si elles venaient à être mise en œuvre, aurait pourrait effet d'inciter les conscrits à demander le service civil bien plus tôt, ce qui n'est pas utile à l'armée non plus, il conviendrait de combattre ces mesures pour les effets et les complications graves qu'elles imposent, en toutes sortes de circonstances, aux militaires.

60. Il convient aussi de constater que les mesures proposées font preuve d'une méconnaissance, tant du droit international que du droit constitutionnel suisse qui confine à l'impréparation, voire au mépris, tant des civilistes que des militaires.

61. Enfin, dans le cadre des réactions à ces propositions de mesures, il conviendra de rappeler certaines ou l'ensemble de nos revendications de base, à savoir une présence civile lors du recrutement afin de faciliter son impartialité, un durée raisonnable et une compensation financière garantissant au moins l'accès au minimum vital<sup>21</sup>.

Christophe Barbey,  
Juriste, permanent depuis 2006

---

<sup>20</sup> Voir les résolutions du Conseil des Droits de l'Homme, par exemple la résolution du 8 octobre 2013, art. 12 [A/RES/HRC/24/17](#) ou Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 4.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

<sup>21</sup> Avec une APG de 62.- par jour durant l'ER ou son équivalent au service civil, ou en cas d'absence de salaire préalable au service ou de droit à son équivalent, avec 1'800.- par mois ~, le minimum vital n'est pas atteint. Le dernier rapport du haut commissaire aux droits de l'homme mentionne une trop faible rémunération comme étant de nature punitive. [A/HRC/35/4](#), § 21.

Zivildienst Zentralstelle
22. Aug. 2018
Eingescannt Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>



Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

**Schulen Malters**

Kontakt  
Lütolf Sandra  
Telefon  
041 499 66 46  
E-Mail  
schulleitung@schulen-malters.ch

Malters, 21. August 2018

## Stellungnahme der Schule Malters zur Änderung des Zivildienstgesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### Einleitung und grundsätzliche Beurteilung

Die Schulen Maltes sind überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### Kein Handlungsbedarf

Sowohl die drei Bericht des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

### Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte

grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoß gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

### **Unklare Auswirkungen**

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Die Schulen Malters weisen darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Die Schulen Malters lehnen aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

### **Eigene Vorschläge**

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwarten die Schulen Malters, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Die Schulen Malters schlagen dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.
- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

### **Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweisen die Schulen Malters auf das Rechtsgutachten der CIVIVA (liegt dieser Stellungnahme bei).

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt. Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für die Schulen Malters ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

#### **Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Diensttage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

#### **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

Die Schulen Malters gehen davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Dienstage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Dienstage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

#### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

#### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht der Schulen Malters besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

Die Schulen Malters sind der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

#### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Die Schulen Malters sehen absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildienstage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und

flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Diensttage erfüllen (2017: 96.7% aller Diensttage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Diensttage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Diensttage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.

**Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

**Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

Die Schulen Malters bedauern, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden; sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Freundliche Grüsse



Sandra Lütolf  
Schulleiterin Schulen Malters



Beilage:

- Rechtsgutachten der CIVIVA

Permanence romande pour civilistes et militaires  
Permanence@infodroit.ch ou  
Le mardi de 12 à 14 heures au 026 925 80 66.  
Pour les urgences, 079 524 35 74, veuillez laisser un message.

Flendruz, 16 juin 2018

**Avis de droit**  
*A qui de droit*

**7 mesures du Conseil fédéral destinées à la consultation.  
Modifications de la loi sur le service civil.  
2018**

**En préalable**

1. Le droit à l'objection de conscience est un **droit fondamental internationalement reconnu**.
2. Il est reconnu par les jurisprudences du Comité des droits de l'homme et de la Cour Européenne des droits de l'homme, il est présent dans la constitution suisse<sup>1</sup>.
3. Ce droit s'appuie essentiellement tant sur le refus impératif de tuer que sur le refus de résoudre les conflits par la violence.
4. Le conflit entre l'obligation constitutionnelle de servir dans l'armée d'une part et la conscience d'autre part (appelé **conflit de conscience**) peut se manifester sous diverses formes et à divers moments, de façons plus ou moins virulentes ou soudaines, y compris parfois par des somatisations ou des actes de rébellions. La problématique a été largement résolue par deux mesures:
  - 1) Il a été renoncé au « contrôle de conscience » en adoptant le système dit de la preuve par l'acte, soit l'acceptation, par la personne qui demande le service civil d'une durée plus longue pour ce service que celle requise pour le service militaire.Cette mesure a pour avantage (en plus d'une forte diminution de la charge administrative) d'éviter d'une part l'aggravation et la stigmatisation du conflit de conscience par son besoin de le confronter à la procédure et de libérer d'autre part la personne concernée d'une appréhension et d'une expression intellectuelle et verbalisée de ce conflit, inévitablement discriminatoire selon le niveau d'éducation, et sujette d'autre part à des biais divers, puisque le résultat de l'examen dépendait largement du degré de préparation à celui-ci plutôt que de la nature même, des sources et des raisons du conflit de conscience.
6. Il convient toutefois de noter que ce **système de quotité** a dès le début présenté un défaut important, au demeurant partiellement caché des civilistes eux-mêmes, dans la mesure où la durée de service civil requise par la loi (1 fois et demie – 1,5 – celle du service militaire encore à faire au moment de la demande) est dans la pratique comparativement différente de la durée du service militaire réellement effectuée par les militaires libérés lorsqu'ils atteignent la limite d'âge. En effet, ceux-ci se voient alors remettre le solde des jours de service non-effectués, alors que les civilistes se voient pénalement condamnés s'ils n'effectuent pas l'entier de leurs jours avant la même limite d'âge (limite par ailleurs par elle-même plus exigeante, puisqu'ils ont plus de jours à effectuer dans le même laps de temps). L'armée a de plus tardé à donner les chiffres permettant de mesurer cette différence des durées respectives des

<sup>1</sup> Constitution fédérale (Cst.) Article 10 sur la droit à la vie, art. 15 sur la liberté de conscience, art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement.

services. Pourtant des estimations raisonnables permettaient d'évaluer le nombre de jours de service civil effectués pour les civilistes demandant le service civil pour l'entier de leur périodes de service militaires comme étant environ du double du nombre de jour effectué en moyenne par les soldats terminant leur obligation à la limite d'âge<sup>2</sup>. Actuellement, ce taux semble s'être amélioré un peu, mais la durée comparée du service civil resterait de 1.8 plus élevée que la durée des services militaires, et non pas les 1.5 que stipule la loi. Il conviendra de vérifier les effets de la nouvelle loi sur l'armée sur cette problématique, la limite d'âge n'étant plus un âge fixe (p. ex. 34 ans), mais devenant un nombre de dix années pour faire les services requis après l'école de recrue<sup>3</sup>.

7. De plus la discrimination pénale demeure, puisque contrairement au service civil, aucune mesure permettant d'assurer le rythme et le progrès de la réalisation des périodes de service militaire, mesure accompagnées dans la loi sur le service civil de mesures pénales en cas de retards, n'ont été introduites dans la nouvelle législation sur la l'armée. Ainsi, le civiliste doit accomplir certaines périodes (la première suivant l'admission et la période longue) selon des délais fixes et il ne doit pas lui rester plus d'une certaine proportion de jours à faire avant d'atteindre la limite d'âge. Passé ces délais ou si la proportion de jours restant à faire est trop forte, le civiliste est convoqué d'office pour le surplus ou la période concernée, puis il encoure une peine s'il n'effectue pas la période requise. Il n'existe, pas de système similaire ou aussi contraignant dans l'armée. Pour avoir une vision complète de cette discrimination, pénalement grave, il conviendrait encore de comparer le nombre des dispenses pour justes motifs, lesquelles au demeurant ne font que repousser le problème, dispenses accordées tant pour les civilistes que pour les militaires. Nonobstant, vu la nature différente des système de suivi et de répression des deux sortes d'obligations, puisqu'il y a des condamnations pour retard dus au système de suivi contre les civilistes et qu'il n'y en a pas pour les militaires, la discrimination pénale demeure, tout comme demeurera a priori la discrimination sur les durées.

8. 2) Il importe de souligner que le service civil peut et doit pouvoir être demandé en tout temps, c'est d'ailleurs dans la loi<sup>4</sup>.

9. Cela concerne bien sûr la possibilité de demander le service civil depuis une période de service militaire, mais porte surtout sur la nature du conflit de conscience et relève en partie aussi du droit humanitaire.

10. Ainsi, le conflit de conscience peut se développer par une réflexion autonome, mais il peut aussi surgir, progressivement ou soudainement, face à une circonstance rencontrée dans le cadre du service militaire, par exemple lors de la première prise d'arme (il y a hélas des condamnations pour refus d'ordre de personnes qui font à ce moment-là un blocage psychologique) ou en étant mis en confrontation à une arme particulièrement destructive.

11. Il convient aussi, et c'est d'une grande importance, de citer le cas de l'objection de conscience à un ordre criminel, y compris ou surtout si celui-ci viole le droit humanitaire; objection qui doit en effet pouvoir être exprimée en tout temps et en particulier de façon immédiate au moment de la réception de l'ordre contesté, cette objection devant alors, selon les circonstances, rejeter non-seulement l'ordre contesté lui-même mais aussi l'ensemble du système qui produit ou maintient cet ordre injuste, à tout le moins si l'ordre est maintenu, car alors seul le refus personnel et complet du système permettant, à défaut de pouvoir l'empêcher, la réalisation de ce ordre illégal et des ses conséquences, de préserver la conscience, et donc l'innocence de la personne confrontée à une telle situation. L'objection de conscience à une circonstance particulière devenant alors une objection au sens usuel du terme, une objection d'ensemble au service militaire<sup>5</sup>.

<sup>2</sup> Détail du calcul : <http://www.infodroit.ch/spip.php?article44>

<sup>3</sup> Ordonnance sur les obligations militaires (OMI), 1.1.2018, art. 19.

<sup>4</sup> Loi sur le service civil, art. 16.

<sup>5</sup> Voir par exemple, Jacques Verhaegen : «Le refus d'obéissance aux ordres manifestement criminels », revue du CICR, vol. 84, n° 845, mars 2002.



#### Analyse des mesures proposées

**Mesure 1:** 150 jours de service civil pour toutes personnes n'ayant pas terminés ses « services d'instruction » et ayant moins de 100 jours de service militaire restant.

#### Appréciation générale

12. Par « services d'instruction », il est entendu toutes les périodes de services militaires, à savoir écoles de recrues, écoles de cadres et cours de répétition<sup>6</sup>.

13. La proposition équivaudrait à « condamner », imposer à tout militaire ayant entre 1 et 100 jours de service militaire encore à faire à effectuer 150 jours de service civil.

14. La mesure incite à terminer ses obligations militaires au lieu de demander le service civil.

15. Partant du constat, hautement probable<sup>7</sup>, selon lequel les pertes en effectifs augmentent en fonction de l'âge par lassitude, perte d'intérêt ou en raison de l'augmentation des obligations professionnelles et familiales. Il conviendrait toutefois de disposer des chiffres du nombre des personnes qui quittent l'arme dans ces tranches d'âge soit pour le service civil, soit pour raisons médicales. En effet, si le problème est une question d'emploi du temps, la demande de service civil est d'autant plus contre-productive.

16. A cet aune, la mesure aura pour effet principal d'augmenter le nombre de demandes médicales et assez peu de diminuer le nombre de service civil. Quand à sa capacité à renforcer la motivation pour l'armée, elle est ici hors contexte – ce n'est pas notre problème ou celui du service civil – et elle n'est que très indirecte, la diminution de l'attrait du service civil n'augmentant pas pour autant l'attrait pour l'armée.

#### Calculs concernant la mesure proposée

17. Dans la pratique, divers types de calculs sont possibles pour déterminer les effets et les proportions de la proposition. Mes connaissances mathématiques sont limitées, donc d'autres calculs sont peut-être possibles ou éventuellement meilleurs, mais ceux-ci révèlent plusieurs des effets pervers de la proposition:

a. Le facteur multipliant le nombre de jours à faire est, avec la proposition exponentiel : La personne qui aurait 1 seul jour d'armée encore à faire se retrouverait à en faire 150 jours, soit 150 fois plus que le nombre de jour d'armée requis.

Dans le détail, un militaire à qui il resterait :

1 cours de répétition (CR), soit 19 jours (150/19), verrait le multiplicateur passer de 1.5 à 7.89

2 cours de répétition, le facteur (150/38) est encore du quadruple (3.94)

3 cours de répétition, le facteur descend à 2.63

4 cours de répétition, le facteur est de 2 (1.97)

5 cours de répétition le facteur est encore de 1.57, soit plus haut que la loi actuelle ou que le facteur attribué aux civilistes ayant encore plus de jours.

Ce n'est donc qu'avec 6 cours de répétition encore à faire, soit avec le nombre total des cours de répétition à faire par les soldats, et donc durant le premier cours de répétition que l'ajout systématique de 150 jours, rejoint le facteur général de 1.5.

*Dit autrement, à quelques jours près, quiconque demanderait le service civil après l'école de recrue devrait faire 150 jours de service civil au moins, quelque soit le nombre de jour d'armée restant à faire. Pourquoi ne pas le dire ?*

b. Le calcul peut aussi être fait en tenant compte des jours de service militaires et civils faits au total.

Exemple pour un soldat :

École de recrue de 124 jours, solde 121 jours de service en CR. Total 245<sup>8</sup>. Service civil complet, 245 X 1.5 = 367 jours de service civil.

Jours de service mil faits : 244 (au lieu de 245)+150=394 (proposition). Système actuel : 244 + 2 (1 x 1.5) = 246 (actuel). Différence : 148 jours à faire en plus qu'avec le système actuel et ... 27 de plus qu'en ayant demandé le service civil dès le recrutement.

<sup>6</sup> Loi sur l'armée et l'administration militaire (LAAM), art. 41.

<sup>7</sup> La permanence que nous représentons confirme, à sa modeste mesure, cette tendance. Les hommes de plus de 25 ans sont relativement nombreux à vouloir mettre un terme à leurs obligations militaires et leur nombre augmente avec l'âge.

<sup>8</sup> OMI, art. 47.

Jours de service faits :  $238 (6 \text{ CR faits}) + 150 = 388$  jours à faire ou (système actuel)  $238 + 9 (6 \times 1.5) = 247$ . Différence : 141 jours de service civil en plus qu'avec le système actuel, mais aussi 21 jours de service (mil et civ) en plus de ce que ce même soldat aurait eu à faire s'il avait demandé le service civil dès la fin du recrutement.

En cela, le service est *punitif* parce qu'il impose des jours en plus ... pour avoir accepté de faire presque tout son service militaire !!!

Jours de service faits :  $219 (5 \text{ CR}) + 150 = 369$  ou (actuel)  $219 + 39 (26 \times 1.5) = 258$ . Différence : 111 jours de plus que le système actuel, mais encore 2 jours de plus qu'avec un service civil demandé dès l'origine.

Jours de service faits  $200 (4 \text{ CR}) + 150 = 350$  ou actuel  $200 + 68 (45 \times 1.5) = 268$ . Différence : 82 en plus que le système actuel.

A partir d'ici le nombre total de jours faits devient inférieur à un service civil demandé d'emblée et donc les jours de service militaire faits diminuent le nombre total de jours à faire.

Jours de service faits  $181 (3 \text{ CR}) + 150 = 331$  ou  $181 + 96 (64 \times 1.5) = 277$ . Différence, 54 jours de service civil en plus, mais 90 de moins qu'avec un service civil complet.

Jours de service faits  $162 (2 \text{ CR}) + 150 = 312$  ou

Jours de service faits  $143 (1 \text{ CR}) + 150 = 293$  ou  $143 + 156 (101 \times 1.5) = 299$  Différence  $\pm 0$ .

#### Effets pour la pratique

c. Les effets du nouveau système sur les intérêts des candidats civilistes, en termes de jours à faire seraient les suivants :

1) Le facteur de 1.5 s'applique durant l'école de recrue, voir durant le 1<sup>er</sup> CR. Inchangé.

2) Tout jour d'armée fait durant cette période diminue effectivement le nombre total (armée et sc) de jours à faire, par rapport à un service civil complet. Inchangé.

3) Dès le 2<sup>ème</sup> CR et jusqu'au 4<sup>ème</sup> CR, le nouveau système augmente progressivement, par rapport à l'ancien, effet étrange, le nombre de jours total à faire, même si l'on fait ces CR, soit d'avoir à faire encore plus de service en tout parce que l'on fait de l'armée (absurde !), puis d'avoir à faire du service civil en plus, même si le nombre de jours total de service civil et militaire reste inférieur à ce que devrait faire un civiliste de la première heure mis au facteur 1.5).

Exemple : Faire un 2<sup>ème</sup> CR de 19 jours et demander le sc, ajoute en plus de ces 19 jours 17 jours de service en tout (civil et militaire) par rapport au système actuel, dans lequel le civiliste en faisant ce CR épargnerait 9 jours de service civil ( $19 - x 1.5$ ). (Nouveau :  $162 \text{ SM} + 150 \text{ SC} = 312$  Ancien  $162 + 125$  (solde de  $83 \times 1.5) = 287$ , nouveau = J plus 25. S'il ne fait pas ce CR (ancien SM 143 + SC 152 ( $101 \times 1.5) = 295$  soit quelques jours en plus de SC pour ne pas avoir fait ce cours (295 au lieu 287), mais toujours au total 17 jours de moins qu'en faisant ce CR dans le système proposé, lequel augmente donc le nombre de jours à faire sans donner de diminution pour ceux faits.

Idem pour les 3<sup>ème</sup> et 4<sup>ème</sup> CR. Je renonce aux calculs ici, mais le nombre de jours d'armée faits sans diminuer le nombre de jours de service totaux augmentera d'autant, par rapport à quelqu'un qui demande le SC après l'ER ou le 1<sup>er</sup> CR.

4) Dès le 5<sup>ème</sup> CR, le nombre total (SC et SM) de jours à faire devient plus grand que quelqu'un qui demande le service civil dès le 1<sup>er</sup> jour.

d. En résumé, il ne sera intéressant, en terme de jours à faire (ou rentable) de demander le service qu'entre le recrutement et la fin du 1<sup>er</sup> cours de répétition. A l'inverse, toute demande faite ultérieurement augmentera, de plus en plus gravement, la charge totale du nombre de jours à faire, laquelle dépassera, si le SC est demandé durant ou après le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, le nombre de jours à faire pour quelqu'un qui demande le service civil avant l'ER.

18. Tactiquement, pour le soutien aux objecteurs, l'intérêt à demander le service civil entre le recrutement et la fin de l'école de recrue reste similaire. Par contre, plus le militaire avance dans sa carrière militaire, plus la charge de jours augmente, plus il devient difficile de demander le service civil (et plus sera grande le besoin de demander la voie bleue).

19. Cela n'aura pas pour effet de diminuer fortement le nombre de demandes de service civil, puisque les demandes seront soit pour une part reportées plus tôt dans la carrière militaire, soit transformées en demande médicales et que rares seront les personnes qui en fin de carrière militaire décideront de finir leur service plutôt que de sortir de l'armée, d'une façon ou d'une autre.

Permanence romande pour les civilistes et les militaires.

C/°Infodroit.ch. Route des Siernes Picaz 46. 1659 Flendruz.

Membre de la Chambre genevoise de l'économie sociale et solidaire, [www.apres.ge](http://www.apres.ge)

Banque Alternative Suisse, ccp 46-110-7, BIC (SWIFT) ABSOCH22, IBAN CH35 0839 0033 2553 1000 2

même dissuadé de sortir de l'armée. Un tel but viole le droit au service civil et un service civil non-discriminatoire et non-punitif.

55. Il convient d'ajouter à ce propos que les instances et jurisprudences internationales ont reconnus sans hésiter le droit à l'objection de conscience pour les appelés, comme pour les volontaires et les professionnels. Autrement dit et pour ce qui nous occupe ici, le droit à l'objection de conscience et au service de remplacement est et reste le même, ne saurait donc subir d'aggravation dans l'exercice du droit, soit l'accès au service civil, comme dans sa réalisation, soit l'accomplissement du service civil, que la personne concernée aie commencé ou non à servir dans l'armée<sup>20</sup>.

56. Les mesures 2, 3 et 4 supposent des difficultés de mise en œuvre particulièrement importantes. La mesure 5 pourrait faire l'objet d'une simplification administrative.

57. La mesure 6 est inutile, une aberration puisqu'elle préconise quelque chose qui existe déjà.

58. L'analyse de l'ensemble de ces mesures donne l'impression forte que l'armée est très embarrassée, mal à l'aise en raison des demandes service civil issues des ses rangs.

59. Ainsi quand bien même l'ensemble de ces mesures, si elles venaient à être mise en œuvre, aurait pour effet d'inciter les conscrits à demander le service civil bien plus tôt, ce qui n'est pas utile à l'armée non plus, il conviendrait de combattre ces mesures pour les effets et les complications graves qu'elles imposent, en toutes sortes de circonstances, aux militaires.

60. Il convient aussi de constater que les mesures proposées font preuve d'une méconnaissance, tant du droit international que du droit constitutionnel suisse qui confine à l'impréparation, voire au mépris, tant des civilistes que des militaires.

61. Enfin, dans le cadre des réactions à ces propositions de mesures, il conviendra de rappeler certaines ou l'ensemble de nos revendications de base, à savoir une présence civile lors du recrutement afin de faciliter son impartialité, un durée raisonnable et une compensation financière garantissant au moins l'accès au minimum vital<sup>21</sup>.



Christophe Barbey,  
Juriste, permanent depuis 2006

<sup>20</sup> Voir les résolutions du Conseil des Droits de l'Homme, par exemple la résolution du 8 octobre 2013, art. 12 A/RES/HRC/24/17 ou Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 4.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUINO%202015%20R15%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

<sup>21</sup> Avec une APG de 62.- par jour durant l'ER ou son équivalent au service civil, ou en cas d'absence de salaire préalable au service ou de droit à son équivalent, avec l'800.- par mois ~, le minimum vital n'est pas atteint. Le dernier rapport du haut commissaire aux droits de l'homme mentionne une trop faible rémunération comme étant de nature punitive. A/HRC/35/4, § 21.

Permanence romande pour les civilistes et les militaires.

C/°Infodroit.ch. Route des Siernes Picaz 46. 1659 Flendruz.

Membre de la Chambre genevoise de l'économie sociale et solidaire, [www.apres.ge](http://www.apres.ge)

Banque Alternative Suisse, ccp 46-110-7, BIC (SWIFT) ABSOCH22, IBAN CH35 0839 0033 2553 1000 2

43. La mesure existe déjà, art. 39a de l'ordonnance sur le service civil : « La personne astreinte au service civil *effectue chaque année* des affectations de service civil d'une durée de 26 jours au moins à partir de la deuxième année civile au plus tard ».

44. Les reports étant relativement fréquents, on peut se demander si c'est ceux-ci qu'il s'agit de limiter, mais le texte de la mesure est pour le surplus inutile.

#### Résumé

- Proposition de mesure incompétente, mesure déjà prévue par la loi.

#### Mesure 7 :

45. Obligation pour les personnes en service long, d'effectuer la période longue de service civile dans l'année qui suit (et non pas dans les trois ans qui suivent) l'admission au service civil.

46. Imposer un service civil long est une vieille mesure de 2011, que le Tribunal administratif fédéral avait annulée en raison de l'article 20 de la LSC qui stipule que le SC peut être fait en une ou plusieurs périodes<sup>17</sup>.

47. Depuis toujours, nous recommandons aux militaires en service long de passer d'abord au service normal, avant de demander le service civil, entre autres afin d'éviter le surplus de jours, actuellement 55 jours de service militaire ou 82 jours de service civil en plus<sup>18</sup>. Notre recommandation ne changera pas.

48. De plus, la mesure ne prévoit cette obligation que si l'école de recrue n'est pas terminée, or l'école de recrue est considérée comme terminée si 80% de ses jours ont été accomplis<sup>19</sup>; soit pour une école usuelle de 124 jours, dès le 100<sup>ème</sup> jour d'école de recrue. Mais dans la pratique, la demande de service civil peut être faite quelques jours plutôt, puisque celle-ci prend quelques jours, voir semaines à condition pour cela que l'admission à la fin du processus de demande intervienne après le 100<sup>ème</sup> jour de service.

49. Que ce soit en passant au service normal et en attendant les 80% de son service militaire (dans des conditions « suffisantes ») – si encore au service long avec les jours en sus – il est très facile d'éviter cette mesure et peu nombreux sont ceux qui se retrouveront à devoir faire une période longue ou leur période longue de service civile dans l'année qui suit. Au demeurant si un plan de carrière avait prévu une mise en suspend de celui-ci pour le service militaire long, avec une libération en fin d'école de recrue et une affectation longue trouvée rapidement, celle-ci peut être faite dans le temps préalablement dévolu au service militaire long.

50. La mesure est aussi discriminatoire puisqu'elle traite plus durement les militaires en service long que les militaires en service normal d'une part, et alors plus durement que les civilistes n'ayant pas débuté l'école de recrue d'autre part.

#### Résumé

- Mesure facile à contourner, voire à accommoder.
- Mesure ne concernant alors plus qu'un nombre limité de personne.
- Mesure discriminatoire.

#### Considérations finales

51. Les mesures 1 et 3 violent le droit international sur la durée du service civil.

52. La mesure 2 viole la constitution sur la notion de service de remplacement et la mesure 5 viole la constitution sur le droit à un service de remplacement.

53. Les mesures 1, 3, 4 et 7 sont clairement discriminatoires et violent à un titre ou un autre l'égalité de traitement.

54. Les mesures 3, 4, 5 et 7 ne touchent que – mais gravement – un nombre limité de personnes. À ce titre, le but premier de ces mesures n'est probablement pas ou que partiellement de toucher ces personnes-là, voire de les maintenir dans l'armée mais de donner l'impression qu'il est difficile ou déconseillé, qu'il est

<sup>17</sup> <http://www.infodroit.ch/spip.php?article91>

<sup>18</sup> OMI 111

<sup>19</sup> OMI 57 ou 37 ordonnance sur le service civil (OSI) (même teneur).

#### La durée du service civil en droit

20. En droit Suisse, le facteur légal de 1.5 est le même depuis l'origine. Avec toutefois la réserve présentée ci-dessus au point 6 concernant la durée effective (et non légale) située aux environs de 1.8.

21. Le droit international, le Comité des droits de l'homme et la Cour européenne des droits de l'homme, tiennent de jurisprudence constante le fait que le service civil doit être de nature civile et non-punitif.

22. Une durée supérieure au double du service militaire à remplacer est considérée comme excessive<sup>9</sup>. Ainsi, l'attribution à toute personne ayant moins de 75 jours de service militaire à faire de 150 jours de service civil serait contraire au droit international.

23. Mais c'est dans son ensemble, ou à tout le moins dès le 2<sup>ème</sup> cours de répétition, que la mesure est discriminatoire. D'abord parce que plus, ils servent dans l'armée, plus elle pénalise les militaires qui demandent le service civil. Ensuite, parce qu'elle traite différemment des personnes dans des situations similaires, à savoir des personnes présentant une demande d'un service civil, demande qui est de même nature quel que soit le moment où elle est faite et pour laquelle le nombre de jours de service militaire accomplis n'a aucune incidence, sauf peut-être à renforcé le besoin de présenter une objection de conscience, ce qui reste sans influence aucune sur le droit fondamental à demander le service civil.

24. La loi sur le service civil pose comme principe que la charge du service civil devrait équivalente à celle de l'armée<sup>10</sup>. Toutefois la mesure proposée, en tous les cas dès le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, puisque la charge en jours à faire est alourdie au-delà de ce que le militaire aurait à faire en demandant le service civil avant l'école de recrue. Ainsi, non-seulement, la personne concernée effectue la plus large part de son service militaire (les 3/4), mais elle y voit ajoutée une part importante de service civil (150/367) soit presque la moitié du service civil en plus, pour un total qui dépasse ce qu'elle aurait eu à faire tant à l'armée qu'avec un service civil entier. À ce titre, la mesure est non seulement dissuasive, mais discriminatoire dans le mesure où elle pénalise ceux qui ont déjà fait beaucoup d'armée (ne devraient-ils pas au contraire être pour cela remerciés ?).

25. Par ailleurs, le droit à l'objection de conscience étant un droit fondamental, toute forme de dissuasion, en entravant son libre exercice, est déjà une violation du droit.

26. Et il est finalement, à mon sens, difficile la nature punitive de la mesure, puisque ce sont ceux-là même, qui ont le plus servi dans l'armée, qui se voient le plus pénalisés.

#### Résumé :

- Violation du droit international sur la durée du service civil.
- Discrimination entre les civilistes « d'origine » et ceux qui demandent le service civil au cours de leur carrière militaire (l'objection reste la même, pour les mêmes motifs et contre le même service militaire, seule change la situation militaire).
- Mesure probablement punitive.
- Mesure simple en apparence, mais particulièrement compliquée à comprendre et à calculer, entre autres pour les personnes concernées.

<sup>9</sup> ONU, Comité des droits de l'homme: Poin v France (Communication No. 666/1995), CCPR/C/D/666/1995, 9 November 1999, para. 10.3, entre autres jurisprudence. Voir aussi: Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quno 2015, p. 8.

<http://www.quno.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>  
Il existe aussi une traduction allemande de document, p. 21 : [http://www.quno.org/sites/default/files/resources/Connection-eV\\_2014-3\\_KDVundAsyl.pdf](http://www.quno.org/sites/default/files/resources/Connection-eV_2014-3_KDVundAsyl.pdf)

Voir aussi le rapport quadriennal du Haut Commissaire aux Droits de l'Homme sur l'objection de conscience, 1.5.2017, § 22.

<http://www.undocs.org/fr/A/HRC/35/4>

<sup>10</sup> LSC 5

#### Mesure 2 :

Délai d'attente de 12 mois entre le dépôt de la demande et l'admission, avec obligation de faire les périodes de service militaires prévues.

27. La mesure est contraire à la constitution. Celle-ci prévoit, textuellement : « un service de remplacement »<sup>11</sup>. Or un *remplacement du service* n'est en aucun cas un service de remplacement *différé* avec maintien du service à remplacer, en attente du service de remplacement.

Des délais pour la mise en œuvre, par la personne concernée comme par l'administration, du service de remplacement sont acceptable, voir le maintien des obligations en attente de la décision d'admission<sup>12</sup>, mais en aucun le droit à l'objection de conscience ne saurait-il être suspendu.

28. De plus, la proposition est largement impraticable et passablement conflictogène. Les civilistes concernés ne se gêneront pas pour demander des reports, se faire porter malade ou pour ne pas se présenter et leur motifs de conscience finissant toujours par être reconnus, ils ne seront, s'ils sont que partiellement et inégalement sanctionnés pour ces défections. Sans parler de la charge administrative supplémentaire pour les administrations cantonales.

#### Résumé

- Mesure contraire à la constitution.
- Discrimination entre les civilistes qui font une demande avant l'école de recrue, lesquels ne sont pas condamnés à des périodes militaires et ceux qui la font après l'ER, qui doivent en faire ou, vaille que vaille, les faire annuler.
- Mesure de nature à créer de nombreuses difficultés administratives tant pour les conscrits et les civilistes que pour l'administration.

#### Mesure 3 :

29. Suppression du facteur 1.1 et passage au facteur 1.5 pour les officiers et les sous-officiers supérieurs.

30. Les personnes concernées sont relativement peu nombreuses. Elles ont néanmoins les mêmes droits. Mais surtout toutes ces personnes, qui ont été obligées de revêtir ces fonctions d'encadrement, ont déjà servi, au moment de la demande d'admission au service civil plus de jours d'armée que ne servent les civilistes qui n'en ont fait aucun. Le moins gradé de ceux-ci servira un total 440 jours de services au lieu de 245<sup>13</sup>. Pour obtenir son grade, il en aura déjà fait presque autant qu'un soldat normal. Et le solde de jour à faire, qu'il soit multiplié par 1.1. ou 1.5 dépassera de toutes façons le nombre maximal de jours effectués par un civiliste ne faisant pas d'armée du tout.

31. Sachant que l'obligation de grader est imposée, même avec un facteur 1.1, la personne qui demande le service civil alors qu'elle a déjà revêtu son grade est discriminée par rapport à un civiliste qui demande le service avant de recevoir le moindre grade. Augmenté cette durée plus encore, alors que la personne gradée sert déjà plus que toute autre personne sans garde, apparaît là aussi comme punitive.

#### Résumé

- En conjonction avec la discrimination décrite ci-après, violation du droit international sur la durée du service de remplacement.
- Discrimination entre les officiers et sous-officiers supérieurs d'une part et les soldats d'autre part en raison d'abord de l'obligation de grader d'abord, pour laquelle les premiers ne peuvent rien, puis du fait qu'en raison de cette obligation, ils ont déjà effectué, contre leur gré, une durée de service aussi importante que les soldats, durée sur laquelle vient ensuite s'ajouter une très longue durée de service civil supplémentaire. Dit autrement, le soldat qui demande le service civil évite non-seulement de grader, mais tous les jours de service civil supplémentaires en cas de conflit de conscience alors que l'officier, qui est en droit de développer un conflit de conscience à tout moment, en est d'autant plus pénalisé.

<sup>11</sup> Art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement.

<sup>12</sup> LSC 17 et 17a.

<sup>13</sup> OMI 47

- Mesure qui ne touche qu'un nombre limité de personnes.

#### Mesure 4 :

32. Interdiction faite aux médecins de faire du service civil en tant que médecins.

33. Là encore, la mesure ne concerne que très peu de personnes. Les médecins ont en moyenne au moins 26-27 ans à la fin de leur formation et ce moment-là, la plupart des périodes longues sont faites. Mais quand bien même, faut-il priver les hôpitaux de ces médecins-là ?

34. Par ailleurs, la mesure est à nouveau discriminatoire ; pourquoi les médecins et pas les géologues, les travailleurs sociaux ou les enseignants ? Là ce ne serait plus seulement certains civilistes, mais tout le service d'intérêt public qui tendrait à être victime d'une vision trop étroite des possibilités de service civil.

35. Enfin, il existe certes une disposition qui interdit certaines affectations en fonction de la personne du civiliste, en particulier si elle favorise sa formation<sup>14</sup>. Et c'est probablement, dans ce contexte que la proposition s'inspirerait. Mais à nouveau, certains militaires exercent des fonctions militaires en lien avec leur profession – et pas seulement des médecins ! – en quoi des civilistes n'auraient-ils pas le droit d'en faire autant ?

#### Résumé

- Mesure hautement discriminatoire (par professions).
- Mesure ne touchant (en l'état, que les médecins) qu'un nombre limité de personnes.

#### Mesure 5 :

36. Pas d'admission au service civil pour les personnes pour lesquelles il ne reste plus de jours de service, mais pour lesquelles il reste des tirs obligatoires.

37. La question est controversée depuis longtemps. Seul sont concernés les militaires en service long, qui restent incorporés ensuite pendant 4 ans<sup>15</sup>. Il conviendrait de savoir combien il y a eu de cas.

38. Pour rappel, les militaires ont la possibilité de déposer l'arme, sans motifs, s'ils ne souhaitent pas la conserver, mais cela ne les dispense pas des tirs<sup>16</sup>.

39. D'abord, il convient de rappeler que l'exécution de tirs obligatoires, dans le cadre d'un service militaire, même terminé, peuvent donner lieu à conflit de conscience, qui plus est si celui-ci peut avoir à se manifester durant une période de 4 ans.

40. En ce sens, la mesure ignore et passe complètement à côté, nie un problème qu'il y aurait pourtant lieu de résoudre.

41. A mon sens, une procédure plus simple qu'une admission au service civil devrait permettre, par exemple mais en tous les cas pour motifs de conscience légitimes, de remettre l'arme définitivement et d'être ainsi dispensé des tirs obligatoires.

#### Résumé

- Violation du droit à l'objection de conscience
- Mesure administrative inadéquate
- Mesure ne touchant qu'un nombre limité de personnes

#### Mesure 6 :

42. Les civilistes sont tenus de faire une période de service civil par année dès l'admission.

<sup>14</sup> LSC 4a

<sup>15</sup> LAAM 54a

<sup>16</sup> Ordonnance concernant l'équipement personnel des militaires (OEPM), art. 6a.

Christoph Zinsstag, GF  
Waltalingerstr. 9  
8476 Unterstammheim

An  
Eidg. Dep. für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Zivildienst Zentralstelle

11. Okt. 2018

Eingescannt Ja  Nein 

9. Oktober 2018

## Stellungnahme zur Änderung des Zivildienstgesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### **Einleitung und grundsätzliche Beurteilung**

Der Verein Kinderheim Selam Äthiopien (=SELAM) hat in den letzten 5 Jahren 26 Zivis als Fachexperten in seinem Berufs-Ausbildungszentrum erfolgreich in Äthiopien eingesetzt. Wir haben damit in unserer wichtigen Aufgabe zum Befähigen von äthiopischen Jugendlichen gute Erfahrungen gemacht. Die Zivis helfen uns besonders bei der praktischen Weiterbildung unserer Instruktoeren und bei Erhöhen der Qualität in Unterricht, Fertigung und Unterhalt. Die Zusammenarbeit mit den Zivildienststellen ist unkompliziert, pragmatisch und lösungsorientiert. Wir erfahren grosses Verständnis im Zusammenhang mit den besonderen Herausforderungen in unserem Tätigkeitsland.

Wir sind überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend. Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im Rechtsgutachten, das sie vom ZD-Verband CIVIVA erhalten haben, ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### **Kein Handlungsbedarf**

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

Da wir bei SELAM ein Mindestalter von 24 Jahren für Dienste in Äthiopien voraussetzen, haben die meisten unserer Zivis ihre letzten Dienst-Tage bei uns geleistet. Viele gaben an, dass sie zuerst Militärdienst leisteten, aber dort besonders in den WKs sehr viel Leerlauf erlebten. Das bewog sie, in den Zivildienst zu wechseln, in der Hoffnung, auch noch einen offenkundig sinnvollen Dienst zu leisten. Mit attraktiveren und mehr bodenhaftenden WKs wären sicher einige bis zum Schluss im Militär geblieben. Die Einsätze in Äthiopien tragen direkt dazu bei, dass junge Menschen eine gute praktische Ausbildung erhalten, die es ihnen ermöglicht, im eigenen Land eine Existenz aufzubauen, anstatt nach Europa zu migrieren. Die Zivis dienen also als „Migrationshemmer“!

### **Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen**

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoss gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

### **Unklare Auswirkungen**

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. SELAM weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

SELAM lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

### **Eigene Vorschläge**

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet SELAM, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens der Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. SELAM ist darin einig mit dem Zivildienst-Verband CIVIVA. Wir möchten für die Verbesserungsvorschläge für jede der vorgeschlagenen 7 Massnahmen auf das Schreiben von CIVIVA verweisen, das wir beigelegt haben.

Mit freundlichen Grüssen

*Christoph Frensch, geschäftsführer*

Beilage: Stellungnahme CIVIVA

Zürich, Oktober 2018

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

## Stellungnahme des Schweizerischen Zivildienstverbandes CIVIVA zur Änderung des Zivildienstgesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### Einleitung und grundsätzliche Beurteilung

Der Schweizerische Zivildienstverband CIVIVA vertritt die Interessen der Zivildienstleistenden und Einsatzbetriebe. CIVIVA ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### Kein Handlungsbedarf

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten



beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

### Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoß gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

### Unklare Auswirkungen

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. CIVIVA weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt in besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Der Schweizerische Zivildienstverband CIVIVA lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

### Eigene Vorschläge

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet CIVIVA, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. CIVIVA schlägt dazu folgende Massnahmen vor:



- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.
- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivilis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

### Kommentare zu den vorgeschlagenen Massnahmen

#### Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdiensttage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Diensttage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist CIVIVA auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SIK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.“*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für CIVIVA ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

#### Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Diensttage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.



Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

#### Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere

CIVIVA geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Diensttage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Diensttage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

#### Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

#### Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen

Grundsätzlich muss ein Austraten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schliesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht von CIVIVA besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

CIVIVA ist der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

#### Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. CIVIVA sieht absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildiensttage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Diensttage erfüllen (2017: 96.7% aller Diensttage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivilis nicht alle Diensttage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Diensttage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.



## **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

### **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

CIVIVA bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Im Namen des Verbandsvorstandes

Lisa Mazzone  
Co-Präsidentin

Samuel Steiner  
Co-Präsident



Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Zürich, im August 2018

## Stellungnahme des Schweizerischen Zivildienstverbandes CIVIVA zur Änderung des Zivildienstgesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### Einleitung und grundsätzliche Beurteilung

Der Schweizerische Zivildienstverband CIVIVA vertritt die Interessen der Zivildienstleistenden und Einsatzbetriebe. CIVIVA ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### Kein Handlungsbedarf

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpfligkeit (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.



## Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoß gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

## Unklare Auswirkungen

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. CIVIVA weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Der Schweizerische Zivildienstverband CIVIVA lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

## Eigene Vorschläge

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet CIVIVA, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. CIVIVA schlägt dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.



- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

## Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist CIVIVA auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für CIVIVA ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

## Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Dienstage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

## Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere



CIVIVA geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Dienstagefaktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Dienstage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

#### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

#### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht von CIVIVA besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

CIVIVA ist der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

#### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. CIVIVA sieht absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildienstage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Dienstage erfüllen (2017: 96.7% aller Dienstage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Dienstage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Dienstage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.



## **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

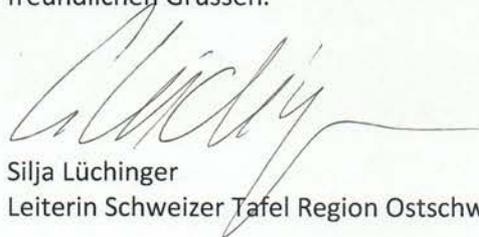
### **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

CIVIVA bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüssen.



Silja Lüchinger  
Leiterin Schweizer Tafel Region Ostschweiz



Permanence romande pour civilistes et militaires  
Permanence@infodroit.ch ou  
Le mardi de 12 à 14 heures au 026 925 80 66.  
Pour les urgences, 079 524 35 74, veuillez laisser un message.

Flendruz, 16 juin 2018

### Avis de droit

*A qui de droit*

#### **7 mesures du Conseil fédéral destinées à la consultation. Modifications de la loi sur le service civil. 2018**

##### En préalable

1. Le droit à l'objection de conscience est un droit fondamental internationalement reconnu.
2. Il est reconnu par les jurisprudences du Comité des droits de l'homme et de la Cour Européenne des droits de l'homme, il est présent dans la constitution suisse<sup>1</sup>.
3. Ce droit s'appuie essentiellement tant sur le refus impératif de tuer que sur le refus de résoudre les conflits par la violence.
4. Le conflit entre l'obligation constitutionnelle de servir dans l'armée d'une part et la conscience d'autre part (appelé confit de conscience) peut se manifester sous diverses formes et à divers moments, de façons plus ou moins virulentes ou soudaines, y compris parfois par des somatisations ou des actes de rébellions. La problématique a été largement résolue par deux mesures:
5. 1) Il a été renoncé au « contrôle de conscience » en adoptant le système dit de la preuve par l'acte, soit l'acceptation, par la personne qui demande le service civil d'une durée plus longue pour ce service que celle requise pour le service militaire.

Cette mesure a pour avantage (en plus d'une forte diminution de la charge administrative) d'éviter d'une part l'aggravation et la stigmatisation du conflit de conscience par son besoin de le confronter à la procédure et de libérer d'autre part la personne concernée d'une appréhension et d'une expression intellectuelle et verbalisée de ce conflit, inévitablement discriminatoire selon le niveau d'éducation, et sujette d'autre part à des biais divers, puisque le résultat de l'examen dépendait largement du degré de préparation à celui-ci plutôt que de la nature même, des sources et des raisons du conflit de conscience.

6. Il convient toutefois de noter que ce système de quotité a dès le début présenté un défaut important, au demeurant partiellement caché des civilistes eux-mêmes, dans la mesure où la durée de service civil requise par la loi (1 fois et demie – 1,5 – celle du service militaire encore à faire au moment de la demande) est dans la pratique comparativement différente de la durée du service militaire réellement effectuée par les militaires libérés lorsqu'ils atteignent la limite d'âge. En effet, ceux-ci se voient alors remettre le solde des jours de service non-effectués, alors que les civilistes se voient pénalement condamnés s'ils n'effectuent pas l'entier de leurs jours avant la même limite d'âge (limite par ailleurs par elle-même plus exigeante, puisqu'ils ont plus de jours à effectuer dans le même laps de temps). L'armée a de plus tardé à donner les chiffres permettant de mesurer cette différence des durées respectives des

---

<sup>1</sup> Constitution fédérale (Cst.) [Article 10 sur la droit à la vie](#), [art. 15 sur la liberté de conscience](#), [art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement](#).



services. Pourtant des estimations raisonnables permettaient d'évaluer le nombre de jours de service civil effectués pour les civilistes demandant le service civil pour l'entier de leur périodes de service militaires comme étant environ du double du nombre de jour effectué en moyenne par les soldats terminant leur obligation à la limite d'âge<sup>2</sup>. Actuellement, ce taux semble s'être amélioré un peu, mais la durée comparée du service civil resterait de 1.8 plus élevée que la durée des services militaires, et non pas les 1.5 que stipule la loi. Il conviendra de vérifier les effets de la nouvelle loi sur l'armée sur cette problématique, la limite d'âge n'étant plus un âge fixe (p. ex. 34 ans), mais devenant un nombre de dix années pour faire les services requis après l'école de recrue<sup>3</sup>.

7. De plus la discrimination pénale demeure, puisque contrairement au service civil, aucune mesure permettant d'assurer le rythme et le progrès de la réalisation des périodes de service militaire, mesure accompagnées dans la loi sur le service civil de mesures pénales en cas de retards, n'ont été introduites dans la nouvelle législation sur la l'armée. Ainsi, le civiliste doit accomplir certaines périodes (la première suivant l'admission et la période longue) selon des délais fixes et il ne doit pas lui rester plus d'une certaine proportion de jours à faire avant d'atteindre la limite d'âge. Passé ces délais ou si la proportion de jours restant à faire est trop forte, le civiliste est convoqué d'office pour le surplus ou la période concernée, puis il encoure une peine s'il n'effectue pas la période requise. Il n'existe, pas de système similaire ou aussi contraignant dans l'armée. Pour avoir une vision complète de cette discrimination, pénalement grave, il conviendrait encore de comparer le nombre des dispenses pour justes motifs, lesquelles au demeurant ne font que repousser le problème, dispenses accordées tant pour les civilistes que pour les militaires. Nonobstant, vu la nature différente des système de suivi et de répression des deux sortes d'obligations, puisqu'il y a des condamnations pour retard dus au système de suivi contre les civilistes et qu'il n'y en a pas pour les militaires, la discrimination pénale demeure, tout comme demeurera a priori la discrimination sur les durées.

8. 2) Il importe de souligner que le service civil peut et doit pouvoir être demandé en tout temps, c'est d'ailleurs dans la loi<sup>4</sup>.

9. Cela concerne bien sûr la possibilité de demander le service civil depuis une période de service militaire, mais porte surtout sur la nature du conflit de conscience et relève en partie aussi du droit humanitaire.

10. Ainsi, le conflit de conscience peut se développer par une réflexion autonome, mais il peut aussi surgir, progressivement ou soudainement, face à une circonstance rencontrée dans le cadre du service militaire, par exemple lors de la première prise d'arme (il y a hélas des condamnations pour refus d'ordre de personnes qui font à ce moment-là un blocage psychologique) ou en étant mis en confrontation à une arme particulièrement destructive.

11. Il convient aussi, et c'est d'une grande importance, de citer le cas de l'objection de conscience à un ordre criminel, y compris ou surtout si celui-ci viole le droit humanitaire ; objection qui doit en effet pouvoir être exprimée en tout temps et en particulier de façon immédiate au moment de la réception de l'ordre contesté, cette objection devant alors, selon les circonstances, rejeter non-seulement l'ordre contesté lui-même mais aussi l'ensemble du système qui produit ou maintient cet ordre injuste, à tout le moins si l'ordre est maintenu, car alors seul le refus personnel et complet du système permettant, à défaut de pouvoir l'empêcher, la réalisation de ce ordre illégal et des ses conséquences, de préserver la conscience, et donc l'innocence de la personne confrontée à une telle situation. L'objection de conscience à une circonstance particulière devenant alors une objection au sens usuel du terme, une objection d'ensemble au service militaire<sup>5</sup>.

<sup>2</sup> Détail du calcul : <http://www.infodroit.ch/spip.php?article44>

<sup>3</sup> Ordonnance sur les obligations militaires (OMI), 1.1.2018, [art. 19](#).

<sup>4</sup> Loi sur le service civil, [art. 16](#).

<sup>5</sup> Voir par exemple, [Jacques Verhaegen](#) : «Le refus d'obéissance aux ordres manifestement criminels », revue du CICR, vol. 84, n° 845, mars 2002.



### Analyse des mesures proposées

**Mesure 1:** 150 jours de service civil pour toutes personnes n'ayant pas terminés ses « services d'instruction » et ayant moins de 100 jours de service militaire restant.

#### Appréciation générale

12. Par « services d'instruction », il est entendu toutes les périodes de services militaires, à savoir écoles de recrues, écoles de cadres et cours de répétition<sup>6</sup>.

13. La proposition équivaudrait à « condamner », imposer à tout militaire ayant entre 1 et 100 jours de service militaire encore à faire à effectuer 150 jours de service civil.

14. La mesure incite à terminer ses obligations militaires au lieu de demander le service civil.

15. Partant du constat, hautement probable<sup>7</sup>, selon lequel les pertes en effectifs augmentent en fonction de l'âge par lassitude, perte d'intérêt ou en raison de l'augmentation des obligations professionnelles et familiales. Il conviendrait toutefois de disposer des chiffres du nombre des personnes qui quittent l'arme dans ces tranches d'âge soit pour le service civil, soit pour raisons médicales. En effet, si le problème est une question d'emploi du temps, la demande de service civil est d'autant plus contre-productive.

16. A cet aune, la mesure aura pour effet principal d'augmenter le nombre de demandes médicales et assez peu de diminuer le nombre de service civil. Quand à sa capacité à renforcer la motivation pour l'armée, elle est ici hors contexte – ce n'est pas notre problème ou celui du service civil – et elle n'est que très indirecte, la diminution de l'attrait du service civil n'augmentant pas pour autant l'attrait pour l'armée.

#### Calculs concernant la mesure proposée

17. Dans la pratique, divers types de calculs sont possibles pour déterminer les effets et les proportions de la proposition. Mes connaissances mathématiques sont limitées, donc d'autres calculs sont peut-être possibles ou éventuellement meilleurs, mais ceux-ci révèlent plusieurs des effets pervers de la proposition:

a. Le facteur multipliant le nombre de jours à faire est, avec la proposition exponentiel : La personne qui aurait 1 seul jour d'armée encore à faire se retrouverait à en faire 150 jours, soit 150 fois plus que le nombre de jour d'armée requis.

Dans le détail, un militaire à qui il resterait :

1 cours de répétition (CR), soit 19 jours (150/19), verrait le multiplicateur passer de 1.5 à 7.89

2 cours de répétition, le facteur (150/38) est encore du quadruple (3.94)

3 cours de répétition, le facteur descend à 2.63

4 cours de répétition, le facteur est de 2 (1.97)

5 cours de répétition le facteur est encore de 1.57, soit plus haut que la loi actuelle ou que le facteur attribué aux civilistes ayant encore plus de jours.

Ce n'est donc qu'avec 6 cours de répétition encore à faire, soit avec le nombre total des cours de répétition à faire par les soldats, et donc durant le premier cours de répétition que l'ajout systématique de 150 jours, rejoint le facteur général de 1.5.

*Dit autrement, à quelques jours prêts, quiconque demanderait le service civil après l'école de recrue devrait faire 150 jours de service civil au moins, quelque soit le nombre de jour d'armée restant à faire. Pourquoi ne pas le dire ?*

b. Le calcul peut aussi être fait en tenant compte des jours de service militaires et civils faits au total.

Exemple pour un soldat :

Ecole de recrue de 124 jours, solde 121 jours de service en CR. Total 245<sup>(8)</sup>. Service civil complet, 245 X 1.5 = 367 jours de service civil.

Jours de service mil faits : 244 (au lieu de 245)+150=394 (proposition). Système actuel : 244 + 2 (1 x 1.5) = 246 (actuel). Différence : 148 jours à faire en plus qu'avec le système actuel et ... 27 de plus qu'en ayant demandé le service civil dès le recrutement.

<sup>6</sup> Loi sur l'armée et l'administration militaire (LAAM), [art. 41](#).

<sup>7</sup> La permanence que nous représentons confirme, à sa modeste mesure, cette tendance. Les hommes de plus de 25 ans sont relativement nombreux à vouloir mettre un terme à leurs obligations militaires et leur nombre augmente avec l'âge

<sup>8</sup> OMI, [art. 47](#).



Jours de service faits :  $238 (6 \text{ CR faits}) + 150 = 388$  jours à faire ou (système actuel)  $238 + 9 (6 \times 1.5) = 247$ . Différence : 141 jours de service civil en plus qu'avec le système actuel, mais aussi 21 jours de service (mil et civ) en plus de ce que ce même soldat aurait eu à faire s'il avait demandé le service civil dès la fin du recrutement.

En cela, le service est *punitif parce qu'il impose des jours en plus ... pour avoir accepté de faire presque tout son service militaire !!!*

Jours de service faits :  $219 (5 \text{ CR}) + 150 = 369$  ou (actuel :)  $219 + 39 (26 \times 1.5) = 258$ . Différence : 111 jours de plus que le système actuel, mais encore 2 jours de plus qu'avec un service civil demandé dès l'origine.

Jours de service faits  $200 (4 \text{ CR}) + 150 = 350$  ou actuel  $200 + 68 (45 \times 1.5) = 268$ . Différence : 82 en plus que le système actuel.

A partir d'ici le nombre total de jours faits devient inférieur à un service civil demandé d'emblée et donc les jours de service militaire faits diminuent le nombre total de jours à faire.

Jours de service faits  $181 (3 \text{ CR}) + 150 = 331$  ou  $181 + 96 (64 \times 1.5) = 277$ . Différence, 54 jours de service civil en plus, mais 90 de moins qu'avec un service civil complet.

Jours de service faits  $162 (2 \text{ CR}) + 150 = 312$  ou

Jours de service faits  $143 (1 \text{ CR}) + 150 = 293$  ou  $143 + 156 (101 \times 1.5) = 299$  Différence  $\pm 0$ .

#### Effets pour la pratique

c. Les effets du nouveau système sur les intérêts des candidats civilistes, en termes de jours à faire seraient les suivants :

- 1) Le facteur de 1.5 s'applique durant l'école de recrue, voir durant le 1<sup>er</sup> CR. Inchangé.
- 2) Tout jour d'armée fait durant cette période diminue effectivement le nombre total (armée et sc) de jours à faire, par rapport à un service civil complet. Inchangé.
- 3) Dès le 2<sup>ème</sup> CR et jusqu'au 4<sup>ème</sup> CR, le nouveau système augmente progressivement, par rapport à l'ancien, effet étrange, le nombre de jours total à faire, même si l'on fait ces CR, soit d'avoir à faire encore plus de service en tout parce que l'on fait de l'armée (absurde !), puis d'avoir à faire du service civil en plus, même si le nombre de jours total de service civil et militaire reste inférieur à ce que devrait faire un civiliste de la première heure mis au facteur 1.5).

Exemple : Faire un 2<sup>ème</sup> CR de 19 jours et demander le sc, ajoute en plus de ces 19 jours 17 jours de service en tout (civil et militaire) par rapport au système actuel, dans lequel le civiliste en faisant ce CR épargnerait 9 jours de service civil ( $19 - x 1.5$ ). (Nouveau :  $162 \text{ SM} + 150 \text{ SC} = 312$  Ancien  $162 + 125$  (solde de  $83 \times 1.5$ ) = 287, nouveau = J plus 25. S'il ne fait pas ce CR (ancien  $\text{SM } 143 + \text{SC } 152 (101 \times 1.5) = 295$  soit quelques jours en plus de SC pour ne pas avoir fait ce cours (295 au lieu 287), mais toujours au total 17 jours de moins qu'en faisant ce CR dans le système proposé, lequel augmente donc le nombre de jours à faire sans donner de diminution pour ceux faits.

Idem pour les 3<sup>ème</sup> et 4<sup>ème</sup> CR. Je renonce aux calculs ici, mais le nombre de jours d'armée faits sans diminuer le nombre de jours de service totaux augmentera d'autant, par rapport à quelqu'un qui demande le SC après l'ER ou le 1<sup>er</sup> CR.

- 4) Dès le 5<sup>ème</sup> CR, le nombre total (SC et SM) de jours à faire devient plus grand que quelqu'un qui demande le service civil dès le 1<sup>er</sup> jour.

d. En résumé, il ne sera intéressant, en terme de jours à faire (ou rentable) de demander le service qu'entre le recrutement et la fin du 1<sup>er</sup> cours de répétition. A l'inverse, toute demande faite ultérieurement augmentera, de plus en plus gravement, la charge totale du nombre de jours à faire, laquelle dépassera, si le SC est demandé durant ou après le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, le nombre de jours à faire pour quelqu'un qui demande le service civil avant l'ER.

18. Tactiquement, pour le soutien aux objecteurs, l'intérêt à demander le service civil entre le recrutement et la fin de l'école de recrue reste similaire. Par contre, plus le militaire avance dans sa carrière militaire, plus la charge de jours augmente, plus il devient difficile de demander le service civil (et plus sera grande le besoin de demander la voie bleue).

19. Cela n'aura pas pour effet de diminuer fortement le nombre de demandes de service civil, puisque les demandes seront soit pour une part reportées plus tôt dans la carrière militaire, soit transformées en demande médicales et que rares seront les personnes qui en fin de carrière militaire décideront de finir leur service plutôt que de sortir de l'armée, d'une façon ou d'une autre.



### La durée du service civil en droit

20. En droit Suisse, le facteur légal de 1.5 est le même depuis l'origine. Avec toutefois la réserve présentée ci-dessus au point 6 concernant la durée effective (et non légale) située aux environ de 1.8.

21. Le droit international, le Comité des droits de l'homme et la Cour européenne des droits de l'homme, tiennent de jurisprudence constante le fait que le service civil doit être de nature civile et non-punitif.

22. Une durée supérieure au double du service militaire à remplacer est considérée comme excessive<sup>9</sup>. Ainsi, l'attribution à toute personne ayant moins de 75 jours de service militaire à faire de 150 jours de service civil serait contraire au droit international.

23. Mais c'est dans son ensemble, ou à tout le moins dès le 2<sup>ème</sup> cours de répétition, que la mesure est discriminatoire. D'abord parce que plus, ils servent dans l'armée, plus elle pénalise les militaires qui demandent le service civil. Ensuite, parce qu'elle traite différemment des personnes dans des situations similaires, à savoir des personnes présentant une demande de service civil, demande qui est de même nature quel que soit le moment où elle est faite et pour laquelle le nombre de jours de service militaire accomplis n'a aucune incidence, sauf peut-être à renforcer le besoin de présenter une objection de conscience, ce qui reste sans influence aucune sur le droit fondamental à demander le service civil.

24. La loi sur le service civil pose comme principe que la charge du service civil devrait équivalente à celle de l'armée<sup>10</sup>. Toutefois la mesure proposée, en tous les cas dès le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, puisque la charge en jours à faire est alourdie au-delà de ce que le militaire aurait à faire en demandant le service civil avant l'école de recrue. Ainsi, non-seulement, la personne concernée effectue la plus large part de son service militaire (les 3/4), mais elle y voit ajouté une part importante de service civil (150/367) soit presque la moitié du service civil en plus, pour un total qui dépasse ce qu'elle aurait eu à faire tant à l'armée qu'avec un service civil entier. A ce titre, la mesure est non seulement dissuasive, mais discriminatoire dans la mesure où elle pénalise ceux qui ont déjà fait beaucoup d'armée (ne devraient-ils pas au contraire être pour cela remerciés ?).

25. Par ailleurs, le droit à l'objection de conscience étant un droit fondamental, toute forme de dissuasion, en entravant son libre exercice, est déjà une violation du droit.

26. Et il est finalement, à mon sens, difficile la nature punitive de la mesure, puisque ce sont ceux-là même, qui ont le plus servi dans l'armée, qui se voient le plus pénalisés.

### Résumé :

- Violation du droit international sur la durée du service civil.
- Discrimination entre les civilistes « d'origine » et ceux qui demandent le service civil au cours de leur carrière militaire (l'objection reste la même, pour les mêmes motifs et contre le même service militaire, seule change la situation militaire).
- Mesure probablement punitive.
- Mesure simple en apparence, mais particulièrement compliquée à comprendre et à calculer, entre autres pour les personnes concernées.

---

<sup>9</sup> ONU, Comité des droits de l'homme: Foin v France (Communication No. 666/1995), CCPR/C/D/666/1995, 9 November 1999, para. 10.3, entre autres jurisprudence. Voir aussi: Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 8.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>  
Il existe aussi une traduction allemande de document, p. 21 : [http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV\\_2014-3\\_KDVundAsyl.pdf](http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV_2014-3_KDVundAsyl.pdf)

Voir aussi le rapport quadriennal du Haut Commissaire aux Droits de l'Homme sur l'objection de conscience, 1.5.2017, § 22.

<http://www.undocs.org/fr/A/HRC/35/4>

<sup>10</sup> LSC 5



### **Mesure 2 :**

Délai d'attente de 12 mois entre le dépôt de la demande et l'admission, avec obligation de faire les périodes de service militaires prévues.

27. La mesure est contraire à la constitution. Celle-ci prévoit, textuellement : « un service de remplacement »<sup>11</sup>. Or un *remplacement du service* n'est en aucun cas un service de remplacement *différé* avec maintien du service à remplacer, en attente du service de remplacement.

Des délais pour la mise en œuvre, par la personne concernée comme par l'administration, du service de remplacement sont acceptable, voir le maintien des obligations en attente de la décision d'admission<sup>12</sup>, mais en aucun le droit à l'objection de conscience ne saurait-il être suspendu.

28. De plus, la proposition est largement impraticable et passablement conflictogène. Les civilistes concernés ne se gêneront pas pour demander des reports, se faire porter malade ou pour ne pas se présenter et leur motifs de conscience finissant toujours par être reconnus, ils ne seront, s'ils sont que partiellement et inégalement sanctionnés pour ces déflections. Sans parler de la charge administrative supplémentaire pour les administrations cantonales.

### Résumé

- Mesure contraire à la constitution.
- Discrimination entre les civilistes qui font une demande avant l'école de recrue, lesquels ne sont pas condamnés à des périodes militaires et ceux qui la font après l'ER, qui doivent en faire ou, vaille que vaille, les faire annuler.
- Mesure de nature à créer de nombreuses difficultés administratives tant pour les conscrits et les civilistes que pour l'administration.

### **Mesure 3 :**

29. Suppression du facteur 1.1 et passage au facteur 1.5 pour les officiers et les sous-officiers supérieurs.

30. Les personnes concernées sont relativement peu nombreuses. Elles ont néanmoins les mêmes droits. Mais surtout toutes ces personnes, qui ont été obligées de revêtir ces fonctions d'encadrement, ont déjà servi, au moment de la demande d'admission au service civil plus de jours d'armée que ne servent les civilistes qui n'en a fait aucun. Le moins gradé de ceux-ci servira un total 440 jours de services au lieu de 245<sup>13</sup>. Pour obtenir son grade, il en aura déjà fait presque autant qu'un soldat normal. Et le solde de jour à faire, qu'il soit multiplié par 1.1. ou 1.5 dépassera de toutes façons le nombre maximal de jours effectués par un civiliste ne faisant pas d'armée du tout.

31. Sachant que l'obligation de grader est imposée, même avec un facteur 1.1, la personne qui demande le service civil alors qu'elle a déjà revêtu son grade est discriminée par rapport à un civiliste qui demande le service avant de recevoir le moindre grade. Augmenté cette durée plus encore, alors que la personne gradée sert déjà plus que toute autre personne sans garde, apparaît là aussi comme punitive.

### Résumé

- En conjonction avec la discrimination décrite ci-après, violation du droit international sur la durée du service de remplacement.
- Discrimination entre les officiers et sous-officiers supérieurs d'une part et les soldats d'autre part en raison d'abord de l'obligation de grader d'abord, pour laquelle les premiers ne peuvent rien, puis du fait qu'en raison de cette obligation, ils ont déjà effectué, contre leur gré, une durée de service aussi importante que les soldats, durée sur laquelle vient ensuite s'ajouter une très longue durée de service civil supplémentaire. Dit autrement, le soldat qui demande le service civil évite non-seulement de grader, mais tous les jours de service civil supplémentaires en cas de conflit de conscience alors que l'officier, qui est en droit de développer un conflit de conscience à tout moment, en est d'autant plus pénalisé.

<sup>11</sup> [Art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement.](#)

<sup>12</sup> [LSC 17 et 17a.](#)

<sup>13</sup> [OMI 47](#)



- Mesure qui ne touche qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 4 :**

32. Interdiction faite aux médecins de faire du service civil en tant que médecins.

33. Là encore, la mesure ne concerne que très peu de personnes. Les médecins ont en moyenne au moins 26-27 ans à la fin de leur formation et ce moment-là, la plupart des périodes longues sont faites. Mais quand bien même, faut-il priver les hôpitaux de ces médecins-là ?

34. Par ailleurs, la mesure est à nouveau discriminatoire ; pourquoi les médecins et pas les géologues, les travailleurs sociaux ou les enseignants ? Là ce ne serait plus seulement certains civilistes, mais tout le service d'intérêt public qui tendrait à être victime d'une vision trop étroite des possibilités de service civil.

35. Enfin, il existe certes une disposition qui interdit certaines affectations en fonction de la personne du civiliste, en particulier si elle favorise sa formation<sup>14</sup>. Et c'est probablement, dans ce contexte que la proposition s'inspirerait. Mais à nouveau, certains militaires exercent des fonctions militaires en lien avec leur profession – et pas seulement des médecins ! – en quoi des civilistes n'auraient-ils pas le droit d'en faire autant ?

#### Résumé

- Mesure hautement discriminatoire (par professions).
- Mesure ne touchant (en l'état, que les médecins) qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 5 :**

36. Pas d'admission au service civil pour les personnes pour lesquelles il ne reste plus de jours de service, mais pour lesquelles il reste des tirs obligatoires.

37. La question est controversée depuis longtemps. Seul sont concernés les militaires en service long, qui restent incorporés ensuite pendant 4 ans<sup>15</sup>. Il conviendrait de savoir combien il y a eu de cas.

38. Pour rappel, les militaires ont la possibilité de déposer l'arme, sans motifs, s'ils ne souhaitent pas la conserver, mais cela ne les dispense pas des tirs<sup>16</sup>.

39. D'abord, il convient de rappeler que l'exécution de tirs obligatoires, dans le cadre d'un service militaire, même terminé, peuvent donner lieu à conflit de conscience, qui plus est si celui-ci peut avoir à se manifester durant une période de 4 ans.

40. En ce sens, la mesure ignore et passe complètement à côté, nie un problème qu'il y aurait pourtant lieu de résoudre.

41. A mon sens, une procédure plus simple qu'une admission au service civil devrait permettre, par exemple mais en tous les cas pour motifs de conscience légitimes, de remettre l'arme définitivement et d'être ainsi dispensé des tirs obligatoires.

#### Résumé

- Violation du droit à l'objection de conscience
- Mesure administrative inadéquate
- Mesure ne touchant qu'un nombre limité de personne

#### **Mesure 6 :**

42. Les civilistes sont tenus de faire une période de service civil par année dès l'admission.

---

<sup>14</sup> [LSC 4a](#)

<sup>15</sup> [LAAM 54a](#)

<sup>16</sup> Ordonnance concernant l'équipement personnel des militaires (OEPM), [art. 6a](#).



43. La mesure existe déjà, [art. 39a](#) de l'ordonnance sur le service civil : « La personne astreinte au service civil *effectue chaque année* des affectations de service civil d'une durée de 26 jours au moins à partir de la deuxième année civile au plus tard ».

44. Les reports étant relativement fréquents, on peut se demander si c'est ceux-ci qu'il s'agit de limiter, mais le texte de la mesure est pour le surplus inutile.

#### Résumé

- Proposition de mesure incompétente, mesure déjà prévue par la loi.

#### Mesure 7 :

45. Obligation pour les personnes en service long, d'effectuer la période longue de service civile dans l'année qui suit (et non pas dans les trois ans qui suivent) l'admission au service civil.

46. Imposer un service civil long est une vieille mesure de 2011, que le Tribunal administratif fédéral avait annulée en raison de [l'article 20 de la LSC](#) qui stipule que le SC peut être fait en une ou plusieurs périodes<sup>17</sup>.

47. Depuis toujours, nous recommandons aux militaires en service long de passer d'abord au service normal, avant de demander le service civil, entre autres afin d'éviter le surplus de jours, actuellement 55 jours de service militaire ou 82 jours de service civil en plus<sup>18</sup>. Notre recommandation ne changera pas.

48. De plus, la mesure ne prévoit cette obligation que si l'école de recrue n'est pas terminée, or l'école de recrue est considérée comme terminée si 80% de ses jours ont été accomplis<sup>19</sup>; soit pour une école usuelle de 124 jours, dès le 100<sup>ème</sup> jour d'école de recrue. Mais dans la pratique, la demande de service civil peut être faite quelques jours plutôt, puisque celle-ci prend quelques jours, voir semaines à condition pour cela que l'admission à la fin du processus de demande intervienne après le 100<sup>ème</sup> jour de service.

49. Que ce soit en passant au service normal et en attendant les 80% de son service militaire (dans des conditions « suffisantes ») – si encore au service long avec les jours en sus – il est très facile d'éviter cette mesure et peu nombreux sont ceux qui se retrouveront à devoir faire une période longue ou leur période longue de service civile dans l'année qui suit. Au demeurant si un plan de carrière avait prévu une mise en suspend de celui-ci pour le service militaire long, avec une libération en fin d'école de recrue et une affectation longue trouvée rapidement, celle-ci peut être faite dans le temps préalablement dévolu au service militaire long.

50. La mesure est aussi discriminatoire puisqu'elle traite plus durement les militaires en service long que les militaires en service normal d'une part, et alors plus durement que les civilistes n'ayant pas débuté l'école de recrue d'autre part.

#### Résumé

- Mesure facile à contourner, voire à accommoder.
- Mesure ne concernant alors plus qu'un nombre limité de personne.
- Mesure discriminatoire.

#### Considérations finales

51. Les mesures 1 et 3 violent le droit international sur la durée du service civil.

52. La mesure 2 viole la constitution sur la notion de service de remplacement et la mesure 5 viole la constitution sur le droit à un service de remplacement.

53. Les mesures 1, 3, 4 et 7 sont clairement discriminatoires et violent à un titre ou un autre l'égalité de traitement.

54. Les mesures 3, 4, 5 et 7 ne touchent que – mais gravement – un nombre limité de personnes. À ce titre, le but premier de ces mesures n'est probablement pas ou que partiellement de toucher ces personnes-là, voire de les maintenir dans l'armée mais de donner l'impression qu'il est difficile ou déconseillé, qu'il est

<sup>17</sup> <http://www.infodroit.ch/spip.php?article91>

<sup>18</sup> [OMI 111](#)

<sup>19</sup> [OMI 57](#) ou [37 ordonnance sur le service civil \(OSI\)](#) (même teneur).



même dissuadé de sortir de l'armée. Un tel but viole le droit au service civil et un service civil non-discriminatoire et non-punitif.

55. Il convient d'ajouter à ce propos que les instances et jurisprudences internationales ont reconnus sans hésiter le droit à l'objection de conscience pour les appelés, comme pour les volontaires et les professionnels. Autrement dit et pour ce qui nous occupe ici, le droit à l'objection de conscience et au service de remplacement est et reste le même, ne saurait donc subir d'aggravation dans l'exercice du droit, soit l'accès au service civil, comme dans sa réalisation, soit l'accomplissement du service civil, que la personne concernée aie commencé ou non à servir dans l'armée<sup>20</sup>.

56. Les mesures 2, 3 et 4 supposent des difficultés de mise en œuvre particulièrement importantes. La mesure 5 pourrait faire l'objet d'une simplification administrative.

57. La mesure 6 est inutile, une aberration puisqu'elle préconise quelque chose qui existe déjà.

58. L'analyse de l'ensemble de ces mesures donne l'impression forte que l'armée est très embarrassée, mal à l'aise en raison des demandes service civil issues des ses rangs.

59. Ainsi quand bien même l'ensemble de ces mesures, si elles venaient à être mise en œuvre, aurait pourrait effet d'inciter les conscrits à demander le service civil bien plus tôt, ce qui n'est pas utile à l'armée non plus, il conviendrait de combattre ces mesures pour les effets et les complications graves qu'elles imposent, en toutes sortes de circonstances, aux militaires.

60. Il convient aussi de constater que les mesures proposées font preuve d'une méconnaissance, tant du droit international que du droit constitutionnel suisse qui confine à l'impréparation, voire au mépris, tant des civilistes que des militaires.

61. Enfin, dans le cadre des réactions à ces propositions de mesures, il conviendra de rappeler certaines ou l'ensemble de nos revendications de base, à savoir une présence civile lors du recrutement afin de faciliter son impartialité, un durée raisonnable et une compensation financière garantissant au moins l'accès au minimum vital<sup>21</sup>.

Christophe Barbey,  
Juriste, permanent depuis 2006

---

<sup>20</sup> Voir les résolutions du Conseil des Droits de l'Homme, par exemple la résolution du 8 octobre 2013, art. 12 [A/RES/HRC/24/17](#) ou Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 4.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

<sup>21</sup> Avec une APG de 62.- par jour durant l'ER ou son équivalent au service civil, ou en cas d'absence de salaire préalable au service ou de droit à son équivalent, avec 1'800.- par mois ~, le minimum vital n'est pas atteint. Le dernier rapport du haut commissaire aux droits de l'homme mentionne une trop faible rémunération comme étant de nature punitive. [A/HRC/35/4](#), § 21.

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Baden, 22. August 2018

## **Stellungnahme von Stefan Künzi-Birchmeier, Schulleiter in 5400 Baden zur Änderung des Zivildienstgesetzes**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### **Einleitung und grundsätzliche Beurteilung**

Die Schule Baden wird seit einigen Jahren von Zivildienstleistenden unterstützt. Ich bin zuständig für den Zivildienstleistenden an der Sekundarstufe I. Ich bin überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### **Kein Handlungsbedarf**

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der



angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

## Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoß gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

## Unklare Auswirkungen

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Ich weise darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee, die aussteigen wollen, plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere, die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Aus diesen Gründen lehne ich diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

## Eigene Vorschläge

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwarte ich, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens der Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Ich schlage dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss



der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.

- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

## **Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweise ich auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Es ist offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

## **Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Dienstage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.



### **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

Ich gehe davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Dienstage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Dienstage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen, welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Es besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

Ich bin der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Ich sehe absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildienstage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Dienstage erfüllen (2017: 96.7% aller Dienstage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Dienstage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Dienstage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.



## **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

## **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

Ich bedaure, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Ich lehne diese Interpretation ab und bin überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Ich bitte Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, und verbleibe mit freundlichen Grüssen.



Stefan Künzi-Birchmeier  
Schulleiter 5400 Baden





Permanence romande pour civilistes et militaires  
Permanence@infodroit.ch ou  
Le mardi de 12 à 14 heures au 026 925 80 66.  
Pour les urgences, 079 524 35 74, veuillez laisser un message.

Flendruz, 16 juin 2018

### Avis de droit

*A qui de droit*

#### **7 mesures du Conseil fédéral destinées à la consultation. Modifications de la loi sur le service civil. 2018**

##### En préalable

1. Le droit à l'objection de conscience est un droit fondamental internationalement reconnu.
2. Il est reconnu par les jurisprudences du Comité des droits de l'homme et de la Cour Européenne des droits de l'homme, il est présent dans la constitution suisse<sup>1</sup>.
3. Ce droit s'appuie essentiellement tant sur le refus impératif de tuer que sur le refus de résoudre les conflits par la violence.
4. Le conflit entre l'obligation constitutionnelle de servir dans l'armée d'une part et la conscience d'autre part (appelé confit de conscience) peut se manifester sous diverses formes et à divers moments, de façons plus ou moins virulentes ou soudaines, y compris parfois par des somatisations ou des actes de rébellions. La problématique a été largement résolue par deux mesures:
5. 1) Il a été renoncé au « contrôle de conscience » en adoptant le système dit de la preuve par l'acte, soit l'acceptation, par la personne qui demande le service civil d'une durée plus longue pour ce service que celle requise pour le service militaire.

Cette mesure a pour avantage (en plus d'une forte diminution de la charge administrative) d'éviter d'une part l'aggravation et la stigmatisation du conflit de conscience par son besoin de le confronter à la procédure et de libérer d'autre part la personne concernée d'une appréhension et d'une expression intellectuelle et verbalisée de ce conflit, inévitablement discriminatoire selon le niveau d'éducation, et sujette d'autre part à des biais divers, puisque le résultat de l'examen dépendait largement du degré de préparation à celui-ci plutôt que de la nature même, des sources et des raisons du conflit de conscience.

6. Il convient toutefois de noter que ce système de quotité a dès le début présenté un défaut important, au demeurant partiellement caché des civilistes eux-mêmes, dans la mesure où la durée de service civil requise par la loi (1 fois et demie – 1,5 – celle du service militaire encore à faire au moment de la demande) est dans la pratique comparativement différente de la durée du service militaire réellement effectuée par les militaires libérés lorsqu'ils atteignent la limite d'âge. En effet, ceux-ci se voient alors remettre le solde des jours de service non-effectués, alors que les civilistes se voient pénalement condamnés s'ils n'effectuent pas l'entier de leurs jours avant la même limite d'âge (limite par ailleurs par elle-même plus exigeante, puisqu'ils ont plus de jours à effectuer dans le même laps de temps). L'armée a de plus tardé à donner les chiffres permettant de mesurer cette différence des durées respectives des

---

<sup>1</sup> Constitution fédérale (Cst.) [Article 10 sur la droit à la vie](#), [art. 15 sur la liberté de conscience](#), [art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement](#).



services. Pourtant des estimations raisonnables permettaient d'évaluer le nombre de jours de service civil effectués pour les civilistes demandant le service civil pour l'entier de leur périodes de service militaires comme étant environ du double du nombre de jour effectué en moyenne par les soldats terminant leur obligation à la limite d'âge<sup>2</sup>. Actuellement, ce taux semble s'être amélioré un peu, mais la durée comparée du service civil resterait de 1.8 plus élevée que la durée des services militaires, et non pas les 1.5 que stipule la loi. Il conviendra de vérifier les effets de la nouvelle loi sur l'armée sur cette problématique, la limite d'âge n'étant plus un âge fixe (p. ex. 34 ans), mais devenant un nombre de dix années pour faire les services requis après l'école de recrue<sup>3</sup>.

7. De plus la discrimination pénale demeure, puisque contrairement au service civil, aucune mesure permettant d'assurer le rythme et le progrès de la réalisation des périodes de service militaire, mesure accompagnées dans la loi sur le service civil de mesures pénales en cas de retards, n'ont été introduites dans la nouvelle législation sur la l'armée. Ainsi, le civiliste doit accomplir certaines périodes (la première suivant l'admission et la période longue) selon des délais fixes et il ne doit pas lui rester plus d'une certaine proportion de jours à faire avant d'atteindre la limite d'âge. Passé ces délais ou si la proportion de jours restant à faire est trop forte, le civiliste est convoqué d'office pour le surplus ou la période concernée, puis il encoure une peine s'il n'effectue pas la période requise. Il n'existe, pas de système similaire ou aussi contraignant dans l'armée. Pour avoir une vision complète de cette discrimination, pénalement grave, il conviendrait encore de comparer le nombre des dispenses pour justes motifs, lesquelles au demeurant ne font que repousser le problème, dispenses accordées tant pour les civilistes que pour les militaires. Nonobstant, vu la nature différente des système de suivi et de répression des deux sortes d'obligations, puisqu'il y a des condamnations pour retard dus au système de suivi contre les civilistes et qu'il n'y en a pas pour les militaires, la discrimination pénale demeure, tout comme demeurera a priori la discrimination sur les durées.

8. 2) Il importe de souligner que le service civil peut et doit pouvoir être demandé en tout temps, c'est d'ailleurs dans la loi<sup>4</sup>.

9. Cela concerne bien sûr la possibilité de demander le service civil depuis une période de service militaire, mais porte surtout sur la nature du conflit de conscience et relève en partie aussi du droit humanitaire.

10. Ainsi, le conflit de conscience peut se développer par une réflexion autonome, mais il peut aussi surgir, progressivement ou soudainement, face à une circonstance rencontrée dans le cadre du service militaire, par exemple lors de la première prise d'arme (il y a hélas des condamnations pour refus d'ordre de personnes qui font à ce moment-là un blocage psychologique) ou en étant mis en confrontation à une arme particulièrement destructive.

11. Il convient aussi, et c'est d'une grande importance, de citer le cas de l'objection de conscience à un ordre criminel, y compris ou surtout si celui-ci viole le droit humanitaire ; objection qui doit en effet pouvoir être exprimée en tout temps et en particulier de façon immédiate au moment de la réception de l'ordre contesté, cette objection devant alors, selon les circonstances, rejeter non-seulement l'ordre contesté lui-même mais aussi l'ensemble du système qui produit ou maintient cet ordre injuste, à tout le moins si l'ordre est maintenu, car alors seul le refus personnel et complet du système permettant, à défaut de pouvoir l'empêcher, la réalisation de ce ordre illégal et des ses conséquences, de préserver la conscience, et donc l'innocence de la personne confrontée à une telle situation. L'objection de conscience à une circonstance particulière devenant alors une objection au sens usuel du terme, une objection d'ensemble au service militaire<sup>5</sup>.

---

<sup>2</sup> Détail du calcul : <http://www.infodroit.ch/spip.php?article44>

<sup>3</sup> Ordonnance sur les obligations militaires (OMI), 1.1.2018, [art. 19](#).

<sup>4</sup> Loi sur le service civil, [art. 16](#).

<sup>5</sup> Voir par exemple, [Jacques Verhaegen](#) : «Le refus d'obéissance aux ordres manifestement criminels », revue du CICR, vol. 84, n° 845, mars 2002.



### Analyse des mesures proposées

**Mesure 1:** 150 jours de service civil pour toutes personnes n'ayant pas terminés ses « services d'instruction » et ayant moins de 100 jours de service militaire restant.

#### Appréciation générale

12. Par « services d'instruction », il est entendu toutes les périodes de services militaires, à savoir écoles de recrues, écoles de cadres et cours de répétition<sup>6</sup>.

13. La proposition équivaudrait à « condamner », imposer à tout militaire ayant entre 1 et 100 jours de service militaire encore à faire à effectuer 150 jours de service civil.

14. La mesure incite à terminer ses obligations militaires au lieu de demander le service civil.

15. Partant du constat, hautement probable<sup>7</sup>, selon lequel les pertes en effectifs augmentent en fonction de l'âge par lassitude, perte d'intérêt ou en raison de l'augmentation des obligations professionnelles et familiales. Il conviendrait toutefois de disposer des chiffres du nombre des personnes qui quittent l'arme dans ces tranches d'âge soit pour le service civil, soit pour raisons médicales. En effet, si le problème est une question d'emploi du temps, la demande de service civil est d'autant plus contre-productive.

16. A cet aune, la mesure aura pour effet principal d'augmenter le nombre de demandes médicales et assez peu de diminuer le nombre de service civil. Quand à sa capacité à renforcer la motivation pour l'armée, elle est ici hors contexte – ce n'est pas notre problème ou celui du service civil – et elle n'est que très indirecte, la diminution de l'attrait du service civil n'augmentant pas pour autant l'attrait pour l'armée.

#### Calculs concernant la mesure proposée

17. Dans la pratique, divers types de calculs sont possibles pour déterminer les effets et les proportions de la proposition. Mes connaissances mathématiques sont limitées, donc d'autres calculs sont peut-être possibles ou éventuellement meilleurs, mais ceux-ci révèlent plusieurs des effets pervers de la proposition:

a. Le facteur multipliant le nombre de jours à faire est, avec la proposition exponentiel : La personne qui aurait 1 seul jour d'armée encore à faire se retrouverait à en faire 150 jours, soit 150 fois plus que le nombre de jour d'armée requis.

Dans le détail, un militaire à qui il resterait :

1 cours de répétition (CR), soit 19 jours (150/19), verrait le multiplicateur passer de 1.5 à 7.89

2 cours de répétition, le facteur (150/38) est encore du quadruple (3.94)

3 cours de répétition, le facteur descend à 2.63

4 cours de répétition, le facteur est de 2 (1.97)

5 cours de répétition le facteur est encore de 1.57, soit plus haut que la loi actuelle ou que le facteur attribué aux civilistes ayant encore plus de jours.

Ce n'est donc qu'avec 6 cours de répétition encore à faire, soit avec le nombre total des cours de répétition à faire par les soldats, et donc durant le premier cours de répétition que l'ajout systématique de 150 jours, rejoint le facteur général de 1.5.

*Dit autrement, à quelques jours prêts, quiconque demanderait le service civil après l'école de recrue devrait faire 150 jours de service civil au moins, quelque soit le nombre de jour d'armée restant à faire. Pourquoi ne pas le dire ?*

b. Le calcul peut aussi être fait en tenant compte des jours de service militaires et civils faits au total.

Exemple pour un soldat :

Ecole de recrue de 124 jours, solde 121 jours de service en CR. Total 245<sup>(8)</sup>. Service civil complet, 245 X 1.5 = 367 jours de service civil.

Jours de service mil faits : 244 (au lieu de 245)+150=394 (proposition). Système actuel : 244 + 2 (1 x 1.5) = 246 (actuel). Différence : 148 jours à faire en plus qu'avec le système actuel et ... 27 de plus qu'en ayant demandé le service civil dès le recrutement.

<sup>6</sup> Loi sur l'armée et l'administration militaire (LAAM), [art. 41](#).

<sup>7</sup> La permanence que nous représentons confirme, à sa modeste mesure, cette tendance. Les hommes de plus de 25 ans sont relativement nombreux à vouloir mettre un terme à leurs obligations militaires et leur nombre augmente avec l'âge

<sup>8</sup> OMI, [art. 47](#).



Jours de service faits :  $238 (6 \text{ CR faits}) + 150 = 388$  jours à faire ou (système actuel)  $238 + 9 (6 \times 1.5) = 247$ . Différence : 141 jours de service civil en plus qu'avec le système actuel, mais aussi 21 jours de service (mil et civ) en plus de ce que ce même soldat aurait eu à faire s'il avait demandé le service civil dès la fin du recrutement.

En cela, le service est *punitif parce qu'il impose des jours en plus ... pour avoir accepté de faire presque tout son service militaire !!!*

Jours de service faits :  $219 (5 \text{ CR}) + 150 = 369$  ou (actuel :)  $219 + 39 (26 \times 1.5) = 258$ . Différence : 111 jours de plus que le système actuel, mais encore 2 jours de plus qu'avec un service civil demandé dès l'origine.

Jours de service faits  $200 (4 \text{ CR}) + 150 = 350$  ou actuel  $200 + 68 (45 \times 1.5) = 268$ . Différence : 82 en plus que le système actuel.

A partir d'ici le nombre total de jours faits devient inférieur à un service civil demandé d'emblée et donc les jours de service militaire faits diminuent le nombre total de jours à faire.

Jours de service faits  $181 (3 \text{ CR}) + 150 = 331$  ou  $181 + 96 (64 \times 1.5) = 277$ . Différence, 54 jours de service civil en plus, mais 90 de moins qu'avec un service civil complet.

Jours de service faits  $162 (2 \text{ CR}) + 150 = 312$  ou

Jours de service faits  $143 (1 \text{ CR}) + 150 = 293$  ou  $143 + 156 (101 \times 1.5) = 299$  Différence  $\pm 0$ .

#### Effets pour la pratique

c. Les effets du nouveau système sur les intérêts des candidats civilistes, en termes de jours à faire seraient les suivants :

- 1) Le facteur de 1.5 s'applique durant l'école de recrue, voir durant le 1<sup>er</sup> CR. Inchangé.
- 2) Tout jour d'armée fait durant cette période diminue effectivement le nombre total (armée et sc) de jours à faire, par rapport à un service civil complet. Inchangé.
- 3) Dès le 2<sup>ème</sup> CR et jusqu'au 4<sup>ème</sup> CR, le nouveau système augmente progressivement, par rapport à l'ancien, effet étrange, le nombre de jours total à faire, même si l'on fait ces CR, soit d'avoir à faire encore plus de service en tout parce que l'on fait de l'armée (absurde !), puis d'avoir à faire du service civil en plus, même si le nombre de jours total de service civil et militaire reste inférieur à ce que devrait faire un civiliste de la première heure mis au facteur 1.5).

Exemple : Faire un 2<sup>ème</sup> CR de 19 jours et demander le sc, ajoute en plus de ces 19 jours 17 jours de service en tout (civil et militaire) par rapport au système actuel, dans lequel le civiliste en faisant ce CR épargnerait 9 jours de service civil ( $19 - x 1.5$ ). (Nouveau :  $162 \text{ SM} + 150 \text{ SC} = 312$  Ancien  $162 + 125$  (solde de  $83 \times 1.5$ ) = 287, nouveau = J plus 25. S'il ne fait pas ce CR (ancien  $\text{SM } 143 + \text{SC } 152 (101 \times 1.5) = 295$  soit quelques jours en plus de SC pour ne pas avoir fait ce cours (295 au lieu 287), mais toujours au total 17 jours de moins qu'en faisant ce CR dans le système proposé, lequel augmente donc le nombre de jours à faire sans donner de diminution pour ceux faits.

Idem pour les 3<sup>ème</sup> et 4<sup>ème</sup> CR. Je renonce aux calculs ici, mais le nombre de jours d'armée faits sans diminuer le nombre de jours de service totaux augmentera d'autant, par rapport à quelqu'un qui demande le SC après l'ER ou le 1<sup>er</sup> CR.

- 4) Dès le 5<sup>ème</sup> CR, le nombre total (SC et SM) de jours à faire devient plus grand que quelqu'un qui demande le service civil dès le 1<sup>er</sup> jour.

d. En résumé, il ne sera intéressant, en terme de jours à faire (ou rentable) de demander le service qu'entre le recrutement et la fin du 1<sup>er</sup> cours de répétition. A l'inverse, toute demande faite ultérieurement augmentera, de plus en plus gravement, la charge totale du nombre de jours à faire, laquelle dépassera, si le SC est demandé durant ou après le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, le nombre de jours à faire pour quelqu'un qui demande le service civil avant l'ER.

18. Tactiquement, pour le soutien aux objecteurs, l'intérêt à demander le service civil entre le recrutement et la fin de l'école de recrue reste similaire. Par contre, plus le militaire avance dans sa carrière militaire, plus la charge de jours augmente, plus il devient difficile de demander le service civil (et plus sera grande le besoin de demander la voie bleue).

19. Cela n'aura pas pour effet de diminuer fortement le nombre de demandes de service civil, puisque les demandes seront soit pour une part reportées plus tôt dans la carrière militaire, soit transformées en demande médicales et que rares seront les personnes qui en fin de carrière militaire décideront de finir leur service plutôt que de sortir de l'armée, d'une façon ou d'une autre.



### La durée du service civil en droit

20. En droit Suisse, le facteur légal de 1.5 est le même depuis l'origine. Avec toutefois la réserve présentée ci-dessus au point 6 concernant la durée effective (et non légale) située aux environ de 1.8.

21. Le droit international, le Comité des droits de l'homme et la Cour européenne des droits de l'homme, tiennent de jurisprudence constante le fait que le service civil doit être de nature civile et non-punitif.

22. Une durée supérieure au double du service militaire à remplacer est considérée comme excessive<sup>9</sup>. Ainsi, l'attribution à toute personne ayant moins de 75 jours de service militaire à faire de 150 jours de service civil serait contraire au droit international.

23. Mais c'est dans son ensemble, ou à tout le moins dès le 2<sup>ème</sup> cours de répétition, que la mesure est discriminatoire. D'abord parce que plus, ils servent dans l'armée, plus elle pénalise les militaires qui demandent le service civil. Ensuite, parce qu'elle traite différemment des personnes dans des situations similaires, à savoir des personnes présentant une demande de service civil, demande qui est de même nature quel que soit le moment où elle est faite et pour laquelle le nombre de jours de service militaire accomplis n'a aucune incidence, sauf peut-être à renforcer le besoin de présenter une objection de conscience, ce qui reste sans influence aucune sur le droit fondamental à demander le service civil.

24. La loi sur le service civil pose comme principe que la charge du service civil devrait équivalente à celle de l'armée<sup>10</sup>. Toutefois la mesure proposée, en tous les cas dès le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, puisque la charge en jours à faire est alourdie au-delà de ce que le militaire aurait à faire en demandant le service civil avant l'école de recrue. Ainsi, non-seulement, la personne concernée effectue la plus large part de son service militaire (les 3/4), mais elle y voit ajouté une part importante de service civil (150/367) soit presque la moitié du service civil en plus, pour un total qui dépasse ce qu'elle aurait eu à faire tant à l'armée qu'avec un service civil entier. A ce titre, la mesure est non seulement dissuasive, mais discriminatoire dans la mesure où elle pénalise ceux qui ont déjà fait beaucoup d'armée (ne devraient-ils pas au contraire être pour cela remerciés ?).

25. Par ailleurs, le droit à l'objection de conscience étant un droit fondamental, toute forme de dissuasion, en entravant son libre exercice, est déjà une violation du droit.

26. Et il est finalement, à mon sens, difficile la nature punitive de la mesure, puisque ce sont ceux-là même, qui ont le plus servi dans l'armée, qui se voient le plus pénalisés.

### Résumé :

- Violation du droit international sur la durée du service civil.
- Discrimination entre les civilistes « d'origine » et ceux qui demandent le service civil au cours de leur carrière militaire (l'objection reste la même, pour les mêmes motifs et contre le même service militaire, seule change la situation militaire).
- Mesure probablement punitive.
- Mesure simple en apparence, mais particulièrement compliquée à comprendre et à calculer, entre autres pour les personnes concernées.

---

<sup>9</sup> ONU, Comité des droits de l'homme: Foin v France (Communication No. 666/1995), CCPR/C/D/666/1995, 9 November 1999, para. 10.3, entre autres jurisprudence. Voir aussi: Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 8.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>  
Il existe aussi une traduction allemande de document, p. 21 : [http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV\\_2014-3\\_KDVundAsyl.pdf](http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV_2014-3_KDVundAsyl.pdf)

Voir aussi le rapport quadriennal du Haut Commissaire aux Droits de l'Homme sur l'objection de conscience, 1.5.2017, § 22.  
<http://www.undocs.org/fr/A/HRC/35/4>

<sup>10</sup> LSC 5



### **Mesure 2 :**

Délai d'attente de 12 mois entre le dépôt de la demande et l'admission, avec obligation de faire les périodes de service militaires prévues.

27. La mesure est contraire à la constitution. Celle-ci prévoit, textuellement : « un service de remplacement »<sup>11</sup>. Or un *remplacement du service* n'est en aucun cas un service de remplacement *différé* avec maintien du service à remplacer, en attente du service de remplacement.

Des délais pour la mise en œuvre, par la personne concernée comme par l'administration, du service de remplacement sont acceptable, voir le maintien des obligations en attente de la décision d'admission<sup>12</sup>, mais en aucun le droit à l'objection de conscience ne saurait-il être suspendu.

28. De plus, la proposition est largement impraticable et passablement conflictogène. Les civilistes concernés ne se gêneront pas pour demander des reports, se faire porter malade ou pour ne pas se présenter et leur motifs de conscience finissant toujours par être reconnus, ils ne seront, s'ils sont que partiellement et inégalement sanctionnés pour ces déflections. Sans parler de la charge administrative supplémentaire pour les administrations cantonales.

### Résumé

- Mesure contraire à la constitution.
- Discrimination entre les civilistes qui font une demande avant l'école de recrue, lesquels ne sont pas condamnés à des périodes militaires et ceux qui la font après l'ER, qui doivent en faire ou, vaille que vaille, les faire annuler.
- Mesure de nature à créer de nombreuses difficultés administratives tant pour les conscrits et les civilistes que pour l'administration.

### **Mesure 3 :**

29. Suppression du facteur 1.1 et passage au facteur 1.5 pour les officiers et les sous-officiers supérieurs.

30. Les personnes concernées sont relativement peu nombreuses. Elles ont néanmoins les mêmes droits. Mais surtout toutes ces personnes, qui ont été obligées de revêtir ces fonctions d'encadrement, ont déjà servi, au moment de la demande d'admission au service civil plus de jours d'armée que ne servent les civilistes qui n'en a fait aucun. Le moins gradé de ceux-ci servira un total 440 jours de services au lieu de 245<sup>13</sup>. Pour obtenir son grade, il en aura déjà fait presque autant qu'un soldat normal. Et le solde de jour à faire, qu'il soit multiplié par 1.1. ou 1.5 dépassera de toutes façons le nombre maximal de jours effectués par un civiliste ne faisant pas d'armée du tout.

31. Sachant que l'obligation de grader est imposée, même avec un facteur 1.1, la personne qui demande le service civil alors qu'elle a déjà revêtu son grade est discriminée par rapport à un civiliste qui demande le service avant de recevoir le moindre grade. Augmenté cette durée plus encore, alors que la personne gradée sert déjà plus que toute autre personne sans garde, apparaît là aussi comme punitive.

### Résumé

- En conjonction avec la discrimination décrite ci-après, violation du droit international sur la durée du service de remplacement.
- Discrimination entre les officiers et sous-officiers supérieurs d'une part et les soldats d'autre part en raison d'abord de l'obligation de grader d'abord, pour laquelle les premiers ne peuvent rien, puis du fait qu'en raison de cette obligation, ils ont déjà effectué, contre leur gré, une durée de service aussi importante que les soldats, durée sur laquelle vient ensuite s'ajouter une très longue durée de service civil supplémentaire. Dit autrement, le soldat qui demande le service civil évite non-seulement de grader, mais tous les jours de service civil supplémentaires en cas de conflit de conscience alors que l'officier, qui est en droit de développer un conflit de conscience à tout moment, en est d'autant plus pénalisé.

<sup>11</sup> [Art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement.](#)

<sup>12</sup> [LSC 17 et 17a.](#)

<sup>13</sup> [OMI 47](#)



- Mesure qui ne touche qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 4 :**

32. Interdiction faite aux médecins de faire du service civil en tant que médecins.

33. Là encore, la mesure ne concerne que très peu de personnes. Les médecins ont en moyenne au moins 26-27 ans à la fin de leur formation et ce moment-là, la plupart des périodes longues sont faites. Mais quand bien même, faut-il priver les hôpitaux de ces médecins-là ?

34. Par ailleurs, la mesure est à nouveau discriminatoire ; pourquoi les médecins et pas les géologues, les travailleurs sociaux ou les enseignants ? Là ce ne serait plus seulement certains civilistes, mais tout le service d'intérêt public qui tendrait à être victime d'une vision trop étroite des possibilités de service civil.

35. Enfin, il existe certes une disposition qui interdit certaines affectations en fonction de la personne du civiliste, en particulier si elle favorise sa formation<sup>14</sup>. Et c'est probablement, dans ce contexte que la proposition s'inspirerait. Mais à nouveau, certains militaires exercent des fonctions militaires en lien avec leur profession – et pas seulement des médecins ! – en quoi des civilistes n'auraient-ils pas le droit d'en faire autant ?

#### Résumé

- Mesure hautement discriminatoire (par professions).
- Mesure ne touchant (en l'état, que les médecins) qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 5 :**

36. Pas d'admission au service civil pour les personnes pour lesquelles il ne reste plus de jours de service, mais pour lesquelles il reste des tirs obligatoires.

37. La question est controversée depuis longtemps. Seul sont concernés les militaires en service long, qui restent incorporés ensuite pendant 4 ans<sup>15</sup>. Il conviendrait de savoir combien il y a eu de cas.

38. Pour rappel, les militaires ont la possibilité de déposer l'arme, sans motifs, s'ils ne souhaitent pas la conserver, mais cela ne les dispense pas des tirs<sup>16</sup>.

39. D'abord, il convient de rappeler que l'exécution de tirs obligatoires, dans le cadre d'un service militaire, même terminé, peuvent donner lieu à conflit de conscience, qui plus est si celui-ci peut avoir à se manifester durant une période de 4 ans.

40. En ce sens, la mesure ignore et passe complètement à côté, nie un problème qu'il y aurait pourtant lieu de résoudre.

41. A mon sens, une procédure plus simple qu'une admission au service civil devrait permettre, par exemple mais en tous les cas pour motifs de conscience légitimes, de remettre l'arme définitivement et d'être ainsi dispensé des tirs obligatoires.

#### Résumé

- Violation du droit à l'objection de conscience
- Mesure administrative inadéquate
- Mesure ne touchant qu'un nombre limité de personne

#### **Mesure 6 :**

42. Les civilistes sont tenus de faire une période de service civil par année dès l'admission.

---

<sup>14</sup> [LSC 4a](#)

<sup>15</sup> [LAAM 54a](#)

<sup>16</sup> Ordonnance concernant l'équipement personnel des militaires (OEPM), [art. 6a](#).



43. La mesure existe déjà, [art. 39a](#) de l'ordonnance sur le service civil : « La personne astreinte au service civil *effectue chaque année* des affectations de service civil d'une durée de 26 jours au moins à partir de la deuxième année civile au plus tard ».

44. Les reports étant relativement fréquents, on peut se demander si c'est ceux-ci qu'il s'agit de limiter, mais le texte de la mesure est pour le surplus inutile.

#### Résumé

- Proposition de mesure incompétente, mesure déjà prévue par la loi.

#### Mesure 7 :

45. Obligation pour les personnes en service long, d'effectuer la période longue de service civile dans l'année qui suit (et non pas dans les trois ans qui suivent) l'admission au service civil.

46. Imposer un service civil long est une vieille mesure de 2011, que le Tribunal administratif fédéral avait annulée en raison de [l'article 20 de la LSC](#) qui stipule que le SC peut être fait en une ou plusieurs périodes<sup>17</sup>.

47. Depuis toujours, nous recommandons aux militaires en service long de passer d'abord au service normal, avant de demander le service civil, entre autres afin d'éviter le surplus de jours, actuellement 55 jours de service militaire ou 82 jours de service civil en plus<sup>18</sup>. Notre recommandation ne changera pas.

48. De plus, la mesure ne prévoit cette obligation que si l'école de recrue n'est pas terminée, or l'école de recrue est considérée comme terminée si 80% de ses jours ont été accomplis<sup>19</sup>; soit pour une école usuelle de 124 jours, dès le 100<sup>ème</sup> jour d'école de recrue. Mais dans la pratique, la demande de service civil peut être faite quelques jours plutôt, puisque celle-ci prend quelques jours, voir semaines à condition pour cela que l'admission à la fin du processus de demande intervienne après le 100<sup>ème</sup> jour de service.

49. Que ce soit en passant au service normal et en attendant les 80% de son service militaire (dans des conditions « suffisantes ») – si encore au service long avec les jours en sus – il est très facile d'éviter cette mesure et peu nombreux sont ceux qui se retrouveront à devoir faire une période longue ou leur période longue de service civile dans l'année qui suit. Au demeurant si un plan de carrière avait prévu une mise en suspend de celui-ci pour le service militaire long, avec une libération en fin d'école de recrue et une affectation longue trouvée rapidement, celle-ci peut être faite dans le temps préalablement dévolu au service militaire long.

50. La mesure est aussi discriminatoire puisqu'elle traite plus durement les militaires en service long que les militaires en service normal d'une part, et alors plus durement que les civilistes n'ayant pas débuté l'école de recrue d'autre part.

#### Résumé

- Mesure facile à contourner, voire à accommoder.
- Mesure ne concernant alors plus qu'un nombre limité de personne.
- Mesure discriminatoire.

#### Considérations finales

51. Les mesures 1 et 3 violent le droit international sur la durée du service civil.

52. La mesure 2 viole la constitution sur la notion de service de remplacement et la mesure 5 viole la constitution sur le droit à un service de remplacement.

53. Les mesures 1, 3, 4 et 7 sont clairement discriminatoires et violent à un titre ou un autre l'égalité de traitement.

54. Les mesures 3, 4, 5 et 7 ne touchent que – mais gravement – un nombre limité de personnes. À ce titre, le but premier de ces mesures n'est probablement pas ou que partiellement de toucher ces personnes-là, voire de les maintenir dans l'armée mais de donner l'impression qu'il est difficile ou déconseillé, qu'il est

<sup>17</sup> <http://www.infodroit.ch/spip.php?article91>

<sup>18</sup> [OMI 111](#)

<sup>19</sup> [OMI 57](#) ou [37 ordonnance sur le service civil \(OSI\)](#) (même teneur).



même dissuadé de sortir de l'armée. Un tel but viole le droit au service civil et un service civil non-discriminatoire et non-punitif.

55. Il convient d'ajouter à ce propos que les instances et jurisprudences internationales ont reconnus sans hésiter le droit à l'objection de conscience pour les appelés, comme pour les volontaires et les professionnels. Autrement dit et pour ce qui nous occupe ici, le droit à l'objection de conscience et au service de remplacement est et reste le même, ne saurait donc subir d'aggravation dans l'exercice du droit, soit l'accès au service civil, comme dans sa réalisation, soit l'accomplissement du service civil, que la personne concernée aie commencé ou non à servir dans l'armée<sup>20</sup>.

56. Les mesures 2, 3 et 4 supposent des difficultés de mise en œuvre particulièrement importantes. La mesure 5 pourrait faire l'objet d'une simplification administrative.

57. La mesure 6 est inutile, une aberration puisqu'elle préconise quelque chose qui existe déjà.

58. L'analyse de l'ensemble de ces mesures donne l'impression forte que l'armée est très embarrassée, mal à l'aise en raison des demandes service civil issues des ses rangs.

59. Ainsi quand bien même l'ensemble de ces mesures, si elles venaient à être mise en œuvre, aurait pourrait effet d'inciter les conscrits à demander le service civil bien plus tôt, ce qui n'est pas utile à l'armée non plus, il conviendrait de combattre ces mesures pour les effets et les complications graves qu'elles imposent, en toutes sortes de circonstances, aux militaires.

60. Il convient aussi de constater que les mesures proposées font preuve d'une méconnaissance, tant du droit international que du droit constitutionnel suisse qui confine à l'impréparation, voire au mépris, tant des civilistes que des militaires.

61. Enfin, dans le cadre des réactions à ces propositions de mesures, il conviendra de rappeler certaines ou l'ensemble de nos revendications de base, à savoir une présence civile lors du recrutement afin de faciliter son impartialité, un durée raisonnable et une compensation financière garantissant au moins l'accès au minimum vital<sup>21</sup>.

Christophe Barbey,  
Juriste, permanent depuis 2006

---

<sup>20</sup> Voir les résolutions du Conseil des Droits de l'Homme, par exemple la résolution du 8 octobre 2013, art. 12 [A/RES/HRC/24/17](#) ou Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 4.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

<sup>21</sup> Avec une APG de 62.- par jour durant l'ER ou son équivalent au service civil, ou en cas d'absence de salaire préalable au service ou de droit à son équivalent, avec 1'800.- par mois ~, le minimum vital n'est pas atteint. Le dernier rapport du haut commissaire aux droits de l'homme mentionne une trop faible rémunération comme étant de nature punitive. [A/HRC/35/4](#), § 21.

Zurich, juillet 2018

## **Position de la Fédération suisse du service civil CIVIVA concernant la modification de la loi sur le service civil**

Monsieur le Conseiller fédéral Schneider-Ammann,  
Mesdames, Messieurs,

Dans votre rapport du 20 juin 2018, vous nous avez invités à prendre part à la procédure de consultation sur la modification de la loi sur le service civil proposée par le Conseil fédéral. Nous vous remercions de nous offrir cette opportunité, que nous saisissons en vous faisant parvenir la présente prise de position.

### **Introduction et appréciation générale**

La Fédération suisse du service civil CIVIVA représente les intérêts des civilistes et des établissements d'affectation du service civil. CIVIVA est convaincue que le service civil, sous sa forme actuelle, fonctionne parfaitement et est d'une grande utilité pour la société et l'environnement. Le service civil s'avère efficace en termes d'application, d'organisation et d'action. Il a du sens globalement, mais aussi pour chaque civiliste pris séparément.

La proposition de modification de la loi sur le service civil porte atteinte au service civil en tant que façon d'accomplir son obligation de servir et le remet fondamentalement en question. Des principes importants comme l'égalité de traitement de toutes les personnes astreintes à servir ou le droit de faire valoir à tout moment un conflit de conscience seraient compromis. Cette modification conduit à un grand nombre de conflits avec les droits fondamentaux, comme le montre l'avis de droit ci-joint.

Une modification de la loi sur le service civil doit être fondée sur le bon déroulement du service civil et ne pas être motivée par la volonté de résoudre les problèmes supposés de l'armée. Politiquement, vouloir dégrader un système qui fonctionne bien et fait ses preuves au profit d'un autre est hautement contestable. Les problèmes doivent être résolus là où ils existent. Le service civil doit s'adapter aux besoins de la société et non à ceux de l'armée.

### **Aucune nécessité d'intervenir**

Les trois rapports du Conseil fédéral sur les effets de la solution de la preuve par l'acte pour le service civil (2010, 2012, 2014) ainsi que le rapport du groupe d'étude sur l'obligation de service (2016) arrivent à la conclusion que le service civil ne compromet pas les effectifs de l'armée et que, par conséquent, il n'existe aucune nécessité de limiter l'accès au service civil. Jusqu'à aujourd'hui, aucune étude quantitative reposant sur des données transparentes ne suggère que les effectifs de

l'armée sont menacés par le service civil. La prétendue nécessité d'intervenir n'est ni étayée ni fondée.

### **Inégalité de traitement entre les personnes astreintes au service**

Les mesures proposées prévoient que plus une personne astreinte a déjà accompli de jours de service, plus les conditions pour passer au service civil empirent. Cette inégalité de traitement évidente et intentionnelle des personnes astreintes au service est inacceptable. Un conflit de conscience vis-à-vis du service militaire peut apparaître à tout moment, en particulier lorsqu'une personne astreinte a eu plusieurs expériences personnelles dans l'armée. L'idée de devoir restreindre plus fortement la « preuve par l'acte » est absurde et constitue une infraction par le Conseil fédéral lui-même au pacte de l'ONU sur les droits civils et politiques.

### **Conséquences incertaines**

Le Conseil fédéral part du principe que compliquer l'accès au service civil aura un effet direct sur les effectifs de l'armée. CIVIVA rappelle que les personnes astreintes au service ne constituent pas une variable d'ajustement anonyme qui peut être contrôlée selon le bon vouloir des politiques et de l'administration. Il s'agit bien davantage d'individus à part entière qui statuent en fonction de droits fondamentaux dont ils disposent, de différentes informations auxquelles ils ont accès et de leurs différentes possibilités d'action. Chaque décision de déposer une demande d'admission au service civil est le résultat d'une réflexion individuelle et d'expériences personnelles. Les modifications proposées ne tiennent aucunement compte de cet aspect.

Si les restrictions pour un passage ultérieur au service civil sont accentuées, un jeune homme astreint à servir qui, selon la loi actuelle, aurait déposé une demande d'admission au service civil aura plusieurs façons de procéder dans cette nouvelle situation :

- Il accepte les nouvelles conditions et passe tout de même au service civil.
- Il anticipe le fait qu'il pourra se retrouver en difficulté à l'avenir dans le cas où il ferait face à un conflit de conscience et dépose sa demande d'admission au service civil plus tôt.
- Il quitte l'armée par la « voie bleue » en prouvant son inaptitude à servir avec une expertise psychiatrique.
- Il reste dans l'armée, réduit sa participation au minimum et y effectue les tâches qui lui sont imposées à contrecœur jusqu'à la fin de son obligation de servir.

Il faut s'attendre à ce que toutes ces possibilités soient choisies dans différentes proportions. Les sept mesures aboutiront donc à des demandes d'admission au service civil anticipées, plus de personnes astreintes à servir déclarées inaptes ou aptes à la protection civile et plus de soldats non motivés dans l'armée. Il est très peu probable que des militaires souhaitant quitter l'armée redeviennent soudainement convaincus et enclins à servir, pour la seule raison qu'un changement de voie est rendu plus difficile. C'est particulièrement vrai également pour les sous-officiers et officiers qui sont déjà prêts à assumer des responsabilités dans l'armée et à accomplir davantage de jours, mais qui se verront encore davantage désavantager par ces restrictions.

La Fondation suisse du service civil CIVIVA s'oppose pour ces raisons à la modification de la loi sur le service civil dans son ensemble, ainsi qu'aux sept mesures prises séparément.

### **Quelques propositions**

La loi sur le service civil régit le service civil. Par conséquent, CIVIVA s'attend à ce qu'une modification de la LSC traite également du service civil et mette en valeur sa contribution

extrêmement efficace au système de service obligatoire et à son bon fonctionnement. Il conviendrait au moins d'essayer de faire évoluer le service civil de manière constructive. CIVIVA propose pour cela les mesures suivantes :

- Le service civil doit être encore plus orienté vers les situations exceptionnelles, comme les catastrophes environnementales ou les cas d'urgence humanitaire.
- Le service civil doit être flexible et permettre de nouvelles formes d'affectation, par exemple dans l'assistance des personnes nécessitant une prise en charge. Dans cette optique, le principe des affectations à temps plein doit être abandonné afin de permettre des services d'assistance plus longs et personnalisés.
- Les programmes prioritaires doivent être étendus à d'autres domaines ou être totalement supprimés.
- La formation des civilistes doit être renforcée et adaptée de manière plus spécifique aux besoins des affectations.

## **Commentaires sur les mesures proposées**

### **Mesure n° 1 : minimum de 150 jours de service**

Plus les personnes astreintes à servir présentent tard leur demande d'admission au service civil, plus cette mesure les met en difficulté. Elle pénalise tous ceux qui veulent donner une chance à l'armée et sont prêts à essayer le service militaire. Si un conflit de conscience survient par la suite, ils seront pénalisés de manière disproportionnée. Le minimum de 150 jours de service rend absurde le système de la preuve par l'acte. Une personne qui présente une demande d'admission au service civil au lieu de faire son dernier cours de répétition devra multiplier par plus de sept son nombre de jours de service à réaliser. Le facteur maximal de deux, reconnu internationalement, est ainsi largement dépassé. Pour un examen approfondi de la situation juridique, CIVIVA fournit l'avis de droit ci-joint.

Lors de son avis du 24 mai 2017 sur la motion 17.3006 « Modification de la loi sur le service civil » de la CPS-N, le Conseil fédéral a fait valoir ce qui suit :

*« Il est par contre difficile d'estimer quelles seraient la nature et l'ampleur des conséquences indésirables que cette mise en œuvre entraînerait et quels seraient les effets sur le nombre des admissions au service civil ou sur l'effectif de l'armée. Il faut cependant s'attendre à ce que, dans l'ensemble, les personnes astreintes au service militaire soient moins nombreuses à accomplir un service personnel. L'égalité face aux obligations militaires en serait ainsi affaiblie. Les proportions dans lesquelles la durée du service civil serait prolongée (jusqu'à un facteur de 195) et l'inégalité de traitement subie par les civilistes revêtiraient le caractère d'une sanction disproportionnée et seraient notamment incompatibles avec le principe de l'égalité de droit. »*

Pour CIVIVA, il est évident que cette argumentation vaut également pour la mesure proposée ici consistant en l'introduction d'un minimum de 150 jours de service. Un facteur de sept représente en outre une claire inégalité de traitement et est incompatible avec le principe de l'égalité devant la loi

### **Mesure n° 2 : délai d'attente de 12 mois**

Un délai d'attente d'un an pour l'admission au service civil des militaires incorporés dans l'armée, conformément aux art. 16 et 17, est clairement contraire au principe du conflit de conscience en

vigueur (art. 1), puisque malgré la formulation manifeste du conflit de conscience, l'obligation de servir un an de plus dans l'armée est imposée. Par conséquent, la personne concernée se voit refuser l'accès au service civil pendant une année entière. En outre, le moment de la fin de la formation de base est un choix arbitraire du Conseil fédéral qui entraîne une inégalité de traitement patente des militaires incorporés qui ont déjà effectué davantage de jours de service. Un conflit de conscience vis-à-vis du service militaire et le droit au service civil qui en découle peuvent surgir indépendamment de la durée du service militaire réalisé ou de la fonction et du grade.

Par ailleurs, ce délai peut entraîner une augmentation des désengagements pour cause d'inaptitude de la part des militaires concernés (« voie bleue »), cette voie n'impliquant aucun délai. D'autre part, l'augmentation des personnes concernées par des demandes de déplacement de service pendant le délai d'attente provoquera une hausse parallèle de la charge administrative de l'armée.

### **Mesure n° 3 : facteur 1,5, y compris pour les sous-officiers et les officiers**

CIVIVA part du principe que les sous-officiers et officiers, en raison de leurs prédispositions supposées pour la carrière militaire et leurs plus longues périodes de service supplémentaires, doivent avoir des motifs sérieux et importants pour passer au service civil et être disposés à allonger leur période de service civil, ce qui est déjà le cas aujourd'hui. La diminution du facteur de rallongement des jours de service qui s'applique actuellement pour les sous-officiers et officiers se justifie par le nombre bien plus élevé de jours de service qu'accomplissent ces derniers par rapport aux soldats. Cette règle a fait ses preuves au regard du faible nombre de personnes concernées. Un facteur 1,5 indépendant de la durée de service et des jours de service fournis par les sous-officiers et officiers constituerait un préjudice et une inégalité de traitement considérables pour ces derniers. Si l'accès au service civil est détérioré alors même qu'il a fait ses preuves, il faudra s'attendre à avoir des supérieurs démotivés au sein de l'armée ou à voir croître le nombre de désengagements pour cause d'inaptitude.

### **Mesure n° 4 : interdiction aux médecins de faire le service civil en tant que médecins**

La volonté d'interdire les affectations qui requièrent d'avoir débuté ou terminé des études de médecine est arbitraire. Le système de milice éprouvé en Suisse repose sur le principe d'une utilisation efficace des capacités civiles dans l'armée, la protection civile et le service civil.

### **Mesure n° 5 : pas d'admission de militaires n'ayant plus de jours de service à accomplir**

Fondamentalement, un désengagement du service militaire en raison d'un conflit de conscience doit être possible à tout moment, celui-ci pouvant apparaître lorsqu'une personne est par la suite astreinte au tir obligatoire. Du point de vue de CIVIVA, il serait bien plus sensé de réviser la procédure très complexe d'admission au service militaire sans arme. Si les personnes astreintes à servir pouvaient dès le début et sans obstacle effectuer un service militaire sans arme, le très petit nombre de cas (moins de 50 par an) concernés par cette mesure 5 n'existerait plus.

CIVIVA estime que les personnes admises au service civil doivent également effectuer un service civil efficace et reconnaît dans ce cas la nécessité d'intervenir sur le fond, mais refuse toute restriction du droit fondamental à l'objection de conscience, ce que représente cette mesure.

### **Mesure n° 6 : obligation d'accomplir une période d'affectation par année dès l'admission**

Actuellement, cette exigence est déjà réglemantée de manière quasiment identique dans l'article 39a de l'ordonnance sur le service civil. CIVIVA ne voit absolument aucune raison à cette modification cosmétique puisque les jours de service civil sont déjà aujourd'hui accomplis de manière très fiable. L'organe d'exécution contribue, par une gestion efficace et flexible, à ce que les civilistes s'acquittent en règle générale de tous les jours de service ordonnés (2017 : 96,7 % de tous les jours de service). S'il arrive que certains civilistes n'effectuent pas tous leurs jours de service, il s'agit uniquement de cas extrêmes (maladie longue, départ à l'étranger, décès, refus total).

L'argument du Conseil fédéral que l'équivalence des services se manifeste également par leur exécution dans une même étape de la vie (généralement entre 20 et 25 ans pour la plupart) est contredit par la flexibilité introduite volontaire dans le Développement de l'armée concernant le commencement de l'ER. En outre, cette mesure entraîne des préjudices pour les établissements d'affectation puisque les nombreuses affectations courtes devant être effectuées rendent la période d'apprentissage des tâches démesurée par rapport au temps de l'affectation. Actuellement, la Confédération elle-même offre également, en tant qu'établissement d'affectation, de nombreuses affectations qui nécessitent une haute qualification et pour lesquelles une durée minimale de plusieurs mois est revendiquée. Avec l'obligation d'accomplir une affectation par année, les jours de service restants à la fin de la nécessaire formation ne sont absolument pas suffisants par rapport à la durée minimale requise.

### **Mesure n° 7 : obligation pour les requérants ayant déposé leur demande pendant l'ER de terminer leur affectation longue au plus tard pendant l'année civile qui suit l'entrée en force de la décision d'admission**

Avec cette mesure, les personnes astreintes à servir qui sont admises au service civil alors qu'elles viennent d'une ER d'été se retrouvent en particulier dans une situation très délicate en termes de temps, puisqu'elles n'auraient qu'environ 1 an pour organiser et réaliser le service de 6 mois. Les répercussions sur la vie professionnelle ou sur la formation peuvent être lourdes, puisque ces personnes devraient accorder, en l'espace de deux années civiles, un temps considérable à l'obligation de servir. Il ne faut pas qu'une mesure visant à réduire l'attractivité du service civil se répercute finalement sur les employeurs et les instituts de formation, sans parler des obligations familiales.

### **Résumé et conclusion**

CIVIVA regrette que le Conseil fédéral se soit laissé mettre sous pression par les discours de certains politiciens spécialistes de la sécurité, qui utilisent notamment des propos discréditants et irrespectueux et qu'il soit maintenant prêt à cacher sous le tapis les problématiques propres à l'armée en adoptant des mesures allant à l'encontre d'un service civil qui est pourtant efficace, en constant développement et utile à la société. Dans le rapport explicatif pour la procédure de consultation, le Conseil fédéral s'exprime ainsi :

*« Dans la mesure où le nombre des personnes accomplissant le service civil diminuera à long terme à la suite de l'entrée en vigueur de la présente révision, les établissements d'affectation seront touchés, en particulier dans les domaines d'activité où les ressources nécessaires à l'accomplissement de tâches de la communauté sont insuffisantes ou sont absentes. Il convient toutefois d'accepter cet*

*inconvenient eu égard à l'intérêt public prépondérant que constitue la garantie des effectifs de l'armée. »*

Le Conseil fédéral place les besoins de l'armée au-dessus de ceux de la société civile en prétextant la préservation des intérêts publics. Nous récusons cette interprétation et sommes convaincus que le bon fonctionnement de la société est ce qu'il y a de plus important pour la prospérité de la Suisse.

En vous priant de tenir compte des éléments développés ci-dessus dans la suite de la réflexion sur ce projet et en restant à votre disposition pour des explications complémentaires sur notre argumentation, nous vous prions d'agréer nos salutations distinguées.



Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Allschwil, im September 2018

## Stellungnahme Spezialangebote Bachgraben/PS Wasgenring zur Änderung des Zivildienstgesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### Einleitung und grundsätzliche Beurteilung

Wir, von den Spezialangeboten Bachgraben sind überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### Kein Handlungsbedarf

Sowohl die drei Bericht des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

### Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen



Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoss gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

## Unklare Auswirkungen

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Wir möchten Sie darauf hinweisen, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Der Schweizerische Zivildienstverband CIVIVA lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab und wir teilen diese Haltung vollumfänglich.

## Eigene Vorschläge

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet CIVIVA, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. CIVIVA schlägt dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür



muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.

- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

## Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist CIVIVA auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für CIVIVA ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

## Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Dienstage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.



## Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere

CIVIVA geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Dienstage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Dienstage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

## Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

## Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht von CIVIVA besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

CIVIVA ist der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

## Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. CIVIVA sieht absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildienstage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Dienstage erfüllen (2017: 96.7% aller Dienstage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Dienstage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Dienstage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.



## **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

### **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

CIVIVA bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

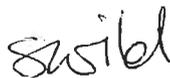
Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Im Namen der Spezialangebote Bachgraben



Cornelia Snozzi  
Schulleiterin



Susanna Wild  
Schulleiterin





Permanence romande pour civilistes et militaires  
Permanence@infodroit.ch ou  
Le mardi de 12 à 14 heures au 026 925 80 66.  
Pour les urgences, 079 524 35 74, veuillez laisser un message.

Flendruz, 16 juin 2018

### Avis de droit

*A qui de droit*

#### **7 mesures du Conseil fédéral destinées à la consultation. Modifications de la loi sur le service civil. 2018**

##### En préalable

1. Le droit à l'objection de conscience est un droit fondamental internationalement reconnu.
2. Il est reconnu par les jurisprudences du Comité des droits de l'homme et de la Cour Européenne des droits de l'homme, il est présent dans la constitution suisse<sup>1</sup>.
3. Ce droit s'appuie essentiellement tant sur le refus impératif de tuer que sur le refus de résoudre les conflits par la violence.
4. Le conflit entre l'obligation constitutionnelle de servir dans l'armée d'une part et la conscience d'autre part (appelé conflit de conscience) peut se manifester sous diverses formes et à divers moments, de façons plus ou moins virulentes ou soudaines, y compris parfois par des somatisations ou des actes de rébellions. La problématique a été largement résolue par deux mesures:
5. 1) Il a été renoncé au « contrôle de conscience » en adoptant le système dit de la preuve par l'acte, soit l'acceptation, par la personne qui demande le service civil d'une durée plus longue pour ce service que celle requise pour le service militaire.

Cette mesure a pour avantage (en plus d'une forte diminution de la charge administrative) d'éviter d'une part l'aggravation et la stigmatisation du conflit de conscience par son besoin de le confronter à la procédure et de libérer d'autre part la personne concernée d'une appréhension et d'une expression intellectuelle et verbalisée de ce conflit, inévitablement discriminatoire selon le niveau d'éducation, et sujette d'autre part à des biais divers, puisque le résultat de l'examen dépendait largement du degré de préparation à celui-ci plutôt que de la nature même, des sources et des raisons du conflit de conscience.

6. Il convient toutefois de noter que ce système de quotité a dès le début présenté un défaut important, au demeurant partiellement caché des civilistes eux-mêmes, dans la mesure où la durée de service civil requise par la loi (1 fois et demie – 1,5 – celle du service militaire encore à faire au moment de la demande) est dans la pratique comparativement différente de la durée du service militaire réellement effectuée par les militaires libérés lorsqu'ils atteignent la limite d'âge. En effet, ceux-ci se voient alors remettre le solde des jours de service non-effectués, alors que les civilistes se voient pénalement condamnés s'ils n'effectuent pas l'entier de leurs jours avant la même limite d'âge (limite par ailleurs par elle-même plus exigeante, puisqu'ils ont plus de jours à effectuer dans le même laps de temps). L'armée a de plus tardé à donner les chiffres permettant de mesurer cette différence des durées respectives des

---

<sup>1</sup> Constitution fédérale (Cst.) [Article 10 sur la droit à la vie](#), [art. 15 sur la liberté de conscience](#), [art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement](#).



services. Pourtant des estimations raisonnables permettaient d'évaluer le nombre de jours de service civil effectués pour les civilistes demandant le service civil pour l'entier de leur périodes de service militaires comme étant environ du double du nombre de jour effectué en moyenne par les soldats terminant leur obligation à la limite d'âge<sup>2</sup>. Actuellement, ce taux semble s'être amélioré un peu, mais la durée comparée du service civil resterait de 1.8 plus élevée que la durée des services militaires, et non pas les 1.5 que stipule la loi. Il conviendra de vérifier les effets de la nouvelle loi sur l'armée sur cette problématique, la limite d'âge n'étant plus un âge fixe (p. ex. 34 ans), mais devenant un nombre de dix années pour faire les services requis après l'école de recrue<sup>3</sup>.

7. De plus la discrimination pénale demeure, puisque contrairement au service civil, aucune mesure permettant d'assurer le rythme et le progrès de la réalisation des périodes de service militaire, mesure accompagnées dans la loi sur le service civil de mesures pénales en cas de retards, n'ont été introduites dans la nouvelle législation sur la l'armée. Ainsi, le civiliste doit accomplir certaines périodes (la première suivant l'admission et la période longue) selon des délais fixes et il ne doit pas lui rester plus d'une certaine proportion de jours à faire avant d'atteindre la limite d'âge. Passé ces délais ou si la proportion de jours restant à faire est trop forte, le civiliste est convoqué d'office pour le surplus ou la période concernée, puis il encoure une peine s'il n'effectue pas la période requise. Il n'existe, pas de système similaire ou aussi contraignant dans l'armée. Pour avoir une vision complète de cette discrimination, pénalement grave, il conviendrait encore de comparer le nombre des dispenses pour justes motifs, lesquelles au demeurant ne font que repousser le problème, dispenses accordées tant pour les civilistes que pour les militaires. Nonobstant, vu la nature différente des système de suivi et de répression des deux sortes d'obligations, puisqu'il y a des condamnations pour retard dus au système de suivi contre les civilistes et qu'il n'y en a pas pour les militaires, la discrimination pénale demeure, tout comme demeurera a priori la discrimination sur les durées.

8. 2) Il importe de souligner que le service civil peut et doit pouvoir être demandé en tout temps, c'est d'ailleurs dans la loi<sup>4</sup>.

9. Cela concerne bien sûr la possibilité de demander le service civil depuis une période de service militaire, mais porte surtout sur la nature du conflit de conscience et relève en partie aussi du droit humanitaire.

10. Ainsi, le conflit de conscience peut se développer par une réflexion autonome, mais il peut aussi surgir, progressivement ou soudainement, face à une circonstance rencontrée dans le cadre du service militaire, par exemple lors de la première prise d'arme (il y a hélas des condamnations pour refus d'ordre de personnes qui font à ce moment-là un blocage psychologique) ou en étant mis en confrontation à une arme particulièrement destructive.

11. Il convient aussi, et c'est d'une grande importance, de citer le cas de l'objection de conscience à un ordre criminel, y compris ou surtout si celui-ci viole le droit humanitaire ; objection qui doit en effet pouvoir être exprimée en tout temps et en particulier de façon immédiate au moment de la réception de l'ordre contesté, cette objection devant alors, selon les circonstances, rejeter non-seulement l'ordre contesté lui-même mais aussi l'ensemble du système qui produit ou maintient cet ordre injuste, à tout le moins si l'ordre est maintenu, car alors seul le refus personnel et complet du système permettant, à défaut de pouvoir l'empêcher, la réalisation de ce ordre illégal et des ses conséquences, de préserver la conscience, et donc l'innocence de la personne confrontée à une telle situation. L'objection de conscience à une circonstance particulière devenant alors une objection au sens usuel du terme, une objection d'ensemble au service militaire<sup>5</sup>.

---

<sup>2</sup> Détail du calcul : <http://www.infodroit.ch/spip.php?article44>

<sup>3</sup> Ordonnance sur les obligations militaires (OMI), 1.1.2018, [art. 19](#).

<sup>4</sup> Loi sur le service civil, [art. 16](#).

<sup>5</sup> Voir par exemple, [Jacques Verhaegen](#) : «Le refus d'obéissance aux ordres manifestement criminels », revue du CICR, vol. 84, n° 845, mars 2002.



### Analyse des mesures proposées

**Mesure 1:** 150 jours de service civil pour toutes personnes n'ayant pas terminés ses « services d'instruction » et ayant moins de 100 jours de service militaire restant.

#### Appréciation générale

12. Par « services d'instruction », il est entendu toutes les périodes de services militaires, à savoir écoles de recrues, écoles de cadres et cours de répétition<sup>6</sup>.

13. La proposition équivaudrait à « condamner », imposer à tout militaire ayant entre 1 et 100 jours de service militaire encore à faire à effectuer 150 jours de service civil.

14. La mesure incite à terminer ses obligations militaires au lieu de demander le service civil.

15. Partant du constat, hautement probable<sup>7</sup>, selon lequel les pertes en effectifs augmentent en fonction de l'âge par lassitude, perte d'intérêt ou en raison de l'augmentation des obligations professionnelles et familiales. Il conviendrait toutefois de disposer des chiffres du nombre des personnes qui quittent l'arme dans ces tranches d'âge soit pour le service civil, soit pour raisons médicales. En effet, si le problème est une question d'emploi du temps, la demande de service civil est d'autant plus contre-productive.

16. A cet aune, la mesure aura pour effet principal d'augmenter le nombre de demandes médicales et assez peu de diminuer le nombre de service civil. Quand à sa capacité à renforcer la motivation pour l'armée, elle est ici hors contexte – ce n'est pas notre problème ou celui du service civil – et elle n'est que très indirecte, la diminution de l'attrait du service civil n'augmentant pas pour autant l'attrait pour l'armée.

#### Calculs concernant la mesure proposée

17. Dans la pratique, divers types de calculs sont possibles pour déterminer les effets et les proportions de la proposition. Mes connaissances mathématiques sont limitées, donc d'autres calculs sont peut-être possibles ou éventuellement meilleurs, mais ceux-ci révèlent plusieurs des effets pervers de la proposition:

a. Le facteur multipliant le nombre de jours à faire est, avec la proposition exponentiel : La personne qui aurait 1 seul jour d'armée encore à faire se retrouverait à en faire 150 jours, soit 150 fois plus que le nombre de jour d'armée requis.

Dans le détail, un militaire à qui il resterait :

1 cours de répétition (CR), soit 19 jours (150/19), verrait le multiplicateur passer de 1.5 à 7.89

2 cours de répétition, le facteur (150/38) est encore du quadruple (3.94)

3 cours de répétition, le facteur descend à 2.63

4 cours de répétition, le facteur est de 2 (1.97)

5 cours de répétition le facteur est encore de 1.57, soit plus haut que la loi actuelle ou que le facteur attribué aux civilistes ayant encore plus de jours.

Ce n'est donc qu'avec 6 cours de répétition encore à faire, soit avec le nombre total des cours de répétition à faire par les soldats, et donc durant le premier cours de répétition que l'ajout systématique de 150 jours, rejoint le facteur général de 1.5.

*Dit autrement, à quelques jours prêts, quiconque demanderait le service civil après l'école de recrue devrait faire 150 jours de service civil au moins, quelque soit le nombre de jour d'armée restant à faire. Pourquoi ne pas le dire ?*

b. Le calcul peut aussi être fait en tenant compte des jours de service militaires et civils faits au total.

Exemple pour un soldat :

Ecole de recrue de 124 jours, solde 121 jours de service en CR. Total 245<sup>(8)</sup>. Service civil complet, 245 X 1.5 = 367 jours de service civil.

Jours de service mil faits : 244 (au lieu de 245)+150=394 (proposition). Système actuel : 244 + 2 (1 x 1.5) = 246 (actuel). Différence : 148 jours à faire en plus qu'avec le système actuel et ... 27 de plus qu'en ayant demandé le service civil dès le recrutement.

<sup>6</sup> Loi sur l'armée et l'administration militaire (LAAM), [art. 41](#).

<sup>7</sup> La permanence que nous représentons confirme, à sa modeste mesure, cette tendance. Les hommes de plus de 25 ans sont relativement nombreux à vouloir mettre un terme à leurs obligations militaires et leur nombre augmente avec l'âge

<sup>8</sup> OMI, [art. 47](#).



Jours de service faits :  $238 (6 \text{ CR faits}) + 150 = 388$  jours à faire ou (système actuel)  $238 + 9 (6 \times 1.5) = 247$ . Différence : 141 jours de service civil en plus qu'avec le système actuel, mais aussi 21 jours de service (mil et civ) en plus de ce que ce même soldat aurait eu à faire s'il avait demandé le service civil dès la fin du recrutement.

En cela, le service est *punitif parce qu'il impose des jours en plus ... pour avoir accepté de faire presque tout son service militaire !!!*

Jours de service faits :  $219 (5 \text{ CR}) + 150 = 369$  ou (actuel :)  $219 + 39 (26 \times 1.5) = 258$ . Différence : 111 jours de plus que le système actuel, mais encore 2 jours de plus qu'avec un service civil demandé dès l'origine.

Jours de service faits  $200 (4 \text{ CR}) + 150 = 350$  ou actuel  $200 + 68 (45 \times 1.5) = 268$ . Différence : 82 en plus que le système actuel.

A partir d'ici le nombre total de jours faits devient inférieur à un service civil demandé d'emblée et donc les jours de service militaire faits diminuent le nombre total de jours à faire.

Jours de service faits  $181 (3 \text{ CR}) + 150 = 331$  ou  $181 + 96 (64 \times 1.5) = 277$ . Différence, 54 jours de service civil en plus, mais 90 de moins qu'avec un service civil complet.

Jours de service faits  $162 (2 \text{ CR}) + 150 = 312$  ou

Jours de service faits  $143 (1 \text{ CR}) + 150 = 293$  ou  $143 + 156 (101 \times 1.5) = 299$  Différence  $\pm 0$ .

#### Effets pour la pratique

c. Les effets du nouveau système sur les intérêts des candidats civilistes, en termes de jours à faire seraient les suivants :

- 1) Le facteur de 1.5 s'applique durant l'école de recrue, voir durant le 1<sup>er</sup> CR. Inchangé.
- 2) Tout jour d'armée fait durant cette période diminue effectivement le nombre total (armée et sc) de jours à faire, par rapport à un service civil complet. Inchangé.
- 3) Dès le 2<sup>ème</sup> CR et jusqu'au 4<sup>ème</sup> CR, le nouveau système augmente progressivement, par rapport à l'ancien, effet étrange, le nombre de jours total à faire, même si l'on fait ces CR, soit d'avoir à faire encore plus de service en tout parce que l'on fait de l'armée (absurde !), puis d'avoir à faire du service civil en plus, même si le nombre de jours total de service civil et militaire reste inférieur à ce que devrait faire un civiliste de la première heure mis au facteur 1.5).

Exemple : Faire un 2<sup>ème</sup> CR de 19 jours et demander le sc, ajoute en plus de ces 19 jours 17 jours de service en tout (civil et militaire) par rapport au système actuel, dans lequel le civiliste en faisant ce CR épargnerait 9 jours de service civil ( $19 - x 1.5$ ). (Nouveau :  $162 \text{ SM} + 150 \text{ SC} = 312$  Ancien  $162 + 125$  (solde de  $83 \times 1.5$ ) = 287, nouveau = J plus 25. S'il ne fait pas ce CR (ancien  $\text{SM } 143 + \text{SC } 152 (101 \times 1.5) = 295$  soit quelques jours en plus de SC pour ne pas avoir fait ce cours (295 au lieu 287), mais toujours au total 17 jours de moins qu'en faisant ce CR dans le système proposé, lequel augmente donc le nombre de jours à faire sans donner de diminution pour ceux faits.

Idem pour les 3<sup>ème</sup> et 4<sup>ème</sup> CR. Je renonce aux calculs ici, mais le nombre de jours d'armée faits sans diminuer le nombre de jours de service totaux augmentera d'autant, par rapport à quelqu'un qui demande le SC après l'ER ou le 1<sup>er</sup> CR.

- 4) Dès le 5<sup>ème</sup> CR, le nombre total (SC et SM) de jours à faire devient plus grand que quelqu'un qui demande le service civil dès le 1<sup>er</sup> jour.

d. En résumé, il ne sera intéressant, en terme de jours à faire (ou rentable) de demander le service qu'entre le recrutement et la fin du 1<sup>er</sup> cours de répétition. A l'inverse, toute demande faite ultérieurement augmentera, de plus en plus gravement, la charge totale du nombre de jours à faire, laquelle dépassera, si le SC est demandé durant ou après le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, le nombre de jours à faire pour quelqu'un qui demande le service civil avant l'ER.

18. Tactiquement, pour le soutien aux objecteurs, l'intérêt à demander le service civil entre le recrutement et la fin de l'école de recrue reste similaire. Par contre, plus le militaire avance dans sa carrière militaire, plus la charge de jours augmente, plus il devient difficile de demander le service civil (et plus sera grande le besoin de demander la voie bleue).

19. Cela n'aura pas pour effet de diminuer fortement le nombre de demandes de service civil, puisque les demandes seront soit pour une part reportées plus tôt dans la carrière militaire, soit transformées en demande médicales et que rares seront les personnes qui en fin de carrière militaire décideront de finir leur service plutôt que de sortir de l'armée, d'une façon ou d'une autre.



### La durée du service civil en droit

20. En droit Suisse, le facteur légal de 1.5 est le même depuis l'origine. Avec toutefois la réserve présentée ci-dessus au point 6 concernant la durée effective (et non légale) située aux environ de 1.8.

21. Le droit international, le Comité des droits de l'homme et la Cour européenne des droits de l'homme, tiennent de jurisprudence constante le fait que le service civil doit être de nature civile et non-punitif.

22. Une durée supérieure au double du service militaire à remplacer est considérée comme excessive<sup>9</sup>. Ainsi, l'attribution à toute personne ayant moins de 75 jours de service militaire à faire de 150 jours de service civil serait contraire au droit international.

23. Mais c'est dans son ensemble, ou à tout le moins dès le 2<sup>ème</sup> cours de répétition, que la mesure est discriminatoire. D'abord parce que plus, ils servent dans l'armée, plus elle pénalise les militaires qui demandent le service civil. Ensuite, parce qu'elle traite différemment des personnes dans des situations similaires, à savoir des personnes présentant une demande de service civil, demande qui est de même nature quel que soit le moment où elle est faite et pour laquelle le nombre de jours de service militaire accomplis n'a aucune incidence, sauf peut-être à renforcer le besoin de présenter une objection de conscience, ce qui reste sans influence aucune sur le droit fondamental à demander le service civil.

24. La loi sur le service civil pose comme principe que la charge du service civil devrait équivalente à celle de l'armée<sup>10</sup>. Toutefois la mesure proposée, en tous les cas dès le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, puisque la charge en jours à faire est alourdie au-delà de ce que le militaire aurait à faire en demandant le service civil avant l'école de recrue. Ainsi, non-seulement, la personne concernée effectue la plus large part de son service militaire (les 3/4), mais elle y voit ajouté une part importante de service civil (150/367) soit presque la moitié du service civil en plus, pour un total qui dépasse ce qu'elle aurait eu à faire tant à l'armée qu'avec un service civil entier. A ce titre, la mesure est non seulement dissuasive, mais discriminatoire dans la mesure où elle pénalise ceux qui ont déjà fait beaucoup d'armée (ne devraient-ils pas au contraire être pour cela remerciés ?).

25. Par ailleurs, le droit à l'objection de conscience étant un droit fondamental, toute forme de dissuasion, en entravant son libre exercice, est déjà une violation du droit.

26. Et il est finalement, à mon sens, difficile la nature punitive de la mesure, puisque ce sont ceux-là même, qui ont le plus servi dans l'armée, qui se voient le plus pénalisés.

### Résumé :

- Violation du droit international sur la durée du service civil.
- Discrimination entre les civilistes « d'origine » et ceux qui demandent le service civil au cours de leur carrière militaire (l'objection reste la même, pour les mêmes motifs et contre le même service militaire, seule change la situation militaire).
- Mesure probablement punitive.
- Mesure simple en apparence, mais particulièrement compliquée à comprendre et à calculer, entre autres pour les personnes concernées.

---

<sup>9</sup> ONU, Comité des droits de l'homme: Foin v France (Communication No. 666/1995), CCPR/C/D/666/1995, 9 November 1999, para. 10.3, entre autres jurisprudence. Voir aussi: Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 8.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

Il existe aussi une traduction allemande de document, p. 21 : [http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-](http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV_2014-3_KDVundAsyl.pdf)

[eV\\_2014-3\\_KDVundAsyl.pdf](http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV_2014-3_KDVundAsyl.pdf)

Voir aussi le rapport quadriennal du Haut Commissaire aux Droits de l'Homme sur l'objection de conscience, 1.5.2017, § 22.

<http://www.undocs.org/fr/A/HRC/35/4>

<sup>10</sup> LSC 5



### **Mesure 2 :**

Délai d'attente de 12 mois entre le dépôt de la demande et l'admission, avec obligation de faire les périodes de service militaires prévues.

27. La mesure est contraire à la constitution. Celle-ci prévoit, textuellement : « un service de remplacement »<sup>11</sup>. Or un *remplacement du service* n'est en aucun cas un service de remplacement *différé* avec maintien du service à remplacer, en attente du service de remplacement.

Des délais pour la mise en œuvre, par la personne concernée comme par l'administration, du service de remplacement sont acceptable, voir le maintien des obligations en attente de la décision d'admission<sup>12</sup>, mais en aucun le droit à l'objection de conscience ne saurait-il être suspendu.

28. De plus, la proposition est largement impraticable et passablement conflictogène. Les civilistes concernés ne se gêneront pas pour demander des reports, se faire porter malade ou pour ne pas se présenter et leur motifs de conscience finissant toujours par être reconnus, ils ne seront, s'ils sont que partiellement et inégalement sanctionnés pour ces déflections. Sans parler de la charge administrative supplémentaire pour les administrations cantonales.

### Résumé

- Mesure contraire à la constitution.
- Discrimination entre les civilistes qui font une demande avant l'école de recrue, lesquels ne sont pas condamnés à des périodes militaires et ceux qui la font après l'ER, qui doivent en faire ou, vaille que vaille, les faire annuler.
- Mesure de nature à créer de nombreuses difficultés administratives tant pour les conscrits et les civilistes que pour l'administration.

### **Mesure 3 :**

29. Suppression du facteur 1.1 et passage au facteur 1.5 pour les officiers et les sous-officiers supérieurs.

30. Les personnes concernées sont relativement peu nombreuses. Elles ont néanmoins les mêmes droits. Mais surtout toutes ces personnes, qui ont été obligées de revêtir ces fonctions d'encadrement, ont déjà servi, au moment de la demande d'admission au service civil plus de jours d'armée que ne servent les civilistes qui n'en a fait aucun. Le moins gradé de ceux-ci servira un total 440 jours de services au lieu de 245<sup>13</sup>. Pour obtenir son grade, il en aura déjà fait presque autant qu'un soldat normal. Et le solde de jour à faire, qu'il soit multiplié par 1.1. ou 1.5 dépassera de toutes façons le nombre maximal de jours effectués par un civiliste ne faisant pas d'armée du tout.

31. Sachant que l'obligation de grader est imposée, même avec un facteur 1.1, la personne qui demande le service civil alors qu'elle a déjà revêtu son grade est discriminée par rapport à un civiliste qui demande le service avant de recevoir le moindre grade. Augmenté cette durée plus encore, alors que la personne gradée sert déjà plus que toute autre personne sans garde, apparaît là aussi comme punitive.

### Résumé

- En conjonction avec la discrimination décrite ci-après, violation du droit international sur la durée du service de remplacement.
- Discrimination entre les officiers et sous-officiers supérieurs d'une part et les soldats d'autre part en raison d'abord de l'obligation de grader d'abord, pour laquelle les premiers ne peuvent rien, puis du fait qu'en raison de cette obligation, ils ont déjà effectué, contre leur gré, une durée de service aussi importante que les soldats, durée sur laquelle vient ensuite s'ajouter une très longue durée de service civil supplémentaire. Dit autrement, le soldat qui demande le service civil évite non-seulement de grader, mais tous les jours de service civil supplémentaires en cas de conflit de conscience alors que l'officier, qui est en droit de développer un conflit de conscience à tout moment, en est d'autant plus pénalisé.

<sup>11</sup> [Art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement.](#)

<sup>12</sup> [LSC 17 et 17a.](#)

<sup>13</sup> [OMI 47](#)



- Mesure qui ne touche qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 4 :**

32. Interdiction faite aux médecins de faire du service civil en tant que médecins.

33. Là encore, la mesure ne concerne que très peu de personnes. Les médecins ont en moyenne au moins 26-27 ans à la fin de leur formation et ce moment-là, la plupart des périodes longues sont faites. Mais quand bien même, faut-il priver les hôpitaux de ces médecins-là ?

34. Par ailleurs, la mesure est à nouveau discriminatoire ; pourquoi les médecins et pas les géologues, les travailleurs sociaux ou les enseignants ? Là ce ne serait plus seulement certains civilistes, mais tout le service d'intérêt public qui tendrait à être victime d'une vision trop étroite des possibilités de service civil.

35. Enfin, il existe certes une disposition qui interdit certaines affectations en fonction de la personne du civiliste, en particulier si elle favorise sa formation<sup>14</sup>. Et c'est probablement, dans ce contexte que la proposition s'inspirerait. Mais à nouveau, certains militaires exercent des fonctions militaires en lien avec leur profession – et pas seulement des médecins ! – en quoi des civilistes n'auraient-ils pas le droit d'en faire autant ?

#### Résumé

- Mesure hautement discriminatoire (par professions).
- Mesure ne touchant (en l'état, que les médecins) qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 5 :**

36. Pas d'admission au service civil pour les personnes pour lesquelles il ne reste plus de jours de service, mais pour lesquelles il reste des tirs obligatoires.

37. La question est controversée depuis longtemps. Seul sont concernés les militaires en service long, qui restent incorporés ensuite pendant 4 ans<sup>15</sup>. Il conviendrait de savoir combien il y a eu de cas.

38. Pour rappel, les militaires ont la possibilité de déposer l'arme, sans motifs, s'ils ne souhaitent pas la conserver, mais cela ne les dispense pas des tirs<sup>16</sup>.

39. D'abord, il convient de rappeler que l'exécution de tirs obligatoires, dans le cadre d'un service militaire, même terminé, peuvent donner lieu à conflit de conscience, qui plus est si celui-ci peut avoir à se manifester durant une période de 4 ans.

40. En ce sens, la mesure ignore et passe complètement à côté, nie un problème qu'il y aurait pourtant lieu de résoudre.

41. A mon sens, une procédure plus simple qu'une admission au service civil devrait permettre, par exemple mais en tous les cas pour motifs de conscience légitimes, de remettre l'arme définitivement et d'être ainsi dispensé des tirs obligatoires.

#### Résumé

- Violation du droit à l'objection de conscience
- Mesure administrative inadéquate
- Mesure ne touchant qu'un nombre limité de personne

#### **Mesure 6 :**

42. Les civilistes sont tenus de faire une période de service civil par année dès l'admission.

---

<sup>14</sup> [LSC 4a](#)

<sup>15</sup> [LAAM 54a](#)

<sup>16</sup> Ordonnance concernant l'équipement personnel des militaires (OEPM), [art. 6a](#).



43. La mesure existe déjà, [art. 39a](#) de l'ordonnance sur le service civil : « La personne astreinte au service civil *effectue chaque année* des affectations de service civil d'une durée de 26 jours au moins à partir de la deuxième année civile au plus tard ».

44. Les reports étant relativement fréquents, on peut se demander si c'est ceux-ci qu'il s'agit de limiter, mais le texte de la mesure est pour le surplus inutile.

#### Résumé

- Proposition de mesure incompétente, mesure déjà prévue par la loi.

#### Mesure 7 :

45. Obligation pour les personnes en service long, d'effectuer la période longue de service civile dans l'année qui suit (et non pas dans les trois ans qui suivent) l'admission au service civil.

46. Imposer un service civil long est une vieille mesure de 2011, que le Tribunal administratif fédéral avait annulée en raison de [l'article 20 de la LSC](#) qui stipule que le SC peut être fait en une ou plusieurs périodes<sup>17</sup>.

47. Depuis toujours, nous recommandons aux militaires en service long de passer d'abord au service normal, avant de demander le service civil, entre autres afin d'éviter le surplus de jours, actuellement 55 jours de service militaire ou 82 jours de service civil en plus<sup>18</sup>. Notre recommandation ne changera pas.

48. De plus, la mesure ne prévoit cette obligation que si l'école de recrue n'est pas terminée, or l'école de recrue est considérée comme terminée si 80% de ses jours ont été accomplis<sup>19</sup>; soit pour une école usuelle de 124 jours, dès le 100<sup>ème</sup> jour d'école de recrue. Mais dans la pratique, la demande de service civil peut être faite quelques jours plutôt, puisque celle-ci prend quelques jours, voir semaines à condition pour cela que l'admission à la fin du processus de demande intervienne après le 100<sup>ème</sup> jour de service.

49. Que ce soit en passant au service normal et en attendant les 80% de son service militaire (dans des conditions « suffisantes ») – si encore au service long avec les jours en sus – il est très facile d'éviter cette mesure et peu nombreux sont ceux qui se retrouveront à devoir faire une période longue ou leur période longue de service civile dans l'année qui suit. Au demeurant si un plan de carrière avait prévu une mise en suspend de celui-ci pour le service militaire long, avec une libération en fin d'école de recrue et une affectation longue trouvée rapidement, celle-ci peut être faite dans le temps préalablement dévolu au service militaire long.

50. La mesure est aussi discriminatoire puisqu'elle traite plus durement les militaires en service long que les militaires en service normal d'une part, et alors plus durement que les civilistes n'ayant pas débuté l'école de recrue d'autre part.

#### Résumé

- Mesure facile à contourner, voire à accommoder.
- Mesure ne concernant alors plus qu'un nombre limité de personne.
- Mesure discriminatoire.

#### Considérations finales

51. Les mesures 1 et 3 violent le droit international sur la durée du service civil.

52. La mesure 2 viole la constitution sur la notion de service de remplacement et la mesure 5 viole la constitution sur le droit à un service de remplacement.

53. Les mesures 1, 3, 4 et 7 sont clairement discriminatoires et violent à un titre ou un autre l'égalité de traitement.

54. Les mesures 3, 4, 5 et 7 ne touchent que – mais gravement – un nombre limité de personnes. À ce titre, le but premier de ces mesures n'est probablement pas ou que partiellement de toucher ces personnes-là, voire de les maintenir dans l'armée mais de donner l'impression qu'il est difficile ou déconseillé, qu'il est

<sup>17</sup> <http://www.infodroit.ch/spip.php?article91>

<sup>18</sup> [OMI 111](#)

<sup>19</sup> [OMI 57](#) ou [37 ordonnance sur le service civil \(OSI\)](#) (même teneur).



même dissuadé de sortir de l'armée. Un tel but viole le droit au service civil et un service civil non-discriminatoire et non-punitif.

55. Il convient d'ajouter à ce propos que les instances et jurisprudences internationales ont reconnus sans hésiter le droit à l'objection de conscience pour les appelés, comme pour les volontaires et les professionnels. Autrement dit et pour ce qui nous occupe ici, le droit à l'objection de conscience et au service de remplacement est et reste le même, ne saurait donc subir d'aggravation dans l'exercice du droit, soit l'accès au service civil, comme dans sa réalisation, soit l'accomplissement du service civil, que la personne concernée aie commencé ou non à servir dans l'armée<sup>20</sup>.

56. Les mesures 2, 3 et 4 supposent des difficultés de mise en œuvre particulièrement importantes. La mesure 5 pourrait faire l'objet d'une simplification administrative.

57. La mesure 6 est inutile, une aberration puisqu'elle préconise quelque chose qui existe déjà.

58. L'analyse de l'ensemble de ces mesures donne l'impression forte que l'armée est très embarrassée, mal à l'aise en raison des demandes service civil issues des ses rangs.

59. Ainsi quand bien même l'ensemble de ces mesures, si elles venaient à être mise en œuvre, aurait pourrait effet d'inciter les conscrits à demander le service civil bien plus tôt, ce qui n'est pas utile à l'armée non plus, il conviendrait de combattre ces mesures pour les effets et les complications graves qu'elles imposent, en toutes sortes de circonstances, aux militaires.

60. Il convient aussi de constater que les mesures proposées font preuve d'une méconnaissance, tant du droit international que du droit constitutionnel suisse qui confine à l'impréparation, voire au mépris, tant des civilistes que des militaires.

61. Enfin, dans le cadre des réactions à ces propositions de mesures, il conviendra de rappeler certaines ou l'ensemble de nos revendications de base, à savoir une présence civile lors du recrutement afin de faciliter son impartialité, un durée raisonnable et une compensation financière garantissant au moins l'accès au minimum vital<sup>21</sup>.

Christophe Barbey,  
Juriste, permanent depuis 2006

---

<sup>20</sup> Voir les résolutions du Conseil des Droits de l'Homme, par exemple la résolution du 8 octobre 2013, art. 12 [A/RES/HRC/24/17](#) ou Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 4.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

<sup>21</sup> Avec une APG de 62.- par jour durant l'ER ou son équivalent au service civil, ou en cas d'absence de salaire préalable au service ou de droit à son équivalent, avec 1'800.- par mois ~, le minimum vital n'est pas atteint. Le dernier rapport du haut commissaire aux droits de l'homme mentionne une trop faible rémunération comme étant de nature punitive. [A/HRC/35/4](#), § 21.

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Rebstein, 24. August 2018

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

## Stellungnahme zur Änderung des Zivildienstgesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### **Einleitung und grundsätzliche Beurteilung**

Die SR RWS ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

## **Kein Handlungsbedarf**

Sowohl die drei Bericht des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegt. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

## **Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen**

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoss gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

## **Unklare Auswirkungen**

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Wir weisen darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der

Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Wir empfehlen aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen abzulehnen.

### **Eigene Vorschläge**

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwarten wir, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Wir schlagen dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.
- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

### **Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweisen wir auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für uns ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

### **Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Dienstage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst können unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

### **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

Wir gehen davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Dienstage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Dienstage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordert, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus unserer Sicht besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, bliebe auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

Wir sind der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Wir sehen absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildienstage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Dienstage erfüllen (2017: 96.7% aller Dienstage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Dienstage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Dienstage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.

### **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

### **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

Wir bedauern, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig

weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Dipl.Ing.HTL Goar Hutter  
Leiter Qualitäts- & Prozess-Management



Permanence romande pour civilistes et militaires  
Permanence@infodroit.ch ou  
Le mardi de 12 à 14 heures au 026 925 80 66.  
Pour les urgences, 079 524 35 74, veuillez laisser un message.

Flendruz, 16 juin 2018

### Avis de droit

*A qui de droit*

#### **7 mesures du Conseil fédéral destinées à la consultation. Modifications de la loi sur le service civil. 2018**

##### En préalable

1. Le droit à l'objection de conscience est un droit fondamental internationalement reconnu.
2. Il est reconnu par les jurisprudences du Comité des droits de l'homme et de la Cour Européenne des droits de l'homme, il est présent dans la constitution suisse<sup>1</sup>.
3. Ce droit s'appuie essentiellement tant sur le refus impératif de tuer que sur le refus de résoudre les conflits par la violence.
4. Le conflit entre l'obligation constitutionnelle de servir dans l'armée d'une part et la conscience d'autre part (appelé conflit de conscience) peut se manifester sous diverses formes et à divers moments, de façons plus ou moins virulentes ou soudaines, y compris parfois par des somatisations ou des actes de rébellions. La problématique a été largement résolue par deux mesures:
  - 1) Il a été renoncé au « contrôle de conscience » en adoptant le système dit de la preuve par l'acte, soit l'acceptation, par la personne qui demande le service civil d'une durée plus longue pour ce service que celle requise pour le service militaire.Cette mesure a pour avantage (en plus d'une forte diminution de la charge administrative) d'éviter d'une part l'aggravation et la stigmatisation du conflit de conscience par son besoin de le confronter à la procédure et de libérer d'autre part la personne concernée d'une appréhension et d'une expression intellectuelle et verbalisée de ce conflit, inévitablement discriminatoire selon le niveau d'éducation, et sujette d'autre part à des biais divers, puisque le résultat de l'examen dépendait largement du degré de préparation à celui-ci plutôt que de la nature même, des sources et des raisons du conflit de conscience.
6. Il convient toutefois de noter que ce système de quotité a dès le début présenté un défaut important, au demeurant partiellement caché des civilistes eux-mêmes, dans la mesure où la durée de service civil requise par la loi (1 fois et demie – 1,5 – celle du service militaire encore à faire au moment de la demande) est dans la pratique comparativement différente de la durée du service militaire réellement effectuée par les militaires libérés lorsqu'ils atteignent la limite d'âge. En effet, ceux-ci se voient alors remettre le solde des jours de service non-effectués, alors que les civilistes se voient pénalement condamnés s'ils n'effectuent pas l'entier de leurs jours avant la même limite d'âge (limite par ailleurs par elle-même plus exigeante, puisqu'ils ont plus de jours à effectuer dans le même laps de temps). L'armée a de plus tardé à donner les chiffres permettant de mesurer cette différence des durées respectives des

---

<sup>1</sup> Constitution fédérale (Cst.) [Article 10 sur la droit à la vie](#), [art. 15 sur la liberté de conscience](#), [art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement](#).



services. Pourtant des estimations raisonnables permettaient d'évaluer le nombre de jours de service civil effectués pour les civilistes demandant le service civil pour l'entier de leur périodes de service militaires comme étant environ du double du nombre de jour effectué en moyenne par les soldats terminant leur obligation à la limite d'âge<sup>2</sup>. Actuellement, ce taux semble s'être amélioré un peu, mais la durée comparée du service civil resterait de 1.8 plus élevée que la durée des services militaires, et non pas les 1.5 que stipule la loi. Il conviendra de vérifier les effets de la nouvelle loi sur l'armée sur cette problématique, la limite d'âge n'étant plus un âge fixe (p. ex. 34 ans), mais devenant un nombre de dix années pour faire les services requis après l'école de recrue<sup>3</sup>.

7. De plus la discrimination pénale demeure, puisque contrairement au service civil, aucune mesure permettant d'assurer le rythme et le progrès de la réalisation des périodes de service militaire, mesure accompagnées dans la loi sur le service civil de mesures pénales en cas de retards, n'ont été introduites dans la nouvelle législation sur la l'armée. Ainsi, le civiliste doit accomplir certaines périodes (la première suivant l'admission et la période longue) selon des délais fixes et il ne doit pas lui rester plus d'une certaine proportion de jours à faire avant d'atteindre la limite d'âge. Passé ces délais ou si la proportion de jours restant à faire est trop forte, le civiliste est convoqué d'office pour le surplus ou la période concernée, puis il encoure une peine s'il n'effectue pas la période requise. Il n'existe, pas de système similaire ou aussi contraignant dans l'armée. Pour avoir une vision complète de cette discrimination, pénalement grave, il conviendrait encore de comparer le nombre des dispenses pour justes motifs, lesquelles au demeurant ne font que repousser le problème, dispenses accordées tant pour les civilistes que pour les militaires. Nonobstant, vu la nature différente des système de suivi et de répression des deux sortes d'obligations, puisqu'il y a des condamnations pour retard dus au système de suivi contre les civilistes et qu'il n'y en a pas pour les militaires, la discrimination pénale demeure, tout comme demeurera a priori la discrimination sur les durées.

8. 2) Il importe de souligner que le service civil peut et doit pouvoir être demandé en tout temps, c'est d'ailleurs dans la loi<sup>4</sup>.

9. Cela concerne bien sûr la possibilité de demander le service civil depuis une période de service militaire, mais porte surtout sur la nature du conflit de conscience et relève en partie aussi du droit humanitaire.

10. Ainsi, le conflit de conscience peut se développer par une réflexion autonome, mais il peut aussi surgir, progressivement ou soudainement, face à une circonstance rencontrée dans le cadre du service militaire, par exemple lors de la première prise d'arme (il y a hélas des condamnations pour refus d'ordre de personnes qui font à ce moment-là un blocage psychologique) ou en étant mis en confrontation à une arme particulièrement destructive.

11. Il convient aussi, et c'est d'une grande importance, de citer le cas de l'objection de conscience à un ordre criminel, y compris ou surtout si celui-ci viole le droit humanitaire ; objection qui doit en effet pouvoir être exprimée en tout temps et en particulier de façon immédiate au moment de la réception de l'ordre contesté, cette objection devant alors, selon les circonstances, rejeter non-seulement l'ordre contesté lui-même mais aussi l'ensemble du système qui produit ou maintient cet ordre injuste, à tout le moins si l'ordre est maintenu, car alors seul le refus personnel et complet du système permettant, à défaut de pouvoir l'empêcher, la réalisation de ce ordre illégal et des ses conséquences, de préserver la conscience, et donc l'innocence de la personne confrontée à une telle situation. L'objection de conscience à une circonstance particulière devenant alors une objection au sens usuel du terme, une objection d'ensemble au service militaire<sup>5</sup>.

<sup>2</sup> Détail du calcul : <http://www.infodroit.ch/spip.php?article44>

<sup>3</sup> Ordonnance sur les obligations militaires (OMI), 1.1.2018, [art. 19](#).

<sup>4</sup> Loi sur le service civil, [art. 16](#).

<sup>5</sup> Voir par exemple, [Jacques Verhaegen](#) : «Le refus d'obéissance aux ordres manifestement criminels », revue du CICR, vol. 84, n° 845, mars 2002.



### Analyse des mesures proposées

**Mesure 1:** 150 jours de service civil pour toutes personnes n'ayant pas terminés ses « services d'instruction » et ayant moins de 100 jours de service militaire restant.

#### Appréciation générale

12. Par « services d'instruction », il est entendu toutes les périodes de services militaires, à savoir écoles de recrues, écoles de cadres et cours de répétition<sup>6</sup>.

13. La proposition équivaldrait à « condamner », imposer à tout militaire ayant entre 1 et 100 jours de service militaire encore à faire à effectuer 150 jours de service civil.

14. La mesure incite à terminer ses obligations militaires au lieu de demander le service civil.

15. Partant du constat, hautement probable<sup>7</sup>, selon lequel les pertes en effectifs augmentent en fonction de l'âge par lassitude, perte d'intérêt ou en raison de l'augmentation des obligations professionnelles et familiales. Il conviendrait toutefois de disposer des chiffres du nombre des personnes qui quittent l'arme dans ces tranches d'âge soit pour le service civil, soit pour raisons médicales. En effet, si le problème est une question d'emploi du temps, la demande de service civil est d'autant plus contre-productive.

16. A cet aulne, la mesure aura pour effet principal d'augmenter le nombre de demandes médicales et assez peu de diminuer le nombre de service civil. Quand à sa capacité à renforcer la motivation pour l'armée, elle est ici hors contexte – ce n'est pas notre problème ou celui du service civil – et elle n'est que très indirecte, la diminution de l'attrait du service civil n'augmentant pas pour autant l'attrait pour l'armée.

#### Calculs concernant la mesure proposée

17. Dans la pratique, divers types de calculs sont possibles pour déterminer les effets et les proportions de la proposition. Mes connaissances mathématiques sont limitées, donc d'autres calculs sont peut-être possibles ou éventuellement meilleurs, mais ceux-ci révèlent plusieurs des effets pervers de la proposition:

a. Le facteur multipliant le nombre de jours à faire est, avec la proposition exponentiel : La personne qui aurait 1 seul jour d'armée encore à faire se retrouverait à en faire 150 jours, soit 150 fois plus que le nombre de jour d'armée requis.

Dans le détail, un militaire à qui il resterait :

1 cours de répétition (CR), soit 19 jours (150/19), verrait le multiplicateur passer de 1.5 à 7.89

2 cours de répétition, le facteur (150/38) est encore du quadruple (3.94)

3 cours de répétition, le facteur descend à 2.63

4 cours de répétition, le facteur est de 2 (1.97)

5 cours de répétition le facteur est encore de 1.57, soit plus haut que la loi actuelle ou que le facteur attribué aux civilistes ayant encore plus de jours.

Ce n'est donc qu'avec 6 cours de répétition encore à faire, soit avec le nombre total des cours de répétition à faire par les soldats, et donc durant le premier cours de répétition que l'ajout systématique de 150 jours, rejoint le facteur général de 1.5.

*Dit autrement, à quelques jours prêts, quiconque demanderait le service civil après l'école de recrue devrait faire 150 jours de service civil au moins, quelque soit le nombre de jour d'armée restant à faire. Pourquoi ne pas le dire ?*

b. Le calcul peut aussi être fait en tenant compte des jours de service militaires et civils faits au total.

Exemple pour un soldat :

Ecole de recrue de 124 jours, solde 121 jours de service en CR. Total 245<sup>(8)</sup>. Service civil complet, 245 X 1.5 = 367 jours de service civil.

Jours de service mil faits : 244 (au lieu de 245)+150=394 (proposition). Système actuel : 244 + 2 (1 x 1.5) = 246 (actuel). Différence : 148 jours à faire en plus qu'avec le système actuel et ... 27 de plus qu'en ayant demandé le service civil dès le recrutement.

<sup>6</sup> Loi sur l'armée et l'administration militaire (LAAM), [art. 41](#).

<sup>7</sup> La permanence que nous représentons confirme, à sa modeste mesure, cette tendance. Les hommes de plus de 25 ans sont relativement nombreux à vouloir mettre un terme à leurs obligations militaires et leur nombre augmente avec l'âge

<sup>8</sup> OMI, [art. 47](#).



Jours de service faits :  $238 (6 \text{ CR faits}) + 150 = 388$  jours à faire ou (système actuel)  $238 + 9 (6 \times 1.5) = 247$ . Différence : 141 jours de service civil en plus qu'avec le système actuel, mais aussi 21 jours de service (mil et civ) en plus de ce que ce même soldat aurait eu à faire s'il avait demandé le service civil dès la fin du recrutement.

En cela, le service est *punitif parce qu'il impose des jours en plus ... pour avoir accepté de faire presque tout son service militaire !!!*

Jours de service faits :  $219 (5 \text{ CR}) + 150 = 369$  ou (actuel :)  $219 + 39 (26 \times 1.5) = 258$ . Différence : 111 jours de plus que le système actuel, mais encore 2 jours de plus qu'avec un service civil demandé dès l'origine.

Jours de service faits  $200 (4 \text{ CR}) + 150 = 350$  ou actuel  $200 + 68 (45 \times 1.5) = 268$ . Différence : 82 en plus que le système actuel.

A partir d'ici le nombre total de jours faits devient inférieur à un service civil demandé d'emblée et donc les jours de service militaire faits diminuent le nombre total de jours à faire.

Jours de service faits  $181 (3 \text{ CR}) + 150 = 331$  ou  $181 + 96 (64 \times 1.5) = 277$ . Différence, 54 jours de service civil en plus, mais 90 de moins qu'avec un service civil complet.

Jours de service faits  $162 (2 \text{ CR}) + 150 = 312$  ou

Jours de service faits  $143 (1 \text{ CR}) + 150 = 293$  ou  $143 + 156 (101 \times 1.5) = 299$  Différence  $\pm 0$ .

#### Effets pour la pratique

c. Les effets du nouveau système sur les intérêts des candidats civilistes, en termes de jours à faire seraient les suivants :

1) Le facteur de 1.5 s'applique durant l'école de recrue, voir durant le 1<sup>er</sup> CR. Inchangé.

2) Tout jour d'armée fait durant cette période diminue effectivement le nombre total (armée et sc) de jours à faire, par rapport à un service civil complet. Inchangé.

3) Dès le 2<sup>ème</sup> CR et jusqu'au 4<sup>ème</sup> CR, le nouveau système augmente progressivement, par rapport à l'ancien, effet étrange, le nombre de jours total à faire, même si l'on fait ces CR, soit d'avoir à faire encore plus de service en tout parce que l'on fait de l'armée (absurde !), puis d'avoir à faire du service civil en plus, même si le nombre de jours total de service civil et militaire reste inférieur à ce que devrait faire un civiliste de la première heure mis au facteur 1.5).

Exemple : Faire un 2<sup>ème</sup> CR de 19 jours et demander le sc, ajoute en plus de ces 19 jours 17 jours de service en tout (civil et militaire) par rapport au système actuel, dans lequel le civiliste en faisant ce CR épargnerait 9 jours de service civil ( $19 - x 1.5$ ). (Nouveau :  $162 \text{ SM} + 150 \text{ SC} = 312$  Ancien  $162 + 125$  (solde de  $83 \times 1.5$ ) = 287, nouveau = J plus 25. S'il ne fait pas ce CR (ancien  $\text{SM } 143 + \text{SC } 152 (101 \times 1.5) = 295$  soit quelques jours en plus de SC pour ne pas avoir fait ce cours (295 au lieu 287), mais toujours au total 17 jours de moins qu'en faisant ce CR dans le système proposé, lequel augmente donc le nombre de jours à faire sans donner de diminution pour ceux faits.

Idem pour les 3<sup>ème</sup> et 4<sup>ème</sup> CR. Je renonce aux calculs ici, mais le nombre de jours d'armée faits sans diminuer le nombre de jours de service totaux augmentera d'autant, par rapport à quelqu'un qui demande le SC après l'ER ou le 1<sup>er</sup> CR.

4) Dès le 5<sup>ème</sup> CR, le nombre total (SC et SM) de jours à faire devient plus grand que quelqu'un qui demande le service civil dès le 1<sup>er</sup> jour.

d. En résumé, il ne sera intéressant, en terme de jours à faire (ou rentable) de demander le service qu'entre le recrutement et la fin du 1<sup>er</sup> cours de répétition. A l'inverse, toute demande faite ultérieurement augmentera, de plus en plus gravement, la charge totale du nombre de jours à faire, laquelle dépassera, si le SC est demandé durant ou après le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, le nombre de jours à faire pour quelqu'un qui demande le service civil avant l'ER.

18. Tactiquement, pour le soutien aux objecteurs, l'intérêt à demander le service civil entre le recrutement et la fin de l'école de recrue reste similaire. Par contre, plus le militaire avance dans sa carrière militaire, plus la charge de jours augmente, plus il devient difficile de demander le service civil (et plus sera grande le besoin de demander la voie bleue).

19. Cela n'aura pas pour effet de diminuer fortement le nombre de demandes de service civil, puisque les demandes seront soit pour une part reportées plus tôt dans la carrière militaire, soit transformées en demande médicales et que rares seront les personnes qui en fin de carrière militaire décideront de finir leur service plutôt que de sortir de l'armée, d'une façon ou d'une autre.



### La durée du service civil en droit

20. En droit Suisse, le facteur légal de 1.5 est le même depuis l'origine. Avec toutefois la réserve présentée ci-dessus au point 6 concernant la durée effective (et non légale) située aux environ de 1.8.

21. Le droit international, le Comité des droits de l'homme et la Cour européenne des droits de l'homme, tiennent de jurisprudence constante le fait que le service civil doit être de nature civile et non-punitif.

22. Une durée supérieure au double du service militaire à remplacer est considérée comme excessive<sup>9</sup>. Ainsi, l'attribution à toute personne ayant moins de 75 jours de service militaire à faire de 150 jours de service civil serait contraire au droit international.

23. Mais c'est dans son ensemble, ou à tout le moins dès le 2<sup>ème</sup> cours de répétition, que la mesure est discriminatoire. D'abord parce que plus, ils servent dans l'armée, plus elle pénalise les militaires qui demandent le service civil. Ensuite, parce qu'elle traite différemment des personnes dans des situations similaires, à savoir des personnes présentant une demande de service civil, demande qui est de même nature quel que soit le moment où elle est faite et pour laquelle le nombre de jours de service militaire accomplis n'a aucune incidence, sauf peut-être à renforcer le besoin de présenter une objection de conscience, ce qui reste sans influence aucune sur le droit fondamental à demander le service civil.

24. La loi sur le service civil pose comme principe que la charge du service civil devrait équivalente à celle de l'armée<sup>10</sup>. Toutefois la mesure proposée, en tous les cas dès le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, puisque la charge en jours à faire est alourdie au-delà de ce que le militaire aurait à faire en demandant le service civil avant l'école de recrue. Ainsi, non-seulement, la personne concernée effectue la plus large part de son service militaire (les 3/4), mais elle y voit ajouté une part importante de service civil (150/367) soit presque la moitié du service civil en plus, pour un total qui dépasse ce qu'elle aurait eu à faire tant à l'armée qu'avec un service civil entier. A ce titre, la mesure est non seulement dissuasive, mais discriminatoire dans la mesure où elle pénalise ceux qui ont déjà fait beaucoup d'armée (ne devraient-ils pas au contraire être pour cela remerciés ?).

25. Par ailleurs, le droit à l'objection de conscience étant un droit fondamental, toute forme de dissuasion, en entravant son libre exercice, est déjà une violation du droit.

26. Et il est finalement, à mon sens, difficile la nature punitive de la mesure, puisque ce sont ceux-là même, qui ont le plus servi dans l'armée, qui se voient le plus pénalisés.

### Résumé :

- Violation du droit international sur la durée du service civil.
- Discrimination entre les civilistes « d'origine » et ceux qui demandent le service civil au cours de leur carrière militaire (l'objection reste la même, pour les mêmes motifs et contre le même service militaire, seule change la situation militaire).
- Mesure probablement punitive.
- Mesure simple en apparence, mais particulièrement compliquée à comprendre et à calculer, entre autres pour les personnes concernées.

---

<sup>9</sup> ONU, Comité des droits de l'homme: Foin v France (Communication No. 666/1995), CCPR/C/D/666/1995, 9 November 1999, para. 10.3, entre autres jurisprudence. Voir aussi: Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 8.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>  
Il existe aussi une traduction allemande de document, p. 21 : [http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV\\_2014-3\\_KDVundAsyl.pdf](http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV_2014-3_KDVundAsyl.pdf)

Voir aussi le rapport quadriennal du Haut Commissaire aux Droits de l'Homme sur l'objection de conscience, 1.5.2017, § 22.

<http://www.undocs.org/fr/A/HRC/35/4>

<sup>10</sup> LSC 5



### **Mesure 2 :**

Délai d'attente de 12 mois entre le dépôt de la demande et l'admission, avec obligation de faire les périodes de service militaires prévues.

27. La mesure est contraire à la constitution. Celle-ci prévoit, textuellement : « un service de remplacement »<sup>11</sup>. Or un *remplacement du service* n'est en aucun cas un service de remplacement *différé* avec maintien du service à remplacer, en attente du service de remplacement.

Des délais pour la mise en œuvre, par la personne concernée comme par l'administration, du service de remplacement sont acceptable, voir le maintien des obligations en attente de la décision d'admission<sup>12</sup>, mais en aucun le droit à l'objection de conscience ne saurait-il être suspendu.

28. De plus, la proposition est largement impraticable et passablement conflictogène. Les civilistes concernés ne se gêneront pas pour demander des reports, se faire porter malade ou pour ne pas se présenter et leur motifs de conscience finissant toujours par être reconnus, ils ne seront, s'ils sont que partiellement et inégalement sanctionnés pour ces déflections. Sans parler de la charge administrative supplémentaire pour les administrations cantonales.

### Résumé

- Mesure contraire à la constitution.
- Discrimination entre les civilistes qui font une demande avant l'école de recrue, lesquels ne sont pas condamnés à des périodes militaires et ceux qui la font après l'ER, qui doivent en faire ou, vaille que vaille, les faire annuler.
- Mesure de nature à créer de nombreuses difficultés administratives tant pour les conscrits et les civilistes que pour l'administration.

### **Mesure 3 :**

29. Suppression du facteur 1.1 et passage au facteur 1.5 pour les officiers et les sous-officiers supérieurs.

30. Les personnes concernées sont relativement peu nombreuses. Elles ont néanmoins les mêmes droits. Mais surtout toutes ces personnes, qui ont été obligées de revêtir ces fonctions d'encadrement, ont déjà servi, au moment de la demande d'admission au service civil plus de jours d'armée que ne servent les civilistes qui n'en a fait aucun. Le moins gradé de ceux-ci servira un total 440 jours de services au lieu de 245<sup>13</sup>. Pour obtenir son grade, il en aura déjà fait presque autant qu'un soldat normal. Et le solde de jour à faire, qu'il soit multiplié par 1.1. ou 1.5 dépassera de toutes façons le nombre maximal de jours effectués par un civiliste ne faisant pas d'armée du tout.

31. Sachant que l'obligation de grader est imposée, même avec un facteur 1.1, la personne qui demande le service civil alors qu'elle a déjà revêtu son grade est discriminée par rapport à un civiliste qui demande le service avant de recevoir le moindre grade. Augmenté cette durée plus encore, alors que la personne gradée sert déjà plus que toute autre personne sans garde, apparaît là aussi comme punitive.

### Résumé

- En conjonction avec la discrimination décrite ci-après, violation du droit international sur la durée du service de remplacement.
- Discrimination entre les officiers et sous-officiers supérieurs d'une part et les soldats d'autre part en raison d'abord de l'obligation de grader d'abord, pour laquelle les premiers ne peuvent rien, puis du fait qu'en raison de cette obligation, ils ont déjà effectué, contre leur gré, une durée de service aussi importante que les soldats, durée sur laquelle vient ensuite s'ajouter une très longue durée de service civil supplémentaire. Dit autrement, le soldat qui demande le service civil évite non-seulement de grader, mais tous les jours de service civil supplémentaires en cas de conflit de conscience alors que l'officier, qui est en droit de développer un conflit de conscience à tout moment, en est d'autant plus pénalisé.

<sup>11</sup> [Art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement.](#)

<sup>12</sup> [LSC 17 et 17a.](#)

<sup>13</sup> [OMI 47](#)



- Mesure qui ne touche qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 4 :**

32. Interdiction faite aux médecins de faire du service civil en tant que médecins.

33. Là encore, la mesure ne concerne que très peu de personnes. Les médecins ont en moyenne au moins 26-27 ans à la fin de leur formation et ce moment-là, la plupart des périodes longues sont faites. Mais quand bien même, faut-il priver les hôpitaux de ces médecins-là ?

34. Par ailleurs, la mesure est à nouveau discriminatoire ; pourquoi les médecins et pas les géologues, les travailleurs sociaux ou les enseignants ? Là ce ne serait plus seulement certains civilistes, mais tout le service d'intérêt public qui tendrait à être victime d'une vision trop étroite des possibilités de service civil.

35. Enfin, il existe certes une disposition qui interdit certaines affectations en fonction de la personne du civiliste, en particulier si elle favorise sa formation<sup>14</sup>. Et c'est probablement, dans ce contexte que la proposition s'inspirerait. Mais à nouveau, certains militaires exercent des fonctions militaires en lien avec leur profession – et pas seulement des médecins ! – en quoi des civilistes n'auraient-ils pas le droit d'en faire autant ?

#### Résumé

- Mesure hautement discriminatoire (par professions).
- Mesure ne touchant (en l'état, que les médecins) qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 5 :**

36. Pas d'admission au service civil pour les personnes pour lesquelles il ne reste plus de jours de service, mais pour lesquelles il reste des tirs obligatoires.

37. La question est controversée depuis longtemps. Seul sont concernés les militaires en service long, qui restent incorporés ensuite pendant 4 ans<sup>15</sup>. Il conviendrait de savoir combien il y a eu de cas.

38. Pour rappel, les militaires ont la possibilité de déposer l'arme, sans motifs, s'ils ne souhaitent pas la conserver, mais cela ne les dispense pas des tirs<sup>16</sup>.

39. D'abord, il convient de rappeler que l'exécution de tirs obligatoires, dans le cadre d'un service militaire, même terminé, peuvent donner lieu à conflit de conscience, qui plus est si celui-ci peut avoir à se manifester durant une période de 4 ans.

40. En ce sens, la mesure ignore et passe complètement à côté, nie un problème qu'il y aurait pourtant lieu de résoudre.

41. A mon sens, une procédure plus simple qu'une admission au service civil devrait permettre, par exemple mais en tous les cas pour motifs de conscience légitimes, de remettre l'arme définitivement et d'être ainsi dispensé des tirs obligatoires.

#### Résumé

- Violation du droit à l'objection de conscience
- Mesure administrative inadéquate
- Mesure ne touchant qu'un nombre limité de personne

#### **Mesure 6 :**

42. Les civilistes sont tenus de faire une période de service civil par année dès l'admission.

---

<sup>14</sup> [LSC 4a](#)

<sup>15</sup> [LAAM 54a](#)

<sup>16</sup> Ordonnance concernant l'équipement personnel des militaires (OEPM), [art. 6a](#).



43. La mesure existe déjà, [art. 39a](#) de l'ordonnance sur le service civil : « La personne astreinte au service civil *effectue chaque année* des affectations de service civil d'une durée de 26 jours au moins à partir de la deuxième année civile au plus tard ».

44. Les reports étant relativement fréquents, on peut se demander si c'est ceux-ci qu'il s'agit de limiter, mais le texte de la mesure est pour le surplus inutile.

#### Résumé

- Proposition de mesure incompétente, mesure déjà prévue par la loi.

#### Mesure 7 :

45. Obligation pour les personnes en service long, d'effectuer la période longue de service civile dans l'année qui suit (et non pas dans les trois ans qui suivent) l'admission au service civil.

46. Imposer un service civil long est une vieille mesure de 2011, que le Tribunal administratif fédéral avait annulée en raison de [l'article 20 de la LSC](#) qui stipule que le SC peut être fait en une ou plusieurs périodes<sup>17</sup>.

47. Depuis toujours, nous recommandons aux militaires en service long de passer d'abord au service normal, avant de demander le service civil, entre autres afin d'éviter le surplus de jours, actuellement 55 jours de service militaire ou 82 jours de service civil en plus<sup>18</sup>. Notre recommandation ne changera pas.

48. De plus, la mesure ne prévoit cette obligation que si l'école de recrue n'est pas terminée, or l'école de recrue est considérée comme terminée si 80% de ses jours ont été accomplis<sup>19</sup>; soit pour une école usuelle de 124 jours, dès le 100<sup>ème</sup> jour d'école de recrue. Mais dans la pratique, la demande de service civil peut être faite quelques jours plutôt, puisque celle-ci prend quelques jours, voir semaines à condition pour cela que l'admission à la fin du processus de demande intervienne après le 100<sup>ème</sup> jour de service.

49. Que ce soit en passant au service normal et en attendant les 80% de son service militaire (dans des conditions « suffisantes ») – si encore au service long avec les jours en sus – il est très facile d'éviter cette mesure et peu nombreux sont ceux qui se retrouveront à devoir faire une période longue ou leur période longue de service civile dans l'année qui suit. Au demeurant si un plan de carrière avait prévu une mise en suspend de celui-ci pour le service militaire long, avec une libération en fin d'école de recrue et une affectation longue trouvée rapidement, celle-ci peut être faite dans le temps préalablement dévolu au service militaire long.

50. La mesure est aussi discriminatoire puisqu'elle traite plus durement les militaires en service long que les militaires en service normal d'une part, et alors plus durement que les civilistes n'ayant pas débuté l'école de recrue d'autre part.

#### Résumé

- Mesure facile à contourner, voire à accommoder.
- Mesure ne concernant alors plus qu'un nombre limité de personne.
- Mesure discriminatoire.

#### Considérations finales

51. Les mesures 1 et 3 violent le droit international sur la durée du service civil.

52. La mesure 2 viole la constitution sur la notion de service de remplacement et la mesure 5 viole la constitution sur le droit à un service de remplacement.

53. Les mesures 1, 3, 4 et 7 sont clairement discriminatoires et violent à un titre ou un autre l'égalité de traitement.

54. Les mesures 3, 4, 5 et 7 ne touchent que – mais gravement – un nombre limité de personnes. À ce titre, le but premier de ces mesures n'est probablement pas ou que partiellement de toucher ces personnes-là, voire de les maintenir dans l'armée mais de donner l'impression qu'il est difficile ou déconseillé, qu'il est

<sup>17</sup> <http://www.infodroit.ch/spip.php?article91>

<sup>18</sup> [OMI 111](#)

<sup>19</sup> [OMI 57](#) ou [37 ordonnance sur le service civil \(OSI\)](#) (même teneur).



même dissuadé de sortir de l'armée. Un tel but viole le droit au service civil et un service civil non-discriminatoire et non-punitif.

55. Il convient d'ajouter à ce propos que les instances et jurisprudences internationales ont reconnus sans hésiter le droit à l'objection de conscience pour les appelés, comme pour les volontaires et les professionnels. Autrement dit et pour ce qui nous occupe ici, le droit à l'objection de conscience et au service de remplacement est et reste le même, ne saurait donc subir d'aggravation dans l'exercice du droit, soit l'accès au service civil, comme dans sa réalisation, soit l'accomplissement du service civil, que la personne concernée aie commencé ou non à servir dans l'armée<sup>20</sup>.

56. Les mesures 2, 3 et 4 supposent des difficultés de mise en œuvre particulièrement importantes. La mesure 5 pourrait faire l'objet d'une simplification administrative.

57. La mesure 6 est inutile, une aberration puisqu'elle préconise quelque chose qui existe déjà.

58. L'analyse de l'ensemble de ces mesures donne l'impression forte que l'armée est très embarrassée, mal à l'aise en raison des demandes service civil issues des ses rangs.

59. Ainsi quand bien même l'ensemble de ces mesures, si elles venaient à être mise en œuvre, aurait pourrait effet d'inciter les conscrits à demander le service civil bien plus tôt, ce qui n'est pas utile à l'armée non plus, il conviendrait de combattre ces mesures pour les effets et les complications graves qu'elles imposent, en toutes sortes de circonstances, aux militaires.

60. Il convient aussi de constater que les mesures proposées font preuve d'une méconnaissance, tant du droit international que du droit constitutionnel suisse qui confine à l'impréparation, voire au mépris, tant des civilistes que des militaires.

61. Enfin, dans le cadre des réactions à ces propositions de mesures, il conviendra de rappeler certaines ou l'ensemble de nos revendications de base, à savoir une présence civile lors du recrutement afin de faciliter son impartialité, un durée raisonnable et une compensation financière garantissant au moins l'accès au minimum vital<sup>21</sup>.

Christophe Barbey,  
Juriste, permanent depuis 2006

---

<sup>20</sup> Voir les résolutions du Conseil des Droits de l'Homme, par exemple la résolution du 8 octobre 2013, art. 12 [A/RES/HRC/24/17](#) ou Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 4.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

<sup>21</sup> Avec une APG de 62.- par jour durant l'ER ou son équivalent au service civil, ou en cas d'absence de salaire préalable au service ou de droit à son équivalent, avec 1'800.- par mois ~, le minimum vital n'est pas atteint. Le dernier rapport du haut commissaire aux droits de l'homme mentionne une trop faible rémunération comme étant de nature punitive. [A/HRC/35/4](#), § 21.

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun  
rechtsdienst@zivi.admin.ch

Sursee, 25. September 2018

### **Stellungnahme zur Änderung des Zivildienstgesetzes**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Stadt Sursee ist ein Einsatzbetrieb für Zivildienstleistende. Wir sind angewiesen auf gute Rahmenbedingungen bei der Personalrekrutierung, auch bei den Zivildienstleistenden. Deshalb nehmen wir an der laufenden Vernehmlassung zu den vorgeschlagenen Veränderungen im Zivildienstgesetz teil.

An unseren Schulen werden seit einem Jahr Zivildienstleistende eingesetzt. Die Erfahrungen sind sehr positiv. Die Zivildienstleistenden unterstützen die Mitarbeitenden in den Schulen vor allem als Klassenassistenten sowie als Betreuungspersonen in den Tagesstrukturen. Sie sind eine wichtige personelle Ressource bei der Bewältigung der zunehmenden Aufgabenfelder, welche sich den Volksschulen heute stellen. Weiter unterstützen Zivildienstleistende seit vielen Jahren unsere Jugendarbeit in den Arbeitsfeldern Unterhalt und Reinigung, Jugendanimation und Administration. Sie sind ein fester Bestandteil des Teams und bringen auf Grund ihres beruflichen und persönlichen Hintergrunds immer wieder positive Inputs für die Weiterentwicklung der Jugendarbeit.

Die vorgeschlagenen Massnahmen im Zivildienstgesetz sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel vom Militärdienst in den Zivildienst massiv verschlechtert werden. Dies wird die Anzahl der Zivildienstleistenden, welche sich für eine Anstellung im Schuldienst oder in der Jugendarbeit interessieren, einschränken. Es wird insbesondere die Gruppe Bewerbender verringert, welche schon eine gewisse Lebenserfahrung und Reife mitbringt. Gerade diese Gruppe ist aber für die Aufgabenfelder unserer Zivildienstleistenden besonders prädestiniert und wichtig.

Der Zivildienst funktioniert unserer Ansicht nach in seiner heutigen Form sehr gut und bietet einen grossen Nutzen für unsere Gemeinwesen. Wir sind darum gegen Einschränkungen sowie das Setzen von noch höheren Hürden beim Zugang zum Zivildienst. Die vorgeschlagenen Veränderungen im Zivildienstgesetz führen aber zu solchen Hindernissen und verringern uns die Auswahlmöglichkeiten bei der Rekrutierung. Wir lehnen deshalb alle sieben vorgesehenen Massnahmen ab.

Wir bitten Sie, unsere Anliegen bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten und mit einzu beziehen.

Freundliche Grüsse

Heidi Schilliger Menz

Stadträtin und Bildungsvorsteherin

Philipp Calivers

Rektor Stadtschulen



Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Zivildienst Zentralstelle	
- 4. Sep. 2018	
Eingescannt	Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>

Gümligen, im August 2018

## Stellungnahme der Stiftung Aarhus zur Änderung des Zivildienstgesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### Einleitung und grundsätzliche Beurteilung

Die Stiftung Aarhus führt eine Sonderschule mit Internatsangebot sowie Wohn- und Beschäftigungsangebote für erwachsenen Menschen mit schwerer Körper- und Mehrfachbehinderung. Wir sind seit Jahren Einsatzbetrieb von Zivildienstleistenden und daher überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern.

Abteilung Kinder/Jugendliche und Verwaltung  
Nussbaumallee 6 3073 Gümligen, Telefon 031 959 52 52, [www.aarhus.ch](http://www.aarhus.ch), Spendenkonto IBAN CH25 0900 0000 3002 6794 9

Abteilung Erwachsene  
Neuhausweg 6 3506 Grosshöchstetten

Tel. WBG1 031 710 20 60, WBG2 031 710 20 50  
Tel. WBG3 031 710 20 70, WBG4 031 710 20 85

Rainweg 11 3074 Muri bei Bern  
Fuhrenweg 13 3114 Wichtrach  
Grubenweg 4 3052 Zollikofen

Tel. WBG Muri 031 951 01 06  
Tel. WBG Wichtrach 031 781 17 20  
Tel. WBG Zollikofen 031 911 39 54



Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### **Kein Handlungsbedarf**

Sowohl die drei Bericht des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

### **Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen**

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoß gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

### **Unklare Auswirkungen**

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Die Stiftung Aarhus weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden; sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen

---

Abteilung Kinder/Jugendliche und Verwaltung

Nussbaumallee 6 3073 Gümligen, Telefon 031 959 52 52, [www.aarhus.ch](http://www.aarhus.ch), Spendenkonto IBAN CH25 0900 0000 3002 6794 9

Abteilung Erwachsene

Neuhausweg 6

3506 Grosshöchstetten

Tel. WBG1 031 710 20 60, WBG2 031 710 20 50

Tel. WBG3 031 710 20 70, WBG4 031 710 20 85

Rainweg 11

3074 Muri bei Bern

Tel. WBG Muri 031 951 01 06

Fuhrenweg 13

3114 Wichtrach

Tel. WBG Wichtrach 031 781 17 20

Grubenweg 4

3052 Zollikofen

Tel. WBG Zollikofen 031 911 39 54



plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Die Stiftung Aarhus lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

### **Eigene Vorschläge**

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet die Stiftung Aarhus, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens der Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Die Stiftung Aarhus schlägt dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.
- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

### **Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist die Stiftung Aarhus auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.“*

---

Abteilung Kinder/Jugendliche und Verwaltung

Nussbaumallee 6 3073 Gümligen, Telefon 031 959 52 52, [www.aarhus.ch](http://www.aarhus.ch), Spendenkonto IBAN CH25 0900 0000 3002 6794 9

Abteilung Erwachsene

Neuhausweg 6 3506 Grosshöchstetten

Tel. WBG1 031 710 20 60, WBG2 031 710 20 50

Tel. WBG3 031 710 20 70, WBG4 031 710 20 85

Rainweg 11

3074 Muri bei Bern

Tel. WBG Muri 031 951 01 06

Fuhrenweg 13

3114 Wichtrach

Tel. WBG Wichtrach 031 781 17 20

Grubenweg 4

3052 Zollikofen

Tel. WBG Zollikofen 031 911 39 54



*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für die Stiftung Aarhus ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

### **Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Diensttage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen. Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

### **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

Die Stiftung Aarhus geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Diensttage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Diensttage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

---

Abteilung Kinder/Jugendliche und Verwaltung

Nussbaumallee 6 3073 Gümliigen, Telefon 031 959 52 52, [www.aarhus.ch](http://www.aarhus.ch), Spendenkonto IBAN CH25 0900 0000 3002 6794 9

Abteilung Erwachsene

Neuhausweg 6 3506 Grosshöchstetten

Tel. WBG1 031 710 20 60, WBG2 031 710 20 50

Tel. WBG3 031 710 20 70, WBG4 031 710 20 85

Rainweg 11 3074 Muri bei Bern

Tel. WBG Muri 031 951 01 06

Fuhrenweg 13 3114 Wichtrach

Tel. WBG Wichtrach 031 781 17 20

Grubenweg 4 3052 Zollikofen

Tel. WBG Zollikofen 031 911 39 54



### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht Aarhus besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind. Die Stiftung Aarhus ist der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Die Stiftung Aarhus sieht absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildienstage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Dienstage erfüllen (2017: 96.7% aller Dienstage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Dienstage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Dienstage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.

### **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

### **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

Die Stiftung Aarhus bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

---

Abteilung Kinder/Jugendliche und Verwaltung

Nussbaumallee 6 3073 Gümligen, Telefon 031 959 52 52, [www.aarhus.ch](http://www.aarhus.ch), Spendenkonto IBAN CH25 0900 0000 3002 6794 9

Abteilung Erwachsene

Neuhausweg 6 3506 Grosshöchstetten

Tel. WBG1 031 710 20 60, WBG2 031 710 20 50

Tel. WBG3 031 710 20 70, WBG4 031 710 20 85

Rainweg 11 3074 Muri bei Bern

Tel. WBG Muri 031 951 01 06

Führenweg 13 3114 Wichtrach

Tel. WBG Wichtrach 031 781 17 20

Grubenweg 4 3052 Zollikofen

Tel. WBG Zollikofen 031 911 39 54



*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüßen.

Im Namen der Stiftung Aarhus

Hans Aeschbacher  
Präsident

Christa Marti  
Direktorin



Zivildienst Zentralstelle
21. Sep. 2018
Eingesannt Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>



Stiftung Brändi - Honwerstrasse 123 - 6011 Kriens

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Claudia Rosso  
041 349 02 25  
claudia.rosso@braendi.ch

Kriens, 19. September 2018

## Stellungnahme der Stiftung Brändi zur Änderung des Zivildienstgesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### Einleitung und grundsätzliche Beurteilung

Die Stiftung Brändi ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

**Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern.** Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Diensttage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel.

Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoss gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

### **Unklare Auswirkungen**

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Die Stiftung Brändi weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird.

Die Stiftung Brändi lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

### **Eigene Vorschläge**

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet die Stiftung Brändi, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens der Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Die Stiftung Brändi schlägt dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.
- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

### **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

Die Stiftung Brändi bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite

der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

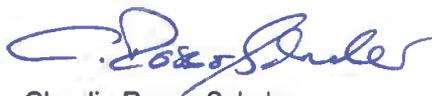
Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen.



Pirmin Willi  
Direktor



Claudia Rosso Schuler  
Leiterin Personal

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Luzern, 19. September 2018

## Stellungnahme Stiftung Der rote Faden zur Änderung des Zivildienstgesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### Einleitung und grundsätzliche Beurteilung

Die Stiftung Der rote Faden beschäftigt regelmässig Zivildienstleistenden in der Betreuung von Menschen mit Demenz. Für uns ist dies ein grosser Nutzen, und wir erfahren täglich, wie die jungen Männer empathisch mit demenzerkrankten Menschen umgehen. Die Stiftung der rote Faden ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### Kein Handlungsbedarf

Sowohl die drei Bericht des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der



angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

## Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoß gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

## Unklare Auswirkungen

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Die Stiftung Der rote Faden weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Die Stiftung Der rote Faden lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

## Eigene Vorschläge

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet Die Stiftung Der rote Faden, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Die Stiftung Der rote Faden schlägt dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.



- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.
- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

## Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist Die Stiftung Der rote Faden auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für Die Stiftung Der rote Faden ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

## Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Dienstage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen.



Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

### **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

Die Stiftung Der rote Faden geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Dienstage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Dienstage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht von der Die Stiftung Der rote Faden besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

Die Stiftung Der rote Faden ist der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Die Stiftung Der rote Faden sieht absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildienstage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Dienstage erfüllen (2017: 96.7% aller Dienstage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Dienstage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der



jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Dienstage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.

## **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

## **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

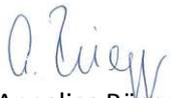
Die Stiftung Der rote Faden bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Stiftung Der rote Faden



Annelies Rüegg  
Leiterin Demenzzentrum



Brigitta Karrer  
Leiterin Tagesbetreuung



Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Olten, im September 2018

## Stellungnahme der Stiftung Horyzon zur Änderung des Zivildienstgesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### Einleitung und grundsätzliche Beurteilung

Die Stiftung Horyzon ist eine NGO mit Sitz in Olten, welche als Einsatzbetrieb regelmässig Zivildienstleistende beschäftigt. Horyzon ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### Kein Handlungsbedarf

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.



## Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Diensttage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoß gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

## Unklare Auswirkungen

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Horyzon weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Die Stiftung Horyzon lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

## Eigene Vorschläge

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet Horyzon, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Horyzon schlägt dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.



- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

## Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdiensttage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Diensttage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist Horyzon auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für Horyzon ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

## Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Diensttage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

## Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere



Horyzon geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Diensttage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Diensttage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

#### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

#### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht von Horyzon besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

Horyzon ist der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

#### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Horyzon sieht absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildiensttage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Diensttage erfüllen (2017: 96.7% aller Diensttage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Diensttage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Diensttage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.



## **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

### **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

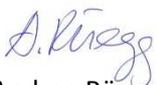
Horyzon bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

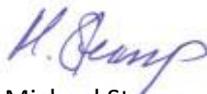
Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

In Namen der Geschäftsleitung der Stiftung Horyzon



Andrea Rüegg  
Geschäftsführerin



Michael Stump  
Verantwortlicher Zivildienst





Permanence romande pour civilistes et militaires  
Permanence@infodroit.ch ou  
Le mardi de 12 à 14 heures au 026 925 80 66.  
Pour les urgences, 079 524 35 74, veuillez laisser un message.

Flendruz, 16 juin 2018

### Avis de droit

*A qui de droit*

#### **7 mesures du Conseil fédéral destinées à la consultation. Modifications de la loi sur le service civil. 2018**

##### En préalable

1. Le droit à l'objection de conscience est un droit fondamental internationalement reconnu.
2. Il est reconnu par les jurisprudences du Comité des droits de l'homme et de la Cour Européenne des droits de l'homme, il est présent dans la constitution suisse<sup>1</sup>.
3. Ce droit s'appuie essentiellement tant sur le refus impératif de tuer que sur le refus de résoudre les conflits par la violence.
4. Le conflit entre l'obligation constitutionnelle de servir dans l'armée d'une part et la conscience d'autre part (appelé conflit de conscience) peut se manifester sous diverses formes et à divers moments, de façons plus ou moins virulentes ou soudaines, y compris parfois par des somatisations ou des actes de rébellions. La problématique a été largement résolue par deux mesures:
  - 1) Il a été renoncé au « contrôle de conscience » en adoptant le système dit de la preuve par l'acte, soit l'acceptation, par la personne qui demande le service civil d'une durée plus longue pour ce service que celle requise pour le service militaire.Cette mesure a pour avantage (en plus d'une forte diminution de la charge administrative) d'éviter d'une part l'aggravation et la stigmatisation du conflit de conscience par son besoin de le confronter à la procédure et de libérer d'autre part la personne concernée d'une appréhension et d'une expression intellectuelle et verbalisée de ce conflit, inévitablement discriminatoire selon le niveau d'éducation, et sujette d'autre part à des biais divers, puisque le résultat de l'examen dépendait largement du degré de préparation à celui-ci plutôt que de la nature même, des sources et des raisons du conflit de conscience.
6. Il convient toutefois de noter que ce système de quotité a dès le début présenté un défaut important, au demeurant partiellement caché des civilistes eux-mêmes, dans la mesure où la durée de service civil requise par la loi (1 fois et demie – 1,5 – celle du service militaire encore à faire au moment de la demande) est dans la pratique comparativement différente de la durée du service militaire réellement effectuée par les militaires libérés lorsqu'ils atteignent la limite d'âge. En effet, ceux-ci se voient alors remettre le solde des jours de service non-effectués, alors que les civilistes se voient pénalement condamnés s'ils n'effectuent pas l'entier de leurs jours avant la même limite d'âge (limite par ailleurs par elle-même plus exigeante, puisqu'ils ont plus de jours à effectuer dans le même laps de temps). L'armée a de plus tardé à donner les chiffres permettant de mesurer cette différence des durées respectives des

---

<sup>1</sup> Constitution fédérale (Cst.) [Article 10 sur la droit à la vie](#), [art. 15 sur la liberté de conscience](#), [art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement](#).



services. Pourtant des estimations raisonnables permettaient d'évaluer le nombre de jours de service civil effectués pour les civilistes demandant le service civil pour l'entier de leur périodes de service militaires comme étant environ du double du nombre de jour effectué en moyenne par les soldats terminant leur obligation à la limite d'âge<sup>2</sup>. Actuellement, ce taux semble s'être amélioré un peu, mais la durée comparée du service civil resterait de 1.8 plus élevée que la durée des services militaires, et non pas les 1.5 que stipule la loi. Il conviendra de vérifier les effets de la nouvelle loi sur l'armée sur cette problématique, la limite d'âge n'étant plus un âge fixe (p. ex. 34 ans), mais devenant un nombre de dix années pour faire les services requis après l'école de recrue<sup>3</sup>.

7. De plus la discrimination pénale demeure, puisque contrairement au service civil, aucune mesure permettant d'assurer le rythme et le progrès de la réalisation des périodes de service militaire, mesure accompagnées dans la loi sur le service civil de mesures pénales en cas de retards, n'ont été introduites dans la nouvelle législation sur la l'armée. Ainsi, le civiliste doit accomplir certaines périodes (la première suivant l'admission et la période longue) selon des délais fixes et il ne doit pas lui rester plus d'une certaine proportion de jours à faire avant d'atteindre la limite d'âge. Passé ces délais ou si la proportion de jours restant à faire est trop forte, le civiliste est convoqué d'office pour le surplus ou la période concernée, puis il encoure une peine s'il n'effectue pas la période requise. Il n'existe, pas de système similaire ou aussi contraignant dans l'armée. Pour avoir une vision complète de cette discrimination, pénalement grave, il conviendrait encore de comparer le nombre des dispenses pour justes motifs, lesquelles au demeurant ne font que repousser le problème, dispenses accordées tant pour les civilistes que pour les militaires. Nonobstant, vu la nature différente des système de suivi et de répression des deux sortes d'obligations, puisqu'il y a des condamnations pour retard dus au système de suivi contre les civilistes et qu'il n'y en a pas pour les militaires, la discrimination pénale demeure, tout comme demeurera a priori la discrimination sur les durées.

8. 2) Il importe de souligner que le service civil peut et doit pouvoir être demandé en tout temps, c'est d'ailleurs dans la loi<sup>4</sup>.

9. Cela concerne bien sûr la possibilité de demander le service civil depuis une période de service militaire, mais porte surtout sur la nature du conflit de conscience et relève en partie aussi du droit humanitaire.

10. Ainsi, le conflit de conscience peut se développer par une réflexion autonome, mais il peut aussi surgir, progressivement ou soudainement, face à une circonstance rencontrée dans le cadre du service militaire, par exemple lors de la première prise d'arme (il y a hélas des condamnations pour refus d'ordre de personnes qui font à ce moment-là un blocage psychologique) ou en étant mis en confrontation à une arme particulièrement destructive.

11. Il convient aussi, et c'est d'une grande importance, de citer le cas de l'objection de conscience à un ordre criminel, y compris ou surtout si celui-ci viole le droit humanitaire ; objection qui doit en effet pouvoir être exprimée en tout temps et en particulier de façon immédiate au moment de la réception de l'ordre contesté, cette objection devant alors, selon les circonstances, rejeter non-seulement l'ordre contesté lui-même mais aussi l'ensemble du système qui produit ou maintient cet ordre injuste, à tout le moins si l'ordre est maintenu, car alors seul le refus personnel et complet du système permettant, à défaut de pouvoir l'empêcher, la réalisation de ce ordre illégal et des ses conséquences, de préserver la conscience, et donc l'innocence de la personne confrontée à une telle situation. L'objection de conscience à une circonstance particulière devenant alors une objection au sens usuel du terme, une objection d'ensemble au service militaire<sup>5</sup>.

---

<sup>2</sup> Détail du calcul : <http://www.infodroit.ch/spip.php?article44>

<sup>3</sup> Ordonnance sur les obligations militaires (OMI), 1.1.2018, [art. 19](#).

<sup>4</sup> Loi sur le service civil, [art. 16](#).

<sup>5</sup> Voir par exemple, [Jacques Verhaegen](#) : «Le refus d'obéissance aux ordres manifestement criminels », revue du CICR, vol. 84, n° 845, mars 2002.



### Analyse des mesures proposées

**Mesure 1:** 150 jours de service civil pour toutes personnes n'ayant pas terminés ses « services d'instruction » et ayant moins de 100 jours de service militaire restant.

#### Appréciation générale

12. Par « services d'instruction », il est entendu toutes les périodes de services militaires, à savoir écoles de recrues, écoles de cadres et cours de répétition<sup>6</sup>.

13. La proposition équivaudrait à « condamner », imposer à tout militaire ayant entre 1 et 100 jours de service militaire encore à faire à effectuer 150 jours de service civil.

14. La mesure incite à terminer ses obligations militaires au lieu de demander le service civil.

15. Partant du constat, hautement probable<sup>7</sup>, selon lequel les pertes en effectifs augmentent en fonction de l'âge par lassitude, perte d'intérêt ou en raison de l'augmentation des obligations professionnelles et familiales. Il conviendrait toutefois de disposer des chiffres du nombre des personnes qui quittent l'arme dans ces tranches d'âge soit pour le service civil, soit pour raisons médicales. En effet, si le problème est une question d'emploi du temps, la demande de service civil est d'autant plus contre-productive.

16. A cet aulne, la mesure aura pour effet principal d'augmenter le nombre de demandes médicales et assez peu de diminuer le nombre de service civil. Quand à sa capacité à renforcer la motivation pour l'armée, elle est ici hors contexte – ce n'est pas notre problème ou celui du service civil – et elle n'est que très indirecte, la diminution de l'attrait du service civil n'augmentant pas pour autant l'attrait pour l'armée.

#### Calculs concernant la mesure proposée

17. Dans la pratique, divers types de calculs sont possibles pour déterminer les effets et les proportions de la proposition. Mes connaissances mathématiques sont limitées, donc d'autres calculs sont peut-être possibles ou éventuellement meilleurs, mais ceux-ci révèlent plusieurs des effets pervers de la proposition:

a. Le facteur multipliant le nombre de jours à faire est, avec la proposition exponentiel : La personne qui aurait 1 seul jour d'armée encore à faire se retrouverait à en faire 150 jours, soit 150 fois plus que le nombre de jour d'armée requis.

Dans le détail, un militaire à qui il resterait :

1 cours de répétition (CR), soit 19 jours (150/19), verrait le multiplicateur passer de 1.5 à 7.89

2 cours de répétition, le facteur (150/38) est encore du quadruple (3.94)

3 cours de répétition, le facteur descend à 2.63

4 cours de répétition, le facteur est de 2 (1.97)

5 cours de répétition le facteur est encore de 1.57, soit plus haut que la loi actuelle ou que le facteur attribué aux civilistes ayant encore plus de jours.

Ce n'est donc qu'avec 6 cours de répétition encore à faire, soit avec le nombre total des cours de répétition à faire par les soldats, et donc durant le premier cours de répétition que l'ajout systématique de 150 jours, rejoint le facteur général de 1.5.

*Dit autrement, à quelques jours prêts, quiconque demanderait le service civil après l'école de recrue devrait faire 150 jours de service civil au moins, quelque soit le nombre de jour d'armée restant à faire. Pourquoi ne pas le dire ?*

b. Le calcul peut aussi être fait en tenant compte des jours de service militaires et civils faits au total.

Exemple pour un soldat :

Ecole de recrue de 124 jours, solde 121 jours de service en CR. Total 245<sup>(8)</sup>. Service civil complet, 245 X 1.5 = 367 jours de service civil.

Jours de service mil faits : 244 (au lieu de 245)+150=394 (proposition). Système actuel : 244 + 2 (1 x 1.5) = 246 (actuel). Différence : 148 jours à faire en plus qu'avec le système actuel et ... 27 de plus qu'en ayant demandé le service civil dès le recrutement.

<sup>6</sup> Loi sur l'armée et l'administration militaire (LAAM), [art. 41](#).

<sup>7</sup> La permanence que nous représentons confirme, à sa modeste mesure, cette tendance. Les hommes de plus de 25 ans sont relativement nombreux à vouloir mettre un terme à leurs obligations militaires et leur nombre augmente avec l'âge

<sup>8</sup> OMI, [art. 47](#).



Jours de service faits :  $238 (6 \text{ CR faits}) + 150 = 388$  jours à faire ou (système actuel)  $238 + 9 (6 \times 1.5) = 247$ . Différence : 141 jours de service civil en plus qu'avec le système actuel, mais aussi 21 jours de service (mil et civ) en plus de ce que ce même soldat aurait eu à faire s'il avait demandé le service civil dès la fin du recrutement.

En cela, le service est *punitif parce qu'il impose des jours en plus ... pour avoir accepté de faire presque tout son service militaire !!!*

Jours de service faits :  $219 (5 \text{ CR}) + 150 = 369$  ou (actuel :)  $219 + 39 (26 \times 1.5) = 258$ . Différence : 111 jours de plus que le système actuel, mais encore 2 jours de plus qu'avec un service civil demandé dès l'origine.

Jours de service faits  $200 (4 \text{ CR}) + 150 = 350$  ou actuel  $200 + 68 (45 \times 1.5) = 268$ . Différence : 82 en plus que le système actuel.

A partir d'ici le nombre total de jours faits devient inférieur à un service civil demandé d'emblée et donc les jours de service militaire faits diminuent le nombre total de jours à faire.

Jours de service faits  $181 (3 \text{ CR}) + 150 = 331$  ou  $181 + 96 (64 \times 1.5) = 277$ . Différence, 54 jours de service civil en plus, mais 90 de moins qu'avec un service civil complet.

Jours de service faits  $162 (2 \text{ CR}) + 150 = 312$  ou

Jours de service faits  $143 (1 \text{ CR}) + 150 = 293$  ou  $143 + 156 (101 \times 1.5) = 299$  Différence  $\pm 0$ .

#### Effets pour la pratique

c. Les effets du nouveau système sur les intérêts des candidats civilistes, en termes de jours à faire seraient les suivants :

- 1) Le facteur de 1.5 s'applique durant l'école de recrue, voir durant le 1<sup>er</sup> CR. Inchangé.
- 2) Tout jour d'armée fait durant cette période diminue effectivement le nombre total (armée et sc) de jours à faire, par rapport à un service civil complet. Inchangé.
- 3) Dès le 2<sup>ème</sup> CR et jusqu'au 4<sup>ème</sup> CR, le nouveau système augmente progressivement, par rapport à l'ancien, effet étrange, le nombre de jours total à faire, même si l'on fait ces CR, soit d'avoir à faire encore plus de service en tout parce que l'on fait de l'armée (absurde !), puis d'avoir à faire du service civil en plus, même si le nombre de jours total de service civil et militaire reste inférieur à ce que devrait faire un civiliste de la première heure mis au facteur 1.5).

Exemple : Faire un 2<sup>ème</sup> CR de 19 jours et demander le sc, ajoute en plus de ces 19 jours 17 jours de service en tout (civil et militaire) par rapport au système actuel, dans lequel le civiliste en faisant ce CR épargnerait 9 jours de service civil ( $19 - x 1.5$ ). (Nouveau :  $162 \text{ SM} + 150 \text{ SC} = 312$  Ancien  $162 + 125$  (solde de  $83 \times 1.5$ ) = 287, nouveau = J plus 25. S'il ne fait pas ce CR (ancien  $\text{SM } 143 + \text{SC } 152 (101 \times 1.5) = 295$  soit quelques jours en plus de SC pour ne pas avoir fait ce cours (295 au lieu 287), mais toujours au total 17 jours de moins qu'en faisant ce CR dans le système proposé, lequel augmente donc le nombre de jours à faire sans donner de diminution pour ceux faits.

Idem pour les 3<sup>ème</sup> et 4<sup>ème</sup> CR. Je renonce aux calculs ici, mais le nombre de jours d'armée faits sans diminuer le nombre de jours de service totaux augmentera d'autant, par rapport à quelqu'un qui demande le SC après l'ER ou le 1<sup>er</sup> CR.

- 4) Dès le 5<sup>ème</sup> CR, le nombre total (SC et SM) de jours à faire devient plus grand que quelqu'un qui demande le service civil dès le 1<sup>er</sup> jour.

d. En résumé, il ne sera intéressant, en terme de jours à faire (ou rentable) de demander le service qu'entre le recrutement et la fin du 1<sup>er</sup> cours de répétition. A l'inverse, toute demande faite ultérieurement augmentera, de plus en plus gravement, la charge totale du nombre de jours à faire, laquelle dépassera, si le SC est demandé durant ou après le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, le nombre de jours à faire pour quelqu'un qui demande le service civil avant l'ER.

18. Tactiquement, pour le soutien aux objecteurs, l'intérêt à demander le service civil entre le recrutement et la fin de l'école de recrue reste similaire. Par contre, plus le militaire avance dans sa carrière militaire, plus la charge de jours augmente, plus il devient difficile de demander le service civil (et plus sera grande le besoin de demander la voie bleue).

19. Cela n'aura pas pour effet de diminuer fortement le nombre de demandes de service civil, puisque les demandes seront soit pour une part reportées plus tôt dans la carrière militaire, soit transformées en demande médicales et que rares seront les personnes qui en fin de carrière militaire décideront de finir leur service plutôt que de sortir de l'armée, d'une façon ou d'une autre.



### La durée du service civil en droit

20. En droit Suisse, le facteur légal de 1.5 est le même depuis l'origine. Avec toutefois la réserve présentée ci-dessus au point 6 concernant la durée effective (et non légale) située aux environ de 1.8.

21. Le droit international, le Comité des droits de l'homme et la Cour européenne des droits de l'homme, tiennent de jurisprudence constante le fait que le service civil doit être de nature civile et non-punitif.

22. Une durée supérieure au double du service militaire à remplacer est considérée comme excessive<sup>9</sup>. Ainsi, l'attribution à toute personne ayant moins de 75 jours de service militaire à faire de 150 jours de service civil serait contraire au droit international.

23. Mais c'est dans son ensemble, ou à tout le moins dès le 2<sup>ème</sup> cours de répétition, que la mesure est discriminatoire. D'abord parce que plus, ils servent dans l'armée, plus elle pénalise les militaires qui demandent le service civil. Ensuite, parce qu'elle traite différemment des personnes dans des situations similaires, à savoir des personnes présentant une demande de service civil, demande qui est de même nature quel que soit le moment où elle est faite et pour laquelle le nombre de jours de service militaire accomplis n'a aucune incidence, sauf peut-être à renforcer le besoin de présenter une objection de conscience, ce qui reste sans influence aucune sur le droit fondamental à demander le service civil.

24. La loi sur le service civil pose comme principe que la charge du service civil devrait équivalente à celle de l'armée<sup>10</sup>. Toutefois la mesure proposée, en tous les cas dès le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, puisque la charge en jours à faire est alourdie au-delà de ce que le militaire aurait à faire en demandant le service civil avant l'école de recrue. Ainsi, non-seulement, la personne concernée effectue la plus large part de son service militaire (les 3/4), mais elle y voit ajouté une part importante de service civil (150/367) soit presque la moitié du service civil en plus, pour un total qui dépasse ce qu'elle aurait eu à faire tant à l'armée qu'avec un service civil entier. A ce titre, la mesure est non seulement dissuasive, mais discriminatoire dans la mesure où elle pénalise ceux qui ont déjà fait beaucoup d'armée (ne devraient-ils pas au contraire être pour cela remerciés ?).

25. Par ailleurs, le droit à l'objection de conscience étant un droit fondamental, toute forme de dissuasion, en entravant son libre exercice, est déjà une violation du droit.

26. Et il est finalement, à mon sens, difficile la nature punitive de la mesure, puisque ce sont ceux-là même, qui ont le plus servi dans l'armée, qui se voient le plus pénalisés.

### Résumé :

- Violation du droit international sur la durée du service civil.
- Discrimination entre les civilistes « d'origine » et ceux qui demandent le service civil au cours de leur carrière militaire (l'objection reste la même, pour les mêmes motifs et contre le même service militaire, seule change la situation militaire).
- Mesure probablement punitive.
- Mesure simple en apparence, mais particulièrement compliquée à comprendre et à calculer, entre autres pour les personnes concernées.

---

<sup>9</sup> ONU, Comité des droits de l'homme: Foin v France (Communication No. 666/1995), CCPR/C/D/666/1995, 9 November 1999, para. 10.3, entre autres jurisprudence. Voir aussi: Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 8.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

Il existe aussi une traduction allemande de document, p. 21 : [http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV\\_2014-3\\_KDVundAsyl.pdf](http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV_2014-3_KDVundAsyl.pdf)

Voir aussi le rapport quadriennal du Haut Commissaire aux Droits de l'Homme sur l'objection de conscience, 1.5.2017, § 22.

<http://www.undocs.org/fr/A/HRC/35/4>

<sup>10</sup> LSC 5



### **Mesure 2 :**

Délai d'attente de 12 mois entre le dépôt de la demande et l'admission, avec obligation de faire les périodes de service militaires prévues.

27. La mesure est contraire à la constitution. Celle-ci prévoit, textuellement : « un service de remplacement »<sup>11</sup>. Or un *remplacement du service* n'est en aucun cas un service de remplacement *différé* avec maintien du service à remplacer, en attente du service de remplacement.

Des délais pour la mise en œuvre, par la personne concernée comme par l'administration, du service de remplacement sont acceptable, voir le maintien des obligations en attente de la décision d'admission<sup>12</sup>, mais en aucun le droit à l'objection de conscience ne saurait-il être suspendu.

28. De plus, la proposition est largement impraticable et passablement conflictogène. Les civilistes concernés ne se gêneront pas pour demander des reports, se faire porter malade ou pour ne pas se présenter et leur motifs de conscience finissant toujours par être reconnus, ils ne seront, s'ils sont que partiellement et inégalement sanctionnés pour ces déflections. Sans parler de la charge administrative supplémentaire pour les administrations cantonales.

### Résumé

- Mesure contraire à la constitution.
- Discrimination entre les civilistes qui font une demande avant l'école de recrue, lesquels ne sont pas condamnés à des périodes militaires et ceux qui la font après l'ER, qui doivent en faire ou, vaille que vaille, les faire annuler.
- Mesure de nature à créer de nombreuses difficultés administratives tant pour les conscrits et les civilistes que pour l'administration.

### **Mesure 3 :**

29. Suppression du facteur 1.1 et passage au facteur 1.5 pour les officiers et les sous-officiers supérieurs.

30. Les personnes concernées sont relativement peu nombreuses. Elles ont néanmoins les mêmes droits. Mais surtout toutes ces personnes, qui ont été obligées de revêtir ces fonctions d'encadrement, ont déjà servi, au moment de la demande d'admission au service civil plus de jours d'armée que ne servent les civilistes qui n'en a fait aucun. Le moins gradé de ceux-ci servira un total 440 jours de services au lieu de 245<sup>13</sup>. Pour obtenir son grade, il en aura déjà fait presque autant qu'un soldat normal. Et le solde de jour à faire, qu'il soit multiplié par 1.1. ou 1.5 dépassera de toutes façons le nombre maximal de jours effectués par un civiliste ne faisant pas d'armée du tout.

31. Sachant que l'obligation de grader est imposée, même avec un facteur 1.1, la personne qui demande le service civil alors qu'elle a déjà revêtu son grade est discriminée par rapport à un civiliste qui demande le service avant de recevoir le moindre grade. Augmenté cette durée plus encore, alors que la personne gradée sert déjà plus que toute autre personne sans garde, apparaît là aussi comme punitive.

### Résumé

- En conjonction avec la discrimination décrite ci-après, violation du droit international sur la durée du service de remplacement.
- Discrimination entre les officiers et sous-officiers supérieurs d'une part et les soldats d'autre part en raison d'abord de l'obligation de grader d'abord, pour laquelle les premiers ne peuvent rien, puis du fait qu'en raison de cette obligation, ils ont déjà effectué, contre leur gré, une durée de service aussi importante que les soldats, durée sur laquelle vient ensuite s'ajouter une très longue durée de service civil supplémentaire. Dit autrement, le soldat qui demande le service civil évite non-seulement de grader, mais tous les jours de service civil supplémentaires en cas de conflit de conscience alors que l'officier, qui est en droit de développer un conflit de conscience à tout moment, en est d'autant plus pénalisé.

<sup>11</sup> [Art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement.](#)

<sup>12</sup> [LSC 17 et 17a.](#)

<sup>13</sup> [OMI 47](#)



- Mesure qui ne touche qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 4 :**

32. Interdiction faite aux médecins de faire du service civil en tant que médecins.

33. Là encore, la mesure ne concerne que très peu de personnes. Les médecins ont en moyenne au moins 26-27 ans à la fin de leur formation et ce moment-là, la plupart des périodes longues sont faites. Mais quand bien même, faut-il priver les hôpitaux de ces médecins-là ?

34. Par ailleurs, la mesure est à nouveau discriminatoire ; pourquoi les médecins et pas les géologues, les travailleurs sociaux ou les enseignants ? Là ce ne serait plus seulement certains civilistes, mais tout le service d'intérêt public qui tendrait à être victime d'une vision trop étroite des possibilités de service civil.

35. Enfin, il existe certes une disposition qui interdit certaines affectations en fonction de la personne du civiliste, en particulier si elle favorise sa formation<sup>14</sup>. Et c'est probablement, dans ce contexte que la proposition s'inspirerait. Mais à nouveau, certains militaires exercent des fonctions militaires en lien avec leur profession – et pas seulement des médecins ! – en quoi des civilistes n'auraient-ils pas le droit d'en faire autant ?

#### Résumé

- Mesure hautement discriminatoire (par professions).
- Mesure ne touchant (en l'état, que les médecins) qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 5 :**

36. Pas d'admission au service civil pour les personnes pour lesquelles il ne reste plus de jours de service, mais pour lesquelles il reste des tirs obligatoires.

37. La question est controversée depuis longtemps. Seul sont concernés les militaires en service long, qui restent incorporés ensuite pendant 4 ans<sup>15</sup>. Il conviendrait de savoir combien il y a eu de cas.

38. Pour rappel, les militaires ont la possibilité de déposer l'arme, sans motifs, s'ils ne souhaitent pas la conserver, mais cela ne les dispense pas des tirs<sup>16</sup>.

39. D'abord, il convient de rappeler que l'exécution de tirs obligatoires, dans le cadre d'un service militaire, même terminé, peuvent donner lieu à conflit de conscience, qui plus est si celui-ci peut avoir à se manifester durant une période de 4 ans.

40. En ce sens, la mesure ignore et passe complètement à côté, nie un problème qu'il y aurait pourtant lieu de résoudre.

41. A mon sens, une procédure plus simple qu'une admission au service civil devrait permettre, par exemple mais en tous les cas pour motifs de conscience légitimes, de remettre l'arme définitivement et d'être ainsi dispensé des tirs obligatoires.

#### Résumé

- Violation du droit à l'objection de conscience
- Mesure administrative inadéquate
- Mesure ne touchant qu'un nombre limité de personne

#### **Mesure 6 :**

42. Les civilistes sont tenus de faire une période de service civil par année dès l'admission.

---

<sup>14</sup> [LSC 4a](#)

<sup>15</sup> [LAAM 54a](#)

<sup>16</sup> Ordonnance concernant l'équipement personnel des militaires (OEPM), [art. 6a](#).



43. La mesure existe déjà, [art. 39a](#) de l'ordonnance sur le service civil : « La personne astreinte au service civil *effectue chaque année* des affectations de service civil d'une durée de 26 jours au moins à partir de la deuxième année civile au plus tard ».

44. Les reports étant relativement fréquents, on peut se demander si c'est ceux-ci qu'il s'agit de limiter, mais le texte de la mesure est pour le surplus inutile.

#### Résumé

- Proposition de mesure incompétente, mesure déjà prévue par la loi.

#### Mesure 7 :

45. Obligation pour les personnes en service long, d'effectuer la période longue de service civile dans l'année qui suit (et non pas dans les trois ans qui suivent) l'admission au service civil.

46. Imposer un service civil long est une vieille mesure de 2011, que le Tribunal administratif fédéral avait annulée en raison de [l'article 20 de la LSC](#) qui stipule que le SC peut être fait en une ou plusieurs périodes<sup>17</sup>.

47. Depuis toujours, nous recommandons aux militaires en service long de passer d'abord au service normal, avant de demander le service civil, entre autres afin d'éviter le surplus de jours, actuellement 55 jours de service militaire ou 82 jours de service civil en plus<sup>18</sup>. Notre recommandation ne changera pas.

48. De plus, la mesure ne prévoit cette obligation que si l'école de recrue n'est pas terminée, or l'école de recrue est considérée comme terminée si 80% de ses jours ont été accomplis<sup>19</sup>; soit pour une école usuelle de 124 jours, dès le 100<sup>ème</sup> jour d'école de recrue. Mais dans la pratique, la demande de service civil peut être faite quelques jours plutôt, puisque celle-ci prend quelques jours, voir semaines à condition pour cela que l'admission à la fin du processus de demande intervienne après le 100<sup>ème</sup> jour de service.

49. Que ce soit en passant au service normal et en attendant les 80% de son service militaire (dans des conditions « suffisantes ») – si encore au service long avec les jours en sus – il est très facile d'éviter cette mesure et peu nombreux sont ceux qui se retrouveront à devoir faire une période longue ou leur période longue de service civile dans l'année qui suit. Au demeurant si un plan de carrière avait prévu une mise en suspend de celui-ci pour le service militaire long, avec une libération en fin d'école de recrue et une affectation longue trouvée rapidement, celle-ci peut être faite dans le temps préalablement dévolu au service militaire long.

50. La mesure est aussi discriminatoire puisqu'elle traite plus durement les militaires en service long que les militaires en service normal d'une part, et alors plus durement que les civilistes n'ayant pas débuté l'école de recrue d'autre part.

#### Résumé

- Mesure facile à contourner, voire à accommoder.
- Mesure ne concernant alors plus qu'un nombre limité de personne.
- Mesure discriminatoire.

#### Considérations finales

51. Les mesures 1 et 3 violent le droit international sur la durée du service civil.

52. La mesure 2 viole la constitution sur la notion de service de remplacement et la mesure 5 viole la constitution sur le droit à un service de remplacement.

53. Les mesures 1, 3, 4 et 7 sont clairement discriminatoires et violent à un titre ou un autre l'égalité de traitement.

54. Les mesures 3, 4, 5 et 7 ne touchent que – mais gravement – un nombre limité de personnes. À ce titre, le but premier de ces mesures n'est probablement pas ou que partiellement de toucher ces personnes-là, voire de les maintenir dans l'armée mais de donner l'impression qu'il est difficile ou déconseillé, qu'il est

<sup>17</sup> <http://www.infodroit.ch/spip.php?article91>

<sup>18</sup> [OMI 111](#)

<sup>19</sup> [OMI 57](#) ou [37 ordonnance sur le service civil \(OSI\)](#) (même teneur).



même dissuadé de sortir de l'armée. Un tel but viole le droit au service civil et un service civil non-discriminatoire et non-punitif.

55. Il convient d'ajouter à ce propos que les instances et jurisprudences internationales ont reconnus sans hésiter le droit à l'objection de conscience pour les appelés, comme pour les volontaires et les professionnels. Autrement dit et pour ce qui nous occupe ici, le droit à l'objection de conscience et au service de remplacement est et reste le même, ne saurait donc subir d'aggravation dans l'exercice du droit, soit l'accès au service civil, comme dans sa réalisation, soit l'accomplissement du service civil, que la personne concernée aie commencé ou non à servir dans l'armée<sup>20</sup>.

56. Les mesures 2, 3 et 4 supposent des difficultés de mise en œuvre particulièrement importantes. La mesure 5 pourrait faire l'objet d'une simplification administrative.

57. La mesure 6 est inutile, une aberration puisqu'elle préconise quelque chose qui existe déjà.

58. L'analyse de l'ensemble de ces mesures donne l'impression forte que l'armée est très embarrassée, mal à l'aise en raison des demandes service civil issues des ses rangs.

59. Ainsi quand bien même l'ensemble de ces mesures, si elles venaient à être mise en œuvre, aurait pourrait effet d'inciter les conscrits à demander le service civil bien plus tôt, ce qui n'est pas utile à l'armée non plus, il conviendrait de combattre ces mesures pour les effets et les complications graves qu'elles imposent, en toutes sortes de circonstances, aux militaires.

60. Il convient aussi de constater que les mesures proposées font preuve d'une méconnaissance, tant du droit international que du droit constitutionnel suisse qui confine à l'impréparation, voire au mépris, tant des civilistes que des militaires.

61. Enfin, dans le cadre des réactions à ces propositions de mesures, il conviendra de rappeler certaines ou l'ensemble de nos revendications de base, à savoir une présence civile lors du recrutement afin de faciliter son impartialité, un durée raisonnable et une compensation financière garantissant au moins l'accès au minimum vital<sup>21</sup>.

Christophe Barbey,  
Juriste, permanent depuis 2006

---

<sup>20</sup> Voir les résolutions du Conseil des Droits de l'Homme, par exemple la résolution du 8 octobre 2013, art. 12 [A/RES/HRC/24/17](#) ou Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 4.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

<sup>21</sup> Avec une APG de 62.- par jour durant l'ER ou son équivalent au service civil, ou en cas d'absence de salaire préalable au service ou de droit à son équivalent, avec 1'800.- par mois ~, le minimum vital n'est pas atteint. Le dernier rapport du haut commissaire aux droits de l'homme mentionne une trop faible rémunération comme étant de nature punitive. [A/HRC/35/4](#), § 21.

Bern, 10. September 2018

**Stellungnahme der Stiftung Kindertagesstätten Bern zur Änderung des  
Zivildienstgesetzes**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

Die Stiftung Kindertagesstätten Bern beschäftigt 8 Zivildienstleistende in der Betreuung von Kindern im Alter ab 3 Monate bis zum Schuleintritt. Über 90% der Betreuenden bei uns sind Frauen. Das Lernen von Rollenmustern beginnt im Kleinkindalter. Mit der Möglichkeit - dank dem Zivildienst - den Mann in der Betreuung einzusetzen, kann den Kindern bereits in jungen Jahren ein „gendermässiges“ Rollenverständnis vermittelt werden. Zudem können sich die Kinder dank den Zivildienstleistenden auch am Vorbild Mann orientieren. Der Einsatz von Zivildienstleistenden wird nicht nur von den Kindern, sondern auch von den Erziehungsberechtigten und Mitarbeitenden sehr geschätzt.

Die Stiftung Kindertagesstätten Bern ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und u.a. bei der Kinderbetreuung einen grossen Nutzen für die Gesellschaft leistet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

Die Stiftung Kindertagesstätten Bern bedauert, dass sich der Bundesrat bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten und verbleiben mit freundlichen Grüßen.

Stiftung Kindertagesstätten Bern

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Lisa Plüss', with a horizontal line extending to the right and a small flourish at the end.

Lisa Plüss  
Geschäftsführerin



www.lebensraum-linthebene.ch

8856 Tuggen, den 27. August 2018

Zivildienst Zentraistelle
30. Aug. 2018
Eingescannt Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>

**Eidgenössisches Departement  
für Wirtschaft, Bildung und  
Forschung WBF Vollzugsstelle  
für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun**

## **Stellungnahme der Stiftung Lebensraum Linthebene zur Änderung des Zivildienstgesetzes**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### **Einleitung und grundsätzliche Beurteilung**

Die Stiftung Lebensraum Linthebene ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### **Kein Handlungsbedarf**

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche

---

Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

### **Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen**

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoss gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

### **Unklare Auswirkungen**

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Die Stiftung Lebensraum Linthebene weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Die Stiftung Lebensraum Linthebene lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

### **Eigene Vorschläge**

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet die Stiftung Lebensraum Linthebene, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Die Stiftung Lebensraum Linthebene schlägt dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.

- 
- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
  - Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

### **Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdiensttage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Diensttage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist die Stiftung Lebensraum Linthebene auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für die Stiftung Lebensraum Linthebene ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

### **Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Diensttage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

### **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

Die Stiftung Lebensraum Linthebene geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten

---

tieferen Dienstage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Dienstage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

#### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

#### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht von der Stiftung Lebensraum Linthebene besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

Die Stiftung Lebensraum Linthebene ist der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

#### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Die Stiftung Lebensraum Linthebene sieht absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildienstage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Dienstage erfüllen (2017: 96.7% aller Dienstage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Dienstage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Dienstage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.

#### **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des

---

Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

### **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

Die Stiftung Lebensraum Linthebene bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüssen.



Andreas Katz

Koordination Zivildienstleistende Stiftung Lebensraum Linthebene



infoDroit.ch  
gestion de situation

Permanence romande pour civilistes et militaires  
Permanence@infodroit.ch ou  
Le mardi de 12 à 14 heures au 026 925 80 66.  
Pour les urgences, 079 524 35 74, veuillez laisser un message.

Flendruz, 16 juin 2018

### Avis de droit

*A qui de droit*

## **7 mesures du Conseil fédéral destinées à la consultation. Modifications de la loi sur le service civil. 2018**

### **En préalable**

1. Le droit à l'objection de conscience est un droit fondamental internationalement reconnu.
2. Il est reconnu par les jurisprudences du Comité des droits de l'homme et de la Cour Européenne des droits de l'homme, il est présent dans la constitution suisse<sup>1</sup>.
3. Ce droit s'appuie essentiellement tant sur le refus impératif de tuer que sur le refus de résoudre les conflits par la violence.
4. Le conflit entre l'obligation constitutionnelle de servir dans l'armée d'une part et la conscience d'autre part (appelé confit de conscience) peut se manifester sous diverses formes et à divers moments, de façons plus ou moins virulentes ou soudaines, y compris parfois par des somatisations ou des actes de rébellions. La problématique a été largement résolue par deux mesures:
5. 1) Il a été renoncé au « contrôle de conscience » en adoptant le système dit de la preuve par l'acte, soit l'acceptation, par la personne qui demande le service civil d'une durée plus longue pour ce service que celle requise pour le service militaire.  
Cette mesure a pour avantage (en plus d'une forte diminution de la charge administrative) d'éviter d'une part l'aggravation et la stigmatisation du conflit de conscience par son besoin de le confronter à la procédure et de libérer d'autre part la personne concernée d'une appréhension et d'une expression intellectuelle et verbalisée de ce conflit, inévitablement discriminatoire selon le niveau d'éducation, et sujette d'autre part à des biais divers, puisque le résultat de l'examen dépendait largement du degré de préparation à celui-ci plutôt que de la nature même, des sources et des raisons du conflit de conscience.
6. Il convient toutefois de noter que ce système de quotité a dès le début présenté un défaut important, au demeurant partiellement caché des civilistes eux-mêmes, dans la mesure où la durée de service civil requise par la loi (1 fois et demie – 1,5 – celle du service militaire encore à faire au moment de la demande) est dans la pratique comparativement différente de la durée du service militaire réellement effectuée par les militaires libérés lorsqu'ils atteignent la limite d'âge. En effet, ceux-ci se voient alors remettre le solde des jours de service non-effectués, alors que les civilistes se voient pénalement condamnés s'ils n'effectuent pas l'entier de leurs jours avant la même limite d'âge (limite par ailleurs par elle-même plus exigeante, puisqu'ils ont plus de jours à effectuer dans le même laps de temps). L'armée a de plus tardé à donner les chiffres permettant de mesurer cette différence des durées respectives des

<sup>1</sup> Constitution fédérale (Cst.) Article 10 sur la droit à la vie, art. 15 sur la liberté de conscience, art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement.

Permanence romande pour les civilistes et les militaires.

C/°Infodroit.ch. Route des Siernes Picaz 46. 1659 Flendruz.

Membre de la Chambre genevoise de l'économie sociale et solidaire, [www.apres.ge](http://www.apres.ge)

Banque Alternative Suisse, ccp 46-110-7, BIC (SWIFT) ABSOCH22, IBAN CH35 0839 0033 2553 1000 2



services. Pourtant des estimations raisonnables permettaient d'évaluer le nombre de jours de service civil effectués pour les civilistes demandant le service civil pour l'entier de leur périodes de service militaires comme étant environ du double du nombre de jour effectué en moyenne par les soldats terminant leur obligation à la limite d'âge<sup>2</sup>. Actuellement, ce taux semble s'être amélioré un peu, mais la durée comparée du service civil resterait de 1.8 plus élevée que la durée des services militaires, et non pas les 1.5 que stipule la loi. Il conviendra de vérifier les effets de la nouvelle loi sur l'armée sur cette problématique, la limite d'âge n'étant plus un âge fixe (p. ex. 34 ans), mais devenant un nombre de dix années pour faire les services requis après l'école de recrue<sup>3</sup>.

7. De plus la discrimination pénale demeure, puisque contrairement au service civil, aucune mesure permettant d'assurer le rythme et le progrès de la réalisation des périodes de service militaire, mesure accompagnées dans la loi sur le service civil de mesures pénales en cas de retards, n'ont été introduites dans la nouvelle législation sur la l'armée. Ainsi, le civiliste doit accomplir certaines périodes (la première suivant l'admission et la période longue) selon des délais fixes et il ne doit pas lui rester plus d'une certaine proportion de jours à faire avant d'atteindre la limite d'âge. Passé ces délais ou si la proportion de jours restant à faire est trop forte, le civiliste est convoqué d'office pour le surplus ou la période concernée, puis il encoure une peine s'il n'effectue pas la période requise. Il n'existe, pas de système similaire ou aussi contraignant dans l'armée. Pour avoir une vision complète de cette discrimination, pénalement grave, il conviendrait encore de comparer le nombre des dispenses pour justes motifs, lesquelles au demeurant ne font que repousser le problème, dispenses accordées tant pour les civilistes que pour les militaires. Nonobstant, vu la nature différente des système de suivi et de répression des deux sortes d'obligations, puisqu'il y a des condamnations pour retard dus au système de suivi contre les civilistes et qu'il n'y en a pas pour les militaires, la discrimination pénale demeure, tout comme demeurera a priori la discrimination sur les durées.

8. 2) Il importe de souligner que le service civil peut et doit pouvoir être demandé en tout temps, c'est d'ailleurs dans la loi<sup>4</sup>.

9. Cela concerne bien sûr la possibilité de demander le service civil depuis une période de service militaire, mais porte surtout sur la nature du conflit de conscience et relève en partie aussi du droit humanitaire.

10. Ainsi, le conflit de conscience peut se développer par une réflexion autonome, mais il peut aussi surgir, progressivement ou soudainement, face à une circonstance rencontrée dans le cadre du service militaire, par exemple lors de la première prise d'arme (il y a hélas des condamnations pour refus d'ordre de personnes qui font à ce moment-là un blocage psychologique) ou en étant mis en confrontation à une arme particulièrement destructive.

11. Il convient aussi, et c'est d'une grande importance, de citer le cas de l'objection de conscience à un ordre criminel, y compris ou surtout si celui-ci viole le droit humanitaire; objection qui doit en effet pouvoir être exprimée en tout temps et en particulier de façon immédiate au moment de la réception de l'ordre contesté, cette objection devant alors, selon les circonstances, rejeter non-seulement l'ordre contesté lui-même mais aussi l'ensemble du système qui produit ou maintient cet ordre injuste, à tout le moins si l'ordre est maintenu, car alors seul le refus personnel et complet du système permettant, à défaut de pouvoir l'empêcher, la réalisation de ce ordre illégal et des ses conséquences, de préserver la conscience, et donc l'innocence de la personne confrontée à une telle situation. L'objection de conscience à une circonstance particulière devenant alors une objection au sens usuel du terme, une objection d'ensemble au service militaire<sup>5</sup>.

<sup>2</sup> Détail du calcul : <http://www.infodroit.ch/spip.php?article44>

<sup>3</sup> Ordonnance sur les obligations militaires (OMI), 1.1.2018, art. 19.

<sup>4</sup> Loi sur le service civil, art. 16.

<sup>5</sup> Voir par exemple, Jacques Verhaegen : «Le refus d'obéissance aux ordres manifestement criminels », revue du CICR, vol. 84, n° 845, mars 2002.



### Analyse des mesures proposées

**Mesure 1:** 150 jours de service civil pour toutes personnes n'ayant pas terminés ses « services d'instruction » et ayant moins de 100 jours de service militaire restant.

#### Appréciation générale

12. Par « services d'instruction », il est entendu toutes les périodes de services militaires, à savoir écoles de recrues, écoles de cadres et cours de répétition<sup>6</sup>.

13. La proposition équivaudrait à « condamner », imposer à tout militaire ayant entre 1 et 100 jours de service militaire encore à faire à effectuer 150 jours de service civil.

14. La mesure incite à terminer ses obligations militaires au lieu de demander le service civil.

15. Partant du constat, hautement probable<sup>7</sup>, selon lequel les pertes en effectifs augmentent en fonction de l'âge par lassitude, perte d'intérêt ou en raison de l'augmentation des obligations professionnelles et familiales. Il conviendrait toutefois de disposer des chiffres du nombre des personnes qui quittent l'arme dans ces tranches d'âge soit pour le service civil, soit pour raisons médicales. En effet, si le problème est une question d'emploi du temps, la demande de service civil est d'autant plus contre-productive.

16. A cet aune, la mesure aura pour effet principal d'augmenter le nombre de demandes médicales et assez peu de diminuer le nombre de service civil. Quand à sa capacité à renforcer la motivation pour l'armée, elle est ici hors contexte – ce n'est pas notre problème ou celui du service civil – et elle n'est que très indirecte, la diminution de l'attrait du service civil n'augmentant pas pour autant l'attrait pour l'armée.

#### Calculs concernant la mesure proposée

17. Dans la pratique, divers types de calculs sont possibles pour déterminer les effets et les proportions de la proposition. Mes connaissances mathématiques sont limitées, donc d'autres calculs sont peut-être possibles ou éventuellement meilleurs, mais ceux-ci révèlent plusieurs des effets pervers de la proposition:

a. Le facteur multipliant le nombre de jours à faire est, avec la proposition exponentiel : La personne qui aurait 1 seul jour d'armée encore à faire se retrouverait à en faire 150 jours, soit 150 fois plus que le nombre de jour d'armée requis.

Dans le détail, un militaire à qui il resterait :

1 cours de répétition (CR), soit 19 jours (150/19), verrait le multiplicateur passer de 1.5 à 7.89

2 cours de répétition, le facteur (150/38) est encore du quadruple (3.94)

3 cours de répétition, le facteur descend à 2.63

4 cours de répétition, le facteur est de 2 (1.97)

5 cours de répétition le facteur est encore de 1.57, soit plus haut que la loi actuelle ou que le facteur attribué aux civilistes ayant encore plus de jours.

Ce n'est donc qu'avec 6 cours de répétition encore à faire, soit avec le nombre total des cours de répétition à faire par les soldats, et donc durant le premier cours de répétition que l'ajout systématique de 150 jours, rejoint le facteur général de 1.5.

*Dit autrement, à quelques jours prêts, quiconque demanderait le service civil après l'école de recrue devrait faire 150 jours de service civil au moins, quelque soit le nombre de jour d'armée restant à faire. Pourquoi ne pas le dire ?*

b. Le calcul peut aussi être fait en tenant compte des jours de service militaires et civils faits au total. Exemple pour un soldat :

Ecole de recrue de 124 jours, solde 121 jours de service en CR. Total 245<sup>8</sup>. Service civil complet, 245 X 1.5 = 367 jours de service civil.

Jours de service mil faits : 244 (au lieu de 245)+150=394 (proposition). Système actuel : 244 + 2 (1 x 1.5) = 246 (actuel). Différence : 148 jours à faire en plus qu'avec le système actuel et ... 27 de plus qu'en ayant demandé le service civil dès le recrutement.

<sup>6</sup> Loi sur l'armée et l'administration militaire (LAAM), art. 41.

<sup>7</sup> La permanence que nous représentons confirme, à sa modeste mesure, cette tendance. Les hommes de plus de 25 ans sont relativement nombreux à vouloir mettre un terme à leurs obligations militaires et leur nombre augmente avec l'âge

<sup>8</sup> OMI, art. 47.



Jours de service faits :  $238 (6 \text{ CR faits}) + 150 = 388$  jours à faire ou (système actuel)  $238 + 9 (6 \times 1.5) = 247$ . Différence : 141 jours de service civil en plus qu'avec le système actuel, mais aussi 21 jours de service (mil et civ) en plus de ce que ce même soldat aurait eu à faire s'il avait demandé le service civil dès la fin du recrutement.

En cela, le service est *punitif* parce qu'il impose des jours en plus ... pour avoir accepté de faire presque tout son service militaire !!!

Jours de service faits :  $219 (5 \text{ CR}) + 150 = 369$  ou (actuel) :  $219 + 39 (26 \times 1.5) = 258$ . Différence : 111 jours de plus que le système actuel, mais encore 2 jours de plus qu'avec un service civil demandé dès l'origine.

Jours de service faits  $200 (4 \text{ CR}) + 150 = 350$  ou actuel  $200 + 68 (45 \times 1.5) = 268$ . Différence : 82 en plus que le système actuel.

A partir d'ici le nombre total de jours faits devient inférieur à un service civil demandé d'emblée et donc les jours de service militaire faits diminuent le nombre total de jours à faire.

Jours de service faits  $181 (3 \text{ CR}) + 150 = 331$  ou  $181 + 96 (64 \times 1.5) = 277$ . Différence, 54 jours de service civil en plus, mais 90 de moins qu'avec un service civil complet.

Jours de service faits  $162 (2 \text{ CR}) + 150 = 312$  ou

Jours de service faits  $143 (1 \text{ CR}) + 150 = 293$  ou  $143 + 156 (101 \times 1.5) = 299$  Différence  $\pm 0$ .

#### Effets pour la pratique

c. Les effets du nouveau système sur les intérêts des candidats civilistes, en termes de jours à faire seraient les suivants :

1) Le facteur de 1.5 s'applique durant l'école de recrue, voir durant le 1<sup>er</sup> CR. Inchangé.

2) Tout jour d'armée fait durant cette période diminue effectivement le nombre total (armée et sc) de jours à faire, par rapport à un service civil complet. Inchangé.

3) Dès le 2<sup>ème</sup> CR et jusqu'au 4<sup>ème</sup> CR, le nouveau système augmente progressivement, par rapport à l'ancien, effet étrange, le nombre de jours total à faire, même si l'on fait ces CR, soit d'avoir à faire encore plus de service en tout parce que l'on fait de l'armée (absurde !), puis d'avoir à faire du service civil en plus, même si le nombre de jours total de service civil et militaire reste inférieur à ce que devrait faire un civiliste de la première heure mis au facteur 1.5).

Exemple : Faire un 2<sup>ème</sup> CR de 19 jours et demander le sc, ajoute en plus de ces 19 jours 17 jours de service en tout (civil et militaire) par rapport au système actuel, dans lequel le civiliste en faisant ce CR épargnerait 9 jours de service civil ( $19 - \times 1.5$ ). (Nouveau :  $162 \text{ SM} + 150 \text{ SC} = 312$  Ancien  $162 + 125$  (solde de  $83 \times 1.5$ ) = 287, nouveau = J plus 25. S'il ne fait pas ce CR (ancien  $\text{SM } 143 + \text{SC } 152 (101 \times 1.5) = 295$  soit quelques jours en plus de SC pour ne pas avoir fait ce cours (295 au lieu 287), mais toujours au total 17 jours de moins qu'en faisant ce CR dans le système proposé, lequel augmente donc le nombre de jours à faire sans donner de diminution pour ceux faits.

Idem pour les 3<sup>ème</sup> et 4<sup>ème</sup> CR. Je renonce aux calculs ici, mais le nombre de jours d'armée faits sans diminuer le nombre de jours de service totaux augmentera d'autant, par rapport à quelqu'un qui demande le SC après l'ER ou le 1<sup>er</sup> CR.

4) Dès le 5<sup>ème</sup> CR, le nombre total (SC et SM) de jours à faire devient plus grand que quelqu'un qui demande le service civil dès le 1<sup>er</sup> jour.

d. En résumé, il ne sera intéressant, en terme de jours à faire (ou rentable) de demander le service qu'entre le recrutement et la fin du 1<sup>er</sup> cours de répétition. A l'inverse, toute demande faite ultérieurement augmentera, de plus en plus gravement, la charge totale du nombre de jours à faire, laquelle dépassera, si le SC est demandé durant ou après le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, le nombre de jours à faire pour quelqu'un qui demande le service civil avant l'ER.

18. Tactiquement, pour le soutien aux objecteurs, l'intérêt à demander le service civil entre le recrutement et la fin de l'école de recrue reste similaire. Par contre, plus le militaire avance dans sa carrière militaire, plus la charge de jours augmente, plus il devient difficile de demander le service civil (et plus sera grande le besoin de demander la voie bleue).

19. Cela n'aura pas pour effet de diminuer fortement le nombre de demandes de service civil, puisque les demandes seront soit pour une part reportées plus tôt dans la carrière militaire, soit transformées en demande médicales et que rares seront les personnes qui en fin de carrière militaire décideront de finir leur service plutôt que de sortir de l'armée, d'une façon ou d'une autre.

Permanence romande pour les civilistes et les militaires.

C/°Infodroit.ch. Route des Siernes Picaz 46. 1659 Flendruz.

Membre de la Chambre genevoise de l'économie sociale et solidaire, [www.apres.ge](http://www.apres.ge)

Banque Alternative Suisse, ccp 46-110-7, BIC (SWIFT) ABSOCH22, IBAN CH35 0839 0033 2553 1000 2



### La durée du service civil en droit

20. En droit Suisse, le facteur légal de 1.5 est le même depuis l'origine. Avec toutefois la réserve présentée ci-dessus au point 6 concernant la durée effective (et non légale) située aux environ de 1.8.

21. Le droit international, le Comité des droits de l'homme et la Cour européenne des droits de l'homme, tiennent de jurisprudence constante le fait que le service civil doit être de nature civile et non-punitif.

22. Une durée supérieure au double du service militaire à remplacer est considérée comme excessive<sup>9</sup>. Ainsi, l'attribution à toute personne ayant moins de 75 jours de service militaire à faire de 150 jours de service civil serait contraire au droit international.

23. Mais c'est dans son ensemble, ou à tout le moins dès le 2<sup>ème</sup> cours de répétition, que la mesure est discriminatoire. D'abord parce que plus, ils servent dans l'armée, plus elle pénalise les militaires qui demandent le service civil. Ensuite, parce qu'elle traite différemment des personnes dans des situations similaires, à savoir des personnes présentant une demande de service civil, demande qui est de même nature quel que soit le moment où elle est faite et pour laquelle le nombre de jours de service militaire accomplis n'a aucune incidence, sauf peut-être à renforcer le besoin de présenter une objection de conscience, ce qui reste sans influence aucune sur le droit fondamental à demander le service civil.

24. La loi sur le service civil pose comme principe que la charge du service civil devrait équivalente à celle de l'armée<sup>10</sup>. Toutefois la mesure proposée, en tous les cas dès le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, puisque la charge en jours à faire est alourdie au-delà de ce que le militaire aurait à faire en demandant le service civil avant l'école de recrue. Ainsi, non-seulement, la personne concernée effectue la plus large part de son service militaire (les 3/4), mais elle y voit ajouté une part importante de service civil (150/367) soit presque la moitié du service civil en plus, pour un total qui dépasse ce qu'elle aurait eu à faire tant à l'armée qu'avec un service civil entier. A ce titre, la mesure est non seulement dissuasive, mais discriminatoire dans la mesure où elle pénalise ceux qui ont déjà fait beaucoup d'armée (ne devraient-ils pas au contraire être pour cela remerciés ?).

25. Par ailleurs, le droit à l'objection de conscience étant un droit fondamental, toute forme de dissuasion, en entravant son libre exercice, est déjà une violation du droit.

26. Et il est finalement, à mon sens, difficile la nature punitive de la mesure, puisque ce sont ceux-là même, qui ont le plus servi dans l'armée, qui se voient le plus pénalisés.

### Résumé :

- Violation du droit international sur la durée du service civil.
- Discrimination entre les civilistes « d'origine » et ceux qui demandent le service civil au cours de leur carrière militaire (l'objection reste la même, pour les mêmes motifs et contre le même service militaire, seule change la situation militaire).
- Mesure probablement punitive.
- Mesure simple en apparence, mais particulièrement compliquée à comprendre et à calculer, entre autres pour les personnes concernées.

<sup>9</sup> ONU, Comité des droits de l'homme: Foin v France (Communication No. 666/1995), CCPR/C/D/666/1995, 9 November 1999, para. 10.3, entre autres jurisprudence. Voir aussi: Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quno 2015, p. 8.

<http://www.quno.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

Il existe aussi une traduction allemande de document, p. 21 : [http://www.quno.org/sites/default/files/resources/Connection-eV\\_2014-3\\_KDVundAsyl.pdf](http://www.quno.org/sites/default/files/resources/Connection-eV_2014-3_KDVundAsyl.pdf)

Voir aussi le rapport quadriennal du Haut Commissaire aux Droits de l'Homme sur l'objection de conscience, 1.5.2017, § 22.

<http://www.undocs.org/fr/A/HRC/35/4>

<sup>10</sup> LSC 5



### **Mesure 2 :**

Délai d'attente de 12 mois entre le dépôt de la demande et l'admission, avec obligation de faire les périodes de service militaires prévues.

27. La mesure est contraire à la constitution. Celle-ci prévoit, textuellement : « un service de remplacement »<sup>11</sup>. Or un *remplacement du service* n'est en aucun cas un service de remplacement *différé* avec maintien du service à remplacer, en attente du service de remplacement.

Des délais pour la mise en œuvre, par la personne concernée comme par l'administration, du service de remplacement sont acceptable, voir le maintien des obligations en attente de la décision d'admission<sup>12</sup>, mais en aucun le droit à l'objection de conscience ne saurait-il être suspendu.

28. De plus, la proposition est largement impraticable et passablement conflictogène. Les civilistes concernés ne se gêneront pas pour demander des reports, se faire porter malade ou pour ne pas se présenter et leur motifs de conscience finissant toujours par être reconnus, ils ne seront, s'ils sont que partiellement et inégalement sanctionnés pour ces défections. Sans parler de la charge administrative supplémentaire pour les administrations cantonales.

### **Résumé**

- Mesure contraire à la constitution.
- Discrimination entre les civilistes qui font une demande avant l'école de recrue, lesquels ne sont pas condamnés à des périodes militaires et ceux qui la font après l'ER, qui doivent en faire ou, vaille que vaille, les faire annuler.
- Mesure de nature à créer de nombreuses difficultés administratives tant pour les conscrits et les civilistes que pour l'administration.

### **Mesure 3 :**

29. Suppression du facteur 1.1 et passage au facteur 1.5 pour les officiers et les sous-officiers supérieurs.

30. Les personnes concernées sont relativement peu nombreuses. Elles ont néanmoins les mêmes droits. Mais surtout toutes ces personnes, qui ont été obligées de revêtir ces fonctions d'encadrement, ont déjà servi, au moment de la demande d'admission au service civil plus de jours d'armée que ne servent les civilistes qui n'en a fait aucun. Le moins gradé de ceux-ci servira un total 440 jours de services au lieu de 245<sup>13</sup>. Pour obtenir son grade, il en aura déjà fait presque autant qu'un soldat normal. Et le solde de jour à faire, qu'il soit multiplié par 1.1. ou 1.5 dépassera de toutes façons le nombre maximal de jours effectués par un civiliste ne faisant pas d'armée du tout.

31. Sachant que l'obligation de grader est imposée, même avec un facteur 1.1, la personne qui demande le service civil alors qu'elle a déjà revêtu son grade est discriminée par rapport à un civiliste qui demande le service avant de recevoir le moindre grade. Augmenté cette durée plus encore, alors que la personne gradée sert déjà plus que toute autre personne sans garde, apparaît là aussi comme punitive.

### **Résumé**

- En conjonction avec la discrimination décrite ci-après, violation du droit international sur la durée du service de remplacement.
- Discrimination entre les officiers et sous-officiers supérieurs d'une part et les soldats d'autre part en raison d'abord de l'obligation de grader d'abord, pour laquelle les premiers ne peuvent rien, puis du fait qu'en raison de cette obligation, ils ont déjà effectué, contre leur gré, une durée de service aussi importante que les soldats, durée sur laquelle vient ensuite s'ajouter une très longue durée de service civil supplémentaire. Dit autrement, le soldat qui demande le service civil évite non-seulement de grader, mais tous les jours de service civil supplémentaires en cas de conflit de conscience alors que l'officier, qui est en droit de développer un conflit de conscience à tout moment, en est d'autant plus pénalisé.

<sup>11</sup> Art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement.

<sup>12</sup> LSC 17 et 17a.

<sup>13</sup> OMI 47



- Mesure qui ne touche qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 4 :**

32. Interdiction faite aux médecins de faire du service civil en tant que médecins.

33. Là encore, la mesure ne concerne que très peu de personnes. Les médecins ont en moyenne au moins 26-27 ans à la fin de leur formation et ce moment-là, la plupart des périodes longues sont faites. Mais quand bien même, faut-il priver les hôpitaux de ces médecins-là ?

34. Par ailleurs, la mesure est à nouveau discriminatoire ; pourquoi les médecins et pas les géologues, les travailleurs sociaux ou les enseignants ? Là ce ne serait plus seulement certains civilistes, mais tout le service d'intérêt public qui tendrait à être victime d'une vision trop étroite des possibilités de service civil.

35. Enfin, il existe certes une disposition qui interdit certaines affectations en fonction de la personne du civiliste, en particulier si elle favorise sa formation<sup>14</sup>. Et c'est probablement, dans ce contexte que la proposition s'inspirerait. Mais à nouveau, certains militaires exercent des fonctions militaires en lien avec leur profession – et pas seulement des médecins ! – en quoi des civilistes n'auraient-ils pas le droit d'en faire autant ?

#### **Résumé**

- Mesure hautement discriminatoire (par professions).
- Mesure ne touchant (en l'état, que les médecins) qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 5 :**

36. Pas d'admission au service civil pour les personnes pour lesquelles il ne reste plus de jours de service, mais pour lesquelles il reste des tirs obligatoires.

37. La question est controversée depuis longtemps. Seul sont concernés les militaires en service long, qui restent incorporés ensuite pendant 4 ans<sup>15</sup>. Il conviendrait de savoir combien il y a eu de cas.

38. Pour rappel, les militaires ont la possibilité de déposer l'arme, sans motifs, s'ils ne souhaitent pas la conserver, mais cela ne les dispense pas des tirs<sup>16</sup>.

39. D'abord, il convient de rappeler que l'exécution de tirs obligatoires, dans le cadre d'un service militaire, même terminé, peuvent donner lieu à conflit de conscience, qui plus est si celui-ci peut avoir à se manifester durant une période de 4 ans.

40. En ce sens, la mesure ignore et passe complètement à côté, nie un problème qu'il y aurait pourtant lieu de résoudre.

41. A mon sens, une procédure plus simple qu'une admission au service civil devrait permettre, par exemple mais en tous les cas pour motifs de conscience légitimes, de remettre l'arme définitivement et d'être ainsi dispensé des tirs obligatoires.

#### **Résumé**

- Violation du droit à l'objection de conscience
- Mesure administrative inadéquate
- Mesure ne touchant qu'un nombre limité de personne

#### **Mesure 6 :**

42. Les civilistes sont tenus de faire une période de service civil par année dès l'admission.

<sup>14</sup> LSC 4a

<sup>15</sup> LAAM 54a

<sup>16</sup> Ordonnance concernant l'équipement personnel des militaires (OEPM), art. 6a.



43. La mesure existe déjà, art. 39a de l'ordonnance sur le service civil : « La personne astreinte au service civil *effectue chaque année* des affectations de service civil d'une durée de 26 jours au moins à partir de la deuxième année civile au plus tard ».

44. Les reports étant relativement fréquents, on peut se demander si c'est ceux-ci qu'il s'agit de limiter, mais le texte de la mesure est pour le surplus inutile.

#### Résumé

- Proposition de mesure incompétente, mesure déjà prévue par la loi.

#### Mesure 7 :

45. Obligation pour les personnes en service long, d'effectuer la période longue de service civile dans l'année qui suit (et non pas dans les trois ans qui suivent) l'admission au service civil.

46. Imposer un service civil long est une vieille mesure de 2011, que le Tribunal administratif fédéral avait annulée en raison de l'article 20 de la LSC qui stipule que le SC peut être fait en une ou plusieurs périodes<sup>17</sup>.

47. Depuis toujours, nous recommandons aux militaires en service long de passer d'abord au service normal, avant de demander le service civil, entre autres afin d'éviter le surplus de jours, actuellement 55 jours de service militaire ou 82 jours de service civil en plus<sup>18</sup>. Notre recommandation ne changera pas.

48. De plus, la mesure ne prévoit cette obligation que si l'école de recrue n'est pas terminée, or l'école de recrue est considérée comme terminée si 80% de ses jours ont été accomplis<sup>19</sup>; soit pour une école usuelle de 124 jours, dès le 100<sup>ème</sup> jour d'école de recrue. Mais dans la pratique, la demande de service civil peut être faite quelques jours plutôt, puisque celle-ci prend quelques jours, voir semaines à condition pour cela que l'admission à la fin du processus de demande intervienne après le 100<sup>ème</sup> jour de service.

49. Que ce soit en passant au service normal et en attendant les 80% de son service militaire (dans des conditions « suffisantes ») – si encore au service long avec les jours en sus – il est très facile d'éviter cette mesure et peu nombreux sont ceux qui se retrouveront à devoir faire une période longue ou leur période longue de service civile dans l'année qui suit. Au demeurant si un plan de carrière avait prévu une mise en suspend de celui-ci pour le service militaire long, avec une libération en fin d'école de recrue et une affectation longue trouvée rapidement, celle-ci peut être faite dans le temps préalablement dévolu au service militaire long.

50. La mesure est aussi discriminatoire puisqu'elle traite plus durement les militaires en service long que les militaires en service normal d'une part, et alors plus durement que les civilistes n'ayant pas débuté l'école de recrue d'autre part.

#### Résumé

- Mesure facile à contourner, voire à accommoder.
- Mesure ne concernant alors plus qu'un nombre limité de personne.
- Mesure discriminatoire.

#### Considérations finales

51. Les mesures 1 et 3 violent le droit international sur la durée du service civil.

52. La mesure 2 viole la constitution sur la notion de service de remplacement et la mesure 5 viole la constitution sur le droit à un service de remplacement.

53. Les mesures 1, 3, 4 et 7 sont clairement discriminatoires et violent à un titre ou un autre l'égalité de traitement.

54. Les mesures 3, 4, 5 et 7 ne touchent que – mais gravement – un nombre limité de personnes. À ce titre, le but premier de ces mesures n'est probablement pas ou que partiellement de toucher ces personnes-là, voire de les maintenir dans l'armée mais de donner l'impression qu'il est difficile ou déconseillé, qu'il est

<sup>17</sup> <http://www.infodroit.ch/spip.php?article91>

<sup>18</sup> OMI 111

<sup>19</sup> OMI 57 ou 37 ordonnance sur le service civil (OSI) (même teneur).



même dissuadé de sortir de l'armée. Un tel but viole le droit au service civil et un service civil non-discriminatoire et non-punitif.

55. Il convient d'ajouter à ce propos que les instances et jurisprudences internationales ont reconnu sans hésiter le droit à l'objection de conscience pour les appelés, comme pour les volontaires et les professionnels. Autrement dit et pour ce qui nous occupe ici, le droit à l'objection de conscience et au service de remplacement est et reste le même, ne saurait donc subir d'aggravation dans l'exercice du droit, soit l'accès au service civil, comme dans sa réalisation, soit l'accomplissement du service civil, que la personne concernée aie commencé ou non à servir dans l'armée<sup>20</sup>.

56. Les mesures 2, 3 et 4 supposent des difficultés de mise en œuvre particulièrement importantes. La mesure 5 pourrait faire l'objet d'une simplification administrative.

57. La mesure 6 est inutile, une aberration puisqu'elle préconise quelque chose qui existe déjà.

58. L'analyse de l'ensemble de ces mesures donne l'impression forte que l'armée est très embarrassée, mal à l'aise en raison des demandes service civil issues des ses rangs.

59. Ainsi quand bien même l'ensemble de ces mesures, si elles venaient à être mise en œuvre, aurait pour effet d'inciter les conscrits à demander le service civil bien plus tôt, ce qui n'est pas utile à l'armée non plus, il conviendrait de combattre ces mesures pour les effets et les complications graves qu'elles imposent, en toutes sortes de circonstances, aux militaires.

60. Il convient aussi de constater que les mesures proposées font preuve d'une méconnaissance, tant du droit international que du droit constitutionnel suisse qui confine à l'impréparation, voire au mépris, tant des civilistes que des militaires.

61. Enfin, dans le cadre des réactions à ces propositions de mesures, il conviendra de rappeler certaines ou l'ensemble de nos revendications de base, à savoir une présence civile lors du recrutement afin de faciliter son impartialité, une durée raisonnable et une compensation financière garantissant au moins l'accès au minimum vital<sup>21</sup>.

Christophe Barbey,  
Juriste, permanent depuis 2006

<sup>20</sup> Voir les résolutions du Conseil des Droits de l'Homme, par exemple la résolution du 8 octobre 2013, art. 12 [A/RES/HRC/24/17](#) ou Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quno 2015, p. 4.

<http://www.quno.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

<sup>21</sup> Avec une APG de 62.- par jour durant l'ER ou son équivalent au service civil, ou en cas d'absence de salaire préalable au service ou de droit à son équivalent, avec 1'800.- par mois ~, le minimum vital n'est pas atteint. Le dernier rapport du haut commissaire aux droits de l'homme mentionne une trop faible rémunération comme étant de nature punitive. [A/HRC/35/4](#), § 21.

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Berg am Irchel, im August 2018

## Stellungnahme der Stiftung PanEco zur Änderung des Zivildienstgesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### Einleitung und grundsätzliche Beurteilung

Die Stiftung PanEco ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.



Stiftung PanEco  
Chileweg 5  
CH-8415 Berg am Irchel

Telefon +41 52 354 32 32  
info@paneco.ch  
www.paneco.ch

Spendenkonto:  
CH27 0900 0000 8400 9667 8  
www.paneco.ch/spenden

PanEco ist eine gemeinnützige Stiftung mit Sitz in der Schweiz. Unsere Arbeit konzentriert sich auf die Bereiche Natur- und Artenschutz sowie Umweltbildung in der Schweiz und in Indonesien.

### **Kein Handlungsbedarf**

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

### **Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen**

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoß gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

### **Unklare Auswirkungen**

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwelter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Die Stiftung PanEco weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Die Stiftung PanEco lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

## Eigene Vorschläge

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet die Stiftung PanEco, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Die Stiftung PanEco schlägt dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.
- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

## Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist die Stiftung PanEco auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für die Stiftung PanEco ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

## Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst

Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Dienstage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

### **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

Die Stiftung PanEco geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Dienstage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Dienstage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht von der Stiftung PanEco besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

Die Stiftung PanEco ist der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Die Stiftung PanEco sieht absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildienstage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Dienstage erfüllen (2017: 96.7% aller Dienstage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Dienstage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze

geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Dienstage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.

### **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

### **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

Die Stiftung PanEco bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Im Namen der Stiftung PanEco

  
Beat Schumacher  
Geschäftsleiter

  
Marcel Etterlin  
Leiter Finanzen



Permanence romande pour civilistes et militaires  
Permanence@infodroit.ch ou  
Le mardi de 12 à 14 heures au 026 925 80 66.  
Pour les urgences, 079 524 35 74, veuillez laisser un message.

Flendruz, 16 juin 2018

### Avis de droit

*A qui de droit*

#### **7 mesures du Conseil fédéral destinées à la consultation. Modifications de la loi sur le service civil. 2018**

##### En préalable

1. Le droit à l'objection de conscience est un droit fondamental internationalement reconnu.
2. Il est reconnu par les jurisprudences du Comité des droits de l'homme et de la Cour Européenne des droits de l'homme, il est présent dans la constitution suisse<sup>1</sup>.
3. Ce droit s'appuie essentiellement tant sur le refus impératif de tuer que sur le refus de résoudre les conflits par la violence.
4. Le conflit entre l'obligation constitutionnelle de servir dans l'armée d'une part et la conscience d'autre part (appelé confit de conscience) peut se manifester sous diverses formes et à divers moments, de façons plus ou moins virulentes ou soudaines, y compris parfois par des somatisations ou des actes de rébellions. La problématique a été largement résolue par deux mesures:
5. 1) Il a été renoncé au « contrôle de conscience » en adoptant le système dit de la preuve par l'acte, soit l'acceptation, par la personne qui demande le service civil d'une durée plus longue pour ce service que celle requise pour le service militaire.

Cette mesure a pour avantage (en plus d'une forte diminution de la charge administrative) d'éviter d'une part l'aggravation et la stigmatisation du conflit de conscience par son besoin de le confronter à la procédure et de libérer d'autre part la personne concernée d'une appréhension et d'une expression intellectuelle et verbalisée de ce conflit, inévitablement discriminatoire selon le niveau d'éducation, et sujette d'autre part à des biais divers, puisque le résultat de l'examen dépendait largement du degré de préparation à celui-ci plutôt que de la nature même, des sources et des raisons du conflit de conscience.

6. Il convient toutefois de noter que ce système de quotité a dès le début présenté un défaut important, au demeurant partiellement caché des civilistes eux-mêmes, dans la mesure où la durée de service civil requise par la loi (1 fois et demie – 1,5 – celle du service militaire encore à faire au moment de la demande) est dans la pratique comparativement différente de la durée du service militaire réellement effectuée par les militaires libérés lorsqu'ils atteignent la limite d'âge. En effet, ceux-ci se voient alors remettre le solde des jours de service non-effectués, alors que les civilistes se voient pénalement condamnés s'ils n'effectuent pas l'entier de leurs jours avant la même limite d'âge (limite par ailleurs par elle-même plus exigeante, puisqu'ils ont plus de jours à effectuer dans le même laps de temps). L'armée a de plus tardé à donner les chiffres permettant de mesurer cette différence des durées respectives des

---

<sup>1</sup> Constitution fédérale (Cst.) [Article 10 sur la droit à la vie](#), [art. 15 sur la liberté de conscience](#), [art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement](#).



services. Pourtant des estimations raisonnables permettaient d'évaluer le nombre de jours de service civil effectués pour les civilistes demandant le service civil pour l'entier de leur périodes de service militaires comme étant environ du double du nombre de jour effectué en moyenne par les soldats terminant leur obligation à la limite d'âge<sup>2</sup>. Actuellement, ce taux semble s'être amélioré un peu, mais la durée comparée du service civil resterait de 1.8 plus élevée que la durée des services militaires, et non pas les 1.5 que stipule la loi. Il conviendra de vérifier les effets de la nouvelle loi sur l'armée sur cette problématique, la limite d'âge n'étant plus un âge fixe (p. ex. 34 ans), mais devenant un nombre de dix années pour faire les services requis après l'école de recrue<sup>3</sup>.

7. De plus la discrimination pénale demeure, puisque contrairement au service civil, aucune mesure permettant d'assurer le rythme et le progrès de la réalisation des périodes de service militaire, mesure accompagnées dans la loi sur le service civil de mesures pénales en cas de retards, n'ont été introduites dans la nouvelle législation sur la l'armée. Ainsi, le civiliste doit accomplir certaines périodes (la première suivant l'admission et la période longue) selon des délais fixes et il ne doit pas lui rester plus d'une certaine proportion de jours à faire avant d'atteindre la limite d'âge. Passé ces délais ou si la proportion de jours restant à faire est trop forte, le civiliste est convoqué d'office pour le surplus ou la période concernée, puis il encoure une peine s'il n'effectue pas la période requise. Il n'existe, pas de système similaire ou aussi contraignant dans l'armée. Pour avoir une vision complète de cette discrimination, pénalement grave, il conviendrait encore de comparer le nombre des dispenses pour justes motifs, lesquelles au demeurant ne font que repousser le problème, dispenses accordées tant pour les civilistes que pour les militaires. Nonobstant, vu la nature différente des système de suivi et de répression des deux sortes d'obligations, puisqu'il y a des condamnations pour retard dus au système de suivi contre les civilistes et qu'il n'y en a pas pour les militaires, la discrimination pénale demeure, tout comme demeurera a priori la discrimination sur les durées.

8. 2) Il importe de souligner que le service civil peut et doit pouvoir être demandé en tout temps, c'est d'ailleurs dans la loi<sup>4</sup>.

9. Cela concerne bien sûr la possibilité de demander le service civil depuis une période de service militaire, mais porte surtout sur la nature du conflit de conscience et relève en partie aussi du droit humanitaire.

10. Ainsi, le conflit de conscience peut se développer par une réflexion autonome, mais il peut aussi surgir, progressivement ou soudainement, face à une circonstance rencontrée dans le cadre du service militaire, par exemple lors de la première prise d'arme (il y a hélas des condamnations pour refus d'ordre de personnes qui font à ce moment-là un blocage psychologique) ou en étant mis en confrontation à une arme particulièrement destructive.

11. Il convient aussi, et c'est d'une grande importance, de citer le cas de l'objection de conscience à un ordre criminel, y compris ou surtout si celui-ci viole le droit humanitaire ; objection qui doit en effet pouvoir être exprimée en tout temps et en particulier de façon immédiate au moment de la réception de l'ordre contesté, cette objection devant alors, selon les circonstances, rejeter non-seulement l'ordre contesté lui-même mais aussi l'ensemble du système qui produit ou maintient cet ordre injuste, à tout le moins si l'ordre est maintenu, car alors seul le refus personnel et complet du système permettant, à défaut de pouvoir l'empêcher, la réalisation de ce ordre illégal et des ses conséquences, de préserver la conscience, et donc l'innocence de la personne confrontée à une telle situation. L'objection de conscience à une circonstance particulière devenant alors une objection au sens usuel du terme, une objection d'ensemble au service militaire<sup>5</sup>.

<sup>2</sup> Détail du calcul : <http://www.infodroit.ch/spip.php?article44>

<sup>3</sup> Ordonnance sur les obligations militaires (OMI), 1.1.2018, [art. 19](#).

<sup>4</sup> Loi sur le service civil, [art. 16](#).

<sup>5</sup> Voir par exemple, [Jacques Verhaegen](#) : «Le refus d'obéissance aux ordres manifestement criminels », revue du CICR, vol. 84, n° 845, mars 2002.



### Analyse des mesures proposées

**Mesure 1:** 150 jours de service civil pour toutes personnes n'ayant pas terminés ses « services d'instruction » et ayant moins de 100 jours de service militaire restant.

#### Appréciation générale

12. Par « services d'instruction », il est entendu toutes les périodes de services militaires, à savoir écoles de recrues, écoles de cadres et cours de répétition<sup>6</sup>.

13. La proposition équivaudrait à « condamner », imposer à tout militaire ayant entre 1 et 100 jours de service militaire encore à faire à effectuer 150 jours de service civil.

14. La mesure incite à terminer ses obligations militaires au lieu de demander le service civil.

15. Partant du constat, hautement probable<sup>7</sup>, selon lequel les pertes en effectifs augmentent en fonction de l'âge par lassitude, perte d'intérêt ou en raison de l'augmentation des obligations professionnelles et familiales. Il conviendrait toutefois de disposer des chiffres du nombre des personnes qui quittent l'arme dans ces tranches d'âge soit pour le service civil, soit pour raisons médicales. En effet, si le problème est une question d'emploi du temps, la demande de service civil est d'autant plus contre-productive.

16. A cet aulne, la mesure aura pour effet principal d'augmenter le nombre de demandes médicales et assez peu de diminuer le nombre de service civil. Quand à sa capacité à renforcer la motivation pour l'armée, elle est ici hors contexte – ce n'est pas notre problème ou celui du service civil – et elle n'est que très indirecte, la diminution de l'attrait du service civil n'augmentant pas pour autant l'attrait pour l'armée.

#### Calculs concernant la mesure proposée

17. Dans la pratique, divers types de calculs sont possibles pour déterminer les effets et les proportions de la proposition. Mes connaissances mathématiques sont limitées, donc d'autres calculs sont peut-être possibles ou éventuellement meilleurs, mais ceux-ci révèlent plusieurs des effets pervers de la proposition:

a. Le facteur multipliant le nombre de jours à faire est, avec la proposition exponentiel : La personne qui aurait 1 seul jour d'armée encore à faire se retrouverait à en faire 150 jours, soit 150 fois plus que le nombre de jour d'armée requis.

Dans le détail, un militaire à qui il resterait :

1 cours de répétition (CR), soit 19 jours (150/19), verrait le multiplicateur passer de 1.5 à 7.89

2 cours de répétition, le facteur (150/38) est encore du quadruple (3.94)

3 cours de répétition, le facteur descend à 2.63

4 cours de répétition, le facteur est de 2 (1.97)

5 cours de répétition le facteur est encore de 1.57, soit plus haut que la loi actuelle ou que le facteur attribué aux civilistes ayant encore plus de jours.

Ce n'est donc qu'avec 6 cours de répétition encore à faire, soit avec le nombre total des cours de répétition à faire par les soldats, et donc durant le premier cours de répétition que l'ajout systématique de 150 jours, rejoint le facteur général de 1.5.

*Dit autrement, à quelques jours prêts, quiconque demanderait le service civil après l'école de recrue devrait faire 150 jours de service civil au moins, quelque soit le nombre de jour d'armée restant à faire. Pourquoi ne pas le dire ?*

b. Le calcul peut aussi être fait en tenant compte des jours de service militaires et civils faits au total. Exemple pour un soldat :

Ecole de recrue de 124 jours, solde 121 jours de service en CR. Total 245<sup>(8)</sup>. Service civil complet, 245 X 1.5 = 367 jours de service civil.

Jours de service mil faits : 244 (au lieu de 245)+150=394 (proposition). Système actuel : 244 + 2 (1 x 1.5) = 246 (actuel). Différence : 148 jours à faire en plus qu'avec le système actuel et ... 27 de plus qu'en ayant demandé le service civil dès le recrutement.

<sup>6</sup> Loi sur l'armée et l'administration militaire (LAAM), [art. 41](#).

<sup>7</sup> La permanence que nous représentons confirme, à sa modeste mesure, cette tendance. Les hommes de plus de 25 ans sont relativement nombreux à vouloir mettre un terme à leurs obligations militaires et leur nombre augmente avec l'âge

<sup>8</sup> OMI, [art. 47](#).



Jours de service faits :  $238 (6 \text{ CR faits}) + 150 = 388$  jours à faire ou (système actuel)  $238 + 9 (6 \times 1.5) = 247$ . Différence : 141 jours de service civil en plus qu'avec le système actuel, mais aussi 21 jours de service (mil et civ) en plus de ce que ce même soldat aurait eu à faire s'il avait demandé le service civil dès la fin du recrutement.

En cela, le service est *punitif parce qu'il impose des jours en plus ... pour avoir accepté de faire presque tout son service militaire !!!*

Jours de service faits :  $219 (5 \text{ CR}) + 150 = 369$  ou (actuel :)  $219 + 39 (26 \times 1.5) = 258$ . Différence : 111 jours de plus que le système actuel, mais encore 2 jours de plus qu'avec un service civil demandé dès l'origine.

Jours de service faits  $200 (4 \text{ CR}) + 150 = 350$  ou actuel  $200 + 68 (45 \times 1.5) = 268$ . Différence : 82 en plus que le système actuel.

A partir d'ici le nombre total de jours faits devient inférieur à un service civil demandé d'emblée et donc les jours de service militaire faits diminuent le nombre total de jours à faire.

Jours de service faits  $181 (3 \text{ CR}) + 150 = 331$  ou  $181 + 96 (64 \times 1.5) = 277$ . Différence, 54 jours de service civil en plus, mais 90 de moins qu'avec un service civil complet.

Jours de service faits  $162 (2 \text{ CR}) + 150 = 312$  ou

Jours de service faits  $143 (1 \text{ CR}) + 150 = 293$  ou  $143 + 156 (101 \times 1.5) = 299$  Différence  $\pm 0$ .

#### Effets pour la pratique

c. Les effets du nouveau système sur les intérêts des candidats civilistes, en termes de jours à faire seraient les suivants :

- 1) Le facteur de 1.5 s'applique durant l'école de recrue, voir durant le 1<sup>er</sup> CR. Inchangé.
- 2) Tout jour d'armée fait durant cette période diminue effectivement le nombre total (armée et sc) de jours à faire, par rapport à un service civil complet. Inchangé.
- 3) Dès le 2<sup>ème</sup> CR et jusqu'au 4<sup>ème</sup> CR, le nouveau système augmente progressivement, par rapport à l'ancien, effet étrange, le nombre de jours total à faire, même si l'on fait ces CR, soit d'avoir à faire encore plus de service en tout parce que l'on fait de l'armée (absurde !), puis d'avoir à faire du service civil en plus, même si le nombre de jours total de service civil et militaire reste inférieur à ce que devrait faire un civiliste de la première heure mis au facteur 1.5).

Exemple : Faire un 2<sup>ème</sup> CR de 19 jours et demander le sc, ajoute en plus de ces 19 jours 17 jours de service en tout (civil et militaire) par rapport au système actuel, dans lequel le civiliste en faisant ce CR épargnerait 9 jours de service civil ( $19 - x 1.5$ ). (Nouveau :  $162 \text{ SM} + 150 \text{ SC} = 312$  Ancien  $162 + 125$  (solde de  $83 \times 1.5$ ) = 287, nouveau = J plus 25. S'il ne fait pas ce CR (ancien  $\text{SM } 143 + \text{SC } 152 (101 \times 1.5) = 295$  soit quelques jours en plus de SC pour ne pas avoir fait ce cours (295 au lieu 287), mais toujours au total 17 jours de moins qu'en faisant ce CR dans le système proposé, lequel augmente donc le nombre de jours à faire sans donner de diminution pour ceux faits.

Idem pour les 3<sup>ème</sup> et 4<sup>ème</sup> CR. Je renonce aux calculs ici, mais le nombre de jours d'armée faits sans diminuer le nombre de jours de service totaux augmentera d'autant, par rapport à quelqu'un qui demande le SC après l'ER ou le 1<sup>er</sup> CR.

- 4) Dès le 5<sup>ème</sup> CR, le nombre total (SC et SM) de jours à faire devient plus grand que quelqu'un qui demande le service civil dès le 1<sup>er</sup> jour.

d. En résumé, il ne sera intéressant, en terme de jours à faire (ou rentable) de demander le service qu'entre le recrutement et la fin du 1<sup>er</sup> cours de répétition. A l'inverse, toute demande faite ultérieurement augmentera, de plus en plus gravement, la charge totale du nombre de jours à faire, laquelle dépassera, si le SC est demandé durant ou après le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, le nombre de jours à faire pour quelqu'un qui demande le service civil avant l'ER.

18. Tactiquement, pour le soutien aux objecteurs, l'intérêt à demander le service civil entre le recrutement et la fin de l'école de recrue reste similaire. Par contre, plus le militaire avance dans sa carrière militaire, plus la charge de jours augmente, plus il devient difficile de demander le service civil (et plus sera grande le besoin de demander la voie bleue).

19. Cela n'aura pas pour effet de diminuer fortement le nombre de demandes de service civil, puisque les demandes seront soit pour une part reportées plus tôt dans la carrière militaire, soit transformées en demande médicales et que rares seront les personnes qui en fin de carrière militaire décideront de finir leur service plutôt que de sortir de l'armée, d'une façon ou d'une autre.



### La durée du service civil en droit

20. En droit Suisse, le facteur légal de 1.5 est le même depuis l'origine. Avec toutefois la réserve présentée ci-dessus au point 6 concernant la durée effective (et non légale) située aux environ de 1.8.

21. Le droit international, le Comité des droits de l'homme et la Cour européenne des droits de l'homme, tiennent de jurisprudence constante le fait que le service civil doit être de nature civile et non-punitif.

22. Une durée supérieure au double du service militaire à remplacer est considérée comme excessive<sup>9</sup>. Ainsi, l'attribution à toute personne ayant moins de 75 jours de service militaire à faire de 150 jours de service civil serait contraire au droit international.

23. Mais c'est dans son ensemble, ou à tout le moins dès le 2<sup>ème</sup> cours de répétition, que la mesure est discriminatoire. D'abord parce que plus, ils servent dans l'armée, plus elle pénalise les militaires qui demandent le service civil. Ensuite, parce qu'elle traite différemment des personnes dans des situations similaires, à savoir des personnes présentant une demande de service civil, demande qui est de même nature quel que soit le moment où elle est faite et pour laquelle le nombre de jours de service militaire accomplis n'a aucune incidence, sauf peut-être à renforcer le besoin de présenter une objection de conscience, ce qui reste sans influence aucune sur le droit fondamental à demander le service civil.

24. La loi sur le service civil pose comme principe que la charge du service civil devrait équivalente à celle de l'armée<sup>10</sup>. Toutefois la mesure proposée, en tous les cas dès le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, puisque la charge en jours à faire est alourdie au-delà de ce que le militaire aurait à faire en demandant le service civil avant l'école de recrue. Ainsi, non-seulement, la personne concernée effectue la plus large part de son service militaire (les 3/4), mais elle y voit ajouté une part importante de service civil (150/367) soit presque la moitié du service civil en plus, pour un total qui dépasse ce qu'elle aurait eu à faire tant à l'armée qu'avec un service civil entier. A ce titre, la mesure est non seulement dissuasive, mais discriminatoire dans la mesure où elle pénalise ceux qui ont déjà fait beaucoup d'armée (ne devraient-ils pas au contraire être pour cela remerciés ?).

25. Par ailleurs, le droit à l'objection de conscience étant un droit fondamental, toute forme de dissuasion, en entravant son libre exercice, est déjà une violation du droit.

26. Et il est finalement, à mon sens, difficile la nature punitive de la mesure, puisque ce sont ceux-là même, qui ont le plus servi dans l'armée, qui se voient le plus pénalisés.

### Résumé :

- Violation du droit international sur la durée du service civil.
- Discrimination entre les civilistes « d'origine » et ceux qui demandent le service civil au cours de leur carrière militaire (l'objection reste la même, pour les mêmes motifs et contre le même service militaire, seule change la situation militaire).
- Mesure probablement punitive.
- Mesure simple en apparence, mais particulièrement compliquée à comprendre et à calculer, entre autres pour les personnes concernées.

---

<sup>9</sup> ONU, Comité des droits de l'homme: Foin v France (Communication No. 666/1995), CCPR/C/D/666/1995, 9 November 1999, para. 10.3, entre autres jurisprudence. Voir aussi: Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 8.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUINO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>  
Il existe aussi une traduction allemande de document, p. 21 : [http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV\\_2014-3\\_KDVundAsyl.pdf](http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV_2014-3_KDVundAsyl.pdf)

Voir aussi le rapport quadriennal du Haut Commissaire aux Droits de l'Homme sur l'objection de conscience, 1.5.2017, § 22.  
<http://www.undocs.org/fr/A/HRC/35/4>

<sup>10</sup> LSC 5



### **Mesure 2 :**

Délai d'attente de 12 mois entre le dépôt de la demande et l'admission, avec obligation de faire les périodes de service militaires prévues.

27. La mesure est contraire à la constitution. Celle-ci prévoit, textuellement : « un service de remplacement »<sup>11</sup>. Or un *remplacement du service* n'est en aucun cas un service de remplacement *différé* avec maintien du service à remplacer, en attente du service de remplacement.

Des délais pour la mise en œuvre, par la personne concernée comme par l'administration, du service de remplacement sont acceptable, voir le maintien des obligations en attente de la décision d'admission<sup>12</sup>, mais en aucun le droit à l'objection de conscience ne saurait-il être suspendu.

28. De plus, la proposition est largement impraticable et passablement conflictogène. Les civilistes concernés ne se gêneront pas pour demander des reports, se faire porter malade ou pour ne pas se présenter et leur motifs de conscience finissant toujours par être reconnus, ils ne seront, s'ils sont que partiellement et inégalement sanctionnés pour ces déflections. Sans parler de la charge administrative supplémentaire pour les administrations cantonales.

### Résumé

- Mesure contraire à la constitution.
- Discrimination entre les civilistes qui font une demande avant l'école de recrue, lesquels ne sont pas condamnés à des périodes militaires et ceux qui la font après l'ER, qui doivent en faire ou, vaille que vaille, les faire annuler.
- Mesure de nature à créer de nombreuses difficultés administratives tant pour les conscrits et les civilistes que pour l'administration.

### **Mesure 3 :**

29. Suppression du facteur 1.1 et passage au facteur 1.5 pour les officiers et les sous-officiers supérieurs.

30. Les personnes concernées sont relativement peu nombreuses. Elles ont néanmoins les mêmes droits. Mais surtout toutes ces personnes, qui ont été obligées de revêtir ces fonctions d'encadrement, ont déjà servi, au moment de la demande d'admission au service civil plus de jours d'armée que ne servent les civilistes qui n'en a fait aucun. Le moins gradé de ceux-ci servira un total 440 jours de services au lieu de 245<sup>13</sup>. Pour obtenir son grade, il en aura déjà fait presque autant qu'un soldat normal. Et le solde de jour à faire, qu'il soit multiplié par 1.1. ou 1.5 dépassera de toutes façons le nombre maximal de jours effectués par un civiliste ne faisant pas d'armée du tout.

31. Sachant que l'obligation de grader est imposée, même avec un facteur 1.1, la personne qui demande le service civil alors qu'elle a déjà revêtu son grade est discriminée par rapport à un civiliste qui demande le service avant de recevoir le moindre grade. Augmenté cette durée plus encore, alors que la personne gradée sert déjà plus que toute autre personne sans garde, apparaît là aussi comme punitive.

### Résumé

- En conjonction avec la discrimination décrite ci-après, violation du droit international sur la durée du service de remplacement.
- Discrimination entre les officiers et sous-officiers supérieurs d'une part et les soldats d'autre part en raison d'abord de l'obligation de grader d'abord, pour laquelle les premiers ne peuvent rien, puis du fait qu'en raison de cette obligation, ils ont déjà effectué, contre leur gré, une durée de service aussi importante que les soldats, durée sur laquelle vient ensuite s'ajouter une très longue durée de service civil supplémentaire. Dit autrement, le soldat qui demande le service civil évite non-seulement de grader, mais tous les jours de service civil supplémentaires en cas de conflit de conscience alors que l'officier, qui est en droit de développer un conflit de conscience à tout moment, en est d'autant plus pénalisé.

<sup>11</sup> [Art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement.](#)

<sup>12</sup> [LSC 17 et 17a.](#)

<sup>13</sup> [OMI 47](#)



- Mesure qui ne touche qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 4 :**

32. Interdiction faite aux médecins de faire du service civil en tant que médecins.

33. Là encore, la mesure ne concerne que très peu de personnes. Les médecins ont en moyenne au moins 26-27 ans à la fin de leur formation et ce moment-là, la plupart des périodes longues sont faites. Mais quand bien même, faut-il priver les hôpitaux de ces médecins-là ?

34. Par ailleurs, la mesure est à nouveau discriminatoire ; pourquoi les médecins et pas les géologues, les travailleurs sociaux ou les enseignants ? Là ce ne serait plus seulement certains civilistes, mais tout le service d'intérêt public qui tendrait à être victime d'une vision trop étroite des possibilités de service civil.

35. Enfin, il existe certes une disposition qui interdit certaines affectations en fonction de la personne du civiliste, en particulier si elle favorise sa formation<sup>14</sup>. Et c'est probablement, dans ce contexte que la proposition s'inspirerait. Mais à nouveau, certains militaires exercent des fonctions militaires en lien avec leur profession – et pas seulement des médecins ! – en quoi des civilistes n'auraient-ils pas le droit d'en faire autant ?

#### Résumé

- Mesure hautement discriminatoire (par professions).
- Mesure ne touchant (en l'état, que les médecins) qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 5 :**

36. Pas d'admission au service civil pour les personnes pour lesquelles il ne reste plus de jours de service, mais pour lesquelles il reste des tirs obligatoires.

37. La question est controversée depuis longtemps. Seul sont concernés les militaires en service long, qui restent incorporés ensuite pendant 4 ans<sup>15</sup>. Il conviendrait de savoir combien il y a eu de cas.

38. Pour rappel, les militaires ont la possibilité de déposer l'arme, sans motifs, s'ils ne souhaitent pas la conserver, mais cela ne les dispense pas des tirs<sup>16</sup>.

39. D'abord, il convient de rappeler que l'exécution de tirs obligatoires, dans le cadre d'un service militaire, même terminé, peuvent donner lieu à conflit de conscience, qui plus est si celui-ci peut avoir à se manifester durant une période de 4 ans.

40. En ce sens, la mesure ignore et passe complètement à côté, nie un problème qu'il y aurait pourtant lieu de résoudre.

41. A mon sens, une procédure plus simple qu'une admission au service civil devrait permettre, par exemple mais en tous les cas pour motifs de conscience légitimes, de remettre l'arme définitivement et d'être ainsi dispensé des tirs obligatoires.

#### Résumé

- Violation du droit à l'objection de conscience
- Mesure administrative inadéquate
- Mesure ne touchant qu'un nombre limité de personne

#### **Mesure 6 :**

42. Les civilistes sont tenus de faire une période de service civil par année dès l'admission.

---

<sup>14</sup> [LSC 4a](#)

<sup>15</sup> [LAAM 54a](#)

<sup>16</sup> Ordonnance concernant l'équipement personnel des militaires (OEPM), [art. 6a](#).



43. La mesure existe déjà, [art. 39a](#) de l'ordonnance sur le service civil : « La personne astreinte au service civil *effectue chaque année* des affectations de service civil d'une durée de 26 jours au moins à partir de la deuxième année civile au plus tard ».

44. Les reports étant relativement fréquents, on peut se demander si c'est ceux-ci qu'il s'agit de limiter, mais le texte de la mesure est pour le surplus inutile.

#### Résumé

- Proposition de mesure incompétente, mesure déjà prévue par la loi.

#### Mesure 7 :

45. Obligation pour les personnes en service long, d'effectuer la période longue de service civile dans l'année qui suit (et non pas dans les trois ans qui suivent) l'admission au service civil.

46. Imposer un service civil long est une vieille mesure de 2011, que le Tribunal administratif fédéral avait annulée en raison de [l'article 20 de la LSC](#) qui stipule que le SC peut être fait en une ou plusieurs périodes<sup>17</sup>.

47. Depuis toujours, nous recommandons aux militaires en service long de passer d'abord au service normal, avant de demander le service civil, entre autres afin d'éviter le surplus de jours, actuellement 55 jours de service militaire ou 82 jours de service civil en plus<sup>18</sup>. Notre recommandation ne changera pas.

48. De plus, la mesure ne prévoit cette obligation que si l'école de recrue n'est pas terminée, or l'école de recrue est considérée comme terminée si 80% de ses jours ont été accomplis<sup>19</sup>; soit pour une école usuelle de 124 jours, dès le 100<sup>ème</sup> jour d'école de recrue. Mais dans la pratique, la demande de service civil peut être faite quelques jours plutôt, puisque celle-ci prend quelques jours, voir semaines à condition pour cela que l'admission à la fin du processus de demande intervienne après le 100<sup>ème</sup> jour de service.

49. Que ce soit en passant au service normal et en attendant les 80% de son service militaire (dans des conditions « suffisantes ») – si encore au service long avec les jours en sus – il est très facile d'éviter cette mesure et peu nombreux sont ceux qui se retrouveront à devoir faire une période longue ou leur période longue de service civile dans l'année qui suit. Au demeurant si un plan de carrière avait prévu une mise en suspend de celui-ci pour le service militaire long, avec une libération en fin d'école de recrue et une affectation longue trouvée rapidement, celle-ci peut être faite dans le temps préalablement dévolu au service militaire long.

50. La mesure est aussi discriminatoire puisqu'elle traite plus durement les militaires en service long que les militaires en service normal d'une part, et alors plus durement que les civilistes n'ayant pas débuté l'école de recrue d'autre part.

#### Résumé

- Mesure facile à contourner, voire à accommoder.
- Mesure ne concernant alors plus qu'un nombre limité de personne.
- Mesure discriminatoire.

#### Considérations finales

51. Les mesures 1 et 3 violent le droit international sur la durée du service civil.

52. La mesure 2 viole la constitution sur la notion de service de remplacement et la mesure 5 viole la constitution sur le droit à un service de remplacement.

53. Les mesures 1, 3, 4 et 7 sont clairement discriminatoires et violent à un titre ou un autre l'égalité de traitement.

54. Les mesures 3, 4, 5 et 7 ne touchent que – mais gravement – un nombre limité de personnes. À ce titre, le but premier de ces mesures n'est probablement pas ou que partiellement de toucher ces personnes-là, voire de les maintenir dans l'armée mais de donner l'impression qu'il est difficile ou déconseillé, qu'il est

<sup>17</sup> <http://www.infodroit.ch/spip.php?article91>

<sup>18</sup> [OMI 111](#)

<sup>19</sup> [OMI 57](#) ou [37 ordonnance sur le service civil \(OSI\)](#) (même teneur).



même dissuadé de sortir de l'armée. Un tel but viole le droit au service civil et un service civil non-discriminatoire et non-punitif.

55. Il convient d'ajouter à ce propos que les instances et jurisprudences internationales ont reconnus sans hésiter le droit à l'objection de conscience pour les appelés, comme pour les volontaires et les professionnels. Autrement dit et pour ce qui nous occupe ici, le droit à l'objection de conscience et au service de remplacement est et reste le même, ne saurait donc subir d'aggravation dans l'exercice du droit, soit l'accès au service civil, comme dans sa réalisation, soit l'accomplissement du service civil, que la personne concernée aie commencé ou non à servir dans l'armée<sup>20</sup>.

56. Les mesures 2, 3 et 4 supposent des difficultés de mise en œuvre particulièrement importantes. La mesure 5 pourrait faire l'objet d'une simplification administrative.

57. La mesure 6 est inutile, une aberration puisqu'elle préconise quelque chose qui existe déjà.

58. L'analyse de l'ensemble de ces mesures donne l'impression forte que l'armée est très embarrassée, mal à l'aise en raison des demandes service civil issues des ses rangs.

59. Ainsi quand bien même l'ensemble de ces mesures, si elles venaient à être mise en œuvre, aurait pourrait effet d'inciter les conscrits à demander le service civil bien plus tôt, ce qui n'est pas utile à l'armée non plus, il conviendrait de combattre ces mesures pour les effets et les complications graves qu'elles imposent, en toutes sortes de circonstances, aux militaires.

60. Il convient aussi de constater que les mesures proposées font preuve d'une méconnaissance, tant du droit international que du droit constitutionnel suisse qui confine à l'impréparation, voire au mépris, tant des civilistes que des militaires.

61. Enfin, dans le cadre des réactions à ces propositions de mesures, il conviendra de rappeler certaines ou l'ensemble de nos revendications de base, à savoir une présence civile lors du recrutement afin de faciliter son impartialité, un durée raisonnable et une compensation financière garantissant au moins l'accès au minimum vital<sup>21</sup>.

Christophe Barbey,  
Juriste, permanent depuis 2006

---

<sup>20</sup> Voir les résolutions du Conseil des Droits de l'Homme, par exemple la résolution du 8 octobre 2013, art. 12 [A/RES/HRC/24/17](#) ou Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 4.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

<sup>21</sup> Avec une APG de 62.- par jour durant l'ER ou son équivalent au service civil, ou en cas d'absence de salaire préalable au service ou de droit à son équivalent, avec 1'800.- par mois ~, le minimum vital n'est pas atteint. Le dernier rapport du haut commissaire aux droits de l'homme mentionne une trop faible rémunération comme étant de nature punitive. [A/HRC/35/4](#), § 21.

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Schwerzenbach, im September 2018

## Stellungnahme der Stiftung Wirtschaft und Ökologie SWO zur Änderung des Zivildienstgesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### Einleitung und grundsätzliche Beurteilung

Die Stiftung Wirtschaft und Ökologie SWO ist ein Gruppeneinsatzbetrieb im Umwelt- und Naturschutzbereich. Die SWO ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### Kein Handlungsbedarf

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.



## Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Diensttage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoss gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

## Unklare Auswirkungen

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Die SWO weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Die Stiftung Wirtschaft und Ökologie SWO lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

## Eigene Vorschläge

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet die SWO, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Die SWO schlägt dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür



muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.

- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

## **Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist die SWO auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für die SWO ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

## **Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Dienstage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.



### **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

Die SWO geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Dienstage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Dienstage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht der SWO besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

Die SWO ist der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Die SWO sieht absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildienstage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Dienstage erfüllen (2017: 96.7% aller Dienstage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Dienstage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Dienstage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.



## **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

### **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

Die SWO bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Im Namen der Stiftung



Andreas Wolf  
Geschäftsleiter



Manuel Brändli  
Bereichsleiter Zivildienst

Stiftung Wirtschaft und Ökologie SWO  
Bahnstrasse 18b  
8603 Schwerzenbach  
Tel. 078 960 59 65  
Mail [mbr@stiftungswow.ch](mailto:mbr@stiftungswow.ch)  
[www.stiftungswow.ch](http://www.stiftungswow.ch)





Permanence romande pour civilistes et militaires  
Permanence@infodroit.ch ou  
Le mardi de 12 à 14 heures au 026 925 80 66.  
Pour les urgences, 079 524 35 74, veuillez laisser un message.

Flendruz, 16 juin 2018

### Avis de droit

*A qui de droit*

#### **7 mesures du Conseil fédéral destinées à la consultation. Modifications de la loi sur le service civil. 2018**

##### En préalable

1. Le droit à l'objection de conscience est un droit fondamental internationalement reconnu.
2. Il est reconnu par les jurisprudences du Comité des droits de l'homme et de la Cour Européenne des droits de l'homme, il est présent dans la constitution suisse<sup>1</sup>.
3. Ce droit s'appuie essentiellement tant sur le refus impératif de tuer que sur le refus de résoudre les conflits par la violence.
4. Le conflit entre l'obligation constitutionnelle de servir dans l'armée d'une part et la conscience d'autre part (appelé conflit de conscience) peut se manifester sous diverses formes et à divers moments, de façons plus ou moins virulentes ou soudaines, y compris parfois par des somatisations ou des actes de rébellions. La problématique a été largement résolue par deux mesures:
5. 1) Il a été renoncé au « contrôle de conscience » en adoptant le système dit de la preuve par l'acte, soit l'acceptation, par la personne qui demande le service civil d'une durée plus longue pour ce service que celle requise pour le service militaire.

Cette mesure a pour avantage (en plus d'une forte diminution de la charge administrative) d'éviter d'une part l'aggravation et la stigmatisation du conflit de conscience par son besoin de le confronter à la procédure et de libérer d'autre part la personne concernée d'une appréhension et d'une expression intellectuelle et verbalisée de ce conflit, inévitablement discriminatoire selon le niveau d'éducation, et sujette d'autre part à des biais divers, puisque le résultat de l'examen dépendait largement du degré de préparation à celui-ci plutôt que de la nature même, des sources et des raisons du conflit de conscience.

6. Il convient toutefois de noter que ce système de quotité a dès le début présenté un défaut important, au demeurant partiellement caché des civilistes eux-mêmes, dans la mesure où la durée de service civil requise par la loi (1 fois et demie – 1,5 – celle du service militaire encore à faire au moment de la demande) est dans la pratique comparativement différente de la durée du service militaire réellement effectuée par les militaires libérés lorsqu'ils atteignent la limite d'âge. En effet, ceux-ci se voient alors remettre le solde des jours de service non-effectués, alors que les civilistes se voient pénalement condamnés s'ils n'effectuent pas l'entier de leurs jours avant la même limite d'âge (limite par ailleurs par elle-même plus exigeante, puisqu'ils ont plus de jours à effectuer dans le même laps de temps). L'armée a de plus tardé à donner les chiffres permettant de mesurer cette différence des durées respectives des

---

<sup>1</sup> Constitution fédérale (Cst.) [Article 10 sur la droit à la vie](#), [art. 15 sur la liberté de conscience](#), [art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement](#).



services. Pourtant des estimations raisonnables permettaient d'évaluer le nombre de jours de service civil effectués pour les civilistes demandant le service civil pour l'entier de leur périodes de service militaires comme étant environ du double du nombre de jour effectué en moyenne par les soldats terminant leur obligation à la limite d'âge<sup>2</sup>. Actuellement, ce taux semble s'être amélioré un peu, mais la durée comparée du service civil resterait de 1.8 plus élevée que la durée des services militaires, et non pas les 1.5 que stipule la loi. Il conviendra de vérifier les effets de la nouvelle loi sur l'armée sur cette problématique, la limite d'âge n'étant plus un âge fixe (p. ex. 34 ans), mais devenant un nombre de dix années pour faire les services requis après l'école de recrue<sup>3</sup>.

7. De plus la discrimination pénale demeure, puisque contrairement au service civil, aucune mesure permettant d'assurer le rythme et le progrès de la réalisation des périodes de service militaire, mesure accompagnées dans la loi sur le service civil de mesures pénales en cas de retards, n'ont été introduites dans la nouvelle législation sur la l'armée. Ainsi, le civiliste doit accomplir certaines périodes (la première suivant l'admission et la période longue) selon des délais fixes et il ne doit pas lui rester plus d'une certaine proportion de jours à faire avant d'atteindre la limite d'âge. Passé ces délais ou si la proportion de jours restant à faire est trop forte, le civiliste est convoqué d'office pour le surplus ou la période concernée, puis il encoure une peine s'il n'effectue pas la période requise. Il n'existe, pas de système similaire ou aussi contraignant dans l'armée. Pour avoir une vision complète de cette discrimination, pénalement grave, il conviendrait encore de comparer le nombre des dispenses pour justes motifs, lesquelles au demeurant ne font que repousser le problème, dispenses accordées tant pour les civilistes que pour les militaires. Nonobstant, vu la nature différente des système de suivi et de répression des deux sortes d'obligations, puisqu'il y a des condamnations pour retard dus au système de suivi contre les civilistes et qu'il n'y en a pas pour les militaires, la discrimination pénale demeure, tout comme demeurera a priori la discrimination sur les durées.

8. 2) Il importe de souligner que le service civil peut et doit pouvoir être demandé en tout temps, c'est d'ailleurs dans la loi<sup>4</sup>.

9. Cela concerne bien sûr la possibilité de demander le service civil depuis une période de service militaire, mais porte surtout sur la nature du conflit de conscience et relève en partie aussi du droit humanitaire.

10. Ainsi, le conflit de conscience peut se développer par une réflexion autonome, mais il peut aussi surgir, progressivement ou soudainement, face à une circonstance rencontrée dans le cadre du service militaire, par exemple lors de la première prise d'arme (il y a hélas des condamnations pour refus d'ordre de personnes qui font à ce moment-là un blocage psychologique) ou en étant mis en confrontation à une arme particulièrement destructive.

11. Il convient aussi, et c'est d'une grande importance, de citer le cas de l'objection de conscience à un ordre criminel, y compris ou surtout si celui-ci viole le droit humanitaire ; objection qui doit en effet pouvoir être exprimée en tout temps et en particulier de façon immédiate au moment de la réception de l'ordre contesté, cette objection devant alors, selon les circonstances, rejeter non-seulement l'ordre contesté lui-même mais aussi l'ensemble du système qui produit ou maintient cet ordre injuste, à tout le moins si l'ordre est maintenu, car alors seul le refus personnel et complet du système permettant, à défaut de pouvoir l'empêcher, la réalisation de ce ordre illégal et des ses conséquences, de préserver la conscience, et donc l'innocence de la personne confrontée à une telle situation. L'objection de conscience à une circonstance particulière devenant alors une objection au sens usuel du terme, une objection d'ensemble au service militaire<sup>5</sup>.

---

<sup>2</sup> Détail du calcul : <http://www.infodroit.ch/spip.php?article44>

<sup>3</sup> Ordonnance sur les obligations militaires (OMI), 1.1.2018, [art. 19](#).

<sup>4</sup> Loi sur le service civil, [art. 16](#).

<sup>5</sup> Voir par exemple, [Jacques Verhaegen](#) : «Le refus d'obéissance aux ordres manifestement criminels », revue du CICR, vol. 84, n° 845, mars 2002.



### Analyse des mesures proposées

**Mesure 1:** 150 jours de service civil pour toutes personnes n'ayant pas terminés ses « services d'instruction » et ayant moins de 100 jours de service militaire restant.

#### Appréciation générale

12. Par « services d'instruction », il est entendu toutes les périodes de services militaires, à savoir écoles de recrues, écoles de cadres et cours de répétition<sup>6</sup>.

13. La proposition équivaldrait à « condamner », imposer à tout militaire ayant entre 1 et 100 jours de service militaire encore à faire à effectuer 150 jours de service civil.

14. La mesure incite à terminer ses obligations militaires au lieu de demander le service civil.

15. Partant du constat, hautement probable<sup>7</sup>, selon lequel les pertes en effectifs augmentent en fonction de l'âge par lassitude, perte d'intérêt ou en raison de l'augmentation des obligations professionnelles et familiales. Il conviendrait toutefois de disposer des chiffres du nombre des personnes qui quittent l'arme dans ces tranches d'âge soit pour le service civil, soit pour raisons médicales. En effet, si le problème est une question d'emploi du temps, la demande de service civil est d'autant plus contre-productive.

16. A cet aulne, la mesure aura pour effet principal d'augmenter le nombre de demandes médicales et assez peu de diminuer le nombre de service civil. Quand à sa capacité à renforcer la motivation pour l'armée, elle est ici hors contexte – ce n'est pas notre problème ou celui du service civil – et elle n'est que très indirecte, la diminution de l'attrait du service civil n'augmentant pas pour autant l'attrait pour l'armée.

#### Calculs concernant la mesure proposée

17. Dans la pratique, divers types de calculs sont possibles pour déterminer les effets et les proportions de la proposition. Mes connaissances mathématiques sont limitées, donc d'autres calculs sont peut-être possibles ou éventuellement meilleurs, mais ceux-ci révèlent plusieurs des effets pervers de la proposition:

a. Le facteur multipliant le nombre de jours à faire est, avec la proposition exponentiel : La personne qui aurait 1 seul jour d'armée encore à faire se retrouverait à en faire 150 jours, soit 150 fois plus que le nombre de jour d'armée requis.

Dans le détail, un militaire à qui il resterait :

1 cours de répétition (CR), soit 19 jours (150/19), verrait le multiplicateur passer de 1.5 à 7.89

2 cours de répétition, le facteur (150/38) est encore du quadruple (3.94)

3 cours de répétition, le facteur descend à 2.63

4 cours de répétition, le facteur est de 2 (1.97)

5 cours de répétition le facteur est encore de 1.57, soit plus haut que la loi actuelle ou que le facteur attribué aux civilistes ayant encore plus de jours.

Ce n'est donc qu'avec 6 cours de répétition encore à faire, soit avec le nombre total des cours de répétition à faire par les soldats, et donc durant le premier cours de répétition que l'ajout systématique de 150 jours, rejoint le facteur général de 1.5.

*Dit autrement, à quelques jours prêts, quiconque demanderait le service civil après l'école de recrue devrait faire 150 jours de service civil au moins, quelque soit le nombre de jour d'armée restant à faire. Pourquoi ne pas le dire ?*

b. Le calcul peut aussi être fait en tenant compte des jours de service militaires et civils faits au total.

Exemple pour un soldat :

Ecole de recrue de 124 jours, solde 121 jours de service en CR. Total 245<sup>(8)</sup>. Service civil complet, 245 X 1.5 = 367 jours de service civil.

Jours de service mil faits : 244 (au lieu de 245)+150=394 (proposition). Système actuel : 244 + 2 (1 x 1.5) = 246 (actuel). Différence : 148 jours à faire en plus qu'avec le système actuel et ... 27 de plus qu'en ayant demandé le service civil dès le recrutement.

<sup>6</sup> Loi sur l'armée et l'administration militaire (LAAM), [art. 41](#).

<sup>7</sup> La permanence que nous représentons confirme, à sa modeste mesure, cette tendance. Les hommes de plus de 25 ans sont relativement nombreux à vouloir mettre un terme à leurs obligations militaires et leur nombre augmente avec l'âge

<sup>8</sup> OMI, [art. 47](#).



Jours de service faits :  $238 (6 \text{ CR faits}) + 150 = 388$  jours à faire ou (système actuel)  $238 + 9 (6 \times 1.5) = 247$ . Différence : 141 jours de service civil en plus qu'avec le système actuel, mais aussi 21 jours de service (mil et civ) en plus de ce que ce même soldat aurait eu à faire s'il avait demandé le service civil dès la fin du recrutement.

En cela, le service est *punitif parce qu'il impose des jours en plus ... pour avoir accepté de faire presque tout son service militaire !!!*

Jours de service faits :  $219 (5 \text{ CR}) + 150 = 369$  ou (actuel :)  $219 + 39 (26 \times 1.5) = 258$ . Différence : 111 jours de plus que le système actuel, mais encore 2 jours de plus qu'avec un service civil demandé dès l'origine.

Jours de service faits  $200 (4 \text{ CR}) + 150 = 350$  ou actuel  $200 + 68 (45 \times 1.5) = 268$ . Différence : 82 en plus que le système actuel.

A partir d'ici le nombre total de jours faits devient inférieur à un service civil demandé d'emblée et donc les jours de service militaire faits diminuent le nombre total de jours à faire.

Jours de service faits  $181 (3 \text{ CR}) + 150 = 331$  ou  $181 + 96 (64 \times 1.5) = 277$ . Différence, 54 jours de service civil en plus, mais 90 de moins qu'avec un service civil complet.

Jours de service faits  $162 (2 \text{ CR}) + 150 = 312$  ou

Jours de service faits  $143 (1 \text{ CR}) + 150 = 293$  ou  $143 + 156 (101 \times 1.5) = 299$  Différence  $\pm 0$ .

#### Effets pour la pratique

c. Les effets du nouveau système sur les intérêts des candidats civilistes, en termes de jours à faire seraient les suivants :

- 1) Le facteur de 1.5 s'applique durant l'école de recrue, voir durant le 1<sup>er</sup> CR. Inchangé.
- 2) Tout jour d'armée fait durant cette période diminue effectivement le nombre total (armée et sc) de jours à faire, par rapport à un service civil complet. Inchangé.
- 3) Dès le 2<sup>ème</sup> CR et jusqu'au 4<sup>ème</sup> CR, le nouveau système augmente progressivement, par rapport à l'ancien, effet étrange, le nombre de jours total à faire, même si l'on fait ces CR, soit d'avoir à faire encore plus de service en tout parce que l'on fait de l'armée (absurde !), puis d'avoir à faire du service civil en plus, même si le nombre de jours total de service civil et militaire reste inférieur à ce que devrait faire un civiliste de la première heure mis au facteur 1.5).

Exemple : Faire un 2<sup>ème</sup> CR de 19 jours et demander le sc, ajoute en plus de ces 19 jours 17 jours de service en tout (civil et militaire) par rapport au système actuel, dans lequel le civiliste en faisant ce CR épargnerait 9 jours de service civil ( $19 - x 1.5$ ). (Nouveau :  $162 \text{ SM} + 150 \text{ SC} = 312$  Ancien  $162 + 125$  (solde de  $83 \times 1.5$ ) = 287, nouveau = J plus 25. S'il ne fait pas ce CR (ancien  $\text{SM } 143 + \text{SC } 152 (101 \times 1.5) = 295$  soit quelques jours en plus de SC pour ne pas avoir fait ce cours (295 au lieu 287), mais toujours au total 17 jours de moins qu'en faisant ce CR dans le système proposé, lequel augmente donc le nombre de jours à faire sans donner de diminution pour ceux faits.

Idem pour les 3<sup>ème</sup> et 4<sup>ème</sup> CR. Je renonce aux calculs ici, mais le nombre de jours d'armée faits sans diminuer le nombre de jours de service totaux augmentera d'autant, par rapport à quelqu'un qui demande le SC après l'ER ou le 1<sup>er</sup> CR.

- 4) Dès le 5<sup>ème</sup> CR, le nombre total (SC et SM) de jours à faire devient plus grand que quelqu'un qui demande le service civil dès le 1<sup>er</sup> jour.

d. En résumé, il ne sera intéressant, en terme de jours à faire (ou rentable) de demander le service qu'entre le recrutement et la fin du 1<sup>er</sup> cours de répétition. A l'inverse, toute demande faite ultérieurement augmentera, de plus en plus gravement, la charge totale du nombre de jours à faire, laquelle dépassera, si le SC est demandé durant ou après le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, le nombre de jours à faire pour quelqu'un qui demande le service civil avant l'ER.

18. Tactiquement, pour le soutien aux objecteurs, l'intérêt à demander le service civil entre le recrutement et la fin de l'école de recrue reste similaire. Par contre, plus le militaire avance dans sa carrière militaire, plus la charge de jours augmente, plus il devient difficile de demander le service civil (et plus sera grande le besoin de demander la voie bleue).

19. Cela n'aura pas pour effet de diminuer fortement le nombre de demandes de service civil, puisque les demandes seront soit pour une part reportées plus tôt dans la carrière militaire, soit transformées en demande médicales et que rares seront les personnes qui en fin de carrière militaire décideront de finir leur service plutôt que de sortir de l'armée, d'une façon ou d'une autre.



### La durée du service civil en droit

20. En droit Suisse, le facteur légal de 1.5 est le même depuis l'origine. Avec toutefois la réserve présentée ci-dessus au point 6 concernant la durée effective (et non légale) située aux environ de 1.8.

21. Le droit international, le Comité des droits de l'homme et la Cour européenne des droits de l'homme, tiennent de jurisprudence constante le fait que le service civil doit être de nature civile et non-punitif.

22. Une durée supérieure au double du service militaire à remplacer est considérée comme excessive<sup>9</sup>. Ainsi, l'attribution à toute personne ayant moins de 75 jours de service militaire à faire de 150 jours de service civil serait contraire au droit international.

23. Mais c'est dans son ensemble, ou à tout le moins dès le 2<sup>ème</sup> cours de répétition, que la mesure est discriminatoire. D'abord parce que plus, ils servent dans l'armée, plus elle pénalise les militaires qui demandent le service civil. Ensuite, parce qu'elle traite différemment des personnes dans des situations similaires, à savoir des personnes présentant une demande de service civil, demande qui est de même nature quel que soit le moment où elle est faite et pour laquelle le nombre de jours de service militaire accomplis n'a aucune incidence, sauf peut-être à renforcer le besoin de présenter une objection de conscience, ce qui reste sans influence aucune sur le droit fondamental à demander le service civil.

24. La loi sur le service civil pose comme principe que la charge du service civil devrait équivalente à celle de l'armée<sup>10</sup>. Toutefois la mesure proposée, en tous les cas dès le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, puisque la charge en jours à faire est alourdie au-delà de ce que le militaire aurait à faire en demandant le service civil avant l'école de recrue. Ainsi, non-seulement, la personne concernée effectue la plus large part de son service militaire (les 3/4), mais elle y voit ajouté une part importante de service civil (150/367) soit presque la moitié du service civil en plus, pour un total qui dépasse ce qu'elle aurait eu à faire tant à l'armée qu'avec un service civil entier. A ce titre, la mesure est non seulement dissuasive, mais discriminatoire dans la mesure où elle pénalise ceux qui ont déjà fait beaucoup d'armée (ne devraient-ils pas au contraire être pour cela remerciés ?).

25. Par ailleurs, le droit à l'objection de conscience étant un droit fondamental, toute forme de dissuasion, en entravant son libre exercice, est déjà une violation du droit.

26. Et il est finalement, à mon sens, difficile la nature punitive de la mesure, puisque ce sont ceux-là même, qui ont le plus servi dans l'armée, qui se voient le plus pénalisés.

### Résumé :

- Violation du droit international sur la durée du service civil.
- Discrimination entre les civilistes « d'origine » et ceux qui demandent le service civil au cours de leur carrière militaire (l'objection reste la même, pour les mêmes motifs et contre le même service militaire, seule change la situation militaire).
- Mesure probablement punitive.
- Mesure simple en apparence, mais particulièrement compliquée à comprendre et à calculer, entre autres pour les personnes concernées.

---

<sup>9</sup> ONU, Comité des droits de l'homme: Foin v France (Communication No. 666/1995), CCPR/C/D/666/1995, 9 November 1999, para. 10.3, entre autres jurisprudence. Voir aussi: Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 8.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUINO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>  
Il existe aussi une traduction allemande de document, p. 21 : [http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV\\_2014-3\\_KDVundAsyl.pdf](http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV_2014-3_KDVundAsyl.pdf)

Voir aussi le rapport quadriennal du Haut Commissaire aux Droits de l'Homme sur l'objection de conscience, 1.5.2017, § 22.

<http://www.undocs.org/fr/A/HRC/35/4>

<sup>10</sup> LSC 5



### **Mesure 2 :**

Délai d'attente de 12 mois entre le dépôt de la demande et l'admission, avec obligation de faire les périodes de service militaires prévues.

27. La mesure est contraire à la constitution. Celle-ci prévoit, textuellement : « un service de remplacement »<sup>11</sup>. Or un *remplacement du service* n'est en aucun cas un service de remplacement *différé* avec maintien du service à remplacer, en attente du service de remplacement.

Des délais pour la mise en œuvre, par la personne concernée comme par l'administration, du service de remplacement sont acceptable, voir le maintien des obligations en attente de la décision d'admission<sup>12</sup>, mais en aucun le droit à l'objection de conscience ne saurait-il être suspendu.

28. De plus, la proposition est largement impraticable et passablement conflictogène. Les civilistes concernés ne se gêneront pas pour demander des reports, se faire porter malade ou pour ne pas se présenter et leur motifs de conscience finissant toujours par être reconnus, ils ne seront, s'ils sont que partiellement et inégalement sanctionnés pour ces déflections. Sans parler de la charge administrative supplémentaire pour les administrations cantonales.

### Résumé

- Mesure contraire à la constitution.
- Discrimination entre les civilistes qui font une demande avant l'école de recrue, lesquels ne sont pas condamnés à des périodes militaires et ceux qui la font après l'ER, qui doivent en faire ou, vaille que vaille, les faire annuler.
- Mesure de nature à créer de nombreuses difficultés administratives tant pour les conscrits et les civilistes que pour l'administration.

### **Mesure 3 :**

29. Suppression du facteur 1.1 et passage au facteur 1.5 pour les officiers et les sous-officiers supérieurs.

30. Les personnes concernées sont relativement peu nombreuses. Elles ont néanmoins les mêmes droits. Mais surtout toutes ces personnes, qui ont été obligées de revêtir ces fonctions d'encadrement, ont déjà servi, au moment de la demande d'admission au service civil plus de jours d'armée que ne servent les civilistes qui n'en a fait aucun. Le moins gradé de ceux-ci servira un total 440 jours de services au lieu de 245<sup>13</sup>. Pour obtenir son grade, il en aura déjà fait presque autant qu'un soldat normal. Et le solde de jour à faire, qu'il soit multiplié par 1.1. ou 1.5 dépassera de toutes façons le nombre maximal de jours effectués par un civiliste ne faisant pas d'armée du tout.

31. Sachant que l'obligation de grader est imposée, même avec un facteur 1.1, la personne qui demande le service civil alors qu'elle a déjà revêtu son grade est discriminée par rapport à un civiliste qui demande le service avant de recevoir le moindre grade. Augmenté cette durée plus encore, alors que la personne gradée sert déjà plus que toute autre personne sans garde, apparaît là aussi comme punitive.

### Résumé

- En conjonction avec la discrimination décrite ci-après, violation du droit international sur la durée du service de remplacement.
- Discrimination entre les officiers et sous-officiers supérieurs d'une part et les soldats d'autre part en raison d'abord de l'obligation de grader d'abord, pour laquelle les premiers ne peuvent rien, puis du fait qu'en raison de cette obligation, ils ont déjà effectué, contre leur gré, une durée de service aussi importante que les soldats, durée sur laquelle vient ensuite s'ajouter une très longue durée de service civil supplémentaire. Dit autrement, le soldat qui demande le service civil évite non-seulement de grader, mais tous les jours de service civil supplémentaires en cas de conflit de conscience alors que l'officier, qui est en droit de développer un conflit de conscience à tout moment, en est d'autant plus pénalisé.

<sup>11</sup> [Art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement.](#)

<sup>12</sup> [LSC 17 et 17a.](#)

<sup>13</sup> [OMI 47](#)



- Mesure qui ne touche qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 4 :**

32. Interdiction faite aux médecins de faire du service civil en tant que médecins.

33. Là encore, la mesure ne concerne que très peu de personnes. Les médecins ont en moyenne au moins 26-27 ans à la fin de leur formation et ce moment-là, la plupart des périodes longues sont faites. Mais quand bien même, faut-il priver les hôpitaux de ces médecins-là ?

34. Par ailleurs, la mesure est à nouveau discriminatoire ; pourquoi les médecins et pas les géologues, les travailleurs sociaux ou les enseignants ? Là ce ne serait plus seulement certains civilistes, mais tout le service d'intérêt public qui tendrait à être victime d'une vision trop étroite des possibilités de service civil.

35. Enfin, il existe certes une disposition qui interdit certaines affectations en fonction de la personne du civiliste, en particulier si elle favorise sa formation<sup>14</sup>. Et c'est probablement, dans ce contexte que la proposition s'inspirerait. Mais à nouveau, certains militaires exercent des fonctions militaires en lien avec leur profession – et pas seulement des médecins ! – en quoi des civilistes n'auraient-ils pas le droit d'en faire autant ?

#### Résumé

- Mesure hautement discriminatoire (par professions).
- Mesure ne touchant (en l'état, que les médecins) qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 5 :**

36. Pas d'admission au service civil pour les personnes pour lesquelles il ne reste plus de jours de service, mais pour lesquelles il reste des tirs obligatoires.

37. La question est controversée depuis longtemps. Seul sont concernés les militaires en service long, qui restent incorporés ensuite pendant 4 ans<sup>15</sup>. Il conviendrait de savoir combien il y a eu de cas.

38. Pour rappel, les militaires ont la possibilité de déposer l'arme, sans motifs, s'ils ne souhaitent pas la conserver, mais cela ne les dispense pas des tirs<sup>16</sup>.

39. D'abord, il convient de rappeler que l'exécution de tirs obligatoires, dans le cadre d'un service militaire, même terminé, peuvent donner lieu à conflit de conscience, qui plus est si celui-ci peut avoir à se manifester durant une période de 4 ans.

40. En ce sens, la mesure ignore et passe complètement à côté, nie un problème qu'il y aurait pourtant lieu de résoudre.

41. A mon sens, une procédure plus simple qu'une admission au service civil devrait permettre, par exemple mais en tous les cas pour motifs de conscience légitimes, de remettre l'arme définitivement et d'être ainsi dispensé des tirs obligatoires.

#### Résumé

- Violation du droit à l'objection de conscience
- Mesure administrative inadéquate
- Mesure ne touchant qu'un nombre limité de personne

#### **Mesure 6 :**

42. Les civilistes sont tenus de faire une période de service civil par année dès l'admission.

---

<sup>14</sup> [LSC 4a](#)

<sup>15</sup> [LAAM 54a](#)

<sup>16</sup> Ordonnance concernant l'équipement personnel des militaires (OEPM), [art. 6a](#).



43. La mesure existe déjà, [art. 39a](#) de l'ordonnance sur le service civil : « La personne astreinte au service civil *effectue chaque année* des affectations de service civil d'une durée de 26 jours au moins à partir de la deuxième année civile au plus tard ».

44. Les reports étant relativement fréquents, on peut se demander si c'est ceux-ci qu'il s'agit de limiter, mais le texte de la mesure est pour le surplus inutile.

#### Résumé

- Proposition de mesure incompétente, mesure déjà prévue par la loi.

#### Mesure 7 :

45. Obligation pour les personnes en service long, d'effectuer la période longue de service civile dans l'année qui suit (et non pas dans les trois ans qui suivent) l'admission au service civil.

46. Imposer un service civil long est une vieille mesure de 2011, que le Tribunal administratif fédéral avait annulée en raison de [l'article 20 de la LSC](#) qui stipule que le SC peut être fait en une ou plusieurs périodes<sup>17</sup>.

47. Depuis toujours, nous recommandons aux militaires en service long de passer d'abord au service normal, avant de demander le service civil, entre autres afin d'éviter le surplus de jours, actuellement 55 jours de service militaire ou 82 jours de service civil en plus<sup>18</sup>. Notre recommandation ne changera pas.

48. De plus, la mesure ne prévoit cette obligation que si l'école de recrue n'est pas terminée, or l'école de recrue est considérée comme terminée si 80% de ses jours ont été accomplis<sup>19</sup>; soit pour une école usuelle de 124 jours, dès le 100<sup>ème</sup> jour d'école de recrue. Mais dans la pratique, la demande de service civil peut être faite quelques jours plutôt, puisque celle-ci prend quelques jours, voir semaines à condition pour cela que l'admission à la fin du processus de demande intervienne après le 100<sup>ème</sup> jour de service.

49. Que ce soit en passant au service normal et en attendant les 80% de son service militaire (dans des conditions « suffisantes ») – si encore au service long avec les jours en sus – il est très facile d'éviter cette mesure et peu nombreux sont ceux qui se retrouveront à devoir faire une période longue ou leur période longue de service civile dans l'année qui suit. Au demeurant si un plan de carrière avait prévu une mise en suspend de celui-ci pour le service militaire long, avec une libération en fin d'école de recrue et une affectation longue trouvée rapidement, celle-ci peut être faite dans le temps préalablement dévolu au service militaire long.

50. La mesure est aussi discriminatoire puisqu'elle traite plus durement les militaires en service long que les militaires en service normal d'une part, et alors plus durement que les civilistes n'ayant pas débuté l'école de recrue d'autre part.

#### Résumé

- Mesure facile à contourner, voire à accommoder.
- Mesure ne concernant alors plus qu'un nombre limité de personne.
- Mesure discriminatoire.

#### Considérations finales

51. Les mesures 1 et 3 violent le droit international sur la durée du service civil.

52. La mesure 2 viole la constitution sur la notion de service de remplacement et la mesure 5 viole la constitution sur le droit à un service de remplacement.

53. Les mesures 1, 3, 4 et 7 sont clairement discriminatoires et violent à un titre ou un autre l'égalité de traitement.

54. Les mesures 3, 4, 5 et 7 ne touchent que – mais gravement – un nombre limité de personnes. À ce titre, le but premier de ces mesures n'est probablement pas ou que partiellement de toucher ces personnes-là, voire de les maintenir dans l'armée mais de donner l'impression qu'il est difficile ou déconseillé, qu'il est

<sup>17</sup> <http://www.infodroit.ch/spip.php?article91>

<sup>18</sup> [OMI 111](#)

<sup>19</sup> [OMI 57](#) ou [37 ordonnance sur le service civil \(OSI\)](#) (même teneur).



même dissuadé de sortir de l'armée. Un tel but viole le droit au service civil et un service civil non-discriminatoire et non-punitif.

55. Il convient d'ajouter à ce propos que les instances et jurisprudences internationales ont reconnus sans hésiter le droit à l'objection de conscience pour les appelés, comme pour les volontaires et les professionnels. Autrement dit et pour ce qui nous occupe ici, le droit à l'objection de conscience et au service de remplacement est et reste le même, ne saurait donc subir d'aggravation dans l'exercice du droit, soit l'accès au service civil, comme dans sa réalisation, soit l'accomplissement du service civil, que la personne concernée aie commencé ou non à servir dans l'armée<sup>20</sup>.

56. Les mesures 2, 3 et 4 supposent des difficultés de mise en œuvre particulièrement importantes. La mesure 5 pourrait faire l'objet d'une simplification administrative.

57. La mesure 6 est inutile, une aberration puisqu'elle préconise quelque chose qui existe déjà.

58. L'analyse de l'ensemble de ces mesures donne l'impression forte que l'armée est très embarrassée, mal à l'aise en raison des demandes service civil issues des ses rangs.

59. Ainsi quand bien même l'ensemble de ces mesures, si elles venaient à être mise en œuvre, aurait pourrait effet d'inciter les conscrits à demander le service civil bien plus tôt, ce qui n'est pas utile à l'armée non plus, il conviendrait de combattre ces mesures pour les effets et les complications graves qu'elles imposent, en toutes sortes de circonstances, aux militaires.

60. Il convient aussi de constater que les mesures proposées font preuve d'une méconnaissance, tant du droit international que du droit constitutionnel suisse qui confine à l'impréparation, voire au mépris, tant des civilistes que des militaires.

61. Enfin, dans le cadre des réactions à ces propositions de mesures, il conviendra de rappeler certaines ou l'ensemble de nos revendications de base, à savoir une présence civile lors du recrutement afin de faciliter son impartialité, un durée raisonnable et une compensation financière garantissant au moins l'accès au minimum vital<sup>21</sup>.

Christophe Barbey,  
Juriste, permanent depuis 2006

---

<sup>20</sup> Voir les résolutions du Conseil des Droits de l'Homme, par exemple la résolution du 8 octobre 2013, art. 12 [A/RES/HRC/24/17](#) ou Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 4.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

<sup>21</sup> Avec une APG de 62.- par jour durant l'ER ou son équivalent au service civil, ou en cas d'absence de salaire préalable au service ou de droit à son équivalent, avec 1'800.- par mois ~, le minimum vital n'est pas atteint. Le dernier rapport du haut commissaire aux droits de l'homme mentionne une trop faible rémunération comme étant de nature punitive. [A/HRC/35/4](#), § 21.

11. September 2018

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Thun, im August 2018

## **Stellungnahme Tagi Thun zur Änderung des Zivildienstgesetzes**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### **Einleitung und grundsätzliche Beurteilung**

Der Schweizerische Zivildienstverband CIVIVA vertritt die Interessen der Zivildienstleistenden und Einsatzbetriebe. Die Tagi Thun GmbH ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### **Kein Handlungsbedarf**

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum

Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

### **Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen**

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoss gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

### **Unklare Auswirkungen**

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. CIVIVA weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Die Tagi Thun GmbH lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

### **Eigene Vorschläge**

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet Tagi Thun, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Tagi Thun schlägt dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.

- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.
- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

### **Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist Tagi Thun auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für Tagi Thun ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

### **Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Dienstage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

### **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

Tagi Thun geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Diensttage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Dienstage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht von Tagi Thun besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

Tagi Thun ist der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Tagi Thun sieht absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildienstage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Dienstage erfüllen (2017: 96.7% aller Dienstage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Dienstage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Dienstage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.

**Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

**Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

Tagi Thun bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Im Namen der Tagi Thun GmbH

Michael Dumelin  
Leiter Tagi Thun

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Sils i.E./Segl, im August 2018

## **Stellungnahme des Landwirtschaftsbetriebs Clalüna zur Änderung des Zivildienstgesetzes**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Als Einsatzbetrieb für Zivildienstleistende, wurde ich von der CIVIVA ermuntert zur Revision des Zivildienstgesetzes Stellung zu nehmen. Gern nehme ich mit nachfolgendem Schreiben aus dem Blickwinkel eines Einsatzbetriebes und Bergbauers im Engadin Stellung zum ZDG.

### **Einleitung und grundsätzliche Beurteilung**

Ich bin überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Dies erlebe ich selbst an dem wertvollen Dienst der Zivildienstleistenden in meinem Betrieb, deren Ephor und den Rückmeldungen der lokalen Bevölkerung. Insbesondere stelle ich zunehmend und wiederkehrend fest, dass der Zivildienst in den Augen der Dienstleistenden sinnvoll ist und diese deshalb engagiert ihre Aufgaben wahrnehmen.

Wie die CIVIVA bin ich der Meinung, dass eine Änderung des Zivildienstgesetzes sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen soll, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst sollte den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### **Einsatzbetrieb**

Als Einsatzbetrieb betrifft die Reduktion der dienstleistenden Zivis mich direkt. Ich kann auf wertvolle und unterstützende Ressourcen in den arbeitsintensiven Monaten nicht mehr zurückgreifen. Insbesondere werden jedoch auch Arbeiten „auf die lange Bank“ geschoben oder gar ganz ausbleiben, welche das Landschaftsbild beeinträchtigen und somit Nachteile für die lokale Bevölkerung und den Tourismus hervorruft. Nicht zu vergessen ist dabei die Umwelt, welche von den gemeinnützigen Arbeiten der Zivis profitiert, unter Anderem auch wenn sie in einem Landschaftsbetrieb ausgeführt werden. Aus den genannten Gründen äussere ich mich negativ zu den Änderungsvorschlägen. Vielmehr teile ich in den meisten Punkten die Meinung der Stellungnahme der CIVIVA und spreche mich für deren Änderungsvorschläge ebenfalls aus.

Freundliche Grüsse

Gusti Clalüna  
Bergbauer & Einsatzbetrieb für Zivildienstleistende





Permanence romande pour civilistes et militaires  
Permanence@infodroit.ch ou  
Le mardi de 12 à 14 heures au 026 925 80 66.  
Pour les urgences, 079 524 35 74, veuillez laisser un message.

Flendruz, 16 juin 2018

### Avis de droit

*A qui de droit*

#### **7 mesures du Conseil fédéral destinées à la consultation. Modifications de la loi sur le service civil. 2018**

##### En préalable

1. Le droit à l'objection de conscience est un droit fondamental internationalement reconnu.
2. Il est reconnu par les jurisprudences du Comité des droits de l'homme et de la Cour Européenne des droits de l'homme, il est présent dans la constitution suisse<sup>1</sup>.
3. Ce droit s'appuie essentiellement tant sur le refus impératif de tuer que sur le refus de résoudre les conflits par la violence.
4. Le conflit entre l'obligation constitutionnelle de servir dans l'armée d'une part et la conscience d'autre part (appelé confit de conscience) peut se manifester sous diverses formes et à divers moments, de façons plus ou moins virulentes ou soudaines, y compris parfois par des somatisations ou des actes de rébellions. La problématique a été largement résolue par deux mesures:
5. 1) Il a été renoncé au « contrôle de conscience » en adoptant le système dit de la preuve par l'acte, soit l'acceptation, par la personne qui demande le service civil d'une durée plus longue pour ce service que celle requise pour le service militaire.

Cette mesure a pour avantage (en plus d'une forte diminution de la charge administrative) d'éviter d'une part l'aggravation et la stigmatisation du conflit de conscience par son besoin de le confronter à la procédure et de libérer d'autre part la personne concernée d'une appréhension et d'une expression intellectuelle et verbalisée de ce conflit, inévitablement discriminatoire selon le niveau d'éducation, et sujette d'autre part à des biais divers, puisque le résultat de l'examen dépendait largement du degré de préparation à celui-ci plutôt que de la nature même, des sources et des raisons du conflit de conscience.

6. Il convient toutefois de noter que ce système de quotité a dès le début présenté un défaut important, au demeurant partiellement caché des civilistes eux-mêmes, dans la mesure où la durée de service civil requise par la loi (1 fois et demie – 1,5 – celle du service militaire encore à faire au moment de la demande) est dans la pratique comparativement différente de la durée du service militaire réellement effectuée par les militaires libérés lorsqu'ils atteignent la limite d'âge. En effet, ceux-ci se voient alors remettre le solde des jours de service non-effectués, alors que les civilistes se voient pénalement condamnés s'ils n'effectuent pas l'entier de leurs jours avant la même limite d'âge (limite par ailleurs par elle-même plus exigeante, puisqu'ils ont plus de jours à effectuer dans le même laps de temps). L'armée a de plus tardé à donner les chiffres permettant de mesurer cette différence des durées respectives des

---

<sup>1</sup> Constitution fédérale (Cst.) [Article 10 sur la droit à la vie](#), [art. 15 sur la liberté de conscience](#), [art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement](#).



services. Pourtant des estimations raisonnables permettaient d'évaluer le nombre de jours de service civil effectués pour les civilistes demandant le service civil pour l'entier de leur périodes de service militaires comme étant environ du double du nombre de jour effectué en moyenne par les soldats terminant leur obligation à la limite d'âge<sup>2</sup>. Actuellement, ce taux semble s'être amélioré un peu, mais la durée comparée du service civil resterait de 1.8 plus élevée que la durée des services militaires, et non pas les 1.5 que stipule la loi. Il conviendra de vérifier les effets de la nouvelle loi sur l'armée sur cette problématique, la limite d'âge n'étant plus un âge fixe (p. ex. 34 ans), mais devenant un nombre de dix années pour faire les services requis après l'école de recrue<sup>3</sup>.

7. De plus la discrimination pénale demeure, puisque contrairement au service civil, aucune mesure permettant d'assurer le rythme et le progrès de la réalisation des périodes de service militaire, mesure accompagnées dans la loi sur le service civil de mesures pénales en cas de retards, n'ont été introduites dans la nouvelle législation sur la l'armée. Ainsi, le civiliste doit accomplir certaines périodes (la première suivant l'admission et la période longue) selon des délais fixes et il ne doit pas lui rester plus d'une certaine proportion de jours à faire avant d'atteindre la limite d'âge. Passé ces délais ou si la proportion de jours restant à faire est trop forte, le civiliste est convoqué d'office pour le surplus ou la période concernée, puis il encoure une peine s'il n'effectue pas la période requise. Il n'existe, pas de système similaire ou aussi contraignant dans l'armée. Pour avoir une vision complète de cette discrimination, pénalement grave, il conviendrait encore de comparer le nombre des dispenses pour justes motifs, lesquelles au demeurant ne font que repousser le problème, dispenses accordées tant pour les civilistes que pour les militaires. Nonobstant, vu la nature différente des système de suivi et de répression des deux sortes d'obligations, puisqu'il y a des condamnations pour retard dus au système de suivi contre les civilistes et qu'il n'y en a pas pour les militaires, la discrimination pénale demeure, tout comme demeurera a priori la discrimination sur les durées.

8. 2) Il importe de souligner que le service civil peut et doit pouvoir être demandé en tout temps, c'est d'ailleurs dans la loi<sup>4</sup>.

9. Cela concerne bien sûr la possibilité de demander le service civil depuis une période de service militaire, mais porte surtout sur la nature du conflit de conscience et relève en partie aussi du droit humanitaire.

10. Ainsi, le conflit de conscience peut se développer par une réflexion autonome, mais il peut aussi surgir, progressivement ou soudainement, face à une circonstance rencontrée dans le cadre du service militaire, par exemple lors de la première prise d'arme (il y a hélas des condamnations pour refus d'ordre de personnes qui font à ce moment-là un blocage psychologique) ou en étant mis en confrontation à une arme particulièrement destructive.

11. Il convient aussi, et c'est d'une grande importance, de citer le cas de l'objection de conscience à un ordre criminel, y compris ou surtout si celui-ci viole le droit humanitaire ; objection qui doit en effet pouvoir être exprimée en tout temps et en particulier de façon immédiate au moment de la réception de l'ordre contesté, cette objection devant alors, selon les circonstances, rejeter non-seulement l'ordre contesté lui-même mais aussi l'ensemble du système qui produit ou maintient cet ordre injuste, à tout le moins si l'ordre est maintenu, car alors seul le refus personnel et complet du système permettant, à défaut de pouvoir l'empêcher, la réalisation de ce ordre illégal et des ses conséquences, de préserver la conscience, et donc l'innocence de la personne confrontée à une telle situation. L'objection de conscience à une circonstance particulière devenant alors une objection au sens usuel du terme, une objection d'ensemble au service militaire<sup>5</sup>.

---

<sup>2</sup> Détail du calcul : <http://www.infodroit.ch/spip.php?article44>

<sup>3</sup> Ordonnance sur les obligations militaires (OMI), 1.1.2018, [art. 19](#).

<sup>4</sup> Loi sur le service civil, [art. 16](#).

<sup>5</sup> Voir par exemple, [Jacques Verhaegen](#) : «Le refus d'obéissance aux ordres manifestement criminels », revue du CICR, vol. 84, n° 845, mars 2002.



### Analyse des mesures proposées

**Mesure 1:** 150 jours de service civil pour toutes personnes n'ayant pas terminés ses « services d'instruction » et ayant moins de 100 jours de service militaire restant.

#### Appréciation générale

12. Par « services d'instruction », il est entendu toutes les périodes de services militaires, à savoir écoles de recrues, écoles de cadres et cours de répétition<sup>6</sup>.

13. La proposition équivaudrait à « condamner », imposer à tout militaire ayant entre 1 et 100 jours de service militaire encore à faire à effectuer 150 jours de service civil.

14. La mesure incite à terminer ses obligations militaires au lieu de demander le service civil.

15. Partant du constat, hautement probable<sup>7</sup>, selon lequel les pertes en effectifs augmentent en fonction de l'âge par lassitude, perte d'intérêt ou en raison de l'augmentation des obligations professionnelles et familiales. Il conviendrait toutefois de disposer des chiffres du nombre des personnes qui quittent l'arme dans ces tranches d'âge soit pour le service civil, soit pour raisons médicales. En effet, si le problème est une question d'emploi du temps, la demande de service civil est d'autant plus contre-productive.

16. A cet aulne, la mesure aura pour effet principal d'augmenter le nombre de demandes médicales et assez peu de diminuer le nombre de service civil. Quand à sa capacité à renforcer la motivation pour l'armée, elle est ici hors contexte – ce n'est pas notre problème ou celui du service civil – et elle n'est que très indirecte, la diminution de l'attrait du service civil n'augmentant pas pour autant l'attrait pour l'armée.

#### Calculs concernant la mesure proposée

17. Dans la pratique, divers types de calculs sont possibles pour déterminer les effets et les proportions de la proposition. Mes connaissances mathématiques sont limitées, donc d'autres calculs sont peut-être possibles ou éventuellement meilleurs, mais ceux-ci révèlent plusieurs des effets pervers de la proposition:

a. Le facteur multipliant le nombre de jours à faire est, avec la proposition exponentiel : La personne qui aurait 1 seul jour d'armée encore à faire se retrouverait à en faire 150 jours, soit 150 fois plus que le nombre de jour d'armée requis.

Dans le détail, un militaire à qui il resterait :

1 cours de répétition (CR), soit 19 jours (150/19), verrait le multiplicateur passer de 1.5 à 7.89

2 cours de répétition, le facteur (150/38) est encore du quadruple (3.94)

3 cours de répétition, le facteur descend à 2.63

4 cours de répétition, le facteur est de 2 (1.97)

5 cours de répétition le facteur est encore de 1.57, soit plus haut que la loi actuelle ou que le facteur attribué aux civilistes ayant encore plus de jours.

Ce n'est donc qu'avec 6 cours de répétition encore à faire, soit avec le nombre total des cours de répétition à faire par les soldats, et donc durant le premier cours de répétition que l'ajout systématique de 150 jours, rejoint le facteur général de 1.5.

*Dit autrement, à quelques jours prêts, quiconque demanderait le service civil après l'école de recrue devrait faire 150 jours de service civil au moins, quelque soit le nombre de jour d'armée restant à faire. Pourquoi ne pas le dire ?*

b. Le calcul peut aussi être fait en tenant compte des jours de service militaires et civils faits au total. Exemple pour un soldat :

Ecole de recrue de 124 jours, solde 121 jours de service en CR. Total 245<sup>(8)</sup>. Service civil complet, 245 X 1.5 = 367 jours de service civil.

Jours de service mil faits : 244 (au lieu de 245)+150=394 (proposition). Système actuel : 244 + 2 (1 x 1.5) = 246 (actuel). Différence : 148 jours à faire en plus qu'avec le système actuel et ... 27 de plus qu'en ayant demandé le service civil dès le recrutement.

<sup>6</sup> Loi sur l'armée et l'administration militaire (LAAM), [art. 41](#).

<sup>7</sup> La permanence que nous représentons confirme, à sa modeste mesure, cette tendance. Les hommes de plus de 25 ans sont relativement nombreux à vouloir mettre un terme à leurs obligations militaires et leur nombre augmente avec l'âge

<sup>8</sup> OMI, [art. 47](#).



Jours de service faits :  $238 (6 \text{ CR faits}) + 150 = 388$  jours à faire ou (système actuel)  $238 + 9 (6 \times 1.5) = 247$ . Différence : 141 jours de service civil en plus qu'avec le système actuel, mais aussi 21 jours de service (mil et civ) en plus de ce que ce même soldat aurait eu à faire s'il avait demandé le service civil dès la fin du recrutement.

En cela, le service est *punitif parce qu'il impose des jours en plus ... pour avoir accepté de faire presque tout son service militaire !!!*

Jours de service faits :  $219 (5 \text{ CR}) + 150 = 369$  ou (actuel :)  $219 + 39 (26 \times 1.5) = 258$ . Différence : 111 jours de plus que le système actuel, mais encore 2 jours de plus qu'avec un service civil demandé dès l'origine.

Jours de service faits  $200 (4 \text{ CR}) + 150 = 350$  ou actuel  $200 + 68 (45 \times 1.5) = 268$ . Différence : 82 en plus que le système actuel.

A partir d'ici le nombre total de jours faits devient inférieur à un service civil demandé d'emblée et donc les jours de service militaire faits diminuent le nombre total de jours à faire.

Jours de service faits  $181 (3 \text{ CR}) + 150 = 331$  ou  $181 + 96 (64 \times 1.5) = 277$ . Différence, 54 jours de service civil en plus, mais 90 de moins qu'avec un service civil complet.

Jours de service faits  $162 (2 \text{ CR}) + 150 = 312$  ou

Jours de service faits  $143 (1 \text{ CR}) + 150 = 293$  ou  $143 + 156 (101 \times 1.5) = 299$  Différence  $\pm 0$ .

#### Effets pour la pratique

c. Les effets du nouveau système sur les intérêts des candidats civilistes, en termes de jours à faire seraient les suivants :

1) Le facteur de 1.5 s'applique durant l'école de recrue, voir durant le 1<sup>er</sup> CR. Inchangé.

2) Tout jour d'armée fait durant cette période diminue effectivement le nombre total (armée et sc) de jours à faire, par rapport à un service civil complet. Inchangé.

3) Dès le 2<sup>ème</sup> CR et jusqu'au 4<sup>ème</sup> CR, le nouveau système augmente progressivement, par rapport à l'ancien, effet étrange, le nombre de jours total à faire, même si l'on fait ces CR, soit d'avoir à faire encore plus de service en tout parce que l'on fait de l'armée (absurde !), puis d'avoir à faire du service civil en plus, même si le nombre de jours total de service civil et militaire reste inférieur à ce que devrait faire un civiliste de la première heure mis au facteur 1.5).

Exemple : Faire un 2<sup>ème</sup> CR de 19 jours et demander le sc, ajoute en plus de ces 19 jours 17 jours de service en tout (civil et militaire) par rapport au système actuel, dans lequel le civiliste en faisant ce CR épargnerait 9 jours de service civil ( $19 - x 1.5$ ). (Nouveau :  $162 \text{ SM} + 150 \text{ SC} = 312$  Ancien  $162 + 125$  (solde de  $83 \times 1.5$ ) = 287, nouveau = J plus 25. S'il ne fait pas ce CR (ancien  $\text{SM } 143 + \text{SC } 152 (101 \times 1.5) = 295$  soit quelques jours en plus de SC pour ne pas avoir fait ce cours (295 au lieu 287), mais toujours au total 17 jours de moins qu'en faisant ce CR dans le système proposé, lequel augmente donc le nombre de jours à faire sans donner de diminution pour ceux faits.

Idem pour les 3<sup>ème</sup> et 4<sup>ème</sup> CR. Je renonce aux calculs ici, mais le nombre de jours d'armée faits sans diminuer le nombre de jours de service totaux augmentera d'autant, par rapport à quelqu'un qui demande le SC après l'ER ou le 1<sup>er</sup> CR.

4) Dès le 5<sup>ème</sup> CR, le nombre total (SC et SM) de jours à faire devient plus grand que quelqu'un qui demande le service civil dès le 1<sup>er</sup> jour.

d. En résumé, il ne sera intéressant, en terme de jours à faire (ou rentable) de demander le service qu'entre le recrutement et la fin du 1<sup>er</sup> cours de répétition. A l'inverse, toute demande faite ultérieurement augmentera, de plus en plus gravement, la charge totale du nombre de jours à faire, laquelle dépassera, si le SC est demandé durant ou après le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, le nombre de jours à faire pour quelqu'un qui demande le service civil avant l'ER.

18. Tactiquement, pour le soutien aux objecteurs, l'intérêt à demander le service civil entre le recrutement et la fin de l'école de recrue reste similaire. Par contre, plus le militaire avance dans sa carrière militaire, plus la charge de jours augmente, plus il devient difficile de demander le service civil (et plus sera grande le besoin de demander la voie bleue).

19. Cela n'aura pas pour effet de diminuer fortement le nombre de demandes de service civil, puisque les demandes seront soit pour une part reportées plus tôt dans la carrière militaire, soit transformées en demande médicales et que rares seront les personnes qui en fin de carrière militaire décideront de finir leur service plutôt que de sortir de l'armée, d'une façon ou d'une autre.



### La durée du service civil en droit

20. En droit Suisse, le facteur légal de 1.5 est le même depuis l'origine. Avec toutefois la réserve présentée ci-dessus au point 6 concernant la durée effective (et non légale) située aux environs de 1.8.

21. Le droit international, le Comité des droits de l'homme et la Cour européenne des droits de l'homme, tiennent de jurisprudence constante le fait que le service civil doit être de nature civile et non-punitif.

22. Une durée supérieure au double du service militaire à remplacer est considérée comme excessive<sup>9</sup>. Ainsi, l'attribution à toute personne ayant moins de 75 jours de service militaire à faire de 150 jours de service civil serait contraire au droit international.

23. Mais c'est dans son ensemble, ou à tout le moins dès le 2<sup>ème</sup> cours de répétition, que la mesure est discriminatoire. D'abord parce que plus, ils servent dans l'armée, plus elle pénalise les militaires qui demandent le service civil. Ensuite, parce qu'elle traite différemment des personnes dans des situations similaires, à savoir des personnes présentant une demande de service civil, demande qui est de même nature quel que soit le moment où elle est faite et pour laquelle le nombre de jours de service militaire accomplis n'a aucune incidence, sauf peut-être à renforcer le besoin de présenter une objection de conscience, ce qui reste sans influence aucune sur le droit fondamental à demander le service civil.

24. La loi sur le service civil pose comme principe que la charge du service civil devrait équivalente à celle de l'armée<sup>10</sup>. Toutefois la mesure proposée, en tous les cas dès le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, puisque la charge en jours à faire est alourdie au-delà de ce que le militaire aurait à faire en demandant le service civil avant l'école de recrue. Ainsi, non-seulement, la personne concernée effectue la plus large part de son service militaire (les 3/4), mais elle y voit ajoutée une part importante de service civil (150/367) soit presque la moitié du service civil en plus, pour un total qui dépasse ce qu'elle aurait eu à faire tant à l'armée qu'avec un service civil entier. A ce titre, la mesure est non seulement dissuasive, mais discriminatoire dans la mesure où elle pénalise ceux qui ont déjà fait beaucoup d'armée (ne devraient-ils pas au contraire être pour cela remerciés ?).

25. Par ailleurs, le droit à l'objection de conscience étant un droit fondamental, toute forme de dissuasion, en entravant son libre exercice, est déjà une violation du droit.

26. Et il est finalement, à mon sens, difficile la nature punitive de la mesure, puisque ce sont ceux-là même, qui ont le plus servi dans l'armée, qui se voient le plus pénalisés.

### Résumé :

- Violation du droit international sur la durée du service civil.
- Discrimination entre les civilistes « d'origine » et ceux qui demandent le service civil au cours de leur carrière militaire (l'objection reste la même, pour les mêmes motifs et contre le même service militaire, seule change la situation militaire).
- Mesure probablement punitive.
- Mesure simple en apparence, mais particulièrement compliquée à comprendre et à calculer, entre autres pour les personnes concernées.

---

<sup>9</sup> ONU, Comité des droits de l'homme: Foin v France (Communication No. 666/1995), CCPR/C/D/666/1995, 9 November 1999, para. 10.3, entre autres jurisprudence. Voir aussi: Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 8.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

Il existe aussi une traduction allemande de document, p. 21 : [http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-](http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV_2014-3_KDVundAsyl.pdf)

[eV\\_2014-3\\_KDVundAsyl.pdf](http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV_2014-3_KDVundAsyl.pdf)

Voir aussi le rapport quadriennal du Haut Commissaire aux Droits de l'Homme sur l'objection de conscience, 1.5.2017, § 22.

<http://www.undocs.org/fr/A/HRC/35/4>

<sup>10</sup> LSC 5



### **Mesure 2 :**

Délai d'attente de 12 mois entre le dépôt de la demande et l'admission, avec obligation de faire les périodes de service militaires prévues.

27. La mesure est contraire à la constitution. Celle-ci prévoit, textuellement : « un service de remplacement »<sup>11</sup>. Or un *remplacement du service* n'est en aucun cas un service de remplacement *différé* avec maintien du service à remplacer, en attente du service de remplacement.

Des délais pour la mise en œuvre, par la personne concernée comme par l'administration, du service de remplacement sont acceptable, voir le maintien des obligations en attente de la décision d'admission<sup>12</sup>, mais en aucun le droit à l'objection de conscience ne saurait-il être suspendu.

28. De plus, la proposition est largement impraticable et passablement conflictogène. Les civilistes concernés ne se gêneront pas pour demander des reports, se faire porter malade ou pour ne pas se présenter et leur motifs de conscience finissant toujours par être reconnus, ils ne seront, s'ils sont que partiellement et inégalement sanctionnés pour ces déflections. Sans parler de la charge administrative supplémentaire pour les administrations cantonales.

### Résumé

- Mesure contraire à la constitution.
- Discrimination entre les civilistes qui font une demande avant l'école de recrue, lesquels ne sont pas condamnés à des périodes militaires et ceux qui la font après l'ER, qui doivent en faire ou, vaille que vaille, les faire annuler.
- Mesure de nature à créer de nombreuses difficultés administratives tant pour les conscrits et les civilistes que pour l'administration.

### **Mesure 3 :**

29. Suppression du facteur 1.1 et passage au facteur 1.5 pour les officiers et les sous-officiers supérieurs.

30. Les personnes concernées sont relativement peu nombreuses. Elles ont néanmoins les mêmes droits. Mais surtout toutes ces personnes, qui ont été obligées de revêtir ces fonctions d'encadrement, ont déjà servi, au moment de la demande d'admission au service civil plus de jours d'armée que ne servent les civilistes qui n'en a fait aucun. Le moins gradé de ceux-ci servira un total 440 jours de services au lieu de 245<sup>13</sup>. Pour obtenir son grade, il en aura déjà fait presque autant qu'un soldat normal. Et le solde de jour à faire, qu'il soit multiplié par 1.1. ou 1.5 dépassera de toutes façons le nombre maximal de jours effectués par un civiliste ne faisant pas d'armée du tout.

31. Sachant que l'obligation de grader est imposée, même avec un facteur 1.1, la personne qui demande le service civil alors qu'elle a déjà revêtu son grade est discriminée par rapport à un civiliste qui demande le service avant de recevoir le moindre grade. Augmenté cette durée plus encore, alors que la personne gradée sert déjà plus que toute autre personne sans garde, apparaît là aussi comme punitive.

### Résumé

- En conjonction avec la discrimination décrite ci-après, violation du droit international sur la durée du service de remplacement.
- Discrimination entre les officiers et sous-officiers supérieurs d'une part et les soldats d'autre part en raison d'abord de l'obligation de grader d'abord, pour laquelle les premiers ne peuvent rien, puis du fait qu'en raison de cette obligation, ils ont déjà effectué, contre leur gré, une durée de service aussi importante que les soldats, durée sur laquelle vient ensuite s'ajouter une très longue durée de service civil supplémentaire. Dit autrement, le soldat qui demande le service civil évite non-seulement de grader, mais tous les jours de service civil supplémentaires en cas de conflit de conscience alors que l'officier, qui est en droit de développer un conflit de conscience à tout moment, en est d'autant plus pénalisé.

<sup>11</sup> [Art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement.](#)

<sup>12</sup> [LSC 17 et 17a.](#)

<sup>13</sup> [OMI 47](#)



- Mesure qui ne touche qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 4 :**

32. Interdiction faite aux médecins de faire du service civil en tant que médecins.

33. Là encore, la mesure ne concerne que très peu de personnes. Les médecins ont en moyenne au moins 26-27 ans à la fin de leur formation et ce moment-là, la plupart des périodes longues sont faites. Mais quand bien même, faut-il priver les hôpitaux de ces médecins-là ?

34. Par ailleurs, la mesure est à nouveau discriminatoire ; pourquoi les médecins et pas les géologues, les travailleurs sociaux ou les enseignants ? Là ce ne serait plus seulement certains civilistes, mais tout le service d'intérêt public qui tendrait à être victime d'une vision trop étroite des possibilités de service civil.

35. Enfin, il existe certes une disposition qui interdit certaines affectations en fonction de la personne du civiliste, en particulier si elle favorise sa formation<sup>14</sup>. Et c'est probablement, dans ce contexte que la proposition s'inspirerait. Mais à nouveau, certains militaires exercent des fonctions militaires en lien avec leur profession – et pas seulement des médecins ! – en quoi des civilistes n'auraient-ils pas le droit d'en faire autant ?

#### Résumé

- Mesure hautement discriminatoire (par professions).
- Mesure ne touchant (en l'état, que les médecins) qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 5 :**

36. Pas d'admission au service civil pour les personnes pour lesquelles il ne reste plus de jours de service, mais pour lesquelles il reste des tirs obligatoires.

37. La question est controversée depuis longtemps. Seul sont concernés les militaires en service long, qui restent incorporés ensuite pendant 4 ans<sup>15</sup>. Il conviendrait de savoir combien il y a eu de cas.

38. Pour rappel, les militaires ont la possibilité de déposer l'arme, sans motifs, s'ils ne souhaitent pas la conserver, mais cela ne les dispense pas des tirs<sup>16</sup>.

39. D'abord, il convient de rappeler que l'exécution de tirs obligatoires, dans le cadre d'un service militaire, même terminé, peuvent donner lieu à conflit de conscience, qui plus est si celui-ci peut avoir à se manifester durant une période de 4 ans.

40. En ce sens, la mesure ignore et passe complètement à côté, nie un problème qu'il y aurait pourtant lieu de résoudre.

41. A mon sens, une procédure plus simple qu'une admission au service civil devrait permettre, par exemple mais en tous les cas pour motifs de conscience légitimes, de remettre l'arme définitivement et d'être ainsi dispensé des tirs obligatoires.

#### Résumé

- Violation du droit à l'objection de conscience
- Mesure administrative inadéquate
- Mesure ne touchant qu'un nombre limité de personne

#### **Mesure 6 :**

42. Les civilistes sont tenus de faire une période de service civil par année dès l'admission.

---

<sup>14</sup> [LSC 4a](#)

<sup>15</sup> [LAAM 54a](#)

<sup>16</sup> Ordonnance concernant l'équipement personnel des militaires (OEPM), [art. 6a](#).



43. La mesure existe déjà, [art. 39a](#) de l'ordonnance sur le service civil : « La personne astreinte au service civil *effectue chaque année* des affectations de service civil d'une durée de 26 jours au moins à partir de la deuxième année civile au plus tard ».

44. Les reports étant relativement fréquents, on peut se demander si c'est ceux-ci qu'il s'agit de limiter, mais le texte de la mesure est pour le surplus inutile.

#### Résumé

- Proposition de mesure incompétente, mesure déjà prévue par la loi.

#### Mesure 7 :

45. Obligation pour les personnes en service long, d'effectuer la période longue de service civile dans l'année qui suit (et non pas dans les trois ans qui suivent) l'admission au service civil.

46. Imposer un service civil long est une vieille mesure de 2011, que le Tribunal administratif fédéral avait annulée en raison de [l'article 20 de la LSC](#) qui stipule que le SC peut être fait en une ou plusieurs périodes<sup>17</sup>.

47. Depuis toujours, nous recommandons aux militaires en service long de passer d'abord au service normal, avant de demander le service civil, entre autres afin d'éviter le surplus de jours, actuellement 55 jours de service militaire ou 82 jours de service civil en plus<sup>18</sup>. Notre recommandation ne changera pas.

48. De plus, la mesure ne prévoit cette obligation que si l'école de recrue n'est pas terminée, or l'école de recrue est considérée comme terminée si 80% de ses jours ont été accomplis<sup>19</sup>; soit pour une école usuelle de 124 jours, dès le 100<sup>ème</sup> jour d'école de recrue. Mais dans la pratique, la demande de service civil peut être faite quelques jours plutôt, puisque celle-ci prend quelques jours, voir semaines à condition pour cela que l'admission à la fin du processus de demande intervienne après le 100<sup>ème</sup> jour de service.

49. Que ce soit en passant au service normal et en attendant les 80% de son service militaire (dans des conditions « suffisantes ») – si encore au service long avec les jours en sus – il est très facile d'éviter cette mesure et peu nombreux sont ceux qui se retrouveront à devoir faire une période longue ou leur période longue de service civile dans l'année qui suit. Au demeurant si un plan de carrière avait prévu une mise en suspend de celui-ci pour le service militaire long, avec une libération en fin d'école de recrue et une affectation longue trouvée rapidement, celle-ci peut être faite dans le temps préalablement dévolu au service militaire long.

50. La mesure est aussi discriminatoire puisqu'elle traite plus durement les militaires en service long que les militaires en service normal d'une part, et alors plus durement que les civilistes n'ayant pas débuté l'école de recrue d'autre part.

#### Résumé

- Mesure facile à contourner, voire à accommoder.
- Mesure ne concernant alors plus qu'un nombre limité de personne.
- Mesure discriminatoire.

#### Considérations finales

51. Les mesures 1 et 3 violent le droit international sur la durée du service civil.

52. La mesure 2 viole la constitution sur la notion de service de remplacement et la mesure 5 viole la constitution sur le droit à un service de remplacement.

53. Les mesures 1, 3, 4 et 7 sont clairement discriminatoires et violent à un titre ou un autre l'égalité de traitement.

54. Les mesures 3, 4, 5 et 7 ne touchent que – mais gravement – un nombre limité de personnes. À ce titre, le but premier de ces mesures n'est probablement pas ou que partiellement de toucher ces personnes-là, voire de les maintenir dans l'armée mais de donner l'impression qu'il est difficile ou déconseillé, qu'il est

<sup>17</sup> <http://www.infodroit.ch/spip.php?article91>

<sup>18</sup> [OMI 111](#)

<sup>19</sup> [OMI 57](#) ou [37 ordonnance sur le service civil \(OSI\)](#) (même teneur).



même dissuadé de sortir de l'armée. Un tel but viole le droit au service civil et un service civil non-discriminatoire et non-punitif.

55. Il convient d'ajouter à ce propos que les instances et jurisprudences internationales ont reconnus sans hésiter le droit à l'objection de conscience pour les appelés, comme pour les volontaires et les professionnels. Autrement dit et pour ce qui nous occupe ici, le droit à l'objection de conscience et au service de remplacement est et reste le même, ne saurait donc subir d'aggravation dans l'exercice du droit, soit l'accès au service civil, comme dans sa réalisation, soit l'accomplissement du service civil, que la personne concernée aie commencé ou non à servir dans l'armée<sup>20</sup>.

56. Les mesures 2, 3 et 4 supposent des difficultés de mise en œuvre particulièrement importantes. La mesure 5 pourrait faire l'objet d'une simplification administrative.

57. La mesure 6 est inutile, une aberration puisqu'elle préconise quelque chose qui existe déjà.

58. L'analyse de l'ensemble de ces mesures donne l'impression forte que l'armée est très embarrassée, mal à l'aise en raison des demandes service civil issues des ses rangs.

59. Ainsi quand bien même l'ensemble de ces mesures, si elles venaient à être mise en œuvre, aurait pourrait effet d'inciter les conscrits à demander le service civil bien plus tôt, ce qui n'est pas utile à l'armée non plus, il conviendrait de combattre ces mesures pour les effets et les complications graves qu'elles imposent, en toutes sortes de circonstances, aux militaires.

60. Il convient aussi de constater que les mesures proposées font preuve d'une méconnaissance, tant du droit international que du droit constitutionnel suisse qui confine à l'impréparation, voire au mépris, tant des civilistes que des militaires.

61. Enfin, dans le cadre des réactions à ces propositions de mesures, il conviendra de rappeler certaines ou l'ensemble de nos revendications de base, à savoir une présence civile lors du recrutement afin de faciliter son impartialité, un durée raisonnable et une compensation financière garantissant au moins l'accès au minimum vital<sup>21</sup>.

Christophe Barbey,  
Juriste, permanent depuis 2006

---

<sup>20</sup> Voir les résolutions du Conseil des Droits de l'Homme, par exemple la résolution du 8 octobre 2013, art. 12 [A/RES/HRC/24/17](#) ou Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 4.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

<sup>21</sup> Avec une APG de 62.- par jour durant l'ER ou son équivalent au service civil, ou en cas d'absence de salaire préalable au service ou de droit à son équivalent, avec 1'800.- par mois ~, le minimum vital n'est pas atteint. Le dernier rapport du haut commissaire aux droits de l'homme mentionne une trop faible rémunération comme étant de nature punitive. [A/HRC/35/4](#), § 21.

Remetschwil, im August 2018

## **Stellungnahme des Talbetriebes Ackermatthof zur Änderung des Zivildienstgesetzes**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### **Einleitung und grundsätzliche Beurteilung**

Wir vom Talbetrieb Ackermatthof sind überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### **Kein Handlungsbedarf**

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

### **Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen**

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoß gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

### **Unklare Auswirkungen**

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Wir weisen darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Wir lehnen aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

### **Eigene Vorschläge**

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwarten wir, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Wir schlagen dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür

muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.

- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

### **Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweisen wir auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für uns ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

### **Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Dienstage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

### **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

Wir gehen davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Diensttage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Diensttage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus unserer Sicht besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

Wir sind der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Wir sehen absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildiensttage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Diensttage erfüllen (2017: 96.7% aller Diensttage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Diensttage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Diensttage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.

Ackermatthof  
Stefan Rindisbacher  
Bachstrasse 8, Busslingen  
5453 Remetschwil

### **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

### **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

Wir bedauern, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

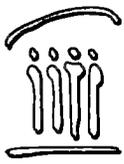
Im Namen des Talbetriebes Ackermatthof

Stefan Rindisbacher



Monika Rindisbacher





**TÖPFERHAUS  
AARAU**

Zivildienst Zentralstelle	
23. Aug. 2018	
Eingesannt	Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>

Eidgenössisches Departement  
für Wirtschaft, Bildung und  
Forschung  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Töpferhaus Aarau, 21. August 2018

info@toepferhaus.ch  
Tel 062 837 60 60

## Stellungnahme zur Änderung des Zivildienstgesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### Einleitung und grundsätzliche Beurteilung

Die Stiftung Töpferhaus ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### Kein Handlungsbedarf

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

### Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der

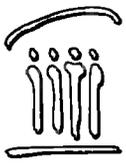
TÖPFERHAUS AARAU

Betreutes und Begleitetes Wohnen  
Geschützte Arbeitsplätze, Atelier

Bachstrasse 117  
5000 Aarau

Tel 062 837 60 60  
Fax 062 837 60 61

info@toepferhaus.ch  
www.toepferhaus.ch



„Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoß gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

## **Unklare Auswirkungen**

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Die Stiftung Töpferhaus weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Die Stiftung Töpferhaus lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

## **Eigene Vorschläge**

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet die Stiftung Töpferhaus, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Die Stiftung Töpferhaus schlägt dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.
- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

## **Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird



damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist die Stiftung Töpferhaus auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für die Stiftung Töpferhaus ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

### **Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Dienstage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

### **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

Die Stiftung Töpferhaus geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Diensttage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Diensttage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.



## **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht von der Stiftung Töpferhaus besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

Die Stiftung Töpferhaus ist der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

## **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Die Stiftung Töpferhaus sieht absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildiensttage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Diensttage erfüllen (2017: 96.7% aller Diensttage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Diensttage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Diensttage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.

## **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

## **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

Die Stiftung Töpferhaus bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.



**TÖPFERHAUS  
AARAU**

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Tobias Dietmann  
Bereichsleitung Administration

Daniel Aeberhard  
Geschäftsführung

Zürich, Oktober 2018

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

## **Stellungnahme des Schweizerischen Zivildienstverbandes CIVIVA zur Änderung des Zivildienstgesetzes**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### **Einleitung und grundsätzliche Beurteilung**

Der Schweizerische Zivildienstverband CIVIVA vertritt die Interessen der Zivildienstleistenden und Einsatzbetriebe. CIVIVA ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### **Kein Handlungsbedarf**

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten



beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

## Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoß gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

## Unklare Auswirkungen

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. CIVIVA weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Der Schweizerische Zivildienstverband CIVIVA lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

## Eigene Vorschläge

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet CIVIVA, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. CIVIVA schlägt dazu folgende Massnahmen vor:



- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.
- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

## Kommentare zu den vorgeschlagenen Massnahmen

### Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist CIVIVA auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für CIVIVA ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

### Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Dienstage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.



Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

### **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

CIVIVA geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Dienstage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Dienstage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht von CIVIVA besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

CIVIVA ist der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. CIVIVA sieht absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildienstage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Dienstage erfüllen (2017: 96.7% aller Dienstage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Dienstage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Dienstage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.



## **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

### **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

CIVIVA bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Im Namen des Verbandsvorstandes

Lisa Mazzone  
Co-Präsidentin

Samuel Steiner  
Co-Präsident





## Stellungnahme des Schweizerischen Zivildienstverbandes CIVIVA zur Änderung des Zivildienstgesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne wahr, indem ich mich dem Schreiben von Lisa Mazzone und Samuel Steiner vom Zivildienstverband anschliesse.

Mit freundlichen Grüßen

Claudia Onnen  
Personalassistentin

Zürich, Oktober 2018

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

## Stellungnahme des Schweizerischen Zivildienstverbandes CIVIVA zur Änderung des Zivildienstgesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### Einleitung und grundsätzliche Beurteilung

Der Schweizerische Zivildienstverband CIVIVA vertritt die Interessen der Zivildienstleistenden und Einsatzbetriebe. CIVIVA ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### Kein Handlungsbedarf

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten



beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

## Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoß gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

## Unklare Auswirkungen

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. CIVIVA weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Der Schweizerische Zivildienstverband CIVIVA lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

## Eigene Vorschläge

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet CIVIVA, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. CIVIVA schlägt dazu folgende Massnahmen vor:



- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.
- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

## Kommentare zu den vorgeschlagenen Massnahmen

### Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist CIVIVA auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für CIVIVA ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

### Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Dienstage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.



Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

### **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

CIVIVA geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Dienstage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Dienstage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht von CIVIVA besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

CIVIVA ist der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. CIVIVA sieht absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildienstage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Dienstage erfüllen (2017: 96.7% aller Dienstage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Dienstage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Dienstage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.



## **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

### **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

CIVIVA bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Im Namen des Verbandsvorstandes

Lisa Mazzone  
Co-Präsidentin

Samuel Steiner  
Co-Präsident



Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,  
Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Oensingen, 08. Oktober 2018

## **Stellungnahme der VEBO Genossenschaft Oensingen zur Änderung des Zivildienstgesetzes**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren

Die VEBO Genossenschaft ist eine Institution, welche sich der Eingliederung von Menschen mit Beeinträchtigung(-en) widmet.  
Mit viel Einsatz werden unsere Klienten betreut, gefördert, wenn möglich mit weiterführenden Aufgaben betraut und später in den offenen Arbeitsmarkt eingegliedert.

Ein integrierter Bestandteil unserer Arbeit ist die Zusammenarbeit mit CIVIVA resp. den zu uns kommenden Zivildienstleistenden. Diese erbringen eine für die ganze Gesellschaft äusserst wertvolle Leistung. Wir möchten auf folgende Punkte hinweisen:

- Einer unserer permanenten Aufträge heisst „Inklusion“; Menschen mit Beeinträchtigung (MmB) sollen in einer möglichst „normalen“ Welt leben können, und im Idealfall sogar sämtliche Rechte und Pflichten wahrnehmen können, wie alle anderen Menschen dies auch tun, während die Menschen ohne Beeinträchtigung (MoB) ihrerseits den Umgang mit MmB im täglichen Leben als „normal“ empfinden sollen.
- Unsere Klienten profitieren sehr vom Umgang mit neuen Menschen, wobei der mehr oder weniger regelmässige Wechsel sogar zusätzlich fördernd wirkt, da die MmB sich immer wieder auf neue Mitmenschen einstellen müssen.  
Die Zivis wiederum erlernen auf sinnvolle Weise, dass MmB bei fachgerechter Anleitung / Betreuung zu viel mehr Tätigkeiten im Stand sind, als die meisten Mitglieder unserer Gesellschaft sich dessen bewusst sind.  
Dieses Wissen und Verständnis wird erfahrungsgemäss von den jungen Zivis in ihre Umgebung mitgenommen und weitergegeben; der Austausch zwischen Zivis und MmB fördert auf diese Weise die „Normalisierung“ sehr effizient in beide Richtungen.

- Die Einsatzfreude der Zivis ist nach unseren langjährigen Erfahrungen generell als hoch zu bezeichnen, was offensichtlich darauf beruht, dass die Teilnehmer ihre Wahl richtig finden und auch bereit sind, eine überdurchschnittliche Leistung zu erbringen.
- Zivis bilden zudem eine bewährte Möglichkeit, dem zunehmenden Fachkräftemangel zu begegnen. Die durch den Praxiseinsatz erworbenen Fach- und Sozialkompetenzen erhöhen die zukünftigen Berufsaussichten. Zudem werden Zivis bei entsprechender Eignung von den Einsatzbetrieben im Rahmen einer Festanstellung übernommen.
- Dass die Anzahl der zu leistenden Tage deutlich zu Gunsten der Armee und damit zu Lasten des Zivildienstes verändert werden soll, zielt aus unserer Sicht am Ziel vorbei. Soldaten, welche sich aus einem Gewissenskonflikt dazu entscheiden, in den Zivildienst zu wechseln, sollen nicht noch mehr bestraft werden.

In allen anderen Punkten verweisen wir auf das beigelegte Schreiben der CIVIVA, welches wir unterstützen.

Freundliche Grüsse

A blue ink signature of Marc Eggimann, written in a cursive style.

Marc Eggimann  
Direktor VEBO Genossenschaft

A blue ink signature of Roman Rhyn, written in a cursive style.

Roman Rhyn  
Geschäftsführer Produktion Oensingen

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Zürich, im Juli 2018

## Stellungnahme des Schweizerischen Zivildienstverbandes CIVIVA zur Änderung des Zivildienstgesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### Einleitung und grundsätzliche Beurteilung

Der Schweizerische Zivildienstverband CIVIVA vertritt die Interessen der Zivildienstleistenden und Einsatzbetriebe. CIVIVA ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### Kein Handlungsbedarf

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.



## Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Diensttage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoß gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

## Unklare Auswirkungen

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. CIVIVA weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Der Schweizerische Zivildienstverband CIVIVA lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

## Eigene Vorschläge

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet CIVIVA, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. CIVIVA schlägt dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.



- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

## **Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist CIVIVA auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für CIVIVA ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

## **Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Dienstage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

## **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**



CIVIVA geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Dienstage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Dienstage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Dienstage für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

#### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

#### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht von CIVIVA besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

CIVIVA ist der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

#### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. CIVIVA sieht absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildienstage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Dienstage erfüllen (2017: 96.7% aller Dienstage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Dienstage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Dienstage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.



## **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

### **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

CIVIVA bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Im Namen des Verbandsvorstandes

Lisa Mazzone  
Co-Präsidentin

Samuel Steiner  
Co-Präsident





Permanence romande pour civilistes et militaires  
Permanence@infodroit.ch ou  
Le mardi de 12 à 14 heures au 026 925 80 66.  
Pour les urgences, 079 524 35 74, veuillez laisser un message.

Flendruz, 16 juin 2018

### Avis de droit

*A qui de droit*

#### **7 mesures du Conseil fédéral destinées à la consultation. Modifications de la loi sur le service civil. 2018**

##### En préalable

1. Le droit à l'objection de conscience est un droit fondamental internationalement reconnu.
2. Il est reconnu par les jurisprudences du Comité des droits de l'homme et de la Cour Européenne des droits de l'homme, il est présent dans la constitution suisse<sup>1</sup>.
3. Ce droit s'appuie essentiellement tant sur le refus impératif de tuer que sur le refus de résoudre les conflits par la violence.
4. Le conflit entre l'obligation constitutionnelle de servir dans l'armée d'une part et la conscience d'autre part (appelé conflit de conscience) peut se manifester sous diverses formes et à divers moments, de façons plus ou moins virulentes ou soudaines, y compris parfois par des somatisations ou des actes de rébellions. La problématique a été largement résolue par deux mesures:
5. 1) Il a été renoncé au « contrôle de conscience » en adoptant le système dit de la preuve par l'acte, soit l'acceptation, par la personne qui demande le service civil d'une durée plus longue pour ce service que celle requise pour le service militaire.

Cette mesure a pour avantage (en plus d'une forte diminution de la charge administrative) d'éviter d'une part l'aggravation et la stigmatisation du conflit de conscience par son besoin de le confronter à la procédure et de libérer d'autre part la personne concernée d'une appréhension et d'une expression intellectuelle et verbalisée de ce conflit, inévitablement discriminatoire selon le niveau d'éducation, et sujette d'autre part à des biais divers, puisque le résultat de l'examen dépendait largement du degré de préparation à celui-ci plutôt que de la nature même, des sources et des raisons du conflit de conscience.

6. Il convient toutefois de noter que ce système de quotité a dès le début présenté un défaut important, au demeurant partiellement caché des civilistes eux-mêmes, dans la mesure où la durée de service civil requise par la loi (1 fois et demie – 1,5 – celle du service militaire encore à faire au moment de la demande) est dans la pratique comparativement différente de la durée du service militaire réellement effectuée par les militaires libérés lorsqu'ils atteignent la limite d'âge. En effet, ceux-ci se voient alors remettre le solde des jours de service non-effectués, alors que les civilistes se voient pénalement condamnés s'ils n'effectuent pas l'entier de leurs jours avant la même limite d'âge (limite par ailleurs par elle-même plus exigeante, puisqu'ils ont plus de jours à effectuer dans le même laps de temps). L'armée a de plus tardé à donner les chiffres permettant de mesurer cette différence des durées respectives des

---

<sup>1</sup> Constitution fédérale (Cst.) [Article 10 sur la droit à la vie](#), [art. 15 sur la liberté de conscience](#), [art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement](#).



services. Pourtant des estimations raisonnables permettaient d'évaluer le nombre de jours de service civil effectués pour les civilistes demandant le service civil pour l'entier de leur périodes de service militaires comme étant environ du double du nombre de jour effectué en moyenne par les soldats terminant leur obligation à la limite d'âge<sup>2</sup>. Actuellement, ce taux semble s'être amélioré un peu, mais la durée comparée du service civil resterait de 1.8 plus élevée que la durée des services militaires, et non pas les 1.5 que stipule la loi. Il conviendra de vérifier les effets de la nouvelle loi sur l'armée sur cette problématique, la limite d'âge n'étant plus un âge fixe (p. ex. 34 ans), mais devenant un nombre de dix années pour faire les services requis après l'école de recrue<sup>3</sup>.

7. De plus la discrimination pénale demeure, puisque contrairement au service civil, aucune mesure permettant d'assurer le rythme et le progrès de la réalisation des périodes de service militaire, mesure accompagnées dans la loi sur le service civil de mesures pénales en cas de retards, n'ont été introduites dans la nouvelle législation sur la l'armée. Ainsi, le civiliste doit accomplir certaines périodes (la première suivant l'admission et la période longue) selon des délais fixes et il ne doit pas lui rester plus d'une certaine proportion de jours à faire avant d'atteindre la limite d'âge. Passé ces délais ou si la proportion de jours restant à faire est trop forte, le civiliste est convoqué d'office pour le surplus ou la période concernée, puis il encoure une peine s'il n'effectue pas la période requise. Il n'existe, pas de système similaire ou aussi contraignant dans l'armée. Pour avoir une vision complète de cette discrimination, pénalement grave, il conviendrait encore de comparer le nombre des dispenses pour justes motifs, lesquelles au demeurant ne font que repousser le problème, dispenses accordées tant pour les civilistes que pour les militaires. Nonobstant, vu la nature différente des système de suivi et de répression des deux sortes d'obligations, puisqu'il y a des condamnations pour retard dus au système de suivi contre les civilistes et qu'il n'y en a pas pour les militaires, la discrimination pénale demeure, tout comme demeurera a priori la discrimination sur les durées.

8. 2) Il importe de souligner que le service civil peut et doit pouvoir être demandé en tout temps, c'est d'ailleurs dans la loi<sup>4</sup>.

9. Cela concerne bien sûr la possibilité de demander le service civil depuis une période de service militaire, mais porte surtout sur la nature du conflit de conscience et relève en partie aussi du droit humanitaire.

10. Ainsi, le conflit de conscience peut se développer par une réflexion autonome, mais il peut aussi surgir, progressivement ou soudainement, face à une circonstance rencontrée dans le cadre du service militaire, par exemple lors de la première prise d'arme (il y a hélas des condamnations pour refus d'ordre de personnes qui font à ce moment-là un blocage psychologique) ou en étant mis en confrontation à une arme particulièrement destructive.

11. Il convient aussi, et c'est d'une grande importance, de citer le cas de l'objection de conscience à un ordre criminel, y compris ou surtout si celui-ci viole le droit humanitaire ; objection qui doit en effet pouvoir être exprimée en tout temps et en particulier de façon immédiate au moment de la réception de l'ordre contesté, cette objection devant alors, selon les circonstances, rejeter non-seulement l'ordre contesté lui-même mais aussi l'ensemble du système qui produit ou maintient cet ordre injuste, à tout le moins si l'ordre est maintenu, car alors seul le refus personnel et complet du système permettant, à défaut de pouvoir l'empêcher, la réalisation de ce ordre illégal et des ses conséquences, de préserver la conscience, et donc l'innocence de la personne confrontée à une telle situation. L'objection de conscience à une circonstance particulière devenant alors une objection au sens usuel du terme, une objection d'ensemble au service militaire<sup>5</sup>.

<sup>2</sup> Détail du calcul : <http://www.infodroit.ch/spip.php?article44>

<sup>3</sup> Ordonnance sur les obligations militaires (OMI), 1.1.2018, [art. 19](#).

<sup>4</sup> Loi sur le service civil, [art. 16](#).

<sup>5</sup> Voir par exemple, [Jacques Verhaegen](#) : «Le refus d'obéissance aux ordres manifestement criminels », revue du CICR, vol. 84, n° 845, mars 2002.



### Analyse des mesures proposées

**Mesure 1:** 150 jours de service civil pour toutes personnes n'ayant pas terminés ses « services d'instruction » et ayant moins de 100 jours de service militaire restant.

#### Appréciation générale

12. Par « services d'instruction », il est entendu toutes les périodes de services militaires, à savoir écoles de recrues, écoles de cadres et cours de répétition<sup>6</sup>.

13. La proposition équivaldrait à « condamner », imposer à tout militaire ayant entre 1 et 100 jours de service militaire encore à faire à effectuer 150 jours de service civil.

14. La mesure incite à terminer ses obligations militaires au lieu de demander le service civil.

15. Partant du constat, hautement probable<sup>7</sup>, selon lequel les pertes en effectifs augmentent en fonction de l'âge par lassitude, perte d'intérêt ou en raison de l'augmentation des obligations professionnelles et familiales. Il conviendrait toutefois de disposer des chiffres du nombre des personnes qui quittent l'arme dans ces tranches d'âge soit pour le service civil, soit pour raisons médicales. En effet, si le problème est une question d'emploi du temps, la demande de service civil est d'autant plus contre-productive.

16. A cet aulne, la mesure aura pour effet principal d'augmenter le nombre de demandes médicales et assez peu de diminuer le nombre de service civil. Quand à sa capacité à renforcer la motivation pour l'armée, elle est ici hors contexte – ce n'est pas notre problème ou celui du service civil – et elle n'est que très indirecte, la diminution de l'attrait du service civil n'augmentant pas pour autant l'attrait pour l'armée.

#### Calculs concernant la mesure proposée

17. Dans la pratique, divers types de calculs sont possibles pour déterminer les effets et les proportions de la proposition. Mes connaissances mathématiques sont limitées, donc d'autres calculs sont peut-être possibles ou éventuellement meilleurs, mais ceux-ci révèlent plusieurs des effets pervers de la proposition:

a. Le facteur multipliant le nombre de jours à faire est, avec la proposition exponentiel : La personne qui aurait 1 seul jour d'armée encore à faire se retrouverait à en faire 150 jours, soit 150 fois plus que le nombre de jour d'armée requis.

Dans le détail, un militaire à qui il resterait :

1 cours de répétition (CR), soit 19 jours (150/19), verrait le multiplicateur passer de 1.5 à 7.89

2 cours de répétition, le facteur (150/38) est encore du quadruple (3.94)

3 cours de répétition, le facteur descend à 2.63

4 cours de répétition, le facteur est de 2 (1.97)

5 cours de répétition le facteur est encore de 1.57, soit plus haut que la loi actuelle ou que le facteur attribué aux civilistes ayant encore plus de jours.

Ce n'est donc qu'avec 6 cours de répétition encore à faire, soit avec le nombre total des cours de répétition à faire par les soldats, et donc durant le premier cours de répétition que l'ajout systématique de 150 jours, rejoint le facteur général de 1.5.

*Dit autrement, à quelques jours prêts, quiconque demanderait le service civil après l'école de recrue devrait faire 150 jours de service civil au moins, quelque soit le nombre de jour d'armée restant à faire. Pourquoi ne pas le dire ?*

b. Le calcul peut aussi être fait en tenant compte des jours de service militaires et civils faits au total.

Exemple pour un soldat :

Ecole de recrue de 124 jours, solde 121 jours de service en CR. Total 245<sup>(8)</sup>. Service civil complet, 245 X 1.5 = 367 jours de service civil.

Jours de service mil faits : 244 (au lieu de 245)+150=394 (proposition). Système actuel : 244 + 2 (1 x 1.5) = 246 (actuel). Différence : 148 jours à faire en plus qu'avec le système actuel et ... 27 de plus qu'en ayant demandé le service civil dès le recrutement.

<sup>6</sup> Loi sur l'armée et l'administration militaire (LAAM), [art. 41](#).

<sup>7</sup> La permanence que nous représentons confirme, à sa modeste mesure, cette tendance. Les hommes de plus de 25 ans sont relativement nombreux à vouloir mettre un terme à leurs obligations militaires et leur nombre augmente avec l'âge

<sup>8</sup> OMI, [art. 47](#).



Jours de service faits :  $238 (6 \text{ CR faits}) + 150 = 388$  jours à faire ou (système actuel)  $238 + 9 (6 \times 1.5) = 247$ . Différence : 141 jours de service civil en plus qu'avec le système actuel, mais aussi 21 jours de service (mil et civ) en plus de ce que ce même soldat aurait eu à faire s'il avait demandé le service civil dès la fin du recrutement.

En cela, le service est *punitif parce qu'il impose des jours en plus ... pour avoir accepté de faire presque tout son service militaire !!!*

Jours de service faits :  $219 (5 \text{ CR}) + 150 = 369$  ou (actuel :)  $219 + 39 (26 \times 1.5) = 258$ . Différence : 111 jours de plus que le système actuel, mais encore 2 jours de plus qu'avec un service civil demandé dès l'origine.

Jours de service faits  $200 (4 \text{ CR}) + 150 = 350$  ou actuel  $200 + 68 (45 \times 1.5) = 268$ . Différence : 82 en plus que le système actuel.

A partir d'ici le nombre total de jours faits devient inférieur à un service civil demandé d'emblée et donc les jours de service militaire faits diminuent le nombre total de jours à faire.

Jours de service faits  $181 (3 \text{ CR}) + 150 = 331$  ou  $181 + 96 (64 \times 1.5) = 277$ . Différence, 54 jours de service civil en plus, mais 90 de moins qu'avec un service civil complet.

Jours de service faits  $162 (2 \text{ CR}) + 150 = 312$  ou

Jours de service faits  $143 (1 \text{ CR}) + 150 = 293$  ou  $143 + 156 (101 \times 1.5) = 299$  Différence  $\pm 0$ .

#### Effets pour la pratique

c. Les effets du nouveau système sur les intérêts des candidats civilistes, en termes de jours à faire seraient les suivants :

- 1) Le facteur de 1.5 s'applique durant l'école de recrue, voir durant le 1<sup>er</sup> CR. Inchangé.
- 2) Tout jour d'armée fait durant cette période diminue effectivement le nombre total (armée et sc) de jours à faire, par rapport à un service civil complet. Inchangé.
- 3) Dès le 2<sup>ème</sup> CR et jusqu'au 4<sup>ème</sup> CR, le nouveau système augmente progressivement, par rapport à l'ancien, effet étrange, le nombre de jours total à faire, même si l'on fait ces CR, soit d'avoir à faire encore plus de service en tout parce que l'on fait de l'armée (absurde !), puis d'avoir à faire du service civil en plus, même si le nombre de jours total de service civil et militaire reste inférieur à ce que devrait faire un civiliste de la première heure mis au facteur 1.5).

Exemple : Faire un 2<sup>ème</sup> CR de 19 jours et demander le sc, ajoute en plus de ces 19 jours 17 jours de service en tout (civil et militaire) par rapport au système actuel, dans lequel le civiliste en faisant ce CR épargnerait 9 jours de service civil ( $19 - x 1.5$ ). (Nouveau :  $162 \text{ SM} + 150 \text{ SC} = 312$  Ancien  $162 + 125$  (solde de  $83 \times 1.5$ ) = 287, nouveau = J plus 25. S'il ne fait pas ce CR (ancien  $\text{SM } 143 + \text{SC } 152 (101 \times 1.5) = 295$  soit quelques jours en plus de SC pour ne pas avoir fait ce cours (295 au lieu 287), mais toujours au total 17 jours de moins qu'en faisant ce CR dans le système proposé, lequel augmente donc le nombre de jours à faire sans donner de diminution pour ceux faits.

Idem pour les 3<sup>ème</sup> et 4<sup>ème</sup> CR. Je renonce aux calculs ici, mais le nombre de jours d'armée faits sans diminuer le nombre de jours de service totaux augmentera d'autant, par rapport à quelqu'un qui demande le SC après l'ER ou le 1<sup>er</sup> CR.

- 4) Dès le 5<sup>ème</sup> CR, le nombre total (SC et SM) de jours à faire devient plus grand que quelqu'un qui demande le service civil dès le 1<sup>er</sup> jour.

d. En résumé, il ne sera intéressant, en terme de jours à faire (ou rentable) de demander le service qu'entre le recrutement et la fin du 1<sup>er</sup> cours de répétition. A l'inverse, toute demande faite ultérieurement augmentera, de plus en plus gravement, la charge totale du nombre de jours à faire, laquelle dépassera, si le SC est demandé durant ou après le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, le nombre de jours à faire pour quelqu'un qui demande le service civil avant l'ER.

18. Tactiquement, pour le soutien aux objecteurs, l'intérêt à demander le service civil entre le recrutement et la fin de l'école de recrue reste similaire. Par contre, plus le militaire avance dans sa carrière militaire, plus la charge de jours augmente, plus il devient difficile de demander le service civil (et plus sera grande le besoin de demander la voie bleue).

19. Cela n'aura pas pour effet de diminuer fortement le nombre de demandes de service civil, puisque les demandes seront soit pour une part reportées plus tôt dans la carrière militaire, soit transformées en demande médicales et que rares seront les personnes qui en fin de carrière militaire décideront de finir leur service plutôt que de sortir de l'armée, d'une façon ou d'une autre.



### La durée du service civil en droit

20. En droit Suisse, le facteur légal de 1.5 est le même depuis l'origine. Avec toutefois la réserve présentée ci-dessus au point 6 concernant la durée effective (et non légale) située aux environs de 1.8.

21. Le droit international, le Comité des droits de l'homme et la Cour européenne des droits de l'homme, tiennent de jurisprudence constante le fait que le service civil doit être de nature civile et non-punitif.

22. Une durée supérieure au double du service militaire à remplacer est considérée comme excessive<sup>9</sup>. Ainsi, l'attribution à toute personne ayant moins de 75 jours de service militaire à faire de 150 jours de service civil serait contraire au droit international.

23. Mais c'est dans son ensemble, ou à tout le moins dès le 2<sup>ème</sup> cours de répétition, que la mesure est discriminatoire. D'abord parce que plus, ils servent dans l'armée, plus elle pénalise les militaires qui demandent le service civil. Ensuite, parce qu'elle traite différemment des personnes dans des situations similaires, à savoir des personnes présentant une demande de service civil, demande qui est de même nature quel que soit le moment où elle est faite et pour laquelle le nombre de jours de service militaire accomplis n'a aucune incidence, sauf peut-être à renforcer le besoin de présenter une objection de conscience, ce qui reste sans influence aucune sur le droit fondamental à demander le service civil.

24. La loi sur le service civil pose comme principe que la charge du service civil devrait équivaler à celle de l'armée<sup>10</sup>. Toutefois la mesure proposée, en tous les cas dès le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, puisque la charge en jours à faire est alourdie au-delà de ce que le militaire aurait à faire en demandant le service civil avant l'école de recrue. Ainsi, non-seulement, la personne concernée effectue la plus large part de son service militaire (les 3/4), mais elle y voit ajoutée une part importante de service civil (150/367) soit presque la moitié du service civil en plus, pour un total qui dépasse ce qu'elle aurait eu à faire tant à l'armée qu'avec un service civil entier. A ce titre, la mesure est non seulement dissuasive, mais discriminatoire dans la mesure où elle pénalise ceux qui ont déjà fait beaucoup d'armée (ne devraient-ils pas au contraire être pour cela remerciés ?).

25. Par ailleurs, le droit à l'objection de conscience étant un droit fondamental, toute forme de dissuasion, en entravant son libre exercice, est déjà une violation du droit.

26. Et il est finalement, à mon sens, difficile la nature punitive de la mesure, puisque ce sont ceux-là même, qui ont le plus servi dans l'armée, qui se voient le plus pénalisés.

### Résumé :

- Violation du droit international sur la durée du service civil.
- Discrimination entre les civilistes « d'origine » et ceux qui demandent le service civil au cours de leur carrière militaire (l'objection reste la même, pour les mêmes motifs et contre le même service militaire, seule change la situation militaire).
- Mesure probablement punitive.
- Mesure simple en apparence, mais particulièrement compliquée à comprendre et à calculer, entre autres pour les personnes concernées.

---

<sup>9</sup> ONU, Comité des droits de l'homme: Foin v France (Communication No. 666/1995), CCPR/C/D/666/1995, 9 November 1999, para. 10.3, entre autres jurisprudences. Voir aussi: Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 8.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>  
Il existe aussi une traduction allemande de document, p. 21 : [http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV\\_2014-3\\_KDVundAsyl.pdf](http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV_2014-3_KDVundAsyl.pdf)

Voir aussi le rapport quadriennal du Haut Commissaire aux Droits de l'Homme sur l'objection de conscience, 1.5.2017, § 22.

<http://www.undocs.org/fr/A/HRC/35/4>

<sup>10</sup> LSC 5



### **Mesure 2 :**

Délai d'attente de 12 mois entre le dépôt de la demande et l'admission, avec obligation de faire les périodes de service militaires prévues.

27. La mesure est contraire à la constitution. Celle-ci prévoit, textuellement : « un service de remplacement »<sup>11</sup>. Or un *remplacement du service* n'est en aucun cas un service de remplacement *différé* avec maintien du service à remplacer, en attente du service de remplacement.

Des délais pour la mise en œuvre, par la personne concernée comme par l'administration, du service de remplacement sont acceptable, voir le maintien des obligations en attente de la décision d'admission<sup>12</sup>, mais en aucun le droit à l'objection de conscience ne saurait-il être suspendu.

28. De plus, la proposition est largement impraticable et passablement conflictogène. Les civilistes concernés ne se gêneront pas pour demander des reports, se faire porter malade ou pour ne pas se présenter et leur motifs de conscience finissant toujours par être reconnus, ils ne seront, s'ils sont que partiellement et inégalement sanctionnés pour ces déflections. Sans parler de la charge administrative supplémentaire pour les administrations cantonales.

### Résumé

- Mesure contraire à la constitution.
- Discrimination entre les civilistes qui font une demande avant l'école de recrue, lesquels ne sont pas condamnés à des périodes militaires et ceux qui la font après l'ER, qui doivent en faire ou, vaille que vaille, les faire annuler.
- Mesure de nature à créer de nombreuses difficultés administratives tant pour les conscrits et les civilistes que pour l'administration.

### **Mesure 3 :**

29. Suppression du facteur 1.1 et passage au facteur 1.5 pour les officiers et les sous-officiers supérieurs.

30. Les personnes concernées sont relativement peu nombreuses. Elles ont néanmoins les mêmes droits. Mais surtout toutes ces personnes, qui ont été obligées de revêtir ces fonctions d'encadrement, ont déjà servi, au moment de la demande d'admission au service civil plus de jours d'armée que ne servent les civilistes qui n'en a fait aucun. Le moins gradé de ceux-ci servira un total 440 jours de services au lieu de 245<sup>13</sup>. Pour obtenir son grade, il en aura déjà fait presque autant qu'un soldat normal. Et le solde de jour à faire, qu'il soit multiplié par 1.1. ou 1.5 dépassera de toutes façons le nombre maximal de jours effectués par un civiliste ne faisant pas d'armée du tout.

31. Sachant que l'obligation de grader est imposée, même avec un facteur 1.1, la personne qui demande le service civil alors qu'elle a déjà revêtu son grade est discriminée par rapport à un civiliste qui demande le service avant de recevoir le moindre grade. Augmenté cette durée plus encore, alors que la personne gradée sert déjà plus que toute autre personne sans garde, apparaît là aussi comme punitive.

### Résumé

- En conjonction avec la discrimination décrite ci-après, violation du droit international sur la durée du service de remplacement.
- Discrimination entre les officiers et sous-officiers supérieurs d'une part et les soldats d'autre part en raison d'abord de l'obligation de grader d'abord, pour laquelle les premiers ne peuvent rien, puis du fait qu'en raison de cette obligation, ils ont déjà effectué, contre leur gré, une durée de service aussi importante que les soldats, durée sur laquelle vient ensuite s'ajouter une très longue durée de service civil supplémentaire. Dit autrement, le soldat qui demande le service civil évite non-seulement de grader, mais tous les jours de service civil supplémentaires en cas de conflit de conscience alors que l'officier, qui est en droit de développer un conflit de conscience à tout moment, en est d'autant plus pénalisé.

<sup>11</sup> [Art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement.](#)

<sup>12</sup> [LSC 17 et 17a.](#)

<sup>13</sup> [OMI 47](#)



- Mesure qui ne touche qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 4 :**

32. Interdiction faite aux médecins de faire du service civil en tant que médecins.

33. Là encore, la mesure ne concerne que très peu de personnes. Les médecins ont en moyenne au moins 26-27 ans à la fin de leur formation et ce moment-là, la plupart des périodes longues sont faites. Mais quand bien même, faut-il priver les hôpitaux de ces médecins-là ?

34. Par ailleurs, la mesure est à nouveau discriminatoire ; pourquoi les médecins et pas les géologues, les travailleurs sociaux ou les enseignants ? Là ce ne serait plus seulement certains civilistes, mais tout le service d'intérêt public qui tendrait à être victime d'une vision trop étroite des possibilités de service civil.

35. Enfin, il existe certes une disposition qui interdit certaines affectations en fonction de la personne du civiliste, en particulier si elle favorise sa formation<sup>14</sup>. Et c'est probablement, dans ce contexte que la proposition s'inspirerait. Mais à nouveau, certains militaires exercent des fonctions militaires en lien avec leur profession – et pas seulement des médecins ! – en quoi des civilistes n'auraient-ils pas le droit d'en faire autant ?

#### Résumé

- Mesure hautement discriminatoire (par professions).
- Mesure ne touchant (en l'état, que les médecins) qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 5 :**

36. Pas d'admission au service civil pour les personnes pour lesquelles il ne reste plus de jours de service, mais pour lesquelles il reste des tirs obligatoires.

37. La question est controversée depuis longtemps. Seul sont concernés les militaires en service long, qui restent incorporés ensuite pendant 4 ans<sup>15</sup>. Il conviendrait de savoir combien il y a eu de cas.

38. Pour rappel, les militaires ont la possibilité de déposer l'arme, sans motifs, s'ils ne souhaitent pas la conserver, mais cela ne les dispense pas des tirs<sup>16</sup>.

39. D'abord, il convient de rappeler que l'exécution de tirs obligatoires, dans le cadre d'un service militaire, même terminé, peuvent donner lieu à conflit de conscience, qui plus est si celui-ci peut avoir à se manifester durant une période de 4 ans.

40. En ce sens, la mesure ignore et passe complètement à côté, nie un problème qu'il y aurait pourtant lieu de résoudre.

41. A mon sens, une procédure plus simple qu'une admission au service civil devrait permettre, par exemple mais en tous les cas pour motifs de conscience légitimes, de remettre l'arme définitivement et d'être ainsi dispensé des tirs obligatoires.

#### Résumé

- Violation du droit à l'objection de conscience
- Mesure administrative inadéquate
- Mesure ne touchant qu'un nombre limité de personne

#### **Mesure 6 :**

42. Les civilistes sont tenus de faire une période de service civil par année dès l'admission.

---

<sup>14</sup> [LSC 4a](#)

<sup>15</sup> [LAAM 54a](#)

<sup>16</sup> Ordonnance concernant l'équipement personnel des militaires (OEPM), [art. 6a](#).



43. La mesure existe déjà, [art. 39a](#) de l'ordonnance sur le service civil : « La personne astreinte au service civil *effectue chaque année* des affectations de service civil d'une durée de 26 jours au moins à partir de la deuxième année civile au plus tard ».

44. Les reports étant relativement fréquents, on peut se demander si c'est ceux-ci qu'il s'agit de limiter, mais le texte de la mesure est pour le surplus inutile.

#### Résumé

- Proposition de mesure incompétente, mesure déjà prévue par la loi.

#### Mesure 7 :

45. Obligation pour les personnes en service long, d'effectuer la période longue de service civile dans l'année qui suit (et non pas dans les trois ans qui suivent) l'admission au service civil.

46. Imposer un service civil long est une vieille mesure de 2011, que le Tribunal administratif fédéral avait annulée en raison de [l'article 20 de la LSC](#) qui stipule que le SC peut être fait en une ou plusieurs périodes<sup>17</sup>.

47. Depuis toujours, nous recommandons aux militaires en service long de passer d'abord au service normal, avant de demander le service civil, entre autres afin d'éviter le surplus de jours, actuellement 55 jours de service militaire ou 82 jours de service civil en plus<sup>18</sup>. Notre recommandation ne changera pas.

48. De plus, la mesure ne prévoit cette obligation que si l'école de recrue n'est pas terminée, or l'école de recrue est considérée comme terminée si 80% de ses jours ont été accomplis<sup>19</sup>; soit pour une école usuelle de 124 jours, dès le 100<sup>ème</sup> jour d'école de recrue. Mais dans la pratique, la demande de service civil peut être faite quelques jours plutôt, puisque celle-ci prend quelques jours, voir semaines à condition pour cela que l'admission à la fin du processus de demande intervienne après le 100<sup>ème</sup> jour de service.

49. Que ce soit en passant au service normal et en attendant les 80% de son service militaire (dans des conditions « suffisantes ») – si encore au service long avec les jours en sus – il est très facile d'éviter cette mesure et peu nombreux sont ceux qui se retrouveront à devoir faire une période longue ou leur période longue de service civile dans l'année qui suit. Au demeurant si un plan de carrière avait prévu une mise en suspend de celui-ci pour le service militaire long, avec une libération en fin d'école de recrue et une affectation longue trouvée rapidement, celle-ci peut être faite dans le temps préalablement dévolu au service militaire long.

50. La mesure est aussi discriminatoire puisqu'elle traite plus durement les militaires en service long que les militaires en service normal d'une part, et alors plus durement que les civilistes n'ayant pas débuté l'école de recrue d'autre part.

#### Résumé

- Mesure facile à contourner, voire à accommoder.
- Mesure ne concernant alors plus qu'un nombre limité de personne.
- Mesure discriminatoire.

#### Considérations finales

51. Les mesures 1 et 3 violent le droit international sur la durée du service civil.

52. La mesure 2 viole la constitution sur la notion de service de remplacement et la mesure 5 viole la constitution sur le droit à un service de remplacement.

53. Les mesures 1, 3, 4 et 7 sont clairement discriminatoires et violent à un titre ou un autre l'égalité de traitement.

54. Les mesures 3, 4, 5 et 7 ne touchent que – mais gravement – un nombre limité de personnes. À ce titre, le but premier de ces mesures n'est probablement pas ou que partiellement de toucher ces personnes-là, voire de les maintenir dans l'armée mais de donner l'impression qu'il est difficile ou déconseillé, qu'il est

<sup>17</sup> <http://www.infodroit.ch/spip.php?article91>

<sup>18</sup> [OMI 111](#)

<sup>19</sup> [OMI 57](#) ou [37 ordonnance sur le service civil \(OSI\)](#) (même teneur).



même dissuadé de sortir de l'armée. Un tel but viole le droit au service civil et un service civil non-discriminatoire et non-punitif.

55. Il convient d'ajouter à ce propos que les instances et jurisprudences internationales ont reconnus sans hésiter le droit à l'objection de conscience pour les appelés, comme pour les volontaires et les professionnels. Autrement dit et pour ce qui nous occupe ici, le droit à l'objection de conscience et au service de remplacement est et reste le même, ne saurait donc subir d'aggravation dans l'exercice du droit, soit l'accès au service civil, comme dans sa réalisation, soit l'accomplissement du service civil, que la personne concernée aie commencé ou non à servir dans l'armée<sup>20</sup>.

56. Les mesures 2, 3 et 4 supposent des difficultés de mise en œuvre particulièrement importantes. La mesure 5 pourrait faire l'objet d'une simplification administrative.

57. La mesure 6 est inutile, une aberration puisqu'elle préconise quelque chose qui existe déjà.

58. L'analyse de l'ensemble de ces mesures donne l'impression forte que l'armée est très embarrassée, mal à l'aise en raison des demandes service civil issues des ses rangs.

59. Ainsi quand bien même l'ensemble de ces mesures, si elles venaient à être mise en œuvre, aurait pourrait effet d'inciter les conscrits à demander le service civil bien plus tôt, ce qui n'est pas utile à l'armée non plus, il conviendrait de combattre ces mesures pour les effets et les complications graves qu'elles imposent, en toutes sortes de circonstances, aux militaires.

60. Il convient aussi de constater que les mesures proposées font preuve d'une méconnaissance, tant du droit international que du droit constitutionnel suisse qui confine à l'impréparation, voire au mépris, tant des civilistes que des militaires.

61. Enfin, dans le cadre des réactions à ces propositions de mesures, il conviendra de rappeler certaines ou l'ensemble de nos revendications de base, à savoir une présence civile lors du recrutement afin de faciliter son impartialité, un durée raisonnable et une compensation financière garantissant au moins l'accès au minimum vital<sup>21</sup>.

Christophe Barbey,  
Juriste, permanent depuis 2006

---

<sup>20</sup> Voir les résolutions du Conseil des Droits de l'Homme, par exemple la résolution du 8 octobre 2013, art. 12 [A/RES/HRC/24/17](#) ou Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 4.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

<sup>21</sup> Avec une APG de 62.- par jour durant l'ER ou son équivalent au service civil, ou en cas d'absence de salaire préalable au service ou de droit à son équivalent, avec 1'800.- par mois ~, le minimum vital n'est pas atteint. Le dernier rapport du haut commissaire aux droits de l'homme mentionne une trop faible rémunération comme étant de nature punitive. [A/HRC/35/4](#), § 21.

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Münchenstein, 10. Oktober 2018

## **Stellungnahme des Vereins für Sozialpsychiatrie Baselland zur Änderung des Zivildienstgesetzes**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### **Einleitung und grundsätzliche Beurteilung**

Der Verein für Sozialpsychiatrie Baselland (VSP) bietet Menschen mit einer psychischen oder psychosozialen Beeinträchtigung eine Tagesstruktur und Raum zum Wohnen und Arbeiten. Zur Unterstützung der Teams zählen wir auf die Mitarbeit von Zivildienstleistenden, die durch ihre tatkräftige Mitarbeit und Anwesenheit Begleitsituationen ermöglichen, die über die Abdeckung des regulären Teams hinaus gehen. Sie schaffen somit Raum, Zeit und Energie für den Kernauftrag, die Begleitung der Menschen.

Der VSP ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### **Kein Handlungsbedarf**

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010, 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

### **Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen**

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoß gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

### **Unklare Auswirkungen**

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Der VSP weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid, ein Zivildienstgesuch einzureichen, ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee, die aussteigen wollen, plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere, die bereit sind, Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Der Verein für Sozialpsychiatrie Baselland (VSP) lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

## Eigene Vorschläge

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet der VSP, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Der VSP schlägt dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.
- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

## Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist der VSP auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für den VSP ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

## Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17, widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1), da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst

den Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Dienstage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

### **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

Der VSP geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Dienstage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Dienstage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen, welche ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht des VSP besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

Der VSP ist der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Der VSP sieht absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildienstage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Dienstage erfüllen (2017: 96.7% aller Dienstage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Dienstage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Dienstage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.

### **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

### **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

Der VSP bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

**Verein für Sozialpsychiatrie BL**



Laura Giger, Assistentin der Verbundleitung Arbeit und zuständig für Zivildienstleistende



Permanence romande pour civilistes et militaires  
Permanence@infodroit.ch ou  
Le mardi de 12 à 14 heures au 026 925 80 66.  
Pour les urgences, 079 524 35 74, veuillez laisser un message.

Flendruz, 16 juin 2018

### Avis de droit

*A qui de droit*

#### **7 mesures du Conseil fédéral destinées à la consultation. Modifications de la loi sur le service civil. 2018**

##### En préalable

1. Le droit à l'objection de conscience est un droit fondamental internationalement reconnu.
2. Il est reconnu par les jurisprudences du Comité des droits de l'homme et de la Cour Européenne des droits de l'homme, il est présent dans la constitution suisse<sup>1</sup>.
3. Ce droit s'appuie essentiellement tant sur le refus impératif de tuer que sur le refus de résoudre les conflits par la violence.
4. Le conflit entre l'obligation constitutionnelle de servir dans l'armée d'une part et la conscience d'autre part (appelé conflit de conscience) peut se manifester sous diverses formes et à divers moments, de façons plus ou moins virulentes ou soudaines, y compris parfois par des somatisations ou des actes de rébellions. La problématique a été largement résolue par deux mesures:
5. 1) Il a été renoncé au « contrôle de conscience » en adoptant le système dit de la preuve par l'acte, soit l'acceptation, par la personne qui demande le service civil d'une durée plus longue pour ce service que celle requise pour le service militaire.

Cette mesure a pour avantage (en plus d'une forte diminution de la charge administrative) d'éviter d'une part l'aggravation et la stigmatisation du conflit de conscience par son besoin de le confronter à la procédure et de libérer d'autre part la personne concernée d'une appréhension et d'une expression intellectuelle et verbalisée de ce conflit, inévitablement discriminatoire selon le niveau d'éducation, et sujette d'autre part à des biais divers, puisque le résultat de l'examen dépendait largement du degré de préparation à celui-ci plutôt que de la nature même, des sources et des raisons du conflit de conscience.

6. Il convient toutefois de noter que ce système de quotité a dès le début présenté un défaut important, au demeurant partiellement caché des civilistes eux-mêmes, dans la mesure où la durée de service civil requise par la loi (1 fois et demie – 1,5 – celle du service militaire encore à faire au moment de la demande) est dans la pratique comparativement différente de la durée du service militaire réellement effectuée par les militaires libérés lorsqu'ils atteignent la limite d'âge. En effet, ceux-ci se voient alors remettre le solde des jours de service non-effectués, alors que les civilistes se voient pénalement condamnés s'ils n'effectuent pas l'entier de leurs jours avant la même limite d'âge (limite par ailleurs par elle-même plus exigeante, puisqu'ils ont plus de jours à effectuer dans le même laps de temps). L'armée a de plus tardé à donner les chiffres permettant de mesurer cette différence des durées respectives des

---

<sup>1</sup> Constitution fédérale (Cst.) [Article 10 sur la droit à la vie](#), [art. 15 sur la liberté de conscience](#), [art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement](#).



services. Pourtant des estimations raisonnables permettaient d'évaluer le nombre de jours de service civil effectués pour les civilistes demandant le service civil pour l'entier de leur périodes de service militaires comme étant environ du double du nombre de jour effectué en moyenne par les soldats terminant leur obligation à la limite d'âge<sup>2</sup>. Actuellement, ce taux semble s'être amélioré un peu, mais la durée comparée du service civil resterait de 1.8 plus élevée que la durée des services militaires, et non pas les 1.5 que stipule la loi. Il conviendra de vérifier les effets de la nouvelle loi sur l'armée sur cette problématique, la limite d'âge n'étant plus un âge fixe (p. ex. 34 ans), mais devenant un nombre de dix années pour faire les services requis après l'école de recrue<sup>3</sup>.

7. De plus la discrimination pénale demeure, puisque contrairement au service civil, aucune mesure permettant d'assurer le rythme et le progrès de la réalisation des périodes de service militaire, mesure accompagnées dans la loi sur le service civil de mesures pénales en cas de retards, n'ont été introduites dans la nouvelle législation sur la l'armée. Ainsi, le civiliste doit accomplir certaines périodes (la première suivant l'admission et la période longue) selon des délais fixes et il ne doit pas lui rester plus d'une certaine proportion de jours à faire avant d'atteindre la limite d'âge. Passé ces délais ou si la proportion de jours restant à faire est trop forte, le civiliste est convoqué d'office pour le surplus ou la période concernée, puis il encoure une peine s'il n'effectue pas la période requise. Il n'existe, pas de système similaire ou aussi contraignant dans l'armée. Pour avoir une vision complète de cette discrimination, pénalement grave, il conviendrait encore de comparer le nombre des dispenses pour justes motifs, lesquelles au demeurant ne font que repousser le problème, dispenses accordées tant pour les civilistes que pour les militaires. Nonobstant, vu la nature différente des système de suivi et de répression des deux sortes d'obligations, puisqu'il y a des condamnations pour retard dus au système de suivi contre les civilistes et qu'il n'y en a pas pour les militaires, la discrimination pénale demeure, tout comme demeurera a priori la discrimination sur les durées.

8. 2) Il importe de souligner que le service civil peut et doit pouvoir être demandé en tout temps, c'est d'ailleurs dans la loi<sup>4</sup>.

9. Cela concerne bien sûr la possibilité de demander le service civil depuis une période de service militaire, mais porte surtout sur la nature du conflit de conscience et relève en partie aussi du droit humanitaire.

10. Ainsi, le conflit de conscience peut se développer par une réflexion autonome, mais il peut aussi surgir, progressivement ou soudainement, face à une circonstance rencontrée dans le cadre du service militaire, par exemple lors de la première prise d'arme (il y a hélas des condamnations pour refus d'ordre de personnes qui font à ce moment-là un blocage psychologique) ou en étant mis en confrontation à une arme particulièrement destructive.

11. Il convient aussi, et c'est d'une grande importance, de citer le cas de l'objection de conscience à un ordre criminel, y compris ou surtout si celui-ci viole le droit humanitaire ; objection qui doit en effet pouvoir être exprimée en tout temps et en particulier de façon immédiate au moment de la réception de l'ordre contesté, cette objection devant alors, selon les circonstances, rejeter non-seulement l'ordre contesté lui-même mais aussi l'ensemble du système qui produit ou maintient cet ordre injuste, à tout le moins si l'ordre est maintenu, car alors seul le refus personnel et complet du système permettant, à défaut de pouvoir l'empêcher, la réalisation de ce ordre illégal et des ses conséquences, de préserver la conscience, et donc l'innocence de la personne confrontée à une telle situation. L'objection de conscience à une circonstance particulière devenant alors une objection au sens usuel du terme, une objection d'ensemble au service militaire<sup>5</sup>.

---

<sup>2</sup> Détail du calcul : <http://www.infodroit.ch/spip.php?article44>

<sup>3</sup> Ordonnance sur les obligations militaires (OMI), 1.1.2018, [art. 19](#).

<sup>4</sup> Loi sur le service civil, [art. 16](#).

<sup>5</sup> Voir par exemple, [Jacques Verhaegen](#) : «Le refus d'obéissance aux ordres manifestement criminels », revue du CICR, vol. 84, n° 845, mars 2002.



### Analyse des mesures proposées

**Mesure 1:** 150 jours de service civil pour toutes personnes n'ayant pas terminés ses « services d'instruction » et ayant moins de 100 jours de service militaire restant.

#### Appréciation générale

12. Par « services d'instruction », il est entendu toutes les périodes de services militaires, à savoir écoles de recrues, écoles de cadres et cours de répétition<sup>6</sup>.

13. La proposition équivaldrait à « condamner », imposer à tout militaire ayant entre 1 et 100 jours de service militaire encore à faire à effectuer 150 jours de service civil.

14. La mesure incite à terminer ses obligations militaires au lieu de demander le service civil.

15. Partant du constat, hautement probable<sup>7</sup>, selon lequel les pertes en effectifs augmentent en fonction de l'âge par lassitude, perte d'intérêt ou en raison de l'augmentation des obligations professionnelles et familiales. Il conviendrait toutefois de disposer des chiffres du nombre des personnes qui quittent l'arme dans ces tranches d'âge soit pour le service civil, soit pour raisons médicales. En effet, si le problème est une question d'emploi du temps, la demande de service civil est d'autant plus contre-productive.

16. A cet aulne, la mesure aura pour effet principal d'augmenter le nombre de demandes médicales et assez peu de diminuer le nombre de service civil. Quand à sa capacité à renforcer la motivation pour l'armée, elle est ici hors contexte – ce n'est pas notre problème ou celui du service civil – et elle n'est que très indirecte, la diminution de l'attrait du service civil n'augmentant pas pour autant l'attrait pour l'armée.

#### Calculs concernant la mesure proposée

17. Dans la pratique, divers types de calculs sont possibles pour déterminer les effets et les proportions de la proposition. Mes connaissances mathématiques sont limitées, donc d'autres calculs sont peut-être possibles ou éventuellement meilleurs, mais ceux-ci révèlent plusieurs des effets pervers de la proposition:

a. Le facteur multipliant le nombre de jours à faire est, avec la proposition exponentiel : La personne qui aurait 1 seul jour d'armée encore à faire se retrouverait à en faire 150 jours, soit 150 fois plus que le nombre de jour d'armée requis.

Dans le détail, un militaire à qui il resterait :

1 cours de répétition (CR), soit 19 jours (150/19), verrait le multiplicateur passer de 1.5 à 7.89

2 cours de répétition, le facteur (150/38) est encore du quadruple (3.94)

3 cours de répétition, le facteur descend à 2.63

4 cours de répétition, le facteur est de 2 (1.97)

5 cours de répétition le facteur est encore de 1.57, soit plus haut que la loi actuelle ou que le facteur attribué aux civilistes ayant encore plus de jours.

Ce n'est donc qu'avec 6 cours de répétition encore à faire, soit avec le nombre total des cours de répétition à faire par les soldats, et donc durant le premier cours de répétition que l'ajout systématique de 150 jours, rejoint le facteur général de 1.5.

*Dit autrement, à quelques jours prêts, quiconque demanderait le service civil après l'école de recrue devrait faire 150 jours de service civil au moins, quelque soit le nombre de jour d'armée restant à faire. Pourquoi ne pas le dire ?*

b. Le calcul peut aussi être fait en tenant compte des jours de service militaires et civils faits au total.

Exemple pour un soldat :

Ecole de recrue de 124 jours, solde 121 jours de service en CR. Total 245<sup>(8)</sup>. Service civil complet, 245 X 1.5 = 367 jours de service civil.

Jours de service mil faits : 244 (au lieu de 245)+150=394 (proposition). Système actuel : 244 + 2 (1 x 1.5) = 246 (actuel). Différence : 148 jours à faire en plus qu'avec le système actuel et ... 27 de plus qu'en ayant demandé le service civil dès le recrutement.

<sup>6</sup> Loi sur l'armée et l'administration militaire (LAAM), [art. 41](#).

<sup>7</sup> La permanence que nous représentons confirme, à sa modeste mesure, cette tendance. Les hommes de plus de 25 ans sont relativement nombreux à vouloir mettre un terme à leurs obligations militaires et leur nombre augmente avec l'âge

<sup>8</sup> OMI, [art. 47](#).



Jours de service faits :  $238 (6 \text{ CR faits}) + 150 = 388$  jours à faire ou (système actuel)  $238 + 9 (6 \times 1.5) = 247$ . Différence : 141 jours de service civil en plus qu'avec le système actuel, mais aussi 21 jours de service (mil et civ) en plus de ce que ce même soldat aurait eu à faire s'il avait demandé le service civil dès la fin du recrutement.

En cela, le service est *punitif parce qu'il impose des jours en plus ... pour avoir accepté de faire presque tout son service militaire !!!*

Jours de service faits :  $219 (5 \text{ CR}) + 150 = 369$  ou (actuel :)  $219 + 39 (26 \times 1.5) = 258$ . Différence : 111 jours de plus que le système actuel, mais encore 2 jours de plus qu'avec un service civil demandé dès l'origine.

Jours de service faits  $200 (4 \text{ CR}) + 150 = 350$  ou actuel  $200 + 68 (45 \times 1.5) = 268$ . Différence : 82 en plus que le système actuel.

A partir d'ici le nombre total de jours faits devient inférieur à un service civil demandé d'emblée et donc les jours de service militaire faits diminuent le nombre total de jours à faire.

Jours de service faits  $181 (3 \text{ CR}) + 150 = 331$  ou  $181 + 96 (64 \times 1.5) = 277$ . Différence, 54 jours de service civil en plus, mais 90 de moins qu'avec un service civil complet.

Jours de service faits  $162 (2 \text{ CR}) + 150 = 312$  ou

Jours de service faits  $143 (1 \text{ CR}) + 150 = 293$  ou  $143 + 156 (101 \times 1.5) = 299$  Différence  $\pm 0$ .

#### Effets pour la pratique

c. Les effets du nouveau système sur les intérêts des candidats civilistes, en termes de jours à faire seraient les suivants :

1) Le facteur de 1.5 s'applique durant l'école de recrue, voir durant le 1<sup>er</sup> CR. Inchangé.

2) Tout jour d'armée fait durant cette période diminue effectivement le nombre total (armée et sc) de jours à faire, par rapport à un service civil complet. Inchangé.

3) Dès le 2<sup>ème</sup> CR et jusqu'au 4<sup>ème</sup> CR, le nouveau système augmente progressivement, par rapport à l'ancien, effet étrange, le nombre de jours total à faire, même si l'on fait ces CR, soit d'avoir à faire encore plus de service en tout parce que l'on fait de l'armée (absurde !), puis d'avoir à faire du service civil en plus, même si le nombre de jours total de service civil et militaire reste inférieur à ce que devrait faire un civiliste de la première heure mis au facteur 1.5).

Exemple : Faire un 2<sup>ème</sup> CR de 19 jours et demander le sc, ajoute en plus de ces 19 jours 17 jours de service en tout (civil et militaire) par rapport au système actuel, dans lequel le civiliste en faisant ce CR épargnerait 9 jours de service civil ( $19 - x 1.5$ ). (Nouveau :  $162 \text{ SM} + 150 \text{ SC} = 312$  Ancien  $162 + 125$  (solde de  $83 \times 1.5$ ) = 287, nouveau = J plus 25. S'il ne fait pas ce CR (ancien  $\text{SM } 143 + \text{SC } 152 (101 \times 1.5) = 295$  soit quelques jours en plus de SC pour ne pas avoir fait ce cours (295 au lieu 287), mais toujours au total 17 jours de moins qu'en faisant ce CR dans le système proposé, lequel augmente donc le nombre de jours à faire sans donner de diminution pour ceux faits.

Idem pour les 3<sup>ème</sup> et 4<sup>ème</sup> CR. Je renonce aux calculs ici, mais le nombre de jours d'armée faits sans diminuer le nombre de jours de service totaux augmentera d'autant, par rapport à quelqu'un qui demande le SC après l'ER ou le 1<sup>er</sup> CR.

4) Dès le 5<sup>ème</sup> CR, le nombre total (SC et SM) de jours à faire devient plus grand que quelqu'un qui demande le service civil dès le 1<sup>er</sup> jour.

d. En résumé, il ne sera intéressant, en terme de jours à faire (ou rentable) de demander le service qu'entre le recrutement et la fin du 1<sup>er</sup> cours de répétition. A l'inverse, toute demande faite ultérieurement augmentera, de plus en plus gravement, la charge totale du nombre de jours à faire, laquelle dépassera, si le SC est demandé durant ou après le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, le nombre de jours à faire pour quelqu'un qui demande le service civil avant l'ER.

18. Tactiquement, pour le soutien aux objecteurs, l'intérêt à demander le service civil entre le recrutement et la fin de l'école de recrue reste similaire. Par contre, plus le militaire avance dans sa carrière militaire, plus la charge de jours augmente, plus il devient difficile de demander le service civil (et plus sera grande le besoin de demander la voie bleue).

19. Cela n'aura pas pour effet de diminuer fortement le nombre de demandes de service civil, puisque les demandes seront soit pour une part reportées plus tôt dans la carrière militaire, soit transformées en demande médicales et que rares seront les personnes qui en fin de carrière militaire décideront de finir leur service plutôt que de sortir de l'armée, d'une façon ou d'une autre.



### La durée du service civil en droit

20. En droit Suisse, le facteur légal de 1.5 est le même depuis l'origine. Avec toutefois la réserve présentée ci-dessus au point 6 concernant la durée effective (et non légale) située aux environs de 1.8.

21. Le droit international, le Comité des droits de l'homme et la Cour européenne des droits de l'homme, tiennent de jurisprudence constante le fait que le service civil doit être de nature civile et non-punitif.

22. Une durée supérieure au double du service militaire à remplacer est considérée comme excessive<sup>9</sup>. Ainsi, l'attribution à toute personne ayant moins de 75 jours de service militaire à faire de 150 jours de service civil serait contraire au droit international.

23. Mais c'est dans son ensemble, ou à tout le moins dès le 2<sup>ème</sup> cours de répétition, que la mesure est discriminatoire. D'abord parce que plus, ils servent dans l'armée, plus elle pénalise les militaires qui demandent le service civil. Ensuite, parce qu'elle traite différemment des personnes dans des situations similaires, à savoir des personnes présentant une demande de service civil, demande qui est de même nature quel que soit le moment où elle est faite et pour laquelle le nombre de jours de service militaire accomplis n'a aucune incidence, sauf peut-être à renforcer le besoin de présenter une objection de conscience, ce qui reste sans influence aucune sur le droit fondamental à demander le service civil.

24. La loi sur le service civil pose comme principe que la charge du service civil devrait équivalente à celle de l'armée<sup>10</sup>. Toutefois la mesure proposée, en tous les cas dès le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, puisque la charge en jours à faire est alourdie au-delà de ce que le militaire aurait à faire en demandant le service civil avant l'école de recrue. Ainsi, non-seulement, la personne concernée effectue la plus large part de son service militaire (les 3/4), mais elle y voit ajoutée une part importante de service civil (150/367) soit presque la moitié du service civil en plus, pour un total qui dépasse ce qu'elle aurait eu à faire tant à l'armée qu'avec un service civil entier. A ce titre, la mesure est non seulement dissuasive, mais discriminatoire dans la mesure où elle pénalise ceux qui ont déjà fait beaucoup d'armée (ne devraient-ils pas au contraire être pour cela remerciés ?).

25. Par ailleurs, le droit à l'objection de conscience étant un droit fondamental, toute forme de dissuasion, en entravant son libre exercice, est déjà une violation du droit.

26. Et il est finalement, à mon sens, difficile la nature punitive de la mesure, puisque ce sont ceux-là même, qui ont le plus servi dans l'armée, qui se voient le plus pénalisés.

### Résumé :

- Violation du droit international sur la durée du service civil.
- Discrimination entre les civilistes « d'origine » et ceux qui demandent le service civil au cours de leur carrière militaire (l'objection reste la même, pour les mêmes motifs et contre le même service militaire, seule change la situation militaire).
- Mesure probablement punitive.
- Mesure simple en apparence, mais particulièrement compliquée à comprendre et à calculer, entre autres pour les personnes concernées.

---

<sup>9</sup> ONU, Comité des droits de l'homme: Foin v France (Communication No. 666/1995), CCPR/C/D/666/1995, 9 November 1999, para. 10.3, entre autres jurisprudence. Voir aussi: Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 8.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUINO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>  
Il existe aussi une traduction allemande de document, p. 21 : [http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV\\_2014-3\\_KDVundAsyl.pdf](http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV_2014-3_KDVundAsyl.pdf)

Voir aussi le rapport quadriennal du Haut Commissaire aux Droits de l'Homme sur l'objection de conscience, 1.5.2017, § 22.  
<http://www.undocs.org/fr/A/HRC/35/4>

<sup>10</sup> LSC 5



### **Mesure 2 :**

Délai d'attente de 12 mois entre le dépôt de la demande et l'admission, avec obligation de faire les périodes de service militaires prévues.

27. La mesure est contraire à la constitution. Celle-ci prévoit, textuellement : « un service de remplacement »<sup>11</sup>. Or un *remplacement du service* n'est en aucun cas un service de remplacement *différé* avec maintien du service à remplacer, en attente du service de remplacement.

Des délais pour la mise en œuvre, par la personne concernée comme par l'administration, du service de remplacement sont acceptable, voir le maintien des obligations en attente de la décision d'admission<sup>12</sup>, mais en aucun le droit à l'objection de conscience ne saurait-il être suspendu.

28. De plus, la proposition est largement impraticable et passablement conflictogène. Les civilistes concernés ne se gêneront pas pour demander des reports, se faire porter malade ou pour ne pas se présenter et leur motifs de conscience finissant toujours par être reconnus, ils ne seront, s'ils sont que partiellement et inégalement sanctionnés pour ces déflections. Sans parler de la charge administrative supplémentaire pour les administrations cantonales.

### Résumé

- Mesure contraire à la constitution.
- Discrimination entre les civilistes qui font une demande avant l'école de recrue, lesquels ne sont pas condamnés à des périodes militaires et ceux qui la font après l'ER, qui doivent en faire ou, vaille que vaille, les faire annuler.
- Mesure de nature à créer de nombreuses difficultés administratives tant pour les conscrits et les civilistes que pour l'administration.

### **Mesure 3 :**

29. Suppression du facteur 1.1 et passage au facteur 1.5 pour les officiers et les sous-officiers supérieurs.

30. Les personnes concernées sont relativement peu nombreuses. Elles ont néanmoins les mêmes droits. Mais surtout toutes ces personnes, qui ont été obligées de revêtir ces fonctions d'encadrement, ont déjà servi, au moment de la demande d'admission au service civil plus de jours d'armée que ne servent les civilistes qui n'en a fait aucun. Le moins gradé de ceux-ci servira un total 440 jours de services au lieu de 245<sup>13</sup>. Pour obtenir son grade, il en aura déjà fait presque autant qu'un soldat normal. Et le solde de jour à faire, qu'il soit multiplié par 1.1. ou 1.5 dépassera de toutes façons le nombre maximal de jours effectués par un civiliste ne faisant pas d'armée du tout.

31. Sachant que l'obligation de grader est imposée, même avec un facteur 1.1, la personne qui demande le service civil alors qu'elle a déjà revêtu son grade est discriminée par rapport à un civiliste qui demande le service avant de recevoir le moindre grade. Augmenté cette durée plus encore, alors que la personne gradée sert déjà plus que toute autre personne sans garde, apparaît là aussi comme punitive.

### Résumé

- En conjonction avec la discrimination décrite ci-après, violation du droit international sur la durée du service de remplacement.
- Discrimination entre les officiers et sous-officiers supérieurs d'une part et les soldats d'autre part en raison d'abord de l'obligation de grader d'abord, pour laquelle les premiers ne peuvent rien, puis du fait qu'en raison de cette obligation, ils ont déjà effectué, contre leur gré, une durée de service aussi importante que les soldats, durée sur laquelle vient ensuite s'ajouter une très longue durée de service civil supplémentaire. Dit autrement, le soldat qui demande le service civil évite non-seulement de grader, mais tous les jours de service civil supplémentaires en cas de conflit de conscience alors que l'officier, qui est en droit de développer un conflit de conscience à tout moment, en est d'autant plus pénalisé.

<sup>11</sup> [Art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement.](#)

<sup>12</sup> [LSC 17 et 17a.](#)

<sup>13</sup> [OMI 47](#)



- Mesure qui ne touche qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 4 :**

32. Interdiction faite aux médecins de faire du service civil en tant que médecins.

33. Là encore, la mesure ne concerne que très peu de personnes. Les médecins ont en moyenne au moins 26-27 ans à la fin de leur formation et ce moment-là, la plupart des périodes longues sont faites. Mais quand bien même, faut-il priver les hôpitaux de ces médecins-là ?

34. Par ailleurs, la mesure est à nouveau discriminatoire ; pourquoi les médecins et pas les géologues, les travailleurs sociaux ou les enseignants ? Là ce ne serait plus seulement certains civilistes, mais tout le service d'intérêt public qui tendrait à être victime d'une vision trop étroite des possibilités de service civil.

35. Enfin, il existe certes une disposition qui interdit certaines affectations en fonction de la personne du civiliste, en particulier si elle favorise sa formation<sup>14</sup>. Et c'est probablement, dans ce contexte que la proposition s'inspirerait. Mais à nouveau, certains militaires exercent des fonctions militaires en lien avec leur profession – et pas seulement des médecins ! – en quoi des civilistes n'auraient-ils pas le droit d'en faire autant ?

#### Résumé

- Mesure hautement discriminatoire (par professions).
- Mesure ne touchant (en l'état, que les médecins) qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 5 :**

36. Pas d'admission au service civil pour les personnes pour lesquelles il ne reste plus de jours de service, mais pour lesquelles il reste des tirs obligatoires.

37. La question est controversée depuis longtemps. Seul sont concernés les militaires en service long, qui restent incorporés ensuite pendant 4 ans<sup>15</sup>. Il conviendrait de savoir combien il y a eu de cas.

38. Pour rappel, les militaires ont la possibilité de déposer l'arme, sans motifs, s'ils ne souhaitent pas la conserver, mais cela ne les dispense pas des tirs<sup>16</sup>.

39. D'abord, il convient de rappeler que l'exécution de tirs obligatoires, dans le cadre d'un service militaire, même terminé, peuvent donner lieu à conflit de conscience, qui plus est si celui-ci peut avoir à se manifester durant une période de 4 ans.

40. En ce sens, la mesure ignore et passe complètement à côté, nie un problème qu'il y aurait pourtant lieu de résoudre.

41. A mon sens, une procédure plus simple qu'une admission au service civil devrait permettre, par exemple mais en tous les cas pour motifs de conscience légitimes, de remettre l'arme définitivement et d'être ainsi dispensé des tirs obligatoires.

#### Résumé

- Violation du droit à l'objection de conscience
- Mesure administrative inadéquate
- Mesure ne touchant qu'un nombre limité de personne

#### **Mesure 6 :**

42. Les civilistes sont tenus de faire une période de service civil par année dès l'admission.

---

<sup>14</sup> [LSC 4a](#)

<sup>15</sup> [LAAM 54a](#)

<sup>16</sup> Ordonnance concernant l'équipement personnel des militaires (OEPM), [art. 6a](#).



43. La mesure existe déjà, [art. 39a](#) de l'ordonnance sur le service civil : « La personne astreinte au service civil *effectue chaque année* des affectations de service civil d'une durée de 26 jours au moins à partir de la deuxième année civile au plus tard ».

44. Les reports étant relativement fréquents, on peut se demander si c'est ceux-ci qu'il s'agit de limiter, mais le texte de la mesure est pour le surplus inutile.

#### Résumé

- Proposition de mesure incompétente, mesure déjà prévue par la loi.

#### Mesure 7 :

45. Obligation pour les personnes en service long, d'effectuer la période longue de service civile dans l'année qui suit (et non pas dans les trois ans qui suivent) l'admission au service civil.

46. Imposer un service civil long est une vieille mesure de 2011, que le Tribunal administratif fédéral avait annulée en raison de [l'article 20 de la LSC](#) qui stipule que le SC peut être fait en une ou plusieurs périodes<sup>17</sup>.

47. Depuis toujours, nous recommandons aux militaires en service long de passer d'abord au service normal, avant de demander le service civil, entre autres afin d'éviter le surplus de jours, actuellement 55 jours de service militaire ou 82 jours de service civil en plus<sup>18</sup>. Notre recommandation ne changera pas.

48. De plus, la mesure ne prévoit cette obligation que si l'école de recrue n'est pas terminée, or l'école de recrue est considérée comme terminée si 80% de ses jours ont été accomplis<sup>19</sup>; soit pour une école usuelle de 124 jours, dès le 100<sup>ème</sup> jour d'école de recrue. Mais dans la pratique, la demande de service civil peut être faite quelques jours plutôt, puisque celle-ci prend quelques jours, voir semaines à condition pour cela que l'admission à la fin du processus de demande intervienne après le 100<sup>ème</sup> jour de service.

49. Que ce soit en passant au service normal et en attendant les 80% de son service militaire (dans des conditions « suffisantes ») – si encore au service long avec les jours en sus – il est très facile d'éviter cette mesure et peu nombreux sont ceux qui se retrouveront à devoir faire une période longue ou leur période longue de service civile dans l'année qui suit. Au demeurant si un plan de carrière avait prévu une mise en suspend de celui-ci pour le service militaire long, avec une libération en fin d'école de recrue et une affectation longue trouvée rapidement, celle-ci peut être faite dans le temps préalablement dévolu au service militaire long.

50. La mesure est aussi discriminatoire puisqu'elle traite plus durement les militaires en service long que les militaires en service normal d'une part, et alors plus durement que les civilistes n'ayant pas débuté l'école de recrue d'autre part.

#### Résumé

- Mesure facile à contourner, voire à accommoder.
- Mesure ne concernant alors plus qu'un nombre limité de personne.
- Mesure discriminatoire.

#### Considérations finales

51. Les mesures 1 et 3 violent le droit international sur la durée du service civil.

52. La mesure 2 viole la constitution sur la notion de service de remplacement et la mesure 5 viole la constitution sur le droit à un service de remplacement.

53. Les mesures 1, 3, 4 et 7 sont clairement discriminatoires et violent à un titre ou un autre l'égalité de traitement.

54. Les mesures 3, 4, 5 et 7 ne touchent que – mais gravement – un nombre limité de personnes. À ce titre, le but premier de ces mesures n'est probablement pas ou que partiellement de toucher ces personnes-là, voire de les maintenir dans l'armée mais de donner l'impression qu'il est difficile ou déconseillé, qu'il est

<sup>17</sup> <http://www.infodroit.ch/spip.php?article91>

<sup>18</sup> [OMI 111](#)

<sup>19</sup> [OMI 57](#) ou [37 ordonnance sur le service civil \(OSI\)](#) (même teneur).



même dissuadé de sortir de l'armée. Un tel but viole le droit au service civil et un service civil non-discriminatoire et non-punitif.

55. Il convient d'ajouter à ce propos que les instances et jurisprudences internationales ont reconnus sans hésiter le droit à l'objection de conscience pour les appelés, comme pour les volontaires et les professionnels. Autrement dit et pour ce qui nous occupe ici, le droit à l'objection de conscience et au service de remplacement est et reste le même, ne saurait donc subir d'aggravation dans l'exercice du droit, soit l'accès au service civil, comme dans sa réalisation, soit l'accomplissement du service civil, que la personne concernée aie commencé ou non à servir dans l'armée<sup>20</sup>.

56. Les mesures 2, 3 et 4 supposent des difficultés de mise en œuvre particulièrement importantes. La mesure 5 pourrait faire l'objet d'une simplification administrative.

57. La mesure 6 est inutile, une aberration puisqu'elle préconise quelque chose qui existe déjà.

58. L'analyse de l'ensemble de ces mesures donne l'impression forte que l'armée est très embarrassée, mal à l'aise en raison des demandes service civil issues des ses rangs.

59. Ainsi quand bien même l'ensemble de ces mesures, si elles venaient à être mise en œuvre, aurait pourrait effet d'inciter les conscrits à demander le service civil bien plus tôt, ce qui n'est pas utile à l'armée non plus, il conviendrait de combattre ces mesures pour les effets et les complications graves qu'elles imposent, en toutes sortes de circonstances, aux militaires.

60. Il convient aussi de constater que les mesures proposées font preuve d'une méconnaissance, tant du droit international que du droit constitutionnel suisse qui confine à l'impréparation, voire au mépris, tant des civilistes que des militaires.

61. Enfin, dans le cadre des réactions à ces propositions de mesures, il conviendra de rappeler certaines ou l'ensemble de nos revendications de base, à savoir une présence civile lors du recrutement afin de faciliter son impartialité, un durée raisonnable et une compensation financière garantissant au moins l'accès au minimum vital<sup>21</sup>.

Christophe Barbey,  
Juriste, permanent depuis 2006

---

<sup>20</sup> Voir les résolutions du Conseil des Droits de l'Homme, par exemple la résolution du 8 octobre 2013, art. 12 [A/RES/HRC/24/17](#) ou Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 4.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

<sup>21</sup> Avec une APG de 62.- par jour durant l'ER ou son équivalent au service civil, ou en cas d'absence de salaire préalable au service ou de droit à son équivalent, avec 1'800.- par mois ~, le minimum vital n'est pas atteint. Le dernier rapport du haut commissaire aux droits de l'homme mentionne une trop faible rémunération comme étant de nature punitive. [A/HRC/35/4](#), § 21.

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Verein Grünwerk  
Mensch und Natur

Rosenstrasse 11  
8400 Winterthur  
Telefon 052 213 90 11  
Telefax 052 213 90 12

verein@verein-gruenwerk.ch  
www.verein-gruenwerk.ch

grünwerk

Winterthur, 4. Oktober 2018

## **Stellungnahme des Vereins Grünwerk – Mensch und Natur zur Änderung des Zivildienstgesetzes**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### **Einleitung und grundsätzliche Beurteilung**

Der Verein Grünwerk ist ein Zivildienst-Einsatzbetrieb im Kanton Zürich und beschäftigt jährlich über 100 Zivildienstleistende Personen. Im Auftrag der öffentlichen Hand führen wir Pflege- und Aufwertungsarbeiten in Naturschutzgebieten aus.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

## **Kein Handlungsbedarf**

Sowohl die drei Bericht des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

## **Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen**

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoss gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

Die Zivildienstleistenden führen beim Verein Grünwerk bei Hitze, Regen und Kälte körperlich anstrengende Arbeiten aus, sind motiviert und engagiert. Sie leisten einen wichtigen Beitrag für die Bevölkerung, in dem sie die Biodiversität erhalten und unsere Naherholungsgebiete pflegen. Der Dienst dauert bereits jetzt das 1,5-fache eines Militärdienstes. Für den Verein Grünwerk ist das Tatbeweis genug und wir sind stolz auf das, was die Zivis tagtäglich leisten!

## **Unklare Auswirkungen**

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Der Verein Grünwerk weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen

Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Der Verein Grünwerk lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

### **Eigene Vorschläge**

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet der Verein Grünwerk, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Der Verband CIVIVA schlägt dazu folgende Massnahmen vor, denen sich der Verein Grünwerk anschliesst:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.
- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

### **Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist der Verein Grünwerk auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SIK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für den Verein Grünwerk ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

### **Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Diensttage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

### **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

Der Verein Grünwerk geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Diensttage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Diensttage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht des Vereins Grünwerk besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

Der Verein Grünwerk ist der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Der Verein Grünwerk sieht absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildiensttage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der

Regel alle verfügbaren Dienstage erfüllen (2017: 96.7% aller Dienstage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Dienstage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Dienstage übrig, wie die Mindestdauer verlangt. Für den Verein Grünwerk sind Zivildiensteinsätze von mehreren Monaten sehr wertvoll. Längere Einsätze sind für die Einsatzbetriebe nutzbringend und für die Zivildienstleistenden oft befriedigender, weil sie vielfältiger eingesetzt werden und mehr Verantwortung übernehmen können.

### **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

### **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

Der Verein Grünwerk bedauert, dass sich der Bundesrat durch die undurchdachte und volkswirtschaftlich widersinnige Argumentation der Zivildienst-Gegner beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist. Der Verein Grünwerk ist entschieden dagegen, dass der Zivildienst gegenüber dem Militärdienst ausgespielt wird, ohne dass dabei der Nutzen der Zivis für die Gesellschaft gebührend zu beachten.

Die Pflege der Naturschutzgebiete ist eine wichtige staatliche Aufgabe. Viele Schutzgebiete, in denen der Verein Grünwerk mit Zivis arbeiten, sind im Bundesinventar für Moorlandschaften verzeichnet und stehen unter staatlicher Obhut. Die Pflege der Schutzgebiete ist sehr handarbeitsintensiv und kann kaum mehr durch die moderne Landwirtschaft ausgeführt werden. Erst dank den Einsätzen mit Zivildienstleistenden haben die kantonalen Naturschutzfachstellen die Ressourcen, um die richtige

Pflege zu gewährleisten. Mit der geplanten Reform werden in Zukunft weniger Zivis für die Einsätze in den Naturschutzgebieten zur Verfügung stehen. Der Bund schwächt ein gut funktionierendes System ohne Alternativen aufzuzeigen. Leidtragend wird die Gesellschaft sein, welche gemeinnützige Einsätze der Zivildienstleistenden verlieren wird. Leidtragend werden auch die jungen Männer sein, die von der Politik bei ihrem Einsatz für die Gesellschaft schikaniert werden.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüßen.

Im Namen des Vereins Grünwerk



Martin Gattiker  
Stv. Geschäftsführer



Philip Danuser  
Stv. Bereichsleiter Zivildienst

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Nänikon, 4. Oktober 2018

## Stellungnahme des Vereins Konkret zur Änderung des Zivildienstgesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### Einleitung und grundsätzliche Beurteilung

Der Verein Konkret ist ein Zivildienst-Einsatzbetrieb im Zürcher Oberland und beschäftigt jährlich rund 100 Zivis. Im Auftrag der öffentlichen Hand führen wir Pflege- und Aufwertungsarbeiten in Naturschutzgebieten aus.

Der Verein Konkret ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### Kein Handlungsbedarf

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein

Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

### **Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen**

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoß gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

Die Zivildienstleistenden führen beim Verein Konkret bei Hitze, Regen und Kälte körperlich anstrengende Arbeiten aus, sind motiviert und engagiert. Sie leisten einen wichtigen Beitrag für die Bevölkerung, in dem sie die Biodiversität erhalten und unsere Naherholungsgebiete pflegen. Der Dienst dauert bereits jetzt das 1,5-fache eines Militärdienstes. Für den Verein Konkret ist das Tatbeweis genug und wir sind stolz auf das, was die Zivis tagtäglich leisten!

### **Unklare Auswirkungen**

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Der Verein Konkret weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Der Verein Konkret lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

## Eigene Vorschläge

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet der Verein Konkret, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Der Verband CIVIVA schlägt dazu folgende Massnahmen vor, denen sich der Verein Konkret anschliesst:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.
- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

## Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist der Verein Konkret auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für den Verein Konkret ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

## Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst

Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Diensttage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

### **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

Der Verein Konkret geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Diensttage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Diensttage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht des Vereins Konkret besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

Der Verein Konkret ist der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Der Verein Konkret sieht absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildiensttage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Diensttage erfüllen (2017: 96.7% aller Diensttage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Diensttage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS

entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Dienstage übrig, wie die Mindestdauer verlangt. Für den Verein Konkret sind Zivildiensteinsätze von mehreren Monaten sehr wertvoll. Längere Einsätze sind für die Einsatzbetriebe nutzbringend und für die Zivildienstleistenden oft befriedigender, weil sie vielfältiger eingesetzt werden und mehr Verantwortung übernehmen können.

### **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

### **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

Der Verein Konkret bedauert, dass sich der Bundesrat durch die undurchdachte und volkswirtschaftlich widersinnige Argumentation der Zivildienst-Gegner beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist. Der Verein Konkret ist entschieden dagegen, dass der Zivildienst gegenüber dem Militärdienst ausgespielt wird, ohne dass dabei der Nutzen der Zivis für die Gesellschaft gebührend zu beachten.

Die Pflege der Naturschutzgebiete ist eine wichtige staatliche Aufgabe. Viele Schutzgebiete, in denen der Verein Konkret mit Zivis arbeiten, sind im Bundesinventar für Moorlandschaften verzeichnet und stehen unter staatlicher Obhut. Die Pflege der Schutzgebiete ist sehr handarbeitsintensiv und kann kaum mehr durch die moderne Landwirtschaft ausgeführt werden. Erst dank den Einsätzen mit Zivildienstleistenden haben die kantonalen Naturschutzfachstellen die Ressourcen, um die richtige Pflege zu gewährleisten. Mit der geplanten Reform werden in Zukunft weniger Zivis für die Einsätze in den Naturschutzgebieten zur Verfügung stehen. Der Bund schwächt ein gut funktionierendes System ohne Alternativen aufzuzeigen. Leidtragend wird die Gesellschaft sein, welche gemeinnützige Einsätze der Zivildienstleistenden verlieren wird. Leidtragend werden auch die jungen Männer sein, die von der Politik bei ihrem Einsatz für die Gesellschaft schikaniert werden.

## KONKRET > Naturschutz

Verein Konkret | Schwerzistrasse 60 | 8606 Nänikon  
044 940 22 26 | info@verein-konkret.ch | www.verein-konkret.ch

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüßen.

Im Namen des Vereins Konkret



Marco Ghelfi  
Präsident



Manuel Restle  
Stv. Geschäftsführer



Permanence romande pour civilistes et militaires  
Permanence@infodroit.ch ou  
Le mardi de 12 à 14 heures au 026 925 80 66.  
Pour les urgences, 079 524 35 74, veuillez laisser un message.

Flendruz, 16 juin 2018

### Avis de droit

*A qui de droit*

#### **7 mesures du Conseil fédéral destinées à la consultation. Modifications de la loi sur le service civil. 2018**

##### En préalable

1. Le droit à l'objection de conscience est un droit fondamental internationalement reconnu.
2. Il est reconnu par les jurisprudences du Comité des droits de l'homme et de la Cour Européenne des droits de l'homme, il est présent dans la constitution suisse<sup>1</sup>.
3. Ce droit s'appuie essentiellement tant sur le refus impératif de tuer que sur le refus de résoudre les conflits par la violence.
4. Le conflit entre l'obligation constitutionnelle de servir dans l'armée d'une part et la conscience d'autre part (appelé conflit de conscience) peut se manifester sous diverses formes et à divers moments, de façons plus ou moins virulentes ou soudaines, y compris parfois par des somatisations ou des actes de rébellions. La problématique a été largement résolue par deux mesures:
5. 1) Il a été renoncé au « contrôle de conscience » en adoptant le système dit de la preuve par l'acte, soit l'acceptation, par la personne qui demande le service civil d'une durée plus longue pour ce service que celle requise pour le service militaire.

Cette mesure a pour avantage (en plus d'une forte diminution de la charge administrative) d'éviter d'une part l'aggravation et la stigmatisation du conflit de conscience par son besoin de le confronter à la procédure et de libérer d'autre part la personne concernée d'une appréhension et d'une expression intellectuelle et verbalisée de ce conflit, inévitablement discriminatoire selon le niveau d'éducation, et sujette d'autre part à des biais divers, puisque le résultat de l'examen dépendait largement du degré de préparation à celui-ci plutôt que de la nature même, des sources et des raisons du conflit de conscience.

6. Il convient toutefois de noter que ce système de quotité a dès le début présenté un défaut important, au demeurant partiellement caché des civilistes eux-mêmes, dans la mesure où la durée de service civil requise par la loi (1 fois et demie – 1,5 – celle du service militaire encore à faire au moment de la demande) est dans la pratique comparativement différente de la durée du service militaire réellement effectuée par les militaires libérés lorsqu'ils atteignent la limite d'âge. En effet, ceux-ci se voient alors remettre le solde des jours de service non-effectués, alors que les civilistes se voient pénalement condamnés s'ils n'effectuent pas l'entier de leurs jours avant la même limite d'âge (limite par ailleurs par elle-même plus exigeante, puisqu'ils ont plus de jours à effectuer dans le même laps de temps). L'armée a de plus tardé à donner les chiffres permettant de mesurer cette différence des durées respectives des

---

<sup>1</sup> Constitution fédérale (Cst.) [Article 10 sur la droit à la vie](#), [art. 15 sur la liberté de conscience](#), [art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement](#).



services. Pourtant des estimations raisonnables permettaient d'évaluer le nombre de jours de service civil effectués pour les civilistes demandant le service civil pour l'entier de leur périodes de service militaires comme étant environ du double du nombre de jour effectué en moyenne par les soldats terminant leur obligation à la limite d'âge<sup>2</sup>. Actuellement, ce taux semble s'être amélioré un peu, mais la durée comparée du service civil resterait de 1.8 plus élevée que la durée des services militaires, et non pas les 1.5 que stipule la loi. Il conviendra de vérifier les effets de la nouvelle loi sur l'armée sur cette problématique, la limite d'âge n'étant plus un âge fixe (p. ex. 34 ans), mais devenant un nombre de dix années pour faire les services requis après l'école de recrue<sup>3</sup>.

7. De plus la discrimination pénale demeure, puisque contrairement au service civil, aucune mesure permettant d'assurer le rythme et le progrès de la réalisation des périodes de service militaire, mesure accompagnées dans la loi sur le service civil de mesures pénales en cas de retards, n'ont été introduites dans la nouvelle législation sur la l'armée. Ainsi, le civiliste doit accomplir certaines périodes (la première suivant l'admission et la période longue) selon des délais fixes et il ne doit pas lui rester plus d'une certaine proportion de jours à faire avant d'atteindre la limite d'âge. Passé ces délais ou si la proportion de jours restant à faire est trop forte, le civiliste est convoqué d'office pour le surplus ou la période concernée, puis il encoure une peine s'il n'effectue pas la période requise. Il n'existe, pas de système similaire ou aussi contraignant dans l'armée. Pour avoir une vision complète de cette discrimination, pénalement grave, il conviendrait encore de comparer le nombre des dispenses pour justes motifs, lesquelles au demeurant ne font que repousser le problème, dispenses accordées tant pour les civilistes que pour les militaires. Nonobstant, vu la nature différente des système de suivi et de répression des deux sortes d'obligations, puisqu'il y a des condamnations pour retard dus au système de suivi contre les civilistes et qu'il n'y en a pas pour les militaires, la discrimination pénale demeure, tout comme demeurera a priori la discrimination sur les durées.

8. 2) Il importe de souligner que le service civil peut et doit pouvoir être demandé en tout temps, c'est d'ailleurs dans la loi<sup>4</sup>.

9. Cela concerne bien sûr la possibilité de demander le service civil depuis une période de service militaire, mais porte surtout sur la nature du conflit de conscience et relève en partie aussi du droit humanitaire.

10. Ainsi, le conflit de conscience peut se développer par une réflexion autonome, mais il peut aussi surgir, progressivement ou soudainement, face à une circonstance rencontrée dans le cadre du service militaire, par exemple lors de la première prise d'arme (il y a hélas des condamnations pour refus d'ordre de personnes qui font à ce moment-là un blocage psychologique) ou en étant mis en confrontation à une arme particulièrement destructive.

11. Il convient aussi, et c'est d'une grande importance, de citer le cas de l'objection de conscience à un ordre criminel, y compris ou surtout si celui-ci viole le droit humanitaire ; objection qui doit en effet pouvoir être exprimée en tout temps et en particulier de façon immédiate au moment de la réception de l'ordre contesté, cette objection devant alors, selon les circonstances, rejeter non-seulement l'ordre contesté lui-même mais aussi l'ensemble du système qui produit ou maintient cet ordre injuste, à tout le moins si l'ordre est maintenu, car alors seul le refus personnel et complet du système permettant, à défaut de pouvoir l'empêcher, la réalisation de ce ordre illégal et des ses conséquences, de préserver la conscience, et donc l'innocence de la personne confrontée à une telle situation. L'objection de conscience à une circonstance particulière devenant alors une objection au sens usuel du terme, une objection d'ensemble au service militaire<sup>5</sup>.

---

<sup>2</sup> Détail du calcul : <http://www.infodroit.ch/spip.php?article44>

<sup>3</sup> Ordonnance sur les obligations militaires (OMI), 1.1.2018, [art. 19](#).

<sup>4</sup> Loi sur le service civil, [art. 16](#).

<sup>5</sup> Voir par exemple, [Jacques Verhaegen](#) : «Le refus d'obéissance aux ordres manifestement criminels », revue du CICR, vol. 84, n° 845, mars 2002.



### Analyse des mesures proposées

**Mesure 1:** 150 jours de service civil pour toutes personnes n'ayant pas terminés ses « services d'instruction » et ayant moins de 100 jours de service militaire restant.

#### Appréciation générale

12. Par « services d'instruction », il est entendu toutes les périodes de services militaires, à savoir écoles de recrues, écoles de cadres et cours de répétition<sup>6</sup>.

13. La proposition équivaudrait à « condamner », imposer à tout militaire ayant entre 1 et 100 jours de service militaire encore à faire à effectuer 150 jours de service civil.

14. La mesure incite à terminer ses obligations militaires au lieu de demander le service civil.

15. Partant du constat, hautement probable<sup>7</sup>, selon lequel les pertes en effectifs augmentent en fonction de l'âge par lassitude, perte d'intérêt ou en raison de l'augmentation des obligations professionnelles et familiales. Il conviendrait toutefois de disposer des chiffres du nombre des personnes qui quittent l'arme dans ces tranches d'âge soit pour le service civil, soit pour raisons médicales. En effet, si le problème est une question d'emploi du temps, la demande de service civil est d'autant plus contre-productive.

16. A cet aune, la mesure aura pour effet principal d'augmenter le nombre de demandes médicales et assez peu de diminuer le nombre de service civil. Quand à sa capacité à renforcer la motivation pour l'armée, elle est ici hors contexte – ce n'est pas notre problème ou celui du service civil – et elle n'est que très indirecte, la diminution de l'attrait du service civil n'augmentant pas pour autant l'attrait pour l'armée.

#### Calculs concernant la mesure proposée

17. Dans la pratique, divers types de calculs sont possibles pour déterminer les effets et les proportions de la proposition. Mes connaissances mathématiques sont limitées, donc d'autres calculs sont peut-être possibles ou éventuellement meilleurs, mais ceux-ci révèlent plusieurs des effets pervers de la proposition:

a. Le facteur multipliant le nombre de jours à faire est, avec la proposition exponentiel : La personne qui aurait 1 seul jour d'armée encore à faire se retrouverait à en faire 150 jours, soit 150 fois plus que le nombre de jour d'armée requis.

Dans le détail, un militaire à qui il resterait :

1 cours de répétition (CR), soit 19 jours (150/19), verrait le multiplicateur passer de 1.5 à 7.89

2 cours de répétition, le facteur (150/38) est encore du quadruple (3.94)

3 cours de répétition, le facteur descend à 2.63

4 cours de répétition, le facteur est de 2 (1.97)

5 cours de répétition le facteur est encore de 1.57, soit plus haut que la loi actuelle ou que le facteur attribué aux civilistes ayant encore plus de jours.

Ce n'est donc qu'avec 6 cours de répétition encore à faire, soit avec le nombre total des cours de répétition à faire par les soldats, et donc durant le premier cours de répétition que l'ajout systématique de 150 jours, rejoint le facteur général de 1.5.

*Dit autrement, à quelques jours prêts, quiconque demanderait le service civil après l'école de recrue devrait faire 150 jours de service civil au moins, quelque soit le nombre de jour d'armée restant à faire. Pourquoi ne pas le dire ?*

b. Le calcul peut aussi être fait en tenant compte des jours de service militaires et civils faits au total.

Exemple pour un soldat :

Ecole de recrue de 124 jours, solde 121 jours de service en CR. Total 245<sup>(8)</sup>. Service civil complet, 245 X 1.5 = 367 jours de service civil.

Jours de service mil faits : 244 (au lieu de 245)+150=394 (proposition). Système actuel : 244 + 2 (1 x 1.5) = 246 (actuel). Différence : 148 jours à faire en plus qu'avec le système actuel et ... 27 de plus qu'en ayant demandé le service civil dès le recrutement.

<sup>6</sup> Loi sur l'armée et l'administration militaire (LAAM), [art. 41](#).

<sup>7</sup> La permanence que nous représentons confirme, à sa modeste mesure, cette tendance. Les hommes de plus de 25 ans sont relativement nombreux à vouloir mettre un terme à leurs obligations militaires et leur nombre augmente avec l'âge

<sup>8</sup> OMI, [art. 47](#).



Jours de service faits :  $238 (6 \text{ CR faits}) + 150 = 388$  jours à faire ou (système actuel)  $238 + 9 (6 \times 1.5) = 247$ . Différence : 141 jours de service civil en plus qu'avec le système actuel, mais aussi 21 jours de service (mil et civ) en plus de ce que ce même soldat aurait eu à faire s'il avait demandé le service civil dès la fin du recrutement.

En cela, le service est *punitif parce qu'il impose des jours en plus ... pour avoir accepté de faire presque tout son service militaire !!!*

Jours de service faits :  $219 (5 \text{ CR}) + 150 = 369$  ou (actuel :)  $219 + 39 (26 \times 1.5) = 258$ . Différence : 111 jours de plus que le système actuel, mais encore 2 jours de plus qu'avec un service civil demandé dès l'origine.

Jours de service faits  $200 (4 \text{ CR}) + 150 = 350$  ou actuel  $200 + 68 (45 \times 1.5) = 268$ . Différence : 82 en plus que le système actuel.

A partir d'ici le nombre total de jours faits devient inférieur à un service civil demandé d'emblée et donc les jours de service militaire faits diminuent le nombre total de jours à faire.

Jours de service faits  $181 (3 \text{ CR}) + 150 = 331$  ou  $181 + 96 (64 \times 1.5) = 277$ . Différence, 54 jours de service civil en plus, mais 90 de moins qu'avec un service civil complet.

Jours de service faits  $162 (2 \text{ CR}) + 150 = 312$  ou

Jours de service faits  $143 (1 \text{ CR}) + 150 = 293$  ou  $143 + 156 (101 \times 1.5) = 299$  Différence  $\pm 0$ .

#### Effets pour la pratique

c. Les effets du nouveau système sur les intérêts des candidats civilistes, en termes de jours à faire seraient les suivants :

- 1) Le facteur de 1.5 s'applique durant l'école de recrue, voir durant le 1<sup>er</sup> CR. Inchangé.
- 2) Tout jour d'armée fait durant cette période diminue effectivement le nombre total (armée et sc) de jours à faire, par rapport à un service civil complet. Inchangé.
- 3) Dès le 2<sup>ème</sup> CR et jusqu'au 4<sup>ème</sup> CR, le nouveau système augmente progressivement, par rapport à l'ancien, effet étrange, le nombre de jours total à faire, même si l'on fait ces CR, soit d'avoir à faire encore plus de service en tout parce que l'on fait de l'armée (absurde !), puis d'avoir à faire du service civil en plus, même si le nombre de jours total de service civil et militaire reste inférieur à ce que devrait faire un civiliste de la première heure mis au facteur 1.5).

Exemple : Faire un 2<sup>ème</sup> CR de 19 jours et demander le sc, ajoute en plus de ces 19 jours 17 jours de service en tout (civil et militaire) par rapport au système actuel, dans lequel le civiliste en faisant ce CR épargnerait 9 jours de service civil ( $19 - x 1.5$ ). (Nouveau :  $162 \text{ SM} + 150 \text{ SC} = 312$  Ancien  $162 + 125$  (solde de  $83 \times 1.5$ ) = 287, nouveau = J plus 25. S'il ne fait pas ce CR (ancien  $\text{SM } 143 + \text{SC } 152 (101 \times 1.5) = 295$  soit quelques jours en plus de SC pour ne pas avoir fait ce cours (295 au lieu 287), mais toujours au total 17 jours de moins qu'en faisant ce CR dans le système proposé, lequel augmente donc le nombre de jours à faire sans donner de diminution pour ceux faits.

Idem pour les 3<sup>ème</sup> et 4<sup>ème</sup> CR. Je renonce aux calculs ici, mais le nombre de jours d'armée faits sans diminuer le nombre de jours de service totaux augmentera d'autant, par rapport à quelqu'un qui demande le SC après l'ER ou le 1<sup>er</sup> CR.

- 4) Dès le 5<sup>ème</sup> CR, le nombre total (SC et SM) de jours à faire devient plus grand que quelqu'un qui demande le service civil dès le 1<sup>er</sup> jour.

d. En résumé, il ne sera intéressant, en terme de jours à faire (ou rentable) de demander le service qu'entre le recrutement et la fin du 1<sup>er</sup> cours de répétition. A l'inverse, toute demande faite ultérieurement augmentera, de plus en plus gravement, la charge totale du nombre de jours à faire, laquelle dépassera, si le SC est demandé durant ou après le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, le nombre de jours à faire pour quelqu'un qui demande le service civil avant l'ER.

18. Tactiquement, pour le soutien aux objecteurs, l'intérêt à demander le service civil entre le recrutement et la fin de l'école de recrue reste similaire. Par contre, plus le militaire avance dans sa carrière militaire, plus la charge de jours augmente, plus il devient difficile de demander le service civil (et plus sera grande le besoin de demander la voie bleue).

19. Cela n'aura pas pour effet de diminuer fortement le nombre de demandes de service civil, puisque les demandes seront soit pour une part reportées plus tôt dans la carrière militaire, soit transformées en demande médicales et que rares seront les personnes qui en fin de carrière militaire décideront de finir leur service plutôt que de sortir de l'armée, d'une façon ou d'une autre.



### La durée du service civil en droit

20. En droit Suisse, le facteur légal de 1.5 est le même depuis l'origine. Avec toutefois la réserve présentée ci-dessus au point 6 concernant la durée effective (et non légale) située aux environs de 1.8.

21. Le droit international, le Comité des droits de l'homme et la Cour européenne des droits de l'homme, tiennent de jurisprudence constante le fait que le service civil doit être de nature civile et non-punitif.

22. Une durée supérieure au double du service militaire à remplacer est considérée comme excessive<sup>9</sup>. Ainsi, l'attribution à toute personne ayant moins de 75 jours de service militaire à faire de 150 jours de service civil serait contraire au droit international.

23. Mais c'est dans son ensemble, ou à tout le moins dès le 2<sup>ème</sup> cours de répétition, que la mesure est discriminatoire. D'abord parce que plus, ils servent dans l'armée, plus elle pénalise les militaires qui demandent le service civil. Ensuite, parce qu'elle traite différemment des personnes dans des situations similaires, à savoir des personnes présentant une demande de service civil, demande qui est de même nature quel que soit le moment où elle est faite et pour laquelle le nombre de jours de service militaire accomplis n'a aucune incidence, sauf peut-être à renforcer le besoin de présenter une objection de conscience, ce qui reste sans influence aucune sur le droit fondamental à demander le service civil.

24. La loi sur le service civil pose comme principe que la charge du service civil devrait équivaler à celle de l'armée<sup>10</sup>. Toutefois la mesure proposée, en tous les cas dès le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, puisque la charge en jours à faire est alourdie au-delà de ce que le militaire aurait à faire en demandant le service civil avant l'école de recrue. Ainsi, non-seulement, la personne concernée effectue la plus large part de son service militaire (les 3/4), mais elle y voit ajoutée une part importante de service civil (150/367) soit presque la moitié du service civil en plus, pour un total qui dépasse ce qu'elle aurait eu à faire tant à l'armée qu'avec un service civil entier. A ce titre, la mesure est non seulement dissuasive, mais discriminatoire dans la mesure où elle pénalise ceux qui ont déjà fait beaucoup d'armée (ne devraient-ils pas au contraire être pour cela remerciés ?).

25. Par ailleurs, le droit à l'objection de conscience étant un droit fondamental, toute forme de dissuasion, en entravant son libre exercice, est déjà une violation du droit.

26. Et il est finalement, à mon sens, difficile la nature punitive de la mesure, puisque ce sont ceux-là même, qui ont le plus servi dans l'armée, qui se voient le plus pénalisés.

### Résumé :

- Violation du droit international sur la durée du service civil.
- Discrimination entre les civilistes « d'origine » et ceux qui demandent le service civil au cours de leur carrière militaire (l'objection reste la même, pour les mêmes motifs et contre le même service militaire, seule change la situation militaire).
- Mesure probablement punitive.
- Mesure simple en apparence, mais particulièrement compliquée à comprendre et à calculer, entre autres pour les personnes concernées.

---

<sup>9</sup> ONU, Comité des droits de l'homme: Foin v France (Communication No. 666/1995), CCPR/C/D/666/1995, 9 November 1999, para. 10.3, entre autres jurisprudences. Voir aussi: Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 8.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>  
Il existe aussi une traduction allemande de document, p. 21 : [http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV\\_2014-3\\_KDVundAsyl.pdf](http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV_2014-3_KDVundAsyl.pdf)

Voir aussi le rapport quadriennal du Haut Commissaire aux Droits de l'Homme sur l'objection de conscience, 1.5.2017, § 22.  
<http://www.undocs.org/fr/A/HRC/35/4>

<sup>10</sup> LSC 5



### **Mesure 2 :**

Délai d'attente de 12 mois entre le dépôt de la demande et l'admission, avec obligation de faire les périodes de service militaires prévues.

27. La mesure est contraire à la constitution. Celle-ci prévoit, textuellement : « un service de remplacement »<sup>11</sup>. Or un *remplacement du service* n'est en aucun cas un service de remplacement *différé* avec maintien du service à remplacer, en attente du service de remplacement.

Des délais pour la mise en œuvre, par la personne concernée comme par l'administration, du service de remplacement sont acceptable, voir le maintien des obligations en attente de la décision d'admission<sup>12</sup>, mais en aucun le droit à l'objection de conscience ne saurait-il être suspendu.

28. De plus, la proposition est largement impraticable et passablement conflictogène. Les civilistes concernés ne se gêneront pas pour demander des reports, se faire porter malade ou pour ne pas se présenter et leur motifs de conscience finissant toujours par être reconnus, ils ne seront, s'ils sont que partiellement et inégalement sanctionnés pour ces déflections. Sans parler de la charge administrative supplémentaire pour les administrations cantonales.

### Résumé

- Mesure contraire à la constitution.
- Discrimination entre les civilistes qui font une demande avant l'école de recrue, lesquels ne sont pas condamnés à des périodes militaires et ceux qui la font après l'ER, qui doivent en faire ou, vaille que vaille, les faire annuler.
- Mesure de nature à créer de nombreuses difficultés administratives tant pour les conscrits et les civilistes que pour l'administration.

### **Mesure 3 :**

29. Suppression du facteur 1.1 et passage au facteur 1.5 pour les officiers et les sous-officiers supérieurs.

30. Les personnes concernées sont relativement peu nombreuses. Elles ont néanmoins les mêmes droits. Mais surtout toutes ces personnes, qui ont été obligées de revêtir ces fonctions d'encadrement, ont déjà servi, au moment de la demande d'admission au service civil plus de jours d'armée que ne servent les civilistes qui n'en a fait aucun. Le moins gradé de ceux-ci servira un total 440 jours de services au lieu de 245<sup>13</sup>. Pour obtenir son grade, il en aura déjà fait presque autant qu'un soldat normal. Et le solde de jour à faire, qu'il soit multiplié par 1.1. ou 1.5 dépassera de toutes façons le nombre maximal de jours effectués par un civiliste ne faisant pas d'armée du tout.

31. Sachant que l'obligation de grader est imposée, même avec un facteur 1.1, la personne qui demande le service civil alors qu'elle a déjà revêtu son grade est discriminée par rapport à un civiliste qui demande le service avant de recevoir le moindre grade. Augmenté cette durée plus encore, alors que la personne gradée sert déjà plus que toute autre personne sans garde, apparaît là aussi comme punitive.

### Résumé

- En conjonction avec la discrimination décrite ci-après, violation du droit international sur la durée du service de remplacement.
- Discrimination entre les officiers et sous-officiers supérieurs d'une part et les soldats d'autre part en raison d'abord de l'obligation de grader d'abord, pour laquelle les premiers ne peuvent rien, puis du fait qu'en raison de cette obligation, ils ont déjà effectué, contre leur gré, une durée de service aussi importante que les soldats, durée sur laquelle vient ensuite s'ajouter une très longue durée de service civil supplémentaire. Dit autrement, le soldat qui demande le service civil évite non-seulement de grader, mais tous les jours de service civil supplémentaires en cas de conflit de conscience alors que l'officier, qui est en droit de développer un conflit de conscience à tout moment, en est d'autant plus pénalisé.

<sup>11</sup> [Art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement.](#)

<sup>12</sup> [LSC 17 et 17a.](#)

<sup>13</sup> [OMI 47](#)



- Mesure qui ne touche qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 4 :**

32. Interdiction faite aux médecins de faire du service civil en tant que médecins.

33. Là encore, la mesure ne concerne que très peu de personnes. Les médecins ont en moyenne au moins 26-27 ans à la fin de leur formation et ce moment-là, la plupart des périodes longues sont faites. Mais quand bien même, faut-il priver les hôpitaux de ces médecins-là ?

34. Par ailleurs, la mesure est à nouveau discriminatoire ; pourquoi les médecins et pas les géologues, les travailleurs sociaux ou les enseignants ? Là ce ne serait plus seulement certains civilistes, mais tout le service d'intérêt public qui tendrait à être victime d'une vision trop étroite des possibilités de service civil.

35. Enfin, il existe certes une disposition qui interdit certaines affectations en fonction de la personne du civiliste, en particulier si elle favorise sa formation<sup>14</sup>. Et c'est probablement, dans ce contexte que la proposition s'inspirerait. Mais à nouveau, certains militaires exercent des fonctions militaires en lien avec leur profession – et pas seulement des médecins ! – en quoi des civilistes n'auraient-ils pas le droit d'en faire autant ?

#### Résumé

- Mesure hautement discriminatoire (par professions).
- Mesure ne touchant (en l'état, que les médecins) qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 5 :**

36. Pas d'admission au service civil pour les personnes pour lesquelles il ne reste plus de jours de service, mais pour lesquelles il reste des tirs obligatoires.

37. La question est controversée depuis longtemps. Seul sont concernés les militaires en service long, qui restent incorporés ensuite pendant 4 ans<sup>15</sup>. Il conviendrait de savoir combien il y a eu de cas.

38. Pour rappel, les militaires ont la possibilité de déposer l'arme, sans motifs, s'ils ne souhaitent pas la conserver, mais cela ne les dispense pas des tirs<sup>16</sup>.

39. D'abord, il convient de rappeler que l'exécution de tirs obligatoires, dans le cadre d'un service militaire, même terminé, peuvent donner lieu à conflit de conscience, qui plus est si celui-ci peut avoir à se manifester durant une période de 4 ans.

40. En ce sens, la mesure ignore et passe complètement à côté, nie un problème qu'il y aurait pourtant lieu de résoudre.

41. A mon sens, une procédure plus simple qu'une admission au service civil devrait permettre, par exemple mais en tous les cas pour motifs de conscience légitimes, de remettre l'arme définitivement et d'être ainsi dispensé des tirs obligatoires.

#### Résumé

- Violation du droit à l'objection de conscience
- Mesure administrative inadéquate
- Mesure ne touchant qu'un nombre limité de personne

#### **Mesure 6 :**

42. Les civilistes sont tenus de faire une période de service civil par année dès l'admission.

---

<sup>14</sup> LSC 4a

<sup>15</sup> LAAM 54a

<sup>16</sup> Ordonnance concernant l'équipement personnel des militaires (OEPM), [art. 6a](#).



43. La mesure existe déjà, [art. 39a](#) de l'ordonnance sur le service civil : « La personne astreinte au service civil *effectue chaque année* des affectations de service civil d'une durée de 26 jours au moins à partir de la deuxième année civile au plus tard ».

44. Les reports étant relativement fréquents, on peut se demander si c'est ceux-ci qu'il s'agit de limiter, mais le texte de la mesure est pour le surplus inutile.

#### Résumé

- Proposition de mesure incompétente, mesure déjà prévue par la loi.

#### Mesure 7 :

45. Obligation pour les personnes en service long, d'effectuer la période longue de service civile dans l'année qui suit (et non pas dans les trois ans qui suivent) l'admission au service civil.

46. Imposer un service civil long est une vieille mesure de 2011, que le Tribunal administratif fédéral avait annulée en raison de [l'article 20 de la LSC](#) qui stipule que le SC peut être fait en une ou plusieurs périodes<sup>17</sup>.

47. Depuis toujours, nous recommandons aux militaires en service long de passer d'abord au service normal, avant de demander le service civil, entre autres afin d'éviter le surplus de jours, actuellement 55 jours de service militaire ou 82 jours de service civil en plus<sup>18</sup>. Notre recommandation ne changera pas.

48. De plus, la mesure ne prévoit cette obligation que si l'école de recrue n'est pas terminée, or l'école de recrue est considérée comme terminée si 80% de ses jours ont été accomplis<sup>19</sup>; soit pour une école usuelle de 124 jours, dès le 100<sup>ème</sup> jour d'école de recrue. Mais dans la pratique, la demande de service civil peut être faite quelques jours plutôt, puisque celle-ci prend quelques jours, voir semaines à condition pour cela que l'admission à la fin du processus de demande intervienne après le 100<sup>ème</sup> jour de service.

49. Que ce soit en passant au service normal et en attendant les 80% de son service militaire (dans des conditions « suffisantes ») – si encore au service long avec les jours en sus – il est très facile d'éviter cette mesure et peu nombreux sont ceux qui se retrouveront à devoir faire une période longue ou leur période longue de service civile dans l'année qui suit. Au demeurant si un plan de carrière avait prévu une mise en suspend de celui-ci pour le service militaire long, avec une libération en fin d'école de recrue et une affectation longue trouvée rapidement, celle-ci peut être faite dans le temps préalablement dévolu au service militaire long.

50. La mesure est aussi discriminatoire puisqu'elle traite plus durement les militaires en service long que les militaires en service normal d'une part, et alors plus durement que les civilistes n'ayant pas débuté l'école de recrue d'autre part.

#### Résumé

- Mesure facile à contourner, voire à accommoder.
- Mesure ne concernant alors plus qu'un nombre limité de personne.
- Mesure discriminatoire.

#### Considérations finales

51. Les mesures 1 et 3 violent le droit international sur la durée du service civil.

52. La mesure 2 viole la constitution sur la notion de service de remplacement et la mesure 5 viole la constitution sur le droit à un service de remplacement.

53. Les mesures 1, 3, 4 et 7 sont clairement discriminatoires et violent à un titre ou un autre l'égalité de traitement.

54. Les mesures 3, 4, 5 et 7 ne touchent que – mais gravement – un nombre limité de personnes. À ce titre, le but premier de ces mesures n'est probablement pas ou que partiellement de toucher ces personnes-là, voire de les maintenir dans l'armée mais de donner l'impression qu'il est difficile ou déconseillé, qu'il est

<sup>17</sup> <http://www.infodroit.ch/spip.php?article91>

<sup>18</sup> [OMI 111](#)

<sup>19</sup> [OMI 57](#) ou [37 ordonnance sur le service civil \(OSI\)](#) (même teneur).



même dissuadé de sortir de l'armée. Un tel but viole le droit au service civil et un service civil non-discriminatoire et non-punitif.

55. Il convient d'ajouter à ce propos que les instances et jurisprudences internationales ont reconnus sans hésiter le droit à l'objection de conscience pour les appelés, comme pour les volontaires et les professionnels. Autrement dit et pour ce qui nous occupe ici, le droit à l'objection de conscience et au service de remplacement est et reste le même, ne saurait donc subir d'aggravation dans l'exercice du droit, soit l'accès au service civil, comme dans sa réalisation, soit l'accomplissement du service civil, que la personne concernée aie commencé ou non à servir dans l'armée<sup>20</sup>.

56. Les mesures 2, 3 et 4 supposent des difficultés de mise en œuvre particulièrement importantes. La mesure 5 pourrait faire l'objet d'une simplification administrative.

57. La mesure 6 est inutile, une aberration puisqu'elle préconise quelque chose qui existe déjà.

58. L'analyse de l'ensemble de ces mesures donne l'impression forte que l'armée est très embarrassée, mal à l'aise en raison des demandes service civil issues des ses rangs.

59. Ainsi quand bien même l'ensemble de ces mesures, si elles venaient à être mise en œuvre, aurait pourrait effet d'inciter les conscrits à demander le service civil bien plus tôt, ce qui n'est pas utile à l'armée non plus, il conviendrait de combattre ces mesures pour les effets et les complications graves qu'elles imposent, en toutes sortes de circonstances, aux militaires.

60. Il convient aussi de constater que les mesures proposées font preuve d'une méconnaissance, tant du droit international que du droit constitutionnel suisse qui confine à l'impréparation, voire au mépris, tant des civilistes que des militaires.

61. Enfin, dans le cadre des réactions à ces propositions de mesures, il conviendra de rappeler certaines ou l'ensemble de nos revendications de base, à savoir une présence civile lors du recrutement afin de faciliter son impartialité, un durée raisonnable et une compensation financière garantissant au moins l'accès au minimum vital<sup>21</sup>.

Christophe Barbey,  
Juriste, permanent depuis 2006

---

<sup>20</sup> Voir les résolutions du Conseil des Droits de l'Homme, par exemple la résolution du 8 octobre 2013, art. 12 [A/RES/HRC/24/17](#) ou Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 4.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

<sup>21</sup> Avec une APG de 62.- par jour durant l'ER ou son équivalent au service civil, ou en cas d'absence de salaire préalable au service ou de droit à son équivalent, avec 1'800.- par mois ~, le minimum vital n'est pas atteint. Le dernier rapport du haut commissaire aux droits de l'homme mentionne une trop faible rémunération comme étant de nature punitive. [A/HRC/35/4](#), § 21.

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Olten, im August 2018

## Stellungnahme des Vereins Robi Olten zur Änderung des Zivildienstgesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### Einleitung und grundsätzliche Beurteilung

Der Verein Robi Olten ist seit mehreren Jahren Einsatzbetrieb für Zivis.

Der Robi Olten ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### Kein Handlungsbedarf

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.



## Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Diensttage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoß gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

## Unklare Auswirkungen

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Der Robi Olten weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Der Robi Olten lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

## Eigene Vorschläge

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet der Robi Olten, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Der Robi Olten schlägt dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.



- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

## Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdiensttage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Diensttage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist der Robi Olten auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für den Robi Olten ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

## Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Diensttage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.



### **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

Der Robi Olten geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Dienstage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Dienstage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht des Robi Olten besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

Der Robi Olten ist der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Der Robi Olten sieht absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildienstage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Dienstage erfüllen (2017: 96.7% aller Dienstage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Dienstage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Dienstage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.



## **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

## **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

Der Robi Olten bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Im Namen des Robi Olten

Minka Friedli, Stefan Schilli, Samuel Bossart  
Spielplatzleitung





Permanence romande pour civilistes et militaires  
Permanence@infodroit.ch ou  
Le mardi de 12 à 14 heures au 026 925 80 66.  
Pour les urgences, 079 524 35 74, veuillez laisser un message.

Flendruz, 16 juin 2018

### Avis de droit

*A qui de droit*

#### **7 mesures du Conseil fédéral destinées à la consultation. Modifications de la loi sur le service civil. 2018**

##### En préalable

1. Le droit à l'objection de conscience est un droit fondamental internationalement reconnu.
2. Il est reconnu par les jurisprudences du Comité des droits de l'homme et de la Cour Européenne des droits de l'homme, il est présent dans la constitution suisse<sup>1</sup>.
3. Ce droit s'appuie essentiellement tant sur le refus impératif de tuer que sur le refus de résoudre les conflits par la violence.
4. Le conflit entre l'obligation constitutionnelle de servir dans l'armée d'une part et la conscience d'autre part (appelé conflit de conscience) peut se manifester sous diverses formes et à divers moments, de façons plus ou moins virulentes ou soudaines, y compris parfois par des somatisations ou des actes de rébellions. La problématique a été largement résolue par deux mesures:
5. 1) Il a été renoncé au « contrôle de conscience » en adoptant le système dit de la preuve par l'acte, soit l'acceptation, par la personne qui demande le service civil d'une durée plus longue pour ce service que celle requise pour le service militaire.

Cette mesure a pour avantage (en plus d'une forte diminution de la charge administrative) d'éviter d'une part l'aggravation et la stigmatisation du conflit de conscience par son besoin de le confronter à la procédure et de libérer d'autre part la personne concernée d'une appréhension et d'une expression intellectuelle et verbalisée de ce conflit, inévitablement discriminatoire selon le niveau d'éducation, et sujette d'autre part à des biais divers, puisque le résultat de l'examen dépendait largement du degré de préparation à celui-ci plutôt que de la nature même, des sources et des raisons du conflit de conscience.

6. Il convient toutefois de noter que ce système de quotité a dès le début présenté un défaut important, au demeurant partiellement caché des civilistes eux-mêmes, dans la mesure où la durée de service civil requise par la loi (1 fois et demie – 1,5 – celle du service militaire encore à faire au moment de la demande) est dans la pratique comparativement différente de la durée du service militaire réellement effectuée par les militaires libérés lorsqu'ils atteignent la limite d'âge. En effet, ceux-ci se voient alors remettre le solde des jours de service non-effectués, alors que les civilistes se voient pénalement condamnés s'ils n'effectuent pas l'entier de leurs jours avant la même limite d'âge (limite par ailleurs par elle-même plus exigeante, puisqu'ils ont plus de jours à effectuer dans le même laps de temps). L'armée a de plus tardé à donner les chiffres permettant de mesurer cette différence des durées respectives des

---

<sup>1</sup> Constitution fédérale (Cst.) [Article 10 sur la droit à la vie](#), [art. 15 sur la liberté de conscience](#), [art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement](#).



services. Pourtant des estimations raisonnables permettaient d'évaluer le nombre de jours de service civil effectués pour les civilistes demandant le service civil pour l'entier de leur périodes de service militaires comme étant environ du double du nombre de jour effectué en moyenne par les soldats terminant leur obligation à la limite d'âge<sup>2</sup>. Actuellement, ce taux semble s'être amélioré un peu, mais la durée comparée du service civil resterait de 1.8 plus élevée que la durée des services militaires, et non pas les 1.5 que stipule la loi. Il conviendra de vérifier les effets de la nouvelle loi sur l'armée sur cette problématique, la limite d'âge n'étant plus un âge fixe (p. ex. 34 ans), mais devenant un nombre de dix années pour faire les services requis après l'école de recrue<sup>3</sup>.

7. De plus la discrimination pénale demeure, puisque contrairement au service civil, aucune mesure permettant d'assurer le rythme et le progrès de la réalisation des périodes de service militaire, mesure accompagnées dans la loi sur le service civil de mesures pénales en cas de retards, n'ont été introduites dans la nouvelle législation sur la l'armée. Ainsi, le civiliste doit accomplir certaines périodes (la première suivant l'admission et la période longue) selon des délais fixes et il ne doit pas lui rester plus d'une certaine proportion de jours à faire avant d'atteindre la limite d'âge. Passé ces délais ou si la proportion de jours restant à faire est trop forte, le civiliste est convoqué d'office pour le surplus ou la période concernée, puis il encoure une peine s'il n'effectue pas la période requise. Il n'existe, pas de système similaire ou aussi contraignant dans l'armée. Pour avoir une vision complète de cette discrimination, pénalement grave, il conviendrait encore de comparer le nombre des dispenses pour justes motifs, lesquelles au demeurant ne font que repousser le problème, dispenses accordées tant pour les civilistes que pour les militaires. Nonobstant, vu la nature différente des système de suivi et de répression des deux sortes d'obligations, puisqu'il y a des condamnations pour retard dus au système de suivi contre les civilistes et qu'il n'y en a pas pour les militaires, la discrimination pénale demeure, tout comme demeurera a priori la discrimination sur les durées.

8. 2) Il importe de souligner que le service civil peut et doit pouvoir être demandé en tout temps, c'est d'ailleurs dans la loi<sup>4</sup>.

9. Cela concerne bien sûr la possibilité de demander le service civil depuis une période de service militaire, mais porte surtout sur la nature du conflit de conscience et relève en partie aussi du droit humanitaire.

10. Ainsi, le conflit de conscience peut se développer par une réflexion autonome, mais il peut aussi surgir, progressivement ou soudainement, face à une circonstance rencontrée dans le cadre du service militaire, par exemple lors de la première prise d'arme (il y a hélas des condamnations pour refus d'ordre de personnes qui font à ce moment-là un blocage psychologique) ou en étant mis en confrontation à une arme particulièrement destructive.

11. Il convient aussi, et c'est d'une grande importance, de citer le cas de l'objection de conscience à un ordre criminel, y compris ou surtout si celui-ci viole le droit humanitaire ; objection qui doit en effet pouvoir être exprimée en tout temps et en particulier de façon immédiate au moment de la réception de l'ordre contesté, cette objection devant alors, selon les circonstances, rejeter non-seulement l'ordre contesté lui-même mais aussi l'ensemble du système qui produit ou maintient cet ordre injuste, à tout le moins si l'ordre est maintenu, car alors seul le refus personnel et complet du système permettant, à défaut de pouvoir l'empêcher, la réalisation de ce ordre illégal et des ses conséquences, de préserver la conscience, et donc l'innocence de la personne confrontée à une telle situation. L'objection de conscience à une circonstance particulière devenant alors une objection au sens usuel du terme, une objection d'ensemble au service militaire<sup>5</sup>.

<sup>2</sup> Détail du calcul : <http://www.infodroit.ch/spip.php?article44>

<sup>3</sup> Ordonnance sur les obligations militaires (OMI), 1.1.2018, [art. 19](#).

<sup>4</sup> Loi sur le service civil, [art. 16](#).

<sup>5</sup> Voir par exemple, [Jacques Verhaegen](#) : «Le refus d'obéissance aux ordres manifestement criminels », revue du CICR, vol. 84, n° 845, mars 2002.



### Analyse des mesures proposées

**Mesure 1:** 150 jours de service civil pour toutes personnes n'ayant pas terminés ses « services d'instruction » et ayant moins de 100 jours de service militaire restant.

#### Appréciation générale

12. Par « services d'instruction », il est entendu toutes les périodes de services militaires, à savoir écoles de recrues, écoles de cadres et cours de répétition<sup>6</sup>.

13. La proposition équivaudrait à « condamner », imposer à tout militaire ayant entre 1 et 100 jours de service militaire encore à faire à effectuer 150 jours de service civil.

14. La mesure incite à terminer ses obligations militaires au lieu de demander le service civil.

15. Partant du constat, hautement probable<sup>7</sup>, selon lequel les pertes en effectifs augmentent en fonction de l'âge par lassitude, perte d'intérêt ou en raison de l'augmentation des obligations professionnelles et familiales. Il conviendrait toutefois de disposer des chiffres du nombre des personnes qui quittent l'arme dans ces tranches d'âge soit pour le service civil, soit pour raisons médicales. En effet, si le problème est une question d'emploi du temps, la demande de service civil est d'autant plus contre-productive.

16. A cet aune, la mesure aura pour effet principal d'augmenter le nombre de demandes médicales et assez peu de diminuer le nombre de service civil. Quand à sa capacité à renforcer la motivation pour l'armée, elle est ici hors contexte – ce n'est pas notre problème ou celui du service civil – et elle n'est que très indirecte, la diminution de l'attrait du service civil n'augmentant pas pour autant l'attrait pour l'armée.

#### Calculs concernant la mesure proposée

17. Dans la pratique, divers types de calculs sont possibles pour déterminer les effets et les proportions de la proposition. Mes connaissances mathématiques sont limitées, donc d'autres calculs sont peut-être possibles ou éventuellement meilleurs, mais ceux-ci révèlent plusieurs des effets pervers de la proposition:

a. Le facteur multipliant le nombre de jours à faire est, avec la proposition exponentiel : La personne qui aurait 1 seul jour d'armée encore à faire se retrouverait à en faire 150 jours, soit 150 fois plus que le nombre de jour d'armée requis.

Dans le détail, un militaire à qui il resterait :

1 cours de répétition (CR), soit 19 jours (150/19), verrait le multiplicateur passer de 1.5 à 7.89

2 cours de répétition, le facteur (150/38) est encore du quadruple (3.94)

3 cours de répétition, le facteur descend à 2.63

4 cours de répétition, le facteur est de 2 (1.97)

5 cours de répétition le facteur est encore de 1.57, soit plus haut que la loi actuelle ou que le facteur attribué aux civilistes ayant encore plus de jours.

Ce n'est donc qu'avec 6 cours de répétition encore à faire, soit avec le nombre total des cours de répétition à faire par les soldats, et donc durant le premier cours de répétition que l'ajout systématique de 150 jours, rejoint le facteur général de 1.5.

*Dit autrement, à quelques jours prêts, quiconque demanderait le service civil après l'école de recrue devrait faire 150 jours de service civil au moins, quelque soit le nombre de jour d'armée restant à faire. Pourquoi ne pas le dire ?*

b. Le calcul peut aussi être fait en tenant compte des jours de service militaires et civils faits au total. Exemple pour un soldat :

Ecole de recrue de 124 jours, solde 121 jours de service en CR. Total 245<sup>(8)</sup>. Service civil complet, 245 X 1.5 = 367 jours de service civil.

Jours de service mil faits : 244 (au lieu de 245)+150=394 (proposition). Système actuel : 244 + 2 (1 x 1.5) = 246 (actuel). Différence : 148 jours à faire en plus qu'avec le système actuel et ... 27 de plus qu'en ayant demandé le service civil dès le recrutement.

<sup>6</sup> Loi sur l'armée et l'administration militaire (LAAM), [art. 41](#).

<sup>7</sup> La permanence que nous représentons confirme, à sa modeste mesure, cette tendance. Les hommes de plus de 25 ans sont relativement nombreux à vouloir mettre un terme à leurs obligations militaires et leur nombre augmente avec l'âge

<sup>8</sup> OMI, [art. 47](#).



Jours de service faits :  $238 (6 \text{ CR faits}) + 150 = 388$  jours à faire ou (système actuel)  $238 + 9 (6 \times 1.5) = 247$ . Différence : 141 jours de service civil en plus qu'avec le système actuel, mais aussi 21 jours de service (mil et civ) en plus de ce que ce même soldat aurait eu à faire s'il avait demandé le service civil dès la fin du recrutement.

En cela, le service est *punitif parce qu'il impose des jours en plus ... pour avoir accepté de faire presque tout son service militaire !!!*

Jours de service faits :  $219 (5 \text{ CR}) + 150 = 369$  ou (actuel :)  $219 + 39 (26 \times 1.5) = 258$ . Différence : 111 jours de plus que le système actuel, mais encore 2 jours de plus qu'avec un service civil demandé dès l'origine.

Jours de service faits  $200 (4 \text{ CR}) + 150 = 350$  ou actuel  $200 + 68 (45 \times 1.5) = 268$ . Différence : 82 en plus que le système actuel.

A partir d'ici le nombre total de jours faits devient inférieur à un service civil demandé d'emblée et donc les jours de service militaire faits diminuent le nombre total de jours à faire.

Jours de service faits  $181 (3 \text{ CR}) + 150 = 331$  ou  $181 + 96 (64 \times 1.5) = 277$ . Différence, 54 jours de service civil en plus, mais 90 de moins qu'avec un service civil complet.

Jours de service faits  $162 (2 \text{ CR}) + 150 = 312$  ou

Jours de service faits  $143 (1 \text{ CR}) + 150 = 293$  ou  $143 + 156 (101 \times 1.5) = 299$  Différence  $\pm 0$ .

#### Effets pour la pratique

c. Les effets du nouveau système sur les intérêts des candidats civilistes, en termes de jours à faire seraient les suivants :

- 1) Le facteur de 1.5 s'applique durant l'école de recrue, voir durant le 1<sup>er</sup> CR. Inchangé.
- 2) Tout jour d'armée fait durant cette période diminue effectivement le nombre total (armée et sc) de jours à faire, par rapport à un service civil complet. Inchangé.
- 3) Dès le 2<sup>ème</sup> CR et jusqu'au 4<sup>ème</sup> CR, le nouveau système augmente progressivement, par rapport à l'ancien, effet étrange, le nombre de jours total à faire, même si l'on fait ces CR, soit d'avoir à faire encore plus de service en tout parce que l'on fait de l'armée (absurde !), puis d'avoir à faire du service civil en plus, même si le nombre de jours total de service civil et militaire reste inférieur à ce que devrait faire un civiliste de la première heure mis au facteur 1.5).

Exemple : Faire un 2<sup>ème</sup> CR de 19 jours et demander le sc, ajoute en plus de ces 19 jours 17 jours de service en tout (civil et militaire) par rapport au système actuel, dans lequel le civiliste en faisant ce CR épargnerait 9 jours de service civil ( $19 - x 1.5$ ). (Nouveau :  $162 \text{ SM} + 150 \text{ SC} = 312$  Ancien  $162 + 125$  (solde de  $83 \times 1.5$ ) = 287, nouveau = J plus 25. S'il ne fait pas ce CR (ancien  $\text{SM } 143 + \text{SC } 152 (101 \times 1.5) = 295$  soit quelques jours en plus de SC pour ne pas avoir fait ce cours (295 au lieu 287), mais toujours au total 17 jours de moins qu'en faisant ce CR dans le système proposé, lequel augmente donc le nombre de jours à faire sans donner de diminution pour ceux faits.

Idem pour les 3<sup>ème</sup> et 4<sup>ème</sup> CR. Je renonce aux calculs ici, mais le nombre de jours d'armée faits sans diminuer le nombre de jours de service totaux augmentera d'autant, par rapport à quelqu'un qui demande le SC après l'ER ou le 1<sup>er</sup> CR.

- 4) Dès le 5<sup>ème</sup> CR, le nombre total (SC et SM) de jours à faire devient plus grand que quelqu'un qui demande le service civil dès le 1<sup>er</sup> jour.

d. En résumé, il ne sera intéressant, en terme de jours à faire (ou rentable) de demander le service qu'entre le recrutement et la fin du 1<sup>er</sup> cours de répétition. A l'inverse, toute demande faite ultérieurement augmentera, de plus en plus gravement, la charge totale du nombre de jours à faire, laquelle dépassera, si le SC est demandé durant ou après le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, le nombre de jours à faire pour quelqu'un qui demande le service civil avant l'ER.

18. Tactiquement, pour le soutien aux objecteurs, l'intérêt à demander le service civil entre le recrutement et la fin de l'école de recrue reste similaire. Par contre, plus le militaire avance dans sa carrière militaire, plus la charge de jours augmente, plus il devient difficile de demander le service civil (et plus sera grande le besoin de demander la voie bleue).

19. Cela n'aura pas pour effet de diminuer fortement le nombre de demandes de service civil, puisque les demandes seront soit pour une part reportées plus tôt dans la carrière militaire, soit transformées en demande médicales et que rares seront les personnes qui en fin de carrière militaire décideront de finir leur service plutôt que de sortir de l'armée, d'une façon ou d'une autre.



### La durée du service civil en droit

20. En droit Suisse, le facteur légal de 1.5 est le même depuis l'origine. Avec toutefois la réserve présentée ci-dessus au point 6 concernant la durée effective (et non légale) située aux environ de 1.8.

21. Le droit international, le Comité des droits de l'homme et la Cour européenne des droits de l'homme, tiennent de jurisprudence constante le fait que le service civil doit être de nature civile et non-punitif.

22. Une durée supérieure au double du service militaire à remplacer est considérée comme excessive<sup>9</sup>. Ainsi, l'attribution à toute personne ayant moins de 75 jours de service militaire à faire de 150 jours de service civil serait contraire au droit international.

23. Mais c'est dans son ensemble, ou à tout le moins dès le 2<sup>ème</sup> cours de répétition, que la mesure est discriminatoire. D'abord parce que plus, ils servent dans l'armée, plus elle pénalise les militaires qui demandent le service civil. Ensuite, parce qu'elle traite différemment des personnes dans des situations similaires, à savoir des personnes présentant une demande de service civil, demande qui est de même nature quel que soit le moment où elle est faite et pour laquelle le nombre de jours de service militaire accomplis n'a aucune incidence, sauf peut-être à renforcer le besoin de présenter une objection de conscience, ce qui reste sans influence aucune sur le droit fondamental à demander le service civil.

24. La loi sur le service civil pose comme principe que la charge du service civil devrait équivalente à celle de l'armée<sup>10</sup>. Toutefois la mesure proposée, en tous les cas dès le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, puisque la charge en jours à faire est alourdie au-delà de ce que le militaire aurait à faire en demandant le service civil avant l'école de recrue. Ainsi, non-seulement, la personne concernée effectue la plus large part de son service militaire (les 3/4), mais elle y voit ajouté une part importante de service civil (150/367) soit presque la moitié du service civil en plus, pour un total qui dépasse ce qu'elle aurait eu à faire tant à l'armée qu'avec un service civil entier. A ce titre, la mesure est non seulement dissuasive, mais discriminatoire dans la mesure où elle pénalise ceux qui ont déjà fait beaucoup d'armée (ne devraient-ils pas au contraire être pour cela remerciés ?).

25. Par ailleurs, le droit à l'objection de conscience étant un droit fondamental, toute forme de dissuasion, en entravant son libre exercice, est déjà une violation du droit.

26. Et il est finalement, à mon sens, difficile la nature punitive de la mesure, puisque ce sont ceux-là même, qui ont le plus servi dans l'armée, qui se voient le plus pénalisés.

### Résumé :

- Violation du droit international sur la durée du service civil.
- Discrimination entre les civilistes « d'origine » et ceux qui demandent le service civil au cours de leur carrière militaire (l'objection reste la même, pour les mêmes motifs et contre le même service militaire, seule change la situation militaire).
- Mesure probablement punitive.
- Mesure simple en apparence, mais particulièrement compliquée à comprendre et à calculer, entre autres pour les personnes concernées.

---

<sup>9</sup> ONU, Comité des droits de l'homme: Foin v France (Communication No. 666/1995), CCPR/C/D/666/1995, 9 November 1999, para. 10.3, entre autres jurisprudence. Voir aussi: Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 8.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>  
Il existe aussi une traduction allemande de document, p. 21 : [http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV\\_2014-3\\_KDVundAsyl.pdf](http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV_2014-3_KDVundAsyl.pdf)

Voir aussi le rapport quadriennal du Haut Commissaire aux Droits de l'Homme sur l'objection de conscience, 1.5.2017, § 22.

<http://www.undocs.org/fr/A/HRC/35/4>

<sup>10</sup> LSC 5



### **Mesure 2 :**

Délai d'attente de 12 mois entre le dépôt de la demande et l'admission, avec obligation de faire les périodes de service militaires prévues.

27. La mesure est contraire à la constitution. Celle-ci prévoit, textuellement : « un service de remplacement »<sup>11</sup>. Or un *remplacement du service* n'est en aucun cas un service de remplacement *différé* avec maintien du service à remplacer, en attente du service de remplacement.

Des délais pour la mise en œuvre, par la personne concernée comme par l'administration, du service de remplacement sont acceptable, voir le maintien des obligations en attente de la décision d'admission<sup>12</sup>, mais en aucun le droit à l'objection de conscience ne saurait-il être suspendu.

28. De plus, la proposition est largement impraticable et passablement conflictogène. Les civilistes concernés ne se gêneront pas pour demander des reports, se faire porter malade ou pour ne pas se présenter et leur motifs de conscience finissant toujours par être reconnus, ils ne seront, s'ils sont que partiellement et inégalement sanctionnés pour ces déflections. Sans parler de la charge administrative supplémentaire pour les administrations cantonales.

### Résumé

- Mesure contraire à la constitution.
- Discrimination entre les civilistes qui font une demande avant l'école de recrue, lesquels ne sont pas condamnés à des périodes militaires et ceux qui la font après l'ER, qui doivent en faire ou, vaille que vaille, les faire annuler.
- Mesure de nature à créer de nombreuses difficultés administratives tant pour les conscrits et les civilistes que pour l'administration.

### **Mesure 3 :**

29. Suppression du facteur 1.1 et passage au facteur 1.5 pour les officiers et les sous-officiers supérieurs.

30. Les personnes concernées sont relativement peu nombreuses. Elles ont néanmoins les mêmes droits. Mais surtout toutes ces personnes, qui ont été obligées de revêtir ces fonctions d'encadrement, ont déjà servi, au moment de la demande d'admission au service civil plus de jours d'armée que ne servent les civilistes qui n'en a fait aucun. Le moins gradé de ceux-ci servira un total 440 jours de services au lieu de 245<sup>13</sup>. Pour obtenir son grade, il en aura déjà fait presque autant qu'un soldat normal. Et le solde de jour à faire, qu'il soit multiplié par 1.1. ou 1.5 dépassera de toutes façons le nombre maximal de jours effectués par un civiliste ne faisant pas d'armée du tout.

31. Sachant que l'obligation de grader est imposée, même avec un facteur 1.1, la personne qui demande le service civil alors qu'elle a déjà revêtu son grade est discriminée par rapport à un civiliste qui demande le service avant de recevoir le moindre grade. Augmenté cette durée plus encore, alors que la personne gradée sert déjà plus que toute autre personne sans garde, apparaît là aussi comme punitive.

### Résumé

- En conjonction avec la discrimination décrite ci-après, violation du droit international sur la durée du service de remplacement.
- Discrimination entre les officiers et sous-officiers supérieurs d'une part et les soldats d'autre part en raison d'abord de l'obligation de grader d'abord, pour laquelle les premiers ne peuvent rien, puis du fait qu'en raison de cette obligation, ils ont déjà effectué, contre leur gré, une durée de service aussi importante que les soldats, durée sur laquelle vient ensuite s'ajouter une très longue durée de service civil supplémentaire. Dit autrement, le soldat qui demande le service civil évite non-seulement de grader, mais tous les jours de service civil supplémentaires en cas de conflit de conscience alors que l'officier, qui est en droit de développer un conflit de conscience à tout moment, en est d'autant plus pénalisé.

<sup>11</sup> [Art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement.](#)

<sup>12</sup> [LSC 17 et 17a.](#)

<sup>13</sup> [OMI 47](#)



- Mesure qui ne touche qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 4 :**

32. Interdiction faite aux médecins de faire du service civil en tant que médecins.

33. Là encore, la mesure ne concerne que très peu de personnes. Les médecins ont en moyenne au moins 26-27 ans à la fin de leur formation et ce moment-là, la plupart des périodes longues sont faites. Mais quand bien même, faut-il priver les hôpitaux de ces médecins-là ?

34. Par ailleurs, la mesure est à nouveau discriminatoire ; pourquoi les médecins et pas les géologues, les travailleurs sociaux ou les enseignants ? Là ce ne serait plus seulement certains civilistes, mais tout le service d'intérêt public qui tendrait à être victime d'une vision trop étroite des possibilités de service civil.

35. Enfin, il existe certes une disposition qui interdit certaines affectations en fonction de la personne du civiliste, en particulier si elle favorise sa formation<sup>14</sup>. Et c'est probablement, dans ce contexte que la proposition s'inspirerait. Mais à nouveau, certains militaires exercent des fonctions militaires en lien avec leur profession – et pas seulement des médecins ! – en quoi des civilistes n'auraient-ils pas le droit d'en faire autant ?

#### Résumé

- Mesure hautement discriminatoire (par professions).
- Mesure ne touchant (en l'état, que les médecins) qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 5 :**

36. Pas d'admission au service civil pour les personnes pour lesquelles il ne reste plus de jours de service, mais pour lesquelles il reste des tirs obligatoires.

37. La question est controversée depuis longtemps. Seul sont concernés les militaires en service long, qui restent incorporés ensuite pendant 4 ans<sup>15</sup>. Il conviendrait de savoir combien il y a eu de cas.

38. Pour rappel, les militaires ont la possibilité de déposer l'arme, sans motifs, s'ils ne souhaitent pas la conserver, mais cela ne les dispense pas des tirs<sup>16</sup>.

39. D'abord, il convient de rappeler que l'exécution de tirs obligatoires, dans le cadre d'un service militaire, même terminé, peuvent donner lieu à conflit de conscience, qui plus est si celui-ci peut avoir à se manifester durant une période de 4 ans.

40. En ce sens, la mesure ignore et passe complètement à côté, nie un problème qu'il y aurait pourtant lieu de résoudre.

41. A mon sens, une procédure plus simple qu'une admission au service civil devrait permettre, par exemple mais en tous les cas pour motifs de conscience légitimes, de remettre l'arme définitivement et d'être ainsi dispensé des tirs obligatoires.

#### Résumé

- Violation du droit à l'objection de conscience
- Mesure administrative inadéquate
- Mesure ne touchant qu'un nombre limité de personne

#### **Mesure 6 :**

42. Les civilistes sont tenus de faire une période de service civil par année dès l'admission.

---

<sup>14</sup> [LSC 4a](#)

<sup>15</sup> [LAAM 54a](#)

<sup>16</sup> Ordonnance concernant l'équipement personnel des militaires (OEPM), [art. 6a](#).



43. La mesure existe déjà, [art. 39a](#) de l'ordonnance sur le service civil : « La personne astreinte au service civil *effectue chaque année* des affectations de service civil d'une durée de 26 jours au moins à partir de la deuxième année civile au plus tard ».

44. Les reports étant relativement fréquents, on peut se demander si c'est ceux-ci qu'il s'agit de limiter, mais le texte de la mesure est pour le surplus inutile.

#### Résumé

- Proposition de mesure incompétente, mesure déjà prévue par la loi.

#### Mesure 7 :

45. Obligation pour les personnes en service long, d'effectuer la période longue de service civile dans l'année qui suit (et non pas dans les trois ans qui suivent) l'admission au service civil.

46. Imposer un service civil long est une vieille mesure de 2011, que le Tribunal administratif fédéral avait annulée en raison de [l'article 20 de la LSC](#) qui stipule que le SC peut être fait en une ou plusieurs périodes<sup>17</sup>.

47. Depuis toujours, nous recommandons aux militaires en service long de passer d'abord au service normal, avant de demander le service civil, entre autres afin d'éviter le surplus de jours, actuellement 55 jours de service militaire ou 82 jours de service civil en plus<sup>18</sup>. Notre recommandation ne changera pas.

48. De plus, la mesure ne prévoit cette obligation que si l'école de recrue n'est pas terminée, or l'école de recrue est considérée comme terminée si 80% de ses jours ont été accomplis<sup>19</sup>; soit pour une école usuelle de 124 jours, dès le 100<sup>ème</sup> jour d'école de recrue. Mais dans la pratique, la demande de service civil peut être faite quelques jours plutôt, puisque celle-ci prend quelques jours, voir semaines à condition pour cela que l'admission à la fin du processus de demande intervienne après le 100<sup>ème</sup> jour de service.

49. Que ce soit en passant au service normal et en attendant les 80% de son service militaire (dans des conditions « suffisantes ») – si encore au service long avec les jours en sus – il est très facile d'éviter cette mesure et peu nombreux sont ceux qui se retrouveront à devoir faire une période longue ou leur période longue de service civile dans l'année qui suit. Au demeurant si un plan de carrière avait prévu une mise en suspend de celui-ci pour le service militaire long, avec une libération en fin d'école de recrue et une affectation longue trouvée rapidement, celle-ci peut être faite dans le temps préalablement dévolu au service militaire long.

50. La mesure est aussi discriminatoire puisqu'elle traite plus durement les militaires en service long que les militaires en service normal d'une part, et alors plus durement que les civilistes n'ayant pas débuté l'école de recrue d'autre part.

#### Résumé

- Mesure facile à contourner, voire à accommoder.
- Mesure ne concernant alors plus qu'un nombre limité de personne.
- Mesure discriminatoire.

#### Considérations finales

51. Les mesures 1 et 3 violent le droit international sur la durée du service civil.

52. La mesure 2 viole la constitution sur la notion de service de remplacement et la mesure 5 viole la constitution sur le droit à un service de remplacement.

53. Les mesures 1, 3, 4 et 7 sont clairement discriminatoires et violent à un titre ou un autre l'égalité de traitement.

54. Les mesures 3, 4, 5 et 7 ne touchent que – mais gravement – un nombre limité de personnes. À ce titre, le but premier de ces mesures n'est probablement pas ou que partiellement de toucher ces personnes-là, voire de les maintenir dans l'armée mais de donner l'impression qu'il est difficile ou déconseillé, qu'il est

<sup>17</sup> <http://www.infodroit.ch/spip.php?article91>

<sup>18</sup> [OMI 111](#)

<sup>19</sup> [OMI 57](#) ou [37 ordonnance sur le service civil \(OSI\)](#) (même teneur).



même dissuadé de sortir de l'armée. Un tel but viole le droit au service civil et un service civil non-discriminatoire et non-punitif.

55. Il convient d'ajouter à ce propos que les instances et jurisprudences internationales ont reconnus sans hésiter le droit à l'objection de conscience pour les appelés, comme pour les volontaires et les professionnels. Autrement dit et pour ce qui nous occupe ici, le droit à l'objection de conscience et au service de remplacement est et reste le même, ne saurait donc subir d'aggravation dans l'exercice du droit, soit l'accès au service civil, comme dans sa réalisation, soit l'accomplissement du service civil, que la personne concernée aie commencé ou non à servir dans l'armée<sup>20</sup>.

56. Les mesures 2, 3 et 4 supposent des difficultés de mise en œuvre particulièrement importantes. La mesure 5 pourrait faire l'objet d'une simplification administrative.

57. La mesure 6 est inutile, une aberration puisqu'elle préconise quelque chose qui existe déjà.

58. L'analyse de l'ensemble de ces mesures donne l'impression forte que l'armée est très embarrassée, mal à l'aise en raison des demandes service civil issues des ses rangs.

59. Ainsi quand bien même l'ensemble de ces mesures, si elles venaient à être mise en œuvre, aurait pourrait effet d'inciter les conscrits à demander le service civil bien plus tôt, ce qui n'est pas utile à l'armée non plus, il conviendrait de combattre ces mesures pour les effets et les complications graves qu'elles imposent, en toutes sortes de circonstances, aux militaires.

60. Il convient aussi de constater que les mesures proposées font preuve d'une méconnaissance, tant du droit international que du droit constitutionnel suisse qui confine à l'impréparation, voire au mépris, tant des civilistes que des militaires.

61. Enfin, dans le cadre des réactions à ces propositions de mesures, il conviendra de rappeler certaines ou l'ensemble de nos revendications de base, à savoir une présence civile lors du recrutement afin de faciliter son impartialité, un durée raisonnable et une compensation financière garantissant au moins l'accès au minimum vital<sup>21</sup>.

Christophe Barbey,  
Juriste, permanent depuis 2006

---

<sup>20</sup> Voir les résolutions du Conseil des Droits de l'Homme, par exemple la résolution du 8 octobre 2013, art. 12 [A/RES/HRC/24/17](#) ou Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 4.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

<sup>21</sup> Avec une APG de 62.- par jour durant l'ER ou son équivalent au service civil, ou en cas d'absence de salaire préalable au service ou de droit à son équivalent, avec 1'800.- par mois ~, le minimum vital n'est pas atteint. Le dernier rapport du haut commissaire aux droits de l'homme mentionne une trop faible rémunération comme étant de nature punitive. [A/HRC/35/4](#), § 21.



## Verein TIMION

Hardstrasse 28, 4142 Münchenstein

Telefon: 061 411 86 08 / 032 365 93 25  
daniel@timion.org / schweiz@timion.org

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Münchenstein, 9. Oktober 2018

## Stellungnahme von Timion NPC zur Änderung des Zivildienstgesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann

Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### Einleitung und grundsätzliche Beurteilung

Timion NPC, seit einigen Jahren anerkannter Einsatzbetrieb in Südafrika, ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend. Die Zivis haben in den vergangenen Jahren einen hervorragenden Dienst in unserem Projekt, das sich ganz dem Dienst an behinderten Kindern verpflichtet weiss, geleistet.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### Kein Handlungsbedarf

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf

besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

### **Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen**

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoß gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

### **Unklare Auswirkungen**

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Timion NPC weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Falls die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Timion NPC lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

### **Eigene Vorschläge**

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet Timion NPC, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Timion NPC schlägt dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.

- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

### **Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist TIMION NPC auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.“*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für TIMION NPC ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

### **Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Dienstage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

### **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

TIMION NPC geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Dienstage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Dienstage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser

führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

#### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordert, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

#### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus der Sicht von TIMION NPC besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

TIMION NPC ist der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

#### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. TIMION NPC sieht absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildiensttage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Diensttage erfüllen (2017: 96.7% aller Diensttage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Diensttage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Diensttage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.

#### **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

#### **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

TIMION NPC bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

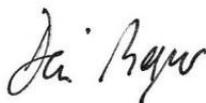
Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüßen.

Im Namen des Vorstandes des Vereins Timion



Gerhard Zaugg

Präsident Verein TIMION



Daniel Meyer

Geschäftsführer Timion NPC





Zivildienst Zentralstelle	
17. Sep. 2018	
Eingesannt	Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Biel, im September 2018

### Stellungnahme des Vereins Zahnrad, Passepartout zur Änderung des Zivildienstgesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

#### Einleitung und grundsätzliche Beurteilung

Übereinstimmend mit dem Schweizerischen Zivildienstverband CIVIVA sind wir überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

#### Kein Handlungsbedarf

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der



angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

### **Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen**

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoss gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

### **Unklare Auswirkungen**

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Das Passepartout Biel weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Das Passepartout Biel lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

### **Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdiensttage führen den Tatbeweis ad absurdum.



Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist das Passepartout Biel auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für das Passepartout Biel ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

#### **Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Dienstage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

#### **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

Das Passepartout Biel geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Dienstage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Dienstage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert,



sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

**Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

**Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus unserer Sicht besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

Das Passepartout Biel ist der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

**Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Das Passepartout Biel sieht absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildiensttage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Diensttage erfüllen (2017: 96.7% aller Diensttage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Diensttage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Diensttage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.

**Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von



zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

#### **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

Das Passepartout Biel bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Im Namen der Betriebsleiterin

Karin Hegnauer Spahni  
Betriebsleiterin

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Zell, im August 2018

## **Stellungnahme vom Violino, Wohn- und Begegnungsort Zell zur Änderung des Zivildienstgesetzes**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### **Einleitung und grundsätzliche Beurteilung**

Als Einsatzbetrieb sind wir überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### **Kein Handlungsbedarf**

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten

beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

### **Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen**

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoß gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

### **Unklare Auswirkungen**

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Wir als Einsatzbetrieb weisen darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Der Wohn- und Begegnungsort Violino in Zell lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

### **Eigene Vorschläge**

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwarten wir, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Wir schlagen dazu wie der Verband CIVIVA folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.
- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

### **Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweisen wir auf das Rechtsgutachten von infodroit.ch.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für uns ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

### **Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Dienstage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das

daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

### **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

Wir gehen davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Dienstagefaktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Dienstage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus unserer Sicht besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

Wir sind der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Wir sehen absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildienstage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Dienstage erfüllen (2017: 96.7% aller Dienstage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Dienstage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet.

Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Dienstage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.

### **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

### **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

Wir vom Violino, Wohn- und Begegnungsort in Zell bedauern, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Freundliche Grüsse



Beat Chapuis  
Dipl. Heimleiter



WWF Zentralschweiz

Brüggligasse 9  
Postfach 7988  
6000 Luzern 7

+41 (0)41 417 07 25  
info@wwf-zentral.ch  
www.wwf-zentral.ch

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Zivildienst Zentraistelle
- 3. Sep. 2018
Eingesannt Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>

Luzern, 20. August 2018

## Stellungnahme der Zentralschweizer WWF Sektionen (LU, UR, UW, ZG) zur Änderung des Zivildienstgesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### Einleitung und grundsätzliche Beurteilung

Das WWF Regionalbüro Zentralschweiz (WWF ZS) ist seit Jahren Einsatzbetrieb für Einsätze zu Gunsten von Natur und Umwelt. Der WWF ZS ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### Kein Handlungsbedarf

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf



besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

### **Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen**

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoß gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

### **Unklare Auswirkungen**

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Der WWF ZS weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Der WWF ZS lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

### **Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem



unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdiensttage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Diensttage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist der WWF ZS auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für den WWF ZS ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

### **Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Diensttage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

### **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

Der WWF ZS geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Diensttage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Diensttage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unentgeltliche Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.



#### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

#### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht des WWF ZS besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

Der WWF ZS ist der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

#### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Der WWF ZS sieht absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildiensttage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Diensttage erfüllen (2017: 96.7% aller Diensttage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Diensttage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Diensttage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.

#### **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

#### **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

Der WWF ZS bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen



Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Im Namen der Zentralschweizer WWF Sektionen (LU, UR, UW, ZG)

Esther Hegglin  
Geschäftsführerin WWF Zug  
Verantwortliche Zivildienst WWF ZS



infoDroit.ch  
gestion de situation

Permanence romande pour civilistes et militaires  
Permanence@infodroit.ch ou  
Le mardi de 12 à 14 heures au 026 925 80 66.  
Pour les urgences, 079 524 35 74, veuillez laisser un message.

Flendruz, 16 juin 2018

**Avis de droit**  
*A qui de droit*

**7 mesures du Conseil fédéral destinées à la consultation.  
Modifications de la loi sur le service civil.  
2018**

**En préalable**

1. Le droit à l'objection de conscience est un droit fondamental internationalement reconnu.
2. Il est reconnu par les jurisprudences du Comité des droits de l'homme et de la Cour Européenne des droits de l'homme, il est présent dans la constitution suisse<sup>1</sup>.
3. Ce droit s'appuie essentiellement tant sur le refus impératif de tuer que sur le refus de résoudre les conflits par la violence.
4. Le conflit entre l'obligation constitutionnelle de servir dans l'armée d'une part et la conscience d'autre part (appelé confit de conscience) peut se manifester sous diverses formes et à divers moments, de façons plus ou moins virulentes ou soudaines, y compris parfois par des somatisations ou des actes de rébellions. La problématique a été largement résolue par deux mesures:
  - 1) Il a été renoncé au « contrôle de conscience » en adoptant le système dit de la preuve par l'acte, soit l'acceptation, par la personne qui demande le service civil d'une durée plus longue pour ce service que celle requise pour le service militaire.Cette mesure a pour avantage (en plus d'une forte diminution de la charge administrative) d'éviter d'une part l'aggravation et la stigmatisation du conflit de conscience par son besoin de le confronter à la procédure et de libérer d'autre part la personne concernée d'une appréhension et d'une expression intellectuelle et verbalisée de ce conflit, inévitablement discriminatoire selon le niveau d'éducation, et sujette d'autre part à des biais divers, puisque le résultat de l'examen dépendait largement du degré de préparation à celui-ci plutôt que de la nature même, des sources et des raisons du conflit de conscience.
6. Il convient toutefois de noter que ce système de quotité a dès le début présenté un défaut important, au demeurant partiellement caché des civilistes eux-mêmes, dans le mesure où la durée de service civil requise par la loi (1 fois et demie – 1,5 – celle du service militaire encore à faire au moment de la demande) est dans la pratique comparativement différente de la durée du service militaire réellement effectuée par les militaires libérés lorsqu'ils atteignent la limite d'âge. En effet, ceux-ci se voient alors remettre le solde des jours de service non-effectués, alors que les civilistes se voient pénalement condamnés s'ils n'effectuent pas l'entier de leurs jours avant la même limite d'âge (limite par ailleurs par elle-même plus exigeante, puisqu'ils ont plus de jours à effectuer dans le même laps de temps). L'armée a de plus tardé à donner les chiffres permettant de mesurer cette différence des durées respectives des

<sup>1</sup> Constitution fédérale (Cst.) Article 10 sur la droit à la vie, art. 15 sur la liberté de conscience, art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement.



services. Pourtant des estimations raisonnables permettraient d'évaluer le nombre de jours de service civil effectués pour les civilistes demandant le service civil pour l'entier de leur périodes de service militaires comme étant environ du double du nombre de jour effectué en moyenne par les soldats terminant leur obligation à la limite d'âge<sup>2</sup>. Actuellement, ce taux semble s'être amélioré un peu, mais la durée comparée du service civil resterait de 1.8 plus élevée que la durée des services militaires, et non pas les 1.5 que stipule la loi. Il conviendra de vérifier les effets de la nouvelle loi sur l'armée sur cette problématique, la limite d'âge n'étant plus un âge fixe (p. ex. 34 ans), mais devenant un nombre de dix années pour faire les services requis après l'école de recrue<sup>3</sup>.

7. De plus la discrimination pénale demeure, puisque contrairement au service civil, aucune mesure permettant d'assurer le rythme et le progrès de la réalisation des périodes de service militaire, mesures accompagnées dans la loi sur le service civil de mesures pénales en cas de retards, n'ont été introduites dans la nouvelle législation sur la l'armée. Ainsi, le civiliste doit accomplir certaines périodes (la première suivant l'admission et la période longue) selon des délais fixes et il ne doit pas lui rester plus d'une certaine proportion de jours à faire avant d'atteindre la limite d'âge. Passé ces délais ou si la proportion de jours restant à faire est trop forte, le civiliste est convoqué d'office pour le surplus ou la période concernée, puis il encoure une peine s'il n'effectue pas la période requise. Il n'existe, pas de système similaire ou aussi contraignant dans l'armée. Pour avoir une vision complète de cette discrimination, pénalement grave, il conviendrait encore de comparer le nombre des dispenses pour justes motifs, lesquelles au demeurant ne font que repousser le problème, dispenses accordées tant pour les civilistes que pour les militaires. Nonobstant, vu la nature différente des système de suivi et de répression des deux sortes d'obligations, puisqu'il y a des condamnations pour retard dus au système de suivi contre les civilistes et qu'il n'y en a pas pour les militaires, la discrimination pénale demeure, tout comme demeurera a priori la discrimination sur les durées.

8. 2) Il importe de souligner que le service civil peut et doit pouvoir être demandé en tout temps, c'est d'ailleurs dans la loi<sup>4</sup>.

9. Cela concerne bien sûr la possibilité de demander le service civil depuis une période de service militaire, mais porte surtout sur la nature du conflit de conscience et relève en partie aussi du droit humanitaire.

10. Ainsi, le conflit de conscience peut se développer par une réflexion autonome, mais il peut aussi surgir, progressivement ou soudainement, face à une circonstance rencontrée dans le cadre du service militaire, par exemple lors de la première prise d'arme (il y a hélas des condamnations pour refus d'ordre de personnes qui font à ce moment-là un blocage psychologique) ou en étant mis en confrontation à une arme particulièrement destructive.

11. Il convient aussi, et c'est d'une grande importance, de citer le cas de l'objection de conscience à un ordre criminel, y compris ou surtout si celui-ci viole le droit humanitaire ; objection qui doit en effet pouvoir être exprimée en tout temps et en particulier de façon immédiate au moment de la réception de l'ordre contesté, cette objection devant alors, selon les circonstances, rejeter non-seulement l'ordre contesté lui-même mais aussi l'ensemble du système qui produit ou maintient cet ordre injuste, à tout le moins si l'ordre est maintenu, car alors seul le refus personnel et complet du système permettant, à défaut de pouvoir l'empêcher, la réalisation de ce ordre illégal et des ses conséquences, de préserver la conscience, et donc l'innocence de la personne confrontée à une telle situation. L'objection de conscience à une circonstance particulière devenant alors une objection au sens usuel du terme, une objection d'ensemble au service militaire<sup>5</sup>.

<sup>2</sup> Détail du calcul : <http://www.infodroit.ch/spip.php?article44>

<sup>3</sup> Ordonnance sur les obligations militaires (OMI), 1.1.2018, art. 19.

<sup>4</sup> Loi sur le service civil, art. 16.

<sup>5</sup> Voir par exemple, Jacques Verhacgen : «Le refus d'obéissance aux ordres manifestement criminels », revue du CICR, vol. 84, n° 845, mars 2002.



### Analyse des mesures proposées

**Mesure 1:** 150 jours de service civil pour toutes personnes n'ayant pas terminés ses « services d'instruction » et ayant moins de 100 jours de service militaire restant.

#### Appréciation générale

12. Par « services d'instruction », il est entendu toutes les périodes de services militaires, à savoir écoles de recrues, écoles de cadres et cours de répétition<sup>6</sup>.

13. La proposition équivaudrait à « condamner », imposer à tout militaire ayant entre 1 et 100 jours de service militaire encore à faire à effectuer 150 jours de service civil.

14. La mesure incite à terminer ses obligations militaires au lieu de demander le service civil.

15. Partant du constat, hautement probable<sup>7</sup>, selon lequel les pertes en effectifs augmentent en fonction de l'âge par lassitude, perte d'intérêt ou en raison de l'augmentation des obligations professionnelles et familiales. Il conviendrait toutefois de disposer des chiffres du nombre des personnes qui quittent l'arme dans ces tranches d'âge soit pour le service civil, soit pour raisons médicales. En effet, si le problème est une question d'emploi du temps, la demande de service civil est d'autant plus contre-productive.

16. A cet aune, la mesure aura pour effet principal d'augmenter le nombre de demandes médicales et assez peu de diminuer le nombre de service civil. Quand à sa capacité à renforcer la motivation pour l'armée, elle est ici hors contexte – ce n'est pas notre problème ou celui du service civil – et elle n'est que très indirecte, la diminution de l'attrait du service civil n'augmentant pas pour autant l'attrait pour l'armée.

#### Calculs concernant la mesure proposée

17. Dans la pratique, divers types de calculs sont possibles pour déterminer les effets et les proportions de la proposition. Mes connaissances mathématiques sont limitées, donc d'autres calculs sont peut-être possibles ou éventuellement meilleurs, mais ceux-ci révèlent plusieurs des effets pervers de la proposition:

a. Le facteur multipliant le nombre de jours à faire est, avec la proposition exponentiel : La personne qui aurait 1 seul jour d'armée encore à faire se retrouverait à en faire 150 jours, soit 150 fois plus que le nombre de jour d'armée requis.

Dans le détail, un militaire à qui il resterait :

1 cours de répétition (CR), soit 19 jours (150/19), verrait le multiplicateur passer de 1.5 à 7.89.

2 cours de répétition, le facteur (150/38) est encore du quadruple (3.94)

3 cours de répétition, le facteur descend à 2.63

4 cours de répétition, le facteur est de 2 (1.97)

5 cours de répétition le facteur est encore de 1.57, soit plus haut que la loi actuelle ou que le facteur attribué aux civilistes ayant encore plus de jours.

Ce n'est donc qu'avec 6 cours de répétition encore à faire, soit avec le nombre total des cours de répétition à faire par les soldats, et donc durant le premier cours de répétition que l'ajout systématique de 150 jours, rejoint le facteur général de 1.5.

*Dit autrement, à quelques jours prêts, quiconque demanderait le service civil après l'école de recrue devrait faire 150 jours de service civil au moins, quelque soit le nombre de jour d'armée restant à faire. Pourquoi ne pas le dire ?*

b. Le calcul peut aussi être fait en tenant compte des jours de service militaires et civils faits au total. Exemple pour un soldat :

Ecole de recrue de 124 jours, solde 121 jours de service en CR. Total 245<sup>8</sup>. Service civil complet, 245 X 1.5 = 367 jours de service civil.

Jours de service mil faits : 244 (au lieu de 245)+150=394 (proposition). Système actuel : 244 + 2 (1 x 1.5) = 246 (actuel). Différence : 148 jours à faire en plus qu'avec le système actuel et ... 27 de plus qu'en ayant demandé le service civil dès le recrutement.

<sup>6</sup> Loi sur l'armée et l'administration militaire (LAAM), art. 41.

<sup>7</sup> La permanence que nous représentons confirme, à sa modeste mesure, cette tendance. Les hommes de plus de 25 ans sont relativement nombreux à vouloir mettre un terme à leurs obligations militaires et leur nombre augmente avec l'âge

<sup>8</sup> OMI, art. 47.



Jours de service faits :  $238 (6 \text{ CR faits}) + 150 = 388$  jours à faire ou (système actuel)  $238 + 9 (6 \times 1.5) = 247$ . Différence : 141 jours de service civil en plus qu'avec le système actuel, mais aussi 21 jours de service (mil et civ) en plus de ce que ce même soldat aurait eu à faire s'il avait demandé le service civil dès la fin du recrutement.

En cela, le service est *punitif* parce qu'il impose des jours en plus ... pour avoir accepté de faire presque tout son service militaire !!!

Jours de service faits :  $219 (5 \text{ CR}) + 150 = 369$  ou (actuel :)  $219 + 39 (26 \times 1.5) = 258$ . Différence : 111 jours de plus que le système actuel, mais encore 2 jours de plus qu'avec un service civil demandé dès l'origine.

Jours de service faits  $200 (4 \text{ CR}) + 150 = 350$  ou actuel  $200 + 68 (45 \times 1.5) = 268$ . Différence : 82 en plus que le système actuel.

A partir d'ici le nombre total de jours faits devient inférieur à un service civil demandé d'emblée et donc les jours de service militaire faits diminuent le nombre total de jours à faire.

Jours de service faits  $181 (3 \text{ CR}) + 150 = 331$  ou  $181 + 96 (64 \times 1.5) = 277$ . Différence, 54 jours de service civil en plus, mais 90 de moins qu'avec un service civil complet.

Jours de service faits  $162 (2 \text{ CR}) + 150 = 312$  ou

Jours de service faits  $143 (1 \text{ CR}) + 150 = 293$  ou  $143 + 156 (101 \times 1.5) = 299$  Différence  $\pm 0$ .

#### Effets pour la pratique

c. Les effets du nouveau système sur les intérêts des candidats civilistes, en termes de jours à faire seraient les suivants :

1) Le facteur de 1.5 s'applique durant l'école de recrue, voir durant le 1<sup>er</sup> CR. Inchangé.

2) Tout jour d'armée fait durant cette période diminue effectivement le nombre total (armée et sc) de jours à faire, par rapport à un service civil complet. Inchangé.

3) Dès le 2<sup>ème</sup> CR et jusqu'au 4<sup>ème</sup> CR, le nouveau système augmente progressivement, par rapport à l'ancien, effet étrange, le nombre de jours total à faire, même si l'on fait ces CR, soit d'avoir à faire encore plus de service en tout parce que l'on fait de l'armée (absurde !), puis d'avoir à faire du service civil en plus, même si le nombre de jours total de service civil et militaire reste inférieur à ce que devrait faire un civiliste de la première heure mis au facteur 1.5).

Exemple : Faire un 2<sup>ème</sup> CR de 19 jours et demander le sc, ajoute en plus de ces 19 jours 17 jours de service en tout (civil et militaire) par rapport au système actuel, dans lequel le civiliste en faisant ce CR épargnerait 9 jours de service civil ( $19 - x \times 1.5$ ). (Nouveau :  $162 \text{ SM} + 150 \text{ SC} = 312$  Ancien  $162 + 125$  (solde de  $83 \times 1.5) = 287$ , nouveau = J plus 25. S'il ne fait pas ce CR (ancien  $\text{SM } 143 + \text{SC } 152 (101 \times 1.5) = 295$  soit quelques jours en plus de SC pour ne pas avoir fait ce cours (295 au lieu 287), mais toujours au total 17 jours de moins qu'en faisant ce CR dans le système proposé, lequel augmente donc le nombre de jours à faire sans donner de diminution pour ceux faits.

Idem pour les 3<sup>ème</sup> et 4<sup>ème</sup> CR. Je renonce aux calculs ici, mais le nombre de jours d'armée faits sans diminuer le nombre de jours de service totaux augmentera d'autant, par rapport à quelqu'un qui demande le SC après l'ER ou le 1<sup>er</sup> CR.

4) Dès le 5<sup>ème</sup> CR, le nombre total (SC et SM) de jours à faire devient plus grand que quelqu'un qui demande le service civil dès le 1<sup>er</sup> jour.

d. En résumé, il ne sera intéressant, en terme de jours à faire (ou rentable) de demander le service qu'entre le recrutement et la fin du 1<sup>er</sup> cours de répétition. A l'inverse, toute demande faite ultérieurement augmentera, de plus en plus gravement, la charge totale du nombre de jours à faire, laquelle dépassera, si le SC est demandé durant ou après le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, le nombre de jours à faire pour quelqu'un qui demande le service civil avant l'ER.

18. Tactiquement, pour le soutien aux objecteurs, l'intérêt à demander le service civil entre le recrutement et la fin de l'école de recrue reste similaire. Par contre, plus le militaire avance dans sa carrière militaire, plus la charge de jours augmente, plus il devient difficile de demander le service civil (et plus sera grande le besoin de demander la voie bleue).

19. Cela n'aura pas pour effet de diminuer fortement le nombre de demandes de service civil, puisque les demandes seront soit pour une part reportées plus tôt dans la carrière militaire, soit transformées en demande médicales et que rares seront les personnes qui en fin de carrière militaire décideront de finir leur service plutôt que de sortir de l'armée, d'une façon ou d'une autre.

Permanence romande pour les civilistes et les militaires.

C/°Infodroit.ch. Route des Siernes Picaz 46. 1659 Flendruz.

Membre de la Chambre genevoise de l'économie sociale et solidaire, [www.apres.ge](http://www.apres.ge)

Banque Alternative Suisse, ccp 46-110-7, BIC (SWIFT) ABSOCH22, IBAN CH35 0839 0033 2553 1000 2



#### La durée du service civil en droit

20. En droit Suisse, le facteur légal de 1.5 est le même depuis l'origine. Avec toutefois la réserve présentée ci-dessus au point 6 concernant la durée effective (et non légale) située aux environ de 1.8.

21. Le droit international, le Comité des droits de l'homme et la Cour européenne des droits de l'homme, tiennent de jurisprudence constante le fait que le service civil doit être de nature civile et non-punitif.

22. Une durée supérieure au double du service militaire à remplacer est considérée comme excessive<sup>9</sup>. Ainsi, l'attribution à toute personne ayant moins de 75 jours de service militaire à faire de 150 jours de service civil serait contraire au droit international.

23. Mais c'est dans son ensemble, ou à tout le moins dès le 2<sup>ème</sup> cours de répétition, que la mesure est discriminatoire. D'abord parce que plus, ils servent dans l'armée, plus elle pénalise les militaires qui demandent le service civil. Ensuite, parce qu'elle traite différemment des personnes dans des situations similaires, à savoir des personnes présentant une demandant une de service civil, demande qui est de même nature quel que soit le moment où elle est faite et pour laquelle le nombre de jours de service militaire accomplis n'a aucune incidence, sauf peut-être à renforcer le besoin de présenté une objection de conscience, ce qui reste sans influence aucune sur le droit fondamental à demander le service civil.

24. La loi sur le service civil pose comme principe que la charge du service civil devrait équivalente à celle de l'armée<sup>10</sup>. Toutefois la mesure proposée, en tous les cas dès le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, puisque la charge en jours à faire est alourdie au-delà de ce que le militaire aurait à faire en demandant le service civil avant l'école de recrue. Ainsi, non-seulement, la personne concernée effectue la plus large part de son service militaire (les 3/4), mais elle y voit ajouté une part importante de service civil (150/367) soit presque la moitié du service civil en plus, pour un total qui dépasse ce qu'elle aurait eu à faire tant à l'armée qu'avec un service civil entier. A ce titre, la mesure est non seulement dissuasive, mais discriminatoire dans la mesure où elle pénalise ceux qui ont déjà fait beaucoup d'armée (ne devraient-ils pas au contraire être pour cela remerciés ?).

25. Par ailleurs, le droit à l'objection de conscience étant un droit fondamental, toute forme de dissuasion, en entravant son libre exercice, est déjà une violation du droit.

26. Et il est finalement, à mon sens, difficile la nature punitive de la mesure, puisque ce sont ceux-là même, qui ont le plus servi dans l'armée, qui se voient le plus pénalisés.

#### Résumé :

- Violation du droit international sur la durée du service civil.
- Discrimination entre les civilistes « d'origine » et ceux qui demandent le service civil au cours de leur carrière militaire (l'objection reste la même, pour les mêmes motifs et contre le même service militaire, seule change la situation militaire).
- Mesure probablement punitive.
- Mesure simple en apparence, mais particulièrement compliquée à comprendre et à calculer, entre autres pour les personnes concernées.

<sup>9</sup> ONU, Comité des droits de l'homme: Foin v France (Communication No. 666/1995), CCPR/C/D/666/1995, 9 November 1999, para. 10.3, entre autres jurisprudence. Voir aussi: Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quno 2015, p. 8.

<http://www.quno.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>  
Il existe aussi une traduction allemande de document, p. 21 : [http://www.quno.org/sites/default/files/resources/Connection-cV\\_2014-3\\_KDVundAsyl.pdf](http://www.quno.org/sites/default/files/resources/Connection-cV_2014-3_KDVundAsyl.pdf)

Voir aussi le rapport quadriennal du Haut Commissaire aux Droits de l'Homme sur l'objection de conscience, 1.5.2017, § 22.

<http://www.undocs.org/fr/A/HRC/35/4>

<sup>10</sup> LSC 5



### Mesure 2 :

Délai d'attente de 12 mois entre le dépôt de la demande et l'admission, avec obligation de faire les périodes de service militaires prévues.

27. La mesure est contraire à la constitution. Celle-ci prévoit, textuellement: « un service de remplacement »<sup>11</sup>. Or un *remplacement du service* n'est en aucun cas un service de remplacement *différé* avec maintien du service à remplacer, en attente du service de remplacement.

Des délais pour la mise en œuvre, par la personne concernée comme par l'administration, du service de remplacement sont acceptable, voir le maintien des obligations en attente de la décision d'admission<sup>12</sup>, mais en aucun le droit à l'objection de conscience ne saurait-il être suspendu.

28. De plus, la proposition est largement impraticable et passablement conflictogène. Les civilistes concernés ne se gêneront pas pour demander des reports, se faire porter malade ou pour ne pas se présenter et leur motifs de conscience finissant toujours par être reconnus, ils ne seront, s'ils sont que partiellement et inégalement sanctionnés pour ces défections. Sans parler de la charge administrative supplémentaire pour les administrations cantonales.

### Résumé

- Mesure contraire à la constitution.
- Discrimination entre les civilistes qui font une demande avant l'école de recrue, lesquels ne sont pas condamnés à des périodes militaires et ceux qui la font après l'ER, qui doivent en faire ou, vaille que vaille, les faire annuler.
- Mesure de nature à créer de nombreuses difficultés administratives tant pour les conscrits et les civilistes que pour l'administration.

### Mesure 3 :

29. Suppression du facteur 1.1 et passage au facteur 1.5 pour les officiers et les sous-officiers supérieurs.

30. Les personnes concernées sont relativement peu nombreuses. Elles ont néanmoins les mêmes droits. Mais surtout toutes ces personnes, qui ont été obligées de revêtir ces fonctions d'encadrement, ont déjà servi, au moment de la demande d'admission au service civil plus de jours d'armée que ne servent les civilistes qui n'en a fait aucun. Le moins gradé de ceux-ci servira un total 440 jours de services au lieu de 245<sup>13</sup>. Pour obtenir son grade, il en aura déjà fait presque autant qu'un soldat normal. Et le solde de jour à faire, qu'il soit multiplié par 1.1. ou 1.5 dépassera de toutes façons le nombre maximal de jours effectués par un civiliste ne faisant pas d'armée du tout.

31. Sachant que l'obligation de grader est imposée, même avec un facteur 1.1, la personne qui demande le service civil alors qu'elle a déjà revêtu son grade est discriminée par rapport à un civiliste qui demande le service avant de recevoir le moindre grade. Augmenté cette durée plus encore, alors que la personne gradée sert déjà plus que toute autre personne sans garde, apparaît là aussi comme punitive.

### Résumé

- En conjonction avec la discrimination décrite ci-après, violation du droit international sur la durée du service de remplacement.
- Discrimination entre les officiers et sous-officiers supérieurs d'une part et les soldats d'autre part en raison d'abord de l'obligation de grader d'abord, pour laquelle les premiers ne peuvent rien, puis du fait qu'en raison de cette obligation, ils ont déjà effectué, contre leur gré, une durée de service aussi importante que les soldats, durée sur laquelle vient ensuite s'ajouter une très longue durée de service civil supplémentaire. Dit autrement, le soldat qui demande le service civil évite non-seulement de grader, mais tous les jours de service civil supplémentaires en cas de conflit de conscience alors que l'officier, qui est en droit de développer un conflit de conscience à tout moment, en est d'autant plus pénalisé.

<sup>11</sup> Art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement.

<sup>12</sup> LSC 17 et 17a.

<sup>13</sup> OMI 47



- Mesure qui ne touche qu'un nombre limité de personnes.

#### Mesure 4 :

32. Interdiction faite aux médecins de faire du service civil en tant que médecins.

33. Là encore, la mesure ne concerne que très peu de personnes. Les médecins ont en moyenne au moins 26-27 ans à la fin de leur formation et ce moment-là, la plupart des périodes longues sont faites. Mais quand bien même, faut-il priver les hôpitaux de ces médecins-là ?

34. Par ailleurs, la mesure est à nouveau discriminatoire ; pourquoi les médecins et pas les géologues, les travailleurs sociaux ou les enseignants ? Là ce ne serait plus seulement certains civilistes, mais tout le service d'intérêt public qui tendrait à être victime d'une vision trop étroite des possibilités de service civil.

35. Enfin, il existe certes une disposition qui interdit certaines affectations en fonction de la personne du civiliste, en particulier si elle favorise sa formation<sup>14</sup>. Et c'est probablement, dans ce contexte que la proposition s'inspirerait. Mais à nouveau, certains militaires exercent des fonctions militaires en lien avec leur profession – et pas seulement des médecins ! – en quoi des civilistes n'auraient-ils pas le droit d'en faire autant ?

#### Résumé

- Mesure hautement discriminatoire (par professions).
- Mesure ne touchant (en l'état, que les médecins) qu'un nombre limité de personnes.

#### Mesure 5 :

36. Pas d'admission au service civil pour les personnes pour lesquelles il ne reste plus de jours de service, mais pour lesquelles il reste des tirs obligatoires.

37. La question est controversée depuis longtemps. Seul sont concernés les militaires en service long, qui restent incorporés ensuite pendant 4 ans<sup>15</sup>. Il conviendrait de savoir combien il y a eu de cas.

38. Pour rappel, les militaires ont la possibilité de déposer l'arme, sans motifs, s'ils ne souhaitent pas la conserver, mais cela ne les dispense pas des tirs<sup>16</sup>.

39. D'abord, il convient de rappeler que l'exécution de tirs obligatoires, dans le cadre d'un service militaire, même terminé, peuvent donner lieu à conflit de conscience, qui plus est si celui-ci peut avoir à se manifester durant une période de 4 ans.

40. En ce sens, la mesure ignore et passe complètement à côté, nie un problème qu'il y aurait pourtant lieu de résoudre.

41. A mon sens, une procédure plus simple qu'une admission au service civil devrait permettre, par exemple mais en tous les cas pour motifs de conscience légitimes, de remettre l'arme définitivement et d'être ainsi dispensé des tirs obligatoires.

#### Résumé

- Violation du droit à l'objection de conscience
- Mesure administrative inadéquate
- Mesure ne touchant qu'un nombre limité de personne

#### Mesure 6 :

42. Les civilistes sont tenus de faire une période de service civil par année dès l'admission.

<sup>14</sup> LSC 4a

<sup>15</sup> LAAM 54a

<sup>16</sup> Ordonnance concernant l'équipement personnel des militaires (OEPM), art. 6a.



43. La mesure existe déjà, art. 39a de l'ordonnance sur le service civil : « La personne astreinte au service civil *effectue chaque année* des affectations de service civil d'une durée de 26 jours au moins à partir de la deuxième année civile au plus tard ».
44. Les reports étant relativement fréquents, on peut se demander si c'est ceux-ci qu'il s'agit de limiter, mais le texte de la mesure est pour le surplus inutile.

#### Résumé

- Proposition de mesure incompétente, mesure déjà prévue par la loi.

#### Mesure 7 :

45. Obligation pour les personnes en service long, d'effectuer la période longue de service civile dans l'année qui suit (et non pas dans les trois ans qui suivent) l'admission au service civil.
46. Imposer un service civil long est une vieille mesure de 2011, que le Tribunal administratif fédéral avait annulée en raison de l'article 20 de la LSC qui stipule que le SC peut être fait en une ou plusieurs périodes<sup>17</sup>.
47. Depuis toujours, nous recommandons aux militaires en service long de passer d'abord au service normal, avant de demander le service civil, entre autres afin d'éviter le surplus de jours, actuellement 55 jours de service militaire ou 82 jours de service civil en plus<sup>18</sup>. Notre recommandation ne changera pas.
48. De plus, la mesure ne prévoit cette obligation que si l'école de recrue n'est pas terminée, or l'école de recrue est considérée comme terminée si 80% de ses jours ont été accomplis<sup>19</sup>; soit pour une école usuelle de 124 jours, dès le 100<sup>ème</sup> jour d'école de recrue. Mais dans la pratique, la demande de service civil peut être faite quelques jours plutôt, puisque celle-ci prend quelques jours, voir semaines à condition pour cela que l'admission à la fin du processus de demande intervienne après le 100<sup>ème</sup> jour de service.
49. Que ce soit en passant au service normal et en attendant les 80% de son service militaire (dans des conditions « suffisantes ») – si encore au service long avec les jours en sus – il est très facile d'éviter cette mesure et peu nombreux sont ceux qui se retrouveront à devoir faire une période longue ou leur période longue de service civile dans l'année qui suit. Au demeurant si un plan de carrière avait prévu une mise en suspend de celui-ci pour le service militaire long, avec une libération en fin d'école de recrue et une affectation longue trouvée rapidement, celle-ci peut être faite dans le temps préalablement dévolu au service militaire long.
50. La mesure est aussi discriminatoire puisqu'elle traite plus durement les militaires en service long que les militaires en service normal d'une part, et alors plus durement que les civilistes n'ayant pas débuté l'école de recrue d'autre part.

#### Résumé

- Mesure facile à contourner, voire à accommoder.
- Mesure ne concernant alors plus qu'un nombre limité de personnes.
- Mesure discriminatoire.

#### Considérations finales

51. Les mesures 1 et 3 violent le droit international sur la durée du service civil.
52. La mesure 2 viole la constitution sur la notion de service de remplacement et la mesure 5 viole la constitution sur le droit à un service de remplacement.
53. Les mesures 1, 3, 4 et 7 sont clairement discriminatoires et violent à un titre ou un autre l'égalité de traitement.
54. Les mesures 3, 4, 5 et 7 ne touchent que – mais gravement – un nombre limité de personnes. À ce titre, le but premier de ces mesures n'est probablement pas ou que partiellement de toucher ces personnes-là, voire de les maintenir dans l'armée mais de donner l'impression qu'il est difficile ou déconseillé, qu'il est

<sup>17</sup> <http://www.infodroit.ch/spip.php?article91>

<sup>18</sup> OMI 111

<sup>19</sup> OMI 57 ou 37 ordonnance sur le service civil (OSI) (même teneur).



même dissuadé de sortir de l'armée. Un tel but viole le droit au service civil et un service civil non-discriminatoire et non-punitif.

55. Il convient d'ajouter à ce propos que les instances et jurisprudences internationales ont reconnu sans hésiter le droit à l'objection de conscience pour les appelés, comme pour les volontaires et les professionnels. Autrement dit et pour ce qui nous occupe ici, le droit à l'objection de conscience et au service de remplacement est et reste le même, ne saurait donc subir d'aggravation dans l'exercice du droit, soit l'accès au service civil, comme dans sa réalisation, soit l'accomplissement du service civil, que la personne concernée aie commencé ou non à servir dans l'armée<sup>20</sup>.

56. Les mesures 2, 3 et 4 supposent des difficultés de mise en œuvre particulièrement importantes. La mesure 5 pourrait faire l'objet d'une simplification administrative.

57. La mesure 6 est inutile, une aberration puisqu'elle préconise quelque chose qui existe déjà.

58. L'analyse de l'ensemble de ces mesures donne l'impression forte que l'armée est très embarrassée, mal à l'aise en raison des demandes service civil issues des ses rangs.

59. Ainsi quand bien même l'ensemble de ces mesures, si elles venaient à être mise en œuvre, aurait pourrait effet d'inciter les conscrits à demander le service civil bien plus tôt, ce qui n'est pas utile à l'armée non plus, il conviendrait de combattre ces mesures pour les effets et les complications graves qu'elles imposent, en toutes sortes de circonstances, aux militaires.

60. Il convient aussi de constater que les mesures proposées font preuve d'une méconnaissance, tant du droit international que du droit constitutionnel suisse qui confine à l'impréparation, voire au mépris, tant des civilistes que des militaires.

61. Enfin, dans le cadre des réactions à ces propositions de mesures, il conviendra de rappeler certaines ou l'ensemble de nos revendications de base, à savoir une présence civile lors du recrutement afin de faciliter son impartialité, un durée raisonnable et une compensation financière garantissant au moins l'accès au minimum vital<sup>21</sup>.

Christophe Barbey,  
Juriste, permanent depuis 2006

<sup>20</sup> Voir les résolutions du Conseil des Droits de l'Homme, par exemple la résolution du 8 octobre 2013, art. 12 A/RES/HRC/24/17 ou Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quno 2015, p. 4.

<http://www.quno.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

<sup>21</sup> Avec une APG de 62.- par jour durant l'ER ou son équivalent au service civil, ou en cas d'absence de salaire préalable au service ou de droit à son équivalent, avec 1'800.- par mois ~, le minimum vital n'est pas atteint. Le dernier rapport du haut commissaire aux droits de l'homme mentionne une trop faible rémunération comme étant de nature punitive. A/HRC/35/4, § 21.

Zivildienst Zentralstelle
- 3. Sep. 2018
Eingesannt Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Ebikon, im August 2018

## Stellungnahme Zentrum Höchweid, Ebikon zur Änderung des Zivildienstgesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Amann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### Einleitung und grundsätzliche Beurteilung

Das Zentrum Höchweid vertritt die Interessen der Zivildienstleistenden und Einsatzbetriebe. Das Zentrum Höchweid ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der



Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoß gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

## Unklare Auswirkungen

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Das Zentrum Höchweid weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Das Zentrum Höchweid lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch einzelne der sieben Massnahmen ab.

## Eigene Vorschläge

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet das Zentrum Höchweid, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Das Zentrum Höchweid schlägt dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.
- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.



## **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

## **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht vom Zentrum Höchweid besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

Das Zentrum Höchweid ist der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

## **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Das Zentrum Höchweid sieht absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildiensttage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Dienstage erfüllen (2017: 96.7% aller Dienstage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Dienstage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Dienstage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.

## **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

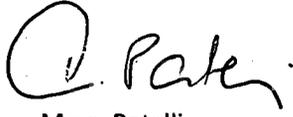
Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.



Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüßen.

Zentrum Hönchweid

  
Marianne Wimmer-Lötscher  
Leiterin Zentrum Hönchweid

  
Maya Patelli  
Leiterin Administration



Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Baar, im September 2018

## **Stellungnahme der zuwebe – Arbeit und Wohnen für Menschen mit Behinderung – zur Änderung des Zivildienstgesetzes**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### **Einleitung und grundsätzliche Beurteilung**

Die zuwebe ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### **Kein Handlungsbedarf**

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.

### **Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen**

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Dienstage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoss gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

### **Unklare Auswirkungen**

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. Die zuwebe weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Die zuwebe lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

### **Eigene Vorschläge**

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet die zuwebe, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. Die zuwebe schlägt dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür

muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.

- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

### **Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist die zuwebe auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für die zuwebe ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

### **Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Dienstage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

### **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**

Die zuwebe geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Dienstage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Dienstage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Dienstagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht der zuwebe besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

Die zuwebe ist der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. Die zuwebe sieht absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildienstage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Dienstage erfüllen (2017: 96.7% aller Dienstage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Dienstage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Dienstage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.

### **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

### **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

Die zuwebe bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Im Namen der zuwebe



**Benno Sidler**  
Mitglied der Geschäftsleitung  
Geschäftsbereich Dienste



**Amanda Brunner**  
Leiterin Human Resources  
Geschäftsbereich Dienste

Zivildienst Zentralstelle	
11. Okt. 2018	
Eingesannt	Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>

Dipartimento federale dell'economia, della  
formazione e della ricerca DEFR  
Organo d'esecuzione del servizio civile ZIVI  
Servizio giuridico  
Malerweg 6  
3600 Thun

Zurigo, 7 ottobre 2018

## Presenza di posizione sulla modifica della legge sul servizio civile

Egregio signor Consigliere federale Johann Schneider-Ammann  
Gentili signore, egregi signori,

Con la vostra lettera del 20 giugno 2018 ci avete invitato a partecipare alla procedura di consultazione sulla modifica della legge sul servizio civile. Vi ringraziamo di averci concesso questa opportunità e ne approfittiamo volentieri facendovi pervenire la seguente presa di posizione:

### Introduzione e valutazione di principio

La Federazione svizzera del servizio civile CIVIVA rappresenta gli interessi dei civilisti e degli istituti d'impiego. CIVIVA è convinta che il servizio civile nella sua forma attuale funziona molto bene ed è di grande utilità sia per la società che per la natura. Il servizio civile è efficace, ben organizzato, agisce concretamente e la sua utilità è riconosciuta sia in quanto sistema nel suo insieme che a livello dei singoli civilisti.

Le proposte di modifica della legge sul servizio civile si scagliano contro il servizio civile in quanto forma di servire e lo mettono fondamentalmente in discussione. Dei principi importanti come la parità di trattamento di tutti gli astretti al servizio o il diritto di far valere ad ogni momento un conflitto di coscienza sono violati. Questa modifica scatena molteplici conflitti con il diritto costituzionale come menzionato nel parere legale allegato (in francese).

Una modifica della legge sul servizio civile dovrebbe occuparsi del servizio civile e non cercare di risolvere i presunti problemi dell'esercito. È politicamente assai discutibile peggiorare un sistema ben funzionante per favorirne un altro. I problemi devono essere risolti là dove sussistono. Il servizio civile deve essere adattato ai bisogni della società, non a quelli dell'esercito.

### Nessuna necessità di agire

Sia i tre rapporti del Consiglio federale sugli effetti della soluzione della prova dell'atto nel servizio civile (2010; 2012, 2014) che il rapporto del gruppo di studio sull'obbligo di servire (2016) arrivano alla conclusione che il servizio civile non rappresenta una minaccia per gli effettivi dell'esercito e di conseguenza non c'è nessuna necessità d'agire per limitare l'accesso al servizio civile. A tutt'oggi non

esiste nessuno studio basato su dati quantitativi che fa apparire il servizio civile come una minaccia per gli effettivi dell'esercito. La presunta necessità d'agire si basa unicamente su delle affermazioni del comandante dell'esercito e di singoli rappresentanti attivi nella politica di sicurezza.

### **Disparità di trattamento degli astretti al servizio**

Le misure proposte prevedono che le condizioni per un'ammissione al servizio civile diventino sempre più dissuasive man mano che un astretto al servizio aumenta i giorni di servizio già prestati. Questa grossolana e intenzionale disparità di trattamento degli astretti al servizio civile non è accettabile. Un conflitto di coscienza con il servizio militare può apparire ad ogni momento ed in particolare anche quando un astretto al servizio ha acquisito una maggiore esperienza personale nell'esercito. Che in questo caso la „prova dell'atto“ sia penalizzata con un ostacolo più alto è assurdo e rappresenta, come ammesso dal Consiglio federale stesso, un'infrazione contro il Patto dell'ONU sui diritti civili e politici.

### **Effetti discutibili**

Il Consiglio federale parte dal principio che l'accesso più complicato al servizio civile ha un effetto diretto sugli effettivi dell'esercito. CIVIVA fa notare che gli astretti al servizio in Svizzera non rappresentano una massa anonima e manovrabile che può essere guidata senza reagire dalla politica e dall'amministrazione. Si tratta piuttosto di individui indipendenti che dispongono di diritti fondamentali, di molte informazioni e di diverse opzioni d'azione. Ogni decisione di inoltrare una domanda d'ammissione al servizio civile è il risultato di riflessioni individuali e di esperienze personali. Di questa situazione non si tiene per nulla conto nell'ambito delle modifiche proposte.

Se gli ostacoli nel caso di un passaggio tardivo al servizio civile sono innalzati, al giovane astretto al servizio che, con la legge attuale, avrebbe inoltrato una domanda d'ammissione al servizio civile, si presentano diverse possibilità d'azione nella nuova situazione:

- Accetta le nuove condizioni e passa comunque al servizio civile.
- Anticipa l'entrata in vigore dei futuri ostacoli supplementari e inoltra anticipatamente la sua domanda d'ammissione al servizio civile.
- Lascia l'esercito facendosi scartare ottenendo un certificato psichiatrico che lo dichiara inabile al servizio.
- Resta nell'esercito, riduce la sua partecipazione al minimo e aspetta demotivato la fine dei suoi giorni di servizio.

C'è da aspettarsi che la scelta di tutte queste possibilità si ripartisca tra tutti gli astretti al servizio interessati. Le sette misure proposte dal Consiglio federale avranno come conseguenze che le domande d'ammissione al servizio civile saranno inoltrate anticipatamente, che un numero maggiore di astretti al servizio si faranno dichiarare inabili e che un maggior numero di soldati demotivati rimarranno nell'esercito. È molto poco probabile che dei militari che vogliono lasciare l'esercito ritrovino improvvisamente e nuovamente la motivazione e la volontà di continuare a servirvi solo perchè l'uscita è resa loro più difficile. Questo riguarda in modo particolare i sottufficiali e gli ufficiali che sono pronti ad assumere delle responsabilità nell'esercito ed a prestare un numero superiore di giorni di servizio e che con queste proposte saranno ancora maggiormente penalizzati.

Per questi motivi la Federazione svizzera del servizio civile CIVIVA rigetta in blocco queste modifiche della legge sul servizio civile così come individualmente tutte e sette le misure proposte.

### **Le nostre proposte**

La legge sul servizio civile (LSC) regola il servizio civile. Di conseguenza CIVIVA si aspetta che una modifica della LSC si occupi anche del servizio civile e che apprezzi quest'ultimo come un elemento ben funzionante e estremamente efficiente del sistema dell'obbligo di servire. Si dovrebbe almeno tentare di sviluppare ulteriormente il servizio civile in modo costruttivo. CIVIVA propone quindi le seguenti misure:

- Il servizio civile deve rafforzare il suo orientamento ed essere impiegato nelle situazioni straordinarie come le catastrofi ambientali o le situazioni d'urgenza umanitarie.
- Il servizio civile deve diventare più flessibile e permettere delle nuove forme d'impiego, per esempio nell'assistenza di persone con un bisogno d'accompagnamento. Per questo motivo il principio di impiego a tempo pieno deve essere abolito in modo da permettere servizi d'assistenza più lunghi e individualizzati.
- I programmi prioritari dovrebbero essere estesi a un numero più importante di ambiti d'impiego oppure essere totalmente aboliti.
- La formazione dei civilisti deve essere estesa e adattata più specificamente ai bisogni degli impieghi.

### **Misura 1: Numero minimo di 150 giorni di servizio**

Questa misura conduce ad un massiccio peggioramento per gli astretti al servizio man mano che ritardano l'inoltro della loro domanda d'ammissione al servizio civile. Sono puniti tutti coloro che danno una possibilità all'esercito e sono disposti ad prestare il servizio militare. Se un conflitto di coscienza appare in seguito esso viene punito con un fattore sproporzionatamente elevato. Con l'introduzione di un minimo di 150 giorni di servizio la prova dell'atto può diventare un'assurdità. Colui che inoltra una domanda d'ammissione al servizio civile per non effettuare il suo ultimo corso di ripetizione dovrà prestare più di sette volte il numero di giorni di servizio che gli resterebbero ancora da fare. Il fattore massimo di due riconosciuto internazionalmente sarà in questo modo ampiamente oltrepassato. Per un'argomentazione giuridica più dettagliata CIVIVA vi rinvia al parere legale allegato (in francese).

Nella sua presa di posizione del 24 maggio 2017 sulla mozione 17.3006 „Modifica della legge sul servizio civile“ il Consiglio federale faceva valere quanto segue rivolgendosi alla Commissione della politica di sicurezza del Consiglio nazionale (CPS-N):

*„Se si desse seguito alla mozione, sarebbe difficile valutare la natura e la portata delle conseguenze indesiderabili ed è impossibile stimare quali sarebbero le conseguenze sul numero di ammissioni al servizio civile o sugli effettivi dell'esercito. Nel complesso, tuttavia, ci si può aspettare che meno persone soggette all'obbligo di prestare servizio militare svolgeranno un servizio personale. Ciò intaccherebbe la parità di trattamento per quanto concerne l'obbligo militare.“*

*Le proporzioni con cui verrebbe prolungata la durata del servizio civile (fino al fattore 195) e la disparità di trattamento riservato ai civilisti si tradurrebbero in una sanzione sproporzionata e sarebbero inoltre incompatibili con il principio dell'uguaglianza giuridica."*

Per CIVIVA è ovvio che questa argomentazione vale anche per la misura proposta di un minimo di 150 giorni di servizio nel servizio civile. Anche un fattore sette rappresenta una chiara disparità di trattamento degli astretti al servizio civile e non è compatibile con l'uguaglianza davanti la giustizia.

**Misura 2: Periodo d'attesa di 12 mesi**

Un periodo d'attesa di un anno per l'ammissione al servizio civile per i militari che hanno terminato l'istruzione di base (art. 16 e 17) contraddice chiaramente il principio in vigore del conflitto di coscienza (art. 1) poichè nonostante l'esplicita formulazione del conflitto di coscienza l'obbligo del servizio militare resta valido per un anno supplementare. Concretamente l'accesso al servizio civile viene negato alle persone interessate per un anno intero. Il momento della fine dell'istruzione di base è inoltre scelto arbitrariamente e conduce ad una chiara disparità di trattamento per i militari che hanno già prestato un numero più importante di giorni di servizio. Un conflitto di coscienza con il servizio militare ed il conseguente diritto al servizio civile può apparire indipendentemente dalla durata di servizio militare già prestata o dalla funzione/grado.

Il periodo d'attesa proposto conduce in questo modo verso un possibile aumento delle partenze per motivi di inabilità dei soldati interessati („via blu“) visto che per i militi scartati non esistono periodi d'attesa. Inoltre si prospetta un aumento delle domande di rinvio del servizio delle persone interessate durante il periodo d'attesa con un conseguente aumento delle spese amministrative per l'esercito.

**Misura 3: Fattore 1.5 anche per sottufficiali e ufficiali**

CIVIVA parte dal principio che i sottufficiali e gli ufficiali, per via della loro iniziale disponibilità ad intraprendere una carriera militare e una durata del servizio più lunga, abbiano delle ragioni importanti e da prendere sul serio per un passaggio al servizio civile e siano già oggi disposti ad assumere delle durate di servizio più lunghe. I giorni di servizio ed i fattori ridotti paragonati ai soldati per i sottufficiali e gli ufficiali valido fino ad ora sono giustificati dal numero molto più elevato di giorni di servizio prestati e da prestare e considerando il numero ridotto delle persone interessate. Un fattore di 1.5 indipendente dal tempo di servizio e dai giorni di servizio già prestati per i sottufficiali e gli ufficiali condurrebbe verso un massiccio peggioramento e ad una disparità di trattamento. Se il fin'ora possibile accesso al servizio civile sarà reso più difficile ci si dovrà attendere ad avere dei quadri superiori demotivati nell'esercito o un aumento delle partenze per motivi di inabilità.

**Misura 4: Divieto per i medici di prestare servizio civile come medici**

Il divieto perseguito per gli impieghi di servizio civile nel caso di studi di medicina iniziati o terminati è arbitrario. Il sistema svizzero di milizia in vigore si basa sul principio che sia possibile utilizzare le competenze civili nell'esercito, nella protezione civile e nel servizio civile.

**Misura 5: Rifiuto dell'ammissione al servizio civile per i militari che non hanno più giorni di servizio da prestare**

Per principio un'uscita dal servizio militare per dei motivi di coscienza deve essere possibile in qualsiasi momento, in particolare visto che un conflitto di coscienza può apparire anche a causa della continuità del tiro obbligatorio. Dal punto di vista di CIVIVA la necessità d'intervenire è nettamente più importante a livello di una revisione del dispendioso processo per l'ammissione al servizio militare senz'arma. Se gli astretti al servizio potessero dall'inizio accedere senza ostacoli al servizio militare senz'arma verrebbero a sparire anche i pochi casi (meno di 50 all'anno) che sarebbero toccati da questa misura.

Secondo CIVIVA le persone ammesse al servizio civile devono anche effettivamente prestare un servizio civile e riconosce in questo caso la necessità di principio d'intervenire.

**Misura 6: Obbligo d'impiego annuale a partire dall'ammissione**

Questa esigenza è già attualmente regolamentata pressoché in modo identico nell'articolo 39a dell'Ordinanza sul servizio civile. CIVIVA non vede assolutamente nessuna ragione per questa modifica cosmetica dell'esecuzione visto che i giorni di servizio civile sono già oggi prestati coscienziosamente. L'Organo d'esecuzione contribuisce tramite un'applicazione pragmatica e flessibile al fatto che normalmente i civilisti prestano la totalità dei loro giorni di servizio (2017: 96.7% di tutti i giorni di servizio). Solo nei casi estremi (lunga malattia, emigrazione, morte, obiezione totale) i civilisti non prestano la totalità dei giorni di servizio.

L'argomento del Consiglio federale secondo il quale l'uguaglianza del servizio è da ricercare anche tramite il suo svolgimento durante la stessa fase della vita (periodo principale di regola tra i 20 e i 25 anni) è smentito dal fatto che il progetto di sviluppo futuro dell'esercito prevede di rendere flessibile il momento d'inizio della scuola reclute. Inoltre questa misura implica degli svantaggi per gli istituti d'impiego visto che dovranno essere prestati una gran quantità di corti periodi d'impiego ed il periodo di introduzione al lavoro diventerà sproporzionatamente lungo rispetto il periodo d'impiego. Addirittura la Confederazione in quanto istituto d'impiego offre anche molti posti d'impiego i quali esigono un'elevata qualifica e stabiliscono delle durate minime di diversi mesi. Con l'obbligo d'impiego annuale e dopo aver compiuto le necessarie formazioni ci si ritroverà spesso nella situazione di non disporre di un numero sufficiente di giorni di servizio come richiesto dalle durate minime.

**Misura 7: Obbligo di terminare l'impiego di lunga durata entro l'anno civile successivo al passaggio in giudicato dell'ammissione per chi presenta la domanda durante la scuola reclute**

Questa misura svantaggerà in particolare gli astretti al servizio che saranno ammessi al servizio civile durante la scuola reclute estiva i quali saranno confrontati con dei tempi sproporzionatamente stretti poichè avranno approssimativamente un anno a disposizione per organizzare e prestare sei mesi di servizio civile. Gli effetti sulla vita lavorativa o sulla formazione possono essere importanti perchè queste persone dovranno consacrare una grande quantità di tempo al servizio durante un periodo della durata di due anni civili. Non è accettabile che una misura per la riduzione dell'attrattività del

servizio civile vada a gravare sui datori di lavoro e gli istituti di formazione e ancor meno sugli obblighi famigliari.

### **Riassunto e conclusioni**

CIVIVA deplora che il Consiglio federale, a causa dell'astioso modo di discreditare gli altri di un certo numero di persone che si occupano di politica di sicurezza, si è lasciato influenzare ed è ora disposto a mascherare le presunte mancanze dell'esercito con delle misure contro un servizio civile efficiente ed in continua evoluzione. Nel rapporto esplicativo relativo alla consultazione il Consiglio federale si esprime nel modo seguente:

*„Se dopo l'entrata in vigore della revisione saranno disponibili meno civilisti sul lungo periodo, a esserne interessati saranno soprattutto gli istituti d'impiego degli ambiti d'attività nei quali le risorse per lo svolgimento di compiti della società mancano o sono insufficienti. L'interesse pubblico preponderante di garantire gli effettivi dell'esercito giustifica tuttavia questo effetto.“*

Esso pone in questo modo i bisogni dell'esercito al di sopra di quelli della società civile e afferma di tutelare gli interessi collettivi. Noi non condividiamo questa interpretazione e siamo convinti che una società che funziona è la cosa più importante per assicurare il benessere della Svizzera.

Egregio signor Consigliere federale Johann Schneider-Ammann,

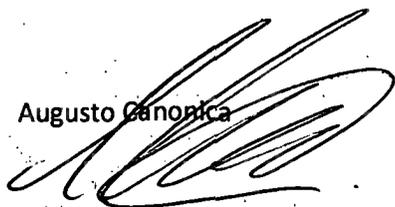
ho potuto salutarla il 31 luglio 2016, quando è venuto in visita in Vallemaggia ed in particolare nel villaggio dove abito, Lodano.

Proprio alcuni luoghi che ha visitato in quel giorno a Lodano, hanno dato la possibilità ad alcuni civilisti di aiutare la popolazione locale a sistemare i muri a secco, riattare alcuni rustici e tener puliti i sentieri escursionistici.

In conclusione le chiedo di tener conto dei punti esposti nella presente presa di posizione durante l'ulteriore elaborazione del progetto di legge.

Distinti saluti.

Augusto Canonica



Erna Straub-Weiss  
Kanzleistrasse 13  
8477 Oberstammheim

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Herr Bundesrat  
Johann N. Schneider-Ammann  
3003 Bern

5. Oktober 2018

## **Änderung des Zivildienstgesetzes**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

### **Zur 1. Massnahme Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Warum bestraft man Diensttuende mit mehr Armee-Tagen? Sie haben nicht gekneift, sondern wollen in den Zivildienst wechseln. Das ist kein leichtfertiger Entscheid, sondern es steht eine Erfahrung dahinter.

Müsste man nicht vielmehr jene bestrafen, die keinen Dienst machen oder die Vorgesetzten, die den Dienst unattraktiv machen?

### **Zur 2. Massnahme Wartefrist von 12 Monaten**

Auch dies ist eine Schikane für Dienstleistende.

Siehe oben: Müsste man nicht vielmehr jene bestrafen, ...?

### **Zur 3. Massnahme Faktor 1,5 auch für Unteroffiziere und Offiziere.**

Eine weitere hohe Hürde für Dienstleistende.

Siehe oben: Müsste man nicht vielmehr jene bestrafen, ... ?

### **Zur 4. Massnahme Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das ist eine Verschwendung von Know-how und Ressourcen.  
Ausserdem ist es ungerecht.

**Zur 5. Massnahme                    *Keine Zulassung von Angehörigen der  
Armee mit 0 Restdiensttagen***

Die Schiesspflicht ist ein alter Zopf, ganz und gar nicht umweltfreundlich und verursacht hohe Kosten. Von der Gefahr, dass das Gewehr auch zu Unfällen und kriminellen Taten führen kann, mal ganz abgesehen.

**Zur 6. Massnahme                    *Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung.***  
Das ist eine Ungleichbehandlung zu den Durchdienern beim Militärdienst.

**Zur 7. Massnahme**  
***Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens  
im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen.***

Das ist eine Hürde für kaum im Berufsleben stehende junge Menschen.

Zusammengefasst: Diese Massnahmen wären ein grosser Rückschritt, sie dienen nur der Selbstgerechtigkeit von Militaristen, nicht aber der Entwicklung und der Einsatzfreude von jungen Menschen. Ausserdem riecht alles nach: Euch wollen wir es schon zeigen, und ist im Einzelnen sehr ungerecht.

Mit freundlichem Gruss



DANIELWIGGER.CH  
Kommunikation – Organisation – Inspiration  
Gotthardstrasse 17, 6204 Sempach  
078 811 22 19 – daniwigger@gmail.com



Rechtsdienst Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Mahlerweg 6  
3600 Thun

Sempach, 11. Oktober 2018/dw

## **Stellungnahme „Änderung des Zivildienstgesetzes“**

Sehr geehrter Herr Johann N. Schneider-Ammann  
Sehr geehrter Gesamtbundesrat

Als Privatperson nutze ich die Möglichkeit zur Stellungnahme. Besten Dank für diese Möglichkeit.

Gerne würde ich Ihnen als Mensch und fühlendes Wesen, die Kraft der Ungehörten und Ungesehenen – als eine Stimme aus dem Land – mitteilen können. Ich wünschte, Sie könnten andeutungsweise die Wichtigkeit von Menschlichkeit verstehen. Ich wünschte, Sie könnten die Arbeit von z.B. Christophe Barbey erkennen und würdigen. (In der Flut der Informationsfülle, denke ich, ist es einfach nicht realistisch, dass Sie zum Beispiel [sein umfangreiches Schreiben\\*](#) wirklich lesen).

Ebenso wünschte ich, dass Sie die für mich unglaublich administrativen Leistungen – welche ein unendliche Menge an Energie und Ressourcen bindete - der Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI, spezifisch zum Beispiel im Zusammenhang mit diesem Vernehmlassungsverfahren, zu welchem Sie den Auftrag gaben, würdigen.

Ich bin absolut nicht einverstanden, dass Sie **das Bundesgesetz über den zivilen Ersatzdienst** missbrauchen, um drei problematisch interpretierten Phänomenen entgegenzuwirken. Sie betreiben massive Verantwortungsverwirrung und wirken dadurch für mich höchst unglaubwürdig.

Ich bedauere sehr, dass Sie die Chancen im aktuellen Zeitgeschehen noch nicht erkannt haben und mit entsprechenden Massnahmen unterstützen.

So gut wie ich kann, versuche ich mit meinen 36 Jahren Lebenserfahrung Gesamtbundesratsentscheide, sowie die persönlichen Lebensgeschichten dahinter zu verstehen. Ich wünsche mir, dass Sie es schaffen einen Unterschied für sich persönlich zu finden bezüglich Entscheidungen, die aus Angst motiviert sind und solchen die aus Liebe entstehen.

Daniel Wigger

\*

**Von:** Curdin Roner <curdi@bluewin.ch>  
**Gesendet:** Donnerstag, 23. August 2018 19:17  
**An:** \_ZIVI-Rechtsdienst  
**Betreff:** Vernehmlassung zur Revision des Zivildienstgesetzes  
**Anlagen:** 180816 Stellungnahme CIVIVA Vernehmlassung ZDG Vorlage.docx; 180816 Stellungnahme CIVIVA Vernehmlassung ZDG Vorlage.pdf; Rechtsgutachten Vernehmlassung ZDG Revision 2018\_fr-1.pdf

Sehr geehrte Damen und Herren

Gerne nehme ich zur obgenannten Vernehmlassung Stellung.

Ich teile die Auffassung des Schweizerischen Zivildienstverbandes. Da ich mich nicht so gewählt ausdrücken kann hänge ich ihre Abfassung bei.

Ich hatte leider nicht die Möglichkeit Zivildienst zu leisten, da zu meiner Zeit nur die Alternativen bestanden ins Gefängniss zu gehen oder sich krankschreiben ziu lassen.

Ich habe mich vom Gericht überzeugen lassen das Militär erst mal auszuprobieren bevor ich stattdessen ins Gefängnis gehe.

So einen Leerlauf wie im Militär habe ich aber selten im Leben feststellen können, wäre ich aber stattdessen ins Gefängnis gegangen wären dem Staat ziemliche Kosten entstanden und einen Nutzen konnte ich darin nicht entdecken, so das ich die Variante mit krankschreiben gewählt habe.

Bei einem Zivildienst wäre der Gesellschaft und mir wesentlich mehr geholfen gewesen. Gottseidank existiert diese Möglichkeit heute.

Offenfar gelingt es der Armee auch heute nicht ihre anfangs offenen Mitglieder zu überzeugen. Die Gelegenheit hätte sie ja. Das scheint eine ziemliche Schwäche zu sein. Dass sie aber nicht fähig ist daraus zu lernen und Sündenböcke sucht, statt motivierende Strategien zu entwickeln bleibt ein Armutszeugnis.

Mit Freundlichen Grüssen

Curdin Roner  
Tuffarolas 345  
7554 Sent

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI  
Rechtsdienst  
Malerweg 6  
3600 Thun

Zürich, im August 2018

## Stellungnahme des Schweizerischen Zivildienstverbandes CIVIVA zur Änderung des Zivildienstgesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit Ihrem Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie uns eingeladen, am Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivildienstgesetzes teilzunehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen diese gerne mit der folgenden Stellungnahme wahr:

### Einleitung und grundsätzliche Beurteilung

Der Schweizerische Zivildienstverband CIVIVA vertritt die Interessen der Zivildienstleistenden und Einsatzbetriebe. CIVIVA ist überzeugt, dass der Zivildienst in seiner heutigen Form sehr gut funktioniert und einen grossen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt stiftet. Der Zivildienst ist wirkungsvoll, effizient organisiert, wirkt effektiv und ist sowohl als Ganzes sinnvoll wie auch für die einzelnen Zivis sinnstiftend.

Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst als Dienstform gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Wichtige Prinzipien wie die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen oder das Recht, jederzeit einen Gewissenskonflikt geltend zu machen, werden untergraben. Diese Änderung führt zu einer Vielzahl grundrechtlicher Konflikte, wie sie im beigelegten Rechtsgutachten ausgeführt werden.

Eine Änderung des Zivildienstgesetzes soll sich mit dem Zivildienst auseinandersetzen und nicht den Versuch unternehmen, angebliche Probleme der Armee zu lösen. Es ist politisch höchst fragwürdig, ein gut funktionierendes System zugunsten eines anderen zu verschlechtern. Probleme sind dort zu lösen, wo sie bestehen. Der Zivildienst soll den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden, nicht denen der Armee.

### Kein Handlungsbedarf

Sowohl die drei Berichte des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst (2010; 2012, 2014) wie auch der Bericht der Studiengruppe Dienstpflicht (2016) kommen zum Schluss, dass der Zivildienst die Bestände der Armee nicht gefährdet und entsprechend kein Handlungsbedarf besteht, den Zugang zum Zivildienst einzuschränken. Bis heute gibt es keine auf quantitativen Daten beruhende Studie, die eine Gefährdung der Armeebestände durch den Zivildienst nahelegen. Der angebliche Handlungsbedarf leitet sich einzig aus Behauptungen der Armeeführung und einzelner Sicherheitspolitiker und -politikerinnen ab.



## Ungleichbehandlung von Dienstpflichtigen

Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen vor, dass die Bedingungen für den Wechsel in den Zivildienst umso schlechter werden, je mehr Diensttage ein Dienstpflichtiger schon geleistet hat. Diese beabsichtigte grobe Ungleichbehandlung der Dienstpflichtigen ist nicht akzeptabel. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst kann zu jedem Zeitpunkt auftreten, insbesondere auch dann, wenn ein Dienstpflichtiger mehr persönliche Erfahrungen in der Armee gemacht hat. Dass dann der „Tatbeweis“ mit einer höheren Hürde erbracht werden soll, ist absurd und stellt, wie der Bundesrat selbst ausführt, einen Verstoß gegen den UNO-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte dar.

## Unklare Auswirkungen

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich ein erschwerter Zugang zum Zivildienst direkt auf den Personalbestand der Armee auswirkt. CIVIVA weist darauf hin, dass es sich bei den Schweizer Dienstpflichtigen nicht um eine anonyme Manövriermasse handelt, die durch Politik und Verwaltung beliebig gesteuert werden kann. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Individuen, die über Grundrechte, viele Informationen und verschiedene Handlungsoptionen verfügen. Jeder Entscheid ein Zivildienstgesuch einzureichen ist das Resultat individueller Überlegungen und persönlicher Erfahrungen. Diesem Umstand wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in keiner Weise Rechnung getragen.

Wenn die Hürden für einen späteren Wechsel zum Zivildienst erhöht werden, hat ein junger, dienstpflichtiger Mann, der mit dem bisherigen Gesetz ein Zivildienstgesuch eingereicht hätte, verschiedene Möglichkeiten, mit der neuen Situation umzugehen:

- Er akzeptiert die neuen Bedingungen und wechselt trotzdem zum Zivildienst.
- Er antizipiert die spätere Schlechterstellung und reicht sein Zivildienstgesuch früher ein.
- Er verlässt die Armee auf dem „Blauen Weg“, indem er mit einem psychiatrischen Gutachten seine Dienstuntauglichkeit belegt.
- Er bleibt in der Armee, reduziert seine Beteiligung auf ein Minimum und sitzt seine Tage ab.

Es ist zu erwarten, dass all diese Möglichkeiten zu unterschiedlichen Anteilen gewählt werden. Die sieben Massnahmen führen also dazu, dass Zivildienstgesuche früher eingereicht werden, sich mehr Dienstpflichtige untauglich schreiben lassen und mehr unmotivierte Soldaten in der Armee bleiben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Angehörige der Armee die aussteigen wollen plötzlich wieder motiviert und dienstwillig sind, nur weil ihnen der Ausstieg erschwert wird. Dies gilt im besonderen Masse für Unteroffiziere und Offiziere die bereit sind Verantwortung in der Armee zu übernehmen, mehr Tage zu leisten und mit diesen Vorschlägen zusätzlich benachteiligt werden sollen.

Der Schweizerische Zivildienstverband CIVIVA lehnt aus diesen Gründen diese Änderung des Zivildienstgesetzes insgesamt wie auch jede einzelne der sieben Massnahmen ab.

## Eigene Vorschläge

Das Zivildienstgesetz regelt den Zivildienst. Entsprechend erwartet CIVIVA, dass sich eine Änderung des ZDG auch mit dem Zivildienst auseinandersetzt und ihn als gut funktionierenden und höchst effizienten Teil des Dienstpflichtsystems würdigt. Es muss mindestens den Versuch unternommen werden, den Zivildienst konstruktiv weiterzuentwickeln. CIVIVA schlägt dazu folgende Massnahmen vor:

- Der Zivildienst soll verstärkt darauf ausgerichtet werden, in aussergewöhnlichen Lagen wie Umweltkatastrophen oder humanitären Notlagen eingesetzt zu werden.
- Der Zivildienst muss flexibler werden und neue Formen von Einsätzen ermöglichen, beispielsweise in der persönlichen Assistenz von Menschen mit Betreuungsbedarf. Dafür muss der Grundsatz der Vollzeit-Einsätze aufgehoben werden, um längere, individuelle Assistenzdienste zu ermöglichen.



- Die Schwerpunktprogramme sollten auf mehr Einsatzgebiete ausgeweitet oder ganz abgeschafft werden.
- Die Ausbildung der Zivis soll ausgebaut und spezifischer an die Bedürfnisse der Einsätze angepasst werden.

## **Massnahme 1: Mindestanzahl von 150 Diensttagen**

Diese Massnahme führt zu einer massiven Schlechterstellung von Dienstpflichtigen, je später sie ihr Zivildienstgesuch einreichen. Bestraft werden all jene, die der Armee eine Chance geben und bereit sind, militärischen Dienst zu leisten. Tritt dann ein Gewissenskonflikt auf, wird dieser mit einem unverhältnismässig hohen Faktor bestraft. 150 Mindestdienstage führen den Tatbeweis ad absurdum. Wer statt seinen letzten Wiederholungskurs zu leisten ein Zivildienstgesuch einreicht, hat mehr als sieben Mal so viele Dienstage zu leisten. Der international anerkannte maximale Faktor von zwei wird damit mehrfach überschritten. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Lage verweist CIVIVA auf das beiliegende Rechtsgutachten.

In seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2017 zur Motion 17.3006 „Änderung des Zivildienstgesetzes“ der SiK-N machte der Bundesrat geltend:

*„Art und Ausmass unerwünschter Folgen der Umsetzung der Motion sind hingegen schwer abzuschätzen, und eine Prognose zur Wirkung auf die Anzahl Zulassungen zum Zivildienst bzw. auf die Armeebestände ist nicht möglich. Es ist aber damit zu rechnen, dass insgesamt weniger Militärdienstpflichtige einen persönlichen Dienst leisten würden. Dadurch würde die Wehrgerechtigkeit geschwächt.*

*Das Ausmass der Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bis hin zum Faktor 195) und der Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen hätte den Charakter einer unverhältnismässigen Sanktion und wäre insbesondere nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar.“*

Für CIVIVA ist es offensichtlich, dass diese Argumentation auch für die vorgeschlagene Massnahme von mindestens 150 Diensttagen im Zivildienst gilt. Auch ein Faktor sieben ist eine klare Ungleichbehandlung der Zivildienstpflichtigen und ist nicht mit der Rechtsgleichheit vereinbar.

## **Massnahme 2: Wartefrist von 12 Monaten**

Eine Wartefrist von einem Jahr für die Zulassung zum Zivildienst für Angehörige der Armee (AdA) mit abgeschlossener Grundausbildung gemäss Art. 16 und 17 widerspricht deutlich dem geltenden Grundsatz des Gewissenskonfliktes (Art. 1) da trotz offensichtlich formuliertem Gewissenskonflikt eine Militärdienstpflicht für ein weiteres Jahr bestehen soll. Faktisch wird der Zugang zum Zivildienst Betroffenen für ein ganzes Jahr verweigert. Der Zeitpunkt der abgeschlossenen Grundausbildung ist zudem willkürlich gewählt und führt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von AdA welche bereits mehr Dienstage im Militär geleistet haben. Ein Gewissenskonflikt mit dem Militärdienst und das daraus entstehende Recht auf Zivildienst kann unabhängig von der Dauer des geleisteten Militärdienstes oder der Funktion/Grad auftauchen.

Die vorgeschlagene Wartefrist führt zudem zu einer möglichen Erhöhung der Abgänge aus Tauglichkeitsgründen von betroffenen AdA („Blauer Weg“), da für diesen keine Wartefristen bestehen. Zudem ist eine Zunahme von Dienstverschiebungsgesuchen Betroffener während der Wartefrist mit entsprechend erhöhtem administrativem Aufwand für die Armee verbunden.

## **Massnahme 3: Faktor 1.5 auch für Unteroffiziere und Offiziere**



CIVIVA geht davon aus, dass Unteroffiziere und Offiziere durch ihre ursprüngliche Bereitschaft für eine militärische Karriere und die längeren zusätzlichen Dienstzeiten entsprechend gewichtige und ernstzunehmende Gründe für einen Wechsel zum Zivildienst haben und bereits heute gewillt sind, längere Zivildienstzeiten auf sich zu nehmen. Die bisher geltenden reduzierten tieferen Dienstage-Faktoren für Unteroffiziere und Offiziere sind durch die im Vergleich zu Soldaten sehr viel grössere Zahl bereits geleisteter und zusätzlicher Dienstage gerechtfertigt und in Anbetracht der geringen Zahl der Betroffenen bewährt. Ein Faktor von 1.5 unabhängig von Dienstzeit und geleisteten Diensttagen für Unteroffiziere und Offiziere würde zu einer massiven Benachteiligung und Ungleichbehandlung dieser führen. Wird der bisher bewährte Zugang zum Zivildienst verschlechtert, sind unmotivierte Vorgesetzte in der Armee oder eine Zunahme von Abgängen aus Tauglichkeitsgründen zu erwarten.

#### **Massnahme 4: Verbot für Mediziner, Zivildienst als Mediziner zu leisten**

Das angestrebte Verbot von Zivildienst-Einsätzen welches ein begonnenes oder abgeschlossenes Medizinstudium erfordern, ist willkürlich. Das etablierte schweizerische Milizsystem basiert auf dem Grundsatz, dass zivile Fähigkeiten in Armee, Zivilschutz und im Zivildienst möglichst effektiv genutzt werden.

#### **Massnahme 5: Keine Zulassung von Angehörigen der Armee mit 0 Restdiensttagen**

Grundsätzlich muss ein Austreten aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen jederzeit möglich sein, insbesondere da auch durch die weitergehende Schiesspflicht ein Gewissenskonflikt auftreten kann. Aus Sicht von CIVIVA besteht vielmehr Handlungsbedarf, das sehr aufwändige Verfahren der Zulassung zum waffenlosen Dienst zu revidieren. Könnten Dienstpflichtige von Anfang an ohne Hürden einen Militärdienst ohne Waffe leisten, blieben auch die nur sehr kleine Anzahl von Fällen (unter 50 pro Jahr) aus, welche von dieser Massnahme betroffen sind.

CIVIVA ist der Meinung, dass zum Zivildienst zugelassene Personen auch effektiv einen Zivildienst leisten sollen und anerkennt hier grundsätzlich Handlungsbedarf.

#### **Massnahme 6: Jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung**

Dieses Ansinnen ist aktuell bereits in Artikel 39a der Zivildienstverordnung beinahe identisch geregelt. CIVIVA sieht absolut keine Veranlassung für diese kosmetische Vollzugsänderung, weil Zivildienstage bereits heute sehr zuverlässig geleistet werden. Die Vollzugsstelle trägt durch effektive und flexible Handhabung dazu bei, dass Zivildienstleistende in der Regel alle verfügbaren Dienstage erfüllen (2017: 96.7% aller Dienstage). Nur in krassen Fällen (lange Krankheit, Auswanderung, Todesfälle, Totalverweigerung) leisten Zivis nicht alle Dienstage.

Das Argument des Bundesrates, dass sich die Gleichwertigkeit der Dienstleistungen auch durch ihre Erbringung in der gleichen Lebensphase (Hauptteil in der Regel zwischen 20 und 25 Jahren) zeigt, wird durch den in der Weiterentwicklung Armee beschlossenen flexiblen Startpunkt der RS entkräftet. Weiter führt diese Massnahme zu Nachteilen für die Einsatzbetriebe, weil so viele kurze Einsätze geleistet werden müssen und die Einarbeitungszeit unverhältnismässig gross gegenüber der Einsatzzeit ausfällt. Gerade der Bund als Einsatzbetrieb bietet auch viele Einsatzstellen an, welche eine hohe Qualifikation verlangen und Mindestdauern von mehreren Monaten vorgeben. Mit der jährlichen Einsatzpflicht hat man bei Abschluss der nötigen Ausbildung oft gar nicht mehr so viele Dienstage übrig, wie die Mindestdauer verlangt.



## **Massnahme 7: Gesuchsteller aus der RS müssen den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abschliessen**

Mit dieser Massnahme kommen besonders Dienstpflichtige, welche aus einer Sommer-RS zum Zivildienst zugelassen werden, in einen unverhältnismässigen zeitlichen Engpass, da sie somit noch etwa 1 Jahr hätten, um 6 Monate Dienst zu organisieren und zu leisten. Die Auswirkungen auf das Arbeitsleben oder auf die Ausbildung können schwerwiegend sein, weil diese Personen innerhalb von zwei Kalenderjahren sehr viel Dienstzeit zu leisten hätten. Es darf nicht sein, dass eine Massnahme zur Attraktivitätsminderung des Zivildienstes auch zu Lasten der Arbeitgeber und Ausbildungsinstitutionen, geschweige denn Familienpflichten, geht.

### **Zusammenfassung und Schlussfolgerung**

CIVIVA bedauert, dass sich der Bundesrat durch die gehässige Art gewisser Sicherheitspolitiker und -politikerinnen, andere zu diskreditieren, beeindrucken liess und nun bereit ist, die angeblichen Defizite der Armee durch Massnahmen gegen einen effizienten, sich ständig weiterentwickelnden Zivildienst zu kaschieren. Im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung äussert sich der Bundesrat wie folgt:

*„Soweit nach Inkrafttreten der Revision längerfristig weniger Zivildienstleistenden zur Verfügung stehen werden, sind die Einsatzbetriebe insbesondere in jenen Tätigkeitsbereichen betroffen, wo Ressourcen für die Erfüllung von Aufgaben der Gesellschaft fehlen oder nicht ausreichen. Dies ist jedoch im Sinne des höher zu gewichtenden öffentlichen Interesses der Sicherung des Armeebestandes hinzunehmen.“*

Er stellt damit die Bedürfnisse der Armee über jene der Zivilgesellschaft und gibt vor, die öffentlichen Interessen zu wahren. Wir lehnen diese Interpretation ab und sind überzeugt, dass eine funktionierende Gesellschaft für das Wohlergehen der Schweiz am wichtigsten ist.

Wir bitten Sie, diese Punkte bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu beachten, stehen für ergänzende Erläuterungen zu unserer Argumentation gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Im Namen des Verbandsvorstandes

Lisa Mazzone  
Co-Präsidentin

Samuel Steiner  
Co-Präsident





Permanence romande pour civilistes et militaires  
Permanence@infodroit.ch ou  
Le mardi de 12 à 14 heures au 026 925 80 66.  
Pour les urgences, 079 524 35 74, veuillez laisser un message.

Flendruz, 16 juin 2018

### Avis de droit

*A qui de droit*

#### **7 mesures du Conseil fédéral destinées à la consultation. Modifications de la loi sur le service civil. 2018**

##### En préalable

1. Le droit à l'objection de conscience est un droit fondamental internationalement reconnu.
2. Il est reconnu par les jurisprudences du Comité des droits de l'homme et de la Cour Européenne des droits de l'homme, il est présent dans la constitution suisse<sup>1</sup>.
3. Ce droit s'appuie essentiellement tant sur le refus impératif de tuer que sur le refus de résoudre les conflits par la violence.
4. Le conflit entre l'obligation constitutionnelle de servir dans l'armée d'une part et la conscience d'autre part (appelé conflit de conscience) peut se manifester sous diverses formes et à divers moments, de façons plus ou moins virulentes ou soudaines, y compris parfois par des somatisations ou des actes de rébellions. La problématique a été largement résolue par deux mesures:
  - 1) Il a été renoncé au « contrôle de conscience » en adoptant le système dit de la preuve par l'acte, soit l'acceptation, par la personne qui demande le service civil d'une durée plus longue pour ce service que celle requise pour le service militaire.Cette mesure a pour avantage (en plus d'une forte diminution de la charge administrative) d'éviter d'une part l'aggravation et la stigmatisation du conflit de conscience par son besoin de le confronter à la procédure et de libérer d'autre part la personne concernée d'une appréhension et d'une expression intellectuelle et verbalisée de ce conflit, inévitablement discriminatoire selon le niveau d'éducation, et sujette d'autre part à des biais divers, puisque le résultat de l'examen dépendait largement du degré de préparation à celui-ci plutôt que de la nature même, des sources et des raisons du conflit de conscience.
6. Il convient toutefois de noter que ce système de quotité a dès le début présenté un défaut important, au demeurant partiellement caché des civilistes eux-mêmes, dans la mesure où la durée de service civil requise par la loi (1 fois et demie – 1,5 – celle du service militaire encore à faire au moment de la demande) est dans la pratique comparativement différente de la durée du service militaire réellement effectuée par les militaires libérés lorsqu'ils atteignent la limite d'âge. En effet, ceux-ci se voient alors remettre le solde des jours de service non-effectués, alors que les civilistes se voient pénalement condamnés s'ils n'effectuent pas l'entier de leurs jours avant la même limite d'âge (limite par ailleurs par elle-même plus exigeante, puisqu'ils ont plus de jours à effectuer dans le même laps de temps). L'armée a de plus tardé à donner les chiffres permettant de mesurer cette différence des durées respectives des

---

<sup>1</sup> Constitution fédérale (Cst.) [Article 10 sur la droit à la vie](#), [art. 15 sur la liberté de conscience](#), [art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement](#).



services. Pourtant des estimations raisonnables permettaient d'évaluer le nombre de jours de service civil effectués pour les civilistes demandant le service civil pour l'entier de leur périodes de service militaires comme étant environ du double du nombre de jour effectué en moyenne par les soldats terminant leur obligation à la limite d'âge<sup>2</sup>. Actuellement, ce taux semble s'être amélioré un peu, mais la durée comparée du service civil resterait de 1.8 plus élevée que la durée des services militaires, et non pas les 1.5 que stipule la loi. Il conviendra de vérifier les effets de la nouvelle loi sur l'armée sur cette problématique, la limite d'âge n'étant plus un âge fixe (p. ex. 34 ans), mais devenant un nombre de dix années pour faire les services requis après l'école de recrue<sup>3</sup>.

7. De plus la discrimination pénale demeure, puisque contrairement au service civil, aucune mesure permettant d'assurer le rythme et le progrès de la réalisation des périodes de service militaire, mesure accompagnées dans la loi sur le service civil de mesures pénales en cas de retards, n'ont été introduites dans la nouvelle législation sur la l'armée. Ainsi, le civiliste doit accomplir certaines périodes (la première suivant l'admission et la période longue) selon des délais fixes et il ne doit pas lui rester plus d'une certaine proportion de jours à faire avant d'atteindre la limite d'âge. Passé ces délais ou si la proportion de jours restant à faire est trop forte, le civiliste est convoqué d'office pour le surplus ou la période concernée, puis il encoure une peine s'il n'effectue pas la période requise. Il n'existe, pas de système similaire ou aussi contraignant dans l'armée. Pour avoir une vision complète de cette discrimination, pénalement grave, il conviendrait encore de comparer le nombre des dispenses pour justes motifs, lesquelles au demeurant ne font que repousser le problème, dispenses accordées tant pour les civilistes que pour les militaires. Nonobstant, vu la nature différente des système de suivi et de répression des deux sortes d'obligations, puisqu'il y a des condamnations pour retard dus au système de suivi contre les civilistes et qu'il n'y en a pas pour les militaires, la discrimination pénale demeure, tout comme demeurera a priori la discrimination sur les durées.

8. 2) Il importe de souligner que le service civil peut et doit pouvoir être demandé en tout temps, c'est d'ailleurs dans la loi<sup>4</sup>.

9. Cela concerne bien sûr la possibilité de demander le service civil depuis une période de service militaire, mais porte surtout sur la nature du conflit de conscience et relève en partie aussi du droit humanitaire.

10. Ainsi, le conflit de conscience peut se développer par une réflexion autonome, mais il peut aussi surgir, progressivement ou soudainement, face à une circonstance rencontrée dans le cadre du service militaire, par exemple lors de la première prise d'arme (il y a hélas des condamnations pour refus d'ordre de personnes qui font à ce moment-là un blocage psychologique) ou en étant mis en confrontation à une arme particulièrement destructive.

11. Il convient aussi, et c'est d'une grande importance, de citer le cas de l'objection de conscience à un ordre criminel, y compris ou surtout si celui-ci viole le droit humanitaire ; objection qui doit en effet pouvoir être exprimée en tout temps et en particulier de façon immédiate au moment de la réception de l'ordre contesté, cette objection devant alors, selon les circonstances, rejeter non-seulement l'ordre contesté lui-même mais aussi l'ensemble du système qui produit ou maintient cet ordre injuste, à tout le moins si l'ordre est maintenu, car alors seul le refus personnel et complet du système permettant, à défaut de pouvoir l'empêcher, la réalisation de ce ordre illégal et des ses conséquences, de préserver la conscience, et donc l'innocence de la personne confrontée à une telle situation. L'objection de conscience à une circonstance particulière devenant alors une objection au sens usuel du terme, une objection d'ensemble au service militaire<sup>5</sup>.

<sup>2</sup> Détail du calcul : <http://www.infodroit.ch/spip.php?article44>

<sup>3</sup> Ordonnance sur les obligations militaires (OMI), 1.1.2018, [art. 19](#).

<sup>4</sup> Loi sur le service civil, [art. 16](#).

<sup>5</sup> Voir par exemple, [Jacques Verhaegen](#) : «Le refus d'obéissance aux ordres manifestement criminels », revue du CICR, vol. 84, n° 845, mars 2002.



### Analyse des mesures proposées

**Mesure 1:** 150 jours de service civil pour toutes personnes n'ayant pas terminés ses « services d'instruction » et ayant moins de 100 jours de service militaire restant.

#### Appréciation générale

12. Par « services d'instruction », il est entendu toutes les périodes de services militaires, à savoir écoles de recrues, écoles de cadres et cours de répétition<sup>6</sup>.

13. La proposition équivaudrait à « condamner », imposer à tout militaire ayant entre 1 et 100 jours de service militaire encore à faire à effectuer 150 jours de service civil.

14. La mesure incite à terminer ses obligations militaires au lieu de demander le service civil.

15. Partant du constat, hautement probable<sup>7</sup>, selon lequel les pertes en effectifs augmentent en fonction de l'âge par lassitude, perte d'intérêt ou en raison de l'augmentation des obligations professionnelles et familiales. Il conviendrait toutefois de disposer des chiffres du nombre des personnes qui quittent l'arme dans ces tranches d'âge soit pour le service civil, soit pour raisons médicales. En effet, si le problème est une question d'emploi du temps, la demande de service civil est d'autant plus contre-productive.

16. A cet aune, la mesure aura pour effet principal d'augmenter le nombre de demandes médicales et assez peu de diminuer le nombre de service civil. Quand à sa capacité à renforcer la motivation pour l'armée, elle est ici hors contexte – ce n'est pas notre problème ou celui du service civil – et elle n'est que très indirecte, la diminution de l'attrait du service civil n'augmentant pas pour autant l'attrait pour l'armée.

#### Calculs concernant la mesure proposée

17. Dans la pratique, divers types de calculs sont possibles pour déterminer les effets et les proportions de la proposition. Mes connaissances mathématiques sont limitées, donc d'autres calculs sont peut-être possibles ou éventuellement meilleurs, mais ceux-ci révèlent plusieurs des effets pervers de la proposition:

a. Le facteur multipliant le nombre de jours à faire est, avec la proposition exponentiel : La personne qui aurait 1 seul jour d'armée encore à faire se retrouverait à en faire 150 jours, soit 150 fois plus que le nombre de jour d'armée requis.

Dans le détail, un militaire à qui il resterait :

1 cours de répétition (CR), soit 19 jours (150/19), verrait le multiplicateur passer de 1.5 à 7.89

2 cours de répétition, le facteur (150/38) est encore du quadruple (3.94)

3 cours de répétition, le facteur descend à 2.63

4 cours de répétition, le facteur est de 2 (1.97)

5 cours de répétition le facteur est encore de 1.57, soit plus haut que la loi actuelle ou que le facteur attribué aux civilistes ayant encore plus de jours.

Ce n'est donc qu'avec 6 cours de répétition encore à faire, soit avec le nombre total des cours de répétition à faire par les soldats, et donc durant le premier cours de répétition que l'ajout systématique de 150 jours, rejoint le facteur général de 1.5.

*Dit autrement, à quelques jours prêts, quiconque demanderait le service civil après l'école de recrue devrait faire 150 jours de service civil au moins, quelque soit le nombre de jour d'armée restant à faire. Pourquoi ne pas le dire ?*

b. Le calcul peut aussi être fait en tenant compte des jours de service militaires et civils faits au total. Exemple pour un soldat :

Ecole de recrue de 124 jours, solde 121 jours de service en CR. Total 245<sup>(8)</sup>. Service civil complet, 245 X 1.5 = 367 jours de service civil.

Jours de service mil faits : 244 (au lieu de 245)+150=394 (proposition). Système actuel : 244 + 2 (1 x 1.5) = 246 (actuel). Différence : 148 jours à faire en plus qu'avec le système actuel et ... 27 de plus qu'en ayant demandé le service civil dès le recrutement.

<sup>6</sup> Loi sur l'armée et l'administration militaire (LAAM), [art. 41](#).

<sup>7</sup> La permanence que nous représentons confirme, à sa modeste mesure, cette tendance. Les hommes de plus de 25 ans sont relativement nombreux à vouloir mettre un terme à leurs obligations militaires et leur nombre augmente avec l'âge

<sup>8</sup> OMI, [art. 47](#).



Jours de service faits :  $238 (6 \text{ CR faits}) + 150 = 388$  jours à faire ou (système actuel)  $238 + 9 (6 \times 1.5) = 247$ . Différence : 141 jours de service civil en plus qu'avec le système actuel, mais aussi 21 jours de service (mil et civ) en plus de ce que ce même soldat aurait eu à faire s'il avait demandé le service civil dès la fin du recrutement.

En cela, le service est *punitif parce qu'il impose des jours en plus ... pour avoir accepté de faire presque tout son service militaire !!!*

Jours de service faits :  $219 (5 \text{ CR}) + 150 = 369$  ou (actuel :)  $219 + 39 (26 \times 1.5) = 258$ . Différence : 111 jours de plus que le système actuel, mais encore 2 jours de plus qu'avec un service civil demandé dès l'origine.

Jours de service faits  $200 (4 \text{ CR}) + 150 = 350$  ou actuel  $200 + 68 (45 \times 1.5) = 268$ . Différence : 82 en plus que le système actuel.

A partir d'ici le nombre total de jours faits devient inférieur à un service civil demandé d'emblée et donc les jours de service militaire faits diminuent le nombre total de jours à faire.

Jours de service faits  $181 (3 \text{ CR}) + 150 = 331$  ou  $181 + 96 (64 \times 1.5) = 277$ . Différence, 54 jours de service civil en plus, mais 90 de moins qu'avec un service civil complet.

Jours de service faits  $162 (2 \text{ CR}) + 150 = 312$  ou

Jours de service faits  $143 (1 \text{ CR}) + 150 = 293$  ou  $143 + 156 (101 \times 1.5) = 299$  Différence  $\pm 0$ .

#### Effets pour la pratique

c. Les effets du nouveau système sur les intérêts des candidats civilistes, en termes de jours à faire seraient les suivants :

1) Le facteur de 1.5 s'applique durant l'école de recrue, voir durant le 1<sup>er</sup> CR. Inchangé.

2) Tout jour d'armée fait durant cette période diminue effectivement le nombre total (armée et sc) de jours à faire, par rapport à un service civil complet. Inchangé.

3) Dès le 2<sup>ème</sup> CR et jusqu'au 4<sup>ème</sup> CR, le nouveau système augmente progressivement, par rapport à l'ancien, effet étrange, le nombre de jours total à faire, même si l'on fait ces CR, soit d'avoir à faire encore plus de service en tout parce que l'on fait de l'armée (absurde !), puis d'avoir à faire du service civil en plus, même si le nombre de jours total de service civil et militaire reste inférieur à ce que devrait faire un civiliste de la première heure mis au facteur 1.5).

Exemple : Faire un 2<sup>ème</sup> CR de 19 jours et demander le sc, ajoute en plus de ces 19 jours 17 jours de service en tout (civil et militaire) par rapport au système actuel, dans lequel le civiliste en faisant ce CR épargnerait 9 jours de service civil ( $19 - x 1.5$ ). (Nouveau :  $162 \text{ SM} + 150 \text{ SC} = 312$  Ancien  $162 + 125$  (solde de  $83 \times 1.5$ ) = 287, nouveau = J plus 25. S'il ne fait pas ce CR (ancien  $\text{SM } 143 + \text{SC } 152 (101 \times 1.5) = 295$  soit quelques jours en plus de SC pour ne pas avoir fait ce cours (295 au lieu 287), mais toujours au total 17 jours de moins qu'en faisant ce CR dans le système proposé, lequel augmente donc le nombre de jours à faire sans donner de diminution pour ceux faits.

Idem pour les 3<sup>ème</sup> et 4<sup>ème</sup> CR. Je renonce aux calculs ici, mais le nombre de jours d'armée faits sans diminuer le nombre de jours de service totaux augmentera d'autant, par rapport à quelqu'un qui demande le SC après l'ER ou le 1<sup>er</sup> CR.

4) Dès le 5<sup>ème</sup> CR, le nombre total (SC et SM) de jours à faire devient plus grand que quelqu'un qui demande le service civil dès le 1<sup>er</sup> jour.

d. En résumé, il ne sera intéressant, en terme de jours à faire (ou rentable) de demander le service qu'entre le recrutement et la fin du 1<sup>er</sup> cours de répétition. A l'inverse, toute demande faite ultérieurement augmentera, de plus en plus gravement, la charge totale du nombre de jours à faire, laquelle dépassera, si le SC est demandé durant ou après le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, le nombre de jours à faire pour quelqu'un qui demande le service civil avant l'ER.

18. Tactiquement, pour le soutien aux objecteurs, l'intérêt à demander le service civil entre le recrutement et la fin de l'école de recrue reste similaire. Par contre, plus le militaire avance dans sa carrière militaire, plus la charge de jours augmente, plus il devient difficile de demander le service civil (et plus sera grande le besoin de demander la voie bleue).

19. Cela n'aura pas pour effet de diminuer fortement le nombre de demandes de service civil, puisque les demandes seront soit pour une part reportées plus tôt dans la carrière militaire, soit transformées en demande médicales et que rares seront les personnes qui en fin de carrière militaire décideront de finir leur service plutôt que de sortir de l'armée, d'une façon ou d'une autre.



### La durée du service civil en droit

20. En droit Suisse, le facteur légal de 1.5 est le même depuis l'origine. Avec toutefois la réserve présentée ci-dessus au point 6 concernant la durée effective (et non légale) située aux environs de 1.8.

21. Le droit international, le Comité des droits de l'homme et la Cour européenne des droits de l'homme, tiennent de jurisprudence constante le fait que le service civil doit être de nature civile et non-punitif.

22. Une durée supérieure au double du service militaire à remplacer est considérée comme excessive<sup>9</sup>. Ainsi, l'attribution à toute personne ayant moins de 75 jours de service militaire à faire de 150 jours de service civil serait contraire au droit international.

23. Mais c'est dans son ensemble, ou à tout le moins dès le 2<sup>ème</sup> cours de répétition, que la mesure est discriminatoire. D'abord parce que plus, ils servent dans l'armée, plus elle pénalise les militaires qui demandent le service civil. Ensuite, parce qu'elle traite différemment des personnes dans des situations similaires, à savoir des personnes présentant une demande de service civil, demande qui est de même nature quel que soit le moment où elle est faite et pour laquelle le nombre de jours de service militaire accomplis n'a aucune incidence, sauf peut-être à renforcer le besoin de présenter une objection de conscience, ce qui reste sans influence aucune sur le droit fondamental à demander le service civil.

24. La loi sur le service civil pose comme principe que la charge du service civil devrait équivalente à celle de l'armée<sup>10</sup>. Toutefois la mesure proposée, en tous les cas dès le 5<sup>ème</sup> cours de répétition, puisque la charge en jours à faire est alourdie au-delà de ce que le militaire aurait à faire en demandant le service civil avant l'école de recrue. Ainsi, non-seulement, la personne concernée effectue la plus large part de son service militaire (les 3/4), mais elle y voit ajouté une part importante de service civil (150/367) soit presque la moitié du service civil en plus, pour un total qui dépasse ce qu'elle aurait eu à faire tant à l'armée qu'avec un service civil entier. A ce titre, la mesure est non seulement dissuasive, mais discriminatoire dans la mesure où elle pénalise ceux qui ont déjà fait beaucoup d'armée (ne devraient-ils pas au contraire être pour cela remerciés ?).

25. Par ailleurs, le droit à l'objection de conscience étant un droit fondamental, toute forme de dissuasion, en entravant son libre exercice, est déjà une violation du droit.

26. Et il est finalement, à mon sens, difficile la nature punitive de la mesure, puisque ce sont ceux-là même, qui ont le plus servi dans l'armée, qui se voient le plus pénalisés.

### Résumé :

- Violation du droit international sur la durée du service civil.
- Discrimination entre les civilistes « d'origine » et ceux qui demandent le service civil au cours de leur carrière militaire (l'objection reste la même, pour les mêmes motifs et contre le même service militaire, seule change la situation militaire).
- Mesure probablement punitive.
- Mesure simple en apparence, mais particulièrement compliquée à comprendre et à calculer, entre autres pour les personnes concernées.

---

<sup>9</sup> ONU, Comité des droits de l'homme: Foin v France (Communication No. 666/1995), CCPR/C/D/666/1995, 9 November 1999, para. 10.3, entre autres jurisprudence. Voir aussi: Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 8.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUINO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>  
Il existe aussi une traduction allemande de document, p. 21 : [http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV\\_2014-3\\_KDVundAsyl.pdf](http://www.quino.org/sites/default/files/resources/Connection-eV_2014-3_KDVundAsyl.pdf)

Voir aussi le rapport quadriennal du Haut Commissaire aux Droits de l'Homme sur l'objection de conscience, 1.5.2017, § 22.  
<http://www.undocs.org/fr/A/HRC/35/4>

<sup>10</sup> LSC 5



### **Mesure 2 :**

Délai d'attente de 12 mois entre le dépôt de la demande et l'admission, avec obligation de faire les périodes de service militaires prévues.

27. La mesure est contraire à la constitution. Celle-ci prévoit, textuellement : « un service de remplacement »<sup>11</sup>. Or un *remplacement du service* n'est en aucun cas un service de remplacement *différé* avec maintien du service à remplacer, en attente du service de remplacement.

Des délais pour la mise en œuvre, par la personne concernée comme par l'administration, du service de remplacement sont acceptable, voir le maintien des obligations en attente de la décision d'admission<sup>12</sup>, mais en aucun le droit à l'objection de conscience ne saurait-il être suspendu.

28. De plus, la proposition est largement impraticable et passablement conflictogène. Les civilistes concernés ne se gêneront pas pour demander des reports, se faire porter malade ou pour ne pas se présenter et leur motifs de conscience finissant toujours par être reconnus, ils ne seront, s'ils sont que partiellement et inégalement sanctionnés pour ces déflections. Sans parler de la charge administrative supplémentaire pour les administrations cantonales.

### Résumé

- Mesure contraire à la constitution.
- Discrimination entre les civilistes qui font une demande avant l'école de recrue, lesquels ne sont pas condamnés à des périodes militaires et ceux qui la font après l'ER, qui doivent en faire ou, vaille que vaille, les faire annuler.
- Mesure de nature à créer de nombreuses difficultés administratives tant pour les conscrits et les civilistes que pour l'administration.

### **Mesure 3 :**

29. Suppression du facteur 1.1 et passage au facteur 1.5 pour les officiers et les sous-officiers supérieurs.

30. Les personnes concernées sont relativement peu nombreuses. Elles ont néanmoins les mêmes droits. Mais surtout toutes ces personnes, qui ont été obligées de revêtir ces fonctions d'encadrement, ont déjà servi, au moment de la demande d'admission au service civil plus de jours d'armée que ne servent les civilistes qui n'en a fait aucun. Le moins gradé de ceux-ci servira un total 440 jours de services au lieu de 245<sup>13</sup>. Pour obtenir son grade, il en aura déjà fait presque autant qu'un soldat normal. Et le solde de jour à faire, qu'il soit multiplié par 1.1. ou 1.5 dépassera de toutes façons le nombre maximal de jours effectués par un civiliste ne faisant pas d'armée du tout.

31. Sachant que l'obligation de grader est imposée, même avec un facteur 1.1, la personne qui demande le service civil alors qu'elle a déjà revêtu son grade est discriminée par rapport à un civiliste qui demande le service avant de recevoir le moindre grade. Augmenté cette durée plus encore, alors que la personne gradée sert déjà plus que toute autre personne sans garde, apparaît là aussi comme punitive.

### Résumé

- En conjonction avec la discrimination décrite ci-après, violation du droit international sur la durée du service de remplacement.
- Discrimination entre les officiers et sous-officiers supérieurs d'une part et les soldats d'autre part en raison d'abord de l'obligation de grader d'abord, pour laquelle les premiers ne peuvent rien, puis du fait qu'en raison de cette obligation, ils ont déjà effectué, contre leur gré, une durée de service aussi importante que les soldats, durée sur laquelle vient ensuite s'ajouter une très longue durée de service civil supplémentaire. Dit autrement, le soldat qui demande le service civil évite non-seulement de grader, mais tous les jours de service civil supplémentaires en cas de conflit de conscience alors que l'officier, qui est en droit de développer un conflit de conscience à tout moment, en est d'autant plus pénalisé.

<sup>11</sup> [Art. 59 sur le service militaire et le service de remplacement.](#)

<sup>12</sup> [LSC 17 et 17a.](#)

<sup>13</sup> [OMI 47](#)



- Mesure qui ne touche qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 4 :**

32. Interdiction faite aux médecins de faire du service civil en tant que médecins.

33. Là encore, la mesure ne concerne que très peu de personnes. Les médecins ont en moyenne au moins 26-27 ans à la fin de leur formation et ce moment-là, la plupart des périodes longues sont faites. Mais quand bien même, faut-il priver les hôpitaux de ces médecins-là ?

34. Par ailleurs, la mesure est à nouveau discriminatoire ; pourquoi les médecins et pas les géologues, les travailleurs sociaux ou les enseignants ? Là ce ne serait plus seulement certains civilistes, mais tout le service d'intérêt public qui tendrait à être victime d'une vision trop étroite des possibilités de service civil.

35. Enfin, il existe certes une disposition qui interdit certaines affectations en fonction de la personne du civiliste, en particulier si elle favorise sa formation<sup>14</sup>. Et c'est probablement, dans ce contexte que la proposition s'inspirerait. Mais à nouveau, certains militaires exercent des fonctions militaires en lien avec leur profession – et pas seulement des médecins ! – en quoi des civilistes n'auraient-ils pas le droit d'en faire autant ?

#### Résumé

- Mesure hautement discriminatoire (par professions).
- Mesure ne touchant (en l'état, que les médecins) qu'un nombre limité de personnes.

#### **Mesure 5 :**

36. Pas d'admission au service civil pour les personnes pour lesquelles il ne reste plus de jours de service, mais pour lesquelles il reste des tirs obligatoires.

37. La question est controversée depuis longtemps. Seul sont concernés les militaires en service long, qui restent incorporés ensuite pendant 4 ans<sup>15</sup>. Il conviendrait de savoir combien il y a eu de cas.

38. Pour rappel, les militaires ont la possibilité de déposer l'arme, sans motifs, s'ils ne souhaitent pas la conserver, mais cela ne les dispense pas des tirs<sup>16</sup>.

39. D'abord, il convient de rappeler que l'exécution de tirs obligatoires, dans le cadre d'un service militaire, même terminé, peuvent donner lieu à conflit de conscience, qui plus est si celui-ci peut avoir à se manifester durant une période de 4 ans.

40. En ce sens, la mesure ignore et passe complètement à côté, nie un problème qu'il y aurait pourtant lieu de résoudre.

41. A mon sens, une procédure plus simple qu'une admission au service civil devrait permettre, par exemple mais en tous les cas pour motifs de conscience légitimes, de remettre l'arme définitivement et d'être ainsi dispensé des tirs obligatoires.

#### Résumé

- Violation du droit à l'objection de conscience
- Mesure administrative inadéquate
- Mesure ne touchant qu'un nombre limité de personne

#### **Mesure 6 :**

42. Les civilistes sont tenus de faire une période de service civil par année dès l'admission.

---

<sup>14</sup> [LSC 4a](#)

<sup>15</sup> [LAAM 54a](#)

<sup>16</sup> Ordonnance concernant l'équipement personnel des militaires (OEPM), [art. 6a](#).



43. La mesure existe déjà, [art. 39a](#) de l'ordonnance sur le service civil : « La personne astreinte au service civil *effectue chaque année* des affectations de service civil d'une durée de 26 jours au moins à partir de la deuxième année civile au plus tard ».

44. Les reports étant relativement fréquents, on peut se demander si c'est ceux-ci qu'il s'agit de limiter, mais le texte de la mesure est pour le surplus inutile.

#### Résumé

- Proposition de mesure incompétente, mesure déjà prévue par la loi.

#### Mesure 7 :

45. Obligation pour les personnes en service long, d'effectuer la période longue de service civile dans l'année qui suit (et non pas dans les trois ans qui suivent) l'admission au service civil.

46. Imposer un service civil long est une vieille mesure de 2011, que le Tribunal administratif fédéral avait annulée en raison de [l'article 20 de la LSC](#) qui stipule que le SC peut être fait en une ou plusieurs périodes<sup>17</sup>.

47. Depuis toujours, nous recommandons aux militaires en service long de passer d'abord au service normal, avant de demander le service civil, entre autres afin d'éviter le surplus de jours, actuellement 55 jours de service militaire ou 82 jours de service civil en plus<sup>18</sup>. Notre recommandation ne changera pas.

48. De plus, la mesure ne prévoit cette obligation que si l'école de recrue n'est pas terminée, or l'école de recrue est considérée comme terminée si 80% de ses jours ont été accomplis<sup>19</sup>; soit pour une école usuelle de 124 jours, dès le 100<sup>ème</sup> jour d'école de recrue. Mais dans la pratique, la demande de service civil peut être faite quelques jours plutôt, puisque celle-ci prend quelques jours, voir semaines à condition pour cela que l'admission à la fin du processus de demande intervienne après le 100<sup>ème</sup> jour de service.

49. Que ce soit en passant au service normal et en attendant les 80% de son service militaire (dans des conditions « suffisantes ») – si encore au service long avec les jours en sus – il est très facile d'éviter cette mesure et peu nombreux sont ceux qui se retrouveront à devoir faire une période longue ou leur période longue de service civile dans l'année qui suit. Au demeurant si un plan de carrière avait prévu une mise en suspend de celui-ci pour le service militaire long, avec une libération en fin d'école de recrue et une affectation longue trouvée rapidement, celle-ci peut être faite dans le temps préalablement dévolu au service militaire long.

50. La mesure est aussi discriminatoire puisqu'elle traite plus durement les militaires en service long que les militaires en service normal d'une part, et alors plus durement que les civilistes n'ayant pas débuté l'école de recrue d'autre part.

#### Résumé

- Mesure facile à contourner, voire à accommoder.
- Mesure ne concernant alors plus qu'un nombre limité de personne.
- Mesure discriminatoire.

#### Considérations finales

51. Les mesures 1 et 3 violent le droit international sur la durée du service civil.

52. La mesure 2 viole la constitution sur la notion de service de remplacement et la mesure 5 viole la constitution sur le droit à un service de remplacement.

53. Les mesures 1, 3, 4 et 7 sont clairement discriminatoires et violent à un titre ou un autre l'égalité de traitement.

54. Les mesures 3, 4, 5 et 7 ne touchent que – mais gravement – un nombre limité de personnes. À ce titre, le but premier de ces mesures n'est probablement pas ou que partiellement de toucher ces personnes-là, voire de les maintenir dans l'armée mais de donner l'impression qu'il est difficile ou déconseillé, qu'il est

<sup>17</sup> <http://www.infodroit.ch/spip.php?article91>

<sup>18</sup> [OMI 111](#)

<sup>19</sup> [OMI 57](#) ou [37 ordonnance sur le service civil \(OSI\)](#) (même teneur).



même dissuadé de sortir de l'armée. Un tel but viole le droit au service civil et un service civil non-discriminatoire et non-punitif.

55. Il convient d'ajouter à ce propos que les instances et jurisprudences internationales ont reconnus sans hésiter le droit à l'objection de conscience pour les appelés, comme pour les volontaires et les professionnels. Autrement dit et pour ce qui nous occupe ici, le droit à l'objection de conscience et au service de remplacement est et reste le même, ne saurait donc subir d'aggravation dans l'exercice du droit, soit l'accès au service civil, comme dans sa réalisation, soit l'accomplissement du service civil, que la personne concernée aie commencé ou non à servir dans l'armée<sup>20</sup>.

56. Les mesures 2, 3 et 4 supposent des difficultés de mise en œuvre particulièrement importantes. La mesure 5 pourrait faire l'objet d'une simplification administrative.

57. La mesure 6 est inutile, une aberration puisqu'elle préconise quelque chose qui existe déjà.

58. L'analyse de l'ensemble de ces mesures donne l'impression forte que l'armée est très embarrassée, mal à l'aise en raison des demandes service civil issues des ses rangs.

59. Ainsi quand bien même l'ensemble de ces mesures, si elles venaient à être mise en œuvre, aurait pourrait effet d'inciter les conscrits à demander le service civil bien plus tôt, ce qui n'est pas utile à l'armée non plus, il conviendrait de combattre ces mesures pour les effets et les complications graves qu'elles imposent, en toutes sortes de circonstances, aux militaires.

60. Il convient aussi de constater que les mesures proposées font preuve d'une méconnaissance, tant du droit international que du droit constitutionnel suisse qui confine à l'impréparation, voire au mépris, tant des civilistes que des militaires.

61. Enfin, dans le cadre des réactions à ces propositions de mesures, il conviendra de rappeler certaines ou l'ensemble de nos revendications de base, à savoir une présence civile lors du recrutement afin de faciliter son impartialité, un durée raisonnable et une compensation financière garantissant au moins l'accès au minimum vital<sup>21</sup>.

Christophe Barbey,  
Juriste, permanent depuis 2006

---

<sup>20</sup> Voir les résolutions du Conseil des Droits de l'Homme, par exemple la résolution du 8 octobre 2013, art. 12 [A/RES/HRC/24/17](#) ou Rachel Brett: « International Standards on Conscientious Objection to Military Service », Quino 2015, p. 4.

<http://www.quino.org/sites/default/files/resources/QUNO%202015%20RB%20Conscientious%20Objection%20FINAL.pdf>

<sup>21</sup> Avec une APG de 62.- par jour durant l'ER ou son équivalent au service civil, ou en cas d'absence de salaire préalable au service ou de droit à son équivalent, avec 1'800.- par mois ~, le minimum vital n'est pas atteint. Le dernier rapport du haut commissaire aux droits de l'homme mentionne une trop faible rémunération comme étant de nature punitive. [A/HRC/35/4](#), § 21.